

Aus der Forschungsstelle Rudolf Virchow  
des Instituts für transkulturelle Gesundheitswissenschaften  
der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)  
(Leiter: Hon.-Prof. Dr. phil. et med. habil. Christian Andree)

**Die Darstellung Rudolf Virchows  
in der Vossischen Zeitung  
im Zeitraum vom 1. Januar 1866  
bis zum 31. Dezember 1885**

Inauguraldissertation  
zur  
Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie  
der kulturwissenschaftlichen Fakultät  
der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

**- Band 1 von 3-**

vorgelegt von

**Silke Griemsmann**

aus **Saarbrücken**

**2013**

1. Gutachter: Hon.-Prof. Dr. phil. et med. habil. Christan Andree

2. Gutachter: Prof. Dr. Hartmut Schröder

Datum der Disputation 15.11.2013

**Für meine Eltern**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **Band 1**

1. Abkürzungsverzeichnis .....	6
2. Einleitung .....	7
3. Material und Methode .....	9
4. Die VZ .....	13
5. Historischer Überblick .....	19
6. Fundstellen	
– 1866 .....	28
– 1867 .....	91
– 1868 .....	154
– 1869 .....	229
– 1870 .....	309
– 1871 .....	398
– 1872 .....	450

### **Band 2**

– 1873 .....	526
– 1874 .....	614
– 1875 .....	653
– 1876 .....	722
– 1877 .....	807
– 1878 .....	890
– 1879 .....	983
– 1880 .....	1056

### **Band 3**

– 1881 .....	1157
– 1882 .....	1234
– 1883 .....	1297
– 1884 .....	1348
– 1885 .....	1456



7. Interpretation der Ergebnisse.....	1512
– 7.1 Virchow in verschiedenen Vereinen.....	1512
➤ 7.1.1 Überblick.....	1512
➤ 7.1.2 Berliner Handwerkerverein.....	1513
➤ 7.1.3. Oranienburger Tor-Bezirks-Verein.....	1517
– 7.2 Virchows politisches Verständnis und die Ministerverantwortlichkeit.....	1519
➤ 7.2.1 Virchow und sein politisches Verständnis.....	1519
➤ 7.2.2 Virchow über die Ministerverantwortlichkeit .....	1533
– 7.3 Virchow und Stoecker.....	1527
➤ 7.3.1 Kurzbiographie Stoeckers.....	1527
➤ 7.3.2 Auseinandersetzungen bis 1884.....	1529
➤ 7.3.3 Im Wahlkampf 1884.....	1534
– 7.4 Virchows Stellung zu Frauen und Juden .....	1540
➤ 7.4.1 Frauen .....	1540
➤ 7.4.2 Juden.....	1543
▪ 7.4.2.1 Moderner Antisemitismus und der Berliner Antisemitismusstreit.....	1543
▪ 7.4.2.2 Virchows Stellung zu Juden.....	1533
- 7.5 Zitate Virchows.....	1548
8. Zusammenfassung und Ausblick .....	1555
9. Literaturverzeichnis.....	1558
10. Register.....	1570
- 10.1 Personenregister .....	1574
- 10.2 Ortsregister .....	1590
- 10.3 Sachregister.....	1602
11. Danksagung.....	1694

## 1. Abkürzungsverzeichnis

- **AA:** Abendausgabe der VZ
- **Abg:** Abgeordneter
- **BAG:** Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte
- **DAG:** Deutsche Gesellschaft für Anthropologie
- **Frfr.:** Freifrau
- **Frhr:** Freiherr
- **Geh.:** Geheim
- **HdA:** Haus der Abgeordneten
- **Hrsg.:** Herausgeber
- **Königl.:** königlich
- **MA:** Morgenausgabe der VZ
- **Mio.:** Millionen
- **Sgr:** Silbergroschen
- **SGWV:** Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge.
- **SS:** Sommersemester
- **SV:** Stadtverordneter
- **SVV:** Stadtverordnetenversammlung
- **s.Z.:** seiner Zeit
- **Thlr.:** Taler
- **u.a.:** unter anderem
- **V:** Rudolf Virchow
- **VA:** Vs Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin
- **VBAG:** Verhandlungen der BAG. Beilage zur ZfE
- **VZ:** Vossische Zeitung
- **ZfE:** Zeitschrift für Ethnologie

## 2. Einleitung

„Die Ärzte sind Männer des Friedens. Auf den Schlachtfeldern suchen sie die Wunden zu heilen, welche Andere schlagen. Dagegen fehlte es ihnen in Geistesschlachten niemals am nöthigen Muthe. Sie sind berufen im Staate ihre Stimme zu erheben, damit Gesundheit und Glück des Volkes steigen.“ (Auszug aus der Rede Vs auf der 43. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Innsbruck vom 24. Sep. 1869, VZ vom 1.10.1869).

Dieses Zitat Virchows fasst im Kurzen zusammen, was ihn ein Leben lang kennzeichnet: Er ist zu gleichen Teilen „Arzt – Politiker - Anthropologe“ (Ackerknecht 1957). In dieser Arbeit werden zwanzig Jahre von Virchows Schaffen im Licht der „Vossischen Zeitung“ betrachtet, wobei der gewählte Zeitraum die Lücke füllt zwischen zwei anderen Dissertationschriften. Diese Zeitung ist zwar parteipolitisch unabhängig, aber dem Liberalismus zugewandt (Bender, 1972). Sie berichtet über alle Tätigkeitsfelder Virchows gleichermaßen und stellt mit der riesigen Menge an Einzelheiten eine unerschöpfliche Quelle dar, um die vielschichtige Persönlichkeit Virchows Leben lebendig werden zu lassen. Ziel dieser aufwendigen Recherche ist die Ergänzung der bestehenden Forschungsergebnisse zu Virchow mit unbekannt Details.

Der Aufbau der Arbeit gliedert sich wie folgt:

Zunächst wird das verwendete Untersuchungsmaterial betrachtet und die Untersuchungsmethode erläutert. Danach folgt ein Abriss über die Geschichte der „Vossischen Zeitung“. Im sich anschließenden Kapitel steht die Historie des Untersuchungszeitraumes im Vordergrund. Der umfangreichste Teil der Arbeit sind dann im Folgenden die chronologisch in Tabellenform aufgeschlüsselten Fundstellen zu Virchow. Eingang gefunden haben dort alle Erwähnungen Virchows in der VZ, unabhängig vom Zusammenhang. Um das gelesene Material wissenschaftlich zugänglich zu machen, wurde zusätzlich ein umfangreiches Register angelegt.

Daran anschließend steht die Interpretation der Ergebnisse. Die Auswahl der Themen erfolgte an Hand der Schwerpunkte der Fundstellen und nach bibliographischen Abgleich mit bereits existierendem Material. So beschäftige ich mich mit Virchows Wirken in verschiedenen Vereinen, seinem politischen Verständnis und seiner Idee zur Ministerverantwortlichkeit, seinem Verhältnis zu seinem politischen Gegner Adolf Stoecker und mit seiner Haltung gegenüber Frauen und Juden. Zur Abrundung folgt ein Kapitel mit Zitaten Virchows, die seine grundsätzlichen Ansichten veranschaulichen sollen.

Die abschließend dargestellten Ergebnisse ergänzen mosaikartig die bereits bestehenden Forschungserkenntnisse und tragen zur weiteren Abrundung des Virchow-Bildes bei.

### 3. Material und Methode

Zur Beurteilung der sich in meinem Dissertationsthema stellenden Aufgaben spreche ich zunächst die Frage nach den historischen Quellen und der Literatur an. In einer Zeit, in der die digitale Verfügbarkeit von Literatur stetig wächst, ist es überraschend festzustellen, dass ein historisch wertvolles Zeitdokument wie die Vossische Zeitung, das über viele auch heute noch interessierende Bereiche berichtet hat (vgl. Zuberbühler 2011), nicht digital für den zu untersuchenden Zeitraum zu beschaffen ist.

Die Vossische Zeitung liegt in ihrer Gesamtheit vornehmlich auf 35 mm Mikrofilm vor. Eine einzelne Filmrolle umfasst ca. 30 m Film, auf dem ein bis eineinhalb Monate dargestellt sind, ca. 16-fach verkleinert. Nur in wenigen Bibliotheken findet man den Bestand auch im Original in Form von gebundenen Monatsbänden. Lediglich der Zeitraum von 1918 bis zum letzten Erscheinen 1934 ist vom Verlag de Gruyter vollständig digital erfasst.

Die für die vorliegende Arbeit genutzten Mikrofilme lagen in meinem Wohnort Kiel nicht vor und mussten per Fernleihe beschafft werden. Als akkreditierter Nutzer der Universitätsbibliothek bestand für mich die Möglichkeit diese Ausleihform online zu nutzen. Das ausgewählte Material wurde dann, je nach Verfügbarkeit, von einer fremden Bibliothek gegen eine Leihgebühr von 1,50€ ca. 14 Tage später zugeschickt. Die Leihfristen lagen zwischen zwei und vier Wochen, in Abhängigkeit von der verschickenden Bibliothek. Nach Eintreffen des Materials bestand die Notwendigkeit dieses innerhalb von 5 Werktagen abzuholen bzw. es zu bearbeiten. Handelte es sich um Filmmaterial, so war dieses nur in der Bibliothek zu verwenden. Eine Mitnahme nach Hause war nicht möglich, auch weil mir die notwendigen Geräte zu Hause nicht zur Verfügung standen.

Um Mikrofilme lesen zu können, sind spezielle Lesegeräte nötig. Man unterscheidet dabei verschiedene Geräteformen. Bei der ältesten Form ist lediglich eine Betrachtung mit Vergrößerung des Materials möglich. Eine Weiterentwicklung sind Geräte, die die Anfertigung von Rückkopien einzelner Seiten ermöglichen, die man auf dem Bildschirm ausgewählt hat. Hierbei entstehen Kosten von 0,30 € pro Seite aufgrund des verwendeten Toners. Damit kommt diese Methode nur für wenige Seiten in Frage.

Inzwischen existieren Lesegeräte die, je nach getroffener Auswahl, mit Hilfe eines Scan-Programms (CapturePerfect) Dateien im Format .jpg, .btm, .tif oder .pdf von der gewählten Seite erzeugen. Die aus den Scans angelegten Dateien wurden für diese Arbeit auf einen USB-Stick gespeichert und in einer PDF-Datei archiviert. Die Nachbereitung in Form der

tabellarischen Aufbereitung und Zusammenfassung inklusive des Ausdrucks der Fundstellen erfolgte zu Hause mit Hilfe von Laptop und Drucker.

In der Zentralbibliothek der Universität Kiel stand im Zeitraum von 2009 bis 2011 nur ein solches Gerät zur Verfügung, mit arbeitstäglichen Nutzungszeiten zwischen 9 und 16.30 Uhr. Zur Nutzung war eine Anmeldung nötig. Teilweise ergab sich dadurch ein Vorlauf von 7 bis 14 Tagen bis ein freier Termin zu bekommen war. In Zusammenhang mit den Leihfristen von 14 Tagen und dem Beschaffungsvorlauf war für mich die Koordination sehr mühsam. Meine ausschließlich berufsbegleitende Promotion wurde dadurch erheblich erschwert.

Eine weitere Schwierigkeit war die Unvollständigkeit der Filmrollen. War das Urmaterial durch Überlagerung von Seiten, schlechter Druckqualität, Abfärben von Drucker-schwärze, durch Risse und unvollständige Seiten schwerlich lesbar, so galt dies auch für die Mikrofilme. In solchen Fällen blieb nur das Lesen des Materials im Original. Für diese Arbeit bedeutete das die Notwendigkeit von Reisen nach Berlin, wo in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz die Originale zur Verfügung standen.

Der teilweise sehr unterschiedliche Erhaltungszustand des Materials steht in Zusammenhang mit der Papierqualität. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Papier vornehmlich aus Hadern (Textilabfälle oder gebrauchte Textilien pflanzlichen Ursprungs) hergestellt. Mit Verknappung dieses Grundstoffes aufgrund eines enorm steigenden Papierbedarfs durch eine explosionsartige Zunahme an Druckerzeugnissen (vgl. Reinitzer 1994, S. 1911-1912) hielt ein anderes Verfahren zur Papierherstellung Einzug. Zum Ersatz der Textilfasern wurde ab ca. 1850 Zellstoff aus Holzschnitt gewonnen. Die daraus entstehenden Komponenten bilden bei ihrem Abbau organische Säuren. Zusätzlich wurden Alaun oder Aluminiumsulfat zugesetzt. Auch hierdurch kommt es aufgrund der Säurebildung zur Zerstörung des Zellstoffes mit Versprödung des Papiers (Bund-Länder-Arbeitsgruppe Papierzerfall 1992).

Zu diesen endogenen Ursachen der Papierzerstörung kommen exogene hinzu. Ungünstige Aufbewahrungsbedingungen durch den Zutritt von Licht, Feuchtigkeit, Wärme oder Luftschadstoffen lassen den Alterungsprozess von Papier deutlich schneller ablaufen. Auch Mikroorganismen, wie Schimmelpilze, tun ihr übriges (vgl. Willich 2001, S. 26-29).

Ein Mittel zum Bestandserhalt von Zeitungen ist die Konversion, d.h. die Umwandlung in eine digitale oder analoge Form, wie sie auch für die VZ genutzt ist. Als analoge Form werden Mikroformen wie der Rollfilm (Mikrofilm) oder der Planfilm (Mikrofiche) angelegt. Hierbei gilt es zu unterscheiden zwischen Schutz- und Ersatzverfilmung. Bei der Schutzverfilmung handelt es sich um eine vorsorgliche Maßnahme, um Schäden bei der Nutzung des Originals zu vermeiden. Ist das Original bereits dauerhaft geschädigt, kommt die Ersatzver-

filmung zum Einsatz. Hierbei muss man sich vor Augen führen, dass der Inhalt zwar erhalten bleibt, aber die Eindrücke, die man beim Lesen des Originals in seiner wirklichen Größe gewinnt, unwiederbringlich verloren sind (vgl. Brockmann 2007, S. 83; vgl. Reinitzer 1994, S. 1914).

Durchaus kritisch zu betrachten ist die digitale Archivierung. Zwar erreicht man damit eine optimale Zugänglichkeit, das Kopieren ist ohne Qualitätsverlust unendlich oft möglich und durch Datenkompression ist eine hohe Informationsdichte zu erreichen. Leider ist die Lebensdauer der Speichermedien begrenzt und löst damit Folgekosten und Folgearbeiten aufgrund der Umkopierung aus (vgl. Willich 2001, S. 51).

Für einzelne Seiten wurde der Direkt-Lieferdienst Subito genutzt, bei dem diese als PDF-Dateien online geliefert wurden. Aufgrund der Kosten von 7€ für eine einzelne Seite kam diese Variante der Materialbeschaffung nur in Ausnahmefällen in Frage.

Um einen Eindruck vom zeitlichen Aufwand nur für das Lesen des Materials zu bekommen, ist ein Blick auf die äußere Form der „Vossischen Zeitung“ notwendig. Diese Zeitung ist vom 1.1.1866 bis zum 1.10.1871 als zweiseitiges Blatt mit mehreren Beilagen erschienen. Danach wechselte die Darstellung zu einer dreiseitigen, was bei der kleingedruckten Frakturschrift das Lesen deutlich verlangsamte. Ab dem 1.1.1879 wechselte die bis dato sechs Mal die Woche erscheinende Zeitung (außer montags und Feiertags) zu einem zweimal täglich erscheinenden Blatt. Damit erschließt sich auch der so umfangreiche Leseaufwand von ca. 8350 Zeitungen mit jeweils zwischen 8 (Abendausgaben) und 64 Seiten (Morgenausgaben). Diese Schwankungsbreite lässt daher auch keine genaue Angabe der gelesenen Zeitungsseiten zu. Eine Aufzeichnung der aufgewendeten Stunden ist nicht erfolgt. Hier hebt sich die angefertigte Arbeit deutlich von einer thematisch ähnlichen Arbeit ab, die lediglich fünf Jahre der VZ betrachtet und auf ein Register und die bibliographische Aufarbeitung der Fundstellen gänzlich verzichtet (vgl. Riecken 2012). Sie bleibt damit hinter der berechtigten Forderung Andrees (2002b, S. 15) einen Beitrag zu leisten für eine „textkritisch abgesicherte, registermäßig erschlossene Gesamtdarstellung“ zurück.

Die Fundstellen aus der VZ wurden in Form einer Zusammenfassung in eine Tabelle in chronologischer Reihenfolge eingefügt. Um eine erleichterte Auffindung im eingescannten Material zu erreichen, wurde die Seite der PDF-Datei und die genaue Angabe der Fundstelle auf der jeweiligen Seite zusätzlich mit notiert. In der Spalte „Bemerkungen“ finden sich die bibliographischen Angaben zur Fundstelle, soweit diese schon existieren.

Zusätzlich sind Orts-, Personen- und wichtige Sachangaben in den jeweiligen Registern aufgeschlüsselt, um die Ergebnisse dieser Arbeit weiterer Virchow-Forschung vereinfacht zugänglich zu machen (vgl. Andree 2002, S. 15).



#### 4.1 Die „Vossische Zeitung“

Die „Vossische Zeitung“ ist die erste und älteste Zeitung Berlins. Ihren Namen verdankt sie dem Buchhändler Christian Friedrich Voß und dessen gleichnamigen Sohn. In deren Hand war die Zeitung von 1751 bis 1795. Aus dieser Zeit stammt auch die volkstümliche Bezeichnung „Tante Voß“ (vgl. Bender 1972, S. 25).

Die Vorläufer der „Vossischen Zeitung“ in Berlin reichen aber viel weiter zurück. Die ältesten Exemplare datieren von 1617. Damals firmierte das Blatt als „Frischmann-Zeitung“ und erschien als Wochenblatt. Herausgeber und Gründer war der Kurfürstliche Botenmeister Christoph Frischmann, der über seinen Kontakt zum Augsburger Stadtrat Philipp Hainhofer mit vielen Informationen per Post versorgt wurde. Gedruckt wurde die Zeitung vom Drucker Georg Runge. Da der Wert der Nachrichten in ihrer Aktualität lag, machte es in einem Wochenblatt keinen Sinn über Ereignisse in Berlin zu berichten, sondern es fanden nur Informationen von außerhalb Eingang in die Zeitung. Nach dem Tode Christoph Frischmanns 1618 übernahm sein Bruder Veit die Zeitung (vgl. Bender 1972, S. 25-26).

Aufgrund des fehlenden Quellenmaterials bleibt die Zeit zwischen 1637 und 1654 im Dunkeln. 1655 übernahm dann Christoph Runge, der Sohn des ursprünglichen Berliner Druckers, die Zeitung. Damit lagen Redaktion und Herausgabe erstmals in einer Hand. Dazu bekam die Zeitung auch erstmals Nummerntitel und Runge nannte sie „B. Einkommende Ordinar- und Postzeitungen“. Das „B“ stand für Berlin und „einkommende“ stellte klar, dass nur Informationen von außerhalb veröffentlicht wurden. Da die Menge an Nachrichten zunahm erschien die Zeitung 1665 bereits in vier wöchentlichen Ausgaben. 1677 verschwand der Titel und stattdessen erschienen „Mercurius“, „Fama“ und „Postilion“ (vgl. Bender 1972, S. 27-28).

Nach dem Tod Runges 1681 übernahm seine Witwe das Geschäft, blieb damit aber eher glücklos, so dass 1704 ein Verkauf an Johann Lorentz stattfand. Dieser knüpfte viele Kontakte, um sich mit Nachrichten zu versorgen. Zunächst kam die Zeitung mit vier Quartseiten heraus, dann wechselte 1709 das Format auf Kleinoktav mit mittlerweile acht Seiten und erschien drei Mal wöchentlich. Ab 1712 tauchte dann der Titel „Berlinische ordinaire Zeitung“ auf (vgl. Bender 1972, S. 29-30).

1721 übernahm Johann Andreas Rüdiger die Zeitung durch einen geschickten Schachzug. Friedrich Wilhelm I. beauftragte ihn mit der Anfertigung der Lebensgeschichte der Brüder de Witt. Mit dem Hinweis auf die hohen Kosten des Druckwerks bat Rüdiger den Herrscher als Ausgleich um das Zeitungsprivileg von Berlin, wofür er auch noch ein jährliches

Entgelt zahlen wollte. Der Handel kam zustande und Lorentz verlor sein Recht auf Druck und Herausgabe der Zeitung an Rüdiger. Dieser nahm keine Veränderung an dem Blatt vor, welches weiterhin drei Mal die Woche erschien und seine Meldungen vornehmlich aus anderen Blättern bezog und Berliner Themen kaum Eingang fanden. Lediglich der Titel lautete nach dem Besitzerwechsel nun „Berlinische Privilegirte Zeitung“ (vgl. Bender 1972, S. 31; vgl. Mendelssohn 1982, S. 29-30).

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass Mendelssohn (1982, S. 35) mit einer Aussage unrecht hat. Er merkt an, dass die VZ „zeitlebens das Gründungsjahr 1704 in ihrem Zeitungskopf vermerkt“ habe. Dies trifft für die Zeit zwischen 1866 und 1885 nicht zu. Ferner ist anzumerken, dass man sich in der Jubiläumsausgabe vom 23.2.1872 zum 150. Geburtstag der Zeitung eindeutig auf das erste Erscheinen 1721 bezieht. Offensichtlich scheint sich in den Jahren zwischen 1886 und 1904 ein anderer Bezugspunkt bezüglich der Gründung eingestellt zu haben, nämlich das Übernahmejahr von Lorentz.

Mit der Thronbesteigung von Friedrich II., später Friedrich der Große genannt, endete dann die Zensur, die bis dahin die journalistische Arbeit massiv einengte. Zusätzlich sorgte die Erteilung einer weiteren Zeitungslizenz an den Buchhändler Ambrosius Haude für Bewegung. 1740 erschienen dann zusätzlich die „Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen“ in Haudes Verlag. Diese Zeitung wurde dann aber 1748 von der Buchhändlerfamilie Spener übernommen und hieß dann später „Spenersche Zeitung“ oder, in Anlehnung an „Tante Voß“, „Onkel Spener“ (vgl. Bender 1972, S. 32; vgl. Mendelssohn 1982, gleichnamiges Kapitel S. 36 ff.).

1748 erfuhr die „Berlinische Privilegirte Zeitung“ eine Erweiterung um die Rubrik „Gelehrte Sachen“, die über bedeutende Persönlichkeiten berichtete und Gedichte und Buchbesprechungen veröffentlichte. Zwei Jahre später, 1751, starb Rüdiger und sein Schweigersohn Christian Friedrich Voß übernahm die Zeitung. Dieser gewann Gotthold Ephraim Lessing für die Redaktion der „Gelehrten Sachen“, die bis 1755 in dessen Händen blieb (vgl. Bender 1972, S. 32-33). Die VZ schreibt dazu in ihrer Beilage zum 150. Jubiläum der Zeitung:

„Wie hoch man für immer, für jene Zeit die von der Schärfe Lessing'schen Geistes durchwehten kurzen kritischen Artikel an Werth veranschlagen möge: das noch bei Weitem Wichtigere, ja für die Vossische Zeitung geradehin Wichtigste, für alle Zeit, war die Vererbung Lessing'scher Tradition. [...], daß unser Blatt, ohne sich selber aufzugeben, die Bahnen nie verlassen könnte, die ihm der Geist und der Charakter Lessing's in Bezug auf Freimuth, Duldung und Humanität, ein für alle Mal vorgezeichnet haben.“

Zur Beibehaltung dieser hochgesteckten Haltung trug auch die Ehe der Tochter von Christian Friedrich Voss mit dem jüngeren Bruder Lessings bei. So blieb die Zeitung durch Vererbung bis 1911 in Familienhand, wenn sich auch an dem Titel zwischenzeitlich etwas änderte. Ab 1785 bis 1911 führte sie dann aber durchgehend die Bezeichnung „Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“ (vgl. Bender 1972, S. 33).

1767 wurde die Geschäftsstelle der Zeitung in die Breite Straße verlegt, der Adresse, die zu Zeiten Vs auch noch gültig ist. Zwischen 1770 und 1780 nahm der Umfang des Blattes von acht auf zwölf Seiten zu und mittlerweile lag die Auflagenhöhe bei 2000 Exemplaren. Käuflich erwerben konnte man die VZ allerdings nur in der Vossischen Buchhandlung, nicht im freien Verkauf (vgl. Heenemann 1929, S. 13; VZ Beilage zum 150. Jubiläum der Zeitung).

Mit dem Wechsel ins neue Jahrhundert stiegen die Abonnentenzahlen an; die Auflagenhöhe lag bei 7100. Nun fanden sich auch Familienanzeigen und Wirtschaftsnotizen in dem Blatt. 1806 übergab Marie Friedericke Lessing die Verlagsgeschäfte an ihren zweitältesten Sohn Christian Friedrich Lessing. Der Druck fand noch in der Niederlagstraße statt, bis auch die Druckerei 1809 in die Breite Straße zog. Als Lessing 1823 auch die Redaktion übernahm, erschien die Zeitung täglich außer sonntags (vgl. Bender 1972, S. 34; vgl. Mendelssohn 1982, S. 56-57).

Mit der wieder eingeführten Zensur unter Friedrich Wilhelm III. fanden fast nur Themen aus dem Ausland ihren Niederschlag in der Zeitung. Mehr Raum gewannen daher Kulturenrichten, das Feuilleton, Theater- und Konzertrezensionen, Literaturkritiken und Wissenschaftsberichte. Mit dem Gewinn des Schriftstellers und Musikkritikers Ludwig Rellstab 1826 für die Redaktion erreichte die VZ eine überragende Stellung und verstärkte ihre Beliebtheit. Dies schlug sich auch auf die Auflage nieder, die 1847 bei 20300 lag und im Folgejahr weiter auf 24000 Exemplare anstieg. Damit war die VZ zu diesem Zeitpunkt das deutsche Blatt mit der höchsten Auflage (vgl. Bender 1972, S. 34-35; vgl. Mendelssohn 1982, S. 72).

Nach dem Tode Friedrich Wilhelm III. 1840 kehrte mit Friedrich Wilhelm IV. wieder mehr Freiheit in die Pressearbeit ein (vgl. Bender 1972, S. 35). Die VZ schreibt darüber in ihrer Jubiläumsbeilage:

„Die Vossische Zeitung, welche sich überall in dem Kampf gegen politische und religiöse Bevormundung der freieren Bewegung anschloß, trat namentlich auf letzterem Gebiete dem Dogmatismus hierarchischer Tendenzen bestimmt entgegen.“ In diesem Zusammenhang erscheint ab Ende August 1844 der erste Leitartikel. Die VZ habe damit „offen das Visir auf und stellte sich schlagfertig auf den Kampfplatz.“

Mit diesem Leitsatz erklärt sich auch die Position der VZ als Vertreterin einer liberalen Opposition in der Märzrevolution 1848. Zwar kam mit der Revolution die Pressefreiheit, aber die VZ rückte zunehmend in den Fokus von polizeilichen Maßnahmen und Beeinflussungen, die bis zur Thronbesteigung Wilhelm I. 1860 anhielten. Die VZ blieb bis 1914 dem Liberalismus verbunden und folgte der Parteirichtung der Fortschrittspartei, ohne dieser verpflichtet zu sein (vgl. Bender 1972, S. 35 u. 37; vgl. Mendelssohn 1982, S. 73; vgl. Stöber 2005, S. 236; Jubiläumsbeilage von 23.2.1872).

Inhaltliche Ergänzungen und Erweiterungen erfuhr die VZ im Zusammenhang mit der Anstellung von Ludwig Pietsch 1864 als Kunstreferent und Reiseberichterstatler, was dieser über vierzig Jahre blieb. Als weitere bereichernde Persönlichkeit arbeitete Theodor Fontane von 1870 bis 1889 für das Blatt und verfasste die Theaterkritiken (vgl. Bender 1972, S. 36-37).

Eine weitere Veränderung in der VZ war die Zunahme der Anzeigen. Mit der Aufhebung der festgeschriebenen Anzeigenpreise 1849 verdreifachte sich das Anzeigenvolumen. Auch die inneren Organisationsstrukturen veränderten sich. Es kam zur Entwicklung des Journalisten als selbstständigem Berufsbild und damit auch zur Trennung von geschäftlichem und redaktionellem Teil. Dies war die Voraussetzung für die Differenzierung des Journalisten- und Verlegerberufs (vgl. Koszyk 1966, S. 226; vgl. Stöber 2005, S. 172).

Um den Sonntag arbeitsfrei zu halten, erschien die VZ ab 1848 nicht mehr montags sondern dafür sonntags. Ab Herbst 1871 erschien das Blatt dann im Großfolioformat, wie gehabt, an sechs Tagen in der Woche (vgl. Bender 1972, S. 37). Wie ich feststellen konnte ist man ab 1.1.1879 dann dazu übergegangen, die VZ als Morgen- und Abendausgabe herauszubringen und nicht, wie bei Bender (1972, S. 37) beschrieben, am 1.10.1875. Dabei erschien sonntags lediglich eine Morgenausgabe, am folgenden Montag nur die Abendausgabe. Die Gründe dafür waren einerseits möglichst aktuell und als erster die neuesten Nachrichten zu verbreiten. Andererseits war die sich weiter entwickelnde Drucktechnik der Auslöser. Konnte man zunächst nur auf Bogen drucken, wurde 1868 die erste Rotation in Betrieb genommen, d.h. es wurde von einer Endlospapierrolle gedruckt. Nachteil daran war, dass man mit dieser Rotation nur Zeitungen drucken konnte und die teuren Maschinen außerhalb der Produktionszeiten für die Tageszeitung ungenutzt waren. Andere Druckerzeugnisse konnten nicht „nebenher“ produziert werden. Also war es wirtschaftlich sinnvoll, eine weitere Zeitungsausgabe zu drucken (vgl. Mendelssohn 1982, S. 130-131).

Das Traditionsblatt VZ wurde als Werbefläche hoch eingeschätzt, so dass der Anzeigenteil einen unverhältnismäßigen großen Teil an der Gesamtausgabe einnahm. Besonders in

der Vorweihnachtszeit wuchs dadurch der Umfang auf bis zu zehn Beilagen. So hatte man trotz geringer Auflage ein stabiles wirtschaftliches Fundament (vgl. Bender 1972, S. 38; vgl. Mendelssohn 1982, S. 213).

1911 wechselte dann die VZ aus den Händen der verzweigten Vossischen Erben zu einem neuen Besitzer. Hierzu hatten sich eine Bank und der Zeitungsbesitzer August Huck zusammengeschlossen. Hierbei handelte es sich aber nur um ein kurzes Episode. Zwei Jahre später, 1913, kaufte dann der Ullstein-Verlag die VZ (vgl. Mendelssohn 1982, S. 221-225).

Damals lag die Auflage zwar nur bei ca. 25000, was sich im Vergleich mit anderen Zeitungen zu der Zeit als klein bezeichnen lässt, verfügte aber über eine lange Tradition und einen guten Ruf. Unter der Federführung des neuen Besitzers stieg die Auflage 1915 auf 43000 und 1924 wurde sogar eine dritte Ausgabe herausgebracht, die nach 20 Uhr ausgeliefert wurde (vgl. Bender 1972, S. 38; vgl. Heenemann 1929, S. 77).

Zunächst war geplant, die VZ am angestammten Ort zu belassen und erst später in das Ullstein-Unternehmen einzugliedern, doch mit der Mobilmachung 1914 änderten sich die äußeren Bedingungen, so dass ein sofortiger Umzug in die Kochstraße unumgänglich und im August vollzogen wurde. Da die VZ dann auch auf den Ullsteinischen Maschinen gedruckt wurde, erschien sie ab dem Zeitpunkt auch im sog. „Berliner Format“ (vgl. Mendelssohn 1982, S. 231).

Mit dem Aufgehen der VZ im Ullstein-Verlag wurde zunächst Hermann Bachmann Chefredakteur, unterstützt von Georg Bernhard. Dieser übernahm dann 1920, nach dem Tode Bachmanns, die alleinige redaktionelle Leitung und prägte damit die politische Ausrichtung der VZ (vgl. Mendelssohn 1982, S. 261-262). Er „behält die linksliberale Richtung des Blattes in Anlehnung an die Ziele der Demokratischen Partei nachdrücklich bei“ (Bender 1972, S. 38). Er sei „ein markantes Beispiel für den von vielen Linksliberalen der Zwischenkriegszeit vertretenen friedlichen und integrierenden demokratischen Nationalismus“ gewesen (Klein 1999, S. 238). Zu weitergehenden Informationen über Bernhard sei auf die Schrift von Michael Klein „Georg Bernhard. Die politische Haltung des Chefredakteurs der Vossischen Zeitung 1918-1930“ Frankfurt/Main u.a., Lang, 1999, verwiesen.

Ab 1930 wurde dann die VZ von Julius Elbau geführt und bis 1933 war „das Ullstein-Haus die letzte Hochburg des freien Zeitungswesens“ (Mendelssohn 1982, S. 410). Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde dies systematisch zerstört. Zunächst offenbarten sich Mitarbeiter, darunter auch langjährige, als zugehörig zu einer „nationalsozialistischen Zelle“ (vgl. Mendelssohn 1982, S. 411), die bereits jahrelang den Verlag bespitzelt hatte. Als nächstes wurde ein aus dem Ullstein-Verlag stammendes Blatt, „Tempo“, verboten. Es

herrschte allerdings noch die Meinung vor, dass die NSDAP wieder verschwinden würde, so dass es Ziel war, sich nicht offen mit den Herrschenden anzulegen (vgl. Mendelssohn 1982, S. 413-415). Der in den Händen der jüdischen Ullstein-Familie befindliche Verlag stand als nächstes dem Problem gegenüber, ihr Unternehmen als „arisch“ einordnen zu lassen, um weiter arbeiten zu können. Dazu musste ein Teil der Verlagsaktien in „arischer“ Hand liegen. Hierzu übertrug man unentgeltlich Aktien an „arische“ Personen, die der Familie nahestanden (vgl. Mendelssohn 1982, S. 424). Mit dem Inkrafttreten des „Schriftleitergesetzes“ am 1.1. 1934 setzte das Regime den nächsten Hebel an. Hatten es bis dahin die Verleger noch teilweise geschafft, sich vor ihre Angestellten zu stellen, besaßen sie nun keinen Einfluss mehr darauf, wen sie beschäftigten und wen nicht. Letztendlich erschien dann am 31. März 1934 unter dem Druck des dritten Reiches die letzte Ausgabe der VZ mit einer Schlusssauflage von 41500 Exemplaren (vgl. Mendelssohn 1982, S. 424 ff.).

## 5. Historischer Überblick

Außenpolitisch lag mit Beginn des Jahres 1866 gerade der Krieg gegen Dänemark hinter Preußen, der am 1. August 1864 sein Ende gefunden hatte. Ursprung war der Streit um die Zugehörigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein, den Preußen mit der Unterstützung Österreichs für sich entschieden hatte (vgl. Clark 2008, S. 598-603).

Die beiden Herzogtümer unterstanden nun eigentlich beiden Mächten. Preußen versuchte allerdings seinen Einfluss in beiden Gebieten auszubauen, sehr zum Ärger der Österreicher, deren Einflussnahme schon allein geographisch schwierig war. Ziel Bismarcks war, beide Herzogtümer zu annektieren und „den politischen Einfluss Wiens in Deutschland zu neutralisieren“, auch wenn er nach außen hin diese Haltung zu verschleiern suchte (Clark 2008, S. 608).

Nachdem im Sommer 1865 ein Krieg schon fast unvermeidlich schien, wurde ein neues Abkommen ausgehandelt, die Konvention von Gastein. Dies war für Bismarck aber lediglich eine Möglichkeit, Zeit zu gewinnen. Preußen setzte seinen provokanten Weg fort und nutzte eine Volksversammlung in Holstein als Anlass, Wien mit dieser Veranstaltung einen Vertragsbruch der Gasteiner Konventionen zu unterstellen. Im Frühjahr 1866 entschied der Kronrat, dass ein Krieg unvermeidlich sei, nur der Kronprinz stimmte dagegen. Direkt im Anschluss bemühte sich Bismarck um die Unterstützung der Italiener für den Fall eines österreichischen Angriffs. Zusätzlich gab es Absprachen zwischen Napoleon III. und Bismarck, um sich der Neutralität der Franzosen zu versichern. Dies hat Frankreich Österreich in Geheimverträgen allerdings auch zugestanden. So war für Frankreich zumindest klar, bei einer deutsch-österreichischen Auseinandersetzung so oder so zu profitieren. Russland wiederum war zu sehr mit innenpolitischen Gegebenheiten beschäftigt und eher auf der Seite Preußens (vgl. Clark 2008, S. 609 f.).

Aufgrund von Truppenbewegungen der Italiener in Italien fühlte sich Österreich provoziert und beantwortete dieses im April 1866 mit einer Teilmobilmachung, was dann in der Folge zum endgültigen Kriegsausbruch führte (vgl. Clark 2008, S. 610). Der Ausgang des Waffenganges war im Vorhinein nicht absehbar, man rechnete allgemein eher mit einem Sieg der Österreicher, zumal Preußen von Süddeutschland keine Unterstützung bekam und ein zahlenmäßig kleineres Heer besaß. Österreich wiederum war dadurch geschwächt, dass ein Teil der Truppen in der Auseinandersetzung mit Italien gebunden waren. Einen entscheidenden Anteil am Sieg Preußens war letztendlich die Ausstattung des Heeres mit dem Zündnadelge-

wehr, das Preußen weiterentwickelt und verbessert hatte und damit der „Feuertaktik“ folgte (vgl. Clark 2008, S. 612 ff.).

Die entscheidende Schlacht fand am 3. Juli 1866 bei Königgrätz statt, die mit einem vollständigen Sieg Preußens endete (vgl. Clark 2008, S. 620). Infolge dieses Krieges wurden Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und Schleswig-Holstein Preußen zugeschlagen (vgl. Althammer 2009, S. 17). Damit hatte Preußen „im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland gesiegt, Österreich war aus Deutschland ausgeschieden“ (Nipperdey 1998, S. 11). Mit dem Prager Frieden vom 23. August 1866 hatte Österreich bis auf Venetien zwar keine Gebietsverluste zu verzeichnen, aber es musste der Auflösung des Deutschen Bundes zustimmen (vgl. Althammer 2009, S. 17).

Dieser Sieg ermöglichte es Preußen, Norddeutschland neu zu organisieren; 1867 kam es zur Gründung des Norddeutschen Bundes mit Bismarck als Bundeskanzler (vgl. Nipperdey 1998, S. 39). Darunter verbarg sich „der erste deutsche Bundesstaat, der zur Keimzelle des späteren Deutschen Reiches werden konnte“ (Haffner 1989, S. 39). Die Angliederung Süddeutschlands, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und Teilen Hessen-Darmstadts (vgl. Althammer 2009, S. 17), war angestrebt, wurde aber von Bismarck nicht forciert. Allerdings war er der Ansicht, dass wohl die deutsche Einheit durch ein gewaltsames Ereignis schneller zustande käme (vgl. Kolb 2009, S. 83). Die Mainlinie signalisierte die Trennlinie zum Süden (vgl. Nipperdey 1998, S. 12), allerdings wurde dieser über den Zollbundesrat und das Zollparlament dem Norddeutschen Bund quasi indirekt angegliedert (vgl. Althammer 2009, S. 18).

Indirekte Folge des Sieges von Preußen im Krieg gegen Österreich war, dass Frankreich an Macht in Europa einbüßte. Durch sein Herrschaftssystem auf das Prestige außenpolitischer Erfolge angewiesen, war die Konsequenz, dass Napoleon III., nach anderen gescheiterten Versuchen, eine Politik der Eindämmung Preußens verfolgen musste und eine antipreußische Allianz anstrebte (vgl. Nipperdey 1998, S. 16 f.). Weder mit Österreich noch mit Russland kam eine solche zustande, England blieb allem Paktieren gegenüber ebenfalls neutral (vgl. Nipperdey 1998, S. 19 u. 21).

Sich der Spannungen zwischen Frankreich und Preußen wohl bewusst, setzte sich Bismarck dafür ein, Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen für den Thron in Spanien vorzuschlagen. Dieser zog allerdings aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung sein Angebot wieder zurück. Frankreich erwartete zusätzlich noch eine schriftliche Garantie König Wilhelms für den Verzicht. Bismarck verwandelte diese als „Emser Depesche“ bekannte Ablehnung der Garantieerklärung zu einer schroffen Absage, die am 19. Juli 1870 zur



Kriegserklärung Frankreichs an Preußen führte. Der Krieg endete am 18. Januar 1871 mit dem Sieg Preußens, der anschließenden Proklamation Wilhelm I. zum deutschen Kaiser und der Gründung des Deutschen Reiches (vgl. Althammer 2009, S. 18-20).

Mit der Reichsgründung bekam das Deutsche Reich eine Verfassung, die allerdings zu großen Teilen auf der Verfassung des Norddeutschen Bundes beruhte. Repräsentiert wurde das Reich durch Bundesrat, Kaiser, Bundeskanzler und vom Reichstag (vgl. Althammer 2009, S. 39).

Nach der Reichsgründung stand für die deutsche Außenpolitik im Vordergrund, Europa von der Friedensabsicht Deutschlands zu überzeugen, nicht zuletzt, um die Existenz des jungen deutschen Reiches zu schützen und um es als selbstverständliche Realität zu etablieren (vgl. Nipperdey 1998, S. 427). Ein Versuch, sich in alle Richtungen abzusichern, war das Drei-Kaiser-Abkommen zwischen Deutschland, Österreich und Russland, das im Oktober 1873 zustande kam, allerdings ohne große Nachhaltigkeit (vgl. Nipperdey 1998, S. 427).

Eine Orient-Krise 1875/76 schwappt aufgrund der diversen Interessen nach Europa. Deutschland selbst nicht betroffen, konnte sich diesem nicht gänzlich entziehen und versuchte zu vermitteln. Bismarck lud alle Parteien im Juni 1878 zum Kongress nach Berlin ein. Damit konsolidierte er sein Ansehen als Friedensstifter und erreichte, dass es am 13. Juli 1878 zur Unterschrift aller Vertragsparteien kam (vgl. Althammer 2009, S. 201 f.).

Zwar waren mit dem Berliner Kongress nicht alle Schwierigkeiten beseitigt, aber es kam dadurch zu einer Annäherung und letztlich 1879 zum Zweibund mit Österreich-Ungarn und 1881 zum Drei-Kaiser-Vertrag, der noch Russland einschloss. 1882 wurde über den Pakt mit Österreich-Ungarn noch Italien und 1883 Rumänien angegliedert (vgl. Althammer 2009, S. 203).

Zum Ende des Betrachtungszeitraumes kam ein neuer Aspekt in der Außenpolitik zum Tragen: die Kolonialpolitik. Andere Länder Europas hatten schon länger auf diese Weise ihre Territorien ausgedehnt (vgl. Althammer 2009, S. 221). Nun sah sich Deutschland aus verschiedenen Gründen auch dazu genötigt und trat damit in die Weltpolitik ein (vgl. Nipperdey 1998, S. 445). Im April 1884 beanspruchte das Deutsche Reich „Schutzgebiete“ in Südwestafrika für sich. Hinzu kamen im gleichen und im Folgejahr noch Gebiete im heutigen Namibia, in Togo und Kamerun, im heutigen Tansania und Inseln in der Südsee. Im Zuge der nötigen Einigungen zwischen den Kolonialmächten lud Deutschland dann zum Jahreswechsel 1884/85 alle involvierten Mächte zur Afrika-Konferenz nach Berlin ein (vgl. Althammer 2009, S. 225 f.). Im Laufe des Jahres verlor Bismarck, eigentlich ein Gegner der Kolonialbestrebungen, dann auch wieder das Interesse an den Überseegebieten, zumal sich mit dem

Sturz des französischen Ministerpräsidenten 1885 in Europa wieder die Lage veränderte. Dieser hatte die „französisch-deutsche Kolonialentente“ etabliert. Mit seinem Tod erhob sich von Seiten Frankreichs wieder „eine neue Welle des Revanchismus“ (Nipperdey 1998, S. 452). Auch wollte es sich Bismarck nicht mit der aktuell eher deutschfreundlichen englischen Regierung verderben und sah von einer weiteren kolonialen Gebietsausbreitung ab, um Konfrontationen zu vermeiden (vgl. Nipperdey 1998, S. 452).

Im folgenden Abschnitt beleuchte ich kurz die innenpolitischen Gegebenheiten des Betrachtungszeitraumes.

Mit dem Sieg von Königgrätz 1866 hatte Bismarck auf dem Weg zu einem Gesamtdeutschland zumindest das Teilziel eines norddeutschen Zusammenschlusses erreicht und damit seine ultrakonservative Machtpolitik erfolgreich durchgesetzt. Die Folge davon war politischer Auftrieb der Konservativen bei gleichzeitigem Machtverlust der Liberalen (vgl. Nipperdey 1998, S. 34 f.). Bei der Eröffnung des Landtages im gleichen Jahr suchte nun Bismarck überraschenderweise um Indemnität nach. Damit verbunden waren die rückwirkende Genehmigung der Ausgaben, die die Regierung ohne Zustimmung des Parlamentes getätigt hatte und „die nachträgliche Befreiung von der Verantwortlichkeit für das Regieren ohne Budget. [...] Die militärische Kommandogewalt“ blieb davon unberührt (Nipperdey 1998, S. 35). Für Bismarck standen mit diesem politischen Zug zwei Dinge im Vordergrund: Einerseits wollte er sich nicht gegen die Nationalliberalen stellen, „die mächtigste Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft“, andererseits wollte er, ausgehend von einer konservativen Grundhaltung, die Monarchie stützen, was erfolgreich gelang. „Im Ergebnis war die Indemnitätsvorlage auch eine Mehrheitsbeschaffungspolitik“ (Nipperdey 1998, S. 36). Sie brachte auch den Bruch zwischen den verschiedenen liberalen Strömungen. Für den einen Flügel kam die Erteilung der Indemnität nicht in Frage, einen Schutz vor Wiederholung einer solchen Angelegenheit würde nur ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz liefern. Für den anderen liberalen Flügel, die Nationalliberalen, stand mit dem Blick auf den erfolgreich geführten Krieg eine mäßige Haltung mit Versöhnung im Vordergrund (vgl. Nipperdey 1998, S. 37).

Die zum Großteil aus der Feder Bismarcks stammende Verfassung für den Norddeutschen Bund, ausgestattet ohne Grundrechtsteil, um große Diskussionen zu vermeiden, enthielt das Prinzip des Föderalismus und strebte Entscheidungen nach Mehrheitsverhältnissen an, mit Preußen an der Spitze (vgl. Nipperdey 1998, S. 40). Die von den Liberalen angestrebte Idee eines juristisch verantwortlichen Bundesministeriums konnte sich knapp nicht durchsetzen. Dagegen erreichte man aber, dass eine „Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers“ aufgenom-

men wurde; eine für Bismarck akzeptable Lösung, da mit dieser Entscheidung das eigentliche Kanzleramt, entgegen ursprünglicher Planungen, doch eine gesamtstaatliche Position wurde. Zusätzlich wurde das geheime Wahlrecht im norddeutschen Reichstag etabliert, was eine Einflussnahme von außen stark erschwerte (vgl. Nipperdey 1998, S. 43 ff.).

Wichtige Gesetze aus dieser Zeit sind die Regelungen zur Freizügigkeit und zur Rechtsgleichheit und die Regelungen zur Armenfürsorge und Unterstützungswohnsitz. Damit ermöglichte man die uneingeschränkte Mobilität der Bürger im Reichsgebiet, im Rahmen des neuen Passgesetzes auch ohne Papiere, den uneingeschränkten Erwerb von Grund und Boden und die Möglichkeit für „Zugereiste“, am neuen Wohnort Armenunterstützung zu bekommen, ohne, wie früher, abgeschoben zu werden. Eine weitere, für die Wirtschaft wichtige Entscheidung, fiel 1869 mit der neuen Gewerbeordnung, die liberalisierend in den Markt eingriff. (vgl. Althammer 2009, S. 67 f.).

Mit dem Gewinn des deutsch-französischen Krieges und der Gründung des deutschen Reiches rückten neue innenpolitische Aufgaben in den Vordergrund. Es galt, die eher provisorische Verfassung zu konsolidieren, eine neue Kreisordnung zu etablieren und eine Regelung für die Militärausgaben zu finden (vgl. Nipperdey 1998, S. 359 u. 361; Althammer 2009, S. 70). Bismarck verfolgte in dieser Zeit eine Politik des „Drohstils“, um bei Konfliktsituationen zumindest in Teilen seine Ziele durchzusetzen (Nipperdey 1998, S. 362).

Einen innenpolitischen Einschnitt bildet „die große Wende 1878/79“. (Nipperdey 1998, S. 382) Hiermit ist der politische Bruch zwischen Nationalliberalen und Regierung gemeint, das Ende der liberalen Ära (vgl. Nipperdey 1998, S. 382). Wehler (1994, S. 68) formuliert es als „das Programm einer antiliberal-konservativen Sammlung, deren Pfeiler die großen Produktionsinteressen in Industrie und Landwirtschaft bildeten.“ Er spricht weiter von einem „Kartell der schaffenden Stände“, die 1879 mit dem Schutzzollsystem heraustraten und mit dem langfristig der „antiliberalen, autoritären neudeutschen Obrigkeitsstaat“ entstand.

Eine weitere in den Untersuchungszeitraum fallende innenpolitische Auseinandersetzung ist die Zeit des Kulturkampfes. Gemeint ist hiermit die Auseinandersetzung des Staates mit der katholischen Kirche. Der Begriff wird, fälschlicherweise (vgl. Althammer 2009, S. 91, Meyer 1956, S. 116, Clark 2008, S. 651), mit Virchow in Verbindung gebracht. Er hat ihn zwar in einer Rede am 17. Januar 1873 verwendet, aber die Begrifflichkeit entstammte der katholischen „Zeitschrift für Theologie“ von 1840 (vgl. Andree 2009, S. 125). Zwar war ganz Europa von dieser Auseinandersetzung betroffen, doch gerade in Preußen wurde sie am heftigsten geführt. Es begann zunächst mit dem gesetzlich legitimierten Abzug der Katholiken aus der obersten Verwaltungsebene. Dann folgte der sogenannte Kanzelparagraph, der den ka-

tholischen Geistlichen bei Strafandrohung untersagte, von der Kanzel aus staatliche Vorkommnisse zu kommentieren. Mit dem Inkrafttreten des Schulaufsichtsgesetzes von 1872 entzog man der Kirche die Aufsicht über die Schulen und die Jesuiten wurden aus Deutschland ausgewiesen. Durch die Verabschiedung der Maigesetze 1873 „wurde die Ausbildung und Ernennung des Klerus in Preußen unter staatliche Aufsicht gestellt“ und 1874 wurde die Zivilehe etabliert (Clark 2008, S. 648). Erst mit dem neu ins Amt gekommenen Papst Leo XIII. 1878 entspannte sich das Verhältnis Preußens zur Kurie und die Kulturkampfgesetze wurden entschärft oder aufgehoben (vgl. Althammer 2009, S. 96).

Im folgenden Abschnitt stehen die wirtschaftlichen Entwicklungen im Betrachtungszeitraum im Vordergrund.

Die Reichsgründung lieferte auch den Schub für die dann einsetzende „Welle von Unternehmungsgründungen“, nicht zuletzt auch wegen der von Frankreich geleisteten Kontributionszahlungen (Althammer 2009, S. 116, Nipperdey 1998, S. 283). Die Wirtschaft bekam erheblich Auftrieb, besonders im Bereich der Schwerindustrie, des Eisenbahnbaus und des Maschinenbaus (vgl. Althammer 2009, S. 114). In der Verkettung von Produktionssteigerung, Nachfrage nach Kapital und Rohstoffen und damit steigenden Preisen stieg auch das Interesse, an den Gewinnen teilzuhaben. Die Folge war „ein regelrechtes Spekulationsfieber“. Dieser „Gründerboom“ fand 1873, zunächst mit dem Wiener und dann mit dem New Yorker Börsenkrach sein Ende (Althammer 2009, S. 116). Im Oktober 1873 war zunächst nur der Finanzsektor in Deutschland betroffen, doch nach und nach breitete sich dieser Einbruch auf alle Gebiete aus. Dieser „Gründerkrach“ (Althammer 2009, S. 117) traf besonders die während des Booms entstandenen Neugründungen, aber auch das Bürgertum direkt, das seine Ersparnisse verlor. „Der überschäumende Optimismus der Gründerjahre kippte in Existenzängste um“ (Althammer 2009, S. 117). Direkte Folge dieses wirtschaftlichen Einbruchs waren „Massenentlassungen und drastische Lohnkürzungen“, die besonders die Arbeiterschicht trafen (Althammer 2009, S. 118).

Bis 1880 kam es zu einer Erholung; allerdings hielten die sozialen Folgen noch länger an. Im Zuge dieser Veränderungen wandelte sich auch die Haltung zum Liberalismus, der mit seiner uneingeschränkten Unterstützung für den „Industriekapitalismus“ plötzlich in die Kritik geriet (Althammer 2009, S. 120).

Die von den wirtschaftlichen Schwankungen betroffenen Industriearbeiter fingen ab den 1860er Jahren an, sich zu organisieren, sei es in Form von Vereinen, Gewerkschaften oder Parteien (vgl. Althammer 2009, S. 140 f.). In diese Zeit fiel auch die Gründung der Sozia-

listischen Arbeiterpartei, deren Einfluss sich mehr und mehr ausbreitete. Dieser aufkommende Sozialismus wurde mit Parteiverboten und Einflussnahme über die Presse deutlich bekämpft (vgl. Althammer 2009, S. 142).

Als es 1878 zu zwei voneinander unabhängigen Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. kam, vertiefte sich die Furcht vor sozialistischer Einflussnahme. Beiden Attentätern sagte man Kontakte in die sozialistischen Kreise nach und hatte damit ein Argument für das daraufhin eingeführte Sozialistengesetz, welches erhebliche Repressionen mit sich brachte, die Rechtsgleichheit deutlich verletzte und die Arbeiterbewegung gezielt angriff (vgl. Althammer 2009, S. 142 ff.). Unabhängig davon wurden aber von Bismarck in den 1880er Jahren große sozialpolitische Projekte verwirklicht: 1881 die Sozialversicherung, 1883 die Krankenversicherung und 1884 die Unfallversicherung (vgl. Nipperdey 1998, S. 342). Kurzfristig führte dies nicht zu einer Entschärfung der Klassengegensätze. Entscheidend war aber, dass „die Sozialversicherungen den Weg des modernen Staates in den Interventions- und Wohlfahrtsstaat eingeleitet“ haben (Nipperdey 1998, S. 346).

Im nun folgenden Abschnitt gehe ich auf die Entwicklung und Veränderung der Stadt Berlin im Betrachtungszeitraum ein, um einen Eindruck von Vs direktem Lebensumfeld zu vermitteln.

Berlin, zunächst preußische Hauptstadt, dann später mit der Reichsgründung Reichshauptstadt, veränderte ihr Gesicht im Betrachtungszeitraum erheblich. Durch die Einbeziehung in den Ausbau des Eisenbahnnetzes bildete sie „einen internationalen Verkehrsknotenpunkt“ (Demps u.a. 1987, S. 378). Zwar konnte sie sich nicht mit den Einwohnerzahlen anderer europäischer Metropolen messen, dennoch war sie mit Abstand die größte deutsche Stadt und zeigte rasantes Wachstum (vgl. Althammer 2009, S. 132). Die Einwohnerzahl stieg von 1867 mit gut 700.000 Einwohnern auf 1,3 Mio. 1885 (vgl. Ribbe 2002, S. 667 u. 694). Ursache war der erhebliche Zuwanderungsstrom, besonders von Arbeitern für den wachsenden Industriestandort. Allerdings entwickelten sich die Stadtteile sehr unterschiedlich (vgl. Ribbe 2002, S. 660).

In den nördlichen Bezirken siedelte sich besonders der Maschinenbau an, in den südlichen Stadtteilen fand sich mehr Textil- und Bekleidungsgerwerbe, „vorwiegend in Kleinbetrieben, sogenannten Hinterhoffabriken“ (Ribbe 2002, S. 660). Insgesamt wurde Berlin „zu einem Zentrum der elektrotechnischen Industrie“ (Demps u.a. 1987, S. 382). In der Innenstadt dagegen konnte man eher eine Stagnation der Bevölkerungsentwicklung beobachten. Dies war der Umgestaltung dieses Bereiches auf „die Bedürfnisse der Industrie- und Handelsmet-

ropole“ geschuldet, die sich hin zu mehr „Geschäftsräumen, Firmenvertretungen und Repräsentationswohnungen“ bewegte (Ribbe 2002, S. 661). Im Betrachtungszeitraum entstanden viele Bauten, die heute noch Berlin zieren und deren Antlitz prägen: die Börse, die Siegessäule, das Rathaus, die städtische Markthalle, das Krankenhaus im Friedrichshain (vgl. Ribbe 2002, S. 684).

In der wachsenden Metropole entwickelten sich auch andere Zweige, wie die Druckerei- und Buchbinderindustrie. Große Verlage wurden aufgebaut (vgl. Mendelssohn 1982) und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie wuchs, um für die wachsende Bevölkerung die Versorgung zu gewährleisten (vgl. Demps u.a. 1987, S. 449). Unabhängig davon blieb Berlin „die größte Handwerkerstadt Deutschlands“, da die Handwerker „als Zuliefer- und Reparaturbetriebe für die Industrie tätig wurden“ (Demps u.a. 1987, S. 451).

Mit der steigenden Nachfrage nach Wohnraum stiegen auch die Grundstückspreise. Mittlere und ärmere Bevölkerungsschichten zogen in die Randgebiete, aber auch die Wohlhabenderen ließen sich ihre Villen in den Vororten bauen, die Industrie wanderte in günstigere Randgebiete ab (vgl. Ribbe 2002, S. 661 f.; Demps u.a. 1987, S. 451). Damit wuchs das Bedürfnis nach einem funktionierenden öffentlichen Verkehrsnetz, das mit der Aufnahme des Pferdebahnbetriebes seinen Anfang fand. Die erste elektrisch betriebene Bahn wurde 1881 eingeführt (vgl. Demps u.a. 1987, S. 392 u. S. 460).

Um auch den ärmeren Klassen Wohnraum bieten zu können, baute man Mietskasernen. Dies war aber bei weitem nicht ausreichend und konnte die Wohnungsnot nicht lindern. Viele Familien nahmen noch „Schlafgänger“ auf, auch um die Miete bezahlen zu können. Trotz dieser Verdichtung stiegen die Zahlen der Obdachlosen, die zur Nacht nur das Obdachlosenasyl aufsuchen konnten (vgl. Althammer 2009, S. 134). Zugleich mit der Umsetzung des Baubauungsplans, dem sog. „Hobrechtplan“, wurde auch über eine Kanalisation für Berlin nachgedacht, die aber gegen erhebliche Widerstände erst 1872 verwirklicht wurde (vgl. Ribbe 2002, S. 663). Dieses Projekt wurde sehr von V unterstützt, der in der dafür zuständigen Kommission als Sachverständiger tätig war und sich eingehend mit dem Thema beschäftigt hatte.

Mit dem Bevölkerungsanstieg in der Stadt galt es auch, die zunehmende Zahl der Kinder auszubilden. Dieses, Virchow immer am Herzen liegende Thema, konnte mit dem Ausbau der Gemeindeschulen verwirklicht werden, so dass 1870 Berlins Schulwesen an der Spitze Preußens stand. Zum Thema Mädchenausbildung sei auf das Kapitel 7.4 dieser Arbeit verwiesen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Reichshauptstadt Berlin im Betrachtungszeitraum sehr veränderte, im Positiven wie im Negativen. Sie lockte mit großer Modernität, stieß aber auch mit dem entstehenden Elend ab. Viele historisch bedeutsame Ereignisse haben sich in Berlin ereignet, dem Zentrum der deutschen und preußischen Politik, und an all dem hat Virchow in „seiner“ Stadt teilgenommen.

## Fundstellen 1866

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Do, 4.1.1866, Nr. 2 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Vortrag von <i>Urban</i> zum Thema <b>Trichinen</b> : verbaler Angriff auf den nichtanwesenden V.	<i>Urban, Friedrich-Ludwig</i> : *1806, †1879; Tierarzt und Revolutionär
2	So, 7.1.1866, Nr. 5 (PDF: 5)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zitat aus der „ <i>Berliner Revue</i> “ mit Angriff auf V zum Thema <b>Trichinen</b> : Die Berliner Revue kritisiert hämisch Vs Haltung in Sachen Trichinen und behauptet, dass V <b>Parlamentarismus als Universalglücklichmacher</b> nur dann schätze, wenn er nicht auf die Sache der Trichinen angewendet würde. Angeblich würden die heikelsten Fragen von einer aus dem Wahllotto hervorgegangenen Gesellschaft debattiert werden. Wenn aber eine Versammlung von Männern, denen durch ihr Interesse die Klarhaltung des Urteils vorgeschrieben werde, zusammentrete, würde V sich angeblich gegen dieses Schlächterparlament verwahren. Im Parlament sei V der öffentlichen Tribüne wegen unverletzlich, in der Wissenschaft schütze V die dort geltende Unantastbarkeit. Der Staat und die Behörden dürften sich aber von dieser Unverletzbarkeit nicht in Schlepptau nehmen lassen. Weiter wird die gesamte Ärzteschaft verunglimpft und die Maßnahmen zur Eindämmung der Trichinen als „ <b>Trichinenterrorismus</b> “ der armen <b>benzingemarter-</b>	<i>Berliner Revue</i> : sozialpolitische Wochenschrift von 1855-1873; konservative, antikapitalistische Orientierung



			ten Leute bezeichnet. Man müsse einen Disziplinarhof für Ärzte einführen.	
3	Fr, 12.1.1866, Nr. 8 (PDF: 45)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Jan.): Thema ist die Errichtung einer städt. <b>Irrenanstalt</b> . V ist neben <b>Delbrück</b> Korreferent. V befürwortet, dass nur Irrenärzte, die mit den Verhältnissen in der Stadt Berlin vertraut sind, bei der Erarbeitung eines Systems mitwirken sollten.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
4	Fr, 12.1.1866, Nr. 9 (PDF: 48)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Sitzung des <b>stenographischen Vereins in Berlin</b> vom 5. Jan.: es wird ein mitstenographierter Bericht über die <b>Trichinenfrage</b> in der Versammlung des <b>Berliner Schlachtergewerks</b> vom 15. Dezember 1865 überreicht. V wird in dem Bericht erwähnt, weil er an dieser Versammlung teilgenommen hat.	
5	Sa, 13.1.1866, Nr. 10 (PDF: 71 u. 73)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<i>Sitzungsbericht der <b>Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin</b></i> vom 21. Dez. 1865: Herr <b>Braun</b> legt <b>fossile Fundstücke</b> aus dem Besitz von V vor. Weiter: Hinweis auf die Forschungen von V zum Thema <b>Trichinen</b> .	<i>Sitzungsberichte der <b>Gesellschaft naturforschender Freunde</b></i> . Berlin, 1866, S. 21-24
6	Mi, 17.1.1866, Nr. 13 (PDF: 140,141)	S. 3 u. S. 4, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> zum Thema Reorganisation des städtischen <b>Turnwesens</b> , Bericht durch V. Er möchte zunächst sichergestellt wissen, dass die gesetzlichen Auflagen erfüllt werden. Hierzu heißt es, dass jede Schule über die Möglichkeit zum Turnen verfügen sollte. Er kann sich der Meinung des Magistrates, dass <b>Turnwarte</b> überflüssig seien, nicht anschließen. Für	

			ihn sind diese wichtig für den technischen Ablauf und als Ansprechpartner für die Turnlehrer. Es sollen Kommissare ernannt werden, die sich vom Zustand des Turnunterrichts überzeugen und dem Kuratorium Bericht erstatten.	
7	Mi, 17.1.1866, Nr. 13 (PDF: 143)	S. 7, 2. Spalte mittig	Bericht von der gestrigen Abendsitzung der <b>Fortschrittpartei</b> . V wird als wiedergewähltes Mitglied des <b>Fraktionsvorstandes</b> der Fortschrittpartei erwähnt.	
8	Fr, 19.1.1866, Nr. 15 (PDF: 30)	S. 3, 2. Spalte oben	Hinweis auf einen weiter hinten erscheinenden Bericht über die <b>SVV</b> , der <i>V seine Schrift über die <b>Trichinen</b></i> übersandt hat.	<i>Die Lehre von den Trichinen mit Rücksicht auf die dadurch gebotenen Vorichtsmaßregeln für Laien und Ärzte dargestellt.</i> (1. Aufl. nicht verzeichnet 1863) 2. Aufl. (3. Verm. U. umgearb. Aufl. mit 7 Holzschnitten u. 1 Taf. 1866.)
9	Fr, 19.1.1866, Nr. 15 (PDF: 34)	S. 7, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Januar): V hat der Versammlung ein Exemplar der neu aufgelegten Schrift über die <b>Trichinen</b> mit einem Anschreiben zugesandt. Er führt darin aus, dass in der Schrift die wissen-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p>schaftlichen und praktischen Erfahrungen der letzten Jahre niedergelegt seien und Gebildeten und Behörden bei der Meinungsbildung helfen würden. Mündlich drängt er die Behörden zu energischem Vorgehen und hebt die ausdrückliche Empfehlung <b>Dr. Ehrenbergs</b> zur zwangsweisen <b>mikroskopischen Untersuchung des Schweinefleischs heraus.</b></p>	
10	Fr, 19.1.1866, Nr. 15 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<p>Vermischtes: Hinweis auf die 3. Auflage von Vs Schrift über die <b>Trichinen</b>. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Form allgemein verständlich und durch Holzschnitte und lithochromische Tafeln anschaulich erläutert sei. Jeder könne darin nicht nur Belehrung finden, sondern auch von blinder Trichinenfurcht befreit werden.</p>	
11	Sa, 20.1.1866, Nr. 16 (PDF: 59)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (3. Sitzung vom 19. Jan.): V verliert einen Antrag zur Verhinderung der <b>Vereinigung des Herzogtums Lauenburg</b> mit Preußen. Er stellt einen Antrag zur Aufhebung eines Strafverfahrens gegen den Abg. <b>Frese</b>.</p>	vgl. Andree, Band 31, S. 273-275
12	Sa, 20.1.1866, Nr. 16 (PDF: 61)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte unten	<p>Resultate der <b>Kommissionswahlen</b>: V kommt in die <b>Budgetkommission</b>.</p>	
13	Sa, 20.1.1866, Nr. 16 (PDF: 61)	1. Beilage, S. 6, 1. Spalte unten	<p>Bericht über die Fraktions-sitzung der <b>Fortschrittspartei</b>, bei der Vs Antrag zum Thema <b>Lauenburg</b> beraten wurde.</p>	
14	So,	S. 5,	Landtagsangelegenheiten: Hinweis auf	

	21.1.1866, Nr. 17 (PDF: 23)	2. Spalte oben	die Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung. Erster Tagesordnungspunkt ist der Bericht des Abg. <b>Aßmann</b> über einen Antrag Vs zur Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abg. <b>Frese</b> und <b>Lüning</b> .	
15	Di, 23.1.1866, Nr. 18 (PDF: 57)	S. 4, 2. Spalte oben	Aus der <b>SVV</b> : V wird zum Referenten einer Deputation ernannt. Es geht um das Thema „ <b>Reformen im Gemeindeschulwesen</b> “. Es werden folgende Anträge gestellt: 1. Kinder, deren Eltern weniger als 300 Taler verdienen, werden ohne Zahlung von Schulgeld aufgenommen, 2. Liegt das Einkommen über 300 Talern, soll eine Ermäßigung möglich sein, die fallabhängig ist, 3. Der Zugang für Kinder, deren Eltern 20 Sgr. zahlen wollen, wird abgelehnt, um der Erhalt der Privatschulen zu gewährleisten, 4. Errichtung örtlicher Schulkommissionen, im Sinne einer Dezentralisierung.	
16	Di, 23.1.1866, Nr. 18 (PDF: 58)	S. 5, 1. Spalte oben	V stellt einen Antrag bei der <b>SVV</b> zum Thema „Ermittlungen über den <b>Stand des Grundwassers</b> an versch. Stellen der Stadt“. Das soll der <b>Krankheitsvorsorge</b> dienen, wichtige Informationen für Bauprojekte zu liefern und Vorsorge für die <b>Kanalisierung</b> zu leisten.	
17	Di, 23.1.1866, Nr. 18 (PDF: 63)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten: Auflistung verschiedener Referenten zu verschiedenen Themen für die <b>Budgetkommission</b> . V ist für den Bereich Rechnungen über den Staatshaushaltsetat von 1859 bis	

			1862 zuständig, zusammen mit drei anderen Abgeordneten. V wird mit der Anfertigung des Vorberichts beauftragt, um dann später das Haus in Kenntnis zu setzen.	
18	Di, 23.1.1866, Nr. 18 (PDF: 2)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Anzeige über die neu überarbeitete 3. Auflage Vs „Lehre von den <b>Trichinen</b> “.	s. a. 19.1.1866
19	Mi, 24.1.1866, Nr. 18 (PDF:5)	S. 5, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 23. Jan.): Wahlen zur <b>Kommission bzgl. des Antrags Vs in der Lauenburger Angelegenheit</b> . V selbst gehört nicht zu dieser Kommission. Weiter: Antrag Vs zur Aufhebung eines Strafverfahrens gegen die Abgeordneten <b>Freese</b> und <b>Lüning</b> . V verzichtet darauf, zu dem Thema zu sprechen.	vgl. Andree, Band 31, S. 273-275
20	Mi, 24.1.1866, Nr. 18 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<b>Versammlung des Vereins hiesiger Schlachtermeister</b> vom 16. Jan.: Der Vorstand hat sich an V gewandt, nachdem nach missverständlichen Äußerungen Einzelner gesagt wurde, die Untersuchungen der Schweine nach <b>Dr. Ehrenberg</b> würden der Öffentlichkeit nicht genügend Schutz vor den <b>Trichinen</b> bieten. V erklärt die Notwendigkeit der Untersuchung und äußert sich wohlwollend über den Verein.	<i>Ehrenberg, Christian Gottfried, Dr.:</i> *1795, †1876; deutscher Naturforscher
21	Do, 25.1.1866, Nr. 20 (PDF: 36)	S. 8, 1. Spalte mittig	Die „ <b>Prov.-Corr.</b> “ äußert sich gegen Vs Antrag bzgl. <b>Lauenburg</b> , da Lauenburg kein eigener Staat sei und somit eine Mitbestimmung des Landtages ein Ein-	

			griff in die Rechte des Königs sei.	
22	Fr, 26.1.1866, Nr. 21 (PDF: 64-65)	1. Beilage, S. 3-4, 1. Spalte	<b>Verein f. Familien-und Volkserziehung</b> (Sitzung vom 15. Jan.): V sitzt im <b>Vorstand</b> .	dazu kein Buchmaterial
23	Sa, 27.1.1866, Nr. 22 Keine PDF	S. 6, 2. Spalte Mittig	Landtagsangelegenheiten: Bericht über die erste Sitzung der <b>Kommission zur Vorberatung des Antrages Vs bezüglich der Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens</b> . V äußerte dazu, er sei für ein Verschmelzen <b>Lauenburgs</b> mit Preußen, da die dort bestehende Landesvertretung sich dahingehend geäußert habe.	
24	Sa, 27.1.1866, Nr. 22 Keine PDF	S. 7, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 4 u. 5	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. Jan.): Vs Antrag zur der Ermittlung des <b>Grundwasserstandes</b> wurde dem Magistrat befürwortend überwiesen.  Weiter: Thema ist nun eine Magistratsvorlage hinsichtlich der <b>Normalisierung der Gehälter der Magistratsmitglieder</b> . V lobt den Vorsitzenden, dass er eine eingegangene Petition, die so eng mit dem Hauptgegenstand der Verhandlungen zu tun habe, dem gleichen Referenten gegeben habe.  Weiter: Thema ist die Verbreiterung der Potsdamer Straße. V halte es bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht für sinnvoll, eine größere Summe für ein Projekt aufzu-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p>bringen, das keine dringende Notwendigkeit habe.</p> <p>Weiter:</p> <p>V äußert sein Bedauern, dass zum Thema Reorganisation des <b>Turnwesens</b> kein Kommissar des Magistrates anwesend sei.</p> <p>Dann wird nur kurz erwähnt, dass V erneut über die <b>Reformen im Gemeindegewandwesen</b> spricht.</p>	
25	Sa, 27.1.1866, Nr. 22	2. Beilage, S. 2-3 2. Spalte unten	<p>Unter der Überschrift „Das Mikroskop und die Trichinen“ schreibt ein <b>Dr. Paasch</b> einen längeren Artikel über den Stand der Trichinenuntersuchung. Hierbei habe der Vortrag Prof. <b>Ehrenbergs</b> über die <b>Trichinen</b> viele Menschen in der <b>Gesellschaft naturforschender Freunde</b> bewegt. V sieht die Aufregung eher einem falschen Verständnis des Vortrages geschuldet und stellt klar: Die Trichinenschau solle durch Fleischbeschauer (auch mikroskopisch) und nicht mehr durch die Schlächter erfolgen.</p>	Sitzungsberichte der Gesellschaft naturforschender Freunde. Berlin, 1866, S. 1-4
26	Di, 30.1.1866, Nr. 24 Keine PDF	S. 7-8, 2. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten: zweite u. letzte Sitzung der <b>Kommission</b> zu Vs Antrag bzgl. <b>Lauenburgs</b> .	
27	Do, 1.2.1866, Nr. 26 (PDF: 4)	S. 7, 1. Spalte oben	In der Zeitung „ <b>Globe</b> “ wird der Vsche Antrag bzgl. des <b>Herzogtums Lauenburg</b> besprochen. Man meint, die Liberalen legen die Verfassung richtig aus.	
28	Sa, 3.2.1866,	1. Beilage, S. 2,	<b>Gesellschaft naturforschender Freunde</b> (Sitzung vom 16. Jan.): V spricht über die	Sitzungsberichte der Ge-

	Nr. 28 (PDF: 44)	1. Spalte oben	Untersuchung auf <b>Trichinen</b> . Er plädiert dafür, dass bestimmte Teile der Tiere schwerpunktmäßig untersucht werden, da diese, wenn ein Tier erkrankt wäre, auch regelmäßig befallen seien. Er ist der Meinung, dass dies selbst auch mäßig geübte Untersucher erfolgreich diagnostizieren könnten, auch wenn Irrtümer vorkämen.	sellschaft naturforschender Freunde. Berlin, 1866, S. 1-4
29	So, 4.2.1866, Nr. 29 (PDF: 61 u. 63 u. 70)	S. 6, 2. Spalte, mittig u. S. 8, 1. Spalte oben u. 2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 3. Feb.): V nimmt Stellung zu einem Antrag des Abg. <b>Graf Schwerin</b> . Es geht um die gerichtliche Verfolgung zweier Abgeordneter wegen ihrer im HdA gehaltenen Reden. V plädiert für die Wahrung der verfassungsmäßigen <b>Rechte zur freien Meinungsäußerung</b> im Rahmen der Abgeordneten-tätigkeit. Weiter: V fragt den Finanzminister, ob die Angelegenheit einer verwendeten Summe für einen nicht bewilligten Posten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten geklärt sei. Weiter: V spricht über die Angelegenheit des <b>Herzogtums Lauenburg</b> . Er äußert, dass er gegen die Politik der Eroberung und für die Selbstbestimmung der deutschen Staaten in Bezug auf ihre Stellung zum gemeinsamen deutschen Vaterland sei. Er warne vor der Verwechslung der Begriffe Krone und Staat und halte die Zugehörigkeit zu Preußen schon für erstrebens-	vgl. Andree, Band 31, S. 275-290



			wert. Allerdings schränkt er ein: „Preußisch wohl, aber nicht bismarckisch!“	
30	Di, 6.2.1866, Nr. 30 (PDF:87)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: Es wird erwähnt, dass der Abg. für <b>Lublinitz</b> , Herr <b>Engelbrecht</b> , gegen Vs Antrag zum Thema <b>Lauenburg</b> gestimmt hat.	
31	Do, 8.2.1866, Nr. 32 (PDF: 119)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten: Es ist eine Äußerung der „ <b>Prov.-Corr.</b> “ in Bezug auf die Annahme des Antrages von V zum Thema <b>Lauenburg</b> abgedruckt. Tenor ist, dass sich mit Annahme des Antrages keinerlei Veränderungen ergeben würden und der gefasste Beschluss gar nicht in den Befugnissen des HdAs liege.	
32	Fr, 9.2.1866, Nr. 33 (PDF: 133) (PDF:136)	S. 5, 2. Spalte unten u. 1. Beilage S. 1, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 8. Feb.): V ist Mitglied der <b>Kommission</b> für die Regierungsvorlage in Bezug auf den <b>Mehrbedarf der Marine</b> . Weiter: Konstituierung der o.g. Kommission: V stellt die Anfrage, ob er in seinem Bericht auch die politische Seite der Frage heranziehen solle. Die Entscheidung wird V überlassen.	nichts bei Andree
33	Fr, 9.2.1866, Nr. 33 (PDF: 139)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Feb.): V tritt als Korreferent zum Thema städtische <b>Irrenanstalten</b> auf und kritisiert den Stil des Magistratanschreibens als unhöflich und unangemessen für die Korrespondenz zwischen zwei gleichberechtigten Behörden.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
34	Sa, 10.2.1866,	S. 7, 2. Spalte	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 9. Feb.): V steht auf der Rednerliste.	nichts bei Andree

	Nr. 34 (PDF: 6 u. 10)	oben u. 1. Beilage S. 3, 2. Spalte mittig	Weiter:  Der Abg. <b>Wagener</b> entschuldigt sich vor dem Plenum bei V wegen seiner Äußerungen bzgl. Vs Berufung ins Amt.	
35	So, 11.2.1866, Nr. 35 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 10. Feb.): Erwähnung persönlicher Bemerkungen einiger Abgeordneter, auch Vs, ohne nähere Ausführung.	vgl. Andree, Band 31, S. 290
36	Di, 13.2.1866, Nr. 36 (PDF: 39-40)	S. 4-5, 2. Spalte unten u. 1. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten vom 12. Feb.: V verlas in der <b>Budgetkommission</b> das erste Drittel des Vorberichts. In diesem geht es um die geschichtliche Darstellung des <b>Budgetkonflikts</b> . V teilte zur Information einige vorläufige Resolutionen mit, mit welchen der Vorbericht schließt und welche der Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Hierbei handelt es sich um die verfassungsmäßige Behandlung des Budgets, den Anteil der Faktoren der Gesetzgebung am Budget und die Anwendung dieser Grundlage auf den vorliegenden Etat von 1866. V musste die Sitzung vorzeitig verlassen.	
37	Do, 15.2.1866, Nr. 38 (PDF: 79)	S. 6, 1. Spalte oben u unten	Landtagsangelegenheiten vom 14. Feb.: Hinweis, dass am nächsten Tag die <b>Budgetkommission</b> mit der Verlesung des Vschen Berichtes fortfährt.  Weiter:  Auflistung von Vs Anträgen:  I. Bezogen auf die verfassungsmäßige Budgetbehandlung:	s. a. 16.2.1866

			<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf des Gesetzes über den <b>Staatshaushaltsetat</b> bis spätestens zum 1. Sept. des Vorjahres vorzulegen.</li> <li>2. Staatsregierung ist verantwortlich für verfassungsmäßiges Zustandekommen des Gesetzes.</li> <li>3. Der Staatsregierung ist es untersagt, bezogene Staatseinnahmen für Staatsausgaben zu verwenden ohne dass sie durch zustande gekommenes Etatgesetz dazu ermächtigt ist.</li> <li>4. Staatsregierung ist nicht befugt, ohne vorher von beiden Häusern des Landtages dazu ermächtigt worden zu sein, über die Gelder des Staatsschatzes zu verfügen.</li> <li>5. Staatsregierung muss mehr vorlegen als nur die allgemeine Übersicht der eingenommenen und ausgegebenen Staatsgelder mit Bemerkungen der Oberrechnungskammer.</li> <li>6. <b>Verantwortlichkeit der Minister im Sinne eines Haftungsrechtes</b> mit ihrem Vermögen, wenn sie Gelder ausgeben, welche außeretatmäßig oder ohne Etatgesetz sind.</li> </ol> <p>II. In Beziehung auf den Anteil, den die Faktoren der gesetzgebenden Gewalt an</p>	
--	--	--	---	--

			<p>der Feststellung des Etatgesetztes haben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. König lässt durch Staatsministerium Entwurf des Gesetzes feststellen u. dem HdA vorlegen; Verkündigung nach Landtagszustimmung.</li> <li>2. HdA bekommt Entwurf des Etatgesetzes zuerst.</li> <li>3. Herrenhaus bekommt nur den vom HdA angenommenen Gesetzentwurf.</li> <li>4. Staatsregierung vereinbart mit HdA den Etatementwurf.</li> <li>5. Gelingt keine Vereinbarung beider Parteien, dann Neuentwurf, Auflösung und Neuwahlen des HdAs od. Änderung des Ministeriums.</li> <li>6. Ministerium muss angenommenes <b>Etatgesetz</b> dem König zur Vollziehung vorlegen.</li> </ol> <p>III. In Beziehung auf den Etatementwurf von 1866:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Etatementwurf 1866 enthält keine richtige Verteilung der Ausgaben.</li> <li>2. Militäretat muss umgestaltet und verkleinert werden.</li> <li>3. Größere Summen f. Strom, Wege, Beamtensold, Wissenschaft, Arme.</li> <li>4. Reform von Staatslasten wie Gerichtskosten, Briefporto, Salzmonopol.</li> </ol>	
--	--	--	---	--

			<p>5. Ermäßigung der Gebäudesteuer.</p> <p>6. Änderungen im Bereich der Klassen- u. Einkommenssteuer.</p> <p>7. Staatsregierung wird aufgefordert, schon bei gegenwärtiger Etatberatung Abänderungsvorschläge zu machen.</p>	
38	Fr, 16.2.1866, Nr. 39 (PDF: 96) (PDF: 99)	S. 4-5, 2. Spalte unten u. S. 7, 2. Spalte mittig	<p>Landtagsangelegenheiten: Sitzung der <b>Budgetkommission</b>, in welcher V seinen Vorbericht weiter vorträgt. Er vergleicht die Etats seit 1849 und weist nach, dass seit dieser Zeit nur mit Defizit gewirtschaftet wurde, verdeckt durch verschiedene Anleihen. Er stellt fest, dass der diesjährige Etat den im letzten Jahr beschlossenen Resolutionen nicht genüge.</p> <p>Weiter: Sitzung der <b>Marinekommission</b> vom 14. Feb.: V beantragt Ablehnung einer Vorlage.</p> <p>Weiter: Landtagsangelegenheiten: Es geht um einen Antrag (vom letzten Jahr) auf vierteljährliche <b>Zusammenberufung der Gemeindegewähler</b>. V stimmt für die Annahme des Antrages.</p>	s. a. 21.2.1866
39	Sa, 17.2.1866, Nr. 40 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p>Vermischtes: Von der <b>SGWV</b>, die V zusammen mit v. <b>Holtzendorff</b> in der <b>Lüderitzschen Buchhandlung</b> herausgeben hat, ist das erste Heft erschienen. Zwei Vorträge im Saale des <b>Berliner Handwerkervereins</b>: „<i>Über Hünengräber und Pfahlbauten</i>“.</p>	<i>Über Hünengräber und Pfahlbauten.</i> SGWV I, 1

40	So, 18.2.1866, Nr. 41 (PDF:13)	S. 6, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten (Tagung der <b>Budgetkommission</b> ): Vs Resolution zum Etatentwurf 1866 wird erwähnt.	
41	So, 18.2.1866, Nr. 41 (PDF:17)	3. Beilage, S. 6, 1. Spalte mittig	Anzeige zum Erscheinen des Heftes 1 der <b>SGWV</b> zum Thema <i>Hünengräber und Pfahlbauten</i> , herausgegeben von V und Fr. v. <b>Holtzendorff</b>	s. a. 17.2.1866 <i>Über Hünengräber und Pfahlbauten.</i> SGWV I, 1
42	Mi, 21.2.1866, Nr. 43 (PDF: 25)	S. 8, 1. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: Mehrstündige Beratung der <b>Budgetkommission</b> zu Vs Resolutionen. Zunächst wurden nur die ersten fünf Resolutionen zur verfassungsgemäßen Budgetbehandlung besprochen. Die erste Resolution zur Verpflichtung einer rechtzeitigen Vorlage des Etats wurde abgelehnt, die folgenden vier wurden mit kleinen Änderungen angenommen.	s. a. 22.2.1866
43	Do, 22.2.1866, Nr. 44 (PDF:33)	S. 6, 1. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: erneutes Tagen der <b>Budgetkommission</b> zu Vs Resolutionen. Die sechste Resolution wurde besprochen. Dann ging man weiter zum 2. Abschnitt. Dieser wurde für nicht notwendig erklärt. Die Resolutionen des 3. Abschnittes wurden auf zwei reduziert.	
44	Fr, 23.2.1866, Nr. 45 (PDF: 42)	S. 6, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (11. Sitzung vom 22. Feb.): Wortmeldung Vs, ob man ein eingereichtes Schreiben weiter als Tagesordnungspunkt bearbeiten solle. Er würde auch nicht beantragen, es zu den Akten zu legen, da man dieser Sache dann eine Gewichtung verleihen würde, die es nicht habe. Es	vgl. Andree, Band 31, S. 290-291

			diene lediglich dazu einen Zankapfel zu schaffen. Zweck wäre, im Lande Verwirrung zu schaffen über die hier gefassten Beschlüsse. Man könne nur darauf eingehen, wenn man das Land für nicht hinreichend aufgeklärt hielte, aber dazu gäbe es keine Veranlassung. Er beantragt zur einfachen Tagesordnung überzugehen.	
45	Fr, 23.2.1866, Nr. 45 (PDF: 53)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Übersicht über die deutsch-dänischen Ereignisse seit dem Tode <b>König Friedrich VII.</b> von <b>Dänemark</b> : In diesem Teil geht es um die Zeit August bis Dezember 1865. V habe in dieser Zeit in einer Erklärung an seine Wähler veröffentlicht, welche Gründe ihn veranlasst haben, nicht am Abgeordnetentag teilzunehmen. Die VZ verweist dazu auf die Ausgabe Nr. 254 aus 1865.	
46	Fr, 9.3.1866, Nr. 57 (PDF: 58 u. 59)	S. 8, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, 1. u. 2. Spalte mehrfach	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. März): V nimmt Stellung zu einem Schreiben des Magistrates, das irrtümliche Auffassungen enthalte. Weiteres solle aber der gemischten Deputation zum Thema Errichtung einer städtischen <b>Irrenanstalt</b> vorbehalten bleiben. Ferner stellt V einen Antrag, sich mit der Wiedereinberufung jener Deputation einverstanden zu erklären.  Weiter:  Weiteres Thema ist die <b>Feststellung der städtischen Wahlbezirke</b> . V nimmt Stellung zu einer Wortmeldung des <b>Abg. Streckfuß</b> . Von diesem sei man es gewohnt, dass dieser sich für einen hervor-	nichts bei Andree

			<p>ragenden Mann in dieser Versammlung halte, der in dieser aber keine Anerkennung finden würde. Eine absolute Gerechtigkeit gebe es auf dieser Welt nicht und die wäre auch mit dem Streckfußschen Antrag, die Versammlung vollständig aufzulösen, nicht zu erreichen. Eine vollkommene Gleichheit der Wahlbezirke sei in einer Stadt wie Berlin bei dem unaufhörlichen Wachstum der Bevölkerung nicht herzustellen. Er empfehle deshalb den Streckfußschen Antrag abzulehnen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nachdem Streckfuß V vorwirft, er erwidere rein sachliche Bemerkungen mit persönlichen Beleidigungen, kontert V damit, dass er nicht als Abgeordneter gesprochen habe. Schon bei dem letzten Antrag des Abg. Streckfuß auf Zusammenberufung der Gemeindewählerversammlungen, für den er selbst eingetreten sei, habe Streckfuß erklärt, er könne nicht mit dem Beifall der Versammlung rechnen. Die Mehrheit der Versammlung bestehe also entweder aus lauter böswilligen Leuten, die einen Antrag ablehnen, bloß weil er von Streckfuß käme oder sie seien nicht in der Lage dem Gedankengang zu folgen.</p>	
47	Fr, 16.3.1866, Nr. 63	S. 6, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. März): Wortmeldung Vs: Es geht um die Druckkosten und die Eigentumsrechte des Reisebe-	bei Andree nur der Hinweis auf Vs Mit-



	(PDF: 119-120 u. 121)	u. S. 7, 1. Spalte mittig u. S. 8, 1. Spalte mittig	richtes des Baumeisters <b>Hennicke</b> über die <b>Besichtigung von Schlachthäusern</b> . Man spreche durch den Deputationsvorschlag indirekt aus, dass man die Exemplare annehme. Man wisse aber gar nicht, wer sie der Versammlung gebe oder ob sie geschenkt seien. Bei der Art und Weise wie man an anderen Orten die Beschlüsse dieser Versammlung interpretiere, sollte man Missverständnisse vermeiden. V kritisiert, dass die Kostenübernahme nicht geklärt sei und die beiden Deputierten nicht wie vereinbart sechs Wochen nach Rückkehr ihren Bericht vorgelegt hätten. Mittlerweile seien sogar schon sechs Monate vergangen. V wird der <b>Geldbewilligungs-Deputation</b> als Mitglied zugeordnet.	gliedschaft in der Geldbewilligungs-Deputation <i>Hennicke</i> , Julius Wilhelm: *1832, †1892; deutscher Architekt
48	Do, 22.3.1866, Nr. 68 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. März): Thema ist der Entwurf des Statuts für die <b>Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame</b> . In diesem Zusammenhang beantragt V dem Magistrat auszusprechen, dass man die Gewährung zinslicher Darlehen nicht für angemessen halte. Der Antrag wird von der Versammlung angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
49	Di, 27.3.1866, Nr. 72 (PDF: 54)	S. 1, 2. Spalte unten	Mitteilung über neue Zustimmungsadressen und Telegramme für die liberale Majorität des HdAs. Darstellung in Form einer Aufzählung. Unter 37) im <b>Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St.Wendel</b> ist V genannt.	
50	Di,	S. 3,	Nachricht über Vs Antrag an die <b>SVV</b> zur	vgl. Andree,

	27.3.1866, Nr. 72 (PDF: 56)	1. Spalte unten	Untersuchung der geologischen Verhältnisse vor Neubau oder Umbau alter <b>Brunnen</b> . Zum Einsatz sollen besondere Sachverständige kommen, die die Sachverhalte wissenschaftlich bestimmen und aufnehmen können. Für die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse bei Bauunternehmungen und für das Aufsuchen von gutem Trinkwasser sei dies unentbehrlich. Die große Zahl der zu bauenden Brunnen sei günstig, um jetzt mit einer solchen Untersuchung zu beginnen.	unveröffentlichtes Material zur SVV
51	Do, 29.3.1866, Nr. 74 (PDF: 82-83)	S. 8-9, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. März): Vs Antrag zu den geologischen Voruntersuchungen wird ohne jede Debatte angenommen. Weiter: Antrag des Magistrats, die <b>Bopp-Stiftung</b> mit einem Beitrag von 1000 Thalern zu unterstützen. V stimmt dem zu und spricht von einem lebendigen Denkmal für einen Bürger der Stadt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber kein Hinweis zur Bopp-Stiftung  <i>Bopp</i> , Franz: *1791, †1867; Sprachwissenschaftler und Sanskritforscher; gilt als Begründer der historisch-vergleichenden indogermanischen Sprachwissenschaft
52	Fr,	1. Beilage,	Vermischtes (kurzer Hinweis): V hielt am	

	30.3.1866, Nr. 75 (PDF: 97)	S. 4, 2. Spalte unten	19. März einen Vortrag im <b>Berliner Handwerkerverein</b> zum Thema des Glaubens an die <b>Heilung</b> von Gebrechen und Krankheiten <b>durch Besprechung</b> . Weitere Details dazu sind nicht vermerkt.	
53	Fr, 6.4.1866, Nr. 79 (PDF: 31)	S. 7, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. April): Thema sind erneut die Reiseberichte des Baumeisters <b>Hennicke</b> . V ist der Ansicht, dass man Reisekosten und <b>Druckkosten der Berichte</b> gemeinsam erledigen solle und es dazu der Akteneinsicht bedürfe, um genauere Informationen zu erhalten.	nichts bei Andree
54	Fr, 13.4.1866, Nr. 85 (PDF: 91 u. 93)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. April): V wird als Mitglied einer vorberatenden <b>Deputation</b> erwähnt; es geht um die <b>Bildung einer Anleihe für Berlin</b> . Weiter: V stellt drei Anträge in Bezug auf die zweite <b>höhere Töcherschule</b> : 1. Dem ganzen Organisationsplan zuzustimmen, 2. Die Ziele in den fremden Sprachen seien in dem Plan allerdings zu hoch. Durch die Herabsetzung der Ziele bei Beibehaltung der Stundenzahl sei es eher sinnvoll, Englisch zusätzlich als Fach zu etablieren, 3. Sich vor solchen Abänderungen der Zustimmung der Versammlung zu versichern. Alle Anträge werden genehmigt. Weiter: Korreferent V stimmt dem Referenten in Sachen Bildung eines besonderen Kuratoriums für eine zweite Gewerbeschule	nichts bei Andree

			zu.	
55	Sa, 14.4.1866, Nr. 86 (PDF: 106)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 13. April): Thema ist eine <b>Anleihe für die Stadt Berlin</b> . In der stattfindenden Diskussion könne sich V keiner Seite so recht anschließen. Allerdings sei für ihn bei seiner Entscheidung am wichtigsten, dass er gar keinen Bedarf für eine solche Anleihe sehe und aus diesem Grund gegen den Magistratsantrag tendiere. Später wird sein Antrag dazu angenommen.	nichts bei Andree
56	Fr, 20.4.1866, Nr. 91 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. April): V empfiehlt im Rahmen einer Diskussion über eine <b>Anleihe für ein Gasunternehmen</b> sofortige Beschlussnahme und Genehmigung des Antrags.	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV
57	Fr, 4.5.1866, Nr. 102 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 3. Mai): V befürwortet einen Antrag auf <b>Aufhebung des Einzugs- und Bürgerrechtsgeldes</b> .	nichts bei Andree
58	Do, 10.5.1866, Nr. 107 (PDF: 48)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben u un- ten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Mai): als Referent der vorberatenden Deputation spricht sich V mittlerweile aufgrund des bevorstehenden Krieges gegen die <b>Anleihe für ein Gasunternehmen</b> aus. Der Deputationsantrag wird von der Versammlung genehmigt.	nichts bei Andree
59	Fr, 18.5.1866, Nr. 113 (PDF: 4 u. 6)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. 1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. Mai): die <b>Servis- und Einquartierungsdeputation</b> hat verschiedene Anträge gestellt, die im Zusammenhang mit <b>Personal-Sublevations-Beiträgen</b> und Quartiervergütungssätzen bei Naturaleinquartie-	nichts bei Andree

		<p>S. 5, 1. Spalte mittig</p> <p>u. 1. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben</p>	<p>rung stehen. V spricht sich dafür aus, aus nicht verwendeten Beiträgen einen Reservefonds zu bilden und dieses mit in den Beschluss aufzunehmen.</p> <p>Weiter: V nimmt als Korreferent Stellung zu einer Magistratsvorlage im Sinne einer Steuererhöhung. Er hält dies für verfrüht und hofft noch auf Erhaltung des Friedens. Er hält eine Ansprache an das Publikum für sinnvoll, dass Ersparnisse nirgends sicherer seien als bei der Sparkasse, um massenhafte Abholungen der Einlagen zu verhindern.</p> <p>Weiter: V verteidigt nochmals seine Anträge. V, neben <b>Delbrück</b>, wird zum Mitglied einer Deputation ernannt, die nicht weiter erwähnt ist.</p>	
60	<p>Fr, 25.5.1866, Nr. 118 (PDF: 33)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 24. Mai): V setzt sich nochmals dafür ein, dass sich Mittel und Wege finden lassen, den Englischunterricht neben dem Französischunterricht beizubehalten.</p>	<p>nichts bei Andree</p>
61	<p>Sa, 26.5.1866, Nr. 119 (PDF: 39)</p>	<p>3. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben</p>	<p>V sucht über eine Anzeige ein gewandtes <b>Hausmädchen</b>.</p>	
62	<p>Fr, 1.6.1866, Nr. 124 (PDF: 6)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p> <p>u.</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 31. Mai): V bringt mit anderen Stadtverordneten zusammen einen dringenden Antrag ein: Die SVV wolle beschließen: In Erwägung,</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine De-</p>

		2. Spalte mittig	<p>1) dass die durch die Verordnung vom 18. Mai geschaffenen <b>Darlehnskassen</b>, ganz abgesehen von der Verfassungswürdigkeit der Verordnung, selbst auf Grund des Art. 63. der Verfassungs-Urkunde ins Leben gerufen sind, also zu ihrer dauernden Existenz der nachträglichen Genehmigung folglich auch für das Fortbestehen der Darlehns-Kassen keine Garantie vorhanden ist;</p> <p>2) dass in der Verordnung vom 18. Mai die im Gesetz vom 15. April 1848 ausdrücklich vorgesehene Gewährleistung des Staates für die Darlehnskasse von 1848 fortgelassen ist;</p> <p>3) dass andererseits die Verwaltung der Darlehnskasse nicht verpflichtet ist, das für die Einlösung der Unterpfänder eingehende Geld für die Amortisation der <b>Darlehnskassenscheine</b> anzusammeln und zu verwenden;</p> <p>4) dass die städtischen Kassen, Stadthauptkassen, Sparkasse usw. keine Sicherheit dafür besitzen, dass Privatpersonen ihnen Darlehns-Kassenscheine abnehmen, die Staatskassen aber nicht verpflichtet sind, letzteres gegen bares Geld einzuwechseln, mithin</p>	tails zum Antrag
--	--	---------------------	--	------------------

			<p>das Kommunalvermögen durch Annahme von derartigen Scheinen Seitens der städtischen Kassen erheblich gefährdet würde, fordert die SVV den Magistrat auf: bei sämtlichen städtischen Kassen keine Darlehns-Kassenscheine anzunehmen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Er stimme dem Vorredner vollständig zu, dass diese Papiere lediglich dem Handelsstand überlassen bleiben sollten. Er wolle mit der Annahme des Antrages nur die städtischen Kassen sichern und die Zeit würde drängen. Man stehe jetzt seitens der Stadt vor einer großen Anleihe und müsse deshalb volle Sicherheit haben. Ihm genüge der Antrag eigentlich nicht ganz, weil er sich über die Rechtsfrage hinwegsetze. Er verzichte jedoch darauf, ein Amendement dazu zu stellen, weil die Berührung der Rechtsfrage von mehreren Seiten nicht für zweckmäßig erachtet worden sei. Auch hätte er gewünscht, dass dabei gleichzeitig festgelegt würde, dass wenn der Magistrat gegen den Antrag dennoch diese Scheine in Zahlung nehmen sollte, die Verfassung dafür die <b>Mitglieder des Magistrats regresspflichtig</b> machen werde.</p>	
63	So, 3.6.1866, Nr. 126 (PDF: 13)	S. 4, 2. Spalte unten	Verweis auf die gestrige außerordentliche <b>SVV</b> : Zusatzantrag von V ist abgelehnt worden.	

64	So, 3.6.1866, Nr. 126 (PDF: 17 u 18)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. S. 2, 2. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 2. Juni): V beantragt einen Zusatz zum Antrag bzgl. der <b>Darlehnskassenscheine</b>, in dem stehen soll, dass die <b>Mitglieder des Magistrates regresspflichtig</b> werden, wenn den städtischen Kassen durch Annahme der Darlehnskassenscheine Verluste erwachsen.</p> <p>Weiter: V vertritt erneut seine Meinung zum Thema der Darlehnscheine. Was den Patriotismus des erwähnten Bankvereins anbelange, so habe er gehört, dass dieser sich nur so lange zur Annahme der Scheine verpflichtet habe, als die Bank dieselben annehme. Die Herren hätten die Mittel, diese Scheine wieder in die Bank zu werfen, aber die Stadt sei in einer ganz anderen Lage. Sie stehe jetzt vor einer Anleihe und müsse sich dagegen schützen, diese Anleihe in Darlehnscheinen ausgezahlt zu bekommen. Dann sei ja die ganze Anleihe nutzlos, da man sie ja nicht verwerten könne; stehe doch sogar eine Maßregel der Post bevor, wonach dieselbe dann, wenn bei Postanweisungen Darlehnscheine eingezahlt worden sind, sie diese ebenso auszahlen solle. Die Stadt könne eine solche Maßregel nicht treffen. Von ihr könne und werde jeder bares Geld verlangen. Geld seien die Darlehnscheine nicht, sondern nur Pfandbescheinigungen, die für den öffentlichen</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keinerlei Details
----	--	---	--	--



			<p>Verkehr nicht die mindeste Sicherheit gewähren würden. Wären aber auch diese Umstände nicht vorhanden, so seien für V die Rechtsgründe allein schon entscheidend. Man könne die Erwägung der Rechtsgründe gerne als Parteimanöver bezeichnen; das halte ihn nicht davon ab, die Rechtsgültigkeit der Verordnung für die städtischen Kassen zu prüfen. Es Pflicht der Vertretung der Bürgerschaft und der Antrag bezwecke nichts weiter, als sich mit dieser Frage ernsthaft zu beschäftigen. Die Kommune könne ihren Patriotismus nicht besser zeigen, als wenn sie ihre Zahlungsfähigkeit unter allen Verhältnissen zu erhalten suche.</p>	
65	<p>Fr, 8.6.1866, Nr. 130 (PDF: 47 u. 48)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. S. 4, 1. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Juni): Vs Antrag bzgl. der <b>Darlehnscheine</b> wird kurz erwähnt. Weiter: V kann dem Antrag der Deputation nichts Neues hinzufügen, drängt aber auf noch heutige Beschlussfassung.</p>	<p>nichts bei Andree</p>
66	<p>Di, 12.6.1866, Nr. 133 (PDF: 76)</p>	<p>1. Beilage, S. 5, 2. Spalte unten</p>	<p><b>Spendenaufruf</b> und Einladung zur Versammlung an alle Mitbürger Berlins für die <b>Bildung von Volksküchen</b>. V ist Mitglied des Komitees.</p>	<p>Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins der Berliner Volksküchen von 1866. Lina Morgenstern. Berlin</p>

				1891; S. 9-10
67	Fr, 15.6.1866, Nr. 136 (PDF: 92)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Juni): Versammlung genehmigt Deputationsantrag bzgl. der Darlehnscheine mit Modifikation von V, keine <b>Darlehnskassenscheine</b> mehr anzunehmen, weil für die Existenz jener Kassen keine Garantie vorhanden sei.	nichts bei Andree
68	Di, 19.6.1866, Nr. 139 (PDF: 107)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Anzeige des 111. Urwahlbezirkes: Einladung zur <b>Wahlversammlung</b> am 20. Juni, V ist mit aufgeführt.	s. a. 20.6.1866 s. a. 22.6.1866
69	Mi, 20.6.1866, Nr. 140 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Erneute Anzeige des 111. Urwahlbezirkes: Einladung zur <b>Wahlversammlung</b> am 20. Juni, V ist mit aufgeführt.	s. a. 22.6.1866
70	Fr, 22.6.1866, Nr. 142 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte oben	Bericht der <b>Wahlversammlung</b> des 111. Urwahlbezirkes vom 20. Juni: Thema ist der Aufruf zur <b>Sammlung für die im Felde befindlichen Soldaten</b> . Die dabei gebildete Allianz mit den Konservativen bleibt auf diese Sache beschränkt. V schließt sich der Meinung des Redners <b>Twesten</b> an.	
71	Sa, 23.6.1866, Nr. 143 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Juni): V stellt den Antrag, im Zusammenhang mit dem Organisationsplan der <b>höheren Töchter-schule</b> weiteren Schriftwechsel mit dem Magistrat zu vermeiden, Beratungen auszusetzen und Abordnung eines Magistrat-Kommissars zu verlangen.	nichts bei Andree
72	Sa, 30.6.1866,	1. Beilage, S. 5,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Juni): Der Magistrat hat bei der Versammlung eine Summe	vgl. Andree, unveröffent-

	Nr. 149 (PDF: 44)	2. Spalte unten	für <b>Landlieferungen für die Armee</b> be- antragt. V stellt die Verpflichtung der Kommune in Abrede und beantragt, bei den vorgesetzten Behörden gegen weitere Lieferungen zu demonstrieren.	lichtes Materi- al zur SVV
73	Sa, 30.6.1866, Nr. 149 (PDF: 52)	2. Beilage, S. 7, 2. Spalte oben	Bericht der Versammlung des <b>Berliner Hilfsvereins für die Armee im Felde</b> von heute. V ist als Vorstandsmitglied aufgeführt.	
74	Mo, 9.7.1866, Nr. 156 Ex- trabeilage (PDF: 19)	S. 7, 2. Spalte mittig	Wahlangelegenheiten: V wird als Abge- ordneter der <b>Fortschrittspartei</b> wieder- gewählt.	
75	Mo, 9.7.1866, Nr. 156 (PDF: 21)	S. 8, 2. Spalte, unten	Anzeige des <b>Berliner Hilfsvereins der Armee im Felde</b> : Es handelt sich um das Programm der Musikaufführung. V ist Teil des unterzeichnenden Vorstandes.	
76	So, 14.7.1866, Nr. 161 (PDF: 48)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>Allgemeine Bezirksvorsteherversamm- lung</b> von vom 11. Juli: es wird unter den Bezirksvorstehern über die Cholera- problematik diskutiert. Erwähnt wird Vs Ein- verständnis zur Anlage von <b>Choleral- azaretten</b> , aber es fehle an dem nötigen Sichtschutz für die Fenster, was bei der Einrichtung nicht bedacht worden sei.	
77	Mi, 18.7.1866, Nr. 164 (PDF: 2)	S. 6, 1. Spalte oben	Lokales: Es werden Untersuchungen er- wähnt, die V am Berliner <b>Leitungswas- ser</b> durchgeführt hat. Er ist der Meinung, dass das Wasser in seinem unmittelbaren Zustand als Getränk schädlich sei; die Vorrichtungen zur Filtration seien nicht ausreichend.	

78	Mo, 23.7.1866, Nr. 168 Ex- trabeilage (PDF: 13)	S. 8, 1. Spalte unten	Aus <b>Neustadt-Eberswalde</b> vom 20. Juli: Am Ende eines langen Berichts steht: „...Wie sich aber auch die Dinge gestalten, selbst unter dem Geräusch des Krieges scheint die Wissenschaft nur auf Augenblicke zu rasten, keineswegs ganz zu verstummen; immer weiter dringt der Geist der Forschung und auch unser kleiner Ort scheint bemerkbar werden zu wollen durch die von Herrn Professor Virchow <i>bei unserem großen See gemachten Entdeckungen von <b>Pfahlbauten</b></i> . Nach den bisher angestellten Forschungen würden die hier entdeckten Pfahlbauten unter allen bisher bekannten an Bedeutung für die Wissenschaft die zweite Stelle einnehmen.“	<i>Über Pfahlbauten im Dabersee: ZfE 1, S. 480</i>
79	Sa, 4.8.1866, Nr. 179 (PDF: 9)	S. 7, 1. Spalte unten u. 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Aug.): Es werden in der Versammlung getroffene Entscheidungen der <b>städtischen Sparkasse</b> diskutiert. V gibt zu bedenken, dass die getätigten Geschäfte unter Berücksichtigung der Verhältnisse durchaus vorteilhaft gewesen seien. Weiter: Es geht um die Frage, ob die Kommune sich überhaupt weiter mit dem <b>Sparkassenwesen</b> beschäftigen solle oder ob deren Aufgaben nicht auch die Banken übernehmen könnten. V ist der Ansicht, dass diese Frage erwogen werden müsse und eine spezielle Deputation gebildet werden solle.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nichts zur städt. Sparkasse

80	Di, 7.8.1866, Nr. 181 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben u. unten	<b>HdA</b> (1. Sitzung vom 6. Aug.): Die Mitglieder werden in Abteilungen aufgeteilt. V ist in der <b>7. Abteilung</b> und er wird als Mitglied der Fraktion der <b>Fortschritts-</b> <b>partei</b> erwähnt.	nichts bei Andree
81	Di, 7.8.1866, Nr. 181 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	Vermischtes: V wird erwähnt als derjenige, der den Antrag gestellt hat, eine gemischte Deputation in Leben zu rufen, die sich mit der Frage beschäftigt, ob eine Erweiterung der <b>Begräbnisfläche der Nicolai- u. Marienkirche</b> zu einer Gesundheitsgefährdung führen könnte.	
82	Mi, 8.8.1866, Nr. 182 (PDF: 25)	S. 6, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> : V wird als stellvertretender Vorsitzender der <b>7. Abteilung</b> erwähnt.	nichts bei Andree
83	Fr, 10.8.1866, Nr. 184 (PDF: 36)	S. 8, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: Die <b>Fortschrittspartei</b> hat sich konstituiert. V gehört zum <b>Vorstand</b> . V gehört auch zu einem Ausschuss, bestehend aus drei Mitgliedern ( <b>Twesten, v. Forckenbeck</b> ) der Fortschrittspartei u. drei Mitgliedern des Linken Zentrums. Hier werden Entwürfe einer Adresse an den König gestaltet.	<i>Twesten, Karl</i> : *1820, † 1870; Politiker und Jurist; Mitbegründer der Fortschrittspartei <i>v. Forckenbeck, Max</i> : *1821, † 1892; Jurist, Politiker und Berliner Oberbürgermeister von 1878-92; Mitbegründer der Fortschrittspartei

				tei
84	Di, 14.8.1866, Nr. 187 (PDF: 18)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 12. Aug.): Es soll ein Ausschuss gewählt werden, der eine Gesetzesvorlage zum Thema <b>Wahlgesetz zum Reichstag</b> des norddeutschen Bundes erarbeitet. Die Wahl dieses Ausschusses soll erst dann stattfinden, wenn die Gesetzesvorlage gedruckt ist. V, <b>Twesten</b> und <b>Lasker</b> erinnern daran, dass „geringfügige“ Abweichungen vom Reichswahlgesetz diesen Aufschub wohl motivieren.	nichts bei Andree  <i>Lasker</i> , Eduard: *1829, †1884; Jurist und Politiker; Mitglied der Fortschrittspartei bis 1866, dann Mitbegründer der Nationalliberalen Partei
85	Mi, 15.8.1866, Nr. 188 (PDF:22)	S. 6, 1. Spalte oben u. S. 7, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (Sitzung vom 14. Aug.): V weist darauf hin, dass keine andere Kommission außer der <b>Budgetkommission</b> sich so intensiv mit dem Begriff der <b>Indemnität</b> beschäftigt habe.  Weiter: Vom Justizminister <b>Graf zur Lippe</b> werden zwei Verordnungen vorgelegt. Eine betrifft den Verkauf von Munition und Waffen, die andere die Beendigung eines Zivilverfahrens. Zur ersten Sache schlägt V eine Schlussberatung vor, in der zweiten Angelegenheit hält er die Überweisung an die Justizkommission für sinnvoll.	vgl. Andree, Band 31, S. 292-293
86	Do, 16.8.1866, Nr. 189	S. 7, 2. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: V ist in die <b>Kommission für die Kreditvorlage</b> gewählt worden. V wird zum Referenten für	

	(PDF: 27)		vier Adressentwürfe nebst Amendements ernannt.	
87	Fr, 17.8.1866, Nr. 190 (PDF: 30 u. 31)	S. 5, 1. Spalte mittig u. S. 6, 1. Spalte unten	1. Sitzung der <b>Adresskommission</b> des HdA: V trägt einen neuen Adressentwurf vor. Gut sei die <b>Auflösung der Bundesverfassung</b> , da es sich hierbei nur um ein scheinbares Band gehandelt habe, hemmend und kraftlos. Weitere errungene Erfolge seien die Auseinandersetzung mit Österreich, die <b>Beschränkung der Kleinstaaterei</b> und die Erweiterung des preußischen Machtgebietes. Dadurch erreiche man die Aussicht auf ein <b>politisch geeintes Deutschland unter Führung des größten deutschen Staates</b> . Er danke dem König, dass dieser an das <b>Budgetrecht</b> denke und damit auch die <b>Indemnität</b> der Landesvertretung sichere, die ohne Etatgesetz seit 1862 die Verwaltung führe. V vertraut darauf, dass auch zukünftig der Staatshaushaltsetat rechtzeitig vor Beginn des Etatjahres festgestellt werde, um neue Konflikte zu verhindern.  Weiter:  Nachdem V seine Reaktion verteidigt hat wird die Generaldiskussion geschlossen.	
88	Sa, 18.8.1866, Nr. 191 (PDF: 37)	S. 7, 1. Spalte unten	2. Sitzung der <b>Adresskommission</b> des HdA: Vs Adressentwurf wird weiter diskutiert.	
89	So, 19.8.1866	S. 7, 1. Spalte	3. Sitzung der <b>Adresskommission</b> : V fordert, dass, wenn die Rechte der preu-	<i>Reichensperger, Peter:</i>

	Nr. 192 (PDF: 39)	oben u. 2. Spalte oben	<p>ßischen Landesvertretung auf das Parlament übergehen, dieses auch wirklich mit denselben ausgestattet werde. Bis jetzt habe die Regierung dies vermieden und nur ein Wahlgesetz vorgelegt. Er warnt vor einer <b>Spaltung von Nord und Süd</b>, welche zu einer noch größeren Kluft führen könne, und hält die zur Diskussion stehenden Regelungen, auch bei Ablehnung durch die Regierung, für eine Stütze.</p> <p>Weiter: V empfahl einen Passus aus der <i>Reichenspergerschen</i> Adresse in Bezug auf das <b>Etatrecht</b> als den besten unter den vorliegenden Entwürfen. Ein Amendement eines Abgeordneten zum Thema Unterstützung von Invaliden, Witwen und Waisen könne er nicht zur Annahme empfehlen, da dieses Problem in den Bereich des bereits bestehenden <b>Invalidengesetzes</b> falle.</p>	*1810, †1892; Politiker der Zentrumspartei
90	Do, 23.8.1866, Nr. 195 (PDF: 46 u. 47)	S. 7, 2. Spalte unten f.	Beratung der <b>Budgetkommission</b> : V bringt zwei Amendements ein. Inhalt ist, dass die Regierung durch den gewährten Kredit nicht ermächtigt sei, neue Stellen in der Zivil- und Militärverwaltung zu schaffen. Im Weiteren möchte er festgelegt haben, dass die <b>Regierung verpflichtet werde, die Einnahmen und Ausgaben</b> aus 1866 im Laufe des Jahres 1867 dem Landtag vorzulegen.	
91	Fr,	S. 6,	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 23. Aug.): V hält	vgl. Andree,



	<p>24.8.1866, Nr. 196 (PDF:50-51) u. (PDF:53)</p>	<p>1. Spalte unten u. f. u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p>eine Rede in Bezug auf die <b>Adresskommission</b>. Er äußert sich darüber, dass die <b>Thronrede</b>, welche die wichtigsten Fragen des inneren und äußeren Staatslebens berühre, nicht mit allgemeinen Phrasen beantwortet werden könne. Die Adresse müsse durch den Ausdruck ihrer Wünsche und die Fassung ihrer Forderungen den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen. Es empfehle sich, gegenüber einer Thronrede, die durch die Wärme ihres Tones alle anderen Thronreden überrage, auch seitens des Hauses mit Wärme zu entsprechen. Dazu schien es sinnvoll, aus der Adresse alle Punkte, aus denen zu große Meinungsverschiedenheiten resultieren, zu entfernen. Auch erinnere nichts an die Kämpfe und Leiden der Vergangenheit. Alle hätten das Bedürfnis offen zu sein und zu einem offenen und ehrlichen Versöhnungswerk zu kommen. Es sei die Zeit gekommen, wo durch Entgegenkommen die Wege zu einer Verständigung gebahnt werden müssten. Eine der schwersten Fragen, nämlich die nach der Größe des Heeres, sei aus der Debatte entfernt. Der König selbst habe angedeutet, dass es an der Zeit sei, die Lasten, die das preußische Volk bisher alleine trug, auf einen größeren Kreis zu verteilen. Das deutsche Parlament werde die Aufgabe übernehmen, Fragen zu lösen, zu denen man bis jetzt keine Antwort gefun-</p>	<p>Band 31, S. 294-303</p>
--	---	--	---	--------------------------------

			<p>den habe. Dass man ein deutsches Parlament, wenn auch in beschränkter Form, in der Zukunft sehe, würde man allein dem Heer verdanken. Die Adresse schlage vor, den Dank des Landes an alle Gefallenen, die Söhne aller Provinzen, die Angehörigen aller Stände, allen vom General bis zum Wehrmann, auszusprechen. Weiter danke man allen überlebenden Streitern. Ein Vorbild von Intelligenz und Sittlichkeit, wie es nie früher von einem Heer aufgestellt worden sei. Auch danke man der Landwehr, welche die größten persönlichen Opfer zu bringen hatte. Den Feind schnell zu schlagen verdanke man vor allem den Führern, welche überall das leuchtende Vorbild der Truppen waren. Man danke auch dem König, der die Gefahren der Schlacht mit den Truppen teilte und auch in den begeisterten Augenblicken des Krieges das Elend eben dieses Krieges zu mildern bestrebt war. Alle hätten die kühnsten Hoffnungen des Vaterlandes weit übertroffen. In der Adresse habe man geglaubt auch Punkte wie die Auflösung der Bundesverfassung, die Auseinandersetzung mit Österreich und die Erweiterung der Grenzen und Machtverhältnisse ansprechen zu müssen. Aber man solle sich davor hüten, die vollendeten Tatsachen nicht als solche anzusehen und man solle es der Zukunft überlassen, Vorurteile zu entfernen. Man wolle zu-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>künftig eine gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Volksvertretung erreichen und die Früchte dessen einsammeln. In einem Punkt habe man aber die Initiative ergreifen müssen, nämlich bei der Frage der Zuordnung von Süddeutschland. Wünschenswert wäre es, wenn Deutschland unzerrissen aus dieser Krise hervorginge. Man lege den größten Wert darauf, dass sowohl dem Inland wie dem Ausland gezeigt würde, dass man um Verständigung bemüht sei. Es gebe einen gemeinschaftlichen Ausdruck sowohl der konstitutionellen als auch der patriotischen Überzeugung, den man als Ausdruck des gesamten Landes unabhängig vom Parteistandpunkt hinstellen könne. Man müsse aller Welt zeigen, dass das preußische Volk trotz aller Widerstreben, Antipathien und Differenzen zum Ausdruck eines gemeinsamen Willens gelangen könne. Abschließend empfiehlt V, den Abänderungsantrag des Abg. <b>Stavenhagen</b> anzunehmen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V geht noch mal auf den <b>Krieg gegen Österreich</b> ein. Er hält es weder für sinnvoll die Ursachen dafür zu suchen noch dagegen im Nachhinein zu protestieren. Dies solle man der Geschichtsschreibung überlassen. Der Krieg habe der Regierung eindeutig gezeigt, dass immer auch das Volk beteiligt sei. In sei-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>nen Augen gereicht der Sieg Preußen zur Ehre, auch wenn er immer einen <b>Weg ohne Krieg</b> vorzöge. Allerdings sei <b>Freiheit nicht ohne Konflikte</b> zu erreichen und in diesem Fall die Grundlage für eine nationale Neugestaltung Deutschlands. Die Mehrheit des Hauses habe immer an dem Standpunkt festgehalten, dass der <b>Ausschluss Österreichs aus Deutschland</b> ein Bedürfnis der nationalen Neugestaltung sei.</p>	
92	<p>Sa, 25.8.1866, Nr. 197 (PDF: 56)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte oben</p>	<p>Bericht über die Sitzung des <b>HdA</b> vom 23. Aug.: V wird erwähnt als <b>Berichterstatter mit großem Geschick</b>, der die allgemeinen Gesichtspunkte dargelegt hat.</p>	
93	<p>Sa, 25.8.1866, Nr. 197 (PDF: 59)</p>	<p>S. 6, 1. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Aug.): V bekämpft einen eingebrachten Antrag, die aus Berlin rekrutierten <b>Regimenter</b> am <b>Einzug</b> nach Berlin teilnehmen zu lassen. Er kann die Idee dahinter verstehen, hält es aber aufgrund der Choleraepidemie nicht für gut. Des Weiteren stimmt er einer Magistratsvorlage zu, möchte aber alles ausgeschlossen wissen, was das <b>Festmahl für die Truppen</b> angeht.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nichts über die Truppen</p>
94	<p>Di, 28.8.1866, Nr. 199 (PDF: 65 u. 66)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben u. unten u.</p>	<p>Landtagsangelegenheiten (Treffen der <b>Annexions-Kommission</b> am 25. Aug.): V verlangt, das deutsche Parlament solle zur <b>Einführung der preußischen Verfassung in den annektierten Ländern</b> gehört werden. Weiter:</p>	

		S. 2, 1. Spalte mittig	V verteidigt sein Amendement in welchem steht, dass für die Zukunft eines Landes die Zustimmung beider Häuser, der Monarchie und unter Vorbehalt, die Zustimmung des Parlaments der Norddeutschen Bundesstaaten, nötig seien. Allerdings sei in seinen Augen das <b>Selbstbestimmungsrecht der Völker</b> das geeignete Mittel. Da aber die in Rede stehenden Völker kein Selbstbestimmungsrecht ausüben können, sollte wenigstens der Beschluss des Parlaments des Norddeutschen Bundes vorliegen. Würde man das <b>mittelalterliche Eroberungsrecht</b> geltend machen, so könnte man Frankreich verleiten Belgien zu verschlingen. Er wolle sich vorbehalten noch ein Zusatzamendement einzubringen, in welchem fixiert sei, dass die Regierung verpflichtet wäre, die preußische Verfassung in den annektierten Ländern einzuführen. Weiter: V will die Entscheidung ins Parlament verlegen.	
95	Do, 30.8.1866, Nr. 201 (PDF: 74)	S. 6, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: <b>Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs über den außerordentlichen Geldbedarf der Kriegs- und Marineverwaltung.</b> V verlangt Auskunft über Verbleib des <b>kurhessischen Staatsschatzes.</b>	
96	Fr, 31.8.1866, Nr. 202	S. 6, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 30. Aug.): Es geht um das <b>Festmahl zum Einzug des siegreichen Heeres.</b> V gibt zu bedenken, dass	nichts bei Andree

	(PDF:77)		das Festmahl nur für einen exklusiven Kreis vorgesehen sei und deshalb die Bürgerschaft mit einem gewissen Neid darauf schauen würde.	
97	Sa, 1.9.1866, Nr. 203 (PDF:2 u. 3)	S. 6, 2. Spalte oben u. S. 7, 1. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten: <b>Kommission zur Beratung über eine Kreditforderung von 60 Mio.</b> V kritisiert, dass nicht erkennbar sei, aus welchen Mitteln die zwei neuen Armeecorps finanziert wären. Er würde die entstandenen Ausgaben nachträglich genehmigen und hoffe auf Zustimmung der Staatsregierung. Auch zur Auffüllung des <b>Staatsschatzes</b> sei er bereit, nur müsse die Verwendung per Gesetzentwurf vorbereitet werden. Er fragt nach dem <b>kurhessischen Staatsschatz</b> und spricht sich prinzipiell für die Ausgabe von <b>Schatzscheinen</b> aus, allerdings nicht vor Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustand durch die Erteilung der <b>Indemnität</b> für 1862-65. Weiter: V äußert, dass ein Krieg nicht über Nacht käme und jedes Ministerium Zeit habe, sich auf die Beschaffung von Geldmitteln vorzubereiten. Es müsse zurücktreten, wenn die Landesvertretung die Verwendung des Staatsschatzes zu Kriegszwecken verweigere. Weiter: V erwähnt, dass in Italien ein Ministerium zurückgetreten sei, welches den Krieg vorbereitet hätte, um einem anderen Platz	

			zu machen, welches der Situation besser entspräche. Ein Ministerium, das einem großen Krieg entgegen sehe, ohne darauf vorbereitet zu sein, und von dem zweifelhaften Votum der Landesregierung in Bezug auf den Krieg abhängen, müsse unter allen Umständen beseitigt werden.	
98	So, 2.9.1866, Nr. 204 (PDF:8 u. 13)	S. 7, 2. Spalte unten u. 2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (11. Sitzung vom 1. Sep.): V wird erwähnt als Teil der Minorität der <b>Budgetkommission</b> , die gegen Teile des <b>Indemnitätsgesetzes</b> gestimmt haben. Weiter: V steht auf der Rednerliste. Weiter: V spricht darüber, dass die Regierung bei Verweigerung der <b>Indemnität</b> die Kreditbewilligung gar nicht wolle. Es gebe weder Amnestie noch andere Zeichen der Versöhnung, eher werde die alte Praxis fortgesetzt. Er sehe keine Berechtigung, um zu so einem Preis Frieden zu machen und stimmt noch mal ausdrücklich gegen die Kommissionsanträge, [ <b>Abstimmung</b> ] <b>frei von Parteigründen</b> , rein aus dem <b>Pflichtgefühl des Volkes gegenüber</b> .	vgl. Andree, Band 31, S. 303-313  s. a. 15.8.1866
99	Di, 4.9.1866, Nr. 205 (PDF:17)	S. 7, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 3. Sep.): Abg. Freiherr <b>von Hoverbeck</b> erwähnt in einer Rede, dass er die Ansichten Vs zum Thema <b>Indemnität</b> teilt.	nichts bei Andree  <i>v. Hoverbeck</i> , Leopold Frei- herr: *1822, † 1875; gründete die Fraktion

				der „Junglitauer“, ein Vorläufer der Fortschrittspartei; Abg. und ab 1871 Mitglied des Reichstages
100	Mi, 5.9.1866, Nr. 206 (PDF: 28)	S. 8, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (13. Sitzung vom 4. Sep.): Aufzählung über die Abstimmung der <b>Indemnitätsfrage</b> . V stimmt mit nein.	nichts bei Andree s. a. 2.9.1866
101	Do, 6.9.1866, Nr. 207 (PDF: 36 u. 37)	S. 5, 2. Spalte oben u. S. 6, 1. Spalte oben	Tagung der <b>Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfes über den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung</b> . Es ist lediglich erwähnt, dass V nach längerer Rede die Regierungsvorlage bemängelt und für den <b>Hagenschen Verbesserungsantrag</b> stimmt.  Weiter: Von V ist ein Antrag eingegangen. Er möchte ergänzt haben, dass nachträglich <b>außerordentliche Ausgaben aufgrund des Krieges gegen Österreich</b> genehmigt werden und der Kriegs- und Marineminister zu diesen Zahlungen ermächtigt wird.	
102	Do, 6.9.1866, Nr. 207 (PDF: 38)	S. 7, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Sep.): V setzt sich dafür ein, dass der Vorschlag des Geldbewilligungsausschusses angenommen wird. Beteiligte Lehrer und Beamte sollen die Möglichkeit haben, den Vorwür-	nichts bei Andree



			<p>fen gegen die bauliche Einrichtung der <b>städtischen Turnhalle</b> zu widersprechen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Die Versammlung beschließt auf einen Antrag Vs von einer Vorlage Kenntnis zu nehmen. Es geht um die Verhinderung der Ausdehnung der <b>Kirchhöfe [Be-gräbnisflächen] der Nicolai- und Mariengemeinde.</b></p>	
103	<p>Mi, 12.9.1866, Nr. 212 (PDF: 59 u. 60)</p>	<p>S. 7, 1. Spalte unten u. S. 8, 1. Spalte oben bis 1. Beilage, S. 1</p>	<p><b>HdA</b> (16. Sitzung vom 11. Sep.): V ist auf der Rednerliste gegen einen Gesetzesentwurf eingetragen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um die <b>Abspaltung Süddeutschlands</b>. V befürchtet mit dieser Abspaltung eine nicht rückgängig zu machende Zerstückelung, auch in Hinblick auf den unwiederbringlichen Verlust der Schweiz, der Niederlande, Elsass und Lothringens. Er drückt Sorge aus, dass die Demokratie gestört werden könne und der Einfluss Russlands und Frankreichs einem einigen Deutschland entgegenstünde. In seinen Augen dient die Abtrennung Süddeutschlands als Vorwand, weil der dortige Freiheitsdrang als ungeeignetes Element in der Ära des norddeutschen Bundes erscheine. Weiter prangert er an, dass das <b>norddeutsche Parlament</b> nur beratende Funktion haben solle, was zu einer politischen Paralyse führen könnte. Er hält dies lediglich für</p>	<p>vgl. Andree, Band 31, S. 313-323</p>

			eine <b>Geldbewilligungsmaschine</b> der Regierung, den norddeutschen Reichstag für keinen guten Anfang und stimmt dem Gesetzentwurf nicht zu.	
104	Mi, 12.9.1866, Nr. 212 (PDF: 64)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: Sitzung der <b>Annexions-Kommission</b> des HdA vom 10. Sep.: V bringt ein Amendement zu einem Gesetzentwurf ein. Er spricht sich für eine Einverleibung <b>Lauenburgs</b> aus. Ferner möchte er den mit <b>Oldenburg</b> abzuschließenden Vertrag aus dem Entwurf herauslassen und unterstützt den dazugehörigen Gesetzentwurf.	
105	Do, 13.9.1866, Nr. 213 (PDF: 68 u. 72)	S. 8, 1. Spalte oben u. 1. Beilage, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (17. Sitzung vom 12. Sep.): V spricht über die Erfolge der Regierung auf ihrem Weg. Er gehe da nicht mit, da er nicht glaube, dass darin das Heil für Deutschland liege. Er gehe nicht davon aus, dass <b>Bismarcks Weg zur Einigung Deutschlands</b> führt, er sieht stattdessen die Regierung mehr und mehr in ihrem Handeln eingeschränkt. Er ist der Meinung, <b>Bismarck</b> habe in seiner Politik gerade dort angehalten, wo die Gefahr der <b>Zerstückelung Deutschlands</b> drohe anstatt Einrichtungen zu schaffen, um Süddeutschland anzugliedern. V sieht die Gefahr der Schaffung eines <b>Vorparlamentes ohne Rechte</b> . Viel besser wäre ein starkes deutsches Parlament mit einer klaren finanziellen Befugnis. In den Entwürfen sei aber nur die Rede von Ausgaben für Marine und Heer. Es wäre einfa-	vgl. Andree, Band 31, S. 324-332  <i>v. Blanckenburg</i> , Moritz Karl Henning: *1815, †1888; konservativer Politiker und Reichstagsabgeordneter von 1867-73

			<p>cher und besser, das ganze Gesetz abzulehnen und die Regierung dadurch zu zwingen ein anderes vorzulegen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V geht auf die Äußerungen der konservativen Partei ein, die ihre bisherigen Prinzipien des <b>Dreiklassensystems</b> verlassen habe. Er spricht über Herrn <b>von Blanckenburg</b>, der vor dem Krieg schon Formen dafür finde, um seine Anpassung an die neue Ordnung zu motivieren. V sieht zumindest daran, dass auch in der konservativen Partei die Möglichkeiten schnellerer Entwicklungen bestehen könnten.</p>	
106	<p>Fr, 14.9.1866, Nr. 214 (PDF: 75-77)</p>	<p>S. 5, 1. Spalte unten u. S. 6, 2. Spalte mittig u. S. 7, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (18. Sitzung vom 13. Sep.): In Vs Augen ist das ganze <b>Kommissionswesen</b> sehr nachteilig. Er hält mehr davon, ähnlich wie in England, die Vorberatungen der Gesetze ins Plenum zu verlegen. Von Nachteil sind die Veröffentlichungen der Verhandlungen in der Presse, doch dagegen gebe es keinen Schutz. Viele Briefe wären zu schreiben, wenn man alle Berichte über Äußerungen der Kommissionsmitglieder berichtigen wolle.</p> <p>Weiter:</p> <p>Kurze Erwähnung, dass V letzte Woche einen Antrag eingebracht hat.</p> <p>Weiter:</p> <p>In einer Rede eines Abgeordneten fällt der Name Vs als Redner der Opposition in Zusammenhang mit Erteilung der <b>In-</b></p>	<p>vgl. Andree, Band 31, S. 332-336</p>

			<b>demnität.</b>	
107	Do, 20.9.1866, Nr. 219 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (20. Sitzung vom 19. Sep.): V spricht sich für Kommissionsanträge aus. Er bestreitet das Vorhandensein eines Notstandes und zitiert <b>Proteste gegen die Einführung von Darlehnskassen</b> . Er hält Verfassungsmäßigkeit für einen zentralen Punkt. Von ihr hänge ab, ob man eine Sache verfolge oder nicht. Er gibt zu bedenken, dass es ein Unglück gegeben hätte, wenn der Krieg länger angedauert hätte. Man hätte schon so größere Banknoten nicht ohne Verluste ausgeben können. Er hofft, dass die Formen für diese Kassenscheine nun auch vernichtet und nicht weiter aufbewahrt werden.  Weiter:  In der Rede des Abg. <b>Vincke</b> wird V erwähnt als Unterstützer der Regierungspolitik im Rahmen seiner Tätigkeit als Referent der <b>Adresskommission</b> , der hinterher aber kleine Fußtritte verteilt. V verteidigt sich. Er hätte keine Opposition gegen die Regierung gemacht, er habe ihr lediglich seine Unterstützung verweigert.	vgl. Andree, Band 31, S. 336-346
108	Mi, 26.9.1866, Nr. 224 (PDF: 30-31)	S. 6, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (22. Sitzung vom 25. Sep.): Die Frage des <b>Staatsschatzes</b> war bei der Abfassung der Vorlage nicht berücksichtigt. V ist zur Auffüllung des Staatsschatzes bereit, verlangt aber Garantien was die Verfügungen angeht. Diese sei bei dem Amendement nicht berücksichtigt. Auch die Frage der Höhe der Summe sei nicht	vgl. Andree, Band 31, S. 346-360

			<p>geklärt. Der Staatsschatz sei laut Gesetzgebung auch kein <b>Kriegsschatz</b>, also stehe er dem König als Kriegsherren auch nicht zur Verfügung. Da also diese wichtigen Fragen nicht geklärt seien, könne er seine Zustimmung nicht geben. Die Notwendigkeit einer Anleihe halte er für nicht gegeben. Die Situation Deutschlands wolle die Regierung nicht über den Main hinaus fördern, wenigstens sei sie ohne Grund an der Mainlinie stehen geblieben. Die Aussicht auf einen neuerlichen Krieg erfreue ihn nicht und er glaube, dass das Volk eine friedliche Entwicklung vorziehe. So wolle er nicht den Kriegsschatz füllen. Selbst im Kriegsfall bedürfe es für jede Großmacht langer Vorbereitungen, so dass man die Landesvertretungen berufen könne. Die zur Verfügung stehenden Mittel, welche auch die Kommission bewilligt, reichten vollkommen aus. Die Ausgabe von 30 Mio. Schatzanweisungen und die Verwertung der Effekten gebe der Regierung so viel, wie sie verlangen kann.</p>	
109	Fr, 5.10.1866, Nr. 232 (PDF: 5)	S. 5, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Okt.): V hat um <b>Urlaub</b> gebeten, der genehmigt worden ist.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
110	So, 21.10.1866, Nr. 246 (PDF: 5)	2.Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Vermischtes: <b>Verein für Familien- und Volkerziehung</b> . V wird als Vortragender erwähnt bei der <b>Ausbildung der Kindergärtnerinnen</b> .	

111	Fr, 2.11.1866, Nr. 256 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Nov.): Es geht um die Gestaltung des öffentlichen <b>Turnwesens</b> . V befürwortete den Deputationsantrag, dass die Ziele, die für das Turnwesen gesteckt seien, weiterverfolgt werden und die unter großen Opfern gebaute <b>städtische Turnhalle</b> in weiterem Maße genutzt werde.	nichts bei Andree
112	Mi, 14.11.1866, Nr. 266 (PDF:17)	S. 8, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (26. Sitzung vom 13. Nov.): V wird namentlich bei einem Abstimmungsergebnis gegen den Antrag <b>Michaelis</b> erwähnt. Hierbei geht es um den Umgang mit dem Budget. So wird beantragt, auf eine Vorberatung in der Kommission zu Gunsten einer ausschließlichen Beratung im Hause zu verzichten.	nichts bei Andree
113	Do, 15.11.1866, Nr. 267 (PDF:23)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : Aufgelistet sind mehrere Vorträge, darunter auch einer von V mit dem Thema „ <i>Hospitäler und Lazarette</i> “ am 29. Nov.	<i>Über Hospitäler und Lazarette</i> : Vortrag. SGWV III., 1869
114	Fr, 16.11.1866, Nr. 268 (PDF: 26)	S. 6, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Nov.): Es geht in der Diskussion um die <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> . V möchte zunächst eine Trennung zwischen Aufhebung dieser Steuer und deren Ersatzaufhebung. Er spricht sich für die Aufhebung dieser Steuer aus, da in seinen Augen damit segensreiche Zustände einhergehen. Ähnliche Bedenken gab es ja bei Aufhebung der Schutzzölle ebenso, aber ein Nutzen sei trotzdem eingetreten. Auch der Einwand gegen eine direkte Besteuerung,	nichts bei Andree

			dass diese eine Schraube ohne Ende sein, lasse sich durch schriftliche Nachweise widerlegen. Wichtig für die geordnete Finanzwirtschaft der Stadt sei es, die <b>Steuern nach den vorhandenen Bedürfnissen zu regeln</b> . Vorläufig handle es sich lediglich darum, das gegenwärtig ungerechte Besteuerungssystem gegen ein gerechteres Prinzip zu tauschen.	
115	Sa, 17.11.1866, Nr. 269 (PDF: 31 u. 32)	S. 5, 2. Spalte unten u. S. 6, 1. Spalte oben u. S. 6, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 16. Nov.): Es geht um den Entwurf des Gesetzes zur Verleihung von <b>Dotationen für verdiente Kriegsveteranen</b> . Dies müsse man unter Ausschluss der Öffentlichkeit tun, wie in der Kommission. Bei den Vorberatungen im Hause würde die Diskretion verletzt. V bittet den ersteren Weg einzuschlagen. Weiter: Müssen bei der Beratung persönliche Verhältnisse zur Verhandlung gezogen werden, so ist V der Meinung, dass dies möglichst schonend, eben in einer Kommission, passieren müsse. Die Namen der zu dotierenden Personen müssten von der Regierung oder den Mitgliedern des Hauses vorgeschlagen werden. Komme es nun zu einer offenen Vorberatung, so komme es auch zu Ablehnung von Vorschlägen. Dies wäre für die betreffende Person eine Niederlage. Weiter: Es geht um Beratungen über die geschäftsmäßige Behandlung des Budgets.	vgl. Andree, Band 31, S. 360-364

			Für die bevorstehenden Beratungen sollte es einen Leiter geben. V hält den Präsidenten dafür am besten geeignet. Gemeinsamkeit werde bei dem jetzigen Verfahren nicht möglich sein. Gut wäre, wenn von dem zur Rede stehen Material viel gedruckt vorläge. Bei Problemen schlage er vor, dass die Kommissarien zu einer Art Kollegialbeschluss über die Behandlungen zusammenträten, besonders zu der Entscheidung, was dem Hause gedruckt vorzulegen sei.	
116	So, 18.11.1866, Nr. 270 (PDF: 36)	S. 7, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: V ist von den Abteilungen des HdA mit anderen zusammen in den <b>Dotationsausschuss</b> gewählt worden.	
117	Di, 20.11.1866, Nr. 271 (PDF: 40)	S. 3, 1. Spalte oben	Wahlaufruf zur <b>Wahl des norddeutschen Bundes</b> : V ist <b>Mitglied eines zentralen Wahlkomitees</b> , das sich für freie Vereinstätigkeit einsetzt und alle Kräfte für die Wahl mobilisieren will. Es gelte den Willen des Volkes bei den allgemeinen und direkten Wahlen zu wahren. Man hoffe, dass sich überall Vereine zusammenschließen und diese wolle man dann mit Hilfe dieses Komitees unterstützen. Dass Preußen die Führung im Norddeutschen Bund übernimmt sei nun klar, nun aber gelte es, die Gestaltung dieses Verbundes vorzunehmen. Da die Wahlvorbereitungen langwierig und mühsam seien, gelte es rechtzeitig zu starten. Um den kommenden Aufgaben gerecht zu	



			werden, habe man einen geschäftsleitenden Ausschuss gebildet, zu dem auch V gehört. Den Vorsitz hat <b>Dr. Loewe-Calbe</b> .	
118	Di, 20.11.1866, Nr. 271 (PDF: 43)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte	<b>Abdruck eines Antrages</b> von V an die <b>SVV</b> : Der Magistrat wird ersucht mit den königlichen Behörden darüber zu verhandeln, dass die <b>Straßen-und Brückenreparaturen beschleunigt</b> werden. Die bestehenden Baustellen behindern teilweise über Monate empfindlich den Verkehr.	s. a. 23.11.1866
119	Mi, 21.11.1866, Nr. 272 (PDF: 48)	S. 7, 1. Spalte oben	Anträge für das <b>HdA</b> und die heutige Sitzung: V beantragt die Staatsregierung aufzufordern, für die Vorberatungen des Budgets dem Hause so schnell wie möglich eine <b>Übersicht der außerordentlichen Einnahmen an Kriegskosten-schädigungen</b> und Kriegsbeute vorzulegen.	
120	Do, 22.11.1866, Nr. 273 (PDF: 55 u. 56 u. 57)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte u. 1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 21. Nov.): Der Finanzminister <i>v. d. Heydt</i> erwähnt in seiner Rede Vs Antrag bzgl. der <b>Übersicht über die außerordentlichen Einnahmen</b> im Rahmen des Krieges. Er habe zurzeit noch keinerlei Übersicht über die Kriegskosten, habe aber das Kriegsministerium um baldige Auskunft gebeten. V zieht deshalb seinen Antrag zurück. Weiter: V steht auf dem Standpunkt, dass im Wege der Gesetzgebung übernommene	vgl. Andree, Band 31, S. 365-369  <i>v. d. Heydt</i> , August: *1801, †1874; Bankier, preuß. Handels- und Finanzminister 1866-69

			<p>Pflichten auch nur auf demselben Wege gelöst werden können. Wird hier eine Änderung vorgenommen, so würde das ganze konstitutionelle Wesen in Frage gestellt.</p> <p>Weiter.</p> <p>V beantragt, die ganze Angelegenheit an die <b>Budgetkommission</b> zu verweisen.</p>	
121	Do, 22.11.1866, Nr. 273 (PDF: 58)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<p>V wird als einer von vier Referenten zum Thema <b>Kanalisation</b> erwähnt. Es besteht noch nicht genügend Information für die SVV, allerdings erkennt man die Notwendigkeit zur <b>Verbesserung des Kloaken- und Rinnsteinwesens</b>. Es könne weder eine Entscheidung zur Kanalisation noch eine zur Einführung eines geregelten <b>Abfuhrwesens</b> getroffen werden, vielmehr müssten diverse offene Fragen geklärt werden.</p>	
122	Fr, 23.11.1866, Nr. 274 (PDF: 63)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Nov.): Die Versammlung nimmt den Antrag Vs bzgl. der <b>Beschleunigung der öffentlichen Straßenbauarbeiten</b> an.</p>	nichts bei Andree
123	Sa, 24.11.1866, Nr. 275 (PDF: 68 u. 69)	S. 5, 1. Spalte mittig u. 2. Spalte unten u. S. 6, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (29. Sitzung vom 23. Nov.): V stellt einen Antrag auf Kostenübernahme bei Ankauf von Büchern und Buchbindearbeiten. Regierungskommissar <b>v. Wolff</b> schließt sich einem Antrag Vs an.</p> <p>Weiter:</p> <p>V rügt die bisherige <b>Dotierung der Bibliothek</b> und wünscht Anweisung einer bestimmten Summe für den Bibliothekar, Vs Antrag wird angenommen.</p>	vgl. Andree, Band 31, S. 370-375

			<p>Weiter:</p> <p>Es geht um die mögliche Erbauung eines <b>neuen Parlamentsgebäudes</b>. V unterstützt den Antrag des <b>Grafen Schwerin</b>, der die Lokalität ausreichend findet und der das Nebenhaus hinzuziehen möchte. So könnte in der mittleren Etage eine Wohnung für den Präsidenten eingerichtet werden und die übrigen Räume könnten vom HdA genutzt werden. V macht noch darauf aufmerksam, dass hier auch das <b>norddeutsche Parlament</b> tagen wird. Er weist darauf hin, dass Belüftung ohne Bewegung der Luft unmöglich sei, auch wenn Mitglieder bei jedem Luftzug darüber klagen würden. Eine provisorische Abhilfe ist in seinen Augen nötig.</p>	
124	So, 25.11.1866, Nr. 276 (PDF: 81)	2.Beilage, S. 1, 2. Spalte u. 2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (30. Sitzung vom 24. Nov.): Es geht um Mehrkosten, die durch die Einverleibung der neuen Provinzen entstehen. V möchte den Antrag <b>Hoverbecks</b> angenommen sehen, damit das Prinzip gewahrt werde, dass diese Angelegenheiten künftig auf das <b>Parlament des norddeutschen Bundes</b> übertragen werden. Preußen soll nicht alle Lasten alleine tragen, die anderen Staaten des Bundes müssen ebenfalls herangezogen werden.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es werden folgende Grundsätze beschlossen und erklärt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Es gilt <b>allgemeine Wehrpflicht</b>.</li> <li>2. Gesetzliche Dienstzeit von 5 Jah-</li> </ol>	vgl. Andree, Band 31, S. 375-376

			<p>ren; Erhöhung auf 7 Jahre bedarf der Zustimmung der Landesvertretung.</p> <p>3. Zu bestimmende Stärke des Heeres nur unter Zustimmung der Landesvertretung.</p> <p>4. Es bedarf eines <b>Rekrutierungs- und Heeresorganisationsgesetzes</b>.</p> <p>5. Weitere Entwicklung des Heeres im volkstümlichen Sinne soll dem Heer auch in den neuen Landesteilen Anerkennung sichern.</p> <p>6. Militäretat hat provisorischen Charakter.</p> <p>V ist Mitunterzeichner dieses Beschlusses.</p>	
125	Mi, 28.11.1866, Nr. 278 (PDF: 97 u. 98)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 27. Nov.): V macht eine persönliche Bemerkung. Er bedauere, dass sein Name unmotiviert in die Debatte gezogen wurde. Er gehöre nicht zu denen, die sich auf den Boden der Tatsachen setzen. Er stehe lieber, um von dort aus zu wirken und man würde ihn stets an seinem Platz finden.	vgl. Andree, Band 31, S. 376-377
126	Do, 29.11.1866, Nr. 279 (PDF: 106)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 28. Nov.): V stellt einen Antrag zum <b>Einnahmetat des Justizministeriums</b> . Die Beschlussfassung sei auszusetzen bis der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über den Wegfall des Zuschlages der Gerichtskosten erledigt ist.	nichts bei Andree s. a. 1.12.1866
127	Do,	3. Beilage,	Anzeige des <b>Handwerkervereins</b> : V hält	s. a.

	29.11.1866, Nr. 279 (PDF: 111)	S. 1, 2. Spalte oben	am heutigen Abend seinen Vortrag über <b>Hospitäler und Lazarette.</b>	15.11.1866
128	Sa, 1.12.1866, Nr. 281 (PDF: 2 u. 7)	S. 4, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 30. Nov.): Vs Antrag bzgl. der Aussetzung der Beschlussfassung im Zusammenhang mit den Gerichtskosten wird erwähnt. Weiter: Vs Antrag wird erneut erwähnt. Weiter: Vs Antrag wird abgelehnt.	nichts bei Andree
129	So, 2.12.1866, Nr. 282 (PDF:16)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 1. Dez.): V verneint eine Abneigung gegen den Minister des Inneren. Er hebe eher ein gutes Beschwerdemangement hervor, auf das er sich als Stadtverordneter immer verlassen habe. Er erkenne an, dass Minister <b>Graf zu Eulenburg</b> mit gutem Willen in die Verwaltung seines Ministeriums eingetreten sei, sich aber mehr der reaktionären Partei und ihren Zwecken zuneigt. Nicht bestätigte Kommunalbeamte seien nicht so selten wie angenommen, auch unter jetzigen und früheren Mitgliedern gebe es Beispiele. Deren Wahl hätte im Interesse der Stadt gelegen statt der Aufstellung <b>kommissarischer Stadträte</b> , denen es an Rückhalt in der Bürgerschaft fehle. Problematisch werde dies z.B. bei der Wahl der Prediger. Berlin habe immer für eine freie Entwicklung der Kirche gestanden, dies sei nun gefährdet; wenn der Magistrat orthodoxe Geistliche wählt, deren Ge-	vgl. Andree, Band 31, S. 377-382  <i>Graf zu Eulenburg</i> , Botho: *1831, †1912; preußischer Ministerpräsident und Innenminister

			sinnung dem Geist der Bevölkerung widerstrebt. Dies gefährde die Stellung Preußens in Deutschland, da die anderen Staaten Zweifel bekommen könnten am Erhalt ihrer Selbstverwaltung.	
130	Mi, 5.12.1866, Nr. 284 (PDF: 5 u. 8)	S. 5, 2. Spalte oben u. S. 8, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (36. Sitzung vom 4. Dez.): V spricht darüber, dass bei der gegenwärtigen Größe der Bevölkerung Berlins eine Anhörung der Gemeindevertretung berechtigt wäre. Der Behauptung, dass es keinen ausreichenden Schutz mehr gegen Feuergefahr gebe, wenn man der Polizei die Aufsicht über den <b>Feuerlöschdienst</b> entzöge, begegnet er mit dem Vorschlag, den Leiter des Institutes in den Dienst der Stadt zu stellen.  Weiter: Antrag Vs die Königliche Staatsregierung aufzufordern,  1. die <b>Museen</b> durch Bezeichnung und Herstellung von <b>Katalogen für</b> das Publikum nutzbar zu machen.  2. die Staatsbeiträge für die <b>Akademie der Wissenschaften</b> und die <b>königliche Bibliothek</b> im nächsten Etat zu erhöhen.  3. die Minimalsätze der <b>Gehälter der Universitätslehrer</b> im nächsten Etat zu erhöhen.	vgl. Andree, Band 31, S. 382-387
131	Do, 6.12.1866, Nr. 285	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte	<b>HdA</b> (37. Sitzung vom 5. Dez.): V äußert die Ansicht, dass es sinnvoll wäre, für den <b>Etat des landwirtschaftlichen Mi-</b>	vgl. Andree, Band 31, S. 387-390

	(PDF: 13 u. 14 u. 15)	unten u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>nisteriums</b> alles, was sich auf Forste, Fischereien etc. bezieht, aus den übrigen Etats zusammenzufassen, denn analoge Posten im Handels-und Finanzministerium seien nicht sinnvoll. Gleiches gelte für die Lehrinstitute.  Weiter:  V ist erwähnt als Unterstützer eines Antrages, bestimmten preußischen Heerführern aus den eingehenden Kriegsschädigungen für ihre besonderen Leistungen im Kriege <b>Sonderzahlungen</b> zu gewähren.	
132	Fr, 7.12.1866 Nr. 286 (PDF: 18)	S. 5, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (38. Sitzung vom 6. Dez.): Es geht erneut um die <b>Dotationen [Sonderzahlungen] für preußische Heerführer</b> . Es sind Anträge auf namentliche Abstimmung eingegangen. In der Abstimmung dagegen ist V erwähnt.  Weiter:  Kurze Wortmeldung Vs. Er erklärt, dass dem Vorredner nicht klar ist, warum der <b>Elbzoll</b> jetzt aufgehoben wird.	vgl. Andree, Band 31, S. 390-391
133	Fr, 7.12.1866 Nr. 286 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Dez.): Es geht erneut um die <b>Kanalierungs-</b> und Abfuhrfragen. V stimmt einem Amendement zu, in dem angefragt wird, die Kosten für zukünftige Untersuchungen zu ermitteln.  Weiter:  V empfiehlt die Annahme der Anträge und des Amendements. Angesichts der großen Verantwortung sei es wichtig, Bürgerschaft und Magistrat zu zeigen,	nichts bei Andree

			dass die Versammlung alles Notwendige getan habe, um zu einem guten Resultat zu kommen.	
134	Sa, 8.12.1866, Nr. 287 (PDF: 28 u. 30)	S. 8, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (39. Sitzung vom 7. Dez.): Antrag Vs die Regierung aufzufordern, die Minimalsätze der <b>Gehälter der Universitätslehrer</b> im nächsten Etat zu erhöhen.</p> <p>Im Rahmen dieser Diskussion kommt zur Sprache, dass an der Universität Königsberg <b>Professoren jüdischer Konfession</b> nicht angestellt werden dürfen, laut der Verfassung. V meint, auf einen Vorredner bezogen, es sei zu kurz gegriffen, sich nur darauf zurück zu ziehen, dass die Universität Königsberg eine eigene Korporation sei. Er stellt vielmehr die Frage, ob die Statuten der Universität überhaupt der Verfassung angepasst werden sollen. Ein <b>guter Arbeiter müsse seinen Lohn erhalten</b> und man könne es nicht dem Zufall überlassen, ob der Lohn von außerhalb komme. Fremde Universitäten treten in Konkurrenz bei der Benutzung von Lehrkräften, welche eigentlich ungestört genutzt werden könnten. Er weist auf 25 außerordentliche Professoren hin und spricht davon, dass nichts nachteiliger für einen Staat sei, als ein <b>gelehrtes Proletariat</b>.</p> <p>Weiter: V bringt die ungünstige Stellung zur Sprache, in der sich die <b>städtische Turnhalle</b> gegenüber dem Provinzial-</p>	vgl. Andree, Band 31, S. 391-409



			<p>Schulkollegium befindet. Für ihn wäre es wünschenswert, wenn die Turnhalle sich ungestört entwickeln könne. V beantragt weiter, die <b>Museen</b> durch die Bezeichnung der Kunstwerke und baldige Herstellung ausreichender <b>Kataloge</b> für das Publikum nutzbar zu machen. Ein weiterer Antrag dreht sich um die Erhöhung der Staatsbeiträge für die <b>Akademie der Wissenschaft</b> und die <b>königliche Bibliothek</b> zu Berlin im nächsten Etat. Er verzichte wegen der großen Unruhe auf nähere Ausführungen seines Antrages, spricht aber zum Thema <b>Medizinalwesen</b>. Für ihn habe es absolute Dringlichkeit Entscheidungen über die <b>Arzneitaxe</b> zu fällen, besonders in Bezug auf die anektierten Länder. In Bezug auf die <b>Tierarzneischule</b> Berlin weist er darauf hin, dass durch Annexion eine zweite Schule hinzugekommen sei, nämlich in Hannover. Er wünsche daher, dass Berlin nicht mehr nur zur Ausbildung untergeordneter Militärtierärzte diene. Er wünsche sich eher eine durchgreifende Reorganisation des <b>Tierarzneischulwesens</b>, die durch die auf einer höheren Stufe stehende Schule in Hannover nötig geworden sei.</p>	
135	Di, 11.12.1866, Nr. 289 (PDF: 34-35 u. 37 u.	S. 7, 2. Spalte unten f. u. 1. Beilage,	<b>HdA</b> (40. Sitzung vom 10. Dez.): V beantragt, statt einzelner Beträge für die Militärverwaltung einen Pauschalbetrag zu bewilligen. Weiter:	vgl. Andree, Band 31, S. 409-423

	38)	S. 2, 2. Spalte u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p>V weist auf das Verhältnis zwischen <b>Militäretat</b> und Staatseinnahmen von 61% hin. Rechnet man auch noch den <b>Marineetat</b> hinzu, so ergebe sich, dass 49% aller Staatsausgaben Militärausgaben seien. Er halte es für Verschwendung, drei Jahre lang eine so große Anzahl arbeitsfähiger Mannschaften festzuhalten. Wünschenswert wäre eine <b>Herabsetzung der Dienstzeit</b>. Er erwähnt kurz seinen Vorschlag zur Bewilligung eines Pauschalbetrages für die Militärverwaltung. Er trage damit den gegebenen Verhältnissen mehr Rechnung, als dass im Interesse des Ganzen auf begründete Ansprüche verzichtet werde. Werde die Frage dem norddeutschen Parlament vorgelegt und ein Definitivum geschaffen, dann werde man in der Lage sein, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.</p> <p>Weiter: Der obige Antrag Vs wird abgelehnt. V stellt mit anderen zusammen einen Antrag auf <b>Verbesserung der Besoldung der Militärärzte</b> und einer Regelung ihrer militärischer Stellung.</p>	
136	Mi, 12.12.1866, Nr. 290 (PDF: 41)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 2,	<p><b>HdA</b> (41. Sitzung vom 11. Dez.): Es geht um eine Zulage für den <b>Leiter der Marineverwaltung</b>. Dieser steht in dem Ruf, seiner Position nicht gerecht zu werden. V hält es aus diesem Grund nicht für angemessen, eine Zulage auszusahlen.</p> <p>Weiter:</p>	vgl. Andree, Band 31, S. 424-425

		1. Spalte mittig	V sieht sich als von den Wählern gesandt, um seiner Überzeugung nach zu stimmen. Wenn der Leiter der Marineverwaltung wirklich so viel geleistet habe, so will er dies anerkennen. Seit einer Reihe von Jahren ist es aber als nicht zweckmäßig erschienen, einen General der Infanterie an die Spitze der Marineverwaltung zu setzen. Es gebe die Meinung, dass durch eine Reihe von Missgriffen die Entwicklung der Marine zurückgeblieben sei und dass die bestehenden Schäden nur durch einen eigentlichen Techniker ausgeglichen werden könnten. Sollte es sich anders verhalten, bittet er die Regierung durch klare Darlegung des Sachverhaltes dem Land Beruhigung zu verschaffen.	
137	Do, 13.12.1866, Nr. 291 (PDF: 50)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 12. Dez.): V äußert sich gegen die <b>Staatsindustrie</b> . Er fragt sich, ob der Minister seine Meinung oder auch die des Ministeriums äußert und ob er nur eine Meinung hat oder auch beabsichtigt diese zu verwirklichen. Er fragt nach, ob in Bezug auf die Abtretung einzelner Gruben unterhandelt werde oder dieses noch geplant sei. Er möchte wissen, ob die Verpflichtungen, die auf den Werken Frankreich gegenüber lasten, sich auf gewisse Kreise beschränken und die übrigen der Konkurrenz gegenüber freigegeben sind.	vgl. Andree, Band 31, S. 425-428
138	Sa, 15.12.1866,	S. 7, 2. Spalte	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 14. Dez.): V äußert sich unzufrieden über die <b>Etatbera-</b>	vgl. Andree, Band 31,

	Nr. 293 (PDF: 64)	mittig	<p><b>tungen.</b> Er glaubt, dass die Mehrzahl der Mitglieder keine Ahnung davon habe, was sie bewillige. Er geht auf die <b>Budgetkommission</b> ein. Diese prüfe genau jede Position und veranlasse die Regierung, sich zu reformieren. Deren heutige Praxis liege in der Bildung von Vertrauensvoten. Die <b>Kontingentierung der Steuern</b> sei alles andere als revolutionär. Man vertrete sie schon seit 1848. Dies sei die Grundlage dauerhaften Friedens. Ferner kritisiert er die Praxis des <b>englischen Besteuerungswesens.</b></p>	S. 429-440
139	Sa, 15.12.1866, Nr. 293 (PDF: 68 u. 69)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte u. 2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p>Abdruck eines Artikels aus der „<i>Neuen preußischen Zeitung</i>“ „Zur Berliner <b>Polizei-Verwaltung</b>“. Zunächst wird eingegangen auf eine Sitzung des HdA vom 4. Dez., in der die Abg. <b>v. Hennig</b> und <b>V</b> die amtliche Wirksamkeit des königlichen <b>Polizeipräsidiums</b> kritisieren. Es müssten, zur Wahrheitsfindung und Vermeidung irriger Auffassungen, bei den Lesern Korrekturen einiger Behauptungen erfolgen. <b>V</b> habe dem sanitätspolizeilichen Wirken Ängstlichkeit unterstellt. Angeblich zeigen die Belege dafür aber nur, dass die Anordnungen des Polizeipräsidiums den Ansichten <b>Vs</b> nicht entsprechen. Weiter geht es um die Frage der <b>Desinfektion</b>. Hier gab es angeblich unterschiedliche Auffassungen zur Verordnung, auch über den ausschließlichen Einsatzes von <b>Desinfektoren</b>, was bei</p>	<i>Neuen preußische Zeitung</i> : eigentlich Kreuzzeitung nach dem Eisernen Kreuz im Titel; erschien von 1848-1939; Blatt der Partei der feudalen Junker und orthodoxen evangelischen Pastoren; antisemitisch orientiert

			<p>permanenter Desinfektion der Latrinen sämtlicher Grundstücke erhebliche Kosten verursachen würde. Aufgrund dieser Bedenken gab die <b>Sanitätskommission</b> die Angelegenheit in die Hände des Polizeipräsidioms. Zu dieser Kommission gehört auch V. Dass nun bis jetzt keine Gesetzesvorlage zur Desinfektion vorliege, habe nichts mit Ängstlichkeit zu tun, sondern nur damit, dass zu keinem Desinfektionsmittel eine verbürgte Wirkung nachgewiesen sei. Ferner wehrt man sich gegen Vs Ansichten zum Thema <b>Fleischbeschau</b> und <b>Trichinen</b>. Solange der Wert und die Ausführbarkeit des mikroskopischen Fleischbeschaus nicht gesichert sei, solange wehre man sich gegen die von V gewünschten Anordnungen; zumal angeblich schon die zweckmäßige Zubereitung des Fleisches vor Trichinen schütze. Das Polizeipräsidium habe die Genugtuung gehabt, seine Ansichten über diese Frage in einem Gutachten vertreten zu sehen, welches die <b>wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen</b> abgegeben hat.</p>	
140	Sa, 15.12.1866, Nr. 293 (PDF: 73)	2. Beilage, S. 8, 1. Spalte	Anzeige: es wird aufgerufen zur allgemeinen Berliner <b>Wahlversammlung</b> am 17. Dez. für das <b>norddeutsche Parlament</b> . V ist erwähnt.	
141	Mi, 19.12.1866, Nr. 296	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 18. Dez.): Es geht um die Etatverhandlungen. V teilt nicht die Ansicht, dass die Anlagen zum Etat	vgl. Andree, Band 31, S. 440-447

	(PDF: 9 u. 10)	mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	kein Bestandteil des Gesetzes sind. Er empfindet sie eher als integrierenden Bestandteil. Seiner Meinung nach ist die En-Bloc-Annahme nicht sinnvoll, da sie jede Spezialverhandlung unmöglich macht. Weiter: V stellt den Antrag, außerhalb des Etats in einem besonderen Kapitel einen <b>Pauschalbetrag für die Militärverwaltung</b> zur Verfügung zu stellen und das <b>Etatgesetz</b> dahin gehend zu ändern. Er geht ein auf eine Erklärung des Kriegsministers vom 10. Dez. Es wäre ein Hindernis, den Etat in der vorliegenden Form zu bewilligen. Ihm gehe es darum, jeden Keim zukünftigen Zwiespalts zu beseitigen, wenn die Regierung nicht klar äußert, ob sie aus den Budgetbeschlüssen ein bestimmtes Präjudiz ziehen will; nämlich, dass die Militärorganisation als abgeschlossen zu betrachten ist, ohne dass sie gesetzlich geregelt ist.	
142	Fr, 21.12.1866, Nr. 298 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (47. Sitzung vom 20. Dez.): V steht auf der Rednerliste, kommt aber nicht zu Wort. Weiter: V behauptet, dass die russischen Ansprüche längst erledigt seien. Die Million solle nur die persönliche Kasse des <b>Großherzogs von Oldenburg</b> verstärken, der sich als Puppe gegen den <b>Augustenburger</b> habe missbrauchen lassen.	vgl. Andree, Band 31, S. 447-452

## Fundstellen 1867

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 4.1.1867, Nr. 3 (PDF: 4)	S. 7, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 3. Jan.): Im Sommersemester haben <b>für die Gemeindeschullehrer naturwissenschaftlich-mathematische Vorlesungen</b> stattgefunden. V möchte, dass sich die Gemeindeglieder rege an diesen Kursen beteiligen sollten.	nichts bei Andree
2	So, 6.1.1867, Nr. 5 (PDF: 9)	S. 4, 2. Spalte mittig	Bericht vom Neujahrstag über die Feier zum 25. <b>Dienstjubiläum des Verwaltungsdirektors der Charité</b> , Geh. Regierungsrat <b>Dr. Esse</b> . V lobt in seiner Rede den Jubilar. Dieser habe während seiner Amtszeit die Charité zu einer Musteranstalt von europäischem Ruf geführt, die für die Interessen von Humanität und Wissenschaft Großes leiste. V hätte das Institut noch „im Zustand einer gewissen Verwilderung kennengelernt.“	
3	Do, 10.1.1867, Nr. 8 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 9. Jan.): V findet es unglücklich, sich in einer städtischen Vertretung über die <b>Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer</b> einigen zu müssen, denn gerade diese Steuer treffe diejenigen, die am wenigsten Einfluss darauf hätten und die Regierung hätte noch nicht einmal eine Meinung dazu. Der steigende Abgabendruck laste auf der Gesundheit der <b>arbeitenden Klasse, der eigentlichen Volkskraft</b> . Jeder Schritt, der hier zur Verbesserung führen würde, sollte schnell	vgl. Andree, Band 31, S. 452-454

			getan werden. Die Regierung darf deshalb auch nicht den Städten das Problem des Steuerausfalls zuschieben. Gerade hieran ist in Berlin nämlich die Aufhebung der fraglichen Steuer gescheitert.	
4	Fr, 11.1.1867, Nr. 9 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Jan.): Es geht um die mögliche <b>Anstellung besoldeter Beamter</b> , die die Vorbereitung der Beschlüsse in Rechnungsangelegenheiten erledigen sollen, um die Arbeitslast der Rechnungsdeputation zu mindern. V sieht zwar die bestehende Arbeitslast, hält aber das Mittel dagegen für falsch gewählt. Er empfiehlt die Ablehnung der Anstellung und hält es für besser, dass die Rechnungsdeputation eine andere Lösung wählt.	nichts bei Andree
5	Fr, 18.1.1867, Nr. 15 (PDF: 10)	S. 7, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (54. Sitzung vom 17. Jan.): Es geht um einen Gesetzentwurf über die <b>Diäten der Abgeordneten des norddeutschen Parlaments</b> . V ist der Meinung, dass der Präsident diese Entscheidung alleine treffen und die Auffassung eines anderen Abgeordneten zurückweisen könne.	vgl. Andree, Band 31, S. 454
6	Sa, 19.1.1867, Nr. 16 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 7, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. Jan.): V wird in die der Versammlung gewählt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
7	So, 20.1.1867, Nr. 17 (PDF: 28)	S. 3, 2. Spalte unten	<b>Versammlung von Wählern des 5. Berliner Wahlbezirkes</b> vom 18. Jan: V hat schriftlich mitteilen lassen, dass er nicht beabsichtige als [ <b>Ablehnung der Reichstags</b> ]Kandidat aufzutreten. Er habe gegen das Reichswahlgesetz gestimmt, um eher	



			<p>von der Regierung ein mit bestimmten Rechten ausgestattetes Parlament zu erhalten. Es seien bei ihm aber vor allen Dingen persönliche Gründe gewesen. Er habe zu viele Pflichten. Hinzu käme, dass er keine Freude mehr an der Arbeit habe seitdem er von Männern angegriffen wurde, die früher seine politischen Freunde waren. Er glaubt, dass sich dieser Konflikt im Parlament noch verschärfen werde.</p>	
8	<p>Di, 22.1.1867, Nr. 18 (PDF: 31)</p>	<p>S. 3, 2. Spalte unten</p>	<p>Aus der „<b>Rheinischen Zeitung</b>“ wird die Kandidatenliste für die Rheinprovinz abgedruckt. V ist Kandidat für [<b>Saarbrücken</b>] <b>Ottweiler-St.Wendel</b>.</p>	
9	<p>Mi, 23.1.1867, Nr. 19 (PDF: 36 u. 37)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (56. Sitzung vom 22. Jan.): V weist darauf hin, dass <b>Graf Schwerin</b> im Unrecht sei, den Referenten anzugreifen; der sei in der Kommissionssitzung gar nicht mehr anwesend gewesen als die Sache zur Sprache kam. Die Kommission habe aber eingehend zwei Stunden darüber diskutiert. Thema war eine <b>Petition Frankfurts</b> zum <b>Umgang mit den Kriegslasten</b>. Weiter: V spricht über die Petition. Es ist von 6 Mio. die Rede als reine Staatsschuld Frankfurts. Er wirft dem Auditorium vor, die Sache zu leicht und mit zu viel Heiterkeit zu sehen; aber zeitweise wären auch einige Mitglieder sehr ernst geworden, so, als ob sie ihr Gewissen belaste. Er ist der Meinung, dass jeder, wenn er nur darüber nachdenke, nicht mehr heiter sein würde.</p>	<p>vgl. Andree, Band 31, S. 454-463</p>

			<p>Die Heiterkeit wäre wohl nur ein Gruppenverhalten, alleine für sich wäre wohl keiner heiter. Der Regierungskommissar hätte dem Land besser gedient, durch kritische Widerlegung falscher Behauptungen. Die 6 Mio. Staatsschuld könnten jetzt nicht einfach zu einer Kommunalschuld werden, sie seien im Gesetz vom 28.9.1866 nicht enthalten. Die Regierung könne also noch darüber entscheiden, aber eben nur im Rahmen des Gesetzes.</p>	
10	<p>Sa, 26.1.1867, Nr. 22 (PDF: 49)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (57. Sitzung vom 25. Jan.): V weist darauf hin, dass die Beratungen zum <b>Militäretat</b> dem norddeutschen Parlament übertragen werden sollen. Die Kommission könne sich nicht so verhalten, als ob das noch nicht entschieden sei. Er hoffe heute vom Finanzminister Näheres über die Absichten der Regierung zu erfahren. Wenn es schon nicht konkrete Erklärungen seien, dann doch zumindest das Prinzip. Man höre unter anderem von einem Normalbudget, welches jede Beratungen im Einzelnen ausschließt. Damit würden die Verhandlungen über das Etatgesetz erheblich schrumpfen. Allerdings hätte noch der Zeitpunkt der Einbringung des Gesetzes einen Einfluss. Er möchte für die Zukunft mit Sicherheit wissen, ob auch einmal ein Etat zurückgewiesen werden könnte und trotzdem dem Ministerium die Möglichkeit bliebe, eine neue Vorlage zu machen. Er bittet, den Antrag der Kommission anzu-</p>	<p>vgl. Andree, Band 31, S. 464-469</p>

			nehmen.	
11	Di, 29.1.1867, Nr. 24 (PDF: 57)	S. 7, 1. Spalte mittig	Abgedrucktes Schreiben Vs vom 26. Jan. an die „ <b>Volkszeitung</b> “: V äußert seine Meinung zu den Wahlen des norddeutschen Bundes. Seine Gründe eine <b>Kandidatur abzulehnen</b> seien rein persönlich. Ihm fehle es an Zeit, eine politische Tätigkeit auszuüben. Ferner habe er aufgrund von Veränderungen in den Parteiverhältnissen frühere Freunde gegen sich. Er werde sich aber weiterhin für den norddeutschen Bund einsetzen, da er auch für die Annexion gestimmt habe. Er halte dieses Stadium für notwendig auf dem Weg zur deutschen Einheit. Er fühle sich lediglich verpflichtet in seinem alten Wahlkreis in <b>Saarbrücken</b> eine Kandidatur zu übernehmen, habe aber seine Freunde gebeten, davon abzusehen, ihn dafür vorzuschlagen.	<i>Volkszeitung</i> : in Berlin erschienene politische Tageszeitung; 1853 aus der 1849 von F. Duncker u. A. Bernstein gegründeten „Urwählerzeitung“ hervorgegangen
12	Mi, 30.1.1867, Nr. 25 (PDF: 61-62)	S. 5, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (60. Sitzung vom 29. Jan.): V weist auf den Artikel 104 der Verfassung hin. Die <b>Staatsetatsüberschreitungen</b> müssten schon erledigt sein bevor die allgemeine Rechnung festgestellt werden kann. Zu letzterem gab es früher gar keinen Anhaltspunkt, um zu wissen, ob sich die Verwaltung innerhalb der festgesetzten Grenzen bewegt habe. Aufgrund großer Unruhe macht er eine Redepause. Dann fährt er damit fort, dass sich die <b>Oberrechnungskammer</b> mit einer einfachen Kabinettsorder begnüge. Allerdings könne man dieses Verfahren nicht angreifen, da	vgl. Andree, Band 31, S. 470-482

			<p>eine schwierige Lage aufgrund der Gesetzgebung herrsche. Man müsse dem aber schnellstmöglich ein Ende bereiten. Die Vorlage der Jahresrechnungen sei gekoppelt an das <b>Indemnitätsgesetz</b>. Die Jahresrechnungen müssten aber mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer versehen sein und es sei nicht gleichgültig wann diese ihren Modus ändere. Je früher dies geschehe, desto schneller würden die unhaltbaren Verhältnisse aufgehoben. Er kritisiert einen Vorredner, der die Kommission dahin gehend kritisiert habe, dass sie einen Konflikt heraufbeschwöre. Die Regierung hätte den Sachverhalt aber gar nicht so beurteilt. Sie sei vielmehr der Meinung, dass die Order in Bezug auf das Recht der Landesvertretung gar nichts ändere. Der Antrag der Kommission habe den Zweck, dem Hause gegenüber der Oberrechnungskammer eine klare Position zu geben und somit die Differenzen abzuschließen.</p>	
13	<p>Do, 31.1.1867, Nr. 26 (PDF: 70 u. 71)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (61. Sitzung vom 30. Jan.): Es geht um <b>Verlegung neuer Bahngleise</b> bzw. um teilweise Aufrüstung auf zweigleisigen Verlauf. Der erforderliche Geldbedarf ist, soweit nicht aus dem Staatsfond gedeckt, aus verzinslichen Anleihen zu beschaffen. Alles sei vorher im Staatshaushaltsetat aufzuführen und unterliege der budgetmäßigen Beschlussnahme. Dieser Betrag wird dann von der Anleihsomme in Abzug ge-</p>	<p>vgl. Andree, Band 31, S. 482-488</p>

			<p>bracht. Jede Verfügung über die Staatsbahn bedürfe der Zustimmung beider Häuser. V hält nun die vorliegende Frage für sehr kontrovers, bei der es schwer sei, für jeden einzelnen Fall eine Lösung zu finden. In jedem Jahr kämen Fälle vor, bei der die Regierung über staatliche Grundstücke verfüge und diese ohne Zustimmung der Landesvertretung veräußere. Hierfür gebe es aber eine gewisse Grenze, die man nun auch mit Hilfe dieses Gesetzes ziehen müsse. Ihm liege aber daran, kein neues Verfassungsrecht zu erzwingen, sondern die Konsequenzen aus der bestehenden Verfassung zu ziehen. Er weist den Handelsminister darauf hin, zu welchen Ungerechtigkeiten es führen kann, wenn die Regierung Staatsschulden macht, um eine Eisenbahn zu bauen und dieselbe dann verkaufen will ohne den Ertrag zur Deckung der Schulden zu verwenden. V stimmt für den Kommissionsantrag.</p> <p>Weiter:</p> <p>Abschließend ein Hinweis auf eine Interpellation Vs, die die <b>Benutzung der Turnplätze in den Schulen</b> betrifft und in der nächsten Sitzung abgehandelt wird.</p>	
14	Do, 31.1.1867, Nr. 26 (PDF: 71)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>Versammlung des 5. Reichswahlbezirks</b> vom 29. Jan.: Der Vorsitzende teilt mit, dass V eine <b>Kandidatur abgelehnt</b> hat.	
15	Fr. 1.2.1867,	S. 4, 2. Spalte	Hinweis auf die Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung des HdA: Erwähnt	vgl. Andree, Band 31,

	Nr. 27 (PDF: 2)	oben	wird eine Interpellation Vs. Es geht um die <b>Berliner Turnerschaft</b> . Hier sind besondere <b>Jugendabteilungen</b> eingerichtet, unter der Leitung bewährter Lehrer, zum Teil Mitgliedern des städtischen Turnkollegiums. Dies ist von allen Seiten als zweckmäßig und anregend anerkannt und findet außerhalb der Schulzeit statt. Vor kurzem ist vom Schulkollegium der Provinz Brandenburg eine Verfügung an alle Direktoren der höheren Schulanstalten ergangen, ihre Turnlehrer bei Strafe anzuhalten, jeden Schüler aus jenem Unterreicht auszuweisen. Als weitere Folge dürfte es sich ergeben, dass die Kinder aus den betreffenden Schulen gewiesen werden. V fragt, ob dieses Vorgehen von der Staatsregierung gebilligt wird und ob es Klagen aus den früheren Jahren gegeben habe, die dieses Vorgehen veranlassen.	S. 481-482
16	Sa, 2.2.1867, Nr. 28 (PDF: 7 u. 10)	S. 6, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (62. Sitzung vom 1. Feb.): V zitiert die Verfügung, die am 19. Jan. an die Direktoren der <b>höheren Lehranstalten</b> ergangen ist. Hierin werden die Schulleiter aufgefordert, die Schüler vom Turnen der <b>Jugendabteilungen des Vereinsturnens</b> fernzuhalten. Die Direktoren folgten dieser Verfügung. Nun habe sich aber ein Vater beschwert, erhielt aber eine ablehnende Antwort ohne Begründung. Es kam sogar zu Bestrafungen in Form von Arrest, als ein Schüler mit Zustimmung des Vaters an den Turnübungen am Sonntag teilnahm. V	vgl. Andree, Band 31, S. 488-506

			<p>scheint es, als ob das Provinzialschulkollegium der Meinung sei, dass es eine Verbindung des Jugendturnens mit dem Vereinsturnen gäbe und hierdurch ein nachteiliger Effekt in sittlicher Hinsicht bestehe. Das sei aber gar nicht der Fall. Also kann es von Seiten der Regierung nur politische Gründe für das Einschreiten geben. Zur Prüfung der Resultate hat sie eine Deputation ernannt, deren Mitglieder vornehmlich aus Gegnern des Turnens bestehen und aufgrund dieses Berichts wäre man wohl eingeschritten. Das Turnen solle aufgrund dessen nicht zentralisiert werden, sondern es sollten an den Anstalten besondere Turnplätze eingerichtet werden und eigens dafür Turnlehrer angestellt werden. V gibt an, dass dafür keine der angegebenen Gründe zutreffe.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um die Aufhebung des <b>Staats-Salzmonopols</b> und die Einführung einer Salzabgabe. V äußert sich gegen den Kommissionsantrag. Er würde der Staatsregierung alles bewilligen, aber nicht für immer, sondern nur auf beschränkte Zeit. Mit der Drohung, dass bei einer Nichteinführung der Salzsteuer Hannover sein Monopol wieder einführe, habe der Finanzminister wohl nur Druck ausüben wollen. V meint, dass dies aber wohl kaum dessen Absicht sein könne, denn in den Motiven zum Gesetz sei ausdrücklich gesagt, dass</p>	
--	--	--	---	--

			nach der Einverleibung die Aufhebung des Monopols unvermeidlich sei. Mit der Salzsteuer höre das patriarchalische Verhältnis auf, es werde mit Salz kaufmännischer und gewerblicher operiert. Der Salzpreis werde in einigen Gegenden steigen, aber genauere Unterlagen darüber, wie sich die Verhältnisse ändern, hätte man nicht. V ist deshalb der Meinung, dass es im Interesse der Staatsregierung und der Landesvertretung liege, sich nicht für lange Zeit zu binden, sondern erst Erfahrungen zu sammeln.	
17	So, 3.2.1967, Nr. 29 (PDF: 17)	4. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Wahlbekanntmachung: Tableau der Wahlbezirke der Stadt Berlin. V ist erwähnt als <b>stellvertretender Wahlvorstand</b> im 45. Wahlbezirk.	
18	Do, 7.2.1867, Nr. 32 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (65. Sitzung vom 6. Feb.): V greift eine Bemerkung des Vorredners <b>v. Vincke</b> auf. Vincke zeige seine Geisteshaltung, wenn er davon spricht, dass bei den Stadtratswahlen von beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, obwohl das Gesetz volle Wahlfreiheit lasse. Dies sei, so V, ein direkter Angriff auf eben diese <b>Wahlfreiheit</b> . Das Bestätigungsrecht, das seit 50 Jahren bestehe, würde zurzeit von der Regierung missbraucht. V habe dem Innenminister schon früher klar gemacht, dass dies sehr schädlich sei. Es würde nicht mehr sachlich, sondern subjektiv geurteilt und da eine Änderung in dieser Praxis noch nicht zu bemerken sei, betrachtet V es als Pflicht, den Minister an sein Ver-	vgl. Andree, Band 31, S. 507-510



			sprechen zu erinnern. Nach einer Zwischenbemerkung des Abg. v. Vincke, er hätte die Äußerung bzgl. der Stadtratswahlen gar nicht getätigt, beharrt V, aber darauf, dass diese Aussage sehr wohl gemacht habe.	
19	Fr. 8.2.1867, Nr. 33 (PDF: 40)	1. Beilage, S. 6, 1. Spalte, mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Feb.): Thema ist eine Petition, den Abgeordneten der Stadt Berlin zum norddeutschen Parlament seitens der Kommune tägliche <b>Diäten</b> von 5 Talern zu bewilligen. Da dazu sehr viel zu beachten sei, kam der Vorschlag, die Angelegenheit an eine Deputation zu überweisen. Kurzer Wortbeitrag Vs in welchem er äußert, dass sehr wohl heute eine Entscheidung getroffen werden könne.	nichts bei Andree
20	Fr, 15.2.1867, Nr. 39 (PDF: 54)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte, oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Feb.): Es geht um die <b>Errichtung einer Gewerbeschule statt einer Realschule</b> . V beantragt eventuell eine höhere Bürgerschule zu errichten, aber nur bei Erteilung der vollen Rechte einer solchen. Der Antrag Vs wurde angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
21	Fr, 22.2.1867, Nr. 45 (PDF: 71)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Feb.): Es geht um den Ankauf eines Grundstückes zum Zweck der Verlegung des <b>Friedrich-Werder-Gymnasiums</b> . Es gab einen Antrag, mit dem Ankauf zu warten bis der Etat von 1867 beraten wird. Dies wird von mehreren Abgeordneten abgelehnt, darunter auch V. Diese Gruppe befürwortet den Ankauf und wünscht einen definitiven Beschluss.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nichts zu dem hier erwähnten Thema

22	Fr, 1.3.1867, Nr. 51 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Feb.): Es liegt ein Antrag des Magistrates zur Vorberatung vor, eine gemischte Deputation zu ernennen, um eine <b>Abänderung der Geschäftsordnung der Versammlung</b> zu prüfen. Die Deputation empfahl, den Antrag abzulehnen. V schließt sich mit mehreren anderen Abgeordneten dem an.	nichts bei Andree
23	Fr, 15.3.1867, Nr. 63 (PDF: 2 u. 3)	S. 4, 2. Spalte unten u. S. 5, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. März): Es geht um die <b>Verbreiterung der Fruchtstraße</b> . V beantragt, die Beratungen bis zur nächsten Sitzung auszusetzen und den Magistrat aufzufordern, einen Kommissar abzuordern. Die Versammlung nimmt den Antrag an.  Weiter:  Es geht um die Abnahme von 5000 Exemplaren einer Schrift eines Gemeindegeschullehrers über den vorjährigen Feldzug. Mit mehreren anderen befürwortet V dieses.	nichts bei Andree
24	So, 17.3.1867, Nr. 65 (PDF: 7)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>60. Doktorjubiläum Boeckhs</b> : V ist Teil einer festlichen Gesellschaft, die sich am 15. März bei dem Jubilar in der Wohnung getroffen hat.	<i>Boeckh, August</i> : *1785, † 1867; dt. klassischer Philologe und Altertumsforscher; Mitglied der Akademie der Wissenschaften
25	Fr, 22.3.1867,	1. Beilage, S. 3,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. März): Es geht um einen Antrag der Geldbewilligungsdeputa-	nichts bei Andree

	Nr. 69 (PDF: 14)	1. Spalte mittig	tion bzgl. der <b>Verbreiterung der FruchtstraÙe</b> . V findet den Antrag unannehmbar, weil dadurch dem Magistrat gar nicht gesagt werde, was die Versammlung eigentlich wolle. Er könne keine Notwendigkeit für die Straßenverbreiterung sehen, sollte sie aber tatsächlich nötig sein, so wäre dies Sache der Eisenbahngesellschaften. Er hege aber Bedenken bzgl. eines Teils des Antrages in dem steht, dass das Polizeipräsidium nicht das Recht habe über die Mittel der Stadt zu bestimmen. Er lehne diesen Teil ab und ergänzt, dass der Magistrat ersucht werden solle, die Sache zunächst auf dem Weg der Beschwerde durch alle Instanzen zu verfolgen. Nach weiterer Diskussion wird der Antrag, unter Beteiligung Vs, von der Versammlung genehmigt.	
26	Do, 28.3.1867, Nr. 74 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Weiterer Bericht der <b>SVV</b> mit Sitzung vom 21. März unter der Überschrift <b>Reorganisation des Gemeindeschulwesens</b> . V wird als Referent erwähnt.	
27	Sa. 30.3.1867, Nr. 70 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. März): Es geht um die <b>Verbesserung der Bürgersteige</b> . Dem Magistrat ist ein Schreiben des Polizeipräsidioms zugegangen, in dem auf Namensnennung der Kommissare gedrängt wird und bei Nichterfüllung das Präsidium die Auswahl der Straßen treffen würde. V bestreitet das Recht des Polizeipräsidioms und sieht es als Sache der Bürger, ihr Recht auf dem Wege eines Prozesses gegen das Polizeipräsidium wahrzunehmen.	nichts bei Andree

			<p>Weiter:</p> <p>Es geht um die <b>Reorganisation des Gemeindeschulwesens</b>. V spricht sich gegen den Antrag eines Abgeordneten aus, die Angelegenheit noch weiter zu vertagen.</p>	
28	Fr, 5.4.1867, Nr. 81 (PDF: 8 u. 9)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 4. April): Es geht erneut um die <b>Reorganisation des Gemeindeschulwesens</b>. Der von der Deputation beantragte Vorbehalt gegen die Mitglieder der Schuldeputation wurde mit dem Einverständnis Vs und eines weiteren Abgeordneten abgelehnt.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um die <b>Befreiung vom Schulgeld</b> für Eltern mit Einkommen unter 300 Thlr. V tritt für den Antrag ein.</p>	nichts bei Andree
29	Do, 2.5.1867, Nr. 102 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (3. Sitzung vom 1. Mai): Es geht um die Einführung der <b>Verfassung des norddeutschen Bundes</b>. V äußert sich dazu in einem längeren Redebeitrag. Er warnt vor dem Nebeneinanderbestehen zweier Verfassungen, einmal der preußischen und der des norddeutschen Bundes. Dieses könne dazu führen, dass es keine klare Rechtsgrundlage gebe und man in jedem Einzelfall prüfen müsse, welche Verfassung zur Anwendung kommen solle. Die Folge wäre ein großes Misstrauen des Volkes und er bitte darum, alles zu tun, was eine Sicherstellung der Rechtsverhältnisse möglich mache.</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 15-18
30	Di, 7.5.1867,	S. 8, 1. Spalte	<p><b>HdA</b> (4. Sitzung vom 6. Mai): Es geht erneut um die vorgelegte <b>Verfassung zum</b></p>	vgl. Andree, Band 32,

	Nr. 106 (PDF: 24 u. 27-28)	mittig u. 1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	<b>norddeutschen Bund.</b> V steht auf der Rednerliste gegen den Antrag, aber die Diskussion wird nach einigen Beiträgen vertagt. Weiter: V bringt mit anderen zusammen einen Antrag ein, welcher dafür eintritt, die vorgelegte Verfassung des norddeutschen Bundes abzulehnen.	S. 18-22
31	Mi, 8.5.1867, Nr. 107 (PDF: 30- 32)	S. 5, 2. Spalte mittig ff.	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 7. Mai): Es wird die Schlussberatung über die <b>Verfassungsvorlage für den norddeutschen Bund</b> fortgesetzt. V hält eine lange Rede. Er dankt dem Vorredner <b>Dr. Haym</b> für seine ehrliche Ansprache. Er sei immer dankbar, wenn an dieser Stelle keine Diplomaten sondern Leute stünden, die ihre Meinung ehrlich aussprechen würden. Oft habe man die Ehre sogenannte Staatsmänner zu hören, die nicht ihre Überzeugung, sondern das, was ihnen für parlamentarische Taktik sinnvoll erscheint, aussprechen würden. Der Vorredner hätte anerkannt, welche Verluste die preußische Verfassung erleide und sich damit getröstet, dass das die nationale Entwicklung mit sich bringe. Man wolle nicht die beste Verfassung machen, sondern die <b>deutsche Einheit</b> . Er freue sich über den Idealismus, begreife aber den Vorwurf nicht, dass man gerade im gegebenen Augenblick die Gunst der Gelegenheit um idealistischer Zwecke willen verscherzt hätte. Dazu müsse man sich an	vgl. Andree, Band 32, S. 22-40

			<p><b>Bismarck</b> wenden. Dieser sei beherzt in das Amt eingetreten und es sei ihm gelungen, die widerstrebenden Neigungen des Hofes zu kanalisieren. Auf den Hinweis des Präsidenten Forckenbeck, V möge den König aus der Angelegenheit herausnehmen, erwidert V nur, er habe diesen gar nicht angeführt. Er habe den König nicht als verantwortlich dargestellt, sondern nur das konstitutionelle Prinzip erklärt. V warnt davor, Bismarck als den einzig möglichen Politiker wahrzunehmen. Dies würde zu einer Diktatur führen.</p> <p>Dann geht V auf die Änderungen in den Steuerzahlungen für Preußen zum 31. Dezember 1871 ein. Alle Mitglieder des Bundes müssten 225 Taler pro Kopf an den Bundesfeldherren zahlen. So auch Preußen. Hinzu kämen die Abtretung aller Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Wenn man alle diese Einnahmen des Bundes zusammenrechne, sei nicht zu verstehen, woher da ein Defizit kommen könne. Es solle sogar Ersparnisse im Militär-Budget geben, die in einem gemeinsamen <b>Bundes-Kriegsschatz</b> angelegt werden.</p> <p>Eine Einflussnahme auf die Friedenspräsenzstärke sei aber nicht gegeben, so dass vom eigentlichen Budgetrecht nichts bliebe. Für Preußen entstehe aber sehr wohl ein Defizit, da es zwar weniger Ausgaben durch die Gemeinschaft habe, aber auch weniger Einnahmen.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Im Zuge der politischen Neuordnung sei V bereit, alle Rechte des preußischen Landtages aufzugeben, wenn diese ganz auf den Reichstag übergangen. Das preußische Volk würde sich auch mit einem wirklichen Reichstag begnügen, wenn es dafür die volle Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen erlange. Er finde aber in der Verfassung weder etwas zum Budgetrecht, noch zu einem entscheidenden Einfluss des Reichstages auf das Finanzwesen. Die Schuld dafür liege seiner Meinung nach an der geringen Widerstandsfähigkeit der Mitglieder des Reichstages. Die Regierung sei im vorigen Jahr bereit gewesen, ein viel besseres <b>Budgetrecht</b> zuzugestehen als aus dem Reichstage hervorgegangen sei. Nun sei es so, dass kein Militär-Budget vereinbart wurde, sondern es sei einfach festgesetzt worden. V habe alle Hochachtung vor dem demokratischen Prinzip, aber er halte nicht alles, was daraus hervorgehe für heilig. Wenn das Volk zur Abstimmung über diese Verfassung berufen würde, so würde er auf diesem Boden den neuen Kampf beginnen. Für ihn seien sehr wichtige entscheidende Volksrechte preisgegeben, die man wieder erlangen müsse. Dann spricht V über die entstehende Kriegsgefahr von Seiten Frankreichs durch die Entfernung der niederländischen Gebietsteile aus der Organisation Deutschlands. Wenn man einmal Stücke von</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Deutschland rechtlos hinaussetze, dürfe man sich nicht darüber wundern, wenn nachher andere kämen, die sich dieses Stückes annähmen. Weiter spricht V über den Zusammenhang von Verfassung und Steuern. Davon hänge im Wesentlichen die Freiheit des Volkes ab. Als Beispiel nimmt V den Umgang des englischen Parlaments mit dem Budget. Das englische Parlament habe sich das Recht, gesichert den Bestand der Armee in jedem Jahr neu zu bestimmen. Wenn man aber einmal das Prinzip anerkenne, dass in den jährlichen Etats die einmal auf gesetzlichen Bestimmungen basierenden Summen als feststehend angesehen werden, dann müsse man sich auf der anderen Seite die volle Freiheit des Budgetrechts sichern. Zu ergänzen sei auch, dass die auswärtigen Verhältnisse nur dann stabil blieben, wenn die Völker selbst an der Entscheidung ihrer Geschicke einen bestimmten Anteil haben. Je mehr Spielraum man der Willkür der Regierung, dem Ehrgeiz der Minister, der Empfindlichkeit der Kabinette lasse, desto größer sei die Gefahr für den Weltfrieden. Man könne also die Zustimmung zu dieser Verfassung nicht geben, weil jedes Gut des Vaterlandes gefährdet werde, weil der Frieden nach außen und weil die Entwicklung im Inneren dadurch gefährdet werde. Man sei außer Stande, die bestehenden Rechte der preußischen Verfassung aufzu-</p>	
--	--	--	---	--



			<p>geben für diese unbestimmten und erst zu erstreitenden Rechte der deutschen Verfassung.</p> <p>In dem Zusammenhang kommt V auf den <b>Verfassungseid</b> zu sprechen. Wenn man diesen leiste, so dürfe man zwar Änderungen zu lassen müsse aber dafür sorgen, dass keine Verluste von Rechten eintrete.</p> <p>Die eigentliche Grundlage, auf der sich das öffentliche Recht gestalten werde, darf seiner Überzeugung nach von dem, der diese Grundlage beschworen habe, nicht angefasst werden. Gebe man Rechte auf, so müssten diese in vollem Umfang auf den Reichstag übergehen. Wo dies nicht möglich sei, müsse man scharfe Grenzen ziehen, aber der Reichstag dürfe nicht die Verfassung ändern. Ein Übergangszustand sei akzeptabel, aber ohne Schaden für die Verfassung. Trotz allem sehe V der Zukunft positiv entgegen, da er glaube, das Volk werde sich seine Rechte schon wieder erstreiten. V sei überzeugt, das Volk werde das ohne oder mit der Reichsverfassung geltend machen und es sei „vielleicht der schönste Theil der Verfassung, dass sie eben nicht den Eid auf sich selber enthält, daß sie Niemanden verpflichte, sie heilig zu halten, daß Jedermann in der Lage sein wird, sobald er kann, ihr den Garaus zu machen.“</p>	
32	Do, 9.5.1867,	1. Beilage, S. 4,	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 8. Mai): Die Generaldiskussion über die <b>Verfassungsvorla-</b>	vgl. Andree, Band 32,

	Nr. 108 (PDF: 47)	1. Spalte mittig	<b>ge für den norddeutschen Bund</b> wird fortgesetzt. V kritisiert, dass seine Argumentation in Zweifel gezogen worden ist. Er äußert sich nochmals in aller Deutlichkeit gegen den Entwurf. Er hält den Wortlaut für zweideutig und unklar und er thematisiert, dass <b>Bismarck</b> eine entgegengesetzte Interpretation der Vorlage liefert, er selbst hielte sich an den reinen Wortlaut, nicht an eine Interpretation. Deswegen erschien es ihm notwendig seine Meinung zu äußern und er freue sich, wenn seine Wort dazu beigetragen haben, die Gefahr zu vermindern, dass die Vorlage angenommen würde.	S. 40-41
33	Sa, 11.5.1867, Nr. 110 (PDF: 58)	S. 8, 1. Spalte oben	Es ist ein Antrag vom Abg. <b>Aßmann</b> an das HdA abgedruckt. Die erfolgte Anstellung des vormals hannoverschen Obergerichtsvizedirektors <b>Oberg</b> als Vizepräsident beim Appellationsgericht verletze das Gesetz und die Verfassung. Neben diversen anderen ist V Mitunterzeichner.	
34	So, 12.5.1867, Nr. 111 (PDF: 62)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Vermischtes: <b>Versammlung von Wahlmännern und Urwählern des 2. Berliner Wahlbezirkes</b> von 10. Mai. Es wird der Antrag zur <b>Verfassung des norddeutschen Bundes</b> erwähnt, den V mitgestaltet hat.	
35	Sa, 1.6.1867, Nr. 126 (PDF: 5-6 u. 7)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f. u.	<b>HdA</b> (9. Sitzung vom 31. Mai): V hält eine längere Rede und nimmt Stellung zu seiner Abstimmung gegen die <b>Verfassung des norddeutschen Bundes</b> . Er hält es für wichtig, auch wenn die preußische Verfas-	vgl. Andree, Band 32, S. 41-56

		<p>1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben</p>	<p>sung Mängel habe, sie doch zumindest beizubehalten zum Schutz der Rechte des Volkes. Diese sei zumindest entwicklungs-fähig, und nicht wie die Verfassung des norddeutschen Bundes, entwicklungsbe-dürftig. Er weist auf den Truppenabzug aus <b>Luxemburg</b> hin und auf das wahrscheinli-che Nichteintreten Süddeutschlands in den norddeutschen Bund. Weiter nimmt er Be-zug auf eine Bemerkung von <b>v. Hennig</b>. Dieser lege wenig Wert auf die Grundrech-te, V sieht gerade diesen Teil der Verfas-sung als den wichtigsten an. Er spricht den Fall <b>Oberg</b> an, hier spricht er zwar von <b>Scheinkonstitutionalismus</b>, aber zumin-dest gebe es Bestimmungen dafür. Im Reichstag dagegen hätte niemand das Recht, ein solches Gesetz zu verlangen. Er gesteht zu, dass sicher mal die Zeit kom-men mag, in der die Regierung aufgrund äußerer oder innerer Probleme Zugeständ-nisse machen müsse, aber er findet es falsch, dieses schon im Vorwege zu tun, mit Blick auf Eventualitäten. Er könne nicht für die Verfassung stimmen, weil sie Rechtsverwirrung auslöse. Er sei aber be-reit, wenn die Reichsverfassung ange-nommen sei, an ihr mitzuarbeiten; aller-dings nicht mit Freude, sondern aus Pflichtgefühl. Die Fortentwicklung der Verfassung des norddeutschen Bundes werde immer etwas Revolutionäres an sich haben, da ihr die naturrechtliche Grundlage</p>	
--	--	---	--	--

			<p>fehle. Hier gelte es, die ganze Grundlage umzuwerfen. Er fühle sich dafür nicht mehr frisch genug und sieht sich deshalb verpflichtet, bis zum letzten Augenblick für eine Verfassung einzutreten, die er für entwicklungsfähig halte.</p> <p>Weiter:</p> <p>V versucht eine Abschlussbemerkung, wird aber vom Präsidenten daran gehindert. V wird gelistet, in der Abstimmung mit nein votiert zu haben.</p>	
36	Fr, 7.6.1867, Nr. 131 (PDF: 24)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vermischtes: Versammlung des <b>Vereins für Familien- und Volkserziehung</b> vom 31. Mai. V wird als Zuschauer der Einweihungsfeier des 4. Volkskindergartens erwähnt.	
37	Fr, 21.6.1867, Nr. 142 (PDF: 48)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Juni): Vs Antrag, die Debatte zu beenden, wird angenommen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Vs Antrag bzgl. einer Neuregelung im <b>städtischen Turnwesen</b> mit mehr Gestaltungsspielraum wird von der Versammlung angenommen.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
38	Fr, 21.6.1867, Nr. 142 (PDF: 50)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Es wird über die neue <b>Abfuhrsgesellschaft „Indora“</b> berichtet. Es wird die teilweise schwierige Desinfektion von Gruben und Klosetts angesprochen und in diesem Zusammenhang erwähnt, dass die Firma ein Verfahren anwendet, wie es V vorgesehen hat. Details sind nicht beschrieben.	
39	Di,	1. Beilage,	Vermischtes: Treffen des Wahlvereins der	

	25.6.1867, Nr. 145 (PDF: 55)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>Fortschrittspartei</b> vom 22. Juni. Die Resolution bzgl. der Verfassung an der V mitbeteiligt war, wird kurz erwähnt. Es wird ein Ausschuss von zehn Vertretern gewählt, zu dem auch V gehört.	
40	Fr, 28.6.1867, Nr. 148 (PDF: 3)	S. 7, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Juni): Es geht um die Bildung einer gemischten <b>Deputation zur Beratung über den Bau eines städtischen Krankenhauses</b> . V ist Mitglied.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
41	Fr, 5.7.1867, Nr. 154 (PDF: 7)	S. 7, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Juli): Es geht um die Regulierung der <b>Bürgersteige</b> . V beantragt, ohne dass daraus eine Rechtsgültigkeit der Verordnung bestimmt werden könne, dass eine Genehmigung nur für zwei Jahre erteilt wird und auch eine Begrenzung der Verfügungssumme stattfindet. Ferner setzt er sich in seinem Antrag dafür ein, dass Hausbesitzer den gewährten Zuschuss nicht nur für den Gehweg und die Bordsteinschwellen, sondern auch für den gesamten Bürgersteig bekommen.	nichts bei Andree
42	Mi, 17.7.1867, Nr. 164 (PDF: 19)	S. 7, 2. Spalte unten	Vermischtes: Besprechung der Bezirksvereinsvorstände im 2. Berliner Reichstagswahlkreis vom 29. Juli. Es herrscht Einigkeit über die alleinige Kandidatur <b>Waldecks</b> . V ist Mitglied des <b>Wahlkomitees</b> . Aufgaben dieses Komitees sind die Vervollständigung der Wählerlisten und die Anregung des Interesses an den Wahlen.	
43	Fr, 26.7.1867, Nr. 172 (PDF: 5-7)	S. 5, 1. Spalte oben ff.	<b>Versammlung der Vertrauensmänner des 2. Berliner Reichswahlbezirkes</b> vom 24. Juli. V hält eine lange Rede. Die <b>Fortschrittspartei</b> habe darauf hingewiesen,	

			<p>dass die Verwirrung der öffentlichen Meinung sehr groß und damit schwer zu sagen sei, wohin die Mehrheit tendiere. In den letzten fünf Jahren sei der Partei durch den <b>Nationalverein</b> wesentlich vorgearbeitet worden und die Stimmung in den annektierten Provinzen im Sinne eines Anschlusses an Preußen bearbeitet worden. Nun hätten die Ereignisse des vorherigen Jahres die Gesichtspunkte so verändert, dass der Nationalverein darüber zu Grunde gegangen sei. V ist der Auffassung, dass keinem mit dieser Meinungsverwirrung gedient sei. Dabei sei der Regierung daran gelegen, dass es eine Meinung im Volk gebe, welche die nationalen Fragen selbstständig auffasse und auf die sich die Regierung in schwierigen Fällen stützen könne. Die Regierung sollte allerdings nachträglich anerkennen, dass der Nationalverein die größte Stütze beim <b>Ausschluss von Österreich</b> war. Gegenwärtig handle es sich mehr darum, einen neuen Vereinigungspunkt zu finden, zumal der Einheitsgedanke von der Regierung stark betont würde. In Vs Augen stehe allerdings die Freiheitsfrage im Vordergrund. Die Lage wäre sicher anders, wenn das Volk ernsthafter und zur rechten Zeit seine Meinung ausgedrückt hätte. Es hätte an geeigneten Persönlichkeiten gefehlt, aber das Volk war wesentlich beteiligt und habe seine Stimme nicht ausreichend erhoben. Der Präsident des HdA ha-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>be sich darauf berufen, dass ihm nichts anderes übrig geblieben sei, als zu retten, was sich retten ließe. Daran könne man ermes- sen, dass die Abgeordneten davon ausgingen, dass das Volk nicht mehr verlange. Der Umfang, den die Reichsverfassung an Rechten biete, sei deutlich zu gering. Hier sei man sich mit den Liberalen einig. Es handle sich nur darum, die Grundlage für die Freiheit zu schaffen. V weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Fortschrittspartei sich nicht von den Wahlen zurückziehen wolle. Es gehe darum, die Forderungen durchzusetzen, von denen man überzeugt sei, dass sie dem Wohle des Staates dienen. Ferner müsse man den Staat vor Gefahren aus dem Ausland sichern. Diese Forderungen könne kein Reichstag in die Hand nehmen, wenn das Volk nicht seine Wünsche zum Ausdruck bringe. Dieses könne unmöglich durch die Wahl als solche geschehen, da sie ein einmaliger Akt sei. Als Beispiel bringt V die letztjährige Wahl vor dem Krieg. Nach dem Krieg sei die Wahl sicher nicht das, was im Volke gewünscht werde. Im konkreten Fall weist er auf den Abg. <b>Twesten</b> hin, der vor dem Krieg eine Rede hielt gegen die Geldbewilligung für das Ministerium. Nach dem Krieg äußerte er eine andere Ansicht, weil er meinte, dass das Volk seinen Standpunkt geändert hätte. Es genüge also nicht, einmal zu wählen und den</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Abgeordneten dann sich selbst zu überlassen. Wichtig sei eine fortdauernde, enge Verbindung zu den Wählern. Dieser Kontakt laufe in beide Richtungen. Der Abgeordnete müsse den Wählern erklären, warum manche Dinge nicht erreicht werden könnten und die Wähler hätten die Pflicht den Abgeordneten daran zu erinnern, wessen Meinung er vertrete. V ist der Meinung, dass es so nicht zu einem Bruch zwischen Wähler und Abgeordneten kommen könne. Das Problem sei, dass das ganze Volk auf einmal vertreten werde, nicht ein bestimmter Wahlkörper. Nun zeige die Geschichte der letzten Jahre, dass es einer neuen Organisation bedarf, um die Idee der Wähler zu vertreten. In diesem Sinne habe die Fortschrittspartei den Entschluss gefasst, einen <b>Wahlverein</b> zu <b>gründen</b>. Sicher werde die Wahl eines bestimmten Abgeordneten unterstützt, aber man wolle auch eine andauernde Verbindung zwischen Wählern und Abgeordneten ermöglichen. V billigt zu, dass es zunächst vielleicht einen zu weiten Zweck <b>politischer Bildung</b> verfolge, aber man könne durchaus vom preußischen Volk verlangen, sich mehr in politische Weiterbildung zu begeben. Es käme zu einer gegenseitigen <b>Erziehung zwischen Abgeordnetem und dem Wahlkörper</b>. Das sei eine Aufgabe, die jeder Partei zufalle. Jede Partei könne auf Dauer nur bestehen, wenn es ihr gelin-</p>	
--	--	--	---	--



			<p>ge, eine gefestigte Meinung zu schaffen, die nicht durch jedes Ereignis in eine andere Richtung springe. Die letzten zwei Jahrzehnte waren geprägt von Wechsel und Rechtsunsicherheiten, mit einer Verfassung voller Versprechungen, die niemals in Form eines Gesetzes ausgeführt wurden. Im Laufe dieser Entwicklung wurden gewisse Rechtsstrukturen anerkannt, innerhalb derer sich jeder bewegen musste. Der gegenwärtige Zustand sei allerdings das Gegenteil. Die preußische Verfassung werde durch die Reichsverfassung in Frage gestellt und auch durch das Zollparlament. Unter diesen Verhältnissen gebe es kein gesichertes Recht. Als Kriegsmann mag man jeden Standpunkt annehmen den man finden könne, um das Alte rauszuwerfen, aber bei Männern, die auf dem Wege gesetzlicher Entwicklung ein neues Verhältnis herstellen wollen, kann es nicht anders sein, als sich auf einen bestimmten Rechtsboden zu stellen. Zunächst müsse aber das Volk entscheiden, welches Maß an Forderungen angestrebt werden müsse, um dem Staat mit der äußeren Machtstellung auch die innere Machtstellung zu sichern und diese so sicher zu gestalten, dass der Staat nicht auf Waffen allein gestellt sei. V sieht sich bei denjenigen, die noch weit entfernt davon sind, die Einheit zu sehen. Man müsse mit Neid anerkennen, dass in Frankreich eine große Zahl an Rechtsin-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>stitutionen existiere als Gewinn der Revolution, welche sich das Volk sich nicht nehmen lasse. Er erinnert an die Gleichheit, die anderen Völkern gegenüber ein großer Fortschritt ist. V fragt sich, was Preußen in seiner Entwicklung den Prinzipien von 1789 entgegenzustellen habe. Er erwähnt das Gesetz vom 6. April 1848 in 6 Paragraphen mit den wichtigsten Rechten des Volkes. Dieses sei fast unbekannt und kaum eingedrungen in die allgemeine Überzeugung. Es sei die Pflicht aller Wohlmeinenden, darauf hinzuwirken, dass sich im Volk mehr die Kenntnis dessen verbreite, was in der Verfassung an Rechten gefordert werden könne. In der Hauptstadt sei das nicht so dringlich, aber auf dem Land. V nimmt Bezug auf das immer noch gültige Programm der Fortschrittspartei von 1861. Man sei stolz darauf, dies immer noch aufrechterhalten zu können, ohne Schaden durch den Gang der Ereignisse. Eher im Gegenteil seien die Forderungen ein Recht des Volkes und deren Erfüllung würde Preußen zu der Stellung in Deutschland und in Europa verhelfen, mit zugleich höchstem Ruhm der Krone. Man wünsche sich in diesem Sinne eine große Zahl von Wählern, um eine Verbindung zu haben, die gestatte, diese Ziele zu erreichen. Eine parlamentarische Partei sei aber nicht ausreichend. Wichtig ist eine feste Meinung im Volk, eine Annäherung an die</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Wähler und eine häufige Besprechung der Dinge. Es sei eine Organisation angestrebt, die nicht eine einzelne Person an die Spitze einer Volksmasse bringe, sondern eher der Wunsch, das gesamte Volk zu einer solchen Entwicklung zu bringen, dass sich die öffentlichen Gedanken auf allen Straßen finden lassen und dass man nicht ins Parlament gehen muss, um zu wissen, wo in Preußen die öffentliche Bewegung hingehe. Es müsse im Volk klar sein, was in einem Verfassungsstaat notwendig sei, das Parlament hat genug mit der Ausführung und Umsetzung zu tun. Abschließend wünscht sich V, dass die Wähler der Fortschrittspartei sich aussprechen und innerhalb der Schranken des Gesetzes Forderungen zur Geltung bringen, die für die Entwicklung eines bleibenden Rechtszustandes im Vaterland notwendig sind.</p>	
44	<p>Mi, 31.7.1867, Nr. 176 (PDF: 20)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 1. Spalte, unten</p>	<p>Anzeige zum <b>Jahresbericht über die Leistungen und Fortschritte in der gesamten Medizin</b>. V ist Mitherausgeber.</p>	
45	<p>Di, 6.8.1867, Nr. 181 (PDF: 17)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Anzeige zu Ehren <b>Fritz Siegemunds</b>, eines verdienten Mannes im <b>Turnwesen</b>, der im März verstorben ist. Er hinterlässt eine verwaiste Schwester, die auf Unterstützung angewiesen ist. Nun wird dafür geworben, Siegemunds Biographie käuflich zu erwerben, um die Einkünfte daraus der Schwester zur Verfügung zu stellen. Auch um <b>Spenden</b> wird gebeten. V ist Mitunter-</p>	

			zeichner.	
46	Do, 8.8.1867, Nr. 183 (PDF: 23)	S. 6, 1. Spalte oben u. 2. Spalte oben	<b>Versammlung des 1. Reichswahlbezirkes.</b> V wird als Kandidat vorgeschlagen. Es ist kein Veranstaltungsdatum vermerkt. Weiter: <b>Versammlung des 3. Reichswahlbezirkes</b> vom 6. Aug.: Auch hier wird V als Kandidat vorgeschlagen, unter Hinweis auf seinen ausgeprägten politischen Charakter und die Tatsache, dass <b>Waldeck</b> V als wackeren Mitstreiter gern an seiner Seite hätte. Auch <b>Wiggers</b> wird vorgeschlagen, der als Gegenkandidat zu V steht. Schließlich wird Wiggers zur Wahl aufgestellt.	
47	Fr, 9.8.1867, Nr. 184 (PDF: 27)	S. 8, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Aug.): V wird genannt als Mitglied der <b>Deputation</b> , die sich mit dem Entwurf <b>zum Regulativ für die Erhebung der Haus- und Mietsteuer und der Regelung der Finanzverhältnisse der Stadt Berlin</b> beschäftigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV am 1.8.1867
48	Di, 13.8.1867, Nr. 187 (PDF: 40-41)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben f.	Reichstagswahl: Es ist ein Schreiben Vs abgedruckt, das er an den Vorsitzenden des allgemeinen <b>Wahlkomitees</b> gerichtet hat. Er geht darauf ein, dass er als <b>Kandidat für die Reichstagswahl</b> aufgestellt ist. Er hatte allerdings schon im Mai im Voraus seinen Verzicht erklärt. Er sei immer wieder von politischen Freunden gedrängt worden und sah sich dadurch veranlasst, seine <b>Ablehnung</b> ernsthaft zu prüfen. Er empfindet den Antrag als ehrenvoll, aber komme nach erneuter Prüfung wieder dazu, die Anfrage abzulehnen. Um keine	

			<p>Missverständnisse bei den Wählern hervorzurufen möchte er aber seine Gründe näher erläutern. Er fordert von sich selbst Treue in der Erfüllung übernommener Pflichten. Daraus folge, dass man nicht mehr Pflichten übernehmen dürfe, als man zu leisten in der Lage sei. Wichtig sei, dass nicht jeder Bürger ständig als Soldat tätig sei, sondern auch die Arbeit an der allgemeinen Kultur vorankäme. Das bedeute, dass jeder einzelne Bürger in seinem Beruf das Beste leiste müsse. Im Einklang damit habe er sich jahrelang nur mit den wissenschaftlichen Aufgaben beschäftigt. Erst 1861, als die zögerliche und nachgebende Politik des liberalen Ministeriums nach außen hin die Machtstellung des Landes und die staatliche Entwicklung der deutschen Nation mehr und mehr gefährdete, beteilige er sich an der Politik und an der Gründung der <b>Fortschrittspartei</b>. Als einer der Mitberater und erster Unterzeichner des damals aufgestellten Programms fühle er sich verpflichtet, auch weiterhin für dasselbe einzutreten. Trotz schwerer Bedenken habe er sich entschlossen, das Mandat des HdA anzunehmen. Jenes habe er im Sinne des Programms geführt, dafür spreche auch der Beschluss der jetzigen Wähler. Anders liege die Sache mit dem Reichstag. Abgesehen davon, dass er bereits gegen die Reichsverfassung gestimmt habe, sehe er keine Verpflichtung für sich,</p>	
--	--	--	---	--

			<p>seine anderen Aufgaben zu opfern und ganz und gar Politiker zu werden. Wenn man sowohl im preußischen Landtag, im norddeutschen Reichstag und im deutschen Zollparlament eine wirkliche Tätigkeit ausüben wolle, so bleibe höchstens noch Zeit für persönliche Dinge. Aber es bleibe keine Zeit so zu arbeiten, wie man es von einem Naturforscher verlange. Hier trete also ein wirklicher Konflikt der Pflichten ein. Zumal man als Abgeordneter des Reichstages nicht eine einmalige und dringliche, sondern eine langdauernde, anhaltende Pflicht übernehme. In seinen Augen sei die Stellung als preußischer Landtagsabgeordneter die wichtigere, da die Ordnung des öffentlichen Unterrichts, die Gemeinde- und Kreisverfassung, der Staatshaushalt immer noch dem Landtag vorbehalten bleiben. Er sei sich sicher, dass es gelinge, einen Mann zu finden, der den Posten übernehmen könne. Er wünsche demjenigen mehr Erfolg, als ihm in seiner politischen Laufbahn beschieden war.</p>	
49	Fr, 16.8.1867, Nr. 190 (PDF: 51)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Aug.): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
50	Mi, 4.9.1867, Nr. 206 (PDF: 2)	S. 3, 2. Spalte unten	Frankreich ( <b>Paris</b> ): kurzer Bericht über die Versammlung der deutschen Vereine vom 3. Sep. in der Nähe des Triumphbogens in einem Lokal. Im Vordergrund standen die	

			<p>Annäherung der Vereine und das zukünftige gemeinsame Zusammenwirken. Für den Nachmittag ist ein Schauturnen vorgesehen, für den Abend ein Kommers, auf dem V wohl sprechen wird. Dies ist der einzige Hinweis auf Vs Aufenthalt in Paris. Die Berichterstattung der VZ über den internationalen Kongress der Mediziner erwähnt ihn nicht.</p>	
51	<p>Do, 19.9.1867, Nr. 219 (PDF: 3)</p>	<p>1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig</p>	<p>Hinweis auf einen Aufruf, unterschrieben von V und <b>v. Unruh</b>, der in der <b>Kölner Zeitung</b> abgedruckt war und <b>Fortschrittspartei</b> und <b>Nationalliberale</b> zu gemeinsamen Aktionen bei den Wahlen aufrief. Es wurden Zweifel an der Echtheit dieses Schriftstückes geäußert. Nun ist der „<b>Zukunft</b>“ ein Schreiben Vs zugegangen, welches vollständig abgedruckt ist. Hierin erklärt V, dass er das besagte Schriftstück nicht kenne und sein Name missbraucht worden sei. Auch die angebliche Tatsache, dass die „Köln. Ztg.“ seine Schrift kenne, entbehre jeder Grundlage. Auch sei er mit der Redaktion nicht näher bekannt. Er erwähnt aber, dass er sehr betroffen ist durch die Abspaltung der Nationalen von der Fortschrittspartei und damit auch den Verlust von Freunden. In der Parteibildung sei ein gemachter falscher Schritt unwiderruflich und führe notwendigerweise auf den falschen Weg. Daher habe er zu denjenigen gehört, die das alte Parteiprogramm unterstützen haben. In der Fortschrittspartei fin-</p>	

			den sich die positiven Schätze der liberalen Partei und die Hoffnung des Volkes auf eine bessere Zukunft. Die Nationalen hingegen hätten das Gute, was sie auszeichne, mitgenommen, aber nichts hinzugefügt. Er bitte, seine Erklärung im Blatt abzudrucken.	
52	So, 22.9.1867, Nr. 222 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Vermischtes: Bericht über die <b>Versammlung deutscher Naturforscher in Frankfurt</b> . Es wird kurz erwähnt, dass V am Nachmittag des 20. Sep. einen Vortrag hält über die <b>Fortschritte in der Pathologie</b> .	
53	Di, 24.9.1867, Nr. 223 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben	Vermischtes: Bericht von der gestrigen <b>Versammlung der Naturforscher in Frankfurt</b> . Auf die Rede Vs warteten nicht nur die Wissenschaftler, sondern auch die Laien mit gespannter Aufmerksamkeit. Die <b>Fortschritte in der Pathologie</b> seien am schwierigsten zu behandeln, so V, gemäß dem Berichterstatter nach löste er die Aufgabe zu aller Zufriedenheit. Während vor nicht allzu langer Zeit die Medizin noch alle anderen Naturwissenschaften in sich vereinigte und der Arzt ein Physikus war, so sei es jetzt umgekehrt und der Physikus nur noch ein Titel. Er spricht die immer schwieriger werdenden Zustände der Forschung an, über die sich die meisten Naturforscher gar keine Gedanken machten. Er möchte die Mitglieder anderer Sektionen bei der Gelegenheit darauf hinweisen, sich ein klein wenig mehr um Dinge zu kümmern, die auch den eige-	Über die <i>Fortschritte in der Pathologie</i> : Tagebl. d. 41. Versammlung dtsch. Naturforscher und Aerzte. S. 56-64, Frankfurt am Main 1867.



			<p>nen Leib angingen. Er hob hervor, dass die <b>öffentliche Gesundheitspflege</b> mehr und mehr auf die exakten Forschungen hinausgehen müsse. Er könne aber nicht damit übereinstimmen, dass sie ein Ableger der chemischen Lehrstühle werde. Eher im Gegenteil halte er es für wichtig, dass der Kontakt zur <b>Staatsarzneikunde</b> bliebe. Er könne jedoch nicht leugnen, dass die Professoren der Chemie deutlich besser informiert seien, was der öffentlichen Gesundheit zuträglich sei, als die Professoren der Staatsarzneikunde. Letztere müssten mehr Physik und Chemie lernen. Der Unterricht dafür dürfe nicht erst in der Universität beginnen, sondern bereits in der Schule. Hier würde man lernen, <b>vorurteilsfrei zu beobachten</b>, was spätere akademische Studien erleichtern würde. Die Pathologie habe sich von der Systemmacherei emanzipiert und damit sei der letzte Rest abgetan, was aus früheren Zeiten noch als hemmende Fessel existierte. Denn jedes Dogma sei in der Zeit, wo es existiere, Ausdruck der höchsten Überzeugung, später aber nur eine Fessel der Weiterentwicklung. V erinnerte an die Probleme der Wissenschaft im Mittelalter unter dem Dogma der Kirche. Nun seien eben diese Fesseln abgestreift und die Pathologie sei in der glücklichen Lage an andere Naturwissenschaften abgeben zu können und mit Männern auszuhelfen, die zu den größten</p>	
--	--	--	--	--

			Autoritäten gezählt werden. Er ging weiter auf die Fortschritte in der Erkennung von Krankheiten ein und die sich immer mehr erweiternde <b>dogmenfreie Forschung</b> . Die einzelnen Zweige der Naturforschung hätten sich nur durch diese freie Forschung entwickelt und nun werde auch die Pathologie, frei von systematischen und Wesen und Dogma, als Mitkämpfer auf gemeinsamem Boden begrüßt werden.	
54	Mi, 2.10.1867, Nr. 230 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 6, 1. Spalte mittig	Anzeige über ein <b>Handbuch der speziellen Pathologie und Therapie</b> , zweite und verbesserte Auflage, herausgegeben von V.	
55	Sa, 12.10.1867 Nr. 239 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>Versammlung der Vertrauensmänner des 1. Berliner Wahlkreises</b> vom 10. Okt. für die Wahlen zum Hda. Es sollen nur solche Wahlmänner gewählt werden, welche sich verpflichten für <b>Waldeck, Loewe</b> und V zu stimmen, die auf dem Boden der <b>Fortschrittspartei</b> stehen.	
56	Fr, 18.10.1867, Nr. 244 (PDF: 32)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige für einen <b>Spendenaufruf</b> für <b>Freiligrath</b> . Der deutsche Dichter hat sein Amt als Leiter der Londoner Filiale einer Schweizer Bank verloren und sein Lebensunterhalt sei schwierig und unsicher geworden, da er an der Schwelle des Greisenalters stehe und eine große Familie von ihm abhängig sei. Nun sei es Zeit, dass die Nation eintrete und sich ihrer Pflicht erinnere. Berlin wird aufgefordert teilzunehmen an diesem Nationaldank. V ist Mitunterzeichner.	

57	Sa, 19.10.1867, Nr. 245 (PDF: 33)	1. Seite, 2. Spalte	Universität zu Berlin: V gehört als <b>Dekan der medizinischen Fakultät</b> dem <b>Universitätssenats</b> für das Universitätsjahr 1867-68 an.	
58	Di, 22.10.1867, Nr. 247 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vermischtes: Eröffnung des neuen Kursus der <b>Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen des Vereins für Familien- und Volkserziehung</b> . Im Rahmen der einjährigen Ausbildung hält auch V, wie einige andere, besondere Vorträge.	
59	Do, 24.10.1867 Nr. 249 (PDF: 45)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>Versammlung der Urwähler des 3. Landtagswahlbezirks</b> vom 22. Okt.: Hier kommt die Rede auf den Wahlvorstand, welcher bis dato bei etwaigen Neuwahlen die Organisation in die Hand nahm. Dieser habe in einer Zusammenkunft beraten und man sei in der Mehrheit übereingekommen, nur mit zwei Namen, nämlich <b>Schulze-Delitsch</b> und V, ins Rennen zu gehen und die Wahlmänner auf diese beiden zu verpflichten. Die Minorität dagegen wollte die beiden Namen in die erste Reihe stellen, aber weitere Personen aufstellen. Im Namen des Friedrich-Wilhelmstädtischen Bezirksvereins war schon eine Wählerversammlung angedacht, die hätte sich ja nun erledigt, und man würde auch die beiden erstgenannten empfehlen, dazu eventuell noch andere Kandidaten.	
60	So, 27.10.1867, Nr. 252 (PDF: 53)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Aufruf in Form einer Anzeige, dass die Urwähler des 120. Urwahlbezirkes, die die Wahl von <b>Waldeck</b> , V und Dr. <b>Löwe</b> wünschen, sich zur Wahlmännervorwahl	

			am Montagabend, den 28. Okt. im Café Mühle einfinden.	
61	So, 27.10.1867, Nr. 252 (PDF: 57)	4. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Auflistung der Wahlbezirke der Stadt Berlin. V ist im 45. Stadtbezirk, welches der 111. Wahlbezirk ist, <b>stellvertretender Wahlvorstand.</b>	
62	Di, 29.10.1867, Nr. 253 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	V hat der <b>SVV</b> angezeigt, dass er als <b>Dekan der medizinischen Fakultät</b> an der gemeinschaftlichen <b>Deputation zur Vergabung der städtischen Stipendien an Studierende</b> teilnehme. Er erachtet es deshalb als notwendig, seine Mitgliedschaft, die er bisher über den SVV in jener Deputation hatte, niederzulegen, damit ein anderes Mitglied der SVV diesen Platz einnehmen könne.	nichts bei Andree
63	Mi, 30.10.1867, Nr. 254 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Das Schreiben eines Herrn <b>Hoppe</b> ist abgedruckt. Hier wird nur kurz der Antrag gegen die Reichsverfassung von <b>Waldeck</b> , V und <b>Hoverbeck</b> erwähnt.	
64	Do, 31.10.1867, Nr. 255 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 6, 2. Spalte oben	Generalversammlung des <i>Vereins der Berliner Volksküchen</i> vom 29. Okt.: von der Versammlung wird beschlossen, eine Kommission aus drei Mitgliedern zu gründen. Diese soll einen Statutenentwurf ausarbeiten und diesen dann einer außerordentlichen Generalversammlung vorlegen. V gehört zu dieser Kommission.	Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des <i>Vereins der Berliner Volksküchen</i> von 1866. Lina Morgenstern. Berlin 1891; S. 16
65	Fr, 1.11.1867, Nr. 256	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte	Bericht über die <b>Versammlung der Wahlmänner des 1. Berliner Wahlbezirks vom 30. Okt.</b> : Es werden Kandidaten	

	(PDF: 5)	mittig	gewählt für das HdA, unter anderem V. Der Vorstand wird es den Aufgestellten mitteilen und sie bitten, im Wahlkreis zu erscheinen.	
66	Sa, 2.11.1867, Nr. 257 (PDF: 11)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 31. Okt.): V hat seinen <b>Austritt</b> aus der Kommission [ <b>Deputati- on</b> ] für die <b>Verteilung der städtischen Stipendien</b> erklärt und nun ist ein Vertreter gewählt worden.	nichts bei Andree
67	Sa, 2.11.1867, Nr. 257 (PDF: 13)	2. Beilage, S. 7, 2. Spalte mittig	Es werden die Wahlmänner des 3. Wahlbezirks per Anzeige gesucht, die V nicht wählen wollen. Sie werden zu einer Versammlung am 3. Nov. eingeladen.	s. a. 5.11.1867
68	So, 3.11.1867, Nr. 258 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>Versammlung von Wahlmännern des 1. Berliner Wahlbezirks</b> vom 1. Nov.: V ergreift das Wort und dankt für die Einladung. Am liebsten würde er, wie beim Reichstag auch, das Mandat nicht annehmen, da er sehr beschäftigt sei, aber er sei bereit, wenn auch ungerne, wieder ins HdA einzutreten. Seine erste Pflicht habe er gegenüber seinem früheren Wahlkreis Saarbrücken zu erfüllen. In zweiter Linie habe er sich dem 3. Berliner Wahlkreis verpflichtet. Man hatte ihn schon vor den Urwahlen angesprochen. Hier könne er sich also nur in dritter Linie engagieren. Er würde aber von einer Doppelwahl abraten. Er könne hier also nur zusagen, wenn man ihn im 3. Wahlkreis von seiner Zusage entbinden würde.	
69	So, 3.11.1867,	5. Beilage, S. 3,	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> . V ist einer von mehreren Referenten,	

	Nr. 258 (PDF: 25)	1. Spalte unten	die Vorträge im November und Dezember halten. V spricht am 21. Nov. über <b>Nahrung und Genussmittel</b> .	
70	Di, 5.11.1867, Nr. 259 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>Versammlung der Wähler des 3. Wahlbezirks</b> vom 3. Nov., die sich gegen die Wahl von V und <b>Schultze-Delitsch</b> wenden. Man überlegt, welcher der Kandidaten gegen V eine Chance hat.	
71	Mi, 6.11.1867, Nr. 260 (PDF: 37 u. 38)	S. 5, 2. Spalte unten u. S. 6, 1. Spalte mittig	<b>Versammlung der Wähler des 3. Wahlbezirks</b> vom 4. Nov.: Es kommt zur Sprache, dass V auch im 1. Wahlbezirk als Kandidat aufgestellt ist, dieses aber nur annehmen würde, wenn der 3. Wahlbezirk ihn ziehen ließe. Daraufhin seien die Vorstände der Wahlkreise zusammengetreten. Der 3. Wahlbezirk wurde gebeten, auf die Kandidatur Vs zu verzichten. Dies lehnte man ab. Der Vorstand des 1. Wahlbezirks habe daraufhin beschlossen, sich durch eine Deputation an die allgemeine Wählermännerversammlung zu wenden und dieser die Gründe darzulegen, warum sie V freigestellt sehen möchten.  Weiter: V hält eine längere Rede. Er danke der Versammlung und freue sich, seit langer Zeit wieder eine politische Rede halten zu können. Er blicke zurück auf die Zeit vor 20 Jahren, wo die politischen Entwicklungen ihn in diesen Kreis geführt haben. Er war 1848 Mitbürger dieses Wahlkreises. Zunächst habe er sich an den politischen Dingen beteiligt und 1849 wurde er Vor-	

			<p>sitzender. Das trug ihm die Absetzung ein und veranlasste ihn Preußen zu verlassen. Er freue sich über die Treue, die man ihm hier entgegenbringe. Sollte es so kommen, dass er den Wahlkreis vertrete, so könne er auf diese Unterstützung bauen. Er geht ein auf die Vorwürfe, die man ihm und den Anhängern der Partei mache, sie seien schlechte Politiker. Er zitiert aus der Broschüre eines Herrn <b>Parisius</b> die Einführung des Parteiprogramms der <b>Fortschrittspartei</b> vom 9. Juni 1861. Hierin stehe, wie wichtig eine feste Einigung Deutschlands mit starker Zentralgewalt und gemeinsamer deutscher Volksvertretung für die Existenz und Größe Preußens sei. Diesem gegenüber hätte sich damals der <b>Preußische Volksverein</b> positioniert. An der Spitze von dessen Parteiprogramm stand, dass die Einigung Deutschlands nicht durch Gewalt und Nationalitätenschwindel, sondern durch eine freie Einigung der Fürsten und Völker und durch Festhalten an Ordnung und Recht erfolge. V geht davon aus, dass mit der Nebeneinanderstellung dieser beiden Darstellungen zu sehen sei, wer die bessere Voraussicht hatte und wo die Verblendung lag. Im neusten Programm der Konservativen habe sich der <b>Nationalitätenschwindel</b> zu einer bedauerlichen Höhe entwickelt, die Programme lauten so freisinnig, dass man sie unter Umständen unterschreiben könnte.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Allerdings seien diese Wandlungen nicht freiwillig geschehen, sondern durch den Druck des <b>Feudalismus</b>, der den Schwanz der Gewalt bilde. Dem anderen Vorwurf der Verbitterung und negativen Orientierung begegnet er mit einem Rückblick auf die vergangenen Jahre. Er spricht über das liberale Ministerium und die Entstehung des Konflikts. Er betont dabei, dass er zum wiederholten Male im HdA hervorgehoben habe, dass bei einer bestimmten, erkennbaren Politik der Regierung eine Bewilligung von Geld und Mannschaften geschehen müsse. Diese dürfe aber nicht für alle Zukunft geschehen, sondern nur für bestimmte Ziele. Der Gedanke, dass die Geschicke der Völker durch diese selbst geordnet werden sollen, liegt so nah, dass es nicht nötig sei, die ganze Welt unter Waffen zu setzen. Die Frage des <b>Budgetrechts</b> werde größtenteils <b>durch den Militäretat bestimmt</b> und in diesem Recht liege die konstitutionelle Macht der Landesvertretung. Die Kammer von 1850 habe für alle nachfolgenden Etatgesetze die Basis gegeben. Die gleiche Aufgabe fällt nach der Vergrößerung des Staates dem Landtage zu. Deshalb sei es nicht gleichgültig von welcher Seite der liberalen Partei die Vertreter kommen. Die richtige Wahl zu treffen sei da wichtig. Je länger das Verfassungsleben gehe, desto mehr vereinfachen sich die Fragen. Die Kandidaten haben darüber zu</p>	
--	--	--	---	--



			sprechen und das Volk wisse genau, was es von denjenigen zu erwarten habe. Das <b>allgemeine Wahlrecht</b> sei weder konservativ noch revolutionär, es sei fortschrittlich und es sei Aufgabe der Wähler in den großen Städten, dem übrigen Land voran zu gehen. In einer abschließenden, privaten Bemerkung weist V auf seine Verpflichtungen in seinem alten Wahlkreis Saarbrücken hin.	
72	Fr, 8.11.1867, Nr. 262 (PDF: 46)	S. 7, 2. Spalte unten	Resultate der gestrigen Berliner Wahlen: im <b>3. Wahlbezirk</b> wurde V im zweiten Wahlgang mit 408 von 510 Stimmen.	
73	Fr, 8.11.1867, Nr. 262 (PDF: 49)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Nov.): Es geht um die <b>Pflasterungspflicht der Anlieger</b> bei Anlegung neuer Straßen. Es bestehen unterschiedliche Meinungen, ob die Versammlung in ihrer Zusammensetzung überhaupt einen Beschluss treffen kann, da die meisten persönlich betroffen sind. V ist der Meinung, dass daher eigentlich keiner der Abgeordneten mitstimmen könnte, wenn es um <b>Erhöhung der Haus- und Mietsteuer</b> ginge.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
74	Di, 12.11.1867, Nr. 265 (PDF: 54)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Ergebnisse der Wahlen zum HdA: V ist im <b>3. Wahlbezirk</b> gewählt.	
75	Mi, 13.11.1867, Nr. 266 (PDF:56)	S. 7, 1. Spalte unten	Vermischtes: Hinweis auf eine Reihe von Vorträgen im <b>Berliner Handwerkerverein</b> , die immer donnerstags stattfinden. V hält am 21. Nov. einen Vortrag zum The-	s. a. 14.11.1867

			ma <b>Nahrung und Genussmittel.</b>	
76	Do, 14.11.1867, Nr. 267 Kein Scan	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : veranstaltet werden mehrere Vorträge, V hält am 21. Nov. einen Vortrag.	s. a. 1.12.1867
77	Fr, 15.11.1867, Nr. 268 (PDF: 61)	S. 7, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Nov.): Thema ist die lebenslängliche <b>Anstellung der Bauinspektoren</b> . V bekämpft sowohl aus rechtlichen wie aus Zweckmäßigkeitsgründen die lebenslängliche Anstellung.	nichts bei Andree
78	Do, 21.11.1867, Nr. 273 (PDF: 74)	S. 6, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 20. Nov.): Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden 324 Stimmen abgegeben, eine Stimme entfällt auf V.	nichts bei Andree
79	Fr, 22.11.1867, Nr. 274 (PDF: 79 u. 81)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Nov.): V hat der Versammlung eine von <b>Dr. Gruven</b> verfasste Schrift zum Thema „Kanalisation oder Abfuhr“ überreicht. Weiter: Die vom Magistrat beantragte <b>Beihilfe zur Unterhaltung der Baugewerkschule</b> wurde abgelehnt. V und andere plädieren dafür, dass die Versammlung ihren gefassten Beschluss aufhebe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
80	So, 24.11.1867, Nr. 276 (PDF: 86)	S. 6, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 23. Nov.): Thema ist die <b>Vorberatung des Etats</b> . V kann sich dem Vorredner nur anschließen, wenn die Sache noch einer Kommission zur Beratung gegeben wird. Die vorliegenden Zahlen seien so unübersichtlich, dass es einer genauen Ermittlung bedarf. Wird die Angelegenheit nicht an eine Kommission weitergegeben, so sei es fraglich, ob die Re-	vgl. Andree, Band 32, S. 56-58

			gierung die gewünschten Erklärungen liefere, da es bei der Beratung zu Fragen kommen könne, auf die man in diesem Hause nicht eingehen wolle.	
81	Fr, 29.11.1867, Nr. 280 (PDF: 100)	S. 5, 2. Spalte mittig	Preußischer Landtag: kurzer Hinweis darauf, dass die <b>Fortschrittspartei</b> am Sonnabend ihren geschäftsleitenden <b>Vorstand</b> gewählt hat. V gehört dazu.	
82	Sa, 30.11.1867, Nr. 281 (PDF:107)	S. 6, 1. Spalte unten u. S. 6, 2. Spalte mittig	Tagung der <b>Budgetkommission</b> : Thema sind die zu zahlenden Abfindungen an Hofbeamte und Hofdienerschaft und die Versorgung der enteigneten Fürsten. Über die Möglichkeit, die Verbindlichkeiten aus Anleihen zu tilgen, gehen die Meinungen auseinander. V spricht sich dagegen aus. Weiter: V ist Teil der <b>Kommission zur Vorbera- tung des Krondotationsgesetzes</b> .	
83	So, 1.12.1867, Nr. 282 (separater Scan)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte unten f.	Vermischtes: Bericht über den Vortrag, den V im <b>Berliner Handwerkerverein</b> gehalten hat zum Thema <b>Nahrung und Genussmittel</b> . Allerdings fand dieser Vortrag, nicht wie ursprünglich avisiert am 21. sondern am 28. Nov statt. V legte die verschiedenen Ansichten über die notwendigen Dinge zur Ernährung des Menschen dar. Aufgrund der gegebenen Anatomie der Zähne und des Mundes sei die Meinung verbreitet, dass der Mensch sich nur auf pflanzlicher Basis ernähren dürfe. Dies sei ein interessanter Aspekt, da die sich so ernährenden Völker in ihrem Bildungsniveau und in ihrem Umgang deutlich von	<i>Über Nahrungs- und Genussmittel.</i> SGWV II, 48

			<p>anderen unterschieden. Knochen und Drüsen des Menschen bestünden allerdings teilweise aus Stickstoff, so dass die Fleischnahrung für diese Teile notwendig sei. Den enthaltenen Kohlenstoff wiederum könnten die Pflanzen sehr wohl liefern. Nach dem Chemiker <b>Liebig</b> bedarf der tierische und der menschliche Körper sowohl Nahrungs- wie Heizstoff. Den Nahrungstoff liefere ihm das Fleisch, den Heiz- oder Verbrennungstoff die Pflanze. Doch lasse sich auch hier beides nicht streng voneinander trennen, da derselbe Stoff sowohl Nahrungs- als auch Heizstoff sein könne. Auch Mineralien brauche der Organismus. Dazu stelle sich die Frage, ob Salz als Nahrungsmittel oder als Genussmittel anzusehen sei. Eine neue wissenschaftliche Abhandlung rechne es zu den letzteren, da der Mensch ohne Salz ganz gut bestehen könne, wie behauptet werde. Die Erfahrung müsse die Richtigkeit dieser Behauptung erst beweisen. Die Genussmittel sind von den Nahrungsmitteln streng zu trennen. Sie seien teils reizend und erregend, teils beruhigend oder kühlend. Tee, Kaffee, Wein, Bier, auch Bouillon seien zu den Reizmitteln zu rechnen, sie erhielten erst Nährstoff durch andere Zutaten.</p>	
84	Di, 3.12.1867, Nr. 283 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (9. Sitzung vom 2. Dez.): Thema ist ein Deklarationsantrag des Abg. <b>Lasker</b>. Er bezieht sich auf Art. 84 der Verfassung, welcher besagt, dass kein Mitglied des</p>	vgl. Andree, Band 32, S .63-68

			<p>Landtages wegen seiner Äußerungen oder Abstimmungen in Ausübung seiner Abgeordnetentätigkeit disziplinarisch verfolgt oder außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden kann. [<b>Indemnität</b>] V verwahrt sich gegen die Unterstellung eines Abgeordneten, dass er daran interessiert wäre den Konflikt aufrechtzuerhalten. Die Freunde des Laskerschen Antrags, die auf Zustimmung hoffen, würden in V und seinen Mitstreitern keine geeigneten Bundesgenossen finden, denn die Regierung würde nicht nur deshalb zustimmen, weil sie zustimmten. Die Annahme würde sogar eher leichter erfolgen, wenn sie als die Bösen nicht zustimmen würden. Es sei optimistisch, zu glauben, dass der Antrag breitwillig angenommen würde. Es werde nur etwas zu erreichen sein, wenn man sich Beschränkungen auferlegen lasse. Von der Erlangung der geforderten <b>Redefreiheit</b> habe <b>Bismarck</b> kein Wort gesagt. Man glaube mit dem Laskerschen Antrag einen Kompromiss formuliert zu haben. V hält aber eine Adresse an den König für sinnvoller. In seinen Augen ist die Würde des Hauses gefährdet, solange keine Redefreiheit besteht. Ergänzt werde es durch die Aufrechterhaltung der Würde der Person. Er hält diesen Weg für den einzigen, der geeignet sei, das Recht wiederzugewinnen. Die Regierung dürfe in der Sache keine gerichtliche Aus-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>einandersetzung anstreben. Wenn man die in England herrschenden Bestimmungen auf die hiesigen Verhältnisse übertragen wolle, so müsse man dafür sorgen, dass jeder Redner, auch der Minister, sich dem Präsidium des Hauses unterordne. V erwähnt eine Äußerung Bismarcks, in welcher dieser sich rühme, ein besonders fein ausgebildetes Gefühl für die Gleichheit vor dem Gesetz zu haben. Dieses ließe sich schwer mit der Erklärung vereinbaren, dass die Macht des Präsidenten ihre Grenze habe. Während man das verfassungsmäßig erforderliche Gesetz der <b>Ministerverantwortlichkeit</b> nicht verwirkliche, versuche man eine durch die Verfassung ausgeschlossene Verantwortlichkeit der Abgeordneten geltend zu machen. Ein solches Verfahren bewiese in Vs Augen keine Achtung vor dem bestehenden Gesetz und führe zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit. Wenn nun Bismarck doch sein feines Rechtsgefühl für sich beanspruchen wolle, so überlasse V die Erklärung den Abgeordneten der neuen Provinzen.</p>	
85	<p>Mi, 4.12.1867, Nr. 284 (PDF: 11)</p>	<p>1. Beilage, S. 7, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (10. Sitzung vom 3. Dez.): Es liegt ein Antrag Vs vor. Inhalt ist, dafür Sorge zu tragen, dass die geltende Strafgesetzgebung zur <b>Beseitigung des öffentlichen Spieles</b> in den neuerworbenen Provinzen alsbald zur Anwendung komme. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 71</p>

86	Do, 5.12.1867, Nr. 285 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 2, 1 Spalte unten	Anzeige der <b>Fortschrittspartei</b> : angekündigt wird die <b>Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> am 6. Dez. Zum Thema innere Politik und soziale Fragen ist auch V als Referent gelistet.	s. a. 10.12.1867
87	So, 8.12.1867, Nr. 288 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 7. Dez.): Thema ist der <b>Etat der Generalordenskommission</b> . Im Rahmen des Krieges kam es zu einer deutlichen Erhöhung der Anzahl von Ordensverleihungen. V findet es normal, dass aufgrund der erhöhten Tätigkeit Hilfskräfte herangezogen wurden, sieht aber zukünftig für eine solche Maßnahme keine Grundlage, da eher eine Verminderung der Geschäfte zu erwarten ist. Drei neu geplante Stellen erachtet er als überflüssig.	vgl. Andree, Band 32, S. 76-77
88	Di, 10.12.1867, Nr. 289 (PDF: 36 u. 38 u. 39)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben u. 1. Beilage S. 3, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (13. Sitzung vom 9. Dez.): V geht darauf ein, dass sich der Etat des Auswärtigen als eine wachsende Quelle von Ausgaben entwickle. Die Diplomaten <b>Hannovers</b> und <b>Kurhessens</b> , unter denen erbitterte Feinde Preußens seien, würden sehr viel Geld kosten. Er fragt, warum nur das preußische Volk für die <b>Bezahlung der Diplomatie</b> arbeitet. Er schlägt vor, die Belastungen auf breitere Schultern zu legen. Ihm schein, dass man das Ausland nicht zur Anerkennung des norddeutschen Bundes zwingen könne. Ferner schein, dass das Budget des Bundes so schmal, dass es die Kosten der Diplomatie nicht übernehmen könne. Sollte letzteres der Fall sein, so wünsche er	vgl. Andree, Band 32, S. 77-86

			<p>sich eine <b>verkürzte Lebensdauer des norddeutschen Bundes</b>, dieses wäre ja auch durch Erweiterung möglich. Die Hoffnung, dass man mit der neuen Gestaltung der Verhältnisse geringere Anforderungen an das preußische Volk habe, sei nicht in Erfüllung gegangen. Diese Art, sich aber nur auf den Weg des Kommerzes zu begeben und die höheren Ziele immer erst mit finanziellen Mittel weiterbringe, könne auf Dauer nicht anerkannt werden. Schon jetzt müssen die alten Provinzen zu den Ausgaben der neuen einen erheblichen Beitrag leisten. Gehe es so weiter, dann werde die Hoffnung, mit denen das Volk in die neuen Verhältnisse gegangen sei, verloren. Vorübergehend könne man dem Volk Opfer zumuten, aber bei dauernden Ausgaben muss Billigkeit und Gerechtigkeit entscheiden. Und man rede hier über dauernde Ausgaben.</p> <p>Weiter:</p> <p>V geht darauf ein, dass er bei seinen Bemerkungen, die er über frühere hannoversche Gesandte gemacht habe, vollständig auf dem Boden amtlicher Quellen gestanden hätte. Dies gab ihm den Mut die Dinge genauso anzusprechen, wie er es getan habe. Wenn nun der Ministerpräsident meine, er hätte aus trüben Quellen geschöpft, so überlasse er dies der Beurteilung des Hauses. Denn schließlich seien es Mitteilungen des Etats aus Band 3 der Anlagen. Hier sei</p>	
--	--	--	---	--



			<p>Wartegeld für vormals 7 hannoversche Gesandte vermerkt; das Finanzministerium wurde um ein Namensverzeichnis dieser Pensionäre gebeten. Dies war eben nun diese amtliche Quelle, die der Ministerpräsident eine trübe nannte. Er nimmt weiter Stellung zu einem Wortbeitrag vom Abg. <b>v. Benningsen</b>. Nicht V habe den Gegensatz zwischen alten und neuen Provinzen konstatiert, sondern die Staatsregierung selbst hat diese Betrachtungen angestellt. Er weist darauf hin, dass es den neu eingetretenen Kollegen vielleicht gleichgültig sei, ob die alten Provinzen zukünftig mehr oder weniger zahlen müssten. Im HdA würde schon lange für eine Steuerreform gekämpft, bis jetzt aber ohne Ergebnis. Es wäre aber eine Pflicht, jetzt, wo die Einnahmen die Ausgaben überwiegen würden, erneut für eine Steuerreform zu kämpfen. Er glaubt, dass dies im Interesse aller Provinzen sei. Wichtig sei es also, die Regierung zu überzeugen. Die Hoffnungen des Ministeriums, dass mit Erweiterung des Staates Entlastungen für die alten Provinzen kommen würden, haben sich nicht erfüllt, sondern es sei eher zu einer stärkeren Belastung der alten Provinzen gekommen. Dieses festzustellen sei in seinen Augen die <b>Pflicht eines Volksvertreters</b>, der offen darlegen soll, was er erkannt habe, damit es auch die anderen erkennen, die es schon von selbst hätten sehen sollen.</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Weiter:</p> <p>V nimmt noch mal kurz Stellung zu seiner vermeintlich trüben Quelle. Er habe sich mit seiner Anfrage an den zuständigen Regierungskommissar gewandt, der ihm von der Staatsregierung genannt worden war. Er hätte keinen Grund gehabt, dem Herrn zu misstrauen und hielt sich nicht für berechtigt, sich über diesen Kommissar hinweg an das auswärtige Ministerium zu wenden.</p>	
89	Di, 10.12.1867, Nr. 289 (PDF: 41)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Vermischtes: Ankündigung eines Vortrages, den V im <b>Friedrichstädter Bezirksverein</b> am 12. Dez. halten wird. Thema ist die <b>Finanzlage der Stadt Berlin</b> .	s. a. 14.12.1867
90	Di, 10.12.1867, Nr. 289 (PDF: 42)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Vermischtes: <b>Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> vom 6. Dez. Es kommen mehrere Resolutionen zur Anhörung. Die erste dreht sich um die häufigen Störungen der Arbeit in allen Zweigen der Industrie. Ursache ist die <b>Angst vor Krieg</b> , welche ihren Ausdruck findet im <b>bewaffneten Frieden</b> , der die besten Kräfte des Volkes binde. Erhaltung und Sicherung des Friedens seien das größte Volkinteresse und die Sicherstellung kann nur dadurch erfolgen, dass die Freiheit der Völker und der Einfluss, den sie verfassungsmäßig auf die Leitung ihrer Staatsangelegenheiten haben sollen, Wahrheit wird. V geht ein auf den Zustand des bewaffneten Friedens. Für ihn ist es nicht anderes als die Kriegsverfas-	

			<p>sung, die sich durch ganz Europa ziehe. Früher betraf es einzelne Staaten, nun treffe es die Gesamtheit der Nationen. Die Gestaltung der momentanen Situation habe ihren Mittelpunkt in der Wehrverfassung. Die norddeutsche Verfassung wäre nicht so wie sie ist, wenn nicht die erste Sorge der <b>Kriegsverfassung</b> gegolten hätte. Damit habe man der preußischen Verfassung die Rechte entzogen. Viele Sorgen würden nicht existieren, wenn die Kriegsverfassung nicht wäre. Nun drücke nicht so sehr der Krieg als die Kriegsbereitschaft. Die Partei müsse überlegen, welche Stellung sie in dieser Frage einnehmen möchte, besonders in Beziehung auf das Volkswohl. Wenn die Lasten nicht auf Dauer ertragen werden können oder ungerecht verteilt seien, so werde es Aufgabe der Partei sein, nach ihrer Beseitigung zu streben. Seit der Gründung habe die Partei das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht als demokratisch anerkannt. Die Überzeugung war immer, dass die alte Wehrverfassung in einem gewissen Punkt nicht so zur Ausführung gekommen sei, wie es am gerechtesten gewesen sei. Man habe nicht alle brauchbaren Männer eingezogen; dieser Meinung war auch der Kriegsminister. Als Partei gestand man zu, dass das Gesetz nach dieser Richtung ausgedehnt werden müsse. Wenn man aber jeden brauchbaren Mann zum Waffendienst verpflichten wolle, so müsse</p>	
--	--	--	---	--

			<p>man, um die Lasten zu verkleinern, die Dienstzeit verkürzen. In der Resolution stehe, dass der bewaffnete Friede die besten Kräfte des Volkes verzehre und dies bedeute nicht Geld sondern Arbeitskraft. Man käme von Produzenten zu Konsumenten und erreiche eine Grenze, wo die Finanzen nicht mehr ausreichend seien. Kleine Staaten stünden schon am Rande ihrer Existenz. In Weimar werde es wohl künftig nicht mehr möglich, die Universität in Jena zu erhalten. Das kümmerliche Gleichgewicht des Staatshaushaltes dürfte sich auf Dauer kaum halten lassen, wenn Preußen weiter arbeiten soll, denn „zahlen“ heiße immer „arbeiten“. Über Preußen würde gesagt, es stünde auf der <b>Wacht am Rhein</b> und dies sei eine hohe Ehre. Es gebe aber noch eine höhere <b>Ehre</b>, nämlich die, <b>in der Bildung an der Spitze der Völker zu stehen</b>. Auch Bildung koste Geld und beim Wachestehen könne man keine Bildung erwerben. Dann käme man letztendlich dahin, wie ein Jäger- und Kriegervolk zu leben, und dass Frauen arbeiten müssten. Dies sei nicht nur erheitend, sondern auch ernst, da Arbeit sich auf immer kleinere Kreise reduziere, wenn Europa unter Waffen stünde.</p>	
91	Mi, 11.12.1867, Nr. 290 (PDF: 48)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Tagung der <b>Budgetkommission</b> : Thema ist die <b>Entschädigung enteigneter Fürsten</b> . V macht nur kurz darauf aufmerksam, dass nach dem Gesetz auch <b>König Georg</b>	

			einen Anspruch auf <b>Braunschweig</b> habe. Bei der späteren Abstimmung ist V nicht mehr anwesend.	
92	Do, 12.12.1867, Nr. 291 (PDF: 52-53)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 11. Dez.): Thema ist die <b>Übertragung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont an Preußen</b> . V verwahrt sich gegen den Vorwurf der Nörgelei und des <b>Partikularismus</b> , dieser sei nicht zutreffend. Für ihn handle es sich eher um die Frage, ob man der Regierung die Zustimmung geben könne, dass die fernere Entwicklung der deutschen Angelegenheiten in neue Bahnen geleitet werde und damit Lasten für das preußische Volk entstünden, von dem nicht alle Teile in der Lage seien, diese Last auch zu tragen. Nun müsse man sich fragen, wie so ein Ungleichgewicht zustande käme. Es liege nicht an geringeren Hilfsquellen, sondern daran, dass das Verhältnis der Fürsten zum Lande gelöst werden solle. Es ginge darum, die deutschen Fürsten zu entschädigen durch Lasten, die der preußische Etat aufbringen soll. Da höre der Patriotismus auf, da fange der berechtigte Partikularismus an. Sich da allein auf die norddeutsche Bundesverfassung zu berufen, wie Herr <b>Braun</b> meine, hält V nicht für richtig. Die Grundlage sei immer noch die preußische Verfassung. Er sehe keine Veranlassung, dem Fürsten von Waldeck eine Summe zuzusprechen, die vielleicht auch noch weiter steige. Er möge sich mit seinen Ständen	vgl. Andree, Band 32, S. 86-87

			auseinandersetzen und vereinbaren, wie er zu seinem Geld komme. V stimme deshalb gegen den Antrag. Er führe zur Beschleunigung des Untergangs der <b>Kleinstaaterei</b> , in unberechtigter Weise zu Ungunsten des preußischen Volkes.	
93	Fr, 13.12.1867, Nr. 292 (PDF: 56 u. 57 u. 59)	S. 6, 2. Spalte mittig u. S. 7, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (15. Sitzung vom 12. Dez.): Thema ist die <b>Erhöhung der Krondotation</b> . V ist einer derjenigen, der gegen den Antrag stimmt. Weiter: Im Weiteren wird über den Staatshaushalt beraten, unter anderem auch über eine <b>Gehaltserhöhung für die Beamten der höchsten Kategorie</b> . V ist gegen die Bewilligung dieser Summe und plädiert stattdessen dafür, dass es zu Verbesserungen bei niederen Beamten in den Lokalbehörden komme. Er hält es für ausgesprochen dringlich, diese finanziell besser zu stellen, da hier die Not am größten sei. Zumal mit den neuen Provinzen auch neue Beamte hinzukommen werden. Die höheren Beamten treffe die Not lange nicht so hart, aber es sei nicht nur die Rücksicht auf die Notlage, sondern V möchte den Präsidenten des Oberkirchenrats und die Mitglieder des geheimen Rates gänzlich ausnehmen von einer Gehaltserhöhung. Diese sollten erst gar nicht zu Lasten des Staates gehen. Weiter: Für V liegt die Frage nicht darin, welche Beamtenklasse das größte Bedürfnis nach	vgl. Andree, Band 32, S. 88-98

			einer Gehaltserhöhung habe, sondern welche <b>Bedürfnisbefriedigung im Staatsinteresse</b> liege. Der Finanzminister sei der Meinung, dass höhere Beamte die Gelder zu Repräsentationszwecken dringend bräuchten. V hält dagegen, dass die Herren auch ohne Bälle und spezielle Essenseinladungen zurechtkämen. Andere Beamtenkategorien bräuchten das Geld, um ihre Kinder zu erziehen und Kleidung zu beschaffen, ansonsten wären hier Schulden die einzige Möglichkeit. Darunter leide aber das Amt, also auch das Staatsinteresse.	
94	Sa, 14.12.1867, Nr. 293 (PDF: 62)	S. 6, 2. Spalte mittig	Preußischer Landtag: Von V liegen mehrere Anträge vor. Verschiedene Zahlungen für die Stadt <b>Frankfurt</b> sollen eingestellt werden. Es solle eine Aufforderung an die Staatsregierung ergehen, den Vertrag mit dem <b>Kurfürsten von Hessen</b> dem Hause vorzulegen.	vgl. Andree, Band 32, S. 98-99
95	Sa, 14.12.1867, Nr. 293 (PDF: 64)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vermischtes: Bericht über einen Vortrag im <b>Friedrichsstädtischen Bezirksvereins</b> vom 12. Dez. V hält einen ca. zweistündigen Vortrag über die <b>Finanzverhältnisse der Stadt Berlin</b> . Man dürfe dabei nicht auf die einzelnen Summen schauen, sondern nur auf das grundsätzliche Prinzip. Im Moment behelfe man sich mit Provisorien, letztendlich sei aber nur eine Steuerreform sinnvoll. Die Bestimmung der eigentlichen Schuldenlast sei allerdings schwierig, da die jeweiligen Summen unterschiedlich zugeordnet würden. Dies erkläre auch die	s. a. 18.12.1867

			<p>unterschiedliche Einschätzung der Situation von verschiedenen Seiten. Probleme bei der Einschätzung mache auch die Unwägbarkeit der Einnahmen. Weiter unterscheidet sich die Staatsverwaltung von der Stadtverwaltung grundsätzlich in den Etatverhältnissen. Im Staatsetat versuche man Ausgaben und Einnahmen in einem Etat zusammenzufassen. In der SVV werden aber die Etats der einzelnen Verwaltungen einzeln zur Beschlussnahme vorgelegt und dann erst zusammengestellt. Bei dieser Praxis könne kein Stadtverordneter ermes- sen, welche von den geforderten Ausgaben die notwendigere sei und danach sein Vo- tum richten. Hinzu käme die Flut an un- nützen Dingen über die abgestimmt wer- den müsse. Dabei müsse man dringend ge- trennte Etatberatungen etablieren. Ab- schließend kommt V auf die <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b>, die Haussteuer und die Mietssteuer zu sprechen. Einzig die <b>Miets- steuer</b> gewähre eine sichere Basis. Aller- dings müsse man hierbei die ärmeren Schichten bei der Verteilung der Steuer besser berücksichtigen.</p>	
96	So, 15.12.1867, Nr. 294 (PDF: 69 u. 70)	S. 6, 2. Spalte mittig u. S. 7, 1. Spalte, mittig u. un-	<p><b>HdA</b> (16. Sitzung vom 14. Dez.): Es liegt ein Antrag Vs vor, den <b>Zuschuss zur Witwen- und Waisenkasse in Frankfurt</b> nur provisorisch zu bewilligen bis zur de- finitiven Auseinandersetzung mit den städ- tischen Finanzverhältnissen und dem Staatsvermögen. Kurze Wortmeldung Vs,</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 99-107



		ten	<p>dass in der Summe auch die Anteile Lauenburgs und Oldenburgs enthalten seien. Die weitere Entscheidung wird vertagt. Weiter beantragt V dem <b>Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein</b> die Rente so lange nicht zu bewilligen bis der abgeschlossene Vertrag die Zustimmung der Landesvertretung habe. Nach zwei Einwürfen anderer Abgeordneter doch die Summe zu bewilligen, ergreift V erneut das Wort. Es sei auf die Berechtigung der Regierung hingewiesen worden, Verträge durch königliche Verordnung zum Abschluss zu bringen. Diese Berechtigung zweifle er nicht an, aber zur Gültigkeit bedarf es der gesetzlichen Form. Die muss in der Gesetzessammlung veröffentlicht werden, dies sei nicht geschehen. Der Konflikt könne nur beseitigt werden, wenn die Regierung die gewünschte Vorlage mache. Man müsse die Bewilligung allein schon deshalb an diese Bedingung knüpfen, da wohl noch andere dieser Fälle zu entscheiden seien. Nach Abstimmung wird Vs Antrag angenommen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Zum Thema Verzinsung und Tilgung der Schulden der Stadt Frankfurt liegt ein Antrag Vs vor, der die Rückerstattung des Kontributions-Anlehens vorbehält. Es sei sinnvoll, die Rückerstattung an Frankfurt aus dem Staatsschatz erfolgen zu lassen, wohin die <b>Kontribution</b> geflossen sei.</p>	
--	--	-----	--	--

			<p>Sein Antrag wird angenommen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nächstes Thema sind die <b>Wartegelder</b>. V klärt erneut über seine früher erwähnte “trübe Quelle“ auf. Es sei korrekt, dass <b>Graf Platen</b> auf Wartegeld stünde. Ferner stellt er dem Regierungskommissar die Frage, ob die höheren Pensionen der hannoverschen Beamten aufgrund der hannoverschen Gesetzgebung ausgesetzt oder auf dem Gnadenwege festgesetzt seien. Weiter sollen Beamte des Berg- und Hüttenwesens nicht ohne weiteres auf Wartegeld gesetzt werden. Dies käme vor, wenn die Regierung Besitzungen verkaufe und Beamte frei würden. Ein solches Verfahren würde bewirken, dass gerade die tüchtigen Beamten in die Privatindustrie getrieben werden. Wenn der Staat Industrie betreiben wolle müsse er in Bezug auf die Verwaltung den Grundsätzen der Privatindustrie folgen.</p>	
97	Mi, 18.12.1867, Nr. 296 (PDF: 83)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Im Rahmen eines Artikels über die Finanzlage der Stadt Berlin wird auf die fehlerhafte Geschäftsordnung bei der Behandlung des städtischen Finanzetats und der Bewilligung von Geldausgaben hingewiesen und erwähnt, dass V jüngst dazu einen Vortrag gehalten habe. Gemeint ist damit wahrscheinlich der Vortrag im <b>Friedrichsstädtischen Bezirksvereins</b> vom 12. Dez. V hat dort über die Finanzverhältnisse der Stadt Berlin gesprochen.</p>	
98	Mi,	1. Beilage,	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 17. Dez.): Im	vgl. Andree,

	18.12.1867, Nr. 296 (PDF: 87 u. 88 u. 89)	S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Rahmen des Themas <b>Besoldungsverbesserungen</b> kommt erneut ein Antrag Vs zur Sprache, die gestrichenen Gehaltserhöhungen für Minister, Oberpräsidenten usw. für andere Besoldungsverbesserungen zu verwenden. Weiter: Es geht um das Budget für die <b>Erweiterung der Geschäftsräume des Finanzministeriums</b> . V wirft ein, dass das Projekt geändert worden sei und zur Genehmigung erst der Bauplan vorliegen müsse. Ihm scheint die Sache nicht sehr dringlich. Weiter Es liegt ein Antrag Vs vor, die Verträge der Staatsregierung mit dem <b>Kurfürsten von Hessen</b> und dem <b>Herzog von Coburg-Gotha</b> wegen des <b>Schmalfalder Waldes</b> an die <b>Budgetkommission</b> zu geben.	Band 32, S. 107-109
99	Do, 19.12.1867, Nr. 297 (PDF: 92)	S. 3, 1. Spalte, unten	<b>HdA</b> (19. Sitzung vom 18. Dez.): Es wird ein Antrag Vs erwähnt, bei dem es um die Überweisung des <b>Dotations- und Schenkungsvertrages</b> zwischen der preußischen Regierung und dem <b>Kurfürsten von Hessen</b> an die <b>Budgetkommission</b> geht.	vgl. Andree, Band 32, S. 110-111
100	Sa, 21.12.1867, Nr. 299 (PDF: 103)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 20. Dez.): V ist der Meinung, wenn die Regierung auf Dauer daran festhalte, die Landesvertretung erst Anfang November einzuberufen, so werde es schwierig sein, die Bestimmung der Verfassung über das <b>Etatgesetz</b> aufrecht zu erhalten. Es gebe die Möglichkeit, dass	vgl. Andree, Band 32, S. 109-110

			<p>der Reichstag im Herbst zusammentrete und das Budget für das übernächste Jahr beriete. Dann könne das HdA im Frühjahr mit den Beratungen beginnen und hätte Zeit bis zum Jahresende.</p>	
101	<p>So, 22.12.1867, Nr. 300 (PDF: 110 u. 111)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (22. Sitzung vom 21. Dez.): Thema ist die auf mehreren neu erworbene Landesteilen lastende <b>Verschuldung</b>. Diese sollen als <b>Staatsschulden</b> übernommen werden. V wendet sich nicht prinzipiell dagegen, möchte aber, dass der gleiche Maßstab von Gerechtigkeit angelegt werde, wie er ihn schon bei anderen Gelegenheiten gefordert hätte. Er weist auf die Ungleichbehandlung der alten und neuen Provinzen hin. Hannover würden z.B. alle Schulden abgenommen und noch ein Sonderfond eingerichtet. Alte Provinzen hingegen müssten noch alte Lasten aus dem Krieg bewältigen, die sie auch im Namen des Staates übernommen hätten.</p> <p>Weiter:</p> <p>Erneute Wortmeldung Vs zum gleichen Thema. Ihm sei es sehr ernst, seinen Gesichtspunkt deutlich zu machen. Es sei in diesem Falle vielleicht nicht möglich, <b>absolute Gerechtigkeit</b> zu schaffen, doch auch <b>relative Gerechtigkeit</b> ist anzunehmen, wenn es nicht anders gehe. Er hält die Zurücksetzung der alten Provinzen gegenüber den neuen für eine große Ungerechtigkeit. Er erwähnt den Finanzminister, der es für unerhört hält, die Schulden eines</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 111-117</p>

			<p>einverleibten Staates nicht zu übernehmen. V weist aber darauf hin, dass es im Falle des Königreiches Westfalen nicht so gelaufen sei.</p>	
102	<p>Di, 24.12.1867, Nr. 301 (PDF: 114)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>Preußischer Landtag: V stimmt, wie einige andere, gegen ein Amendement, welches sich um den <b>hannoverschen Provinzialfonds</b> dreht, dem 11 Mio. Taler bewilligt werden sollen.</p>	
103	<p>So, 29.12.1867, Nr. 304 (PDF: 119)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Dez.): Es geht um die Magistratvorlage betreffend den <b>Bau eines städtischen Krankenhauses</b>. V tritt eindringlich für die Vorlage ein. Die Stadt habe das Legat zum Bau eines Krankenhauses übernommen, also habe sie auch die Verpflichtung zur Ausführung. Das Terrain sei günstig gelegen und die <b>Charité</b> sei mit einem in den letzten Jahren vervierfachen Patientenaufkommen mehr als ausgelastet. Abschließend erklärt er, dass nicht ein Haus, sondern fünf voneinander isoliert liegende Krankenhäuser geplant seien. Er wird zu einem Mitglied der gemischten Deputation ernannt.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>

## Fundstellen 1868

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 3.1.1868, Nr. 2 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Jan.): Es geht um die Vorlage des Magistrates wegen des <b>Baus eines Schlachthauses</b> . V hätte sich gewünscht, dass die prinzipiellen Fragen vorab geklärt worden wären. Die Sache werde mit einer gewissen Animosität behandelt, dies beweisen die anonymen Zeitungsanzeigen. Man mache damit glauben, dass mit dem Bau Steuererhöhungen verbunden seien, was gar nicht der Fall sei. Das Schlachtergewerk sehe durch den Bau seine Existenz bedroht und habe deshalb nichts dagegen, wenn die Angelegenheit wieder an die Deputation zurückgewiesen werde. Ansonsten sei er für den Antrag, das dafür vorgesehene Grundstück wegen des hohen Preises nicht zu kaufen.	nichts bei Andree
2	Mi, 8.1.1868, Nr. 6 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Vermischtes: Bericht über die <b>Volkskindergärten</b> . V ist einer von mehreren Herren, die sich bereit erklärt haben, an mehreren aufeinander folgenden Montagabenden Vorträge zu halten. Der Erlös kommt den Kindergärten zu Gute.	
3	Sa, 11.1.1868, Nr. 9 (PDF: 17)	1. Beilage, S. 7, 1. Spalte oben	Vermischtes: Erneuter Bericht über die Vorträge zu Gunsten der <b>Volkskindergärten</b> . V wird über die <b>Bedeutung des naturwissenschaftlichen Unterrichts</b> sprechen.	s. a. 20.2.1868
4	Mi, 15.1.1868,	S. 7, 2. Spalte	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 14. Jan.): Thema ist der <b>Etat der Lokalpolizeibehörden in</b>	vgl. Andree, Band 32,

	<p>Nr. 12 (PDF: 26 u. 28-29 u. 31)</p>	<p>oben u. 1. Beilage, S. 1-2, 1. Spalte oben f. u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten</p>	<p><b>den Provinzen und in Berlin.</b> V rügt die unklare Stellung mehrerer Einnahmeposten, die nicht der <b>Kontrolle der Oberrechnungskammer</b> unterliegen. Ferner weist er auf die immense Steigerung der Einnahmen aus Polizeiübertretungen um das Sechsfache hin. Er gibt zu bedenken, ob dies nicht mit der mangelnden Organisation der Polizeiverwaltung zusammenhänge. V fragt sich, warum die Regierung einen <b>geheimen Polizeifond</b> braucht, welcher sich der Oberrechnungskammer entzieht. Sobald die Regierung nachweisen könne, dass sie Mittel braucht, wird ihr das Haus diese zur Verfügung stellen. Aber eben nur als Dispositionsfond, über den Rechenschaft abgelegt werden muss, nicht als geheimer Fond. V ist der Meinung, dass es viele unausführbare Polizeiverordnungen gibt. Als Beispiel nennt er den Privatmann, der unter Androhung von Strafe bei Glatteis vor der Haustür streuen muss und bei öffentlichen Gebäuden würde dies unterlassen und auch nicht von der Polizei verfolgt.</p> <p>Weiter: V wird aufgrund großer Unruhe im Plenum mehrfach unterbrochen und kritisiert das Verhalten der störenden Abgeordneten. Er blickt auf die Amtstätigkeit des Innenministers, der bis 1866 hauptsächlich darum bemüht war, bei den Wahlen die Mehrheit für die Regierung zu erringen. Allerdings</p>	<p>S. 117-139</p>
--	--	---	---	-------------------

			<p> seien eher die Umstände des Kriegsjahres Grund für den Umschlag der Wahlen. Mit den neu erworbenen Provinzen konnte der Innenminister seine organisatorische Wirksamkeit entfalten und beweisen, dass er ein Mann der schöpferischen Tätigkeit sei. V gibt auch zu, dass er hier den Innenminister rühmen müsse, dass dieser in seinem Ministerium eine Art parlamentarische Regierung eingeführt habe und junge Kräfte in seine Verwaltung aufnahm. Diese hätten ein schnelles Glück gemacht und er wolle sie dafür nicht kritisieren. Einen Einwurf, V sei nicht bei der Sache, weist er zurück. Hierauf wird er vom Präsidenten gerügt. V nimmt die Kritik an, weist aber darauf hin, dass es ebenfalls nicht parlamentarisch sei, den Redner zu unterbrechen. Er hält es für überflüssig, zu erörtern, ob die Beamten ihrer Aufgabe gewachsen seien oder nicht. Ihm gehe es nur darum, einige Regierungsmaßregeln hervorzuheben, die seit der Annexion in den neuen Provinzen getroffen worden sind. Statt die Selbstverwaltung dort zu fördern, hat der Minister den größten Teil der bestehenden Einrichtungen fortbestehen lassen und in anderen preußischen Institutionen fast mit Gewalt etabliert, die schon lange nicht mehr die Unterstützung des Volkes hatten. Diesen Weg wäre der Minister vielleicht nicht gegangen, wenn die Verwaltungsbeamten nicht so feudal gewesen wären und alles, </p>	
--	--	--	--	--



			<p>was keinen feudalen Anstrich hatte zu ignorieren. Nun aber ist jenes, was den Beifall der Beamten fand, mit in die dortige Provinzialverfassung aufgenommen, was selbst die reaktionärste Regierung nicht getan hätte. Ein solches Verfahren führe dazu, Staatslasten auf Kreise und Gemeinden abzuwälzen. Wenn nun jemand glaube, dies sei gerechtfertigt, so müsse er auch dem Land das Recht der Selbstverwaltung zugestehen. Stattdessen habe alles, was zurzeit zu sehen sei, einen gegensätzlichen Charakter. Für V resultiert aus dem Vorgehen des Ministers Planlosigkeit. Der <b>Notstand in Ostpreußen</b> würde das gesamte Ausmaß der <b>Mängel des Systems</b> zeigen. Damit man ihn aber nicht der Übertreibung beschuldigen kann, zitiert er einen Aufruf, unterschrieben von den höchsten preußischen Verwaltungsbeamten, in welchem die Gründe für den Notstand aufgeführt sind und welche Maßnahmen sowohl die Regierung als auch die Privatwohltätigkeit ergriffen habe. Der Aufruf kommt zu dem Schluss, dass all dies nicht ausreicht, um die Not zu lindern. Nun prangert V an, dass man schon im letzten Frühjahr und Sommer, nach den schlechten Witterungsverhältnissen, dem Minister hätte Bescheid geben müssen. Er erinnert an die frühere Krise in Oberschlesien, wo die Dinge sich ähnlich entwickelt haben. Es habe an Voraussicht gefehlt und</p>	
--	--	--	--	--

		<p>der Vorwurf gehe besonders an die Organe der Regierung in den Landesteilen, weniger an den Minister. V befürchtet, dass die bereits getroffenen Maßnahmen allerdings nicht sofort greifen, sondern erst im nächsten Frühjahr. Der Staat müsse aber augenblicklich helfen. Man müsse einer solchen Not einmal näher gekommen sein, um zu wissen, wie unglaublich die Leiden der davon Betroffenen seien und wie dieses Leid noch Jahre darüber hinaus weiter wirke. Er schlägt vor, dass der Minister selbst in die Krisenregion reise oder zumindest einer seiner Räte. Er vergleicht die Verhältnisse mit einem Kriegszustand, der auch die Anwesenheit eines Generals bedürfe. V ist der Meinung, er hätte vielleicht schon früher das Thema aufgreifen sollen, aber er habe sich gesagt, dass man seinen Rat nicht angenommen hätte. Nun aber, mit dem Aufruf der Herren <b>v. Eichmann</b> und <b>v. Ernsthausen</b>, hätte er einen Grund gehabt. Er habe diese ganze Sache im Rahmen der Etatverhandlungen zur Sprache gebracht, weil die hervorgehobenen Mängel die ganze Organisation betreffen und eine Änderung derselben dringend notwendig sei.</p> <p>Weiter:</p> <p>V wendet sich rechtfertigend gegen die verschiedenen Seiten, von denen er angegriffen worden ist. Er habe nur zur Sache gesprochen. Die bisher geleistete Hilfe sei</p>	
--	--	--	--

			gering. Sei diese Bezeichnung falsch, so träfe es nur die Beamten, die sie vor ihm gebraucht hätten. Sei sie korrekt, so müsse Staatshilfe eintreten. Die rechte Seite des Hauses und die ihre nahe stehenden Presseorgane würden die Darstellung der Situation als übertrieben abtun. Er kritisiert eine Aussage des <b>Generals von Troschke</b> , der die Mitglieder des Komitees in <b>Insterburg</b> mit den Worten begrüßt haben soll, sie sähen doch noch ganz wohlgenährt aus, so schlimm könne es also nicht sein.	
5	Do, 16.1.1868, Nr. 13 (PDF: 35)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (29. Sitzung vom 15. Jan.): Es wird erwähnt, dass V vom Vizepräsidenten einen <b>Ordnungsaufruf</b> erhalten habe, zusätzlich zu dem Hinweis, dass Vs Kommentierung eines von der rechten Seite kommenden Zurufs unparlamentarisch sei.	
6	Do, 16.1.1868, Nr. 13 (PDF: 35)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	Vermischtes: Bericht von der Jahres <b>generalversammlung des Berliner Arbeitervereins</b> vom 13. Jan. Kurzer Hinweis, dass eine Adresse an die Abgeordneten <b>Waldeck, V, v. Hoverbeck</b> und Genossen gegangen ist.	
7	Do, 16.1.1868, Nr. 13 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht aus der <b>Deputation</b> der SVV wegen <b>Deckung des Defizits der Stadt Berlin</b> : V ist der Ansicht, dass die Regierung die Erhöhung der Steuern für ein Vierteljahr nur dann genehmigt, wenn dieses zur Deckung der Schulden ausreicht. Man müsse sich aber fragen, wie es 1869 aussehen wird. Es müsse eine dauernde Hilfe geschaffen werden. Er halte eine <b>Kommu-</b>	

			<b>naleinkommenssteuer</b> für denkbar, die eine regelmäßig fließende Einkommensquelle sei. Wichtig sei eine gute Finanzwirtschaft für unvorhersehbare Ereignisse, wie Epidemien, um dann Geld zur Verfügung zu haben.	
8	Do, 16.1.1868, Nr. 13 (PDF: 40)	2. Beilage, S. 7, 2. Spalte oben	Vermischtes: Bericht über den <b>Verein für Familien- und Volkserziehung</b> . V hat für einen <b>Zyklus von Vorträgen über Physiologie</b> seine Mitwirkung zugesagt.	
9	So, 19.1.1868, Nr. 16 (PDF: 55)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 18. Jan.): Thema sind die <b>Besoldungen der landrätlichen Behörden und Ämter</b> . V hält es für sehr kritisch, die Gehaltszulagen ganz in die Hände des Ministers zu geben und die Verteilung des Geldes von seiner Bevorzugung abhängig zu machen. Gerade bei den zur Aushilfe herangezogene Assessoren könne er es am wenigsten verstehen, weil diese noch die größte Abhängigkeit zur Regierung aufweisen. Weiter geht es um die hannoverschen Ämter. Hier empfiehlt V eine Pauschalsumme. Bei der Annexion Hannovers hatte niemand erwartet, dass die Regierung sich aus eigener Machtvollkommenheit zu einer gesetzgeberischen Reorganisation hinreißen lassen würde. V stellt im Weiteren die Frage an den Innenminister, wie es sich mit den <b>Stellvertretungskosten der Landräte</b> verhielte, die Mitglieder des HdA wären. Seine schriftliche Anfrage wäre nicht beantwortet worden. V bittet um die Erlaubnis, einen Brief	vgl. Andree, Band 32, S. 139-144

			von <b>General von Troschke</b> verlesen zu dürfen, der Bezug nimmt auf eine Äußerung, welche er in der Notstandsfrage getätigt hatte. Er hoffe, die Angelegenheit kläre sich auf.	
10	So, 19.1.1868, Nr. 16 (PDF: 56)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Jan.): Thema ist die <b>Deckung des städtischen Defizits</b>. V macht den Vorschlag, die allgemeine Diskussion erst einmal zurückzustellen und zunächst die Ausgabepositionen durchzugehen und die Einnahmen dagegen zu stellen. Danach sollte man erst wieder in die allgemeine Diskussion einsteigen.</p> <p>Weiter: V spricht sich gegen die <b>Reduzierung der Freistellen in den Schulen</b> aus.</p> <p>Weiter: Thema sind die <b>Überschüsse aus der Erleuchtungskasse</b>. V befürwortet den Antrag, aber nur vorläufig für 1868, um zukünftig eine Herabsetzung der Gaspreise zu ermöglichen. Es würde sich sonst empfehlen, die Gasanstalt als besonderes Institut bestehen zu lassen und dem Magistrat zu überlassen, die Reparaturkosten aus Anleihen oder Hypotheken zu decken.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber dort nur kurzer Hinweis, keine Details
11	Di, 21.1.1868, Nr. 17 (PDF: 58-59)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (32. Sitzung vom 20. Jan.): Thema ist die <b>Polizeiverwaltung</b>. V ist der Meinung, dass die <b>Polizeimannschaft verkleinert</b> werden kann, da die Bewachung des weltlichen Hauses wegfällt. Im Etat der Frankfurter Polizei sei ebenfalls eine Kostenreduktion möglich. Allerdings rügt er die</p>	vgl. Andre, Band 32, S. 145-147

			Beanspruchung der Polizei zur Überwachung der Spielhöhlen, deren Fortdauer wohl einseitig durch die Regierung beschlossen sei.	
12	Do, 23.1.1868, Nr. 19 (PDF: 71)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. Jan.): Erneutes Thema ist das <b>städtische Defizit</b> . V entwickelt dabei, dass die Gegenüberstellung von ausschließlicher Erhöhung der Steuern oder ausschließlicher Anleihe nicht sinnvoll sei. Die Schwierigkeiten Berlins seien entstanden durch die außergewöhnliche Erweiterung der Stadt. Er ist deshalb der Meinung, dass die gegenwärtige Bevölkerung nicht allein das zu tragen habe, was teilweise für eine noch nicht vorhandene sondern nur zu erwartende Bevölkerung geschaffen werden solle. Bei Anleihen für noch herzustellende Institute sei nicht nur der Verlust an Miete zu berücksichtigen, sondern auch die Steuerkraft der Einwohner. Eine Erhöhung der Mietssteuer hält V in gewisser Weise für gerecht, da jeder Einwohner nach der gezahlten Miete besteuert würde und diese hätte er sich ja freiwillig ausgesucht. Er hätte auch nichts gegen die <b>Erhöhung der Haus- und Mietssteuer</b> , wenn die allgemeinen Verhältnisse es zulassen würden. Wenn man nun im Laufe des Jahres diese Erhöhung einführen würde, schwinde aber der Moment der Gerechtigkeit, da der Steuerpflichtige in der Kürze der Zeit keinen freien Entschluss mehr treffen könne. Für	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber dort keine Details

			<p>die Erhöhung der Haussteuer seien die gleichen Gründe wie bei der Mietssteuer geltend gemacht, man dürfe aber nicht den Unterschied der beiden Steuern übersehen. Durch die Einführung der Gebäudesteuer entstehe ein nicht dagewesener Druck auf die Grundbesitzer, aber sie gewähre, da sie auf den Mieten basiere, große Sicherheit. Man müsse aber den Hausbesitzern Zeit geben, sich zu arrangieren. Was der Hausbesitzer durch die allgemeinen Verbesserungen in der Stadt gewinne, repräsentiere sich in den höheren Mieten und später in den höheren Steuern. Es sei also ungerecht, den Grundbesitzer für etwas besonders zu besteuern, wovon er nicht den mindesten Vorteil habe. Vs Fazit ist, dass die Haussteuer kein Objekt für schnelle Steuererhöhungen sei. Als neu einzuführende Steuer verweist V auf die Verhandlungen der Deputation, die sich für eine Einkommenssteuer ausspricht.</p>	
13	Fr, 24.1.1868, Nr. 20 (PDF: 4 u. 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (34. Sitzung vom 23. Jan.): Thema ist die Vorberatung des Etats des Kultusministeriums. V kritisiert den Vorredner, dass dieser das <i>jus reformandi</i> als ein ausschließliches Recht der Krone, auch für die Zeit zu bezeichnen, in der die Monarchie nur noch beschränkt existiere. Die Regierung habe die große Neigung zu feudalen Institutionen, je feudaler desto besser. Alle Not der Schullehrer sei unwirksam gegenüber diesen <b>Familieninteressen des Feu-</b></p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 148-152</p> <p><i>jus reformandi</i> (lat.): Reformationsrecht; das ehemalige Recht des Landesherrn, einer der drei</p>

			<p><b>dalismus</b> und die Stifter beständen nach wie vor fort, als Abnormität im Staate. Nach zwei anderen Rednern führt V weiter aus, dass <b>durch die Einführung der Verfassung eine Veränderung des inneren Staatswesens</b> eingetreten sei. Nun sei der König, wo es sich um gesetzgeberische Akte handelt, an die Mitwirkung der Landesvertretung gebunden. Dieser Fall liege hier eindeutig vor. Er geht noch mal auf seine vorherige Bemerkung zu den interessierten Familien ein. Er habe nicht die unmittelbar berechtigten gemeint, sondern die, die mit Konsequenz Ansprüche erheben und damit wohl auch noch Erfolg haben.</p> <p>Weiter:</p> <p>V rügt bei den Einnahmen, dass bei dem <b>Verkauf der Brunnenanstalt zu Godesberg</b> der Ertrag als Einnahme aus dem Medizinalwesen aufgeführt ist. Durch eine solche Verbuchung würde das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben verdunkelt, weil sie eigentlich auf den Ertrag der Domänenverwaltung zu setzen sei.</p>	<p>anerkannten christlichen Konfessionen unbeschränkte Entwicklung zu gestatten oder sie nur in gewissen Grenzen oder gar nicht zu dulden</p>
14	Sa, 25.1.1868, Nr. 21 (PDF: 13 u. 16)	S. 8, 1. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 24. Jan.): Thema ist der <b>Zuschuss für Universitäten</b> . V stellt den Antrag, dass höhere technische Lehranstalten, die neu errichtet werden, unmittelbar an die Universitäten angeschlossen werden und dass die <b>Immatrikulationsgebühren</b> im Falle von Berlin der Universitätsbibliothek zufließen und ausreichen	vgl. Andree, Band 32, S. 153-154



			<p>der Raum zur Verfügung stehe. Der erste Antrag wird abgelehnt, der zweite angenommen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Kurz vor Schluss der Sitzung ergreift V noch mal das Wort. Er erklärt, dass seine Angaben, die er neulich zu <b>General von Troschke</b> gemacht habe, falsch waren. Er habe dazu Mitteilungen erhalten. Weitere, darin enthaltene Informationen wolle er nicht weitergeben, da diese sonst über die Presse den Weg in die Öffentlichkeit finden würden.</p>	
15	So, 26.1.1868, Nr. 22 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (36. Sitzung vom 25. Jan.): Im Rahmen der Budgetberatungen geht es um die <b>Aufstockung des Etats für die königliche Bibliothek und für die Akademie der Wissenschaften</b>. V empfiehlt den gestellten Antrag, da für die Bibliothek unzureichend gesorgt sei. Die Räumlichkeiten seien mehr als beengt und dort zu arbeiten sei sehr schwierig. Auch die Menge an Personal sei zu gering. Für den Bereich Naturwissenschaften und Medizin sei nur ein Mitarbeiter zuständig. Dieses Gebiet sei aber so groß, dass ein Mitarbeiter alleine gar nicht alles überblicken könne und dies erkläre auch die mangelhafte Ausstattung gerade im Bereich der neueren Literatur. Er bittet darum, dringend Geld für die Bibliothek aufzubringen.</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 155-159
16	Di, 28.1.1868,	1. Beilage, S. 3,	<p><b>HdA</b> (37. Sitzung vom 27. Jan.): Antrag Vs, die <b>Organisation des Medizinalwe-</b></p>	vgl. Andree, Band 32,

	<p>Nr. 23 (PDF: 26-27 u. 28)</p>	<p>1. Spalte unten f. u. 1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben</p>	<p><b>sens</b> im ganzen Staat zu überprüfen und dabei die Stellen der Kreiswundärzte und der Provinzial-Medizinal-Kollegen aufzuheben und stattdessen die Gehälter und den Geschäftskreis der Kreisphysiker und der Regierungs-Medizinal-Räte aufzubessern. Weiter:</p> <p>V prangert die mangelnde Organisation der Medizinalbehörden an. Nach der Übertragung auf die neuen Provinzen seien die Kosten z.B. für die Kreisphysici deutlich gestiegen. Im Rahmen einer neuen Organisation müsse man sich auch Gedanken machen über die <b>gerichtliche Medizin</b>, die mit ihren schriftlichen Gutachten eher ein Anachronismus sei. Man beschränke sich lediglich auf die Informationen, die einmal in den Akten vermerkt seien. Sinnvoller wäre es, die Gerichtshöfe mit Sachverständigen auszustatten, die direkt vor den Geschworenen stehen. An einigen Stellen würde schon so gehandelt, aber man müsse dieses Vorgehen überall etablieren. Die Folgen wären ein besseres Verständnis der Geschworenen für wissenschaftliche Fragen und damit ein unbefangeneres Urteil. V geht im Weiteren auf den historischen Ursprung von <b>Wundärzten</b> und Physici ein. Diese hätten ein unterschiedliches Studium. Die einen studierten nur die Wundarzneikunde, die anderen nur die innere Medizin. Daraus folgte, dass immer beide nebeneinander in einem Kreis ange-</p>	<p>S. 159-175</p>
--	--------------------------------------	---	---	-------------------

			<p>stellt wurden. Mittlerweile könne jeder Arzt beide Stellen bedienen. Damit sei jeglicher Grund weggefallen, die Kategorie der Kreiswundärzte weiter aufrecht zu erhalten. Ein weiteres Thema ist für V die <b>öffentliche Gesundheitspflege</b>, die sog. Sanitätspolizei. Der große Fortschritt hierin liege in der <b>Vermeidung von Krankheiten</b>. Es gelte, das Augenmerk auf die Wohn- und Lebensverhältnisse der Menschen zu richten. Leider sei dafür die gegenwärtige Organisation viel zu gering. Es müsste Einzelbeamte geben, die direkt vor Ort die Verhältnisse untersuchen könnten und in direktem Kontakt mit einem Exekutiv-Beamten stehen. Hierfür sind Kollegien ungeeignet, sie seien als rein wissenschaftlich und technisch Rat gebende Behörden geplant. Daher fehle der Regierung im Augenblick eine Einrichtung, die den vollen Überblick über die Sanitätsverhältnisse in den Kreisen und Provinzen habe. Zwar seien die Behörden berufen, derartige Berichte zu erstatten, aber aufgrund ihrer zurückgedrängten Stellung leisten sie nicht das, was geleistet werden sollte. Ein weiteres Problem bei den Kreisphysici sei die Bezahlung. Sie bekämen 200 Taler für ihre amtlichen Aufgaben, aber hätten ihre Praxis, um sich den Lebensunterhalt zu sichern. Demzufolge ist deren Motivation bei dem geringen Entgelt nicht all zu hoch, sich ausgiebig mit den amtlichen Tätigkei-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>ten zu beschäftigen. Und in dem Fall, wo der Physicus von der Bevölkerung nicht angenommen werde, sei fraglich, ob er die ausreichenden Fähigkeiten für eine ordentliche amtliche Tätigkeit überhaupt habe. V führt das Beispiel über den <b>Hungertyphus in Ostpreußen</b> an. Hierbei stellt er zwei unterschiedliche Berichte über die Lage vor. Der eine ist in der „Prov.-Corr.“ veröffentlicht, der andere stammt aus dem Amtsblatt der Regierung in <b>Gumbinnen</b>. Im ersten Fall wird die Situation als wenig bedrohlich geschildert, ein Zusammenhang mit mangelnder Ernährung ausgeschlossen, im zweiten Fall wird davon gesprochen, dass man der Krankheit, da sie in der Gegend vorkommt, nicht ausreichend Beachtung geschenkt habe, um eine weitere Verbreitung zu vermeiden und das Mangeler-nährung ein wesentliches Moment bei der Entstehung von Typhus sei. V wolle nicht entscheiden, wer da im Recht sei, ihm ginge es darum aufzuzeigen, welche <b>Probleme in dem System</b> stecken und wie unzureichend die Organisation sei. V weist darauf hin, dass der Typhus nun nicht mehr nur in Ostpreußen, sondern auch in Berlin, im Regierungsbezirk Stralsund und in anderen Orten aufgetreten sei und sich in sehr ansteckender Weise weiter verbreite, aber nichts geschehe. Offensichtlich sei also das derzeitige System nicht in Lage, die Missstände zu beheben, da die Regierung</p>	
--	--	--	--	--

			<p>gar nicht in Kenntnis der Situation sei.</p> <p>Wenn er feststelle, dass in zwei amtlichen Dokumenten solche Widersprüche stecken, so sei das für ihn ein Beweis, dass für die Ärzte eine größere Unabhängigkeit und zugleich eine größere Verantwortlichkeit nötig sei. Dies lasse sich aber nicht eher erreichen, bis die Gehälter besser normiert seien. Er unterstütze einen anderen Abgeordneten, der die Stellen der Kreiswundärzte wegfallen lassen will, wenn es sicher wäre, dass die frei werden Summen zur Aufstockung der Gehälter der Kreisphysici genutzt werden. Das Geld müsse unbedingt dem Departement erhalten bleiben, um die notwendigen Organisationen zu schaffen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V geht auf die ungenügende Stellung der <b>Tierärzte bei der Armee</b> ein. So könne der Anspruch an ihre wissenschaftliche Ausbildung auch nur gering sein. Die Leistungen der Tierarzneischule in Berlin seien in den letzten Jahren im Vergleich zu früher deutlich zurückgegangen. Die Empfehlung, die Tierarzneischulen aus dem Resort des Kultusministers in den des Landwirtschaftsministers zu übertragen, würde in Vs Augen noch mehr dazu beitragen, dass sie ihren wissenschaftlichen Charakter verlieren.</p> <p>Weiter:</p> <p>V äußert, wenn an der Tierarzneischule Berlin, die ja auch noch andere Anzie-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>hungsgründe habe, nur 12 Studierende aus fremden Ländern zu finden seien, liege das sicher nicht nur an der durch <b>Medizinalpfuscherei</b> verursachten schlechten Stellung der Tierärzte. Wenn die Regierung für gute Schulen und gute Ausbildung sorgen würde, würde die Pfuscherei von alleine verschwinden. Einen gesetzlichen Schutz halte er für ungeeignet. Wenn das Publikum sich der als brauchbar erkannten Ärzte nicht bedienen will, so mag man es ihm selbst überlassen, ob es sein Vieh zu Tode kurieren lässt.</p>	
17	Fr, 31.1.1868, Nr. 26 (PDF: 9-10)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (39. Sitzung vom 30. Jan.): Thema sind die indirekten Steuern, nämlich <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b>. In Vs Augen sind Mahl- und Schlachtsteuer am ungerechtesten verteilt, sie drücken auf Konsum und Handel. Dass der Mehlhandel, trotz des guten Korngeschäftes, so heruntergekommen sei, läge nur an der Mahlsteuer. Ein weiteres Problem sei die Gleichbehandlung von reinem und gemischtem Mehl. Ein Großteil des Viehs, welches im Umland an Krankheiten zu Grunde gehe, würde, als Folge der Steuer, als Fleisch nach Berlin geliefert. Während daher der Ertrag der Konsumsteuer abnehme, erhöhe sich die Mortalität. Es scheine aber, dass die Regierung die Aufhebung dieser Steuer noch nicht wolle. Die Schwierigkeit für Berlin, aus diesem Defizit herauszukommen, bestehe darin, dass die Regierung einen Zu-</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 175-181

			<p>schlag zur Staatseinkommenssteuer nicht zulassen wolle. Da dasselbe für die Zukunft zu erwarten sei, ist V der Meinung, dass die Regierung die Kommunen daran hindere, einen Ausgleich zu finden. Aber durch einen guten und entschlossen Willen könne man über alle Schwierigkeiten hinweg kommen. Der Staat dürfe sich nicht hinter dem Vorwand verstecken, er würde von den Städten gehindert, sondern er müsse zu der Erkenntnis kommen, dass er das Haupthindernis in den Weg gelegt habe.</p>	
18	Fr, 31.1.1868, Nr. 26 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 30. Jan.): Thema ist auch hier die Deckung des <b>städtischen Defizits</b>. Während ein anderer Redner schon den Ruin Berlins sieht, hält V die Situation noch nicht für so schlimm. Er ist der Meinung, dass die <b>Erhöhung der Haus- und Mietssteuer</b> nicht ausreiche, es werde 1869 wieder zu einem Defizit kommen. Die Verfechter dieser Steuer hätten somit auch im nächsten Jahr dann ein Argument diese Steuer weiter zu erhöhen. Er halte eine <b>generelle Steuerreform</b> für sinnvoll und warnt vor dem Irrglauben, dass man mit einer Erhöhung der Haus- und Mietssteuer davon Abstand nehmen dürfe. Er stimme gegen eine Steuererhöhung unter den jetzt vorhandenen Verhältnissen. Die Mahl- und Schlachtsteuer belaste die ärmsten Klassen am meisten, da sie auch Bettler besteuere. Wenn die Stadt sich an dieser</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, dort aber keine Details

			<p>Ungerechtigkeit beteilige, könne man nicht behaupten, dass alle Kommunaleinrichtungen zum Besten der ärmeren Bevölkerung da seien. Wenn man die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben habe, dann könne er sich auch einer Erhöhung der Mietssteuer anschließen, da es dann einen gerechteren Verteilungsplan gebe. Sinn und Zweck sei doch, einzelne Klassen nicht über Gebühr zu belasten und nicht durch Steuern die Zahl der Almosenempfänger zu vermehren. Notwendig sei ein gerechter Steuermodus und die Meinung der Bürgerschaft interessiere ihn nicht, er hasche nicht nach Popularität. Abschließend empfahl V, das Defizit aus dem Rest einer Anleihe zu decken und, wenn zusätzlich nötig, die Einführung einer Einkommenssteuer zu veranlassen.</p>	
19	Fr, 31.1.1868, Nr. 26 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<p>Vermischtes: Hinweis auf einen öffentlichen Vortrag Vs am 9. Feb. zum Thema <i>Hungertyphus</i>. V habe Erfahrung aus zwei früheren Epidemien und könne seine rednerische Kunst bei diesem Thema von allgemeiner Bedeutung einsetzen.</p>	s. a. 8.2.1868 s. a. 11.2.1868
20	So, 2.2.1868, Nr. 28 (PDF: 5)	S. 2, 2. Spalte unten	<p>Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses der SVV: V wird als Unterstützer des Antrags auf <b>Zuschlag zur Staatseinkommensteuer</b> genannt.</p>	
21	Fr, 7.2.1868, Nr. 32 (PDF: 43)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (44. Sitzung vom 6. Feb.): Namentliche Abstimmung über den <b>hannoverschen Provinzialfond</b>. V stimmt dagegen, wie die gesamte Fortschrittspartei und das lin-</p>	nichts bei Andree



			ke Centrum.	
22	Sa, 8.2.1868, Nr. 33 (PDF: 50)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 7. Feb.): Namentliche Abstimmung über die <b>Abfindung der Depossedierten</b> . V stimmt dagegen.	nichts bei Andree
23	Sa, 8.2.1868, Nr. 33 (PDF: 51)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Vermischtes: Hinweis auf den morgigen [9.2.1868] Vortrag von V über den <b>Hungertyphus</b> .	s. a. 31.1.1868
24	Sa, 8.2.1868, Nr. 33 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Anzeige zu dem morgigen Vortrag von V über den <b>Hungertyphus</b> .	s. a. 8.2.1868
25	Di, 11.2.1868, Nr. 35 (PDF: 59-60)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 10. Feb.): Thema ist der <b>Staatshaushaltsetat</b> . V spricht über die unterschiedliche Auffassung der Höhe der zur Verfügung stehenden Summen. Er kritisiert am Staatsministerium das geringe Interesse an den Finanzverhältnissen und fordert eine gerechte Verteilung der Einnahmen und Ausgaben. Ein Großteil der Einnahmen fließe an den norddeutschen Bund, werde aber von diesem nur zum Teil wieder in die alten Provinzen zurückgegeben. Ein weiteres Problem sei der Militäretat. Allerdings entziehe sich dieser der Beschlussfassung des HdA. Er warne dringend davor, dass dadurch neue Lasten auf das Volk zukämen, die es nicht mehr gut ertragen könne. Es sei immer von einer Entlastung gesprochen worden, wenn denn erst mal die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse abgeschlossen sei. Nun ist	vgl. Andree, Band 32, S. 183-196

			<p>dies eingetreten, aber statt einer Entlastung müssen die alten Provinzen auch noch für die neuen mitzahlen. Wichtig sei die Verwendung der Überschüsse für die <b>Selbstverwaltung</b>. Sie sei nur dann ausführbar, wenn der Staat in gewissem Maße auf Einnahmen zu Gunsten der Kreise und Gemeinden verzichte. Es solle sich hierbei nicht um eine reine Kassenverwaltung handeln, sondern um eine gewisse Freiheit der Beschlüsse im Rahmen des Gesetzes. Er geht der Bemerkung nach, man habe ja schon Selbstverwaltung. Am Beispiel der Schulen belegt er das Gegenteil. Hier gebe die Gemeinde lediglich das Geld. Alles andere, wie der Lehrplan, die Lehrkräfte, der Bauplan, würde vorgegeben, das sei in seinen Augen keine Selbstverwaltung. In England beruhe die Selbstverwaltung auf der Gemeindefreiheit und eins der ersten Kriterien wäre die Abschaffung der Gendarmen. Für diese sei unter der Verwaltung des Kriegsministers eine neue Organisation geschaffen worden. Dadurch wird die Entwicklung einer Selbstverwaltung von vornherein verhindert. Wenn also der Innenminister tatsächlich für die Selbstverwaltung wäre, hätte er sich in seiner Freizeit nicht mit der Organisation der Gendarmen, sondern mit der Organisation der Gemeinden auf dem Prinzip der Freiheit beschäftigen sollen. Er warnt weiter davor, die Rechte des HdA an den Reichstag ab-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>zugeben. Es hat sich einfach noch kein parlamentarisches Leben eingebürgert und so lange der <b>Militäretat</b> unantastbar sei, müsse festgehalten werden, was man zurzeit habe. V weist noch mal auf die große Not und den Mangel in der Staatsverwaltung hin, und das keineswegs übermäßig viel Geld da sei. Man müsse alle Ausgaben beschränken und auch keine Ausnahmen gelten lassen. Er hoffe, dass sich die Regierung zu einer würdigeren und höheren Politik entschließe, um auch für das Volk eine längst versprochene und längst verdiente Entlastung bald herbeizuführen.</p>	
26	<p>Di, 11.2.1868, Nr. 35 (PDF: 62-63)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, oben f.</p>	<p>Abdruck von Vs Vortrag zum <b>Hungertyphus</b>. Er beginnt mit einer historischen Herleitung des Begriffes Hungertypus. In der Geschichte habe es immer wieder Zeiten von Seuchen gegeben, die mit Hunger, Krieg und schlechten Lebensumständen einhergegangen seien. Erst mit fortschreitender Zivilisierung wurden die Abstände zwischen großen Hungersnöten und Kriegen größer und damit das Auftauchen von Seuchen immer seltener. Die <b>Oberschlesische</b> Hungerpest und der Kriegstypus in der Krim seien die ersten Seuchen, die in diesem Jahrhundert wieder auftraten. Weiter berichtet er von Beobachtungen unterschiedlicher Ärzte aus Europa. Es werden das Rückfallfieber, der Flecktyphus und der Unterleibstypus beschrieben. Besonders in England im vorherigen Jahrhundert</p>	<p><i>Über den Hungertyphus und einige verwandte Krankheitsformen: Vortrag, gehalten am 9.2.1868 z. Besten der Typhuskranken in Ostpreussen, Berlin</i></p>

			<p>starben Tausende von Menschen, nicht zuletzt auf Grund der sich <b>verschlechternden Lebensumstände durch die immer weiter fortschreitende Industrialisierung</b>. Gleiches gelte für Flandern. Da Kriege immer mit Seuchen einhergingen, gebe es auch ein so genanntes Kriegsfieber, typisch bei Belagerungen und auch in den Armeelagern. In früheren Zeiten sei man vom Zorn der Götter ausgegangen, danach beschuldigte man Naturkräfte. Letztere führen allerdings sehr wohl zu einer Veränderung der Lebensumstände, da sie auf die Witterungsumstände einwirken und damit auch auf den Ackerbau. Allerdings sei auch bekannt, dass Hunger alleine keinen Typhus auslöse. Nur wenn er mit Überfüllung konkurrieren, wie auf Auswandererschiffen oder in Festungen, komme es zum Ausbruch. Mutterkorn und Brunnenvergiftungen sind nach Vs Meinung auszuschließen. Die Bevölkerung müsse sich selbst besser schützen und mehr <b>Gesundheitspflege</b> betreiben. Verbesserung von Luft und Trinkwasser lägen in ihrer Hand. Das Fortbestehen von Krankheiten sei nur ein Zeichen von schlechter Fürsorge und schlechter Organisation. V schlägt den Bogen hiervon zu der politischen Lage. Nur Wahrheit und Unbefangenheit allein können den Gesetzgeber über diese Angelegenheit aufklären und ihn zum Wohltäter der Menschheit machen.</p>	
--	--	--	---	--

27	Di, 11.2.1868, Nr. 35 (PDF: 64)	2. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben	Anzeige des <b>3. Berliner Wahlbezirks</b> : Es wird zur Versammlung aufgerufen am 12. Feb. Als Tagesordnung werden Berichte von V und von <b>Schulze-Delitzsch</b> avisiert.	s. a. 14.2.1868
28	Fr, 14.2.1868, Nr. 38 (PDF: 78)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben  1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (48. Sitzung vom 13. Feb.): Thema ist die Aufrechterhaltung der <b>Lotterie</b> in <b>Hannover</b> und <b>Osnabrück</b> . V widerspricht dem Vorredner. Für ihn gehe es darum, ob eine per Gesetz abgeschaffte Einrichtung durch die Budgetberatungen wieder ins Leben gerufen werden könne. Diejenigen, die dafür seien, mögen einen Gesetzentwurf einbringen und dann könne man darüber diskutieren, ob man das Ganze für ein weiteres Jahr bestehen lasse. Er hält es aber für gänzlich unmöglich, dass mit Hilfe des Budgetgesetzes eine Einrichtung geschützt wird, die gesetzmäßig aufgehoben und unter Strafe gestellt ist. Weiter: V beantragt, den <b>Einnahmen des Medizinalwesens</b> die der <b>Gesundbrunnen</b> hinzuzurechnen und denselben Betrag den Ausgaben der Krankenhäuser hinzuzufügen. Der Antrag wird angelehnt. Weiter: Thema ist, die in Hessen bestehende <b>Forstlehranstalt</b> in <b>Melsungen</b> zu belassen oder sie ggf. mit der Universität <b>Marburg</b> zu verbinden. V ist der Meinung, dass die Lage inmitten eines Waldkomplexes an beiden Standorten gegeben sei. Eine Verbindung mit der Universität hält er al-	vgl. Andree, Band 32, S. 196-201

			<p>lerdings ebenfalls für sinnvoll. Dass der Beschluss der Verlegung schon Tatsache sei, dürfe nicht ausschlaggebend sein, sonst tue die Regierung wozu sie Lust habe und man habe nur die Chance auf eine nachträgliche Genehmigung.</p>	
29	<p>Fr, 14.2.1868, Nr. 38 (PDF: 81)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Feb.): Thema ist der Bau einer <b>Brücke über den Louisenstädtischen Kanal</b>. Die Geldbewilligungsdeputation empfiehlt, die nötigen Geldmittel nicht zur Verfügung zu stellen. V schließt sich der Meinung an. Weiter: Thema ist erneut die <b>Deckung des städtischen Defizits</b>. V spricht sich erneut dafür aus, dass die Erweiterungsbauten der Gasanstalt aus Anleihen bezahlt werden und der Rest der Anleihe des vorherigen Jahres für die laufenden Ausgaben verwendet wird. Er spricht sich auch für die <b>Erhöhung der Einkommensteuer</b> bis auf 50% aus. Den Beschluss bzgl. der Klassensteuer hält er für unbedeutend, aber er hält es für wichtig, dass die Kosten aus Polizeiresoluten nicht der Stadt aufgebürdet, sondern durch Zuschuss aus der Mietssteuer aufgebracht werden.</p>	<p>nichts bei Andree</p>
30	<p>Fr, 14.2.1868, Nr. 38 (PDF: 83-85)</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig</p>	<p>Vermischtes: Bericht über die <b>Wahlmännerversammlung</b> des 3. Berliner Wahlbezirks vom 12. Feb. V spricht über den zunehmenden Zerfall der Parteien, sowohl im rechten als auch im linken Flügel. In gewisser Weise hätte sich jetzt gerächt, dass</p>	

		<p>man sich nicht um die kleinen Verhältnisse gekümmert hätte, nämlich die Kreise und Gemeinden. Der neu angelegte <b>hannoversche Provinzialfond</b> würde auch in keins-ter Weise zur Selbstverwaltung beitragen. Es handle sich hierbei nur um eine verän-derete Kassenführung; der Provinzial-Landtag ist nur der Bote, der das Geld aus-trage, aber nicht über seine Verwendung beschließe. Er erinnert daran, dass sich zur Zeit des Wahlkampfes alle Parteien für ei-ne Kreis- und Gemeindeneuordnung stark gemacht hatten. Passiert sei nichts, wie er auch schon prophezeit hatte. Die alles an-dere als klar und einsichtig verlaufenden Verhandlungen zum Staatsetat helfen auch nicht, dem Volk Einblick in die Situation zu gewähren. Die zu erbringenden erhebli-chen Summen für 1868 speisten sich nicht aus der Prosperität sondern aus der Arbeit des Volkes. Wenn man nicht spare, dann müsse man den unheilvollen Weg der An-leihen immer weiter gehen. Er halte es für den Verdienst der <b>Fortschrittspartei</b>, dass diese immer ein klares und erkennbares Programm hatte und ein neues nicht nötig habe. Man habe sich immer für den Weg der Verteidigung, nicht des Angriffes ent-schieden. Die Partei habe sich immer auf dem Boden der Verfassung bewegt, auch wenn Gegner anderes behauptet hätten. Was könne es für ein Volk schlimmeres geben, als eine Verfassung aufgezwungen</p>	
--	--	---	--

			<p>zu bekommen. Wenn es nicht die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutze, müsse es warten und an seiner <b>politischen Bildung</b> arbeiten. Er hatte mehr vom allgemeinen Wahlrecht erwartet, als es geleistet habe. Immerhin habe das Volk wählen können, aber diese Chance nicht genutzt. Für die allgemeine Unzufriedenheit mit dem HdA verweise er auf die Wähler, die nun mal so entschieden hätten. Man könne nur das Beste daraus machen und weiterhin die klaren und einfachen Prinzipien der Fortschrittspartei vorführen. Von den außerhalb Preußens teilweise auch unter dem Namen der Fortschrittspartei stattfindenden Strömungen halte er nichts. V baut darauf, dass das Volk einsehen werde, dass keine glorreichen äußeren Ereignisse zu mehr innerer Organisation führen. Dazu seien Prinzipien nötig. Feststehende Grundlagen seien Voraussetzung für Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung und diese fände man nicht auf den Schlachtfeldern. Auch die <b>Führer im Frieden</b> können Anerkennung bekommen, wenn sie das Ziel der <b>Volksfreiheit</b> verfolgen. Er hoffe auf Verstärkung und auf Zeiten, wo man nicht Vertreter der Wähler eines Wahlkreises sei, sondern der Mehrheit des ganzen Volkes.</p>	
31	So, 16.2.1868, Nr. 40	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 15. Feb.): Thema ist erneut das <b>städtische Defizit</b> . V berichtet kurz, dass einige Abge-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Materi-



	(PDF: 97 u. 99)	mittig u. 3. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	ordnete neue Anträge eingebracht oder geändert haben. Weiter: V erklärt, dass er sich zum Vorredner in Verlegenheit befände. Wenn die Mitglieder der Versammlung nicht mehr nach Weisheit entscheiden sollten, dann wäre er hier überflüssig. Er schließt sich der Meinung an, dass das Defizit aufgebracht werden müsse, aber nicht durch <b>Erhöhung der Haus- und Mietssteuer</b> , sondern durch anderweitige Besteuerung. Die Verwendung des Restes der Anleihe aus 1866 würde keine Probleme in der Verwaltung machen, aber es wäre noch ein Rest des Defizits zu decken. Dieses sollte aus der <b>Erhöhung der Einkommenssteuer</b> erfolgen. Sollte sein Antrag dazu nicht angenommen werden, würde er für die Erhöhung der Haus- und Mietssteuer stimmen, da er der Meinung sei, das Defizit müsse aus einer Steuererhöhung gedeckt werden.	al zur SVV, dort aber keine Details
32	So, 16.2.1868, Nr. 40 (PDF: 100)	3. Beilage, S. 6, 1. Spalte unten	Vermischtes: Hinweis auf den morgigen [17.2.1868] Vortrag Vs zum Besten der <b>Volkskindergärten</b> . Thema wird der <b>naturwissenschaftliche Unterricht</b> sein.	s. a. 20.2.1868
33	Di, 18.2.1868, Nr. 41 (PDF: 102)	S. 4, 2. Spalte oben	Kurzer Bericht über die namentliche Abstimmung in der <b>SVV</b> über die <b>Erhöhung der Haus- und Mietssteuer</b> . V stimmt dagegen.	nichts bei Andree
34	Do, 20.2.1868, Nr. 43	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte	Vermischtes: V hält einen Vortrag zum Besten der <b>Volkskindergärten</b> zum Thema Bedeutung des <b>naturwissenschaftli-</b>	

	(PDF: 112)	mittig	<p><b>chen Unterrichts.</b> Die Volksschule könne gar nicht betrachtet werden, lediglich die Kindergärten und die gelehrten Anstalten. Die Bedeutung einzuschätzen, auch nach 20-jähriger Lehrtätigkeit, sei schwer, weil es auf den engeren oder weiteren Standpunkt ankäme. Die <b>Aufgabe der Schule</b> sei es, für das <b>Leben zu erziehen</b> und den Menschen zu formen. Hierfür seien die Naturwissenschaften besser geeignet als die alten Sprachen. Die gelehrten Schulen seien aus den alten lateinischen Schulen entstanden, welche in engem Kontakt zur Kirche standen. Solange Glaube und Wissen eins waren hatte die Kirche nichts zu befürchten. Ende des 15. Jahrhunderts, als Kopernikus, Kepler und Newton die Naturwissenschaften verändert hätten, habe es Konflikte mit der Kirche gegeben. Die Kirche prangere an, dass der <b>Materialismus durch die Naturwissenschaften gefördert</b> würde. Nun sei aber gerade sie es, die in den Hochzeiten der Päpste dem größten Materialismus gefrönt habe. Durch die Naturwissenschaften, wie sie sich heute darstellten, werde ein Reichtum von Vorteilen in allen Schichten der Bevölkerung erzeugt, so V. Es solle nicht nur ein patriotischer Nutzen entstehen, sondern etwas Wichtigeres, nämlich die volle selbstständige Beteiligung und das Beobachten; denn nur durch Beobachten käme der Mensch zu den richtigen Schlüssen, nur</p>	
--	------------	--------	---	--

			durch richtige Schlüsse könne er richtig handeln. V hebt die Wichtigkeit des Satzes hervor, dass der Mensch von <b>Jugend auf lernen</b> müsse, seine Sinne zu gebrauchen. Hierfür sei die Naturwissenschaft ein wichtiges Bildungsmittel. Erst wenn in diesem Sinne an den Schulen gelehrt würde, würden sich in Zukunft die glänzenden Früchte dieses Unterrichtsgegenstandes zeigen.	
35	Fr, 21.2.1868, Nr. 44 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 1., 1. Spalte mittig	Preußischer Landtag: Tagung der <b>Budgetkommission</b> . V ist mit der Berichterstattung der Rechnungen von 1868 betraut.	
36	Fr, 21.2.1868, Nr. 44 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Feb.): Thema ist erneut die <b>Deckung des städtischen Defizits</b> . V ergreift das Wort und äußert, dass wohl die Regierung in diesem Fall zu entscheiden habe. In der Stadtverordnung sei fixiert, dass in allen Steuerfragen die Beschlüsse der Versammlung nicht an die Zustimmung des Magistrates, sondern nur an die Genehmigung der Regierung gebunden seien. Ausgenommen hiervon seien nur die Beschlüsse in Sachen der <b>Gasanstalt</b> .	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details
37	So, 23.2.1868, Nr. 46 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 22. Feb.): Auf der Tagesordnung steht der Bericht der <b>Notstandskommission</b> . Es geht um die Verstärkung der Geldmittel. V spricht über das <b>Verhältnis von Selbst- und Staatshilfe</b> . Das eine gehe ohne das andere nicht, wo die Selbsthilfe aufhöre, müsse die Staats-	vgl. Andree, Band 32, S. 202-215

			<p>hilfe beginnen und man könne nicht ausschließlich auf die private Wohltätigkeit bauen. Aber wenn zunächst die Gemeinden belastet würden, so können diese nicht die gleiche Steuerlast weiterhin tragen. Er warnt nach zwei Missernten und der finanziellen Notlage vor dem <b>Hungertyphus</b> in der Provinz. Hier wäre aufgrund der Erkrankungsrate die Selbsthilfe am Ende, auch die <b>Johanniter</b> könnten der Krankheit keinen Einhalt mehr bieten. Er stellt Vergleiche mit England an und verweist auf die Zahlen der ökonomischen Wissenschaft. Wende man dieses Prinzip auf die Provinz Preußen an und zahle im Verhältnis, was man dem Staat Waldeck zahle, so sollte man 5 Millionen bewilligen. Er würde sich auch mit 3 Millionen begnügen, wenn die Regierung diese bewillige.</p>	
38	Di, 25.2.1868, Nr. 47 (PDF: 16)	S. 2, 2. Spalte unten	Namentliches Abstimmungsergebnis zum Thema <b>Erhöhung der Haus- und Mietssteuer</b> . V hat dagegen gestimmt.	
39	Di, 25.2.1868, Nr. 47 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 24. Feb.): Antrag einer Kommission zur <b>Entlastung der Staatsregierung</b> in Bezug auf die allgemeine Rechnung des Staatshaushaltes von 1864 und in Bezug auf den Staatsschatz für dasselbe Jahr. V befürwortet den Antrag.	vgl. Andree, Band 32, S. 215-217
40	Di, 25.2.1868, Nr. 47 (PDF: 23)	3. Beilage, S. 4, oben	Anzeige einer Verlagsbuchhandlung: Beworben wird eine <b>SGWV</b> (Hefte 40-44), herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> .	

41	Do, 27.2.1868, Nr. 49 (PDF: 34- 35)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (57. Sitzung vom 26. Feb.): Thema ist die <b>Schließung der öffentlichen Spielbanken</b>. V zitiert den Minister, dass wohl „maßgebende Kreise“ gegen die Schließung der Spielbanken wären. Er selbst könne sich nicht vorstellen, um wen es sich da handeln solle, denn maßgebend müsste ja wohl das öffentliche Wohl sein und nicht die untergeordneten Interessen einer Kommune. Wenn Preußen nicht in der Lage sein sollte, alle von der Schließung Betroffenen zu unterstützen, so wäre ein <b>Prinzip der Sittlichkeit</b> nicht aufrecht zu erhalten; schließlich handle es sich hier nicht um große Summen. Er erkenne an, dass mit den Spielbanken lokal großes Interesse verbunden sei, aber er verstehe nicht, wie man diese Entschädigung auf die Spielbankpächter übertragen wolle. Sinnvoll wäre es, die Entschädigung auszusahlen, abzüglich der Summe, um die das Land geschädigt worden ist. Da man aber bisher diese Rechnung nicht aufgemacht habe und die Summe im Ganzen ausgezahlt habe, könne man deshalb nicht so weiter machen. Anders sei die Lage <b>Homburgs</b>. Hier würden ganz andere Zustände herrschen. Dies habe dazu geführt, dass sich der Landesfürst auf unlautere Geschäfte eingelassen habe. Nun sei dort aber auch die preußische Landesverfassung etabliert und die Untertanen hätten damit das Recht zu wählen. Damit würden sich</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 218-224
----	---	---	---	--

			<p>auch dort neue Verhältnisse etablieren. V ist auch hier zumindest für eine milde Entschädigung, allerdings findet er, dass die Interessen der Aktionäre mehr ins Gewicht fallen, als die Interessen für den Gesetzentwurf. In den letzten Jahren hätten die Aktionäre bis zu 40% Dividende kassiert, also hätten sich die Aktien vollständig ausgezahlt. Nun gehe es also nicht um einen akzeptablen Ausgleich der Aktionäre, sondern darum, einem unerhörten Gewinn ein Ende zu machen. V berichtet von einem Einzelfall, wo ein Aktionär ihm einen Brief geschrieben habe, in welchem dieser erkläre, mit den Zinsen ein Waisenkind zu unterstützen. Dies könne derjenige nun nicht mehr tun, wenn die Spielbank aufgehoben würde. . Eine solche Besonderheit könne aber keine Rolle bei einem Gesetz spielen. V hält die <b>Aktie für ein schlechtes Papier im sittlichen Sinne</b>; er warnt auch vor dem <b>schlechten Einfluss der Spielbanken</b>. In seinen Augen sind Spieler Leute ohne Vaterland, kosmopolitische Gauner. Diese Menschen ohne Heimat ziehen den Spielbanken hinterher solange die Finanzen ausreichen. Nicht umsonst würde die Pariser Polizei bei verschwundenen Gaunern zunächst ihre Beamten zu den deutschen Spielbanken schicken. Er glaube aber auch, dass diesen Leuten nicht zu helfen sei, egal mit welchen Gesetzen, sie würden immer irgendwo ihren Neigungen</p>	
--	--	--	--	--

			nachgehen. Ob man das Spielen heute oder in fünf Jahren aufgabe, die Folgen wären die gleichen, nur die Folgen für die Gesellschaft in der Zeit wären schädlich. Abschließend hofft V, dass die Regierung ihren wirklichen nationalen Zweck ins Auge fasse, um die Nation von dem Vorwurf zu reinigen, die einzige größere Nation zu sein, die noch solche Unsittlichkeit öffentlich dulde. Er hoffe auf frischen Wind, der allerdings seiner Meinung nach eine bedenkliche Beimischung habe. Er wünsche sich, dass er noch viel frischer werden möge, als er sich bisher gezeigt habe.	
42	Sa, 29.2.1868, Nr. 51 (PDF: 45)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (59. Sitzung vom 28. Feb.): Es geht um den Bericht der <b>Budgetkommission</b> über den <b>Vertrag mit dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen</b> . Dazu liegt eine Resolution Vs vor, dass jede definitive Verfügung bzgl. des Familienfideikommisses des hessischen Kurfürsten der Zustimmung des Landtages bedarf. Die Resolution wird abgelehnt.	vgl. Andree, Band 32, S. 224
43	Mo, 4.3.1868, Nr. 54 (PDF: 9)	4. Beilage, S. 8, 1. Spalte mittig	Anzeige Vs. Er sucht ein ordentliches, zuverlässiges [ <b>Kinder</b> ]Mädchen, dass sich um ein zweijähriges Kind kümmern soll.	
44	Di, 5.3.1868, Nr. 55 (PDF: 11 u. 13)	S. 7, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 1,	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 4. März): Thema ist erneut die <b>Deckung des städtischen Defizits</b> . V berichtet von der gemischten Deputation. Er führt aus, dass selbst nach Verwendung der Überschüsse aus der Gasanstalt und möglichen Steuer-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details

		1. Spalte mittig	<p>erhöhungen immer noch ein Defizit bleibe. Durch die Annahme der gestellten Anträge könne aber alles gedeckt werden. Allerdings habe sich die Versammlung ja auf Niederschlagung der gemischten Deputation geeinigt. Auch er glaube, dass die Einmischung der Regierung vermieden werden solle.</p> <p>Weiter:</p> <p>V geht noch mal darauf ein, dass man eine Entscheidung der Regierung tunlichst vermeiden müsse, nicht nur im Interesse der Selbstverwaltung, sondern auch, weil sich gerade im Stadtrat gezeigt hätte, wie weit die Regierung gehe. Der Magistrat hätte die Vorwürfe nicht verdient. Jener hätte mit Annahme des Deputationsantrages nicht unerhebliche Konzessionen gemacht. Er empfehle den Deputationsantrag, wünsche aber eine besondere Abstimmung über die <b>Haussteuer</b>. Es wird namentlich abgestimmt über die Haussteuer. V stimmt, wie die Mehrheit, dagegen.</p>	
45	Fr, 6.3.1868, Nr. 56 (PDF: 17)	S. 8, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. März): V weist kurz darauf hin, dass bereits abgelehnte Anträge in derselben Session nicht mehr verhandelt würden.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
46	Sa, 14.3.1868, Nr. 63 (PDF: 29)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Verschiedenes: Bericht aus der geheimen SVV. Die Versammlung wählt eine <b>Deputation für Vorberatungen zur Steuerreform</b> . V ist Mitglied.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
47	Di, 17.3.1868,	S. 4, 2. Spalte	Vermischtes: Statistische Angaben aus der abgelaufenen Session des <b>HdA</b> . V hatte	



	Nr. 65 (PDF: 33)	unten	demnach 53 <b>Wortmeldungen.</b>	
48	Mi, 18.3.1868 Nr. 66 (PDF: 37)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Vermischtes: Hinweis, dass der Vortrag Vs über den <b>Hungertyphus</b> im Verlag der <b>Hirschwaldschen Buchhandlung</b> erschienen sei.	s. a. 11.2.1868
49	Di, 7.4.1868, Nr. 83 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Vermischtes: Bericht über einen Artikel in der „ <b>Volkszeitung</b> “. V rechtfertigt darin sein <b>Abstimmungsverhalten über die Mietssteuer</b> . Die <b>Haussteuer</b> halte er für durch und durch ungerecht und unwirtschaftlich. Die Mietssteuer hingegen sei deutlich gerechter. Vorgesehen war eigentlich eine Erhöhung der Einkommenssteuer, aber da das Defizit höher als erwartet ausfiel, kam lediglich ein Kompromiss zwischen Magistrat und Stadtverordneten zustande. Die Versammlung habe, soweit möglich, versucht im Interesse des Steuerzahlers zu handeln.	s. a. 22.4.1868
50	Do, 9.4.1868, Nr. 85 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. April): V beantragt drei Wochen <b>Urlaub</b> , welcher genehmigt wird.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
51	Mi, 22.4.1868, Nr. 94 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Vermischtes: auf einer Versammlung des <b>Friedrich-Werderschen Bezirksvereins</b> kommt Vs Brief an die „ <b>Volkszeitung</b> “ zur Sprache.	
52	Mi, 29.4.1868, Nr. 100 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vermischtes: Bericht über die letzte Sitzung der <b>medizinischen Gesellschaft</b> [22.4.1868]. Gewählt wurde eine <b>Kommission zur Erörterung</b> der Frage, wie die <b>Interessen des ärztlichen Standes</b>	Berl. Klin. Wochenschrift v. 8.6.1868, Nr. 23, S. 246

			durch den neuen norddeutschen Gewerbe-gesetzentwurf berührt werden. V ist Teil dieser Kommission.	
53	Fr, 1.5.1868, Nr. 102 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Bericht über die <b>Berliner Volksküchen</b> . In der letzten Generalversammlung war ein <b>Ausschuss</b> gegründet worden, der Vorber- atungen führen sollte über die <b>Revision der Statuten</b> . V war ebenfalls Mitglied.	
54	Do, 14.5.1868, Nr. 112 (PDF: 16)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Anzeige über <b>SGWV</b> (3. Serie, Hefte 49-72, Jg. 1868), herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> . Zusätzlich als Werbeprospekt der Zeitung beigelegt.	
55	Mi, 20.5.1868, Nr. 117 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig	Vermischtes: Bericht über die <b>Volksver- sammlung der Steuerzahler</b> Berlins. Die Themen waren die Erhöhung der Miets- steuer und die Frage, welcher der Abge- ordneten dafür gestimmt hätten. V wird als Befürworter genannt.	
56	Fr, 12.6.1868, Nr. 135 (PDF: 16)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Juni): Es wird kurz erwähnt, dass V der Versammlung ein Gutachten der wissenschaftlichen <b>Deputa- tion über die Kanalisierung Berlins</b> zu- gesandt hat.	nichts bei Andree
57	Fr, 19.6.1868, Nr. 141 (PDF: 24)	1. Beilage S. 4, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Juni): Thema ist die <b>Umwandlung einiger Privatschulen in Gemeindeschulen</b> . V fordert die Bildung einer gemischten Deputation.	nichts bei Andree
58	Sa, 4.7.1868, Nr. 154 (PDF: 9)	S. 8, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 3. Ju- li): Es geht erneut um die <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> . V drängt auf eine Ent- scheidung, damit geeignete Anträge ge- stellt werden könnten und man endlich von	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV, aber keine De-

			<p>einem provisorischen zu einem endgültigen Steuersystem käme. Er warnt davor, den Magistrat ohne Entscheidung zu lassen und verwarft sich auch noch gegen den Vorwurf, er hätte eine regelmäßige Polizeiresolutensteuer beantragt. Dies sei für ihn nur eine außerordentliche Maßregel. V beantragt, die Anträge des Magistrats abzulehnen und diesen zu ersuchen, mit Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer eine dauerhafte Ordnung des städtischen Haushalts zu erreichen. Sein Antrag wird abgelehnt.</p>	tails
59	<p>Sa, 4.7.1868, Nr. 154 (PDF: 12)</p>	<p>3. Beilage, S. 3, 1. Spalte</p>	<p>Anzeige über die <b>SGWV</b>, herausgegeben von V und <b>Fr. v. Holtzendorff</b>. Der Vortrag Vs über <b>Nahrungs- und Genussmittel</b> wurde besonders hervorgehoben (2. Serie, Nr. 48). Ferner sind in der 3. Serie Heft 52-54 erschienen, in acht Tagen folgen die Hefte 55-57 in der 3. Serie.</p>	
60	<p>Fr, 24.7.1868, Nr. 171 (PDF: 36)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 2. Spalten unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Juli): Thema war um eine Steuervorlage des Magistrats. V schlägt die Anberaumung einer neuen Sitzung vor.</p>	<p>nichts bei Andree</p>
61	<p>Do, 30.7.1868, Nr. 176 (PDF: 43)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalten unten</p>	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass V sich mehrfach dafür eingesetzt habe, dass Untersuchungen über den <b>Stand des Grundwassers</b> stattfinden.</p>	
62	<p>Fr, 31.7.1868, Nr. 177 (PDF: 48)</p>	<p>1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben</p>	<p>Vermischtes: Es geht um das neuste Heft des <b>Vschen Archivs</b>. Dieses enthält eine Erklärung Vs zu der <b>Besetzung der Assistentenstellen im pathologischen Institut in Bezug auf das Glaubensbekenntnis der</b></p>	<p>Die <i>Besetzung der Assistentenstelle am Berliner pathologischen</i></p>

		<p><i>Bewerber</i>. Es gab bereits eine erste Erwiderung Vs in der „<b>Zukunft</b>“, auf die die <b>Philipponsche Zeitung</b> bereits einen weiteren Angriff gestartet hat. Die Zeitung führt den angeblichen Widerstand Vs gegen die Ernennung <b>Traubes</b> zum ordentlichen Professor an. Außerdem hat die „<b>national-liberale Correspondenz</b>“ von der Angelegenheit in einer Weise Notiz genommen, die V als lügenhaft bezeichnet. Dies hat V veranlasst, jetzt keine Rücksicht mehr zu nehmen und über die Vorgänge unter Nennung von Namen zu sprechen. Er belegt durch das eigene Schreiben, dass der genannte jüdische Arzt Vs Verfahren keineswegs verletzend, sondern vielmehr dankbar anerkannt habe. Herr <b>Dr. Meilitz</b> habe sich bei seinem Angriff nicht geschaut, das Gerücht zu verbreiten, V habe einen älteren Assistenten, der früher Jude war, zum Glaubenswechsel genötigt. Die „national-liberale Correspondenz“ behauptet dazu, V hätte einen jungen Gelehrten, der früher jüdischen Glaubens war, erst dann angenommen, als dieser seine Taufe bekommen habe. Den Vorgang schildert V folgendermaßen: er habe tatsächlich einen jungen Arzt nach seiner Taufe angenommen. Dies geschah aber nicht aufgrund der bestandenen Taufe. Schließlich würde V seine <b>Assistentenstellen nicht als Belohnung für Konvertiten</b> sehe; wie unwürdig sei es für den jungen</p>	<p><i>Institut mit Beziehung auf das Glaubensbekenntnis der Bewerber:</i> Virchows Archiv, 1868, Volume 44, Nr. 1, S. 138-144 (über Springerlink.com)</p>
--	--	---	---

			<p>Gelehrten. Man würde behaupten, er würde konvertieren, um eine Assistentenstelle mit 200 Talern Gehalt zu bekommen. In Vs Augen verlöre die Geschichte endgültig an Kraft, wenn man wüsste, dass er selbst den jungen Gelehrten nie abgewiesen habe, sondern ihn zur Bewerbung ermutigt habe. V greift Dr. Meilitz erneut an, der aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, dass V die Ernennung Herrn Traubes zum ordentlichen Professor ablehnt habe. Damit seien Fakultätsgeheimnisse an die Öffentlichkeit gekommen. Weiterhin hält V statutenmäßig die <b>Ordinate für Stellen und nicht für Titel</b>. Und wenn nun keine Stelle vakant sei, könne man auch keinen neuen Ordinarius benennen. Gehe man davon ab, so ließe man Willkür regieren. So habe er sowohl als Professor als auch als Abgeordneter immer öffentlich gestimmt. Damit könne Dr. Meilitz schon im Voraus ablesen, wohin Vs Voten weiterhin gehen werden. Sollte der Arzt jedoch weiterhin seine „zuverlässige Quelle“ nutzen, sollte er sich informieren, wie V sich in Abstimmungen verhalten habe, in denen es um die <b>Anstellung von Juden</b> ging. V leugnet nicht, dass unter den <b>Juden</b> sehr ausgezeichnete Männer seien, sogar verhältnismäßig viele. Aber nicht jeder Jude habe deswegen das Zeug zu einem <b>Spinoza</b> oder <b>Lasker</b>. Der Familien- und Stammesstolz führe leicht zu Überheblichkeit und Ungerechtigkeit.</p>	
--	--	--	---	--

			Er zweifle aber nicht daran, dass die Empfindlichkeit der Juden sich geben werde mit der vollen <b>Gleichberechtigung</b> , für die V sich immer einsetzen werde.	
63	Di, 4.8.1868, Nr. 180 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht vom siebzigsten Stiftungsfest des königlichen medizinisch-chirurgischen <b>Friedrich-Wilhelms-Institut</b> . V ist als Gast erschienen.	
64	Fr, 7.8.1868, Nr. 183 (PDF: 9)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Aug.): V ist Teil einer <b>Deputation</b> , die dem Innenminister einen Entwurf vorlegen soll <b>über die Normierung des Gehalts einer vakanten Stelle eines besoldeten Stadtrats</b> .	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
65	Fr, 14.8.1868, Nr. 189 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Aug.): V beantragt <b>Urlaub</b> . Seinem Antrag wird stattgegeben.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
66	Do, 10.9.1868, Nr. 212 (PDF: 9)	1. Seite, 2. Spalte mittig	Rückblick auf den 1. Mai 1867, als <b>Bismarck</b> im preußischen HdA den Gesetzentwurf einbrachte, der <b>Verfassung des norddeutschen Bundes</b> die vorbehaltene Zustimmung zu erteilen. V wird, als Teil einer Gruppe erwähnt, die die Überweisung an eine Kommission befürworteten. V hob besonders die unklare Rechtsituation hervor, wenn diese Frage in der Schwebe bliebe.	
67	So, 20.9.1868, Nr. 221 (PDF: 28)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Bericht von der ersten allgemeinen Sitzung der 42. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Dresden</b> . V beginnt seine Rede mit der Hoffnung, dass die <b>Reorganisation des Unterrichts</b> in den Vordergrund tritt, wenn das System	Über den naturwissenschaftlichen Unterricht. Tagbl. d. 42. Versammlung

		<p>des <b>bewaffneten Friedens</b> vorüber sei. Schon jetzt sei überall klar, dass eine andere Form des Unterrichts gefunden werden müsse, wenn <b>Europa den Standpunkt seiner Intelligenz behaupten</b> wolle. Aus der Zelle des Gelehrten komme lange Zeit nur ein Funkeln. Dann ginge es weiter in den Kreis der Berufsgenossen. Die Naturwissenschaft sei nie aggressiv gewesen, wohl sei sie aber angegriffen worden, weil man darin Gefahren für die eigene Lehren und Dogmen sah. Die Schulen hätten bis jetzt wenig aus den Naturwissenschaften gezogen, teils, weil die Lehrer selbst wenig dafür getan haben, teils, weil die höheren Schulen sich mit praktischen Ergebnissen begnügen. Allerdings gebe es noch andere Zwecke und Folgen. Selbst eine nationale Aufgabe hätten sie, wie sich das in <b>Hannover</b> gezeigt habe, wo der <b>Romanismus</b> gebrochen wurde. Er verlange deshalb mehr Aufnahme von <b>Naturwissenschaften in den Schulen</b>, nicht aus materiellen Zwecken, sondern zur <b>Förderung der allgemeinen menschlichen Bildung</b>. Dazu habe sie das nötige Maß erzieherischen Charakters. Zwar sei das Material vielleicht unsicher, aber alles Lebendige sei naturgemäß dem Wechsel unterworfen. Darum dürfe das Wissen auch nicht dogmatisch vermittelt, sondern in seinem Entstehen vorgeführt werden. Die von der Presse bewirkte <b>Popularisierung der</b></p>	<p>deutscher Naturforscher und Aerzte. S. 185-195, Dresden</p>
--	--	---	--

			<p><b>Wissenschaft</b> gebe jedem das Mittel, ihrem Fortschritt auch zu folgen. Er müsse auch betonen, dass ein einfacher Journalist die Expedition in Sachen Sonnenfinsternis angeregt habe. Spreche man von der Unsicherheit der Naturwissenschaften, so dürfe man nicht vergessen, dass es diese auch woanders gebe. Selbst die Stetigkeit des Dogmas unterliege dem Wandel. Früher habe die Kirche <b>Galilaei</b> verdammt, heute habe sie einen berühmten Astronomen, der Jesuit sei, zur Beobachtung der Sonnenfinsternis entsendet. Die Veränderung würde umso größer, je mehr sich Geschichte und Naturforschung vermischen. Der erzieherische Charakter der Naturwissenschaft liege in ihrer Methode der strengsten Kritik und wiederholten Prüfung. Er hoffe, dass ein langer Friede die Gelegenheit biete, bei der Bevölkerung die richtige Vorstellung von dem, was man Welt nenne, einzuführen. Man müsse besonders dafür sorgen, dass die Menschen frei denken. Dazu gehöre aber <b>politisches Wissen</b>, eigenes Sehen, eigene Kritik. Wo dies fehle, müsse man nachhelfen mit Unterrichtsmitteln, wie Museen. Dazu möge auch die Presse mitwirken, wie sie es bisher schon getan habe, damit jeder werde, was er werden soll: ein geistig unabhängiger Mensch.</p>	
68	Di, 22.9.1868,	2. Beilage, S. 1,	Bericht der 42. <b>Naturforscher-Versammlung in Dresden</b> : Es wird in	



	Nr. 222 (PDF: 30)	2. Spalte unten	Sektionen gearbeitet. V leitet die <b>Sektion Medizinalreform.</b>	
69	Mi, 7.10.1868, Nr. 235 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Kunst, Literatur und Wissenschaft: Hinweis auf das „ <b>Magazin für die Literatur des Auslandes</b> “. V hat einen Beitrag unter „Deutschland und das Ausland“ über Vegetarier beigesteuert. Titel ist <b>Nahrung und Genussmittel.</b>	
70	Fr, 16.10.1868, Nr. 243 (PDF: 16)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Abgedrucktes Anschreiben des Magistrats an die SVV über den <b>Krankenhausneubau im Friedrichshain</b> . V wird mit anderen als Referent genannt, der in der außerordentlichen Sitzung der SVV am Sonnabend dazu verhandeln wird.	
71	So, 18.10.1868, Nr. 245 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 17. Okt.): Einziger Tagesordnungspunkt ist die Erbauung eines <b>Krankenhauses</b> . V bemerkt, dass die Prinzipienfrage geklärt sei. Den Hinweis des Magistrats auf eine Knochenbrennerei in der Nähe hält er für unnötig, da eine ausreichende Entfernung gegeben sei. Falls es wider Erwarten doch Probleme gäbe, hätte man aber die Unterstützung der Polizei. In seinen Augen gibt es in ganz Europa kein besseres Terrain für den Bau eines Krankenhauses als das vorgesehene. V empfiehlt den Magistratsantrag anzunehmen, allerdings mit den Änderungen zu den geplanten <b>Pavillons</b> .	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details
72	Do, 22.10.1868, Nr. 248 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 7, 1. Spalte unten	Anzeige über die <b>SGWV</b> , Hefte 58-63, herausgegeben von V und <b>Fr. v. Holtzendorff</b> .	

73	Di, 27.10.1868, Nr. 252 (PDF: 32)	2. Beilage S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Hinweis darauf, dass V im <b>ersten Wahlbezirk</b> zur <b>SVV</b> zur Wahl steht.	
74	Mi, 28.10.1868, Nr. 253 (PDF: 35-36)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis, dass V zum <b>25-jährigen Doktorjubiläum</b> zum <b>Ehrenmitglied der Berliner medizinischen Gesellschaft</b> ernannt worden ist. Das prachtvoll ausgeführte Diplom soll ihm ausgehändigt werden, wenn er von der Inseln <b>Wollin</b> zurückkehrt.	Berl. Klin. Wochenschrift vom 7.12.1868, Nr. 49, S. 505
75	Fr, 30.10.1868, Nr. 255 (PDF: 40)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 29. Okt.): Thema ist die Ablehnung einer Summe zur <b>Ummauerung von Bäumen „Unter den Linden“</b> . <b>Dr. Behrend, Heyl, V</b> und <b>Dr. Göschen</b> stimmen dafür, da nicht sicher erwiesen sei, dass die Maßnahme zum Erhalt der Bäume beiträgt und sogar einige Bäume nach dieser Maßnahme eingegangen seien. Es ist wohl weniger ein Problem des Gasaustritts als vielmehr des nicht ausreichend guten Bodens.	nichts bei Andree
76	Sa, 7.11.1868, Nr. 262 (PDF: 10 u. 11)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (3. Sitzung vom 6. Nov.): Thema sind <b>Abänderungen der Geschäftsordnung</b> im Sinne der vom Reichstag beschlossenen Modifikationen. V bemerkt, dass ein Großteil der Abgeordneten nicht im Reichstag sitze und die Verhandlungen nicht verfolgt hätte. Die jetzige Majorität sei ja nun früher die Minorität gewesen und die bisherige Geschäftsordnung habe eben dieser Minorität einen gewissen Schutz geboten. Er bitte die Anwesenden	vgl. Andree, Band 32, S. 224-227

			<p>nicht eher eine Entscheidung zu treffen bis der Antrag tatsächlich schriftlich vorliegt.</p> <p>Weiter:</p> <p>V beteuert, dass sein Interesse am Reichstag sehr groß sei, aber es wäre durch die Verhandlungen wenig befriedigt. Er weist daraufhin, dass Zeitungsberichte niemals ein klares Bild eines Geschäftsverfahrens geben können, dazu bedürfe es eines stenographischen Berichts. Diesen zu lesen sei aber für ihn nicht von ausreichendem Interesse gewesen. Die Abschaffung der Rednerliste kann er sich so gar nicht vorstellen, er wüsste nicht wohin das führen sollte. Schon jetzt wäre es ja manchmal schwierig die Aufmerksamkeit des Schriftführers zu bekommen. Er bitte nochmals darum, das forcierte Verfahren zur Schlussabstimmung abzulehnen.</p>	
77	So, 8.11.1868, Nr. 263 (PDF: 16)	1. Seite, 1. Spalte mittig u. 1. Seite, 2. Spalte oben	<p>Für V erlischt das Mandat in der <b>SVV</b>.</p> <p>Weiter:</p> <p>Hinweis für die Wähler der 3. Abteilung des <b>1. Wahlbezirks</b>, welcher die Stadtbezirke 4 und 5 umfasst. V scheidet hier aus; das Wahllokal ist das Berlinische Rathaus.</p>	
78	So, 8.11.1868, Nr. 263 (PDF: 19)	2. Beilage S. 5, 2. Spalte oben	<p>Landtagsangelegenheiten: namentliche Abstimmung über eine Gesetzesvorlage bzgl. der <b>Konfiszierung des Vermögens des Königs von Hannover</b>. V stimmt gegen die Bewilligung der 16 Millionen an <b>König Georg</b>.</p>	
79	Do,	2. Beilage,	Anzeige des dritten Reichswahlkreises der	s. a.

	12.11.1868, Nr. 266 (PDF: 27)	S. 7, 1. Spalte oben	<b>Fortschrittspartei:</b> Bei der nächsten Versammlung am 13. Nov. der Mitglieder des Wahlvereins wird V zur <b>städtischen Steuerreform</b> referieren.	13.11.1868
80	Fr, 13.11.1868, Nr. 267 (PDF: 34)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Nov.): Thema ist die <b>Rechnungsprüfung bei der Verwaltung der Pocken- und Choleraanstalten</b> . V setzt sich dafür ein, dass dazu sofort beraten wird, da gegen die Dezerntin dieses Verwaltungszweiges bereits Verdächtigungen der Presse vorlägen.	nichts bei Andree
81	Fr, 13.11.1868, Nr. 267 (PDF: 36)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Erneute Anzeige des <b>3. Wahlkreises [bezirk]</b> mit Hinweis auf Vs Vortrag zur <b>städtischen Steuerreform</b> .	s. a. 15.11.1868
82	So, 15.11.1868, Nr. 269 (PDF: 40)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht von der Versammlung der <b>Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> vom 13. Nov. Kurzer Hinweis auf Vs Rede über die <b>städtische Steuerreform</b> . V setzt sich entschieden für die <b>Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer</b> ein und weist auf die <b>zunehmende Verarmung</b> hin, resultierend aus der Abnahme der Einnahmen aus dieser Steuer bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerung Berlins.	
83	Di, 17.11.1868, Nr. 270 (PDF: 47)	S. 2, 1. Spalte oben	Hinweis darauf, dass Vs Mandat in der <b>SVV</b> mit Ablauf dieses Jahres erlischt. Danach Benachrichtigung, dass die Neuwahl im <b>1. [Wahl]Bezirk</b> , in dem V ausscheidet, im Berliner Rathaus stattfindet.	
84	Mi, 18.11.1868,	S. 3, 1. Spalte	Kurze Zusammenfassung der gestrigen [17.11.1868] Sitzung des <b>HdA</b> . Thema war	vgl. Andree, Band 32,

	Nr. 271 (PDF: 52)	oben	die Diskussion über die Finanzlage. V wird kurz erwähnt. Er hätte kurz die Zustände kritisiert, die Quelle des Übels schlagend nachgewiesen, aber im Sinne der <b>Fortschrittspartei</b> mit „haltet Frieden und gebt Freiheit!“ kein Mittel gegen <b>Steuerüberbürdung</b> und <b>Verarmung</b> vorgeschlagen.	S. 227-245
85	Mi, 18.11.1868, Nr. 271 (PDF: 53-55)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten ff.	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 17. Nov.): Thema ist die Vorberatung des Budgets. V sieht es, ebenso wie seine Vorredner, als problematisch an, dass die <b>Budgetverhandlungen</b> sich eher mit der Entwicklung Deutschlands und des Bundes befassen und mit Beschlüssen auf andere Häuser wie den Reichstag oder das Zollparlament verweisen. <b>Indirekte Steuern</b> , wie sie der Finanzminister fordert, erhöhen die Einnahmen des Bundes, nur ist dafür dann das <b>Zollparlament</b> zuständig, welches dem Bund eher gleichgültig gegenübersteht. Zumal das Zollparlament andere Aufgaben habe, als die Deckung des Defizits einzelner Staaten. V hebt den Vorschlag des Abg. <b>Twesten</b> hervor, der für eine <b>Bundesklassensteuer</b> ist. Diese mag korrekter sein, aber es entstehe dadurch kein neues Band der Einigkeit mit dem Bund. Dass die <b>Herabsetzung des Briefportos</b> einen Teil des Defizits verursacht habe, hält V eher für eine indirekte Schuldzuweisung an die Versammlung. Die Post sei mit ihren Überschüssen nicht dazu da, andere Zwe-	vgl. Andree, Band 32, S. 227-245

			<p>cke zu fördern. Die Herabsetzung war sowohl volkswirtschaftlich als auch politisch sinnvoll und es gebe trotzdem immer noch Überschüsse. Das Postwesen solle dem Bund nicht als Einnahmequelle übergeben werden, sondern um eine einheitliche Verwaltung und Verbesserungen zu erzielen. Problematisch sei ebenfalls, dass es im Bund keinen Finanzminister gebe. Bei der Gelegenheit kritisiert V auch das mangelnde Interesse der Minister, die selten anwesend seien. Aus diesem Mangel an Teilnahme erklärt sich V auch das Gerücht, der Staat hätte übermäßig viel Geld. Um die Finanzverhältnisse zu ordnen sei es nötig, ein <b>verantwortliches Bundesfinanzministerium</b> zu gründen, auch damit der preußische Finanzminister mit seinen Forderungen gehört werde. V erwähnt den Vorschlag des Abg. <b>Löwe</b>, der zur Senkung der Kosten den Militäretat kürzen möchte. Problem daran sei, dass der Etat dem Kriegsminister unterstehe. Der Reichstag habe bereits mit der <b>Vergrößerung des stehenden Heeres</b> eine Entscheidung auf die nächsten Jahre getroffen. Die Folge davon sei, dass andere Staaten nachziehen würden, was wiederum in allen Staaten Europas die Steuerlast erhöhe. Der Idee eines anderen Abgeordneten, das Heer noch zu vergrößern, um Süddeutschland zu annectieren, erteilt V eine Absage. Ein Heer nur deshalb aufrecht zu erhalten, weil man</p>	
--	--	--	--	--

			<p>         darauf warte, dass ein Staatsmann irgendwann diesen Weg gehe und Deutschland mit <b>Blut und Eisen</b> vereinigen wolle, halte er für wenig sinnvoll. Nur die Entwicklung der Freiheit könne einem Staat Sicherheit geben. Hier kommt wieder das Thema der <b>Selbstverwaltung</b> auf. Dies könne auch zu einer Kostensenkung beitragen, allerdings nicht wie in Hannover, wo in neu geschaffenen Stellen höhere Beamte eingesetzt worden seien, die sehr viel Geld kosten. Es sollten vielmehr Ehrenämter geschaffen werden, wo nicht nur das Amt den Mann ehrt, sondern auch der Mann das Amt. Eine <b>Verminderung der Bürokratie</b> und damit die Verringerung der Anzahl der höheren Beamten werde finanzielle Entlastung bringen. Von anderer Seite betrachtet man die Selbstverwaltung als Möglichkeit Kosten abzuwälzen auf Provinzen und Kreise, um den Staatshaushalt zu entlasten. Hierzu soll auch das neue Unterrichtsgesetz beitragen. V ist immer davon ausgegangen, dass es Aufgabe der Regierung sei, für den <b>öffentlichen Unterricht</b> einzutreten, besonders dort, wo die Gemeinde nicht in der Lage sei, die Schulen zu erhalten. Selbst der Kultusminister unterstütze dies, obwohl er doch anderer Meinung sein müsste. Eine Möglichkeit, den Kommunen Mittel zukommen zu lassen, wäre, die Gebäudesteuer den Gemeinden zu überweisen. Hier kämen genug Mittel zusammen,       </p>	
--	--	--	--	--

			<p>um die Kosten zu decken und auch für ein paar Verbesserungen zu sorgen. Nun müssten nur noch der Finanzminister und der Kultusminister das stehende Heer reduzieren. Und schließlich habe der Kriegsminister selbst gesagt, dass die <b>Schulen die Grundlage für das Heer</b> bilden. Ständig darauf zu schießen, Süddeutschland zu annektieren führe nur dazu, dass die Nachbarstaaten dies auch täten. Viel sinnvoller sei es, die Energie zu nutzen, den <b>Aufbau der Freiheit voranzutreiben</b> und nicht die äußere Politik über die innere zu stellen. Viel Geld sei zur Hilfe der Kleinstaaten, zur Abfindung der Depossidierten verwendet worden, dies sei schlechte Politik in den Augen Vs. Dadurch würde sich Süddeutschland auch nicht eher annektieren lassen. Der Gedanke, durch andere Organisation den Behörden Geld zu sparen, führe eher zu gegenteiligen Ergebnissen wie in Hannover. Am falschen Ende zu sparen wie z.B. am Druck von Aktenstücken, sei wenig sinnvoll. Wenn es sich darum handle, Wissen und Kenntnisse zu verbreiten, sei es nun durch Kammerberichte oder öffentlichen Unterricht, sollte man die Ausgaben nicht zu knapp bemessen, denn sie seien gut und rentabel. Zum Schluss warnt V noch mal vor der direkten Bundessteuer, diese habe keine Vorteile. Man solle eher alle Einrichtungen vermeiden, wo ohne Not in die Organisation der</p>	
--	--	--	---	--



			<p>Kleinststaaten eingegriffen werde und ihre Selbstständigkeit so gut es geht schonen. Den Vorwurf des <b>Partikularismus</b> in diesem Zusammenhang akzeptiere V gerne, da er glaube, gerade dadurch die deutsche Entwicklung zu fördern. Für ihn gelte die Parole „haltet Frieden und gebet Freiheit!“</p>	
86	<p>Do, 19.11.1868, Nr. 272 (PDF: 63)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Im <b>1. Wahlbezirk</b> ist V als Kandidat aufgestellt.</p>	
87	<p>Fr, 20.11.1868, Nr. 273 (PDF: 67 u. 68 u. 70)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (7. Sitzung vom 19. Nov.): V ist wie zwei andere Abgeordnete für die <b>Vernichtung von Schatz-Obligationen</b>. Dies mache einen besonderen legislatorischen Akt nötig.</p> <p>Weiter: Das nächste Thema sind die Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherrn für abgetretene Rechte und Besitzungen. V beantragt, mit einem anderen Abgeordneten zusammen, die Rente des <b>Fürsten v. Sayn-Wittgenstein-Hohenstein</b> im Betrag von 1000 Talern abzusetzen. Dieser Antrag wird angenommen.</p> <p>Weiter: Nächstes Thema ist die Verzinsung und Tilgung der <b>Schulden der Stadt Frankfurt</b>. Die Regierungskommission plädiert für einen deutlich geminderten Beitrag, da es noch zu keiner Einigung zwischen Preußen und Frankfurt gekommen sei. V</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 245-249</p>

			ist dafür.	
88	Sa, 21.11.1868, Nr. 274 (PDF: 4-5 u. 6)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f. u. 1. Beilage, S. 5, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 20. Nov.): Vorbera- tung des Etats, diesmal geht es um <b>Matri- kularbeiträge</b> . V wäre gerne bereit dem Antrag zuzustimmen, wenn er in klarer Weise ausdrücke, was er bezwecke. Hier sei aber Deutung in verschiedene Richtun- gen möglich. Hierzu verweist er auf den Abg. <b>Bethusy-Duc</b> , der sich gegen die Be- gründungen stelle, aber für den Antrag stimme. Er erkenne den guten Ansatz des Antrages, leider führe es aber nur zu zu- sätzlichen Steuerbelastungen, auch wenn im Nachsatz die Überbürdung Preußens dadurch nicht verschlimmert werden solle. Diese Überbürdung sei nur sehr schlecht festzustellen, meist erst wenn sie ins Ext- rem getrieben sei. Sollte es später zu Mehrbewilligungen kommen, wäre eine Verhandlung vor dem Reichstag nicht sinnvoll, nur hier wäre der Ort dafür. Was die Quotierung der Steuern betreffe, so sei keine Änderung der Verfassung nötig. V sei es daher unklar, wie man der Versamm- lung das volle Bewilligungsrecht vorent- halten könne, welches der Reichstag aber besitze; zumal der Regierung hier noch das Herrenhaus wie ein Bleigewicht anhänge. V erwähnt einen Antrag des Abg. <b>Lasker</b> , der die Einnahmen des Bundes erhöhen wolle, aber sich nicht dazu äußere, ob dies über direkte oder indirekte Steuern ge- schehen soll. Auf die Gefahren der <b>indi-</b>	vgl. Andree, Band 32, S. 249-260

			<p><b>rekten Steuer</b> bis hin zum <b>Staatsmonopol</b> habe schon der Abg. <b>Faucher</b> hingewiesen. Die direkten Steuern, die sicheren Ertrag gewähren, sollte man weder dem Bund noch dem Militär zur Verfügung stellen, sondern eher für Kulturzwecke nutzen. V geht auf den Antrag des Abg. <b>Löwe</b> ein. Dieser empfiehlt die Reduzierung des <b>Militäretats</b>. Dies hält V für sinnvoll, aber das Heer sei immer noch am Main stationiert, immer mit Blick auf die Annexion Süddeutschlands und Badens; einen Umstand den V auch in Hinblick auf Frankreich für kritisch hält, da das Land auf die Annexion Belgiens spekuliere. Die einzige Politik, die V empfehlen könne, sei die, durch gute Einrichtungen im Inneren die Nachbarstaaten zu gewinnen. Abschließend bittet V, auf neue Steuern zu verzichten und sich für das volle Steuerbewilligungsrecht einzusetzen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V weist erneut daraufhin, dass Frankreich den Eintritt Süddeutschlands in den Bund als Analogon zur Annexion Belgiens durch Frankreich sehe und man damit einen Krieg heraufbeschwöre. Auf den <b>Prager Frieden</b> will er deswegen nicht weiter eingehen und wird dann durch den Präsidenten unterbrochen.</p>	
89	Di, 24.11.1868, Nr. 276	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte	Lokales: Wahlergebnis der <b>3. Wahlabteilung</b> zu den Ergänzungswahlen der SVV. V ist wiedergewählt.	

	(PDF: 14)	mittig		
90	Mi, 25.11.1868, Nr. 277 (PDF: 20)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: V wird als <b>Vorstandsmitglied der Fortschrittspartei</b> genannt.	
91	Fr, 27.11.1868, Nr. 279 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 3., 1. Spalte, mittig	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 26. Nov.): Thema sind die außergewöhnlichen Ausgaben für Ankauf und Errichtung eines Gebäudes für das <b>Landwirtschaftsministerium</b> , Museum und Lehranstalt. V versteht nicht, wie im Etat die Rede sein könne, ein Gebäude zu kaufen, wenn doch die frei gewordene Artilleriewerkstätte in <b>Spandau</b> zur Verfügung stünde. Ob man etwa dem Kriegsministerium das Gebäude abkaufen wolle. Wenn in Berlin etwas frei sei, so sollte man hier lieber für die Universität Räume schaffen.	vgl. Andree, Band 32, S. 260-262
92	Fr, 27.11.1868, Nr. 279 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 26. Nov.): Thema sind Kirchen- und <b>Schulvisitationen</b> . V ist gänzlich gegen diese Visitationen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
93	Sa, 28.11.1868, Nr. 280 (PDF: 39)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Lokales: <b>Wahlmitteilungen</b> ; V wird als wieder gewähltes Mitglied der SVV genannt.	
94	So, 29.11.1868, Nr. 281 (PDF: 40)	1. Seite, 1. Spalte, unten	Öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses [ <b>Wahlmitteilungen</b> ] der Ergänzungswahlen zur <b>SVV</b> . V ist genannt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV am 7.1.1869
95	So, 29.11.1868,	2. Beilage, S. 1,	Landtagsangelegenheiten: Thema ist der Gesetzentwurf über die Beschlagnahmung	

	<p>Nr. 281 (PDF: 43)</p>	<p>1. Spalte unten</p>	<p>des Vermögens <b>König Georgs</b> und des <b>Kurfürsten von Hessen</b>. V wendet sich in den Verhandlungen der Kommission entschieden gegen die Gesetzesvorlage und beantragt deren Ablehnung; die Zeitung veröffentlicht eine Deduktion mit mehreren Punkten. Nach V sollte es der Staatsregierung überlassen werden, den <b>depos- sedierte[n] Fürsten</b> aufgrund von zur Last gelegten Handlungen das Vermögen zu entziehen. Dass dieser Weg nicht der früheren Stellung König Georgs entspreche, dürfe die Volksvertretung nicht veranlassen, ihre Zustimmung zur Ausnahme-gesetzgebung zu geben. Im Vertrag mit Kö-nig Georg sei ausdrücklich bestimmt, dass der vorenthaltene Grundbesitz so lange un-ter preußischer Verwaltung bleibe bis die-ser auf die Krone Hannovers verzichte. Es handle sich dabei um einen rechtskräftigen Privatvertrag. Die angeführten Gründe der Staatsregierung hätten vielleicht im Vor-wege den Vertrag scheitern lassen, erlau-ben aber im Nachhinein keine Ausnah-meregungen. Sollte der Vertrag tatsäch-lich von einem Vertragspartner verletzt worden sein, so müsse man die allgemei-nen gesetzlichen Vorschriften zur Anwen-dung bringen; aber selbst dem Feind sollte man nicht den Rechtsschutz der bestehen- den Gesetze verwehren. König Georg die vorgesehene jährliche Rente zu entziehen, werde ihn nicht davon abhalten, in seinen</p>	
--	------------------------------	----------------------------	--	--

			bisherigen Bestrebungen fortzufahren, da er in seinem sonstigen Vermögen und seinen politischen Verbindungen ausreichend Mittel finden werde. Es würde ihn sogar eher vollständig ins feindliche Lager treiben. Die Vorlage lasse sich also weder materiell noch formal rechtfertigen. Sie würde eher für Verfassung und Recht einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, <b>Gewaltmaßregeln der äußeren Politik durch Ausnahmegesetze zu sanktionieren.</b>	
96	Mi, 2.12.1868, Nr. 283 (PDF: 5-6)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 1. Dez.): Es werden die Vorberatungen zum <b>Justizetat</b> fortgesetzt. In der Frage des Budgetrechts tritt V den Forderungen des Justizministers entgegen. Vs Meinung nach ist die erste Voraussetzung des <b>Etatgesetzes</b> das Zusammenwirken der drei gesetzgebenden Faktoren. Es ließe sich nicht mit der <b>bona fides</b> („guter Glaube“) vereinen, einerseits dem Etatgesetz zuzustimmen, aber heimlich schon zu überlegen, es zu verletzen. Der Justizminister sollte nicht nur das Privatrecht, sondern auch das öffentliche Recht schützen. Nun geht es darum, dass Gelder, die bis dato dem Justizminister zur Verfügung standen, nicht mehr bewilligt werden sollen. Dies würde in den Augen des Justizministers einen Konflikt hervorrufen, den V nicht erkennen kann, da das Haus gesetzmäßig die Entscheidung treffe. Etatüberschreitungen können zwar mit nach-	vgl. Andree, Band 32, S. 263-268

			<p>träglichem Genehmigen stattfinden, aber sozusagen von vorn herein eine Überschreitung zu planen, könne der Justizminister wohl kaum mit der Verfassung in Einklang bringen. V wirft dem Justizminister auch vor, sich für unentbehrlich zu halten. Dies wäre die <b>Negation des konstitutionellen Lebens</b>. Allerdings erkennt er auch an, dass in mancher Beziehung Fortschritte gemacht wurden. Es gebe keine Verfolgung mehr von richterlichen Beamten ihrer Gesinnung wegen. Dies führe aber nicht dazu, den Justizminister für unentbehrlich zu halten, zumal wenn mit seinem Bleiben die Verfassung in Frage gestellt werde. Abschließend hält V fest, wie wichtig es sei, ein Parteimann zu sein. Sonst käme man in die Gefahr für gesinnungslos gehalten zu werden, was sowohl für einen Staatsmann als auch einen Minister gefährlich sei.</p>	
97	Do, 3.12.1868, Nr. 284 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<p>Landtagsangelegenheiten: Unter dem Titel <b>Landdrosteien</b> in der Provinz <b>Hannover</b> ist der Antrag Vs aufgeführt, ein Pauschquantum zu bewilligen. Mit diesem dürften aber keine definitiven Organisationen, insbesondere keine definitiven Anstellungen von Beamten, bewirkt werden.</p>	
98	Sa, 5.12.1868, Nr. 286 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (16. Sitzung vom 4. Dez.): Thema ist ein Gesetz, bei dem es um den gegenseitigen <b>Austausch von Gebietsteilen zwischen Sachsen und Preußen</b> geht. V will nicht, dass die Regierung das Recht haben</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 268-280

			<p>soll, ohne Zustimmung des Hauses, selbstständig die Organisation der Behörden zu gestalten. Dies sei verfassungswidrig. Die Darstellung, dass Hannover nun für alle vorgearbeitet habe, hält er für falsch und die daraus resultierende Vormachtstellung für vermessen. Vereinzelt wurden Maßnahmen ergriffen, die aber nur den Anschein der <b>Selbstverwaltung</b> erzeugen. Solange die Provinzialordnung nicht geändert werde, würde nichts geschehen. Die Sache sich entwickeln zu lassen, würde nur funktionieren, wenn sich die Verwaltung organisch entwickelt hätte, was aber hier nicht der Fall sei. V greift den Abg. <b>Windthorst</b> an, dem er <b>Föderalismus</b> vorwirft. In Preußen wolle man eine <b>Verwaltung auf dem Boden der Gemeindefreiheit</b>; Windthorst wolle sie aufgrund der Provinzialfreiheit mit Föderalismus zu Gunsten bevorzugter Klassen. V ist für <b>Dezentralisation</b> für alle. Seiner Meinung nach geht der Föderalismus in Richtung des Feudalen, die Dezentralisation in Richtung Demokratie. Der Adel an sich stehe dem nicht entgegen, nur dort, wo er einen Sonderstatus verlange. Für V käme es zu einer besseren Gestaltung, wenn sich die Gemeinden ihre Beamten selbst wählen könnten und die Anstellungsdauer begrenzt wäre, alles andere fördere nur die Bürokratie. Eine wirklich gute Entwicklung des Staates und des Verfassungswesens werde</p>	
--	--	--	---	--



			erst dann stattfinden, wenn man sie von unten her aufbaue. Die <b>Schmälerung etwaiger Sonderinteressen werde Ersatz finden im Gedeihen des gesamten Vaterlandes.</b>	
99	So, 6.12.1868, Nr. 287 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 8, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (17. Sitzung vom 5. Dez.): Noch einmal Erwähnung von Vs Antrag bzgl. des Pauschquantums für die <b>Landdrosteien</b> in der Provinz <b>Hannover</b> .	vgl. Andree, Band 32, S. 280
100	Di, 8.12.1868, Nr. 288 (PDF: 27)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 7. Dez.): Thema ist die <b>Landgendarmerie</b> . Für V ist es nach wie vor problematisch, dass die Gendarmen dem Kriegsminister unterstehen. Schon 1861 habe die Budgetkommission auf die Notwendigkeit einer veränderten Organisation hingewiesen. Man müsse diese unnatürliche Personalunion beseitigen. Verhänglich sei besonders, dass die <b>Gendarmen dem Militärrecht unterliegen</b> , während die von ihnen abhängig gemachten Sachen dem Zivilrecht unterstehen. Er hoffe, dass für die Landgendarmerie eine Organisation zu finden sei, ähnlich der der Berliner Schutzmannschaften. Noch zweifelhafter sei die Existenz der Gendarmen im Hinblick darauf, dass es keinen preußischen Kriegsminister mehr gibt.	vgl. Andree, Band 32, S. 281-283
101	Do, 10.12.1868, Nr. 290 (PDF: 35 u. 36)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage,	<b>HdA</b> (19. Sitzung vom 9. Dez.): Thema ist der <b>Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten</b> . V steht nach seiner Aussage in keinem besonderen Verhältnis zu <b>Sachsen</b> , weder zum Hofe, noch zu den Demokraten. Man habe ihm aber versi-	vgl. Andree, Band 32, S. 283-284

		S. 3, 1. Spalte oben	<p>chert, dass Sachsen loyal zu Bund sei. Allerdings sei er darauf hingewiesen worden, dass die sächsischen Demokraten liberale Sympathien, besonders Richtung Österreich, hegten. Vielleicht solle man der Regierung diesen Weg auch empfehlen. Käme es dazu, bräuchte man all die Gesandten nicht mehr, das würde viel Geld sparen.</p> <p>Weiter: V bittet sein Schweigen gegenüber dem Minister nicht als Zustimmung aufzufassen und hofft später, beim Etat des Kultusministeriums, darlegen zu können, wie weit man in Bezug auf den Liberalismus Österreich voraus sei.</p>	
102	Do, 10.12.1868, Nr. 290 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 6, 1. Spalte mittig	Anzeige der <b>Fortschrittspartei</b> : Aufruf zur <b>Generalversammlung des Wählervereins</b> am 11. Dezember, V ist mit Unterzeichner als Teil des Vorstandes.	s. a. 15.12.1868
103	So, 13.12.1868, Nr. 293 (PDF: 57)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (22. Sitzung vom 12. Dez.): Am Ende der Sitzung Hinweis darauf, dass V in der Abendsitzung sprechen wird.	vgl. Andree, Band 32, S. 285-299
104	Di, 15.12.1868, Nr. 294 (PDF: 60-61)	S. 7, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (Abendsitzung vom 12. Dez.): Weiterführung der Generaldebatte über den Etat des Kultusministeriums. V spricht über die Stellung des Staates zu <b>Kirche und Schule</b> . In seinen Augen ist jeder andere Standpunkt als der der <b>Parität</b> verfassungswidrig. Die Volksschulen auf Konfessionen zu begründen hieße, das religiöse Gezänk in Permanenz zu erklären. Die	vgl. Andree, Band 32, S. 285-299 s. a. 25.12.1868

			<p>Konfessionen beschäftigen sich mit den göttlichen Gesetzen, die heutige Kultur gebe aber die natürlichen, menschlichen Gesetze dem Unterricht als Grundlage. Zwar beruhe die Kultur hier auf dem Christentum, aber nicht auf dem Dogma, sondern auf der Liebe untereinander. Hierdurch sei die Leibeigenschaft und Sklaverei gefallen und die <b>Gleichberechtigung</b> errungen <b>mit Glaubens- und Denkfreiheit</b>. Unterricht beruhe auf Entwicklung, nicht auf dem Dogma, dass sich nichts entwickeln dürfe; was dem starren katholischen Prinzip entspricht. Das deutsche Volk habe allen anderen die <b>Fahne der Denkfreiheit</b> und der Entwicklung vorangetragen, während der Kultusminister mit seinem <b>Romanismus</b> nicht nur kein Staatsmann, sondern sogar das Gegenteil eines solchen sei. Die Gemeinden Schulen bauen zu lassen und ihnen dann zu sagen, was gelehrt werden solle, führe dazu, dass der gute Wille der Gemeinden erlahme. Es gehe nicht darum, dem Volk die Religion zu nehmen. Das Christentum war nie reiner und heiliger, als es in der Gemeinde gelebt wurde, vom Staat unberührt. Er äußert Bedenken gegen die <b>Affentheorie</b>, welche die fortschreitende Entwicklung unterstütze, während das Dogma den paradiesisch vollendeten Menschen durch eine rückläufige Bewegung herabdrücke. V schließt mit den Worten, dass der alte Himmel nicht mehr</p>	
--	--	--	---	--

			bestehe, die Naturwissenschaften hätten ihn beseitigt und er sei nicht mehr wieder herstellbar.	
105	Di, 15.12.1868, Nr. 294 (PDF: 66 u. 67)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 1, 2 Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Lokales: Bericht über die <b>Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> vom 11. Dez. V wird als Mitbewesender genannt. Weiter: V spricht sich mit anderen gegen den Vorschlag von Herrn <b>Benfy, Schulgemeinden</b> zu bilden, aus. Weiter: V führt aus, dass jetzt die <b>Stimme der Völker über Krieg und Frieden</b> nicht mehr überhört werden könne, allerdings sei der Himmel gerade umwölkt. In Frankreich werde nach der Friedenserklärung vom letzten Jahr der <b>Napoleonismus</b> zum Krieg gedrängt. Komme es zu einem Zusammenstoß, so werde das Land die besten Aussichten haben, welches das größte nationale Bewusstsein habe. Eine auf zwei Jahre <b>begrenzte Dienstzeit</b> sei nicht unerreichbar, wie die derzeitigen Beurlaubungen zeigen.	
106	Mi, 16.12.1868, Nr. 295 (PDF: 69)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [15.12.1868] Sitzung des <b>HdA</b> : Vs Vorwurf wird erwähnt, dass die Leiter des <b>preußischen Schulwesens</b> unwissend seien, was sie unter der zur Schau getragenen Vorliebe zum Glauben verbergen.	vgl. Andree, Band 32, S. 300-316
107	Mi, 16.12.1868,	1. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 15. Dez.): Thema ist bei den Budgetberatungen der <b>öffentli-</b>	vgl. Andree, Band 32,

	<p>Nr. 295 (PDF: 72-73 u. 74)</p>	<p>2. Spalte oben f. u. 1. Beilage; S. 2, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>che Unterricht.</b> V beklagt die Verminderung der Anzahl der Inländer an den Universitäten im Vergleich zur Zunahme der Schülerzahlen an den höheren Lehranstalten. Ursache sei der Zwang, den die Militärverhältnisse ausüben. Die Not läge bei den Schulen und Schülern. Vielregiererei, Bürokratismus und zunehmend tyrannischer Charakter, gepaart mit der Hinzuziehung Geistlicher in den Schulkollegien, ließe das Durcheinander wachsen. Eine organisierte Behörde müsse doch genügen. Unter solchen Umständen entscheide nur die Stimmung einzelner Personen, nicht das Gesetz. Hätte man ein Schulgesetz, ähnlich wie in Österreich, so hätte man klare Verhältnisse, auch um das <b>Religionsgezänk</b> aus der Gesetzgebung auszutreiben. Die Universitäten verlören mehr und mehr ihren universellen Charakter, besonders in der theologischen Fakultät. Früher war die katholische Kirche Trägerin der gesamten Bildung, die gegenwärtige Kirche entferne sich immer weiter von ihr. Es handle sich nicht um einen <b>Streit zwischen</b> Glauben und Unglauben, sondern zwischen <b>Glauben und Wissen</b>. Wissen sei kein Unglaube, aber jeder Mensch soll an dem positiven Wissen seiner Zeit Anteil haben. Trete zwischen Wissen und Glauben ein Widerspruch auf, so müsse der Glaube Zugeständnisse machen, so wie er es auch immer gemacht habe. Als Beispie-</p>	<p>S. 300-316</p>
--	---------------------------------------	--	--	-------------------

			<p>le nennt V die Darstellung des Himmelsgewölbes im Berliner Lesebuch und den Jesuiten, der zur Beobachtung der Sonnenfinsternis geschickt worden ist. Den angehenden Lehrern müsse die volle Breite des Wissens entgegengebracht werden, damit sie in diesem <b>Kampf zwischen Wissen und Unwissenheit</b> nicht unterliegen. Dies geschehe zurzeit nicht, denn sonst wäre es nicht möglich, dass Männer, die das Recht haben, die Kanzel zu besteigen, die wichtigsten Lehrsätze leugnen. Im Unterricht an den Gymnasien sei eine Ausdehnung der klassischen Bildung zu Lasten der Mathematik und der Naturwissenschaften festzustellen. Wichtiger wäre, das wertvolle <b>Wissen unserer Zeit weiterzugeben</b>. Die angehenden Lehrer treten ihren Beruf mit zerstückeltem Wissen und verworrene Glauben an, damit erziehen sie kein nationales Geschlecht. Die gegenwärtigen Behörden leisten das nicht und so würden alte Vorgehensweisen wieder hervorgeholt, weil es noch kein Unterrichtsgesetz gebe. V kritisiert weiter die eingeführten <b>Schulvisitationen</b>, die zeigen würden, dass die Kirche über die Schulen herrsche und den Lehrern zeige, dass sie es ohne Orthodoxie zu nichts bringen würden. Aber es existieren auch andere Glaubensrichtungen, wie die <b>Juden</b>, die vor der Verfassung das gleiche Recht hätten.</p> <p>Weiter:</p>	
--	--	--	--	--

			<p>V hält es für sinnvoll, zur Verbesserung der <b>Ophthalmologie</b> praktische Anstalten einzuführen und nicht nur außerordentliche in ordentliche Professuren umzuwandeln. Die Einführung von <b>Fachprofessoren als Fach-Examinatoren</b> führt in seinen Augen zu einem <b>Lehrmonopol mit Beeinträchtigung der Lehrfreiheit</b>.</p> <p>Weiter:</p> <p>V bedauert, dass dem <b>Consistoriapräsidenten</b> nicht die Kuratorstelle übertragen worden ist. Wenn man sich nun über das Versehen der vorjährigen Beratungen auslasse, zeigen sich nun die Schattenseiten, auf die man im letzten Jahr schon hingewiesen habe. V macht auf die schlechten Auditoriumsräume der Universität aufmerksam und verweist auf ein zur Erweiterung gut geeignetes Grundstück der Artilleriewerkstatt hin.</p>	
108	Do, 17.12.1868, Nr. 296 (PDF: 77 u. 79)	S. 7, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (25. Sitzung vom 16. Dez.): V stellt den Antrag, die Regierung unverzüglich aufzufordern, die für Bibliothekszwecke erhobenen <b>Immatrikulationsgebühren der Universitätsbibliothek zufließen zu lassen</b>. Die bis jetzt fließenden Mittel seien für die angewachsene Bibliothek zu klein. Aus den erhobenen Gebühren würde ein Großteil der königlichen Bibliothek zufließen. Es wäre wünschenswert, wenn man der Universität die Einnahmen lasse, die aus ihren eigenen Quellen fließe.</p> <p>Weiter:</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 317-319

			<p>Zum Thema <b>Realschulen und Gymnasien</b> plädiert V dafür, dass Schülern mit Zeugnis vor dem 1. Jan. 1869 auch dann die Berechtigung zum einjährigen Dienst zusteht, wenn sie dieses erst nach diesem Datum bei der zuständigen Stelle einreichen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V betont nochmals seinen Antrag. Viele junge Leute hätten die Berechtigung nach den alten Vorgaben, aber noch nicht das Eintrittsalter erreicht. Diesen müsse man die Berechtigung auch durch die neuen Vorgaben erhalten. Nach Erklärungen des Ministerpräsidenten zieht er seinen Antrag zurück.</p>	
109	Fr, 18.12.1868, Nr. 297 (PDF: 87)	2. Beilage, S. 8, 2. Spalte unten	<p>Anzeige über die Gründung eines <b>Vereins zum Aufbau von Asylen für Obdachlose</b>, verbunden mit Arbeitsnachweisen. Man ruft die Berliner Bürger zu <b>Spenden auf</b>. Ein geeignetes Gebäude ist bereits erworben und eine Eröffnung ist im nächsten Monat geplant. Man hofft besonders drauf, obdachlose Frauen und Mädchen damit zu unterstützen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
110	So, 20.12.1868, Nr. 299 (PDF: 96)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (28. Sitzung vom 19. Dez.): Thema ist die <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b>. V zeigt sich überrascht von der schroffen Ablehnung der Regierungsvertreter. Er stellt die Frage, wie eine Steuer wirke, die so im Gegensatz zur Freizügigkeit und damit zur gesamten modernen Entwicklung stehe. Die Ärmsten werden am stärksten getroffen, weil diese fast ausschließlich von Brot</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 320-330



			<p>leben, trotz der Verbesserungen in der Ernährung durch die <b>Volksküchen</b>. In <b>Belgien</b> habe man mit der Aufhebung gute Erfahrungen gemacht. Wer glaube, dass es zu einer Besserstellung der Bäcker und Fleischer führe, mache sich kein Bild von der Konkurrenzsituation. Das freiwerdende Geld wäre ein starker Anreiz für die Produktiv-Genossenschaften, fast im Sinne einer Staatsunterstützung. Die Gegner der Aufhebung würden sich nun als Vorkämpfer der kommunalen Selbstständigkeit darstellen, was Unsinn sei, da keine Kommune sich solche unbequemen Steuern auferlegt hätte. Trotz der Unpopularität steht V für seine volkswirtschaftliche Überzeugung ein, nur mit dem <b>Kultusinteresse als Bundesgenossen</b>. Dem gegenüber stehe die doppelte Geschäftigkeit der Wohlhabenden, die eine Steuererhöhung fürchten als Ersatz für die entgangenen Einnahmen. Auch dazu gehöre der Teil des Arbeiters, der nicht zur Wahl gehe oder zu stumpf sei, sich die pfennigweise Auszahlung einer Steuer auszurechnen oder sogar auf Staatsunterstützung hoffe. V warnt allerdings auch vor übertriebenen Annahmen, was die Wirkung der Mahl- und Schlachtsteuer angehe. Die Feststellung der Konsequenzen sei vielschichtig und sehr schwierig.</p>	
111	Mi, 23.12.1868,	S. 1, 2. Spalte	Artikel über die Budgetberatungen. V wird als besonders erfolgreicher Gegner des	

	Nr. 301 (PDF: 100)	unten	<p>Kultusministers hervorgehoben. Er unterstütze die <b>Gedankenfreiheit</b>, die moderne Staatsbildung, mit dem <b>Recht als Blüte des Christentums</b>, welche aus den Ruinen der Konfessionen und des Glaubensunterschiedes hervor komme. Er setze sich ein für die <b>Schule als Ort der Pflege des Wissens und nicht des Glaubens</b>. Eine weitere Rede Vs wird genannt. Er weise den hierarchischen Faden nach, der sich durch das ganze Behördengewirr ziehe und dass das Wort der Kirche häufig entlehnt werde, um es gegen die Schule zu gebrauchen. Das regierende System stemme sich mit Macht gegen Glaubens-, Lehr- und Lernfreiheit, die unterstützt werden soll durch eine Entfernung der <b>städtischen Intelligenz</b> eines Vs, <b>Waldecks, Twestens</b> etc. aus der Volksvertretung.</p>	
112	Fr, 25.12.1868, Nr. 303 (PDF: 106-109)	3. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben ff.	<p>Ein Rückblick: Es handelt sich hierbei um die Rede Vs im HdA vom 12. Dez. aus der Tagessitzung, die nicht am 13. Dez. mit abgedruckt worden ist:</p> <p>Die Worte, die der Abg. <b>Reichensperger</b> gesprochen habe, so V, habe die fröhliche Aussicht eröffnet, dass dieser vielleicht mit dem Kultusminister [<b>v. Mühler</b>] im nächsten Dezember auf dem ökumenischen Konzil zusammentreffen werde. V interpretiert zynisch, dass mit der in Aussicht gestellten allgemeinen Liebe und dem Aufhören aller Gegensätze sich in Reichensperger der treueste Anhänger für den</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 285-299

			<p>Kultusminister angefunden habe. Ein weiterer Punkt, über den man sich wundern müsse, sei die Aussage des Kultusministers, für den preußischen Staat den Charakter des evangelischen Staats zu übernehmen. Es sei sogar von Toleranz gegenüber den anderen Konfessionen die Rede gewesen. Hierbei stelle sich eher die grundsätzliche Frage, welches Interesse der Staat daran habe, wie die Gestaltung der kirchlichen Dinge vorankomme. Fest stehe aber, dass man gar nicht untersuchen müsse, wie der Staat sich im Zusammenhang mit der Religion verhalte, sondern die Verfassung sei in diesem Punkte ganz kategorisch, indem sie die <b>Parität der Religions-Gesellschaften</b> feststelle. Der Kultusminister habe selbst gesagt, was man das Religionswesen nenne, sei nur das, was aus den Glaubenssätzen einer bestimmten <b>Konfession</b> hervorgehe, zumal es keine einheitliche, christliche Lehre gebe, wie der Abg. <b>Reichensperger</b> festgestellt habe. Nun bei den Volksschulen die Konfessionen zu berücksichtigen hält V für bedenklich. Man dürfe nicht die Religion als Basis des Unterrichts vorsehen, für den der Staat verantwortlich sei. Probleme entstünden nicht in konfessionell einheitlichen Gebieten, sondern in den gemischten Gebieten, wie man sie meistens vorfinde. Die <b>konfessionslose Schule</b> als <b>[k]eine religionslose Schule</b> zu bezeichnen, halte V für ein</p>	
--	--	--	---	--

			<p>absichtliches Missverstehen. Bei der Einführung einer solchen Schule halte man sich nur an die Verfassung. Die Religionsgesellschaften könnten dabei sehr wohl den eigenen Religionsunterricht gestalten. Die heutige europäische Kultur verlange zunächst die Erziehung des Menschen nach menschlichen und nicht nach göttlichen Prinzipien. Wenn man glaube, dass diese Gesetze der menschlichen Natur von Gott abstammten, dann seien auch diese <b>Gesetze des Menschen göttliche Gesetze</b>. Möchte ein Familienvater, dass seine Kinder mit den Dogmen der jeweiligen Konfession erzogen werden, so müsse er sich selbst darum kümmern. Dies liege nicht im Sinne des Staates, der Parität anstrebe. Dann kommt V auf die <b>Juden</b> zu sprechen. Diese seien der Erfassung nach den anderen Konfessionen gleichgestellt und hätten dementsprechend genau so viel Anspruch auf Einrichtungen entsprechend ihres Glaubens. Erkenne man nun an, dass alle Konfessionen die gleichen Rechte haben werde klar, dass es wenig sinnvoll sei, für jede Konfession eigene Schulen zu bauen. Die Kinder sollten eher lernen, die Unterschiedlichkeit der anderen zu akzeptieren. Es etabliere sich so langfristig das <b>Prinzip der Rechtsgleichheit</b>, das gegenwärtig die Grundlage des Staatslebens sein solle. Man müsse aber nicht bloß die <b>Glaubensfreiheit</b>, sondern auch <b>Denkfreiheit</b> fordern</p>	
--	--	--	--	--

			<p>können. Und Denkfreiheit könne nur ohne Dogmen entstehen, denn Dogmen seien die Negation des Denkens. Erst dann sei es möglich, Menschen zu <b>selbstständigen Staatsbürger</b> zu erziehen. Wohin dieser Mangel an individueller Entwicklung und Freiheit führe, könne man an <b>Österreich</b> sehen. Die merkwürdige Tatsache, dass die Universität Wien in 500 Jahren keine bedeutenden Menschen hervorgebracht habe, mit Ausnahme der letzten 50 Jahre in der medizinischen Fakultät, sei in Vs Augen eben diesem <b>Romanismus</b> geschuldet, der nur das Prinzip der Starrheit fördere. Das römische Prinzip sei ein antinationales Prinzip, es laufe dem <b>deutschen Geist</b> zuwider. Der deutsche Geist sei es, der in ganz Europa am längsten die Fahne der individuellen Entwicklung getragen habe und für die Denkfreiheit gekämpft habe. V geht in der ganzen Angelegenheit sogar so weit, dass er äußert, dass ein Kultusminister, der mit dem Prinzip des Dogmatismus arbeite, kein Staatsmann sei, sondern dessen Gegenteil. V bekennt, dass er zwar mehr auf der evangelische Seite stünde, aber keineswegs wolle, dass nun dies die Basis des Staates werde. Für ihn hat jede Sekte ihr volles gleiches Recht.</p> <p>V kommt dann weiter auf die Probleme beim Bau der Schulen zu sprechen. Wenn eine Stadt z.B. ein Gymnasium einrichten wolle, dann habe sie das Recht, das Haus</p>	
--	--	--	--	--

			<p>zu bauen, den Etat für die Lehrer und die Gelder für die Unterrichtsmittel zu bewilligen und wenn das alles fertig sei, dem Kultusminister die Schlüssel zu übergeben und ihn gewähren zu lassen, was er in der Schule anfangen wolle. Er oder wenigstens seine Organe hätten zu entscheiden, wer Lehrer sein soll und wer nicht, was gelehrt werden soll, was nicht und ob die Schule evangelisch oder katholisch werde. Alles sei also fremdbestimmt, das sei auf die Dauer unmöglich. In diesem Vorgehen zeige sich einerseits Hochmut gegenüber der ganzen Masse der übrigen Menschheit, andererseits jene patriarchalische Auffassung, wonach die Träger der Gewalt sich für eine höhere Instanz halten. Man müsse sich endlich von diesem Prinzip entfernen. Es gebe auch genug Organe, um eine andere Umsetzung zu erreichen. Voraussetzung dafür sei nur ein Gesetz des Unterrichtsminister, das genau festlege, was eine Schule zu leisten habe. Es gelte ein <b>Unterrichtsgesetz im Interesse des Staates</b> zu gestalten, welches paritätisch sei. Die Gegner dieser Idee würden versuchen, dem Volk zu suggerieren, dass die liberale Partei es anstrebe, dem Volk seine Religion zu nehmen. Dem sei aber nicht so. Man wolle gerade dem Volk seine Religion lassen und ihm die volle Verfügung über die Art des Unterrichts übergeben. Ziel sei, den Glauben des Volkes zu schützen vor den fort-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>währenden Eingriffen der Regierungsgewalt. Er sei der Überzeugung, niemand werde der Meinung sein, dass diesen Gemeinden etwas geraubt sei. Im Gegenteil, wem man die <b>Freiheit</b> gebe, dem gebe man immer <b>ein Geschenk</b>.</p> <p>Dann geht er kurz auf die <b>Affentheorie</b> des Herrn <b>Wantrup</b> ein. Diese Theorie habe den großen Vorzug, dass sie eine fortschreitende Entwicklung der Menschen annehme. Es sei jemand vom Affen zum Menschen geworden. Die dogmatische Theorie funktioniere bekanntlich umgekehrt. Er habe niemals die Affentheorie verteidigt. Er habe im Gegenteil große Bedenken dagegen ausgesprochen, aber langfristig werde sich auf wissenschaftlichem Weg diese Theorie klären. Es gebe viele Dinge, die ursprünglich lächerlich waren und später nach wissenschaftlicher Aufklärung nun als gänzlich normales Wissen wahrgenommen würden. Dies gelte auch für das Wissen um die Gestaltung des Himmelgewölbes. Früher habe man gedacht, die Erde sei eine Scheibe, nun erscheine es mehr als sonderbar. Genauso könne man kein Dogma dauerhaft aufrechterhalten.</p>	
113	Di, 29.12.1868, Nr. 305 (PDF: 116-117)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	<b>Versammlung der Kommission zur Herstellung eines Asyls für Obdachlose</b> vom 26. Dez.: Es wird erwähnt, dass V sich für den Einsatz von Holzpritschen mit loser Strohschüttung ausgesprochen habe, in	

			dem Glauben, die sei auch auf den Feuerwachen üblich. Hierin irrt er aber, diese seien wegen der Ungezieferbelastung gegen eiserne ausgetaucht. V befand sich nicht unter den Anwesenden.	
--	--	--	---	--



## Fundstellen 1869

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	So, 10.1.1869, Nr. 8 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (30. Sitzung vom 9. Jan.): Thema ist die Vorberatung des Etats von den verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung. V ist der Meinung, dass man im Antrag nichts anderes wolle, als die im <b>Wiener Vertrag</b> durch den König von Preußen übernommenen Verpflichtungen zum Teil auf <b>Lauenburg</b> zu übertragen, welches bei Inkorporation in den preußischen Staat sofort der Fall gewesen wäre. Hielte man den Antrag für inkorrekt, müsse man bei den Zinszahlungen an <b>Dänemark</b> die Summe absetzen und von Lauenburg zahlen lassen. Man könne sich nicht auf ein Schiedsgericht einlassen, wo doch durch die Friedensschlüsse die Verpflichtungen Lauenburgs anerkannt worden seien. Die Regierung müsse sich an ihre Verträge halten.	vgl. Andree, Band 32, S. 330-334
2	Di, 12.1.1869, Nr. 9 (PDF: 20)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: Bericht über die Beratung der <b>Budgetkommission</b> zur <b>Deckung des Defizit</b> . Es wurde über die Fassung der Erklärung des Finanzministers debattiert. Es bleibt eine neue Sitzung vorbehalten und V nahm an diesem Beschluss teil.	
3	Fr, 15.1.1869, Nr. 12 (PDF: 11)	S. 3, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [14.1.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Es laufen die Schlussberatungen des Staatshaushaltsetats. V stellt den Antrag, eine Pauschalsumme	vgl. Andree, Band 32, S. 335-338

			für die hannoverschen <b>Landdrosteien</b> zur Verfügung zu stellen.	
4	Fr, 15.1.1869, Nr. 12 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (32. Sitzung vom 14. Jan.): Debatte über den <b>Etat des Justizministeriums</b>. Dazu liegen zwei Anträge vor, die Bewilligung des Gehaltes eines neuen Oberstaatsanwalts und drei neue Ratsstellen beim Obertribunal zu bewilligen. V äußert die Bedenken, dass die Regierung die Staatsanwälte im Interesse ihres Kampfes gegen die Liberalen verwendet. Wenn dies ein Ende finde, würden auch die Staatsanwälte ihre Tätigkeiten einschränken, ohne dass ihre Gewissensfreiheit darunter leide. Die Schaffung drei neuer Stellen birgt in Vs Augen ein konstitutionelles Problem. Wenn die Regierung diesen Ausweg für wünschenswert halte, brauche sie nicht ihre Freunde vorzuschicken. Sie solle selber kommen, auch wenn es bequemer sein möge, den Hauch von Nachgiebigkeit gegenüber diesem Haus zur Schau zu tragen. Die Regierung müsse doch sehen, dass sie bei eigener Initiative nicht nur stärker erscheine, sondern es tatsächlich auch sei. V stimmt im vorliegenden Falle für den Antrag, aber er spricht eine Warnung aus vor dem darin enthaltenen Prinzip.</p> <p>Weiter: Von V wird für die hannoverschen <b>Landdrosteien</b> eine Pauschalsumme beantragt.</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 335-338
5	So, 17.1.1869,	S. 2, 2. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [16.1.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Es geht um	vgl. Andree, Band 32,

	Nr. 14 (PDF: 27)	mittig	den Erlös der <b>Köln-Mindener Eisenbahnaktien</b> zur <b>Deckung des Defizits</b> . Nachdem der Finanzminister in dieser Sache darum bittet, den Weg der Verständigung einzuhalten und den alten Konflikt beizulegen, lobt V ihn, dass er das Prinzip der Zukunft erkannt habe. Solche Verträge bedürften zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung des Landtages.	S. 338-340
6	So, 17.1.1869, Nr. 14 (PDF: 29-30)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 16. Jan.): Thema ist die Übernahme der auf den Erträgen des Staates aus der <b>Köln-Mindener Eisenbahn</b> lastenden Verpflichtung zur Gewährung von Zinszuschüssen und Amortisationsbeträgen auf die allgemeinen Staatsfonds. V spricht zwei Punkte der Vorrede des Finanzministers an. Einmal geht es um die Meinungsverschiedenheit, dass die Mehrheit des Hauses den Köln-Mindener Vertrag für nicht rechtsbeständig hält, wobei der Minister glaubt, es ginge nur um die Vorlegung der Vorlage. Zum Zweiten geht es darum, dass endlich anerkannt wird, dass Verträge der Zustimmung der Landesvertretung bedürfen. Hier hätte der Minister durch seinen Verweis auf das <b>Indemnitätsgesetz</b> , was in dessen Augen dann keine weitere Zustimmung mehr bedürfe, signalisiert, dass überhaupt eine Zustimmung nötig sei. Es muss anerkannt werden, dass Dinge nur auf dem Wege der Gesetzgebung endgültig abgeschlossen werden könnten. V wunderte sich im Weiteren darüber, dass	vgl. Andree, Band 32, S. 338-340

			die Presse so dagegen Sturm laufe und in der Bevölkerung den Eindruck schüre, die Regierung könne ohne weiteres ohne Gesetz Verträge annullieren lassen. Gegen diese Ansicht protestiere er auch im Namen seiner politischen Freunde.	
7	Fr, 22.1.1869, Nr. 18 (PDF: 49)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Jan.): Thema ist die Bewilligung von Geldern für die Voruntersuchung in Sachen <b>Kanalisation</b> . V befürwortet, wie einige andere, den Antrag, damit wichtige offene Fragen endlich beantwortet werden.  Weiter: Neuwahl der Mitglieder der <b>Geldbewilligungsdeputation</b> , von denen V einer ist.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
8	Sa, 23.1.1869, Nr. 17 (PDF: 52)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: Bericht über die <b>Budgetkommission</b> . Es wird beraten über eine Petition aus <b>Schleswig-Holstein</b> , in der um Überweisung eines <b>Fonds zur Selbstverwaltung der Provinz</b> gebeten wird. V empfiehlt als Referent, die Petition an die Regierung zu überweisen. Die Kommission stimmt dem Antrag zu. Weiter geht es mit der Prüfung der allgemeinen Rechnungen von 1865. V bemerkt, dass ein Teil der Ausgaben schon 1864 getragen worden seien, ein anderer sich in 1865 niederschläge. Aufgrund der Verquickung von preußischer <b>Oberrechnungskammer</b> mit der Revision der Rechnungen des Bundes beantragt V, dass die Regierung eine Gesetzesvorlage zur nächsten Session vorlegt. Das Verfahren, ein Gesetz des Bundes zur	

			Oberrechnungskammer abzuwarten, welches der Regierungskommissar vorschlägt, hält V für nicht korrekt und in einem konstitutionellen Staat für bedenklich.	
9	Do, 28.1.1869, Nr. 23 (PDF: 73)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte, unten	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : Es sind acht Vorträge vorgesehen, V hält am 18. Feb. den 3. Vortrag über das Thema <b>Menschen- und Affenschädel</b> .	
10	Sa, 30.1.1869, Nr. 25 (PDF: 84)	1. Seite, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [29.1.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Auf der Tagesordnung stand die <b>Beschlagnahme des Vermögens König Georgs</b> . V vertrat dazu, die Beschlagnahme abzulehnen, weil es der Verfassung und den Gesetzen des Landes widerspreche, jemanden ungehört zu verdammen oder einer Ausnahme-gesetzgebung zu unterwerfen. Das Haus sei kein Gerichtshof, nur diesem stünde eine Beschlagnahme zu. Es müsse der Regierung überlassen sein, im Falle nachgewiesenen Vertragsbruchs vom Vertrag zurückzutreten.	vgl. Andree, Band 32, S. 340-349
11	Sa, 30.1.1869, Nr. 25 (PDF: 86)	S. 8, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (40. Sitzung vom 29. Jan.): V erwähnt, dass sich die <b>König Georg</b> vertraglich gewährte Abfindungssumme unter preußischer Verwaltung befinde und die Gefahr landesverräterischer Handlungen nicht vorhanden sei. Ferner entspreche es nicht der Verfassung und den Gesetzen des Landes jemanden ungehört zu verurteilen oder einer Ausnahme-Gesetzgebung zu unterwerfen. Er beantragt daher, der Regierung das weitere Vorgehen zu überlassen.	vgl. Andree, Band 32, S. 340-349

			Sein Antrag wird abgelehnt. In einer abschließenden Anmerkung steht, dass Vs Rede nicht abgedruckt wurde, weil sich die Sitzung zu lange hinzog.	
12	Sa, 30.1.1869, Nr. 25 (PDF: 99)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : Es sind acht Vorträge vorgesehen, V hält am 18. Feb. den 3. Vortrag und spricht über das Thema <b>Menschen- und Affenschädel</b> .	s. a. 28.1.1869
13	Di, 2.2.1869, Nr. 27 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 1. Feb.): Ein Thema sind die <b>Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlebergbaus</b> in den alten sächsischen Landesteilen. Für V handelt es sich nicht darum, bestehende Rechte einzuschränken, sondern bedeutend erweiterte Rechte hinzuzufügen. Die Grundsätze des neueren Bergrechts in der Theorie verdienen den Vorzug vor dem im Entwurf aufgestellten Prinzip. Ihm erscheinen die Verhältnisse des Bergbaus in den Landesteilen unter den bisherigen Rechtszuständen relativ günstig, so dass er keinen Grund sieht, Änderungen in der vorgeschlagenen Weise vorzunehmen.	vgl. Andree, Band 32, S. 349-355
14	Sa, 6.2.1869, Nr. 31 (PDF: 18 u. 19)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 1. Beilage. S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 5. Feb.): Diskussion des <b>Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein</b> . V beantragt einen Zusatz über die Wahl auf Lebenszeit zu streichen. Dies würde die Selbstverwaltung unterstützen und die Bürokratie unterbinden. Auch die lange Amtsdauer der unbesoldeten Magistratsmitglie-	vgl. Andree, Band 32, S. 356-364

			<p>der sollte von sechs auf drei Jahre reduziert werden. Eine Beeinträchtigung der Kontinuität der Verwaltung sieht er nicht gegeben, da bewährte Beamte ja wiedergewählt werden könnten. Vielmehr hätte der Wähler mehr Kontrolle bei entstehenden Übelständen. Die bisherigen Gewohnheiten der Herzogtümer dürften nicht maßgebend sein. Es möge für die Bewohner schwer sein, sich aus der Bevormundung herauszuwinden, aber wenn die in den alten Provinzen geltenden Bestimmungen der Städteordnung unzweckmäßig seien, dürfe man diese nicht in den neuen Provinzen anwenden.</p> <p>Weiter:</p> <p>V will seine Vorschläge nicht als Ideal städtischer Verwaltung aufstellen. Der <b>Bürgermeister</b> dürfe aber kein von außen zugeführter Beamter sein, sondern sollte <b>aus der Bürgerschaft</b> selbst hervorgehen. Völlig unhaltbar sei aber, dass eine Kommission von Magistratsmitgliedern den Stadtverordneten drei Kandidaten vorschlage, von denen sie einen auf Lebenszeit erwählen müsse. Vs Antrag wird aufgenommen.</p>	
15	So, 7.2.1869, Nr. 32 (PDF: 29)	3. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (45. Sitzung vom 6. Feb.): Thema ist die <b>Oberaufsicht über die Stadtverwaltung</b>. V bedauert, dass auch die Rücksicht auf das Staatswohl die Regierung zur Beanstandung eines Gemeindebeschlusses berechtigen solle, und dass auch <b>Graf Schwerin</b> diese Bestimmung in seinen</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 364-365

			Entwurf aufgenommen habe. Dies sei schädlich, wie die Erfahrung aus der Konfliktzeit zeige. Die Regierung neige dazu, Begriffe willkürlich zu interpretieren.	
16	Mi, 10.2.1869, Nr. 34 (PDF: 44)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : V wird am 18. Feb. einen Vortrag über <b>Menschen- und Affenschädel</b> halten.	s. a. 30.1.1869
17	Fr, 12.2.1869, Nr. 36 (PDF: 54)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Landtagsangelegenheiten: Bericht über die <b>Budgetkommission</b> : Thema ist die Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt <b>Frankfurt</b> . V wirft die Frage auf, was die Stadt dem Staat gebracht habe und was der Staat im Gegenzug der Stadt gewähre. Frankfurt habe viel für öffentliche Zwecke geleistet: Sie habe die <b>Lösung der Kanalisationsfrage</b> angeregt, habe die Wasserversorgung im großen Maßstab konzipiert. Keine Stadt habe so viel für künstlerische und wissenschaftliche Zwecke verwendet. Die daraus resultierenden Schulden müsse man als sinnvoll anerkennen und solche Ausgaben weiterführen. Die Stadt sei ein natürlicher Verbindungspunkt zu Süddeutschland, darum müsse Süddeutschland sehen, was es von Preußen zu erwarten habe. Frankfurt sei keine produktive und industrielle Stadt, sei also nur in geringem Maße als Steuerobjekt nutzbar.	
18	Sa, 13.2.1869, Nr. 37 (PDF: 62)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Landtagsangelegenheiten: V wird als Referent der <b>Budgetkommission</b> erwähnt.	



19	So, 14.2.1869, Nr. 38 (PDF: 70)	4. Beilage, S. 6, 1. Spalte unten	Anzeige: Vs Buch „ <i>Canalisation oder Abfuhr? Eine hygieinische Studie</i> “ wird beworben.	<i>Canalisation oder Abfuhr? Eine hygieinische Studie:</i> Virchows Archiv, 1868, Volume 45, Nr. 2, S. 231-298 s. a. 5.3.1869
20	Mi, 17.2.1869, Nr. 40 (PDF: 83)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 16. Feb.): Thema ist, durch welche Umstände der Verlust der <b>preußischen Staatsbürgerschaft</b> eintritt. V kritisiert den Antrag, dass nach einem Auslandsaufenthalt von über 10 Jahren automatisch die Staatsbürgerschaft erlischt. Er weist auf die mit Stolz im Ausland lebenden und arbeitenden Engländer hin, die durch ihre Reiselust und ihr zusätzliches Wissen den Staat bereichern. Erst die Absichtserklärung, die Staatsbürgerschaft von sich aus aufzugeben, sollte zum Erlöschen derselben führen.	vgl. Andree, Band 32, S. 365-369
21	Do, 18.2.1869, Nr. 41 (PDF: 86)	S. 8, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (51. Sitzung vom 17. Feb.): Thema ist nochmals, durch welche Umstände die <b>preußische Staatsbürgerschaft</b> verloren geht. V beantragt mit <b>Lasker</b> zusammen den Zusatz „durch Erwerb einer fremden Staatsbürgerschaft und zehn Jahre Aufenthalt im Ausland“. Vs Vorschlag wird angenommen.	vgl. Andree, Band 32, S. 366
22	Do, 18.2.1869,	2. Beilage, S. 6,	Anzeige des <b>Berliner Handwerkervereins</b> : V hält am 18. Feb. einen Vortrag über	s. a. 10.2.1869

	Nr. 41 (PDF: 91)	1. Spalte oben	<b>Menschen- und Affenschädel.</b>	
23	Sa, 20.2.1869, Nr. 43 (PDF: 102)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Landtagsangelegenheiten: Kurzer Hinweis über die Tagung der <b>Budgetkommission</b> , dass V über die Etatüberschreitungen berichtete und diese auch anfocht.	
24	So, 21.2.1869, Nr. 44 (PDF: 110)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht über den Vortrag Vs im <b>Berliner Handwerkerverein</b> über <b>Menschen- und Affenschädel</b> . V kritisierte, wie auch schon früher, <b>Vogt</b> und die von ihm aufgenommene <b>Darwinsche</b> Lehre. Die Kardinalfrage drehe sich um den <b>Schädelbau</b> und sei aber damit auch zu lösen. Vergleiche man den Menschenschädel mit denen anderer Wirbeltiere, so stelle man lediglich heraus, dass eine Verwandtschaft bestehe. Der Schädel als ein höher entwickelter Teil des Rückrates zeige schon bei niedrig entwickelten Menschen, im Vergleich zu höchst entwickelten Tieren, deutliche Unterschiede. Der den Tieren typischen Dornfortsatz und auch die Teile des Gesichtsschädels entwickeln sich so unterschiedlich, dass keine ähnliche Erscheinung auftrete. Da die Unterschiede mit höherem Alter noch größer würden, könne man nicht behaupten, der <b>Mensch</b> sei <b>ein höher entwickelter Affe</b> . Zeige ein Mensch in gewissem Grad Ähnlichkeiten mit einem Tier, so beweise dies nur, dass es sich um eine gewisse Gemeinsamkeit in der Entwicklung der Wirbeltiere handle. Moralisch gesehen könne V keine Verletzung erkennen, wie auch nicht	Menschen- und Affenschädel: Vortrag, gehalten am 18. Febr. 1869 im Saale des Berliner Handwerker-Vereins

			aus der Ableitung des Menschen aus einem Erdklos. Der Vortrag war begleitet von vielen Abbildungen und Präparaten. Er sei wissenschaftlich ruhig und frei von Angriffen gewesen und wurde mit lebhaftem Beifall beendet.	
25	Mi, 24.2.1869, Nr. 46 (PDF: 127)	2. Beilage, S. 4; 1. Spalte mittig	Versammlung des Berliner <b>Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> vom 22. Feb.: V habe wenig Lust, länger zu sprechen. Er könne sagen, dass ihm das Sprechen allmählich leid geworden sei. Er führte aus, dass man seit 20 Jahren rückwärts gegangen sei; und wenn auch von bedeutenden Leuten gesagt sei, dass er ein schlechter Prophet wäre, so habe er doch die Überzeugung, dass es noch weiter bergab gehen werde. Die Ursache liege darin, dass dauernde <b>Fortschritte nur durch die Initiative des Volkes</b> , nur von unten her, angebahnt werden können. Das preußische Volk habe zu schnell, ohne eigene Anstrengung und Kämpfe, seine Verfassung erhalten und daher komme es, dass ein Recht nach dem anderen verschwinde. Diese Erfahrung sei unschön, müsse aber gemacht werden, wie das Beispiel der neuen Provinzen zeige, die schon später klug werden würden. V wies dies an der Schleswig-Holsteinischen Städte-Ordnung nach. An dieser wie an den Provinzialfonds, von denen Hannover sehr viel bekomme, sei das <b>Wesen der falschen Selbstverwaltung</b> ersichtlich. In nächster Zeit ständen Wahlen	

			zum Reichstage und HdA bevor, und da gelte es, dass jeder bei den Wahlen seine Schuldigkeit tue. Denn alle die Gesetze dieser Session seien nur Vorbereitungen zum Kampf für die Vorlagen gewesen, welche in den nächsten Jahren kommen werden. Das Volk müsse jetzt darauf Bedacht nehmen, energisch hinter seinen Abgeordneten zu stehen, feste Männer zu wählen und eine wirkliche Vertretung des Volkes zusammenzusetzen.	
26	Do, 25.2.1869, Nr. 47 (Foto)	S. 3, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [24.2.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Fischerei-Polizei-Gesetz</b> für die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Wiesbaden. V bezweifelt, dass die Regierung genug Wissen habe, um diese Verfügungen zu regeln.	vgl. Andree, Band 32, S. 369-374
27	Do, 25.2.1869, Nr. 47 (PDF: 132)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig und 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (56. Sitzung vom 24. Feb.): Thema ist das <b>Fischerei-Polizei-Gesetz</b> für die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Wiesbaden. V befürchtet von dem Gesetz Missbrauch durch die Bezirksregierung, zumal das Korrektiv des Instanzenzuges fehle. Die Regierung sei gar nicht in der Lage, die örtlichen Verhältnisse richtig zu beurteilen. Wenn sie von sich ein unfehlbares Urteil erwarte, so überschätze sie sich selbst. Die <b>Laichzeit der Fische</b> könne man <b>nicht aus Akten</b> erfahren, sondern nur durch Beobachtung, und die Rheinlanduniversitäten böten genügend Autorität, um mit einem solchen Auftrag betraut zu wer-	vgl. Andree, Band 32, S. 369-374

			<p>den. Dass man später noch Veränderungen vornehmen könne, tröste ihn nicht, da es nicht zweckmäßig wäre, die Gesetzgebung alle Augenblicke zu verändern.</p> <p>Weiter:</p> <p>In §3 soll die Regierung die Verbote festsetzen, welche Fischgattungen, Gewässer, Netze, Geräte usw. betreffen. V wundert sich, dass die Regierung nach Ablehnung von §1 und §2 das Gesetz nicht zurückgezogen habe und spricht sich gegen §3 aus, der dann abgelehnt wird.</p>	
28	Sa, 27.2.1869, Nr. 49 (PDF: 147)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (58. Sitzung vom 26. Feb.): Die <b>Budgetkommission</b> berichtet über die Budgetüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben von 1866 und 1867. Es geht um die Ordnung der Rechtsverhältnisse der mittelbar gewordenen deutschen Reichsfürsten und Grafen. V glaubte vor sechs Jahren noch, dass das Haus Macht in Händen hielte, seitdem hätten ihn die Erfahrungen eines Besseren belehrt. Das Volk trage von Jahr zu Jahr die Kosten für den erneuten Druck der Vorlagen über die <b>Etatüberschreitungen</b>. Da er seit einigen Jahren über diese Vorlagen Bericht erstatte, habe sich bei ihm die Zwecklosigkeit dieses Aktes der Volksvertretung ausgebildet. Sein Wunsch sei es, das Haus vor <b>formellen Akten ohne Bedeutung</b> zu bewahren. Er ziehe einen mageren Vergleich dem Ruhm großer Konsequenz vor und bittet, dem Gesetz zuzustimmen. Dass die abge-</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 375-379

			<p>schlossenen Verträge nicht im Gleichzug für ungültig erklärt würden, erscheint ihm nicht wichtig genug, um den abgeschlossene Kompromiss zu gefährden. Die erste liberale Regierung Preußens müsse selbst die Rechtsgleichheit in dieser Beziehung herstellen. Ein weiterer Grund für V, den Vergleich anzunehmen, ist die Aussage der Regierung, dass sie sich 1854 und 55 nicht auf dem richtigen Wege befunden hätte und die Kritik begründet gewesen sei.</p>	
29	<p>Do, 4.3.1869, Nr. 53 (PDF: 10)</p>	<p>2. Beilage; S. 4, 1 .Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (62. Sitzung vom 3. März): Es geht um den in nächster Sitzung zu verhandelnden Antrag des Abgeordneten <b>Löwe</b>. V stellt fest, dass die Verfassungsmäßigkeit jetzt mehr im Vordergrund stünde und die Anwesenheit des Justizministers <b>Leonhardt</b> somit wichtiger sei als die des Ministerpräsidenten <b>Bismarck</b>.</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 379</p>
30	<p>Fr, 5.3.1869, Nr. 54 (PDF: 12)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Landtagsangelegenheiten: die <b>Budgetkommission</b> hat durch V Bericht erstattet über die Budgetüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben von 1866 und 1867. Der Bericht umfasst 123 Seiten und steht für Freitag auf der Tagesordnung.</p>	
31	<p>Fr, 5.3.1869, Nr. 54 (PDF: 16-17)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig f.</p>	<p>Vermischtes: Bericht über den Separatabdruck aus Vs <b>Archiv für pathologische Anatomie</b>. Es geht um eine hygienische Studie über Kanalisation oder Abfuhr. In dieser spricht sich V für die <b>Kanalisation und für die Abfuhr</b> aus. Die Kanalisation habe in der Regel für die großen Städte, die Abfuhr als solche für die kleineren Ge-</p>	<p><i>Canalisation oder Abfuhr?</i> <i>Eine hygienische Studie:</i> Virchows Archiv, 1868, Volume 45, Nr. 2, S. 231-</p>

		<p>meinden zu gelten. Damit stehe durchaus nicht im Widerspruch, was V in seiner früheren Schrift („Über die Kanalisation von Berlin“) erklärt habe, dass man nämlich nur bei einer systematischen Kanalisation finanziell und gesundheitlich gut fahren werde. Das sei wohl für Berlin anwendbar, aber es passe sicher nicht für alle Städte. Für Berlin könne etwas funktionieren, was für Stettin nicht passe, oder andererseits für Stettin geeignet sein, was für Danzig und Würzburg nicht taue. Dieser Logik könne man nicht widersprechen. V hat eine besondere Vorliebe für das <b>Tonnensystem</b>. Dieses System müsse auch, behauptet er, beim Anwachsen neuer Stadtteile und Straßen angewendet werden, weil man nicht gleich für die neuen Häuser Schwemmkanäle und Wasserleitungen zur Verfügung habe. Diese Ansicht teile man nicht ganz, weil erfahrungsgemäß jeder Neubau keine „verhältnismäßig lange Zeit“ auf die Einbeziehung in die städtischen Einrichtungen zu warten habe, denn es liege dem Hausherren ebenso sehr daran wie der Kommune, die städtischen Wohltaten auch auf sein Besitztum auszudehnen. V Sorge sich, ob den Fischen durch die Einleitung der Abwässer ein unmittelbarer Schaden zugefügt werde, da in der Spree zahllose kleinere und größere Fische umherschwimmen und von den Abwässern zehren. So müsse man überlegen, ob nicht</p>	<p>298 s. a. 15.2.1869</p>
--	--	---	--------------------------------

			auch die Nahrungsstoffe der Menschen und die Bestandteile der Exkremente etwas zur Erhaltung oder Tötung der Fische beitragen. Die Schrift Virchows empfehle sich in hohem Maße durch ihre ruhige, klare und sachgemäße Behandlung des Gegenstandes.	
32	Fr, 12.3.1869, Nr. 60 (PDF: 7)	3. Beilage, S. 3	Anzeige der <b>Lüderitzschen Buchhandlung</b> : Erscheinung der 4. Serie der <b>SGWV</b> herausgegeben von V und <b>Fr. von Holtzendorff</b> . V ist als Autor zweimal vertreten mit den Vorträgen „ <b>Menschen- und Affenschädel</b> “ und „über <b>Hospitäler und Lazarette</b> “.	
33	So, 14.3.1869, Nr. 62 (PDF: 11)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Anzeige des <b>3. Berliner Wahlbezirkes</b> zur Versammlung der Wahlmänner für die Wahl zum HdA am 16. März: Vs Erscheinen wird angekündigt.	s. a. 16.3.1869 s. a. 18.3.1869
34	Di, 16.3.1869, Nr. 63 (PDF: 14)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte, unten	Anzeige des <b>3. Berliner Wahlbezirkes</b> zur Versammlung der Wahlmänner für die Wahl zum HdA am 16. März: Vs Erscheinen wird angekündigt.	s. a. 18.3.1869
35	Do, 18.3.1869, Nr. 65 (PDF: 18-19)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten f.	Bericht über die <b>Versammlung der Wahlmänner des 3. Berliner Wahlbezirkes</b> vom 16. März: V berichtet über die abgelaufene Session des Landtages. Diese sei unglücklich gelaufen, so dass er sich frage, ob er weiterhin ein Mandat halten wolle. Zurückgehalten habe ihn nur der Umstand, dass die <b>Fortschrittspartei</b> so in der Unterzahl sei. Als die Session begann sei schon klar gewesen, dass alles beim Alten geblieben sei. Dass bei Abstimmungen Zufälligkeiten und die Befindlichkeiten der	



		<p>Abgeordneten eine Rolle spielten, könne keine konsequente Gesetzgebung erwarten lassen. Im Grundsatz sieht V die Wähler als Schuldige, da sie mit ihrem Wahlverhalten diese Situation erzeugt hätten.</p> <p>Dann kommt V auf die Staatsfinanzen zu sprechen. Hier sei die Situation äußerst angespannt und es sei überzogen zu glauben, dass vermehrte Bewilligungen aus Reichstag und Zollparlament einen positiven Effekt haben könnten. Man hinge da auch dem Irrglauben an, die Zahlungen für Preußen und für das Reich irgendwie trennen zu können. Der Wähler müsse ja so oder so zahlen. Letztendlich habe das Defizit eine gute Seite; sie sei das einzige Mittel, die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Früher habe man dem HdA zu viel Macht zugetraut. Nun käme man dahinter, dass die größte <b>Macht des HdA die Budgetbewilligung</b> sei. Wenn das erst von allen Wählern begriffen sei, dann würden man die Abgeordneten auch mehr wertschätzen. Die Wähler würden verstehen, dass es dringend nötig sei, nach allen Seiten hin nüchtern und geschäftsmäßig die Fragen zu behandeln, überall die Dinge beim Namen zu nennen und so das Volk aufzuklären, dass es dann nicht mehr bloß Abgeordnete wählen werde, die ihm eine Eisenbahn oder eine Chaussee versprechen. Dieser Mahnruf sei bei den bevorstehenden Neuwahlen mehr denn je notwendig. Die großen Städte</p>	
--	--	--	--

			<p>als die einzigen sicheren Burgen der Freiheit müssten in dieser Beziehung auf das Land wirken. Dies gelte besonders für Berlin.</p> <p>Die Zustände, die jetzt im HdA herrschen würden, seien Gift für die konstitutionellen Verhältnisse. Bezeichnend dafür sei das Vorgehen der <b>Nationalliberalen</b>, die sich in Sachen Einrichtung von Bundesministerien gar nicht erst an die zuständigen Behörden wenden würden, sondern direkt an den Bundeskanzler. So könne man keine <b>Ministerverantwortlichkeit</b> schaffen. Und Bismarck werde sicher nicht im Reichstag anerkennen, was er im Landtage bekämpfe. Entscheidend sei also, die Wähler dafür zu gewinnen, nur solche Abgeordneten zu wählen, die zur rechten Zeit das entscheidende Wort sprechen können.</p>	
36	Fr, 26.3.1869, Nr. 72 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Lokales: V ist in den Verwaltungsrat des <b>Asylvereins</b> gewählt worden.	
37	Do, 1.4.1869, Nr. 75 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Vermischtes: Eine in <b>Neuvorpommern</b> gefundene <b>Hünengrabstätte</b> ist durch V und einige andere Gelehrte besucht worden.	
38	So, 2.5.1869, Nr. 101 (PDF: 4)	3. Beilage, S. 7, 2. Spalte mittig	Hinweis auf die Tagung der allgemeinen <b>deutschen Lehrerversammlung</b> . Es schließt sich ein Aufruf an die Bürger an, diesen zu unterstützen, da mit einer großen Beteiligung gerechnet werde. Es werden Unterbringungsmöglichkeiten und <b>Spen-</b>	

			<b>den</b> erbeten. V ist Mitunterzeichner.	
39	Do, 6.5.1869, Nr. 103 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Mai): Thema ist die Vollendung des <b>Rathausbaus</b> . V hat mit mehreren anderen Abgeordneten 5 zusätzliche Anträge gestellt, die sich alle damit beschäftigen, die <b>Gerichtslaube</b> abzureißen. Weiteres Thema ist der <b>Turnunterricht in den höheren Lehranstalten</b> . V wird als ein Antragsteller und Referent zu dem Thema genannt.	nichts bei Andree
40	Sa, 8.5.1869, Nr. 105 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 8, 1. Spalte, unten	Vermischtes: In der <b>Verlagsbuchhandlung Gerschel</b> ist ein Abdruck erschienen mit dem Titel „Offener Brief eines <b>Juden</b> an Herrn Professor Dr. Virchow von <b>Dr. D. Cassel</b> “. Es wird darin Bezug genommen auf den Vortrag Vs über <b>Hospitäler</b> und <b>Lazarette</b> . V habe darin behauptet, dass die Juden, solange sie keinen Staat bildeten, nicht über eigene Hospitäler verfügt und auch keinen Einfluss auf die Krankenpflege genommen hätten. Dr. Cassel argumentiert dagegen.	<i>Offener Brief eines Juden an Herrn Prof. Dr. Virchow: Cassel, David. Gerschel, Berlin, 1869</i>
41	Fr, 14.5.1869, Nr. 110 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Mai): V hat zusammen mit anderen den dringenden Antrag an den Magistrat gestellt, das <b>Baumbergen Unter den Linden</b> zu untersuchen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
42	Sa, 15.5.1869, Nr. 111 (PDF: 17-18)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Nachricht, dass V auf den „ <i>Offenen Brief eines Juden...</i> “ mit einem Separatabdruck „ <i>Die Juden und die Hospitäler</i> “ geantwortet hat. Hierin wird angemerkt, dass die Häuser für Aussätzige im alten Jerusalem nichts mit den heutigen Krankenhäusern gemein hätten.	<i>Offener Brief eines Juden an Herrn Prof. Dr. Virchow: Cassel, David. Gerschel, Berlin, 1869</i>

			ten. V wolle daraus auch keinen Vorwurf erheben und hält es für eine krankhafte Empfindlichkeit, dies als Vorwurf zu empfinden. Er könne aber verstehen, dass aufgrund der scheußlichen <b>Bedrückungen und Rechtsverkümmungen</b> , welche <b>der christliche Staat gegen die Juden</b> anwende, dies zu erklären sei.	<i>Die Juden und die Hospitäler:</i> Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der Öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre, Band 28.2
43	Di, 15.6.1869, Nr. 136 (PDF: 21)	S. 3, 1. Spalte mittig	Nachricht, dass V den Antrag stellt, zum 100. Geburtstag <b>Humboldts</b> eine Feier auszurichten und dafür eine gemischte Deputation zu bilden. Er weist auf das herausragende Lebenswerk des Berliners und seine Leistungen für die Bürger hin.	
44	Fr, 18.6.1869, Nr. 139 (PDF: 25)	S. 3, 2. Spalte mittig	Kurzer Hinweis, dass Vs Antrag zur Feier des 100. Geburtstags <b>Humboldts</b> einstimmig genehmigt worden ist.	
45	Sa, 19.6.1869, Nr. 140 (PDF: 27)	S. 3, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Auf Anregung Vs schließen sich einige Herren zusammen und reichen eine Petition an das <b>Zollparlament</b> ein, alle deutschen Regierungen zu veranlassen, Mittel für ein <b>Humboldttdenkmal</b> zur Verfügung zu stellen.	
46	Sa, 19.6.1869, Nr. 140 (PDF: 27 u. 30)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten u.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. Juni): Vs Antrag, dass <b>Baumsterben Unter den Linden</b> zu untersuchen, ist stattgegeben. Die Tiergartenverwaltung hat sich dazu bereit erklärt, unter Hinzuziehung eines städtischen De-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

		2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	putierten. Weiter: Vs Antrag zum 100. Geburtstag <b>Humboldts</b> wird einstimmig genehmigt.	
47	Di, 22.6.1869, Nr. 142 (PDF: 35)	2. Beilage, S. 7, 1. Spalte mittig	V stellt in der <b>SVV</b> den Antrag, vor Baubeginn der nächsten Schulgebäude in den Plänen ganz auf eine <b>Lehrerwohnung</b> zu verzichten. Grund dafür ist in seinen Augen die unverhältnismäßige Größe und Kostspieligkeit der Hauptlehrer-Wohnungen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
48	So, 27.6.1869, Nr. 147 (PDF: 44)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 26. Juni): Es wurde über Vs Antrag diskutiert, die <b>Lehrerwohnung</b> in den zukünftigen Schulbauten nicht mehr einzuplanen; der Antrag wurde dann angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
49	Di, 6.7.1869, Nr. 154 (PDF: 4-5)	S. 3, 2. Spalte mittig f.	Vollständig abgedruckter Antrag Vs bzgl. der Feier zum 100. Geburtstag Alexanders von <b>Humboldt</b> .	
50	Mi, 7.7.1869, Nr. 155 (PDF: 8)	S. 3, 1. Spalte mittig	Erneut abgedruckter Antrag Vs bzgl. der Feier zum 100. Geburtstag von <b>Alexander von Humboldt</b> . Der VZ zufolge waren in der amtlichen Vorlage so viele sinnentstellende Druckfehler, dass ein erneuter, korrigierter Abdruck sinnvoll erschien. Es handelt sich hierbei um die zum Vortag abgedruckte, korrigierte Version. Zunächst ist festgestellt, wie schwierig es ist, einer solch herausragenden Persönlichkeit wie Humboldt mit einer Feier annähernd gerecht zu werden. Er habe sich mit zahlreichen Dingen beschäftigt; Ziel war aber immer, das aus Details gewonnene Wissen auf das gro-	

		<p>ße Gesamte zu projizieren. Er habe viel dafür getan sein Wissen auch weiterzugeben. Nun müsse man danach streben, eben genau dieses fortzusetzen und Wissen auch für die unteren Schichten zugänglich zu machen. Aus diesem Grund beantragt V, ein „<b>Humboldt-Museum</b>“ zu gründen, dessen Ziel es sei, einen öffentlich zugänglichen Raum für Bildung zu schaffen. Man könne öffentliche Vorlesungen halten und kleine Sammlungen aller Art dem Publikum vorstellen. So etwas gebe es in Berlin gar nicht und der Bedarf sei groß, da Einrichtungen dieser Art sonst nur speziellem Publikum vorbehalten seien. Man strebe „<b>popularisierenden Unterricht</b>“ an, also keine Forschung, sondern reine Lehre. Daher benötige man auch keine umfangreichen Sammlungen, da kein Detailwissen sondern Grundsätzliches vermittelt werden solle. Wichtig sei aber eine zentrale Lage. Man könne zunächst klein starten und erst nach und nach vergrößern. Zu überlegen sei auch, ob Schulen von dieser Institution profitieren könnten. Lehrer könnten sich hier weiterbilden und man könnte spezielle Tage für den Besuch von Schülern etablieren. Unabhängig von all dem sei aber die Verbreitung von Allgemeinwissen. Dies sei ein Mittel des Ausgleichs zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten, das in sozialer Hinsicht vorteilhaft sein werde. Es sei letztendlich ein Mittel des Schutzes vor</p>	
--	--	---	--

			Aberglauben und Dummheit. V hoffe, dass sich die Gemeinde in diesem Sinn ihrer Verantwortung bewusst sei und „sich jenes lakonischen Satzes erinnern, dass <b>Wissen Macht ist</b> , und gewiss werde bald keine bedeutendere deutsche Stadt zurückbleiben wollen, durch Gründung einer ähnlichen Anstalt der Größe des deutschen Mannes ihre Huldigung darzubringen, der zuerst unter den Neueren die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Wissens von der Natur und ihren Gesetzen versucht hat.“	
51	Fr, 16.7.1869, Nr. 163 (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Juli): Thema ist die <b>Humboldt</b> -Feier. V befürwortet eindringlich die Annahme der Magistratsanträge, da man durch diese etwas Bedeutendes und Produktives schaffen würde.	nichts bei Andree
52	Mi, 21.7.1869, Nr. 167 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über eine Versammlung des <b>Berliner Arbeitervereins</b> . <b>Dr. Baßfreund</b> hält einen Vortrag über die hohe Bedeutung des Antrages von V bzgl. der Feier zum 100. Geburtstag von <b>Alexander von Humboldt</b> .	
53	Sa, 7.8.1869, Nr. 182 (PDF: 7)	S. 2, 1. Spalte mittig	Nachricht, dass V vom Geh. Kabinettsrat <b>von Mühler</b> ein Schreiben aus <b>Ems</b> vom 27.7.1869 erhalten habe, anlässlich der <b>Humboldt-Stiftung</b> . Der König habe großes Interesse an dieser Stiftung und an einem Denkmal und möchte informiert werden über Ort und Ausführung.	
54	So, 15.8.1869, Nr. 189	S. 3, 2. Spalte mittig	Bericht über die Bearbeitung des <b>Bundesstrafgesetzbuches über die gerichtliche Medizin</b> . Grundlage ist ein Gutachten	

	(PDF: 15)		der königlich wissenschaftlichen <b>Deputation für das Medizinalwesen</b> . An diesem hat auch V mitgearbeitet.	
55	Do, 19.8.1869, Nr. 192 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Kurze Nachricht, dass V Berlin für mehrere Wochen verlassen habe, um zunächst zum internationalen <b>Kongress für prähistorische Archäologie</b> nach <b>Kopenhagen</b> zu fahren und anschließend nach <b>Daber</b> in Pommern, um die dortigen <i>Ausgrabungen der Pfahlbauten</i> zu inspizieren.	<i>Über Pfahlbauten am Darbersee</i> : ZfE 1, S. 480
56	Fr, 20.8.1869, Nr. 193 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Aug.): V bekommt <b>Urlaub</b> bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
57	Fr, 10.9.1869, Nr. 211 (PDF: 12)	S. 4, 1. Spalte mittig	Bekanntmachung zur Abgeordnetenwahl: V ist im 111. Urwahlbezirk <b>stellvertretender Wahlvorsteher</b> .	
58	Fr, 1.10.1869, Nr. 229 (PDF: 3-4)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	Bericht über die 43. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Innsbruck</b> vom 24. Sep. V hält in der dritten allgemeinen Versammlung eine Rede <i>über die heutige Stellung der Pathologie</i> . Dabei geht er zunächst auf die historische Entwicklung in der Medizin allgemein ein. Sie sei „die Mutter der anderen Naturwissenschaften“. Mit ihrem Alter von zweieinhalb Jahrtausenden sei sie zwar nicht gefestigt, aber gealtert. Trotz dieses Alters sei aber eine Ansicht über Krankheiten im Volk verbreitet, die der Wissenschaft entgegenlaufe. Dabei gebe es stetig neue Entwicklungen und die deutsche Medizin stünde da	<i>Über die heutige Stellung der Pathologie</i> : Tagebl. d. 43. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. S. 77-97, Innsbruck



		<p>an der Spitze. Hier gelte es, dieses Wissen auch im Volk zu etablieren. Fast die ganzen letzten zweieinhalb Jahrtausende sei die Geschichte der Pathologie zugleich auch die Geschichte vom <b>Wesen der Krankheit</b>. Es ständen sich Humoral-Pathologie und Solidar-Pathologie gegenüber. In der Humoral-Pathologie gehe man davon aus, dass unreines Blut der Ausgangspunkt für die Krankheit sei. Dies würde auch durch die Kirche unterstützt, was zu einer gegenseitigen Verstärkung der Wissenschaft und der Religion führe und die lange Haltbarkeit dieser These erkläre. Indem er sie verwerfe, so V, wolle er jedoch Infektion oder Veränderung des Blutes nicht leugnen, sondern nur, dass diese der Ursprung, das Wesen der Krankheit seien. Was genau in den Säften die Krankheit auslöse sei unklar. Eine völlig andere Herangehensweise sei, die Krankheit spirituell aufzufassen. Eine solche Denkweise führe zur Furcht vor Dämonen oder bösen Geistern. Die Heilmethoden dazu seien Beschwörungen. Solche Ansichten seien aber nicht nur unter Ungebildeten zu finden. Ein Beispiel dazu sei der <b>tierische Magnetismus</b>.</p> <p>Mittlerweile käme man immer mehr dazu, dass „die Krankheit überhaupt gar nichts für sich Bestehendes sei, sondern nur als veränderter Zustand des Körpers auftrete.“ Also gehe man dazu über, das typische einer jeden Krankheit zu ermitteln, da nicht</p>	
--	--	--	--

		<p>alle Krankheiten dieselbe Ursache hätten. Die Idee, das Ganze als Vorgang anzusehen, erscheine jetzt selbstverständlich, doch sei die Einsicht gerade dreißig Jahre alt.</p> <p>„Von der Vorstellung geleitet, Krankheit sei ein Vorgang am lebenden Körper, suchte man die Pathologie mit der Physiologie, mit der Lehre vom Leben in der Gesundheit, zu verbinden. Man sagte, Krankheit sei Leben unter veränderten Bedingungen.“</p> <p>[...] „Nicht mit den abnormen Verhältnissen selbst, sondern mit dem Siege derselben über den Körper des Menschen, mit der Insuffizienz der regulatorischen Apparate beginnt die Krankheit.“ Die Tätigkeit des Arztes setze eben da ein, wo dieser Apparat nicht mehr funktioniere. „Der Arzt sei, wie das bekannte Wort lautet, nicht magister, sondern <b>minister naturae</b>, sein Ziel ist kein anderes als die natürlichen Einrichtungen von ihren Hemmnissen zu befreien. Gelingt dies, so ist Alles gut, und anderenfalls hilft auch keine Beschwörung des Teufels. Demnach giebt es eine Kunstthätigkeit des Arztes. Er beseitigt Abnormitäten, greift in das Spiel der Theile ein und bewirkt, dass die Organe zur regelmäßigen Funktion zurückkehren.“ Für V gehe die ganze Idee vom Wesen der Krankheit letztendlich dahin, dass die Zellen der Ausgangspunkt sind, sowohl für Heilung, wie für Ausbruch von Krankheiten.</p> <p>Dann kommt V auf die Gesundheitspflege</p>	
--	--	--	--

			zu sprechen. „Mit den richtigen Vorstellungen über die Krankheit wird sich das Volk auch immer mehr von den früheren abergläubischen Einbildungen befreien, und in den gebildeten Staaten wird man endlich die Gesundheitspflege für wichtiger halten, als die Frage, mit wem man sich zunächst schlägt. Die Aerzte sind Männer des Friedens; auf den Schlachtfeldern suchen sie die Wunden zu heilen, welche Andere schlagen. Dagegen fehlte es ihnen in Geis- tesschlachten niemals an dem nöthigen Muthe. Sie sind berufen im Staate ihre Stimme zu erheben, damit Gesundheit und Glück des Volkes steigen.“	
59	Mi, 13.10.1869, Nr. 239 (PDF: 18)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [12.10.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird kurz erwähnt, dass V an den traurigen Eindruck der Budgetdebatte im letzten Jahr er- innere.	vgl. Andree, Band 32, S. 381-386
60	Mi, 13.10.1869, Nr. 239 (PDF: 22- 23)	1. Beilage, S. 4, unten f.	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 12. Okt.): Thema sind die <b>Budgetvorberatungen</b> für 1870 mit der gleichzeitigen Einsetzung von <b>Kommissarien</b> für die einzelnen Etats. V empfiehlt das Vorgehen, da sich bereits gezeigt habe, dass von dort aus ohne Zögern Fragen an die Regierung gestellt würden. Das Experiment mit den Kommissarien aus dem Haus sei gescheitert, da diesen das Wort abgeschnitten wurde, wodurch sich die Parallele zur englischen Komiteebera- tungsform erledigt habe. Der vorliegende Etat sei so kompliziert, dass eine kalkulato-	vgl. Andree, Band 32, S. 381-386

			rische Prüfung unerlässlich sei.	
61	Do, 14.10.1869, Nr. 240 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Einteilung der Kommissarien [ <b>Abteilungen</b> ] des <b>HdA</b> . V ist in <b>Gruppe 5</b> (Finanzministerium) und <b>Gruppe 10</b> (Kultusministerium).	
62	Sa, 16.10.1869, Nr. 242 (PDF: 35)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis auf das Erscheinen der 4. Serie der <b>SGWV</b> (4. Serie, Hefte 73-89), herausgegeben von V und <b>Fr. von Holtzendorff</b> .	
63	So, 17.10.1869, Nr. 243 (PDF: 41-42)	3. Beilage, S. 4; 1. Spalte oben f.	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 16. Okt.): Es finden Vorberatungen über die <b>Kreisordnung</b> statt. V ist gegen die Gesetzesvorlage. Er sei bereit, bei der Umarbeitung des Gesetzes mitzuwirken, um Selbstverwaltung zu erreichen. Wenn aber der Vorredner den bisherigen Entwurf als Organisierung der <b>Selbstverwaltung</b> ansehe, solle man sich erst einmal klar sein, was Selbstverwaltung eigentlich sei. Zunächst sei sie nicht an sich billig. Es käme zwar zu einer Entlastung des Staatssäckels, aber die Kommunen müssten bei Übertragung von Funktionen die Ausgaben tragen. Der König ernenne, der Kreis zahle, das nenne der Finanzminister Selbstverwaltung. Aber man habe es hier mit dem Innenminister zu tun, und V frage sich, was dieser für eine Auffassung von Selbstverwaltung habe. Er selbst glaube, dass die Selbstverwaltung einer Körperschaft darin bestehe, dass sie ihre Funktionen durch frei gewählte Organe ausübe, die eigene Bestandteile der Körperschaft seien. In dem vorgelegten Antrag sei nichts der-	vgl. Andree, Band 32, S. 386-396

		<p>gleichen zu erkennen. Hier würde der Landrat vom König ernannt und die Teilnahme der Kreistage in Bezug auf die Vorschläge noch weiter beschränkt. Amtshauptleute und ihre Stellvertreter würden vom König berufen und auch von ihm entlassen. Der König schaffe die Kommissarien, die aber vom Kreis bezahlt würden. Der Gemeindevorstand werde zwar von der Gemeinde gewählt, aber wiederum vom Landrat bestätigt. Der Kreistag schwebe unter dem Damoklesschwert einer Auflösung durch königliche Verordnung und dann trete wieder die kommissarische Verwaltung auf Kosten des Kreises ein. Die Hälfte des Kreisausschusses gehe aus königlicher Ernennung hervor. Die Summe von all dem schein eine seltsame Selbstverwaltung zu sein. Ob man die im Entwurf vorgesehene Vertretung als eine ständische oder eine Interessen-Vertretung bezeichne, käme auf dasselbe hinaus. Die bisherige Kreisvertretung war eine Interessen-Vertretung, die sich auf einen bestimmten Besitz begründete, das alte ständische System im vollen Sinne des Feudalismus war nicht mehr vorhanden. Die Vorlage ändere nun fast nichts am bestehenden System. Die Grundbesitzer würden jetzt nicht mehr aus eigenem Recht, dafür aber aus eigener Wahl auf dem Kreistage erscheinen. Wenn man aber die große Masse der Kreisangehörigen ins Auge fasse, die den größten</p>	
--	--	--	--

		<p>Teil der ländlichen Bevölkerung ausmachen, so suche man vergeblich, in welcher Weise diese an der Selbstverwaltung beteiligt seien. Da erlebt V nur Versprechungen und Vertröstungen, denen er misstraut. Alle Zugeständnisse, die die Regierung bisher gemacht habe, habe man ihr nur durch fortwährendes Drängen abgerungen. Jetzt sei der wichtige Augenblick, um ausreichende Bestimmungen über die <b>Gemeindeordnung</b> mit ins Gesetz zu bringen, damit die Regierung gezwungen sei, diesen Weg weiterzugehen, den sie von sich aus nicht gehen würde. Das Volk sei sicher nicht in jedem Moment in der Lage, alle Verhältnisse sofort zu beurteilen, dass es stets gleich die besten Männer zur Verfügung habe. Dies sei aber nicht schlimm, ähnlich sei es ja auch im HdA. Aber der Versuch sei wichtig, man müsse den Dingen Raum zur Entwicklung geben. Die Zwangsbesetzung mit einem Beamten werde immer wieder auf Widerstand stoßen. Und auch die Polizei sollte man in die Hände deren geben, die am meisten an vernünftigen Zuständen interessiert seien. V würde auch den Landrat aus der Kreisvertretung hervorgehen lassen und ihn trotzdem mit den Funktionen eines königlichen Beamten ausstatten. Allerdings wäre dieser Beamte nicht so geeignet, der Regierung in politischen Dingen zu folgen, was sicher nicht in deren Interesse läge. Allerdings</p>	
--	--	--	--

			würde man damit Institutionen schaffen, die nicht nur biegsam, sondern auch widerstandsfähig seien. Ein wesentliches Kriterium der Selbstverwaltung liege gerade darin, dass sie auch bei verschiedenen Staatsverhältnissen erhalten bleibe. Ein unabhängiger Wahlverband müsse auch mal dem Minister widersprechen können.	
64	Fr, 22.10.1869, Nr. 247 (PDF: 59)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck eines Antrages der <b>Fortschrittspartei</b> , die von V und seinen Mitstreitern eingereicht wird. Beantragt wird der Schluss der Generaldebatte über den <b>Staatshaushaltsetat</b> . Begründend hinzugefügt sind die hohen Ausgaben des <b>norddeutschen Bundes</b> , die es zu senken gilt, auch in Bezug auf das preußische Volk und die zu hohen Militärausgaben des Bundes.  Weiter: Nachricht darüber, dass die Fortschrittspartei ihren <b>Vorstand</b> neu gewählt hat. V ist wiedergewählt.	
65	Sa, 23.10.1869, Nr. 248 (PDF: 67-68)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (2. Sitzung vom 22. Okt.): Diskutiert wird die Kompetenz der <b>Schwurgerichte</b> bei politischen Verbrechen und Vergehen und bei <b>Pressevergehen</b> . V bedauert, dass der Justizminister [ <b>Leonhardt</b> ] seinen Einfluss bei der Gesetzgebung im Bund nicht geltend gemacht habe im Sinne der Vorlage. Er habe nichts dagegen einzuwenden, dass die politischen und Presseprozesse durch Bundesgesetze geregelt würden. Man könne aber nicht auf eine neue <b>Strafpro-</b>	vgl. Andree, Band 32, S. 397-403

			<p><b>zessordnung</b> warten, das dauere zu lange. Bis dahin solle jedes Land das Beste herstellen, was es vermag. Ansonsten handle es sich hierbei um eine rein preußische Frage zum Staatsgerichtshof, die den norddeutschen Bund nichts angehe. V stellt fest, dass der Minister es sich als Verdienst anrechne, gewisse preußische Gesetze über den Main gebracht zu haben. Die Presseprozesse, der Staatsgerichtshof und die politischen Prozesse weckten Interesse bis über die Grenzen und würden von aller Welt als Unikum angesehen. Seit Österreich das Regiment abgeworfen habe, Frankreich Pressefreiheit besitze, frage sich V, ob Preußen da immer noch in den engen Zuständen bleiben wolle. In Preußen fäl-sche man die Meinungen des Auslandes über das Land, weil Zeitungen die Äuße-rungen der fremden Presse nicht frei wie-dergeben dürften. Mit dem bestehenden Drei-Männer-Kolleg könne man so lange durchwechseln, bis man die gewünschte Meinung hätte. Die Geschworenenprozesse aber hätten sich bewährt, sie würden dies auch in politischen Prozessen tun. Die Gründung des <b>Staatsgerichtshofes</b> falle auf den gleichen Tag wie die Niederlage von <b>Olmütz</b> und wie man die Erinnerung an diesen Tag begraben habe, so sollte man auch jenen beseitigen.</p>	
66	Sa, 23.10.1869,	4. Beilage, S. 4 mittig	Anzeige zum Erscheinen der 4. Serie der <b>SGWV</b> (Hefte 78-89), herausgegeben von	



	Nr. 248 (PDF: 69)		V und <b>Fr. von Holtzendorff</b> . Weiter wird geworben für die neuen Auflagen aus der 1. Serie. Alle Schichten des Publikums hätten sich zunehmend diesen Vorträgen zugewandt und man empfehle sie für jede Hausbibliothek, besonders aber Lehrern, Lesezirkeln und Lehrer- und Schülerbibliotheken. Hervorragende Männer der Wissenschaft hätten sich V und v. Holtzendorff angeschlossen. Alle diese Namen würden für Wissenschaftlichkeit in der Methode wie auch für die Verständlichkeit stehen. Die Jury der „Internationalen Ausstellung zu <b>Amsterdam</b> “ hat diesen Vorträgen soeben die <b>goldene Preismedaille</b> zuerkannt.	
67	Fr, 29.10.1869, Nr. 253 (PDF: 81)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Lokales: Hinweis auf die in der nächsten Woche stattfindende Versammlung der <b>Fortschrittspartei</b> . Es soll über Vs Entwaffnungsantrag [ <b>Abrüstung</b> ] diskutiert werden.	
68	Fr, 29.10.1869, Nr. 253 (PDF: 83)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Okt.): Thema ist die Erbauung einer zweiten <b>Turnhalle</b> in der Weinmeisterstraße. Dieses Gebäude soll nach Wunsch des Magistrates für mehrere Schulen genutzt werden. V unterstützt diesen Vorschlag.	nichts bei Andree
69	Sa, 30.10.1869, Nr. 254 (PDF: 85)	S. 2, 1. Spalte, mittig	Zusammenfassung aus der gestrigen [29.10.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : V wird erwähnt. Er wies auf die unhaltbare Position des Justizministers hin. Sie sei nur darauf angelegt, sich der Verantwortlichkeit zu entziehen und in dasselbe Verhältnis einzu-	vgl. Andree, Band 32, S. 403-406

			<p>treten in dem sich schon der frühere Kriegsminister befunden hätte. Dem Landtage wollen die Herren nicht verantwortlich sein, dem Reichstage könnten sie es nicht, denn die Bundesverfassung kenne keine <b>Ministerverantwortung</b>.</p> <p>Weiter:</p> <p>Vs Antrag in der Militärfrage [<b>Abrüstungsantrag</b>] wird im Zusammenhang mit den Entscheidungsschwierigkeiten der national-liberalen Partei erwähnt.</p>	
70	<p>Sa, 30.10.1869, Nr. 254 (PDF: 89-90)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig f.</p>	<p><b>HdA</b> (10. Sitzung vom 29. Okt.): Erneut diskutiert wird die Kompetenz der <b>Schwurgerichte</b> bei politischen Verbrechen und Vergehen und bei <b>Pressevergehen</b>. V äußert sich zum Amt des Justizministers. Solange dieser nicht dem Reichstag gegenüberstehe, sondern nur indirekt über den Bundesrat mit dem Reichstag verbunden sei, solange müsse man als preußische Landesvertretung auf ihn einwirken. Wenn der Justizminister für beide Seiten arbeite, so könne er sich der jeweils anderen Seite entziehen und in eine Zwickmühle kommen, in welcher Verantwortlichkeit [<b>Ministerverantwortlichkeit</b>] verloren gehe. Eine Situation, die man vom Kriegsminister kenne. Weiter spricht V über die Besorgnis der Abgeordneten, dass die Stellung des Reichstages erschüttert werde. Dies sei in seinen Augen grundlos. Viel kritischer sei, dass die Minister sich nicht mehr verantwortlich fühlen, wenn der Landtag sich</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 403-406</p>

		<p>nicht mehr einmische, es entstehe ein ministerieller Absolutismus. Eher müsse daran gelegen sein, die Stellung der Minister klar zu halten und so lange der Justizminister ein preußischer sei, so lange würde er sich auch einer moralischen Verpflichtung nicht entziehen können. Wenn der Justizminister seine Ansichten für sich behalte, so sehe V darin nichts anderes, als das Verkennen eben dieser moralischen Verpflichtung. Sonst sei er ja dafür bekannt, die Rechtsverhältnisse objektiv zu beurteilen. Er bringe sich damit in eine unmögliche Position, wenn er weder in der einen noch in der anderen Richtung Stellung beziehe und trotzdem den Anspruch habe, in entscheidender Weise auf Beschlüsse des Reichstages Einfluss zu nehmen. Das Land habe das Bedürfnis einen besseren Rechtsstand zu erlangen und dieses Bedürfnis sei so groß und fühlbar, dass es jeden Tag Anlass gebe, sich daran zu erinnern. Wenn man dieses Bedürfnis als leeres Stroh dreschen bezeichne, so könne dies nur aus Unkenntnis der Lage entstehen. V fragt sich, ob es gleichgültig sei, wie die Gesetzgebung gegenüber der Presse [<b>Pressefreiheit</b>] gestaltet wird. Wenn es ein liberales Ministerium gäbe und solches übe dieselben Maßregeln gegen die Presse, wie gegenwärtig das reaktionäre Ministerium, dann könne man sicher nicht von leerem Stroh sprechen. Die übrigen deutschen Staaten würden bereits einen an-</p>	
--	--	---	--

			deren Weg der Gesetzgebung gehen, ob man da zurückbleiben wolle. Es müssten Maßregeln ergriffen werden, nicht nur für das innere Leben, sondern auch als Mittel der Einigung des Vaterlandes und als Zeichen, dass Preußen reif für ein Mitwirken sei. Auch gehe es darum gegenüber Süddeutschland zu zeigen, dass man nicht zu den Barbaren gehöre und hier kein Absolutismus herrsche. Der genannte Antrag solle ein Zeichen sein, dass in der preußischen Landesvertretung ein Geist herrsche, der dem übrigen zivilisierten Europa entspreche.	
71	Mi, 3.11.1869, Nr. 257 (PDF: 11)	2. Beilage, S. 6, 1. Spalte unten	Lokales: Vs <b>Abrüstungsantrag</b> wird erwähnt in der Diskussion des <b>Friedrich-Werderschen Bezirksvereins</b> .	
72	Do, 4.11.1869, Nr. 258 (PDF: 18)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 3. Nov.): Thema ist eine Petition des Berliner Arbeitervereins. Darin geht es um die Abschaffung des <b>Drei-Klassen-Wahlsystems</b> zugunsten des <b>allgemeinen</b> und gleichen <b>Wahlrechts</b> in geheimer Abstimmung. V hält die Frage mehr für ein politisches Gefühl als für eine Frage der Partei oder des Fortschritts. Das allgemeine Wahlrecht könne Resultate bringen, die der Fortschrittspartei nicht zuträglich seien. Aber es sei ein Mittel der <b>politischen Erziehung</b> , des Ausgleichs und der Versöhnung. Deswegen sollte man, unabhängig von Parteirücksichten, dieses System unterstützen. Gerade in ruhigen Zeiten	vgl. Andree, Band 32, S. 406-410

			<p>sollte man zu diesem Thema Entscheidungen treffen. V geht ein auf einen Stadtverordneten, der nicht gewillt ist, mit einer aus solchen Wahlen hervorgegangenen Versammlung regieren zu wollen, weil dieser glaubt, sie würde sich jeder Strömung beugen. V gibt zu bedenken, dass auch die Bourgeoisie nicht standhafter sei. Die Erfahrungen würden zeigen, dass gerade die Bourgeoisie den Erfolgen der Macht am leichtesten nachgegeben habe und dazu beigetragen habe, die Probleme auf Jahre hinaus zu schieben. Dasselbe, wenn auch nicht in gleichem Maße, könne man von der Aristokratie sagen, die im Haus in Scharen ihre früheren Prinzipien verlassen habe und <b>Bismarck</b> folge. V folgert, dass nicht die Lebensstellung, sondern der <b>Charakter Beständigkeit verleihe</b>, gepaart mit Strenge und Arbeit, die einem sittlichen Ziel folge. Gerade in den arbeitenden Klassen würde man dies häufiger finden als in anderen gesellschaftlichen Schichten. Der Eindruck, dass dies in der ländlichen Bevölkerung weniger auffalle, liege nur daran, dass dort Bildung nur bedingt ankäme. Das allgemeine Wahlrecht könne hier teilweise Abhilfe schaffen. Wenn man das allgemeine Wahlrecht für verwerflich halte, so sollte man dagegen vorgehen, wo immer es ginge. Tue man dies nicht, gerate man mit sich selbst in Widerspruch. Nur dadurch, dass man <b>bei allen Wahlen</b> das Prinzip der</p>	
--	--	--	--	--

			<b>Gleichberechtigung</b> wahre, könne man zu einem einheitlichen, festen Bau kommen, nicht aber durch Interessenpolitik und Machtanbetung.	
73	Fr, 5.11.1869, Nr. 259 (PDF: 20)	S. 1, 2. Spalte oben	Es wird erneut Vs <b>Abrüstungsantrag</b> erwähnt. Es sollten die <b>Militärausgaben des norddeutschen Bundes</b> beschränkt werden und durch diplomatische Verhandlungen allgemeine Abrüstung herbeigeführt werden. Genannt werden drei Hauptgründe wie der Mangel an Mitteln, die drückende Last der Schulden auf den Bundeshaushalt und das Verhalten der Kabinette, die damit viel mehr die Kriegsbereitschaft schüren als die Völker selbst.	
74	Fr, 5.11.1869, Nr. 259 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Nov.): V stellt einen dringenden Antrag. Das Aufstellen der <b>Schiller-Statue</b> habe sich verzögert. Der Magistrat solle nun gegenüber der Bürgerschaft und der SVV darstellen, womit die Verzögerung zu erklären ist. Er führt noch weiter aus, dass es wohl in einer Zeitung eine kurze Notiz gegeben hätte als Art einer Entschuldigung. Dies sei aber nicht ausreichend, die Bürgerschaft habe das Recht auf eine Erklärung und es sei notwendig, zügig für die Beseitigung dieser Ehrenschild einzustehen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
75	Fr, 5.11.1869, Nr. 259 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (13. Sitzung vom 4. Nov.): Es wird erwähnt, dass Vs <b>Abrüstungsantrag</b> , dem von <b>Lasker</b> in der Tagesordnung etwas entgegengestellt werden soll, aus Rücksicht auf <b>Camphausens</b> Ernennung und den da-	vgl. Andree, Band 32, S. 410-412

			mit einhergehenden Veränderungen im Budget erst nach dem Schluss der Debatte diskutiert werden soll.	
76	Sa, 6.11.1869, Nr. 260 (PDF: 32)	S. 2, 2. Spalte, oben	Zusammenfassung aus der gestrigen [5.11.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : V erörterte in längerer Rede die Ursachen des <b>städtischen Defizits</b> mit einer in seinen Augen unglaublich leichtsinnigen Finanzwirtschaft. Die Erträge aus den Steuern vor 1866 seien vornehmlich nur zu zwei Zwecken verwendet worden. Einmal, um die <b>preußische Kriegsherrlichkeit</b> mächtiger zu machen und zum anderen, um den Besitz der bevorrechteten Klassen zu vermehren. Nach 1866 hätten die Annexion und der <b>norddeutsche Bund</b> Unsummen verschlungen, die Etatgesetze blieben ohne Bedeutung, Überschreitungen seien an der Tagesordnung. Hier sei besonders das Kriegsministerium zu erwähnen, im Unterrichtsetat sei so etwas noch nicht vorgekommen. V hoffe, dass der neue Finanzminister seine Kollegen strenger hält.	vgl. Andree, Band 32, S. 412-441
77	Sa, 6.11.1869, Nr. 260 (PDF: 34-36 u. 37 u. 38)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig ff. u. 2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig u.	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 5. Nov.): Es wird die allgemeine Besprechung des <b>Staatshaushaltsetats</b> fortgesetzt. V ist der Meinung, dass das bestehende Defizit nicht vorübergehend, sondern dauerhafter Natur sei. Nach dem Krieg sei vom Ministertisch aus das Defizit mit einer kurzfristigen Verkehrsstockung erklärt worden. Der neue Finanzminister berufe sich auf die Not in Altpreußen. Nur sei die Stockung chronisch	vgl. Andree, Band 32, S. 412-441

		<p>2. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben</p>	<p>und der Notstand schon seit Jahren bekannt. Der vorherige Finanzminister habe deshalb schon dauernde Erklärungsgründe, wie den Bund und die preußische Staatsschuld, genannt. Es sei nur das Volk, welches zahlen müsste, egal ob für den preußischen Etat oder den des Bundes. Eine Gefährdung des Staatskredits sieht V nicht, er verweist auf die Tätigkeit der <b>Fortschrittspartei</b>. Diese habe die Steuerzuschläge abgewälzt, neue Steuern abgelehnt und die Mittel für den Krieg 1866 angesammelt. Die mit einer Konvertierung in Aussicht gestellten Erleichterungen sieht V sehr kritisch. Er befürchtet eher eine Umschichtung mit der Aufnahme von neuen Krediten. Er führt auch die nach dem Verkauf der Staatsbahnen verbliebenen Altschulden an. Rückblickend gebe es <b>Etatüberschreitungen seit 15 Jahren</b>, nur unterbrochen von eine budgetlosen Periode. Hierin zeige sich der Mangel einer auf dem Gesetz beruhenden Kontrolle der <b>Oberen Rechnungskammer</b>. Der Finanzminister sehe zwar seine <b>[Minister] Verantwortlichkeit</b> und drohe mit Rücktritt, aber das ändere nichts, denn das Geld sei ja nun schon ausgegeben. Ein Problem sei der Kriegsminister, der mit Eintritt in den Bund Etatüberschreitungen geltend mache, die der Finanzminister widerwillig akzeptieren müsse. Das Haus habe dagegen schon etliche Anträge gestellt, ohne Erfolg. Ein stiller Trost sei lediglich</p>	
--	--	---	---	--



			<p>gewesen, dass die preußischen Hilfsquellen so unergründlich seien, die man leider aber auch mit der Unergründlichkeit der Arbeitskraft des preußischen Volkes verwechselt habe. Letztere müssen geschont werden. Nun wurden in irrigem Vertrauen auf die Unergründlichkeit die Mittel des <b>Staa-tes verschwendet</b>. V wirft einen Blick zurück auf die Geschichte der Finanzwirtschaft des Landes. Er zählt die Abfindung der depossedierten Fürsten, die Unterstützung für Waldeck, den Militärvertrag mit Coburg und den Provinzialfond für Hannover auf. Weiter spricht er über Unterstützung für verschiedene Fürstenhäuser und die Kosten für die Bildung des norddeutschen Bundes. Hier habe Preußen sowohl das Postmonopol als auch Telegraphen gekauft und sie einfach an den norddeutschen Bund abgegeben. Was nun diese Finanzwirtschaft für Folgen habe, könne man im Bereich des Kultusministers sehen. Hier fehle Geld für die Unterstützung der Lehrerwitwen und für die Elementarschulen. Eine Etatüberschreitung in diesem Bereich habe es noch nie gegeben und würde nur zu endlosen Reskripten des Finanzministers führen. Dagegen sei der Etat des Innenministers in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was mit dem Mehraufwand für die Strafanstalten zusammenhänge. Ebenfalls gestiegen seien die Ausgaben des Justizministeriums im Bereich der Kriminal-</p>	
--	--	--	--	--

		<p>justiz. Vs Meinung nach wäre es deutlich besser, den Etat des Unterrichtsministeriums zu überschreiten, denn eine Zunahme von <b>Verbrechen</b> würde durch die <b>Vermehrung der Unterrichtsanstalten</b> mehr Abbruch getan als durch die Vermehrung der Strafanstalten. Problem sei aber, wie schon bekannt, dass es keinen einheitlichen Etat gebe. Nur durch das Etatgesetz käme es zu einem scheinbaren Ganzen. Er habe am Anfang seiner Mitarbeit am Budget auch noch geglaubt, es ließe sich leicht ein Deckungsmittel für das Defizit finden, aber mittlerweile müsse er von diesem Eindruck Abstand nehmen. Das Defizit werde fortbestehen, wenn die Regierung die allernotwendigsten Staatszwecke vernachlässige. Es sei eine tiefgreifende Reform nötig, die jetzt auch zum Ende der Legislaturperiode besonders dränge. Es wäre eine Pflicht, der neuen Legislatur ein klares und gesichtetes Material zu überlassen, als Programm für die Regierung und auch das Volk.</p> <p>Weiter:</p> <p>V bemängelt, dass Preußen mehr als alle anderen für den <b>norddeutschen Bund</b> zahle und die Belastung der einzelnen Staaten ungleichmäßig sei. Die Regierung habe zwar das Recht, an dem in der norddeutschen Verfassung festgelegten Militäretat festzuhalten, aber nicht die Pflicht, die dort festgesetzten Summen auszugeben und dass man deshalb auf diese Materie eingehen</p>	
--	--	--	--

			<p>könne. Weiter mache er sich auch Sorgen um den <b>Militäretat</b> von 1872, da in der Bundesverfassung bereits festgelegt sei, dass nach dem 31. Dez. 1871 eine Heranziehung von 1% der Bevölkerung und eine Pro-Kopf-Summe vorgesehen sei. Dies hätte ihn von vorn herein gegen die Bundesverfassung stimmen lassen. Nun müsse man sich für eine Ermäßigung einsetzen, auch schon vor 1872. Schließlich gäbe es zurzeit auch keinen Grund für hohe Militärausgaben. Alle Länder wären mit ihren inneren Ausbau beschäftigt. Denn die Staaten hätten verstanden, dass sie nur in innerer Arbeit die Sicherheit finden, kulturell vorwärts zu kommen. V ist sich sicher, wenn Preußen den ersten Schritt zu einer Reduzierung des Militäretats täte, würden andere Staaten folgen, besonders Italien, Frankreich und Österreich, die noch viel mehr Last hätten mit dem Militär. Würden dann auch noch die diplomatischen Verhandlungen beginnen, so werde die Abrüstung in großem Stil erfolgen. Abschließend plädiert V dafür, für seinen Antrag zustimmen. Nur auf diesem Wege ließe sich eine Erleichterung für das Volk erreichen.</p> <p>Weiter: Vs Antrag wird abgelehnt</p>	
78	Sa, 6.11.1869, Nr. 260 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht darüber, dass die anthropologische Sektion der <b>Naturforscher-Versammlung in Innsbruck</b> die Gründung einer <b>deutschen</b>	

			<p><b>Gesellschaft für Anthropologie</b> beschlossen hat. <b>Prof. Koner</b> und V haben daraufhin eine größere Anzahl an Einladungen an Naturforscher, Sprachgelehrte, Altertums- und Kunstkenner gerichtet, zur Bildung eines Berliner Lokalvereins. Die am 3. Nov. stattgefundene konstituierende Sitzung war zahlreich besucht und man hoffe, im Laufe der nächsten Woche die Statuten festzulegen und mit der wissenschaftlichen Arbeit beginnen zu können.</p>	
79	So, 7.11.1869, Nr. 261 (PDF: 45)	4. Beilage, S. 1, 2 .Spalte oben	<p>Anzeige mit einem Aufruf zur <b>Volkversammlung</b> am 7. Nov.: uf der Tagesordnung steht die von der <b>Fortschrittpartei</b> an die Regierung gerichtet Aufforderung zur Ermäßigung der Militärausgaben und Anknüpfung diplomatischer Verbindungen zum Zweck einer allgemeinen europäischen <b>Abrüstung</b>. V ist Mitunterzeichner.</p>	
80	Di, 9.11.1869, Nr. 262 (PDF: 50)	2. Beilage, S .7, 1. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass zu Anfang der <b>Volkversammlung</b> ein Telegramm an V eingegangen ist, in welchem der städtische <b>Verein Annaberg</b> seinem Antrag kräftigste Unterstützung und besten Erfolg wünscht.</p> <p>Weiter: Kommentierung der gestrigen [8.11.1869] Volkversammlung, die wegen Ausschreitungen und Unruhen nicht wie geplant durchgeführt werden konnte. Man erhebt Einspruch gegen ein Treiben, welches sich gegen das Versammlungsrecht als Grundlage des Wahlrechts richtet und fordert alle</p>	

			Vereine auf, die politisch tätig sind, zusammenzutreten und ihre Meinung zu äußern. Die öffentliche Meinung dürfte nicht durch die Aktivitäten kleiner, wohlgeschulter Gruppen verfälscht werden. V ist Mitunterzeichner.	
81	Mi, 10.11.1869, Nr. 263 (PDF: 56)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: V hat einen Antrag zum Etat gestellt, die 42.000 Taler, die der Kriegsminister aus dem <b>Betriebsfond der General-Staatskasse</b> bekommt, beim preußischen Staat als Einnahme zu buchen, da der Kriegsminister mit dem preußischen Etat nichts mehr zu tun habe.	
82	Do, 11.11.1869, Nr. 264 (PDF: 59-60)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	Bericht über die erste <b>Konferenz der deutschen Frauen-Bildungs- und Erwerbs-Vereine</b> zu Berlin: V spricht als Referent <i>über die Ausbildung der Frauen zur Krankenpflege außerhalb bestehender kirchlicher Organisationen</i> . Er verbreitet sich zunächst über die kirchlichen Krankenpflege-Institute, die man ihrer großen Ausdehnung halber nicht ignorieren könne und die zwar viel geleistet hätten, aber doch viel zu wünschen übrig ließen. Besonders komme dabei in Betracht, dass sich diejenigen, die im Dienste der Kirche Krankenpflege betrieben, sich bewusst oder unbewusst dieses Einflusses nicht entziehen könnten. Wichtig sei, Frauen aus den gebildeten Ständen dafür zu gewinnen. Die Ausbildung von Krankenpflegern für den Krieg müsse hinter den Bestrebungen für die sanitäre Friedentätigkeit zurückstehen. V stellt	<i>Die berufsmäßige Ausbildung zur Krankenpflege auch außerhalb der bestehenden kirchlichen Organisationen</i> . Rede geh. am 6.11.1869 i. d. Conferenz d. Frauen-Vereine zu Berlin. Berlin

			<p>folgende Resolution dazu auf:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Es sei wünschenswert, dass in den öffentlichen Krankenhäusern auch die <b>Krankenpflege</b> der Männerabteilung <b>an Frauen</b> abgegeben werde.</li> <li>2) Jedes größere Krankenhaus sollte eine Schule zur Ausbildung von Pflegern und Pflegerinnen, sowohl in praktischer wie in theoretischer Richtung, besitzen. Die finanzielle Unterhaltung solcher Schulen müsste der Provinz oder dem Staate obliegen.</li> <li>3) In jedem größeren Kreis, jeder größeren Stadt, jedem kleineren Staat sollten Vereine bestehen zur Sammlung von Geldmitteln für Ausbildung von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen, zur späteren Unterstützung dieser Personen und ihrer Genossenschaften, sowie der Kranken selbst und zur Belehrung des Publikums in Fragen der Gesundheitspflege; wichtig sei, dass diese Vereine ihre Tätigkeit nicht anderen Zwecken unterordnen.</li> <li>4) Aus den aktiven Pflegern und Pflegerinnen sind, wenn möglich, <b>Krankenpfleger-Genossenschaften zu bilden</b>, zur gegenseitigen Unterstützung in Fällen der Not und der Invalidität.</li> </ol>	
--	--	--	--	--

			5) Es ist dringend nötig, dass auf Seminarien und Schulen die Grundzüge der Gesundheitslehre vorgetragen werden.	
83	So, 14.11.1869, Nr. 267 (PDF: 88)	4. Beilage, S. 1, 1 Spalte mittig	Anzeige des Vereins der Stadtbezirke 35 und 37: Es wird ein Vortrag von Herrn <b>Baad</b> gehalten über Vs <b>Abrüstungsantrag</b> .	
84	Sa, 18.11.1869, Nr. 266 (PDF: 78)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Nov.): Thema ist die <b>Ausschmückung des neuen Rathauses</b> mit Gemälden und Skulpturen. V beantragt, die Summe auf die großen Räume aufzuteilen und dann an die Ausführung eines solchen Raumes zu gehen.	nichts bei Andree
85	Fr, 19.11.1869, Nr. 271 (PDF: 108)	2. Beilage, S. 7, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die konstituierende Versammlung der <b>BAG</b> . V wird zum <b>ersten Vorsitzenden</b> gewählt.	
86	Fr, 19.11.1869, Nr. 271 (PDF: 109)	2. Beilage, S. 8, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über den <b>Bezirksverein des 29. Kommunalwahlbezirks</b> , welcher seine volle Zustimmung zu Vs <b>Abrüstungsantrage</b> erklärte.	
87	So, 21.11.1869, Nr. 273 (PDF: 122)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 20. Nov.): Thema sind größere Landesmeliorationen und <b>Deichbauten</b> . V verlangt, dass die für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellten Summen von der <b>Budgetkommission</b> geprüft werden. Zu viele Einzelpositionen seien unklar. Sein Antrag wird genehmigt.	vgl. Andree, Band 32, S. 441-444
88	So, 21.11.1869, Nr. 273 (PDF: 122-	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	Parlamentarische Nachrichten: Zum Spezialetat des Innenministeriums beantragt V, dass die Staatsregierung mit dem nächsten Etatentwurf dem Hause eine <b>Übersicht</b>	

	123)		<b>über sämtliche Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Provinzial-, Kommunal- und Kreisverbände, Stadt- und Landgemeinden, einschließlich Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armenverbände vorlegt.</b>	
89	So, 21.11.1869, Nr. 273 (PDF: 124)	3. Beilage, S. 5, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Vorstandssitzung des <b>Asylvereins</b> . V ist als Teil des Vorstandes anwesend. Er billigt die Anfrage, dass ein Asylarzt zu den Verwaltungsratsitzungen eingeladen wird.	
90	So, 21.11.1869, Nr. 273 (PDF: 126)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige des <b>3. Berliner Wahlbezirks</b> mit dem Hinweis auf eine Wahlmännerversammlung: Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung der Abgeordneten des Bezirks, V und <b>Schulze-Delitzsch</b> .	
91	Mi, 24.11.1869, Nr. 275 (PDF: 131 u. 132)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig  1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (25. Sitzung vom 23. Nov.): Es finden die Vorberatungen über den landwirtschaftlichen Etat statt. Man diskutiert über die <b>Prämien bei Pferderennen</b> . V plädiert dafür, die Summe eher für Schulzwecke zu verwenden. Er habe nicht den Eindruck, dass mit dem Ausschütten von Rennprämien mehr erreicht werde als mit der Förderung von Schulen. Pferde würden trotzdem weiter gezüchtet und die Summe sei zu gering, um, im ganzen Land verteilt, überhaupt ein Anreiz zu sein. Anders sähe es bei den <b>landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen</b> aus. In <b>Dänemark</b> habe man in den letzten Jahren mit ganz geringen Mitteln Bemerkenswertes erreicht. Sehr viel Bildung wurde in die bäuerliche Bevölkerung getragen und in den Winterkur-	vgl. Andree, Band 32, S. 444-451



			<p>sen sei die Nachfrage besonders hoch. Daher sei es für die Staatsregierung eine Aufgabe von besonderer Bedeutung, zwischen den landwirtschaftlichen Akademien und den Ackerbuananstalten diese Schulform zusätzlich zu etablieren, um die Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung zu fördern.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um Etatpositionen für die Akademie zu <b>Eldena</b>. V plädiert für die Streichung, da es sich lediglich um Etatüberschreitungen handle und diese Positionen nicht in den neuen Etat gehörten. Eher solle die <b>Obere Rechnungskammer</b> die Gesamtausgaben in diesem Zusammenhang prüfen, sonst bringe man das ganze Etatwesen durcheinander. Er verwies weiter darauf, dass es in diesem Zusammenhang im letzten Jahr bereits zu einer Etatüberschreitung gekommen sei und frage sich, ob denn die <b>Rechnungsprüfung im Landwirtschaftsministerium</b> exakt arbeite. Er will die Position nicht definitiv verweigern, verlangt aber eine verfassungsmäßige Prüfung und weist auch noch mal darauf hin, dass Etatprüfungen nicht in diese Diskussion gehören.</p>	
92	Mi, 24.11.1869, Nr. 275 (PDF: 134)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die <b>Wählerversammlung des 1. Berliner Wahlbezirks</b> vom 22. Nov. Es wird Vs <b>Abrüstungsantrag</b> besprochen und eine Resolution zur Unterstützung verfasst.	
93	Mi,	4. Beilage,	Anzeige des <b>3. Berliner Wahlbezirks</b> mit	s. a.

	24.11.1869, Nr. 275 (PDF: 136)	S. 4, 2. Spalte oben	dem Hinweis auf eine Wahlmännerversammlung am 24. Nov. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung der Abgeordneten des Bezirks, V und <b>Schulze-Delitzsch</b> .	26.11.1869
94	Fr, 26.11.1869, Nr. 277 (PDF: 146-147)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<p>Lokales: Bericht über die <b>Wahlmännerversammlung des 3. Berliner Wahlbezirks</b> vom 24. Nov. <b>Schulze-Delitzsch</b> geht auf Vs <b>Abrüstungsantrag</b> ein, dann spricht V selbst. Er erörtert zunächst an einem Artikel der hannoverschen „<b>Deutschen Volkszeitung</b>“ etliche, von der <b>deutschen Volkspartei</b> gegen seinen Antrag gemachte Einwürfe. Er betont, dass es wünschenswert wäre, wenn bei den nächsten Wahlen eine gewisse Einigung und ein Zusammengehen aller liberalen Parteien erzielt würde, wenn man sich über gewisse gemeinsame Forderungen verständige.</p> <p>Ebenso mache es die Volkspartei der <b>Fortschrittspartei</b> zum Vorwurf, dass sie nicht in den Parlamenten auf Abschaffung der stehenden Heere dringe. Dies sei aber dort nicht möglich, ebenso gut könne man die nächste beste naturwissenschaftliche Frage dort erörtern wollen, man würde damit eben einfach ausgelacht. Dagegen sei die Fortschrittspartei sicherlich damit einverstanden, wenn man durch Agitationen außerhalb der Parlamente das Volk und die öffentliche Meinung für Abschaffung der stehenden Heere gewinne.</p> <p>Zu einer Kritik des gegenwärtigen Regie-</p>	

		<p>runssysteme übergehend, bemerkt V, die Fortschrittspartei habe im Gegensatz zu den <b>National-Liberalen</b> niemals die Ansicht aufgegeben, dass eine eigentliche Änderung jenes Systems solange nicht eintreten könne, wie dessen Oberhaupt noch am Ruder sei. Dann kritisiert er die Stellung und das ganze Verhalten der Nationalliberalen, deren Kompromiss mit der Regierung er als eine unnatürliche und daher unhaltbare Allianz betrachte. Sobald sich das Ministerium bei künftigen Wahlen überzeugt haben werde, dass das Volk nicht hinter den Nationalliberalen stehe, werde es sie wegwerfen wie eine ausgepresste Zitrone.</p> <p>Dann spricht er über seinen Antrag, der den Kern des Systems treffen solle. Die Volkspartei werfe der Fortschrittspartei auch vor, dass sie aus der Militärfrage eine bloße Budgetfrage gemacht habe. Dies sei aber gerade der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden müsse, wie auch der Erfolg bewiesen habe. Denn trotz des budgetlosen Zustandes während der Konfliktzeit habe die liberale Kammermajorität damals das Budgetrecht als mächtige Waffe gebraucht und damit doch wenigstens bewirkt, dass das Militärbudget nicht noch höher hinaufgeschraubt worden sei. Zu Unrecht habe die nationalliberale Presse Vs Antrag eine unpraktische Demonstration genannt. Dieser Antrag sei vielmehr sehr praktisch und keine Demonstration. Darauf ziele auch der</p>	
--	--	---	--

		<p>neuste Antrag, dem Kriegsminister den Reservefonds zu entziehen und der preußischen Staatsverwaltung zu überweisen, um damit das Defizit zu decken. Der Einwurf, der Reichstag werde dann für einen anderen Betriebsfonds sorgen und Preußen 4/5 davon decken, sei hinfällig, da der Reichstag nichts zu bewilligen brauche und der Kriegsminister auch mit dem Matrikularbeitrag allein auskommen müsse.</p> <p>Hierbei kommt V auf den Etat des neuen Finanzministers, den bekannten <b>Camphausenschen Finanzplan</b>, zu sprechen, durch dessen Annahme dem Land nur geschadet würde. Dies habe ihn zu seinem neuen Antrag bewogen. Nachdem er hierauf das gegenwärtige Verhalten der Feudalen kritisiert, welche nicht einmal mehr so viel parlamentarischen Anstand besäßen, die Gründe ihrer liberalen Gegner wenigstens anzuhören, ermahnt er schließlich dazu, bei den nächsten Wahlen tätig zu werden, um wieder eine demokratische Majorität zu gewinnen. In diesem Sinne möge sein Abrüstungsantrag ein Wahlmanöver genannt werden. Den Liberalen sei es aber nicht wichtig wieder gewählt zu werden, sondern die Wahl solle auf gleichgesinnte, freidenkende unabhängige Männer fallen, die sich nicht darauf beschränken, bloß Nein zu sagen, sondern die wirklich mitkämpfen und sich an der Gesetzgebungsarbeit beteiligen. Die Fortschrittspartei habe, obwohl sie für</p>	
--	--	--	--

			die Bundesverfassung nicht habe stimmen können, nachträglich geglaubt, sich nicht auf die reine Negation beschränken zu wollen. So habe sie auch dem jüngsten nationalliberalen Antrag auf Erweiterung der Kompetenz des Reichstages zugestimmt. Demselben müsse größere Macht und Bedeutung verliehen, aber dann auch ein <b>verantwortliches Ministerium</b> gegeben werden. Dann, wenn die nächsten Wahlen eine demokratische Majorität ergeben, werde der Reichstag auch die Militär- und Finanzfrage im Sinne des Volkes lösen können.	
95	Fr, 26.11.1869, Nr. 277 (PDF: 147)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über den Verein der Stadtbezirke 145, 147-150 und 184. Man erklärt sich offiziell mit Vs <b>Abrüstungsantrag</b> einverstanden.	
96	Sa, 27.11.1869, Nr. 278 (PDF: 155)	S. 2, 1. Spalte oben	Bericht über die gestrige [26.11.1869] Sitzung des <b>HdA</b> . V empfiehlt, 40.000 Taler zur geheimen Ausgabe der Polizei zu streichen.	vgl. Andree, Band 32, S. 452-456
97	Sa, 27.11.1869, Nr. 278 (PDF: 158 u. 159 u. 160)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten u. S. 4, 1. Spalte	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 26. Nov.): Thema sind die <b>Fonds</b> für <b>geheime</b> Ausgaben der <b>Polizei</b> . Für V geht es bei diesem Etatpunkt ganz besonders um das Vertrauen in den zuständigen Minister, da dieser als einziger über die zur Verfügung gestellte Summe entscheidet. Eben jener Minister habe aber gestern sogar die Gewalt der Gerichte in Frage gestellt, so dass es mehr als fraglich sei, die veranschlagte Summe freizugeben. Man sei zwar gewöhnt, dass die Geschäfte von Personen geführt würden, die nicht als	vgl. Andree, Band 32, S. 452-456

		oben	<p>Vertrauensmänner gelten würden, aber immerhin habe man die Sache objektiv verhandeln können. Nun aber käme ein Fond zur Debatte, der sich der Rechnungslegung vollständig entzöge und man müsse sich fragen, in wie weit der Minister mit seinem Verhalten Vertrauen erzeuge. Nach der Aussage, der Minister trage zwar die Strafen der Gerichte, handle aber vielleicht doch gegen deren ausdrücklichen Befehl, müsse man sich fragen, ob der Fonds zu Zwecken verwendet wird, die sich gegen das Wohl des Vaterlandes stellen. V spricht sich abschließend gegen die Bewilligung der Summe aus.</p> <p>Weiter:</p> <p>V nimmt die Aussagen des Innenministers wohlwollend zur Kenntnis, weist aber darauf hin, dass er immer dem guten Einvernehmen Rechnung getragen habe. Solange sich der Minister auf Grundsätze stütze, die zu immer neuen Differenzen führten, so helfe auch kein versöhnliches Entgegenkommen, das wäre nur Überkleisterung der Verhältnisse. Er halte aufrecht, was er vorher gesagt habe und stimme gegen den Fonds, solange die Gefahr vorhanden sei, dass er zu Zwecken verwendet würde, die das Tageslicht scheuten.</p> <p>Weiter:</p> <p>V beantragt, dass die Staatsregierung mit dem nächsten Etatentwurf dem Hause eine <b>Übersicht über alle Einnahmen und</b></p>	
--	--	------	--	--

			<b>Ausgaben sämtlicher Provinzial-, Kommunal- und Kreisverbände, Stadt- und Landgemeinden, einschließlich Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armenverbände vorlegt.</b>	
98	So, 28.11.1869, Nr. 279 (PDF: 163)	S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht über die gestrige [27.11.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : Die Palme des Tages gebühre V. Mit unvergleichlicher Schärfe und entzückendem Humor habe er alle Einwände widerlegt, die gegen die Kompetenz des Hauses, den <b>Oberkirchenrat</b> und alles was daran hänge, sprächen. Die Frage der anderen Abgeordneten, warum sich das Haus mit kirchlichen Fragen beschäftige, gab V zurück, in dem er fragte, warum sich der Kultusminister mit kirchlichen Dingen beschäftige. Ob es irgendwo in der Verfassung stünde, dass der Minister das Recht habe, in die <b>Freiheit der Kirche</b> einzugreifen. <b>Problem der Kirche sei die mangelnde Organisation</b> , die das einzige Recht liefere, welches man für die Eingriffe anführen könne. Man versuche, der Kirche über die erste Not in der Organisation hinweg zu helfen, aber der Minister habe von keiner Seite die Befugnis dazu. So habe das Haus die Pflicht, den Minister zu kontrollieren.	vgl. Andree, Band 32, S. 456-460
99	So, 28.11.1869, Nr. 279 (PDF: 164 u. 165-166)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte, unten u. 3. Beilage, S. 2,	<b>HdA</b> (29. Sitzung vom 27. Nov.): Es wird über den Etat des <b>Oberkirchenrates</b> gesprochen. V ist der Meinung, dass eine einmalige Schwäche des Hauses nicht Rechtsgrundlage für eine Institution sein könne, die in ihrem Wesen ein Unrecht sei, als <b>illegitimes Kind des Absolutismus</b>	vgl. Andree, Band 32, S. 456-460

		2. Spalte mittig f.	<p><b>und des Klerus.</b> Die in der Verfassung erwähnte Kirche sei die Kirche der Gemeinden. Würde man alle Männer fragen, die an der Verfassung mitgearbeitet haben, so würden diese als Kirche nicht den Klerus nennen. Der Behauptung, dass die Freiheit des Klerus durch die Verfassung hergestellt sei, müsse man entgegentreten. Es handle sich im Moment nicht um eine Situation, wo man nur die Regierung darauf hinweise, eine Regelung herzustellen, sondern wo man die Pflicht habe, mit allen Mittel auf die Auflösung der Stelle des Oberkirchenrates hinzuwirken.</p> <p>Weiter:</p> <p>V äußert sich in einer weiteren Wortmeldung zum selben Thema. Die Absetzung der Position des Oberkirchenrates würde zu keinem Schaden für die Mitglieder des Rates führen. Ihre Gehälter würden an anderen Stellen des Etats auftauchen und es dürften keine neuen Ernennungen erfolgen. Die Existenz des Oberkirchenrates sei nicht verfassungsmäßig, sie beruhe auf einem Erlass ohne Gesetzeskraft. Es würde immer gefragt, wie das Haus dazu komme, sich mit kirchlichen Fragen zu beschäftigen. Vs Gegenfrage dazu ist, wieso sich der Kultusminister mit kirchlichen Dingen beschäftige. Nur der bestehende Organisationsmangel ermächtige den Minister, sich damit zu beschäftigen. Man versuche, der Kirche über die erste Not in der Organisation hinweg zu</p>	
--	--	------------------------	---	--



		<p>helfen, aber der Minister habe von keiner Seite die Befugnis dazu. So habe das Haus die Pflicht, den Minister zu kontrollieren. Ein Abgeordneter habe gemeint, dass Volk stünde nicht mehr hinter dem Haus, weil es einem Herrn <b>Tölke</b> gelungen sei, eine einberufenen Versammlung zu sprengen. Jene könne man aber nicht als Volk bezeichnen, sondern diejenigen seien genauso eine künstliche Organisation wie die Synoden. Wenn man in einer gewissen Struktur organisiert sei und damit zu einer gewissen Zeit auf dem Platz erscheine, so könne man damit einen gewünschten Eindruck erzielen. Aber dieses sei ebenso wenig das Volk, welches politische Entscheidungen treffe, wie die <b>Synoden</b> das Volk seien, welche über religiöse Dinge entscheiden. Wenn der Kultusminister an die Synoden gehe und diese an die Gemeinden und es dort zu einer Bewilligung der Synodenentscheidung käme, könne man den gewählten Weg als den richtigen anerkennen. V meint aber, dass nur geringste Wahrscheinlichkeit bestehe, dass es zu einer Bestätigung käme. In Vs Heimat Pommern denke keiner daran, der Synode zu folgen, da diese auf ein lutherisches Bekenntnis setze und nicht auf die Union. Wenn der Minister die Absicht habe, der Kirche eine Organisation zu schaffen, welchen Weg solle der da gehen. Er bringe eine Vorlage ins Haus, die beraten und erledigt wird. Was würde man sa-</p>	
--	--	--	--

			gen, wenn der Minister seine Omnipotenz auf diese Weise auch der katholischen Kirche gegenüber walten ließe. Es sei gleichgültig, ob im Hause Juden, Katholiken oder Nihilisten säßen, es ginge nur darum aus dem Chaos zu einer Basis zu kommen. <b>Juden</b> hätten da genauso viel Wissen über das Recht der Gemeinden wie evangelische Christen.	
100	So, 28.11.1869, Nr. 279 (PDF: 168)	3. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	Bericht über die <i>Sitzung der <b>Gesellschaft der naturforschenden Freunde</b> vom 19. Okt.</i> : V zeigte eine Reihe von <b>Knochen</b> und Geweihstücken <b>von Tieren aus der Vorzeit</b> , besonders von Rentier, Bär, Elentier und Edelhirsch. Die vorgelegten Stücke zeichneten sich durch ungewöhnliche Größe aus, zeigten aber keine großen Unterschiede zu lebenden Arten. Bei den Rentieren sei auffällig, dass die Geweihe besonders häufig in Mecklenburg, dafür in Preußen gar nicht zu finden seien. Allerdings spreche <b>Graf zu Bülow</b> aus <b>Schwerin</b> dagegen. Auf dessen Gut Cumberow seien Geweihe gefunden worden und ein Herr <b>Schreber</b> spräche ebenfalls von Geweihfunden in Sumpfeisenerz. Diese Angaben sind nach Vs Meinung sehr unsicher und in den offiziellen preußischen Sammlungen fände sich nichts dergleichen. Nur für Schlesien könne man einen Fund als recht wahrscheinlich annehmen. Das von V vorgelegte, kaum verletzte Geweih wurde in der <b>Uckermark</b> aus einem Bruch ausge-	<i>Renntierhorn von Mellau. Sitzungsbericht der Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin vom 19.10.1869, S. 31-33</i>

		<p>graben. Es habe dort in schwarzem Moder gelegen, über einer Kalkschicht, die wohl den ehemaligen Seeboden darstellte. Das Geweih müsse einem alten und kräftigen Tier gehört haben, da die in den Museen vorhandenen Geweihe um ein Drittel kleiner seien als das gefundene. Da Boitzenburg aber in der Nähe der mecklenburgischen Grenze läge, müsse man den Fund eher dorthin zählen. Interessant sei aber die Lagerstätte, die darauf hinzuweisen scheine, dass Rentiere früher auch in unserem Land gelebt hätten. Dies sei ein Punkt, der für die Eiszeit große Bedeutung habe. Hier müssten weitere Beobachtungen und Untersuchungen der Lagerstätten erfolgen. Vom Bären wurden zwei Eckzähne und Skeletteile vorgelegt, die aus Wilmersdorf in der Uckermark aus einem Torfmoor stammten. Auch hier seien die Stücke deutlich größer als die lebender Arten. In <b>Pommern</b> seien bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts Bären erlegt bzw. gesehen worden. Vom Elentier gebe es aus den Torfmooren zahlreiche gut erhaltene Überreste, obwohl die alten Geschichtsbücher aus Pommern und der Mark nichts mehr über das Vorkommen dieser Tiere erwähnten. Von umso größerem Interesse sind deshalb die Fundstücke aus dem Wallberg von Garz und von den <b>Pfahlbauten des Soldinger Sees</b>, woher V seine Stücke bekommen habe. Abschließend wurden große Geweihe des Edelhirsches</p>	
--	--	--	--

			von V vorgelegt. In den pommerschen und märkischen Pfahlbauten würden die Geweihe vielfach die Zeichen von Bearbeitung durch scharfe Werkzeuge tragen.	
101	Di, 30.11.1869, Nr. 280 (PDF: 173-174)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	Abdruck eines Schreibens von V an die „ <b>National-Zeitung</b> “ vom 28. Nov.: Anlass von Vs Schreiben waren Aussagen im gestrigen [27.11.1869] Abendblatt über ihn selbst und über die <b>Fortschrittspartei</b> . Vs Meinung nach hätte man einige Bemerkungen vermeiden können, wenn man den Bericht über die <b>Wählerversammlung des 3. Berliner Wahlbezirkes</b> gehabt hätte. Zunächst habe er nicht gesagt: „Die in der Militärfrage zu befolgende Politik müsse in die Volksversammlung verlegt werden“. Vielmehr habe er gesagt: „Die von der Volkspartei aufgestellte Forderung der Abschaffung der stehenden Heere möge ein bequemes Thema für Volksversammlungen bieten, aber sie könne weder gegenwärtig, noch in naher Zukunft ein Gegenstand für ernst gemeinte Anträge einer parlamentarischen Partei unseres Landes sein. Es sei vielmehr die Aufgabe und die einzige Möglichkeit, durch richtige <b>Benutzung des Geldbewilligungsrechtes eine Verminderung der Dienstzeit</b> und des stehenden Heeres, sowie eine für den Wohlstand des Volkes und die Ordnung unserer Finanzen erforderliche Ermäßigung der Militärausgaben herbeizuführen.“ Er hielt es für nötig, sich und die „Partei	<i>National-Zeitung</i> : liberale deutsche Tageszeitung; Produkt der Märzrevolution

		<p>gegen die Angriffe zu vertheidigen, die wir bei Gelegenheit des Abrüstungs-Antrages von den anderen liberalen Parteien, sowohl der weiter nach links (<b>deutsche Volkspartei</b>) als der weiter nach rechts (<b>National-Liberale</b>) stehenden, erfahren hatten. Ich that dies, weil es mir gerade gegenwärtig überaus wichtig zu sein scheint, daß die Wähler über die gegenseitige Stellung der liberalen Parteien sich ein Urtheil bilden.“</p> <p>V wehrt sich überdies gegen die Vorwürfe, er habe mit der Volkspartei sympathisiert und hätte die Nationalliberalen angegriffen. „Im Gegentheil habe ich anerkannt, daß die Politik der National-Liberalen manche Früchte getragen hat.“ „Man sollte vielmehr gerade im national-liberalen Lager anerkennen, daß wir, ohne Rücksicht auf die Vergangenheit, jeden Antrag loyal unterstützen, der geeignet ist, das Volkswohl und die Freiheit, sei es im Bunde, sei es in Preußen zu fördern, aber man darf uns nicht zugleich die Resignation zumuthen, über die Fehler der Vergangenheit zu schweigen. Gerade in der Militairfrage ist dies gänzlich unmöglich und zwar besonders der bevorstehenden Wahlen wegen.“ Ingesamt zielten alle Versuche der Unruhestiffterei auf die Wahlbewegung ab und sollten die Wähler der Fortschrittspartei verunsichern. V betonte aber, dass er akzeptiere, wenn die Wähler ihn ersetzen wollten.</p> <p>Zum Schluss wolle V noch zwei Punkte be-</p>	
--	--	--	--

			<p>richtigen. „ 1) Die „deutsche Volkszeitung“ werfe der Fortschrittspartei vor, dadurch, dass sie die <b>Indemnität</b> und die norddeutsche Reichsverfassung genehmigt habe, die jetzigen Zustände mit herbeigeführt zu haben. Dagegen habe er in der Wählerversammlung gesagt, dieser Vorwurf richte sich an eine falsche Adresse, da man weder für die Indemnität noch für die Reichsverfassung gestimmt habe. Abschließend zitiert er seine eigenen Worte „Hüten wir uns, den Götzendienst des Erfolges zu treiben, aber hüten wir uns auf der anderen Seite auch, die vollendeten Thatsachen nicht als vollendet ansehen zu wollen.“</p>	
102	<p>Mi, 1.12.1869, Nr. 281 (PDF: 6-7)</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten f.</p>	<p><b>HdA</b> (30. Sitzung vom 30. Nov.): Es geht um die <b>Unterhaltung der Schlosskirche in Hannover</b>. V beantragt deren Absetzung. Er weist darauf hin, dass der Kultusminister die Kosten als Novum hinstelle. Die Schlosskirche sei ein Privatinstitut gewesen, bestimmt für den König und das Gesinde, eine Kirche ohne Gemeinde. Sie würde nicht zu einer wirklichen Kirche, nur weil man eine Superintendentur schaffe und eine Gemeinde fingiere. Es könne keine Kirche ohne Gemeinde finanziert werden, eine rein insulare Kirche, die nur ein abgerissenes Stück Klerus sei. Glaube man, das Welfentum durch Geld milder stimmen zu müssen, so sollte man eher Geld von der Entschädigungssumme für <b>König Georg</b> nehmen. Der Landtag könne keine Staats-</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 460-464</p>

			mittel gewähren, die König Georg früher für seinen Privatgottesdienst aus seiner Privatkasse genommen habe.	
103	Do, 2.12.1869, Nr. 282 (PDF: 11 u. 12)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (31. Sitzung vom 1. Dez.): Thema ist die Streichung der Sachkosten des <b>Marburger Kuratoriums</b>. Es wird jedoch vom Hause bewilligt, nachdem V ausgeführt hat, dass das Büro notwendig sei, auch wenn kein Kurator existiere.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiteres Thema ist ein Etat für ein landwirtschaftliches Institut, ein <b>agrikulturelches Laboratorium</b> und die <b>Verlegung einer landwirtschaftlichen Versuchsstation nach Göttingen</b>. V hält dies für zu weitreichend; man müsste es der Regierung überlassen, die einzelnen Gelder je nach Bedürfnissen der Universitäten zu verteilen. Auf Vs Antrag hin wird die Summe für die Universitätsrichter in Kiel gestrichen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Vs <b>Schrift über die Gestaltung von geeigneten Schulräumen wird erwähnt</b>. Diese sind ins Französische übersetzt und in der Pariser Akademie der Wissenschaften rühmlich erwähnt.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiteres Thema sind die Staatszuschüsse zu Realschulen und Gymnasien. V spricht die <b>Schulvisitationen</b> durch den Generalsuperintendenten an, welche ansonsten auf die schulische Organisation keinen Einfluss</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 464-470

			<p>habe. Er frage sich, wieso nicht die Provinzialschulkollegien als allein zuständige Aufsichtsbehörden die Aufsicht führen, sondern auch spezifisch klerikale Behörden. Man überschätze da die Stellung des <b>religiösen Unterrichts</b> in den Schulen. In den unteren Klassen möge der Unterricht entsprechend den Volksschulen erteilt werden, in den mittleren Klassen besuchten die Schüler bereits den Konfirmationsunterricht, so dass gar kein Religionsunterricht nötig sei. Nach der Konfirmation seien die jungen Leute im engeren Sinne gar nicht mehr als Schüler für den Religionsunterricht zu sehen. Es sei also noch weniger Grund, den Religionsunterricht in den oberen Klassen so einzurichten, dass er einer Kontrolle der klerikalen Organe bedürfe. Wenn es dennoch dazu käme und man fortwährend das <b>religiöse Gezänk</b> schüre, dann würden die Kommunen bald darauf bedacht sein, keine Mittel für solche Anstalten zu verwenden.</p>	
104	So, 28.11.1869, Nr. 279 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über die Versammlung des 4. Landtagswahlbezirks: Auch hier stimmt man Vs <b>Abrüstungsantrag</b> zu.	
105	Fr, 3.12.1869, Nr. 283 (PDF: 4 u. 5)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten u. 2. Beilage,	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 2. Dez.): Thema ist der <b>Etat für Kunst und Wissenschaft</b> . V ist der Meinung, es gebe keinen Etat, der mehr der Willkür des Kultusministers ausgesetzt sei. Die monumentalen Liebhaberereien des Ministers könne man leider wenig	vgl. Andree, Band 32, S. 470-477



		<p>S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p>würdigen. Statt auf die <b>Gerichtslaube</b> zu schauen, solle der Minister seine Aufmerksamkeit lieber den öffentlichen Plätzen zuwenden. Das <b>Schillermonument</b> stehe immer noch in einem Schuppen, weil der Minister immer noch keinen Platz habe freilegen lassen. Dieses Verhalten sei typisch für die Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiet. Die Gerichtslaube erhalte sie und das Schillerdenkmal lasse sie nicht aufstellen. In Bezug auf das <b>Humboldt-Denkmal</b> zeige der Minister wenig Entgegenkommen. Er bitte ihn, seine künstlerischen Räte zur Arbeit zu bewegen, damit sich derartige Sachen nicht 5 oder 10 Jahre hinschleppen. Eine schlechte Entscheidung sei immer noch besser als gar keine.</p> <p>Weiter:</p> <p>Im Weiteren wird über den Etat von Kultus und Unterricht debattiert. Es wird beantragt, den Staatszuschuss für die Gesellschaft zur Förderung der evangelischen Mission unter den Heiden zu streichen. V ist der Auffassung, dass die Mission in der Sache selbst nichts Dauerhaftes erreiche; die Ansiedlungen in Afrika seien dem Untergang geweiht. Das Missionswesen leiste nichts, mit Ausnahme der Jesuiten in Paraguay. Es bewirke, dass mit dem Vorrücken der Zivilisation die wilden Völkerstämme zerstört würden. Es möge zwar über jede bekehrte Seele Freude im Himmel herrschen, aber die armen Leute hätten gewiss</p>	
--	--	---------------------------------------	---	--

			<p>noch ein paar Jahre in aller Ruhe ihr Leben fortgesetzt. Weiter spricht gegen die Mission der Umstand, dass nach ein paar Jahren der einen Gesellschaft eine neue folgt, die der alten widerspricht. So mache man sich gegenseitig erfolglos. Das käme daher, dass die Missionare nicht die christliche Liebe, sondern nur den religiösen Hader ihrer Sekten predigen. V erwähnt einen Herrn <b>Strosser</b>, der meine, es gäbe Leute, die mit ihrem Mikroskop lieber in Berlin blieben. Bis jetzt habe V auch vergeblich darauf gewartet, dass Herr Strosser seine Sachen packe und nach Afrika gehe, wie zahlreiche seiner Schüler. Wenn ein Missionar dieser Art seinen Schülern die Wunder des Mikroskops zeige, so könnte dies sicher nicht schaden. [<b>Missionsförderung streichen</b>]</p>	
106	<p>Sa, 4.12.1869, Nr. 284 (PDF: 9)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Sitzung der <b>Budgetkommission</b> mit Beratung des <b>Konsolidationsgesetzes</b>. V stellt ein Amendement, das aber nicht angenommen wird. Im Weiteren spricht er sich gegen die Befugnis der Regierung aus, die Mittel zu Ankauf und Einlösung älterer Anleihen und zur Zahlung der Prämien durch Veräußerung von Verschreibungen der konsolidierten Anleihe aufzubringen. Die Mittel sollten aus der Staatskasse durch den Etat zur Verfügung gestellt werden.</p>	
107	<p>So, 5.12.1869, Nr. 285</p>	<p>1. Beilage, S. 7, 2. Spalte</p>	<p><b>HdA</b> (33. Sitzung vom 4. Dez.): Es wird über den <b>Etat der Provinzial-Medizinalbehörde</b> debattiert. V erinnerte</p>	<p>vgl. Andree, Band 32, S. 477-489</p>

	(PDF: 15 u. 17)	<p>mittig u. 2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben u. unten</p>	<p>an den vor zwei Jahren bezüglich der <b>Reorganisation des Medizinalwesens</b> vom Hause angenommenen Antrag. In jedem Jahr wachse die Bewegung in den Fragen der <b>öffentlichen Gesundheitspflege</b>. Die Untersuchung der Entstehung der Krankheiten erstreckte sich auf die abstrusesten Gebiete und gleichzeitig auf die oft in nächster Nähe liegenden Ursachen. Sie setze aber ganz andere Organe voraus, als der Regierung jetzt zur Verfügung stünden. Passiere jetzt etwas Besonderes, so würde eine besondere Person zur Untersuchung geschickt, während die an Ort und Stelle befindlichen Sachverständigen von der Untersuchung ausgeschlossen würden. Da sei es nicht verwunderlich, wenn die Resultate der öffentlichen Gesundheitspflege hinter denen anderer Länder zurückblieben. Wie sehr solche Ereignisse, die besonders in den letzten Jahren zahlreich waren, die öffentliche Meinung beunruhigen, zeige der Fall des Krankenhauses Bethanien, wo man ganz nach altem Schema verfahren habe. Weiter: Es geht um die außerordentlichen Ausgaben für den <b>Neubau der Klinik für Geburtshilfe und der Anatomie</b>. V befürwortet den Antrag, bei größeren Bausummen auch entsprechend größere Jahresraten im Etat festzulegen. Kleinere Jahresraten würden den Bau schädigen. Zum gleichen Thema spricht V in einer weiteren Wort-</p>	
--	-----------------	--	---	--

			<p>meldung. Er sei froh, dass auch der Finanzminister der Ansicht sei, man würde sich verzetteln, wenn man das Geld auf eine lange Reihe von Jahren verteile. Nun sei es am Hause, dieses Prinzip auch anzuerkennen, solange man auch einen Minister mit dieser Ansicht habe. Dies könne bald vorbei sein, denn der Minister habe mit Rücktritt gedroht, wenn das Konsolidationsgesetz scheitere. Man könne also leicht wieder einen Finanzminister mit anderen Ansichten bekommen und dann wäre die günstige Gelegenheit vorbei.</p>	
108	Fr, 10.12.1869, Nr. 289 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (36. Sitzung vom 9. Dez.): Die Kommissarien beantragen, auf allen Staatseisenbahnen und Zügen in der 3. und 4. Klasse besondere Frauen- und <b>Nichtraucher-Abteile</b> einzuführen [<b>Nichtraucher-schutz</b>] und dieses auch bei den Privatbahnen umzusetzen. V hält die Frauen, die in den unteren Wagenklassen fahren, für besonders schutzbedürftig. In Bezug auf das Rauchen würde die Eisenbahnverwaltung geradezu umkehrt zu allen anderen zivilisierten Ländern handeln. Fast der gesamte Wagenraum stünde Rauchern zur Verfügung. Zugleich erinnere er daran, dass sogar in den offiziellen Kommissarien geraucht würde. Man müsse sich dagegen wehren, dass die Regierung den rauchenden Zustand als den normalen Zustand der Gesellschaft betrachte. Die Räume für Nichtraucher seien sehr beschränkt, so dass sie</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 489-490

			sich namentlich auf die Nachtzüge zusammenpressen lassen, während die Raucher es sich bequem machen würden. Die Verwaltung der Staatsbahnen sollte es den Rauchern etwas unbequemer und den Nichtrauchern etwas bequemer machen und die Privatbahnen anhalten, ebenso zu verfahren.	
109	Sa, 11.12.1869, Nr. 290 (PDF: 44-45)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (37. Sitzung vom 10. Dez.): Beraten wird über einen Antrag, in welchem es darum geht, die Staatsregierung aufzufordern ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, dass im Wege der Bundesgesetzgebung die Kompetenz des <b>norddeutschen Bundes</b> auf das gesamte bürgerliche Recht ausgedehnt werde. V bezieht sich auf den Vordner, welcher den Bund unter allen Umständen für lebensfähig halte. V dagegen glaubt nicht, dass es ausreiche, eine Minimalunterstützung für den norddeutschen Bund zu leisten. Zu Erhaltung und Entwicklung sei vielmehr großer Aufwand nötig. Dies sei auch der Grund, warum man sich dem Antrag angeschlossen habe. Man habe aber nie die norddeutsche Verfassung als das eigentliche Heil gepriesen, aber nachdem sie nun einmal da sei, müsse man sie annehmen als Grundlage für die weitere nationale Entwicklung. Man sei aber keineswegs blind gegen Bedenken. Es sei kritisch, dass der nur Bund mit geringen Freiheiten ausgestattet sei. V geht ein auf den Artikel 78 der Verfassung. Hiermit sei ein allgemeines Recht auf Kompetenzerweite-	vgl. Andree, Band 32, S. 491-497

		<p>rung gewährt, welches sehr bedenklich sei. Wolle man in der Tat einen Bundesstaat, so sei ein solcher Artikel nicht gerechtfertigt. Jede andere Bundesverfassung habe eine Beschränkung der Kompetenz, die es nicht erlaube, in die Zustände der Einzelstaaten einzugreifen, wenn nicht eine Mehrheit in den Einzelstaaten dies gewähre. V teile aber nicht die Ansicht, man müsse alles in einen Einheitsstaat bringen, sondern es entspreche vielmehr den natürlichen Gegebenheiten, ein größeres Maß an lokalen Freiheiten beizubehalten. Es sei aber nicht zu leugnen, dass es Dinge gebe, die in der gegenwärtigen Verfassung nicht vorgesehen seien, von denen es aber wünschenswert wäre, dass alles, was deutsch sei, auch einheitlich behandelt würde. Der zwingende Grund für diesen Antrag zu stimmen sei, dem deutschen Volk so viel wie möglich zu bieten, wenn man ihm schon keine Freiheiten bieten könne. Die Verwaltung würde eher mit jedem Tag schwieriger, in den Provinzen ließe die Freude über die neuen Zustände mit jedem Tag nach. Also wäre es sinnvoll, mehr Rechtsgleichheit zu bekommen. V warne dringend davor, sich jetzt zurückzulehnen in dem Glauben, man brauche nur zu warten, um endlich an einem guten Tag im Besitz von ganz Deutschland zu sein. So einfach werde es nicht sein, es bedürfe viel Arbeit und die Erhaltung des Friedens sei eine stetige Aufgabe. Der Ein-</p>	
--	--	---	--

		<p>wand, man sei ja bloß ein Abgeordneter, sei für ihn gerade von höchster Bedeutung, da es nur in Preußen und nicht im Bund <b>verantwortliche Minister</b> gebe. Nur hier könne man Einfluss nehmen auf den Justizminister. Solange man vom Bund aus die preußischen Angelegenheiten durchkreuzen könne, solange müssten sich die Abgeordneten mit der Bundespolitik beschäftigen. Auch die Verleihung von Titeln würde nichts verändern, sie würde die Situation lediglich übertünchen und <b>Pseudominister</b> schaffen und <b>keine Verantwortlichkeiten</b>. Nur die Einführung von verantwortlichen Ministern, wirklich erkennbaren Personen, würde zu einer Änderung führen. Solange man aber preußische Minister in den Bundesrat schicke und sie dort Entscheidungen trafen, sie aber weder dem Bund noch dem HdA verantwortlich seien, könne man nicht anders handeln, als man es zurzeit tue. Die Bundesverfassung bedürfte der Entwicklung und sei auch dazu fähig, aber in dieser Fähigkeit liege auch eine Schwäche, wenn man sie nicht bald in einen Zustand bringe, der gleichbleibend und dauerhaft sei. Sie sollte das möglichste Maß an Rechten und Freiheiten enthalten, dass sie als bestehendes und gleichbleibendes Fundament des Landesrechts betrachtet werden könne. Wichtig wäre es, Ruhe in die norddeutsche Bundesverfassung zu bekommen, damit es nicht nötig sei, immer auf den Artikel 78</p>	
--	--	---	--

			zurückgreifen zu müssen.	
110	Mi, 15.12.1869, Nr. 293 (PDF: 58)	S. 3, 2. Spalte oben	Bericht von der gestrigen [14.12.1869] Sitzung des <b>HdA</b> : In der Spezialdiskussion ergreift V zuerst das Wort. Er weist nach, dass derjenige, der für das Gesetz stimme, nichts anderes täte, als den Staat von seiner rechtlichen Verpflichtung loszusprechen.	vgl. Andree, Band 32, S. 498-517
111	Mi, 15.12.1869, Nr. 293 (PDF: 61-62)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f. u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 14. Dez.): Thema der Diskussion ist das <b>Konsolidationsgesetz</b> . Begonnen wird mit einer Spezialdiskussion über § 1 der Vorlage, in welcher zur Einlösung der Verschreibung von Staatsanleihen Verschreibungen von konsolidierten preußischen Staatsanleihen mit 4,5% Verzinsung angegeben seien. V führt an, dass die Berechnungen durch den Mathematiker <b>Kronecker</b> ausgeführt worden seien. Diese seien zwar richtig, doch entscheidend sei die Auffassung der Börse. Geldfragen seien Zahlenfragen, die eine mathematische Behandlung erlauben und wo Leichtgläubigkeit und Unwissen einem Abgeordneten nicht gut zu Gesicht stände. Es handle sich bei der Vorlage um eine Ermächtigung für den Staat, jedes Jahr eine neue Anleihe zu tätigen, womit eine bestimmte Summe von Schulden nicht amortisiert würde und die Verschuldung wachse. V rechnet vor, wie sich die nicht geleisteten Tilgungen und zusätzlichen Zinsen zu neuen Schulden aufsummieren. Man müsse bei der Vorlage zwischen Konsolidierung und Unifikation unterscheiden. Letztere sei	vgl. Andree, Band 32, S. 498-517



		<p>wünschenswert, gelänge aber nur partiell und wäre nur dann von Bedeutung, wenn sie gelänge. Sonst hätte man nur einen Schuldentitel mehr und das Haus sehe viel zu leicht über dieses Risiko hinweg. V verweist auf ein Beispiel, in dem ein Bankenkonsortium die Anleihe an sich bringe, die Konvertierung verweigere und dann vorschreibe, wie zu tilgen sei. Dies könne kein vorteilhaftes Geschäft sein. Die <b>Börse</b> sei eben ein <b>unpatriotisches Wesen</b>, welches nur darauf ziele, dem Staat Geld abzunehmen. Ein großer Teil der Anleihen sei in festen Händen, zum Teil im Ausland. Er zweifle daher daran, dass es gelingen könnte, das nötige Quantum zu deponieren, um die Tilgung für das nächste Jahr zu sichern. Weiter weist V auf die unterschiedlich hohen Prämien der verschiedenen Anleihen hin. Reich ausgestatte Tilgungsfonds älterer Anleihen böten dem Besitzer eine größere Garantie als jüngere, die nur mit einem Prozent Amortisation ausgestattet seien. Die Folge davon würde sein, dass die Regierung viele von den neuen Anleihen sammeln werde, aber nicht von den alten, deren Tilgungslast am meisten drücke. Für die Vorlage würden nun einige stimmen, weil noch immer 5 Mio. jährlich zur Amortisation verwendet würden, die anderen, weil sie hoffen, dass in den nächsten Jahren von einer ähnlichen Vorlage das gleiche erreicht würde. V sieht sich auf dem unglück-</p>	
--	--	---	--

		<p>lichen Standpunkt, dass er die gesetzliche <b>Verpflichtung zur Tilgung von Schulden</b> für das Beste halte und es gebe keine feste Absichtserklärung, die Tilgung nicht ganz aufhören zu lassen. Der Weg zur Hölle sei mit guten Absichten gepflastert. Im konstitutionellen Preußen habe es nie etatmäßige Überschüsse gegeben, erhöhte Einnahmen hatten auch immer erhöhte Ausgaben zur Folge. V glaubt, dass es keinem Finanzminister gelinge, Überschüsse zu erwirtschaften solange nicht das politische Wesen anders gestaltet werde. Der frühere Finanzminister habe in seinem Vorbericht zum Etat das Defizit erklärt mit der Steigerung des Zinsen- und Tilgungsfonds für Anleihen und mit der Erhöhung der Zahlungen für den Bund. Diese Zahlungen seien im Wesentlichen Militärausgaben. Im Unterschied zu Amerika, wo mehr Schulden getilgt und weniger für das Militär ausgegeben werde, werde hier die Armee verstärkt und hebe man die Verpflichtung zur Schuldentilgung auf. V verdeutlicht noch mal, dass es in der jetzigen Abstimmung eben genau darum ginge, alles andere läge außerhalb des Votums.</p> <p>Weiter:</p> <p>V fragt sich, wohin es führen soll, die an Tilgung ersparten Summen stetig wieder mit den laufen Ausgaben zu verbrauchen, genauso wie die Einkünfte aus dem Verkauf von Staatsgütern. Man habe es bis</p>	
--	--	--	--

			jetzt für unerlässlich gehalten, wenigstens einen gewissen Teil für die Tilgungsfonds sicherzustellen, sonst käme man zu keiner Amortisation und letztendlich würden die Zahlungen dann ganz eingestellt. Es sei also zu fordern, dass die Einnahmen, die durch den Verkauf von Staatseigentum gewonnen würden, nicht anderweitig verbraucht würden.	
112	Fr, 17.12.1869, Nr. 295 (PDF: 72)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Dez.): V hat der Versammlung ein <b>Druckexemplar</b> seines <b>in der Frauenkonferenz gehaltenen Vortrages</b> übersandt. Das Schriftstück soll zur Einsicht ausliegen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
113	Fr, 17.12.1869, Nr. 295 (PDF: 74)	6. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Anzeige der <b>Lüderitzschen Verlagsbuchhandlung</b> : Vs und <b>v. Holtzendorffs SGWV</b> (1.-4. Serie) werden als Weihnachtsgeschenk empfohlen.	
114	Sa, 18.12.1869, Nr. 296 (PDF: 79 u. 81)	S. 8, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (41. Sitzung vom 17. Dez.): Thema ist der Etat des HdA. V erwähnt, dass das Gerücht kursiere, die Staatsregierung plane, nach der Verlegung der Porzellanmanufaktur den <b>Bau eines neuen HdA</b> und es sei sogar schon ein Architekt engagiert sei. Er hoffe, dass man bei der Planung Mitspracherecht habe und dass es nicht zu einem überraschenden Geschenk käme. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Eigenmächtigkeit der Regierung im Zusammenhang mit dem neuen Eisenbahnpalais, das in keinem Etat gestanden hätte.  Weiter:  Thema der Abendsitzung ist der Etat des	vgl. Andree, Band 32, S. 517-524

			<p>Inneren, im Besonderen die <b>Dispositionsfonds</b>. V erwarte eigentlich eine Äußerung der Regierung. Wenn gesagt würde, dass man darüber nicht sprechen könne, so erwecke dies den Eindruck, dass die Verwendung des Fonds dem Ansehen Preußens schaden könne. Die Regierung könne diesen Fonds aber nicht bis in alle Ewigkeit behalten, früher oder später müsse sie Rechenschaft ablegen. Weiter freut er sich darüber, dass in der Welfenregion endlich Ruhe eingekehrt sei, nachdem die Beschlagnahme erfolgt war.</p>	
115	<p>Sa, 18.12.1869, Nr. 29 (PDF: 82)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Beratung der <b>Budgetkommission</b> über den Nachtragsetat. V zeigt sich einverstanden mit den Ausführungen seines Vorredners. Er geht auf eine Mitteilung aus dem Jahre 1865 ein, in welcher 550.000 Thlr. als Vorschuss für die <b>Verlegung der Artilleriewerkstätten</b> gewährt worden waren, die nun eigentlich hätten zurückgezahlt werden müssen.</p>	
116	<p>Sa, 18.12.1869, Nr. 29 (PDF: 83)</p>	<p>1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten</p>	<p>Vermischtes: Bericht darüber, dass sich V durch seinen Antrag, 500 Thlr. für die Missionsgesellschaften zu streichen, den bitteren Hass der Frommen im Lande zugezogen habe. Es sei falsch, dass es zu Auseinandersetzungen unter den Missionsgesellschaften unterschiedlicher Konfessionen gekommen sei. Es gehe aber gerade aus dem Jahresbericht <b>Dr. Wangemanns</b> hervor, dass eine Missionsstation im Kapland</p>	

			vollständig zerrüttet sei. [ <b>Missionsförderung streichen</b> ]	
117	Sa, 18.12.1869, Nr. 29 (PDF: 85)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Erneute Anzeige der <b>Lüderitzschen Verlagsbuchhandlung</b> : Vs und v. <b>Holtendorffs SGWV</b> (1.-4. Serie) werden als Weihnachtsgeschenk empfohlen.	s. a. 17.12.1869
118	So, 19.12.1869, Nr. 297 (PDF: 88 u. 89)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 18. Dez.): Thema sind heute die außerordentlichen Ausgaben. V ist der Meinung, dass man nicht unten anfangen müsse zu streichen, wie bei der Lehrerausbildung, sondern oben, bei den Oberkirchenräten. Er weist nochmals auf die Dringlichkeit zur <b>Vermehrung der Lehrerbildungsstätten</b> hin. Man müsse das <b>Geld im Lande</b> behalten und <b>nicht ins Zululand</b> schicken. Er erwähnt den Missionsbericht <b>Dr. Wangemanns</b> , aus dem hervorgehe, dass das Kaffavolk bar jeglicher positiven Religion sei und der Zauberei huldige. Dieser allgemein religiöse Standpunkt der Kaffer würde an den der niedrigsten Schicht Pommerns erinnern. Besser könne man nicht belegen, wie wichtig die Lehrerausbildungsanstalten seien. Er plädiere dafür, die gesamte Summe von 10.000 Thlr. zu bewilligen.  Weiter: Es wird über einen Nachtrag diskutiert, eine gewisse Summe zum Erwerb der <b>Artillerie-Werkstätten</b> in Berlin zu verwenden. V verweist darauf hin, dass es sich um eine Forderung aus dem Jahre 1867 handle, von der bis jetzt nichts zu hören gewesen sei.	vgl. Andree, Band 32, S. 524-535

			<p>Bemerkenswert sei es, dass gerade jetzt der Kriegsminister mit dieser Forderung käme, wo er in der Staatskasse Überschüsse vermute. Er halte den Anspruch für ungerechtfertigt. Man habe 1867 korrekterweise den Etat geteilt und die Hälfte der Kosten für die Spandauer Etablissements an den Bund gegeben. Er zitiert den Abg. <b>Brauchitsch</b>, der der Auffassung sei, dass das <b>Militär ein Staat im Staate</b> sei und außerhalb aller Staatsgewalt ein besonderes Recht habe. Die Artillerie-Werkstätten seien nicht das einzige Beispiel, wo der Kriegsminister sich Nebeneinnahmen verschaffen möchte, die nicht zu billigen seien, wie z.B. Militärkasinos. Der Ministerialbeschluss erkläre ausdrücklich, dass entbehrliche Grundstücke von der Militärverwaltung wie vom Staat gegenseitig unentgeltlich abgetreten werden sollen. Die Artilleriewerkstatt werde schon lange nicht mehr militärisch genutzt, sie sei von der Militärverwaltung geräumt und vermietet, also entbehrlich. Ferner sei die Wertberechnung des Grundstückes ohne Grundlage. Falls das Grundstück aber in andere als fiskalische Hände gelange, würde er sehr bedauern und hoffe, dass der Finanzminister dies nicht gestatte. Abschließend bittet V, den Nachtrag abzulehnen.</p>	
119	So, 19.12.1869, Nr. 297	6. Beilage, S. 6, 1. Spalte	Erneute Anzeige der <b>Lüderitzschen Verlagsbuchhandlung</b> : Vs und v. <b>Holtendorffs SGWV</b> (1.-4. Serie) werden als	s. a. 18.12.1869

	(PDF: 94)	unten	Weihnachtsgeschenk empfohlen.	
120	Di, 21.12.1869, Nr. 298 (PDF: 98)	5. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Erneute Anzeige der <b>Lüderitzschen Verlagsbuchhandlung</b> : Vs und v. <b>Holtzendorffs SGWV</b> (1.-4. Serie) werden als Weihnachtsgeschenk empfohlen.	s. a. 19.12.1869
121	Mi, 22.12.1869, Nr. 299 (PDF: 100)	2. Beilage, S. 8, 2. Spalte mittig	Erneute Anzeige der <b>Lüderitzschen Verlagsbuchhandlung</b> : Vs und v. <b>Holtzendorffs SGWV</b> (1.-4. Serie) werden als Weihnachtsgeschenk empfohlen.	s. a. 21.12.1869
122	Do, 23.12.1869, Nr. 300 (PDF: 106)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. Dez.): Thema ist das Verhältnis der Schuldeputation zum <b>Turnunterricht in den Gemeindeschulen</b> . Die Versammlung unterstützt Vs Antrag unter der Bedingung, dass die in dem letzten Schreiben des Magistrats gemachten Zusagen über die Mitwirkung des Turnkuratoriums bei den neuen Einrichtungen aufrechterhalten werde.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber der Turnunterricht ist nicht thematisiert
123	Fr, 24.12.1869, Nr. 301 (PDF: 108)	S. 3, 1. Spalte unten	Auszug aus dem <b>Medizinalkalender 1870</b> : V ist Teil der wissenschaftlichen <b>Deputation für das Medizinalwesen</b> .	
124	Di, 28.12.1869, Nr. 303 (PDF: 114)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Kleine Textanzeige, in der V aufgefordert wird, den Antrag vom 17. Dez. auf <b>Spezialisierung des Oberrechnungskammerretats</b> auch auf alle übrigen Etats auszuweiten. Es geschehe damit ein großer Fortschritt. Unterschrieben mit „das Anciennitätsprinzip“.[Anzeige, anonyme]	
125	Do, 30.12.1869, Nr. 305 (PDF: 120-	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig ff	Aufruf an die Mitbürger, die <b>Waldenburger</b> Bergarbeiter zu unterstützen. Seit dem 1. Dez. hätten 7000 Bergarbeiter ihre Arbeit niedergelegt und seien auf Unterstüt-	

	121)		<p>zung angewiesen. Grund für die Arbeitsniederlegungen seien die Reaktionen der Grubenbesitzer auf die Bildung von Gewerkschaften durch die Grubenarbeiter. Die Arbeitgeber fordern, dass jeder Arbeiter sich schriftlich von den Gewerkschaften distanzieren und diese auch nicht finanziell unterstützen. Andernfalls seien sofortige Entlassungen geplant. Die Ministerialräte würden dieses Vorgehen auch noch unterstützen. Das könne man nicht akzeptieren, da damit die ins Gesetz aufgenommene Koalitionsfreiheit der Arbeiter nur „zu toten Buchstaben würde.“ V ist Mitunterzeichner. [<b>Spendenaufruf</b>].</p>	
--	------	--	--	--



## Fundstellen 1870

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkung
1	Mi, 5.1.1870, Nr. 3 (PDF: 5)	S. 3, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis auf die Erscheinung der neuesten Hefte Nr. 91 und 92 der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b>	
2	Fr, 7.1.1870, Nr. 5 (PDF: 11)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Jan.): Thema ist der Antrag des Magistrats auf Ausschließung eines Mitgliedes nach dessen <b>Bruch der Amtsverschwiegenheit</b> . Kriminalistisch betrachtet könne nach Vs Meinung durchaus eine Untersuchung durch den Magistrat stattfinden. Die Frage sei allerdings vielmehr, ob der Vorsitzende der Deputation nicht das Recht auf Proklamation der Amtsverschwiegenheit habe, was er verneine. Es könne einen Punkt geben, wo das öffentliche Interesse diese Rücksichtslosigkeit brauche und dies sei hier der Fall gewesen. Im Übrigen sei der Gegenstand, um den es hier gehe, unbedeutend gewesen. Er empfehle deswegen die Ablehnung des Antrages.	nichts bei Andree
3	Fr, 7.1.1870, Nr. 5 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte unten	Abdruck der Spendeneingänge zu Gunsten der <b>Waldenburger</b> Bergleute: V hat 25 Thlr. gespendet. Sein Name ist am Ende mit abgedruckt unter den Unterstützern des Projektes. Mit der <b>Spendensumme</b> liegt V im Mittelfeld.	s. a. 28.1.1870
4	Di, 11.1.1870, Nr. 8	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 10. Jan.): Auf der Tagesordnung stehen die Beratungen zur <b>Kreisordnung</b> . V greift den Abg. <b>Solger</b>	vgl. Andree, Band 32, S. 535-537

	(PDF: 16 u. 17)	<p>unten u. 2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>an, der in diesem Vorschlag die Einführung des <b>allgemeinen Wahlrechts</b> sehe. Er frage sich, wie dieser denn dann die Wahlen zum norddeutschen Bund nennen würde. Wie die Lasten im Kreise zu verteilen seien, darauf habe man sich schon geeinigt. Die Verteilung der Rechte daraufhin unregelt zu lassen, wäre da ungerecht. Das Verhalten der Regierung wecke in ihm nicht die geringste Hoffnung auf eine Land-Gemeinde-Ordnung, die den Wünschen entspräche. Der Regierungskommissar vermeide es, Andeutungen zu geben und was sein Chef darüber denke, wisse man auch nicht. Hierdurch werde man behindert, sich für die Kreisordnung besonders zu interessieren. Man müsse notwendigerweise einen Gesamtgedanken haben. Kreis- und Gemeindeordnung stünden in so einem innigen Zusammenhang, dass man erstere nicht schaffen könne, ohne sich vorher Gedanken über letztere zu machen. Von dieser Voraussetzung gehe der Antrag aus.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nach V gehörten Bestimmungen über die Wahlen dringend in diesen ganzen Bau hinein, man könne damit nicht warten. Wenn in diesen Paragraphen von stimmberechtigten Mitgliedern die Rede wäre, so müsse man sich doch fragen, wer da gemeint sei. Der Regierungskommissar verweise auf die geltenden Bestimmungen und auf die Notwendigkeit einer Neuregelung. Daraus könne</p>	
--	-----------------	--	---	--

			<p>man aber nicht folgern, dass die Regulierung bald und im gewünschten Sinne erfolge. Im Gegenteil, das alte Verhältnis würde mit neuen Garantien der Dauer versehen. V fordert auf, etwas Besseres an Stelle des Alten, Schlechten zu setzen. Natürlich gehöre dazu umfangreiche Beratung, aber man könne dafür ja auch eine Kommission einsetzen. Jeder, der öffentlichen Angelegenheiten dienen wolle, müsse sowohl dem Volk als auch dem König gegenüber mit seinen Prinzipien offen hervortreten und treu zu diesen stehen. Das sei die <b>Grundlage der politischen Treue</b> und zugleich die Grundlage jeder politischen Staatsentwicklung. Wenn man aber erkläre, man wolle nichts sagen, so diene man damit dem Augenblick, aber nicht dem dauernden Interesse des Staates. Man sei damit vielleicht im Stande eine Mehrheit zu bilden, Gesetze für den Augenblick zu machen und Unbequemlichkeiten aus dem Wege zu gehen, aber man schaffe keine Verhältnisse, die Anspruch auf Stabilität erheben.</p>	
5	Fr, 14.1.1870, Nr. 11 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p>Parlamentarische Nachrichten: Tagung der <b>Budgetkommission</b>. Thema ist der Rechenschaftsbericht über ein Gesetz, in dem es um die Fortdauer der Deckung des außerordentlichen <b>Geldbedarfs der Militär- und Marineverwaltung</b> geht. V bemerkt, dass der Landtag volle Rechenschaftslegung hätte verlangen können. Abschließend wird V mit der Erstattung eines Berichts an das</p>	

			HdA beauftragt.	
6	Fr, 14.1.1870, Nr. 11 (PDF: 33)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Jan.): Thema sind die Arrangements von <b>Subskriptionsbällen</b> . V habe immer dagegen gestimmt, dass die Stadt als Gastgeber auftrete, dies sei eine unglückliche Nachahmung fremder Sitten. Die Vorlage schmerze ihn, da sie zeige, wie falsch es war, die Einrichtung der Festräume überhaupt zu bewilligen. Denn kaum seien sie da, schon suche man Gelegenheiten sie zu nutzen. Es sei ein Fehler gewesen, die Festräume herzustellen, aber da sie nun da seien, bestände aber kein Zwang sie zu nutzen. Einen Zugang für die Bürgerschaft halte er aber für wünschenswert.	nichts bei Andree
7	So, 23.1.1870, Nr. 19 (PDF: 73)	S. 2, 2. Spalte, oben	Im Rahmen eines Berichtes über einen Antrag der Freikonservativen zur Revision des Besteuerungssystems des Bundes und des Staates wird Vs Antrag bzgl. der <b>Kommunalbesteuerung</b> aus diesem Jahr erwähnt	
8	So, 23.1.1870, Nr. 19 (PDF: 74)	S. 3, 2. Spalte mittig	Bericht über die Sitzung des HdA: V wird kurz genannt als Gegner zu einem Vorschlag der Regierung, welcher vorsieht, <b>Amtsbezirken</b> unter gewissen Umständen <b>kommunalen Charakter</b> zu verleihen	
9	So, 23.1.1870, Nr. 19 (PDF: 78)	S. 5, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (52. Sitzung vom 22. Jan.): Debattiert wird über den § 41, in welchem geregelt ist, wie weit sich zu einem Amtsbezirk gehörige Gemeinden und Gutsbezirke zu einem <b>Kommunalverband</b> zusammenschließen, wenn sie gemeinsame Interessen verfolgen. Dies solle per Gesetz geregelt werden. Abg. <b>Miquel</b> beantragt, dass das Amt einen	vgl. Andree, Band 32, S. 538-545

		<p>Kommunalverband mit den Rechten einer Kooperation bildet. Dessen Zuständigkeit werde durch dieses Gesetz geregelt und durch die weiter zu erlassende Landgemeinde-Ordnung geregelt. V übt Kritik am Vorredner, welcher vielleicht langjährige Erfahrung in der Verwaltung habe, aber in seinem Kreis wohl an den Bedürfnissen der Bauern vorbei plane. Die Abneigung der Bauern läge darin, dass sie die neuen Wege eher als Wege denn als Abwege sehen würden und Chausseen würden zuweilen Krümmungen machen, die nichts mit der Geographie zu tun hätten. Wenn das Land die Vorschläge zurückweisen würde, wie Herr <b>von Kardoff</b> sage, so würde er selbst dagegen votieren. Nicht, weil sie nichts taugen würden, sondern weil er der Ansicht sei, die Gesetzgebung solle ihre Wohltaten nicht aufdrängen und die konstitutionelle Vertretung dürfe dem Volk nicht 10 Schritte voraus sein. Ihre Stärke liege einzig darin, dass sie ihren Halt und ihre Stütze im Volke fände, also müsse sie unter Umständen mit der noch nicht entwickelten Einsicht der Nation Schritt halten. Gesetze wie die <b>Kreisordnung</b> seien kein kurzfristiges, sondern ein langfristiges Projekt. V fragt sich, ob sich auf den Vorschlägen wirklich eine konservative Partei gründen ließe. Eine solche, wie man sie im Interesse des Landes besitzen müsse und die mit Sicherheit nur auf einer regelrechten Grundlage für die gesam-</p>	
--	--	---	--

		<p>te kleine Gemeindeverwaltung ruhen könne. Er weise auf die Unsicherheit hin, die dazu zwinge, sich einer Politik anzuschließen, die man nicht unterstütze und die einen vielleicht auch zwinge, das <b>allgemeine Wahlrecht</b> zu befürworten. All dies zeige die aus unberechtigten Privilegien hervorgehobene Stellung. Gerade jetzt ginge es darum, der konservativen Partei eine feste Grundlage zu schaffen. Wo man Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Freiheit finde, basieren sie auf der Tätigkeit der kleinen Besitzer. V wirft den Zuhörern vor, dass sie aber eine <b>Kreisvertretung</b> wollen, die auf der <b>Majorität der Großgrundbesitzer fuße</b>. Dabei seien gerade die kleinen Besitzer wichtig. Der Ausschuss dieser Vertretung werde also auch eine feudale Gesinnung haben und das Land würde damit nicht glücklich werden. Es werde die korrekte Form geliefert, in der jeder Verband stark genug sei, seine Lasten, wie die Armenpflege, zu tragen. Sei dies mal nicht möglich, könne der Verband auf den Kreis oder sogar auf den <b>Provinzialverband</b> zurückgreifen. Deshalb zu sagen, der Provinzialverband könne allein die Armenpflege leisten, hält V für falsch. Sie ließe sich vielmehr nur in kleinen Kreisen ausüben. Ebenso sei es mit den Fragen der Schule und des Wegebau. Nicht einzelne Verbände sollten sich mit den einzelnen Fragen beschäftigen, sondern man sollte in einer Sitzung alle Fragen klä-</p>	
--	--	---	--

			<p>ren können. Besonders regelmäßige Termine wären eine gute Schule für die Amtsverwaltung. Auch der kleine Grundbesitzer könne sich soweit entwickeln, dass er das Amt des Amtshauptmanns übernehmen könne. Damit fiele auch das Privilegium der Herren, die meinen, ihnen gebühre die <b>Verwaltung von Gottes Gnaden</b>. Die Gegenseite stelle für die von V vorgeschlagene Vertretung eine große Kostenrechnung auf, besonders für die Amtsgebäude. V entschärft, dass man die Versammlungen überall stattfinden lassen könne. Die Leute würden gerne in diese Versammlungen kommen, weil sie hier Geschäftskunde erlernen könnten. Man müsse dem Bedürfnis nur die korrekte Form geben. Man könne nichts Besseres tun, als diese Bewegung zu unterstützen. Widerstand, um die Kreisordnung über Jahre auf der Tagesordnung zu lassen und in immer neuen Legislaturperioden zu schleppen, führe zu keinem Ziel. Man sei nicht gewillt, sich mit Andeutungen zu begnügen. Es müsse ein Gesetz aufgestellt werden, welches über lange Jahre Bestand habe als Grundlage der Organisation im Kreis. Es gelte, der Regierung und der künftigen Landesvertretung zu zeigen, wohin die liberale Strömung dieses Hauses gehe.</p>	
10	Di, 25.1.1870, Nr. 20 (PDF: 82)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<p>Aus dem <b>HdA</b> wird über die Debatte zur Abschaffung der <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> berichtet. Es wird kurz erwähnt, dass V allgemeine Gesichtspunkte beleuchtet hat.</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 545-554

11	c Di, 25.1.1870, Nr. 20 (PDF: 85)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (53. Sitzung vom 24. Jan.): Es wird über den Gesetzentwurf debattiert, dass in einigen Städten die <b>Klassensteuer</b> zu Gunsten der <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> eingeführt wird. V bemerkt, dass es erfreulich sei, dass sich richtige Grundsätze nun durchsetzen würden. Bezeichnenderweise kämen von der rechten Seite Anträge dazu, die diese Seite vor zwei Jahren zurückgewiesen hätte. Dies sei ein klar errungener Sieg und an der besseren Erkenntnis der Staatsregierung habe man auch seinen Anteil. Man habe immer die zwangsweise Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer befürwortet. Nicht die städtischen Behörden, sondern die steuerzahlenden Einwohner der Städte seien die Beteiligten. Man dürfe sich daher nicht wundern, dass diese gegen die Aufhebung protestieren. Auf die unklaren Überzeugungen der Lokalbehörden könne man keinen Wert legen. Selbst in Berlin hätten die städtischen Behörden mal in die eine, mal in die andere Richtung geschwankt. Der Grund dieser Unsicherheit läge nur darin, dass man nicht wisse, durch was man die Mahl- und Schlachtsteuer ersetze. Der Gedanke durchziehe auch die Regierung, weil vielleicht auch eine Verminderung der Ausgaben möglich wäre, die aber durch erhebliche Mehrausgaben für Unterricht wieder aufgehoben würden. Der Grund liege darin, dass der Staat kein Geld habe für diese Zwecke und die ausgezeichneten</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 545-554
----	--	---	---	--



			<p>nete Erfolge des Kultusministers nur darauf zurückzuführen seien, dass die Städte ihre <b>Bewohner für Schulzwecke besteuern</b> würden. Hätte der Kultusminister auch nur einen geringen Verdienst in der Sache, hätten die Städte mit den alten Summen auskommen können. So aber müsse, bei stetigem Anwachsen der Einwohnerzahlen, die Anzahl der Schulen steigen und damit auch die Steuern. Als Ersatz für die Mahl- und Schlachtsteuer sieht V die <b>städtische Einkommenssteuer</b>. In Berlin hätte man damit den ersten Schritt getan und das Problem gelöst. Die Mahl- und Schlachtsteuer sei 1820 eingeführt als Tilgungsmittel für die Staatsschulden. Seitdem das Auditorium beschlossen habe, keine Staatsschulden mehr zu bezahlen, müsse man auch die Steuergesetze aufheben, die zur Amortisation dienten. V kritisiert Herrn <b>Groschke</b>, der meint, ein kleiner Betrug sei nichts Wichtiges. Es sei nicht schlimm, wenn man mal rechts fahren würde. Bei der Grundeinstellung dieses Abgeordneten, gibt V zu bedenken, könne er sich das vorstellen, aber verlange das Gesetz einmal, dass links gefahren werden müsse, dann ändere sich alles und es wäre unmoralisch. Er sei nicht der Meinung, dass ein kleiner Betrug nur deswegen weniger unmoralisch sei, weil er klein sei. „Nichts ist gefährlicher, als die kleinen Unsittlichkeiten, weil die Versuchung näher liegt und der Weg vom Kleinen zum Gro-</p>	
--	--	--	--	--

			ßen sehr leicht ist.“ Für die <b>Erziehung des Volkes zur Gesetzlichkeit</b> sei es wichtig, jede solche Gelegenheit wegzuräumen. V geht auf die Probleme der Schlachtsteuer für die Arbeiter ein. Sie mache den Fleischgenuss für die ärmere Bevölkerung immer seltener. Es gebe einen immer größeren Kreis, die sich nicht regelmäßig Fleisch kaufen könnten und dies führe dazu, dass die Arbeitskraft im Ganzen geschwächt würde.	
12	Fr, 28.1.1870, Nr. 23 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (56. Sitzung vom 27. Jan.): Es wird beraten über eine Petition der Stadtverordneten zu Berlin, in welcher es um einen <b>Zirkularerlass des Innenministers</b> geht bzgl. der Gehaltsfeststellungen, der besonderen Wahlbedingungen und der <b>Bestallung besoldeter Magistratsmitglieder</b> , über die sich die Petenten beschwerten. V stellt sich die Frage, ob Dinge, die nicht in der Stadtordnung aufgeführt seien, in die Kompetenz der Staatsregierung oder der Selbstverwaltung fielen. Die Regierung betrachte es als selbstverständlich, dass ihr gewisse Befugnisse zustünden, nur weil sie nicht in der Stadtordnung geregelt seien. Die SVV hingegen sehe sich nicht gebunden an willkürliche Verfügungen der Regierung. Dass nach der Städteordnung die Regierung das Recht habe, auf eine angemessene Höhe der Gehälter der städtischen Beamten zu sehen, sei unzweifelhaft. Nun verlange der Minister aber in jedem Einzelfall	vgl. Andree, Band 32, S. 554-562

		<p>die Prüfung. Die Stellen in der städtischen Verwaltung würden hauptsächlich mit Juristen besetzt. Da diese im Staatsdienst nur kümmerlich besoldet würden, ist die Anstellung in einem städtischen Amt ein Aufstieg. Dadurch bestehe die erste Zeit kein Grund für eine Gehaltserhöhung durch die Staatsregierung. Wenn man bei diesem Vorgehen bliebe, würde die Regierung alleine den Besoldungsetat der Stadt gestalten. Weiter geht V auf die <b>Prüfung der Wahlbedingungen</b> vor der Wahl ein. In der Städteordnung stehe zwar nicht, dass die Regierung dieses Recht nicht habe, aber es stünde dort auch nicht, dass sie es habe. Die Regierung leite dieses Recht aus ihrem Aufsichtsrecht ab, welches aber kein präventives Recht sei. Als nächstes geht er auf das <b>Bestallungsdekret</b> ein, bei dem sich die Selbstverwaltung äußerlich erkennbar darstelle. Bisher habe man den neu gewählten Beamten in feierlicher Sitzung das Dekret übergeben, ein Brauch der seit einem halben Jahrhundert existiere. Nun solle dies anders werden. Solle wirklich ein gleiches Vorgehen etabliert werden, so solle dieses Verfahren als Vorlage gelten. Man blicke bei der großen Zahl an Beamten auf einen großen Erfahrungsschatz zurück. Von der Regierung gewünscht wäre nicht die städtische, sondern die staatliche Urkunde zu vergeben. Dahinter stehe der Wunsch den Eindruck zu vermitteln, der Beamte sei eine Kreatur der</p>	
--	--	--	--

			<p>Regierung. Die städtische Urkunde als Zeichen eines Wahlprozesses könne doch nichts Bedenkliches haben. Die Regierung könne nicht überall ins städtische Leben eingreifen. Die <b>Selbstverwaltung</b> habe schließlich den Zweck, die Regierung zu entlasten. Ihre Organe wollen sich von Beschäftigungen befreien, aber sie selbst mische sich wieder in andere Dinge ein. Das bisherige Verfahren genüge vollkommen, um der Regierung die Möglichkeit zur Aufsicht zu geben. V wirft dem Innenminister vor, er würde in den Sitzungen von freier Tätigkeit sprechen, aber danach Reskripte und Untersuchungen anordnen. Die Regierung solle sich nicht mit Geschäften belasten, die sie nichts angingen und bei den Dingen bleiben, die sie bisher zweckmäßig und richtig geführt habe.</p>	
13	Fr, 28.1.1870, Nr. 23 (PDF: 9)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Jan.): Es wird beantragt, dass der <b>zu Gunsten des Asylvereins</b> stattfindende <b>Bazar</b> in den Festräumen des Rathauses stattfindet. V, <b>Romstädt</b> und <b>Dr. Cohn</b> sprechen sich für die besondere Wirksamkeit dieses Vereins aus und bitten darum, die Entscheidung durch weitere Beratungen in einer gemischten Deputation nicht zu verzögern. Sonst könne sehr leicht das gesamte Unternehmen scheitern. Daraufhin beschloss die Versammlung, den Antrag zu genehmigen.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nicht zu diesem Thema
14	Fr, 28.1.1870,	3. Beilage, S. 2,	<p>Abdruck der Spendeneingänge zu Gunsten <b>Waldenburger</b> Bergleute. V ist unter den</p>	s. a. 22.2.1870

	Nr. 23 (PDF: 11-12)	2. Spalte unten f.	Unterzeichnern, die diese Aktion unterstützen. [ <b>Spendenaufruf</b> ]	
15	Mi, 2.2.1870, Nr. 27 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (59. Sitzung vom 1. Feb.): Thema ist, bestimmte Wildarten zu festgelegten Zeiten vor der Jagd zu schützen. Ein Vorredner plädiert dafür, den Dachs nicht zu schützen. V nimmt den Dachs in Schutz und die Versammlung unterstützt ihn mit der Ablehnung des Antrages des Vorredners. [ <b>Jagdschonzeiten</b> ]	vgl. Andree, Band 32, S. 562-564
16	Mi, 2.2.1870, Nr. 27 (PDF:17)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten u. 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 11. Dez. 1869): V sprach über <i>die Pfahlbauten im nördlichen Deutschland</i> . Von Überresten des Menschen und seiner Arbeit in früheren Schichten der Erde sei bisher in Norddeutschland nichts bekannt geworden. Von Menschen der Rentierperiode ebenfalls nur zweifelhaftes. Dagegen habe man auf dem Gebiet der Pfahlbauten eine Reihe von Entdeckungen gemacht. Die ersten Funde der Art wurden von <b>Lisch</b> in einem Torfmoore bei <b>Wismar</b> ausgegraben. Eine andere Ansiedelung finde sich bei dem Dorfe <b>Lübtow</b> an der Plöne (Pommern) auf dem Grundstück des Herrn <b>v. Schöning</b> . Wegen der Nähe eigne sich zu Besuchen besonders ein Pfahlbau im Werbelinsee, nicht weit von Angermünde und Joachimsthal beim Dorf Altenhof. Um sich die Situation der Pfähle klar zu machen, stecke man vorher Stangen auf die Pfähle. Ein ähnlicher Pfahlbau liege bei Arnswalde (Neumark) im See von Hitzdorf. Die Leute	<i>Die Pfahlbauten im nördlichen Deutschland:</i> Andree, Band 46, S. 134-148

			<p>hielten solche Pfahlbauten oft für früher angelegte Brücken. Bei Neustettin sei durch eine Senkung des Streutzig-Sees eine sehr umfangreiche Pfahlstellung zu Tage getreten, aber ohne Geräte. Dagegen seien bei Dabern in Hinterpommern, im Pertanzig-See bei Neustettin, im Klopp-See bei Woldenberg (Neumark) dicht beim Dorfe Schwachenwalde und in einem See bei Soldin Pfahlbauten gefunden worden, welche die Konstruktion der Gebäude zeigten und viele Gegenstände aller Art lieferten. Mit Ausnahme der Ansiedelungen im Soldiner und Plöne-See, welche bis in die Stein- und Bronzezeit zurückzureichen scheinen, gehören alle Ansiedelungen in die Eisenzeit. Da in keiner Urkunde oder Chronik von solchen Pfahlbauten in den Gegenden die Rede sei, liege die Zeit derselben vor der Geschichte der Gegenden. Es folge dies besonders auch daraus, dass die Pfahlbauten vielfach Knochenreste des Elens enthalten, welches von keinem einheimischen Chronisten als zur Landesfauna gehörend erwähnt würde. Der Pfahlbau bei <b>Daber</b> im Pertanzig-See und im Plöne-See hätte gezeigt, dass die Häuser, außer auf einem Pfahlrest, noch auf einem Viereck von horizontalen Balken gelagert wurden. Diese Art des Baues sei bisher für die Pfahlbauten der Gegenden typisch. Am Pfahlbau bei Daber, am Soldiner See usw. ständen die Wasserbauten mit Landbauten, sogenannten Burg-</p>	
--	--	--	--	--

		<p>wällen, in Verbindung, woraus angenommen werden könne, dass ein Teil der Burgwälle mit den Pfahlbauten gleichaltrig sei. Dies zeige sich auch darin, dass die Ornamentik der Urnen und Töpfe dieselbe sei. Von vegetarischer Nahrung habe man Haselnüsse, verkohltes Getreide, einen verbrannten Apfel, Kirsch- und Pflaumenkerne gefunden. Von Tieren fänden sich besonders die zur Gewinnung des Markes aufgeschlagenen Knochen von Haustieren, besonders des Schweins. Außerdem fänden sich aber auch Hund, Ziege, Rind, Schaf, Pferd, und von wilden: Hirsch, Reh, Elen, Biber.</p> <p>Weiter:</p> <p><b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Jan.): V sprach über <i>Schädelformen</i>, die von einem Vorredner vorgelegt wurden und von den Philippinen stammen. Einige dieser Schädel zeigten eine künstliche Umbildung der Form, durch Druck auf Stirn und Hinterhaupt, wodurch sogenannte Flachköpfe entstanden seien. Diese Umbildung fände sich bei den verschiedensten Völkern der Erde. Im südlichen Frankreich fände sich an einzelnen Stellen noch heute die eigentümliche Mode der Vorbildung. V fordert auf, auch in den eigenen Gegenden auf ähnliche Dinge aufmerksam zu reagieren. Die von manchen Forschern behauptete allmählich eintretende Erblichkeit dieser Schädelformen bestreitet er. Diese Schädel zeigten auch einen sehr</p>	<p><i>Schädelformen</i>: VBAG 2, S. 151-158</p>
--	--	---	---

			<p>hohen Breitenindex von 78-81. Sie stammen alle aus Höhlen und zeigen durch ihre Erhaltung ein sehr hohes Alter an. Viel jünger seien andere vorliegende Schädel, zwei davon seien durch und durch syphilitisch und einer davon zeige ein gutes Beispiel von Caries sicca. Da man annehmen müsse, dass die Syphilis erst durch Europäer importiert worden sei, so würden diese Schädel kaum älter sein als das Ende des 16. oder der Anfang des 17. Jahrhunderts. V findet unter den von <b>Dr. Jagor</b> ausgestellten Bildern der Philippinenbewohner in der Physiognomie der Bisayos am meisten Ähnlichkeit mit diesen Schädeln. Alle Schädel seien in hohem Grade brachycephal. Die Bildung des Flachkopfschädels zeige, dass sie einer wilden, streitbaren Bevölkerung angehörten.</p>	
17	Do, 3.2.1870, Nr. 28 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<p>Parlamentarische Nachrichten: Tagung der <b>Budgetkommission</b>. Thema ist die beanstandete Etatüberschreitung für die <b>Eisenbahnanleihe</b> von 1867. V beantragt, die Zinsen für die Anleihe nicht zu bewilligen, soweit sie nicht im Etat genehmigt seien und Abweichungen davon könnten nur durch ein <b>Indemnitätsgesetz</b> ausgeglichen werden.</p>	
18	Fr, 4.2.1870, Nr. 29 (PDF: 22)	S. 2, 2. Spalte oben	<p>Zusammenfassung der gestrigen [3.2.1870] Sitzung im <b>HdA</b>: Es wird kurz erwähnt, dass Abg. <b>Solger</b> sich an V rächen wolle mit einem Zitat aus der „Vossischen Zeitung“</p>	vgl. Andre, Band 32, S. 564-568



19	Fr, 4.2.1870, Nr. 29 (PDF:23 u. 24)	S. 8, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (60. Sitzung vom 3. Feb.): Es wird über das Wildschon-Gesetz beraten. V beantragt, dass Haselhähne aus der Schonzeit vom 1. Juli bis Ende August gestrichen werden. Die Haselhenne unterliege einer Schonzeit von Februar bis August. Da diese Art monogam als Paar lebe, solle man den Hahn genauso lange schützen wie die Henne.</p> <p>Weiter: Ein weiterer Antrag Vs soll die Rebhühner vom 1. Dez. bis Ende August schützen. Es solle das ganze Jahr verboten werden, Rebhühner, Rehe und Hasen mit Schlingen zu jagen. Wildkaninchen könnten das ganze Jahr hindurch gejagt werden. [<b>Jagdschonzeiten</b>]</p> <p>Weiter: Abg. <b>Solger</b> zieht seinen Antrag auf die Schonung des Dachses zurück Dies würde er infolge der verschlagenen Taktik Vs tun. Solger habe damit lediglich die „Vossische Zeitung“ zitiert.</p>	vgl. Andre, Band 32, S. 564-568
20	So, 6.2.1870, Nr. 31 (PDF: 35)	S. 2, 2. Spalte unten	Im Rahmen eines Artikels über den Schuletat wird kurz erwähnt, dass die Verwendung des Wortes“ unwahr“ dem Grafen <b>Bismarck</b> die Möglichkeit eröffnet habe, V auf die Mensur zu bestellen. [ <b>Duell mit Bismarck</b> ]	
21	So, 6.2.1870, Nr. 31 (PDF: 42-	5. Beilage, S. 1, unten f.	Anzeige mit Hinweis auf einen <b>Bazar zu Gunsten des Asylvereins: Vs Ehefrau Rose</b> ist Mitunterzeichnerin.	s.a. 13.2.1870

	43)			
22	Di, 8.2.1870, Nr. 32 (PDF: 51)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte oben	Eingegangene Spenden zu Gunsten der <b>Waldenburger</b> Bergleute: Weitere Spenden können abgegeben werden. V ist unter den Unterzeichnern, die diese Aktion unterstüt- zen.	s. a. 22.2.1870
23	Mi, 9.2.1870, Nr. 33 (PDF: 56 u. 57)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (64. Sitzung vom 8. Feb.): Es geht um einen Zusatz zum <b>Eisenbahn-Anleihe-</b> Gesetz, in dem 40 Mio. Thaler mehr bewil- ligt werden sollen. V möchte diese Angele- genheit milder beurteilen. Durch seine lang- jährige Beschäftigung mit dem Rechnungs- wesen habe er die Überzeugung gewonnen, dass innerhalb der Art der Verwendung die Landesvertretung der Regierung keine en- gen Schrauben anzusetzen vermag. Die Re- gierung sei noch nicht in der Lage, genaue Rechnungen vorzulegen. Wenn man trotz- dem die Vorlage genehmige, sehe er darin keine große Gefahr. Lehne man den Antrag ab, so müsse man vielleicht durch neue An- leihen die konsolidierten Schulden vermeh- ren. Bevor er aber sein Votum abgebe, wün- sche er sich eine positive Erklärung darüber, dass es nicht die Absicht der Regierung sei, der Ersparnis halber den Bau einzelner Bahnen in der Provinz zu Gunsten anderer Bahnen zu verzögern. Weiter: Wenn die Regierung das Vertrauen der Landesvertretung nicht habe, dass sie die Verwendung gesetzlich ausführen werde, so sei nur durch einen Ministerwechsel zu hel-	vgl. Andree, Band 32, S. 573-576

			fen, nicht durch besondere Gesetze, so V. Die 40 Mio. seien nur als Pauschalsumme bewilligt, die Voranschläge seien nicht detailliert gewesen, die Rechnungen würden es auch nicht sein. Deshalb habe er so viel konstitutionelle Nachsicht, dass er der Regierung zugestehe, in den Einzelheiten Veränderungen vorzunehmen. V stimmt gegen die Vorlage, aber diese wird mehrheitlich angenommen.	
24	Do, 10.2.1870, Nr. 34 (PDF: 59-60)	S. 1, 2. Spalte unten f.	Zusammenfassung aus dem <b>HdA</b> : Es geht nach Antrag des Abg. <b>Diest</b> um die Zuordnung der <b>Ministerialräte</b> zu Beamten, die der Minister nach seinem Ermessen aus dem Amt entfernen könne. V bekämpft diese Zuordnung. Es müssten erst bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Das preußische Königtum müsse anerkennen, dass der <b>Landtag berechtigt sei, der Willkür Schranken zu setzen</b> . Der preußische Minister dürfe nicht mehr in der Lage sein, Bürgermeister und Amtshauptleute zu bestätigen und mit allen möglichen Instruktionen die Gesetze so auszulegen, dass sie das Gegenteil von dem bedeuten, was sie in der Tat enthielten. Minister müssten, wenn sie die Mehrheit der Volksvertretung gegen sich haben, aus dem Amt ausscheiden und nicht noch Jahre lang auf ungesetzlicher Grundlage regieren. Erst wenn man dies erreicht habe, dürfe man den Ministern das Regieren dadurch erleichtern.	vgl. Andree, Band 32, S. 576-584
25	Do,	1. Beilage,	<b>HdA</b> (65. Sitzung vom 9. Feb.): Thema ist	vgl. Andree,

	<p>10.2.1870, Nr. 34 (PDF: 62- 63 u. 64)</p>	<p>S. 3, 2. Spalte unten f. u. 1. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig</p>	<p>die Schlussberatung über den in der Vorberatung abgelehnten Antrag von <b>Diest</b> über die <b>Außerdienststellung der Ministerialräte</b>. V beginnt damit, dass er den Antrag im Widerspruch sieht zu der modernen Entwicklung des Staatswesens. Wer sich dem Antrag anschließen, solle sich vorher ein Bild davon machen, was für einen Staat er anstrebe. Der Antragsteller habe dies wohl nicht getan. Der altpreußische Staat, dem man einige positive Errungenschaften nicht absprechen könne, verdanke den <b>Ruhm seines Beamtentums</b> der Tatsache, dass dieses dem König selbst nötigenfalls Widerstand leiste. Dieser alte Beamtenstand habe seine Sporen verdient im Kampf für das Gesetz. Nachdem nun der Landtag an diese Stelle getreten sei, wolle man nun die Beamten weniger widerstandsfähig machen. Seine volle Berechtigung werde er erst dann erlangen, wenn das Königtum anerkenne, dass jetzt neue Schranken gegen Willkür vorhanden seien in den neuen Institutionen. Der Gedanke der <b>Selbstverwaltung</b> käme näher. Wenn der Handlungsspielraum der Minister deutlich eingeschränkt sei, dann wäre auch V bereit, ihnen mehr Freiheit zu gewähren. Bei der momentanen Omnipotenz könne man den Ministern nicht gestatten, ihre Organe aus ihren Freunden zu bilden. Die Beamten der Minister seien zurzeit ihre einzige Schranke. V prangert die <b>Protegiierung einzelner Minister bei konfor-</b></p>	<p>Band 32, S. 576-584</p>
--	--	---	--	--------------------------------

			<p><b>mer Meinung</b> an. Wenn die Minister aber anerkennen würden, dass sie im Einklang mit der Mehrheit der Landesvertretung regieren müssten und auch bei Verlust dieser Mehrheit ihren Platz räumen müssten, dann könne man auch die Absetzbarkeit der Verwaltungsbeamten akzeptieren. V würde sogar noch weiter gehen und beschreibt das angewendete Prinzip im Kanton <b>Zürich</b> in der Schweiz, wo sämtliche Beamtenstellungen auf kürzere Zeit vergeben werden. Gleichzeitig warnt er davor, einen solchen Schritt zu tun, ohne sich des ganzen Systems bewusst zu sein. Gegenwärtig habe man nur die Möglichkeit, die Reorganisation von unten zu beginnen und den Ministern ein gewisses Gebiet abzuringen, in dem man durch Einführung der Selbstverwaltung die Beamten der Einwirkung der Minister einziehe. V hoffe auf allseitige Unterstützung.</p> <p>Weiter:</p> <p>Der Beigeordnete <b>Jäger</b> verliest eine Petition im Auftrag des <b>niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege</b>, in welcher gebeten wird, ein Gesetz zu erlassen über die <b>Aufbewahrung und Fortschaffung der menschlichen Auswurfstoffe</b>. V möchte dem Antrag nicht entgegentreten, kann aber die aufgestellten Gesichtspunkte nicht ohne Widerspruch lassen. Die Fragen, die man bei diesem Antrag berücksichtigen müsste, seien von so entscheiden-</p>	
--	--	--	--	--

			dem Einfluss auf Leben und Gesundheit, dass man sie nicht in die Hände der manchmal bornierten Gemeindebehörden legen dürfe. In England habe man dafür Gesundheitsbehörden. Der Polizeipräsident, der den Vorsitz der hiesigen königlichen Sanitätskommission bilde, habe keine rechtliche Grundlage zur Verordnung sanitätlicher Maßregeln. Eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit sei deshalb dringend nötig. Zahlreiche Übelstände, wie z.B. die Senkgruben, würden nur auf diesem Wege beseitigt werden.	
26	Do, 10.2.1870, Nr. 34 (PDF: 65)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Tagung der <b>Budgetkommission</b> . Thema ist der Kaufpreis für ein Gebäude, das zum <b>Standquartier für eine berittene Schutzmannschaft</b> dient. V beantragt die Ablehnung dieses Postens. Er wird mit der mündlichen Berichterstattung beauftragt und es wird beschlossen, über zwei Punkte in den Etatüberschreitungen zu berichten, bei denen nützliche Verwendungen nicht nachgewiesen werden konnten.	
27	Fr, 11.2.1870, Nr. 35 (PDF: 2-3)	S. 2, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.2.1870] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war das Gesetz zur <b>Deckung des Defizits</b> und der Etatüberschreitung. V berichtete darüber, erörterte die Rechtsverletzung und kritisierte <b>Heydts</b> Verhalten bei der Beratung des Etats von 1868. Dieser habe über die Realisierung der gesamten Anleihe unterhandelt, obwohl er nur über 10 Mio. hätte	vgl. Andree, Band 32, S. 584-605

			<p>verfügen können und ließ den König seinen Namen unter das Gesetz setzen. Nach Vs Meinung müsse man so jemanden dem Staatsanwalt überantworten, stattdessen schütze den Minister der <b>Mangel eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit</b>. Graf <b>Bismarck</b>, nach Verfassungseid eigentlich zur Mitarbeit an einem solchen Gesetz verpflichtet, habe in acht Jahren Amtsführung nicht die Zeit gefunden am Zustandekommen eines solchen Gesetzes mitzuwirken. V beklagte während seiner Rede die Abwesenheit Bismarcks, an dessen Zitat „ wir werden das Geld nehmen, wo wir es finden!“ das Verhalten Heydts erinnere. Der Finanzminister war nun gezwungen auf Vs Auslassungen zu antworten. Während seiner Ausführungen trat Bismarck ein, dem man von Vs wenig schmeichelhafter Kritik wohl berichtet hatte.</p>	
28	Fr, 11.2.1870, Nr. 35 (PDF: 4-6 u. 8)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben ff. u. 1. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (66. Sitzung vom 10. Feb.): V berichtet im Namen der <b>Budgetkommission</b> über die Übersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1668. Diese Übersicht sei der Staatsregierung vorgelegt, um die <b>Deckung für das Defizit</b> von 1868 zu erlangen, welches anfänglich über 11 Mio. Thaler lag und nun, nach Abzug der ungesetzlich gemachten Ausgaben, bei ca. knapp 10 Mio. liege. Er geht zunächst auf den ersten Punkt des Kommissionsantrages ein. Hierbei handelt es sich um einen 24-Mio.-</p>	vgl. Andree, Band 32, S. 584-605

			<p>Kredit für Baumaßnahmen. Dazu sei im Gesetz von 1867 beschrieben, dass der dazu nötige Geldbetrag durch eine verzinsliche Anleihe zu beschaffen sei, um die für die einzelnen Baujahre erforderlichen Geldmittel allmählich zu realisieren. Bei den Verhandlungen gingen Haus wie Regierung davon aus, dass der Bau auf eine Zeit von 5 Jahren verteilt werden solle, also auch dass die Summe von 24 Mio. über 5 Jahre zu verteilen seien. Demzufolge seien 1867 4 Mio. und 1868 weiter 10 Mio. verplant worden. Der Wortlaut des Etatgesetzes in diesem Punkt sei so scharf und klar, dass über die Bedeutung im Haus kein Zweifel bestehen dürfe und die zusätzlich angefallenen Kosten ungesetzlich seien. Die Gründe, welche die Staatsregierung bestimmt haben, entgegen dem ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes die gesamte Summe auf einmal in Anschlag zu bringen, seien bis jetzt nicht geklärt worden, denn der gegenwärtige Finanzminister <b>Camphausen</b>, welcher selbst in der Kommission erschienen war, würde die Gründe seines Amtsvorgängers nicht vollständig kennen. Er könne nur hypothetisch antworten und es könne sein, dass er Recht habe oder auch nicht. V beklagt daraufhin, dass der damals zuständige Finanzminister <b>v. d. Heydt</b> nicht anwesend sei. Es gelte, eine der schwersten Gesetzesverletzungen zu verhandeln, welche jemals in Preußen begangen worden sei, ohne dass</p>	
--	--	--	--	--



		<p>die schuldige Person anwesend wäre. Nur dränge jetzt das Ende der Landtagssession und man könne Herrn v. d. Heydt nicht auf seinen Platz rufen. V äußert sein Befremden darüber, dass bei der gegenwärtigen Debatte außer dem neuen Finanzminister kein Mitglied des Staatsministeriums anwesend sei. Er hätte erwartet, dass alle damaligen Mitglieder auf ihren Plätzen zu finden seien. Man hätte bis jetzt nicht klären können, ob nur v. d. Heydt oder das gesamte Staatsministerium die Verantwortung für diese Maßregel auf sich nähme. Ihm erscheint es unwahrscheinlich, dass keiner von der Regelung unterrichtet gewesen sei und auch der Ministerpräsident keine Kenntnis gehabt haben solle. Wenn, wie Camphausen sagt, die düsteren auswärtigen Verhältnisse des damaligen Jahres ein Grund waren, die Staatskassen schnell zu füllen, müsse der Ministerpräsident einschließlich des Staatsministeriums davon gewusst haben. In diesem Zusammenhang erinnerte V an ein Zitat von Bismarck, welches lautete: „wir werden das Geld nehmen, wo wir es finden.“ Insofern käme das sonderbare Vorgehen in den Finanzangelegenheit nicht unerwartet. Mittlerweile allerdings solle man davon ausgehen, dass die jugendliche Entwicklung des Ministerpräsidenten überwunden sei, dass er nach den großen Errungenschaften von 1866 nur auf den Wegen des Gesetzes wandle. Umso wichtiger wäre sei-</p>	
--	--	---	--

			<p>ne Anwesenheit gewesen und eine Aussage zu den Vorgängen. V erklärt weiter, dass die bewilligten Gelder allein zur Verwendung von Eisenbahnbauten vorgesehen gewesen wären. Nicht für kriegerische Unternehmungen, nicht um die Staatskasse zu füllen oder Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Damit seien alle Argumente, die der Finanzminister zur Entschuldigung seines Amtsvorgängers vorgebracht habe unzulässig, weil sie eine ungesetzliche Verwendung darstellten. Weiter geht er auf die Perioden ein, in welchen die einzelnen Quoten aufgenommen und wann Verzinsung und Tilgung beginnen sollten. Hierbei trete eine erneute Erschwerung des Verfahrens ein. Bevor das Etatgesetz im Februar 1868 abgeschlossen wurde, habe v. d. Heydt schon lange mit Kaufleuten in Verhandlung gestanden, denen er die gesamte Anleihe übertragen wollte. Jener sei während der Verhandlungen des Etatgesetzes im Hause anwesend gewesen, trug aber schon den Gedanken an die Gesetzesverletzung in seinem Kopf. Er ließ den König seinen Namen unter das Etatgesetz setzen, dessen Verletzung er in dem Augenblick beging. Insgesamt gesehen eine Erschwerung des Verfahrens, wie sie gravierender nicht sein könne. Das Gesetz hatte endlich eine Regelung, die es gestattete, dass auch anderweitig verfügbare Staatsfonds verwendet werden könnten, dass aber dann die Anleihe selbst um diese Quote</p>	
--	--	--	--	--

		<p>vermindert werden solle. Es gab also die Möglichkeit, bei Verbesserung der Staatsverhältnisse nicht die ganze Anleihe ausgeben zu müssen und dabei eine Zinersparnis zu erreichen. Ob v. d. Heydt diesen Umstand 1868 habe übersehen können, könne er nicht beurteilen, aber nach den offiziellen Erklärungen von damals musste jedes Mitglied dieses Hauses davon ausgehen, dass 1870 glänzende Finanzzustände zu erwarten gewesen seien. Da nun diese von allen Seiten anerkannte Verletzung der Gesetze vorliege, müsse man einsehen, dass der Ausgleich für ein solches Verfahren unmöglich in Form einer Etatüberschreitung erfolgen könne. Würde ein Privatmann auf eine solche Art und Weise das Gesetz übertreten würde man ihn dem Staatsanwalt überantworten. V. d. Heydt habe seine Verschonung nur dem Umstand zu verdanken, dass in Preußen vor dem Staatsanwalt ein Unterschied zwischen Privatmann und Minister gemacht würde. Aufgrund dessen sei die Kommission auch nicht in der Lage gewesen, einen Antrag zu unterbreiten, der direkt die strafrechtliche Verfolgung des Herrn v. d. Heydt zur Folge gehabt hätte. Bezüglich des zweiten Antrages habe die <b>Staatsschuldenverwaltung</b> vor der Kommission erklärt, dass sie sich außer Stande sehe, gegen das Geschehene Einspruch zu erheben. Sie sei also nicht Wächterin über das Gesetz. Nötig wäre es, dass die Befugnisse der</p>	
--	--	--	--

			<p>Staatsschuldenverwaltung von der <b>Staats-schuldenkommission</b> untersucht und festgestellt würden. Das Kaufgeld für das Schutzmannschaftsgebäude würde nur zurzeit nicht genehmigt. Es bleibe der Regierung unbenommen, die Genehmigung in einer späteren Session zu beantragen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Die Generaldiskussion schließt mit einer Wortmeldung Vs. Der Vorwurf der Berufung auf Luxemburg treffe nicht ihn, sondern bleibe im Kreise der Staatsregierung. Es handle sich um eine Äußerung des Finanzministers in der Kommission, die er wörtlich verlesen und als hypothetisch bezeichnet habe. Den Ausspruch des Grafen <b>Bismarcks</b> habe er nur zitiert, um die Hoffnung daran zu knüpfen, dass er nach dem Jahre 1866 nicht mehr zur Anwendung kommen würde.</p>	
29	Sa, 12.2.1870, Nr. 34 (PDF: 13)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [11.2.1870] Sitzung des <b>HdA</b> : Fortsetzung der Debatte über die Anträge der <b>Budgetkommission</b> . V beendete die Debatte mit dem Resümee, dass nur der Verdacht entkräftet wurde, <b>v. d. Heydt</b> habe Mitschuldige gehabt, sonst seien aber alle gegen ihn erhobenen Anschuldigen erhärtet worden	vgl. Andree, Band 32, S. 605-619
30	Sa, 12.2.1870, Nr. 34 (PDF: 15-16)	2. Beilage, S. 2-3	<b>HdA</b> (67. Sitzung vom 11. Feb.): es wird die Diskussion über die Übersicht der Staatseinnahmen und Staatsausgaben von 1868 fortgesetzt. V konstatiert zu Beginn, dass sich die Lage <b>v. d. Heydts</b> durch die	vgl. Andree, Band 32, S. 605-619

			<p>Debatte nicht verbessert habe. Man könne nicht mehr daran zweifeln, dass dieser isoliert mit dieser Operation dastehe. Dementsprechend falle diesem ein ungleich höheres Maß an Verantwortlichkeit zu. Auf der anderen Seite habe der Finanzminister der politischen Verhältnisse gedacht, speziell des Luxemburger Handels. Dies habe aber der Ministerpräsident widerlegt. Damit sei die angebliche Absicht des Finanzministers, die Kassen für den Kriegsfall zu füllen, hinfällig geworden. V fragt sich, was denn nun noch übrig bleibe, um die Handlungsweise v. d. Heydts zu rechtfertigen. Vom Ministerpräsidenten angekündigte Aussagen des amtierenden Finanzministers kämen auch nicht. Dies sei aber der Punkt, welcher einzig darüber entscheiden könne, ob Milderungsgründe vorlägen. Es müsste rechnergemäß dargelegt werden, dass ein großes Bedürfnis nach Betriebsmitteln vorgelegen habe. Dieser Beweis sei aber nicht angetreten worden. Alle anderen Argumentationen, die angestellt worden seien, lägen außerhalb der Sache, <b>Camphausen</b> habe sich nur auf Nebenfragen eingelassen. Jener habe sich zunächst darauf berufen, dass die Operation in voller Öffentlichkeit vollzogen wurde. Die betreffende öffentliche Bekanntmachung vom 22.1.1868 trage die Unterschrift des gegenwärtigen Finanzministers. Darin heißt es aber nur, dass das Staatsministerium eine Anleihe von 24 Mio.</p>	
--	--	--	--	--

		<p>emittiere zu Eisenbahnzwecken. Von sofortigen Einzahlungen sei nichts gesagt. Niemand, der nicht mit besonderem Misstrauen erfüllt wäre, könne aus dieser Bekanntmachung entnehmen, dass man hier beabsichtige, gegen das Gesetz vorzugehen. Man könne also niemandem einen Vorwurf daraus machen, dass er nicht Alarm geschlagen habe. Aber selbst, wenn in der Veröffentlichung mehr gestanden hätte, gäbe es der Regierung nicht das Recht zu sagen, da es keiner gemerkt hätte, wäre sie im guten Glauben weitergegangen. Camphausens Hinweis, man hätte 1869 schon Anklage erheben können, gibt V zu recht zu bedenken. Er erinnert daran, dass bei der Budgetberatung der Ministertisch leer war und verschiedene Anfragen unerledigt blieben. Wenn nun aber in den Etat für 1869 die Zinsen für die ganze Anleihe aufgenommen seien, so folge daraus nichts weiter, als dass v. d. Heydt für 1869 außer Verantwortung stünde. Er habe das einem gesetzgeberischen Irrtum zu verdanken, der Landtag sei reingefallen. Daraus ergebe sich kein Milderungsgrund, es folge nur, dass das Haus künftig bei solchen Verhandlungen vorsichtiger sein müsse. Die bisher vorgebrachten Tatsachen genügten nicht, um im Hause die Überzeugung zu schaffen, dass v. d. Heydt zwar ungesetzlich gehandelt habe, aber sachlich gerechtfertigt gewesen sei. Vielleicht kämen im Verlaufe einer gerichtli-</p>	
--	--	---	--

		<p>chen Verhandlung weitere Motive zu Tage. Camphausen habe aufgefordert, die Sache human zu beurteilen. Eine solche Beurteilung wäre nach V aber nur dann zu rechtfertigen, wenn der Finanzminister erhebliche Argumente vorbringen könne, aus denen ein Notstand hervorginge. 1867 wurde der Landtag mit einer Thronrede eröffnet, die erwarten ließ, dass die Staatseinnahmen nicht nur laufende Bedürfnisse decken würden, sondern auch gesteigerten Anforderungen genügen würden. Der Finanzminister selbst versicherte bei Einbringung des Etats von 1868, es sei ihm gelungen das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen zu halten. Vier Wochen nach dieser Erklärung habe v. d. Heydt schon mit dem Konsortium verhandelt, danach folgten in ganz kurzen Abständen die Übernahme des Waldecker Defizits, die Krondotation, die Erhöhung der Zivilliste, die Anleihe für den Ostpreußischen Notstand, die Übernahme der Schulden der neuen Landesteile und eine weitere 40 Mio.-Anleihe. Auch bei diesen Debatten sei vom Ministertisch kein Wort über einen finanziellen Notstand gefallen. Dann folgte die Debatte über die Depossidierten, in der man immer noch den Schein wahren wollte, es sei kein finanzieller Notstand vorhanden. Dann zitiert V <b>Bismarck</b>: „es ist ja möglich, daß wir, deren Umsicht man 1866 pries, plötzlich von geistiger Verblendung erfüllt und bornirte</p>	
--	--	--	--

		<p>Verschwender geworden sind, die nicht wissen, was sie thun, die die Schätze des Landes mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Aber ich frage Sie, sieht der Herr Finanzminister so aus wie einer von dieser Gattung?“. V kritisierte, dass das Haus immer bereit sei, Bismarck zu folgen und sich für eine Entschädigung der Depositierten aussprach. Immer öfter sehe er sich und die Linken in die Rolle der Cassandra gedrängt, man habe damals eine bessere Voraussicht als der Ministerpräsident gehabt. Insgesamt wurde die Täuschung bis zum Februar 1868 aufrechterhalten. Es sei dabei heute gleichgültig, ob v. d. Heydt eine Kapazität sei oder nicht. Wenn ein Minister bei der Einbringung des Etats von ausgeglichenen Verhältnissen spräche und man zum jetzigen Zeitpunkt für denselben Etat eine Deckungssumme von 10 Mio. schaffen sollte, so sein das kein Resultat was für denjenigen spräche. V sei immer geneigt, human zu urteilen, aber wenn mit absichtlicher Täuschung das Bild einer glänzenden Finanzlage aufrecht erhalten werde, während man selber alle Maßnahmen schon getroffen habe, um einen Notstand auf ungesetzliche Weise zu beseitigen, könne man nur hart urteilen. Er beurteile menschlich nicht nur v. d. Heydts Kapazität, sondern auch seinen guten Willen. Ein Finanzminister müsse soweit guten Willen haben, dass er sich auf gesetzlichem Wege die Mittel verschaffe</p>	
--	--	---	--



			die er brauche und hier habe v. d. Heydt noch nicht einmal die Entschuldigung, dass damals der Landtag nicht zusammen war. Für ein solches Verhalten habe er keine mildernden Gründe. Gerade in den Zusammenhängen, die er erläutert habe, gewinne v. d. Heydts Gesetzesverletzung eine besondere Bedeutung. Er könne daher nur unverändert für die Annahme des Antrages plädieren.	
31	So, 13.2.1870, Nr. 35 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (68. Sitzung vom 12. Feb.): V wird zum Mitglied der <b>statistischen Zentralkommission</b> gewählt.	nichts bei Andree
32	So, 13.2.1870, Nr. 35 (PDF: 23)	4. Beilage, S. 4 mittig	Erneute Anzeige mit Hinweis auf einen <b>Bazar zu Gunsten des Asylvereins</b> . Vs Ehefrau <b>Rose</b> ist Mitunterzeichnerin.	s. a. 20.2.1870
33	So, 20.2.1870, Nr. 43 (PDF: 33)	5. Beilage, S. 1 mittig	Erneute Anzeige mit Hinweis auf einen <b>Bazar zu Gunsten des Asylvereins</b> . Vs Ehefrau <b>Rose</b> ist Mitunterzeichnerin.	s. a. 1.3.1870
34	Di, 22.2.1870, Nr. 44 (PDF: 35)	2. Beilage, S. 7, 1. Spalte unten	Eingegangene Spenden zu Gunsten der <b>Waldenburger Bergleute</b> : Weitere Spenden können abgegeben werden. V ist unter den Unterzeichnern, die diese Aktion unterstützen.	
35	Di, 22.2.1870, Nr. 44 (PDF: 36)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Anzeige zum Besten der <b>Deutschen Gewerksvereine</b> : V wird am 3. März über <b>öffentliche Moral</b> sprechen.	
36	Mi, 23.2.1870,	2. Beilage, S. 7,	Lokales: kurzer Bericht über die Vortragsreihe des <b>Deutschen Gewerksvereins</b> . Unter	s. a. 2.3.1870

	Nr. 45 (PDF: 38)	2. Spalte oben	anderen wird V am 3. März über <b>öffentliche Moral</b> sprechen.	
37	Sa, 26.2.1870, Nr. 48 (PDF: 43)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> : Kurzer Hinweis, dass V über <b>Rentierfunde in Norddeutschland</b> gesprochen hat.	<i>Ueber Rentierfund in Norddeutschland</i> : Andree, Band 46, S. 165-169
38	Sa, 26.2.1870, Nr. 48 (PDF: 44)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass neue Ausgaben (Nr. 93 und 94) aus der <b>SGWV</b> mit V und <b>v. Holtzendorff</b> erschienen sind.	
39	Di, 1.3.1870, Nr. 50 (PDF: 2)	2. Beilage, S. 3 unten	Erneute Anzeige mit Hinweis auf einen <b>Bazar zu Gunsten des Asylvereins</b> . Vs Ehefrau <b>Rose</b> ist Mitunterzeichnerin.	s. a. 2.3.1870
40	Mi, 2.3.1870, Nr. 51 (PDF: 4)	S. 5, 1. Spalte unten	Erneute Anzeige zum Besten der <b>Deutschen Gewerkvereine</b> : V wird am 3. März über <b>öffentliche Moral</b> sprechen.	s. a. 3.3.1870
41	Do, 3.3.1870, Nr. 52 (PDF: 6)	2. Beilage; S. 7, 2. Spalte oben	Lokales: kurzer Bericht über die Vortragsreihe des <b>Deutschen Gewerkvereins</b> . Unter anderen wird V am 3. März über <b>öffentliche Moral</b> sprechen.	s. a. 8.3.1870
42	Do, 3.3.1870, Nr. 52 (PDF: 8)	3. Beilage, S. 2, unten	Erneute Anzeige mit Hinweis auf einen <b>Bazar zu Gunsten des Asylvereins</b> . Vs Ehefrau <b>Rose</b> ist Mitunterzeichnerin.	
43	Fr, 4.3.1870, Nr. 53 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 6,	V ist als <b>Spender</b> von 2 Talern in einer Liste zu Gunsten des <b>Asyl-Vereins</b> genannt. Er liegt damit eher am unteren Ende der gespendeten Summen.	
44	Di,	2. Beilage,	Lokales: Bericht über den Vortrag, den V	

	8.3.1870, Nr. 56 (PDF: 20)	S. 1, 1. Spalte oben	<p>zu Gunsten der <b>Deutschen Gewerkvereine</b> am 3. März gehalten hat. Thema ist die <b>öffentliche Moral</b>. V „wies nach, daß die bei uns noch maßgebende kirchliche Auffassung, welche die Regelung der irdischen Verhältnisse nach dem Jenseits im Gefolge habe, dem Umschwunge in den realen Verhältnissen und der menschlichen Anschauungsweise gemäß, als Grundlage der öffentlichen Moral aufgegeben werden müsse.</p> <p>Heut, wo die Wissenschaft nach langer, stiller Arbeit das Fundament des stolzes Baues der Kirche gelockert hat, bleibt das <b>interkulturelle Wesen die Grundlage der Moral</b>. Denn auch die Moral ist nicht für alle Zeiten dieselbe gewesen; auch ihre Forderungen steigern sich, und die mosaische Gesetzgebung, welche der zur Zeit noch maßgebenden Auffassung zu Grunde liegt, genügt unserer Zeit nicht mehr als Codex der Pflichten. <b>Stahl</b> hat seiner Zeit als Garantie der Sittlichkeit des Einzelnen den christlichen Staat und die christliche Schule gefordert. Ließe sich jedoch eine allgemein gültige Moral festsetzen, so würden wir kein Strafgesetzbuch bedürfen. Aber auch die Befolgung der Gesetze, die äußere Gesetzmäßigkeit genügt nicht. Es giebt unmoralische Handlungen, welche das Strafgesetz nicht ahndet. Auch strenge Religiösität hält von solchen Handlungen nicht ab; gerade die streng religiösesten Amerikaner haben sich seiner Zeit nicht entblödet, die Noth des Va-</p>	
--	----------------------------------	----------------------------	---	--

			<p>terlandes im Seccessionskriege zu benutzen, und gewaltige Griffe in die öffentlichen Kassen zu thun. In Frankreich erträgt das öffentliche Gewissen, daß die Deputirten der Opposition dem Kaiser den Eid der Treue leisten mit der offenen Absicht, ihn zu brechen, und daß auf dem Throne derjenige sitzt, der die Aufrechterhaltung der Republik beschwor und das Gegentheil that. Solche Zustände scheinen anzudeuten, daß unter den bisherigen Verhältnissen jeder Boden für eine dauernde Ordnung der Zustände schwindet. Und doch sehen wir überall die <b>Religion als Grundlage des Staates</b> anerkannt. In ähnlichen Lagen, daß die alte Ordnung der Dinge aus den Fugen zu gehen dachte, ist die Welt schon mehrmals gewesen. Die Rettung brachte einst die germanische Welt. Auch in Amerika hat noch jüngst der germanische Geist trotz aller Verrottung durch die Krisis geführt. Was ist dieser Geist, worauf ruht er? Er beruht auf der individuellen Freiheit. Die <b>Freiheit des Individuums</b> hat jene höheren Ideale der Sittlichkeit mit sich gebracht, welche der alten Welt im Großen und Ganzen unbekannt geblieben sind. Diesen Geist suchen gewisse Staatsmänner zu bekämpfen und ihn durch Schule und Kirche zu binden und zu dämpfen. Aber es ist zweifellos, daß der Staat in diesem Kampfe schließlich unterliegen wird. Das Individuum kann den Staat nicht willenslos über sich bestimmen</p>	
--	--	--	---	--

			<p>lassen. Es kann nur diejenigen Staatszwecke als für sich verpflichtend anerkennen, welche zugleich allgemeine Zwecke der Menschheit sind. Wo der Staat diese Zwecke den Sonder-Interessen hintenansetzt, da führt er zur Auflösung. Es giebt keine besondere öffentliche Moral, sondern sie deckt sich mit der privaten und spiegelt sich in derselben wieder. Sie entspringt aus dem freien sittlichen Handeln, und die Grundlage des letzteren ist die geistige Entwicklung der Menschheit. Eine gründliche Kenntniß der Natur und ihrer ewigen Gesetze giebt eine festere Grundlage für die Moral, als die Dogmen und geschichtliche Betrachtungen. Die Befähigung hierzu sollte die Schule jedem Einzelnen mitgeben. Denn mit dem Fortschreiten des Wissens entwickelt sich gleichzeitig auch eine eigenthümliche Seite des Gefühllebens, die sittlichen Triebe, welchen der Mensch allmählig ebenso mühelos Folge leistet, wie den sinnlichen Trieben. Dies Resultat schwebte ihm, dem Redner, als das Ideal unsere Erziehung vor: das <b>sittliche Wohlbefinden als die Grundlage des moralischen Handelns</b>. Und ist diese sittliche Erziehung zum Gemeingut der Massen geworden, dann muß auch der Staat sie zur Grundlage seiner Operationen machen. In einem sittlich geordneten Staate würden dann auch die Klassenbewegungen aufhören, welche heut die Gesellschaft bedrohen.“</p>	
--	--	--	---	--

45	Mi, 16.3.1870, Nr. 63 (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über den gegenwärtigen Stand der <b>Voruntersuchungen über die Entwässerung</b> Berlins. Es wird erwähnt, dass V die betreffenden mikroskopischen und chemischen Analysen durchgeführt hat, ebenso wie die Herren <b>Dr. Liebreich</b> und <b>Hausmann</b> .	
46	Fr, 18.3.1870, Nr. 65 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. März): V ist Mitunterzeichner eines Separatvotums gegen den <b>Dr. Neumann-Streckfußschen</b> Antrag aus der letzten Sitzung vom 10. März. Thema waren die veränderten <b>Abgrenzungen der Schulkommissionsbezirke</b> . Der Antrag lautete, die Vorlage abzulehnen, da sich keine Zweckmäßigkeit erkennen ließe, der Zeitpunkt für eine Neuabgrenzung unglücklich sei und man noch Erfahrungen sammeln müsse über die <b>Wirkung der Aufhebung des Schulgeldes in den Gemeindeschulen</b> . Die Unterzeichnenden hätten mit „nein“ gestimmt, weil sie die von den Antragstellern vorausgesetzte Ansicht nicht in der Magistratvorlage finden könnten.	nichts bei Andree
47	Fr, 1.4.1870, Nr. 77 (PDF: 2)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 31. März): V wurde der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
48	Fr, 1.4.1870, Nr. 77 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Bericht über die neuste Nummer der „ <b>Berlinischen klinischen Wochenzeitschrift für Aerzte</b> “, in der über einen interessanten Vortrag Vs aus einer außerordentlichen Sitzung der <b>medizinischen Gesellschaft</b> über <b>siamesische Zwillinge</b> berichtet wurde. Er	Berl. Klin. Wochenschrift v. 4.4.1870, Nr. 14, S. 165-168

			berichtet über einen Fall aus <b>Gunzenhausen</b> , wo ein <b>Dr. Böhme</b> die zusammengewachsenen Zwillinge nach der Geburt trennte. Der schwächere Zwilling starb nach dreieinhalb Tagen, der kräftige blieb am Leben und sei heute 5 Jahre alt.	
49	Sa, 9.4.1870, Nr. 84 (PDF 17)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 12. März): V legte einige geschnittene Geweihe und Rippenstücke vor aus der Riesenbecker Höhle. Später sprach er über <b>Canopus (Gesichts-) Urnen</b> . Urnen mit der Darstellung von Gesichtern benutzten die Ägypter zur Beisetzung der Eingeweide. In Europa fänden sie sich selten, aber es kämen große <b>Etrurien</b> vor, die die Asche der verbrannten Körper aufnehmen. Kanopen seien in rheinischen Ansiedelungen der Römer und in <b>Pomerellen</b> gefunden worden. Die Urnen aus Pomerellen zeigten alle Teile des Gesichts, die Ohren teilweise auch mit Ohrringen, auch Bronze und Eisen wurden gefunden. Außerdem fänden sich auf den Urnen Tiergestalten, Linienverzierungen und Sonnengestalten.	<i>Über Gesichtsurnen:</i> ZfE 2, S. 73-86 <i>Ergänzungen und Erläuterungen zu Mittheilungen über die Pomerellischen Gesichtsurnen:</i> VBAG 2, S. 254-257
50	Do, 14.4.1870, Nr. 88 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. April): V wird die Verlängerung seines <b>Urlaubes</b> bewilligt.	
51	Do, 14.4.1870, Nr. 88 (PDF: 28)	3. Beilage, S. 8, 2. Spalte mittig	Anzeige über ein neues Buch von V zum Thema <b>Menschen- und Affenschädel</b> , mit 6 Holzschnitten versehen.	s. a. 17.4.1870
52	So, 17.4.1870;	5. Beilage, S. 3.	Anzeige über ein neues Buch von V zum Thema <b>Menschen- und Affenschädel</b> , mit	

	Nr. 90 (PDF: 32)	1. Spalte oben	6 Holzschnitten versehen.	
53	Fr, 22.4.1870, Nr. 93 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 6, 1. Spalte oben	Erwähnt wird ein <b>Gutachten</b> Vs über die <b>Maßregeln zur Beseitigung der die Gesundheit in den Schulen benachteiligenden Einflüsse</b> . Dieses ist an sämtliche Bezirksregierungen gegangen und soll nach Verfügung des Unterrichtsministers bis Ende Juli erledigt sein.	
54	Sa, 23.4.1870, Nr. 94 (PDF: 42)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Bericht über einen Vortrag im <b>medizinisch-pädagogischen Verein</b> , gehalten von <b>Dr. Kübler</b> am 9. April. Basis ist das <b>Gutachten</b> von V <b>über die Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge an den Schulen</b> . Die Schrift führe an, dass 1836 ein Aufsatz <b>Loriners</b> zuerst auf die Frage aufmerksam gemacht habe. Da es aber an statistischem Material fehle, konnte man lange Zeit dazu nichts Konkretes ermitteln. Der Stoff sei auf 7 Rubriken verteilt, indem die Erfahrungen für Auge, Kopf, Wirbelsäule, Brustorgane, Unterleibsorgane, ansteckende Krankheiten und äußere Verletzungen nach einander erörtert würden. Für die Nachteile, denen die Augen ausgesetzt seien, seien durch die umfassenden Untersuchungen des <b>Dr. Sohn in Breslau</b> an 10.060 Schülern aller Kategorien und an 410 Studenten festgestellt, dass die <b>Kurzsichtigkeit</b> von den Dorfschulen bis zu den Gymnasien progressiv fortschreite und dass nicht nur die Zahl der Kurzsichtigen von Klasse zu Klasse zunehme, sondern auch der Grad der Kurzsichtigkeit stei-	Kübler, Otto Dr.: *1827, † 1912; deutscher Pädagoge u. Philologe; 1863-1904 Direktor des Wilhelm-Gymnasiums  Lorinser, Karl Ignatz; *1796, †1853; Arzt, Regierungs- und Medizinalrat; lange Zeit tätig in Oberschlesien; 1848 von ihm einberufene Konferenz zum



		<p>ge. Unberücksichtigt zu sein scheint die Frage, ob eine Erblichkeit der Anlage angenommen werden könne. Eine Beachtung dieser Frage wäre für die Gültigkeit der abgeleiteten Schlüsse bedeutungsvoll gewesen. Es sei sicher, dass fehlerhafte Einrichtungen der Schulmöbel schädlich wirken würden. Bei der für das Auge nötigen Akkomodation sei oft eine Verlängerung der Augenachse gegeben und hierdurch würde Kurzsichtigkeit verursacht. Ferner wirke die Anspannung des Auges für nahe Gegenstände überhaupt, mangelhafte Beleuchtung etc., schädlich. Stauung des Blutes würde durch vornübergebeugte Haltung des Kopfes, sowie durch angestrengte Tätigkeit des Gehirns erzeugt. Dem Kopfweh seien nach <b>Guillaume</b> die Mädchen, dem Nasenbluten die Knaben mehr ausgesetzt. <b>Becker</b> fand das Nasenbluten am häufigsten in den Oberklassen eines Gymnasiums. Da verschiedene örtliche Umstände verschieden wirkten, so sei ein sicherer Schluss nicht zu ziehen. Die seitliche Verkrümmung der Wirbelsäule (<b>Skoliose</b>) werde von vielen Ärzten fast nur der Schule zur Last gelegt, während man behaupten könne, dass die gewöhnliche Skoliose eine Entwicklungskrankheit des schulpflichtigen Alters sei, die von der Schule allein durch Vorsichtsmaßregeln nicht verhütet werden könne. In den anderen Rubriken werde auf die nachteilige Einwirkung des Schulstaubes, des</p>	<p>Thema Bauchtyphus, die auch V besuchte; med.-päd. Abhandlung „Zum Schutz der Gesundheit in den Schulen“</p>
--	--	--	--

			anhaltenden Sitzens etc. auf die Brusteingeweide und die Unterleibsorgane hingewiesen, doch sei dieses Gebiet noch ziemlich unsicher, da es an genügenden pathologischen Beobachtungen fehle. In Bezug auf ansteckende Krankheiten und Verletzungen seien überhaupt nur die allgemein üblichen Vorsichtsmaßregeln anwendbar. Die Lehrer würden zur Vervollständigung der <b>Schul-Pathologie</b> viel beitragen können, wenn sie die Versäumnislisten in Beziehung auf die Krankheitsfälle vervollständigten. Ein Teilnehmer wünscht, dass Vs Schrift als Grundlage weiterer Diskussionen genommen werde.	
55	Di, 26.4.1870, Nr. 96 (PDF: 48)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Abdruck einer Vorlage an die <b>SVV</b> wegen der Einrichtung einer <b>städtischen Wasserleitung</b> für Berlin. Erwähnt ist, dass in der nächsten Versammlung V als Referent zu dem Thema auftritt.	
56	Do, 28.4.1870, Nr. 98 (PDF: 51)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Bericht über die Jahresversammlung des <b>Asyl-Vereins</b> : V ist erneut in den <b>Verwaltungsrat</b> gewählt.	
57	Do, 14.4.1870, Nr. 88 (PDF: 53)	3. Beilage, S. 4, mittig	Anzeige mit einer Einladung zur Subskription auf die <b>SGWV</b> (5. Serie, Jg. 1870, Hefte 97-120) herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> .	
58	Fr, 29.4.1870; Nr. 99 (PDF: 58)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Kurzer Bericht darüber, dass V vergangene Woche mehrere Tage in <b>Görlitz</b> weilte, wo er in Begleitung von Mitgliedern der Naturforschenden Gesellschaft zu Görlitz an drei Tagen Ausflüge in die Nachbarschaft mach-	<i>Über die gebrannten Steinwälle der Ober-Lausitz:</i>

			<p>te. Er untersuchte <i>Schlackenwälle</i>, Burgberge und Schanzen. Die Nachgrabungen am Fuße der Landeskronen am ersten Nachmittag lieferten einen reichen Ertrag an Urnenresten, gespaltenen Knochen und Holzkohlen. Ähnlich lohnend waren die Nachgrabungen auf dem <b>Strohberge</b> und am Löbauer Berg. Am dritten Tag fanden Ausgrabungen bei <b>Schöps</b> statt. V habe durch seine Anwesenheit diesen Zweig der Forschung neu belebt und es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, dass eine systematische Durchforstung der Oberlausitz angeordnet werde.</p>	<p>VBAG 2, S. 257-271 <i>Ergänzungen und Erläuterungen zur chemischen Untersuchung der Schlacken von den Oberlausitzischen Brandwällen:</i> VBAG 2, S. 465-468</p>
59	<p>Do, 5.5.1870, Nr. 104 (PDF: 7)</p>	<p>2. Beilage, S. 7, 1. Spalte</p>	<p>Kurzer Bericht, dass in einer der letzten Sitzungen der <b>medizinischen Gesellschaft</b> der „<b>Spenersche Zeitung</b>“ zufolge eine Kommission gegründet wurde, bestehend aus V, <b>Löwe-Kalbe, Schlesinger, Falk und Fränkel</b>. Es geht um die Ausarbeitung einer Petition an den Reichstag. Thema ist die Abänderung mehrerer Paragraphen im Entwurf des <b>Strafgesetzbuches für den norddeutschen Bund</b>, welcher sich auf die Vergehen des Leichendiebstahls, Fahrlässigkeit, Körperverletzung, Tötung und Schweigepflicht bezieht.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 27-68</p>
60	<p>Fr, 13.5.1870, Nr. 110 (PDF: 19)</p>	<p>2. Beilage, S. 7, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Mai): Thema ist die Errichtung einer <b>städtischen Wasserleitung</b>. Kurze Erwähnung, dass V eingehend die stattgefundenen Vorverhandlungen rekapitulierte. Er empfahl, zwei Petitionen zu</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>

			dem Thema der vorgeschlagenen gemischten Deputation zu überweisen	
61	Fr, 20.5.1870, Nr. 116 (PDF: 6)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Mai): V wird zum Mitglied des <b>Kuratoriums für die Ausführung des Humboldt-Hains</b> gewählt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nicht zu diesem Thema
62	Do, 26.5.1870, Nr. 121 (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben u. unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. Mai): Thema ist der Neubau des <b>Friedrich-Werderschen Gymnasiums</b> und der <b>Dorotheenstädtischen Realschule</b> . Es liegt ein Magistratsantrag vor, die Beseitigung eines Eckbaus zu berücksichtigen und ein neues Bauprojekt aufzustellen. V befürwortet diesen Antrag. In dem Zuge nimmt die Versammlung Vs Antrag auf Bau einer gemeinschaftlich zu nutzenden Aula und anderer Räume auf. Weiter: Thema ist der Bau einer <b>städtischen Irrenanstalt in Dalldorf</b> . V berichtet über die stattgefundenen Beratungen in der gemischten Deputation und stellt den Antrag, das Programm im Großen und Ganzen nach Magistratsanfrage zu genehmigen. Lediglich die Frage nach der Unterbringung der siechen Irren sei noch zu klären.	nichts bei Andree
63	Fr, 3.6.1870, Nr. 127 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Juni): Thema ist die Errichtung von <b>Mittelschulen</b> . Bei der großen und vielseitigen, prinzipiellen Bedeutung hat die Geldbewilligungs-Deputation von einem positiven Antrag Abstand ge-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nicht zu

			nommen und vorgeschlagen, die Sache noch einer besonderen gemischten Deputation zur Beratung zu überlassen. V befürwortet diesen Vorschlag und empfiehlt die Beratungen in einer gemischten Deputation.	diesem Thema
64	Fr, 3.6.1870, Nr. 127 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 14. Mai): <b>Dr. Mannhardt</b> macht neue Mitteilungen zu weiteren Funden von <i><b>Gesichtsurnen in Pomerellen</b></i> und verweist auf Vs Datierung zwischen Bronze- und Eisenzeit aufgrund der gleichzeitig enthaltenen Bronze- und Eisenfunde. Im Anschluss daran macht V aufmerksam auf einige Urnen, die zitiert sind im Katalog der Antiquitäten der irischen Akademie von Wilde, ferner in einer Inauguraldissertation von <b>Reusch</b> 1724. Im Museum von <b>Wiesbaden</b> befänden sich drei Gesichtsurnen vom rheinischen Typus. Eine Urne von <b>Bingerbrück</b> sei besonders aufgezeichnet. Er bespricht die sogenannten <i>gebrannten oder verglasten Steinwälle</i> der <b>Ober-Lausitz</b> , die außerdem in Böhmen, Frankreich und Schottland bekannt seien. Man meint, dass man einen Steinwall aufgeführt, ringsum einen Erdwall, und in den Zwischenräumen Holz geschichtet und angezündet habe. Ein Stück von der Landskrone wurde vorgelegt. Man hielt die Schlacken dort für entstanden beim Brand des alten Schlosses. Auf dem Schafberge bei <b>Löbau</b> und am Stromberge bei <b>Weißenberg</b> seien gleichfalls solche Wälle. Auf letzteren seien an der südlichen Seite ein Basaltbruch, an	<i>Ergänzungen und Erläuterungen zu Mitteilungen über die Pomerellischen Gesichtsurnen:</i> VBAG 2, S. 254-257  <i>Über die gebrannten Steinwälle der Ober-Lausitz:</i> VBAG 2, S. 257-271  Mannhardt, Wilhelm, Dr.: *1831, †1880; Volkskundler und Mythologe

			<p>der Spitze ein hoher Wall. Derselbe sei da, wo er gegen einen Sattel des Berges abfällt, in verschlacktem Zustand. An den südlichen Teilen bestünden die Wälle aus gebrannter Erde. Am verschlackten Teil ließ V einen Durchschnitt machen. Der innere Kern sei am festesten verglast. Es zeigten sich im Innern Löcher, welche Abdrücke von Holz zu sein scheinen. In einem Loch fand sich Kohle. Leonhard habe auf ähnliche Basaltgebilde aufmerksam gemacht, die er für unorganisch hält V hält die Eindrücke für Holzeindrücke. Zwischen den verglasten Massen fänden sich gebrannte Lehmbröckchen. Weiter fand er am Löbauer Berg den Wall aus geschmolzenem Nephelin dolerit und mit den eigentümlichen Eindrücken. Am Löbauer Berg sei die Verschanzung sehr groß. <b>Cotta</b> nimmt slawische, <b>Peuker</b> und <b>Schuster</b> germanische Bevölkerung als Gründer der Wälle an. Auf dem Stromberge wurden Kohlen gefunden, sonst fand V nichts. Auf dem Löbauer Berg soll ein Bronzebeil gefunden worden sein. Am Fuße der Landskrone sei eine sogenannte Schwedenschanze, ein Erdwall, welcher von dem kleinen Gipfel aus den Berg umschließe. Zahlreiche Knochenreste, Töpfe etc. wurden bei einer kurzen Ausgrabung gefunden. Ein anderer Burgwall bei <b>Dobschütz</b> wurde besprochen, dessen Burgwälle V für slawisch hält.</p>	
65	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Juni): Thema ist die	vgl. Andree,

	17.6.1870, Nr. 138 (PDF: 23)	S. 2, 1. Spalte unten und weiter nächste Spalte	<p>Beteiligung Berlins an der <b>Säkularfeier zum Geburtstag Friedrich Wilhelm III.</b></p> <p>Indem V sich zunächst gegen das Festmahl erkläre, befinde er sich in der glücklichen Lage, stets konsequent geblieben zu sein, denn er sei von je her gegen die Einrichtung des Festsaaes gewesen. Im Capitol zu Washington gebe man auch Feste, allerdings lege man den Schwerpunkt auf die geistige Feier. Keinesfalls könne die Stadt aber ein Fest geben, das nur einem Teil der Bevölkerung zugänglich sei. Wolle die Stadt ein Fest geben, so müsse dies weit über die Grenzen des Rathauses hinausreichen. Was das Museum anbelange, so sei er im Prinzipie dafür, jedoch behalte er sich das Weitere bei der Spezialdebatte vor.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nicht der Ort allein sei es, der ihn gegen das Festmahl einnehme, sondern nur der Anstand, dass eine Feier geplant werde, bei der nur einige wenige Personen der Stadt Zugang hätten, die ganze übrige Bevölkerung aber ausgeschlossen sei. Wolle man die Feier, so möge man sie so arrangieren, dass die Bevölkerung herangezogen werde.</p>	unveröffentlichtes Material zur SVV
66	So, 19.6.1870, Nr. 140 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Juni): Thema ist die Nachbewilligung der Kosten für die <b>St. Thomas-Kirche</b>. V hat zusammen mit <b>v. Meibohm</b> einen Antrag gestellt, dass Auskunft erteilt werden soll, wie die Ausführung des Baus überwacht worden ist und wie die Überschreitung der Kostenvoran-</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nichts zu diesem Thema

			schläge ohne Zustimmung der Versammlung zustande kommen konnte.	
67	Di, 21.6.1870, Nr. 141 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass V in der SVV den Antrag gestellt hat, den Magistrat zu ersuchen, wöchentlich die <b>Ergebnisse der Grundwasserbeobachtungen veröffentlichen</b> zu lassen, um der Bevölkerung die Bedeutung der Schwankungen für die Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse nahe zu bringen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV am 30.6.1870
68	So, 26.6.1870, Nr. 146 (PDF: 19-20)	4. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 11. Juni): V berichtet über ein Lager der Steinzeit, wo die Havel den <b>Wendow-See</b> verlässt. Nach einem Dorfbrand wurden große Massen Sand entfernt, der Wind verstärkte dieses und zutage traten große Mengen konischer Steinhäufen aus verschiedenen Steinen zusammen mit Feuersteinmessern, Äxten, rohen Tonscherben und Knochenstücken. Einen unberührten Haufen fand man nicht, so dass man die Form nicht sicher deuten könne. Im <b>Görlitzer Museum</b> habe V ganz ähnliche Sachen gesehen, die aus der <b>Goltzen-Niederung</b> stammen, dort finde sich eine Düne an einem Torfmoor. Weiter sprach V über <i>westfälische Höhlen</i> . Die Untersuchungen dort seien wegen der Tropfsteine sehr mühsam. Die Tierreste lägen zum Teil im Lehm, zum Teil im Tropfstein. Die einzig trockene Höhle sei die <b>Balver-Höhle</b> , die keine unteren Tropfsteine enthalte. Sie werde seit Jahren ausgeräumt und der Lehm als Düngemittel verwandt. Dort könne man viele	<i>Über einen Besuch der westfälischen Knochenhöhlen: VBAG 2, S. 352-358</i>  <i>Mittheilung zur Vorlage einiger Reste aus westfälischen Kalkhöhlen: VBAG 2, S. 171</i>



			<p>Schichten unterscheiden. In der obersten Schicht befänden sich viele Dinge, die auf menschliche Anwesenheit deuten würden. Eine Schicht enthalte viele Rentierknochen, zeige aber keine menschliche Einwirkung. Dann käme eine Rollschicht und darunter eine Lehmschicht mit ungerollten Knochen, weiter eine Mammutschicht, dann Sand, erst hell dann braun. Insgesamt zeigten nur die beiden obersten Schichten menschliche Einwirkungen. In anderen Höhlen habe man Knochen einer Hyäne, in einer weiteren Knochen vom Höhlenbären mit Spuren menschlicher Einwirkung gefunden.</p>	
69	<p>Mi, 29.6.1870, Nr. 148 (PDF: 24-25)</p>	<p>2. Beilage, S 5, 2. Spalte unten f.</p>	<p>Lokales: Bericht über den <b>Einfluss der Schule auf die Gesundheit der Schüler</b>. Vs Verdienst an der Ermittlung dieser Zusammenhänge wird erwähnt. Weiter wird an Hand der Aussagen, die V über das Rauchen getroffen hat, vermutet, dass er dem <b>frühen Rauchen</b> der Jugend einen ungünstigen Einfluss zusprechen würde.</p>	
70	<p>Fr, 1.7.1870, Nr. 150 (PDF: 2 u. 4)</p>	<p>1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten u. 2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 30. Juni): Es sind mehrere Petitionen gegen die Bewilligung von Geldern zur Feier des 3. Aug. eingegangen. V bemerkt, dass die Deputation die Beratungen darüber bereits beendet habe. Weiter: Thema ist die <b>Kanalisation</b> der Dorotheen- und Friedrichstadt. Es wird nur erwähnt, dass V dazu einen Vortrag gehalten hat.</p>	<p>bezieht sich auf die geplante Säcularfeier zu Ehren Friedrich-Wilhelm III., vergl. 17.6.1870  vgl. Andree, unveröffent-</p>

				lichtes Material zur SVV
71	Fr, 1.7.1870, Nr. 150 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht über die Erscheinung der Abhandlungen der <b>SGWV</b> (4. Serie, Heft 73-96) von V und <b>v. Holtzendorff</b> . Vs Vortrag über <b>Menschen- und Affenschädel</b> wird erwähnt. Die Jury der <b>internationalen Ausstellung in Amsterdam</b> hat dieser Sammlung, welche in größeren Kreisen ein ganz vorzügliches Bildungsmaterial verbreite, die <b>goldene Medaille</b> zuerkannt.	
72	So, 17.7.1870, Nr. 164 (PDF: 22)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Juli): Im Rahmen der <b>Mobilmachung</b> soll eine gemischte Deputation aufgestellt werden, um die seitens der Stadt nötigen Geldmittel zu beschaffen. V und <b>Delbrück</b> sind dafür vorgesehen.	nichts bei Andree
73	Di, 19.7.1870, Nr. 165 (PDF: 25)	3. Beilage, S. 7, 2. Spalte oben	Aufruf des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Es wird informiert, dass sich der Verein mit dem Berliner Hilfskomitee für außerordentliche Notstandsfälle zusammengeschlossen hat und man hofft, dass auch andere Vereine diesem Beispiel folgen. Es wird eingeladen zu einer Versammlung am Dienstag, den 19. Juli. V ist Mitunterzeichner.	
74	Fr, 22.7.1870, Nr. 168 (PDF: 32)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Juli): V stellt den dringenden Antrag zu prüfen, ob die für das <b>Krankenhaus im Friedrichshain</b> gebauten Pavillons schon zur Belegung mit Verwundeten benutzt werden können, ob zusätzlich dort Holzbaracken aufgestellt werden kön-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p>nen, ob Räumlichkeiten für Küche und Wäsche vorhanden seien und ob die Nutzung durch freiwillige Vereine möglich sei. Weiter geht es um den Antrag, dass alle <b>kommunalen</b>, zu den gegenwärtigen Ereignissen gemachten <b>Mitteilungen allen politischen Blättern ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zugänglich</b> gemacht werden. V bemerkt, dass dieser Antrag zustande gekommen sei, weil die „Zukunft“ eine Adresse der Kommunalbehörden an den König nicht bekommen habe, was aber lediglich ein Irrtum gewesen sei. Der Antrag wurde genehmigt.</p>	
75	Fr, 22.7.1870, Nr. 168 (PDF: 34)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p>Anzeige des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b>: Man wendet sich zur Unterstützung der Truppen, der Kranken und Verwundeten, an alle Deutschen im In- und Ausland und bittet um <b>Spenden</b>. Gemeinschaftlich mit dem Preußischen Verein zur Pflege im Felde verwundeter Krieger und dem ständigen Komitee für außerordentliche Notfälle arbeitet man zusammen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
76	Di, 26.7.1870, Nr. 172 (PDF: 40)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p>Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses der <b>Victoria-National-Invaliden-Stiftung</b>: Man bittet um Unterstützung für die in den Krieg berufenen und für deren Familien und Hinterbliebenen. V ist Mitunterzeichner als Teil des geschäftsführenden Ausschusses. <b>[Spendenaufruf]</b></p>	
77	Fr, 29.7.1870,	1. Beilage, S. 5,	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Juli): Thema ist der Magistratsantrag <b>Geldmittel für Reserve-</b></p>	vgl. Andree, unveröffent-

	Nr. 175 (PDF: 46)	1. Spalte mittig	<b>lazarette</b> zur Verfügung zu stellen. V empfiehlt die unveränderte Annahme dieses Antrages. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei es notwendig, sich in dieser Beziehung den Anordnungen der Militärbehörde zu fügen. Weiter teilt er mit, dass der Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde ebenfalls <b>Baracken auf dem Tempelhofer Felde</b> bauen möchte. Er möchte den Magistrat in diesem Zuge auch bitten, die Einrichtungen im Krankenhaus Friedrichshain schnell fertig zu stellen. Vs Antrag wird angenommen.	lichtes Material zur SVV
78	Di, 2.8.1870, Nr. 179 (PDF: 3-4)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	Anzeige des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Man bittet nicht nur im <b>Spenden</b> , sondern auch um Naturalien, wie Erfrischungen, Leib- und Bettwäsche, Matratzen, Kopfkissen, altes Leinen, Geschirr etc. V ist Mitunterzeichner.	s. a. 9.8.1870
79	Fr. 5.8.1870, Nr. 182 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Aug.): Thema ist die Genehmigung der <b>Anlage einer Eisenbahn zum Strousbergschen Viehhof</b> . V macht den Zusatz, dass beim Ressortminister, unter Vorlegung der Pläne für den <b>Humboldthain</b> , eine möglichst günstige Richtung der Bahn geplant werde.	nichts bei Andree  Strousberg, Henry Bethel: *20.11.1823, †31.5.1884; deutscher Unternehmer, bes. im Eisenbahnbau, allerdings mit unseriösen

				Finanzierungspraktiken; verstarb verarmt
80	Sa, 6.8.1870, Nr. 183 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis darauf, dass die <b>SGWV</b> von V und <b>v. Holtzendorff</b> um die Hefte 104 und 105 erweitert worden sind.	
81	Di, 9.8.1870, Nr. 186 (PDF: 16-17)	3. Beilage; S. 6, 2. Spalte unten f.	Erneute Anzeige des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Man bittet um Naturalien wie Porzellan, Watte, Kleidung, Matratzen, Kissen, Eisbeutel, wasserdichte Unterlagen, Schwämme, Besteck und Geschirr. V ist alleiniger Unterzeichner als Leiter der Lazarettkommission. [ <b>Spendenauf</b> ru <b>f</b> ]	s. a. 11.8.1870
82	Di, 9.8.1870, Nr. 186 (PDF 17)	3. Beilage, S. 7, 1. Spalte unten	Erneute Anzeige des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Man bittet um <b>Spenden</b> . V ist Mitunterzeichner neben den anderen Vorstandmitgliedern des Vereins.	
83	Do, 11.8.1870, Nr. 188 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht darüber, dass die vom <b>Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde</b> übernommene Einrichtung eines Reserve-Lazarettes unter der Leitung von V kurz vor der Fertigstellung steht. Die bis dahin geäußerten Bedenken bezüglich der Lage seien nach amtlichen Untersuchungen unbegründet. 1866 habe an der gleichen Stelle ein Lazarett gestanden, ebenfalls unter der Leitung des Hilfsvereins und dieses war nach Meinung von <b>Professor Esmarch</b> eines der vorzüglichsten, das	s. a. 12.8.1870

			er jemals gesehen habe.	
84	Fr, 12.8.1870, Nr. 189 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V vom königlichen Kommissar der freiwilligen Krankenpflege der Armee zum <b>Delegierten</b> bei den vom Berliner Hilfsverein in Berlin errichteten <b>Vereinslazaretten</b> ernannt worden ist.	
85	Fr, 12.8.1870, Nr. 189 (PDF: 26)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Aufruf des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Es wird auf den in den nächsten Tagen nach Saarbrücken startenden Hilfszug hingewiesen und um <b>Naturspenden</b> wie Geräuchertes, Tee, Kaffee, Schokolade und Alkohol gebeten. V ist Mitunterzeichner.	s. a. 16.8.1870
86	Di, 16.8.1870, Nr. 193 (PDF: 3)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Aufruf des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Es wird um <b>Spenden</b> gebeten. V ist Mitunterzeichner.	s. a. 20.8.1870
87	Sa, 20.8.1870, Nr. 197 (PDF: 8)	2. Beilage, S. 8, 1. Spalte mittig	Anzeige von V für den <b>Berliner Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde</b> : Für das Baracken-Lazarett sucht er Damen, die dort Dienst übernehmen wollen. Ein Treffen ist am heutigen Abend um 20 Uhr vorgesehen.	s. a. 21.8.1870
88	So, 21.8.1870, Nr. 198 (PDF: 11)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Anzeige des <b>Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Man bittet um Verbandmaterial. V ist Mitunterzeichner. [ <b>Spendenaufruf</b> ]	
89	So, 28.8.1870, Nr. 205 (PDF: 23)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: V wird zusammen mit Generalarzt <b>Dr. Steinberg</b> als leitende ärztliche Autorität genannt bei der Ausführung und Planung des <b>Baracken-Lazarettes auf dem Tempelhofer Felde</b> .	

90	Mi, 31.8.1870, Nr. 208 (PDF: 27-28)	S. 2, 2. Spalte unten f.	Abdruck einer <b>Adresse an den König</b> : Die Unterzeichnenden sprechen von einem treu zum König stehenden Volk, welches für die Sicherheit, Einheit und Größe des Vaterlandes kämpfe. Man hoffe, dass es gelinge, unter Ausschluss fremder Einmischung Zustände zu schaffen, um den Frieden mit dem Nachbarvolk zu gewährleisten. V ist Mitunterzeichner. Im Anschluss ist ein weiterer <b>Aufruf</b> , diesmal <b>an das Volk</b> , abgedruckt, welchen er ebenfalls mit unterzeichnet hat. Deutschland sei 1815 durch die Diplomatie um den Lohn seines Sieges gebracht worden. Statt der Freiheit des deutschen Reiches wurde die Schwäche des alten Bundes erneuert. „Ein halbes Jahrhundert hat <b>Europa im bewaffneten Frieden</b> die Schuld der Diplomatie gebüßt. Während jetzt die gleiche Gefahr droht, darf das deutsche Volk nicht schweigen. Die Welt muß erfahren, daß Herrscher und Volk entschlossen sind, nachzuholen, was 1815 uns vorenthalten worden ist: ein freies einiges Reich und geschützte Grenzen.“	s. a. 2.9.1870
91	Mi, 31.8.1870, Nr. 208 (PDF: 29)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Literarische und Kunst-Anzeigen: Hinweis auf die Erscheinung von Vs Werken „ <b>Ueber Hospitäler und Lazarethe</b> “ und „ <b>Ausbildung zur Krankenpflege</b> “.	
92	Fr, 2.9.1870, Nr. 210 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Erneuter Abdruck des <b>Aufrufes an das Volk</b> . V ist Mitunterzeichner. Hier ist das vorher abgedruckte Wort „Freiheit“ durch das Wort „Einheit“ ersetzt worden und einige Unterschriften sind hinzugesetzt.	s. auch Mi, 31.8.1870;

93	Sa, 3.9.1870, Nr. 211 (PDF: 9)	3. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Anzeige von V für den <b>Berliner Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde</b> : Die Damen, die für den Dienst in den Baracken vorgesehen sind, mögen von jetzt ab an den eingeteilten Tagen erscheinen.	
94	Mo, 5.9.1870, Nr. 213 (PDF: 14)	S. 4, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> ( Sitzung vom 4. Sep.): V nimmt Stellung zu einer Magistratvorlage. Diese sei nur darauf beschränkt, einen Dankerguss zu bringen. Er bezweifle jedoch, dass es so gekommen wäre, wenn Vertreter der SVV an dem Entwurf beteiligt gewesen wären. In anderen großen Städten hätte man zum Ausdruck gebracht, dass der Abschluss des Friedens frei von fremder Einmischung sein müsse und zusätzlich Ausdruck eines gesamtdeutschen Gedankens. Seiner Meinung nach gebe es hier auch solche Gefühle. Weiter wehre er sich gegen den Ausdruck „ <b>Mietlinge</b> “ mit denen man das französische Heer in dem Entwurf bezeichne. Dies sei eines Siegers nicht würdig, den Besiegten mit einem solchen Ausdruck zu verhöhnen und er beantrage die Entfernung.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details
95	Mi, 7.9.1870, Nr. 215 (PDF: 18)	1. Beilage; S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Abdruck einer Zuschrift Vs im Namen des <b>Berliner Hilfsvereins</b> an die „ <b>Volkszeitung</b> “ in Bezug auf die Mitteilung, dass in dem Barackenlazarett auch ein Betsaal eingerichtet sei. V stellt klar, dass sich in dem <b>Barackenlazarett</b> des Berliner Hilfsvereins weder ein [ohne] <b>Betsaal</b> noch eine Wohnung für einen Geistlichen zu finden sei. Man habe sogar das Ersuchen der Staatsbehörde ablehnen müssen, aus Man-	



			<p>gel an Platz einen Geistlichen unterzubringen. Im Verwaltungsgebäude der Vereinsbaracken wohnen lediglich der dirigierende Arzt, sechs ordinierte und sechs Assistenzärzte.</p>	
96	<p>Sa, 10.9.1870, Nr. 218 (PDF: 25)</p>	<p>S. 6, 2. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Kurzer Bericht darüber, dass der <b>Berliner Hilfsverein für die Armeen im Felde</b> durch V eine kleine Schrift herausgegeben hat mit dem Titel „<b>Gesundheitsregeln für die deutschen Soldaten im Felde</b>“. Sie diene dazu, der Entstehung vermeidbarer Krankheiten unter den Truppen vorzubeugen. Der Generalstabsarzt hat die Zusage erteilt, die Schrift durch die Militärärzte verteilen zu lassen. Die Schrift ist in der <b>Buchhandlung Puttkammer und Mühlbrecht</b> zu beziehen. Es gibt drei verschiedene Ausstattungen, von denen sich eine besonders gut eignet zum Einlegen in Feldpostbriefe.</p>	<p><i>Gesundheitsregeln für die Soldaten im Felde:</i> <i>Virchows Archiv:</i> 1870, Volume 51, Nr. 1, S. 127-135 (Springerlink.com)</p>
97	<p>Sa, 11.9.1870, Nr. 219 (PDF: 27)</p>	<p>4. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Bericht über ein <b>Siegesfest</b>, welches die Damen des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde für die Rekonvaleszenten</b> im Hofe des Lazarettes veranstaltet hatten. V hielt eine Ansprache, worin er auf die Ruhmestaten und auf die Bedeutung des letzten Sieges hinwies. Er schloss mit einem Hoch auf den Heerführer und das Heer.</p>	
98	<p>Fr, 16.9.1870, Nr. 32 (PDF: 32)</p>	<p>S. 3, 2. Spalte mittig</p>	<p>Kurze Nachricht, dass das zentrale Wahlkomitee der <b>Fortschrittspartei</b> eine Sitzung abgehalten habe, in welcher eine Kommission zur Ausarbeitung eines zeit-</p>	

			<b>gemäßen Parteiprogramms</b> gewählt worden. V gehört dazu.	
99	Di, 27.9.1870, Nr. 235 (PDF: 48)	S. 5, 2. Spalte oben	Abdruck einer <b>offiziellen Verlautbarung der Fortschrittspartei</b> : Nach dem Sieg in dem aufgezwungenen Krieg freue man sich auf den Friedensschluss. Der wahre Grund dieses schrecklichen Krieges sei der <b>Aufbau des geeinten Deutschlands</b> . Dies müsse sich das Volk bewusst machen, um auch zu erkennen, was damit für eine große Tat getan sei. Dazu gehöre auch, dass die Verfassung dieses neuen deutschen Reiches ein starkes Fundament bekomme, um Recht und Freiheit dauerhaft zu gewährleisten. Die Mitglieder der Fortschrittspartei wollten sich nun mit anderen Gleichgesinnten zusammmentun, um eine Verständigung für gemeinsames Handeln zu erreichen. Würde man die Angelegenheit unvorbereitet angehen, gehe man ein hohes Risiko ein. Man hoffe, dass „alle freiheitsliebenden Männer diesseits und jenseits des Mains vergessen, was sie bisher getrennt habe und hoffe auf <b>Vereinigung unter dem alten Symbol deutscher Einheit</b> und Freiheit, dem schwarzrothgoldenen Banner, zu gemeinsamer <b>Wacht für das Recht des Volkes</b> , auf daß mit der endlich wieder gewonnen Einheit des Vaterlandes auch die schon von dem ersten deutschen Parlamente geforder-ten politischen Freiheiten errungen und bleibend sichergestellt werden.“ [...] „Die Nation ihrerseits erwartet von der Verfas-	

		<p> sung des zu gründenden deutschen Bundesstaates gesicherte Rechtszustände im Inneren, getragen und weiter entwickelt durch ein aus allgemeiner Abstimmung hervorgegangenes, mit allen Rechten und Vorzügen einer wahren Volksvertretung ausgestattetes Parlament. Volle Theilnahme an der Gesetzgebung und an dem Abschlusse internationaler Verträge, ungeschmäleretes Budgetrecht, die Mitentscheidung über Krieg und Frieden müssen diesem Parlament gesichert sein.“ Die Rechte der Einzelstaaten müssten klar geregelt werden. Dazu gehöre auch die Vertretung der Einzelstaaten im <b>Bundesrat</b>. Ferner habe jeder Bundesstaat eine aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene <b>Volksvertretung mit vollem Gesetzgebungs- und Budgetrecht</b>, wirklich <b>verantwortliche Ministerien</b> und wirksame Kontrolle der Verwaltung zu sichern. Es gelte, die Grundrechte der Bürger zu sichern und das Gesetz durch <b>unabhängige Richter</b> zu sichern und die <b>Verantwortlichkeit aller Staatsbeamten</b> zu etablieren. Es dürfe kein Raum mehr für Willkür bleiben. Ein weiterer Punkt sei die <b>Unentgeltlichkeit des Volksunterrichtes</b>, die <b>Befreiung der Schule von der Kirche</b> und ihre Anlehnung an die Gemeinde, die <b>bürgerliche Eheschließung</b>. Um all dies auch finanzieren zu können, müsse man ein stabiles Steuersystem aufbauen. Hier sollten mehr direkte, von den einzelnen Staaten erhobene Steuern </p>	
--	--	---	--

			<p>im Vordergrund stehen. Nur so habe jeder Einzelne mehr Bewusstsein für seine Leistungen. Die <b>allgemeine Wehrpflicht</b> wolle man erhalten sehen, allerdings bei einer Verkürzung der Dienstzeit. Ferner müsse der Reichstag durch jährliche Geldbewilligung die Militärverwaltung regeln können. Man verweise eindringlich darauf, dass die Verfassung des Norddeutschen Bundes unmöglich für das gesamte Reich gelten könne. Dazu seien dringend Neuwahlen nötig, denn ein so großes Werk wie die <b>Verfassung von Gesamtdeutschland</b> müsse in freier Beratung der Vertreter aller deutschen Stämme beschlossen werden. Hieraus ziehe man Stärke den europäischen Gegnern gegenüber, denn nichts verleihe mehr Stärke, als eine <b>auf Freiheit und Gesetz gestützte Rechtsordnung im Inneren</b>. Sie sei die zuverlässigste <b>Bürgschaft des europäischen Friedens</b>. V ist Mitunterzeichner.</p>	
100	Di, 27.9.1870, Nr. 235 (PDF 50)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass im <b>Verlag Georg Reimer</b> die „<b>Gesundheitsregeln für die deutschen Soldaten im Felde</b>“ von V erschienen sind. Der Name des berühmten Verfassers reiche, der kleinen wichtigen Schrift die erwünschte Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihr weiteste Verbreitung zu verschaffen. (Sonderabdruck aus VA Band 51)</p>	
101	Fr, 30.9.1870, Nr. 238	S. 4, 1. Spalte oben	<p>Kurze Zusammenfassung der gestrigen [29.9.1870] <b>SVV</b>: Es wird erwähnt, dass V den dringenden Antrag eingebracht habe,</p>	

	(PDF: 54)		den Magistrat zu ersuchen, Hilfe für die Stadt <b>Straßburg</b> leisten.	
102	Fr, 30.9.1870, Nr. 238 (PDF: 57)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 29. Sep): V bringt den dringenden Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, Hilfe für die Stadt <b>Straßburg</b> zu leisten. Dieser Antrag wird unverändert einstimmig angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
103	Sa, 1.10.1870, Nr. 239 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Bericht über die Monatsversammlung des Verwaltungsrates des <b>Asylvereins</b> : Thema ist die <b>Renovierung der Wände</b> . Nach Vorschlag von V soll dazu ein Leinölansstrich und ein dreimaliger Ölanstrich angewandt werden.	
104	So, 2.10.1870, Nr. 240 (PDF: 8)	S. 8, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V sich am Sonntag [heute] im Auftrag des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> an die Front reist, um <b>Schwerverwundete</b> von dort nach Berlin zu <b>transportieren</b> .	
105	Mi, 5.10.1870, Nr. 243 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Okt.): Es wird kurz Vs Antrag erwähnt, den Magistrat zu ersuchen, Hilfe für die Stadt <b>Straßburg</b> leisten.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
106	Fr, 7.10.1870, Nr. 245 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 8, 1. Spalte mittig	1. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins: Der Verfasser wird nicht genannt. Nur im Abschlussbrief ist <i>Eugen Richter</i> genannt. Es ist möglich, dass dieser selbst mitgefahren oder aber von V mit Textmaterial versorgt worden ist. Der Brief ist auf Dienstagnachmittag [4.10.1870] datiert und in <b>Gießen</b> aufgegeben. Am Sonntag sei der erste wirkliche Hospitalzug aus Berlin zum Kriegs-	<i>Richter, Eugen</i> : *1838, †1906; deutscher Politiker und Publizist; ebenfalls Mitglied in der Fortschrittspartei

		<p>schauplatz aufgebrochen und V habe die Führung übernommen. Vor der Abfahrt wurde der Zug von Handelsminister <b>von Itzenplitz</b> besucht. Dieser Hospitalzug unterscheidet sich ganz grundlegend von früheren Transporten. Im Gegensatz zu früher, wo die Verwundeten wurden nur auf Stroh gelagert, ohne Betten, allem Rütteln und Stoßen ausgesetzt waren, gebe es jetzt 10 Waggons, in denen Tragbahren federnd an Kautschukbändern aufgehängt seien, jeweils zwei übereinander. Alle Waggons seien miteinander verbunden, um die Kommunikation über die ganze Zuglänge zu ermöglichen. Ferner führe der Zug eine eigene Küche und ein separaten Proviantwaggon mit, in welchem auch ein Wasserfass stehe. Zusätzlich gebe es einen Stabswaggon mit abgeteiltem Direktionszimmer und Platz für eine Apotheke und die chirurgischen Instrumente. Hinter den 10 Krankenwaggons diene ein Güterwagen als Utensiliendepot und ein weiterer Personenwagen als Aufenthaltsort für das Pflegepersonal. Nach einigen Bedenken von Seiten des Kriegsministeriums wurde der Berliner Hilfsverein schließlich mit dem Transport der Verwundeten von Metz nach Berlin beauftragt. Zusätzlich wurden Spenden und Post zu den Kriegslinien gebracht. Circa 30 Personen begleiteten den Zug; darunter V selbst, zwei seiner Söhne, mehrere Ärzte, Pfleger und Schwestern und zwei Köche. Der Zug</p>	
--	--	---	--

			komme aber nur langsam voran, auch wenn die Wetterbedingungen sehr gut seien. In jedem Bahnhof dränge sich das neugierige Publikum an den Zug.	
107	Do, 13.10.1870, Nr. 251 (PDF: 5-6)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben f.	2. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins über den weiteren Verlauf der Reise, wieder anonymen Ursprungs. Zunächst wird über die Beschriftung der Waggons berichtet. Sie gehören zur Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn und sind deshalb mit den Buchstaben N, M, E gekennzeichnet. Dieses würde die Leute zu neuen Verwendungen der Buchstaben ermutigen. Man hätte schon „niederträchtig merkwürdige Eisenbahn“ gehört oder auch „neue merkwürdige Eisenbahn“. Die Fahrt Richtung Frankreich werde immer wieder unterbrochen oder behindert, selbst für kurze Strecken brauche man Stunden. Erschwert werde das Vorkommen auch durch die jeweiligen Bahnhofsinspektoren, die regelwidrigen Transport von Waren vermuten oder einen Wagon wegen Aschebrandes abhängen wollten. Beides sei durch Hartnäckigkeit Vs und seine Überzeugungskraft abzuwenden gewesen. Auch die Aushändigung eines halben Dutzends Zigarren sei hilfreich gewesen. In Schwingen sei man auf einen anderen Zug mit Hilfslieferungen für das 3. Armeecorps gestoßen, ein Tausch von Erbswurst gegen Beefsteaks sei aber an der bürokratischen Art der Herren gescheitert.	

		<p>Ein anschließend abgedruckter Bericht ist datiert auf den 4. Okt., aufgegeben in <b>Hagenau</b>. Nicht rechtzeitig vorgezeigte Requisitionsscheine verzögerten erneut die Weiterfahrt. In <b>Ludwigshafen</b> seien dann weitere 13 notdürftig ausgestattete Waggons an den bestehenden Zug angehängt worden, was die Zugkraft der Lokomotive überstieg. Dies beruhe auf einer Order, überall Waggons zu sammeln und die zu einem Hospitalzug zusammenzustellen. Um eine Trennung vom Feldpostwagen und damit eine langsamere Beförderung zu riskieren wurden nur einer der 13 Waggons angehängt. Die Etappenbehörde in Weissenburg habe dann den sofortigen Auftrag, aus den zurückgelassenen Wagen nach dem Muster des Virchowschen Hospitalzuges Umbauten durchzuführen. Man habe dabei eine eigentümliche Art der Volkswirtschaft kennenlernen können, welche sich zwischen Requisitionssystem und freiem Handel bewege. Dem Handwerker wolle man seine Arbeit bezahlen, aber nur, wenn seine Arbeit gut und seine Rechnung nicht übertrieben sei, sonst würde man die Arbeit als requiriert betrachten. In Weissenburg habe man so viel Aufenthalt gehabt, dass Zeit war, die Stadt anzusehen; die Gefechtsspuren seien nur noch minimal gewesen, der Widerstand der Franzosen sei nur gering gewesen, wie ein alter französischer Gerichtsdienstler berichtet habe. Der Schreiber berichtet weiter,</p>	
--	--	--	--



			<p>das Pflegepersonal sei erstaunt gewesen, dass die Stadt, die Einwohner, die Häuser durchweg so anständig und ehrbar aussähen. Mit dem in Berlin wohnenden „Geist des sittlichen Germanentums“ habe man wohl ganz Frankreich als großes Sodom und Gomorra erwartet. Das Erstaunen sei groß gewesen, dass das Elsaß gerade so aussehe wie die Pfalz. In Weißenburg sei es dann auch zu Kontakt mit einem schlecht ausgestatteten Zug voll mit Ruhr- und Typhuskranken gekommen. Die Kranken seien in einem sehr schlechten Zustand. Man erblicke hier das ganze Elend des Krieges. Man half bei der Wasserausgabe an die Kranken. Alle Soldaten hätten den Wunsch, nach Hause transportiert zu werden, ohne offensichtliche Ahnung, wo sich denn gerade befänden. Abschließend war zu lesen, dass in Sulz vom Turm die norddeutsche schwarz-weiß-rote Flagge wehe. Ein gemeinschaftliches Feldzeichen fehle den deutschen Truppen, obwohl die alte Bundeskriegsverfassung dies vorsähe. Man scheue sich, die schwarz-rot-goldene Freiheitsfahne von 1848 anzulegen, obgleich sie die gesetzlichen deutschen Farben darstellten. Was auch dieser Krieg für die Neugestaltung Deutschlands bringen mag, immerhin müsse er tatsächlich an die Bestrebungen des Jahres 1848 unter dieser Fahne anknüpfen.</p>	
108	Fr,	2. Beilage,	<b>3. Feldpostbrief aus dem Virchowschen</b>	

	<p>14.10.1870, Nr. 252 (PDF: 14- 15)</p>	<p>S. 5, 2. Spalte unten f.</p>	<p><b>Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins: Berichtet wird über die immer weiter zunehmende Militärpräsenz an den Bahnhöfen in Richtung Frankreich. Da das Elsaß nicht als sicher gelte, verkehren nachts keine Züge. Der Zugverkehr komme dadurch nur schleppend voran, auch wegen der nur einleisig verlaufenden Trasse. Der Bau eines zweiten Gleises werde aber energisch vorangetrieben. Die Fahrt werde immer unsicherer, die Tunnel seien aber unbeschädigt geblieben. Die aus verschiedenen Gesellschaften stammenden Bahnbeamten hätten einen schweren Dienst, da die französischen Bediensteten aktiven und passiven Widerstand leisten würden. Dies wäre noch lange nicht genug gewürdigt und geehrt worden. Noch vor wenigen Tagen hätte eine Unterbrechung der Eisenbahnverbindung zwischen Saverne und Nancy aufgrund eines geplanten Massenaustandes gedroht. Vereitelt worden sei dies nur durch ein rheinisches Dienstmädchen, welches die französischen Gespräche verstehen konnte und den Aufstand verraten habe. Weiter wird von einzelnen Gefechten berichtet. Die Stimmung der französischen Einwohner habe aber nicht an Zuversicht durch den Lauf der Dinge verloren. Man erwarte vom Bürgermeister bis zum geringsten Bürger eine Wendung des Kriegsglücks. Ein weiterer Teil des Berichtes stammt vom 5. Okt. aus <b>Hemmingen</b>. Der Chef des</p>	
--	--	---	---	--

			<p>preußischen Eisenbahnwesens habe den Zug besichtigt und sei dann mit V nach <b>Nancy</b> vorausgefahren. Immer wieder gebe es Begegnungen mit Verwundetentransporten auf der Heimreise. Die Hauptlinien der Evakuierung laufen über Nancy-Weißenburg, Courcelles-Remilly und Sedan-Belgien. Dem Zug seien inzwischen 7 Wagen mit Spenden aus Kassel angehängt worden. Diese seien bestimmt für die in Kassel und Umgebung stationierten Truppen. Es sei ein guter Gedanke, <b>Spenden nicht über ein großes Zentraldepot zu verteilen</b>, sondern über die Sammlung und Verteilung eine direkte Verbindung zwischen einzelnen Heimatkreisen und Truppenteilen herzustellen. Diese Verbindung schaffe eine stärkere, sittliche Beziehung und erhöhe den Eifer. Der Kasseler Transport wolle bis Paris vordringen.</p>	
109	<p>Sa, 15.10.1870, Nr. 253 (PDF: 17)</p>	<p>S. 5, 1. Spalte oben</p>	<p>4. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins, datiert auf den 6. Okt., aus <b>Abrincourt</b>. Berichtet wird, dass sich im Zug immer wieder Ehrengäste einfinden, zurzeit sei es der Oberbefehlshaber der deutschen Feldluftschiffahrt, Ingenieurlieutenant <b>Joesten</b> aus Köln. Gleichzeitig kam auch rheinische Festungsartillerie aus Koblenz. Weiter wird über die Gefangenentransporte und den Gefangenaustausch berichtet. Taktik sei hier, die <b>Gefangenen als lebendiges Zeugnis für die französische Niederlage zu</b></p>	

			<p><b>verwenden.</b> Komische Szenen würden sich in den Wirtshäusern entwickeln. Die französischen Münzen und das Geldwecheln würden viele Probleme machen. Unerklärlich sei, warum man bei den Etappenkommandos keine Wechselstuben für die Soldaten einrichte. Im Zug habe nun die Verpflegung aus den mitgebrachten Vorräten begonnen, gelegentlich würden Kartoffeln, Brot oder Obst durch Ankauf oder Requirierung ergänzt; letztlich habe man doch Erbswurst eintauschen können, wodurch die Belegschaft des Zuges in den Genuss einer schmackhaften Suppe gekommen sei. Der anschließende Bericht ist vom 6. Okt., aus <b>Luneville</b>; nachdem man auf dem Bahnhof zunächst festlag, traf Lieutenant <b>Metzentin</b> ein. Sein Bataillon sei von Straßburg aus in den Kampf gezogen. Der Offizier klagte darüber, dass von den Spenden aus der Heimat alles zur großen Armee abgehe, während die kleineren Einheiten nicht bedacht würden. Er erhielt Gaben aus der Vorräten des Zuges.</p>	
110	So, 16.10.1870, Nr. 254 (PDF: 20)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	Lokales: Es wird kurz erwähnt, dass der von V geführte Verwundetentransport am Donnerstag eingetroffen sei.	
111	Di, 18.10.1870, Nr. 256 (PDF: 24-25)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben f.	5. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins, datiert vom 6. Okt, aufgegeben in <b>Nancy</b> . Es wird berichtet über das rege Leben auf den Straßen in Nancy. Es herrsche ein Nebenei-	

		<p>nander zwischen den französischen Bewohnern und dem deutschen Militär. Allerdings fehle jedem die Übersicht über die Kriegereignisse, auch wenn viele Details die Runde machten. Die französischen Mütter würden ebenso in Sorge sein um ihre Söhne wie die deutschen. Auch in der Kirche vermische sich alles, während jede Seite für den Sieg und den Schutz der Seinen beten würde. Hier betrete man ein Gebiet, wo die Religion eine Lücke habe und der <b>höhere Ausgleich nur durch die Grundsätze der reinen Humanität</b> bewirkt werden könne. Ein weiterer Bericht stammt aus <b>Novéant</b> vom 7. Okt. Die mitgeführten Gaben würden verteilt. Trotzdem fehle es an vielen Dingen wie Medikamente, Wein, Schokolade, aber auch Decken, Kerzen und Strümpfen. Einige der Teilnehmer des Zuges hätten die Tour schon mehrfach gemacht, aber in Anbetracht der großen Dankbarkeit, mit der die Spenden entgegengenommen würden, sei der Enthusiasmus zu verstehen. Vergleichend dazu wird erwähnt, welche Schwierigkeiten die Mitarbeiter der Hilfsvereine bei ihrer Arbeit zu Hause hätten. Das Rote Kreuz würde hier vor Ort ebenfalls sehr geschätzt; in der Nähe befinde sich das Hauptquartier der Belagerungs-Armee vor Metz des Prinzen Friedrich Karl, der enttäuscht sei, nicht dem Siegeszuge gen Paris folgen zu können. Auch auf der französischen Seite glaube man wohl nicht mehr an</p>	
--	--	--	--

		<p>einen Sieg, allerdings lege die Bevölkerung deshalb nicht mehr Ergebenheit an den Tag. Berichtet wird über einen Zwischenfall in Pont à Mousson, wo in der Umgebung ein Schuss gefallen sei. Dies führte zu einer Geldstrafe, welche man auf die wohlhabenden Bewohner der Stadt verteile. Bei Nichtzahlung würden sie in die Festung abtransportiert. Die Strafen seien also stets von den Wohlhabenden zu bezahlen, während die strafbare Handlung durchweg von Personen der niederen Volksklasse begangen würde. Ein Feldprediger habe geäußert, dass wohl diese Taten nicht so sehr aus Hass gegen die Deutschen begangen würden, als vielmehr, um den Reichen zu schaden. In Corny unterstehe ein freiwilliges Sanitätsdetachment direkt der Belagerungsarmee. Dieses sei das einzige, welches der Armee direkt zugehörig ist. Weiterhin käme es immer wieder zu Schwierigkeiten zwischen der offiziellen und freiwilligen Krankenpflege, die in der Sucht nach Ordenskreuzen begründet liege. Dies führe auch dazu, an Stelle der eigentlichen Tätigkeit eine Scheintätigkeit auszuführen und jeder verliehene Orden würden hundert Missgünstige erzeugen. V sei unterwegs auf der Suche nach transportablen Verletzten und werde wohl gegen Abend wieder den Zug erreichen. Abschließend ist eine Berichtigung angefügt, unterschrieben von <b>Eugen Richter</b>. Es wird darauf hingewiesen, dass unter den</p>	
--	--	--	--

			<p>Spenden für das 3. Armeecorps nicht eine Erbswurst gewesen sei. Es habe sich dabei um Verpflegung für die Armeeführung gehandelt. Man habe später eine Probe dieser Wurst bekommen, im Verlaufe der Reise dann den Rest. Vor Metz sei dann von der Armeeintendanz der Requirierung an Erbswurst und Proviant breitwillig entsprochen worden.</p>	
112	<p>Mi, 19.10.1870, Nr. 257 (PDF: 28-30)</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten</p>	<p><b>6. Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins, undatiert, aufgegeben in <b>Novéant</b>. Berichtet wird über die weiter zunehmenden Kontrollen und Wachen und die Spuren der Zerstörung, welche der Krieg hinterlassen habe. Eine Abordnung der pommerschen Armee sei von V in heimatlicher Erinnerung mit Zigarren bedacht worden. Überall herrsche viel Verkehr und Trubel. Die Marketender versuchen, ihre Ware zu verkaufen und immer wieder gebe es Probleme mit dem Geldwechsel. V sei bei den Lazaretten geblieben, die durch rote Kreuze auf den Fahnen und die Desinfektionsdämpfe nicht zu übersehen seien als Stätte des Elends. Der Berichterstatter schreibt im Weiteren über den Besuch eines Biwaks. Bei dem schlechten Wetter und peitschendem Regen lägen die Soldaten nur unter Laub und Strohbündel, notdürftig von einem kleinen Lehmwall geschützt. Man betrat die Lehmhude des Stabsarztes. Ein Generalarzt wird zitiert mit den Worten „wer im Kriege Poesie findet,</p>	

			<p>den sollte man gleich in das Irrenhaus schicken. Hier bei uns finden Sie nichts, wie Noth, Elend und Schmutz“. Später trifft man am Zug wieder auf V. Später werden Zigarren verteilt, die weniger als Gabe an sich sondern als Verbindung zur Heimat von den Soldaten geschätzt würden. V selbst verteile <b>Strümpfe</b>, die ihm aus der Hand gerissen worden seien. Man solle weniger <b>Bismarck</b> darstellen, wie er aus der Feldflasche eines Soldaten trinke, als vielmehr V, wie er blaue Strümpfe verteile. Leider seien die Vorräte schnell erschöpft, obwohl noch hunderte Hände leer geblieben seien. Trost zu spenden, mit dem Hinweis auf weiter folgende Hilfslieferungen, sei schwierig, da die Lieferungen meist gar nicht bis dort hinkämen. Grund dafür seien die Empfehlungen an die Hilfszüge, die Spenden an die Lazarettgehilfen oder Zahlmeister der Truppen abzugeben. Diese würden vieles horten, anstatt sie zu verteilen. V habe bei einem Lazarettgehilfen eine Kiste lange Unterhosen vom Berliner Hilfsverein gefunden, wahrscheinlich vom Bunsenschen Transport vor 14 Tagen [5.10.1870]</p>	
113	Fr, 21.10.1870, Nr. 259 (PDF: 36-38)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten ff.	7. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins vom 9. Okt., aufgegeben in <b>Novéant</b> . Die Vorbereitungen für den Rücktransport der Verwundeten beginnen. Die verbleibenden Spenden müssten ausgeladen und auf Fuhrwerken weiter zu den Truppen geschafft	



		<p>werden. Dies könne auf zwei Arten passieren: entweder man bitte die entsprechenden Truppenteile für den Abtransport der für sie gedachten Spenden zu sorgen oder miete selbst Wagen an. Letztere Methode habe den Vorteil, Einblick in die Situation und die Bedürfnisse vor Ort zu bekommen, auch wenn man dafür einen Teil der Spenden als Bezahlung aufbringen müsse. Ein Grund, warum die Transporte auch ausreichend groß sein müssten, sonst bliebe am Ende nicht genügend übrig. Anders könne man nicht sicher sein, ob alle Spenden auch dort ankämen, wo sie hinsollten. Auch müsse man aufpassen, nicht den <b>Johannitern</b> in die Hände zu fallen. Diese würden weder unter Soldaten noch Offizieren einen guten Ruf genießen. Sie seien die einzigen, die nicht aus Nächstenliebe, sondern gegen Entlohnung arbeiten, ganz im Gegensatz zu allen anderen und sie rissen viele Spenden an sich. Jeder sei sich selbst der nächste und Bestechung sei an der Tagesordnung. Empfehlungsschreiben aus Berlin hätten dagegen fast keine Wirkung. Es wird kritisiert, dass die Leitung in Berlin gar keinen Überblick über die Bedürfnisse der Soldaten im Felde habe. Es würden so viele unnütze Dinge geschickt, anstatt wirklich dringend benötigte Sachen zu besorgen, wie warme Kleidung. Spekuliert wird über die Ursache: fürchte man den Eindruck schlechter Planung oder Organisation? Oder sogar eine</p>	
--	--	---	--

			<p>Ermütigung des Feindes bei Bekanntwerden der Notstände? Wie man den Kaffee in die Armeeverpflegung aufgenommen habe, um von innen zu wärmen, so müsse man die wollene Unterkleidung etatmäßig organisieren. Der Einwand, dazu sein kein Geld da, könne man nicht gelten lassen, da die Kriegsführung an keine Etatpolitik gebunden sei. Dass man damit von den Lieferanten abhängig werde, sei sicher sinnvoller, als die teure Gesundheit der Soldaten zu opfern. Die Angst vor der Wucherei der Kaufleute sitze tief. Wenn auch es in Friedenszeiten ausreichend sei, dass sich die Armee selbst versorge, müsse sie in Kriegszeiten auf äußere Hilfe zurückgreifen. Nur fehle ihr dann die Einsicht in die Abläufe, da die normalen Gewohnheiten andere seien. Auch Kerzen und Lampen fehlten, weil diese auch nicht im Etat vorgesehen seien. Das Proviantfuhrwesen gestalte sich aufwendig mit vielen Wartezeiten durch Stürze und Materialversagen. V sei inzwischen nach Ars [<b>Ars-sur-moselle</b>, Region Lothringen] gefahren um erste Verwundete einzuladen.</p>	
114	<p>Sa, 22.10.1870, Nr. 260 (PDF: 41-42)</p>	<p>2. Beilage, S. 6, 1. Spalte f.</p>	<p>8. <b>Feldpostbrief</b> aus dem <b>Virchowschen Hospitalzug</b> des Berliner Hilfsvereins (Rückfahrt nach Berlin), unterschrieben von Eugen <b>Richter</b>. Da die Lazarette um Metz fast alle geleert seien, habe man auch Typhus- und Ruhrkranke aufnehmen müssen. Um sich zu informieren, habe V in <b>Sarreb- burg</b> den Zug verlassen. Überall genieße</p>	

			<p>dieser unter den Ärzten höchste Verehrung, was ihm seine Arbeit erleichtern würde.</p> <p>Viele Schwerverwundete würden gerne dringend mitgenommen werden, weil man den <b>Berliner Hilfszug als sichere Bürgerschaft für Genesung und gute Heimreise</b> ansehe. Die Abholung von Verwundeten aus Ars sei aufgrund der neuerlich stattfindenden Kampfhandlungen und dem Beschluss sehr riskant und bedürften der Erlaubnis des Prinzen Friedrich Karl. Nur das Hissen der Sanitätsflagge habe den Zug vor Beschuss retten können. Die weitere Verladung der Verwundeten lief rasch voran, da keine Umlagerung von Tragen in Betten stattfinden musste, sondern die Bahren im Zug in die dafür vorgesehenen Gummischlaufen gehängt werden konnten. Mit 136 Verwundeten habe man mehr Soldaten mitgenommen als eigentlich geplant. V habe in seiner Gutherzigkeit kurz vor der Abfahrt schwer verwundeten Soldaten noch die Aufnahme gewährt. Mit auf dem Zug seien auch die Offiziersburschen, obwohl gesund, da diese gewissermaßen als lebendiges Inventar der verletzten Offiziere gelten. Diese unvorhergesehene Begleitung habe die Platzprobleme verschärft, bis zusätzliche Waggons beschafft werden konnten. Ebenfalls dabei waren zwei Offiziersfrauen, welche man im Coupé der Ärzte unterbringen musste, da die mitreisenden Ordensfrauen die Unterbringung ablehnten. Im Laufe der</p>	
--	--	--	---	--

		<p>Reise wurden 5 Verwundete ausgeladen, da diese näher an ihrer Heimat waren, aber gestorben sei niemand. Die Rückfahrt von Novéant nach Berlin habe insgesamt 72 Stunden gedauert. Der Dienst in dieser Zeit sei sehr anstrengend gewesen, besonders für die drei Ärzte, jeder für 35 Verwundete zuständig. Versorgungsversäumnisse vor der Abreise, die Enge, das stetige Rütteln und die langen Wege zu dem einzigen Materialwaggon erschwerten die Arbeit erheblich. Insgesamt könne man sagen, dass ein solcher Zug ein weit gebildeteres, reinlicheres und zuverlässigeres Personal brauche als ein normales Lazarett. Auch das Kochen unter den erschwerten Verhältnissen bereitete den an normale Gasthöfe gewöhnten Köchen Probleme. Während der Rückreise zeigte sich, wie unterschiedlich gut die Versorgungslage der Soldaten sei, in Abhängigkeit davon, welche Organisation die Leitung übernommen habe. Von allen, die den Zug besucht hätten und auch von den Transportierten, sprach ein jeder mit Freude über diese Einrichtung und klagte im Gleichzug darüber, wie schlecht bis dato die Verwundeten transportiert worden seien. Abschließend stellt sich der Verfasser die hypothetische Frage, wer denn an den schlechten Transportmöglichkeiten bis dahin Schuld war. Die träfe weder die freiwillige Krankenpflege noch die Eisenbahnverwaltung. Vielmehr habe das Kriegsministerium den</p>	
--	--	---	--

			Zug noch abgelehnt, als er auf den Schienen stand. Erst im allerletzten Augenblick habe ein Sinneswandel eingesetzt. Die bewegende Kraft dafür bleibe im Dunkeln. Man hoffe, dass es nicht mehr so vieler Züge bedürfe und der Krieg bald ein Ende finde. Als Verfasser ist Eugen Richter genannt.	
115	Sa, 22.10.1870, Nr. 260 (PDF: 43)	2. Beilage, S. 8, 2. Spalte oben und mittig	Lokales: Nochmals kurzer Hinweis, dass der von V geführte Verwundetentransport am Donnerstag [20.11.1870] eingetroffen sei und nun seit vorgestern wieder zum Kriegsschauplatz unterwegs sei.	
116	So, 23.10.1870, Nr. 261 (Foto)	5. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Anzeige zum „ <b>Archiv für Anthropologie</b> . Zeitschrift für Naturgeschichte und Urgeschichte des Menschen“: Es handelt sich hierbei um ein Organ der DAG, bei dem auch V Mitherausgeber ist (1. und 2. Vierteljahresheft)	
117	So, 30.10.1870, Nr. 268 (Foto)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Bericht über die Monatskonferenz des Verwaltungsrates des <b>Asylvereins</b> : Thema sind die Grundsätze für die <b>Einrichtung des Männer-Asylvereins</b> . Auch V beteiligt sich an der Diskussion und man einigt sich darauf, dass unentgeltlich aufgenommen und verköstigt werde, aber die Aufenthaltsdauer von 5 auf 3 Tage reduziert wird.	
118	Fr, 4.11.1870, Nr. 273 (PDF: 7-8)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	Wahlangelegenheiten: Bericht von einer <b>Versammlung der Wähler des dritten Landtagswahlkreises</b> vom 2. Nov. V hält eine kurze Rede. Zu Beginn deutet er an, dass er nicht sehr optimistisch in die Wahlen gehe, da das Volk keine Energie auf die Innenpolitik aufwende. Die Blicke seien	

			<p>ausschließlich nach außen gerichtet. Dabei seien gerade die Wahlen zum HdA von besonderer Bedeutung, da hier die Entscheidungen zum Steuerrecht getroffen würden. Man halte „den <b>Steuersäckel</b> noch immer <b>in der Hand</b>.“ V betont nochmal die großen Opfer, die der Krieg für das Volk gebracht habe und wie wichtig es sei, dass es nicht erneut zu einem Krieg komme. Dafür brauche man eine „feste und starke Constituierung im Innern. Schaffen wir ein Deutschland, welches jeder Feind für stark halten muß! Die gegenwärtige Verfassung ist zu seiner Constituierung jedoch nicht der geeignete Boden.“</p>	
119	Sa, 5.11.1870, Nr. 274 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<p>Wahlangelegenheiten: Kurzer Hinweis, dass in der <b>Versammlung der Vertrauensmänner des 3. Berliner Wahlkreises Schultze-Delitzsch</b> und V als langjährige Abgeordnete wieder zu erwählen sind.</p>	
120	So, 6.11.1870, Nr. 275 (PDF: 19)	6. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<p>Tableau der Urwahlbezirke Berlins: Im 113. Urwahlbezirk ist V <b>Wahlvorstand</b>.</p>	
121	Mi, 9.11.1870, Nr. 278 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass von den jungen Männern, die den Lazarettzug Vs nach Frankreich begleitet haben, sieben an <b>Typhus erkrankt</b> seien, darunter <b>zwei Söhne Vs</b> und zwei Söhne <b>Dr. Ruges</b>.</p>	<p><i>Ruge, Ludwig</i>: *1812, †1897; Medizinalrat zu Berlin, Schwager Vs</p>
122	Fr, 11.11.1870, Nr. 280	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte	<p>Bericht von der <b>Versammlung der Wahlmänner des 3. Landtags-Wahlbezirks</b> vom 9. Nov: V wird als Kandidat erwähnt</p>	

	(PDF: 50-51)	mittig f.	und es wird diskutiert, ob es nötig sei, dass er persönlich erscheine, um sein Programm zu erörtern. Letztlich wurde V zusammen mit <b>Schulze-Delitzsch</b> als Kandidat bestätigt.	
123	Fr, 11.11.1870, Nr. 280 (PDF: 53)	3. Beilage, S. 5, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass man aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, dass es keine sieben Personen sind, die aus dem Sanitätszug Vs an <b>Typhus erkrankt</b> seien. Es seien lediglich vier bekannte Fälle, darunter zwei <b>Söhne Vs</b> .	
124	Di, 15.11.1870, Nr. 284 PDF: 22)	2. Beilage, S. 8, 2. Spalte mittig	Anzeige mit einem Aufruf an diejenigen Wahlmänner des 3. Wahlkreises, die nicht für V und <b>Schulze-Delitzsch</b> stimmen wollen, sich zu einer Versammlung einzufinden. [ <b>Gegenversammlung zu Vs Landtagskandidatur</b> ].	
125	Do, 17.11.1870, Nr. 286 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Wahlangelegenheiten: Kurzer Hinweis, dass V und <b>Schulze-Delitzsch</b> mit deutlicher Mehrheit im 3. Wahlbezirk wiedergewählt worden sind.	
126	Do, 24.11.1879, Nr. 293 (PDF: 42)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vermischtes: Kurzer Hinweis auf die neuste Veröffentlichung Vs. Es handelt sich um einen <b>Bericht an den Vereinsvorstand des Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde über den ersten Sanitätszug</b> .	
127	Sa, 26.11.1870, Nr. 295 (PDF: 49-50)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten f.	Abdruck einer Zusendung Vs: Sie ist nicht explizit adressiert, so dass man davon ausgehen kann, dass sie als offener Brief an die VZ gesendet wurde. V stellt zu Beginn die Frage, ob der gegenwärtig versammelte <b>norddeutsche Reichstag</b> berechtigt sei, ei-	

		<p>ne <b>Verfassung für Deutschland</b> endgültig zu beschließen. In den Wirren des Krieges habe der <b>der Reichstag eigenmächtig sein Mandat</b> bis zum Schluss des Jahres <b>verlängert</b>, vermeintlich um einer patriotischen Pflicht zu folgen. Es hat keine Wahl durch das Volk stattgefunden, also könnten sich sein Mitglieder nicht als wirkliche Abgeordnete betrachten. Daher habe der Reichstag auch kein Recht, eine neue Verfassung festzustellen. Zunächst müssten die Wähler in Aktion treten, um Einfluss zu nehmen auf eine solche grundlegende Angelegenheit. In Bayern und Württemberg haben sich daher die Volkskammern auch aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Nur in Norddeutschland scheine man die Bürger ihres verfassungsmäßigen Rechts berauben zu wollen. Dabei sei der Ausgang der Wahl unerheblich. Entscheidend sei nur, dass das Volk beteiligt sei. Sonst würde man dem Rechtsbewusstsein der Bürger unendlichen Schaden zufügen. Sowohl die künftige Bundesregierung, als auch das deutsche Volk gewinne am meisten, wenn eine konstituierende Versammlung die neue Verfassung feststelle. Eine schnelle Lösung sei zu Gunsten eines ordnungsgemäßen Vorgehens zu vernachlässigen. V hoffe, dass der Reichstag sich darüber klar sei, „daß auch die Regierung das höchste Interesse davon hat, ganz Deutschland durch eine Verfassung zusammenzufassen und daß der Au-</p>	
--	--	---	--



			genblick nicht leicht wiederkehren wird, wo, wie jetzt, auch das Volk seine Bedingungen stellen kann.“	
128	Mo, 28.11.1870, Nr. 297 (PDF: 54)	S. 2, 2. Spalte oben	<p>Infolge der von der SVV am letzten Donnerstag [24.11.1870] dem Stadtrat <b>Dr. Weber</b> versagten Genehmigung zur Annahme des Mandats für das HdA, haben die Stadtverordneten <b>Dr. Gneist</b> und V einen Antrag bei der SVV eingebracht. Man wolle die SVV bitten, dem Stadtrat Dr. Weber den <b>verweigerten Urlaub zum Eintritt in den preußischen Landtag zuzugestehen.</b></p> <p>Die preußische Verfassungs-Urkunde stelle Art. 78. als unbedingte Regel auf: Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer.</p> <p>Ein Grundsatz, der nach viel Streit als einer der bedeutungsvollsten Grundsätze der Verfassung durchgesetzt worden sei. Die Stadträte gehörten aber nach zahlreichen Gesetzen zu den mittelbaren Staatsbeamten und würden, insbesondere auch in Bezug auf die Urlauberteilung, den Staatsbeamten gleichgestellt. Es sei nie bezweifelt worden, dass das verfassungsmäßige Verbot der Urlaubsverweigerung zum Eintritt in den Landtag auch auf die besoldeten Magistratsmitglieder als mittelbare Staatsbeamte Anwendung finde. Ebenso sei es ein anerkannter Grundsatz, dass derartige Verfassungsbestimmungen nicht durch Aufnahme von Bedingungen bei der Wahl der Beamten verändert werden dürfen. Wenn bei der Anstellung</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details

			<p>mittelbarer Beamter Fälle vorgekommen seien, dass diesen bei Übertragung des Amts zur Bedingung gemacht worden wäre, kein Mandat als Abgeordneter anzunehmen, wäre dies nicht akzeptabel. Eine solche Bedingung würde der Verfassung zuwiderlaufen und sei unwirksam nach dem Grundsatz, dass das jus publicum nicht durch Verträge geändert werden kann. Gneist habe sich schon bei früheren Gelegenheiten wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen. Aber auch abgesehen von der Verfassungs-Urkunde scheinen Urlaubsverweigerungen dieser Art bedenkliche Vorgänge zu sein und dafür geeignet, für die persönliche Stellung der Stadträte Ungleichheiten und Missstände herbeizuführen. Man wolle durch eine besonders eingesetzte Deputation die Vorfrage prüfen lassen, ob die Stellung einer solchen Bedingung bei der Wahl der Stadträte verfassungsmäßig zulässig sei und im Verneinungsfalle beschließen, von einer solchen Urlaubsfrage ein- für allemal abzu- sehen.</p>	
129	Di, 29.11.1870, Nr. 298 (PDF: 57)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Anzeige des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> mit der Bitte um <b>Weihnachtsgaben</b> , da der Krieg noch über den Jahreswechsel andauern und Winterkleidung dringend gebraucht werde. Man könne zwar keine privaten Pakete weiterleiten, bemühe sich aber, alle Krieger mit Weihnachtsgaben zu versorgen.	s. a. 1.12.1870
130	Do,	4. Beilage,	Anzeige des <b>Berliner Hilfsvereins für die</b>	

	1.12.1870, Nr. 300 (PDF: 2)	S. 4, 2. Spalte oben	<b>deutschen Armeen im Felde</b> mit der Bitte um <b>Weihnachtsgaben</b> , da der Krieg noch über den Jahreswechsel andauern und Winterkleidung dringend gebraucht werde. Man könne zwar keine privaten Pakete weiterleiten, aber bemühe sich, alle Krieger mit Weihnachtsgaben zu versorgen.	
131	Fr, 2.12.1870, Nr. 301 (PDF: 4)	S. 2, 2. Spalte mittig	Kurzer Hinweis auf die gestrige [1.12.1870] <b>SVV</b> : Der Antrag von V und <b>Dr. Gneist</b> wird erwähnt. Die Versammlung habe die Annahme beschlossen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
132	Fr, 2.12.1870, Nr. 301 (PDF: 6-7)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Dez.): Es wird über den Antrag von V und <b>Dr. Gneist</b> diskutiert. V tritt für seinen Antrag ein, erklärt aber, wenn der Antrag vom St.-V. <b>Neumann</b> heute zur Abstimmung komme, würde er für diesen stimmen. Im Unterschied zum Vschen Antrag steht nicht die grundlegende Frage zur Klärung, ob eine Gesetzmäßigkeit vorliege, sondern dass man mit der Ablehnung des Urlaubs falsch entschieden habe und einen gefährlichen <b>Unterschied mache zwischen besoldeten und unbesoldeten Stadträten</b> . Abschließend wird der Vsche Antrag genehmigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
133	Fr, 2.12.1870, Nr. 301 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht von der Sitzung der <b>BAG</b> : V als Vorsitzender verliest Mitteilungen aus <b>Wien</b> über eine dort ausgestellte <b>Gesichtsurne</b> aus <b>Zypern</b> und über <b>Pfahlbauten</b> aus Holstein. V äußert sich zu einem Vortrag über <b>ostpreußische Gräberfunde zur Römerzeit</b> . Seiner Meinung nach sei zu klären, ob dort wirklich Römer beerdigt sei-	Ein <i>Gräberfeld aus römischer Zeit in Ostpreussen</i> : Andree, Band 46, S. 264-273

			<p>en. Aus der rohen Beschaffenheit der Urnen dürfe man keine falschen Rückschlüsse ziehen.</p> <p>In der Sitzung vom 6. Nov. legt V den Jahresbericht vor, man erfreue sich eines regen Vereinslebens, eine Bibliothek und eine Sammlung seien in Vorbereitung. Das Organ der Gesellschaft sei die <b>Zeitschrift für Ethnologie</b>. Für das folgende Vereinsjahr wurde V als Vorsitzender bestätigt.</p>	
134	<p>Mi, 7.12.1870, Nr. 306 (PDF: 13)</p>	<p>2. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig</p>	<p>Abdruck eines Briefes von V an den Radakteur der „<i>Volkszeitung</i>“ vom 4. Dez. Der Bericht, welchen die Zeitung über das <b>Ergebnis der Verhandlungen des Vorstandes des Berliner Hilfsvereins mit Hr. General v. Canstein</b> nach der „<i>Ger.-Ztg.</i>“ bringe, sei nicht genau. Der Hr. Generalgouverneur habe die gesamte Lektüre, einschließlich der kirchlichen, dem Verein ohne Beschränkung überlassen. Es sei falsch, dass der Hr. Generalgouverneur gesagt habe, er wolle ein Auge zudrücken oder sich nicht darum kümmern, wie sein Wort befolgt werde. Allerdings beziehe sich das erwähnte Zugeständnis nur auf die von dem Berliner Hilfsverein versorgten Lazarette (Ulanen-Kaserne und Baracken-Lazarett Nr. III.)</p>	<p><i>Volkszeitung</i>: in Berlin erschienene politische Tageszeitung; 1853 aus der 1849 von F. Duncker u. A. Bernstein gegründeten „Urwählerzeitung“ hervorgegangen</p> <p><i>Germania</i>: Zeitung für das deutsche Volk; polit. Zeitung ultramontaner Richtung (Instrument des „Zentrums“)</p>

135	Mi, 7.12.1870, Nr. 306 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 8, 1. Spalte unten	Vermischtes: Zusammenfassung über den Bericht Vs über <i>den ersten Sanitätszug [Hospitalzug] des Berliner Hilfsvereins an den Vereinsvorstand</i> . Eine Darstellung, die aufgrund ihrer Klarheit und Einfachheit größte Aufmerksamkeit und Berücksichtigung finden werde. Am 23. Sep. habe V erfahren, dass noch zum Verwundetentransport eingerichtet Eisenbahnwagen ohne Verwendung seien. Von diesen wurden 10 auf Kosten des Vereins vervollständigt und traten am 2. Okt. ihre Reise zu den gerade stattfindenden Gefechten an. Am 13. Okt. sei V wieder zurück in Berlin. Zum ersten Mal habe man Schwerverwundete unmittelbar vom Schlachtfeld ohne weitere Zwischenaufenthalte direkt in die Lazarette in der Heimat transportieren können. Man habe durch diesen ersten Versuch festgestellt, dass die Evakuierung von Verwundeten gut ausgestattete, nicht zu große Eisenbahnwaggons erfordere, am besten unter Leitung eines Arztes in Verbindung mit Ämtern und Freiwilligen. Der Erfolg dieses Zuges und dieses Berichtes zeige Wirkung: das Kriegsministerium sei bereits mit der Einrichtung von acht Sanitätszügen beschäftigt.	<i>Der erste Sanitätszug des Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</i> . Berlin. – Ges. Abhdl. a. d. Geb. d. öffentl. Med. u. d. Seuchenlehre. I, 197
136	Do, 8.12.1870, Nr. 307 (PDF: 17-18)	S. 2, 2. Spalte unten f.	Bericht über die SVV: Bericht über die aufgrund Vs und <b>Dr. Gneists</b> Antrag zustande gekommene Deputation. V gehört nicht dazu. Dem Protokoll ist ein Schlusspassus angefügt, den die Deputation gestrichen hat und mit dem sich V einverstanden erklärt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

137	Do, 8.12.1870, Nr. 307 (PDF: 19- 20)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte un- ten f.	Lokales: Abdruck eines Antrages von V aus der <b>SVV</b> . Der schnelle Eintritt der Kälte mache es in einer bis dahin unerwarteten Weise schwierig, in den <b>Baracken des Tempelhofer Feldes</b> ausreichend zu beheizen. Es erscheine daher unumgänglich, möglichst schnell Räume zur Verfügung zu stellen, die den Ansprüchen an Belüftung und Sauberkeit genügen würden, um dort Verwundete unterzubringen. Dazu eigneten sich <i>die Pavillons des Friedrichshains</i> , bei denen es nur an einer Kücheneinrichtung fehle. Letztere wäre jedoch in einem der Portierhäuser oder anderweitig einfach zu beschaffen. Die Benutzung der neuen Pavillons sei auch in einem anderen Zusammenhang wichtig. Sie würde nämlich ein sicheres Urteil darüber ergeben, ob die Ventilations- und Heiz-Einrichtungen des einen Pavillons derjenigen des anderen vorzuziehen seien, und die städtischen Behörden würden besser, als nach bisherigen Ermittlungen, entscheiden können, ob der Bau der weiteren Pavillons sich dem einen oder dem anderen System anschließen solle. Die Bedenken, dass hier mit Verwundeten ein Experiment gemacht werde, sei falsch, denn schon jetzt könne man sagen, dass sowohl das eine, als das andere System zweckmäßiger sei, als das, was sonst den Verwundeten geboten werde. Er beantrage daher, die SVV wolle beschließen, den Magistrat nochmals zu ersuchen, ihr eine Vorlage	<i>Pavillonbauweise</i> : von V erfolgreich installiertes Krankenhausbaumodell
-----	--	---	--	--

			über die <b>Benutzung der städtischen Pavillons im Friedrichshain</b> für Verwundete schleunigst zugehen lassen zu wollen, damit noch in diesem Winter davon Gebrauch gemacht werden könne	
138	Fr, 9.12.1870, Nr. 308 (PDF: 24)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Dez.): Hinweis auf den von V eingebrachten Antrag bzgl. der <b>Nutzung der Pavillons im Friedrichshain</b> . Der Antrag wird genehmigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
139	Fr, 9.12.1870, Nr. 308 (PDF: 26)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht über die Dezember-Konferenz des <b>Asylvereins</b> . Es wird lediglich kurz erwähnt, dass V sich an der Diskussion beteiligt habe.	
140	Fr, 23.12.1870, Nr. 322 (PDF: 6)	S. 2, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [22.12.1870] Sitzung des <b>HdA</b> : V beantragte zum Etat des Finanzministers im Rahmen unvorhergesehener Ausgaben, dass eben jener bei der nächsten Etatvorlage Rechenschaft über die Summe von 400.000 Talern zu erstatten habe. Trotz des lebhaften Widerspruchs wird der Antrag angenommen.	vgl. Andree, Band 33, S. 72-82
141	Fr, 23.12.1870, Nr. 322 (PDF: 8 u. 9 u. 11)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben u. unten u. 1. Beilage,	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 22. Dez.): V geht auf das Jahr 1869 zurück. Zu der Zeit hätten beide Häuser beschlossen, eine Summe zur Gründung eines Fonds für invalide Offiziere und Soldaten, Witwen und Waisen vom im Krieg gefallenen Soldaten zu gründen. Im Etat des Finanzministers fehle solch eine Position. Durch Bildung dieses Fonds habe man auch die schwierige Frage gelöst, in wie weit Kriegsbeute Staatseigentum sei. Er habe bereits schriftlich bei der Staatsregierung angefragt, was mit dem Fond gesche-	vgl. Andree, Band 33, S. 72-82

		<p>S. 4, 1. Spalte unten</p>	<p>he, bis jetzt als Antwort lediglich erfahren, dass man beim Kriegsministerium angefragt habe. V wende sich notgedrungen mit seiner Frage nun an den Finanzminister, da das Haus sich nicht mehr mit dem Etat des Kriegsministers befasse und dieser nicht mehr anwesend sei.</p> <p>Weiter: V verzichte, einen Antrag zu stellen, aber es scheine ihm, als ob aus dem Staatsfond ein Staatsnebenfond zu werden drohe.</p> <p>Weiter: V beantragt zum Etat des Finanzministers im Rahmen unvorhergesehener Ausgaben, dass eben jener bei der nächsten Etatvorlage Rechenschaft über diese Summe zu erstatten habe. Dies sei notwendig, weil verschiedene Ministerien Summen aus diesem Fond abfordern.</p> <p>Weiter: Wenn unvorhergesehene Ausgaben unter diesem Fond angeführt würden, so V, so müssten dies solche sein, für die sonst im regelmäßigen Etat kein Platz sei. Für die Entschädigung von Fürsten und Standesherrn gebe es ein extra Kapitel, es bestünde also keine Notwendigkeit, solche Zahlungen als Sonderausgaben zu kennzeichnen. Dies sei auch schon vor vier Jahren bekannt. Zunächst wird Vs Antrag abgelehnt, aber als es zur namentlichen Abstimmung kommt, wird der Antrag doch angenommen.</p> <p>Weiter:</p>	
--	--	--------------------------------------	--	--



			<p>Thema ist nun die <b>Akademie der Künste</b> in Berlin. Hier wünscht sich V für die nächste Etataufstellung eine nähere Auffächerung, schon um die Ungleichheiten der Gehälter auszugleichen. Unwichtige Stellen seien reich dotiert, Galeriedienere dagegen fast kümmerlich besoldet. Bei 300 Talern jährlichen Gehalts hätten sie die wichtigsten Funktionen zu versehen.</p>	
--	--	--	--	--

## Fundstellen 1871

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Do, 5.1.1871, Nr. 5 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Der <b>Fort-schrittspartei</b> seien 43 Abgeordnete beigetreten, darunter V. Gemeint ist wohl eher der Betritt zur Fraktion.	
2	Fr, 6.1.1871, Nr. 6 (PDF: 4-5)	2. Beilage, S. 7, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 5. Jan.): Thema ist der Etat der Forsten, besonders der <b>Forst-lehranstalten</b> . V hält es nicht für sinnvoll, in <b>Münden</b> eine Forstlehranstalt beizubehalten, wenn selbst die Lehrer der Anstalt dies für keine gute Idee halten. <b>Marburg</b> sei deutlich passender gewesen. Nun wolle die Regierung eine neu zu gründende forst-technische Versuchsstation ebenfalls in einen kleinen, abgelegenen Ort bringen. Diese gehöre besser zu einer kleinen Universität. In den weit abgelegenen Orten <b>verbauern die Lehrer</b> und werden in gewissem Alter unerreichbar für die Fortschritte der Wissenschaft. Er hoffe, man möge von den Planungen wieder Abstand nehmen.	vgl. Andree, Band 33, S. 83-86
3	Fr, 6.1.1871, Nr. 6 (2 Fotos)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Jan.): Thema ist die <b>Belegung der Pavillons im Friedrichshain mit Verwundeten</b> . Man überlasse es dem Magistrat, ob nicht eine Belegung mit anderen Kranken besser sei. Nun hat wiederum der Magistrat der Versammlung eine Vorlage gemacht. In diesem Zusammenhang hat es einen Antrag gegeben, dass es unzulässig sei, dass Baurat <b>Hobrecht</b> , der nicht Mitglied des Magist-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			rats ist, eben diese Vorlage mitunterschrieben habe. V schließt sich dieser Meinung an und beantragt, im wiederkehrenden Fall, die betreffende Vorlage als unrichtig zurückzuweisen.	
4	So, 8.1.1871, Nr. 8 (PDF: 15)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte u. 2. Spalte u. S. 4, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (8. Sitzung vom 7. Jan.): Thema ist der Etat des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, speziell geht es um eine <b>Entschädigungssumme für den norddeutschen Bund</b> für die Erledigung preußischer Angelegenheiten und eine Summe für die Gesandtschaften von Dresden, Hamburg, Oldenburg und Weimar. V beantragt, die vorjährigen Beschlüsse aufrechtzuerhalten und dass die Ausgaben, durch welche das Geldbewilligungsrecht des preußischen Landtages über die in der Bundesverfassung enthaltenen Bestimmungen hinaus beschränkt wird, künftig nicht mehr in den Etat des Bundes aufgenommen werden.</p> <p>Weiter:</p> <p>V kommentiert leicht ironisch die Worte seines Vorredners <b>Bethusy-Huc</b>. Es sei erfrischend, diesem zu folgen und dessen Ansicht, dass alles, was man sich wünsche, sich in den Worten Bismarcks zu konzentrieren scheine. Zusätzlich wäre ein Elixier für langes Leben schön, um all das vielen nachfolgenden Generationen zu Teil werden zu lassen. Der Vorredner sei der Meinung, dass der Bund darüber zu beschließen habe, welche Summe Preußen zahlen</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 87-95

			<p>solle. Aber so ausgezeichnet der Bundeskanzler auch sein möge, dieses könne man aus seinen Worten nicht herauslesen. Bedauerlicherweise sei dieser auch nicht anwesend, so dass man nur den Status quo beibehalten könne. Weiter kritisiert V das System der Gesandtschaften. Der <b>Krieg</b> sei <b>trotz</b> aller <b>Diplomatie</b> ausgebrochen und auch zum Einheitswerk hätten sie nicht beigetragen. Mit der Bewilligung würde man außerdem einen geheimen Fonds für den Minister schaffen, über dessen Verwendung man nichts mehr erfahren würde. Dass nun die Summe bereits im Etat des norddeutschen Bundes aufgeführt sei, verpflichte rechtlich gar nicht, dafür aber moralisch.</p> <p>Weiter:</p> <p>V halte an dem Ausdruck des geheimen Fonds für die zur Debatte stehende Summe fest. Die preußische Regierung habe die Summe an die Bundeskasse abzuführen und mit der Quittung in der Tasche sei die Sache dann erledigt. Man erfahre nicht, wozu das Geld verbraucht worden sei und im Bund fände auch keine Rechnungslegung statt. Die Kontrolle speziell preußischer Angelegenheiten sei kein ernsthafter Gegenstand für die Tätigkeit des Reichstages und die Verwendung der Summe müsse deshalb der Prüfung des preußischen Landtags unterstehen.</p>	
5	Sa,	1. Beilage,	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 11. Jan.): Kurze	

	14.1.1871, Nr. 14 (PDF: 37)	S. 1, 1. Spalte mittig	Erwähnung, dass V mit der Mehrzahl an Stimmen in die <b>statistische Zentralkommission</b> gewählt sei. Er erhält nur vereinzelt Stimmen bei der Wahl zur <b>Staatsschuldenkommission</b> und wird damit nicht gewählt.	
6	Di, 17.1.1871, Nr. 17 (PDF: 43 u. 44-45)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben u. unten u. 1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (13. Sitzung vom 16. Jan.): Kurzer Hinweis von <b>Parisius</b> , dass dieser im letzten Jahr gemeinsam mit V einen Antrag eingebracht habe, der die Gutsbesitzer davon entbinden würden, den <b>Ent- und Bewässerungsgenossenschaften</b> beitreten zu müssen. Weiter: V verzichtet auf einen Antrag. Nach seiner Ansicht liege eine viel weitergehende Verantwortlichkeit beim Finanzminister. Er warte schon lange auf eine Tätigkeit in dieser Sache und sei bereits sehr resigniert und begnüge sich mit einer Erklärung des Ministers. Weiter: Es wird über den Etat des <i>Kultusministers</i> debattiert. Eine Aussage des Vorredners <b>Windthorst</b> lässt V Partei ergreifen für den Kultusminister. Auch er glaube nicht, dass der Kultusminister allein verantwortlich sei für sein System. Der Ministerpräsident und seine Kollegen seien genauso dafür verantwortlich. <b>Bismarck</b> habe wohl die Macht, den Kultusminister zu entfernen, wenn er dies wolle, aber die Regierung denke nicht daran, mit den <b>Ultra-</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 95-104  <i>Kultusminister</i> v. Mühler v. Thile, <i>Herman</i> : *1812, †1889; deutscher Diplomat und 1. Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1871-1872

		<p><b>montanen</b> zu brechen. Zwei Tatsachen seien hier zu erwähnen: Zum einen berichtet der hiesige italienische Gesandte an seinen Minister über <i>Hr. v. Thile</i>, den Vertreter Bismarcks. Dieser Vertreter habe offen geäußert, man müsse äußerste Rücksicht auf das HdA nehmen und dadurch sei man in Beziehungen zu auswärtigen Mächten eingeschränkt. Wenn man also dem Hause eine solche Macht in diplomatischen Dingen einräume, so dürfe man schon einiges Selbstwertgefühl zu Gute halten. Die andere Tatsache sei, dass der Erzbischof von Gnesen am Hof von Versailles weile. Dies verheißt nichts Gutes. V habe schon vor dem <b>ökumenischen Konzil</b> darauf hingewiesen, wie nahe die Wege des Kultusministers und der katholischen Kirche verlaufen würden. Dieser solle lieber von der <b>Liebäugelei mit dem Klerus</b> Abstand nehmen. Hat derselbe den kleinen Finger, so nähme er bald die ganze Hand. Man wolle dem Volk nicht die Religion rauben, auch wenn es Gegner so darstellen würden. Man soll eher die Entwicklung des Katholizismus beobachten und sehen, wie ein neues Dogma nach dem anderen oktroyiert werde. Man habe gehofft, dass die deutschen Bischöfe in der Opposition bleiben würden gegen diese Vergewaltigungen, aber sie hätten sich gefügt. Wenn der Kultusminister dafür wäre, dass die neuen Dogmen bindend würden, so müsse</p>	
--	--	--	--

		<p>er die Geistlichen und die Lehrer, die sich nicht fügen, absetzen. Er müsste Druck ausüben und das könne man sicher nicht Religionsfreiheit nennen. Man habe den Liberalen den Vorwurf des Kosmopolitismus gemacht, aber dieser Vorwurf gelte eher den Katholiken. Ihre Politik sei es von je her gewesen, bei Bedarf mit den Staatsgewalten gemeinsame Sache zu machen, so lange sie nützlich waren. Konnten sie auf eigenen Füßen stehen, warfen sie die Maske ab. In der jahrhundertealten Geschichte der Jesuiten wurde die Religion zur Irrreligion und zum offenbaren Mord. Nun käme es zur gemeinsamen Sache mit der Regierung, der es aber viel besser gehen würde, wenn sie liberal regieren würde. V wirft dem Auditorium vor, zwar eine Partei des Zentrums zu sein, aber der <b>Mantel der Verfassung</b> sei ein wenig zu kurz und der <b>Klumpfuß</b> käme so doch zum Vorschein. Man sei nicht national sondern ultramontan und der Minister schädige die Interessen der nationalen Politik, wenn er den Bestrebungen Vorschub leiste. Durch die Zeitungen geistere zurzeit eine Notiz, dass der Minister einen der rabiatesten Fanatiker des <b>katholisierenden Protestantismus</b> zur Reform des Schulwesens in das <b>Elsaß</b> geschickt habe. Hier sei doppelte Vorsicht geboten; das Elsaß habe den Protestantismus immer gegen den französischen Katholizismus verteidigt und dieser</p>	
--	--	---	--

			<p>Tatsache verdanke das Elsaß sein verhältnismäßig feinsinniges Schulwesen. Und nun stecke man in dieses Land der aufgeklärten, vorurteilsfreien Köpfe ein solches Kirchenlicht. Man könne dort die Organisation verbessern, aber nicht mit einem Organisator von der allerextremsten rechten Seite des Protestantismus, der mit dem Katholizismus bereits verschmelze. Wenn man diese Verschmelzung bestreite, wie dies auch in England passiere, irre man sich, was den Frommen in dieser Welt oft passiere. Beamtenstellen, die auf die Gestaltung des geistigen Lebens Einfluss hätten, seien ungleich wichtiger und ein Missgriff in der Besetzung sei ungleich folgenschwerer als die Ernennung eines unpassenden Präfekten. Wenn die Regierung seine Worte beachten würde, so sei dies für V schon ein genügender Erfolg.</p>	
7	Di, 17.1.1871, Nr. 17 (Foto)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p>Lokales: Es ist von der SVV eine <b>Deputation zur Vorberatung des Entwurf für den Stadthaushaltsetat 1871</b> gebildet worden. Auch V ist Mitglied.</p>	
8	Do, 19.1.1871, Nr. 19 (PDF: 48)	2. Beilage, S. 7, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (15. Sitzung vom 18. Jan.): Es wird das Resultat der Wahlen zur <b>Adresskommission</b> verkündet. V wird in der Aufzählung genannt.</p>	
9	Do, 19.1.1871, Nr. 19 (PDF: 49)	2. Beilage, S. 8, 2. Spalte oben	<p>Parlamentarische Nachrichten: Kurze Notiz, dass sich die <b>Fortschrittspartei</b> konstituiert habe. V gehört mit zum Vorstand.</p>	
10	Fr,	1. Beilage,	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Jan.): Es wird er-</p>	vgl. Andree, un-



	20.1.1871, Nr. 20 (PDF: 52)	S. 2, 2. Spalte unten	wähnt, dass V mit zur <b>Geldbewilligungs- deputation</b> gewählt worden sei.	veröffentlichtes Material zur SVV
11	Sa, 21.1.1871, Nr. 21 (Foto)	3. Beilage, S. 6, 2. Spalte unten	Anzeige des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Es handelt sich um eine Einladung zur <b>Generalver- sammlung</b> des Vereins. Es werden alle in- teressieren Männer und Frauen eingeladen. Unterzeichnet hat der Vorstand, somit auch V.	
12	Sa, 28.1.1871, Nr. 28 (PDF: 64)	S. 6, 1. Spalte oben u. mittig	<b>SVV</b> (Sitzung 27. Jan.): V nimmt den An- trag wieder auf, den er schon in der Depu- tation gestellt hatte, welcher aber dort ab- gelehnt wurde. Er beantragt für die ersten drei Quartale die <b>Gemeindeeinkommens- steuer[satz]</b> 66 $\frac{2}{3}$ % zu bewilligen. Er verteidigt seinen Antrag. Die etatmäßigen Ausgaben würden fast durchweg auf fest- stehenden Kommunalbeschlüssen beruhen und die Versammlung könne sich dadurch nicht der Pflicht entziehen, einen Etat fest- zustellen, welche für diese Ausgaben die Einnahmen gewähre. Mit Vs Antrag könne man das erreichen, aber man werde sich auch die Möglichkeit offenhalten, die Steuer im vierten Quartal zu erheben, soll- ten unvorhersehbare Ereignisse dies nötig machen. Der Steuerdruck sei deutlich zu fühlen, aber in einem Kriegsjahr wie die- sem dürfe sich die Bürgerschaft nicht dar- über beklagen, wenn ihr als Opfer nichts weiter als diese erhöhte Einkommenssteuer auferlegt würde. Die Versammlung möge	vgl. Andree, un- veröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details

			deshalb ihre Pflicht erfüllen, unbeirrt von den Beschlüssen der verschiedenen Bezirksvereine.	
13	So, 29.1.1871, Nr. 29 (PDF: 68-69)	4. Beilage, S. 5, 2. Spalte f.	Aufruf der <b>Fortschrittspartei</b> : Die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge würden für jede politische Partei eine Grundlage darstellen. Ziel der Fortschrittspartei sei nach wie vor die <b>Freiheit im geeinigten Deutschland</b> . Die Arbeit für dieses Ziel sei zukünftig gemeinsam mit den Süddeutschen zu leisten. Ein großer Gewinn sei jetzt schon mit dem deutschen Reichstag erreicht, hervorgehend aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht des deutschen Volkes. Im Austausch mit den Abgeordneten Süddeutschlands werde die Fortschrittspartei an den bewährten Grundsätzen festhalten. Ein neues Parteiprogramm würde dieser Entwicklung vorgehen, deswegen verzichte man darauf. Dabei stünden die Wahlen zum Reichstag bevor, während die ganze Kraft der Nation in den Krieg gegen Frankreich fließe, um den Frieden zu erringen. Ziel des Krieges müsse die Befreiung vom äußeren Feind sein. Aber auch gegen die inneren Feinde müsse man sich wenden. Hierzu sollten sich alle liberalen Parteien zusammenschließen. Für die Wahl des Reichstags gelte es, alle zu mobilisieren, denn eben dieser erste deutsche Reichstag werde entscheidend für die Zukunft sein. Hier müsse man sichere Mehrheiten schaffen. Es gelte,	

			den konstitutionellen Ausbau der Verfassung, die Freiheit, die Wohlfahrt und die humane Entwicklung der Bürger fest zu begründen. V ist Mitunterzeichner.	
14	So, 29.1.1871, Nr. 29 (PDF: 69)	4. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die <b>Generalversammlung des Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> . V wird als Leiter der <b>Lazarettkommission</b> genannt. Aufgrund seiner Verbindungen sei es gelungen, ausreichend ärztliche Unterstützung zu bekommen.	
15	So, 29.1.1871, Nr. 29 (Foto)	4. Beilage, S. 8, 2. Spalte unten	Abdruck eines Briefes von <b>Dr. Karl Ruß</b> an einen königlich preußischen Garde-Unteroffizier: Der Schreiber hat sich bei anderer Gelegenheit über Verfehlungen bestimmter Unteroffiziere im Feld geäußert, die beim Adressaten wohl nur Vergnügen und Neugierde ausgelöst haben. Nun ist der Schreiber angeklagt, da er der Ehre der königlichen Armee zu nahe getreten sei. Hierzu zitiert Ruß dann V, der über den Schreiber geäußert habe, dass dieser „zu ungeeigneter Zeit unangenehme Eindrücke“ hinterlassen habe.	
16	Di, 31.1.1871, Nr. 31 (PDF: 73)	S. 3, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [30.1.1871] Sitzung des <b>HdA</b> : Dem Haus lag die Frage vor, ob ein Minister im Interesse des Staates die Gesetze verletzen dürfe. Es handle sich um die <b>Indemnität</b> für die Ausgabe einer Summe von 720.000 Talern, welche Herr <b>v. d. Heydt</b> im Jahre 1868 zur Bestreitung von Zinsen für eine Anleihe verbraucht habe, die er neun Mo-	vgl. Andree, Band 33, S. 104-111

			<p>nate früher flüssig gemacht habe, als er durch das Etatgesetz berechtigt gewesen wäre. Die Kommission beantragte Indemnität, die Fortschrittspartei, namentlich erwähnt sind V, Richter und <b>Loewe</b>, bekämpften diesen Antrag, richteten ihren Angriff aber ausschließlich gegen v. d. Heydt, obgleich es unwahrscheinlich gewesen sei, dass er ohne die Zustimmung seiner Kollegen gehandelt habe.</p>	
17	<p>Di, 31.1.1871, Nr. 31 (PDF: 75 u. 76)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (18. Sitzung vom 30. Jan.): Vorab der Hinweis, dass die <b>Budgetkommission</b> trotz lebhaften Widerspruchs von <b>Richter</b> und V dem Hause die Indemnitätserteilung empfehle</p> <p>Weiter: Wenn die Versagung der <b>Indemnität</b> nur die Bedeutung der Fortsetzung eines Streits hätte, so bewiese das nur die konstitutionelle Schwäche des Hauses, so V. Die Frage nach der Nützlichkeit der Verordnung sei von geringer Wichtigkeit, sondern es handle sich um den Schutz vor Wiederholung solcher Vorgänge. Hier könne nur die Entwicklung der Rechte der Staatsschuldenverwaltung und –kommission Abhilfe schaffen. Der vorliegende Fall mahne nicht an das fehlende <b>Ministerversantwortlichkeitsgesetz</b>. Hier gelte, dass der Minister wie jeder andere Beamte zu behandeln sei, der Staatsgelder zu Unrecht ausgegeben habe. Einziger Unterscheidungspunkt sei die Größe des Schadens,</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 104-111</p>

			<p>der beim Minister vorfallen können. Nach Meinung des Volkes sind Staatsschuldenverwaltung und –kommission die <b>Wächter des Staatsvermögens</b>, um den Minister zu kontrollieren und ihn zu hindern, in ungesetzlicher Weise vorzugehen. Diese Wacht existiere nicht und der <b>Staatsschuldenkommission</b> müsse man vorwerfen, sie habe keine ernste Prüfung vorgenommen. In der Kommission habe V beantragt, die Aufgaben der Staatsschuldenkommission stärker zu präzisieren, aber ohne Erfolg. Wenn der gegenwärtige Finanzminister ein anderes Verhalten als sein Vorgänger zeige, so habe er doch in einer anderen Funktion an jener Anleihe mitgewirkt und sei somit nicht von der Streitfrage zu trennen. Wolle er dem Landtag Entgegenkommen beweisen, so hätte er bekennen müssen, dass die bisherige Auffassung der Staatsschuldenkommission zu eng sei und den Intentionen des Gesetzes von 1850 nicht entspreche.</p>	
18	Do, 9.2.1871, Nr. 40 (PDF: 15)	S. 6, 1. Spalte oben	Bericht über die Tagung der <b>Budgetkommission</b> : Nur kurze Erwähnung, dass von V und einzelnen Mitgliedern eine große Zahl an Beschwerden eingegangen sei.	
19	Fr, 10.2.1871, Nr. 41 (PDF: 17)	S. 4, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (25. Sitzung vom 9. Feb.): Thema ist die <b>Vergütung von gerichtsärztlichen, medizinal- oder sanitàspolizeilichen Geschäften der Medizinalbeamten</b> . V nimmt Bezug auf den Vorredner, der unterstellt, dass die <b>Fuhrkostenentschädi-</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 111-114 s. a. 14.2.1872

		<p><b>gung</b> mal zu niedrig, mal zu hoch sei und für gewöhnlich nur von den Beamten in die Tasche gesteckt werde. Dieses Argument würde höchstens beweisen, dass man die Vergütung richtiger normieren müsse. In keiner Weise könne man Medizinalbeamte mit anderen unbesoldeten Staatsbeamten vergleichen. Niemand träte in den Staatsdienst ein, um unbesoldet zu bleiben, sondern hoffe, zu einem immer höheren Gehalt zu gelangen. Ihm sei kein Fall bekannt, wo ein mit Glücksgütern gesegneter Beamter auf sein Gehalt verzichtet habe. Die Medizinalbeamten hätten fast keine Aufstiegsmöglichkeiten und der Staat gebe ihnen ein Gehalt, welches zeige, dass er ihre Leistungen wie eine Gefälligkeit in Anspruch nehme. So müsse man doch mindestens die Auslagen erstatten. Für die Wege, gerade in einer großen Stadt wie Berlin, müsse man eine Kostenerstattung verlangen. Auch in kleineren Städten mit schlechten Wegen und bei älteren Beamten und ungünstiger Witterung könne man nicht verlangen, dass die Beamten zu Fuß gingen. Dass die veranschlagen 15 Sgr. zu viel seien, könnten also nur wenige meinen. Dass sie zu wenig seien, bräuchte den Regierungskommissar nicht zu sorgen, die meisten Medizinalbeamten seien so gestellt, dass ihnen auch Weniges nicht gleichgültig sei. V weist auf die Medizinalbeamten hin, die bei der Sittenpolizei</p>	
--	--	--	--

			beschäftigt seien. Diese bekämen ihre Gebühren direkt von den Untersuchten, gewissermaßen im Rahmen einer Geldstrafe. Diese Selbsteinforderung würde nicht der <b>Würde eines Arztes</b> entsprechen. Es bestände die Notwendigkeit, dass der Staat oder die Gemeinde diese Untersuchungskosten tragen.	
20	Sa, 11.2.1871, Nr. 42 (PDF: 23)	S. 8, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die <b>Budgetkommission</b> . Es wurde über die <b>Etatüberschreitungen</b> von 1869 diskutiert. V wies darauf hin, dass es früher nie solche Vorkommnisse gegeben habe. Er stelle fest, dass die Finanzoperationen, teils nach der Verfassung unberechtigt, teils ungeeignet wären. Er erwarte, dass künftig ähnliche Operationen, ohne vorherige Genehmigung der Landesvertretung, nicht wieder vorgenommen werden. Ausnahmen sollten dazu führen, dass die Regierung auf eigene Verantwortung handle und dass sofort oder in der nächsten Session des Landtages die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung eingeholt werde.	
21	So, 12.2.1871, Nr. 43 (PDF: 25)	S. 3, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [11.2.1871] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurde die Diskussion über das <b>Armengesetz</b> beendet und 50 Mio. <b>Vorschuss zur Kriegsführung</b> an <b>Bismarck</b> bewilligt. V habe vorgeschlagen, dem Kaiser stattdessen das Geld anzuvertrauen, zog aber seinen Antrag zurück nachdem der Finanz <b>minister</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 114-119

			die <b>Verantwortlichkeit</b> für die gesetzmäßige Verwendung des Geldes übernommen hatte.	
22	So, 12.2.1871, Nr. 43 (PDF: 27)	S. 6, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 13. Feb.): Es wird aus der <b>Budgetkommission</b> über den 50 Mio. <b>Vorschuss zur Kriegsführung an Bismarck</b> diskutiert. V beantragt, das Wort „dem Bundeskanzler“ durch „dem deutschen Kaiser“ zu ersetzen. Er halte diesen Ausdruck für korrekter und vorsichtiger, denn wenn von der <b>papierenen Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers</b> überhaupt die Rede sein dürfe, so könne dies nur für den Reichstag gelten, nicht für den preußischen Landtag. Er würde alle Mittel bewilligen, um den Krieg siegreich zu Ende zu führen und zu einem Friedensschluss zu kommen, der der permanenten <b>Kriegsrüstung ein Ende</b> mache. Die Staaten Europas dürften nicht mehr gegeneinander stehen. Die Gesinnung zu Gunsten eines friedlichen Verhältnisses der Staaten zueinander sei in den Völkern so mächtig gewachsen, dass die Erreichung dieses Zieles wohl ins Auge gefasst werden dürfe in dem Augenblick, wo die Mittel zur gründlichen Beendigung des Krieges mit voller Überzeugung bewilligt würden. V zieht später seinen Antrag zurück, um nicht auch nur den Anschein einer Meinungsverschiedenheit in der Sache selbst aufkommen zu lassen. Er warne nur vor einem <b>Mangel an Präzision, der durch die Aushändigung</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 114-119



			<b>preußischer Geldmittel an den Bund</b> entstünden.	
23	Mi, 15.2.1871, Nr. 45 (PDF: 29)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [14.2.1871] Sitzung des <b>HdA</b> : Auf der Tagesordnung steht der Antrag zur <b>Aufhebung des Kriegszustandes</b> , um die Wahlfreiheit zu sichern. V beantragt den Zusatz, dass die Bestimmungen des Gesetzes über die persönliche <b>Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber</b> streng eingehalten werden.	vgl. Andree, Band 33, S. 120-130
24	Mi, 15.2.1871, Nr. 45 (PDF: 31)	S. 5, 1. Spalte oben u. 2. Spalte oben u. S. 7, 2. Spalte	<b>HdA</b> (29. Sitzung vom 14. Feb.): Da die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag bereits ausgeschrieben seien, wird beantragt, den Kriegszustand aufzuheben zum <b>Schutz der Wahlfreiheit</b> . V stellt den Antrag, dass die Bestimmung des Gesetzes über die persönliche Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber streng durchgeführt werde.  Weiter:  Vs Amendement habe lediglich den Zweck, auf eine <b>Unterlassungssünde der Regierung</b> hinzuweisen. Es sei in dem Gesetz nichts über die Aufhebung des Belagerungszustandes gesagt. Formell könne die Regierung diesen also endlos weiter bestehen lassen. Ebenso ließen die Artikel in der Verfassung eine große Anzahl an Fragen offen, besonders über die Verantwortlichkeiten. Darum habe die Regierung die Veranlassung gehabt, in dieser Frage Position zu beziehen. Man könne sich deshalb	vgl. Andree, Band 33, S. 120-130

		<p>nur darüber wundern, dass der Justizminister nicht anwesend sei. Auch der Abg. <b>Windthorst</b> habe im Reichstag versprochen, gut gerüstet in den preußischen Landtag zu kommen, aber jetzt ziehe es dieser vor, in kühler Haltung zu verharren. V bitte ihn aber, die Sache mit seiner Stimme zu unterstützen. Auf die Klagen im Reichstag habe man nur die <b>Delbrücksche</b> Erklärung erhalten, über die sich der Reichstag ausgeschwiegen habe, ebenso wie es das Herrenhaus gegenüber den <b>v. d. Heydtschen Finanzoperationen</b> tat. Grund dafür sei vielleicht die Angst gewesen, für einen Mangel an Patriotismus gescholten zu werden. Nun habe damals Herr <b>Delbrück</b> gesagt, so V, dass der Bundeskanzler dem Bund für die Handlungen, welche der Kriegsminister als Ressortchef, nicht aber für die, welche er als General ausführe, verantwortlich sei. Konsequenterweise müsse doch aber jeder Militärbefehlshaber, der sein Kompetenzen überschreite, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Da es sich damit um den Schutz preußischer Staatsbürger vor militärischer Vergewaltigung handle, hätte der Justizminister als Anwalt aller Preußen beim König vorsprechen müssen. Auch den Bundeskanzler hätte er erinnern sollen, dass diesem das vaterländische Recht ganz abhandengekommen scheine. Auch habe General Vogel <b>von Falckenstein</b> seine</p>	
--	--	---	--

		<p>Rechte als preußischer Staatsbürger verletzt und V bezweifele, ob sich dies durch die patriotischen Gefühle des Generals decken lasse. Er halte es nicht nur für ungerechtfertigt, sondern auch für <b>unpatriotisch</b>, die <b>Männer, die sich gegen eine Annexion Elsaß und Lothringens ausgesprochen, ins Gefängnis</b> werfen zu lassen. Einer dieser Männer sei aufgrund der Behandlung verstorben und dieser Tatsache dürfe man sich nicht neutral gegenüber verhalten. Man müsse sich damit beschäftigen, wie das Recht der Staatsbürger vor Vergewaltigung geschützt werden könne. Die Herren <b>Jacoby</b> und <b>Herbig</b> seien festgenommen worden, weil sie in einer öffentlichen Versammlung gegen v. Falckensteins Ansichten gesprochen hätten. V selbst sympathisiere nicht mit diesen Ansichten, aber man könne sehr wohl über die Annexion streiten. Es könne also leicht zu einer Wiederholung solcher Vorgänge kommen. Es würde eine sonderbare Illustration des preußischen Verfassungslebens sein, wenn die <b>Freiheit, die in Frankreich inmitten des Krieges</b> möglich sei, in Preußen mitten im Frieden unmöglich wäre. Was auch immer der Reichstag für ein Signal abgebe, Europa auf ihn als Stimme der deutschen Nation hinzuweisen, diese Vorgänge würden sicher keinen positiven Einfluss haben.</p> <p>Weiter:</p>	
--	--	--	--

			Der Antrag wird angenommen, einschließlich von Vs Zusatzes.	
25	Fr, 17.2.1871, Nr. 47 (PDF: 37 u. 38)	S. 3, 2. Spalte unten u. S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 16. Feb.): Es beginnt mit einem Bericht der <b>Budgetkommission</b> über die außeretatmäßigen Ausgaben des Jahres 1869, V verzichtet aber zunächst auf das Wort.  Weiter: V beschränkt sich darauf, auf die verkümmerte Rolle der Berichte über die <b>Etatüberschreitungen</b> im Hause hinzuweisen. Die Budgetkommission werde zukünftig sowohl das alte als auch das neue Budget zusammen und gegeneinander gestellt betrachten.	vgl. Andree, Band 33, S. 130-132
26	Fr, 17.2.1871, Nr. 47 (PDF: 39)	S. 5, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über das Festmahl der <b>Fortschrittspartei</b> . V gedachte des alten Freundes <b>Grabow</b> , der krank sei. Er beantrage, einen warmen <b>Gruß</b> in dieser kalten Winterzeit an jenen zu senden, was mit einem <b>Telegramm</b> sofort zur Ausführung kam.	
27	Fr, 17.2.1871, Nr. 47 (PDF: 41)	S. 7, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Feb.): Thema ist die Höhe des <b>Gemeindeeinkommensteuersatzes</b> . V beantragt, für die ersten beiden Quartale 33 $\frac{1}{3}$ % und für die letzten beiden 66 $\frac{2}{3}$ % zu erheben. Später zieht er seinen Antrag wieder zurück.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
28	Do, 2.3.1871, Nr. 58 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 1. März): Thema ist der <b>Stadthaushaltsetat</b> für 1871. V hält den Magistratsantrag wegen der schwebenden Schuld für bedenklich, da man in diesem Jahr schon über die	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details

			<p>Einnahmen des nächsten Jahres disponieren solle. Die Versammlung könne den Magistrat nicht zwingen, 10000 Mehreinnahme an <b>Haus- und Mietssteuer</b> in den Etat einzubringen, da der betreffende Spezialetat durch Kommunalbeschluss festgestellt worden sei. Um die Balance des Etats wieder herzustellen, könne man nur die Ausgabenpositionen kürzen. V schlägt vor, in Anbetracht der Friedensaussichten die bereits genehmigten Ausgaben für den Krieg von 500.000 auf 350.000 zu senken. Eine <b>Erhöhung der Einkommensteuer</b> halte er jetzt nicht mehr für <b>zulässig</b>. Für die bevorstehenden Feierlichkeiten gelte, dass man zwar würdig vertreten sein müsse, aber <b>nicht Berlin</b> sei der <b>Gastgeber</b>, <b>sondern das neue deutsche Reich</b>.</p>	
29	Do, 2.3.1871, Nr. 58 (Foto)	5. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige, dass in der Schellingstraße 10 ein zuverlässiges [ <b>Haus</b> ] <b>Mädchen</b> gesucht wird. Es ist nicht von V unterschrieben, aber seine Adresse ist genannt.	
30	Sa, 4.3.1871, Nr. 60 (Foto)	3. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Anzeige der <b>Lazarettkommission</b> des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Das Vereinslazarett in der <b>Ulanen-Kaserne</b> ist aufgelöst und es werden diejenigen gebeten sich zu melden, die noch Forderungen haben. V hat als Vorsitzender der Kommission unterschrieben.	
31	Fr, 10.3.1871, Nr. 65	2. Beilage, S. 6, 1. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. März.): Thema ist die Vorlage des Magistrats, <b>Bismarck</b> und <b>Moltke</b> das <b>Ehrenbürgerrecht</b> zu verleihen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur

	(PDF: 20)	oben u. mittig	hen. V hält es nicht für sinnvoll, eine gemischte Deputation mit der Beratung zu beauftragen, wenn die Versammlung selbst sich erst schlüssig werden müsse. Die abzuordnenden Mitglieder sollten auch einige Informationen über die Intention der Versammlung haben.	SVV
32	Mi, 22.3.1871 (Foto)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die <b>Versammlung</b> der Vertrauensmänner sämtlicher Stadtbezirke im <b>2. Berliner Reichstagswahlbezirk</b> zur Nachwahl von Kandidaten für die Reichstagswahl. Auch V wird als <b>Kandidat</b> aufgestellt.	
33	So, 26.3.1871, Nr. 79 (Foto)	4. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Versammlung der Wähler des 2. Berliner Reichstagswahlbezirkes. V lehnt seine Wahl ab. Dazu ist ein Schreiben von ihm abgedruckt. Aus Zeitmangel und Resignation wolle er kein Reichstagsmandat übernehmen. [ <b>Ablehnung der Reichstagskandidatur</b> ].	
34	Fr, 14.4.1871, Nr. 93 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. April): Kurzer Hinweis, dass von V Druckexemplare eines <b>Vortrages über die Baracken</b> zu Verteilung kamen.	nichts bei Andree
35	So, 16.4.1871, Nr. 95 (PDF: 22)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	10. Sitzungsbericht der <b>BAG</b> : V als Vorsitzender übergibt einen Brief von <b>Dr. Hans Hildebrandt</b> mit der Abbildung einer <b>Gesichtsurne</b> aus Zypern, die sich im Antikenkabinett zu Wien befinde. Weiter spricht er über einen durch <b>Dr. L. Meyn</b> zur Uetersen-Sägemühle in Holstein eingesandten Bericht über wahrscheinliche <b>Pfahlbauten am Kuden-See</b> . Außer Pfäh-	<i>Gräberfeld aus römischer Zeit in Ostpreußen</i> : VBAG 3, S. 4-12, 13  <i>As</i> : Gewicht und Münze im alten Rom

			<p>len und allerlei Gerät fand man eine große Zahl von Skeletten, in der Mehrzahl stehend. Dann übergibt V einen Brief nebst Abbildung von <b>Dr. Fischer</b>. Abgebildet ist ein Knochengerät, das bei Georgenhof nach Abräumung der Torf- und Kalkschicht gefunden worden sei. V erinnert dabei an ein ähnliches Gerät aus einer analogen Fundstelle, dass von Herrn <b>Lisch</b> mit einem von <b>Nilsson</b> abgebildeten und als Pfeilspitze oder Harpune gedeuteten Werkzeug verglichen wurde. Danach spricht V über ein <i>Gräberfeld aus römischer Zeit in Ostpreußen</i>. Unter den in den Uren gefundenen Gegenständen verdiene besonders Erwähnung eine silberne Münze und ein <b>Bronze-As</b>, beide mit dem Bildnis der Faustina, ferner zwei Silbermünzen des Constantinus und eine mit Silber ausgelegte Fibula, deren Material sich in seiner Zusammensetzung den bekannten römischen Funden annähere und mehr Blei und Zink enthalte, also als Messing bezeichnet werden müsse. Aufgrund der Größe des Gräberfeldes könne man davon ausgehen, dass dieser Ort nicht nur kurz besucht, sondern dauerhaft bewohnt gewesen sei.</p>	
36	Fr, 21.4.1871, Nr. 99 (PDF: 29)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 20. April): Thema ist die Vorlage des Magistrats zur <b>Vertretung der vakanten Stadtbauratsstelle</b>. V stellt den Antrag, die Magistratsvorlage abzulehnen, da die Versammlung Kenntnis bekommen habe, dass der Magistrat dem</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			Stadtbauinspektor die Vertretung übertragen wolle. Man müsse aber darauf bestehen, dass dem Magistratskollegium die volle Verantwortlichkeit für diesen Zweig der Verwaltung verbleibe.	
37	Fr, 28.4.1871, Nr. 105 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: In <b>Dresden</b> haben die <i>Mitglieder der Kaiserlich Leopoldinisch-Carolinischen Akademie der Naturforscher</i> zur Revision der Statuten eine Kommission gewählt und ihre Sitzungen begonnen. V ist Mitglied.	Deutsche Mitglieder der Leopoldinisch-Carolinischen Akademie. Dresden; S. 4
38	Fr, 5.5.1871, Nr. 110 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Mai): Thema ist die <b>Verwendung der Reste der Baracken</b> . Der Deputationsantrag lautet, sämtliche bis auf zwei Baracken abzubrechen und auf dem städtischen Steindepotplatz wieder aufzurichten, um <b>Pockenranke aufzunehmen</b> . V befürwortet den Antrag. Man dürfe nicht die blinde Furcht der Bevölkerung noch mehr unterstützen.	nichts bei Andree
39	Di, 9.5.1871, Nr. 113 (PDF: 13)	5. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeige über die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und Fr. v. <b>Holtzendorff</b> . Es handelt sich um die Hefte 121-144 der 6. Serie, Jg. 1871. Besonders erwähnt ist Vs <b>Vortrag über das Rückenmark</b> in Heft 120.	
40	Mi, 10.5.1871, Nr. 114 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 6, 1. Spalte mittig	Bericht über eine <b>Zusammenkunft der Maschinenbauer</b> zum Thema <b>Kommunal-Einkommenssteuer und Verdienst</b> : V ist zusammen mit <b>Max Hirsch</b> als Redner eingeladen. V beginnt damit, dass der preußische Finanzminister gerade eine Steuerreform für Berlin vorgesehen habe, nämlich die <b>Aufhebung der Mahl- und</b>	Hirsch, Max: *1832, †1905; Mitglied der Fortschrittspartei; Mitbegründer der Gewerksvereine und der Humboldt-



		<p><b>Schlachtsteuer.</b> Vor dem versammelten Kreis von Arbeitern, die sich fast ständig mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, brauche er nicht näher auf die Vorteile einer solchen Reform einzugehen. Er hoffe, die Aufhebung dieser Steuer werde hier auf keine Opposition stoßen. Man müsse sich aber auf die Diskussion dieser wichtigen Frage vorbereiten, denn mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer kämen auch die Einkommen unter 300 Thlr. zur Besteuerung, während er der Meinung sei, beim Bestehenbleiben der Konsumsteuer könnten die Einkommen bis zu 400 Thlr. steuerfrei bleiben. Prinzipiell sei er aber für die Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer, denn die notwendigen Lebensmittel dürften nicht durch Steuermaßregeln verteuert werden. Beim Wunsch nach Steuererleichterung solle man bedenken, dass mit der Befreiung der Einkommenssteuer auch das kommunale Wahlrecht verloren gehe. Leider sei heute schon zu beklagen, dass die <b>Arbeiterklasse sich so wenig an den Wahlen beteilige</b> und hinterher über den Mangel an Einfluss klage, den sie vorher nicht nutzte. V empfahl schließlich die Einsetzung einer ständigen Kommission zur Begutachtung derjenigen Gesichtspunkte, die für die bevorstehende Steuerreform zu empfehlen seien. Nach einer Frage, ob die Stadtbehörden berechtigt seien, Steuereinkünfte zu ande-</p>	Akademie
--	--	--	----------

			<p>ren als zu kommunalen Zwecken zu verwenden, spricht V noch einmal:</p> <p>Der Begriff „kommunaler Zweck“ sei sehr dehnbar. Als die Stadtverordneten sich gegen die <b>Eulenburgsche Pressordonanz</b> auflehnten, nannte man das einen kommunalen Zweck, weil keine preußische Stadt so viel Zeitungen produziere wie Berlin. Warum solle man die Begrüßung des Reichstages also nicht auch einen kommunalen Zweck nennen, da keine deutsche Stadt so große materielle Vorteile von dem Reichstage habe wie Berlin? Übrigens sei das Rathausfest nicht gar so schlimm. Es habe nicht allzu viel gekostet und nach außen hin einen guten Eindruck gemacht. Dass überhaupt solche Feste gegeben würden, liege an der Einrichtung der Festsäle des Rathauses, die trotz der Opposition der Stadtverordneten nun einmal da seien, also auch benutzt werden sollten. Wünsche man nicht, dass die Pariser Rathausfeste hier Mode werden, so müsse man bei den Wahlen hübsch <b>Schildwache stehen</b>.</p>	
41	Di, 23.5.1871, Nr. 124 (PDF: 35)	3. Beilage S. 3, 2. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass der <b>SVV</b> ein Antrag Vs vorliegt. Bei dem jetzt vorgelegten Gesetz zur <b>Versorgung von Militärpersonen</b> solle die Verpflichtung der Gemeinden aufgehoben werden, Militär-anwärter für bestimmte Stellen anstellen zu müssen. Es dürfte sich empfehlen, hierfür eine gemischte Deputation aufzustellen.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
42	Di,	3. Beilage,	Anzeige: Aufgrund der <b>Auflösung des</b>	

	23.5.1871, Nr. 124 (PDF: 36)	S. 6, 1. Spalte mittig	<b>Barackenlazarettes</b> werden diejenigen aufgefordert, die noch Forderungen an dasselbe haben, diese bis Ende der Woche [26.5.1871] einzureichen. Von V im Namen des <b>Berliner Hilfsvereins der deutschen Armeen im Felde</b> unterschrieben.	
43	Fr, 26.5.1871, Nr. 127 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. Mai): Kurzer Hinweis, dass Vs Antrag über die <b>Aufhebung der Anstellungsverpflichtung</b> der Gemeinden genehmigt wurde	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
44	Do, 1.6.1871, Nr. 131 (PDF: 2)	2. Beilage, S. 5, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die <b>Schließung des Barackenlazarettes des Berliner Hilfsvereins</b> . Zur abschließenden Versammlung der im Lazarett tätigen Damen und Herren spielte des Musikcorps der Feuerwehr und V, als Vorsitzender der Lazarettkommission, hielt eine Ansprache. Er erinnerte kurz an die Geschichte des Lazarettes und <b>dankte dann den Damen</b> für ihre Hilfe, ohne die es unmöglich gewesen wäre, dies alles zu einem guten Ende zu führen.	
45	Fr, 2.6.1871, Nr. 132 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Juni): Thema ist der Antrag des Magistrats zur Errichtung <b>höherer Lehranstalten</b> . V schließt sich einem Antrag an, dass nur dann auf Kosten der Stadt höhere Lehranstalten bewilligt würden, wenn sie konfessionslos seien. Er fügt einen Unterantrag hinzu, statt „konfessionslos“ <b>„ohne konfessionellen Charakter“</b> einzufügen. Vs Antrag wurde abgelehnt.	nichts bei Andree
46	So, 4.6.1871,	4. Beilage, S. 7,	Lokales: Bericht über die Abschlussfeier zur <b>Auflösung des Barackenlazarettes</b>	

	<p>Nr. 134 (PDF: 11-12)</p>	<p>2. Spalte mittig f.</p>	<p>des <b>Berliner Hilfsvereins</b>. V spricht zur Begrüßung. Der Berliner Hilfsverein habe die Versammelten an seinem Entstehungsort zusammenberufen. Mit eigenen Händen seien die Anwesenden am patriotischen Werk beteiligt gewesen. Der Verein könne sich rühmen, sparsam mit seinen Mitteln gewesen zu sein, ohne zu knausern. Es seien noch Mittel übrig und man hätte noch länger tätig sein können, wenn es nötig gewesen wäre. Es habe zwar zwischendurch eine schwierige Zeit gegeben, aber mittlerweile habe man großzügig die verwundeten versorgen können. Es habe genügend Fleisch, Wein, Bier und Sodawasser zur Verfügung gestanden.</p> <p>Der Berliner Hilfsverein war der einzige Verein, der die Bedeutung der freiwilligen Hilfe im Krieg in ihrer ganzen Schwere und Bedeutung aufgefasst und sich der Aufgabe auch gewidmet habe. Er habe die vielen Aufgaben der Hilfeleistung in ihrer vollen Ausdehnung durchgeführt und die Sache bürgerlich angefasst: er schloss in gleicher Weise <b>religiöse</b>, wie <b>bürokratische Elemente aus</b>. Die Freiheit des Einzelnen wurde möglichst wenig beschränkt und geleistet wurde dies mit einer Gesamteinnahme von 370.000 Thlr. Die freie, bürgerliche Tätigkeit habe gezeigt, dass sie wirtschaftlicher und umsichtiger arbeite als irgendeine andere Organisation, sei sie kirchlichen oder ritterlichen Ursprungs.</p>	
--	---------------------------------	--------------------------------	--	--

			Auch die <b>gemeinsame Arbeit von Frauen aller Stände</b> sei hervorzuheben. Trotz allen Erfolges sei zu hoffen, so V, dass lange kein neuer Krieg geführt werde. Ob der Verein nun geschlossen werde, sei noch nicht geklärt.	
47	Fr, 9.6.1871, Nr. 138 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht über die namentliche Abstimmung in der <b>SVV</b> zum Thema Errichtung <b>höherer Lehranstalten ohne konfessionellen Charakter</b> . V stimmt dafür, aber der Antrag wird abgelehnt.	nichts bei Andree
48	Fr, 23.6.1871, Nr. 150 (PDF: 40)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. Juni): Es wird kurz erwähnt, dass V der Versammlung mehrere Exemplare der von <b>Prof. Bock</b> verfassten Schrift „Ueber die Pflege und Erhaltung der leiblichen und geistigen Gesundheit der Schulkinder“ ausgehändigt habe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber nichts zu diesem Thema  <i>Bock, Carl Ernst</i> : *1809, †1874; deutscher Anatom, Professor an der Universität Leipzig
49	Fr, 23.6.1871, Nr. 150 (PDF: 43)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	11. Sitzungsbericht der <b>BAG</b> : V erstattet zunächst Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Es habe trotz des Kriegsjahres einen Aufschwung gegeben. Dann wird der Vorstand in gleicher Zusammensetzung erneut gewählt. Weiter hält V einen Vortrag über geglättete <b>Knochen für das Weben und Schlittschuhlaufen</b> . Bei Ausgra-	<i>Geglättete Knochen zum Gebrauch beim Schlittschuhlaufen und Weben</i> : VBAG 3, S. 19-21 <i>Über den Ge-</i>

			<p>bungen in der <b>Mark</b> und in <b>Pommern</b> habe man geglättete Schienbeine und Fußwurzelknochen von Pferd und Rind gefunden. Durchbohrte Knochenteile seien wohl zum Eislaufen verwendet worden, dies decke sich auch mit der Deutung holländischer Forscher. Noch vor 50 Jahren seien Knochen dieser Art auf Island im Gebrauch gewesen. Man dürfe aber nicht übersehen, dass ebensolche Knochen noch <i>jetzt in Litauen und Masuren von Webern</i> gebraucht würden, um das Gewebe zu glätten.</p>	<p><i>brauch von Schlittknochen in neuester Zeit:</i> VBAG 3, S. 104 <i>Über den heutigen Gebrauch von Schlittknochen in Schlesien:</i> VBAG 4, S. 42</p>
50	<p>Mi, 28.6.1871, Nr. 154 (PDF: 48)</p>	<p>2. Beilage, S. 6, 2. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Abgedruckter Antrag an die <b>SVV</b>. Die Unterzeichnenden empfehlen der SVV zur Annahme folgenden Antrag: die SVV ersucht den Magistrat, zur Ausführung der städtischen Neubauten (mit Ausnahme der Kirchen-, Straßen- und Wasserbauten) zukünftig das <b>Konkurrenz- und General-Enterprise-Verfahren</b> einzuführen, und zwar in der Weise, dass für jeden Neubau eine angemessene Anzahl hiesiger Bau-Techniker, die sich bewährt haben, aufgefordert werden, auf Grund eines von der Bau-Deputation aufzustellenden Programms „Bauzeichnungen“ anzufertigen und, unter Beifügung einer speziellen Beschreibung der auszuführenden Arbeiten, die Summe anzugeben, für die sie den Bau unter der Kontrolle der städtischen Bau-Verwaltung in General-Enterprise ausführen wollen. Die städtischen Behörden wäh-</p>	<p>nichts bei Andree</p>

		<p>len zur Begutachtung der angefertigten Entwürfe für jedes Jahr eine Kommission von 3 hiesigen Bautechnikern, die außerhalb der städtischen Verwaltung stehen und somit unabhängig sein sollten. Diejenigen Konkurrenten, deren Projekt nicht zur Ausführung gelangt, erhalten für ihre Arbeiten kein Honorar, sondern eine Entschädigungssumme. Grund für diesen Antrag sind die vielen Klagen über den enormen Zeitaufwand den die städtische Bauverwaltung zur Anfertigung von Skizzen, Bauzeichnungen und Kostenanschlägen für die jährlich neu zu erbauenden Schulen habe. Durch solche Verzögerungen, die durch die jetzige Organisation der Bauverwaltung herbeigeführt werde, würden die Interessen der Stadt geschädigt. Dies beweisen mehrere seit Jahren angekaufte und der Verwaltung zur Verfügung gestellte Grundstücke zum Bau neuer Schulen, für welche die Zeichnungen noch bearbeitet werden. In der Regel werden 4 bis 6 Monate nach dem Kauf eines Grundstücks die ersten Skizzen zum Bau der Gebäude der SVV vorgelegt, nach deren Genehmigung vergehen eben so viel und oft mehr Monate, bevor die eigentlichen Bauzeichnungen und Kostenvoranschläge vollendet werden. Finden die Skizzen oder auch die Bauzeichnungen nicht die Genehmigung der einzelnen Verwaltungs-Deputationen oder der SVV, dann können Jahre verge-</p>	
--	--	---	--

		<p>hen, bevor die Bauten nach dem Ankauf des Grundstücks in Angriff genommen werden. Zur Beseitigung dieser und anderer Mängel habe die SVV beschlossen, eine Reorganisation der Bauverwaltung herbeizuführen und die Wahl eines zweiten Stadtbaurats, so wie die definitive Anstellung der Bauinspektoren bis dahin auszusetzen. Die Unterzeichnenden halten es unter den jetzigen Umständen im Interesse der Kommune für sinnvoll, schon jetzt und während des Provisoriums, auf Einführung eines anderen, schnelleren Verfahrens bei der Bearbeitung der Bauprojekte und bei städtischen Neubauten, besonders aber bei Schulen, hinzuarbeiten. Oberster Grundsatz sei, dass die städtische Verwaltung die Bauten als Bauherr nicht selbst ausführt, sondern unter ihrer speziellen Kontrolle durch andere in General-Entreprise ausführen lässt. Hierzu bieten aber nur solche Bautechniker eine Garantie, die sich durch solide Bauausführungen bereits bewährt haben und für größere Unternehmungen geeignet sind. Experimente mit nicht genügend bekannten oder unerfahrenen Technikern darf die Stadt nicht anstellen, da diese Art der Ausführung nur dahin führen musste, die General-Entreprise in Misskredit zu bringen. In erster Linie bedingt das Verfahren eine genügend bekannte Solidität und Sicherheit des Unternehmers und eine scharfe Kontrolle der</p>	
--	--	---	--



			<p>Ausführung durch die Verwaltung. Hierdurch allein werde aber der Zweck nicht erreicht, wenn man das Ganze an den Billigsten vergabe: ein solches Verfahren ist nur eine Ausführung auf Generalrechnung, und deshalb nicht zu empfehlen, weil der Unternehmer hierbei für die ihm vorgeschriebenen Konstruktionen, für Fehler in den Anschlägen und für Einhaltung der Anschlagssummen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Bei einem solchen Verfahren trägt die Verantwortlichkeit zum größten Teil der Bauherr, hier also die Bau-Verwaltung. Bei einer Bauausführung in wirklicher General-Entreprise muss der Unternehmer sein Projekt selbst anfertigen, die Kosten dafür selbst berechnen und die Ausführung für eine bestimmte Summe unter alleiniger Verantwortlichkeit übernehmen. Die Konkurrenz unter den Technikern bildet den Regulator für die Forderungen, und ihre bürgerliche Stellung und ihr geschäftlicher Ruf müssen, neben der Kontrolle durch die Verwaltung, die Gewähr für die solide Ausführung ihrer Werke bieten. Eine Begutachtung der Pläne durch Sachverständige, die außerhalb der städtischen Verwaltung stehen, ist aber hierbei notwendig, um jeden Vorwand der Parteilichkeit zu beseitigen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
51	So, 2.7.1871,	S. 4, 2. Spalte	Erwähnung von Vs <b>Gutachten über die die Gesundheit benachteiligenden Ein-</b>	

	Nr. 158 (PDF: 3)	oben	<b>flüsse der Schulen.</b> Der Unterrichtsminister habe geäußert, dass Mängel vorhanden seien.	
52	Fr, 11.8.1871, Nr. 192 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Aug.): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
53	Sa, 12.8.1871, Nr. 193 (PDF: 16)	1. Beilage, S. 5, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über die amtliche Versammlung <b>zur Beratung über die Maßregeln gegen die Cholera</b> vom 7. Aug. V gehört zu dieser <b>Kommission</b> .	
54	Fr, 18.8.1871, Nr. 198 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 6, 2. Spalte	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der Vorstand der <b>DAG</b> , namentlich V und <b>Semper</b> , die <b>erste ordentliche Generalversammlung</b> im September nach <b>Schwerin</b> einberufen.	<i>Semper, Karl Gottfried, Dr.:</i> *1832, †1893, Naturforscher, Zoologe und Forschungsreisender; Neffe des Architekten Gottfried Semper
55	Di, 21.8.1871, Nr. 201 (PDF: 30)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht, dass die <b>DAG</b> in <b>Schwerin</b> ihre <b>Generalversammlung</b> abhalten werde, unter dem Vorsitz von V, <b>Dr. Ecker, Dr. Schaaffhausen</b> und <b>Dr. Semper</b> .	<i>Ecker, Alexander, Dr.:</i> *1816, †1887; Professor der Anatomie in Freiburg/Breisgau <i>Schaaffhausen, Hermann, Prof. Dr.:</i> *1816, †1893; Anthropologe, Mitbegründer der Ge-

				sellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte, 1889 Ehrenmitglied; Forschung über den Neandertaler
56	Fr, 25.8.1871, Nr. 204 (PDF: 34)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 24. August): V hat der Versammlung zwei Nummern eines Berliner Blattes mit dem Antrag überreicht, die darin ausgesprochenen Beschwerden gegen das hiesige <b>Pockenlazarett</b> an den Magistrat weiterzureichen. Dem Antrag wurde stattgegeben.	nichts bei Andree
57	Fr, 25.8.1871, Nr. 204 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Vermischtes: Kurzer Hinweis, dass sich V zurzeit im Seebad <b>Misdroy</b> befinde. Er habe bei seinen antiquarischen Forschungen auf der Insel <b>Wollin</b> kürzlich am <b>Bietziger See</b> zwei alte <b>Pfahlbautensiedlungen</b> entdeckt, die demselben Alter anzugehören scheinen wie die Pfahlbauten von Daber, Neustettin und Lübtow.	<i>Misdroy</i> : Stadt auf der Insel Wollin; bekanntester Ostseebadeort Polens <i>Ausgrabungen auf der Insel Wollin</i> : VBAG 4, S. 58-67
58	Do, 7.9.1871, Nr. 215 (PDF: 10-11)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten f.	12. Sitzungsbericht der <b>BAG</b> : V spricht über die Anwendung von <b>Stempeln bei Urnen und altem Töpfergeschirr</b> der Pfahlbauten und Burgwälle auf dem rechten Oderufer. Von besonderem Interesse seien die Zeichen des Doppelkreuzes und des Rades. Beide fänden sich wieder auf einem Gräberfeld in Norditalien. Weiter spricht V über den <b>Schädelbau der Be-</b>	<i>Über die Anwendung von Stempeln und über das Zeichen des Kreuzes auf alten Töpfen</i> : VBAG 3, S. 27-33 <i>Über den Schä-</i>

			<p>wohner <b>der Philippinen</b>, zeigt <i>Deformationen</i>, die durch Pressung des Schädels zustande kommen. Besonders wichtig sei das Resultat, dass die <b>Negritos</b> vom Inneren der Philippinen völlig verschieden seien von den Papuas aus Australien, wie Schädelmessungen gezeigt hätten, auch, wenn die äußeren Merkmale mannigfaltige Übereinstimmungen zeigen würden.</p>	<p>delbau der Bewohner der Philippinen, insbesondere der <b>Negritos</b>: VBAG 3, S. 33-42 <i>Über die Negritos der Philippinen</i>: VBAG 3, S. 43-44</p>
59	<p>Mi, 13.9.1871, Nr. 220 (PDF: 20)</p>	<p>3. Beilage, S. 8, 2. Spalte mittig</p>	<p>Anzeige zur vierten, neu bearbeiteten und stark erweiterten Auflage der „<b>Cellularpathologie</b> in ihrer Begründung auf physiologische und pathologische Gewebelehre“ von V. Der Preis beläuft sich auf 4 Thlr und 20 Sgr.</p>	<p>Vorlesungen über Pathologie. 1. Band. <i>Die Cellular-Pathologie in ihrer Begründung auf physiologische und pathologische Gewebelehre</i>. (2. Aufl. 1859. 3. Aufl. 1862. 4. Aufl. 1871. 5. Aufl. 1893)</p>
60	<p>Do, 14.9.1871, Nr. 221 (PDF: 23)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht aus <b>Wollin</b> in der „<b>Neuen Stettiner Zeitung</b>“. V habe die Insel mehrfach besucht, um die Lage des alten <b>Julin</b> zu erforschen. Sowohl oberhalb als auch unterhalb der jetzigen Stadt seien alte Ansiedlungen nachweisbar. Ein Teil davon stimme mit Bergansiedlungen auf der Insel überein. In</p>	<p><i>Ausgrabungen auf der Insel Wollin</i>: VBAG 4, S. 58-67</p>

			<p>einem Moorbereich der Vorstadt habe wohl eine Pfahlstadt gestanden. Die Kulturschicht habe hier eine Dicke von mehr als 3 Fuß und sei von einer Wiesenschicht bedeckt. Es sei daher kaum zu bezweifeln, dass die alte Handelsstadt Julin, deren Größe die Chroniken mit Bewunderung schildern, sich weit über die Grenzen der jetzigen Stadt Wollin hinaus erstreckt habe.</p>	
61	<p>Sa, 16.9.1871, Nr. 223 (PDF: 28)</p>	<p>2. Beilage, S. 7, 1. Spalte mittig</p>	<p>13. Sitzungsbericht der <b>BAG</b>: V legt eine Photographie von <b>Dr. Mannhardt</b> vor. Abgebildet ist eine <b>Gesichtsurne</b>, wobei das Gesicht nicht auf dem eigentlichen Gefäß, sondern auf dem Deckel zu finden ist. Weiter sprach V <i>über natürliche und künstliche Feuersteinsplitter</i> und legte umfangreiches Material vor, um die verschiedenen Einflüsse der ursprünglichen Lagerungsstätten zu zeigen. Ein großer Teil der Splitter, in denen man Instrumente habe erkennen wollen, seien nur zum Feuerschlagen benutzt worden. Dies erkläre sich mit Funden in Gräbern aus Ägypten, wo diese Grabbeigaben zum Feuer machen für die Reise der Toten gedient hätten.</p> <p>14. Sitzungsbericht der <b>BAG</b>: Thema ist die Schonung von Knochen bei alten <b>jüdische Opfergebräuchen</b>. V erinnert an älteste griechische Sagen, in denen die Helden mit dem Mark von Bär und Ebern genährt worden seien.</p>	<p><i>Über natürliche und künstliche Feuersteinsplitter</i>: VBAG 3, S. 45-54</p> <p><i>Erläuterungen zu einem alten Opferbrauch</i>: VBAG 3, S. 58-59</p>
62	<p>Mi,</p>	<p>1. Beilage,</p>	<p>Bericht von der <b>Generalversammlung der</b></p>	<p><i>Eröffnungsrede</i></p>

	<p>27.9.1871, Nr. 232 (PDF: 42-44)</p>	<p>S. 5-7, 1. Spalte unten f.</p>	<p><b>DAG in Schwerin:</b> V hält die <i>Eröffnungsrede</i>. Deutsche Reisende hätten den Gesichtskreis für die Gesamtbetrachtung des Menschen erweitert, weitere Gelehrte hätten diesen dann mit fruchtbaren Gedanken erfüllt. Hinzugekommen seien, vom philosophischen Stadtpunkt aus, verschiedene generelle Ideen für die anthropologische Wissenschaft, allerdings ohne ausreichende, naturalistische Basis. Hier habe England in letzter Zeit Wesentliches geleistet. Eine weitere Richtung zu Erforschung sei die philologisch-linguistische, die auf sprachlicher Seite die <b>Völkerindividualität</b> erkunden möchte. Gegenüber der Frage der Rassenbildung habe sich die deutsche Wissenschaft eine vorsichtige und besonnene Haltung bewahrt. Die Akzeptanz der <b>Theorie vom Uraffen</b> sei in Deutschland nicht gegeben, zumal es zurzeit nur Spekulation sei. Man wolle den Übergang des Affen zum Menschen nachweisen, könne aber noch nicht einmal den Übergang einer Rasse in die nächste erklären. Das Studium der Rassenentwicklung, und innerhalb derselben die Stammesentwicklung, dies sei die nächste notwendige Aufgabe mit peinlich genauem Sammeln allen Materials. Die europäische Zivilisation sei dabei, sich auszubreiten in weit entlegene Gebiete. Dies würde auch dazu führen, dass kleine Völker verschwänden und Eigentümlichkeiten verwischt würden. Umso mehr sei</p>	<p>zur 2. <i>Allgemeinen Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft zu Schwerin</i>: Corr.-Bl., S. 41-47 <i>Bericht über die anthropologischen Versammlungen in Schwerin und Bologna</i>: VBAG 3, S. 137-144</p>
--	--	---	--	--

		<p>aufmerksames Beobachten geboten. Ferner weist V darauf hin, dass die Tradition der Alten wertvolle Erinnerungen berge, die von Geschlecht zu Geschlecht überliefert würden. Auch dies müsse man beobachten und konservieren. Im Rahmen der modernen Freizügigkeit und des beständigen Wechsels sei Eile geboten. Als gutes Beispiel erwähnt V die Sammlung in Schwerin, wo bereits viel Wertvolles zusammengetragen worden sei und dies zur Nachahmung aufriefe.</p> <p>2. Sitzung: V eröffnet die Sitzung. Es wird weiter nur erwähnt, er habe kurze Bemerkungen gemacht. Am Ende der Sitzung beantragte er, am nächsten Tag erst um 10.30 Uhr zu beginnen, damit genügend Zeit zur Besichtigung des Aquariums bleibe.</p> <p>3. Dritte Sitzung: V stellt zwei Anträge: Einmal soll eine Kommission aus sieben Mitgliedern das in größeren Städten und Universitäten befindliche anthropologische Material in einem Verzeichnis zusammenstellen und als „<b>Archiv für Anthropologie</b>“ veröffentlichen. Weiter schlägt er <b>Stuttgart</b> als Tagungsort für den Kongress im nächsten Jahr vor. Beide Anträge werden angenommen.</p> <p>Schlusssitzung: V kommt noch einmal auf die <b>Variabilität der Rassen</b> zurück. Eine Basis für Variabilität liege zurzeit noch nicht vor. Es sei</p>	
--	--	---	--

			zurzeit noch Theorie und rein spekulativ. Man müsse eine lückenlose, ununterbrochene Reihenfolge der einen Art in die andere nachweisen. Mehr könne man über die <b>Darwinsche Theorie</b> nicht sagen, als dass zurzeit eine bessere Formel vorhanden sei zur Gradation der Arten. Nach weiteren Rednerbeiträgen schließt V die Versammlung und dankt den Beteiligten für ihre Mühen. Er hoffe, dass die nächste Versammlung zu einer ebenso besuchten und fruchtbaren werde wie die diesjährige.	
63	So, 1.10.1871, Nr. 236 (PDF: 3)	4. Beilage; 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht, dass die <b>Lüderitzsche Verlags- handlung</b> im Laufe des nächsten Quartals eine englische Zeitschrift ( <b><i>German Quarterly Magazine, a series of popular Essays on Science, History and Art</i></b> ) herausbringen werde, ähnlich der SGWV. Auch diese Zeitschrift soll von V u v. <b>Holtendorff</b> redigiert werden.	<i>Quarterly Magazine, a series of popular Essays on Science, History and Art: The cranial affinities of man and ape</i> by R. Virchow, 1871
64	Di, 3.10.1871, Nr. 237 (PDF: 5)	7. Beilage, 1. Spalte mittig	Erneute Anzeige zur vierten, neu bearbeiteten und stark erweiterten Auflage der „ <b>Cellularpathologie</b> in ihrer Begründung auf physiologische und pathologische Gewebelehre“ von V.	s. a. 13.9.1871
65	Do, 5.10.1871, Nr. 239 (PDF: 9)	2. Beilage, 1. Spalte mittig	15. Sitzungsbericht der <b>BAG</b> : Nur kurzer Hinweis, dass V in einer vorherigen Sitzung über den Gebrauch von <b>Knochen zum Schlittschuhlaufen</b> gesprochen habe 16. Sitzungsbericht der <b>BAG</b> : V zeigte eine Karte vom Direktor des Berliner Münzkabinetts, Hrn. <b>Friedländer</b> . Aufgeführt	<i>Über eine Karte der römischen Münzfunde in Nord- Deutschland:</i> VBAG 3, S. 67-68



			seien <i>römische Münzfunde in Norddeutschland</i> , besonders an der Bernsteinküste.	
66	Fr, 13.10.1871, Nr. 246 (PDF: 12)	1. Beilage, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über den <i>archäologischen Kongress in Bologna</i> . V als Vertreter der deutschen Wissenschaft wurde eine höchst ehrenvolle Huldigung zuteil von Seiten der Versammlung. Er wurde sympathisch auf der Rednertribüne begrüßt und sein Vortrag mit lebhaftem Beifall begleitet. Es wurde V zu Ehren ein Gastmahl veranstaltet. V rühmte in deutscher Sprache die italienische Wissenschaft.	<i>Bericht über die anthropologischen Versammlungen in Schwerin und Bologna:</i> VBAG 3, S. 137-144
67	Di, 17.10.1871, Nr. 249 (PDF: 18)	6. Beilage, 1. Spalte oben	Anzeige: <b>Jahresbericht über die Leistungen und Fortschritte in der gesamten Medizin</b> , herausgegeben von V und <b>Aug. Hirsch</b>	Hirsch, August: *1817, †1894, Arzt und Medizinhistoriker
68	Di, 24.10.1871, Nr. 255 (PDF: 28)	2. Beilage, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b> von V und v. <b>Holtzendorff</b> . Man sei bei Heft 134 angelangt. Im Laufe dieses Jahres seien die Hefte 114-134 erschienen, aufgrund der Fülle könne man nicht näher auf den Inhalt eingehen.	
69	Sa, 28.10.1871, Nr. 259 (PDF 35)	S. 2, 2. Spalte mittig	Bericht über die Wahl in <b>Saarbrücken-Ottweiler-St Wendel</b> : Ein Abgeordneter des preußischen Landtages sei zurückgetreten und ein neuer sollte gewählt werden. Von den Mitgliedern sei V vorgeschlagen worden. Dieser Vorschlag muss aber zurückgezogen werden, da V aufgrund seines Bolognabesuchs nicht mehr rechtzeitig erreicht werden könne.	

70	So, 29.10.1871, Nr. 260 (PDF: 37)	4. Beilage, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über den <b>Kongress der italienischen Ärzte in Rom</b> . Bei Vs Erscheinen am 22. Okt. wurde er durch Aufstehen sämtlicher Mitglieder begrüßt. Nach einer kurzen französischen Rede über die Sympathien des germanischen und italienischen Volkes sei ihm ein wahrer Beifallssturm zu Teil geworden.	
71	Fr, 10.11.1871, Nr. 270 (PDF: 12)	2. Beilage, 3. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Nov.): Thema ist ein Antrag zur energischeren Handhabung der <b>Straßenpolizei</b> aufgrund der zunehmenden Sicherheitsgefährdung auf den Straßen. Nur kurzer Hinweis, dass V dem Antrag eines anderen Stadtverordneten und seinen Motiven zustimmt.	nichts bei Andree
72	Fr, 17.11.1871, Nr. 276 (PDF: 21)	2. Beilage, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Nov.): Thema ist der dringende Antrag von <b>Streckfuß</b> zur <b>Verlängerung des Privilegiums für die englische Gesellschaft der Wasserwerke</b> . V halte es für bedenklich, aufgrund einer Zeitungsnachricht hin, schon den Magistrat zu ersuchen, bei der Staatsregierung Schritte einzuleiten. Er empfahl, zur nächsten Sitzung Auskunft über die Sachlage zu erreichen. Unabhängig davon halte er es für unmöglich, dass der Minister eine solche Verlängerung billigen würde, nachdem die Stadt ihre Bereitwilligkeit zur Herstellung der Wasserleitung ausgesprochen habe. Vs Vorgehen wird angenommen. <b>[Wasserversorgung Berlins]</b>	nichts bei Andree
73	Fr,	2. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Nov.): Thema ist	nichts bei

	24.11.1871, Nr. 282 (PDF: 29)	3. Spalte mittig u. unten	<p>ein <b>Ehrengeschenk an Prof. Begas</b> für die Herstellung des <b>Schillerdenkmals</b>. Laut Geldbewilligungsdeputation sei dafür im Denkmalfonds noch eine Summe übrig, die man dann auf 3000 Taler aufstocken wolle. V befürwortet den Antrag, erachtet aber die Summe für zu gering. Sein Vorschlag wird abgelehnt.</p> <p>Weiter:</p> <p>Seitens des Polizeipräsidioms ist der Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft der <b>Bau von Pferdebahnen</b> erlaubt worden. Nun liegen zwei Anträge dazu vor. Zunächst soll eine gemischte Deputation zur Beratung aufgestellt werden und weiter soll Beschwerde gegen das Polizeipräsidium eingelegt werden, da diese die Rechte der Stadt verletzt habe. V unterstützt beide Anträge, die auch angenommen werden.</p> <p>[<b>Verkehrsinfrastruktur</b>]</p>	Andree
74	Sa, 25.11.1871, Nr. 283 (PDF: 31)	S. 1, 3. Spalte mittig	<p>Abgedrucktes Schreiben Vs auf die in der Donnerstagsnummer [23.11.1871] mitgeteilte ministerielle Darlegung der Vorgänge in der <b>wissenschaftlichen Deputation für Medizinalsachen</b>. Was sein Demissionsgesuch betreffe, so habe er darin deutlich erklärt, dass und weshalb er Herrn Geheimen Ober-Medizinal-Rat <b>Frerichs</b> nicht für geeignet halte, weiter an den Beratungen der Deputation teilzunehmen. Dieser sei der wissenschaftlichen Objektivität nicht zuträglich. Die Frage der <b>Anciennität</b> sei dabei untergeordnet. Was den Vorsitz</p>	<p><i>Frerichs</i>, Friedrich Theodor: *1819, † 1885; Internist, Prof. der Medizin in Kiel, Breslau und Berlin</p> <p><i>Anciennität</i> ist die Rangfolge, die sich aufgrund des Dienstalters</p>

			<p>betreffe, so liege nicht nur gar kein haltbares Motiv vor, einen Rat des Ministeriums damit zu betrauen, vielmehr liege in diesem Verhältnis eine gewisse Inkompatibilität. Die höchste <b>wissenschaftliche</b> Instanz sollte ganz <b>unabhängig</b> sein und ihre Mitglieder sollten nach ihrer Bedeutung in der Wissenschaft gewählt werden. Auch habe die Erfahrung nicht gezeigt, dass die wissenschaftliche Stellung der Deputation dadurch erhöht worden sei, dass Verwaltungsbeamte und Räte des Ministeriums als geborene Mitglieder derselben betrachtet worden seien. Gerade die Überzeugung, dass die Deputation ihren wissenschaftlichen Charakter einbüßen werde, habe ihn zum Austritt genötigt. Ob ein ärztlicher oder ein mehr neutraler, aus der Administration hervorgegangener Vorsitzender zu ernennen sei, sei eine Frage, die so sehr nach den persönlichen Eigenschaften des einzelnen Mannes entschieden werden müsse, dass es V unnötig erscheine, sie weiter zu erörtern.</p>	<p>ergibt, im Gegensatz zur Seniorität, die auf dem tatsächlichen Alter basiert.</p>
75	<p>Do, 30.11.1871, Nr. 287 (PDF 36)</p>	<p>2. Beilage, 2. Spalte mittig</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Die Mitglieder der <b>Fortschrittspartei</b> aus Reichstag und HdA hielten am Dienstag [28.11.1871] in <b>Trarbach</b> ein <b>Fraktionstreffen</b> ab. Besonders erwähnt werden die Worte Vs, der auf die Tätigkeit der Fortschrittspartei einging. Diese sei gerade mal 10 Jahre alt, bedürfe also noch einige Jahre bis zu ihrer Konfirmation. Er wünsche der</p>	<p><i>Trarbach</i>: Stadt an der Mittelmosel</p>

			Partei ein rascheres Tempo und trinke auf ihr Wohl.	
76	Fr, 1.12.1871, Nr. 288 (PDF: 3)	2. Beilage, 3. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 30. Nov.): Thema sind die <b>Kosten der Vorarbeiten zur Entwässerung Berlins</b> und der <b>Berieselungsversuch</b> 1872. V stellt den Antrag, schon in diesem Jahr woanders ein zweites Versuchsfeld zu gewinnen.	nichts bei Andree
77	Sa, 2.12.1871, Nr. 289 (PDF: 3)	2. Beilage, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> : V wird als Mitglied der <b>Budgetkommission</b> aufgeführt.	
78	Sa, 2.12.1871, Nr. 289 (PDF 4)	2. Beilage, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Von der 4. Serie der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> , sind jetzt die Hefte 135-137 erschienen.	
79	Sa, 9.12.1871, Nr. 295 (PDF: 11)	2. Beilage, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Die Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> hat sich für die laufende Session des HdA konstituiert. Den Vorsitz werden der Reihe nach führen <b>Dr. Bender, Dr. Hänel, Klotz-Berlin, Dr. Kosch, Dr. Löwe-Calbe, Schulze Delitzsch</b> und V.	
80	So, 10.12.1871, Nr. 296 (PDF: 12-13)	S. 1, 3. Spalte unten f.	Bericht über eine Veröffentlichung in der „ <b>D. Reichs-Corr.</b> “, die mitteilt, dass V dem <b>Kultusminister [v. Mühlner]</b> angezeigt habe, dass er als Mitglied des HdA an der <b>Weiterführung seiner Dozentur</b> behindert sei. Er ersuche den Minister, für seine Stellvertretung während der Session zu sorgen. Gleichzeitig habe V nochmals darauf hingewiesen, dass er an seinem <b>Ausscheiden aus der wissenschaftlich-</b>	

			<b>medizinischen Deputation</b> festhalte und auf einen dementsprechenden Bestätigungshinweis warte.	
81	Mi, 13.12.1871, Nr. 298 (PDF: 15)	2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [12.12.1871] Sitzung des <b>HdA</b> : Kurze Erwähnung, dass V bei der Fortsetzung der Generaldebatte das Wort ergriffen habe.	
82	Mi, 13.12.1871, Nr. 298 (PDF: 16 u. 17)	2. Beilage, 3. Spalte unten u. 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 12. Dez.): V hat den Vorsitz in der <b>Kommission zur Vorbera- tung der Gesetzentwürfe bzgl. der Ein- richtung und der Befugnisse der Ober- rechnungskammer.</b>  Weiter:  Thema ist die Vorberatung des <b>Staats- haushaltsetats</b> für 1872. V knüpfe an die gestrige [11.12.1871] Rede des Finanzministers an. Er zolle ihm Anerkennung dafür, dass dessen Vorschläge auf allen Seiten des Hauses so gut angenommen worden seien. Der Minister sei dabei zu bescheiden gewesen; V billige ihm einen größeren Verdienst zu. Er wolle nicht untersuchen, ob die gute Finanzlage eine Folge des Krieges sei, aber dass die Dinge nach dem Krieg so klar und durchsichtig seien, verdanke man dem Finanzminister. Dieser habe es verstanden, der preußischen Finanzverwaltung den nötigen Einfluss zu sichern, auch weil er einen Sitz im Bundesrat inne habe. Noch besser sei es, wenn man einen wirklich <b>verantwortlichen Reichsfinanzminister</b> habe, eine greifbare Person. Aber <b>Camphausen</b> habe stets auf	vgl. Andree, Band 33, S. 132-147

		<p>die Wünsche des Landes und der Landesvertreter gehört und in einer Zeit, wo man nicht viel Entgegenkommen vom Ministerische gewöhnt sei, viele Zugeständnisse gemacht. Den gestrigen, völligen Rückzug von der Etatverantwortlichkeit zu Gunsten der Spezialetats, verurteilt V. Als Finanzminister habe dieser das Etatgesetz alleine zu vertreten, denn seine Kollegen sehe man nur vorübergehend am Ministertisch. Entweder er übernehme also alleine die Verantwortlichkeit oder veranlasse seine Kollegen zu mehr parlamentarischer Arbeit. Er gehe sogar noch einen Schritt weiter und fordere für große Entscheidungen eine <b>Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums</b>. Er vermisse eine Homogenität im Ministerium, die selbstverständlich voraussetze, dass alle Minister nach gleichen Prinzipien handeln. Die einzelnen Individuen dürften nicht Träger unterschiedlicher Prinzipien sein. Die günstige Finanzlage als ein Resultat altpreußischer Tradition zu betrachten, wie Camphausen dies getan hätte, lehne er ab. Man solle nicht so tun, als ob die guten preußischen Traditionen die Eigenschaften jedes beliebigen Ministers seien. Man fände sie nicht in den Akten des Ministeriums, sondern man müsse sie sich durch ernste, ehrliche Arbeit erwerben. V verweist auf seine 10-jährige Zugehörigkeit zum HdA und was man in dieser Zeit erreicht habe. Man habe immer</p>	
--	--	---	--

		<p>versucht, die Dinge nicht ausschließlich vom Parteistandpunkt zu sehen. V kritisiert Camphausens harte Äußerungen über die Beamten. Diese hätte solche Kritik nicht verdient, denn jeder Beamte arbeite fleißig, trotz geringer Bezahlung, ganz in preußischer Tradition. Dies gelte besonders für die kleinen Beamten. Dann zu sagen, diese sollten mehr auf die Ehre denn auf die Entlohnung achten, sei wenig hilfreich. Diese preußische Tradition des <b>Belohnens der äußerlichen Ehre</b> bedauere er sehr. Dies würde zu Klassenbildung führen. Wichtiger sei, die Bedingungen ihrer Existenz dauerhaft zu sichern. Zwar habe der Finanzminister in den letzten 20 Jahren mehr getan als seine Vorgänger, aber dies verpflichte ihn umso mehr, etwas zu tun, um die aufgestauten Verpflichtungen abzuarbeiten. V prangert an, dass bei den Erhöhungen der Beamtenbesoldungen die Lehrer leer ausgegangen seien und die ohnehin schon gut gestellten höheren Beamten noch mehr bekommen hätten. Es sei ein Wunder, dass überhaupt noch Universitätsabsolventen Gymnasiallehrer würden und sich genug intellektuelle Kapazitäten für die Beamtenlaufbahn finden würden. Ihnen Begehrllichkeiten zu unterstellen finde er unangemessen. Die Beamten hätten nie viel geklagt und jetzt, wo es gelte, auf lange Jahre die Besoldungen festzulegen, würden sie ihre Stimme erheben. Eine an-</p>	
--	--	---	--



		<p>dere Klasse von Beamten, die ebenfalls dem Kultusminister unterstünden, seien die Ärzte. Die Kreisphysici würden nur ein geringes Gehalt beziehen und sollten über ihre private Tätigkeit ihr Auskommen finden, um dann jederzeit dem Staat zur Verfügung zu stehen. Auch diese preußische Tradition solle man aufgeben, um wie in England ein <b>Ministerium der Gesundheitspflege</b> einzurichten. Weiter geht V auf die <b>Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer</b> ein. Er sei immer gegen die Einführung dieser Steuer gewesen, aber dringender sehe er zurzeit die <b>Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer</b>. In Arbeiterkreisen werde die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer keinen Nachhall finden. Nicht diese belaste schwer, sondern die Einstufung in eine höhere Klassensteuer. Hinzu kämen die gleichbleibend hohen Preise für Brot und Fleisch und eine Veränderung der Preise sei nicht abzusehen. Ein Volk könne auf Dauer nur dann groß und mächtig bleiben, wenn es für seine gute Entwicklung Sorge. In einem von der Natur arg vernachlässigtem Land verdanke man den materiellen Wohlstand der Nation nur der Bildung in den Schulen. Nach dem Austritt aus der Schule übernehme die Presse die Fortsetzung dieser Erziehung. Zwar beteiligten sich auch Vereine und Versammlungen, der großen Masse führe aber nur die Presse neuen Bildungstoff zu.</p>	
--	--	--	--

			<p>Abschließend wendet sich V gegen den Vorwurf, dass die Berliner nicht ausreichend Steuern zahlen würden. Aufgrund der hiesigen Einschätzungskommissionen würden in Berlin verhältnismäßig mehr Steuern gezahlt als im übrigen Land. Seit zwei Jahren erhebe nun Berlin zusätzlich eine Kommunaleinkommenssteuer, die auf dem Prinzip der Selbsteinschätzung beruhe. Hierbei habe sich die merkwürdige Tatsache herausgestellt, dass 2700 Personen der staatlichen Einkommenssteuer zugeführt worden seien. Gegenüber der rigorosen Strenge der bürgerlichen Einschätzungen erscheinen die Grundsätze der aristokratischen Einschätzungskommissionen in der Tat etwas milde. Die Tätigkeit des Einzelnen könne hier viel verbessern. Das Beispiel, das die Haupt- und Residenzstadt gegeben habe, sei wahrlich empfehlenswert.</p>	
83	<p>Do, 14.12.1871, Nr. 299 (PDF: 20)</p>	<p>S. 2, 3. Spalte, mehrere Fundstellen</p>	<p>Kurzer Hinweis, dass es völlig irrig sei, dass V seine Beschäftigung als Landtagsabgeordneter wegen seiner <b>akademischen Lehrtätigkeit eingeschränkt</b> habe.</p> <p>Weiter: V wird als einer der <b>dirigierenden Ärzte der Charité</b> genannt.</p> <p>Weiter: Von der „<b>Volkszeitung</b>“ wird mitgeteilt, dass zurzeit unter <b>italienischen Ärzten</b> eine Sammlung stattfindet, um mit dem Ertrag V eine <b>Ehrenmedaille</b> zukommen zu</p>	

			lassen.	
84	Di, 19.12.1871, Nr. 303 (PDF: 31)	1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (10. Sitzung vom 18. Dez.): Im Rahmen der Etatdebatte kommt das Thema auf eine Position von knapp 9000 Talern zur Vervollständigung des provisorischen Labors in <b>Proskau</b>. Diese Summe ist Teil des landwirtschaftlichen Etats. Zunächst fragte V, ob es Bestrebungen gebe, auch Mittel für landwirtschaftliche Akademie in <b>Breslau</b> vorzusehen. Dies wird von Minister v. <b>Selchow</b> verneint. Für V illustriere der vorliegende Fall, was er von der allgemeinen Debatte über das Verhältnis der einzelnen Ressorts zueinander gesagt habe. Ein Professor der Proskauer Akademie sei vom Kultusminister gefragt worden, ob er nach Breslau wechseln würde. Der Landwirtschaftsminister wisse vielleicht gar nichts davon, nun habe er es hier erfahren. Man sehe nun sehr deutlich das Versteckspiel der Minister, wenn etwas getrennt würde, was doch eigentlich zusammen gehöre. Die Herren in Proskau würden sich nicht recht wohl fühlen, aufgrund der Tatsache, dass sie vom Kulturleben abgeschnitten seien. Gleiches gelte für die etwas gewaltsam gegründete <b>Forstakademie</b> in <b>Münden</b>. Dagegen hätte sich die Verbindung der landwirtschaftlichen Lehranstalten und der Universität in <b>Halle</b> und <b>Königsberg</b> als sehr günstig erwiesen. Die Frage der Verlegung, die wesentlich eine finanzielle Entscheidung sei, verdiene,</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 147-149</p> <p><i>Proskau</i>: Stadt in Oberschlesien (Polen); auf Gut Proskau seit 1847 höhere landwirtschaftliche Lehranstalt, die 1881 als Königlich landwirtschaftliche Hochschule nach Berlin verlegt wird</p>

			dass der Finanzminister mit seinen Kollegen darüber spreche.	
85	Do, 21.12.1871, Nr. 305 (PDF: 36)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [20.12.1871] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird kurz erwähnt, dass V im Laufe der Debatte bedauert, dass die <b>Regierungskommissare</b> in Kommissionssitzungen Erklärungen abgeben würden, zu denen sie nicht autorisiert wären.	vgl. Andree, Band 33, S. 149-153
86	Do, 21.12.1871, Nr. 305 (PDF: 38)	1. Beilage, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 20. Dez.): Eine Kommission hat eine Vorlage erarbeitet die besagt, dass das Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhaus ruht, sobald ein Mitglied desselben zum Präsidenten oder Mitglied der <b>Oberrechnungskammer</b> ernannt wird. V bemerkt dazu, dass es sich hierbei um eine wichtige Frage der konstitutionellen Praxis handle. Es sei menschlich, dass es einzelne Mitglieder einer Kommission gebe, die sich durch Regierungserklärungen bestimmen lassen würden. Da sei es bedenklich, wenn ein Regierungskommissar eine Erklärung gebe, zu der er nicht autorisiert sei. Dem Vorredner <b>Windthorst</b> wirft V vor, die Vorlage für eine bittere Pille zu halten, die man dem Herrenhause versüßen müsse. Aber diese Körperschaft habe gerade in Zeiten der Landratskammer für eine Stärkung der Oberrechnungskammer gesorgt und er hoffe, dass diese nun nicht gegen die Erfüllung ihres Wunsches ankämpfe. Im Übrigen hätte Windthorst die Oberrechnungs-	vgl. Andree, Band 33, S. 149-153

			<p>kammer schon auf eine Insel versetzt, als er sie nach Potsdam verpflanzte. Denn Potsdam sei seit alten Zeiten eine Insel, auf der man abgeschieden genug lebe von Parlamenten und anderen großstädtischen Einrichtungen. Er werde für die Vorlage stimmen, um endlich zu einem friedlichen Abschluss mit der Regierung zu kommen.</p>	
87	So, 24.12.1871, Nr. 308 (PDF: 47)	4. Beilage, 1. Spalte mittig	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht, dass V eine vortreffliche Rede auf der 44. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte</b> in <b>Rostock</b> gehalten habe <i>über die Aufgabe der Naturwissenschaften in dem neuen nationalen Leben Deutschlands</i>. Diese Rede sei nun im <b>Verlag Fr. Duncker</b> erschienen.</p>	<p><i>Über die Aufgabe der Naturwissenschaften in dem neuen Leben Deutschlands:</i> Tagebl. d. 44. Versammlung dt. Naturforscher und Aerzte. S. 73-81, Rostock 1871</p>

## Fundstellen 1872

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 5.1.1872, Nr. 3 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Jan.): Thema ist die <b>Einführung konfessionsloser Volksschulen</b> . V stimmt dafür, weist aber darauf hin, dass die Ausführung von vielen Schwierigkeiten begleitet sein werde auf deren Bewältigung sich die Versammlung einstellen müsse.	nichts bei Andree
2	Sa, 6.1.1872, Nr. 4 (PDF: 8)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht, dass die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> , um die Hefte 138-140 erweitert worden wäre.	
3	Mi, 10.1.1872, Nr. 7 (PDF: 2)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [9.1.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : V habe sich, neben anderen, daran beteiligt, mit lebhaften Farben ein Bild der preußischen Polizei zu entwerfen.	vgl. Andree, Band 33, S. 153-168
4	Mi, 10.1.1872, Nr. 7 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (15. Sitzung vom 9. Jan.): Thema ist der Etat des Innenministeriums, es geht im Besonderen um die <b>Polizeiverwaltung</b> . In seiner eineinhalb Stunden währenden Rede übt V eingehende Kritik an der Stellung der königlichen Polizei zur Kommune Berlin. Grundlage sei das falsche patriarchalische Verhältnis. Es werde behauptet, die <b>Polizei sei Eigentümerin aller Straßen und öffentlichen Plätze</b> . Diese mythische Fiktion habe auch zum Bau einer <b>Markthalle</b> geführt, weil dieser Platz einmal fiskalischer Grund gewesen sei. Auch der <b>Bau der Pferdebahnen</b> kam so zustande. Anlässlich einer Beschwerde	vgl. Andree, Band 33, S. 153-168  s. a. 18.1.1872; vollständiger Abdruck der Rede

			<p>habe der Innenminister es abgelehnt, die Prinzipienfrage über das Eigentum der Straßen zu klären. Auch die Verlängerung des <b>Monopols der Litfaßsäulen</b> und die Aufrechterhaltung der Privilegien der <b>englischen Wasserleitungsgesellschaft</b> seien in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Durch all dies werde die Selbstverwaltung der Gemeinde schwer belastet, dieser Druck sei schlimmer als der materielle Schaden. Die großen Städte entwickelten sich weit über den alten Rahmen des städtischen Wesens hinaus und können nur dann ihre Schuldigkeit tun, wenn sie nicht an Händen und Füßen gefesselt seien, wie es in Berlin geschehe, wo das Polizeipräsidium zugleich Regierung sei. Die <b>Sittenpolizei</b> könne man gerne dem Innenminister überlassen, aber die <b>Baupolizei</b> nicht. Mit der <b>Vermehrung der Exekutivpolizei</b> sei es nicht getan, es käme auf die Verteilung der Arbeit an. Man dürfe die Schutzmänner nicht zu unnützer Schreibearbeit oder zur Adresssammlung für Kalender verwenden. Er beantrage, zusätzlich die Staatsregierung aufzufordern, einzelne Zweige der städtischen Polizeiverwaltung auf die Kommune zu übertragen.</p>	
5	Do, 18.1.1872, Nr. 14 (kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (19. Sitzung vom 17. Jan.): Thema ist die Beihilfe zum <b>Bau einer Eisenbahn</b> von <b>Münster</b> nach <b>Enschede</b> . V kritisiert den Handelsminister. Dieser habe nicht	vgl. Andree, Band 33, S. 169-170

			<p>das Recht, [<b>Veräußerung von</b>] <b>Staatseigentum</b> willkürlich zu verkaufen; das Haus müsse diese Frage zukünftig klären. Der Handelsminister solle das Gesetz aufzeigen, das ihn zu solch einem Tun berechtige. Dies wäre ein ganz neuer Schritt zum <b>Ministerialismus</b> zu einer Zeit, wo man im Begriff sei, durch das Gesetz über die Oberrechnungskammer das konstitutionelle Leben zu ordnen.</p>	
6	<p>Do, 18.1.1872, Nr. 14 (Kein Scan)</p>	<p>2. Beilage, S. 3-4</p>	<p>Abdruck der vollständigen Rede Vs vom 9. Jan. aus dem <b>HdA</b> nach dem stenographischen Bericht. Der Rede Vs vorausgehend war ein Antrag des Abg. <b>Eberty</b> die Staatsregierung aufzufordern, sich wegen der Übertragung der Polizeiverwaltung der Stadt Berlin, betreffend die Straßen-, Bau-, Gewerbe-, Markt und Sittenpolizei, mit dem Magistrat auseinanderzusetzen. V beginnt damit, seinem Vorredner zu widersprechen. Er halte es für die Gemeinden nicht für erstrebenswert, unter königlicher <b>Polizeiverwaltung</b> zu stehen. Dies beinhalte keine Vorteile. Er könne aber akzeptieren, dass man in Residenzstädten Ausnahmen gelten lasse. Problematisch sei allerdings die Ausweitung der polizeilichen Tätigkeiten von rein notwendigen Dingen zur Einmischung in die Abläufe des öffentlichen Lebens mit Präsenz im öffentlichen Raum, wie die <b>Wasserleitung</b>, die <b>Litfaßsäulen</b>, die <b>Straßenbahnen</b>, die <b>kohlensauren Buden</b>. Die Poli-</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 153-168</p> <p>Rede des Abg. Prof. Virchow bei Berathung des Etats für die Polizeiverwaltung gehalten im Abgeordneten-Hause am 9. Januar 1872 nach dem Wortlaute der stenographischen Berichte, Berlin, 1872</p>



		<p>zei sehe sich damit im Recht und betrachte jeden Schritt der Stadtbehörden als Angriff. Die Straßen, Plätze, alle öffentlichen Wege betrachte sie als ihr Eigentum und habe damit auch das Recht, darüber frei zu verfügen. Dieser Straßenfiskus habe wohl seinen Anfang genommen zu Zeiten des <b>großen Kurfürsten</b>, als die Straßen noch gänzlich ungepflastert waren und der Landesherr sich von der Stadt die Erlaubnis zur Pflasterung geben ließ. Dies ging bis 1838 weiter. Dann sei ein Gesetz erlassen worden, wonach alle bis dahin gepflasterten Straßen auch ferner vom <b>Fiskus</b> gepflastert werden sollten und alle hinzukommen Straßen der <b>Pflasterungspflicht</b> der Stadt unterlägen. Durch die erheblichen Erweiterungen der Städte sei damit eine große Aufgabe mit hohen Kosten verbunden gewesen. Unmittelbar danach erscheine dann aber der Straßenfiskus und beanspruche, unabhängig vom Gesetz, die Straßen für sich. Aufbauend auf diesem Verhalten erachte sich der Polizeipräsident für ermächtigt, auf den Straßen anzuordnen, was im beliebige. Als Beispiel führt V einen Vorfall aus 1870 an, wo der Polizeipräsident ein Stück Straßenland mit dem Grundstück eines Privatmanns tauschen wollte, welches auf altem Berliner Stadtgebiet liege und damit aus alten Zeiten der Stadt gehöre. Weiter berichtet V über einen Vorfall aus 1863, wo ein Inge-</p>	
--	--	--	--

		<p>nieur ein Gesuch an den Polizeipräsidenten zum Bau einer Pferdeisenbahn gestellt habe. Dieser wurde aber vom Magistrat nicht genehmigt. Dann habe sich jener an den Handelsminister gewandt, der seinerseits entschied, dass die Gemeinde hier nicht zu entscheiden habe, sondern nur die Polizei und der Fiskus. Der Handelsminister war aber bereit, dem Ingenieur eine Konzession zu erteilen. Nun habe die Stadt beschlossen, ihrerseits mit einem Privatunternehmen einen Vertrag abzuschließen, auch im Hinblick darauf, benachbarte Ortschaften und die geregelten Verbindungen miteinzubeziehen. Dies teilte sie dem Polizeipräsidium mit. Dieses wiederum antwortete nicht, schloss aber seinerseits anderslautende Verträge. Letztendlich sei es zu einer wunderbaren Wendung gekommen. Alle drei Beauftragten hätten sich zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen mit dem Problem, dass mit allen abgeschlossenen Verträgen ganz unterschiedliche Voraussetzungen zu erfüllen gewesen seien. Der Polizeipräsident sehe nur die Rechte des Staates, die Stadt erwarte bestimmte Gegenleistungen, wie die Hilfe ärmerer Bevölkerungsteile und die Unterstützung der Stadtkasse. Das einzige Mal, wo der Polizeipräsident eine Gegenleistung gefordert habe, war bei der Installation der ersten Litfaßsäulen. Dies war zunächst an die Auflage gebunden,</p>	
--	--	--	--

		<p>damit auch öffentliche Bedürfnisanstalten einzurichten. Da man diese Kombination weiterhin nicht mehr wollte, habe man dieses Recht nicht mehr eingefordert und auch keine anderen Pflichten beauftragt. Dies habe dazu geführt, dass man ein Monopol geschaffen habe, da Herr Litfaß nun auch als einziger die Plakate drucke. Diese Rechte habe man 1855 mit einer Laufzeit von 15 Jahren erteilt. Als nun der Magistrat 1869 an den Polizeipräsidenten herantrat um sich an der Angelegenheit zu beteiligen, habe es nur geheißen, die Verhandlungen seien schon beendet und man habe sich auf eine Verlängerung der Regelungen für weitere zehn Jahre geeinigt. Es habe keine Dringlichkeit für diese vorzeitige Vertragsverlängerung gegeben, zumal man gar nicht von einer solchen reden könne, da man diesmal nichts als Gegenleistung von Herrn Litfaß verlangt habe. Nur solle er seine Säulen höher bauen, damit am oberen Rand ggf. Platz für offizielle Ankündigungen entstünden. Damit habe der Geschäftsmann mehr gewonnen, als dass er etwas geleistet habe. Gegen dies entstandene <b>Monopol</b> habe der Magistrat schon zu Zeiten der alten Gewerbeordnung protestiert, die ein solches ausdrücklich verbot. Auch jetzt seien Schritte eingeleitet, aber die Rücknahme dieses Vertrages sei wohl nicht zu erwarten. Zwei Dinge sind nach V besonders</p>	
--	--	--	--

			<p>schwerwiegend. Einerseits wird die Gemeinde unterdrückt, dort wo sich die Polizei in Dinge einmische, die ihr nicht zustünden und es würde die Tätigkeit der Gemeinde in öffentlichen Bereichen unterbrochen. Es entstünde ein Klima des Misstrauens und der Unzufriedenheit, wenn man immer nur die Lasten an die Gemeinde verteile, ähnlich wie im Bereich des Schulsystems, ihr aber jede Mitbestimmung verweigere. Genau dieses Misstrauen überschatte jetzt auch die Verhandlungen in Beziehung zu den Wasserwerken. Die Regierung dränge die Gemeinde zur Einführung einer <b>Kanalisation</b>, diese benötige aber dringend zur Spülung ausreichend Wasser. Bei den Wasserwerken handle es sich um eine <b>englische Aktiengesellschaft</b> und man könne durchaus Grund zur Sorge haben, dass die laufenden Gespräche etwas mit der Fortsetzung der Privilegien eben dieser Gesellschaft zu tun habe, weil eben Dinge, wie vorhin geschildert, passiert seien. Bis dato sei die Aktiengesellschaft limitiert, d.h. ihr Aktienkapital war auf eine bestimmte Summe beschränkt. Nun habe man in England durchgesetzt, diese Limitierung aufzuheben, um eine Anzahl neuer Aktien zu generieren. Ein Teil dieser Aktien solle dann unter offiziellen Personen in Berlin verteilt werden, angeblich, um den dortigen Personen ein Interesse an der</p>	
--	--	--	--	--

		<p>Prosperität des Unternehmens beizubringen. Da nicht explizit von städtischen Beamten die Rede sei, müsse man annehmen, dass es in England Leute gäbe, die meinten, dass <b>Staatsbeamte käuflich</b> seien, und dies, obwohl die Firma schon seit Jahrzehnten in Berlin tätig sei und genügend Umgang und Erfahrung mit Beamten habe. Vs Kenntnis nach gebe es wohl keinen Beamten der städtischen Verwaltung, der bestechlich sei. Hingegen sei es eine gewöhnliche Sache, auf den Straßen Berlins zu hören, dass die Sittenpolizei nicht aus Mangel an Personal, sondern aus Bestechlichkeit nicht ausreichend einschreite.</p> <p>Die Einschränkung, dass der Staat mit mehr Freizügigkeit der Stadt gegenüber auf Hoheitsrechte verzichte, lässt V nicht gelten. Er ist der Meinung, dass der Staat dieses Recht zu Unrecht ausübe. Er verweist auf die Selbstverwaltung der freien Städte, die sehr gut funktionieren würde. Man dürfe die großen Städte wie Berlin nicht an Händen und Füßen knebeln, sondern diesen großen Gemeinden mehr <b>Selbstverwaltung</b> zugestehen, wie es ja eigentlich bis jetzt von keiner Seite mehr bestritten würde, wie er bis jetzt geglaubt habe. Dass das Übel nirgends so groß sei, wie in Berlin, liege nicht nur an der Nähe zu den Ministerien und zum Hofe, sondern, dass das Polizeipräsidium zugleich</p>	
--	--	--	--

		<p>auch Regierung sei. Immer wieder habe V in vorangegangenen Sessionen auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Die Regierung habe auch darauf reagiert, nur sei noch nichts Entscheidendes passiert. Dies hänge damit zusammen, dass es schwierig sei, eine gute Form für ein neues Verhältnis zu finden. Nun habe man aber eine neue Stufe der Unbequemlichkeit erreicht, die ein Einschreiten der Regierung dringend notwendig mache. Andernfalls sei es unmöglich eine Selbstverwaltung aufzubauen. Bezug nehmend auf den Antrag Ebertys weist V darauf hin, dass nicht alle Ressorts der Polizei in die städtische Hand übergehen müssten. Seiner Meinung nach könnten <b>Sitten- und Marktpolizei</b> durchaus <b>dem Innenminister unterstellt</b> bleiben. Die Baupolizei müsse aber dringend in die Hände der Stadt gelangen. Das hierfür angeführte Beispiel zeige deutlich die Problematik der unterschiedlichen Einflussnahme. Die Stadt werde vom Staat dazu aufgefordert, Bebauungspläne in großem Stil zu machen, die von König und Regierung genehmigt würden. Dann käme das Polizeipräsidium und rasiere einen Teil davon einfach weg mit der Begründung, dort müssten Eisenbahnen angelegt werden, auch wenn alles schon bebaut sei. Das gehe dann soweit, dass im Falle der Weigerung der Stadt das Polizeipräsidium eine betreffende Quote an</p>	
--	--	--	--

		<p>der <b>Mahl-und Schlachtsteuer</b> zurückbehalte. Wenn man nun glaube, dass auf diese Weise ein gedeihliches und erfreuliches Verhältnis entstünde, dann wisse V nicht welche Regierungsgrundsätze man in Preußen noch habe. Will man, dass es Ernst werde mit der Selbstverwaltung, so müsse man notwendigerweise Neuerungen einführen und diese gelinge nicht, in dem man die Polizeimannschaften vermehre. Nicht die Vermehrung, sondern die Verteilung sei das Problem. Ein großer Teil des Personals sei mit Schreibarbeiten oder Dingen beschäftigt, die entweder unnötig oder nicht in das Ressort der Polizei fielen. Wenn es sich aber darum handle, dass man sich nach dem Weg erkundigen wolle oder Schutz suche, so sei keine Polizeimannschaft zu finden. Zwar stimme V diesmal noch einer Vermehrung der Mannschaften zu, aber dies eher aus Mangel an Untersuchungsmöglichkeiten. Er bezweifle aber, dass, wenn keine anderen Prinzipien gelten werden, der Minister nicht das erreiche, was er zu erreichen glaube. Nicht die Zahl der Leute und Mannschaften, sondern mit der Art der Prinzipien werde sich entscheiden, ob das geschehe, was das öffentliche Recht fordere. Abschließend bringt V eine Änderung des Antrages von Eberty zur Sprache: die Regierung solle sich wegen Übertragung einzelner Zweige der Polizeiver-</p>	
--	--	---	--

			waltung der Stadt Berlin an die Kommune mit dem Magistrat einigen. Er halte es für eine positiven Impuls, in dieser Angelegenheit endlich aus den Verwicklungen herauszukommen und alle Beteiligten zumindest zusammenkommen zu lassen, um zu sehen ob eine Einigung möglich sei.	
7	Fr, 19.1.1872, Nr. 15 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Jan.): Kurzer Hinweis, dass die von V im HdA gehaltene Rede zur Beratung des Etats der Berliner <b>Polizeiverwaltung</b> an die Versammlung verteilt wurde.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
8	Di, 23.1.1872, Nr. 18 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 22. Jan.): Thema ist der Etat der <b>Porzellanmanufaktur</b> . Für V kann der Staat bei Betreiben einer Porzellanmanufaktur nur zwei Interessen haben: entweder man wolle eine Schule schaffen, in der sich künstlerische Kräfte bilden, die später die Privatindustrie unterstützen, oder man wolle nur Modelle in kleiner Stückzahl schaffen, dann brauche man aber kein Verkaufslager. Ersteres träfe auch nicht zu, im Gegenteil würden die ausgebildeten Kräfte ängstlich gehütet. Qualitativ könne sich Berlin nicht mit Stücken aus der Manufaktur in <b>Sèvres</b> messen. Auch würden in Berlin nur in höfischen Kreisen die sehr teuren Stücke gekauft. Es sei also ein vergebliches Experiment, durch große Verkaufsfenster in belebter Gegend mehr Publikum ansprechen zu wollen. Wolle man sich hingegen auf die kleine Industrie werfen so würde man	vgl. Andree, Band 33, S. 170-179  <i>Sèvres</i> : Vorort von Paris mit Nähe zu Versailles; ab 1756 wurden hier, neben Meissen, die kostbarsten europäischen Porzellane gefertigt;



			in den kleinen Läden genügend Absatz finden. V beantragt daher die Ablehnung der Etatsumme. Die in Band 33 aufgeführte weitere Rede zum Konsistorium in Osnabrück hat keinen Eingang in die VZ gefunden.	
9	Di, 23.1.1872, Nr. 18 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der <b>Schimpanse</b> aus dem <b>Berliner Aquarium</b> verstorben sei und V und <b>Prof. Hartmann</b> die Sektion übernehmen. Besonders Lungen und <b>Kehlkopf</b> sollen untersucht werden.	<i>Hartmann, Robert</i> : *1831, †1893; Naturforscher, Völkerkundler, Anatom
10	Di, 23.1.1872, Nr. 18 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 9. Dez.): V teilt der Versammlung die Ernennung neuer korrespondierender Mitglieder mit und überreicht seit der letzten Sitzung eingegangene Geschenke und Briefe. Später spricht er einige erklärende Worte zu einer Sammlung italienischer <b>Terramarefunde</b> von Prof. <b>Pigorini</b> .	<i>Terramare</i> sind Siedlungen die während der mittleren Bronzezeit in Italien entstanden sind; werden zu den Pfahl- bzw. Feuchtbodensiedlungen gerechnet <i>Pigorini, Luigi</i> : *1842, †1925; italienischer Archäologe
11	Fr, 26.1.1872, Nr. 21 (kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. Jan.): Thema ist die Aufhebung der <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> . V führte aus, dass, wenn nicht sofort eine Mitteilung über die eingeleiteten	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV,

			Schritte des Magistrates erfolge, die Versammlung in der Lage sein werde, schleunigst selbst die Initiative zu ergreifen, da Gefahr im Verzuge sei.	aber nicht zu diesem Thema
12	Fr, 26.1.1872, Nr. 21 (Kein Scan)	2.Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die erste Versammlung des neugegründeten <b>Vereins für öffentliche Gesundheitspflege</b> . V habe den Beitritt abgelehnt.	
13	Do, 1.2.1872, Nr. 26 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [31.1.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Auf der Tagesordnung stand der Etat des Kultusministeriums. V beantragte, mit anderen zusammen, die Position des <b>Oberkirchenrats</b> aufzulösen.	vgl. Andree, Band 33, S. 179-199
14	Do, 1.2.1872, Nr. 26 (kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 31. Jan.): Thema ist der Etat des Kultusministeriums, im Detail eine Debatte über den evangelischen <b>Oberkirchenrat</b> . V beantragt, mit anderen zusammen, die Position des Oberkirchenrats aufzulösen. V möchte die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, dass die Orthodoxen der rechten Seite mit der Zentrums-Fraktion Hand in Hand gingen. Wenn nun diese Fraktion den Eindruck vermitteln möchte, die Freiheit der Kirche zu verteidigen, so müsse er darauf hinweisen, dass es sich beim Oberkirchenrat um ein Organ des Staates handle, genauer gesagt um eine Behörde, der jegliche gesetzliche Grundlage fehle. Da könne die Regierung mit demselben Recht für die Juden einen Sanhedrin ernennen oder für die Irvingianer einen Obererzen-	vgl. Andree, Band 33, S. 179-199

		<p>gel. Man wolle diesem Treiben durch den Antrag ein Ende setzen und die Regierung veranlassen, dass sie den Organen der Kirche auf der Grundlage der <b>Gemeindefreiheit</b> die Freiheit gebe, sich zu entwickeln. Die konstitutionellen Verhältnisse würden einen Plan verlangen und in der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten habe man den Wunsch nach einer mehr parlamentarischen Entwicklung vernehmen können. Eben jener habe aber auch gesagt, man könne ein Programm auch im Laufe der Ereignisse entwickeln, das sei aber, nach V, nicht jedermanns Sache. Im Allgemeinen sei es notwendig, dass das Ziel von vornherein feststehe, damit man auf Grund einer festen Basis Vertrauen fassen könne. In diesem Sinne habe man seit Jahren den vorliegenden Antrag gestellt und könne ihn nicht fallen lassen, nur weil einem ein neuer Minister gegenüberstehe, der noch gar nicht gesagt habe, was er eigentlich wolle.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiteres Thema ist der <b>katholische Kultus</b>. V beginnt damit, dass es an der Zeit wäre, die Frage zu klären, welche Stellung man gegenüber den katholischen Bischöfen einnehmen wolle. Von dieser Frage hänge es ab, ob man zu dem allseits gewünschten kirchlichen Frieden gelange oder nicht. Die Herren des Zentrums nähmen für sich in Anspruch, als Repräsen-</p>	
--	--	--	--

		<p>tanten der katholischen Kirche zu gelten. Fordere man sie aber auf, die Haltung ihrer Presse oder der Wahlagitatoren zu rechtfertigen, so lehnten sie jede Solidarität oder Verantwortung ab. V erwähnt das Beispiel eines ehemaligen Mitgliedes des HdA und der Zentrumsparlei, vor welchem mittlerweile der Bischof warne und ihn als eine Pest erkläre. Angesichts solcher Tatsachen müsse man fragen, wie das <b>Zentrum</b> die Fiktion aufrechterhalten wolle, dass sie die <b>berufenen Vertreter des Katholizismus</b> seien. Zumal nun mittlerweile sogenannte <b>Altkatholiken</b> auftreten würden, die eben dieses Recht nun für sich beanspruchten. Weiter geht V auf die vom Zentrum eingeforderte Parität ein. Dies sei nun gar kein katholischer Standpunkt. Nicht einmal der Standpunkt der Toleranz sei eigentlich zulässig, nach katholischen Grundsätzen. Auch an den Hochschulen gingen die Einstellungen katholischer Professoren immer weiter zurück. Dies liege auch nicht zuletzt daran, dass der <b>Geist des Protestantismus</b> zu einer freien, selbstständigen Arbeit erziehe und nicht dogmatische Formeln schule. Somit würden aus diesen Kreisen keine großen Impulse hervorgehen. Er fordere dazu auf, nicht der Regierung Vorwürfe zu machen, sondern sich an die eigene Brust zu fassen und dafür zu sorgen, dass die Bischöfe mehr Freiheit zuließen und</p>	
--	--	--	--

		<p>auf selbstständiges Denken hinarbeiten. Seine Hoffnung, dass dies geschähe, sei aber sehr gering. Gerade die deutschen Bischöfe seien es gewesen, die ihre Zustimmung zu dem <b>Unfehlbarkeitsdogma</b> am längsten verweigert hätten. Erst nach und nach sei einer nach dem anderen zu Kreuze gekroche. Diese Wankelmütigkeit, eine notwendige Konsequenz der Hierarchie, sei durch und durch undeutsch. Diesem fremdartigen, ultramontanen Wesen, welches sich in Gestalt der Zentrumsfraktion in den Staat hineinschiebe, müsse man in jeder gesetzlichen Form entgegentreten und er werde dies stets tun. Dem Gewissen werde man niemals zu nahe treten, aber wenn man das Gebiet des Glaubens, der sich ausschließlich auf die übersinnliche Welt beziehe, auf die sinnliche ausdehne, so gerate man unweigerlich in Kollision mit Staat und Wissenschaft. Die Herrschaft der katholischen Hierarchie würde die ganze deutsche Entwicklung kassieren, aber auch die katholische Wissenschaft werde dahin kommen, wo der Papst schon sei. Er beschäftige den besten Hofastronom, der die feinsten physikalischen Untersuchungen anstelle. Und auch der Papst habe schließlich akzeptieren müssen, dass die Sonne still stehe, während evangelische Geistliche, die dem Oberkirchenrat nahe stünden, leider noch nicht so weit gelangt seien. Auch den Ein-</p>	
--	--	---	--

			<p>fluss der <b>Klöster</b> möchte V nicht unterschätzt wissen. Sie seien <b>Zentrum der Wahlagitationen</b> und nach Heranziehung von alten und jungen Damen mit Vermögen käme es zu einer „<b>Christianisierung des Kapitals</b>“.</p> <p>Die in Band 33 abgedruckte Rede zur Einrichtung eines Lehrstuhles der polnischen Sprache und Literatur an der Universität Berlin hat keinen Eingang in die VZ gefunden</p>	
15	Fr, 2.2.1872, Nr. 27 (Kein Scan)	2.Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (26. Sitzung vom 1. Feb.): Thema ist die Stellung der <b>Regierungsmedizinalräte</b>. V weist auf die Gehaltshöhen der Kreisphysici und Kreiswundärzte hin, die schon mit einer geringen Summe im Verhältnis zur jetzigen Höhe erheblich verbessert werden könnten. Weiter geht es um die <b>Verbesserung der Studienbedingungen</b> an der Universität Berlin. V setzt sich dafür ein, dass die Staatssammlungen in einem anderen Gebäude untergebracht würden, um wenigstens die Raumsituation zu verbessern. Zum Thema <b>Sternwarte</b> setzt sich V dafür ein, dass mehr Personal eingestellt werde.</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 199-204
16	Sa, 3.2.1872, Nr. 28 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Feb.): Es wird nochmal die formulierte Fassung des gestrigen Beschluss debattiert. Man nehme Abstand vom Aufbau eines zweiten <b>Barackenlagers in Moabit</b> und plane den Abbruch der Baracken auf dem <b>Tempelhofer Felde</b>. Hierzu sollen die Kosten aus der</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details

			<p><b>Anleihe für städtische Krankenhäuser</b> entnommen werden. V sprach genau diesen Punkt nochmal an und setzte sich dafür ein, diesen auf den Etat zu bringen. Er sprach sich dagegen aus, die für das <b>Krankenhaus im Friedrichshain</b> aufgenommene Anleihe für den Barackenbau zu verwenden. Wenn nichts dagegen spräche, solle dafür eine besondere Anleihe aufgenommen werden. Dazu sei aber die Summe zu gering und zurzeit könne man die Summe gut tragen. Er beantrage deshalb, den gestern gefassten Beschluss aufzuheben und eine einfache Bewilligung auszusprechen. Abschließend wird von der Versammlung hierzu noch kein Beschluss gefasst.</p>	
17	Mi, 7.2.1872, Nr. 31 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p><b>BAG</b> (Extra-Sitzung vom 16. Dez. 1871): V übergibt der Versammlung den Gipsabguss eines Schädels, ein Geschenk aus <b>Panama</b>. Später berichtet V über Spezialerörterungen, die er mit Gelehrten in <b>Bologna</b> gehabt habe. Man sei uneins über die Frage, ob man neben einem <i>etruskischen Schädeltypus</i> noch einen umbrischen anerkennen müsse. Diese Frage sei noch nicht endgültig zu beantworten. Weiter habe man das Problem besprochen, wo und wann der Mensch in Italien zum ersten Mal aufgetreten sei. Dann legt V einen Schädel aus dem alten <b>Theoderichpalast</b> in <b>Ravenna</b> vor, welcher während des Kongresses ausgegraben worden war und</p>	<i>Bericht über die italienische Craniologie und Ethnologie: VBAG 4, S. 209</i>

			knüpft daran eine Darlegung der geologischen Veränderungen, welche seit jener Zeit den Ort betroffen hätten. Auch das Grabmonument schilderte er kurz. Zum Schluss stellte sich die Frage, ob es eine Verbindung zwischen den Etruskern und dem Norden gäbe. Dieses müsse V mit der Mehrzahl der nordischen Gelehrten mit ja beantworten.	
18	Fr, 9.2.1872, Nr. 33 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben u. 2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 8. Feb.): Thema ist die <b>Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens</b> . V ist Mitunterzeichner des Antrages, dass der Staat die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten habe. Davon unberührt bleibe die den Gemeinden zustehende Teilnahme an der Schulaufsicht. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten wird damit beauftragt, dieses Gesetz auszuführen. Weiter: V äußert, dass seine Partei nur schweren Herzens für den vorliegenden Gesetzentwurf gestimmt habe, da es sehr unvollständig sei und nicht lange Bestand haben werde, es handle sich also nur um die Opportunität eines solchen Notgesetzes. Er habe sich gewünscht, dass sich die Regierung klarer zu dieser Frage äußern würde und der zuständige Minister oder der Ministerpräsident sich der Notwendigkeit in dieser Sache Position zu beziehen, be-	vgl. Andree, Band 33, S. 205-222  <i>Secchi, Pietro Angelo</i> : *1818, †1878; ital. Astronom und Jesuitenpater; gilt als Wegbereiter der Spektralanalyse  <i>v. Mühler, Heinrich</i> : *1813, †1874; preuß. Kultusminister  <i>Windthorst, Ludwig</i> : *1812, †1891; römisch-



		<p>wusster seien. V wolle nun einige gegen dieses Gesetz erhobene Einwände beleuchten. Der <b>Bischof von Paderborn</b> sei der Meinung, das Gesetz verletze tausendjährige Rechte. V würde diese Rechte anerkennen, wenn eine ununterbrochene Kontinuität und Tradition des Rechtes stattgefunden hätten. Aber selbst Befürworter müssten zugeben, dass zwischen altem und neuem Recht eine Revolution läge. Doch auch ohne dieses Zugeständnis müsse man den Anspruch der Kirche zurückweisen. Die vielen geschichtlichen Verdienste der Kirche um die Kultur erkenne man dankbar an, aber die Kirche sei nicht ununterbrochen bei dieser Kulturarbeit geblieben. Man müsse sie also auf das Gebiet verweisen, auf das sie gehöre, auf das Gebiet des Gewissens. Man habe die Frage nur als Politiker zu prüfen, nicht ob der Staat dafür Sorge, dass jedes Kind sein Ave Maria lerne, sondern ob in Ländern wie Spanien, Flandern, Belgien und Irland der <b>Kirchenstaat in Armut und Unwissenheit</b> verkomme. Bei der Gelegenheit verweist er auf seine Erlebnisse in <b>Oberschlesien</b> zur Zeit der <b>Typhusepidemie</b>. Das vom Zentrum geltend gemachte natürliche Recht der Eltern führe aus Vs Sicht eher zur Freiheit der Unwissenheit. Er kritisiert, dass noch in manchen Gebieten die <b>Kinder zum Schweinhüten</b> verwendet würden und nur <b>ungenügende</b></p>	<p>katholischer Politiker und Jurist</p>
--	--	---	--

		<p><b>Schulbildung</b> genießen würden. Immerhin habe man die <b>Schulpflicht</b> eingeführt und daraus resultiere auch das Aufsichtsrecht. Letzteres solle zunächst nur an katholischen Schulen gelten, aber auch evangelische Schulen sollten miteinbezogen werden. Wenn nun ein <b>geistlicher Schulinspektor</b> seinem Dienst nicht ausreichend nachkomme, verpflichte das Gesetz, diesen durch einen anderen Geistlichen zu ersetzen. Problematisch sei aber die nicht immer vorhandene <b>pädagogische Kompetenz</b> und die Verfügbarkeit. Dabei handle es sich hier nicht um konfessionelle sondern um staatliche Regelungen und konfessionelle Schulen gebe es seit dem Übergang der Schulen in Gemeindehand nicht mehr. Also sei hier auch die Rechtskontinuität unterbrochen. Durch das vorliegende Gesetz gehe man in dieser Richtung weiter fort, ohne dabei Feindseligkeit gegenüber der Kirche aufkommen zu lassen und eine <b>Entchristlichung der Schule</b> anzustreben. Aber was sei denn überhaupt die <b>Christianisierung der Schule</b>? Früher sei die Kirche noch Kulturträgerin gewesen, aber jene Zeit sei vorüber. Sie habe ihre Ketzer selbst erzogen. Man sei von Kirchenseite sehr stolz auf <b>Kopernikus</b>, aber wenn heute ein neuer Kopernikus aus der Kirche hervorkäme und ein Dogma bestritte, so würde sie es wahrscheinlich bedenklich finden und</p>	
--	--	--	--

		<p>nicht berücksichtigen, dass er ein Domherr sei. Ferner erwähnt er die Leistungen des Jesuiten <i>Secchi</i> über die Bewegungen der Sonne. Wenn man diese Bewegungen anerkenne, wisse er nicht, wie man die Freiheit der evangelischen Kirche anerkenne könne. Die <b>gesetzliche Gewähr der Glaubens- und Gewissensfreiheit</b> sei in der Enzyklika ausdrücklich verdammt, wie könne man damit die Verfassung vereinbaren. So lange man dies nicht begreiflich gemacht habe sei der Einfluss des Klerus auf die Schule staatsgefährlich und das vorliegende Gesetz nötig. Sollte der Minister die ihm durch das Gesetz so reichlich anvertraute Macht missbrauchen, so würde er von der öffentlichen Meinung verurteilt werden, die doch letztendlich siege. Herr v. <b>Mühler</b> sei nicht durch den Gesetzentwurf verschlungen worden, sondern habe sich nur durch den Strohhalm, der ihm zur Stütze gereichen sollte, nicht mehr zu halten vermocht. Er war in der öffentlichen Meinung, vom öffentlichen Gewissen längst gerichtet. Wenn er sich doch noch so lange gehalten habe, so war er eben ein Kunstprodukt. Man habe Geduld gelernt und werde auch noch weiter Geduld haben, aber die <b>Trennung von Kirche und Schule</b> sei absolut notwendig. V endet damit, dass er darauf hinweist, dass das Amendement der bischöflichen Petition Rechnung trage, aber dass</p>	
--	--	---	--

			<p>man auch die <b>Gemeinden vor ministerieller Willkür schütze</b>. Man wolle die konfessionellen Elemente nicht aus ihrer wohlberechtigten Stellung drängen und man sei zu jedem Entgegenkommen bereit, wenn nur die verderbliche Herrschaft der Kirche über die Schule ein Ende finde.</p> <p>Weiter:</p> <p>Kurzer Wortbeitrag Vs, der eine Äußerung des Abg. <i>Windthorst</i>, die <b>Pockenepidemie</b> mit der Bildung in Verbindung zu bringen, als augenblickliche Überreizung bezeichnete.</p>	
19	Fr, 9.2.1872, Nr. 33 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten u. 2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Feb.): Thema ist der <b>Barackenbau in Moabit</b>. Hierzu liegt ein Antrag vor, den polizeilichen Bauerlaubnisschein durch den Magistrat vorlegen zu lassen. V unterstützt diesen Antrag und verteidigt das Verfahren der gemischten Deputation.</p>	nichts bei Andree
20	So, 11.2.1872, Nr. 35 (Kein Scan)	4. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (30. Sitzung vom 10. Feb.): Thema ist das <b>Schulaufsichtsgesetz</b>. V ist der Auffassung, dass er und seine Partei sich schon auffallend der Regierung genähert hätten und dass er zu jeder Zeit bereit sei, ein Ministerium zu stützen, wenn dadurch das Staatswohl gefördert würde. Bei der namentlichen Abstimmung stimmt er für das neue Gesetz.</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 223
21	Mi, 14.2.1872,	2. Beilage, S. 1,	<p><b>HdA</b> (31. Sitzung vom 13. Feb.): Erneut ist das <b>Schulaufsichtsgesetz</b> Thema. Nach</p>	vgl. Andree, Band 33,

	Nr. 37 (Kein Scan)	2. Spalte mittig u. unten f.	<p>erneuter Diskussion findet erneut eine namentliche Abstimmung statt, bei der V für das Gesetz stimmt.</p> <p>Weiter:</p> <p>Thema ist die <b>Vergütung von gerichtsarztlichen, medizinal- oder sanitàspolizeilichen Geschäften der Medizinalbeamten</b>. Das Gesetz sei in der letzten Session gescheitert. Die jetzige, vom Herrenhaus genehmigte Fassung führe zu einer leichten Anhebung der Gebührensätze und zu einer völligen Neulösung für Hessen. V könne das Gesetz nur befürworten. Am Wohnort sollen die Medizinalbeamten keine weitere außer der etatmäßigen Besoldung erhalten, lediglich eine Fuhrkostenpauschale solle erstattet werden. Ist die Tätigkeit durch Privatinteresse zustande gekommen, ist eine Gebühr zu zahlen, in Abhängigkeit von der aufgewendeten Zeit und den entstandenen Fuhrkosten. Das Gleiche gilt gegenüber Gemeinden bei ortspolizeilichen Interessen.</p>	S. 223-231
22	Fr, 16.2.1872, Nr. 39 (kein Scan)	S. 1, 2. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [15.2.1872] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema war das Gesetz zur <b>Oberrechnungskammer</b>. V machte auf die Konzessionen aufmerksam, zu denen sich die liberalen Mitglieder der Beratungskommission bequemt hätten, weiter könne man aber nicht gehen.</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 232-245
23	Fr, 16.2.1872,	2. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 15. Feb.): Thema ist das Gesetz zur <b>Oberrechnungskam-</b>	vgl. Andree, Band 33,

	<p>Nr. 39 (kein Scan)</p>	<p>2. Spalte unten</p>	<p><b>mer.</b> V erinnert daran, dass das Gesetz nicht ausschließlich das HdA angehe, sondern auch das Herrenhaus betreffe. Er erwähnt den Abg. <b>Schmidt</b>, welcher gesagt habe, dass die Kommission mit großer Selbstverleugnung vorgegangen sei und nur solche Beschlüsse gefasst zu haben glaube, welche der Regierung annehmbar seien müssen, so dass das Gesetz auch wirklich zustande komme. V ist aber der Meinung, die Regierung möge erwägen, ob ihre Situation dadurch günstiger würde, wenn sie auf Beschlüsse aus dem Reichstage warte. Sinnvoller wäre im konstitutionellen Sinne, sich zunächst mit dem HdA abzufinden. Er verweist auf die Etatberatungen, die umso detaillierter seien, je mehr die Volksvertretung Anlass habe dem Minister mit Misstrauen zu begegnen. Nur ausnahmsweise herrsche in Preußen Vertrauen zu einem Minister, meist trenne eine weite Kluft denjenigen von der Landesvertretung. Wenn man in Preußen so weit wäre, wie in England, wo der Minister aus der Mehrheit hervorgehe, dann könne man auch die Diskussionen zu Spezialetats in viel kürzer Sitzung verhandeln. Die Rechte der Krone seien nach diesem Gesetz unverändert, aber die Handhabung der <b>Prärogative</b> wäre in gewissen Beziehungen normiert. Gerade die rechte Seite des Hauses müsse unter diesem Aspekt den Änderungen beitreten, da</p>	<p>S. 232-245</p>
--	-------------------------------	----------------------------	--	-------------------

			<p>man der Krone kein Recht nehme, sondern sie von einer Last befreie. Wie man hierin einen Gewaltakt sehen könne, sei ihm unklar. Auch wenn der <b>Verkehr zwischen Rechnungshof und Volksvertretung</b> wünschenswert wäre, so könne er doch der Regierung gegenüber nachgeben, da dies für ihn kein entscheidender Punkt sei. So gut, wie in der Etatberatung jeder Punkt Gegenstand eines Spezialvotums sei, ebenso berechtigt sei man, eine spezielle Kontrolle zu fordern. Die Kommission habe ihre Veränderungen aufgrund der Motive des Gesetzes vorgenommen und dessen Wortlaut einfach gemäß derselben ergänzt. Wie sehr die Linke dabei ihren Parteistandpunkt außer Acht gelassen habe, das beweise am besten die Zurückweisung eines von ihnen selbst gestellten Amendements, welches einen Teil der <b>Ministerverantwortlichkeit</b> in die Vorlage einbringen sollte. Man habe alle möglichen Konzessionen gemacht, aber man dürfe nicht unbestrittene Rechte der Volksvertretung durch dieses Gesetz opfern. So heilsam die Wirkung der Vorlage sei, umso mehr würde er es bedauern gegen die Vorlage stimmen zu müssen, wenn seine Vorschläge nicht anerkannt würden. Er bitte daher dringend, in Bezug auf die Kardinalpunkte der Regierung Stand zu halten.</p>	
24	Fr,	2. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Feb.): Thema ist	nichts bei

	16.2.1872, Nr. 39 (Kein Scan)	S. 2, 2. Spalte mittig	der <b>Stadthaushaltsetat</b> von 1872. Es besteht Uneinigkeit darüber, ob nur die SVV alleine den Etat beschließen könne, ohne Einmischung des Magistrates. V glaubt nicht von den gegebenen Paragraphen herleiten zu können, dass die SVV dies alleine tun könne und stimmt dem Magistratsantrag zu.	Andree
25	Sa, 17.2.1872, Nr. 40 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 16. Feb.): Erneut wird um die Einrichtung und die Befugnisse der <b>Oberrechnungskammer</b> debattiert. V ist der Meinung, dass nicht Krone und Ministerium, sondern der Landtag die <i>Dechargierung</i> der Staatsrechnungen zu leisten habe. Dies sei geltendes Recht. Wünschenswert wäre es, wenn der Präsident der Oberrechnungskammer keine souveräne Stellung einnehmen würde.	vgl. Andree, Band 33, S. 246-253  <i>Dechargierung</i> : Entlastung
26	So, 18.2.1872, Nr. 41 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [17.2.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Erneutes Thema ist die <b>Oberrechnungskammer</b> . Eingbracht sind die Vorschläge, dass die Oberrechnungskammer die Bemerkungen zu berücksichtigen habe bei der Vorlage an den Landtag und dass bei Bestimmungen in Zusammenhang mit Staatseinnahmen oder –ausgaben bezüglichlichen Gesetze angegeben werden sollen. V verteidigt diese Vorschläge.	vgl. Andree, Band 33, S. 253-257
27	So, 18.2.1872, Nr. 41 (Kein Scan)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 17. Feb.): Erneutes Thema ist die <b>Oberrechnungskammer</b> . Gegen <b>Engelcken</b> gerichtet erklärt V, dass es ihm neu sei, wie jemand den <b>Bildungs-</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 253-257



			<p><b>grad</b> einer Person <b>von</b> ihrem <b>Geburtsort</b> <b>[un]abhängig</b> machen könne. Unzulässig sei die Verweisung auf Verhandlungen außerhalb des Hauses, parlamentarisch existiere nur die Verhandlung im Hause, solange sie sachlich sei. In einer weiteren Wortmeldung weist er darauf hin, dass die Verfassung nur etatmäßige Einnahmen und Ausgaben trennen würde. In anderen Staaten würde man außeretatmäßige Positionen durch Nachtragsgesetze erledigen, hier habe man gar nicht an das Vorkommen solcher außeretatmäßigen Positionen gedacht. Als sie dann doch vorkamen habe man über solche Positionen besondere Rechnungen geführt. Die Kommission habe keinen Grund gefunden, zwischen außeretatmäßigen Ausgaben und Einnahmen einen Unterschied zu machen. Allerdings habe dann die Landesvertretung das Recht, eine solche Einnahme zu beanstanden, wenn sie überzeugt sei, dass dies ungesetzlich sei. Dieser Streit sei aber mehr formeller Natur und habe für das Haus keinen besonderen Wert mehr.</p>	
28	Di, 20.2.1872, Nr. 42 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der gestrigen [19.2.1872] Sitzung des <b>HdA</b>: Erneutes Thema ist die <b>Oberrechnungskammer</b>. Eine weitere Ergänzung zum Gesetz lautet, dass der Landtag Rückfragen an die Oberrechnungskammer stellen dürfe, welche auch beantwortet werden müssen. V spricht sich dafür aus.</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 257-262

29	Di, 20.2.1872, Nr. 42 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (34. Sitzung vom 19. Feb.): Debat- tiert wird über eine weitere Ergänzung zum Gesetz zur <b>Oberrechnungskammer</b>, die lautet, dass der Landtag Rückfragen an eben diese stellen dürfe, welche auch be- antwortet werden müssen. V habe in der Generaldebatte erklärt, dass es eigentlich nicht notwendig sei, auf diese weitere Er- gänzung zu bestehen. Nachdem nun aber vorherige Paragraphen verändert worden seien, sei diese Ergänzung wieder wichtig geworden. Diese Änderungen würden be- inhalten, dass die Oberrechnungskammer nicht mehr verpflichtet wäre, Verstöße gegen Vorschriften zu notieren. Weder der Finanzminister noch der König wären im Nachhinein in der Lage solche Bemerkun- gen zu fordern. Die Landesvertretung müsse aber Mittel haben, sich über zwei- felhafte Punkte informieren zu können. Nach der Verfassung habe man zwar das Recht eine Untersuchungskommission zu bilden, aber die Oberrechnungskammer wäre nicht verpflichtet hier Auskunft zu geben. Also wäre das Haus bei der Prü- fung der Rechnungen nur auf guten Wil- len angewiesen. Man müsse einen Modus schaffen, der eine vernünftige Prüfung er- laube. Zwar mögen Rückfragen den Ein- druck der Nörgelei erwecken, aber wie solle man sich ein Urteil über die Verwal- tung bilden, wenn man nicht auch kleine Summen überprüfe. Durch das <b>Frage-</b></p>	vgl. Andree, Band 33, S. 257-262
----	--	---	---	--

			<p><b>recht der Volksvertretung</b> würde der Geschäftsgang beschleunigt und die Regierung wäre vor direkten Beziehungen zwischen Landtag und Oberrechnungskammer gesichert, da sie Kenntnis von allem erhalte, was zwischen beiden vorgehe. Die unabhängige Stellung der Oberrechnungskammer mahne zur sorgfältigen Feststellung ihrer Aufgaben, nachdem die Instruktionen, welche sie erhalte, ganz in die Hände der Regierung gelegt seien.</p>	
30	<p>Di, 20.2.1872, Nr. 42 (Kein Scan)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Feb.): Der Magistrat hat in Bezug auf den <b>Stadthaushaltsetat</b> 1872 drei Anträge gestellt. Es geht um den Vorschuss aus der <b>Sublevationskasse</b>, den Nettoüberschuss im <b>Beleuchtungswesen</b> und den Wert für das der <b>Gasanstalt</b> überlassene Grundstück. V beantragt, dem Magistrat nicht zu erlauben, eine gemischte Deputation einzuberufen, über die drei Anträge gesondert abzustimmen und in Bezug auf das überlassene Grundstück eine Deputation vorberaten zu lassen. Alle drei Anträge Vs werden angenommen.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p> <p><i>Sublevationskasse</i>: Unterstützungskasse</p>
31	<p>Do, 22.2.1872, Nr. 44 (Kein Scan)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht darüber, dass die Fraktion der deutschen <b>Fortschrittspartei</b> beschlossen habe, ihrem früheren Mitglied im HdA <b>Harkort</b>, zum 80. Geburtstag zu gratulieren. V ist Mitunterzeichner.</p>	<p><i>Harkort</i>, Friedrich: *1793, †1880; Industrie- und Bahnpionier; Gründer der Volkshochschule</p>
32	<p>Sa,</p>	<p>2. Beilage,</p>	<p><b>BAG</b>: V verliert einige Briefe und legt</p>	<p><i>Figuiet</i>, Louis:</p>

	24.2.1872, Nr. 46 (PDF: 6)	S. 2, 2. Spalte mittig	dann das Buch des französischen Anthropologen <b>Figuiet</b> mit dem Titel „les races humaines“ vor. Hierin sei vermerkt, dass die <b>Preußen weder Deutsche noch Slawen</b> , sondern eben Preußen seien. [ <b>Rassefrage</b> ] Er hält einen Vortrag zu seinen im vergangenen <i>Sommer auf Wollin ange-stellten Ausgrabungen</i> ; der erste Fund sei eine tiefe Kulturschicht in der Nähe des Landungsplatzes <b>Lebbin</b> , welche sich durch ungeheure Mengen an Küchenabfällen, besonders Fischschuppen, auszeichne. Weiter führte er eine Untersuchung der näheren Umgebung der Stadt Wollin durch, es fanden sich alte Kulturstätten und Gräber. Die interessanteste Entdeckung habe es nördlich der Stadt in einem Moorgrund gegeben, bei dem man nicht nur auf sehr viele Knochen und Geweihe gestoßen sei, sondern auf <b>Pfahlbauten</b> . Bei Nachgrabungen fanden sich viele Reste von Geräten, Knochen von Haustieren, Elen und Rentier.	*1819, †1894; franz. Schriftsteller, Naturwissenschaftler und Anthropologe  <i>Ausgrabungen auf der Insel Wollin</i> : VBAG 4, S. 58-67
33	Di, 27.2.1872, Nr. 48 (PDF: 5)	S. 4, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 26. Feb.): Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf zur Aufhebung der <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> . Der Finanzminister überreicht eine königliche Kabinettsorder, die ihn ermächtigt, den Gesetzentwurf aus den Beratungen des Landtages zurückzuziehen. Hierzu äußert V, dass es sich hier um die Frage handle, wie man sich anständig behandle. Das Verfahren des Finanzministers trüge	vgl. Andree, Band 33, S. 262-265

			<p>nicht dazu bei, das Ansehen des Hauses und die Würde der Regierung zu stärken. Die Kommissionberatung habe den Zweck, sich mit der Regierung über ein Verfahren zu verständigen, wie es sich in einem großen, konstitutionellen Staat gezieme.</p> <p>Weiter:</p> <p>Man merke, dass der Justizminister nicht in der <b>Sitzung des Ministerkonsils</b> anwesend gewesen sei, so V. Es sei nicht gleichgültig, ob die Regierung den Entwurf im Herrenhaus sofort vor der Beratung zurückziehen dürfe oder nicht. In den klassischen konstitutionellen Ländern sei dies nicht erlaubt; außerdem reiche man nicht eine Regierungsvorlage an das Herrenhaus weiter, sondern einen Gesetzentwurf, der vom Hause gestaltet sei. Bisher sei es stets üblich, dass die Regierung, wenn sie zum ersten Mal in einem Hauptpunkt geschlagen war, sich sofort erkläre. Er erachte es für kein würdiges Manöver, das Haus weiter beraten zu lassen, während die Regierung schon entschlossen sei, das Gesetz zurückzuziehen.</p>	
34	Do, 29.2.1872, Nr. 50 (PDF: 13)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (40. Sitzung vom 28. Feb.): Thema ist der Antrag der <b>Budgetkommission</b> zur <b>Verbesserung der Beamtenbesoldung</b>, insbesondere der Medizinalbeamten. V weist auf die nahezu unwürdige Bezahlung der Departementtierärzte hin. Dass die staatlichen Medizinalbeamten durch</p>	

			ihre Privattätigkeit genügend zusätzliches Einkommen erwirtschaften könnten für ihren Lebensunterhalt sei zwar richtig, aber es sei die Frage, ob sich die Privattätigkeit nicht ungünstig auf die amtliche Wirksamkeit auswirke. Besser wäre es, gut besoldetes Medizinalpersonal einzustellen und dann mit der <b>Reform der öffentlichen Gesundheitspflege</b> zu beginnen.	
35	Do, 29.2.1872, Nr. 50 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurze Nachricht, dass V, welcher im vorigen Herbst am archäologischen Kongress in <b>Bologna</b> teilgenommen habe, vom <b>König Victor Emanuel</b> das <b>Kommandeurkreuz der italienischen Krone</b> verliehen bekommen habe.	
36	Fr, 1.3.1872, Nr. 51 (PDF: 6-8)	Beilage zur Zeitung	Prospekt als Beilage zur Zeitung: Es wird die <b>SGWV</b> beworben (5. Serie, Hefte 145-168, Jg. 1872), herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> .	
37	So, 3.3.1872, Nr. 53 (PDF: 13)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 2. März): Thema ist die <b>Pensionierung unmittelbarer Staatsbeamter</b> . V fragt, ob man das Gesetz auch auf <b>Medizinalbeamte</b> anwenden wolle. Selbst die Medizinalräte seien in Bezug auf ihr Gehalt schlechter gestellt als alle anderen Beamten, weil man fortwährend betone, dass diese durch ihre Privatpraxis einen reichlichen Lebensunterhalt bezöge. Nach den Paragraphen scheinke kein Medizinalbeamter pensionsberechtigt zu sein, dies sei aber unmöglich. Diese Beamten hätten aufgrund des erheb-	vgl. Andree, Band 33, S. 267-269

			lichen Infektionsrisikos einen gefährlichen Dienst, ähnlich wie Soldaten, die in die Schlacht geschickt würden. Ihnen eine Pension zu verweigern, würde in diesen Kreisen ein bitteres Gefühl nähren. Abschließend geht er auf Auslandzeiten ein, die schnell vergessen wären, wenn man erst mal 10 Jahre in Preußen Beamter gewesen sei.	
38	Di, 12.3.1872, Nr. 60 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht, dass die Mitglieder der Fraktion der <b>Fortschrittspartei Dr. Becker</b> ein Abschiedsdiner gegeben haben. V sprach sich zum Wohl Dr. Beckers aus, der nun endlich an die Spitze des großen Gemeinwesens gelangt sei und in das <b>Herrenhaus</b> eintreten werde.	
39	Fr, 15.3.1872, Nr. 63 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen[14.3.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Oberrechnungskammer</b> . V beantragt, an den einmal gefassten Beschluss festzuhalten.	vgl. Andree, Band 33, S. 270-277
40	Fr, 15.3.1872, Nr. 63 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (49. Sitzung vom 14. März.): Thema ist erneut die <b>Oberrechnungskammer</b> . Es liegt der Antrag von V vor, die Änderungen des Herrenhauses zum Gesetz wieder zu streichen. Es war vorgesehen, den Zusatz, dass die hauptsächlichen Ergebnisse übersichtlich zusammengefasst werden sollten, zu streichen. Ferner sollten sich die Bemerkungen der Oberrechnungskammer nicht nur auf die Abweichungen der Gesetze ausdehnen, sondern	vgl. Andree, Band 33, S. 270-277

			<p>auch auf Abweichungen in der Verwaltung. V ist der Meinung, dass, wenn der Finanzminister von vornherein seine Position eingenommen hätte, er eine Mehrheit gegen sich gehabt hätte. Die jetzige Mehrheit habe er nur, weil alle lediglich das Bestreben hätten, aus dem Provisorium herauszukommen. Aus dem stenographischen Bericht des Herrenhauses ginge hervor, dass einige Missverständnisse geherrscht hätten, womit das Ergebnis zumindest zweifelhaft sei. Aber auch die Rücksicht auf das Herrenhaus dürfe nicht dazu bewegen, einmal gefasste Beschlüsse auch wieder umzuändern. Von anderer Seite werde hervorgehoben, der Bericht sei von untergeordneter Bedeutung, was V nicht so sieht. Man habe in allen Teilen nur das Minimum der Forderungen gestellt und auch auf Kontakt mit der Oberrechnungskammer verzichtet. In Bezug auf die Frage, ob auch Verletzungen der Vorschriften einer Bemerkung bedürfen, verweist V auf die Etatberatungen, in denen häufig solche Fälle aufgetreten seien.</p>	
41	So, 17.3.1872, Nr. 65 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [16.3.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Kreisordnung</b> . Es wird nur kurz erwähnt, dass V gesprochen habe.	vgl. Andree, Band 33, S. 277-286
42	So, 17.3.1872, Nr. 65 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 16. März.): Thema ist die <b>Kreisordnung</b> . V fragt sich, wer denn eigentlich Schuld daran habe, dass diese Reform noch nicht Schritt für Schritt	vgl. Andree, Band 33, S. 277-286



		<p>vollzogen sei. In seinen Augen hänge dies an der konservativen Partei, die die Regierung nicht vorwärts, sondern rückwärts getrieben habe. Schon 1810 seien die Grundsätze, welche jetzt realisiert werden sollen, proklamiert und in den letzten 60 Jahren sei nichts passiert. Die Liberalen hätten immer wieder Anläufe genommen, die die Konservativen wieder zunichte gemacht hätten. Alles würde einfacher sein, wenn man eine <b>Gemeindeordnung</b> hätte. So sei aber die Vorlage viel zu umfangreich und damit ein schlechtes Gesetz, besonders auch, weil darin die <b>Gutsbezirke konserviert</b> werden sollen. Wenn man in Amerika geschafft habe, die Sklaverei abzuschaffen und Junker und Schwarze in einem Parlament säßen, so müsse man doch in der Lage sein, mit dem Gutsbezirk zu brechen. Wenn man nun bereit sei, trotz aller Bedenken, an einem solchen Gesetz mitzuarbeiten, so geschehe dies, weil man hoffe, damit eine Grundlage für weitere Entwicklungen zu schaffen. Wenn man die Großgrundbesitzer als die durch größere Intelligenz berechtigten Führer hinstelle, so dokumentiere man nur seine ständischen Regungen. Die <b>Großgrundbesitzer</b> seien <b>nicht die geborenen Führer</b> sondern nur die <b>erzogenen Führer</b>. Es müsse möglich sein, durch <b>freie Wahlen</b> denjenigen zu wählen, den man für den <b>geeignetsten Kandidaten</b> halte.</p>	
--	--	--	--

		<p>Der konservativen Partei wirft V vor, zweierlei unterschiedliche Dinge zu wollen. Einerseits klage sie über die zunehmende Bürokratie, Eingriffe der Regierung und verlange mehr Selbstverwaltung und andererseits behaupte sie, dass die große Masse des Volkes wegen Mangel an Intelligenz keinem geborenen Führer an die Seite gestellt werden könne und deshalb die Rechte der Großgrundbesitzer gestärkt werden müssten. Sie sträube sich gegen die Oberaufsicht des Finanzministers über die Kreisverwaltung, soweit es sich um die Belastung der Kreisangehörigen mit Anleihen handle. Gerade aber auf diesem Gebiet sei der Finanzminister viel geeigneter als der Innenminister. Insgesamt sei dies der Standpunkt der "kleinen Herren", denen die Regierung von oben oft zu unbequem und die sich zugleich nicht von unten drängen lassen wollen. Abschließend warnt V vor leichtfertigen Umgang mit der <b>sozialen Bewegung</b>. Zwar habe diese die ländlichen Kreise noch nicht erreicht, aber dies sei eine trügerische Sicherheit. Man solle lieber durch eine auf Grundlage der Gerechtigkeit beruhenden Ordnung der ländlichen Zustände einer friedlichen Entwicklung der Verhältnisse vorarbeiten. Es gebe wohl keinen Zweifel daran, dass das für das Land besser sei, als die Reformbestrebung auf den Weg der Revolution zu</p>	
--	--	--	--

			drängen.	
43	Mi, 20.3.1872, Nr. 67 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [19.3.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Kreisordnung</b> . V beschuldigt die Zentrumsparlei der Illoyalität.	vgl. Andree, Band 33, S. 288-292
44	Mi, 20.3.1872, Nr. 67 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. unten f.	<b>HdA</b> (52. Sitzung vom 19. März): Thema ist erneut die <b>Kreisordnung</b> . V bezeichnet das Vorgehen des Zentrums nicht nur als unhöflich, sondern auch als illoyal. Es wäre für die liberale Partei von großem Interesse gewesen zu erfahren, dass sie auf die Unterstützung des Zentrums hätte rechnen können. Jenes habe v. <b>Mallinckrot</b> aber nicht in Aussicht gestellt. Die Aufforderung, Farbe zu bekennen könne man dem Zentrum zurückgeben, denn dasselbe würde sich, wenn es jetzt für die liberalen Anträge stimme würde, eine <b>fremde Löwenhaut</b> umhängen. Wichtig sei aber, dass man ein Gesetz, dass wesentlichen Fortschritt enthalte nicht scheitern lasse.	vgl. Andree, Band 33, S. 288-292
45	Do, 21.3.1872, Nr. 68 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (Abend-Sitzung vom 19. März.): Thema ist erneut die <b>Kreisordnung</b> . V stellt den Antrag, dass die zu den Wahlverbänden zählenden Grundbesitzer statt, wie in der Vorlage 75 Taler, sondern maximal 50 Taler <b>Grund- und Gebäudesteuer</b> beziehen dürfen und den Zusatz „deren Besitz 75 Hektar nicht überschreitet“ zu streichen.	
46	Fr, 22.3.1872,	2. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (54. Sitzung vom 21. März.): Thema ist erneut die <b>Kreisordnung</b> . Der Kreis-	vgl. Andree, Band 33,

	Nr. 69 (Kein Scan)	2. Spalte unten	ausschuss solle, so V, die Entscheidung über die zwangsweise <b>Einführung von sanitätspolizeilichen Einrichtungen</b> in Landgemeinden und selbstständigen Gutsbezirken bekommen, sofern nicht andere Gesetze vorgeschrieben seien. Ferner solle der Kreisausschuss über die Verteilung der anfallenden Kosten bestimmen. Dieses Amendement wird angenommen. Weiter beantragt V, die <b>Rechte des Landrates</b> dahin gehend einzuschränken, dass dieser zwar Verfügungen erlassen dürfe, aber nur in Fällen, die keinen Aufschub dulden würden und mit der Auflage, dem Kreisausschuss bei der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Im Rahmen der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung wird Vs Vorschlag zur Ausdehnung des Mitbestätigungsrechtes des Finanzministers abgelehnt.	S. 292-295
47	Do, 4.4.1872, Nr. 78 (kein Scan)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 10. Feb.): V eröffnet als Vorsitzender die Sitzung und übergibt eingegangene Schriften und Briefe. Später hält er einen Vortrag über die Beziehung zwischen deutschen und <b>finnischen Schädeln</b> . Er verweist zunächst auf die Hypothese von einer mongoloidischen finnisch-ethnischen Urbevölkerung Europas, die vom französischen Anthropologen <b>Broca</b> widerlegt und von de <b>Quatrefages</b> wieder aufgenommen worden sei. Zur Entscheidung in dieser Frage legt er deutsche, finnische und ethnische Schädel vor.	<i>Vergleich finnischer und ethnischer Schädel mit alten Gräberschädeln des nordöstlichen Deutschlands:</i> VBAG 4, S. 74-84 <i>Über die Finnenfrage:</i> VBAG 4,

			Daraus ließe sich ersehen, dass die Formen so unterschiedlich seien, dass aus den Finnen unmöglich die Urbevölkerung Deutschlands oder gar Europas entstanden sein könne.	S. 266  <i>Broca</i> , Paul: *1824, †1880; franz. Anthropologe und Arzt
48	Sa, 6.4.1872, Nr. 80 (kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. April): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
49	So, 7.4.1872, Nr. 81 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 23. März): Es wird vermerkt, dass V abwesend sei.	
50	So, 7.4.1872, Nr. 81 (kein Scan)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Lokales: Es wird berichtet, dass V nach <b>Barmen</b> gereist sei, um im dortigen <b>Bürgerverein</b> heute (Sonntag) einen Vortrag über die <b>Entwicklung der europäischen Nationalitäten</b> zu halten. Am Montag beabsichtige er dann in <b>Elberfeld</b> , im Verein für wissenschaftliche Vorlesungen, über die <b>Grenzen von Inhalt und Geist</b> zu sprechen. Danach werde er an den Rhein fahren, um <b>Forschungen über die Lachs</b> zucht anzustellen.	<i>Barmen</i> : war bis zu seiner Vereinigung mit vier anderen Städten zum heutigen Wuppertal bergische Großstadt im östl. Rheinland
51	Mi, 10.4.1872, Nr. 83 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	Über die <b>Entwicklung und Natur der europäischen Nationalitäten</b> . So lautete das Thema, über welches V im allgemeinen Bürgerverein von <b>Elberfeld</b> am 7. April gesprochen hat. <b>Emil Ritter[s]haus</b> (die VZ hat den Namen wahrscheinlich fälschlicherweise ohne „s“ ge-	<i>Elberfeld</i> : war ebenfalls bis zu seiner Vereinigung mit vier anderen Städten zum heutigen Wup-

		<p>schrieben) begrüßt V mit begeisterten Worten und charakterisiert seine Bedeutung als Mann der Wissenschaft wie der Politik. „Die Stirne von R. Virchow“, sagt er, „schmückt ein doppelter Kranz, der Lorbeer, den die Hand der Wissenschaft verleiht, und der Kranz von Eichenlaub, den das deutsche Volk dem treuen Sohne des Vaterlandes, den die Menschheit dem unerschrockenen, unbeugsamen, charakterfesten Kämpfer für ihre ewigen Rechte und Freiheiten ums Haupt gelegt.“ Dann spricht V selbst, worüber nach der „<b>Elbf. Ztg.</b>“ berichtet wird:</p> <p>Der Gedanke der Nationalität sei durch <b>Napoleon</b> in die große Politik eingeführt worden. Dieser habe damit eine Lüge etabliert und dafür bezahlen müssen. Eigentlich müsse man nach dem Krieg darüber nun nicht mehr sprechen, aber es gebe immer noch Anhänger dieser Position, die an der Idee der lateinischen Rasse festhielten. V erinnert dabei an die Vorträge <i>Quatrefages</i>, worin derselbe letzten Winter ausführte, dass die deutsche Nationalität eine Lüge sei und man eigentlich gar kein Volk darstelle, dass insbesondere die gehassten <b>Preußen weder deutschen noch slawischen Ursprungs</b>, sondern wesentlich Überreste einer finnischen Urbevölkerung seien, woraus er dann auch alle die schlimmen Eigenschaften der Preußen ableite. Unabhängig von der politischen</p>	<p>pertal bergische Großstadt im östl. Rheinland</p> <p><i>Rittershaus</i>, Emil: *1834, †1897; Kaufmann und deutscher Dichter, Freimaurer</p> <p>de <i>Quatrefages</i> de Bréau, Jean Louis Armand: *1810, †1892; franz. Zoologe und Anthropologe</p> <p>Über die Race prussienne des Herr Quatrefages: vgl. Tagbl. d. 45. Allg. Versammlung. dtsch. Naturforscher u. Ärzte. Leipzig, S. 154</p>
--	--	---	---

		<p>Orientierung der Frage, sei es aber wichtig zu klären, woher man komme. „<b>Nationalität im wissenschaftlich anthropologischen Sinne</b> bezeichne „die wirkliche Stammesverwandtschaft, welche zuletzt auf immer engere Grenzen der Familie und einer engbegrenzten Heimath zurückführt, von wo aus der Stamm sich mehr und mehr verbreitet hat.“ Das man allerdings glauben wolle, Europa in diesem Sinne aufschlüsseln zu können sei eine Lüge. Das beste Beispiel dazu liefere Italien. Hier könne man über die Jahrhunderte immer wieder eine Mischung durch Einwanderung sowohl von Süden als auch von Norden beobachten. Es sei unmöglich, an irgendeiner Stelle Italiens eine größere, zusammenhängende Bevölkerung zu finden, die der einen oder anderen Einwanderung zuzuordnen sei. In der heutigen Welt könne man in keinem größeren Land eine Bevölkerung identifizieren, von der man sagen könne, sie sei aus einem Blut hervorgegangen. „Solche Nationalitäten können nur noch in den Köpfen derjenigen existieren, welche vor der Wirklichkeit der Thatsachen die Augen verschließen. Alle modernen Völker, insbesondere die europäischen, sind Mischvölker im höchsten Sinne des Wortes und was wir von ihrer Nationalität uns sagen, kann sich niemals mehr beziehen auf die Zufälligkeit der Abstammung.“</p>	<p>vgl. Andree 2011, Bd. 44</p>
--	--	---	---------------------------------

		<p>Ein anderer Gesichtspunkt für die <b>Nationalität</b> sei die <b>Sprache</b>. Aber auch dadurch würde man zu keiner klaren Einteilung kommen, denn gerade hier zeige sich am allerauffälligsten die <b>Inkongruenz von Sprache und Stammesverwandtschaft</b>. Das beste Beispiel dafür sind in Vs Augen die „<b>Finnen und Lappen</b>, die ganz dieselbe Sprache reden, so daß sie vom Standpunkt des Sprachforschers absolut ein Stamm sind, die aber, wenn man sie vom Standpunkt des physischen <b>Anthropologen</b> betrachtet, die auffallendsten Verschiedenheiten in der Schädelbildung zeigen, so daß der Anthropolog[e] beide als ganz verschiedene Nationen erklären muß.“ Käme man mit weiteren Untersuchungen dazu, dass es eine ursprüngliche Nation gegeben habe, die durch unterschiedliches Klima und verschiedene Lebensweise zwei physisch verschiedene Stämme erzeugt habe, so würde dies einer der wichtigsten Beweise dafür werden, dass die Menschheit aus einem Ursprung stamme. Grundsätzlich zeige die Frage, wie groß das Bedürfnis ist, den Menschen auf eine einheitliche Abstammung zurückzuführen. Die treffe auf den Bibelgläubigen wie auf den <b>Darwinismus</b> zu. Durch die bisherigen Ausführungen hofft V klar gemacht zu haben, „daß die <b>Frage der Nationalität</b>, so wichtig sie ist, so sehr sie in ihren einzelnen Theilen unter-</p>	
--	--	---	--



		<p>sucht werden muß, doch nicht entschieden werden kann, weder nach den Traditionen der <b>Bibel</b>, noch nach den willkürlichen Hypothesen eines modernen Naturforschers.“</p> <p>„Es hat ja in der That etwas sehr Verletzendes, wenn man sich vorstellt, daß eine, wenn auch kleine Bevölkerung in dem, was sie für ihr eigentliches nationales Wesen und ihr nationales Recht betrachtet, so gekränkt wird, daß sie befürchten muß, diese nationale Wesen überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten zu können, und jeder Mensch, der berufen ist, mitzuwirken an solchen Arbeiten, muß sich daher auch immer wieder die Frage vorlegen: Wie weit sind wir berechtigt, in die Nationalität einzugreifen und einen Zwang auszuüben, wie weit sind wir durch höhere Rücksichten sogar gezwungen, selbst diese heiligen Rechte der Muttermilch und Muttersprache anzupassen?“</p> <p>Bei all den Überlegungen habe die Nationalität ihre Berechtigung, aber wie der Einzelne trotz seines unbestreitbaren Rechts, seine Individualität geschützt zu sehen, sich den höheren Ansprüchen der Nation unterordnen müsse, so müsse auch die Nation selbst sich den höheren Ansprüchen der Menschheit unterwerfen.</p> <p>Auffällig für Deutschland sei, besonders im Vergleich zu Italien, dass man sich immer die Individualität erhalten habe und</p>	
--	--	--	--

		<p>damit als geachtete Nation dastünde. Dies sei nicht dem Gewinn des Krieges geschuldet.</p> <p>„Die Gewalt der Eroberung ist vorläufig genug geübt und jetzt die friedliche Gestaltung in Angriff zu nehmen. Dahin gehört aber auch, daß wir unsere Sprache wenigstens allen Bürgern unseres jetzigen Vaterlandes zugänglich machen müssen. Wir sind es ihnen schuldig, diese Quelle des Wissens und der Erkenntniß zu eröffnen, denn was wir ihnen leisten, kann ihnen in der Muttersprache nicht geleistet werden; wir aber bieten ihnen die Möglichkeit nicht bloß des geistigen und sittlichen, sondern auch des wirtschaftlichen Fortschrittes, was sie vergeblich von denen erwarten, die ihre Muttersprache sprechen. Wir haben also das Recht und die Pflicht zu verlangen, daß unsere polnischen wie französischen Mitbürger in den Grenzlanden, wenigstens die herankommenden Generationen mit voller Kenntniß der deutschen Sprache aufwachsen. Aber eine ebenso heilige Pflicht ist es umgekehrt, sie nicht zu hindern, ihre Sprache, soweit sie wollen, unter sich zu gebrauchen. „Dann erfüllen wir nicht die Forderungen der Nationalität, sondern der Humanität, dann gewähren wir jedem Einzelnen die vollen Mittel innerhalb der Grenzen unserer Gesetze und Rechte den vollen Gebrauch von seinen Fähigkeiten</p>	
--	--	--	--

		<p>zu machen, und sollten wir in einem Anflug von Sentimentalität uns zurückhalten von einer solchen Thätigkeit, so würde daraus nichts anderes hervorgehen, als daß eine hülflose, schwache Bevölkerung konservirt würde, die zum Spielball fremder Laune und fremden Hochmuths werden würde.“ Wir können also vor aller Welt uns rechtfertigen in dem Gange der Dinge, wie sie jetzt bei uns geworden sind, und man mag uns vom Standpunkte der Wissenschaft oder der gegenwärtigen Welt und der Gesellschaft entgegenreten, wir können immer mit dem guten Gewissen sagen, es ist das Interesse der Menschheit, welches wir vertreten.“ Der Bericht endet mit einer Beurteilung durch die „Elbf. Ztg.“.</p> <p>„So hoch wir indeß Virchow als Mann der Wissenschaft schätzen, so sehr wir anerkennen, was er als Vertreter des Volksinteresses, insbesondere in den verworrenen Gängen des Budgets leistet, so sehr wünschten wir doch gerade deshalb, daß er bei einem Vortrag die Fülle interessanter, neuer und anregender Gedanken nicht bloß durch sich selbst, sondern auch durch die Form wirken ließe, mit anderen Worten, daß er seine Vorträge, die sich doch von den Reden im Abgeordnetenhouse etwas unterscheiden sollen, dem Publikum ausgearbeiteter bieten möchte. Dann erst würden diese ihre volle Wirkung erzie-</p>	
--	--	--	--

			len;“ [ <b>Kritik an der Form von Vs Rede</b> ]	
52	Do, 11.4.1872, Nr. 84 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Richtigstellung der VZ: Man habe versehentlich gestern in dem Bericht über Vs Vortrag in <b>Elberfeld</b> das redaktionelle Urteil der „ <b>Elberfelder Zeitung</b> “ mit abgedruckt. Man sei zu einem solchen Urteil gar nicht in der Lage und man halte dieses auch für unberechtigt. Es sei eine bekannte Tatsache, dass wissenschaftliche Vorträge, die für Laien gehalten würden, einen anderen Zuschnitt haben müssten und einer breiteren Form bedürfen, als Reden und Vorträge, die für den Druck bestimmt seien. Letztere seien schon deswegen ungeeignet, weil es für den Hörer schwierig sei, den streng wissenschaftlichen Inhalt im Moment des Hörens sofort zu folgen und es sei dem Elberfelder Publikum mit einem solchen Vortrag wenig gedient gewesen.	
53	Mi, 24.4.1872, Nr. 95 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: V, unterstützt von <b>Dr. Löwe</b> und 30 anderen Abgeordneten, reicht eine Interpellation ein. Thema sind die <b>Tierarzneischulen in Hannover und Berlin</b> , die aus der Verwaltung des Ministeriums für Medizinalangelegenheiten ausscheiden und dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet werden sollen. Es stelle sich die Frage, ob ein solcher Beschluss gefasst worden sei und wenn ja, was der Grund für eine solche einschneidende Maßnahme sei. In den Etatberatungen habe man nicht die ge-	

			ringste Andeutung darüber gemacht.	
54	Mi, 5.6.1872, Nr. 128 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht, dass V in der <b>SVV</b> den Antrag eingebracht habe den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden anzufragen bezüglich der noch verbliebenen alten <b>Schienen</b> in den Straßen. Diese müssten dringend <b>entfernt</b> werden, da die Straßenverhältnisse unter den Niveauunterschieden zwischen anstoßenden Straßenstrecken leiden und überdies unschön seien und den gegenwärtigen Zuständen in der Hauptstadt in keinsten Weise entsprechen würden. [ <b>Schönheit der Stadt</b> ]	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
55	Fr, 7.6.1872, Nr. 130 (kein Scan)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [6.6.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Interpellation V- <b>Löwe</b> , in welcher angefragt wird, ob die <b>Tierarzneischulen</b> in <b>Hannover</b> und <b>Berlin</b> aus der Verwaltung des Ministeriums für Medizinalangelegenheiten ausscheiden und dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet werden sollen. Es stelle sich die Frage, ob ein solcher Beschluss gefasst worden sei und wenn ja, was der Grund für eine solche einschneidende Maßnahme sei. In den Etatberatungen habe man nicht die geringste Andeutung darüber gemacht. V erklärt, er halte das <b>Landwirtschaftsministerium als Verwaltungsbehörde der Tierarzneischulen für ungeeignet</b> .	vgl. Andree, Band 33, S. 297-311
56	Fr, 7.6.1872,	2. Beilage, S. 1, 3.	<b>HdA</b> (56. Sitzung vom 6. Juni): Thema ist die Interpellation V- <b>Löwe</b> . Für V steht in	vgl. Andree, Band 33,

	<p>Nr. 130 (Kein Scan)</p>	<p>Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>der Frage der <b>Tierarzneischulen</b> im Vordergrund, ob die Regierung berechtigt sei, ohne Mitwirkung des Landtages eine solche Entscheidung zu treffen. Er verweist auf eine Kabinettsorder von 1847, die die <b>Tierarzneischulen</b> direkt dem <b>Kultusministerium unterordne</b> und bittet die Juristen im Hause zu prüfen, ob die Regierung nicht verpflichtet gewesen sei, sich an diese Order zu halten. Mitteilungen zu Folge seien schon entscheidende Maßnahmen zur Umgestaltung ergriffen, so dass Eile gebühre. Selbst wenn man annehme, die Order von 1847 existiere nicht, so habe man doch gerade das Etatgesetz verabschiedet und hierbei sei von Seiten der Regierung die Angelegenheit mit keinem Wort erwähnt worden. Wie die Sache vor sich gegangen sei, müsse man annehmen, dass dies nur geschehen sei, um das Landwirtschaftsministerium zu stützen. Ein wissenschaftliches Interesse könne es nicht gegeben haben. Er führt als Beweis dafür an, dass es dem Landwirtschaftsministerium nicht gelungen sei, irgendeine ihrem Ressort unterstehenden wissenschaftlichen Anstalten zu einer wissenschaftlichen Blüte zu bringen, im Gegenteil, sie kränkeln eher vor sich hin. Unter diesem Aspekt sei das Landwirtschaftsministerium als Ressortverwaltungsbehörde für die Tierarzneischulen völlig ungeeignet. Die letzteren seien nicht bloß dazu da,</p>	<p>S. 297-311</p>
--	--------------------------------	--	---	-------------------

		<p>die landwirtschaftlichen Prinzipien, nach denen Viehzüchtung und Vermehrung getrieben würden, zu vertreten, sondern sie hätten in erster Linie wissenschaftliche physiologische Aufgaben zu erfüllen, wie sie die Menschmedizin an ihrer Stelle erfülle. Als schönes Zeichen des wissenschaftlichen Geistes dieser Institute sei die engste <b>Verbindung mit der Menschenmedizin</b> in den Universitäten. Allerdings seien in letzter Zeit Klagen erhoben worden, dass die praktische Ausbildung zu kurz käme. Dies liege aber am Kriegsministerium, das eine einseitige Ausbildung unterstütze, da diese nur Rossärzte und keine Tierärzte brauche, wie die Landwirtschaft sie brauche. Ein weiteres Problem seien die Landwirte selbst, von denen sich jeder für einen berufenen Tierarzt halte und sein Vieh mit allerlei homöopathischen Mitteln kuriere. Zusammenfassend schließt V damit, dass er einerseits das Vorgehen in der Angelegenheit für verfassungswidrig halte und dass es auch der Sache nach nicht zu rechtfertigen sei.</p> <p>weiter:</p> <p>V spricht nochmal die Order von 1847 an. Es gäbe eine weitere von 1849, in welcher die Verweisung der gesamten Medizinalverwaltung an das Kultusministerium vorgesehen sei. Aber in dieser Verwaltung sei nur die Menschenmedizin vorgesehen, nur in den Lehrplänen sei am Rande auch von</p>	
--	--	---	--

			Veterinärmedizin zu lesen gewesen. In der Order von 1947 hingegen ist die Übertragung der Veterinärmedizin an das Kultusministerium tatsächlich ausgesprochen. Abschließend äußert V, dass er, wie alle Männer der Wissenschaft, die <b>Homöopathie</b> für einen ebensolchen <b>Aberglauben</b> halte wie die mittelalterliche Astrologie.	
57	Sa, 8.6.1872, Nr. 131 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (57. Sitzung vom 7. Juni): V berichtet aus der <b>Budgetkommission</b> über die <b>Staatseinnahmen und –ausgaben</b> von 1870 und von den Etatüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben. Er beantragt, die vorbehaltlich der Prüfung der Rechnungen nachgewiesenen Etatüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben zu genehmigen. Es handelt sich hier in der VZ um eine stark verkürzte Wiedergabe der Sitzung.	vgl. Andree, Band 33, S. 311-317
58	Di, 11.6.1872, Nr. 133 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (58. Sitzung vom 10. Juni): Thema ist die <b>Vertagung der Session</b> bis Ende Oktober. V ist der Meinung, dass die Vertagung nicht formeller, sondern materieller Natur sei. Nicht nur die Regierung, auch das Haus müsse sagen, dass das Werk der <b>Kreisordnung</b> in der Zwischenzeit gefördert werde. Der Innenminister möge seinen vielen fruchtlosen Bemühungen nicht noch in diesem Punkt einen Misserfolg hinzufügen.	vgl. Andree, Band 33, S. 317-319
59	Sa, 22.6.1872, Nr. 143	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte	Bericht über die <b>Fröbelsche Methode</b> in der Volksschule und den Seminarien: Die Unterzeichnenden, die zum Teil schon	<i>Fröbel</i> , Friedrich Wilhelm August: *1782,



	(PDF: 7)	oben	<p>seit längeren Jahren die von Friedrich Fröbel ausgesprochenen Ansichten über Jugend- und Volkserziehung teilen, sind überzeugt, dass Fröbels pädagogische Prinzipien besonders geeignet seien, Verbesserungen des Volksschulwesens zu ermöglichen. Man wolle dazu nur einige Aspekte hervorheben, die einfach und kostengünstig umzusetzen seien.</p> <p>In der Volksschule möchte man den Zeichenunterricht in allen Volksschulen von den untersten Schulklassen an einführen. Der Anschauungsunterricht müsse dahingehend verändert werden, dass er an wirklichen Gegenständen aus Natur, Industrie und Kunst, und nicht, wie bisher fast ausschließlich, an Bildern erteilt werde.</p> <p>Die <b>Errichtung öffentlicher Spielplätze</b> solle in möglichst engem Anschluss an die Schulen und deren Schulhöfen erfolgen und unter Leitung der Lehrer resp. <b>Lehrerinnen</b> stehen. Wichtig sei es, dass die Lehrkräfte der Volksschule die Einrichtung und Tätigkeit der Fröbelschen Kindergärten kennenlernen und im pädagogischen Unterricht auch auf Fröbel, seine Erziehungslehre und besonders seinen Kindergarten Bezug nehmen. Auch hoffe man auf Weiterbildungskurse für Lehrkräfte im Fröbelschen Sinn.</p> <p>Man hoffe auf die zügige <b>Neuerrichtung von Kindergärten</b> durch die Gemeinden, durch Vereine oder Privatpersonen. Hier</p>	<p>†1852; deutscher Pädagoge, auf den die Bezeichnung Kindergarten zurückgeht (Schüler Pestalozzis)</p>
--	----------	------	---	---

			<p>sollte man gleich darauf achten, dass die Kindergärten auch öffentlichen oder privaten Schulen als unterste Stufe angeschlossen werden. Bei denjenigen Kindern, die einen Kindergarten besuchen, beginnt die gesetzliche Schulpflicht erst mit vollendetem siebtem Lebensjahr. Bei Mädchenschulen jeder Kategorie, die in einem Kindergarten verbunden sind, dürfen Oberklassen zur theoretischen und praktischen Unterweisung der reiferen <b>Schülerinnen</b> in der Kleinkindererziehung nach Fröbelschen Grundsätzen errichtet werden. Die Leitung von Fröbelschen Instituten solle man möglichst an in diesem Sinne ausgebildete Personen vergeben. Die Unterstützer der Fröbelschen Methode würden jederzeit Material zur Verfügung stellen, falls Informationen bei dem Aufbau von Instituten gefragt sind. V ist Mitunterzeichner.</p>	
60	Fr, 28.6.1872, Nr. 148 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Juni): V beantragt, die <b>Abfuhr</b> für einzelne Stadtteile in Erwägung zu ziehen.	nichts bei Andree
61	So, 30.6.1872, Nr. 150 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 9. März): V verliest einen Brief von <b>Dr. Radde</b> aus <b>Tiflis</b> über die dortigen anthropologischen Verhältnisse und übergibt dann im Namen von <b>Dr. Brehm</b> und <b>Dr. Hermes</b> gelungene Gipsabgüsse von Kopf, Fuß, Hand und auch Fotos des <b>Schimpanse Molly</b> aus dem <b>Berliner Aquarium</b> . Weiter teilt er	<i>Über moderne Pfahlanlagen und Küchenabfälle in Berlin:</i> VBAG 4, S. 123-124 <i>Küchenabfälle in der</i>

			einige Angaben von <b>Prof. Hjelt</b> aus <b>Hel-singfors</b> über die physiologischen Ver-hältnisse der <b>Finnen</b> mit. Später bespricht er einen Fund von <i>Pfählen, Knochen, Aus-tern und Miesmuscheln</i> auf einem <b>Bau-platz in der Dorotheenstraße</b> in Berlin, welche aus dem Anfang des vorherigen Jahrhunderts zu stammen scheinen.	<i>Dorotheen-straße</i> zu Ber- lin: VBAG 4, S. 132-134 <i>Hjelt, Otto</i> Edvard Au- gust: *1823, †1913; finni- scher Professor der path. Ana- tomie, Schüler Vs
62	So, 30.6.1872, Nr. 150 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 23. März): Erneuter Abdruck, identisch mit So, 7.4.1872, Nr. 81.	
63	So, 7.7.1872, Nr. 156 (PDF: 9)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Lokales: Aufruf des <b>Märkischen Zent-ralsängerbundes</b> zum diesjährigen Ge-sangsfest in Berlin. Man bittet um Gast-freundschaft und darum, ein oder nach Möglichkeit mehrere Sänger unterzubrin-gen für die Dauer des Festes. Auch V ist gelistet als Meldemöglichkeit für eine Un-terbringung.	
64	Sa, 13.7.1872, Nr. 161 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 13. April): V macht erneut Mitteilungen zum Fund [ <b>Bauplatz</b> ] <b>in der Dorotheenstraße</b> . Auf Grund der gefundenen Auster-und <b>Miesmuschel-schalen</b> , die seit 1701 in der königlichen Küche stark verbraucht wurden, sei die Datierung der Fundstelle auf den Anfang oder die Mitte des letzten Jahrhunderts möglich. Später übergibt er drei Photogra-	s. 30.6.1872: VBAG 4, S. 123-124; VBAG 4, S. 132-134  <i>Untersuchung eines Nean- derthal-</i>

			<p>phien, die nach seinen Vorschlägen von den Herren <b>Lutze</b> und <b>Witte</b> angefertigt wurden und einen verstorbenen <b>Beutelwolf</b> aus dem <b>Circus Brockmann</b> zeigen. Anthropologische Gesellschaft (Sitzung vom 27. April): V zeigt sehr schön gearbeitete Hammer und Fassungen aus Hirschhorn und Baummaser aus einem <i>Pfahlbau im Lüptowsee</i> bei Bonin (Hinterpommern). Er macht darauf aufmerksam, dass dies schon der zweite Fund eines Pfahlbaues in Pommern sei, der an einem Orte namens Lüptow gefunden worden sei. Dieser Fund gehöre, wie die anderen <b>Pfahlbautenfunde</b>, in die Eisenzeit. Weiter spricht er über einen <i>Neanderthal-Schädel</i>, welchen er kürzlich in Elberfeld genauer untersucht habe.</p>	<p><i>Schädels:</i> VBAG 4, S. 157-165 <i>Ausgrabungen in den Pfahlbauten bei Bonin am Lüptow-See in Pommern:</i> VBAG 4, S. 165-173  vgl. a. Andree (1976): V als Prähistoriker, Bd. 1; S. 151-164</p>
65	Sa, 20.7.1872, Nr. 167 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass durch den Tod des Sanskrit-Forschers <b>Prof. Goldstückers</b> dessen Professur in London nun durch Herrn <b>J. Eggeling</b> übernommen wird.	zur Freundschaft zwischen V und Goldstücker vgl. Andree, Band 61, 2007
66	Mi, 31.7.1872, Nr. 176 (PDF: 39)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Mitteilung über das Programm der dritten allgemeinen Versammlung der <b>DAG [in Stuttgart]</b> . Am Freitag, den 2. Aug. wird V Bericht über die <b>statistische Kommission</b> erstatten.	
67	Mi, 31.7.1872, Nr. 176	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte	Lokales: Bericht, dass V und <b>Marggraff</b> in der <b>SVV</b> den Antrag eingebracht haben den Magistrat zu ersuchen, bei der stei-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Materi-

	(PDF: 40)	mittig	genden <b>Verunreinigung des Schiff-fahrts-Kanals</b> und den damit in Verbindung stehend die Verunreinigung des <b>Tiergartens</b> durch starke <b>Spülung</b> des Kanals und Bewässerung des Tiergartens zu beseitigen.	al zur SVV <i>Marggarff</i> , <i>Arnold</i> : *1834, †1915; Stadtrat, ab 1877 Leiter der Kanalisationsdeputation; Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin
68	Do, 1.8.1872, Nr. 177 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Zum gestrigen Antrag von V und <b>Marggraff</b> ist eine Petition an die <b>SVV</b> hinzugekommen. Alle Polizeireviere haben auf gründliche <b>Desinfektion der Kloaken und Senkgruben</b> zu achten. Die SVV werde aufgerufen, die Tiergartenverwaltung um ein ähnliches Vorgehen zu bitten.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
69	Fr, 2.8.1872, Nr. 178 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Aug.): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt. Thema ist unzureichende Beschlussfähigkeit aufgrund des <b>Mangels an Sitzungsteilnehmern</b> . V macht darauf aufmerksam, dass der Vorsitzende das Recht habe, die Sitzungen ausfallen zu lassen, wenn nicht genügend Stoff vorhanden sei und schlug vor, ob man bei geringer Teilnehmerzahl nicht auch so verfahren wolle.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
70	Fr, 9.8.1872, Nr. 184 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Aug.): Der Antrag von V und <b>Marggraff</b> wird kurz erwähnt und angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

71	So, 11.8.1872, Nr. 186 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 11. Mai): V verliest mehrere Dankschreiben. Er berichtet über ein Schreiben von Herrn <b>Witt-Bogdanow</b>, der auf dem <i>Gut Alt-Görtzig einen Pfahlbau</i> genauer untersucht habe. Die dort gefundene eiserne Axt stimme mit den von V gefundenen Geräten aus Persanzig und Daber überein. Ein Redner berichtet über Muschelberge in Brasilien und vermutet Wasserfluten als Ursache. V macht aufmerksam, dass bisher immer angenommen wurde, dass diese Muschelberge den <b>Kjökkenmöddinger</b> ähnlich seien. Später spricht V über <b>Dolichocephalenschädel</b>, von denen er bei seiner letzten Reise in <b>Münster</b> viele gesehen habe.</p> <p>Anthropologische Gesellschaft (Sitzung vom 15. Juni): V spricht über den angeblich gewaltsam von Birmanen <b>tätowierten Sulioten</b>, der sich in verschiedenen Städten Deutschlands zeige. Die künstlerische Vollendung der über den ganzen Körper ausgeführten Tätowierung sei im hohen Maße bewundernswert. Weiter bespricht V die von <b>Dr. Meyer</b> aus <b>Manila</b> eingesandten <b>Negrito-Skelette</b>.</p>	<p><i>Über Pfahlbau von Alt-Görtzig</i> (Prov. Posen): VBAG 4, S. 177</p> <p><i>Kjökkenmöddinger</i>: Muschelberge, die durch prähistorische Menschen entstanden sind</p> <p>Über westfälische Dolicho- und Brachycephalenschädel: VBAG 4, S. 191-194</p> <p>Über Negrito- und Irrogoten-Schädel von den Philippinen: VBAG, S. 204-209</p>
72	Di, 20.8.1872, Nr. 191 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis auf Vs Antrag den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden anzufragen bezüglich der noch verbliebenen alten <b>Schienen[entfernung]</b> in den Straßen. Diese müssten dringend	s.a. 5.6.1872

			<p>entfernt werden, da die Straßenverhältnisse unter den Niveauunterschieden zwischen anstoßenden Straßenstrecken leiden und überdies unschön seien und den gegenwärtigen Zuständen in der Hauptstadt in keinsten Weise entsprechen würden. Diesem Antrag ist von der kgl. Eisenbahndirektion entsprochen worden.</p>	
73	So, 25.8.1872, Nr. 198 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p><b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 6. Juli): V berichtet über einige Zusendungen.</p> <p>Sitzung vom 13. Juli: Auf Antrag von V beschließt die Gesellschaft den Ankauf einiger <b>Negrito-Skelette</b>. Später spricht V über den <b>Schädel von Kay Lykke</b> (reicher, dänischer Edelmann des 17. Jahrhunderts) im Vergleich zu dem berühmten <b>Neandertal-Schädel</b>. Er weist darauf hin, dass zwischen den besten Familien eines kurzköpfigen Volkes ein langköpfiger Schädel entstehen konnte. Weiter berichtet er über <i>neue Grabungen in der Lausitz</i> und beweist, dass <b>Burgwälle</b> und Gräberfelder gänzlich voneinander zu trennen seien. Am leichtesten könne man dies an den <b>Tongefäßen</b> erkennen. In den Gräbern seien diesen von besonderer Zierlichkeit mit Henkel und gebrannt und lasiert, in den Burgwällen plump, ohne Henkel und Lasur. Nur der große Schlossberg bei Burg an der Spree stehe dem Gräberfeld nahe.</p>	<p><i>Über den Schädel von Kay Lykke: VBAG 4, S. 225-226</i></p> <p><i>Über Gräberfelder und Burgwälle der Nieder-Lausitz und des überoderischen Gebietes: VBAG 4, S. 226-237</i></p>

74	So, 25.8.1872, Nr. 198 (PDF: 2)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über den <b>internationalen Kongress für Anthropologie und prähistorische Archäologie in Brüssel</b> . Vs Name findet sich in einer Auflistung über die bekannteren Teilnehmer des Kongresses. In den Berichten, die in den nächsten Tagen abgedruckt sind, findet sich kein Hinweis mehr auf V.	
75	Mi, 2.10.1872, Nr. 230 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Lokales: Bericht über die allgemeine <b>Wahlmännerversammlung</b> des 3. Berliner Landtagswahlbezirkes. V wird als Mitkämpfer des Regierungsrates <b>Kerst</b> erwähnt.	
76	Fr, 4.10.1872, Nr. 232 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis auf eine neue Reihe der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> (es ist keine Heftnummer genannt).	
77	Fr, 11.10.1872, Nr. 238 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Okt.): V unterstützt den Antrag zum Bau der <b>Irrenanstalt in Dalldorf</b> . V wird als Mitglied des Kuratoriums zu diesem Thema gewählt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
78	Sa, 12.10.1872, Nr. 239 (Kein Scan)	S. 1, 3. Spalte mittig	Kurze Bekanntgabe, dass V das <b>Ehrenbürgerrecht der Stadt Bologna</b> bekommen habe, wegen seiner besonderen Verdienste um die Wissenschaft und um die Stadt Bologna im Rahmen des Kongresses für vorhistorisches Altertum und Menschheitskunde 1872.	
79	Fr, 18.10.1872, Nr. 244 (Kein Scan)	S. 2, 2. Spalte oben	Bericht zum Lehrpersonal der Universität: V wird als <b>Dekan der medizinischen Fakultät</b> der Universität erwähnt.	



80	Fr, 25.10.1872, Nr. 250 (PDF: 10)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Berichtet wird über den <b>Staatshaushaltsetat</b> 1873. Die <b>Fortschrittspartei</b> habe vergeblich 1866 darum gekämpft, den Etat durch die <b>Budgetkommission</b> vorberaten zu lassen. Mittlerweile würden die Beratungen im Hause vorgenommen. Der Antrag eines Abgeordneten zielt darauf ab, nur noch einzelne Kapitel in separaten Kommissionen beraten zu lassen. Die glänzende und schlagende Widerlegung Vs gegen diesen Antrag wird erwähnt.	
81	Di, 29.10.1872, Nr. 253 (PDF: 16)	S. 2, 2. Spalte mittig	Kurzer Bericht aus der <b>SVV</b> : Thema ist der <b>Etat der Haus- und Mietssteuerverwaltung</b> 1873. Dieser wurde abgelehnt, da die Resultate der letzten Quartale bedeutend zu niedrig gegriffen seien. Die Mehrheit hat bei der namentlichen Abstimmung für die Ablehnung gestimmt; V hat für die Annahme gestimmt.	
82	Di, 29.10.1872, Nr. 253 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Der Antrag V- <b>Maggraff</b> in Bezug auf die <b>Spülung des Schifffahrtskanals</b> wird erwähnt im Zusammenhang mit der Gewährung eines städtischen Zuschusses für den Tiergarten und damit für eine Verbesserung der dortigen Wasserversorgung.	
83	Fr, 8.11.1872, Nr. 262 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Nov.): Thema ist die <b>Errichtung von Markthallen</b> . Der Geldbewilligungsdeputation liegt der Antrag vor, in dieser Sache einen Beschluss zunächst aufzuschieben, da im Bereich der Ausführung, der Finanzierung, der sani-	nichts bei Andree

			tätspolizeilichen Überprüfung und des Nutzens zu viele Fragen offen seien. V schließt sich dieser Meinung an.	
84	Mi, 13.11.1872, Nr. 266 (PDF: 2)	S. 2, 1. Spalte mittig	Kurzer Bericht, dass dem Landtag ein umfangreiches <b>Fischerei-Gesetz</b> mit 50 Paragraphen zugehen wird. Der Entwurf ist dem <b>Fischerei-Verein</b> vom Landwirtschaftsminister zur Begutachtung zugesandt worden. Es soll eine Besprechung in einer Generalversammlung stattfinden. Gutachterliche Äußerungen einzelner hervorragender Mitglieder, wie V, sollen veröffentlicht werden.	
85	Do, 14.11.1872, Nr. 267 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (2. Sitzung vom 13. Nov.): Die <b>Abteilungen des HdA</b> sind gelistet. V gehört zur <b>4. Abteilung</b> . Bei der Aufstellung der Fachkommissionen wird vorgeschlagen, die <b>Budgetkommission</b> auf 21 Mitglieder zu beschränken. V setzt sich erfolglos dafür ein bei 35 Mitgliedern zu bleiben.	vgl. Andree, Band 33, S. 319-322
86	Fr, 15.11.1872, Nr. 268 (PDF: 23)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Die <b>Abteilungen des HdA</b> sind gelistet. V gehört zur <b>4. Abteilung</b>	
87	So, 17.11.1872, Nr. 270 (PDF: 27)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Bericht, dass die Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> sich für die 3. Session der 11. Legislaturperiode aufs Neue konstituiert habe. V ist in den Vorstand gewählt.	
88	Di, 19.11.1872, Nr. 271 (PDF: 7)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (3. Sitzung vom 16. Nov.; Schluss): Kurzer Bericht über die gewählten Fachkommissionen. V gehört zur <b>Budgetkommission</b> .	nichts bei Andree

89	Do, 21.11.1872, Nr. 273 (PDF: 31)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 20. Nov.): Erste Be- ratung über die <b>Kreisordnung</b> . V ist in der Rednerliste gegen die Vorlage aufge- führt.	vgl. Andree, Band 33, S. 322-331
90	Do, 21.11.1872, Nr. 273 (PDF: 33)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über einen Vortrag Vs in der <b>medizinischen Gesellschaft</b> zum Thema <b>Sterblichkeit in Berlin</b> . Diese ha- be zugenommen, besonders bei Kindern unter einem Jahr. Einerseits sei dies der <b>Pockenepidemie</b> geschuldet, während die Sterblichkeit in Zusammenhang mit Ty- phus zurückginge, andererseits scheine die Wohnsituation Einfluss zu haben. Beson- ders in hohen Stockwerken habe man eine hohe Sterblichkeitsrate und nicht, wie man annehmen könne, in Kellerwohnungen. Wichtig sei die Beobachtung, dass mit dem Steigen des Grundwassers die Sterb- lichkeit bei Typhuskranken abnehme.	Berlin. Klin. Wochenschrift. 9.12.1872, Nr. 50, S. 597-603
91	Fr, 22.11.1872, Nr. 274 (PDF: 2)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der vorgestrigen [20.11.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Berichtet wird über die Rede des Abg. <b>Richter</b> , der mit Zahlen und Daten ein Bild der Fi- nanzverwaltung entrollt habe, in welchem die Einflusslosigkeit der Volksvertretung grell beleuchtet gewesen sei. Dieses sei von V unterstützt worden.	vgl. Andree, Band 33, S. 322-331
92	Fr, 22.11.1872, Nr. 274 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 20. Nov., Schluss): Thema ist die <b>Kreisordnung</b> . Zunächst kritisiert V die mangelnde Klarheit seiner Voredner in Bezug auf die Definition von konservativ und liberal. Auch die Sorge eines Abgeordneten, ob er mit seinem Ab-	vgl. Andree, Band 33, S. 322-331

		<p>stimmungsverhalten noch als treuer Untertan seiner Majestät gelten könne lehnt V ab. Man habe im Hause lediglich als treuer Vertreter des Volkes zu handeln. Das Herrenhaus könne sich hierzu nicht erheben, dort galten schon immer nur die engherzigsten Privatinteressen. Hingegen teilt V die Besorgnis vor der Ausführung des Gesetzes, da man keine feste Verwaltungstradition habe. Er verlange nicht vom Minister, dass er besonders liberale Bestimmungen hineinschmuggle, sondern dass er es einfach ausführe, wie es sei. Er glaube daran, dass aus dem Gesetz etwas werden könne, auch auf die Gefahr hin für eine ministerielle Partei gehalten zu werden. Man sehe nur auf die Sache und würde ein schlechtes Gesetz unter einem guten Ministerium ebenso bekämpfen, wie ein gutes Gesetz unter einem schlechten Kabinett. In erster Linie verlange man vom Innenminister lebhaftes Interesse für die Sache und nicht nur eine Bezeichnung als „Ferienarbeit“. Ohne harte Arbeit werde der Minister nicht vorwärts kommen. Das Stadium, in dem sich das Gesetz zurzeit befinde sei besonders unangenehm. Man werde über Amendements Einfluss auf das Gesetz nehmen, nicht des Parteistandpunktes wegen, sondern, um den früheren Kompromiss wieder herzustellen. Man täte dieses nicht, weil der Mut fehle, dem Gesetz zuzustimmen, sondern weil man</p>	
--	--	---	--

			nicht verstehe, wie der Minister dazu komme, diese Konzession zuzumuten und jedem im Lande ermögliche, die Fraktion anzuschwärzen. Abschließend verweist V auf die Auswanderungszahlen und die Zunahme der sozialen Bewegung in England. Deshalb bitte er durch die Annahme des Gesetzes dem ganzen Staat eine sichere Grundlage und die Möglichkeit weit größerer Prosperität zu gewähren.	
93	Fr, 22.11.1872, Nr. 274 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 21. Nov.): Nur kurze Notiz darüber, dass V den Abg. <b>Richter</b> unterstützt, der mit Zahlen und Daten ein Bild der Finanzverwaltung entrollt habe, in welchem die Einflusslosigkeit der Volksvertretung grell beleuchtet gewesen sei.	vgl. Andree, Band 33, S. 331-334
94	Sa, 23.11.1872, Nr. 275 (PDF: 10 u. 11)	S. 4, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 22. Nov.): Thema ist erneut die <b>Kreisordnung</b> . V beantragt, zusammen mit <b>Löwe</b> , dass eine frühere Fassung im Gesetz wiederhergestellt werde. Diese besagte, dass das <b>Dienstinkommen von Staatsbeamten und Geistlichen gleichermaßen zu den Kreisabgaben herangezogen</b> werde, wie das Einkommen aller anderen Kreisangehörigen. Dieses wird abgelehnt; beide beantragen eine weitere Wiederherstellung der früheren Fassung. Hierbei geht es um <b>Bildung von Amtsbezirken</b> . Diese sollen min. 500 Einwohner zählen, oder bei geringerer Einwohnerzahl den Nachweis erbringen, dass besondere Verhältnisse vorliegen, die	vgl. Andree, Band 33, S. 334-335

			die Aufrechterhaltung eines Amtsbezirkes rechtfertigten. Auch dieses wird abgelehnt. Zur Berufung des Amtsvorstehers bringen V und Löwe lediglich eine redaktionelle Änderung ein, auch dies wird abgelehnt.	
95	So, 24.11.1872, Nr. 276 (PDF: 16)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 23. Nov.): Kurzer Hinweis, dass V als Vorsitzender in den <b>Rechnungsausschuss</b> gewählt wurde. Es wird erneut über die <b>Kreisordnung</b> debattiert. In der VZ ist keine Wortmeldung Vs zu lesen, auf die sich der Abg. <b>v. Meyer</b> am 27.11.182 bezieht.	keine Sitzung verzeichnet
96	So, 24.11.1872, Nr. 276 (PDF: 18)	4. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Abdruck eines Schreibens Vs vom 21. Nov an den Redakteur der VZ: Hr. <b>Sievert</b> , der Redakteur der „ <b>Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung</b> “, habe sich in Nummer 139 seines Blattes gemüßigt gesehen, auf den Brief vom 16. d. M. zu antworten. Damals habe er versucht, den Verdacht zu erwecken, V sei bestechlich. Nachdem er aufgefordert wurde, Tatsachen dafür vorzulegen, berichtet er von kostspieligen Versuchen und Experimenten, die die Stadt angeblich auf Vs Veranlassung unternahme. V sieht in dem Verhalten Sieverts das Ziel, dessen <b>Abfuhrprojekte</b> über eine Verunglimpfung Vs zu erreichen. Weiter nutzt V das Schreiben, um sich von einigen Projekten in der Stadt zu distanzieren, bzw. deren Finanzierung zu erläutern. Er habe die Errichtung des <b>Wasserwerkes am Hippo-</b>	

			<p><b>drom</b> nicht angeregt. Der Antrag dazu sei von den königlichen Behörden ausgegangen. Das Baracken-Lazarett auf dem Tempelhofer Felde, welches unter Vs Leitung gebaut wurde, war nicht das städtische, sondern das des Berliner Hilfsvereins. Das neue <b>Baracken-Lazarett</b> in <b>Moabit</b> und das <b>Krankenhaus im Friedrichshain</b>, an deren Errichtung und Ausführung er allerdings wesentlich beteiligt sei, seien keine Versuche, sondern wirkliche Ausführungen. Nach Beurteilung von Fachjournalen würden diese als Musteranstalten gelten. Auch für den <b>Berieselungs-Versuch</b> sei er verantwortlich. Hierbei habe man noch völlig unbekannte Erkenntnisse und zusätzlich viel Wissenswertes über <b>Baugrund, Grundwasser-Verhältnisse</b> und die <b>Gesundheitszustände</b> in den Stadtteilen gewonnen. „Ob dies zu theuer erkauf ist, und ob die Ergebnisse werthlose sind, das zu beurtheilen, dazu dürften wohl die Mist-Interessenten nicht berufen sein.“ Nun könne Hr. Sievert mit seinen Verleumdungen fortfahren, aber nun wüssten alle, was sie von ihm zu halten hätten.</p>	
97	Mi, 27.11.1872; Nr. 278 (PDF: 22)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [26.11.1872] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war erneut die <b>Kreisordnung</b> . Trotz der Unvollkommenheit der Kreisordnung wollen V und seine Freunde dafür stimmen und den Konservativen könne er nur glei-	vgl. Andree, Band 33, S. 336-341

			ches empfehlen, wenn sie nicht außerhalb der Entwicklung des Volkes stehen wollten.	
98	Mi, 27.11.1872; Nr. 278 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 26. Nov.): Thema ist neuerlich die <b>Kreisordnung</b> . Vom Abg. <b>v. Meyer</b> wird V wegen Äußerungen in der letzten Beratung angegriffen. V habe gesagt, dass es sich um ein beglaubigtes Gerücht handle, dass <b>General v. d. Marwitz</b> den Minister <b>Stein</b> an Napoleon verraten habe. Dies würde die Asche des Mannes beflecken, der einen edlen und reinen Charakter gehabt hätte. V beginnt dann damit, dass seine letzten Bemerkungen im Hause einiges an Aufruhr gebracht hätten. Was ihn und seine Parteifreunde angehe, so hätten sie entschieden, für die Kreisordnung zu stimmen. Dieses Gesetz habe einen provisorischen Charakter, aber es wäre ein Schritt auf dem richtigen Weg. Er habe die Hoffnung, dass dieses Gesetz dazu dienen werde, die Provinzen zu entwickeln und die östlichen und westlichen Teile einander anzunähern. Er bedauert, dass man dieses Motiv nicht gesehen habe. Die Schwierigkeiten, die man zurzeit habe, lägen in der Schranke zwischen den Konservativen und der Fortschrittspartei. Dies sei die Schranke der historischen Erinnerungen. Die Konservativen würden sich immer auf ihren Adelsstand berufen und auf die ihrer Meinung damit verbundenen Rechte. Demzufolge würden alle	vgl. Andree, Band 33, S. 336-341  s. a. 28.11.1872



		<p>Veränderungen in ihren Augen einen Abbruch an Rechten bedeuten. Der Unterschied zu England bestehe darin, dass man dort den neuen Rechtszustand akzeptiert habe und nicht immer wieder alte Erinnerungen hereinbrächte, die der Gesamtüberzeugung des Volkes widersprächen. Damit erweckten die Konservativen allerdings den Anschein, dass sie nicht patriotisch handelten, sondern im Privatinteresse. Zwar hätten sie aus Überzeugung gestimmt, aber aus Überzeugungen, die gar nicht übereinstimmten mit dem Gang der Entwicklungen. Selbst die Regierung könne den Konservativen nicht zu dauerhafter Geltung verhelfen. All die Berufungen auf ritterliche Zeiten helfen nichts mehr. Solche Leistungen seien auch vom Bürger- und Bauernstand erbracht worden. Dagegen habe sich seit Jahrzehnten der große Grundbesitz stets mehr zu einer bloßen Klasse von Gewerbetreibenden gewandelt. Das einzige aus der Vergangenheit gerettete Element sei die größere Intelligenz, aber die Herren, die die Erfahrung in einem entlegenen, der Kultur wenig zugänglichen Kreis gemacht hätten, stünden auf dem Standpunkt eines Insulaners, der seine Insel nie verlassen habe und glaube, es sehe in der ganzen Welt so aus wie bei ihm. In den Kreisen, welche sich der Kulturbewegung angeschlossen hätten, sehe das ganz anders aus. V hoffe auf einen</p>	
--	--	---	--

		<p>versöhnlichen Tenor und die Anerkennung, dass das, was nur für ein kleines Gebiet zutreffe, doch auch für die Verhältnisse in größeren Dimensionen gelte. Die Illusion, die auch noch der Innenminister aufrecht erhalte, dass der große Grundbesitz in sich selbst einen berechtigten Anspruch hätte, als ein wirklicher Faktor des Staats- und Gemeindelebens dauernd anerkannt zu werden, das könne nur so lange zutreffen, wie das Geschlecht aus sich heraus besondere Vorzüge entwickle. Auf dieser Illusion sei das Herrenhaus entstanden. Da sich der Grundbesitz nur auf eine kleine Anzahl von Familien beschränke, war man genötigt, eine große Zahl an Berufungen aus Vertrauen in die Krone hinzuzufügen. Und nun wundere man sich darüber, dass die Krone nicht damit einverstanden sei, dass diese aus allerhöchstem Vertrauen berufenen Personen gerade entgegengesetzt stimmten. Für V gehe daraus hervor, dass diese Institution unbrauchbar und hinfällig sei. Er hoffe künftig auf eine liberale Regierung, die eine weitere Entwicklung der Kreisordnung vorantreibe. Nur in diesem Sinne stimme man für das Gesetz, das nachher die Basis darstelle für ein Ziel, welches man vielleicht in einigen Jahren erreichen könne. Diese Erwartungen stützten sich darauf, dass man zu der intelligenten Entwicklung in Städten und Kreisen Vertrau-</p>	
--	--	--	--

			<p>en habe und die Selbstverwaltung stetig wachse. In einzelnen Orten werde es Probleme geben, da dort geeignete Landratskandidaten fehlten. Man hoffe auf die Selbsterkenntnis der Konservativen, diesen Mangel zu erkennen, damit das Vorurteil, Grundbesitz verleihe geistige Fähigkeiten, abgelegt würde. Dann würde der Adel, wie in England, sich darin fügen, eine gesetzliche Grundlage als etwas Dauerhaftes anzusehen, dass nicht bei jeder Gelegenheit in Stücke gebrochen werden müsse. Dann sei auch für Preußen ein langsamer gesetzlicher Fortschritt gesichert. Und dann werde man hoffentlich nicht mehr jene Zeit glorifizieren, wo die Regierung im offenen Gegensatz zur Verfassung stand. Dann werde man vielleicht mit den Menschen und ihrer Entwicklung entwickeln können, was für das Vaterland das Beste sei.</p> <p>Weiter: Bei der namentlichen Abstimmung über die Kreisordnung stimmt V mit ja.</p>	
99	Mi, 27.11.1872; Nr. 278 (PDF: 27)	6. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Anzeige: V sucht ein tüchtiges <b>Hausmädchen</b> .	
100	Do, 28.11.1872; Nr. 279 (PDF: 31)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Das <b>HdA</b> hat sich zur Prüfung des <b>Staatshaushaltsetats</b> in fünf Subkommissionen geteilt. V gehört zur <b>Kultuskommission</b> .	
			Weiter:	

			<p>V hat folgende Erklärung veröffentlicht:</p> <p>In Beziehung auf die von Hrn. <b>v. Meyer</b> am Dienstag [26.11.1872] angegriffenen Worte seiner Rede, welche der General <b>v. d. Marwitz</b> betraf, erkläre er, dass er bei einer genaueren Nachforschung einen Irrtum zugeben müsse. Die Stelle, die ihm vorschwebe, beziehe sich nicht auf Stein, sondern auf Hardenberg. Sie finde sich im zweiten Band „Aus dem Nachlasse Fr. Aug. Ludwigs v. d. Marwitz“ S. 288 und zwar in einem Aufsatz des erwähnten Generals vom 31. Januar 1812. Dieser bespricht darin die auf seine Veranlassung von den Ständen des Lebufer Kreises an den König gerichtete Vorstellung gegen <b>Hardenberg</b> und sagt weiter: „Sie (die Vorstellung) stellte ungefähr die Ansichten auf, die auch in dieser Schrift dargelegt sind, denunzierte die staatsverderblichen Schritte des Ministers und seiner Helfer und warnte vor der Gefahr, die aus dieser offenbaren Revolution auch für den König und sein Geschlecht hervorgehen müsse.“ Darauf wurde der General v. d. Marwitz und sein Kollege Graf <b>von Finkenstein</b> ergriffen und auf die Festung gesetzt.</p>	
101	Mi, 4.12.1872; Nr. 284 (PDF: 10)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	<p>Lokales: Bericht darüber, dass V gegenwärtig mit der Abfassung einer Denkschrift über <b>Kanalisation und Abfuhr</b> beschäftigt sei, die in den nächsten Tagen gedruckt erscheine und auch weiteren</p>	

			Kreisen, wie den Mitgliedern des Magistrates und der SVV, zugehen werde.	
102	Do, 5.12.1872, Nr. 285 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (13. Sitzung vom 4. Dez): Thema ist das für die <b>Eheschließung</b> erforderliche Lebensalter. Der Regierungsentwurf lautet, dass Männer mit dem vollendeten achtzehnten, Frauen mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr heiraten dürfen und Ausnahmen von dieser Vorschrift solle es nicht geben. Der Abg. <b>Löwe</b> beantragt, das auf das vollendete zwanzigste, resp. fünfzehnte Lebensjahr zu ändern. V sieht sich in der schwierigen Lage, weder dem Antrag Löwes noch der Regierungsvorlage zustimmen zu können. Er halte es für kritisch, keinerlei <b>Dispensation</b> im Gesetz vorzusehen. Allerdings schließe er sich der Meinung an, die Altersgrenze nach oben zu korrigieren. Es zeige die Erfahrung, dass besonders in Fabrikgegenden die frühe Eheschließung und die daraus hervorgehenden Fruchtbarkeit eine anormale Steigerung der Mortalität der Kinder zufolge habe. Diese Fakten sollten die Gesetzgebung viel vorsichtiger machen, um bestimmte Verhältnisse gar nicht erst entstehen zu lassen, die die natürliche Entwicklung der Gesellschaft schädige. Er empfehle, das Gesetz der Regierung zur Überarbeitung zurück zu überweisen.	vgl. Andree, Band 33, S. 342-345  <i>Dispensation:</i> amtl. Befreiung von Gebot oder Verbot
103	Fr, 6.12.1872, Nr. 286	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte	Anzeige des <b>Deutschen Hilfsvereins für die Notleidenden an der Ostseeküste</b> : Es ist unter dem Protektorat seiner Majestät	

	(PDF: 20)	mittig	dieser Verein gegründet worden, um die von der Sturmflut Geschädigten zu unterstützen und <b>Spenden</b> zu sammeln. V ist Mitunterzeichner	
104	Sa, 7.12.1872, Nr. 286 (PDF: 25)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Aufruf für das in Berlin zu errichtende <b>Gräfe-Denkmal</b> : Es wird um Spenden gebeten. V ist Mitunterzeichner und auch in der <b>Spendenliste</b> mit einer Spende von 20 Talern aufgeführt. Diese liegt am oberen Ende der geleisteten Beträge.	<i>von Gräfe, Albrecht</i> : *1828, †1870; Professor der Augenheilkunde (Friedrich-Wilhelms-Universität); Begründer der Ophthalmologie
105	So, 8.12.1872, Nr. 288 (PDF: 27)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Treffen der Faktion der deutschen <b>Fortschrittspartei</b> aus dem HdA. Zusätzlich waren fünf Parteigenossen aus dem Herrenhaus anwesend. Einen besonderen Charakter erhielt dieses Treffen durch die Verabschiedung von <b>Schulze-Delitzsch</b> , der sein Mandat für das HdA niedergelegt hat. V führte den Vorsitz und ergriff nach den ersten Gängen das Wort. Er hob hervor, wie der Gefeierte selbst seine politischen Gegner und persönlichen Feinde zur Anerkennung der von ihm vertretenen Sache gezwungen habe. Jener habe nicht nur Gedanken geäußert, sondern auch die Ausführung in die Hand genommen und sich die Gesetzgebung Untertan gemacht. Er habe geholfen, aus den <b>Junglitauern</b> die deutsche	

			Fortschrittspartei zu formen und habe seine segensvolle Tätigkeit in unmittelbarer Verbindung mit dem Volk immer weiter entwickelt. Wie er immer der Stolz seiner Partei gewesen sei, so halte sie ihn auch bleibend als ihr Mitglied und würde ihn gerne weiter in ihrer Mitte sehen.	
106	Mi, 11.12.1872, Nr. 290 (PDF: 8)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 9. Dez.): Thema sind die <b>Markthallen</b> . V beantragt, dass, wenn einzelne Markthallen nicht gleichzeitig mit den anderen eröffnet werden sollen, für diese dann bis zur Eröffnung die öffentlichen Märkte fortbestehen sollen. Sein Antrag wird abgelehnt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
107	Fr, 13.12.1872; Nr. 292 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Dez.): Thema ist die <b>Abfuhr</b> in Berlin. V beantragt, das Thema Abfuhr zusammen mit der Magistratsvorlage über die <b>Kanalisation</b> zu beraten, damit also zunächst zu vertagen. Sein Antrag wird angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV, aber keine Details
108	Mi, 18.12.1872, Nr. 296 (PDF: 32)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 17. Dez): Thema ist das <b>Fischereigesetz</b> für den preußischen Staat. V bemerkt zunächst leicht ironisch, dass, wenn Fische im Ganzen beschlössen, sich aus einer gewissen Gegend zurückzuziehen und erst dann zurückzukehren, wenn die bösen Menschen dort nicht mehr fischen würden, dann würde es in der Tat keiner Gesetzgebung gelingen, solche Gewässer wieder mit Fischen zu füllen. Nun verhielten sich die Dinge aber anders. Es habe sich herausge-	vgl. Andree, Band 33, S. 345-354

		<p>stellt, dass der <b>Raubfischfang</b> so schädlich sei, dass er die Fische nicht nur vertreibe, sondern am Ort vernichte. Er habe das schon vor zehn Jahren vertreten und bedauere, dass sich die Regierung nicht schon früher dazu entschlossen habe, den Fischern in ihrem eigenen Interesse durch ein Gesetz Beschränkungen aufzuerlegen. Besonders problematisch sei aber, dass man nun ein allgemeines Fischereigesetz erlassen wolle, ohne dass bisher jede Provinz dazu überhaupt ein Gesetz gehabt habe. Man stehe vor dem Punkt, wo man die Grenze ziehen müsse zwischen allgemeiner Landesgesetzgebung und einer landesherrlichen Verordnung. <b>Schonungsbestimmungen</b> seien aber dort sinnvoll, wo gewisse Fische geschützt werden müssten. Dies seien Karpfen, Aale und Hechte. Das Verhältnis von Landwirtschaft, Industrie und Fischerei müsse man unterschiedlich betrachten. Dort, wo das eine einen besonders hohen Stellenwert für die Bevölkerung habe, da müsse das andere zurückstehen. Diese Bedenken sollten aber nicht daran hindern, dass man der Regierung den Dank aussprechen müsse für ihr Vorgehen. Es werde darin über viele Vorurteile und Bedenken mit einer Courage hinweg gegangen, die man in der preußischen Gesetzgebung bisher vermisst habe. V würde es begrüßen, wenn die Regierung die gleiche Ent-</p>	
--	--	--	--



			<p>schlossenheit, wie hier zum Wohle der Fische, auch einmal zum Wohle der Menschen in der Vorlage eines <b>Sanitätsgesetzes</b> zeige Er hoffe, dass mit dem Fische-reigesetz die Grundlage für ein Reichs-gesetz gelegt werde und später damit auch für ein internationales Gesetz. Die Misser-folge bei den Verhandlungen mit Holland in Bezug auf das Lachs-gesetz hätten damit vermieden werden können. Abschließend beantrage er, mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Behandlung, die Verweisung der Gesetzesberatung an eine besondere Kommission.</p>	
109	<p>Mi, 18.12.1872, Nr. 296 (PDF: 36)</p>	<p>3. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben</p>	<p>Kurzer Bericht, dass von V eine Broschüre zum Thema „<b>Sterblichkeitsverhältnisse in Berlin</b>“ erschienen sei. Es handle sich hierbei um einen Separatabdruck aus der „<b>Berliner klinischen Wochenschrift</b>“ über einen in der Berliner medizinischen Gesellschaft gehaltenen Vortrag. Gerade jetzt sei diese Schrift besonders wichtig, wo über Kanalisation oder Abfuhr ent-schieden werde. Es handle sich um sorg-fältig zusammengetragenes, statistisches Material, das ein positiveres Bild über den allgemeinen Gesundheitszustand Berlins vermittele, als gewöhnlich angenommen werde.</p>	<p><i>Ueber die Sterblichkeits-verhältnisse in Berlin.</i> Vortrag in der med. Gesellschaft am 13. Nov. 1872 v. V. Berlin, 1872</p>

## Fundstellen 1873

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Mi, 8.1.1873, Nr. 6 (Kein Scan)	S. 2, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [7.1.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der Etat des Innenministeriums. Es wird nur kurz erwähnt, dass V bezweifelt, dass die an Widersprüchen reiche Erklärung des Ministers <b>Graf Eulenburg</b> die gewünschte Wirkung hervorbringen werde.	vgl. Andree, Band 33, S. 354-358
2	Mi, 8.1.1873, Nr. 6 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 7. Jan.): Thema ist der Etat des Innenministeriums. In diesem Zusammenhang wird der <b>Rücktritt Bismarcks als Ministerpräsident</b> und die Ernennung des <b>Grafen Roon</b> in diese Position diskutiert. Der Innenminister nimmt dazu Stellung. Daraufhin erwidert V, dass es für das Land beruhigender gewesen wäre, wenn Bismarck selbst dazu eine Erklärung abgegeben hätte. Es seien viele beruhigende Erklärungen abgegeben worden, aber es habe sich gezeigt, dass die Beamten schlecht unterrichtet worden seien. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, woran das gelegen habe. V bemerkt den Widerspruch zwischen Bismarcks Rücktritt und der Ernennung Roons bei gleichzeitigem Bestehenbleiben eines „ <b>Ministerium Bismarck</b> “. Roon sei nie ein Strohmann gewesen, sondern eine gestandene Persönlichkeit. Man habe ihn sogar als den Keil bezeichnet, der das alte liberale Ministe-	vgl. Andree, Band 33, S. 354-358

			<p>rium stürze. Er habe das Format, Reichskanzler von Deutschland zu werden. Dass Bismarck einst das allgemeine, direkte Wahlrecht einführen musste, habe ihm vor zehn Jahren auch niemand gesagt und Herrn v. Roon sei die Kanzlerwürde bei der Geburt nicht prophezeit worden, aber trotzdem könne sich dies ereignen. Weiter spricht V über Roons Haltung zur Kreisordnung. Dieser habe immer wieder daran gearbeitet, diese Entwicklung nicht weiterkommen zu lassen. Er habe sogar im Herrenhaus mit Rücktritt gedroht und sich damit deutlich als Gegner gezeigt. Damit sei nicht zu erwarten, dass er als Ministerpräsident die Hände in den Schoß lege und den Innenminister bei der Ausführung der Kreisordnung unterstütze, wo er doch deren absoluter Gegner sei. In entscheidenden Kreisen herrsche immer noch große Sympathie mit den Konservativen und der Feudalismus sei keineswegs gebrochen. V bemerkt, man bemühe sich, den Kampf gegen diese unberechtigte Tradition zu führen und fügt ironisch hinzu, dass man sich sogar unwohl fühle, wenn in Preußen gar kein Feudalismus mehr vorhanden wäre. Er verlange weitergehende Erklärungen als die des Innenministers. Bei einem so entscheidenden Wendepunkt in der Politik hätte man die Anwesenheit des ganzen Staatsministeriums erwarten können. Es</p>	
--	--	--	---	--

			<p>handle sich nicht um die Frage des Feudalismus allein, es gehe auch um den <b>Ultramontanismus</b> und um die Position Preußens in Deutschland, auch in der Kulturbewegung. Die Minister, die wenigstens theoretisch ihre Verantwortlichkeit anerkannt hätten, müssten mit Bestimmtheit ihre Stellung zu den großen Aufgaben des Volkes und der Regierung beziehen. Da man dies vermisse, entstünde ein Gefühl der Unsicherheit und Beunruhigung. Man habe kein Problem, wieder in die Opposition zu ziehen, aber man verlange, dass die Regierung äußere, was sie wolle und danach könne man bemessen, ob man sie als freundlich oder feindlich einstufen könne.</p>	
3	<p>Sa, 11.1.1873, Nr. 9 (Kein Scan)</p>	<p>3. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Bericht anlässlich eines von V in der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> gehaltenen Vortrages. Dieser beschäftigte sich mit den <b>Nachteilen für die Statistik</b>, die bei der Ausstellung von <b>Totenscheinen</b> entstünden. Hier fehlten <b>Details zur Todesursache</b> und zu den Wohn- und Lebensumständen der Verstorbenen. Dies solle mit dem Einverständnis des statistischen Büros demnächst verändert werden.</p>	<p>in der Berlin. Klin. Wochenschrift nicht zu finden</p>
4	<p>Di, 14.1.1873, Nr. 11 (Kein Scan)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Kurze Nachricht, dass V am Dienstag und Freitag den <b>Fraktionssitzungen [Verlegung]</b> nicht beiwohnen könne und man deshalb auf Montag und Donnerstag ausweiche.</p>	

			Aus dem, Text geht nicht klar hervor, von welcher Woche die Rede ist und ob es sich um die laufende oder die folgende Wochen handelt.	
5	Mi, 15.1.1873, Nr. 12 (Kein Scan)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<p>Es liegt der <b>Generalbericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf Kanalisation und Abfuhr</b> vor, den V verfasst hat. Die Aufgabe dieses Berichtes beschränkt sich darauf, kurz die Hauptergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zusammenzustellen und die Schlussfolgerungen anzugeben, die die Deputation in ihren Sitzungen gebilligt hat. Abgedruckt ist nur der erste Abschnitt.</p> <p>Allgemeine Gesichtspunkte: Zunächst stellte sich die Frage, ob man sich Kanalisation oder Abfuhr entscheiden sollte. Im Laufe der Verhandlungen klärte sich, dass dieser Ansatz wenig sinnvoll sei. Man müsse vielmehr von zwei Kernproblemen ausgehen. Sowohl Abwässer wie auch der Müll müssten beseitigt werden. Das Problem der Abwässer versuchte man mit der Anlage von Rinnsteinen zu beseitigen. Diese seien aber bei Weitem nicht ausreichend. Bei starken Regenfällen hätte man regelmäßig Überschwemmungen und im Sommer würde die Rinnsteine anfangen zu stinken. Regelmäßige Spülungen reichten da nicht aus. Mittlerweile habe man, aufgrund der Verunreinigung des Bodens,</p>	<i>General-Bericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen.</i> Berlin, Hirschwald, 1873

			<p>mit einer Verschlechterung der Wasserqualität der Brunnen zu kämpfen. Die Wasserleitungen hätten da keine Entlastung gebracht, sie würden nur den Dreck in andere Stadtteile spülen. Die Abfuhr wiederum könne nur die festen Stoffe beseitigen, nicht die flüssigen. Fest stehe daher insgesamt, dass das <b>gleichzeitige Bestehen von Kanalisation und Abfuhr</b> nötig sei. Nun müsse man entscheiden, welche Stoffe durch die Kanäle und welche durch die Abfuhr beseitigt werden sollen. Der eigentliche Differenzpunkt liege nur in der Entscheidung über die Entfernung der menschlichen Exkremete. Dabei sei wesentlich, dass man das System der Abtrittsgruben aufgebe und das unreine Wasser nicht mehr in die Stromläufe fließen lasse. Dazu müsse man ein ausreichend großes Kanalsystem konzipieren und das unreine Wasser entweder zu Berieselungszwecken nutzen oder desinfizieren. Zu bedenken dabei seien die Kosten und die sanitären Verhältnisse. Die Vertreter der Landwirtschaft würden Sturm laufen gegen die Kanalisation, weil sie um ihren Dünger fürchten. Hier müsse man aber die Interessen der Landwirte den Interessen der Bewohner der Stadt gegenüberstellen.</p> <p>„Daß aber jemals die Gärtner und Landwirthe der Umgebung ihre Preise deshalb ermäßigen werden, weil sie die Excre-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>mente der Bürger kaufen können, dürfen in einer Zeit, wo der Preis des Gemüses, des Obstes, des Korns und des Viehes nicht mehr lokal bestimmt wird, wohl von Niemand erwartet werden.“ Über den finanziellen müssten aber die sanitären Gesichtspunkte stehe. „, Welches auch die finanziellen Konsequenzen sind, sie müssen getragen werden, wenn die Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit sie fordert. Denn eine Stadt, welche durch ihre Unreinlichkeit die Gesundheit ihrer Bürger schädigt oder gar deren Leben gefährdet, darf nicht zögern, in dem Augenblick, wo diese Erkenntniß gewonnen wird, auch die Mittel zu ihrer Reinigung zu beschaffen, so schwer sie auch fallen mögen. Es wäre eine <b>falsche Sparsamkeit</b>, diese Mittel zu beschränken und ein unvollkommenes System zu suchen, bloß weil es billiger ist. Jedes kranke oder vor der Zeit gestorbene Gemeinde-Mitglied stellt auch einen wirtschaftlichen Verlust dar, und die Ersparniß an Reinigungskosten der Stadt wird nicht bloß aufgewogen, sondern reichlich überschritten durch die Mehrbelastung der Armen-Verwaltung.“</p>	
6	Sa, 18.1.1873, Nr. 15 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [17.1.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurden die Beratungen der kirchlichen Reformgesetze fortgesetzt. V stimmt für die Regierungsvorlage.	vgl. Andree, Band 33, S. 359-375
7	Sa,	2. Beilage,	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 17. Jan.): V be-	vgl. Andree,

	<p>18.1.1873, Nr. 15 (Kein Scan)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>ginnt damit, dass er und seine Parteifreunde zwar für die Regierungsvorlage zur <b>Kirchenreform</b> seien, dies aber erschwert werde durch politische und verfassungsmäßige Bedenken. Wenn man dennoch für die Regierung sei, so geschehe dies, weil man anerkenne, dass bei den politischen Verhältnissen Entwicklungen nur Schritt für Schritt möglich seien und mit der Vorlage sei eben dieser erste Schritt gemacht. Die Bedenken gegenüber der Verfassung seien dadurch gemildert, dass allseits Breitwilligkeit herrsche, einen neuen Verfassungsparagraphen zu entwerfen. Bis jetzt habe man allerdings die Verfassung nicht neu gestaltet, auch wenn erlassenen Gesetze mit ihr kollidierten. Und nachdem die <b>Verfassung nun durchlöchert</b> sei, <b>wie eine Fahne</b>, die zahlreiche Schlachten mitgemacht habe, so dass kaum jemand mehr wisse, was er beschwört, wenn er auf die Verfassung schwöre, so wäre es jetzt Prinzipienreiterei, nicht auf die Regierung zuzugehen, wenn diese Schritte auf einen zu mache. Politisch gesehen gebe man mit diesem Gesetz einer absoluten Regierung eine bedenkliche Gewalt in den Händen. V kritisiert das verflossene Regime des Kultusministeriums und vergleicht deren Einwirkung mit der Ablösung von Schneepartikeln am Hang, die eine Lawine auslösen und im</p>	<p>Band 33, S. 359-375</p>
--	--	---------------------------------------	---	--------------------------------



			<p>Tal ein Dorf verschütten könnten. Um das Gesetz richtig würdigen zu können, müsse man sich die Lage der katholischen Kirche klar machen. Sie sei der konsequent entwickelte Gedanke von Jahrtausenden, der im Vatikan seinen vorläufigen Abschluss gefunden habe. Zu Zeiten Karl des Großen setzte der Papst diesem die deutsche Krone auf. Damals war die <b>Kirche die Trägerin aller Kulturbewegungen</b>. Diese Ehre habe man ihr stets breitwillig zuerkannt, aber die Kultur, die sie trug, war keine spezifisch christliche, sondern eine allgemein menschliche. Erst als das wissenschaftliche Laientum die Kirche überflügelte, da begannen die Ketzerverfolgungen. Die Hohenstaufen unterlagen und der <b>Ultramontanismus</b> breitete sich mehr und mehr aus. Das Kardinalskolleg wurde nur noch aus Italienern zusammengesetzt und zu Päpsten wurden nur noch Italiener gewählt. Dieses italienische Papsttum habe in den vatikanischen Beschlüssen seinen Abschluss gefunden und es habe die Verhandlung auch mit dem wohlwollendsten Staat für immer verändert. Die Bischöfe fänden immer einen Punkt, wo sie die Verständigung vereitelten und die Stellung des <b>Papstes</b> als politische Person sei sehr <b>bedrohlich für Preußen</b>. Dieser sehe in <b>Preußen [als]</b> immer noch das <b>Markgrafentum Brandenburg</b>. V</p>	
--	--	--	--	--

		<p>hoffe, dass sich die Mehrheit des Hauses bewusst sei, dass der moderne deutsche Staatsgedanke sich eben aus diesem Markgrafentum entwickelt habe. Erst Kriege und Umdenken hätten den Weg bereitet, den Bewohnern den ersten preußischen Staatsgedanken nahe zu bringen. Dieses Deutschland bestehe aus staatlich geeinigten, deutschen Stämmen. Er freue sich, dass das Gesetz den Gedanken völlig aufbe, dass Staat und Kirche gegenseitige Versicherungsanstalten wären. Man müsse nicht fragen, was aus der Welt werde ohne die Kirche, die die Schlüssel zum Himmel habe. Die Welt würde keine Ruine werden, wenn diese Schlüssel verloren gingen. Der Staat sei eine weltliche Einrichtung und dürfe nicht abhängig sein von der Kirche. Wenn der Staat die Mittel der Kirche bräuchte und benutze und ohne diese nicht existieren könne, so solle er gar nicht existieren. Er behaupte, dass die Staaten dieser Mittel nicht bedürften, wenn ihre Einrichtungen sittliche Einrichtungen seien. <b>Sittlichkeit setze Wahrheit der Überzeugung voraus</b>, nicht Wahrheit des Glaubens. Wenn nun ein Bischof monatelang gegen die Unfehlbarkeit schreibe und spreche und dann plötzlich äußere, dass das alles nur dummes Zeug gewesen sei, so sei der Mann ein Heuchler. Man könne mit der</p>	
--	--	--	--

			<p>Kirche nur verhandeln, wenn man die nötigen Zugeständnisse mache, es habe aber nur die Freiheit der individuellen Überzeugung einen Wert. Er leugne, dass zum Glauben auch der Klerus gehöre, der für andere eine dogmatische Einrichtung sei. Der <b>Dogmatismus</b> habe nur mit übernatürlichen Dingen zu tun, mit den natürlichen ausschließlich der Staat und deshalb sei die äußere Organisation der Hierarchie von der staatlichen Gesetzgebung nicht ausgeschlossen. Man befinde sich also in einem inneren Krieg. V hätte es lieber gesehen, wenn die Regierung den Hebel bei der Gemeindeverfassung angesetzt hätte, denn er halte es für möglich, die Religion zu erhalten ohne die Hierarchie. Hier sei das <b>Judentum</b> zu nennen, das ausschließlich auf der Gemeinde beruhe. <b>Hierarchie sei nur Selbstzweck</b>, bei dem einer dem anderen sein Wohlbefinden garantiere. Er habe keine Sympathie für die Staatserziehung der Geistlichkeit. Hierbei werde das kindliche Gemüt von der allgemeinen, nationalen Bildung völlig ausgeschlossen. Wie sittlich das wirke, hätten viele Gerichtsverhandlungen der letzten Jahre gezeigt. Er sehe in der Gesetzesvorlage eine große Verbesserung, einen Schritt, sich aus den <b>Fallstricken der Kirche</b> zu lösen hin zu einer <b>Emanzipation und Verweltlichung des Staates</b>.</p>	
--	--	--	---	--

8	Di, 21.1.1873, Nr. 17 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Abdruck einer Abstimmungsliste aus der <b>SVV</b> über den Antrag zur Aufnahme einer Anleihe zur <b>Errichtung von höheren Lehranstalten</b> . Die Mehrheit stimmt für den Antrag, V stimmt gegen den Antrag.	
9	Do, 23.1.1873, Nr. 19 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V eine Resolution vorbereitet in Zusammenhang mit der <b>Übertragung der Veterinäranstalten und der Tierarzneischule vom Landwirtschaftsministerium zur Verwaltung der Medizinal-Angelegenheiten</b> .	
10	Do, 23.1.1873, Nr. 19 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Namentlich aufgeführt sind die neu gewählten Mitglieder der einzelnen Verwaltungsdeputationen. V ist zu finden im <b>Kuratorium für den Bau einer Irrenanstalt</b> , in der <b>Deputation für Kanalisierungs- und Abfuhrangelegenheiten</b> , im <b>Kuratorium für den Bau des Krankenhauses im Friedrichshain</b> , in der <b>Deputation zur Verwaltung der Park-, Garten- und Baumanlagen</b> , in der <b>Geldbewilligungsdeputation</b> , in der <b>Deputation für die Ausschmückung des neuen Rathauses</b> , in der <b>Sanitätskommission</b> , in der <b>städtischen Deputation für Statistik</b> , in der <b>Deputation bezüglich Unterhaltung und Verschönerung des Tiergartens</b> und in der <b>Kommission zur Verwaltung der Volksbibliotheken</b> .	
11	Fr,	2. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Jan): Thema ist	vgl. Andree,

	24.1.1873, Nr. 20 (Kein Scan)	S. 2, 2. Spalte mittig	die Anleihe zur <b>Errichtung höherer Lehranstalten</b> . V teile weder die Furcht vor der Anleihe, noch die Auffassung, dass es sich hier um die Bestreitung laufender Kosten handle. Der früheren Stadt Berlin seien ganze Städte hinzugetreten, es handle sich also um ganz neue Einrichtungen. Allerdings würden durch die Aufnahme der Anleihe die Kosten steigen und es frage sich, wie man damit umgehen wolle. Er empfehle deshalb, die bereits im Bau befindlichen Lehranstalten in dem Etat zu belassen und die anderen aus diesem zu entfernen. V beantragt, zusammen mit <b>Dr. Neumann</b> , eine Reihe einzelner Positionen für den Bau abzusetzen. Dieser Antrag wird später abgelehnt.	unveröffentlichtes Material zur SVV; nichts zu diesem Thema
12	So, 26.1.1873, Nr. 22 (Kein Scan)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [25.1.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war die Beratung zum <b>Etat des Staatsministeriums</b> . V habe dazu weitere Erklärungen gefordert.	vgl. Andree, Band 33, S. 375-380
13	So, 26.1.1873, Nr. 22 (Kein Scan)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 25. Jan.): V äußert sich zur Forderung des Reichskanzlers. Dieser wünsche sich einen <b>Reichskanzler</b> aus einem anderen deutschen Staat, der das Vertrauen des Kaisers besitze, einen solchen Einfluss auf die Politik des preußischen Ministeriums ausüben zu können, dass eine perfekte Verbindung zwischen ihnen existiere. Er wäre immer der Meinung gewesen, dass Reichskanzler und Ministerpräsident ein	vgl. Andree, Band 33, S. 375-380  <i>Adlatus</i> : untergeordneter Gehilfe; vergleichbar mit einem Adjutanten im militär. Sprachge-

		<p>und dieselbe Person sein müssten und der Reichskanzler habe sich seiner Zeit ähnlich geäußert. Dieser habe auch feststellen müssen, dass diese Stellung einen Haken habe. Die Dissonanzen hätten den Kanzler dazu gebracht sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. V ist der Meinung, es sei an der Zeit, das preußische Ministerium so zu formen, dass Einträchtigkeit und kraftvolle Einwürdigkeit erreicht würden, was bisher gefehlt hätte. Der Wunsch sei, dass ein Ministerium aus Männern mit gleichen Zielen bestehe, der Ministerpräsident diesem vorstehe und ihm zuwider keine Beschlüsse gefasst würden. Der Verweis des Reichskanzlers auf die Einrichtungen in England trifft nach Vs Meinung nicht ganz zu. Wenn in Preußen das Ministerium aus der Mehrheit des Hauses hervorginge und eine andere Zusammensetzung nicht möglich wäre, dann ließe man sich Manches gefallen. Nun beunruhige aber die Ernennung eines <i>Adlatus</i> und man befürchte, dass dies auch in anderen Ministerien passiere. Dann werde das preußische <b>Ministerium ein Experimentierfeld</b>. Allerdings könne dabei auch der Reichskanzler in Schwierigkeiten kommen, wenn der Staatsminister nicht so stimme, wie es der Reichskanzler gerne wünsche. Allerdings sollte eine so große Veränderung gar nicht vor sich gehen,</p>	brauch
--	--	---	--------

			ohne dass die volle Klarheit darüber geschaffen und der Volksvertretung die Möglichkeit geboten werde, auf eine wirkliche Ordnung der Verhältnisse einzuwirken. Die gegenwärtige Art, große Veränderungen von einschneidender Wirkung zu machen, ohne jede weitere Erklärung, scheint V nicht verträglich mit einer wirklichen parlamentarischen, konstitutionellen Entwicklung. Dies sei der Grund, warum diese Angelegenheit im Hause zu Sprache gebracht werde.	
14	Di, 28.1.1873, Nr. 23 (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [27.1.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war der Etat des Landwirtschaftsministeriums. V habe den Antrag gestellt, die Veterinärverwaltung dem Kultusministerium zuzuweisen	vgl. Andree, Band 33, S. 380-390
15	Di, 28.1.1873, Nr. 23 (Kein Scan)	2.Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 27. Jan.): V stellt den Antrag die [ <b>Übertragung</b> ] <b>Veterinärverwaltung einschließlich der Tierarzneischule dem Kultusministerium zuzuweisen</b> . Er hoffe, dass das Haus überzeugt sei, dass dieser Antrag nicht auf Parteiauffassung oder persönlicher Liebhaberei fuße. Es handle sich dabei um eine konstitutionelle Frage von höchster Bedeutung. Der Landwirtschaftsminister müsse nach seiner Aussage sein Ministerium auf eine breitere Basis stellen, es sei also ein Verzweiflungsakt gewesen, aber dieser Strohalm habe ihn nicht über Wasser halten können.	vgl. Andree, Band 33, S. 380-390

			<p>Man dürfe nicht zusehen, wie die Regierung während eines Etatjahres mit bereits verabschiedetem Etatgesetz ganze Verwaltungszweige in andere Ressorts verschiebe. Dies sei nach dem Erlass des Oberrechnungskammergesetzes von März 1872 geschehen, das einem solchen Verfahren widerspreche. V gestehe zu, dass im Kultusministerium für die Tierarzneischulen und das Veterinärwesen mehr hätte geschehen können, aber wolle man alles aus diesem Ministerium entfernen, was in letzter Zeit schlecht verwaltet wurde, bleibe wenig über. Ebenso könne man die Verwaltung der königlichen Museen dem Landwirtschaftsministerium übergeben, weil darin gewisse Räte säßen, die kunstverständiger seien, als die im Kultusministerium. Der richtige Weg sei aber, die Personen zu versetzen, nicht die ganze Verwaltung. Die Landwirte würden im allgemeinen die Tierärzte verachten und man könne einem Ministerium, das von vornherein der gleichen Richtung angehöre, nicht zutrauen, dass es sich mit Vorliebe und Erfolg dieses Zweiges widmen werde. Das Tierarzneiwesen gelte eher als untergeordnet und diene nur dazu, dem Landwirtschaftsministerium eine breitere Basis zu verschaffen und ihm gegenüber den anderen Ministerien eine bessere Stellung zu sichern. Die Tierärzte mit der Begründung, sie</p>	
--	--	--	--	--



			<p>behandelten ja das Vieh, dem Landwirtschaftsministerium zuzuordnen, kontert V damit, dass Ärzte dann ebenfalls dort zugeordnet werden müssten, da sie auch Arbeiter und Tagelöhner behandelten. Wissenschaftlich gesehen gebe es <b>keine Grenze zwischen Tier- und Menschenmedizin</b>, das Objekt sei verschieden, aber die Erfahrungen seien Lehrsätze, die die Grundlage der Doktrin bildeten. Die geringen Leistungen der Tiermedizin beruhten besonders in der engen Verbindung zum Kriegsministerium, die zu Rossärzten niederen Ranges führe. Auch die Veterinärpolizei, die bekanntlich zu Grausamkeit neige und bei Epidemien massenweise töte, solle dem Kultusministerium unterstehen. Wenn die Regierung eine Vorlage entwerfe, die eine Rückgabe des Tierarzneischulwesens und der Veterinärpolizei an das Kultusministerium vorsehe, so würde V dies unterstützen.</p>	
16	Mi, 29.1.1873, Nr. 24 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (35. Sitzung vom 28. Jan.): Thema ist der <b>Bau eines landwirtschaftlichen Museums</b>. V teile den Wunsch, dass die wertvolle Sammlung des landwirtschaftlichen Museums bald und dauerhaft untergebracht werde. Dem eingebrachten Antrag, das Museum in den Räumen der Tierarzneischule unterzubringen, könne er aber nicht zustimmen, da die Museumsfrage nicht für sich alleine gelöst</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 390-395

			<p>werden könne. Das Museum müsse in räumlicher Nähe zur landwirtschaftlichen Akademie liegen. Diese gehöre zwar zu den Universitäten, hätte aber nur wenige Lehrer und Schüler und führe ein Schattendasein. Wolle man für jedes Ressort besondere Anstalten errichten, so würde dies bald so teuer wie das Militär. Ferner solle man überlegen, ob ein landwirtschaftliches Institut nicht eher in die Peripherie gehöre, statt ins Zentrum der Stadt. Sicher könne der Minister nicht in wenigen Tagen eine Entscheidung treffen, aber er solle sich vorher mit seinen Kollegen beraten, besonders mit dem Unterrichtsminister, um dann einen geeigneten Plan vorzulegen. Sollten die Mittel dann für eine landwirtschaftliche Lehranstalt bewilligt werden, so solle diese auch Modellcharakter haben. Später wehrt sich V gegen die Unterstellung, er habe nur zweifelhaftes Interesse an der Landwirtschaft. Er verweise auf seine wissenschaftliche Überzeugung und gönne der Landwirtschaft nur das Beste.</p>	
17	Do, 30.1.1873, Nr. 25 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Es ist ein weiterer Teil der von V verfassten Veröffentlichung zum Thema <b>Kanalisation und Abfuhr</b> in zusammengefasster Form abgedruckt. Zu der Ausführung der ihr übertragenden Aufgaben habe die gemischte Deputation zusätzlich besondere Kommissionen ernannt und sich externe Sachverständige herangezogen.	s.a. 15.1.1873  <i>General-Bericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für</i>

		<p>gen. Für die spezielle Leitung wurde ein besonderes Büro unter Hr. Baurat <b>Hobrecht</b> gegründet. Die chemischen Untersuchungen führte zunächst Hr. <b>Prof. Liebreich</b>, später der Agrikulturchemiker Herr <b>Prof. Müller</b>, die geognostischen Untersuchungen zunächst Hr. <b>Dr. Kunth</b>, später <b>Hr. Lossen</b>. Außerdem gaben noch spezielle Gutachten von <b>Koch</b> und <b>Reuleaux</b> und für die Beriesungsversuche wurde eine besondere Kommission aus den Herren <b>Kiepert</b> und <b>Röder, Prof. Dunkelberg</b> und <b>Meyer</b> gebildet.</p> <p>Hinsichtlich der Höhenverhältnisse zerfalle Berlin in eine Niederstadt und eine Hochstadt. Die Beschaffenheit des Erdbodens sei für Anlage von Kanälen durchaus günstig. Nur wenige Stellen zeigten einen so schlechten Baugrund, dass für die Festigung von Kanälen besondere Vorsichtsmaßregeln notwendig werden dürften.</p> <p>Um die <b>Wasserverhältnissen</b> beurteilen zu können, benötige man Daten zu den entstehenden Wassermengen. Für besondere Notfälle müssten Notauslässe eingerichtet werden. Eine auf dieser Grundlage eingerichtete Kanalisation würde die bestehenden Probleme alle beseitigen.</p> <p>Nachdem die städtischen Behörden beschlossen hätten, die Wasserleitung nicht bloß in die Hand zu nehmen, sondern sie</p>	<p><i>die Untersuchung der auf Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen.</i> Berlin, Hirschwald, 1873</p>
--	--	---	---

			<p>auch allen Stadtteilen zugänglich zu machen, müsse man die in den Haushalten entstehenden Abwässer mit berücksichtigen. Ziel sei es, auch die Spree und ihre Nebenarme zukünftig vor weiteren Einleitungen von Abwässern zu schützen. Bei der Beurteilung der Wasserverhältnisse spiele die Berücksichtigung der Grundwasserverhältnisse eine große Rolle. Der Stand des Grundwassers habe Einfluss auf Krankheiten, auf die Feuchtigkeit in Gebäuden und müsse beim Bau der Abzugskanäle mit einbezogen werden. Ziel sei es, ein zu hohes Ansteigen des Grundwassers zu unterbinden, im Sinne einer Drainage. Damit hätte man bei den Schwankungen nur noch das Problem des zu niedrigen Grundwassers zu ertragen. Mit der Einflussnahme auf die Grundwasserverhältnisse und der Einführung der Kanalisation könne man hoffen, das Problem der Verunreinigung der Brunnen auch zu beseitigen.</p>	
18	Fr, 31.1.1873, Nr. 26 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 2. Spalte mittig f.	<p><b>HdA</b> (36. Sitzung vom 30. Jan.): Es liegen zwei <b>Änderungsvorschläge zur Verfassung</b> vor, sie betreffen Art. 15 und 18. Die evangelische und römisch-katholische Kirche und alle Religionsgesellschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig, bleiben aber den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht unterworfen. Sie bleiben im Besitz ihrer Anstalten, Stif-</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 396-408

			<p>tungen und Fonds. Im weiteren Artikel ist das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen, soweit es dem Staat zusteht, aufgehoben. Ferner regelt das Gesetz die Befugnisse des Staates bei Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener und stellt die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt dar. V ist für diese Vorlage. Er wundere sich, wie die <b>Zentrumspartei</b> dazu komme, sich <b>als Organ Gottes</b> anzusehen, durch welche die Ordnung Gottes kundgetan werde. Mit dieser Partei sei keine Zusammenarbeit möglich, deshalb sehe man ihn auf Seiten der Regierung. Er hoffe, bei der allgemeinen Uneinigkeit im Hause, dass man zur Überzeugung gelange, dass es keinen Grund gebe, sich überhaupt mit kirchlichen Fragen zu beschäftigen. Man unterstütze die Regierung nicht, weil man ihre Maßnahmen für die besseren hielte, sondern weil sie ein Weg zu einer wirklichen Lösung sei. V verweist auf Amerika, wo die Verfassung keinen Artikel beinhalte, der sich mit der Kirche beschäftige, sondern sie kenne nur Religionsgesellschaften. Die Artikel 15 und 18 befänden sich in Titel 2 der Verfassung, welcher von den „Rechten der Preußen“ handle und auch nur auf diesem Wege sei die Kirche überhaupt gesetzlich erwähnt, weil dem Einzelnen das Recht</p>	
--	--	--	--	--

			<p>zustände, sich innerhalb seiner Kirche zu bewegen. Jetzt gehe es darum zu entscheiden, ob einem katholischen Preußen zustünde, vermöge seines Glaubens, sich den Staatsgesetzen zu widersetzen. In dem großen <b>kulturhistorischen Kampf</b>, in dem man sich befinde, sei die richtige Gesetzgebung nur in der wirklichen <b>Befreiung des Individuums</b> zu finden. Er bedauere die Diskussion darüber, hoffe aber auf baldige Einsicht, dass dies die Formel des Friedens werde. Der Papst könne gerne als oberste Instanz fungieren, solange es nur die übersinnlichen Dinge betreffe. Wenn man aber „Gottesordnung“ ohne weiteres auch in diese Welt hinein als eine Interpretation der Kirche bringe und die göttliche Ordnung bis in alle Kreise der Gesellschaft und des Staates hinein verfolge, dann könne man konsequenterweise zu nichts anderem kommen, als zu jener Hierarchie, wie sie das päpstliche Regiment ausgebildet habe. Dann käme man irgendwann zur katholischen Weltherrschaft. Die Kirche müsse einfach dem Staatsgesetz unterworfen werden. Wer das Gesetz nicht als Norm für sein Handeln anerkenne, dem bleibe am Ende nichts anderes übrig, als seine Waffen auszusuchen, die das Gesetz nicht zulasse. Nun gelte es, das Gesetz auszuformen, auch mit neuen Zusätzen. Er könne den vorgelegten Entwürfen</p>	
--	--	--	---	--

			<p>schon zustimmen, arbeite aber gern auch an deren Veränderung mit. V würde gerne nur von Religionsgesellschaften sprechen und nicht explizit die einzelnen Kirchen erwähnen. Bezeichnend dazu sei, dass, wo aus der Initiative der Volksvertretung Formeln für die Verfassungsbestimmungen gesucht werden, von der Kirche nicht die Rede sei, so auch in der deutschen Nationalversammlung. Dass die Kirchen ihren Weg in die Verfassung gefunden hätten, stamme noch von 1848, wo der Staat der Kirche die weltliche, die Kirche dem Staat gewissermaßen die göttliche Eigenschaft verliehen habe. Die Unabhängigkeit der Kirche, wie sie aufgrund der Verhandlungen der Bischöfe zugelassen sei, sei unerträglich geworden. Ferner sei die Aufspaltung in evangelische und römisch-katholische Kirche wenig sinnvoll, da die evangelische Kirche aus vielen verschiedenen Untergruppen bestünde. Hier werde es mit der Zeit sicher weitere Entwicklungen geben, in die man nicht eingreifen müsse. In späteren Spezialgesetzen könne man nach amerikanischem Vorbild Details festlegen. Eine bestimmte Kirche als einzige Form der göttlichen Ordnung anzuerkennen, sei unmöglich. Man müsse <b>jede Religionsgesellschaft als gleichberechtigt</b> ansehen und der Staat habe die Pflicht, jedem Bürger sein Recht auf Religions-</p>	
--	--	--	--	--

			ausübung zu sichern. Es sei zu verlangen, dass das Individuum sich frei entwickle auf Grundlage der Glaubensmeinung, die es empfangt. Woher es dieselben empfangt, sei nicht Sache des Staates. Dieser habe nur zu klären, ob die Glaubensmeinungen mit der Existenz des Staates und mit dem Gedeihen der Gesellschaft vereinbar seien. Soweit sich der Staat bei seinen jetzigen Vorschlägen an diese Grenzen halte, werde man die Regierung gerne unterstützen.	
19	Sa, 1.2.1873, Nr. 27 (PDF: 3)	S. 4, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (37. Sitzung vom 31. Jan.): Thema ist das <b>kirchliche Reformgesetz</b> . V bringt ein Amendement ein. In der Ursprungsfassung sind im Gesetzesvorschlag die evangelische, die römisch-katholische Kirche und Religionsgesellschaften benannt. V schlägt vor, nur von Religionsgesellschaften zu sprechen.	nichts bei Andree
20	So, 2.2.1873, Nr. 28 (PDF: 9)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht, dass die <b>Kirchenreformgesetze</b> unter den Abgeordneten Berlins zu einer Trennung geführt hätten und V, wie auch andere, für die Reformgesetze stimmen würden.	
21	Fr, 7.2.1873, Nr. 32 (PDF: 20)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung aus der <b>SVV</b> : Es wird kurz erwähnt, dass V über die <b>Kanalierungsangelegenheit</b> gesprochen habe	nichts bei Andree
22	Fr, 7.2.1873, Nr. 32	2. Beilage S. 1, 2. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Feb.): Thema ist die Ausführung der <b>Kanalisierung</b> . V geht auf zwei frühere Anträge ein. Er sei	nichts bei Andree



	(PDF: 22)	oben	<p>der Meinung, dass genügend Material zur Verfügung stünde und dass man zunächst im Haus die Sache selbst beraten und erst später ggf. Sachverständige hinzubitten solle. Weiter sei er von Oberbürgermeister <b>Hobrecht</b> ermächtigt mitzuteilen, dass die Berliner Wasserwerke keinen Widerspruch dagegen einlegen, die noch nicht mit Wasserleitungen versorgten Stadtteilen anzuschließen. Er hoffe auf eine schnelle Entscheidung in der Angelegenheit. Zum Abschluss erhebt Korreferent Dr. <b>Schulz</b> Einspruch gegen die Art der Berichterstattung der Deputation. Er betont ganz ausdrücklich, dass er sich nicht gegen V wende. V wiederum verteidigt das stattgefundene Verfahren.</p>	
23	Di, 11.2.1873, Nr. 35 (PDF: 6)	S. 2, 2. Spalte unten	<p>Im Rahmen geplanter Feierlichkeiten zum <b>25. Jahrestag der Märzereignisse von 1848</b> ist ein Schreiben Vs abgedruckt. Die Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> habe in zwei Sitzungen darüber beraten, wie die Feierlichkeiten zu begehen seien und dieser Brief sei von der Fraktion einstimmig angenommen worden. Die Fraktion der deutschen Fortschrittspartei erwidere auf das Schreiben der Wahlvorstände, dass sie ebenfalls den Märztagen 1848 besondere Bedeutung einräume. Die Freiheitsbewegung in Preußen und Deutschland habe zu der Zeit an Kraft gewonnen. Wolle man daher den 18. März feierlich begehen, so</p>	

			<p>sehe man sich mit den Vorständen auf einer Linie. Eine Partei, die sich verpflichtet habe, ihre politische Tätigkeit auf den Wegen des Gesetzes zu verfolgen, beabsichtige nicht, mit einer solchen Feier das Prinzip der Revolution zu unterstützen. In diesem Sinne habe man die Herren <b>Bender, Dunker, Petri</b> und <b>Uhlendorf</b> sich mit den Wahlvorständen zu beraten. Unterschrieben von <b>Phillips</b> und <b>V.</b></p>	
24	<p>Di, 11.2.1873, Nr. 35 (PDF: 6)</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Kurzer Hinweis zum Geschwisterpaar „die <b>zweiköpfige Nachtigall</b>“. <b>V</b> und <b>Dr. v. Langenbeck</b> haben beide ärztlich untersucht und mit einem Attest versehen. [<b>Missbildungen</b>]</p>	
25	<p>Di, 11.2.1873, Nr. 35 (PDF: 8)</p>	<p>3. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten</p>	<p>Anzeige der <b>zweiköpfigen Nachtigall</b> zu den nächsten Vorstellungen: Am Ende wird erwähnt, dass <b>V</b>, zusammen mit <b>v. Langenbeck</b> und <b>Dr. Fränkel</b>, das Geschwisterpaar in ihrer Wohnung im Hotel de Rome untersucht und ein Gutachten abgegeben habe, aus welchem hervorgehe, dass diese merkwürdigen Wesen ein großes wissenschaftliches Interesse böten und keiner Reklame bedürfen. [<b>Missbildungen</b>]</p>	
26	<p>Do, 13.2.1873, Nr. 37 (PDF: 16)</p>	<p>3. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Kurzer Bericht zur angeblichen Berichtigung in der gestrigen Ausgabe in Bezug auf die <b>zweiköpfige Nachtigall</b>. Die Redaktion habe einen Brief mit drei Unterschriften erhalten. <b>V</b> und <b>Langenbeck</b> hätten aber mitgeteilt, dass es damit seine Richtigkeit habe. Gemeint ist wahr-</p>	<p>s.a. 11.2.1873</p>

			scheinlich der 11.2., da in der Ausgabe vom 12.2. keine Berichtigung zu lesen war. [ <b>Missbildungen</b> ]	
27	Fr, 14.2.1873, Nr. 38 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht, dass gestern in der <b>Fischereikommission</b> ein Antrag Vs angenommen worden sei, der mit dem Prinzip der bisherigen <b>Fischereigesetzgebung</b> gänzlich bricht. Bisher habe man die Fischbestände durch <b>Schonzeiten</b> geschützt. Dadurch sei eine Beschränkung des Fischereigewerbes entstanden und habe eine strenge Handhabung dieser Gesetze vereitelt. V habe beantragt, möglichst zusammenhängende Schonzeiten zu erlassen und auch in diesen Zeiten solle, außer an Sonn- und Feiertagen, die Fischerei höchstens an zwei Tagen in der Woche untersagt werde. Das Hauptgewicht falle auf das Prinzip der Schonreviere. Der Zuzug der Fische zu diesen Revieren werde an drei Tagen geschützt sein, was für die Fortpflanzung der Tiere ausreichend erscheine. Dafür werden die Fischer auch während der Schonzeit vier Tage in der Woche fischen dürfen.	
28	Fr, 14.2.1873, Nr. 38 (PDF: 22)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Feb.): Es werden die Beratungen in der <b>Kanaliserungs-</b> Angelegenheit fortgesetzt. V teilte mit, dass zwei Anträge in dieser Sache eingegangen seien. Im ersten wird beantragt, die Ausführung des <b>Radialsystems III</b> zu beschließen und bis dahin das <b>Abfuhrsystem</b> zu regeln. Im zweiten Antrag ist	nichts bei Andree

			die Rede von Unterhandlungen mit den Staatsbehörden, um einen Zuschuss zu bekommen. Nur kurz erwähnt ist, dass V einige Berichtigungen gegen verschiedene Ausführungen anderer Redner gemacht habe. Letztlich wurde die Sache erneut vertagt.	
29	Mi, 19.2.1873, Nr. 42 (PDF: 33)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [18.2.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Bericht über die Wahl der beiden Delegierten für die <b>Spezialuntersuchungskommission</b> . Im ersten Wahlgang wurde <b>Lasker</b> gewählt. Im zweiten Wahlgang kam kein eindeutiges Ergebnis zustande, auch nicht für V, erst im vierten Wahlgang wurde v. <b>Köller</b> gewählt.	nichts bei Andree <i>Köller</i> , Georg Ernst Maximilian v.: *1823, † 1916; Rittergutsbesitzer, Mitglied des Staatsrates
30	Mi, 19.2.1873, Nr. 42 (PDF: 35)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 18. Feb.): Wahl der beiden Delegierten für die königliche <b>Spezialuntersuchungskommission</b> . Im ersten Wahlgang wurde <b>Lasker</b> gewählt. Im zweiten Wahlgang kam kein eindeutiges Ergebnis zustande, auch nicht für V, erst im vierten Wahlgang wurde v. Köller gewählt.	nichts bei Andree
31	Do, 20.2.1873, Nr. 43 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Wahl der Delegierten für die königliche <b>Spezialuntersuchungskommission</b> . Die Wahl v. <b>Köllers</b> kam nur dadurch zustande, dass <b>Bennigsen</b> und v. <b>Hennig</b> ihren Austritt aus der nationalliberalen Fraktion angedroht hatten, sofern die Fraktion ihre Stimmen dem Abg. V geben würden. Als dann V im Plenum in	

			<p>die engere Wahl kam und das Zentrum mit den Polen durch Ablassen von der Kandidatur des Herrn <b>v. Mallinckrodt</b> seine Stimmen auf V vereinigen wollte, habe v. Bennigsen dies Vorhaben geschickt durchkreuzt, indem er durch ein Mitglied der konservativen Partei das Zentrum nötigte, an v. Mallinckrodt festzuhalten. Dadurch sei die Zersplitterung der Stimmen zustande gekommen und nur dadurch sei die Wahl v. Köllers möglich gewesen. Dieser sei über seine Wahl selbst erstaunt gewesen. Im HdA herrsche über diese Wahl erhebliche Verstimmung.</p>	
32	Fr, 21.2.1873, Nr. 44 (PDF: 39)	S. 1, 3. Spalte unten	<p>Nochmalige Erwähnung der Wahlvorkommnisse. Die öffentliche Meinung sei lediglich auf die Wahl von V vorbereitet gewesen.</p>	
33	Fr, 21.2.1873, Nr. 44 (PDF: 42)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Feb.): Fortsetzung der Verhandlungen in der <b>Kanalierungsangelegenheit</b>. V brachte zunächst einige seit der letzten Sitzung eingegangene Resolutionen ein sowie einige Druckschriften gegen die Kanalisierung. Weiter erklärte er, dass viele Mitglieder noch weiterer Informationen bedürften und sich dagegen nichts einwende ließe. Das Thema wurde erneut vertagt. Weiter geht es um den Austausch zweier <b>Parzellen[tausch]</b> zwischen Magistrat und dem Aktien-Bauverein in Friedrichshain. V befürwortet den Antrag.</p>	nichts bei Andree

34	Mi, 26.2.1973, Nr. 48 (PDF: 57)	S. 2, 1.Spalte un- ten	Zusammenfassung der gestrigen [25.2.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurde über den <b>Oberkirchenrat</b> diskutiert. V äußerte sich gegen die Bewilligung.	vgl. Andree, Band 33, S. 408-418
35	Mi, 26.2.1973, Nr. 48 (PDF: 58- 59)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f. u. 2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. un- ten	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 25. Feb.): Thema der <b>Oberkirchenrat</b> . V verweist darauf, dass man nicht zum ersten Mal versuche, dieses Thema zu klären. Für ihn sei der Oberkirchenrat nicht verfassungswürdig und seine Organisation nicht zweckmä- ßig. Dieser Rat habe kein Anrecht, weiter zu bestehen. Die Tatsache, dass es einen <i>neuen Kultusminister</i> gebe und einen neuen Präsidenten des Oberkirchenrats, könne in den Augen des Kultusministers vielleicht zum Abwarten einladen. Leider habe der neue Minister aber kein Pro- gramm vorgelegt, so dass man seine Ent- scheidungen nicht voraussehen könne. Die Kritik des Ministers, in Zeiten, wo schon etliche Schwierigkeiten mit der Kirche vorlägen, auch noch den Oberkir- chenrat anzugreifen, weist V zurück. Er sehe in diesen Schwierigkeiten eher einen Fingerzeig, dass es so nicht weitergehe. Die freie Ausbreitung der evangelischen Kirche sei nicht gegeben, sie sei eher an eine fest gestaltete Hierarchie gebunden. Dagegen wäre es besser, der <b>religiösen</b> <b>Freiheit</b> Platz zu schaffen, wenn man die kirchlichen Gemeinden mit allen Rechten ausstatte, die die nötig seien, um die freie Religionsausübung zu sichern. Wenn die-	vgl. Andree, Band 33, S. 408-418  <i>Kultusminister</i> <i>Falk</i>

			<p>se Gemeinden sich dann später organisieren wollten, wie es innerhalb der Staatsgesetze möglich sei, so habe er nichts dagegen. Er wehre sich nur dagegen, eine Behörde zu schaffen, die einerseits eine Art Staatsorganisation sei, andererseits die höchste Gewalt der Kirche repräsentiere. Dass sich aus diesen Machtverhältnissen Kämpfe entstünden, sei nicht zu bezweifeln. Die traditionellen Gesichtspunkte seien durch die Verfassungsartikel vorgegeben und er verstehe nicht, wie jene sonderbare Fiktion von kirchenherrlichem Regiment, die mit dem <b>Straßenfiskus</b> genau auf derselben Linie stünde, noch in die heutigen Verfassungsverhältnisses hinkommen könne. Den Weg, den der Kultusminister ginge, zunächst einen neuen Präsidenten des Oberkirchenrates auszusuchen und dann durch diesen weitere Dinge schützen zu lassen, hält V für falsch. Besser wäre, zunächst den Oberkirchenrat zu suspendieren und die staatlichen Entscheidungen von einer verantwortlichen Person leiten zu lassen. Inzwischen könne man von der Gemeinde aus anfangen, die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche herzustellen. Dies tue der Freiheit und Ernsthaftigkeit der Religionsausübung keinen Abbruch, wie man am Judentum sehen könne. Auch im Judentum habe es zunächst eine reine Theokratie gegeben, später setzte sich die</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Basis der freien Gemeinde fort. Hier stehe die zweite der ersten Periode nicht nach. Dies Beispiel zeige, wie der Katholizismus ohne den Papst und die evangelische Kirche ohne den Oberkirchenrat existieren könne.</p> <p>Weiter:</p> <p>In Bezug auf die Besoldungen der evangelischen und katholischen Geistlichen und der Kirchen bringt V zusammen mit anderen Abgeordneten zwei Resolutionen ein. Die eine beinhaltet, im nächsten Etat diese Positionen gesondert auszuweisen, nach Zweck und Entstehungsgrund, die andere, im nächsten Etat eine Ausgabenverzeichniss anzulegen, in Anpassung an die Verfassungsurkunde.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiteres Thema sind die Universitäten. Es geht um die <b>Besoldung der wissenschaftlichen Beamten</b>. V setzt sich dafür ein, dass die in ganz Europa als Kapazitäten anerkannten Kustoden zukünftig mehr Gehalt bekämen. Gleiches gelte für die Beamten aus Bibliotheken und Museen.</p>	
36	Mi, 26.2.1973, Nr. 48 (PDF: 60)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<p>Parlamentarische Nachrichten: Es wird über die Wahl der Delegierten des <b>HdA</b> berichtet. Die Wünsche der Linken, V in die Spezialuntersuchungskommission zu wählen, seien an <b>Benningsen</b> und <b>Henning</b> gescheitert. Aber nach den Mehrheitsverhältnissen hätte V, trotz seiner</p>	



			allseits anerkannten Befähigung für diese Kommission, keine Mehrheit gewinnen können. Alle anderen Parteien hätten sich geweigert, beide Mitglieder der Kommission ausschließlich aus der liberalen Partei zu nehmen.	
37	Do, 27.2.1873, Nr. 49 (PDF: 66)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (51. Sitzung vom 26. Feb.): Thema sind die <b>Schulaufsichtskräfte</b> . V setzt sich dafür ein, dass nur solche Geistliche, die hinreichende pädagogische Kenntnisse besitzen, mit der Schulaufsicht betraut würden. Weiter geht es um einen Zuschuss für die <b>Berliner Kunstmuseen</b> . V bemerkt, dass das Protektorat des Kronprinzen die Gefahr enthalte, dass niemand vor dem Haus die Verantwortlichkeit für die Leitung und Verwaltung der Institute übernehme. Trotz der im letzten Jahr bewilligten Mittel habe man keine Ankäufe von Bedeutung gemacht. Er wünsche daher, dass die Mittel gleichmäßiger auf alle Museen verteilt würden, gerade das <b>ethnologische Museum</b> benötige Mittel, da man aufgrund der Rührigkeit der Marine Denkmäler und Arbeiten fremder Stämme ankaufen könne.	vgl. Andree, Band 33, S. 418-425
38	Do, 27.2.1873, Nr. 49 (PDF: 67)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über einen Vortrag Vs in der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> über die <b>zweiköpfige Nachtigall</b> . Die beiden Damen seien bis zum Kreuzbein vollkommen getrennte Individuen. Am unteren Ende der Wirbelsäule gingen diese so ineinander über, dass nur noch	Ueber die sogen. „Zweiköpfige Nachtigall“: Berl. Klin. Wochenschrift v. 3.3.1873, Nr.

			<p>eine Wirbelsäule vorhanden sei. Die oberen Extremitäten seien besser entwickelt als die unteren. Die Gefühlsempfindung in letzteren ist für beide gemeinsam. Dieser Fall erinnere an das „<b>Schliewener Kind</b>“. Dieses hatte eine große Geschwulst am Kreuzbein, in welcher man bewegliche Teile fühlte. V war der Meinung, dass es sich dabei um die Rudimente eines zweiten, nicht entwickelten Kindes gehandelt habe. Bei den beiden Damen sei die eine deutlich kräftiger, so dass die schwächere als Appendix der anderen gelten könne. [<b>Missbildungen</b>]</p>	<p>9, Vortrag geh. am 19.2.1873</p> <p><i>Schliewener Kind</i>: in Schliewen bei Dirschau geborenes Kind mit großer Geschwulst am Körpeerende; von vielen Ärzten in Europa untersucht, so auch von V u. Langenbeck; Berliner klinische Wochenschrift, 1869, Nr. 19 u. 23</p>
39	<p>Sa, 1.3.1873, Nr. 51 (PDF: 1)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [28.2.1873] Sitzung des <b>HdA</b>: Zur Position der Kosten für die <b>ostasiatische Expedition</b> habe V bemerkt, dass man mit der Summe für die Wissenschaft bedeutungsvollere Werke hätte schaffen können.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 425-442</p>
40	<p>Sa, 1.3.1873, Nr. 51 (PDF: 3 u. 4)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u.</p>	<p><b>HdA</b> (53. Sitzung vom 28. Feb.): Thema ist zunächst das <b>Medizinalwesen</b>. Nach V befinde man sich da in einem Provisorium. Die Reorganisation sei schon lange beschlossen, aber ihre Durchführung sei</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 425-442</p> <p><i>Adlatus</i>: unter-</p>

		<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.</p>	<p>noch nicht möglich, weil die Verfassung der <b>öffentlichen Gesundheitspflege</b> sich auf der Grundlage der neuen Kreisordnung erst entwickeln müsse. Die Regierung müsse den Beamten in der öffentlichen Gesundheitspflege soweit die Existenz sichern, dass diese nicht wesentlich auf ihre Privatpraxis angewiesen seien. Weiter kritisiert er die schleppende Ernennung vakanter Physikatsstellen. Je länger man dies verschleppe, desto schwerer hätte es der Nachfolger. Weiter geht er auf die Klage der Provinzen ein, dass dort nicht ausreichend <b>Impfinstitute</b> existierten. Die Wichtigkeit und Bedeutung sei im Rahmen der Pockenepidemie zu sehen gewesen. Die Militärangehörigen seien aufgrund des Impfzwanges gut geschützt, aber in der Zivilbevölkerung müsse man besser vorsorgen. Ferner berichtet er über die medizinische Versorgungslage in <b>Nassau</b> vor der Annektierung. Die Beamten dort hätten ein ausreichendes Auskommen gehabt und seien im Alter abgesichert gewesen. Für die Bevölkerung galt nur eine ganz geringe <b>Medizinaltaxe</b> und so konnte sich jeder medizinisch versorgen lassen. Dies hatte eine ganz geringe Medizinalpfuscherei zur Folge. Nach der Annektierung habe man alles geändert, die Kreisphysici verzichteten zukünftig auf Gehaltserhöhungen, da man ihre Rente dafür sicherte. Im</p>	<p>geordneter Gehilfe; vergleichbar mit einem Adjutanten im militär. Sprachgebrauch</p>
--	--	--	---	---

			<p>Rahmen der Besoldungserhöhung hoffe V, dass man sich auch für die nassauischen Beamten einsetze, da aufgrund der allgemeinen Veränderungen der Lebensumstände alle mehr Geld benötigten.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um die Gelder für die Erweiterung der Gebäude der <b>Kunstakademie</b> und die Herstellung von Ausstellungsräumen. Mit dieser Position gebe man der Regierung Spielraum, so V. Die Räume könnten auch außerhalb der Akademie geschaffen werden, wenn man die Reitbahn der Garde verlegen würde. Diese müsste nicht mitten in der Stadt ihre Exerzitien abhalten. An einem anderen Ort Räume zu bauen, sei möglich, aber der Akademie fehle es dann trotzdem an Platz. Es finde sich auch deshalb kein guter Leiter, weil es an Atelierfläche mangle. An anderen Instituten hätten die Künstler ihre Ateliers direkt an Ort und Stelle, so dass sie ihre Schüler in die Werkstatt einführen könnten. Dieser lebendige Kontext, dieses unmittelbare Aufeinanderwirken des arbeitenden Meisters und der Lernenden sei von größter Bedeutung und Wirkung. V befürworte deshalb die Etatposition.</p> <p>Weiter geht es um den Bau eines Gebäudes für die <b>Gipssammlung</b>. V rügt, dass man das Zentralmuseum mit einer Unmasse an Gipsabgüssen vollstopfe. Die</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Gipsmodelle gehörten in die Kunstakademie. Im Zentralmuseum solle man nur die Originale ausstellen.</p> <p>An dem Werk über die <b>Ostasienexpedition</b> kritisiert V die erheblichen Kosten. Es sei zwar künstlerisch gut ausgeführt, aber wissenschaftlich ohne große Bedeutung und die daran tätigen wissenschaftlichen Arbeiter hätten nur einen Bruchteil der Summe bekommen. Hätte man diese Summe für die ethnologischen Sammlungen aufgewendet, so hätten diese für die europäische Wissenschaft epochemachende Bedeutung bekommen können.</p> <p>Weiter kommt ein Nachtragsetat des Handelsministeriums auf die Tagesordnung. Es geht um die <b>Besoldung eines Unterstaatssekretärs</b>. Wenn man diese Position bewillige, so V, dann tue man dies in Anbetracht der Wichtigkeit des Ministeriums und des hohen Personalbedarfes wegen. Einen weiteren Adlatus zu bilden, liege hingegen nicht in seinem Sinne. Der Handelsminister sei nicht anwesend, obwohl eine Position seines Ministeriums verhandelt würde. Wenn dieser auf seinem Posten bleibe, um seine Beamten nicht im Stich zu lassen, sei dies höchstens bei einem Verteidigungssystem sinnvoll. Möge man der schwebenden Untersuchung ihren Lauf lassen und möge die Regierung weder den Inquisitionsrichter noch den Verteidiger spielen.</p>	
--	--	--	--	--

41	So, 2.3.1873, Nr. 52 (PDF: 11- 12)	4. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (54. Sitzung vom 1. März): Erneute Beratung des Gesetzentwurfes zur <b>Abänderung</b> der Artikel 15 und 18 <b>der Verfassung</b>. V ergreift das Wort, weil er sich gegen die Angriffe von <b>v. Schorlemer</b> wehren wolle. Er bedaure, dass achtbare Männer sich zu solchen Angriffen verleiten ließen und vom reinen Gefühlsstandpunkt aus gegen alle anderen Dinge mit Voreingenommenheit vorgingen. Auch achtbare Männer der Kirche begingen Taten, die man ihnen vorwerfen müsse. Die besondere Stellung, die jemand äußerlich der Religion gegenüber einnehme, sei nicht entscheidend für die Stellung, die er im moralischen Leben einnehme. Daraus folgert V, dass man die <b>Religion besser zur Privatangelegenheit des Einzelnen</b> machen solle, als sie auf den öffentlichen Markt des Lebens zu bringen. Bei Menschen, die ihr religiöses Bekenntnis vor sich hertrügen, fürchte man immer, dass Privatbedürfnisse anderer Art dahintersteckten und sie schlimme Heuchler seien. V meint, dass Menschen, die ihren Gott auf der Zunge trügen, ihm gegenüber immer eine gewisse zweifelhafte Position hätten. Die Moral käme bei diesen Dingen sehr schlecht weg, denn hinter ihr werden die Gimpel auf die eine oder andere Art gefangen. Die Leimruten klebten allerdings stärker, wenn noch etwas dogmatisches Element im Leim ent-</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 442-450
----	--	---	---	--

			<p>halten sei. Die Sittlichkeit beruhe nur zu einem kleinen Teil auf einem spezifisch dogmatischen Grund. Jeder, der die Geschichte der Menschheit vorurteilsfrei studiere, müsse sich davon überzeugen, dass die spezifisch kirchliche Moral nur äußerer Natur sei. Die wahre Moral habe mit dem Dogma nichts zu schaffen. V will sich hier dagegen schützen, dass man die Verquickung der Religion und der Moral als etwas für die Verhältnisse der Börse und der daran geknüpften Unmoralitäten entscheidendes entgegenhalte und daraus Argumente schmiede. Er stünde in dieser Frage hinter der Regierung, auch wenn das Amendement, die Kirchen aus diesem Artikel hinauszuerwerfen, gescheitert sei. Der neue <b>antihohenstauffische, antihohenzollerische Ultramontanismus</b> beschwere die natürliche Entwicklung des deutschen Kaiserreiches. Die konservative Partei musste erfahren, dass der deutsche Kaiser sich nicht auf Dauer mit ihren Traditionen einverstanden erklären konnte, der Ultramontanismus erfahre nun das Gleiche. Der nationale Gedanke bleibe einfach ein liberaler Gedanke, vielleicht nicht im Sinne der National-Liberalen, aber mit dem Gedanken, die Nation als ein sich in einheitlicher Entwicklung darstellendes Glied der Menschheit, der notwendigerweise brechen müsse mit all den kleinen und par-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>teitschen Gedanken. Der deutsche Kaiser müsse ein liberalerer Mann sein als der preußische König und dieser wiederum müsse liberaler sein als der kleine Markgraf. Beim Blick auf die preußische Geschichte müsse man bemerken, wie die Gedanken der Könige in dem Maße größer geworden seien, wie ihr Gebiet sich erweitert habe. Darauf sei man stolz. Genau um diese Entwicklung ginge es auch im Zusammenhang mit der katholischen Kirche, die den Einzelnen weit mehr kneble, als es der Staat je getan habe. Wenn man nun wünsche, dass die katholische Gemeinde freier werden solle, so hätte man das gleiche Prinzip. Man wolle dieses <b>ultramontane antinationale Wesen</b> nicht, auch wenn man die christliche und katholische Kirche bestehen lassen wolle. V hoffe auf einen positiven und produktiven Kampf, in welchem alle sich loyal behandelten und nicht die Fragen der Moral mit den Fragen der Religion verknüpft würden.</p>	
42	Fr, 7.3.1873, Nr. 56 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 6. März): Die Beratungen über die <b>Kanalisation</b> werden fortgesetzt. V wiederholte die bisher stattgefundenen Verhandlungen und berichtete, dass nach einer Privatversammlung der größte Teil der gegen die Kanalisation erhobenen Bedenken ausgeräumt seien. Er sei auch der Ansicht, dass der obligatorische Anschluss der Hauslei-</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV



			<p>tungen und die obligatorische <b>Beseitigung der Abtrittsgruben</b> gefordert werden müsse. Dies wurde auch von der Versammlung befürwortet. Man wolle aber den Hausbesitzern überlassen, ob sie Wasserklosetts oder Tonnen haben wollten. V stimmt dem Antrag <b>Neumanns</b> zu, der den Magistratsantrag unterstütze. Es solle eine allgemeine und systematische Kanalisation eingeführt werden und als <b>Radialsystem III</b> in einem Teil des Stadtgebietes installiert werden.</p>	
43	<p>Sa, 8.3.1873, Nr. 57 (Kein Scan)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p><b>HdA</b> (59. Sitzung vom 7. März): Thema ist die <b>Einführung einer Klassen- und Einkommenssteuer</b>. V wolle sich nicht der Illusion hingeben, dass die neuen Verhältnisse weniger empfindlich seien als diejenigen, die beseitigt werden müssten. Aber für ihn stehe es fest, dass durch die indirekten Steuern die ärmere Klasse auf Kosten der reicheren belastet werde und deshalb halte er direkte Steuern für besser.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 452-454</p>
44	<p>So, 9.3.1873, Nr. 58 (Kein Scan)</p>	<p>S. 4, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (60. Sitzung vom 8. März): Thema ist die <b>Vorbildung und Anstellung von Geistlichen</b>. V beantragt, dass ein geistliches Amt in der evangelischen und katholischen Kirche nur durch einen Deutschen ausgefüllt werden dürfe.</p> <p>In seiner späteren Wortmeldung kritisiert V seinen Vorredner. Dieser habe einen solch verschwommenen Stadtpunkt, dass jener meine, er könne zugleich das Dog-</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 454-463</p>

			<p>ma der Katholiken mit samt der Unfehlbarkeit akzeptieren und doch dabei ein guter Protestant sein. Wer sich traue, vor dem ganzen Lande über eine solch wichtige Frage zu sprechen, der sollte sich selbst gegenüber ehrlich sein. Hier fehle es an grundlegendem Verständnis. Wer noch nicht erkannt habe, dass die katholische und evangelische Kirche positive Gegensätze seien, mit dem könne man nicht streiten. Der Einwand, dass vor dieser Gesetzgebung Frieden geherrscht habe, sei falsch. Der Frieden habe darin bestanden, dass für die katholische Kirche alles und für die evangelische Kirche nichts geschah. Nun müsse man eingreifen, auf dem eingeschlagenen Weg käme man zu keinem Ziel. Allerdings sei überhaupt noch kein sicherer Weg gefunden, auch nicht in anderen Staaten oder Amerika. Auch die Sicherung der Gemeindefrechte gegenüber der Kirche würde nur eine größere Garantie auf Frieden, aber keinen definitiven Frieden schaffen. Einen Schritt vorwärts mache das Gesetz durch die Festsetzung des Bildungsmaßes für die katholischen Geistlichen. Der gegenwärtige Standpunkt der Dogmatik sei nur möglich durch eine verschwommene Halbheit der Gedanken und durch ein Festhalten an veralteten Denkformen. V tue sich schwer, dem Gesetz zuzustimmen, aber sehe darin zumindest erste</p>	
--	--	--	---	--

			Schritte, die er unterstützen wolle. Er sehe kein Risiko eines <b>Staatskirchentums</b> , dazu traue er der katholischen Kirche zu viel Selbstständigkeit zu, eher könne es ihr an Priestern fehlen. Dasselbe gelte auch für die evangelische Kirche. Man kenne doch den Spruch: „Es ist kein Pfäfflein noch so klein, es möchte auch ein Papst wohl sein“. Später wird Vs Antrag abgelehnt.	
45	So, 9.3.1873, Nr. 58  (Kein Scan)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Fraktionsversammlung der <b>Fortschrittspartei</b> . V ist zusammen mit <b>Dr. Bender</b> beauftragt, den Abg. <b>Ruge</b> zu informieren über die Abstimmung zur <b>Mahl- und Schlachtsteuer</b> .	
46	Di, 11.3.1873, Nr. 59  (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. unten	<b>HdA</b> (61. Sitzung vom 10. März): Thema ist erneut die <b>Vorbildung und Anstellung der Geistlichen</b> . Ein Paragraph besagt, dass die Kandidaten zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie die erforderliche wissenschaftliche Bildung in Philosophie, Geschichte und deutscher Literatur nachweisen können. V beantragt, die Naturwissenschaften hinzuzufügen. Die kolossalen Fortschritte auf diesem Gebiet machten es wünschenswert, dass auch die <b>Geistlichen als Erzieher des Volkes</b> sich mit ihnen beschäftigen. Zweck des Antrages sei es, die geistliche Bildung mit der weltlichen in Verbindung zu bringen. Wenn jeder Geistliche die schönsten Jahre seines Lebens in akademischer Freiheit	vgl. Andree, Band 33, S. 463-469

			und in Berührung mit dem Leben und allen Zweigen der Wissenschaft zugebracht habe, so werde er sich im späteren Leben in seinem Spezialfach sicherer und unbeeirrter fühlen als jetzt. Vs Antrag wird abgelehnt.	
47	Mi, 12.3.1873, Nr. 60 (Kein Scan)	6. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Anzeige: V sucht ein zuverlässiges <b>Mädchen</b> für <b>Küche</b> und Hausarbeit.	
48	Sa, 15.3.1873, Nr. 63 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (64. Sitzung vom 14. März): Thema ist erneut die <b>Vorbildung und Anstellung der Geistlichen</b> . V stellt den Antrag, dass das Gesetz nicht eher in Kraft trete, bis die Änderungen in der Verfassungsurkunde Gesetzeskraft erlangt hätten. Er kritisiert seinen Vorredner <b>Windthorst</b> , der das persönliche Regiment des Königs gegen die Minister verteidige. Krone und Ministerium gehörten aber zusammen und eine Differenz zwischen beiden sei undenkbar, weil der König verfassungsmäßig das Recht habe, einen Minister mit differierenden Auffassungen zu entlassen. Die Krone als einzigen Faktor der Gesetzgebung hinzustellen und im gleichen Atemzug die Verfassung zu verteidigen, sei unfassbar. Die Minister hätten hier die Krone zu vertreten und wenn sie bei einem Gesetz aufgrund besonderer Kenntnisse das Einverständnis mit der Krone erklärten, so sei dies nur selbstverständlich. Abschließend	vgl. Andree, Band 33, S. 469-474

			führt V kurz aus, dass er den Umgang mit dem Namen des Königs für etwas angestrengt halte und verweist da auf den entspannteren Umgang der Engländer damit.	
49	Mi, 19.3.1873, Nr. 66 (PDF 3)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (67. Sitzung vom 18. März): Thema ist der Gesetzentwurf über die <b>Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel</b> . Nach V dürfe man nicht vom Absolutismus des Staates sprechen, wo die Gesetzgebung das Individuum und die Minorität gegen den unerhört ausgeübten Druck der Kirche schützen wolle.	vgl. Andree, Band 33, S. 475-478
50	Sa, 22.3.1873, Nr. 69 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht über die vereinigte Versammlung der Fraktionen des Reichstages und des HdA der <b>Fortschrittspartei</b> . Hinweis darauf, dass V einen <b>Wahlaufruf</b> verfasst habe.	Abdruck am 26.3.1873
51	Mi, 26.3.1873, Nr. 72 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Aufruf der <b>Fortschrittspartei</b> : Es handelt sich um einen <b>Wahlaufruf</b> an die Wähler, den Aufbau des Landes mit der Wahl weiter zu unterstützen. Die Fortschrittspartei habe ihre Ziele noch lange nicht erreicht, auch wenn manches, wie die deutsche Einheit, nun realisiert worden sei. Den Institutionen des Reiches fehle es noch an Bürgschaften. Es werde noch viel Arbeit bedeuten, die Lücken in der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung zu schließen. Eine Kräftigung der Selbstverwaltung und weitere Dezentralisation würden mittlerweile aner-	

			<p>kannt. Unter Mitwirkung der Partei habe man das Gesetz über die Schulaufsichtsbehörden durchgesetzt und damit die Verbindung zwischen Kirche und Beamtenherrschaft zerschlagen. Nun gelte es, eine neue Ordnung für Provinzen und Gemeinden zu erreichen und große Entscheidungen in Kirche und Schule stünden bevor. Man solle daher dafür Sorge tragen, dass diese Entscheidungen nicht gegen <b>Freiheit, Bildung und die edleren Ziele der Menschheit</b> ausfallen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
52	Fr, 4.4.1873, Nr. 80 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 3. April): Thema ist die Ausführung der allgemeinen <b>Strassenbesprechung</b>. Die Finanzierung solle im laufenden Jahr durch freiwillige Zahlungen der Bewohner und der jeweils betroffenen öffentlichen Institutionen erfolgen. Für das Jahr 1874 solle eine neue Regelung getroffen werden, aber nicht die Erhöhung der Haussteuer. V stimmt für diesen Antrag.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
53	Do, 10.4.1873, Nr. 85 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 9. April): Die Zahl der <b>Typhuskranken</b> habe erheblich zugenommen. Deswegen reiche die Kapazität in <b>Moabit</b> nicht aus und man müsse möglichst schnell neue zusätzliche [<b>Finanzierung neuer</b>] <b>Baracken</b> errichten. Dies solle nach dem Wunsch des Magistrates aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben finanziert werden. V unterstützt den Magistratsantrag, welcher</p>	nichts bei Andree

			schließlich auch angenommen wird. Zum Ende der Sitzung hin wird Vs <b>Urlaubsantrag</b> bewilligt.	
54	Sa, 26.4.1873, Nr. 97 (Kein Scan)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 11. Jan.): V gibt statutengemäß den Vorsitz ab. Er berichtet über eine <b>dänische Urne</b> , die nach Fr. <b>Mesdorf</b> mit kreisrunden Augenzeichnungen versehen sei, nach Herrn <b>Lisch</b> aber nur Kreisornamente darstellten. Weiter berichtet er über eine Mitteilung des Kultusministers über einen <i>bei Ellernitz gefundenen Granitstein mit Darstellung eines Reiters und zwei Fußgängern</i> . Es stelle sich die Frage, ob diese mit den <b>Gesichtsurnen</b> in Verbindung stünden.	<i>Über einen bei Ellernitz Westpreussen) gefundenen Stein mit alterthümlichen Skulpturen: VBAG 5, S. 10</i>
55	So, 27.4.1873, Nr. 98 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 25. Jan.): Es wird ein <b>Bronzeschwert</b> vorgelegt bei dem Teile des Griffes verloren gegangen sind. V beteiligt sich an der Diskussion. Weiter wird über die Entwicklung des Ursprungs von rechts und links gesprochen. V hält eher Gründe der Entwicklungsgeschichte entscheidend, was aber nicht ausschließe, dass auch psychologische Gründe beteiligt seien. Weiter übergibt V Fotos von <b>Schädeln aus der Nekropole von Marzobotto</b> und berichtet über die Ausgrabungen von Herrn <b>Zannoni</b> in <b>Bologna</b> .	<i>Über ein mächtiges Bronzeschwert: VBAG 5, S. 25 Über Schädel aus der Nekropole von Marzobotto und Ausgrabungen in der Certosa von Bologna: VBAG 5, S. 25</i>
56	Fr, 9.5.1873, Nr. 107 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht darüber, dass V zusammen mit anderen Abgeordneten eine Interpellation eingebracht habe. Thema sind die <b>Wohnungs-</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 479-480

			<p><b>geldzuschüsse an unmittelbare Staatsbeamte.</b> Trotz Zustimmung in beiden Häusern sei das Gesetz bis jetzt nicht zur Anwendung gekommen. Die Verzögerung sei wohl staatlich gewollt, aber kaum zu glauben und führe unter den Beamten zu Missstimmung und Unruhe. Abschließend steht die Frage, wann man denn nun mit einer Publikation des Gesetzes rechnen dürfe.</p>	
57	<p>Mi, 14.5.1873, Nr. 111 (PDF: 13)</p>	<p>S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [13.5.1873] Sitzung des <b>HdA</b>: Es wird kurz erwähnt, dass der Finanzminister <b>Camphausen</b> eine Interpellation Vs beantworten wollte. Der Präsident musste dies aber ablehnen, da V nicht anwesend war.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 479-480</p>
58	<p>Mi, 14.5.1873, Nr. 111 (PDF: 14 u. 15)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (75. Sitzung vom 13. Mai): Es wird ein Schreiben des Finanzministers gelesen, in welchem sich dieser bereit erklärt, eine Interpellation Vs zum Gesetz über die <b>Wohnungsgeldzuschüsse für unmittelbare Staatsbeamte</b> heute zu beantworten. Der Präsident musste dies aber ablehnen, da V nicht anwesend war. Der Vorgang wird auf Mittwoch [14.5.1873] vertagt.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 479-480</p>
59	<p>Mi, 14.5.1873, Nr. 111 (PDF: 15)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Von <b>Köln</b> aus sei V das <b>Mandat für</b> das HdA angeboten worden, um den <b>nationalliberalen</b> Abg. v. <b>Rönne</b> bei den nächsten Wahlen zu beseitigen. V habe mit Dank abgelehnt und wolle v. Rönne nicht ent-</p>	



			<p>gegentreten. V habe früher für im Regierungsbezirk Trier den <b>Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St.Wendel</b> vertreten und würde dies auch wieder tun, sofern dies gewünscht würde.</p>	
60	<p>Fr, 16.5.1873, Nr. 113 (PDF: 22)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (77. Sitzung vom 15. Mai): Thema ist der <b>Bahnetat</b>. Es geht um die Bewilligung von 4.400.000 Talern für das <b>Schlussstück der Berliner Verbindungsbahn</b> von Schöneberg nach Charlottenburg. V kann nicht verstehen, warum der Staat so viel Kapital für eine Stadtbahn ausbebe, die lediglich lokales Interesse habe. Eine Verbindungsbahn zwischen zwei Bahnhöfen könne ebenso gut und mit geringeren Kosten außerhalb der Stadt liegen, ohne erhebliche Verzögerungen des Verkehrs befürchten zu müssen. Man solle die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse abwarten. Er sehe keinen Grund zu einer beliebigen Ermächtigung des Finanzministers in dieser Angelegenheit. Man könne nur eine solche bis zur nächsten Session ausstellen. Eine Pflicht, Gelder anlegen zu müssen, könne er nicht feststellen und er könne dies auch nicht zu einer persönlichen Vertrauenssache des Ministers machen, da ein Gesetz über die <b>Ministerverantwortlichkeit</b> immer noch fehle.</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 480-484</p>
61	<p>Fr, 16.5.1873, Nr. 113</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 1. Spalte</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Mai): Thema ist die sofortige Inangriffnahme der Kanalisation des <b>Radialsystems III</b>. V führte</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Materi-</p>

	(PDF: 23)	unten	dazu aus, dass die einzig wesentliche Meinungsverschiedenheit in der Geldbewilligungsdeputation in der Bauprämie für den Baurat <b>Hobrecht</b> lägen. 10.000 Taler erscheinen als Summe vielleicht hoch, doch sei sie eher niedrig bemessen, wenn man bedenke, dass der Baurat für die Bearbeitung der Pläne, die gar nicht in seiner Pflicht liegen, kein Honorar erhalten habe. Ein Honorar hätte man anderweitig sonst auch bezahlen müssen. Im Übrigen mache die Summe lediglich ein halbes Prozent des Anlagekapitals aus. Ferner machte V den Vorschlag, die Diskussion über die vorliegenden Anträge der Geldbewilligungsdeputation zuzuteilen. Dies wird von der Versammlung angenommen. Weiter wendet sich V gegen einen Antrag <b>Dietmars</b> , der zunächst eine Beschlussfassung aussetzen wolle bis der Staat eine konkrete Summe zur Beihilfe zur <b>Kanalisation</b> zugesichert habe. V äußert, dass der Minister Staatshilfe zugesagt habe.	al zur SVV
62	Sa, 17.5.1873, Nr. 114 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (78. Sitzung vom 16. Mai): Thema ist erneut der <b>Bahnetat</b> . V spricht sich gegen eine Linie Berlin-Wetzlar aus. Er sei ein entschiedener <b>Gegner des Staats-eisenbahnbaus</b> . Der Staat dürfe nicht der erste Spekulant im Lande sein.	vgl. Andree, Band 33, S. 484-490
63	Sa, 24.5.1873, Nr. 119	S. 2, 2. Spalte mittig	Es wird über eine Bitte des Vorstandes der <b>BAG</b> an das Staatsministerium berichtet. Man brauche Unterstützung bei	<i>Prof. Kiepert, Heinrich: *1818, †1899;</i>

	(PDF: 33)		der topographischen und <b>kartographischen Feststellung vorhistorischer Siedlungen</b> . Das Ministerium habe Unterstützung signalisiert und sämtlichen Verwaltungsbehörden die Anweisung zukommen lassen, bei Entdeckungen eines der am nächsten wohnenden Mitglieder der Gesellschaft zu kontaktieren. V wird zusammen mit <i>Prof. Kiepert</i> für den Raum Berlin genannt.	Geograph und Professor in Berlin
64	So, 25.5.1873, Nr. 120 (PDF: 36)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 24. Mai): Die <b>Deputation zur Vorberatung über die Wahl der Mitglieder zur Baukommission für die Kanalisierung</b> hat vorgeschlagen, dass die Mitglieder einfach ernannt werden. Die Versammlung genehmigt dies. V wird auch ernannt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
65	So, 25.5.1873, Nr. 120 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte unten	Anzeige: Die <b>medizinische Fakultät</b> der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität schreibt das <b>Blumenbachsche Reisestipendium</b> für junge Doktoren der Medizin aus. Hierbei solle eine wissenschaftliche Reise zur weiteren Ausbildung bezuschusst werden. V ist Unterzeichner.	<i>Blumenbach</i> , Johann Friedrich: *1752, †1840, Zoologe und Anthropologe s. a. Berl. Klin. Wochenschrift, Nr. 22, S. 263
66	Fr, 13.6.1873, Nr. 135 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Juni): Thema ist die Aufbesserung der <b>Besoldung der städtischen Beamten und Lehrer</b> . V stellte den Antrag, bei der Beratung in der Geldbewilligungsdeputation einen Magistratskommissar hinzuzuziehen. Dieser wurde genehmigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

67	So, 6.7.1873, Nr. 155 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 4	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. März): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später spricht er über die schwarzen Rassen des Fernen Ostens, besonders über die Bewohner <b>Neu-Guineas</b> . Es zeige sich, dass die Bewohner, die <b>Papua</b> , sich völlig von den Negritos und von den Ureinwohnern Australiens unterscheiden würden. Man wisse einfach zum jetzigen Zeitpunkt viel zu wenig und habe nur wenig Material für vergleichende Untersuchungen. Später zeigt V noch <b>rachitische Synostosen</b> an Schädelknochen europäischer Kinder, die an die Sandwiginulaner erinnern. Rachitis scheine also häufiger als angenommen vorzukommen.	Über Schädel von Neu-Guinea: VBAG 5, S. 65-73
68	Fr, 1.8.1873, Nr. 177 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 31. Juli): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> genehmigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
69	Mi, 6.8.1873; Nr. 181 (PDF: 9)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V sich nach <b>London</b> begeben habe, um am <b>Kongress der britisch-medizinischen Gesellschaft</b> teilzunehmen.	
70	Fr, 8.8.1873, Nr. 183 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: V ist Teil der permanenten <b>Sanitäts-Kommission</b> , die der Polizeibehörde zu Seite steht.	
71	Mi, 13.8.1873, Nr. 187 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Langer Artikel über die <b>Provinzial-Correspondenz</b> und die <b>Fortschrittspartei</b> . Vs Name wird lediglich im Zusammenhang mit den verschiedenen <b>libe-</b>	

			<b>ralen Strömungen</b> genannt, die in der Fortschrittspartei herrschen. Vs Ausrichtung sei eine davon.	
72	Fr, 22.8.1873, Nr. 195 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Aug.): Per Los wird entschieden, welche Stadtverordneten an der <b>Enthüllungsfeier des Siegesdenkmals</b> teilnehmen sollen. V ist einer von 46.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
73	Fr, 5.9.1873, Nr. 207 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Sept.): Vs <b>Urlaub</b> wird bewilligt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
74	Mi, 17.9.1873, Nr. 217 (PDF: 18)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Anzeige des <b>Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde</b> : Ankündigung der Auflösung des Vereins mit dem Dank an alle Unterstützer. V ist als Vorstandsmitglied Mitunterzeichner.	
75	Fr, 19.9.1873, Nr. 219 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über die <b>Wahlversammlung</b> des dritten Landtagswahlkreises. V wird zur Wiederwahl vorgeschlagen und die Versammlung nimmt dies an.	
76	Sa, 27.9.1873, Nr. 226 (PDF: 34)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Bericht von der <b>deutschen Naturforscher-Versammlung aus Wiesbaden</b> vom 22. Sep. V hält in der zweiten öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die <b>Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für die sittliche Erziehung der Menschheit</b> . V führe Gedanken fort, die er bei zwei anderen Naturforscher-Versammlungen begonnen habe: in <b>Hannover</b> , wo er über die Stellung der Naturwissenschaften gegenüber dem durch den <b>Romanismus</b> getragenen	Über die Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für die sittliche Erziehung der Menschheit: Tagebl. d. 46. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

		<p>Staatsgedanken gesprochen und ein Jahr nach dem deutsch-französischen Kriege in <b>Rostock</b>, wo er versucht habe, die Grundlagen der neuen geistigen Einheit der Deutschen vom Naturforscherstandpunkt aus zu definieren. Er könne einigermaßen stolz sein, dass die Geschichte beide Male in so kurzer Zeit seine Auffassung gerechtfertigt habe. Seine Rede in Hannover habe böses Blut in Österreich erzeugt. Aber schon ein Jahr später habe man dort begriffen, dass der Romanismus der Grund für den Sturz des alten österreichischen Staates gewesen sei.</p> <p>Seine Rostocker Rede habe viele unangenehm berührt, aber schon ein Jahr später seien die Kirchengesetze gekommen. Die sittliche Erziehung der Menschheit in der europäischen Gesellschaft sei überall der Kirche anvertraut gewesen und es schien, als ob die Kirche die eigentlich berufene Lehrmeisterin sein müsse. Hauptgrundlage seien die zehn Gebote. Damit erreiche man aber nur die äußere Sittlichkeit, die ein für die Gesellschaft nützliches Handeln und eine gewisse Sicherheit der Beziehungen vermitteln. Damit erreiche man aber nicht die innerliche Sittlichkeit, die das Individuum mit der Möglichkeit ausstatte, sich auch in den schwierigsten Konflikten zurechtzufinden. Die Schwierigkeiten der modernen Gesellschaft lägen in der Häufung der Konflikte. Je ein-</p>	<p>S. 151-158, Wiesbaden 1873.</p>
--	--	---	--

			<p>facher eine Gesellschaft sei, desto einfacher müsse sich auch die moralische Grundlage gestalten. Die <b>europäische Gesellschaft</b> bewege sich auf dem Boden <b>größter Ungleichheit</b>. Ein großer Teil der Bevölkerung lebe in Zuständen, die von Sklaverei nicht weit entfernt seien. Die Kirche habe sich im Wesentlichen nicht bemüht, bei der großen Masse der Bevölkerung über das äußerliche Gebot der Moral hinauszugehen, von einer eigentlichen <b>Erziehung des Menschen zu freier sittlicher Selbstbestimmung</b> habe sie sich distanziert. Das sei der große Vorwurf, den man ihr machen müsse. Zu Anfang sei ein einfacher Moralkodex ausreichend, aber mit zunehmender Komplexität der Gesellschaft steige der Bedarf an einer anderen Grundlage. Wissen und Glauben ständen sich gegenüber. Die Staaten hätten begonnen einzusehen, dass dieser bloß äußerliche Moralkodex nicht ausreiche. Es gebe aber keinen Staat, der an Stelle des kirchlichen Moralkodex einen staatlichen stellen könnte, weil die Gesetzgebung in der Kulturentwicklung niemals mithalte. In dem Maße, wie die <b>individuelle Freiheit</b>, dieses <b>germanische Recht</b>, sich ausbreite, müsse man fordern, dass die individuelle Entwicklung in immer größerer Ausdehnung nach sittlichen Prinzipien in der Bevölkerung gefördert werde. V kam nun</p>	
--	--	--	--	--

			<p>auf die Frage, ob das Gewissen dem Menschen angeboren sei, oder ob es das Produkt seiner Entwicklung sei. Nachdem er gezeigt habe, dass es weder etwas absolut Gutes, noch etwas absolut Böses gebe, gelange er zu dem Schluss, dass das <b>Gewissen etwas Anerzogenes</b> sei. Das Bösertige in der menschlichen Natur sei allerdings der Teufel. Das Diabolische in der menschlichen Natur sei, dass es nicht existieren könne, ohne seine Existenz mit dem Opfer anderer organischen Wesen zu erkaufen. Der Krieg der Menschen gegeneinander sei ein notwendiges Glied in der Entwicklung der Bösertigkeit. Die Menschheit sei gegenwärtig noch nicht über dies Stadium hinausgekommen. Fortschritte könne man nur machen, wenn die Naturwissenschaften in die Schulen Einzug hielten.</p> <p>V wies ferner darauf hin, dass man jeden einzelnen Vorgang, der etwas mit dem Gewissen zu tun habe, darauf prüfen müsse, inwieweit er aus dem <b>Streben nach Wahrheit</b> hervorgegangen sei. Für den einzelnen Menschen gebe es zweierlei Arten von Wahrheit, eine objektive und eine subjektive. Dabei kommt er auf die im christlichen Glauben immer wieder beschriebenen Visionen zu sprechen. Diese seien auch gar nicht zu leugnen. Man müsse aber zwischen der medizinischen und der kirchlichen Vision unter-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>scheiden. Es gebe sehr wohl Halluzinationen und Illusionen, aber dies seien subjektive Wahrnehmungen, die man als Sinnestäuschungen bezeichnen könne. Dies müsse man den Menschen nahe bringen. In diesen Zusammenhang müsse man auch kirchliche Visionen stellen und vermeiden, dass darüber Diskussionen über Objektivität oder Subjektivität erfolgten. Damit würde man schon erhebliches Konfliktpotential entschärfen. Schwierig sei es, klar zu machen, wie es möglich sei, dass sich im Menschen eine solche Erscheinung vollziehe, wie jemand etwas vor Augen sehen könne, ohne dass es da sei. Dazu gehöre sehr genaue Kenntnis der Organe. Und selbst dann wäre V nicht einmal in der Lage, eine ausreichende Erklärung dieses Phänomens zu geben. Man müsse sich daher vor falschen Interpretationen hüten. Eine weitere Fehleinschätzung sei die Idee der Überlegenheit bestimmter Völker. Selbst die modernen Völker könnten sich von dieser Idee nicht frei machen. Der Gedanke der Überlegenheit einer Rasse sei immer noch lebendig. Ein Beispiel dafür sei Vs Besuch in England nach dem letzten Krieg. In den Sitzungen der anthropologischen Gesellschaft habe man erörtert, welches, nachdem durch den Krieg die Franzosen geschlagen und eine gewisse Unterlegenheit der romanien-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>schen Völker herbeigeführt sei, nun das leitende Volk Europas sei. Einige Stimmen meinten, dass die Deutschen da sehr weit vorne stünden, aber die Mehrheit sei der Meinung gewesen, dass nunmehr die britische Nation die Spitze der Zivilisation übernommen habe. „Wenn der Begriff <b>Superiorität einer Rasse</b> wahr wäre, so würde er nur das Ergebnis liefern, daß die anderen Rassen, welche sich einer großen Inferiorität erfreuen, unterdrückt werden müßten; eine Frage, welche in Nordamerika den Indianern gegenüber mit Pulver und Blei praktisch ausgeführt werde.“</p> <p>Die Mehrzahl der Kirchen mache sich die Frage, wozu der Mensch geschaffen und wozu die Welt da sei, sehr leicht. Es gehe darum zu Gott zurückzukehren und die höchste Erkenntnis zu erreichen. So weit sei man vom Naturforscher damit nicht entfernt. „Wir haben auch einen Glauben, daß dieser Menschheit beschieden ist, immer näher zum Lichte und zur Wahrheit zu dringen, daß es die Aufgabe jedes Naturforschers ist, nach Kräften auf diesem Wege mitzuarbeiten.. Dieses Lernen, dieses Fortschreiten in der Wahrheit ist unser höchstes Glück. Einen Glauben haben wir, den <b>Glauben an den Fortschritt in der Erkenntniß der Wahrheit</b>, und ein Zeichen haben wir, an dem man den Naturforscher immer erkennen müßte und sollte; da ist, daß er nie müde</p>	
--	--	--	--	--

			wird in diesem Streben, dem er den Namen „homo sapiens“ vom alten <b>Linné</b> verdankt.“	
77	Do, 2.10.1873, Nr. 230 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: Im Rahmen eines Berichtes über eine Versammlung des <b>Oranienburger Tor-Bezirksvereins</b> wird nur kurz Vs Kandidatur für das HdA erwähnt, die man gemeinsam mit der Kandidatur von <b>Kerst</b> unterstützen wolle.	
78	Sa, 11.10.1873, Nr. 238 (PDF: 20)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Anzeige zum Erscheinen des 6. Bandes (1. und 2. Vierteljahresheft) des <b>Archives für Anthropologie</b> , Zeitschrift für Naturgeschichte u. Urgeschichte des Menschen. V wird als Mitherausgeber genannt.	
79	Mi, 15.10.1873, Nr. 241 (PDF: 25-26)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	Bericht über die Rede, die V im Jury-Pavillon der <b>Weltausstellung in Wien</b> am 11. Okt. gehalten hat zum Thema <b>Bedeutung der Weltausstellung und deren Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaften</b> . V entspricht dem Wunsch des Herrn <b>Baron Schwarz</b> , zu Beginn einige allgemeine Bemerkungen zu entwickeln und um dem Baron Dankbarkeit und Bewunderung für das zu zollen, was dieser in der Weltausstellung geschaffen habe. Er glaube, dass die ganze Welt und insbesondere Österreich dem Baron Schwarz tiefen Dank schuldig sei für die Gestaltung der Ausstellung. Wenn man von der materiellen Bedeutung absehe, liege die entscheidende Bedeutung der Ausstellung in der Vermittlung von	<i>Limburger Chronik</i> : vom Stadtschreiber Tileman Elhen von Wolfhagen verfasste kulturgeschichtlich sehr bedeutsame Stadtchronik für die Jahre 1336-1398

			<p>Kultureindrücken. Bei der Betrachtung sei man erstaunt, inmitten einer fremdländischen Kultur einzelne Erscheinungen zu sehen, die einem bekannt vorkämen. Es sei auffällig, wie an einem gewissen Punkt eine hochentwickelte Kunstfertigkeit unterbrochen und dann von anderer Seite her wieder aufgenommen werde. Diesen Verlauf könne man überall beobachten. Denn auch auf dem Gebiet des geistigen Lebens finde man keine Kontinuität des Gedankens. Deshalb sollte es jeder wirkliche Kulturfreund als wichtigste Aufgabe erkennen, dass nichts mehr verloren gehe, dass man die guten Dinge nicht mehr verschütte, sondern sie dauernd erhalte. Man müsse in Bezug auf die Kultur eine konservative Politik einschlagen. Es sei begreiflich, dass alles, was man nach Mustern arbeite, nur als Schüler und Nachfolger tue. Dies sei zwar unabdingbar, genauso müsste aber Raum sein für neue selbstständige Gedanken, die dann später wiederum in den Traditionen aufginge.</p> <p>Er verstehe darunter nicht die Erfindung eines neuen Nagels, sondern die Art, wie der Mensch der Natur eine neues Stück abringe. Im Vergleich der Eisenindustrie heute und früher sei Eisen ein Stoff geworden, den der Mensch ganz und gar beherrsche, aber viele andere Dinge gebe es in der Welt, die man gar nicht kenne.</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Das sei das Feld der eigentlichen Erfindungen. „Fragen wir nun nach den diesbezüglichen <b>Pflichten des Culturfreundes und Staatsmannes</b> im höheren Sinne, so kommen wir zu der Antwort, daß er diese erfinderische Seite hegen und pflegen muß. Niemals aber kann man sich die Aufgabe stellen, Erfinder zu erziehen, denn der <b>Erfinder wird nicht geboren.</b>“</p> <p>Die anthropologische oder prähistorische Wissenschaft lehre, dass die moderne Kultur dieselbe Entwicklung nehme, wie die alte. In Wien gewinne man zum ersten Mal Einblicke in die Kultur der ostasiatischen Staaten, denn sie erscheinen zum ersten Mal als Aussteller. Man erfahre daraus, dass eine Reihe von Industrien, die man längst verloren gegeben habe, noch existierten. Es werde absehbar keinen Austausch mit diesen Staaten geben, so dass man die Formen dieser Industrien nicht eindringen sehe. Diese Tradition des schon Bestehenden wird als Mode interpretiert werden. Weiter spricht V über den Unterschied zwischen <b>Tradition und Mode.</b> „Ich habe allen Respect vor der Mode und bin persönlich gerne geneigt, mich ihr nicht zu widersetzen; aber ich muß bekennen, daß ich entsetzt bin, wie sehr die Mode mit jedem Jahre das Selbstbewußtsein ertötet und wie Menschen sich ihr sklavisch unterwerfen.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Was die Mode macht, entzieht sich aller vernünftigen Betrachtung, das ist nichts weiter, als das Bestreben, etwas Neues zu haben, was bisher in dieser Form gar nicht oder seit langer Zeit nicht da war.“</p> <p>Soweit Vs Beobachtungen reichten, ist auch das, was man in Europa gewöhnlich „Nationaltracht“ nenne, eine mitgebrachte, stehengebliebene Mode, die nicht weiter entwickelt wurde, aber sich innerhalb eines Kreises mit einer gewissen Unabhängigkeit individuell gestaltet habe.</p> <p>Verfolge man diese Nationaltrachten weiter, so ergebe sich, dass sie in der Regel gar nicht so alt seien. V habe in Norwegen ein Dorf gefunden, wo sich die Tracht aus der ersten französischen Revolution mit der phrygischen Mütze erhalten habe. Früher änderte sich die Mode langsam und man habe daher ein korrektes Zeugnis in der <i>Limburger Chronik</i>, wo genau verzeichnet werde, in welchem Jahr eine neue Mode entstanden sei. Eine Mode wurde zehn Jahre lang verwendet. Die kostbaren Gewänder von damals würden dadurch erklärlich. In den Gegenden, wo eine Nationaltracht herrsche, zeige sich, dass die Hausfrau ihren Brautstaat bis zu ihrem Tod aufbewahre und von Zeit zu Zeit immer wieder darin erscheine. „Das giebt auch der Industrie einen anderen Charakter. Die langsame Gestaltung der Objekte gestattet eben, die</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Objekte besser, dauerhafter, kostbarer herzustellen, und giebt der Industrie ganz andere Probleme zu lösen, als unsere auf den Tag berechneten [berechnete] Ansprache. Und so muß ich denn sagen, daß ich schon rein vom industriellen Standpunkte es als sehr erwünscht betrachte, wenn wir zu einer etwas langsameren Gestaltung der Mode zurückkehren könnten. Das wird aber, Dank der menschlichen Eitelkeit, nicht geschehen. Aber wenigstens gewisse falsche Ueberlieferungen könnten wir aufgeben.“ [...]</p> <p>„Wenn wir die Sammlungen aus der prähistorischen Zeit betrachten, so sehen wir, daß sich die Menschen damals an alle möglichen Körpertheile, nachdem sie bebohrt waren, allerlei Schmuckgegenstände hängten. Es läßt sich nicht bezweifeln, so ausgezeichnet heute ein Ohrläppchen für diesen Zweck befunden wird, daß früher ein Nasenflügel, die Ohrmuschel oder die Lippe ebenso entsprechend gefunden wurden. Ich haben in diesen Dingen zwischen einst und jetzt keinen prinzipiellen, sondern höchstens einen graduellen Unterschied finden können.“</p> <p>In alten Zeiten habe man auch vornehmen Kindern den Kopf in besonderer Weise umwickelt, um besondere Schädelformen zu erreichen. „Sie können auch jetzt manche Formen des Kopfputzes sehen, die eben darauf berechnet sind, und,</p>	
--	--	--	---	--

			<p>so wenig sie auf machen Schädel passen, doch darauf placirt werden.</p> <p>So geht es auch manchmal mit der Gegend unter den Lippen, die stark comprimirt werden. Wenn man die Form des Brustkorbes mit jenem eines Kindes vergleicht, so muß man doch sagen, daß eine absolute Verschiedenheit entsteht, und es ist wunderbar genug, daß das menschliche Geschlecht trotz dieser langen Einwirkung immer noch wie früher geboren wird. Das spricht für <b>Darwin</b>.“ Letztlich gelte es aber, wegzukommen von dieser Zentrierung auf die eigene Person, die mit der Mode einhergehe. Die gesundheitsfördernden Einrichtungen in Schule und Haushalt müssten sich ausdehnen damit man dem Ziel näherkomme, selbstständige Persönlichkeiten zu schaffen und die Individualität zu entwickeln. Der germanische Stamm, der die Individualität im vollsten Sinne in die moderne Welt hineingebracht habe, müsse in Schule und Gesellschaft durchdringen. „Denn das lehrt die neue Geschichte: das Individuum darf sich nicht anmaßen, seine Gesetze den übrigen aufzuzwingen.“ Nach diesen Worten verließ V die Tribüne und trat unter das Publikum, wo er allseitig beglückwünscht wurde. Auch Freiherr v. Schwarz, welcher dem Vortrag zugehört hatte, sprach V seinen Dank aus.</p>	
80	Fr,	1. Beilage,	SVV (Sitzung vom 16. Okt.): Thema ist	nichts bei



	17.10.1873, Nr. 243 (PDF: 29)	S. 1, 2. Spalte unten	eine Vorlage des Magistrates zur <b>Bebauung</b> des der Stadt zugehörigen <b>Terrains bei Treptow</b> . Diese Planung wird zum größten Teil abgelehnt, teils wegen der viel zu hohen Kosten, teils aus Angst vor der Größe des Projektes. V ist der Meinung, dass die Kommune nur in geeignetem Augenblick eingreifen dürfe und dass kleinere Versuche nicht die <b>Wohnungsnot</b> lindern würden. Er habe sich gewünscht, dass der Magistrat mehr das Augenmerk auf die Verkehrsanbindungen gelegt hätte. Dadurch hätte man durch bessere Infrastruktur auch abgelegene Bereiche angeschlossen und dies wäre eine wirksamere Hilfe gegen die Wohnungsnot gewesen. So könne man die Magistratevorlage nur ablehnen.	Andree
81	Fr, 24.10.1873, Nr. 249 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Wahlangelegenheiten: Aus der „ <b>Rheinischen Zeitung</b> “ wird über die Chancen der <b>Fortschrittspartei</b> bei der bevorstehenden Wahl berichtet. Es könnte bei den 50 Mandaten bleiben oder bis auf 70 ansteigen. Es sind namentlich die Mitglieder des HdA genannt, die sich zur Wiederaufnahme des Mandats bereiterklärt haben. V ist auch darunter.	
82	Sa, 25.10.1873, Nr. 250 (PDF: 40)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Wahlbekanntmachung: Tableau der Urwahlbezirke für die Abgeordnetenwahl; V ist im <b>117. Urwahlbezirk</b> (45. Stadtbezirk) <b>Wahlvorsteher</b> .	
83	Di, 28.10.1873,	2. Beilage, S. 4,	Anzeige, dass von den liberalen Wählern des <b>117. Urwahlbezirkes Dr. Behncke</b> ,	

	Nr. 252 (PDF: 50)	1. Spalte unten	Hr. <b>Schmidt, Prof. Müllenhof</b> , V und Franz <b>Duncker</b> als <b>Wahlmannskandidaten</b> aufgestellt worden sind.	
84	Do, 30.10.1873, Nr. 254 (PDF: 56)	S. 4, 2. Spalte unten	Wahlbekanntmachung: <b>Wahlmannsverzeichnis</b> , bei dem V für den <b>117. Urwahlbezirk</b> verzeichnet ist.	
85	Sa, 1.11.1873, Nr. 256 (PDF: 4)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Wahlbekanntmachung: <b>Wahlmannsverzeichnis</b> , bei dem V für den <b>117. Urwahlbezirk</b> verzeichnet ist.	
86	Sa, 2.11.1873, Nr. 257 (PDF: 7)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: <b>Kandidatenrede</b> von V, gehalten auf einer <b>Versammlung der Wahlmänner</b> des 3. Berliner Wahlbezirks am 31. Okt. Er trete mit doppelter Schuld vor die Wähler, da er und <b>Dr. Löwe-Calbe</b> die einzigen von den bisherigen Berliner Abgeordneten seien, die von der „National-Zeitung“ einer Wiederwahl für würdig gehalten würden und ferner, weil er bis dato noch keinen Rechenschaftsbericht gegeben habe. In der vorherigen Session sei es gelungen, ein Budget festzusetzen und somit sei das Prinzip eines geordneten Budgets wenigstens gewahrt. Die <b>Fortschrittspartei</b> sei nicht gewillt, auch nicht in der Kirchenfrage, in allen Punkten nach dem Willen der Regierung zu handeln. Sie werde sich gegen alle das Volkswohl schädigenden Vorlagen stemmen und sich nicht durch die Rücktrittsdrohung eines Ministers einschüchtern lassen. Die renitenten katholischen	

			<p>Bischöfe des Landes zu verweisen, werde er niemals billigen. Man müsse mit den Verbrechern selbst fertig werde. Es sei zu bedauern, dass trotz der günstigen finanziellen Verhältnisse, so wenig für Schulzwecke verwandt werde. Mit der Militärverwaltung habe das HdA nichts mehr zu schaffen: es sei Sache der liberalen Parteien, dafür zu sorgen, dass in der Militärverwaltung Ersparnisse gemacht würden und diese Schulzwecken zur Verfügung stünden. An dieser Frage werde es sich zeigen, ob zwischen der nationalliberalen und Fortschrittspartei noch ein Unterschied bestehe. Ein sehr großer Schritt vorwärts sei das geschaffene Klassen-Steuer-Gesetz, wodurch der Steuer-schraube ein Riegel vorgeschoben sei und die Priorität dieses Gesetzes gebühre der Fortschrittspartei. Durch die neue Kreisordnung sei die Regierung in der Pflicht, eine zeitgemäße Provinzialordnung aufzustellen. Auch die Städteordnung bedürfe dringend einer Reform. Solange Herr Graf Eulenburg jedoch Minister sei, werde diese Forderung wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Reform der Provinzialordnung werde die Reform des Herrenhauses zur Folge haben. Die Fortschrittspartei habe nicht aus Zuneigung für einen bestimmten Minister den Kirchengesetzen zugestimmt, sondern weil sie darin den ersten Schritt zur <b>Trennung</b></p>	
--	--	--	---	--

			<p><b>der Schule von der Kirche</b> sehe. V bedauere, dass er sich in dieser Frage mit <b>Kerst</b> nicht einigen könne, obgleich in den Zielen kein Unterschied herrsche. Wenn die Gesamtreform gut durchgeführt sei, würden alle Staatsbürger, unabhängig von ihrer Konfession, davon profitieren.</p>	
87	Di, 4.11.1873, Nr. 258 (PDF: 11)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Bericht über die am 2. Nov. stattgefundene <b>Versammlung der Wahlmänner</b> des 3. Wahlbezirkes, die gegen eine Wahl des Geheimrats <b>Kerst</b> sind. Hier ist V als erster Abgeordneter und <b>Prof. Maetzner</b> als zweiter Abgeordneter vorgesehen.</p>	
88	Mi, 5.11.1873, Nr. 259 (PDF: 13)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<p>Wahlangelegenheiten: Bericht über die <b>Urwahlen</b>; V wird im 3. Wahlbezirk, zusammen mit <b>Kerst</b>, gewählt.</p>	
89	Sa, 8.11.1873, Nr. 262 (PDF: 29)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Abdruck eines Schreibens Vs an die VZ vom 6. Nov.:</p> <p>Die Abendnummer der <b>National-Zeitung</b> bringe aus der Weser-Zeitung die Nachricht, V hätte in der letzten Wahlbewegung angekündigt, sich gegen die <b>Falksche Kirchengesetzgebung</b> zu stellen und er weigere sich angeblich das fortzusetzen. Weiter bestätige die National-Zeitung selbst diese Angaben, indem sie sage, er hätte sich gegen weitere Ausführungen der Kirchengesetze gewandt und würde dann zukünftig wieder <b>Duncker, Kerst</b> und <b>Richter</b> folgen. Alle diese Be-</p>	

			<p> hauptungen könnten sich nur auf die Rede beziehen, die er vor den Wahlmännern im 3. Berliner Wahlbezirk gehalten habe. Die National-Zeitung habe damals über diese Sitzung nicht berichtet, tue nun aber so, als sei das alles bekannt und äußere nun die größten Unwahrheiten über V auf beleidigende Art und Weise. Er wende sich nun an die Öffentlichkeit, um gegen diesen <b>Missbrauch der Presse</b> zu protestieren und zugleich die Tatsachen klarzustellen. In seiner Rede vor den Wahlmännern habe er seine Auffassung vom <b>Kulturkampf</b> eingehend verteidigt, auch seine Bereitwilligkeit, die Staatsregierung zu unterstützen. Er habe jedoch, um jeden Zweifel an seiner Stellung zur Staatsregierung zu beseitigen, ausdrücklich hinzugefügt, dass er sich nicht verpflichte, die Regierung nun dauerhaft zu unterstützen. Einem Gesetzentwurf über die Landesverweisung renitenter Bischöfe würde er seine Zustimmung versagen. Er habe ferner, was er im HdA wiederholt ausgesprochen habe, sein Eintreten für die Kirchengesetze dadurch begründet, dass sie das bisherige System der gegenseitigen Versicherung von Staat und Kirche beende und dass dadurch der <b>Weg zur wahren Religions- und Gemeindefreiheit</b> eröffnet sei. Ziel sei die Aufhebung des Patronats, die Zivilehe, gesetzliche Bestimmungen über das Wahlrecht </p>	
--	--	--	---	--

			und die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden und konfessionslose Begräbnisplätze. Nur so könne man die Lösung des gegenwärtigen Konflikts erreichen und den kirchlichen Frieden gewährleisten, während die einseitige Verfolgung des von der Staatsregierung betretenen Weges nur zu einer Verschärfung des Kampfes führen müsse. Er werde trotzdem die Staatsregierung in allen gerechten Dingen unterstützen, solange ihre Vorschläge auf eine weitere Zurückdrängung der hierarchischen Gewalt gerichtet seien.	
90	Sa, 8.11.1873, Nr. 262 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Nov.): Thema ist die <b>Abtretung von Zweigen der Lokalpolizei an die Kommune</b> . V schließt sich der einfachen Kenntnisnahme an, aber tadelte, dass der Magistrat in dieser Angelegenheit eigenmächtig vorgegangen sei.	nichts bei Andree
91	Fr, 14.11.1873, Nr. 267 (PDF: 27)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V in die <b>erste Abteilung des HdA</b> gewählt worden ist.	
92	Fr, 21.11.1873, Nr. 273 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht darüber, dass sich verschiedene Kommissionen des HdA konstituiert haben. V gehört zur <b>Budgetkommission</b> .	
93	So, 23.11.1873, Nr. 275 (PDF: 10)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 22. Nov.): Diskutiert wird über eine Interpellation des Abg. <b>Windthorst</b> zur <b>Abgrenzung des Wirkungskreises zwischen Präsident</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 491-494

			<p><b>und Vizepräsident des Staatsministeriums.</b> V äußert leicht überrascht, dass vom Zentrum Vorschläge kämen, die sonst nur aus liberalem Lager zu erwarten seien. Er stelle sich ganz auf Seiten des Interpellanten, sofern es seiner Überzeugung entspräche und beim Zentrum nicht nur aus taktischen Beweggründen entschieden worden sei. Es sei notwendig, ein <b>Minister-Organisationsgesetz</b> zu haben, besser noch ein <b>Minister-Verantwortlichkeitsgesetz</b>. Man wünsche sich eine Stabilität der Institutionen bei Wechsel der Personen, leider sei es gerade umgekehrt. Deshalb würde er es begrüßen, wenn es zu einem Organisationsgesetz käme, bei der bleibende Institutionen als sichere Grundlage für die Verwaltung entstünden. Allerdings bestünde, im Vergleich zur Vorjahressession, kein wirklicher Grund zum Klagen. Letztes Jahr sei Minister Delbrück ins preußische Staatsministerium eingetreten, als heimlicher Vertreter des Reichskanzlers. Mittlerweile sei der Finanzminister an diese Stelle gerückt und damit könne man zufrieden sein. Ein großer Fortschritt sei geschehen, als <b>Graf Roon</b> austrat und der neue Vizepräsident eintrat. Zu messen sei das besonders am Landwirtschaftsministerium. Abschließend sichert V dem Zentrum nochmals seine Unterstützung zu, auch in Fällen wo es viel-</p>	
--	--	--	--	--

			leicht dem gegenwärtigen Vizepräsidenten nicht bequem sei, objektiv gute Maßregeln durchzusetzen. Allerdings könne man in der begrenzten Zeit der Session nicht alles ausreichend beraten und auf den Weg bringen.	
94	Mi, 26.11.1873, Nr. 277 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 25. Nov.): Eingegangen ist eine Interpellation Vs, welche eine <b>Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Provinzialverbände</b> verlangt.	vgl. Andree, Band 33, S. 494-495
95	Do, 27.11.1873, Nr. 278 (PDF: 20)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [26.11.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : V habe angefragt, wie es mit einer <b>Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Provinzialverbände</b> aussehe. Später habe er sich gegen eine Aussage <b>Laskers</b> gewendet.	vgl. Andree, Band 33, S. 495-506
96	Do, 27.11.1873, Nr. 278 (PDF: 21 u. 23)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (9. Sitzung vom 26. Nov.): Thema ist die Interpellation Vs, welche eine <b>Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Provinzialverbände</b> verlangt. Diese sehr wichtige Angelegenheit sei schon 1862 vom Haus verfolgt worden, da man im Rahmen der <b>Steuerfähigkeit des Landes</b> verlässliche Daten brauche. Die Regierung habe sich bereit erklärt, Untersuchungen dazu anzustellen, dies sei aber auch in den nachfolgenden Jahren nicht passiert. Im Rahmen der Finanzreform sei man nun aber dringend auf diese Daten angewiesen. Er selbst habe als Mitglied der statistischen Zentral-	vgl. Andree, Band 33, S. 495-506  <i>von Mallinckrodt, Hermann</i> : * 1821, †1874; trug wesentlich zur Gründung der Zentrumspartei bei; engagierte sich sehr im Kulturkampf



			<p>kommission darüber beraten, wie man zu diesen Zahlen gelangen könne. Nun sei die Angelegenheit ins Stocken geraten, aber man hätte zumindest teilweise Zahlen gewinnen können. Selbst dieses lückenhafte Material sei besser als nichts.</p> <p>weiter:</p> <p>Nächstes Thema der Tagesordnung ist der vom Abg. <b>Windthorst</b> eingebrachte Gesetzentwurf zur Abänderung verschiedener Paragraphen der Verfassungsurkunde. V steht auf der Rednerliste. Man sei mit großen Skrupeln an diesen Antrag herangegangen und habe sich gefragt, ob er wirklich ernst gemeint sei. Ein Teil sei nämlich ohne Änderung der Verfassung unausführbar. In der Zentrumsparlei säßen genügend Juristen, um solche Unstimmigkeiten zu vermeiden. Man bekomme dadurch den Eindruck eines Wahlmanövers. Auch die <b>Kombination von Gewissensfreiheit und Kirchenfreiheit sei als Katholik nicht möglich</b>, da der Papst die Gewissensfreiheit verdammt habe und dieser ja nach eigenem Dogma unfehlbar sei. V zweifelt auch, ob dem Vorredner v. <b>Mallinckrodt</b> die <b>Bedeutung der Gewissensfreiheit</b> klar sei. Die Welt verstehe darunter die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was gut und böse sei. An der Vorrede von Windthorst kritisiere er, dass Leute öffentlich gelobt würden, die sich möglichst geschickt durch alle Situa-</p>	
--	--	--	--	--

			tionen durchlavierten. Dies zeuge nicht von politischem Charakter. Die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts auch für die Landtage befürworte er sehr, er halte aber den Antrag dafür nicht ausreichend, ohne ein zugehöriges Wahlgesetz. Deshalb schlage er vor, den Antrag in einer Kommission beraten zu lassen. Dies wird später abgelehnt.	
97	Sa, 29.11.1873, Nr. 280 (PDF: 26)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [28.11.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : V und <b>Richter</b> hoben hervor, dass immer noch Ausgaben geleistet würden, die das Haus gestrichen habe. Die gegenwärtige Session sei die passende Zeit, solche <b>Lücken im Budgetrecht</b> auszumerzen.	vgl. Andree, Band 33, S. 506-514
98	Sa, 29.11.1873, Nr. 280 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig und auch 2. Spalte	<b>HdA</b> (10. Sitzung vom 28. Nov.): Thema sind die Übersichten <b>der Staatseinnahmen und –ausgaben</b> des Jahres 1872. Nach V habe sich die Finanzverwaltung zwar mit dem <b>Oberrechnungskammergesetz</b> konsolidiert, aber man dürfe nicht übersehen, wie viel daran bloße Tradition sei, was nicht vor Schwankungen schütze. Hier erwähnt er den Vorfall mit Kultusminister <b>v. Mühler</b> . Mit dem neuen Oberrechnungskammergesetz würden nun zwar die unteren Kassenbeamten überwacht, aber man habe keine Gewalt über den Minister. Auch ein Klagerecht gegenüber der Regierung sei sehr fraglich. V kritisiert die Unsicherheit der getroffenen Etatbeschlüsse, wo etwaige	vgl. Andree, Band 33, S. 506-514  <i>Komptabilität:</i> Verantwortlichkeit

			<p>Verpflichtungen der Staatsregierung Personen oder Institutionen gegenüberstünden. Gleiches gelte auch für die <b>Veräußerung von Staatseigentum</b>. Auch hier sei kein Einblick in die Prinzipien der Veräußerung möglich. Auch mögliche spekulative Interessen des jeweiligen beteiligten Ministers könne man nicht überprüfen. Nach allem sei klar, dass man ein <i>Komptabilitätsgesetz</i> brauche, wie auch viele andere Staaten dieses hätten. Nur in Preußen herrsche „ein patriarchalischer Zustand, wo die Minister als gute Väter ohne jede Mitwirkung der Landesvertretung über alle und jede Veräußerung von Staatsvermögen verfügen“ könnten.</p> <p>Weiter:</p> <p>V erkenne mit Dank an, dass in der <b>Dorotheenstraße</b> Grundstücke für die Universität zur Verfügung gestellt worden seien, dies aber erst nach jahrelangen Hinweisen auf die <b>Notlage der Universität</b> und auch nur schleppend und widerwillig. Weiter brauche die Stadt dringend ein Gebiet für die Berieselungen. Das einzig zur Verfügung stehende und geeignete Terrain beanspruche aber der Finanzminister, um darauf Villen zu bauen. Dies habe sicher Vorteile für den Beutel des Fiskus, sei aber nichts als reine Geldspekulation und führe zur Zurücksetzung der Interessen des Landes. Ähnliches tra-</p>	
--	--	--	--	--

			ge sich zu mit dem Kreuzbergterrain. Die Stadt wolle hier einen öffentlichen Platz für die Bewohner anlegen, der Kriegsminister verkaufte das Areal aber an eine Brauerei. Auf diese Weise werde von den obersten Behörden der <b>öffentliche Nutzen hinter den Nutzen der Privatspekulation gestellt.</b>	
99	Sa, 29.11.1873, Nr. 280 (PDF: 30)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Anzeige: Es handelt sich hierbei um einen Aufruf des <b>Vereins für Familien- und Volkserziehung</b> . Geplant ist der Erwerb eines Grundstückes für den Bau einer Bildungsanstalt. Hierfür wird um <b>Spenden</b> gebeten. V ist Mitunterzeichner.	
100	So, 30.11.1873, Nr. 281 (PDF: 32)	S. 1, 3. Spalte mittig	Die <b>Akademie der Wissenschaften</b> hat V und <b>Dr. Siemens</b> zu Mitgliedern gewählt.	
101	Di, 2.12.1873, Nr. 282 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte	Parlamentarische Nachrichten: In der Sitzung des <b>HdA</b> vom 26. Nov. fand eine namentliche Abstimmung statt. Es galt zu entscheiden, ob die Beratungen zum <b>Dreiklassenwahlrecht</b> für 6 Monate vertagt werden sollen. V stimmt dafür.	
102	Do, 4.12.1873, Nr. 284 (PDF: 9 u. 10)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 2, 1. Spalte	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 3. Dez.): Thema ist die <b>Aufhebung der Stempelsteuer</b> auf Kalender, Zeitschriften und Anzeigenblätter ab dem 1. Jan. 1874. V richtet eine Bitte an die Regierung, der <b>Pressefreiheit</b> mehr Entwicklung zu gestatten und nicht dort einzuschreiten, wo solches dem öffentlichen Nutzen entgegenstehe.	vgl. Andree, Band 33, S. 514-523  <i>Syllabus</i> : wurde 1864 von Papst Pius IX. verwendet, um

		<p>mittig</p>	<p>Der gegenwärtige kirchliche Streit habe die Eigenschaft, die Frage der Pressefreiheit zu Bewusstsein zu bringen. Den Antrag beurteile er als neutral, obwohl er die Zentrumsparlei niemals als politische Partei anerkannt habe im Sinne einer zugleich katholischen und politischen Institution. Er habe sich ursprünglich zu Wort gemeldet, um sich zu verteidigen, dass seine Zitate aus dem <b>Syllabus</b> aufgrund weniger sorgfältiger Vorbereitung hin geschehen seien. Nun habe die lange Dauer des Streites ihn dazu gebracht, sich die Sache wieder und wieder vorzunehmen und er habe jeden guten Wink der Zentrums männer genutzt, um Ergänzungen vorzunehmen. Von Seiten des Papstes seien Presse- und Gewissensfreiheit nicht zulässig, nun stehe aber in der preußischen Verfassung, dass jeder Preuße das Recht habe, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Das Strafgesetz werde hingegen jeden treffen, der etwas Schlechtes geäußert habe, aber dass er es äußern könne sei eben Pressefreiheit. Die vom Zentrum vorgesehene Pressefreiheit ginge mit gleichzeitiger päpstlicher Zensur einher. V fragt nach einem Beispiel eines rein katholischen Staates, der auf religiösen, katholischen Anschauungen begründet sei, der die katholische Kirche als Staatskirche habe und in denen etwas</p>	<p>eine Zusammenfassung theol. Ächtungen zu veröffentlichen.</p>
--	--	---------------	---	--

		<p>von den Freiheiten realisiert sei, über die im Moment diskutiert würde. Den Zwischenruf „Belgien“ ließe er nicht gelten, denn wenn dort einmal etwas vorwärts gebracht würde dann von den „bösen Liberalen“. Er wirft dem Zentrum vor, es gewohnt zu sein, in dem einen Land mit liberalen, in dem anderen mit absoluten Waffen zu kämpfen, wie es der augenblickliche Zweck erfordere. Man müsse damit rechnen, in einem Moment Unterstützung zu erfahren, im anderen bekämpft zu werden, wenn die Regierung die Bedingungen annehme. V geht sogar soweit dem Zentrum zuzutrauen, unter der Hand Absprachen getroffen zu haben. Dabei gehe es ihm gar nicht darum, den Urheber dieses Gesetzes anzuschwärzen. Er würde sich sehr freuen, wenn dieses Gesetz zustande käme. In seinen Augen hafte nur ein Makel daran, dass es benutzt worden wäre von einer Partei, die der Regierung feindlich gesonnen sei, um Propaganda zu machen. Die Abschaffung der Stempelsteuer würde kleine Blätter entlasten, die unter dieser Steuer vielleicht sonst aufgeben müssten. Der Hinweis darauf, dass man auch eine Regelung auf Ebene der Reichsgesetzgebung treffen könne, weist V ab. Kein anderer Staat außer Preußen habe überhaupt diese Steuer. Gleiches gelte übrigens auch für die Inseratssteuer. V vermutet vom Fi-</p>	
--	--	---	--

			<p>nanzminister eher eine Hinhaltetaktik, um bei einer möglichen Absegnung des Gesetzes Konzessionen für andere Dinge im Reichstag zu erlangen. Würde der Finanzminister zustimmen, dass eine rein preußische Steuer in die Reichspressegesetzgebung hineinkomme, so <b>schädige er Preußen auf Kosten des Reiches</b> und mache Preußen zu einem Unterhandlungsobjekt. In einer späteren kurzen Wortmeldung äußert V noch, dass er nicht verstehe, wie ein Papst nichts Besseres zu tun habe, als ein in aller Welt als Unsinn anerkannter Satz für einen Irrtum zu erklären.</p>	
103	<p>Do, 4.12.1873, Nr. 284 (PDF: 11)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Bericht über ein <b>Projekt</b>, um die <b>ärmeren Klassen</b> bei den hohen Fleischpreisen dennoch mit <b>Fleisch versorgen</b> zu können. Angedacht ist die <b>Zucht ausländischer Kaninchenrassen</b>. V ist Mitunterstützer dieses Projektes.</p>	
104	<p>Fr, 5.12.1873, Nr. 285 (PDF: 12)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Vs Name wird im Zusammenhang mit einem Antrag aus der vorigen Session zur Aufhebung des Patronats, Einführung der <b>Zivilehe</b>, geistliche und weltliche Verwaltung in den Kirchengemeinden und <b>Säkularisierung der Kirchenhöfe</b> genannt.</p>	
105	<p>Sa, 6.12.1873, Nr. 286 (PDF: 18)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Dez.; Schluss): Thema ist der Magistratsantrag über die anderweitige <b>Verpachtung des Ratskellers</b>. Bei der namentlichen Abstimmung hat sich V enthalten.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>

106	So, 7.12.1873, Nr. 287 (PDF: 21 u. 22)	S. 4, 1. Spalte mittig u. 4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 6. Dez.): Beraten wird der Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums. Die <b>Bergwerksverwaltung</b> dem Landwirtschaftsministerium zu überweisen, weil Rohprodukte geliefert würden, hält V für wenig sinnvoll. Insgesamt gesehen produziere dieses Ministerium sehr wenig und konsumiere eher, sei also ein Konsumministerium. Auch eine breitere Basis würde dem Landwirtschaftsministerium nicht helfen, da müsste der zuständige Minister erst mal Hervorragendes leisten und seine Befähigung unter Beweis stellen, erst dann könne man ihm mehr übertragen. Momentan habe man da eher andere Erfahrungen gemacht. Auch müsse man sich nicht scheuen, nur weil dieses Ministerium einmal bestünde, es bei Mangel an Erfolg auch wieder aufzulösen. In der Verfassung stünde nichts, dass man ständig in den höchsten Verwaltungen experimentiere. Dies führe zu großer Unsicherheit und sei kontraproduktiv bei der Bildung eines guten Beamtenwesens. Der geforderte <b>Ministerialdirektor</b> mache nur Sinn in einem großen Ministerium, da dieser mehr in der Verantwortlichkeit stünde als andere Beamte. Bei kleinen Ressorts lohne sich das nicht, auch nicht für temporäre Vertretungen bei Urlaub. Dies könne kommissarisch für die kurze Zeit von einem anderen Ministerium ge-	vgl. Andree, Band 33, S. 524-531
-----	--	---	---	--



			<p>leistet werden. Die Regierung suche aber nach Gründen, um diese Direktorstellen einzuführen. Die Folge davon sei nicht gut für die Verwaltung, sondern nur gut für die Erhaltung des Bestehenden.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es wird darüber debattiert, ob die landwirtschaftlichen Lehranstalten dem Unterrichtsministerium zu unterstellen sind und es eine <b>Kooperation dieser Lehranstalten mit den Universitäten</b> geben sollte. V unterstützt den Antrag, dass die Regierung zunächst darüber nachdenke, aber noch keine Entscheidung verlangt werden sollte. Er hebt hervor, dass bei einer möglichen Kooperation, wie sie anderswo schon bestünde, Geld gespart werden könne. Im Übrigen solle man dem <b>Landwirt</b> ruhig das <b>studentische Leben gönnen</b>, das doch in etwas mehr bestünde als im Kneipen.</p>	
107	Mi, 10.12.1873, Nr. 289 (PDF: 25)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [9.12.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Kurzer Hinweis auf einen Antrag Vs, die Entscheidungen bezüglich der <b>Tierarzneischulen</b> an die <b>Budgetkommission</b> zu verweisen und über die bessere Versorgung Bericht zu erstatten. Dieser Antrag wurde angenommen.	
108	Mi, 10.12.1873, Nr. 289 (PDF: 26 u.	S. 4, 1. Spalte mittig u.	<b>HdA</b> (15. Sitzung vom 9. Dez.): Zu Beginn kurzer Hinweis, dass die von V verlangte Auflistung der Einnahmen und Ausgaben der Provinzen und Kommunen	vgl. Andree, Band 33, S. 531-542

27)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<p>beim Innenminister eingegangen sei.</p> <p>Weiter geht es um Vs Antrag, die <b>Tierarzneischule Hannover</b> im Verhältnis zu der Berliner Schule weiter auszustatten und dieses an die <b>Budgetkommission</b> weiterzuleiten. Die Schule in Hannover bedürfe dringend der Aufbesserung, es sei zu befürchten, die Regierung plane deren Auflösung. Zwar könne man verstehen, dass die Berliner Schule bevorzugt würde, damit gute Kräfte in der Nähe zur Verfügung stünden. Es gebe zurzeit keinen sachverständigen Rat im Landwirtschaftsministerium, das Kultusministerium kümmere sich darum, dass einer eingesetzt werde. Ferner ließen Ausstattung der Schule in Hannover und die Besoldung der dortigen Lehrkräfte zu wünschen übrig, und dass, obwohl es in Hannover mehr zivile Schüler gebe, Berlin werde vom Militär bevorzugt. In Hannover hätte man viel zu wenige Lehrkräfte. Dabei seien die Tierarzneischulen die einzigen, die das Veterinärwesen vorwärts brächten. Diese Aufgabe schein das Ministerium gänzlich vergessen zu haben. Ein neu erlassenes Regulativ besage außerdem, dass zukünftige Departementtierärzte ein Jahr an einer Tierarzneischule arbeiten müssten. Dies verschaffe der Regierung billige Lehrkräfte, da diese einjährige Tätigkeit unbesoldet sei. Zusammenfassend müsse man fest-</p>	
-----	---	---	--

			stellen, dass die Schule in Hannover einer kompletten Neuorganisation bedürfe. Sollte dies zu teuer werden, könnte ein Umzug nach Göttingen oder eine Zusammenlegung mit einer anderen Anstalt sinnvoll sein. Alle diese Fragen bedürften einer reiflichen Überlegung, darum schlage V die Verweisung an die Budgetkommission vor.	
109	Do, 11.12.1873, Nr. 290 (PDF: 28)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.12.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Kompetenz des HdA in Bezug auf die Diätenfrage</b> . Es solle hier keine weiteren Einschränkungen für das HdA geben. V schließt sich im Namen der <b>Fortschrittspartei</b> dieser Meinung an.	vgl. Andree, Band 33, S. 42-545
110	Do, 11.12.1873, Nr. 290 (PDF: 30-31 u. 32)	S. 4, 3. Spalte mittig u. weiter in 2. Beilage S. 1	<b>HdA</b> (16. Sitzung vom 10. Dez.): Auf der Tagesordnung steht der Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, die preußischen Bevollmächtigten im Bundesrat so zu instruieren, dass die <b>Mitglieder des deutschen Reichstages Tagegelder und Reisekosten</b> bewilligt bekommen. V verweist auf einen Antrag von 1869, in dem bereits gefordert wird, die Kompetenz des norddeutschen Bundes auf das ganze bürgerliche Recht auszudehnen. Die Motive des alten Antrags stimmten überein mit denen des heutigen Antrags. In seinen Augen wolle das Zentrum den Eindruck machen, dass sie aus sachlichen und nicht aus taktischen Gründen diese Angelegenheit betrieben. Dann müsse	vgl. Andree, Band 33, S. 542-545

			<p>man auch durch ganz Deutschland homogen operieren und nicht an dem einen Punkt so, an dem anderen Punkt anders. Die Fortschrittspartei dagegen agiere ganz im Einklang mit sich selbst. Man sehe auf die Sache, nicht auf die Person. Deshalb sei man ja auch mal auf Seiten der Nationalliberalen, mal auf Seiten des Zentrums und das, obwohl die Sympathien auf der liberalen Seite lägen. Er halte es für nutzlos, wenn jeder einzelne Landtag über Reichsangelegenheiten diskutieren wolle, aber bei den großen Fragen, die vorlägen, greife die Bewegung, wenn der Widerstand größer werde, in immer größere Kreise des Volkes. Der Bundesrat, der aus den Delegierten der einzelnen Ministerien bestehe, müsse unter dem Einfluss der mittleren Stimmung des Volkes stehen und Ausdruck dieser Stimmung sein. Man werde also für den Antrag stimmen, aber man werde mit dem Antrag nicht wesentlich dazu beitragen, die Reichsgesetzgebung zu verwirren und ihre Richtung zu stören.</p> <p>Weiter:</p> <p>V und <b>Rickert</b> haben zur Tagesordnung eingebracht, dass man erwarte, dass die Regierung den bestehenden Gesetzen Achtung verschaffe und den Erlass der zur <b>Ordnung der kirchlichen Zustände</b> unentbehrlichen Gesetze herbeiführen werde, so dass man zur weiteren Tages-</p>	
--	--	--	---	--

			ordnung übergehen könne. Dieser Antrag wird angenommen.	
111	Fr, 12.12.1873, Nr. 291 (PDF: 38)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Dez.): Es geht um die Magistratsvorlage, das <b>Rittergut Britz</b> anzukaufen. V als Referent berichtete aus der <b>Geldbewilligungsdeputation</b> , die beschlossen habe, diesen Antrag abzulehnen und den Magistrat stattdessen zu ersuchen, über die Abtretung anderer Ländereien zur <b>Berieselung</b> zu verhandeln. V stimmt für die Magistratsvorlage, die aber mehrheitlich abgelehnt wird.	nichts bei Andree
112	Sa, 13.12.1873, Nr. 292 (PDF: 43)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Lokales: Bericht aus der vorgestrigen [11.12.1873] geheimen Sitzung der <b>SVV</b> : Nur kurzer Hinweis, dass ein von V bereits in der öffentlichen Sitzung erwähntes Schreiben des Stadtverordneten <b>Wedding</b> zur Verhandlung gekommen sei. In der öffentlichen Sitzung ist nichts erwähnt.	
113	So, 14.12.1873, Nr. 293 (PDF: 47)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 13. Dez.): Thema ist eine Petition bezüglich einer <b>Kriegsschuld der Neumark</b> , die aber nach Antrag an die <b>Budgetkommission</b> zu verweisen sei. V empfiehlt ebenfalls, die Sache an die Kommission zu verweisen. Über Vs Wortmeldung zu den Verpflichtungen des Herzogtums Lauenburg ist in der VZ nichts abgedruckt.	vgl. Andree, Band 33, S. 545-547
114	Di, 16.12.1873, Nr. 294 (PDF: 49)	S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über die Versammlung der Mitglieder der <b>Fortschrittspartei</b> des HdA zu einem <b>Festessen</b> . V ergriff das Wort, um der Partei Glück zu wünschen, dass	

			sie es zum ersten Vizepräsidenten gebracht habe und lobte die Wähler.	
115	Mi, 17.12.1873, Nr. 295 (PDF: 54-55)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (20. Sitzung vom 16. Dez.): Thema ist das Gesetz zur <b>Zivilehe</b> . V schließt sich der Argumentation <b>Laskers</b> an, dass eine Verabschiedung dieses Gesetzes dringlich sei und keiner weiteren Verschleppung unterliegen dürfe.	vgl. Andree, Band 33, S. 547-548
116	Do, 18.12.1873, Nr. 296 (PDF: 59)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht, dass die Kommissionen des HdA zügig ihre Arbeit fortsetzten und das <b>Expropriationsgesetz</b> bereits durchberaten sei, aber die Spuren mehrerer Sessionen und Kommissionen seien zu spüren. Ein vom Magistrat eingegangener Zusatz sei nicht berücksichtigt, da V diesen schon früher zugefügt habe.	
117	Fr, 19.12.1873, Nr. 287 (PDF: 61-61)	S. 2, 3. Spalte unten f.	Zusammenfassung der gestrigen [18.12.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : Es liefen die Spezialberatungen zum <b>Zivilgesetz</b> . Ein Amendement <b>Petris</b> besagte, dass man die Geistlichen von der <b>Führung der Standesbücher</b> ausschließen solle. V trat für dieses Amendement ein, da der Staat auf Dauer weder mit der protestantischen noch mit der katholischen Kirche in Frieden leben könne. Selbst die sich unter den <i>Auspizien</i> <b>Falks</b> entwickelnde protestantische Hierarchie biete keine Gewähr, dass die Vereinigung des geistlichen und des Staatsamtes ohne Konflikte verlaufen werde.	vgl. Andree, Band 33, S. 549-560  <i>Auspizien:</i> Brauch röm. Kultbeamter, aus versch. Vorzeichen den göttlichen Willen zu deuten
118	Fr,	2. Beilage,	<b>HdA</b> (22. Sitzung vom 18. Dez.): Thema	

	<p>19.12.1873, Nr. 287 (PDF: 65)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>ist ein Gesetzentwurf über die <b>Beurkundung des Personenstandes</b> und die Form der Eheschließung. V geht zunächst darauf ein, dass man die Führung der Zivilstandsregister nicht einer bestimmten Kategorie von Beamten übertragen könne, so wie in Frankreich, da man solche Kategorien gar nicht habe. Dass die Kreisordnung fertig war, bevor die Landgemeinden geordnet waren, sei ebenfalls problematisch. Man habe also sowohl unlogisch als auch unpraktisch gehandelt und müsse nun bald Änderungen in der Kreis- und Gemeindeordnung vornehmen. Durch das Durcheinander in den Verfassungen der Landgemeinden sei es schwierig, eine solche Bestimmung herbeizuführen, wie er sie sich wünsche. In den Ländern, wo bereits Gemeindebeamte die Register führten, würde der Akt in Würde und ohne Fehler vollzogen. V kritisiert die Unentgeltlichkeit dieses Vorganges, der auch mit ein Grund dafür sei, ein personelles Problem entstehen zu lassen. Idee der Regierung war, dass auf den Zivilakt noch die kirchliche Trauung folge und man niemanden durch doppelte Gebühren abschrecken wolle. Ein weiterer Grund, die <b>Geistlichen von der Führung der Standesbücher auszuschließen</b> sei, dass der Staat auf Dauer weder mit der protestantischen noch mit der katholischen Kirche in Frieden leben könne.</p>	
--	--	---------------------------------------	--	--

			<p>Selbst die sich unter Falk entwickelnde protestantische Hierarchie biete keine Gewähr, dass die Vereinigung des geistlichen und des Staatsamtes ohne Konflikte verlaufen werde und der Minister stelle ja die Beamten nicht selbst an, sondern das täten die Regierungspräsidenten. Diese seien aber konservativer als die konservativsten Mitglieder des Hauses. Denen nun diese Handhabung dieses Gesetzes zu übergeben, sei eine bittere Zumutung, die V nicht zulassen möchte. Zu Gunsten der Gemeindeentwicklung würde er sich wünschen, dass gerade die Amts- und Gemeindevorsteher durch die Führung der Standesregister eine gewisse Autorität bekämen. Er glaube, dass der kirchliche Friede dadurch gesichert werden könne, wenn man den Geistlichen ein Mittel aus der Hand nähme mit dem sie politische Störungen verursachten und die Gemüter erregten. Trotz der Mängel des Gesetzes werde man dafür stimmen, um es so schnell wie möglich zu erledigen. Man habe die Überzeugung, dass das Verständnis in der Bevölkerung für dieses Gesetz vollständig vorhanden sei. Im Wahlkampf habe es genügend Bezüge darauf gegeben und trotzdem habe das preußische Volk mit so großer Mehrheit die Anhänger der <b>Zivilehe</b> in das Haus gesendet.</p>	
119	Sa,	S. 2,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,



	20.12.1873, Nr. 298 (PDF: 69)	3. Spalte oben	[19.12.1873] Sitzung des <b>HdA</b> : V haben den Antrag eingebracht, dass die <b>Führung von Standesbüchern</b> anderen als den Kreis- oder Gemeindebeamten nur bis zum 1. Jan. 1877 übertragen werden könne. Der Antrag wurde abgelehnt.	Band 33, S. 560-561
120	Sa, 20.12.1873, Nr. 298 (PDF: 71 u. 72)	2. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (23. Sitzung vom 19. Dez.): Thema ist die Anzeigepflicht bei gesunden neugeborenen Kindern. V hat ein Amendement eingebracht, dass bei <b>Eintragung von Findelkindern in das Geburtsregister</b> außer den Kleidern auch sonstige beim Kind gefundenen Gegenstände vermerkt würden. Das Amendement wird angenommen. Weiter bringt V den Antrag ein, dass die <b>Führung von Standesbüchern</b> anderen als den Kreis- oder Gemeindebeamten nur bis zum 1. Jan. 1877 übertragen werden könne. Der Antrag wurde abgelehnt.	vgl. Andree, Band 33, S. 560-561
121	So, 21.12.1873, Nr. 299 (PDF: 75)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 20. Dez.): Im Interesse der Statistik beantragt V, dass die <b>Angabe der Todesursache in das Standesregister eingetragen wird</b> . Dieses wird genehmigt.	vgl. Andree, Band 33, S. 561-562

## Fundstellen 1874

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	So, 4.1.1874, Nr. 3 (PDF: 5)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass der Kaiser die von der <b>Akademie der Wissenschaften</b> in Berlin getroffenen Wahlen von <b>Dr. Siemens</b> und V zu ordentlichen Mitgliedern in der physikalisch-mathematischen Klasse bestätigt.	
2	Fr, 9.1.1874, Nr. 7 (PDF 11)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Jan.): Es geht um die Wahl des neuen <b>Stadtschulrates Zerlang</b> . Dieser müsse zunächst sein Amt als Schuldirektor niederlegen, um die Wahl annehmen zu können. V, Referent in der ganzen Angelegenheit, sei seit Jahren bekannt mit Zerlang und habe sich deshalb dafür interessiert, dass demselben keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Im Interesse der Stadt sei es aber wünschenswert, dass Zerlang sein Kommen nicht weiter verzögere.	nichts bei Andree
3	Sa, 17.1.1874, Nr. 14 (PDF: 30)	S. 2, 2. Spalte oben	Bericht darüber, dass die <b>Fortschrittspartei</b> im Rahmen der Wahl über zwei weitere <b>vakante Mandate</b> verfüge. Die Blicke würden sich besonders auf V richten, der bisher neben dem Landtagsmandat jede weitere Wahl abgelehnt habe.	
4	Di, 20.1.1874, Nr. 16 (PDF: 36)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (30. Sitzung vom 19. Jan.): Es wird über das <b>Zivilehegesetz</b> beraten in dem es auch um die Eintragungen zu Tod und <b>Todesursache</b> geht. Tod und Todesursache sollten nach Antrag eines Abgeordne-	vgl. Andree, Band 33, S. 564-567

			ten in getrennten Registern vermerkt werden. Dies halte V für zu umständlich. Den Einwand, dass es für diese Eintragung sowieso keine wissenschaftliche Evidenz gebe, treffe jedes Gebiet der Statistik, dann müsste man solche Datenerhebungen ganz abschaffen. Er hoffe, dass die Regierung mit regelmäßigen Totenschauen und Obduktionen zukünftig mehr relevante Daten erheben werde, dass auch die statistische Erfassung im Rahmen der Register mehr Daten liefere.	
5	Di, 20.1.1874, Nr. 16 (PDF: 39)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Verzeichnis der am Krönungs- und Ordensfest verliehenen Orden und Ehrenzeichen. V hat den <b>Roten Adlerorden dritter Klasse mit Schleife</b> verliehen bekommen.	
6	Fr, 23.1.1874, Nr. 19 (PDF: 49)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. Jan.): Thema war die künftige <b>Verwaltung des Krankenhauses im Friedrichshain</b> . V, Referent in dieser Angelegenheit, sei nicht erschienen.	nichts bei Andree
7	Sa, 24.1.1874, Nr. 20 (PDF: 51)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [23.1.1874] Sitzung des <b>HdA</b> : Diskutiert wird die Forderung von 150.000 Talern für das <b>landwirtschaftliche Museum</b> . V tadelt die Wahl des Grundstückes.	vgl. Andree, Band 33, S. 567-577
8	Sa, 24.1.1874, Nr. 20 (PDF: 52)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 23. Jan.): Thema sind erneut die <b>Tierarzneischulen</b> . V kritisiert, dass die Regierung sich für die Behandlung dieser Schulen keine Ratschläge einholt. Seitdem das Tierarzneischulwesen dem landwirtschaftlichen	vgl. Andree, Band 33, S. 567-577

			<p>Ministerium unterstünde, hätten sich die Dinge ungünstig entwickelt. Er beantrage deshalb, die Tierarzneischule in <b>Hannover</b> im Verhältnis zur Berliner Schule weiter auszubilden und besser auszustatten. Diesem Antrag wird stattgegeben.</p> <p>Weiter:</p> <p>Diskutiert wird die Forderung von 150.000 Talern für das <b>landwirtschaftliche Museum</b>. V tadelt die Wahl des Grundstückes. Es sollen nämlich auch die geologische Landesanstalt und die naturwissenschaftliche Sammlung der Universität dort mit untergebracht werden. Dies würde aber eine räumliche Nähe zur Universität erfordern, die mit der Verlegung in die Eisengießerei nicht gegeben wäre. Damit würde die Regierung die Universität in eine Reihe von räumlich getrennten, nicht miteinander kommunizierenden Teile zerlegen. Damit untergrabe man das Prinzip der deutschen Universität und hätte bald französische Verhältnisse. Schon jetzt wirke die medizinische Fakultät an fünf verschiedenen Orten und die Studenten wären ständig in Bewegung. Für das landwirtschaftliche Museum sei es nicht wichtig, an welchen Platz es komme. Institute der Universität verdienen größere Beachtung. Er sei nicht gegen die Bewilligung der Summe für das Museum, er wolle nur nicht, dass mit der Bewilligung eine Festlegung auf die-</p>	
--	--	--	--	--

			ses Grundstück erfolge.	
9	Sa, 24.1.1874, Nr. 20 (PDF: 56)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Es wurde beantragt, den <b>Dispositionsfonds</b> für allgemeine politische Zwecke zu streichen. Bei der namentlichen Abstimmung stimmt V dafür.	
10	Mi, 28.1.1874, Nr. 23 (PDF: 59)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 27. Jan.): Beraten wird der Etat des Innenministeriums, im Detail die <b>Polizeiverwaltung</b> für Berlin und die Provinzen. Der Innenminister habe neulich, so V, die Schuld an den Zuständen in Berlin <b>der Bevölkerung</b> zugeschoben und die zunehmende <b>Verwilderung</b> als Ursache für die <b>Unzulänglichkeit der Polizei</b> bezeichnet. Dieser Eindruck werde durch die Presse, die die Skandalgeschichten veröffentliche, geschürt. Es gebe keine verlässlichen Zahlen dazu und es stelle sich die Frage, ob die in Frage kommenden Elemente zugewandert oder einheimisch seien. Nach Vs Erfahrung seien es eher erstere, aber er wolle der Freizügigkeit deshalb keine Schranken setzen. Der Grund für die Verwilderung liege eher im Schulwesen oder in den drei stattgefundenen Kriegen. Die Polizei sei zu keiner Zeit sonderlich beliebt. Dies hänge sicherlich mit der mangelnden positiven Präsenz zusammen. Auch fehle ihr ein guter Strategie an der Spitze. Weiter sei sie viel zu sehr mit Schreiarbeit beschäftigt, obwohl sie doch ein Exekutivorgan sei. Eine Ver-	vgl. Andree, Band 33, S. 577-583

			<p>mehrung der Schutzmannschaften habe bis jetzt keinen Erfolg gebracht. Dies hänge aber auch damit zusammen, dass die Schutzleute über wenig Manieren verfügten und wegen der militärischen Erziehung eher grob seien. Ein weiteres Problem liege in der Einstellung der Schutzleute. Sie würden sich nicht als Diener der Öffentlichkeit sehen, sondern als Staatsgewalt, die das Schwert führe. Wenn es dem Minister nicht gelinge, daran etwas zu ändern, werden sich die Missstände nicht beseitigen lassen. Hier seien anderer Geist und andere Organisation gefragt. Auch würde sich empfehlen, kurze Verfahren vor dem Polizeirichter einzuführen, um Schuld und Strafe unmittelbar aufeinander folgen zu lassen. Bei längeren Fristen würde die Gleichgültigkeit gegenüber der Bestrafung gefördert.</p>	
11	Fr, 30.1.1874, Nr. 25 (PDF: 69)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 29. Jan.): Thema ist die <b>Verwaltung der städtischen Krankenhäuser</b>. Der Magistrat stimme einer ständigen, gemischten Deputation zu. Die Verwaltung und die Regelungen der Befugnisse und Pflichten seien alle geklärt. <b>V</b> und <b>Neumann</b> sehen das anders. Der Magistrat weiche ohne Gründe von den geplanten Gesichtspunkten ab. Deshalb beantrage er, die Beschlussfassung noch auszusetzen und die Angelegenheit einer gemischten Deputation zur Vorberatung</p>	nichts bei Andree

			zu überweisen. Dieser Antrag wird angenommen.	
12	Sa, 31.1.1874, Nr. 26 (PDF: 71)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [30.1.1874] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Kultusministers</b> . Der Finanzminister fühle sich durch Vs Referat über die Universitäten und ihre Unterhaltung verletzt. V habe versöhnlich reagiert und es wurde letztendlich über den <b>Etat der Universitäten</b> abgestimmt und alles bewilligt.	vgl. Andree, Band 33, S. 584-598
13	Sa, 31.1.1874, Nr. 26 (PDF: 72)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 30. Jan.):Thema ist der Etat des Kultusministeriums mit dem Kapitel Universitäten. Die <b>Budgetkommission</b> hat zwei Anträge gestellt. Bei den Universitäten <b>Breslau, Königsberg</b> und <b>Kiel</b> sollen die <b>Gratifikationen der Kuratoren</b> wieder ausgezahlt werden und die Universität <b>Marburg</b> soll eine ordentliche <b>Professur für Nationalökonomie</b> bekommen. V merkt an, dass die gewährten Mittel noch lange nicht ausreichen. Zwar sei an verschiedenen Universitäten im Einzelnen etwas verbessert worden, doch müsse man die Regierung noch auf die <b>Wohnungszuschüsse der Universitätsbeamten</b> und die <b>Besoldung der außerordentlichen Professoren</b> hinweisen. Letztere arbeiteten völlig ohne finanzielle Zuwendungen, aber auch die besoldeten Extraordinarien seien nur kärglich entlohnt und würden dies zeitlebens auch bleiben. Diese Minimal-	vgl. Andree, Band 33, S. 584-598

			<p>gehälter müssten dringend angehoben werde, so auch die Budgetkommission. Ferner sei man bestrebt, die in Preußen, Schlesien und Holstein bestehende Vereinigung zwischen dem Universitätskuratorium und dem Oberpräsidenten zu lösen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Dass der Finanzminister sich von den Äußerungen Vs angegriffen gefühlt habe, bedauere V. Er habe eher gehofft, mit seinen Ausführungen mehr Klarheit und Betroffenheit zu erzeugen. Als Minister sei dieser sicher an das Gesetz gebunden, aber es gäbe auch unterschiedliche Arten der Auslegung, die es ermöglichen Beamte besser zu besolden. Der Vorschlag des Kultusministers, in Marburg erst eine vakante Stelle abzuwarten, könne nicht im Sinne der dortigen Studenten sein und auch das Haus habe keine Veranlassung, den dortigen Zustand länger bestehen zu lassen.</p>	
14	So, 1.2.1874, Nr. 27 (PDF: 3-4)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (Abendsitzung vom 31. Jan.): Es liegen mehrere Resolutionen der <b>Budgetkommission</b> vor, die Staatsregierung aufzufordern, <b>Mittel für Neubauten für die Akademie der Künste und für die königliche Bibliothek</b> in der nächsten Session zu bewilligen. V begründet den Ausbau der Akademie damit, dass das Reich keine große Kunstschule habe. Ein Regierungskommissar erklärt sich mit</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 598-611



			<p>den Resolutionen einverstanden, was V freudig aufnimmt, auch wenn Neubauten wohl nicht vorgesehen seien. Hier verweist er auf die unzureichende Größe der königlichen Bibliothek, die doch eigentlich die größte sein sollte, aber ein Neubau sei nicht mehr zu umgehen, da man nicht mehr alle Bücher stellen könne.</p> <p>Zum Antrag auf <b>Zuschuss für Kunstmuseen</b> in Berlin ergänzt V, dass er diesen Antrag empfehle und zusätzlich noch eine Übersicht über die fiskalischen Bauplätze und deren geplante Verwendung wünsche.</p>	
15	Di, 3.2.1874, Nr. 28 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (41. Sitzung vom 2. Feb.): Thema ist die Bestreitung von <b>Synodalkosten</b>. V müsse diese Position ablehnen, da nach Massenausritten eine Auseinandersetzung über die Vermögensverhältnisse erfolgen müsse. Das wäre Interesse freiheitlicher Entwicklung. Ohne solche Maßregeln werde die Synode sicher nicht die Erwartungen des Ministers erfüllen. Er wünsche dem Kultusminister, dass dieser mit seinen Erwartungen und Plänen Recht behalte, glaube aber nicht, dass es möglich sei, dass sich ein Staatskirchentum entwickle. Aber es sei eben auch möglich, dass sich der Staat mit der neuen Synodalordnung einen feindlichen Organismus heranziehe.</p>	vgl. Andree, Band 33, S. 611-622
16	Fr, 6.2.1874,	1. Beilage, S. 3,	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Feb.): Thema ist ein Schreiben des Oberbürgermeisters</p>	nichts bei Andree

	Nr. 31 (PDF: 11)	1. Spalte mittig	<b>Hobrecht</b> . V, als Referent für die <b>Schulratswahl</b> meint, dass das ablehnende Schreiben Hobrechts auf einem Irrtum beruhe und er beantragt diesbezüglich beim Magistrat nochmalige Akteneinsicht. Dieser Antrag wurde angenommen.	
17	Di, 10.2.1874, Nr. 34 (PDF: 15)	S. 2, 1. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [9.2.1874] Sitzung des <b>HdA</b> : Auf der Tagesordnung stand die Berliner <b>Stadtbahn</b> . V habe das ganze Projekt bekämpft und tadelte besonders die <b>Quasiaktiengesellschaft zwischen Fiskus und juristischen Personen</b> in Repräsentation verschiedener Eisenbahngesellschaften.	vgl. Andree, Band 33, S. 623-634
18	Di, 10.2.1874, Nr. 34 (PDF: 16 u. 17)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (47. Sitzung vom 9. Feb.): Auf der Tagesordnung steht die möglich Beteiligung des Staates an der Berliner <b>Stadtbahn</b> . V habe geglaubt, dass diese Bahn ursprünglich gedacht war, die Wohnungsnot zu lindern und den Verkehr in die Außenbezirke zu erleichtern. Nun werde dieses Projekt von allen Seiten künstlich hervorgehoben und glorifiziert, wo noch nicht einmal die Finanzierung auf sicheren Beinen stünde. Die avisierten Beträge, die durch die Fahrtkosten zustande kommen sollen, seien eher schön gerechnet. Der Gütertransport, der eigentlich ebenso wichtig wäre, werde nur geringfügig möglich sein, da man den Bahnhof in der Stadt nur für den Personenverkehr geplant habe. Weiter sei die mangelnde Anbindung an andere Bahnen,	

			<p>und der erhebliche Zeitaufwand an den Haltebahnhöfen durch Ein- und Ausstieg, nicht dazu angetan, das Projekt Stadtbahn erfolgreich zu gestalten. Nach V wäre es besser, einen breiten Boulevard zu bauen, dann käme man mit dem Wagen besser voran. Die wirtschaftliche Lage des Eisenbahnunternehmens sei schlecht; es wurden zu viele Grundstücke viel zu teuer gekauft und die vermeintliche Aktiengesellschaft habe nicht die mindeste Ähnlichkeit mit dem, was man sonst darunter verstünde. Einfach einen Verwaltungsrat zu ernennen und jedem dem Schein nach ein paar Aktien zu geben, um einen Aktionär zu schaffen, sei dem Recht nach sicher keine Aktiengesellschaft. Dies sei gegen das geltende Recht, auch wenn die Finanzierung eines solchen Projektes sicher schwierig sei. Wenn die Regierung dieses Projekt gewollt hätte, hätte sie es komplett übernehmen müssen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V erläutert nochmals kurz einige seiner Bemerkungen. Seine Einblicke in die Rentabilität der Bahn habe er aus der Rede des zuständigen Referenten. Das Projekt würde er nicht rundweg ablehnen, aber die Vorlage und die Zustimmung der Vertreter der anderen Bahnen habe nicht vorgelegen, es gab eher viele Bedenken.</p>	
19	Mi, 11.2.1874,	2. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (48. Sitzung vom 10. Feb.): V ist namentlich erwähnt in der <b>Kommission</b>	vgl. Andree, Band 33,

	Nr. 35 (PDF: 19)	1. Spalte oben	<b>für die Synodalordnung.</b> Es wird kurz erwähnt, dass V mit einigen anderen Abgeordneten gegen den Gesetzentwurf zur Beteiligung des Staates an der Berliner <b>Stadtbahn</b> gestimmt habe.	S. 634-635
20	Mi, 18.2.1874, Nr. 41 (PDF: 29)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Auflistung von Anträgen, die in der <b>SVV</b> eingebracht worden sind. V beantragt die Einführung einer <b>allgemeinen Gassteuer</b> , gleichmäßig für Abnehmer der <b>städtischen</b> und der englischen <b>Gaswerke</b> und die Überschüsse der städtischen Gasanstalt für Erweiterungsbauten und Senkung des Gaspreises zu verwenden.	nichts bei Andree
21	Fr, 20.2.1874, Nr. 43 (PDF: 33)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Feb.): Thema ist die <b>Wahl zum Stadtschulrat</b> . Es liegt ein Antrag auf Aussetzung vor. V lehnt den Antrag ab, da es keine, wie aber von anderer Seite behauptet, neuen Kandidaten gebe. Allerdings habe sich neuerdings ein anderer Kandidat empfohlen. Eine erneute Ausschreibung käme für ihn aber nicht in Frage, da dies zu einer weiteren Verzögerung führe. Die in der Angelegenheit <b>Hobrecht</b> von V beantragte Akteneinsicht verteidigt er erneut und dieser Antrag wird nun angenommen. Weiter kommt Vs Antrag zur Einführung einer allgemeinen <b>Gassteuer</b> , gleichmäßig für Abnehmer der <b>städtischen</b> und der englischen <b>Gaswerke</b> , zur Sprache. Dieser Antrag wird abgelehnt.	nichts bei Andree
22	Mi,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	25.2.1874, Nr. 47 (PDF: 37)	3. Spalte oben	[24.2.1874] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Zivilehegesetz</b> mit den Amendments aus dem Herrenhaus. Auch V nimmt an der Erörterung teil.	Band 33, S. 635-641
23	Mi, 25.2.1874, Nr. 47 (PDF: 38-39)	2. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 24. Feb.): Thema ist das <b>Zivilehegesetz</b> mit Beurkundung des Personenstandes und der Form der Eheschließung mit den Amendments aus dem Herrenhaus. Ohne eine bestimmte Erklärung der Regierung, so V, könne man dieses Gesetz nicht annehmen. Man würde mit der Annahme des Gesetzes zu viel Macht in die Hände der Minister geben. Weiter geht er auf eine Broschüre mit dem Titel „ <b>Zivilehe und Reichskanzler</b> “ ein. Von ihm sei darin ausgesagt, dass ihm das Christentum und die Kirche nichts und die Naturwissenschaften alles bedeuteten. Er verwahre sich gegen solche Verdrehungen. Er sei der Meinung, dass das Christentum gerade durch die Kirche verfälscht und verändert worden sei. Man befinde sich historisch wieder am Ausgangspunkt der Reformation. Auch Luther galt der Kirche als Antichrist. Als Vertreter dieses Antichristentums erkenne man an, dass diejenigen, die als Diener des Staates die kirchlichen Akte vollzogen hätten, für Belastungen, die sie erlitten haben, entschädigt würden. Dies sei selbstverständlich, nur dürfe man das erlaubte Maß nicht überschreiten. Nur eine Versicherung der Regie-	vgl. Andree, Band 33, S. 635-641

			<p>             rung, dass die zur Verfügung gestellten Summen nur dafür verwendet würden und man dafür auch eine Position im Etat schaffe, könne dem Gesetz zur Umsetzung verhelfen. Sollte dies ausbleiben, sollte man dem Herrenhaus erneute Beratungen zugestehen. Allerdings möchte V eine Resolution anschließen, die auf die Mängel dieses Gesetzes verweist und nochmals deutlich macht, wie wichtig die <b>Erfassung der Todesursache in die Sterberegister</b> für die statistische Wissenschaft sei. Es sei auch für die Staatsregierung nicht sinnvoll, die Landesvertretung zu nötigen, Entscheidungen unter Druck treffen zu müssen. Es könne nicht jeder eine Rechnung aufmachen, die ohne weiteres bezahlt würde, sondern die Regierung werde sie prüfen und dürfe dafür nicht den Etat überschreiten. Wenn man nicht ständig versuche, an den Artikeln der Verfassung herumzudeuten, wäre auch eine solche Erklärung kaum nötig.           </p>	
24	Fr, 27.2.1874, Nr. 49 (PDF: 42)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p> <b>SVV</b> (Sitzung vom 26. Feb.): Thema ist die Organisation der <b>Verwaltung des Krankenhauses im Friedrichshain</b>. V beantragte, dass es dem Krankenhauskuratorium vorbehalten bleibe, unter den drei Direktoren denjenigen zu bestimmen, der bei gemeinsamen Konferenzen den Vorsitz führe. Der Antrag wird angenommen.           </p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
25	Fr,	1. Beilage,	<p> <b>SVV</b> (Sitzung vom 5. März): V wird na-           </p>	nichts bei

	6.3.1874, Nr. 55 (PDF: 6)	S. 1, 3. Spalte unten	mentlich erwähnt als gewähltes Mitglied der <b>Deputation zur Verwaltung der städtischen Krankenhäuser.</b>	Andree
26	Fr, 6.3.1874, Nr. 55 (PDF: 7)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte	Lokales: Bericht von der Versammlung der <b>medizinischen Gesellschaft</b> . Thema ist die Vergütung der Ärzte ( <b>Taxfrage</b> ). V wird in die Kommission gewählt, die dieses Thema prüfen und dann Vorschlä- ge machen solle	Berl. Klin. Wochenschrift v. 18.5.1874, Nr. 20, S. 240
27	Fr, 13.3.1874. Nr. 61 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. März): Thema sind mögliche Unregelmäßigkeiten bei der <b>Stadtschulratswahl</b> . V beantragt, ei- ne Deputation zu dem Thema zu beauf- tragen. Dies wird abgelehnt.	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV
28	So, 29.3.1874, Nr. 75 (PDF: 37- 38)	Sonntags- beilage, S. 3, 3. Spalte mittig f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Be- richt über die <b>Zeitschrift für Ethnologie</b> . V als Vorsitzender der Gesellschaft für Ethnologie, Anthropologie und Urge- schichte wird als Mitwirkender genannt. Im Bereich der Anthropologie würden die Arbeiten Vs und <b>Hartmanns</b> den größten Raum einnehmen. Auch in den Bereichen Zoologie und ethnologischer Geographie sei er vertreten. Besonders erwähnt wird Vs Kritik an <b>Quatrefages</b> mit der ihm ei- genen Polemik und scharfsinniger und feiner Ironie. Besondere Erwähnung fin- det der Aufsatz „Über die Methode der wissenschaftlichen Anthropologie“.	vgl. Andree, Band 44, Abt. 3, Berlin, Olms, 2008
29	Di, 14.4.1874, Nr. 86 (PDF: 15)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Be- richt über ein Buch von <b>Sir John Lub- bock</b> mit dem Titel „Die vorgeschichtli- che Zeit, erläutert durch die Überreste des	<i>Sir John Lub- bock</i> : *1834, †1913; engl. Naturforscher;

			<p>Altertums und die Sitten und Gebräuche der jetzigen Wilden“. V hat das <i>einleitende Vorwort</i> geschrieben.</p>	<p>Präsident der Entomologischen und Anthropologischen Gesellschaft in London</p> <p><i>Vorwort zu: Sir John Lubbock, Die vorgeschichtliche Zeit, erläutert durch die Überreste des Altertums und die Sitten und Gebräuche der jetzigen Wilden. Jena 1874; vgl. a. Andree, Band 46, S. 484-488</i></p>
30	<p>Di, 28.4.1874, Nr. 98 (PDF: 33)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p><b>HdA</b> (53. Sitzung vom 27. April): Thema ist die <b>Enteignung von Grundeigentum</b>: V setzt sich für eine Beschränkung des Grundeigentums ein, besonders im Interesse der Gemeinden. Ohne diese Beschränkung könnten diese ihre Aufgaben gar nicht erfüllen</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 641-644</p>
31	<p>Mi, 29.4.1874, Nr. 99 (PDF 34)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p>Allgemeines zu den Sitzungen des <b>HdA</b>: Die <b>Enteignung von Grundeigentum</b> wird erneut thematisiert. V habe vorgeschlagen, in einem Gesetz festzulegen,</p>	<p>vgl. Andree, Band 33, S. 641-644</p>



			unter welchen Modalitäten, bei Feststellung eines Bebauungsplanes, die Bebauung bestimmter Terrains auch verhindert werden könne.	
32	Fr, 1.5.1874, Nr. 100 (PDF: 2)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 30. April): Thema ist der Versuch einer geregelten <b>Abfuhr</b> . Die Entscheidung wird zur weiteren Beratung einer besonderen Deputation überwiesen. V wird als Referent zu dem Thema genannt. Weiteres Thema ist die Ausführung der <b>Kanalisation</b> . Der Magistrat solle ersucht werden, eine Vorlage für die zu erwerbenden Rieselfelder anzufertigen. V befürwortet diesen Antrag.	s.a. 8.5.1874 u. 12.6.1874 vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
33	Sa, 2.5.1874, Nr. 101 (PDF: 7)	2.Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (56. Sitzung vom 1. Mai): Beratungen der evangelischen <b>Kirchengemeinden- und Synodalordnung</b> . Im Detail geht es um die Kosten für die Bildung und Wirksamkeit der Gemeindegemeinderäte und Gemeindevertretungen. V ist der Meinung, man schenke diesem Thema zu viel Aufmerksamkeit. Die Kreissynode habe mit der Erledigung ihrer Geschäfte nur wenig zu tun, dieses könne auch ehrenamtlich erledigt werden. Eine Bezahlung würde eher dazu führen, dass weniger Strebsame diese Aufgaben übernehmen würden. Zugeständnisse könne V nicht machen, solange er keine Neuorganisation erkennen könne. Wenn man mit der einen Hierarchie noch nicht fertig sei, solle man keine neue schaffen. Es wäre genug Zeit, dass sich alle Gemeindemit-	vgl. Andree, Band 33, S. 644-648

			<p>gliedert miteinander bekannt machen.</p> <p>Danach sei vielleicht eine versöhnlichere Stimmung geschaffen, die der Weiterorganisation zuträglich sei. Den Gemeinden sei eine größere Freiheit gegeben worden, nun möge sie sich entwickeln und wo Kosten entstünden diese freiwillig aufbringen. Er erhoffe sich davon eine frischere, regere Stimmung. Man wolle den Gemeinden keine Synoden vorsetzen, die sie beaufsichtigen und ihnen Steuern auferlegen müssten für Dinge, welche sie selbst nicht wollen.</p>	
34	Di, 5.5.1874, Nr. 103 (PDF: 12)	S. 2, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [4.5.1874] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Verwaltung erledigter Bistümer</b> . V spricht sich für den Kommissionsentwurf aus.	vgl. Andree, Band 33, S. 648-653  s. a. 6.5.1874
35	Di, 5.5.1874, Nr. 103 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (58. Sitzung vom 4. Mai): V bedauert, dass in der Verfassung die beiden großen christlichen Konfessionen namentlich genannt seien. Die katholische Kirche habe es verstanden, ihre besonderen hierarchischen Einrichtungen als Dogma zu installieren. Die Protestanten konnten ein solches Dogma nicht aufstellen. Er frage sich aber, ob man verpflichtet sei, der Kirche durch alle ihre verschiedenen, neuen Wendungen, die sie nach der Verfassungskonstituierung gemacht habe, zu folgen. Seiner Meinung nach sei man das nicht.	vgl. Andree, Band 33, S. 648-653
36	Mi,	2. Beilage,	<b>HdA</b> (59. Sitzung vom 5. Mai): Thema	vgl. Andree,

	6.5.1874, Nr. 104 (PDF: 20)	S. 2, 1. Spalte unten	ist die Verwaltung <b>katholischer Bistümer</b> . Kommissarisch sollen Bistumsverweser eingesetzt werden. V beantragt, dass die von diesem innerhalb eines Jahres verfügbaren Ausgaben dem Landtag in der nächsten Session vorgelegt werden. Er hofft so, jedem Misstrauen und jeder Willkür vorzubeugen.	Band 33, S. 653-656  s. a. 7.5.1874
37	Mi, 6.5.1874, Nr. 104 (PDF: 20)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurze Nachricht, dass die <b>Budgetkommission</b> durch V beantragt habe, dass die im Kollegium <b>der Oberrechnungskammer</b> beschäftigten <b>Hilfsarbeiter</b> in ihren selbst bearbeiteten Angelegenheiten eine Stimme haben sollten. Die Staatsregierung möge dies ändern.	s. a. 12.5.1874
38	Do, 7.5.1874, Nr. 105 (PDF: 21)	S. 1, 3. Spalte	Nur kurze Erwähnung, dass V im letzten Jahr eine Resolution zur <b>Verwaltung des Kirchenvermögens</b> durch die Kirchengemeinden beantragt habe.	
39	Do, 7.5.1874, Nr. 105 (PDF: 22)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (60. Sitzung vom 6. Mai): Erneut wird über die Verwaltung <b>katholischer Bistümer</b> debattiert. Der Minister soll über die vorläufige Einbehaltung der Staatsmittel zum Unterhalt des Domkapitels verfügen, wenn die Wahl eines Bistumsverwesers nicht zustande komme. V spricht sich dafür aus.	Nichts bei Andree
40	Fr, 8.5.1874, Nr. 106 (PDF: 26)	2. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (61. Sitzung vom 7. Mai): Thema ist das <b>Expropriationsgesetz</b> . V möchte festlegen, unter welchen Modalitäten, bei Feststellung eines Bebauungsplanes, die Bebauung bestimmter Terrains noch ver-	Nichts bei Andree

			hindert werden könne.	
41	Di, 12.5.1874, Nr. 109 (PDF: 39)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (64. Sitzung vom 11. Mai): V weist auf die Notwendigkeit einer baldigen <b>Trennung des Rechnungshofes und der Oberrechnungskammer</b> hin, weil damit vielen Unzulänglichkeiten ein Ende gemacht würde. Er halte es für einen Missstand, dass die im Kollegium <b>der Oberrechnungskammer</b> beschäftigten <b>Hilfsarbeiter</b> in ihren selbst bearbeiteten Angelegenheiten eine Stimme hätten. Dies könne leicht die Unabhängigkeit dieses Kollegiums gefährden.	vgl. Andree, Band 33, S. 657-662
42	Di, 12.5.1874, Nr. 109 (PDF: 40)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>Kochhanns</b> 70. Geburtstag am 11. Mai: Bericht über die <b>Geburtstagsfeier</b> . Auch V ist unter den Gästen und erhebt sein Glas auf Kochhann mit lobenden Worten. Dieser sei ein Muster von Arbeitslust und Arbeitskraft, ein Vorbild aller bürgerlichen Tugenden und bei allem, was er tue, träte er als ganzer deutscher Mann hervor.	
43	So, 17.5.1874, Nr. 113 (PDF: 4. u. 5)	4. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig u. 4. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (68. Sitzung vom 16. Mai): Als Referent der <b>Budgetkommission</b> erstattet V dem Hause Bericht über die Übersicht der Einnahmen und Ausgaben sowie der Etatüberschreitungen des Jahres 1872. Weiter: Es folgen Beratungen über die Ausführung des Vorbehaltes bezüglich der Grafschaften <b>Wernigerode</b> und <b>Stolberg</b> . Es wird nur kurz erwähnt, dass V dem <b>Grafen den reichsunmittelbaren Charakter</b>	vgl. Andree, Band 33, S. 663-675

			<b>abspreche.</b>	
44	Mi, 20.5.1874, Nr. 115 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (70. Sitzung vom 19. Mai): Thema ist die Bereitstellung einer Summe zum <b>Ankauf einer Gemäldesammlung</b> aus Verwaltungsüberschüssen von 1873. V ist der Meinung, dass bis jetzt die Kunst sehr vernachlässigt worden sei, während die Landwirtschaft immer genügend Kapital zur Verfügung gehabt habe. Allerdings könne man dem Vorschlag nur begrenzt zustimmen, solange Zweifel über die Echtheit einzelner Werke der Sammlung bestünden.  Abschließend nur kurze Erwähnung, dass V im Namen der <b>Budgetkommission</b> über den <b>Staatshaushaltsetat</b> 1871 berichtet habe.	vgl. Andree, Band 33, S. 675-683
45	Fr, 22.5.1874, Nr. 117 (PDF: 18)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht über das Abschiedsessen der <b>Fortschrittspartei</b> . V als Führer der Fraktion brachte einen Toast auf die Einigkeit der Partei aus, die auch vorübergehende Meinungsverschiedenheiten überdauere.	
46	So, 7.6.1874, Nr. 130 (PDF: 10)	4. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Von V eingegangenes Schreiben vom 5. Juni. Er beklagt den <b>Zustand der Spree</b> aufgrund der mangelnden Spülung und des ausbleibenden Niederschlags. Seine Empfehlung wäre, dass jeder Hausbesitzer und jeder Mieter für die [ <b>Aufruf zur</b> ] <b>Desinfektion</b> der eingeleiteten Abwässer Sorge, damit sich im Sommer die Situation nicht weiter verschärfe. Jeder müsse	

			sich im Sinne einer sauberen Stadt dafür zuständig fühlen, zumal Stoffe zur Desinfektion überall zu beziehen wären. Er hoffe auf Unterstützung des Redakteurs.	
47	Fr, 12.6.1874, Nr. 134 (PDF: 16-17)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Juni): Thema ist erneut die geregelte <b>Abfuhr</b> . Zu dem Bericht der Deputation äußert V, dass die Hauptfrage, ob die Stadt selbst die Abfuhr in die Hand nehmen solle, eher nebensächlich bearbeitet worden wäre. Er warne davor, dass die Stadt die alleinige Verantwortlichkeit und Zuständigkeit übernehme. Sinnvoll fände er das Vorgehen nur bei der Abfuhr von Müll.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
48	So, 14.6.1874, Nr. 136 (PDF: 20)	S. 1, 2. Spalte mittig u. 3. Spalte oben	Kurzer historischer Exkurs über die politische Entwicklung in Berlin bis zur Entstehung der <b>Fortschrittspartei</b> . Hier werden V und seine Parteifreunde erwähnt als Männer, deren vergangenes Leben, deren Charakter Bürgschaft dafür zu bieten schien, dass sie für die proklamierten Grundsätze der Freiheit und des Rechts auch in der Tat eintreten würden. Sie gehörten zu den Männern, deren Worte und Abstimmungen sich deckten und von denen man erwarte, dass sie rücksichtslos auch der Regierung gegenüber für den Willen ihrer Wähler eintreten würden. Jemand wie V sei weder damals noch heute häufig im Parlament anzutreffen und der Stolz aller Parteien und aller Völker [ <b>Lobrede auf V</b> ]	
49	Sa,	3. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Juni; Schluss):	vgl. Andree,

	20.6.1874, Nr. 141 (PDF: 2)	S. 2, 1. Spalte mittig	Thema ist erneut der Ankauf des <b>Ritterguts Britz</b> für die <b>Berieselungen</b> . V ging auf den Stand der Verhandlungen ein. Der Kaufpreis von 800.000 Talern sei sicher nicht gering, aber auf weniger könne man nicht hoffen. Durch die Nähe des Rittergutes zu Berlin würden sich aber die Kosten für die Rohrleitungen reduzieren. Deshalb habe die <b>Kanalierungsdeputation</b> sich verpflichtet gefühlt, die Aufmerksamkeit der Kommunalbehörden nochmals auf Britz zu lenken. Er erachte es als selbstverständlich, dass die Staatsregierung über die Prinzipienfrage zur Berieselung entschieden habe und es nur noch über den Ort zu entscheiden gelte. Der Ankauf wird genehmigt, aber nur bis zu 600.000 Talern.	unveröffentlichtes Material zur SVV
50	Sa, 20.6.1874, Nr. 141 (PDF: 3)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Einladung zur 47. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Breslau</b> . V gehört mit zur vorbereitenden Kommission.	
51	So, 21.6.1874, Nr. 142 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> (8. Serie, Heft 169-192). Hinweis auf die recht vielversprechende 9. Serie mit einem Beitrag Vs in Heft 193 mit dem Titel „Darstellung des gegenwärtigen Standes der Forschung über <b>die Urbbevölkerung Europas</b> “.	<i>Die Urbbevölkerung Europas: SGWV IX, S. 193, Berlin</i>
52	Do, 25.6.1874,	S. 2, 3. Spalte	Aufzählung von Mitgliedern, die seit 1867 ihren <b>Wahlsitz unabänderlich be-</b>	

	Nr. 145 (PDF: 10)	unten	<b>hauptet</b> haben. In der Provinz Preußen ist auch V genannt.	
53	Fr, 26.6.1874, Nr. 146 (PDF: 13)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über einen Ausflug der <b>BAG</b> unter Führung von V nach <b>Neuruppin</b> , um die im dortigen Gymnasium ausgestellte Sammlung heidnisch-germanischer Altertümer zu besuchen. Vorher wurden in <b>Wildberg</b> der Burgwall besichtigt und Nachgrabungen durchgeführt.	<i>Excursion nach Wildberg und Neuruppin:</i> VBAG 6, S. 160-168
54	Mi, 1.7.1874, Nr. 150 (PDF: 3)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass am 2. Juli eine öffentliche Sitzung der <b>Akademie der Wissenschaften</b> stattfindet, auf der <b>Dr. Siemens</b> und V ihre <i>Antrittsreden</i> halten.	<i>Antrittsrede</i> vom 2. Juli: Monatsberichte der Königl. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, 1874; S. 468-474
55	Fr, 3.7.1874, Nr. 152 (PDF: 6)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Juli): es ist von <b>Dr. Petri</b> ein Schreiben an die Versammlung gerichtet, in dem dieser einige Punkte bezüglich des Ankaufes des [ <b>Ritter</b> ] <b>Gutes Britz</b> in den Ausführungen Vs kritisiert. V hält seine Ausführungen aber aufrecht und betrachtet die Sache als erledigt.	nichts bei Andree
56	So, 5.7.1874, Nr. 154 (PDF: 9)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Auflistung der <b>Ersatzwahlen der Stadtverordneten</b> , deren Wahlperiode mit dem Ende des Jahres abläuft. Für den 3. Wahlbezirk ist V vermerkt.	
57	Sa, 11.7.1874,	2. Beilage, S. 4,	Lokales: Hinweis auf die am Abend stattfindende Versammlung der <b>BAG</b> . Vom	



	Nr. 159 (PDF: 18)	1. Spalte unten	7. bis zum 16. August findet der <b>archäo- logische Kongress in Stockholm</b> statt. V nimmt die Voranmeldungen an.	
58	Fr, 17.7.1874, Nr. 164 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Ab- druck eines Schreibens der <b>deutschen Gesellschaft für Natur- und Völker- kunde Ostasiens</b> aus <b>Jeddo</b> (Japan) an V. Man bitte V um Unterstützung für den Aufbau einer Sammlung europäischer Nachschlagewerke. V hat der Zeitung diesen Brief zur Veröffentlichung über- geben, mit der sich anschließenden Bitte um Unterstützung [ <b>Spenden</b> ] dieses Ver- eins.	
59	Fr, 24.7.1874, Nr. 170 (PDF: 32)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 23. Juli): Thema ist die <b>Schließung der königlichen Leih- ämter</b> . Es sollen dazu Vorberatungen in einer besonderen Deputation durchge- führt werden. V ist gegen die Vertagung, da es sich zunächst nur um Vorberatun- gen handle.	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV
60	Fr, 24.7.1874, Nr. 170 (PDF: 33)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Lokales: Abdruck eines Schreibens von V an die „ <b>National-Zeitung</b> “. Die Zei- tungen hätten über eine Untersuchung be- richtet, die er am letzten Sonnabend [18.7.1874] auf Veranlassung der könig- lichen Forstverwaltung in Bezug auf die Epizooti im <b>Grunewald</b> angestellt habe. Die Untersuchung habe zunächst gezeigt, dass es sich um wirklichen <b>Milzbrand</b> und nicht um Vergiftungen handle. So- wohl die makroskopische, als auch die mikroskopische Untersuchung habe bei	

		<p>den Damhirschen alle charakteristischen Merkmale des Milzbrandes gezeigt, im Blut seien unter dem Mikroskop Bakterien zu sehen gewesen. Impfungen mit den infizierten Teilen bei gesunden Kaninchen hätten in kürzester Zeit den Tod dieser Tiere herbeigeführt. Eine ganz geringe Menge von Lymphe töte ein Kaninchen in etwa 20 Stunden. Ein Tropfen Blut dieses Kaninchens, in eine Wunde eines andern gesunden Kaninchens eingebracht, hatte denselben Effekt. Der Tod erfolge unter krampfhaften Erstickungsanfällen, wie bei der Cholera. V vermutet Bakterien als die Krankheitsursache. Allerdings scheine es, als ob nicht die Bakterien selbst die giftigen Körper seien, sondern dass sie das Gift nur erzeugen. Glücklicherweise scheine die Infektion im Grunewald selbstständig zu verschwinden. Der auf etwa 200 Stück geschätzte Verband der älteren Tiere habe seit Freitag keine Opfer mehr gefordert. Da inzwischen seitens der königlichen Forstverwaltung alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen seien, auch eine nachträgliche Desinfektion aller verdächtigen Stellen angeordnet sei, erwarte man, dass die eigentliche Gefahr für die Bevölkerung beseitigt sei. V vermutet, dass nur Pflanzenfresser in höherem Maße empfindlich für das Milzbrandgift seien. Die Sorge vor dem Stich von Fliegen und Bremsen</p>	
--	--	--	--

			könne er aber nicht mit letzter Sicherheit nehmen.	
61	Fr, 31.7.1874, Nr. 176 (PDF: 44)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 30. Juli): V wird der beantragte <b>Urlaub</b> bewilligt.	nichts bei Andree
62	Mi, 12.8.1874, Nr. 186 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht über den <b>archäologischen Kongress in Stockholm</b> . Es sind mehrere <b>Vizepräsidenten</b> gewählt, unter anderem V.	
63	Do, 20.8.1874, Nr. 193 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass der <b>Verein der Stockholmer Ärzte</b> zu Ehren Vs ein glänzendes Fest auf dem <b>Hasselbacken</b> veranstaltet.	
64	Fr, 21.8.1874, Nr. 194 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht vom <b>archäologischen Kongress in Stockholm</b> . In der zweiten Sitzung wird V nur kurz als Diskussionsbeteiligter genannt. In der dritten Sitzung wird kurz sein Vortrag erwähnt und dass er die <b>Craniologie</b> zur Bestimmung der ursprünglichen Rassen Europas nicht anwenden möchte, da sie noch nicht genug entwickelt sei.	es sind mehrere Diskussionsbemerkungen aus Stockholm bekannt, die sich aber nicht exakt dieser Textstelle zuordnen lassen
65	So, 23.8.1874, Nr. 196 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Heft 199-205)	
66	Sa, 29.8.1874, Nr. 201	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass die Rede, die V über die <b>Fortschritte der Kriegsheilkunde</b> be-	<i>Fortschritte der Kriegsheilkunde, be-</i>

	(PDF: 35)	unten	<i>sonders im Gebiet der Infektionskrankheiten</i> zur Feier des <b>Stiftungstages der militärischen Bildungsanstalten</b> am 2. August gehalten hat, im Verlag Hirschwald erschienen ist.	<i>sonders im Gebiete der Infektionskrankheiten</i> . R. Virchow, Berlin, 1874
67	Fr, 18.9.1874, Nr. 218 (PDF: 19)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis auf einen Vortrag <i>Vs über die Verbreitung brachycephaler Schädel in vorgeschichtlicher und geschichtlicher Zeit in Deutschland</i> , gehalten in der allgemeinen Versammlung der <b>DAG in Dresden</b> am 14. Sept.	<i>Über die Verbreitung brachycephaler Schädel in vorgeschichtlicher und geschichtlicher Zeit in Deutschland:</i> Beil. Z. Corr.-Bl., S. 11-20
68	So, 20.9.1874, Nr. 220 (PDF: 24)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	1. Bericht von der 47. <b>Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher in Breslau:</b> V hält einen Vortrag über <b>Wunder</b> , der nur kurz erwähnt wird. Er ging aus von der Heiligen der Ultramontanen, Louise Lateau. Weiter erläutert er den Begriff des Wunders und legte die <b>Unvereinbarkeit des Wunderglaubens mit der wissenschaftlichen Forschung</b> dar.	s.a. 22.9.1874 <i>Lateau, Louise:</i> *1850, †1883; dokumentierter Stigmatisationsfall; wurde von mehr als 100 Ärzten untersucht
69	Di, 22.9.1874, Nr. 221 (PDF: 27)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	2. Bericht von der 47. <b>Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher in Breslau:</b> In diesem Artikel wird nochmal ausführlicher von Vs Rede <i>über Wunder</i> berichtet. Er habe durch das Werk eines holländischen Arztes während des	<i>Ueber Wunder:</i> Rede gehalten in der ersten allgemeinen Sitzung der 47.

		<p>deutsch-französischen Krieges von der stigmatisierten <b>Lateau</b> erfahren. Er habe es mit Erstaunen gelesen, sich aber noch keine Meinung über diesen Fall gebildet. Dann habe <b>Dr. Rohling</b> eine <i>Schrift über diesen Fall publiziert</i>, die bereits in die neunte Auflage gehe und die angeblich vom Autor als entscheidende Schrift für Christen und Juden bezeichnet werde. Diese Schrift habe ihm Dr. Rohling zugesandt mit der Bitte, dieses Wunder zu bestätigen. V habe es vorgezogen, dazu zu schweigen. Daraufhin wurden die Zuschriften immer fordernder. Auch Zeitungen hätten ihn in Artikeln aufgefordert, sich dazu zu äußern. V taste die religiöse Überzeugung eines anderen nicht an, solange sich diese in privaten Grenzen bewege. Anders verhalte es sich aber, wenn die Angelegenheit öffentlich werde und Einfluss geltend mache auf Wissenschaft und staatliche Einrichtungen; einen vergleichbaren Fall in der Medizin gebe es nicht. Er könne nur sagen: entweder grober Betrug oder Wunder. Im Fall Lateau werde ein Naturgesetz gehemmt, nicht außer Kraft gesetzt. Wenn in der Geschichte der Heiligen ein Mensch schwebe, so erleidet das Gesetz der Schwere eine Hemmung, aber die Kraft, die den Menschen hebt, müsse messbar sein. Bei Wundern solle ein Ziel erreicht werden, nicht so in der Naturforschung.</p>	<p>Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zu Breslau am 18. Sept. 1874: mit einer Nachschrift. Breslau: Morgenstern, 1874</p> <p><i>Rohling, August: *1839, †1931; Prof. der kath. Theologie; galt als Antisemit; Louise Lateau: la stigmatisée de Bois-d'Haine; d'après des sources authentiques, médicales et théologiques. Closson, Bruxelles 1874.</i></p> <p><i>Schwann, Theodor: *1810, †1882; deut-</i></p>
--	--	--	--

			<p>Nicht der Vorgang des Wunders, sondern der Zweck sei von Bedeutung. Dies sei das Missliche an der Sache, es wolle Aufsehen erregen; große Naturgesetze wollen dies zwar auch, aber sie werden in aller Bescheidenheit formuliert und hoffen darauf, dass die Menschen sich dafür interessieren. Er selbst untersuche nicht alles, was man ihm vorlege, sondern nur das, was er als wertvoll für die Wissenschaft erachte. Wenn der Fall Lateau für die Menschheit so wichtig sei, solle man doch Männern wie <i>Schwann</i> die wissenschaftliche Beurteilung überlassen. Die Erzählung, die vorliege, genüge nicht. Vielfach sei die Meinung verbreitet, dass die Autorität eines großen Mannes missbraucht worden sei, um die Akzeptanz eines Ereignisses zu belegen, welches nicht existiere.</p>	<p>scher Physiologe; Entdecker des Pepsins; zeigte 1839, dass Tiere und Pflanzen aus Zellen bestehen</p>
70	<p>Do, 24.9.1874, Nr. 223 (PDF: 33)</p>	<p>2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig</p>	<p>Vermischtes: Kurzer Bericht aus <b>Görlitz</b>, dass V auf der Rückreise von Breslau dort Station machte. Er besichtigte das städtische Museum und nahm besonders die Urnen in Augenschein. Weiter besichtigte er die Altertumssammlung der <b>Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften.</b></p>	
71	<p>Sa, 26.9.1874, Nr. 225 (PDF: 40)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p>3. Bericht von der 47. <b>Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher in Breslau:</b> Vortrag Vs <i>über den Gegensatz, in welchem sich die einzelnen <b>nordischen Länder in Beziehung auf die verschie-</b></i></p>	<p><i>Über den Gegensatz, in welchem sich die einzelnen nordischen</i></p>

			<p><i>denen Kulturperioden zu einander befinden.</i> Die paläolithische Zeit ließe sich nur in Dänemark finden, in allen anderen nordischen Ländern fehle sie. Geschliffene Feuersteine fände man nur wenige in Finnland und Nordskandinavien, dagegen aber andere geschliffene Steinsorten. Daraus folge, dass Finnland und Schweden in einer späteren Zeit bevölkert worden seien. Die Seltenheit der Bronzefunde in Finnland lasse auch den Schluss zu, dass dieses gar kein Urvolk darstelle. Verschiedene Schädelformen zeigten, dass es auch in früheren Zeiten schon verschiedene Stämme gegeben habe müsse. Verschiedene Bronzefunde aus Gotland, Schonen und deutschen Küstengebieten zeigten keine Ähnlichkeit, hier habe es wohl keine Handelskontakte in der Zeit gegeben. Erst zu anderen Zeiten ließen sich aufgrund ähnlicher Topfscherben Kontakte erkennen. Weiter berichtet er über den Stand der Vorarbeiten zu einer allgemeinen prähistorischen Karte Deutschlands und über die <i>Erhebung über die Verbreitung der blonden und brünetten Rasse in Deutschland</i> als Vorbereitung zu einer genaueren Ethnologie Europas.</p>	<p><i>Länder in Beziehung auf die verschiedenen Kulturperioden zu einander befinden:</i> Tagbl. d. 47. Allg. Versammlung dtsch. Naturforscher u. Aerzte, S. 88, Breslau <i>Bericht über die Vorbereitung des statistischen Materials über die Verbreitung der braunen und blonden Bevölkerung in Deutschland:</i> Beil. Z. Corr.-Bl., S. 45-46</p>
72	Sa, 24.10.1874, Nr. 249 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p>Lokales: V ist nach <b>Zaborow</b> (königl. Domäne Unterwalden) gefahren und hat dort mehrere Begräbnisplätze begutachtet. Unter anderem sind dort <b>Urnen</b> ver-</p>	<p>s.a. 6.12.1874 Ausgrabungen bei <i>Zaborow</i>: VBAG 6,</p>

			schiedener Form und Größe gefunden worden, die nach Berlin transportiert werden sollen.	S. 21-224
73	Sa, 24.10.1874, Nr. 249 (PDF 12)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>BAG:</b> V war nach dem Anthropologenkongress von <b>Stockholm</b> weiter nach <b>Finnland</b> gereist und berichtet nun über <i>die physische Anthropologie der Finnen</i> . Durch die große Unterstützung von <b>Prof. Hjelt</b> und dem Linguisten <b>Dr. Donner</b> habe V umfangreiche Untersuchungen und Messungen durchführen können. V legte noch eine Menge von Haarproben vor, die nun zeigten, dass die Kurzköpfe, zu denen die Finnen gehörten, durchaus nicht immer brünett seien. Abschließend teilte V mit, dass wegen der großen Materialfülle wohl schon im nächsten Monate eine Sitzung stattfinden werde.	<i>Die physische Anthropologie der Finnen:</i> VBAG 6. S. 185-189  vgl. Andree (2011a), Bd. 44
74	Di, 27.10.1874, Nr. 251 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Hinweis auf Vs Vortrag „Über <b>Staat und Kirche</b> “ in der Versammlung des <b>Oranienburger-Tor-Bezirks-Vereins</b> am 28. Okt.	s. a. 31.10.1874
75	Sa, 31.10.1874, Nr. 255 (PDF: 24)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Abdruck von Vs Vortrag „Über <b>Staat und Kirche</b> “ aus der Versammlung des <b>Oranienburger-Tor-Bezirks-Vereins</b> vom 28. Okt. Die Geschichte der letzten Jahre habe gezeigt, dass die Wege der <b>Fortschrittspartei</b> die richtigen Ziele getroffen hätten. Die kirchlichen Fragen seien in allen großen Staaten immer dann in den Vordergrund getreten, wenn in den großen politischen Fragen eine gewisse Ruhe eintrat. Dieser Umstand wiederhole	vgl. Andree, Band 33, S. 714-718  s. a. 27.10.1874  <i>Stahl, Georg Anton von:</i> *1805, †1870; Theologe und



		<p>sich auch hier öfters, da die langsame Lösung viel zur Klärung beitragen müsse.</p> <p>Die Fortschrittspartei sei in der unglücklichen Lage, ihre Richtung jetzt ändern zu müssen, denn während sie zur Konfliktzeit als Verteidiger der Verfassung auftrat, würde sie nun von dieser gebremst.</p> <p>Kirchlichen Fragen könne man nur über <b>Verfassungsveränderungen</b> erledigen und dabei komme es wesentlich auf den Abschnitt 15 der Verfassung an, wonach jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbst verwaltet. Dieser Abschnitt bilde, wie jetzt allseitig anerkannt werde, den Mittelpunkt aller Schwierigkeiten. Die evangelische Kirche war als Landeskirche entschieden abhängiger als die selbstständig anerkannte katholische Kirche und auch die Verfassung habe dies Verhältnis bis jetzt nicht ändern können. Niemals könne eine solche Organisation der evangelischen Kirche entstehen, wie sie die römisch-katholische schon seit Jahrhunderten besitze. Man müsse im Rahmen der Gesetzgebung auf die Gestaltung der Dinge einwirken.</p> <p>Denn die evangelische Kirche würde keinen Augenblick zögern, dieselben Organisationsstrukturen zu übernehmen, die die römisch-katholische Kirche habe.</p> <p>Drei Dinge kämen bei der Herstellung einer jeden Kirche in Betracht: 1) Die Organisationsfrage, 2) die Vermögensfrage,</p>	<p>Bischof im Bistum Würzburg</p>
--	--	--	-----------------------------------

			<p>3) die Bekenntnisfrage. Die katholische Kirche sei in Bezug auf die Bekenntnisfrage ganz sicher, denn was der Papst befiehlt, das glaube sie, für sie sei nur noch die Vermögensfrage von entscheidendem Wert. Für die evangelische Kirche liege die Vermögensfrage viel ungünstiger, denn bei Einführung der Reformation seien die geistlichen Güter von den Landesherren eingezogen worden. Während also bei einer <b>Trennung der Kirche vom Staat</b> für die evangelische Kirche ein gewisses Besteuerungsrecht eingeführt werden müsse, um die Geistlichen zu erhalten, so könne die katholische Kirche nie von den freiwilligen Gaben der Gläubigen existieren. Ein solches Besteuerungsrecht könne aber nicht ohne Landesgesetz existieren und der Staat sei der Ansicht, dass sich aus den bestehenden Verhältnissen nun die Synoden weiter entwickeln würden. Durch das Vorgehen der Fortschrittspartei seien die religiösen Bestrebungen nicht behindert, denn die Religion habe ja nur mit dem Übernatürlichen, nicht mit den weltlichen Dingen zu schaffen. Es dürften nur nicht unter dem Vorwand der Religion weltliche Bestrebungen entstehen, die dann, wie in der katholischen Kirche, alles als Dogma hinstellten, das geglaubt werden müsse, wie z. B. den Glaubenssatz, dass der <b>Papst eine göttliche Spezialleistung</b> sei,</p>	
--	--	--	---	--

			<p>während er doch nur eine natürliche sei. Bei den Katholiken sei alles in Wunder gehüllt, Erdbeben und Kometen sollen Zuchtruten Gottes sein. Für die Fortschrittspartei aber existiere überhaupt kein Wunder mehr, und wenn nun doch etwas passiere, wie bei <b>Luise Lateau</b>, so müssen man Betrugerei oder Täuschung annehmen. Das Strafgesetzbuch kenne auch keine Wunder, es kenne auch keine Milderungsgründe. Das höchste <b>Muster für die Beständigkeit des Glaubens</b> sei <b>das Judentum</b>, so V, welches niemals in eine kirchliche Form gepresst worden sei. Der Staat irre, wenn er glaube, dass eine organisierte Kirche die besten Bürger erziehe. V zitiert <b>Stahl</b>, der gesagt habe <b>Intoleranz</b> sei die <b>eigentliche Konsequenz des wahren religiösen Verfahrens</b>. Dies könne man von den Synoden wohl zukünftig auch erwarten. Die <b>kirchliche Moral</b> sei <b>nur eine äußere Moral</b>, sie beruhe auf der Idee eines bestimmten Lohnes oder einer Strafe in dieser oder jener Welt. Eine echt moralische Erziehung könne also nur die Familie oder die Schule geben. Dazu müsse man die Schulen von der kirchlichen Inspektion befreien. Aber man sei als parlamentarische Partei nur eine kleine Minorität. Der Einzelne sei zwar nicht Herr über die Beschlüsse der Mehrzahl, aber man habe doch im Kampf zwischen dem Staat als</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Träger moderner Kultur und der Kirche als Vertreterin veralteter Weltanschauung auf Seiten der Regierung gestanden.</p> <p>Nach dieser mit rauschendem Beifall aufgenommenen Rede äußerte sich V über den Unterschied zwischen der <b>nationalliberalen Partei</b> und der Fortschrittspartei. Die nationalliberale Partei sei eine sehr große Partei, die viele politische Ansichten vereinige. Dem gegenüber stehe die Fortschrittspartei mit ihren streng geschlossenen Ansichten. Die Nationalliberalen bewahrten allerdings einen engeren Kontakt mit der Regierung, aber V und seine politischen Freunde hätten das akzeptiert. Die Fortschrittspartei habe niemals bei einem Beschluss Gewicht auf das Verbleiben eines Ministers im Dienst gelegt und da man mit einem bestimmten Programm aufgetreten sei, sich an gewisse Prinzipien zu halten, so wäre man nicht davor zurückgeschreckt, ein Votum abzugeben, das möglicherweise <b>Bismarck</b> zum Rücktritt veranlasst hätte, während die Nationalliberalen anders gestimmt hätten. Die Fortschrittspartei habe die Verpflichtung, die Prinzipien zu wahren, deshalb die sei man auch als Prinzipienreiter betitelt worden, aber man glaube, das Volk bedürfe einer Anzahl von Männern, die beständig den einmal bestimmten Prinzipien treu blieben. In kirchlichen Fragen habe man Zugeständ-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>nisse gemacht, aber es gebe andere Dinge, denen man nicht ohne die Parteivergangenheit und deren Grundsätze zu leugnen, zustimmen könne. Auch in schlimmen Zeiten müssten die überlieferten Prinzipien Vertreter finden. Man werde in allen Fällen, wo es sich um eine nützliche Entwicklung der Dinge handle, die Nationalliberalen unterstützen, aber nicht, wenn sich ein Minister auf etwas versteift habe. Über die Schattenseiten des Verhältnisses spreche er nicht, der momentane Kampf in der Presse sei nicht das, was er sich wünsche. Er habe stets ein freundschaftliches Verhältnis angestrebt und werde es auch zukünftig tun.</p>	
76	<p>Sa, 31.10.1874, Nr. 255 (PDF: 26)</p>	<p>3. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Aufruf des Berliner Komitees zur <b>Sammlung</b> von Beiträgen für das <i>Nationaldenkmal im Niederwald</i>: Es wird um Spenden für die Ausführung eines deutschen Nationaldenkmals gebeten. V ist Mitunterzeichner.</p>	<p><i>Niederwald-Denkmal</i>: Germaniafigur als Erinnerung an den Sieg über Frankreich 70/71; 1877 eingeweiht</p>
77	<p>So, 1.11.1874, Nr. 256 (PDF: 2)</p>	<p>4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben und mittig</p>	<p>Bekanntmachungen: Listen mit den Namen der <b>Stadtverordneten</b>, deren <b>Mandat</b> zum Jahresende erlischt. V wird in der dritten Wahlabteilung genannt.</p>	<p>s. a. 8.11.1874</p>
78	<p>Di, 3.11.1874, Nr. 257</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte</p>	<p>Zu den <b>Stadtverordnetenwahlen</b>: Nur kurzer Hinweis, dass V in die <b>SVV</b> eingewählt worden sei.</p>	

	(PDF: 4 u. 5)	mittig f.		
79	Fr, 6.11.1874, Nr. 260 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Nov.): Thema ist der Ankauf der Rittergüter <b>Osdorf</b> und <b>Friederikenhof</b> zu <b>Berieselungszwecken</b> . V führte hierzu aus, dass die Stadt im Vergleich mit <b>Groß-Beeren</b> eine größere Summe für die Rohrleitungen spare. Man müsse sich nun den anderen Radialsystemen zuwenden und mit den Vorarbeiten beginnen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
80	So, 8.11.1874, Nr. 262 (PDF: 18)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Bekanntmachungen: Listen mit den Namen der <b>Stadtverordneten</b> , deren <b>Mandat</b> zum Jahresende erlischt. V wird in der dritten Wahlabteilung genannt.	
81	Mi, 11.11.1874, Nr. 264 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V ein vollständiges <b>Skelett</b> zugesandt worden ist aus <b>Arnswalde</b> . Es wurde in einem Moor gefunden.	
82	Fr, 13.11.1874, Nr. 266 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Nov.): Thema ist die <b>Aufhebung der Armenkirchhöfe</b> . V schließt sich dem Antrag an, besonders im Hinblick auf die geplante <b>Säkularisierung der Kirchhöfe</b> .	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
83	Sa, 14.11.1874, Nr. 267 (PDF: 3-4)	3. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht über die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> (9. Serie, Heft 206-211)	
84	So, 15.11.1874, Nr. 268 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Berichte aus den Versammlungen der Kommunalwahlbezirke. Im <b>1. Wahlbezirk</b> wird V zum Kandidaten ernannt, obwohl er schriftlich die Annahme einer <b>Wiederwahl ablehnt</b> .	

85	Mi, 18.11.1874, Nr. 270 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht über die Wahlergebnisse der Ergänzungswahlen der <b>SVV</b> . V ist im <b>1. Wahlbezirk wiedergewählt</b> .	
86	Fr, 20.11.1874, Nr. 272 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Nov.): Thema ist die Beschaffung von <b>Berieselungsflächen</b> für das <b>Radialsystem IV und V</b> . V befürwortet, dass die bereits bestehende <b>Kommission für das Radialsystem III</b> weiterarbeitet.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
87	So, 6.12.1874, Nr. 286 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V auf Drängen seiner Freunde die [ <b>Annahme der Wieder</b> ]Wahl zum Stadtverordneten annimmt.	
88	So, 6.12.1874, Nr. 286 (PDF: 10)	3. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 14. Nov.): V geht kurz auf die Schädel- und Knochenfunde ein, die bei den Kanalisationsarbeiten auf dem Schlossplatz gemacht habe. Weiter geht er auf <i>Schädelfunde von Küster</i> ein, deren teilweise bronzefarbene Verfärbungen auf Bronzeschmuck schließen ließen. Abschließend berichtet V über die umfangreichen Funde aus 30 Gräbern bei <b>Zaborow</b> , die viele wertvolle Fundstücke zu Tage befördert hätten. Leider seien die tönernen Gefäße und Urnen stark zerstört, auch wenn sie auf einen hohen Grad der Töpferkunst schließen ließen. In den großen Urnen habe man viele Bronzegegenstände gefunden, gleiches auch aus Eisen.	<i>Besprechung der Ausgrabungen von E. Küster am Silberberge bei Wollin: VBAG 6, S. 210-215</i>  <i>Ausgrabungen bei Zaborow: VBAG 6, S. 21-224</i>
89	Do, 10.12.1874,	3. Beilage, S. 2,	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der <b>Allgemeine Berliner Verein für öffentliche</b>	vgl. Andree, Band 33,

	Nr. 289 (PDF: 16)	2. Spalte mittig	<b>Angelegenheiten</b> zu einem Vortrag von V mit dem Thema „ <b>religiöse und kirchliche Fragen</b> “ am 7. Dez. einlädt.	S. 718-736
90	Fr, 11.12.1874, Nr. 290 (PDF: 18)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Dez.): Thema ist der Druck in den Verhandlungen der <b>Geldbewilligungsdeputation</b> von Seiten des Magistrates. Es sei, so V, das ausschließliche Recht der Versammlung über ihren eigenen Geschäftsgang zu beschließen und dem Magistrat stehe es nicht zu, sich hierin einzumischen oder gar Zustimmung zu verlangen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
91	Fr, 18.12.1874, Nr. 296 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. Dez.): Der Haushaltsetat für 1875 steht zur Verhandlung. Es wurde beantragt, die anfallenden <b>Bauzinsen für die Kanalisation</b> aus der allgemeinen Verwaltung zu tragen. V schließt sich diesem Antrag an.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV



## Fundstellen 1875

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 8.1.1875, Nr. 5 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Jan.): Kurze Nachricht, dass V zusammen mit 19 anderen erneut in die SVV gewählt worden ist.	nichts bei Andree
2	Fr, 15.1.1875, Nr. 12 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Jan.): V hat ein Schreiben an die Versammlung geschickt, dass er aufgrund der langen Sitzung der <b>Akademie der Wissenschaften</b> nicht an der letzten SVV teilnehmen konnte.	nichts bei Andree
3	Di, 19.1.1875, Nr. 15 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (2. Sitzung vom 18. Jan.): Hinweis, dass V zur <b>5. Kommission [Abteilung]</b> gehört.	
4	Mi, 20.1.1875, Nr. 16 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte	Lokales: Auflistung der permanenten städtischen Verwaltungsdeputationen. V gehört dem <b>Kuratorium für den Bau der Irrenanstalt</b> , der <b>Deputation für die Kanalisierungs- und Abfuhrangelegenheiten</b> , dem <b>Kuratorium für den Bau eines städtischen Krankenhauses</b> , der <b>Deputation zur Verwaltung der Park-, Garten- und Baumanlagen</b> , der <b>Deputation für die Ausschmückung des Rathauses</b> , der <b>Sanitätskommission</b> , der städtischen <b>Deputation für Statistik</b> und der <b>Deputation zur Verschönerung und Unterhaltung des Tiergartens</b> an.	nichts bei Andree
5	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Jan.): V ist ge-	nichts bei

	22.1.1875, Nr. 18 (Kein Scan)	S. 3, 3. Spalte mittig	wählt für die <b>Geldbewilligungsdeputati- on</b> , für die <b>Kanalisations-Bau- Kommission</b> und für die <b>Deputation für Krankenhausangelegenheiten.</b>	Andree
6	So, 24.1.1875, Nr. 20 (Kein Scan)	Sonntags- beilage, S. 4, 1. Spalte f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 28. Nov. 1874): V hält einen Vortrag über <i>Hügelgräber bei Weissenfels</i> . Es handle sich dem Grund- riss nach um kegelförmige Erdhaufen. Der größte Hügel sei leer gewesen bis auf Tierknochen und rohe Rudimente von Tonscherben. Die übrigen Hügel enthiel- ten viele Steine, aber sonst wenige inte- ressante Fundstücke bis auf ein Gefäß mit einem Spiralring. In der Umgebung fan- den sich ein Knochenkamm und weitere Tierknochen und Tonscherben. Weitere Urnen mit Verzierung seien gefunden worden, die aber älter als das Slawentum seien. Dies ließe eine alte Grenzmarke zwischen germanischen Stämmen vermu- ten. Weiter hält V einen Vortrag über ei- nige <b>niedrige Schädelformen</b> in Nord- deutschland. Diese ließen sich in gewis- ser Häufigkeit im ganzen Norden finden. Auch in Holland könne man solche Schädel finden. In diesem Zusammen- hang verweist V auf Gemälde der alten holländischen Meister, auf denen sich die besprochenen Schädeltypen wiederfän- den.	<i>Ausgrabungen bei Weissen- fels</i> : VBAG 6, S. 229-235
7	Mi, 3.2.1875, Nr. 28	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte	Lokales: Kurzer Bericht, dass V in der „ <b>Berliner Klinischen Wochenschrift</b> “ seine Kollegen dazu aufrufe, sich bei der	Berl. klin. Wo- chenschrift vom 3.2.1875,

	(Kein Scan)	unten	Ausstellung der <b>Totenscheine</b> um eine strengere medizinische Terminologie zu bemühen. Ziel sei eine bessere Erfassung der statistischen Daten im Zusammenhang mit den Todesfällen.	Nr. 5: Ueber ärztliche Terminologie.
8	Fr, 5.2.1875, Nr. 30 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Feb.): In einer Nachschrift ist vermerkt, dass V im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung ein Amendement eingebracht hat, wonach <b>Vorlagen, für die beständige Ausschüsse</b> existierten, sofort dorthin verwiesen werden sollten.	s. a. 12.2.1875 nichts bei Andree
9	Sa, 6.2.1875, Nr. 31 (Kein Scan)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Feb.; Schluss): Hier wird nochmal ausführlicher über Vs Amendement berichtet, wonach <b>Vorlagen, für die beständige Ausschüsse</b> existierten, vom Vorsitzenden dorthin verwiesen würden. Der betreffende Ausschuss habe bis zur nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten. Er könne sich unmöglich denken, dass man beabsichtige, dass jetzt schon umfangreiche Druckwerk noch mehr dadurch auszu dehnen, dass man alle Sachen zuerst drucken und dann beraten lassen wolle. Zurzeit würden diese Rechnungssachen mit dem Bericht der Deputation gedruckt, aber auch das halte er schon oft für zu weitläufig, da es ihm zweckmäßiger erscheine, wenn die Deputation direkt mit dem Magistrat verhandle. Sollen aber auch künftig Ausschüsse bestehen, dann sei es nicht notwendig, die Angelegenhei-	nichts bei Andree

			<p>ten zuerst vor das Plenum zu bringen. Es sei ein großer Unterschied zwischen einer Versammlung, wie dem HdA und dem Reichstag, die nur zeitweise auf einige Monate zusammentreten, und der SVV, die fortlaufend tage. Während der Session ordne er dem Landtag als Abgeordneter seine ganze Zeit unter, als Stadtverordneter könne er das nicht. V sei in vielen Deputationen und Kommissionen gewesen, aber diese seien stets die Waage der festgestellten Geschäftsprinzipien der Versammlung gewesen. Die Versammlung bedürfe solcher Sicherheitseinrichtungen. Wären in der Versammlung politische Parteien vorhanden, wie im Reichstag und im HdA, so ließe sich das durch die Parteien erledigen, aber hier sei es unmöglich, so zu verfahren. Er könne sich unmöglich mit so vielen Parteiversammlungen befassen, glaube aber auch nicht, dass diese die Sache sachgemäß erledigen könnten. Die SVV sei kein HdA, hier sei es notwendig, in kleineren Kreisen vorzubereiten. Man habe hier nicht die Aufgabe einer gesetzgebenden Versammlung, wo über bestimmte politische Prinzipien gesprochen werden müsse, hier habe man über eine große Anzahl kleinerer Aufgaben zu verhandeln und die Deputationen könne man nach Belieben zusammensetzen. Nach seinem Antrag solle die Versammlung nicht gezwungen</p>	
--	--	--	---	--

			<p>werden, die <b>Geldbewilligungs-Deputation</b> fortbestehen zu lassen, aber man möge sich auch den Weg dazu nicht verschließen. Sein Antrag vereinige die Tradition dieser Versammlung. Er kenne hier nur gewisse Gruppierungen, aber man möge nicht verlangen, dass diese ebenso sanktioniert würden, wie die Parteien im Lande. Man würde sehr bald zu der Überzeugung gelangen, dass die besten Mitglieder einer Deputation nicht die seien, die einer bestimmten Parteirichtung angehörten, sondern die, die die beste Sachkenntnis hätten. Er bitte deshalb, seinen Antrag anzunehmen, damit die Versammlung zu jeder Zeit freie Hand habe.</p>	
10	So, 7.2.1875, Nr. 32 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (3. Sitzung vom 6. Feb.): Thema ist der <b>Etat der Forstverwaltung</b>. V fragt sich, ob die Regierung an den selbstständigen <b>Forstakademien</b> festhalte. Wenn ja, so müssten sie vergrößert werden, aber selbst die Versammlung der Forstmänner empfehle dies nicht.</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 19-20
11	Di, 9.2.1875, Nr. 33 (Kein Scan)	S. 1, 2. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [8.2.1875] Sitzung des <b>HdA</b>: Kurzer Hinweis, dass V den Antrag eingebracht habe, die Regierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen. Die große</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 21  s. a. 10.2.1875 in dieser Zeitung ist kein Bericht über die Abgeordnetensitzung

			Mehrheit des Hauses stimme seinem Gedanken zu.	abgedruckt
12	Di, 9.2.1875, Nr. 33 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V der <b>Budgetkommission</b> und der <b>Rechnungskommission</b> des HdA angehört und in der <b>Kommission für allgemeine Finanzverwaltung</b> tätig sein wird.	
13	Di, 9.2.1875, Nr. 33 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über <b>Dr. Friedrich Zabels Ergebnis</b> , bei dem auch V anwesend war.	
14	Mi, 10.2.1875, Nr. 34 (Kein Scan)	S. 1, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [9.2.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurde über die <b>Provinzialordnung</b> debattiert. V steht auf der Rednerliste und äußerte sich besonders zur unscharfen Abgrenzung zwischen Staats- und Kommunalverwaltung.	vgl. Andree, Band 34, S. 21-34
15	Mi, 10.2.1875, Nr. 34 (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (9. Sitzung vom 9. Feb.): V hat den Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen. Auf der Tagesordnung steht der <b>Entwurf der Provinzialordnung für Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen</b> und die Abfassung der Verwaltungsberichte. Er hoffe, dass über seinen Antrag in der Generaldiskussion mitverhandelt werde. Nach Präsident v. <b>Ben-</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 21-34

			<p><b>nigen</b> könne man dies machen, soweit die Redner sich dazu kurz fassten. V steht in der Rednerliste gegen die Vorlagen. Er kritisiert die ungenaue Formulierung im Gesetz, da die Grenzen der Kompetenz zwischen den Staats- und Kommunalbehörden nicht klar bestimmt seien. Vom Innenminister sei ursprünglich ein viel umfassenderes Gesetz geplant gewesen und auch, wenn durch verschiedene Einflüsse nun diese Fassung zustande gekommen sei, dürfe man in der Politik nicht mit bloßen Möglichkeiten rechnen. V schwebt ein genereller Plan vor, der überall verwirklicht werden könne, auch wenn man das Schema nach der Größe der vorhandenen Bezirke anpassen müsse. Die Bevölkerung in den Provinzen habe eine homogene Beschaffenheit, so dass es hier leicht fallen werde, zusammenzufinden und sich in einheitlicher Form darzustellen. Er war stets der Meinung, dass das Deutsche Reich die Sicherheiten biete, die weitere politische Organisation des Volkes zu gewährleisten und dass man den <b>Staat Preußen zu Gunsten von Deutschland aufgeben</b>. Da dies aber noch nicht eintrete, müsse man eine wirkungsfähige Provinzialverwaltung haben und die Zentralisation aufgeben. V wünsche sich auch eine genaue Präzisierung der Aufgaben des Regierungspräsidenten mit Rechten und Pflich-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>ten, aber auch mit Grenzen. Weiter sei in der Gesetzesvorlage der Punkt der <b>öffentlichen Gesundheitspflege</b> vergessen worden. Die Regierung habe immer noch nicht die Bedeutung dieses Punktes für eine gute Entwicklung des Volkes erkannt. Ähnlich wie im Schulwesen das Provinzialschulkollegium existiere, müsse man in der öffentlichen Gesundheitspflege ebenfalls eine solche Instanz einführen für die generelle Beaufsichtigung und Initiative. In den ländlichen Gebieten habe man hierzu schon über die Kreisordnung vorgesorgt, in den Städten fehle dazu eine Bestimmung. Von einer zentralen Institution aus sollten dann die Anweisung an weitere Instanzen gegeben werden. So käme man dahin, dass die ausführenden Instanzen mehr und mehr selbstständig wirken würden. Dies würde langfristig zu mehr Selbstverwaltung und zu weniger Verwaltungsstreitigkeiten führen. Abschließend drängt V darauf, besonders die Gesetze für das Rheinland und Westfalen schnell auf den Weg zu bringen. Wenn die Regierung die Provinzen aufgrund ihrer kirchlich-politischen Haltung damit strafen wolle, dass sie ihnen noch die untergeordnete Stellung ihrer Verwaltung belasse, so wäre dies eine unpolitische Maßregel. Er wäre der Meinung, dass es sogar ein Motiv der Versöhnung sein könne, die breite Betei-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>ligung an den Verwaltungsangelegenheiten der Kirche wie der Gemeinde zu ermöglichen.</p>	
16	<p>Mi, 10.2.1875, Nr. 34 (Kein Scan)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: V wird in die <b>Kommission zur Beratung über Anlegung und Bebauung der Straße und Plätze in Städten und ländlichen Ortschaften</b> gewählt.</p> <p>Weiter: Hinweis, dass der von V am 8. Feb. eingebrachte Antrag, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtag vorzulegen, durch 85 Mitglieder der Fortschrittspartei unterstützt worden.</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 21  s. a. 11.2.1875</p>
17	<p>Do, 11.2.1875, Nr. 35 (PDF: 1)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [10.2.1875] Sitzung des <b>HdA</b>: Vs Antrag, noch in der gegenwärtigen Session den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen, wird auf die Tagesordnung gesetzt.</p>	<p>Nichts bei Andree</p>
18	<p>Do, 11.2.1875, Nr. 35 (PDF: 2 u. 4)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 3. Spalte</p>	<p><b>HdA</b> (10. Sitzung vom 10. Feb.): Nochmals der Hinweis, dass V in die <b>Kommission zur Beratung über Anlegung und Bebauung der Straße und Plätze in Städten und ländlichen Ortschaften</b> gewählt worden ist. Vs Antrag wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.</p>	<p>Nichts bei Andree</p>

		oben		
19	Fr, 12.2.1875, Nr. 36 (PDF: 5)	S. 1, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [11.2.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Vs Antrag wird angenommen. Weiter habe sich V zu den Urteilen des Auslandes über die Bedeutung des <b>Kulturkampfes</b> geäußert. Seinen Erfahrungen nach würde dort die Tiefe und Gefährlichkeit des Konfliktes überschätzt. Der <b>Panslavismus</b> sei eher eine Gefahr, als die Anlehnung der katholischen Rheinländer an den römischen Kirchstaat. Er fordere für die Klerikalen die gleiche Basis kommunaler Selbstständigkeit wie für alle anderen Bürger und fürchte auf diesem Gebiet keine Zwiespalt, der ja doch nur das kirchliche Element betreffe.	vgl. Andree, Band 34, S. 34-41
20	Fr, 12.2.1875, Nr. 36 (PDF: 9 u. 10)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben u. 3. Spalte mittig f. u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (11. Sitzung vom 11. Feb.): Es wird über Vs Antrag, noch in der gegenwärtigen Session den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen, debattiert. V nach habe man es mit einem wichtigen politischen Akt zu tun. Die Regierung habe sich zu stark in den <b>Kulturkampf</b> verbissen; stattdessen solle man den Gedanken der Versöhnung und des Vertrauens wieder zulassen. Allerdings solle man das Rheinland, nicht wie früher, als Vorkämpfer des Liberalismus ansehen. Wenn aber die Regierung meine, dass dieses Land so ver-	vgl. Andree, Band 34, S. 34-41

			<p>ändert sei, dass man es nicht wie andere alte Provinzen behandeln könne, sei dies ein starkes Stück. Früher habe man gesagt, die Kreisordnung sei wohl in den westlichen, nicht aber in den östlichen Provinzen möglich, aber die Elemente und die Luft seien die gleichen wie hier. Könne man denn da annehmen, dass der religiös-politische Kampf eine solche Gefahr darstelle. Eher könne man den <b>Panslawismus</b> als Bedrohung erachten. V fordert dazu auf, den gegenwärtigen Kampf auf die kirchlichen Dinge zu beschränken und daraus keinen politischen Kampf zu machen. Man solle mit Annahme des Antrages die westlichen Landsleute an der errungenen Freiheit teilnehmen lassen. Wenn man die Möglichkeit habe, die Regierung zu zwingen, etwas gleich zu tun, was sie sonst erst später täte, dürfe man eine solche Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, wenn man nicht einen schweren politischen Fehler machen wolle. Vs Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.</p>	
21	Fr, 12.2.1875, Nr. 36 (PDF: 11)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Feb.): Das Amendement Vs, wonach <b>Vorlagen, für die beständige Ausschüsse</b> existierten, sofort dorthin verwiesen werden sollten, wird abgelehnt.	nichts bei Andree
22	Sa, 13.2.1875, Nr. 37	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht von der Abstimmung über Vs Antrag, noch in der gegenwärtigen Sessi-	s. a. 17.2.1875

	(PDF: 16)	unten	on den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen. Es werden diejenigen namentlich erwähnt, die gegen den Antrag gestimmt haben. Besondere Erwähnung findet ein rheinischer Abgeordneter, der sich damit, nach Aussage der VZ, wohl für immer in seinem Wahlkreise unmöglich gemacht habe.	
23	Sa, 13.2.1875, Nr. 37 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Feb.; Schluss): Thema ist der <b>Ankauf von Rieselterrain</b> für die <b>Radialsysteme IV und V</b> . V sei nicht glücklich über die Vollmacht der Deputation zum Ankauf von Rieselterrains, aber da man beim <b>Radialsystem III</b> auch so verfahren sei, könne man den gleichen Weg einschlagen. Er müsse aber bestreiten, dass sanitäre Gründe gegen den Ankauf von [ <b>Rittergut</b> ] <b>Britz</b> gesprochen hätten. Wolle man den Antrag ablehnen, so werde sich die Sache auf anderem Wege ebenso gut machen lassen.	nichts bei Andree
24	Di, 16.2.1875, Nr. 39 (PDF: 22)	S. 1, 1. Spalte mittig	Nur kurzer Hinweis, dass sich <b>Bismarck</b> wohl einigen Abgeordneten gegenüber sehr gereizt über die Annahme von Vs Antrag geäußert habe.	
25	Mi, 17.2.1875, Nr. 40 (PDF: 23)	S. 1, 3. Spalte unten	Mitteilung aus der „ <b>Post</b> “, dass das Votum der Abgeordneten über Vs Antrag in Regierungskreisen keine Einwirkung auf die Erledigung der Reformfrage, sondern	

			nur eine demonstrative Bedeutung habe.	
26	Mi, 17.2.1875, Nr. 40 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Nach Vorlage des stenographischen Berichts über die Sitzung des HdA vom 11 Feb. habe man namentlich einen falschen Abgeordneten genannt. Nicht der Abg. <b>Buddenberg</b> , sondern der Abg. <b>Brons</b> habe gegen Vs Antrag gestimmt.	
27	Do, 18.2.1875, Nr. 41 (PDF: 27)	S. 1, 2. Spalte mittig	Kurzer Bericht, dass die neueste „ <b>Prov.-Corr.</b> “ sich beinahe ausschließlich dem Antrag von V und dessen Bekämpfung gewidmet habe. Dabei sei der ganze Vorgang nicht als entschiedene Verurteilung des Staatsministeriums dargestellt, sondern völlig entstellt.	
28	Do, 18.2.1875, Nr. 41 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Kultur: Die <b>BAG</b> hat ein Komitee ernannt für die <b>prähistorische Sektion des Märkischen Museums</b> . V ist eines der Mitglieder.	
29	Fr, 19.2.1875, Nr. 42 (PDF:	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Feb.): Im Nachtrag ist vermerkt, dass V mit 13 anderen zu einer <b>Deputation über die Provinz Berlin</b> gehört und an der längeren Debatte teilgenommen hat.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
30	Sa, 20.2.1875, Nr. 43 (PDF: 38-39)	3. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. Feb.; Schluss): Der Referent <b>Dr. Pflug</b> habe den Berliner Abgeordneten den Vorwurf gemacht, dass sie im HdA bei der Verhandlung der Angelegenheit das Wort nicht ergriffen hätten, so V. Aber die Versammlung habe in der vorigen Sitzung mit der Geschäftsordnung so große Eile gehabt, dass sie auf <b>Verhandlung über die Provinz</b>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p><b>Berlin</b> nicht eingegangen sei. Er habe sich deshalb im HdA nicht gesprochen, um der Versammlung nicht entgegenzutreten oder vorzugreifen. Mit einer reinen Ablehnung des Gesetzentwurfs sei gar nichts getan, aber bis jetzt habe er hier jeden positiven Gedanken vermisst.</p> <p>Wenn der Gesetzentwurf einfach abgelehnt werde, dann werde man ein Gesetz über die Provinz Brandenburg machen, und man solle genau erwägen, ob es wünschenswert sei, Berlin wie die anderen Städte zu behandeln. Das sei es von Nachteil. Deshalb rate er, eine besondere Organisation für Berlin zu akzeptieren.</p> <p>Die Hauptsache sei, dass eine Provinzialvertretung da sei. Gehe Berlin in die Provinz mit auf, so werde es natürlich auch der Provinzialbesteuerung mit unterworfen werden. Die <b>Grundlage der Selbstverwaltung</b> bedinge aber neue Verhältnisse. Der Ausfall der Einzelberatung des Gesetzentwurfs im HdA sei nur schwer vorherzusagen, sie werde wesentlich beeinflusst durch die Beratung über die Provinzialordnung für die westlichen Provinzen. V sei der Meinung, dass alles daran gesetzt werden müsse, die Stellung des <b>Polizeipräsidiums</b> genauer darzustellen, aber dies habe auf der anderen Seite sehr große Schwierigkeiten. Man hätte deshalb zu prüfen, ob die Vorteile die großen Kosten aufwögen. Jedenfalls sei</p>	
--	--	--	--	--

			klar, dass die jetzige Organisation nicht fortbestehen könne. Er sei auch dafür, dass eine Deputation gebildet würde und diese schleunigst Bericht erstatte und wolle man das Gesetz nicht, so müsse man eine Alternative bieten. Es sei eine große Mehrheit im HdA vorhanden, die ernstlich die Selbstverwaltung anstrebe, aber er warne davor, einfach nur ablehnend zu handeln.	
31	Mi, 24.2.1875, Nr. 46 (PDF: 43)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [23.2.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die <b>landwirtschaftlichen Mittelschulen</b> , die mit Erteilung eines Qualifikationszeugnisses für den einjährigen Freiwilligendienst beim Reichskanzleramt gesichert werden sollen. V hoffe, dass das Reichskanzleramt diesem Wunsch nicht entspreche und kritisierte die landwirtschaftlichen Mittel- und Hochschulen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus.	vgl. Andree, Band 34, S. 41-50
32	Mi, 24.2.1875, Nr. 46 (PDF: 44-45)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 23. Feb.): Beraten wird der <b>Etat des Landwirtschaftsministeriums</b> und ferner eine Resolution, die im neuen Lehrplan nur entweder Englisch oder Französisch vorsieht und damit trotzdem den Erhalt zur Qualifikation für den einjährigen Dienst sichern möchte. V würde für den Antrag stimmen, wenn die Regierung verspräche, die Organisation der Mittelschulen nicht weiter zu verschleppen. An den <b>landwirtschaftlichen</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 41-50

			<p><b>Hochschulen</b> sei das Problem, dass die Studierenden ungenügend vorgebildet seien. Dies zwingt den Lehrer, sich dem untersten Niveau anzupassen. Bevor man keine Mittelschulen hatte, musste man alle zulassen. Dies Vorgehen sollte man nun dringend ändern. Grundsätzlich müssen man klären, wie der Lehrplan beschaffen sein sollte, welche Fächer in welchem Umfang gelehrt werden sollen und wie weit die jungen Leute vorgebildet sein sollen. V weist weiter darauf hin, wie abhängig die Akademien von bestimmten Lehrpersönlichkeiten seien. Auch die Lage sei entscheidend. Viele Institute lägen weit entfernt von jeder großen Stadt, was wiederum Wissenschaftler eher abschrecke, die den Kontakt mit anderen Wissenschaftlern suchten. Auch die ganz unterschiedlichen Organisationsstrukturen der einzelnen Schulen vom Kultusministerium über Landwirtschaftsministerium, zugeordneten Universitäten oder Selbstständigkeit gehörten dringend einheitlich geregelt.</p>	
33	Do, 25.2.1875, Nr. 47 (PDF: 48)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass im 3. Berliner Wahlbezirk am 26. Feb. eine <b>Wahlmännerversammlung</b> stattfindet bei der V einen Vortrag über den Gesetzentwurf zur <b>Verfassung der Provinz Berlin</b> halten wird.</p>	
34	Sa, 27.2.1875,	1. Beilage, S. 1,	<p><b>HdA</b> (20. Sitzung vom 26. Feb.): Kurzer Hinweis, dass V zu einer <b>Kommission</b></p>	kein Eintrag bei Andree



	Nr. 49 (PDF: 51)	3. Spalte unten	gehören wird, die <b>für die Vervollständigung der Bibliothek</b> sorgen und für ihre Benutzung ein Reglement entwerfen werde.	
35	Sa, 27.2.1875, Nr. 49 (PDF: 52)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Nochmals der Hinweis, dass V zu einer <b>Kommission</b> gehören wird, die für die <b>Vervollständigung der Bibliothek</b> sorgen und für ihre Benutzung ein Reglement entwerfen werde.	
36	So, 28.2.1875, Nr. 50 (PDF: 54)	S. 1, 2. Spalte mittig	Kurzer Auszug aus der „ <b>Kölner Zeitung</b> “, dass Vs Antrag (in der gegenwärtigen Session den <b>Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> dem Landtag vorzulegen) nichts weiter erreicht habe, als <b>Bismarck</b> zu verstimmen.	
37	So, 28.2.1875, Nr. 50 (PDF: 55-56)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	Lokales: Bericht von der <b>Wählerversammlung</b> des 3. Landtagswahlbezirkes am 26. Feb. V spricht über den Gesetzesentwurf zur <b>Verfassung der Provinz Berlin</b> . Er entwickelte im Vortrag seine Ansichten über die Vorlage und erklärte zunächst, dass es für das HdA wünschenswert wäre, wenn vernünftige Vorschläge aus dem Kreis der Berliner Bürgerschaft kämen. Er selbst sei kein begeisterter Anhänger der Vorlage. Wenn man diese aber unbefangen prüfe, so müsse man zu dem Resultat gelangen, dass der Schritt der Regierung Billigung verdiene. Es handle sich gegenwärtig zu-	

			<p>nächst um die <b>Provinzialordnung für die fünf östlichen Provinzen</b>, und da müsse man sich dafür entscheiden, ob die Stadt Berlin im Verbund mit der Provinz Brandenburg bleiben und mit derselbe alle Institutionen teile, oder ob sie eine besondere Organisation bilden solle. Die erste Alternative habe selbst bei den größten Gegnern der Vorlage keinen Anklang gefunden, da die Nachteile dieser Verbindung, wonach Berlin höchstens ein Steuerobjekt für die Provinz Brandenburg abgeben würde, auf der Hand liegen. Es handle sich darum, eine besondere Organisation zu finden, da Berlin als Stadt von den übrigen Teilen des Landes nicht losgelöst bestehen könne. Eine Organisation, die die Schwierigkeiten einer Verbindung Berlins mit seiner Umgegend beseitigen könne. Man habe die Eingemeindung der umliegenden Orte vorgeschlagen. Problem dabei sei die Finanzierung. Ebenso ungerecht aber, wie es sein würde, wenn man der Stadt durch die Eingemeindung neue Lasten aufbürden wolle, wäre es ebenso ungerecht, wenn man die benachbarten Gemeinden bei jeder neuen Vergrößerung zwingen wollte, Ausgaben für neue Anlagen zu machen. Es komme darauf an, die Ausgaben auf diejenigen zu verteilen, die wirklich davon betroffen sein werden. Es sei nun sehr schwierig, in dieser Beziehung einen annehmbaren</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Plan zu finden. Fest stehe, Berlin könne man nicht mehr für sich allein behandeln, ohne Rücksicht auf die nächste Umgegend. Die Ortschaften, die ihrem Interesse nach zu Berlin gehörten, müssten angeschlossen und eine Organisation bekommen für eine gemeinsame Verwaltung. V erklärte, dass er den Vorschlag der Regierung zur Bildung des Provinzial-Landtages von Berlin nicht für zweckmäßig erachte und dass er dem Gedanken den Vorzug gebe, die Berliner SVV durch entsprechende Ergänzung von Vertretern des Landkreises und Charlottenburgs als Provinzial-Landtag zu organisieren. Wenn aber die Bemühungen der Fortschrittspartei in dieser Richtung nicht durchdringen sollten, so würde er sich auch den Provinziallandtag der Regierung gefallen lassen. Ein Problem sei aber die unverhältnismäßig geringe Vertretung Berlins im Provinziallandtag. Der Landkreis wäre durch die Ortschaften gebildet, die Berlin umgeben und untereinander keine Konkurrenz haben. Eine Koalition einzelner Teile des Landkreises, um gewisse gemeinsame Zwecke zu erreichen, wäre also viel wahrscheinlicher als der umgekehrte Fall. Er halte aber dessen ungeachtet den Verteilungsmodus der Vorlage für ungerecht, weil er den Gegensatz von Stadt und Land beseitige und eine gleichmäßige Interessenver-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>tretung herstellen wolle. Er werde daher darauf drängen, dass die Zahl der Berliner Abgeordneten größer werde. Der Gedanke der Gesamtvertretung sei aber an sich gut, zumal eine Konkurrenz im großen Stil zwischen der Berliner SVV und dem Provinziallandtag schon deshalb nicht eintreten könne, weil der letztere nur einmal durch Verordnung einberufen werde. Für schwieriger erklärt V das Problem des Provinzialausschusses. Insbesondere spreche er sich bestimmt gegen die Vertretung des Oberbürgermeisters durch den Landrat des Landkreises aus. Auch die Stellung des Polizei-Präsidenten, der Chef der Polizeiverwaltung für die ganze Provinz werden solle, bemängle er. Er hoffe aber, dass schon in der allgemeinen Provinzialordnung dadurch Abhilfe geschaffen werde, dass man die Kompetenzen der ersten Abteilung der Regierungen teils auf die Provinzialausschüsse, teils auf den Oberpräsidenten verteilen werde. Dann würde auch der Polizei-Präsident von Berlin zu einer bescheidenen Rolle werden. Man dürfe allerdings nicht an unerreichbare Projekte wie die Übertragung der ganzen Polizeiverwaltung an die Gemeinde denken. V danke seinen Wählern für das ausgesprochene Vertrauen, auf das er einen umso größeren Wert lege, da er aus der Übereinstimmung mit seinen Mitbür-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>gern eine Stärkung seiner Wirksamkeit erhoffe. Wenn geltend gemacht worden sei, es wäre besser, noch ein Jahr mit dem Gesetzentwurf zu warten, wenn nicht die wünschenswerte Verbesserung durchgesetzt werden könne, so habe die <b>Fortschrittspartei</b> bereits erklärt, dass man die Provinzial-Ordnung verwerfe, wenn die Reformgesetze nicht gleichzeitig auf die westlichen Provinzen ausgedehnt würden, da man den Einwand nicht gelten lassen könne, dass der <b>Kulturkampf</b> dazu nötige, diesen Landesteilen die Wohltat der Gesetzgebung noch länger vorzuenthalten. Die Fortschrittspartei gehe davon aus, dass der religiöse Kampf auf das religiöse Gebiet zu begrenzen sei. Man dürfe die politischen Rechte auch denjenigen nicht vorenthalten, die in religiösen Fragen anderer Meinung seien. Man wolle lieber noch ein Jahr zu warten, unter der Voraussetzung, dass im nächsten Jahr alle Provinzen an der Gesetzgebung teilnähmen. Die Strömung in den Kommissionen und im HdA gingen aber dahin, die Reformgesetze für die östlichen Provinzen schon jetzt zum Abschluss zu bringen, dass man gezwungen sein werde, mit diesen Tatsachen zu rechnen. Abschließend versicherte V, dass man bemüht sei, auch weitergehende Zugeständnisse zu machen, um zu einer Verbesserung der Vorlagen zu kommen.</p>	
--	--	--	--	--

38	Di, 2.3.1875, Nr. 51 (PDF: 2)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [1.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Bewilligung einer ersten Rate von 450.000 Mark für den Neubau eines Gebäudes für die <b>Gewerbeakademie</b> . V äußert Bedenken an dem Bauplatz. Er beantragt zusammen mit einem anderen Abgeordneten die Vorberatung in der <b>Budgetkommission</b> .	vgl. Andree, Band 34, S. 50-55
39	Di, 2.3.1875, Nr. 51 (PDF: 4 u. 5)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (21 .Sitzung vom 1. März): Thema ist die Bewilligung einer ersten Rate von 450.000 Mark für den Neubau eines Gebäudes für die <b>Gewerbeakademie</b> . V äußert Bedenken an dem Bauplatz. Er beantragt zusammen mit einem anderen Abgeordneten die Vorberatung in der <b>Budgetkommission</b> . Nach V kommt der Handelsminister, gedrängt von allen Seiten, immer wieder dazu, Pläne, die er hatte, aufzugeben. Er verschlinge, wie Saturn, seine eigenen Kinder. Das <b>Gewerbemuseum</b> verschwinde, an seine Stelle trete die Gewerbeakademie. Und nun leide die Budgetkommission darunter, dass ihr aufgrund der Beratungen anderer Kommissionen die besten Mitglieder entzogen würden. Von der Regierung gebe es mittlerweile eine Aufstellung der staatlichen Grundstücke, so dass man eine geeignete Wahl für die Gewerbeakademie im Herzen der Stadt treffen könne. Da die Situation für die Akademie so drängend sei, könne man kurzfristig auch über eine	vgl. Andree, Band 34, S. 50-55

			Anmietung nachdenken. Die der Akademie gegenüberliegenden Lagerräume stünden wohl dafür zur Verfügung, abschließend wird Vs Antrag angenommen.	
40	Sa, 6.3.1875, Nr. 55 (PDF: 9)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [5.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Erneut wird über die <b>Gewerbeakademie</b> debattiert. V kritisierte den Handelsminister und warf ihm vor, dass dessen Pläne an Unklarheit leiden würden.	vgl. Andree, Band 34, S. 56-60
41	Sa, 6.3.1875, Nr. 55 (PDF: 10)	S. 2, 3. Spalte mittig	Nur kurze Erwähnung von Vs Antrag bezüglich der <b>Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> im Zusammenhang mit der Tätigkeit der zuständigen Kommission.	
42	Sa, 6.3.1875, Nr. 55 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (23. Sitzung vom 5. März): Erneut wird über die <b>Gewerbeakademie</b> debattiert. V kritisiert, dass die Regierung sich Gelder für Bauten bewilligen lasse und sich dann nicht an die Pläne halte. Die vorgesehenen Pläne halte er für wenig sinnvoll. Er empfehle den Vorschlag der <b>Budgetkommission</b> , die Vorderseite der Akademie an die <b>Königgrätzer Straße</b> zu stellen.	vgl. Andree, Band 34, S. 56-60
43	Sa, 6.3.1875, Nr. 55 (PDF: 13 u. 14)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. März; Schluss): Thema ist erneut die <b>Provinz Berlin</b> . Nach Vs Meinung kämen alle entwickelten Ideen ziemlich auf dasselbe hinaus. Er glaube deshalb, dass sich die Versammlung den Deputationsvorschlägen anschließe. Komme das Gesetz nicht zustande, dann könne die Kommune weiter	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			als Kommune handeln. Allerdings wisse er nicht, was der Lokalausschuss für eine Bedeutung habe und empfehle, dazu nur allgemeine Beschlüsse zu fassen und die Details der Deputation zu überlassen. Er wende sich auch dagegen, dass bereits Beschlüsse über die <b>Inkommunalisierung</b> gefasst würden. Die Ausgestaltung der Gemeindegrenzen solle man dieser im Sinne der Selbstentwicklung selbst überlassen.	
44	Mi, 10.3.1875, Nr. 56 (PDF:17 )	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [9.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V wird lediglich als Referent der <b>Budgetkommission</b> erwähnt.	vgl. Andree, Band 34, S. 61-82
45	Mi, 10.3.1875, Nr. 56 (PDF: 19 u. 20)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (25. Sitzung vom 9. März): Thema ist der Etat des Kultusministeriums, im speziellen die <b>Universitäten</b> . V nimmt als Referent der <b>Budgetkommission</b> Stellung zu den im Etat vorgesehenen vier neuen <b>Ordinariaten</b> und zwei Extraordinariaten <b>in Geographie</b> . Hier habe die Regierung eigenmächtig entschieden, ohne den Lehrkörper in die Entscheidung miteinzubeziehen. Ferner äußert er Sorge über die Qualität der berufenen Personen, da die Geographie ein so umfangreiches Fach sei und er sich frage, ob die gewählten Personen ausreichend qualifiziert seien. Auch die Bedarfsermittlung stellt er in Frage. Hier wäre eine unabhängige Person als Informationsgeber für den Minister sinnvoll. Im Falle der neugeschaf-	vgl. Andree, Band 34, S. 61-82



			<p>fenen Ordinariate plädiert V dafür, dass diese, im Falle des Todes des ersten Ordinarius bestehen bleiben würden. Abschließend spricht er im Namen der Budgetkommission die freudige Genugtuung darüber aus, dass der Unterrichtsminister dem Finanzminister eine solch große Summe für den höheren Unterricht abringen konnte.</p> <p>Weiter:</p> <p>Es geht um die Besetzung der <b>theologischen Professur in Bonn</b>. Hierüber, so V, solle man nicht im Rahmen des Budgets entscheiden. Man müsse generell prüfen, ob die Haltung der Regierung gegenüber den theologischen Fakultäten noch haltbar sei. Schließlich könne die päpstliche <b>Dogmatik nicht Gegenstand des Staatsunterrichtes</b> sein. Wenn es eigene katholische Hochschulen gäbe, sei das akzeptabel, aber nicht im Rahmen einer staatlichen Organisation. Der Vorschlag eines Abgeordneten, wenn alle katholisch würden, gebe es keinen Streit, weist V von der Hand. Es habe in der Geschichte der katholischen Kirche immer wieder Auflösungen, Veränderungen und Abspaltungen gegeben. Die von einem anderen Redner vorgeschlagene Ausdehnung des an der Universität gelehrt auf alles, was wissenschaftlich behandelt werden könne, lehnt V ab. Dies sei weder zeitlich noch qualitativ realisierbar.</p>	
--	--	--	--	--

46	Do, 11.3.1875, Nr. 57 (PDF: 23)	S. 1, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Im Rahmen der Darlegung des <b>Verhältnisses der Staatsregierung zum Altkatholizismus</b> kennzeichnet V den Standpunkt der <b>Fortschrittspartei</b> in Bezug auf die Alt- und Neukatholiken mit Betonung des Prinzips der individuellen Freiheit. Die freiheitliche und auch patriotische Ausrichtung der Partei sei dabei gut hervorgehoben worden.	vgl. Andree, Band 34, S. 82-89
47	Do, 11.3.1875, Nr. 57 (PDF: 25 u. 26-27)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten ff.	<b>HdA</b> (26. Sitzung vom 10. März): Debat- tiert wird über den Gesetzentwurf zu den <b>Rechten der altkatholischen Kirchengemeinden an dem kirchlichen Vermögen</b> . V steht auf der Rednerliste für den Antrag. Er halte das Gesetz für ein Provi- sorium. Die Vorlage sei verbesserungs- würdig, aber man könne ihr zustimmen. Er würde dies auch auf die Gefahr hin tun, seinen Wahlkreis im Rheinland nicht wieder zu erlangen. Er habe generell sein Abstimmungsverhalten nie von solchen Rücksichten abhängig gemacht und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Es habe ihn überrascht, dass <b>Bismarck</b> nach dem Vatikanum noch geglaubt habe, mit der römisch-katholischen Kirche Kontakt halten zu können, er sei damals schon weiter gewesen. Heute sei man über- zeugt, dass mit Rom nicht auszukommen sei und man sei auf dem Wege, sich mit der katholischen Kirche auseinanderzu-	vgl. Andree, Band 34, S. 82-89

			<p>setzen, was er bei jedem Schritt unterstütze. Als man das Wort römisch-katholische Kirche in die Verfassung geschrieben habe, sei der Papst noch ein Herrscher gewesen und es habe eine bestimmte Anzahl von Dogmen gegeben. Nach 1870 sei nun der Kirchenstaat beseitigt. Solle man nun verpflichtet sein, jede Neuerung, die die Jesuiten einführen, als Bestandteil der Kirche zu übernehmen? Dies sei eine Zumutung, die sich auch die allerchristlichen Majestäten in Frankreich nicht gefallen lassen würden. Wenn man sich nun gegen ein Staatsgesetz stelle habe man nur zwei Möglichkeiten: Entweder man wandere aus oder man empöre sich. Ansonsten sei dieses Gesetz nur eine Etappe auf dem Weg zur Gewissensfreiheit.</p>	
48	<p>Sa, 13.3.1875, Nr. 59 (PDF: 29)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [12.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema sind die <i>Präparanden-Anstalten</i>. V habe die Diskussion wieder auf praktische Wege zurückgebracht und legte die Notwendigkeit dar, dass Geistliche und Lehrer sich wenigstens die fundamentalen Kenntnisse der Naturwissenschaften aneigneten.</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 90-92</p> <p><i>Präparanden-Anstalten</i>: untere Stufe der Volksschullehrerausbildung; bereitet auf den Besuch der Lehrerseminare vor</p>
49	<p>Sa,</p>	<p>1. Beilage,</p>	<p><b>HdA</b> (28. Sitzung vom 12. März): V</p>	<p>vgl. Andree,</p>

	13.3.1875, Nr. 59 (PDF: 32 u. 33)	S. 3, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	könne bei seiner ohnehin schon reichlichen Beschäftigung nicht auch noch an der biblischen Geschichte für <b>katholische Volksschulen</b> mitarbeiten. Auch wenn solch eine Arbeit wichtig wäre, um die biblische Geschichte mit dem Prinzip der historischen und philologischen Kritik und den Naturwissenschaften in Einklang zu bringen, damit sie den Namen „Geschichte“ zu führen verdiene. Die Lehrmittel der Schule müssten den Grundlagen des Denkens und den Ergebnissen der Naturwissenschaften entsprechen.  Weiter: V spricht sich gegen eine Förderung der <b>ländlichen Fortbildungsschulen</b> aus, da dieser Begriff noch in der Schwebelage.	Band 34, S. 90-92
50	So, 14.3.1875, Nr. 60 (PDF: 34)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [13.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> (Abendsitzung): V habe dem Haus eine sehr lange Rolle gezeigt, die farblich gekennzeichnet alle Grundstücke der Stadt Berlin zeige, die im Staatsbesitz seien; dies diene dem Hause zur Kontrolle der Bauprojekte.  Weiter sprach V über die <b>Umwandlung der großen wissenschaftlichen Sammlungen aus Universitätsinstituten in Zentralinstitute für gelehrte Studien.</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 92-137
51	So, 14.3.1875, Nr. 60	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte	<b>HdA</b> (29. Sitzung vom 13. März): Thema ist der Zuschuss zur <b>Akademie der Künste</b> . Im Gegensatz zur früheren Plan-	vgl. Andree, Band 34, S. 92-137

	(PDF: 35 u. 36)	mittig	<p>losigkeit habe die Regierung diesmal in Bezug auf die Kunstakademie Erläuterungen zum Etat gemacht und ein provisorisches Statut vorgelegt, so V. Dieses Statut sei zwar sehr kompliziert, lasse aber viel Raum für Entwicklungen. Die Akademie solle danach aus einer akademischen Mitgliederversammlung bestehen, die aus den Vertretern der verschiedenen Sparten besetzt werde. Man könne überlegen, ob man nicht nur den Künstlern selber, sondern auch den Kunstgelehrten und Kunsthistorikern Zugang ermögliche, so wie in Paris. Es beständen zwei Gruppen: die eine für die bildenden Künste, die andere für Musik. Daneben beständen nun die praktischen Kunstschulen, ebenfalls mit den beiden Sparten. Diese beiden Gruppen lägen so weit auseinander, dass sie auch räumlich nicht miteinander verbunden sein müssten. Die geforderte Qualifikation der Schüler zum einjährig-freiwilligen Dienst hält V weder im Kunst- noch im Musikbereich für nötig. Eine ungerechte Beschränkung sei es aber, wenn nur Männer die Kunsthochschulen besuchen könnten. Im Bereich der Musik werden die <b>Möglichkeiten von Frauen</b> bereits reichlich genutzt. Man könne vielleicht zweifeln, ob Frauen so hervorragende Genies in dem Bereich hervorbringen könnten, aber man müsse zumindest den Zugang ermöglichen. Dies</p>	<p>in der VZ wird nicht annähernd im tatsächlichen Ausmaß über die Reden berichtet</p>
--	-----------------	--------	---	--

			<p>solle man besonders vor dem Hintergrund berücksichtigen, dass größere bauliche Planungen anstünden. Weiter geht es um Zuschüsse für die <b>Kunstmuseen</b>. V erinnert daran, dass, trotz einer Aufforderung, die Regierung die Verhältnisse zwischen den Abteilungsdirektoren und dem Sachverständigenkollegium nicht geklärt habe. Ohne neue Strukturen in den Abteilungen könne das <b>Gewerbemuseum</b> nicht vernünftig wachsen. Im Rahmen der Zuschüsse für Kunst und wissenschaftliche Anstalten, Sammlungen und Vereine warnt V davor, dass der Sitz des <b>geodätischen Instituts</b> zur europäischen Gradmessung aus Mangel an einem Dienstlokal ins europäische Ausland abwandern könne. Ferner sei die Stellung des chemischen Laboratoriums unter <b>Fresenius</b> gefährdet, da es nur wenige Staatszuschüsse bekomme. Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer bemerkt V, dass die 8400 evangelischen Geistlichen über 26 Mio. Mark verdienten. Diese große Summe würde aber nicht gleichmäßig verteilt, sondern den Löwenanteil bekämen einige wenige, der Rest hätte nur ein knappes Auskommen. Er sei der Meinung, dass der Staat keine Verpflichtung habe für rein kirchliche Dinge die Mittel der Gesamtheit zu verwenden. Da er aber dem Kultusminister keine Schwierigkeiten</p>	
--	--	--	--	--

			machen wolle, werde er für die Vorlage stimmen.	
52	So, 14.3.1875, Nr. 60 (PDF: 37)	Sonntags- beilage, S. 4	Kunst, Wissenschaft und Literatur: <b>Zeitschrift für Ethnologie</b> . Es wird nur kurz erwähnt, dass die Zeitschrift unter Mitwirkung Vs herausgegeben wird	
53	Di, 16.3.1875, Nr. 61 (PDF: 39) (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f. u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (30. Abend-Sitzung vom 13. März): Thema ist der <b>Bau eines Friedhofes am Dom</b> . V referiert für die <b>Budgetkommission</b> und erklärt, diese habe sich mit dem vorgelegten Plan einverstanden erklärt. Im Rahmen des Ausbaus der Universität erklärt V, dass diese sich immer gegen die Errichtung eines naturwissenschaftlichen Museums in der alten Eisengießerei ausgesprochen habe. <b>HdA</b> (31. Sitzung vom 15.3.1875): Thema ist der Etat der Gestütsverwaltung. Es liegt eine Petition des Magistrats zu <b>Tost</b> vor, die <b>Stationierung eines Landesgestüts</b> eben dort vorzunehmen. Die <b>Budgetkommission</b> beantragt, den Etat für erledigt zu erklären. V erklärt, man habe in der Kommission nicht weiter gehen können, weil die Militärverwaltung nicht mehr rein preußisch sei.	vgl. Andree, Band 34, S. 120-124 u. S. 137-138
54	Sa, 20.3.1875, Nr. 65 (PDF: 46)	3. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 18. März; Schluss): Thema ist die <b>Mietentschädigung</b> für den <b>Direktor Runge</b> der <b>Friedrichs-Realschule</b> . V spricht sich dafür aus.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
55	So, 21.3.1875, Nr. 66	S. 1, 2. Spalte unten u.	Zusammenfassung der gestrigen [20.3.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : es wird erwähnt, dass V beantragt habe, die <b>Pro-</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 138-140

	(PDF: 49)	3. Spalte mitte	<b>vinzialordnung</b> und sonstige Verwaltungsreformen auch auf Rheinland-Westfalen auszudehnen. Dieser Antrag wird angenommen.	s. a. 23.3.1875
56	So, 21.3.1875, Nr. 66 (PDF: 50)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben u. mittig	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 20. März): V beantragt, die <b>Provinzialordnung</b> und sonstige Verwaltungsreformen auch auf Rheinland-Westfalen auszudehnen. Die Abstimmung dazu wird nicht erwähnt. Weiter geht es um die <b>Ernennung eines Kreishauptmannes</b> zu einem Amtshauptmann. Hier sei zu klären, wie es sich mit dem alten Amt verhalte. V beantragt, diesen Gegenstand von der Tagesordnung zu nehmen, weil die Wahl beanstandet sei und man ein Mandat nicht für gültig erklären könne, dessen Gültigkeit noch gar nicht anerkannt sei. Sein Antrag wird abgelehnt.	vgl. Andree, Band 34, S. 138-140
57	Di, 23.3.1875, Nr. 69 (PDF: 52)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Hier wird Vs Antrag, die <b>Provinzialordnung</b> und sonstige Verwaltungsreformen auch auf <b>Rheinland-Westfalen</b> auszudehnen nochmals abgedruckt, welche von 67 Abgeordneten der <b>Fortschrittspartei</b> unterstützt wird. Ergänzt ist die Anfrage an die Regierung, ob diese in dieser oder in der nächsten Session dazu Stellung nehmen möchte.	vgl. Andree, Band 34, S. 138-139  s. a. 6.4.1875
58	Sa, 3.4.1875, Nr. 77 (PDF: 4)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. April; Schluss): Thema ist der Ankauf eines Grundstückes zur Anlage einer <b>Pumpstation</b> . V ist nur kurz als Sachverständiger erwähnt.	nichts bei Andree



59	Di, 6.4.1875, Nr. 79 (PDF: 6)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [5.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V frage die Regierung, ob diese in dieser oder in der nächsten Session Stellung dazu nehmen wolle, die <b>Provinzialordnung</b> und sonstige Verwaltungsreformen auch auf <b>Rheinland-Westfalen</b> auszudehnen. Es sei eine patriotische Pflicht des Hauses, die Regierung zu jener Reform zu veranlassen. Weiter hat V noch eine Bemerkung zum Reichsimpfgesetz gemacht.	vgl. Andree, Band 34, S. 140-146  s .a. 8.4.1875
60	Di, 6.4.1875, Nr. 79 (PDF: 7)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 2. Spalte	<b>HdA</b> (36. Sitzung vom 5. April): V frage die Regierung, ob diese in dieser oder in der nächsten Session Stellung dazu nehmen wolle, die <b>Provinzialordnung</b> und sonstige Verwaltungsreformen auch auf <b>Rheinland-Westfalen</b> auszudehnen. Es gäbe bis jetzt immer noch keine Äußerung der Regierung dazu, obwohl man jetzt direkt vor der Beratung der Provinzialordnung stünde. Gedenke die Regierung nichts zu tun, würde man selbst tätig werden. Zwar habe das Haus in dieser Session viel Arbeit vor sich, aber den Etat habe man sehr schnell durchberaten, die Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen sei nun auch noch zu schaffen. Man sei immerhin so bescheiden, dass man der Regierung auch die Vertagung der Angelegenheit auf die nächste Session ermögliche. Nur eine definitive Erklärung sei jetzt eben nötig. Man dürfe das nicht als Opposition gegen das Ministeri-	vgl. Andree, Band 34, S. 140-146

			um sehen, sondern als Schritt, sich über die Absichten der Regierung im Klaren zu sein. Dies sei eine patriotische Pflicht des Hauses. Wenn man auf Schwierigkeiten stoßen sollte, müsse man alles daran setzen, die nächste Session nicht vorübergehen zu lassen, ohne den Westen an die Organisation des Ostens anzuschließen. Zum <b>Reichsimpfgesetz</b> sagt V, dass eine Reorganisation des gesamten Medizinalwesens dringend nötig sei und dass es für die Impfärzte normierte Ansprüche an die Kreise gebe. Er schlage vor, das Gesetz in einer zweiten Lesung vor das Plenum zu bringen.	
61	Mi, 7.4.1875, Nr. 80 (PDF: 10)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [6.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Einstellung von Leistungen aus Staatsmitteln für bestimmte Diözesen ( <b>Sperrgesetz</b> ). V stelle die Zentrumsleute nicht als Märtyrer des Dogmas, sondern als blindgehorsamen Dienst eines Soldaten der <i>ecclesia militans</i> dar.	vgl. Andree, Band 34, S. 147-154  <i>ecclesia militans</i> : ein Teil der Gemeinschaft aller Gläubigen der christlichen Kirche; streitende Kirche, die aus den jetzt lebenden Christen besteht
62	Mi, 7.4.1875,	1. Beilage, S. 3,	<b>HdA</b> (37. Sitzung vom 6. April): Thema ist die Einstellung von Leistungen aus	vgl. Andree, Band 34,

	<p>Nr. 80 (PDF: 13)</p>	<p>2. Spalte</p>	<p>Staatsmittel für bestimmte Diözesen (<b>Sperrgesetz</b>). V ist der Meinung, man solle nun die falsche Position, in der sich die katholische Kirche als privilegierte Religionsgemeinschaft in Preußen befände, beseitigen. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses werde darunter nicht leiden. Auch auf dem Wege der Verfassung bliebe ein Gebiet, in das der Staat nicht eingreifen könne. Problem daran sei, dass sowohl der Staat als auch die Kirche für sich beanspruchten, die jeweilige Grenze zu ziehen. Die Kirche habe dieses Vorgehen gegenüber der Wissenschaft versucht, aber ohne Erfolg und V hoffe, dass der <b>Streit zwischen Staat und Kirche</b> den gleichen Ausgang nehmen werde. Denn die Hilfsmittel, auf die spekuliert würde, seien die Unwissenheit und die Leichtgläubigkeit. Dieses Gesetz würde den innerlichen Glauben nicht berühren und nur diejenigen fühlten sich verletzt, die als unterwürfige Diener der Kirche agierten, als willenslose Werkzeuge der <b>ecclesia militans</b>. Zwar sei die eingeschlagene Bahn nicht ideal, aber man hoffe, die Dogmatik aus der klerikalen Organisation zu befreien. Die von anderer Seite verlangte <b>Gleichberechtigung aller Konfessionen</b> verlange, dass es keine Pakte mit einzelnen Vorständen gebe. Wenn die katholische Kirche auf ihre privilegierte Stellung verzichte, sei</p>	<p>S. 147-154</p>
--	-----------------------------	------------------	---	-------------------

			hoffentlich wieder eine Verständigung möglich. Die Bevölkerung werde sich nicht dauerhaft diesen Zustand gefallen lassen.	
63	Do, 8.4.1875, Nr. 81 (PDF: 15)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [7.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V habe einige praktische Bemerkungen zum <b>Reichsimpfgesetz</b> gemacht.	vgl. Andree, Band 34, S. 154-158
64	Do, 8.4.1875, Nr. 81 (PDF: 17)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (38. Sitzung vom 7. April): Die Ausführungen Vs zum <b>Reichsimpfgesetz</b> sind nicht abgedruckt. Es wird lediglich erwähnt, dass V beantragt hat, die Fassung des Herrenhauses zum Reichsimpfgesetz wieder herzustellen. Dies wird mit großer Mehrheit angenommen.	vgl. Andree, Band 34, S. 154-158
65	Do, 8.4.1875, Nr. 81 (PDF: 18)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über eine <b>Wahlmännerversammlung</b> des 3. Berliner Landtagswahlbezirks. Ein Stadtverordneter erklärt, dass V einen bestimmten Kandidaten zur Wahl empfohlen habe. Dies sei nach Angaben der VZ aber nicht korrekt. V habe keinerlei Auftrag erteilt, zu Gunsten oder Ungunsten eines Kandidaten zu stimmen.	
66	Fr, 9.4.1875, Nr. 82 (PDF: 19)	S. 1, 1. Spalte, mittig	Zusammenfassung der gestrigen [8.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war erneut die <b>Provinzialordnung</b> . Es galt abzustimmen über eine mögliche <b>Teilung der Provinz Preußen</b> , was abgelehnt wurde. V fand das Material, was zur Teilungsfrage vorgelegen habe, ungenügend. Man müsse sich nicht jetzt, sondern könne auch nach erfolgter Dotation der Pro-	vgl. Andree, Band 34, S. 158-168

			vinzen auf die Sache zurückkommen.	
67	Fr, 9.4.1875, Nr. 82 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 8. April): Thema war erneut die <b>Provinzialordnung</b> . Es galt abzustimmen über eine mögliche <b>Teilung der Provinz Preußen</b> , was abgelehnt wurde. V fand das Material, was zur Teilungsfrage vorgelegen habe, ungenügend. Man müsse sich nicht jetzt, sondern könne auch nach erfolgter Dotation der Provinzen auf die Sache zurückkommen. Die angeblich große Distanz zu den Verwaltungsbezirken könne nicht als Grund gelten. Dieses Problem stelle sich in vielen Provinzen, darunter auch Brandenburg. V sprach sich gegen eine sofortige Entscheidung aus, solange nicht mehr Material vorliege.	vgl. Andree, Band 34, S. 158-168
68	Sa, 10.4.1875, Nr. 83 (PDF: 24 u. 25)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3	<b>HdA</b> (40. Sitzung vom 9. April): Thema ist die <b>Vertretung und Verwaltung der Provinzialverbände</b> . V bringt zusammen mit dem Abg. <b>Richter</b> ein Amendement ein und gebe zu bedenken, dass es sich bei der Vertretung der Städte auf den Kreistagen lediglich um lokale Interessen handle, auf den Provinziallandtagen kläre man allgemeine Frage. Wenn nun zu viele Magistratsmitglieder in die SVV kämen, würde dies unter Umständen die wirklichen Anschauungen der Stadtgemeinde verfälschen. Man müsse bei einer künftigen <b>Städteordnung</b> darauf Rücksicht nehmen.	vgl. Andree, Band 34, S. 168-170
69	So,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	11.4.1875, Nr. 84 (PDF: 26)	3. Spalte mittig	[10.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Provinzialordnung</b> . Die Frage, ob sich die Bürokratie wieder in der neuen Verwaltung einnisten dürfe, lehnt der Abg. <b>Richter</b> im Rahmen eines Antrages ab, dem sich auch V anschließt, um der Selbstverwaltung einen guten Boden zu bereiten.	Band 34, S. 170-176
70	So, 11.4.1875, Nr. 84 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (41. Sitzung vom 10. April): Thema ist die <b>Wählbarkeit zum Provinziallandtag</b> . Liebe man die Verwaltungsbeamten zum Provinziallandtag zu, so V, so müsse man diese auch zu den Provinzial- und Bezirksausschüssen zulassen. Dadurch würde man das <b>Prinzip der Selbstverwaltung</b> verfälschen. Man wolle besonders die Beamten fernhalten, die unter dem Druck und Einfluss der Regierung stünden, da diese zu sehr daran gewöhnt seien, nach der Meinung des Ministers zu stimmen und nicht nach ihrer eigenen. Die Selbstverwaltung müsse vor jeder Verunreinigung bewahrt werden.	vgl. Andree, Band 34, S. 170-176
71	So, 11.4.1875, Nr. 84 (PDF: 29)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	Anzeige: Es handelt sich um einen Aufruf zu <b>Spenden</b> für ein <b>Ehrengeschenk für Arnold Ruge</b> . Dieser habe „für die höchsten Güter der Nation auf philosophischem und politischem Gebiete tapfer und erfolgreich“ gekämpft. Auch Gefängnis und Entbehrungen hätten ihn nicht abgeschreckt, weiter diesen Weg zu beschreiten. Ruge habe immer die Denkfreiheit unterstützt und habe mit seinen	<i>Ruge, Arnold</i> : *1802, †1880; Bruder von Vs Schwager; Phi- losoph der äu- ßersten Lin- ken, ab 1850 in England

			Halleschen und Deutschen Jahrbüchern den Weg bereitet. Er habe sein ganzes Leben lang als Agitator und Journalist, als Philosoph und Politiker am Aufbau des Staates mitgearbeitet. Zwar gebe es aufgrund stetiger Tätigkeit keine augenblicklichen Sorgen, aber man wolle ihm Ruhe und Erholung verschaffen. V ist Mitunterzeichner.	
72	Di, 13.4.1875, Nr. 85 (PDF: 32)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben u. mittig	<b>HdA</b> (42 .Sitzung vom 12. April): Thema ist erneut die <b>Wählbarkeit zum Provinziallandtag</b> . V beantragt, bestimmte Personen und Amtsvertreter von der Wählbarkeit auszuschließen, dies wird aber abgelehnt.	vgl. Andree, Band 34, S. 177-181
73	Di, 13.4.1875, Nr. 85 (PDF: 33)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte unten	Vermischtes: Bericht darüber, dass V vor einigen Tagen, um den Klerikalen zu beweisen, dass noch alle Tage Wunder geschehen würden, ein Fläschchen „ <b>Wunderblut</b> “ mitgebracht und Fettstückchen damit übergossen habe. Dies sollte den <b>Wilsnacker Hostien</b> von 1383 gleichen. V habe dieses Wunder in seiner eigenen Küche entdeckt.	<i>Wilsnack</i> : liegt im Nordwesten Brandenburgs; ehem. Wallfahrtskirche Wunderblutkirche St. Nikolai
74	Sa, 17.4.1875, Nr. 89 (PDF: 46)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [16.4.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V habe eine denkwürdige Rede über die <b>Stellung der katholischen Kirche zur Kultur</b> vor und nach dem 13. Jahrhundert gehalten. Ferner habe er mit anderen zusammen für die Weglassung des Passus „die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religi-	vgl. Andree, Band 34, S. 182-194

			ongesellschaften regelt sich nach den Gesetzen des Staates“ gestimmt.	
75	Sa, 17.4.1875, Nr. 89 (PDF: 47 u. 50)	S. 4, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 16. April): V beantragt mit anderen zusammen die Weglassung des Passus „die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religionsgesellschaften regelt sich nach den Gesetzen des Staates“. V wendet sich mit harter Kritik gegen die Anhänger des Zentrums, die den Wert der Verfassung nur an dem ausstehenden Passus bemessen würden und diesen auch gerne in der Reichsverfassung sehen würden. Er fürchte, dass nach Aufhebung des Passus das Zentrum die Verfassung gänzlich ruinieren werde. Sie würden Verfassungsartikel aufheben, wie es ihnen passe, diese würden aber als <b>Leichensteine früherer Torheiten der Gesetzgebung</b> stehen bleiben. Da aus dem Wesen der katholischen Kirche das Bestreben entspringe, jede sich entgegennetzende Schranke einzureißen, müsse man diese aus der Verfassung beseitigen. Die Befürchtung, dass durch die ursprüngliche Aufnahme dieses Passus in die Verfassung der Atheismus zunehme, habe sich nicht bewahrheitet, der <b>Ultramontanismus</b> habe eher davon profitiert. Er hoffe, dass die religiöse und staatsbürgerliche Freiheit nun zunehme, wenn der Einfluss der Kirche abnehme. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Kirche die	vgl. Andree, Band 34, S. 182-194



			Trägerin der Kultur war, aber mit Eintritt der Wissenschaft aus dem Morgenland kam die Trennung und später auch der offene Gegensatz. Die Gegenwart verlange nach Garantien für die jetzige und nachkommende Welt, frei vom Papsttum, damit die Kirche keinen Einfluss mehr ausüben kann im Bereich der Bildung in bestimmten Schichten. Gerne hätte man auch den Passus gestrichen, dass die <b>Leitung des Religionsunterrichts nicht mehr in den Händen der Religionsgesellschaften</b> liege. Davon habe man aber im Interesse der Einigkeit der regierungsfreundlichen Parteien Abstand genommen. Einem Gesetz über die <b>Wahl von Bischöfen</b> erteilte V eine Absage. Dies könne die Kirche auch in ihren Kreisen regeln. Abschließend wird der Antrag zur Streichung des Passus angenommen.	
76	So, 18.4.1875, Nr. 90 (PDF: 4 u. 5)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (47. Sitzung vom 17. April): Thema ist erneut die <b>Provinzialordnung</b> . Nach der Debatte wird namentlich abgestimmt. V stimmt für die Provinzialordnung. V beantragt dazu noch, dass in der nächsten Session ein Gesetzentwurf aufgelegt werde, um die <b>Landgemeinde-Ordnung</b> zu regeln.	vgl. Andree, Band 34, S. 194-195  s. a. 23.4.1875
77	Fr, 23.4.1875, Nr. 93 (PDF: 15)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Nochmal das namentliche Ergebnis der Abstimmung zur <b>Provinzialordnung</b> . V hat dafür gestimmt.	
78	Fr,	2. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. April): Thema ist	nichts bei

	23.4.1875, Nr. 93 (PDF: 16)	S. 1, 2. Spalte mittig	die mietfreie <b>Überlassung von Räumen an einen Aquarienfabrikanten</b> . V stimmt für diesen Antrag, da der Unternehmer schon erhebliche Zugeständnisse gemacht habe. Der Antrag wird angenommen.	Andree
79	So, 9.5.1875, Nr. 106 (PDF: 27)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [8.5.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V hat ein Amendement eingebracht, diejenigen Orden und Glaubenskongregationen der katholischen Kirche aus dem <b>Klostergesetz</b> auszuschließen, die ihre Mitglieder durch Gelübde oder Eide binden würden. V wolle damit die Möglichkeit schaffen, dass sich ungefährlichere Organisationen bilden könnten. Dem „ <b>Kriechen vor Bismarck</b> “ erteilte er eine deutliche Absage. Er habe schon lange, bevor Bismarck an der Spitze des Ministeriums stand, in der Klosterdiskussion die gleichen Anschauungen gehabt wie heute. Sein Antrag wird aber abgelehnt.	vgl. Andree, Band 34, S. 198-209
80	So, 9.5.1875, Nr. 106 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (64. Sitzung vom 8. Mai): V räumt ein, dass momentan nur eine geringe Gefahr für den Staat von den Orden ausgehe, aber die Geschichte der Kirche zeige, dass sich ein zunächst unschuldige Sache in gefährliche Operationen wandeln könne. Anhand geschichtlicher Fakten zeige sich, dass die Benediktiner, als kulturfreundlicher Orden mit Hinwendung zur Wissenschaft, die Gunst der Kirche verloren habe und dass mit dem Dominika-	vgl. Andree, Band 34, S. 198-209

			<p>nerorden die Zensur Einzug gehalten habe und damit <b>Formalismus und Unterdrückung einer freien Geisteshaltung</b>. Das Klosterwesen als solches könne man deshalb nicht als Bestandteil der modernen Kulturentwicklung akzeptieren. Man könne die gegenwärtigen Orden nicht als freie Organisationen bezeichnen, sondern diese seien mit ihrer Abrichtung auf Gehorsam Werkzeuge der Hierarchie. Die Regierung werde die Bildung ähnlicher, aber unabhängiger Gesellschaften, die innerhalb der Staatsgesetze agieren, nicht verhindern können. Man könne dann nur Vereine zur Gegenwirkung gründen.</p> <p>Auch Orden, die nützlich gewirkt hätten, hätten anderswo Schaden angerichtet. V geht auf Orden ein, die in der Krankenpflege gute Arbeit geleistet hätten, aber langfristig weltlicher Verwaltung unterstellt werden mussten. Wenn man an der Kultur teilnehmen wolle, dann nicht wegen dieser Orden oder durch die Orden, sondern trotz der Orden. Abschließend geht V auf die Bemerkung ein, dass er zu den <b>Knechten von Bismarck</b> gehöre. Er habe schon lange, bevor Bismarck an der Spitze des Ministeriums stand, in der Klosterdiskussion die gleichen Anschauungen gehabt wie heute. Nur weil Bismarck und er der gleichen Meinung seien, würde er nicht aufhören seine lange Jahre vertretene Meinung zu ändern. Vs</p>	
--	--	--	--	--

			Antrag wird abgelehnt.	
81	Di, 11.5.1875, Nr. 107 (PDF: 34)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (65. Sitzung vom 10. Mai): V bemerkt nur kurz zu seiner gestrigen Rede, dass er nicht behaupten wolle, <b>Bismarck</b> folge nun der liberalen Partei. Er habe nur erklärt, dass die Regierung jetzt etwas als weise und verständig betrachte, was die <b>Fortschrittspartei</b> und er selbst seit Jahren verfolgen.	vgl. Andree, Band 34, S. 210
82	Fr, 14.5.1875, Nr. 110 (PDF: 40)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: Kurze Erwähnung eines Antrages aus der <b>SVV</b> über eine <b>unterirdische Bedürfnisanstalt</b> , die vom Magistrat abgelehnt würde. V wird nur als Referent in der Angelegenheit erwähnt.	
83	Fr, 28.5.1875, Nr. 121 (PDF: 54)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Mai): Thema ist die Fortzahlung der Mittel für die <b>Straßenreinigung</b> an die Polizeihauptkasse. V beantragt, einen Ausschuss festzulegen, der die Übernahme der Straßenreinigung unter Berücksichtigung der Feuerwehr berate. Der Antrag wird angenommen.	s. a. 29.5.1875 vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
84	Sa, 29.5.1875, Nr. 122 (PDF: 55)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [28.5.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen</b> . V stellte sich gegen die Ausnahmen, die im Entwurf für die Militärverwaltung vorgesehen sind und kritisierte die geringe Einflussnamemöglichkeit der Militärtierärzte. Er gibt zu bedenken, dass Fragen der Armeeverwaltung eigentlich im Reichstag behandelt werden müssten. Trotzdem spricht er	vgl. Andree, Band 34, S. 210-214  s. a. 5.6.1875

			weiter über seine Erfahrungen in der <b>Seuchenausbreitung</b> . In dem Zusammenhang spricht er auch die <b>Entschädigung im Seuchenfall</b> an. Hier sei problematisch, dass es so einen erheblichen Wertunterscheid in den Tierkategorien gebe.	
85	Sa, 29.5.1875, Nr. 122 (PDF: 57)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (66. Sitzung vom 28. Mai): Thema ist die <b>Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen</b> . V stellte sich gegen die Ausnahmen, die im Entwurf für die Militärverwaltung vorgesehen sind und kritisierte die geringe Einflussnamemöglichkeit der Militärtierärzte. Jeder Rittmeister stelle sich über die Rossärzte. Er gibt zu bedenken, dass Fragen der Armeeverwaltung eigentlich im Reichstag behandelt werden müssten. In dem Zusammenhang spricht er auch die <b>Entschädigung im Seuchenfall</b> an. Hier sei problematisch, dass es so einen erheblichen Wertunterscheid in den Tierkategorien gebe. Auch seien die auslösenden Seuchen zu berücksichtigen. Allerdings könne man all dies nicht mehr in die Vorlage einbringen, wenn diese noch in dieser Session verabschiedet werden solle.	vgl. Andree, Band 34, S. 210-214
86	Sa, 29.5.1875, Nr. 122 (PDF: 59 u. 60)	3. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 3. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Mai; Schluss): V wird nur kurz erwähnt als Befürworter beim Bau einer <b>Bedürfnisanstalt für Frauen</b> . Weiter geht es um die Fortzahlung der Mittel für die <b>Straßenreinigung</b> an die Polizeihauptkasse. Nach V müsse	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

		S. 2, 1. Spalte unten	man sich überlegen, ob man mit der von den Kommissarien eingenommenen Position einverstanden sei. Man habe den Magistrat gedrängt, dem Polizeipräsidium zu kündigen. Nun gelte es zu klären, ob man auf die Feuerwehr mehr Druck ausüben solle. Er beantrage, einen Ausschuss zu bilden, der darüber berät. Dieser Antrag wird angenommen. Weiter wird über die Belegung des <b>Barackenlagers</b> mit Kranken gesprochen. V spricht sich dafür aus.	
87	So, 30.5.1875, Nr. 123 (PDF: 65)	Sonntags- beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Hefte 212-216)	
88	Di, 1.6.1875, Nr. 124 (PDF: 1)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [31.5.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die standesherrlichen Rechte des <b>Herzogs von Arenberg-Meppen</b> . Im Detail ging es auch um eine Rechnung über die <b>Fütterungskosten von Reptilien</b> . V beantragt, dieses Thema in einer Kommission zu beraten, auch in Hinblick darauf, was von dem kurfürstlichen Vermögen Staatseigentum und was Familieneigentum sei.	vgl. Andree, Band 34, S. 214-217
89	Di, 1.6.1875, Nr. 124 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (69. Sitzung vom 31. Mai): Thema sind die standesherrlichen Rechte des <b>Herzogs von Arenberg-Meppen</b> . V beantragt, dieses Thema in einer Kommission zu beraten, auch in Hinblick darauf,	vgl. Andree, Band 34, S. 214-217

			was von dem kurfürstlichen Vermögen Staatseigentum und was Familieneigentum sei. Sein Antrag wird abgelehnt.	
90	Di, 1.6.1875, Nr. 124 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Überreichung des <b>Ehrenbürgerdiploms an</b> den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher <b>Kochhann</b> . V ist bei der Verleihung anwesend.	
91	Mi, 2.6.1875, Nr. 125 (PDF: 4)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [1.6.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird die Annahme von Vs Antrag erwähnt, dass <b>Kirchhöfe</b> zukünftig <b>konfessionslos</b> sein sollten. Die von V geforderte <b>Leichenverbrennung</b> bleibt vorerst unentschieden.	vgl. Andree, Band 34, S. 217-224
92	Mi, 2.6.1875, Nr. 125 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (70. Sitzung vom 1. Juni): V beantragt, dass <b>Kirchhöfe</b> zukünftig <b>konfessionslos</b> sein sollten. Er glaube, dass Staat und Gesellschaft ein Interesse daran haben müssten, dass die Leichen ihrer Angehörigen alle auf die gleiche Weise beerdigt würden. Allerdings würde eine sofortige Übergabe an die bürgerliche Gemeinde zu Umwälzungen führen, die man besser langsam angehe. Das Kirchhofmonopol sei für manche Kirche eine wichtige Einnahmequelle, die allerdings auf das Publikum einen schweren Druck ausübe, aber die Gesetzgebung habe die Pflicht, diesen Druck zu beseitigen und damit einen Teil des Programms der <b>Fortschrittspartei</b> zu realisieren. Weiter geht V auf die <b>Leichenverbrennungen</b> ein. Der Staat sei wieder zu dem	vgl. Andree, Band 34, S. 217-224

			Prinzip der Beerdigung zurückgegangen, aber aus Sicht der öffentlichen Gesundheitspflege wäre die Leichenverbrennung wünschenswert. Würde man die obligate <b>Leichenschau</b> einführen, so wären auch Bedenken beseitigt, dass die nachträgliche Feststellung von Kriminalverbrechen unmöglich würde.	
93	Fr, 4.6.1875, Nr. 127 (PDF: 12)	S. 4, 3. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurze Erwähnung, dass V einen Antrag unterstützt habe zur <b>Verfassung</b> und Verwaltung <b>der Provinz Berlin</b> .	
94	Sa, 5.6.1875, Nr. 128 (PDF: 14)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [4.6.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut das <b>Seuchengesetz</b> . V äußert sich über die Sinnlosigkeit des Impfens bei Schafen.	vgl. Andree, Band 34, S. 224-227
95	Sa, 5.6.1875, Nr. 128 (PDF: 16)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (72. Sitzung vom 4. Juni): Thema ist erneut das <b>Seuchengesetz</b> . V verliest ein Schreiben des deutschen Landwirtschaftsrates, in dem um ein gänzlich Verbot der <b>Pockenimpfung bei Schafen</b> gebeten wird.	vgl. Andree, Band 34, S. 224-227
96	So, 6.6.1875, Nr. 129 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Es wird über ein Buch berichtet von <b>Dr. Alexander Diesterweg</b> über kritische Beiträge zur Physiologie und Pathologie mit besonderer Berücksichtigung der medizinischen Fakultät zu Berlin. Die erste Abteilung des Buches ist <b>Anti-Virchow</b> genannt.	
97	Di, 8.6.1875,	1. Beilage, S. 4,	<b>HdA</b> (74. Sitzung vom 7. Juni): Nur kurze Wortmeldung Vs zur <b>Provinzialord-</b>	vgl. Andree, Band 34,



	Nr. 130 (PDF: 27)	1. Spalte mittig	<b>nung.</b> Es sei nicht die Absicht der Fortschrittspartei, gegen dieses Gesetz zu stimmen.	S. 232-236
98	Mi, 9.6.1875, Nr. 131 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (75. Sitzung vom 8. Juni): Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die <b>Provinzialordnung</b> . V ist als entschuldigt gelistet.	
99	Mi, 9.6.1875, Nr. 131 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung der Mitglieder der <b>Fortschrittspartei</b> , die im Rahmen der Provinzialordnung abgestimmt haben. V wird als fehlend gelistet.	
100	Mi, 9.6.1875, Nr. 131 (PDF: 32)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten f.	Bericht über die <b>Sommer-Exkursion</b> der <b>BAG</b> nach <b>Cottbus</b> und in die Umgebung, die auch von zwei Söhnen Vs begleitet wurde. Im Bahnhof wurde eine Ausstellung der neuesten Funde aus der Umgebung gezeigt, die von V eingehend begutachtet wurde. In <b>Zahsow</b> wurden Grabungen und Schädelvermessungen mit Vs <b>Craniometer</b> durchgeführt. Unter seiner Aufsicht wurde ein antiker Pfahlbau freigelegt und Teile davon später mit nach Berlin genommen.	<i>Bericht über den Burgwall von Zahsow und die wendische Bevölkerung: VBAG 7, S. 127-133</i>
101	Do, 10.6.1875, Nr. 132 (PDF: 34)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [9.6.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Anlage und Bebauung von Straßen und Plätzen</b> . Im Rahmen dessen wird über die Befugnisbehörde Polizei debattiert. V ist der Meinung, man solle sich die Polizei nicht so vorstellen, als sei sie dazu da, die Menschen zu quälen. Sie habe vielmehr in der Frage der öffentlichen	vgl. Andree, Band 34, S. 236-242

			Wohlfahrt die allgemeinen Interessen wahrzunehmen und stoße hierbei oft auf den Widerstand der Gemeinden.	
102	Do, 10.6.1875, Nr. 132 (PDF: 35-36)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben u. unten f.	<b>HdA</b> (76. Sitzung vom 9. Juni): Thema ist <b>die Anlage und Bebauung von Straßen und Plätzen</b> . Vs Bedenken zu der Vorlage bezögen sich auf die Frage, in wie weit zukünftig die Staatsgewalt oder ihre Vertreter Einfluss nehmen sollen auf die Feststellung von Anordnungen. Man habe unter der <b>Polizeiwirtschaft</b> in der Vergangenheit sehr zu leiden gehabt, deshalb denke man, die Polizei sei nur dazu da, zu quälen und zu schikanieren. Im Rahmen zunehmender Selbstverwaltung wird dies aber abnehmen, da dann genaue Gesetzesvorschriften für die Polizei gelten würden. Wenn die Polizei zukünftig zu nichts weiterem berechtigt sein solle, als den Bedarf einer Bebauung festzustellen und dies der nächsten Instanz zu melden, so könne er die Sorgen in Bezug auf die Gemeindefreiheit nicht verstehen.	vgl. Andree, Band 34, S. 236-242
103	Do, 10.6.1875, Nr. 132 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht darüber, dass V den <b>Hermaphroditen Karl Hohmann im pathologischen Institut</b> seinen Zuhörern vorgeführt habe.	
104	Fr, 11.6.1875, Nr. 133 (PDF: 38)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.6.1875] Sitzung des <b>HdA</b> : V verwahre sich gegen künftige Preußen benachteiligende Verträge mit deutschen Kleinstaaten.	vgl. Andree, Band 34, S. 242-243

105	Fr, 11.6.1875, Nr. 133 (PDF: 41)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (77. Sitzung vom 10. Juni): Thema ist die Übersicht der <b>Staatseinnahmen und –ausgaben</b> für 1873. V geht auf die Verträge mit dem <b>Herzogtum Lauenburg</b> ein, die nach Ansicht der zuständigen Kommission nicht legal seien. Die Kommission habe aber mit Rücksicht auf den Stand der Geschäfte davon abgesehen, zu dem Thema weitere Anträge zu stellen.	vgl. Andree, Band 34, S. 242-243
106	Fr, 11.6.1875, Nr. 133 (PDF: 42)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Juni): Hinweis, dass V in einem Ausschuss mitarbeitet, der über die <b>Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Berlin</b> berät.	nichts bei Andree
107	Fr, 18.6.1875, Nr. 139 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Hinweis auf das Stattfinden der nächsten Sitzung der <b>BAG</b> . V wird einen Vortrag halten über den <b>Schädel der heiligen Cordula</b> und über ein <b>Bronzegebiss aus Zaborowo</b> .	s. a. 27.6.1875 u. 12.9.1875 <i>Funde von Zaborowo, namentlich ein Pferdegebiss von Bronze und Pferdezeichnungen:</i> VBAG 7, S. 154-159
108	Fr, 25.6.1875, Nr. 145 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 24. Juni): Thema ist die <b>Verwendung des Kapitals</b> , das <b>nach Aushändigung der Erwerbsschul-Stiftung</b> vom Erwerbsschulfond übrig bleibe. V schließt sich dem Magistratsantrag für dieses Jahr an, für die folgenden Jahre schlage er vor, den Betrag auf den Etat zu bringen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

109	So, 27.6.1875, Nr. 147 (PDF: 12-13)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Juni): V eröffnet als Vorsitzender die Versammlung. Die Hutmacher werden gebeten, die Daten, die sie von ihren Kunden haben, zusammen mit Augen- und Haarfarbe V zur Verfügung zu stellen. Weiter geht V auf <i>Fundstücke aus Stargard in Pommern</i> ein und berichtet dann von der Sommerexkursion nach <b>Cottbus</b> und den Ausgrabungen bei <b>Zahsow</b> , besonders über den Aufbau des dortigen Burgwalls. Weiter hält V einen Vortrag <i>über den <b>Schädel der heiligen Cordula</b></i> , über den an anderer Stelle berichtet werden soll. Die restliche Tagesordnung solle beim nächsten Treffen fortgesetzt werden.	<i>Demonstration vorhistorischer Gegenstände aus Stargard in Pommern</i> : VBAG 7, S. 125-127 <i>Bericht über den Burgwall von Zahsow und die wendische Bevölkerung</i> : VBAG 7, S. 127-133 <i>Über den Schädel der heiligen Cordula</i> : VBAG 7, S. 136-140
110	Di, 6.7.1875, Nr. 154 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis auf die vom 9.-11. August stattfindende <b>Generalversammlung der DAG in München</b> . V als Vorsitzender wird die Versammlung eröffnen. Später wird er einen Vortrag <i>über die <b>Statistik der Schädelformen</b></i> halten.	s. a. 12.8.1875 <i>Über die Statistik der Schädelformen</i> . Beil. z. Corr. Bl., S. 47-50, 55-56, 59
111	Do, 12.8.1875, Nr. 186 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Am Eröffnungstag des <b>DAG Kongresses</b> ist V von der medizinischen Fakultät der Universität <b>München</b> und vom <b>ärztlichen Verein</b> zu einem <b>Festsouper im Ratskeller</b> eingeladen worden. V ist Eh-	

			<p>renmitglied des Vereins und wird von <b>Prof. Buhl</b> als Beherrscher und Begründer des jetzigen Standpunktes der medizinischen Wissenschaft und als Schöpfer der <b>Cellularpathologie</b> begrüßt. V dankt und blickt auf sieben Jahre in <b>Würzburg</b> als eine glückliche Zeit mit Ruhe, Frieden und Behaglichkeit zurück. Die Bayern hätten sich ihm gegenüber stets der Übertreibung schuldig gemacht. Als Beispiel brachte er den damaligen Führer der Studenten des Fackelzug und auch den Redner des Abends. Ihm genüge es schon, wenn man ihn nicht zum alten Eisen zähle. Er habe in seinen Bestrebungen <b>stets die Sache, nie die Person im Auge</b> gehabt. Keine Wissenschaft irgendeines Nachbarlandes habe ein solches Maß an ehrlicher, objektiver Arbeit aufzuweisen, wie die deutsche. In diesem Sinne wünsche er sich, dass die Bestrebungen des Vereins, dem er schon seit 26 Jahren angehöre, weiter zum Gedeihen führen mögen.</p>	
112	Do, 12.8.1875, Nr. 186 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<p>Vermischtes: Bericht über die Eröffnung der <b>Versammlung der DAG in München</b>. V hält die <i>Eröffnungsrede</i> über die <b>Grundzüge der prähistorischen Wissenschaft</b> in Deutschland und ihren Bezug zum Ausland. Ein Sohn [<b>Karl</b>] Vs wird in der Liste der anwesenden Wissenschaftler erwähnt.</p>	s. a. 14.8.1875 <i>Eröffnungsrede zur 6. Allgemeinen Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und</i>

				<i>Urgeschichte zu München:</i> Beil. z. Corr. Bl., S. 40-41, 41-46
113	Sa, 14.8.1875, Nr. 188 (PDF: 17-18)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	1. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b> : V beginnt damit, dass die Anthropologie nur dann wirklich erfolgreich werden könne, bis sie als Aufgabe des Staates erscheine. Die erste Idee zu einem gemeinsamen Anthropologen-Kongress sei in Innsbruck auf der Naturforscherversammlung 1869 aufgekommen. Der Erfolg der darauf jährlich stattfindenden Generalversammlung sei überraschend und die Mitgliederzahlen seien in die Tausend gestiegen. Man repräsentiere ein Stück nationales Leben und zeige das <b>Verhältnis des deutschen Forschungsgeistes zu anderen Nationen</b> . Man sei in Deutschland schon frühzeitig zu der Idee der <b>archäologischen Teilung</b> gekommen, allerdings früher immer behindert durch die Altertumsforschung in den Händen der historischen Vereine. Man dürfe nicht zu schnell sein, Funde mit einem Etikett zu versehen, auch die vorsichtigsten Forscher müssten da an sich arbeiten. Beispielhaft geht er auf die häufig zu Unrecht getätigten Zuordnungen zur Steinzeit ein. Nicht jeder Steinfund berechtige dazu. Erst eine <b>Summe an Merkmalen ließe eine Beurteilung zu</b> .	<i>Eröffnungsrede zur 6. Allgemeinen Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte zu München:</i> Beil. z. Corr. Bl., S. 40-41, 41-46

			<p>Noch schwieriger sei die Unterscheidung zwischen Bronze- und Eisenzeit. Weiter geht V auf den Begriff prähistorisch ein. Man käme zu diesem Begriff, wenn man mit der Lokalgeschichte an jedem einzelnen Ort beginne und das als prähistorisch bezeichne, was davor liege. So würde man die Geschichte einer Insel von dem Augenblick an datieren, wo der erste Europäer sie betrete. Man müsse also das gesamte Material der Provinzen ordnen und aus der objektiven Untersuchung des Materials eine gemeinsame historische Forschung bilden.</p>	
114	<p>Di, 17.8.1875, Nr. 190 (PDF: 22-23)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>2. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b>: V spricht über seine <b>Schädeluntersuchungen in Deutschland</b>. Er hat damit einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der Handelsbeziehungen geleistet. Es lassen sich Handelsrouten nachvollziehen, die auch bereits untersuchte Pfahlbauten in ein anderes Licht rückten. Auch Vs Fund aus <b>Zaborowo</b> belegt den urzeitlichen Handelsverkehr Richtung Adria. Abschließend bittet er um zahlreiche Einsendungen für das Archiv und das Korrespondenzblatt.</p>	<p>s. a. 18.8.1875 <i>Über die Statistik der Schädelformen</i>. Beil. z. Corr. Bl., S. 47-50, 55-56, 59</p>
115	<p>Mi, 18.8.1875, Nr. 191 (PDF: 25)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte</p>	<p>3. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b>: V legte eine Anzahl von Abbildungen der Funde aus <b>Zaborowo</b> vor, die wieder darauf schließen lassen, dass es rege Handelsbeziehungen gegeben haben muss. Man finde Ähnlichkeiten zu südli-</p>	<p>s.a. 20.8.1875 <i>Über die Statistik der Schädelformen</i>. Beil. z. Corr.-Bl.,</p>

			<p>chen Mustern. Weiter spricht er über die <b>Statistik der Schädelformen</b> und über die <b>Schulstatistik</b>. Man nähere sich dem Endziel, eine Statistik über die vorherrschenden Schädelformen in Deutschland zu bekommen. Er habe zunächst die Farbe der Augen, der Haut und der Haare analysiert und habe sich dann an die einzelnen Regierungen gewandt, um die Erlaubnis zu Untersuchungen zu bekommen. In Preußen habe es eine direkte staatliche Verfügung gegeben, die eine Fülle hervorragenden statistischen Materials hervorgebracht haben. <b>Baden</b> und <b>Württemberg</b> hätten sich nun auch angeschlossen. Nun müsse man auch die Regierungen, die sich noch nicht beteiligt hätten, auffordern, aktiv zu werden.</p>	<p>S. 47-50, 55-56, 59</p>
116	<p>Fr, 20.8.1875, Nr. 193 (PDF: 29)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>4. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b>: V setzt sich nochmal für Haarproben ein, weist aber auf die <b>Problematik der Erhebung der Hautfarbe</b> hin. Von einer höheren Töcherschule habe ihn eine Petition erreicht, in der mehrere Schülerin baten, sie von der Liste der „braunen“ zu entfernen. Wichtig für die Statistik sei auch die <b>Untersuchung der Rekruten</b> und der damit gewonnenen Zahlen. Abschließend schreitet V zur Neuwahl des <b>Vorstandes</b>. V wird zum ersten Vizepräsidenten gewählt.</p>	<p><i>Bericht über die Verhandlungen auf der General-Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft zu München: VBAG 7, S. 201-204</i></p>
117	<p>Sa, 21.8.1875,</p>	<p>1. Beilage, S. 2,</p>	<p>5. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b>: V legt ein von <b>Dr. Voß</b> aus Berlin</p>	<p><i>Voß, Albert: *1837, †1906;</i></p>



	Nr. 194 (PDF: 32)	1. Spalte oben	angefertigtes <b>Gesamtverzeichnis aller</b> in Deutschland vorkommenden öffentlichen und privaten <b>Sammlungen</b> von Gegenständen mit Bezug zur <b>Anthropologie</b> vor.	Prähistoriker, Direktor der prähistorischen Sammlung des Berliner Völkerkundemuseums
118	So, 22.8.1875, Nr. 195 (PDF: 34-35)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	6. Bericht vom <b>DAG-Kongress in München</b> : Nur kurze Erwähnung, dass V mit seinem ältesten Sohn [ <b>Karl</b> ] an der <b>Exkursion zum Ammersee</b> teilnahm.	<i>Über die Excursion in die Umgebung des Ammersees</i> : VBAG 7, S. 206
119	Di, 31.8.1875, Nr. 202 (PDF: 44)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht, dass eine <b>Marmorbüste von Kochhann</b> angefertigt wurde, die von einer Abordnung der SVV, zu der auch V gehört, besichtigt worden sei.	
120	Do, 2.9.1875, Nr. 204 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Sep.): V hat <b>Urlaub</b> beantragt.	nichts bei Andree
121	Sa, 4.9.1875, Nr. 206 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bei V sind Reisenachrichten von Prof. <b>Bastian</b> aus <b>Lima</b> und Dr. <b>Jagor</b> aus <b>Rangun</b> eingegangen.	
122	So, 12.9.1875, Nr. 213 (PDF: 17)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 26. Juni): V als Vorsitzender eröffnet die Sitzung und hält im Laufe des Abends einen Vortrag über den Fund eines <b>Bronzegebisses aus Zaborowo</b> . Funde dieser Art seien diesseits der Alpen selten und ließen einen etruskischen Einfluss erkennen. Weiter spricht V über einen <i>aus Brasilien über-</i>	<i>Funde von Zaborowo, namentlich ein Pferdegebiss von Bronze und Pferdezeichnungen</i> : VBAG 7,

			<i>sandten Schädel.</i> Es handle sich um eine Rasse mit hohen Schädeln und muskulösem Körperbau. Allerdings gebe es bei den einzelnen Individuen große Differenzen.	S. 154-159 <i>Über einen brasilianischen Indianerschädel:</i> VBAG 7, S. 159-181
123	So, 26.9.1875, Nr. 225 (PDF: 31)	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Bericht von der 48. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Graz:</b> Lediglich kurzer Hinweis, dass V, normalerweise regelmäßiger Besucher dieser Zusammenkünfte, nicht anwesend sei.	
124	Fr, 8.10.1875, Nr. 235 (PDF: 8)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Okt.): Thema ist die Fortführung der <b>Kanalisation</b> . Von Seiten eines SV wird Vs Beurteilung der <b>Gefährlichkeit des Straßenkehrichts</b> in Zweifel gezogen. Demnach müsse auch die <b>Berieselung gefährlich</b> sein.	nichts bei Andree
125	Fr, 29.10.1875, Nr. 253 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 3, oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Okt.): Thema ist die Einverleibung des <b>Kielganschen Vilterrains</b> (alte Landhauskolonie nördlich des Nollendorfplatzes in Schöneberg). V bekämpft den Antrag.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
126	Fr, 29.10.1875, Nr. 253 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 16. Okt.): V als Vorsitzender eröffnet die Versammlung und berichtet dann über die Fortschritte <i>der prähistorischen Karte</i> . Besonders die Bayern hätten dafür gute Unterstützung geleistet. Weiter berichtet V über die von <b>Hagenbeck</b> präsentierte <b>Lappengesellschaft</b> . Er geht auf Haut- und Haarfarbe, Körperbau und -größe ein.	<i>Berichterstattung über die Arbeiten zur Herstellung einer prähistorischen Karte:</i> Beil. z. Corr. Bl., S. 40-41, 41-46 <i>Zur Vorstel-</i>

				<i>lung der nach Berlin gebrachten Lappen: VBAG 7, S. 225-228</i>
127	Fr, 5.11.1875, Nr. 259 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Nov.): Thema ist die Bildung eines <b>Gemeindewaisenrates</b> . Stadtrat <b>Eberty</b> bittet um Vorschläge zur Wahl der Waisenräte. Dies, so ein anderer Stadtverordneter, würde das Wahlrecht der Versammlung untergraben. V hält das Vorgehen ebenfalls für nicht korrekt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
128	Sa, 6.11.1875, Nr. 260 (PDF: 9)	S. 2, 3. Spalte mittig	Abschrift eines Briefes Vs: Im Laufe der Beratung des Viehseuchen-Gesetzes sei in der letzten Session des preußischen Landtages eine lebhafte Debatte über die Zulässigkeit des Impfens von <b>Schafen</b> mit <b>Pockenlymphe</b> entstanden. Er verlangte das <b>Verbot der</b> sogenannten <b>Schutzimpfung</b> , während andere Mitglieder des Hauses vom Standpunkt der Landwirte aus diese Impfung als eine Notwendigkeit verteidigten. Seit dieser Zeit werde er von den Gegnern des Impfwanges beim Menschen nicht nur als ein Bundesgenosse, sondern als ein Hauptzeuge gegen die Schutzimpfung gehandelt und es gingen ihm von den verschiedensten Orten Deutschlands Zeitungsblätter zu, in denen man sich auf ihn berufe. Er habe bis jetzt geschwiegen, in der Hoffnung, dass jeder sich über die	

			<p><b>Verschiedenheit der Schutzimpfung bei Schafen und bei Menschen</b> unterrichten könne. Denn bei Schafen impfe man mit der Lymphe von Schafpocken und erzeuge dadurch wirkliche Schafpocken, die die Ansteckung fortsetzen. Bei Menschen impfe man mit der Lymphe von Kuhpocken, die nicht im gewöhnlichen Sinne ansteckend seien. Er sehe sich genötigt, den Unterschied jetzt hervorzuheben, um sich vor weiterem Missbrauch seines Namens zu schützen. Heute sei ihm aus Magdeburg ein Exemplar einer Petition an den Reichstag zugegangen, in der die Zurücknahme des Impfgesetzes und die Beseitigung des Impfwanges beim Menschen verlangt werde und in der man sich ausdrücklich auf ihn berufe, ja sogar ausdrücklich gegen ein Gutachten der wissenschaftlichen <b>Deputation für das Medizinalwesen</b>, deren Mitglied er sei. Er verwehre sich ausdrücklich gegen den Versuch, ihn zu einem Freund der sinnlosen Agitation gegen die Schutzimpfung beim Menschen zu machen.</p>	
129	Sa, 6.11.1875, Nr. 260 (PDF: 11)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Nov.; Nachtrag): Thema ist der <b>Stadthaushaltsetat</b> 1876. Es wird der Antrag gestellt einen Ausschuss von 15 Mitgliedern zu wählen, um den Etat im Ganzen oder einzelne Teile vorzubereiten. V befürwortet den Antrag.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
130	Di, 9.11.1875,	1. Beilage, S. 4,	Lokales: Hinweis auf die namentliche Abstimmung der Stadtverordneten zur	

	Nr. 262 (PDF: 14)	2. Spalte oben	Überweisung der <b>Leihämterangelegenheiten</b> an eine gemischte Deputation. V hat mit anderen dafür gestimmt.	
131	Fr, 12.11.1875, Nr. 265 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Nov.): Thema ist die Bauverwaltung. Das Provinzialschulkollegium habe an den Magistrat die Aufforderung gerichtet, ihm alle Pläne für die <b>Erbauung höherer Lehranstalten</b> vorzulegen. V ist der Meinung, dass es nötig sei, die Angelegenheit einem Ausschuss zu überweisen, da das statistische Material zu einer Beschlussfassung fehle. Nach Information durch den Stadtschulrat habe eine solche Praxis immer bestanden, sei aber nun eingeschlafen. Die Behörde käme nur ihrem Aufsichtsrecht nach und dies sei kein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde. In Berlin könne man auf die Erfüllung der Forderung vielleicht verzichten, in der Provinz nicht.	s. a. 3.12.1875 vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
132	Sa, 13.11.1875, Nr. 266 (PDF: 21)	S. 1, 1. Spalte mittig	Aufgelistet sind die Mitglieder der technischen <b>Deputation für das Veterinärwesen</b> . V gehört zu den ordentlichen Mitgliedern.	
133	Sa, 20.11.1875, Nr. 272 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass am Abend eine Sitzung der <b>BAG</b> stattfindet und V über <b>Märkische Gräberfelder</b> sprechen werde.	
134	Sa, 27.11.1875, Nr. 278 (PDF: 40)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. Nov.; Schluss): Thema ist die <b>Verwaltung der Krankenhäuser</b> . V erklärt, dass man sich irre, wenn man glaube, ein Krankenhaus sei ein Hindernis für die Entwicklung eines	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p>Stadtviertels. Wäre diese Annahme richtig, so dürften Krankenhäuser nur noch außerhalb von Städten errichtet werden und dann würde man erhebliche Gefahren bei dem weiten Transport der Kranken in Kauf nehmen.</p>	
135	<p>Mi, 1.12.1875, Nr. 281 (PDF: 2-3)</p>	<p>3. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>Abdruck eines Vortrages von V im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> vom 20. Dez. zum Thema der gegenwärtigen <b>kirchlich-politischen Lage</b>. V wolle sprechen, weil er glaube, dass es gefährlich sei, wenn nicht das Volk selbst jetzt für seine Freiheit eintrete. Er wolle nicht im engeren Sinne über die kirchliche Frage zu sprechen. Besorgniserregend für ihn seien die gegenwärtigen Vorbereitungen für Gesetzgebungen, die von der <b>Generalsynode</b> augenblicklich verhandelt würden. Die Generalsynode sei mit großer Klugheit auf ein sehr begrenztes Gebiet gestellt worden, um die Verfassung der Kirche zu begründen. Das klinge so harmlos, dass man glauben möchte, es könnten sich darüber alle Parteien einigen, aber in Zukunft würden die Dinge anders kommen. Jede künftige Generalsynode werde nicht auf dem Boden der früheren stehen bleiben: Von der formellen Verfassung der Kirche werde man auf die Lehrbegriffe übergehen. Die Glaubensformeln werde man prüfen und bald werde das Dogma in den Vordergrund treten. Selbst Kaiser Wilhelm habe dem</p>	<p>Ueber die gegenwärtige kirchlich-politische Lage: Vortrag vom geheimen Medicinal Rath Virchow im Oranienburger Thor-Bezirks-Verein am Montag den 29. Nov. 1875, Berlin, 1875</p> <p>s. a. 21.12.1875</p>

			<p>Vorstand der Generalsynode bei der Audienz vor einigen Tagen gesagt, dass eben diese Synoden vor großen und schwierigen Aufgaben stünden. Man müsse aber die Geschichte kennen, um zu wissen, dass die kirchlichen Synoden, wenn sie mit einer gewissen Macht ausgestattet seien, schließlich auch auf den Glauben Einfluss ausüben werden. In England habe man längst die Situation erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen. Nun beabsichtigt man in Deutschland eine Einrichtung zu schaffen, die in ihren verschiedenen Instanzen das Besteuerungsrecht nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Menschen ausüben dürfe. Allerdings sehe der Entwurf vor, dass auch das Vermögen und die reichen Quellen der Kirche besteuert würden, aber es bleibe immer die Besteuerung der Kirchenmitglieder. Es sei richtig, wenn innerhalb der Gemeinde die Mittel zur Unterhaltung der Kirche durch eine wirkliche Kirchensteuer aufgebracht werden und wolle jemand diese nicht zahlen, so möge er aus der Gemeinde austreten. Ein weiteres Besteuerungsrecht dürfe aber nicht ausgeübt werden, denn die Gemeinde sei bereits vollständig Ausdruck dessen, was für die Religionsübung nötig sei. Man sei hier an einem Punkt angelangt, wo jeder, der eine ernste Meinung habe, sich nicht mehr fügen könne. V</p>	
--	--	--	---	--

			<p>spricht die Begriffe <b>Straßen-Fiskus</b> und <b>Kirchenregiment</b> an. Beides seien unhaltbare Begriffe. Das Kirchenregiment sei der Straßenfiskus auf dem Gebiet der Religion. Gehe man auf den Ursprung des Wortes Kirchenregiment zurück, so stellt man fest, dass nach Einführung der Reformation in verschiedenen Ländern die Landesherren an die Stelle der vertriebenen Bischöfe traten und sich die Staatshoheit und das Bischofsrecht in der Person des Herrschers vereinigte, weil eben kein Bischof da war. In den verschiedensten Bearbeitungen der Verfassung finde man nirgends etwas von einem Kirchenregiment. Allerdings habe keiner 1848/49 daran gedacht, dass einst ein solches Kirchenregiment ausgeübt werden könnte. Das Kirchenregiment, das jetzt bevorstehe, sei ein Amphibium, das halb landesherrlich, halb synodal sei. Es bilde sich auf diese Art ein konstitutionelles Wesen, ein geistliches Parlament mit ähnlichen Strukturen wie ein weltliches aus. Betrachte man die verschiedenen Vorgänge auf dem Gebiet der Zivilehe in den letzten Monaten, aus denen hervorgehe, dass selbst von den höchsten Stellen aus, trotz klarer Worte des Gesetzes, eine Beeinflussung Einzelner geübt werden solle und man werde ein Bild davon bekommen, was einst daraus werde, wenn erst die Generalsynode bestimme,</p>	
--	--	--	---	--



			<p>was geglaubt werden müsse. Der Einzelne sei dagegen machtlos. Wenn der Staat die Kirche nur soweit anerkenne, als die Synode beschlossen habe, so höre jede Freiheit auf, die Religion werde zu einer Angelegenheit der General-Synode. V hält die Angelegenheit für so problematisch, dass alles angewandt werden müsse, um eine Änderung zu erreichen. Sonst sei die Gefahr außerordentlich groß, dass man diese ganze kirchliche Knechtung über sich ergehen lassen müsse. Das gegenwärtige Ministerium schneide die ganze Kirchenverfassung auf einzelne Persönlichkeiten so zu, wie die Verfassung des Deutschen Reiches nur auf der Person des Reichskanzlers beruhe. Man werde dahin kommen, dass man augenblicklicher Verhältnisse wegen die Garantie für die Zukunft opfern müsste. Darum müsse sich die gesamte Bürgerschaft über diese höchst dringende Angelegenheit verständigen und alles daran setzen, dem HdA zu verdeutlichen, dass das Volk diese Organisation mit allen Mitteln zurückweise. Es handle sich jetzt darum, die Früchte der individuellen Überzeugung zu sichern, jeder Schritt, der dagegen geschehe, sei ein Schlag gegen die Freiheit des Gewissens und ein Abweichen von den Zielen, die man sich gesteckt habe.</p>	
136	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Dez.): Thema ist	vgl. Andree,

	3.12.1875, Nr. 283 (PDF: 8)	S. 4, 1. Spalte oben	<p>der Etat der Bauverwaltung für 1877. V wiederholt seinen Antrag, den er schon im dazugehörigen Ausschuss gestellt hatte und der dort bereits abgelehnt wurde. Er möchte, dass im Etat eine Summe bereitgestellt wird für den <b>Bau einer höheren Töchterschule</b> für den östlichen Teil der Stadt. Die Stadt habe in dieser Beziehung viel versäumt und die <b>Ausbildung von Mädchen</b> obliege ihr genauso wie die der Jungen. Diese Verpflichtung sei wichtig, selbst, wenn man dafür Schulden machen müsse. Der Antrag wird genehmigt. Weiter geht es erneut um das <b>Provinzialschulkollegium</b>, dass an den Magistrat die Aufforderung gerichtet habe, ihm alle Pläne für die Erbauung höherer Lehranstalten vorzulegen. Die Behörde käme nur ihrem Aufsichtsrecht nach und dies sei kein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde. Dieses Recht sei auch ein Schutz für die unmündigen Kinder, die diese Schulen besuchten.</p>	unveröffentlichtes Material zur SVV
137	Fr, 10.12.1875, Nr. 289 (PDF: 15)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Dez.): V ist in die 2. Abteilung der gemischten <b>Deputation für die Dezentralisierungsangelegenheiten</b> gewählt worden. Weiter wird erneut über den Etat der Bauverwaltung debattiert. V setzt sich für die Beibehaltung einer Etatsumme für ein <b>Seuchenhhaus</b> ein. Die Versetzung der alten Baracken sei sowohl ungenügend wie unzulässig. Die Vorwürfe gegen das <b>Kran-</b></p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p><b>kenhaus im Friedrichshain</b> wies er zurück. Das Krankenhaus sei, im Vergleich zu anderen, weit weniger luxuriös und dass es unzweckmäßig eingerichtet sei, dem würde ganz Europa widersprechen. Abschließend wird es abgelehnt, dass Seuchenhaus zu finanzieren.</p>	
138	<p>Mi, 15.12.1875, Nr. 293 (PDF: 25)</p>	<p>4. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p><b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 13. Dez.; Schluss): Thema ist der Etat für die Verwaltung der Kanalisationswerke und für die Verwaltung der zur Berieselung angekauften Landgüter. Der Magistrat möchte eine Trennung der beiden Positionen erreichen, nämlich die <b>Kosten der Kanalisation an die Hausbesitzer</b> weitergeben und die der <b>Rieselfelder an die Stadt</b>. V betrachtet es als eine Aufgabe der städtischen Vertretung, die Grundbesitzer zu entlasten. Abschließend berichtet V eine neulich von ihm gemachte Bemerkung. Er habe in einer Enteignungssache den Namen des zuständigen Anwalts genannt. Dieser habe aber sein Mandat schon zu einem viel früheren Zeitpunkt niedergelegt.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>
139	<p>Fr, 17.12.1875, Nr. 295 (PDF: 30)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Kurzer Bericht, dass der <b>Oranienburger-Tor-Verein</b> eine Resolution gegen die durch die <b>Generalsynode</b> angestrebte Organisation der evangelischen Kirche verabschiedet habe, ganz im Einverständnis zu Vs Vortrag.</p>	<p>s.a. 1.12.1875</p>
140	<p>Di, 21.12.1875,</p>	<p>1. Beilage, S. 3,</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass der Vortrag, den V im</p>	

	Nr. 298 (PDF: 36)	2. Spalte mittig	<b>Oranienburger-Tor-Verein</b> gehalten habe, jetzt im Druck erschienen sei.	
141	Mi, 22.12.1875, Nr. 299 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 21. Dez.): Thema ist der Entwurf eines Ortsstatuts für die <b>Anlegung neuer Straßen</b> . V hält die darin vorgesehene Beteiligung der Grundbesitzer für angemessen. Es handle sich hierbei um eine ausgeglichene Verteilung der Lasten.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
142	Do, 23.12.1875, Nr. 300 (PDF 42)	3. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Nov.-Sitzung): V als Vorsitzender eröffnet die Sitzung. Ihm ist aus <b>Güstrow</b> eine Kiste mit Steinfunden zu gegangen. Diese könnten wohl aus der Steinzeit stammen, aber zu der Zeit konnten auch Gewalten tätig gewesen sein, die solche Formen gebildet haben könnten. Den im Tiergarten gehaltenen vierten neuen <b>anthropomorphen Affen</b> [eine Gibbonart] habe V schon angeschaut.	
143	Mi, 29.12.1875, Nr. 304 (PDF 3)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 28. Dez.): Im Nachtrag wird erwähnt, dass ein Antrag von <b>Dr. Hermes</b> und V, in Bezug auf die <b>königlichen Leihämter</b> zur Tagesordnung überzugehen, abgelehnt worden sei.	nichts bei Andree
144	Do, 30.12.1875, Nr. 305 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 28. Dez., Schluss): Es wird nochmal der Antrag von <b>Dr. Hermes</b> und V erwähnt, in Bezug auf die <b>königlichen Leihämter</b> zur Tagesordnung überzugehen.	nichts bei Andree
145	Fr, 31.12.1875, Nr. 306	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über das Erscheinen der neusten Hefte (Nr. 217-221) des <b>SGWV</b> , heraus-	<i>Die Heilkräfte des Organismus: SGWV</i>

	(PDF: 4)	unten	<p>gegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b>. In Heft 221 hat V einen Text über die <i>Heilkräfte des Organismus</i> veröffentlicht. Dieser nehme Bezug auf die alten und neuen Kulturverhältnisse und übe dadurch selbst auf die religiöse Lebensansicht eine aufklärende Wirkung aus. Hauptgedanke des Vortrages sei, dass der kranke <b>Organismus ein aus Zellen zusammengesetztes Ganzes</b> sei, von denen jeder seine eigene Kraft habe. Es handle sich also nicht um eine typische Einheit, sondern eine Art geselliger Einrichtung wie ein Staat. Jede äußere Einwirkung sei nur ein Mittel, um die innere Einrichtung des Körpers zu freier, geordneter Tätigkeit zurückzuführen.</p>	X, 221
--	----------	-------	--	--------

## Fundstellen 1876

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 7.1.1876, Nr. 5 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Jan.): V wird mit knapper Mehrheit zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> gewählt. Er selbst war bei der Sitzung nicht anwesend und wird bei der nächsten Sitzung eine Erklärung zur Annahme seiner Wahl abgeben.	nichts bei Andree
2	So, 9.1.1876, Nr. 7 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht zum Erscheinen der nächsten Ausgaben der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 222-235)	
3	Di, 11.1.1876, Nr. 8 (PDF: 14)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Lokales: Abdruck der schriftlichen <b>Ab- lehnung</b> von V zu seiner <b>Wahl</b> zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> der SVV. Aufgrund zu vieler Aufgaben und zeitlicher Überschneidungen mit den Sitzungen der Akademie der Wissenschaft könne er zu seinem Bedauern die Wahl nicht annehmen.	vgl. Andree, unveröffent-lichtes Material zur SVV
4	Mi, 12.1.1876, Nr. 9 (PDF: 15)	S. 1, 3. Spalte unten f.	Nur kurze Bemerkung, dass V im letzten Jahr beantragt habe, die <b>Verwaltungsreform</b> auch auf die Westprovinzen auszu- dehnen.	
5	Fr, 14.1.1876, Nr. 11 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben u. mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Jan.): Es wird eine neue <b>Stellvertreterwahl</b> abgehalten, nachdem V die <b>Wahl abgelehnt</b> hatte. Weiteres Thema ist die <b>Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten</b> und die <b>Neueinteilung der Gemeindewahlbe- zirke</b> . V beantragt die Vertagung der Sa- che bis Mitte März, dieses wird abge-	s. a. 15.1.1876 vgl. Andree, unveröffent-lichtes Materi- al zur SVV

			lehnt.	
6	Fr, 14.1.1876, Nr. 11 (PDF: 21)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Vermischtes: Kurzer Hinweis, dass einige der Vorträge, die in der naturforschenden Gesellschaft zu <b>Görlitz</b> gehalten werden, demnächst in der <b>SGWV</b> abgedruckt werden.	
7	Sa, 15.1.1876, Nr. 12 (PDF: 25)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Jan.; Nachtrag): Thema ist die <b> Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten</b> und die <b>Neueinteilung der Gemeindewahlbezirke</b> . Werde die neue Städteordnung den Kammern vorgelegt, brauche man keine gemischte Deputation mehr. Er sehe in der jetzigen Form Ungerechtigkeit, aber die Versammlung sei deswegen nicht ungesetzlich. Erst wenn die Regierung nichts ändere, werde es die Pflicht der Versammlung sein, dagegen vorzugehen. Dieses Vorgehen dürfe aber zunächst nur darin bestehen, Verständigung mit der Regierung zu suchen. V beantragt die Vertagung der Sache bis Mitte März. Dieses wird abgelehnt.	s. a. 25.1.1876 vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
8	So, 16.1.1876, Nr. 13 (PDF: 28)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Dez.-Sitzung): V erstattet den Verwaltungsbericht für 1875.	
9	Di, 18.1.1876, Nr. 14 (PDF: 32)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (2. Sitzung vom 17. Jan.): V wird in die <b>4. Abteilung</b> gewählt und ist vom Landwirtschaftsminister in die technische <b>Deputation für das Veterinärwesen</b> berufen worden. Dann wird der erste Vizepräsident gewählt, wobei auch eine	vgl. Andree, Band 34, S. 244

			Stimme auf V entfällt. Bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten wird das Prinzip der Akklamation vorgeschlagen. V wünsche sich eher ein Vorgehen wie in früheren Verhandlungen, widersetze sich dem Vorschlag aber nicht.	
10	Fr, 21.1.1876, Nr. 17 (PDF: 35)	S. 1, 3. Spalte oben	Kurzer Hinweis darauf, dass V morgen [22.1.1876] im HdA seine Interpellation zur <b>Generalsynodalordnung</b> begründen werde.	vgl. Andree, Band 34, S. 244-245
11	Sa, 22.1.1876, Nr. 18 (PDF: 36)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [21.1.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Staatshaushaltsetat</b> . In Bezug auf die Kursnotierungen äußert sich V dahingehend, nicht genügend aufgeklärt worden zu sein.	vgl. Andree, Band 34, S. 245-250
12	Sa, 22.1.1876, Nr. 18 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (2. Sitzung vom 17. Jan.): Thema ist der <b>Staatshaushaltsetat</b> . V kritisiert die abfälligen Äußerungen über die Tätigkeit der <b>Budgetkommission</b> . Diese Kommission sehe ihre Aufgabe darin, die Volksvertretung in Finanzsachen gut vorzubereiten. Die vorgelegte Übersicht der <b>Provinzial-Dotationsfonds</b> war V bis dato unbekannt, er habe vor der Verhandlung erst die Akte lesen müssen. Viel sei in der Angelegenheit nicht passiert, es seien nie Verhandlungen darüber im Plenum geführt worden. Früher habe es so etwas nicht gegeben. Da wäre ein Schriftstück an die Budgetkommission gegangen und die hätte sich in einem schriftlichen oder mündlichen Bericht an das	vgl. Andree, Band 34, S. 245-250



			<p>Haus gewandt. Die Wertermessung des Fonds mit einem Kurs vom 31.12. zu leisten, statt wie vorgesehen, mit dem Kurs vom 2.1., könne der Finanzminister nicht im Alleingang vornehmen. Der ursprüngliche Fehler bei der Gesetzesabfassung war, zu übersehen, dass der 2. Jan. kein Börsentag war und es nun zwischen dem 31. und dem 3. zu einer Kurssteigerung gekommen sei, die mehr als auffällig sei. Die Schlussfolgerung, die jeder Unbefangene daraus ziehen müsse, könne der Finanzminister unmöglich zurückweisen. V könne allerdings nicht glauben, dass der einen solchen Auftrag erteilt oder eine solche Dummheit begangen haben könnte. Aber es läge im Interesse des Landes, herauszufinden, wer der Schuldige in dieser Angelegenheit sein könnte. Es sei nicht ausreichend, dass der Finanzminister verkünde, er sei es nicht gewesen. Im Sinne der Prävention müsse man Aufklärung betreiben, um zukünftig solche Angelegenheiten zu vermeiden. Wenn die Regierung einheitlicher operiere und es eine bessere Zusammenarbeit zwischen Handels- und Finanzministerium gäbe, hätte sich die Situation vorher übersehen lassen.</p>	
13	So, 23.1.1876, Nr. 19 (PDF 39)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [22.1.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Generalsynodalordnung</b> . V bringt eine Interpellation ein und beleuchtet die	vgl. Andree, Band 34, S. 250-257

			<p>Frage nach der Bedeutung des <b>landesherrlichen Kirchenregiments</b>. Er sei taktvoll vorgegangen, ohne seine Meinung zurückzuhalten. Dem landesherrlichen Kirchenregiment fehle es an staatsrechtlicher Grundlage und die Stellung des Staatsoberhauptes sei mit der Eigenschaft des Trägers eines Kirchenregiments nicht vereinbar. Die Art der eiligen Veröffentlichung der Generalsynodalordnung im „<b>Staatsanzeiger</b>“ fand V verletzend. Allerdings gehe mit der Publikation keine praktische Bedeutung einher, da es sich noch nicht um ein wirkliches Gesetz handle. Also könne man nur annehmen, dass mit dem Verfahren Druck auf die Landesvertretung ausgeübt werden sollte. Wichtig sei, dass man im Hause die Generalsynodalordnung in all ihren Teilen einer Prüfung unterziehe und nicht nur in den Teilen, in denen die Regierung die landesgesetzliche Sanktion in Anspruch nehmen wolle.</p>	s. a. 27.2.1877
14	So, 23.1.1876, Nr. 19 (PDF: 41 u. 42)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (5. Sitzung vom 22. Jan.): Zunächst wird das Ergebnis der Wahlen für die Fachkommissionen bekannt gegeben. V ist in der <b>Kommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats</b> und in der <b>Kommission zur Prüfung der allgemeinen Rechnungen</b> vertreten. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation zur <b>Generalsynodalordnung</b> von V und der <b>Fortschrittspartei</b>. V sei der</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 250-257

			<p>Vorwurf gemacht worden, dass er durch die Stellung seiner Interpellation genau das beschleunigt habe, was abgewendet werden sollte. Daher zweifle er, welchen Effekt seine Worte heute machen. Die Art der eiligen Veröffentlichung der Generalsynodalordnung im „Staatsanzeiger“ sei verletzend, zumal keine Eile geboten gewesen sei. Es wäre besser gewesen, die Dinge aufzuschieben, bis eine weitere Verständigung mit dem Landtag erfolgt sei. Schon früher habe die Regierung den Weg eingeschlagen, Kreissynodalordnungen in der Gesetzessammlung zu publizieren und nachher zulassen müssen, dass durch die Einwirkung des Landtages wesentliche Veränderungen eintraten. Allerdings sei nirgendwo vermerkt auf welche Punkte genau die Landesvertretung Einfluss habe. Es könne die allerhöchste Autorität nur schädigen, wenn solche Publikationen erscheinen und wenn etwas, was scheinbar eben noch Recht war, nach wenigen Wochen nicht mehr Recht sei. Er könne nicht verstehen, wie man zu der Auffassung kommen könne, der Landtag dürfe bei den vorliegenden Verhältnissen nicht mitreden oder mitbestimmen. Schließlich handle es sich um die wesentliche Frage, wie das <b>Verhältnis der Kirche zum Staat</b> künftig gestaltet werden solle. Ob im preußischen Staatsrecht dieses Verhältnis vom König</p>	
--	--	--	---	--

			<p>als Landesherren und gleichzeitig als Wahrnehmer des Kirchenregiments bestehen könne, dies habe der Landtag noch zu klären. Man müsse sich fragen, ob der König, neben der Verfassung, noch mit ganz besonderen Machtvollkommenheiten ausgerüstet werden solle. Letztlich ginge es darum, welche Stellung die Kirche in Preußen einnehmen solle und er sehe sich da als Hüter der Gewissensfreiheit. Der Grund, diese Veröffentlichung gerade jetzt zu tätigen, könne nur bedeuten, dass man Druck auf den Landtag ausüben wollte. Er würde das nicht aussprechen, wenn er es nicht schon von anderer Seite vernommen hätte. Abschließend bemerkt V, dass es gelte, alle Fragen auf den Kern zu reduzieren und man keine Bedenken haben solle, die höchsten Fragen des Staatsrechts objektiv zu erörtern. Umso besser käme man zu einer gerechten Beurteilung in allen Kreisen des Vaterlandes. Nach einer Erklärung des Kultusministers hält V seine Fragen für beantwortet und verzichtet auf eine Besprechung der Interpellation.</p>	
15	Di, 25.1.1876, Nr. 20 (PDF: 43)	S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Spalte unten	<p>Unter der Überschrift „<b>Auflösung der Berliner SVV</b>“ kommt erneut Vs Antrag zur Sprache, die Angelegenheit bis März zu vertagen. Mittlerweile finden sich dafür doch Fürsprecher.</p>	
16	Sa, 29.1.1876,	3. Beilage, S. 2,	<p><b>BAG:</b> V teilt den Verwaltungsbericht für 1875 mit. Dann erfolgt die Neuwahl des</p>	Keinen Eintrag dazu gefunden

	Nr. 24 (PDF: 49)	2. Spalte mittig	ersten und zweiten Vorsitzenden. V wird zum <b>zweiten Vorsitzenden</b> gewählt. Weiter geht es um einen Mann aus der griechischen Armee, der in der Kreuzbeingegend auffällig behaart sei. Es handle sich nach V hierbei um einen Atavismus im Sinne einer <b>Schwanzanlage</b> . Es liege gerade eine weibliche Leiche in der Pathologie vor, die auf dem Rückgrat eine ähnlich behaarte Stelle zeige. Hierbei handle es sich aber um eine Spina bifida. Weiter wird über zwei vorliegende Affenschädel gesprochen, die sehr unterschiedlich aussehen, obwohl sie beide <b>Gorillaschädel</b> sein sollten.	aber: vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 29.11.1884, Nr. 47, S. 745-747
17	So, 30.1.1876, Nr. 25 (PDF: 52)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über einen Vortrag im <b>Verein für öffentliche Angelegenheiten</b> , gehalten vom Abg. <b>Traeger</b> . Thema ist die <b>Programm- und Agitationsfrage der Fortschrittspartei</b> . Es wird in dem Zusammenhang nur erwähnt, dass V und <b>Hanel</b> ihr Mandat erhalten haben.	
18	Fr, 18.2.1876, Nr. 41 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die mehrstündige Fraktionssitzung der <b>Fortschrittspartei</b> . Es wird die Neuwahl des <b>Vorstandes</b> vorgenommen, zu dem auch V wieder gehört.	
19	So, 20.2.1876, Nr. 43 (PDF: 39)	S. 1, 3. Spalte unten	Hinweis, dass die <b>Fortschrittspartei</b> durch V den Antrag eingebracht habe, dass die Einführung der Kreis- und <b>Provinzialordnung in Westfalen und Rheinland</b> gefordert würde.	s. a. 22.2.1876
20	So,	1. Beilage,	Lokales: Kurzer Bericht, dass V am	

	20.2.1876, Nr. 43 (PDF: 34)	S. 4, 2. Spalte unten	Samstag [29.1.1876] die „ <b>musikalischen Zwerge</b> “, zwei Männer und zwei Frauen, besucht habe und sich deren Herkunft und Lebensgeschichte angehört habe. Ferner sei V am Abend in einer wissenschaftlichen Versammlung in der <b>Bergakademie</b> gewesen, um über die kleinen Leute einen Vortrag zu halten.	
21	Di, 22.2.1876, Nr. 44 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 2. 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck von Vs Antrag, die Einführung der Kreis- und <b>Provinzialordnung in Westfalen und Rheinland</b> zu beschließen. Die 68 Unterstützer dieses Antrages, neben V, sind namentlich erwähnt.	
22	Di, 22.2.1876, Nr. 44 (PDF: 38)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Feb.): Es wird ein <i>junges Mädchen aus Papua-Neuguinea</i> vorgestellt, an der V seine Messungen zu Schädelgröße und die Haut- und Haarfarbe demonstriert hat. Später kommen nochmal die vier Zwerge zur Sprache, die V besucht hatte und die seiner Meinung nach wirkliche Zwerge seien.	<i>Discussionsbemerkingen über die Papua's von Neu-Guinea:</i> VBAG 8, S. 62-66 s. a. 2.6.1876
23	Do, 24.2.1876, Nr. 46 (PDF: 43)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [23.2.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Es kommt erneut Vs Antrag bezüglich einer <b>Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b> zur Sprache.	vgl. Andree, Band 34, S. 258-266
24	Do, 24.2.1876, Nr. 46 (PDF: 45-46)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (12. Sitzung vom 23. Feb.): Als letzter Punkt auf der Tagesordnung steht Vs Antrag, die Regierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf einer Kreis- und <b>Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 258-266

			<p>vorzulegen. Seit der letzten Session, in der der Antrag bereits mit großer Mehrheit angenommen worden sei, so V, habe es Fortschritte in der Selbstverwaltung gegeben und einige Entscheidungen dazu stünden noch aus. Das Verhalten der Regierung zum Antrag sei auffällig. Es habe der Minister schon 1869 zugesagt, dass die Kreisordnung, die schon für die östlichen Provinzen verabschiedet worden war, bald auf die westlichen Provinzen übertragen würde. Passiert sei aber nichts. Nun habe mittlerweile der westfälische Städtetag einstimmig eine Resolution angenommen, in der eine Kreis- und Provinzialordnung gefordert werde. Er hoffe, dass damit die Widerstände der Regierung beigelegt seien, zumal die Parteiverhältnisse in Westfalen nicht dagegen sprechen würden, jenen die Gesetze zu versagen. Die weitere Entschuldigung des Ministers, aufgrund von zu viel Arbeit und der Schwierigkeit des Themas, nicht weiter gekommen zu sein, lässt V nicht gelten. Man habe in der letzten Session weit mehr Gesetze verabschiedet als man hätte erwarten können und trotz der kurzen Pause im Winter hätte man bei gutem Willen schon einiges erreichen können. Da der Innenminister nun gerade im Reichstag eine Niederlage erlitten und ihn dies nicht im Mindesten berührt habe, sei die Frage, ob eine einfache Resolution</p>	
--	--	--	--	--

			überhaupt zu ihm durchdringe. V appelliere aber dennoch an den Minister, sein 1869 gegebenes Wort zu halten. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.	
25	So, 27.2.1876, Nr. 49 (PDF: 59)	S. 1, 2. Spalte mittig f.	Zusammenfassung der gestrigen [26.2.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Synodalordnung</b> . V spricht sich dagegen aus. Die in dieser Ordnung vorgesehenen Wahlen, Besteuerungsrechte und andere Einzelheiten seien rein äußerliche Dinge, die die in ihrer Grundlage verdorbene Generalordnung nur wenig verbessern würden. Er vertritt den Standpunkt, dass nicht die zufällig in einem Stadtbezirk wohnenden evangelischen Christen in eine Kirchengemeinde zusammengezwungen werden sollten, sondern dass diese die Möglichkeit haben, entsprechend ihrer Gottesverehrung, sich um einen Geistlichen zu gruppieren. Dies stehe aber in völligem Gegensatz zum <b>Territorialsystem</b> , das in der Synodalordnung vorgesehen sei. In dieser Ordnung beschränke das höhere immer das niedrigere Glied. Man müsse die Angelegenheit streng objektiv beurteilen, ganz ohne subjektive Rücksichten, wie z.B. das Stehen oder Fallen des Kultusministers. Es handle sich eben nicht um die Regelung momentaner Verhältnisse, sondern um die Grundlage für die künftige Entwicklung des Volkes. Die Zeit für ei-	vgl. Andree, Band 34, S. 266-290



			<p>ne Synodalordnung sei noch nicht gekommen, da die momentane Mehrheit der Geistlichkeit einer Schule entstamme, aus der nichts Positives erwachsen könne.</p> <p>Die <b>Beschränkung der kirchlichen Lehrfreiheit</b> würde dazu führen, dass es keine Auseinandersetzung mehr mit den Fortschritten der Wissenschaft gebe. Man wolle keine Synodalordnung mit Privilegien, sondern die freie Vereinigung der Gemeinden. Die moderne <b>Moral</b> sei der Kirche entwachsen und stehe <b>auf dem Boden der anthropologischen Wissenschaft</b>. Weiter geht er auf die Stellung des <b>landesherrlichen Kirchenregiments</b> ein, das sich außerhalb der Staatsverfassung befinde und der staatsrechtlichen Grundlage entbehre.</p>	
26	So, 27.2.1876, Nr. 49 (PDF: 62)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	<p><b>HdA</b> (15. Sitzung vom 26. Feb.): Thema ist erneut die <b>Synodalordnung</b>. V geht zunächst darauf ein, dass man die Angelegenheit streng objektiv beurteilen müsse, ganz ohne subjektive Rücksichten, wie z.B. das Stehen oder Fallen des Kultusministers. Er kritisiert die unangebrachte Eile mit der man versuche, dieses Gesetz zu verabschieden. Die Zeit für eine Synodalordnung sei noch nicht gekommen, da die momentane Mehrheit der Geistlichkeit einer Schule entstamme, aus der nichts Positives erwachsen könne.</p> <p>Die in ihrer Grundlage verdorbene Generalordnung würde auch durch Amende-</p>	

			<p>ments nicht verbessert. Wolle man eine Generalsynode, so müsse man diese mit weitreichenden Einflussmöglichkeiten ausstatten, sonst wäre sie kein Ausdruck der Organisation der Landeskirche. Aber genau hier liege die Gefahr, nämlich die Einflussnahme auf die Lehrfreiheit, die zu nichts anderem als zu einer Beschränkung derselbe führen würde. Man habe vor allen Dingen die Aufgabe, jedem einzelnen Bevölkerungskreis seinen Bekenntnisstand zu sichern und nicht, ihm einen anderen aufzuzwingen. Wolle man wirklich auf diesem Wege eine Einheit der Landeskirche herstellen, so mache man zwar die Kirche frei, aber die Angehörigen der Kirche unfrei und man opfere zu Gunsten eines Idols die Freiheit der Bürger. Man wolle keine Synodalordnung mit Privilegien, sondern die <b>freie Vereinigung der Gemeinden</b>. Die moderne Moral sei der Kirche entwachsen und stehe auf dem Boden der anthropologischen Wissenschaft. Weiter geht er auf die Stellung des landesherrlichen Kirchenregiments ein, das sich außerhalb der Staatsverfassung befinde und der staatsrechtlichen Grundlage entbehre. Der König stünde an der Spitze der Kirche und gleichzeitig an der Spitze des Staates und hier stünden sich dann unvereinbare Interessen gegenüber, was zu gefährlichen Folgen führen würde. Man habe also die</p>	
--	--	--	--	--

			dringende Pflicht, die Ausbildung einer solchen Königskirche zu unterbinden und gegen die Synodalordnung zu stimmen.	
27	Di, 29.2.1876, Nr. 50 (PDF: 65)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [28.2.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass Vs geäußerter Standpunkt zur <b>Synodalordnung</b> auch von anderen Abgeordneten vertreten wird	
28	Fr, 3.3.1876, Nr. 53 (PDF: 4)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der vorgestrigen [1.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird die <b>Kommission</b> erwähnt, die <b>über die Synodalordnung</b> berät. Auch V ist hier als Mitglied erwähnt.	
29	Mi, 8.3.1876, Nr. 57 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Verhandlungen der <b>Budgetkommission</b> zum höheren technischen Unterrichtswesens. Thema ist die mögliche <b>Zusammenlegung von Bau- und Gewerbeakademie</b> . V ist prinzipiell dafür, nur sorgt er sich über einen zu langen Stillstand in dem bereits begonnenen Bauprojekt der Gewerbeschule.	
30	Fr, 10.3.1876, Nr. 59 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. März): Ein Thema ist der Antrag zur <b>Verlängerung der Ferien der höheren Lehranstalten</b> . V äußert sich dagegen, da nach dem Gesundheitszustand der Kinder nicht längere Ferien sinnvoll seien, sondern eher häufigere, kürzere Unterbrechungen. Die Zeit der Sommerferien sei ungünstig gewählt, man sollte sie eher Richtung Herbst verschieben, auch in Hinblick auf die Universitätsferien. Er schließe sich dem An-	s. a. 11.3.1876 vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			trag an, die Angelegenheit zur Beratung einem Ausschuss zu überweisen.	
31	Sa, 11.3.1876, Nr. 60 (PDF: 16)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der Etat des Kultusministers. V äußert sich dahingehend, dass der Kultusminister gegenüber der Gesamtheit der religiösen Genossenschaften eine Spezialstellung innehat, die schwerlich ein dauerhaftes Friedensverhältnis gewährleisten würde.	vgl. Andree, Band 34, S. 294-299
32	Sa, 11.3.1876, Nr. 60 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 10. März): Thema ist der <b>Etat des Kultusministeriums</b> . Die aufgeworfene Frage, ob die neue <b>Synodalordnung</b> die Parität verbessere, verneint V. In seinen Augen bringe sie eher eine Verschärfung der Gegensätze. Der <b>Summepiskopat</b> sei seiner Meinung nach mit der Verfassung abgeschafft worden und das sei auch das Ziel gewesen. Nur die Gesamtheit aller evangelischen Christen konnte diese Position erneut schaffen, aber keine Einzelperson. Dies gestehe er keinem zu, möge er auch noch so genial sein. Der sogenannte Zug der Zeit, der zu dieser Organisation geführt habe, werde von jedem Machthaber anders interpretiert. Die einen rechtfertigten damit die Einführung des Dreiklassen-Wahlsystems, die anderen die Einführung des Oberkirchenrates und der Konsistorien als kirchliche Behörden. Nach Verständigung mit theologischen Wissenschaftlern könne V nicht erken-	vgl. Andree, Band 34, S. 294-299

			nen, dass eine solche hierarchische Entwicklung zeitgemäß sei. Kritisch beleuchtet V die Stellung des Kultusministers in Bezug auf die Parität der Bekenntnisse. Hier verändere die Synodalordnung die Gewichtung, da sie in das Verhältnis zwischen Staat und Krone und nicht, wie man meine, zwischen Staat und Kirche eingreife. Abschließend rät V, die Vielfalt der kirchlichen Organisationen der freien Entwicklung zu überlassen.	
33	Sa, 11.3.1876, Nr. 60 (PDF: 20)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. März; Nachtrag): Thema ist der Antrag zur <b>Verlängerung der Ferien der höheren Lehranstalten</b> . V äußert sich dagegen, da nach dem Gesundheitszustand der Kinder nicht längere Ferien sinnvoll seien, sondern eher häufigere, kürzere Unterbrechungen. Die Zeit der Sommerferien sei ungünstig gewählt, man sollte sie eher Richtung Herbst verschieben, da sich bei der großen Sommerhitze eine Erholung kaum einstellen würde. Bayern habe da schon Abhilfe geschaffen und die Hauptferienzeit in den Herbst gelegt. Auch für die Lehrer wäre es von Vorteil, wenn die Ferien mit den Universitätsferien zusammenfielen. Er schließe sich deshalb dem Antrag an, die Angelegenheit zur Beratung einem Ausschuss zu überweisen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
34	Di, 14.3.1876, Nr. 62	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte	Parlamentarische Nachrichten: Bericht von der Tagung der <b>Budgetkommission</b> zum Thema Zustände in den <b>Berliner</b>	

	(PDF: 23)	mittig	<b>Kunstmuseen.</b> Auch V habe sich zu den großen Unzulänglichkeiten in diesem Bereich geäußert.	
35	Do, 16.3.1876, Nr. 64 (PDF: 29)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 15. März; Abend-sitzung): Kurze Erwähnung, dass V über die Beratungen in der <b>Budgetkommission</b> zum Thema Universitäten referiert und über den <b>Universitätsetat</b> berichtet habe.	vgl. Andree, Band 34, S. 299-307
36	Fr, 17.3.1876, Nr. 65 (PDF: 31)	S. 1, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [16.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die Zustände in den <b>Berliner Kunstmuseen</b> . Als Referent der <b>Budgetkommission</b> begründete er die Anträge zum Kapitel Kunst und Wissenschaft. Es solle zukünftig den Abteilungen der Kunstmuseen eine ausreichende Summe für fachliche Ausgaben zu Verfügung stehen und man wolle einen Dispositionsfonds bilden, dessen Verwendung aufgrund von Vorschlägen stattfinde. Ferner solle die baldige Besetzung der vakanten und provisorischen Stellen geschehen.	vgl. Andree, Band 34, S. 307-330
37	Fr, 17.3.1876, Nr. 65 (PDF: 32)	S. 2, 1. Spalte unten	Es ist ein Antrag Vs aus der <b>Budgetkommission</b> abgedruckt, der unter Berücksichtigung des Deutschen Reiches und mit Heranziehung freier Militärgrundstücke einen Plan für den <b>Bau der großen Staatsanstalten</b> für Wissenschaft und Kunst in Berlin vorsieht.	s. a. 18.3.1876
38	Fr, 17.3.1876, Nr. 65	S. 4, 1. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 16. März): Zunächst wird über die Akademie <b>Münster</b> gesprochen. V verlange die Aufhebung	vgl. Andree, Band 34, S. 307-330

	(PDF: 33 u. 34)	u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig u. 2. Spalte unten	des Charakters einer katholischen Fakultät, weil sich durch diesen Charakter die Schwierigkeiten mit der Regierung von Jahr zu Jahr mehrten. Weiteres Thema sind die Zustände in den <b>Berliner Kunstmuseen</b> . Nach V habe es hier in den letzten Jahren nur Verwicklungen gegeben mit einem Kampf aller gegen alle: Ein Problem, das man in der <b>Budgetkommission</b> behandelt habe, sei das <b>Verhältnis der Abteilungsdirektoren zur Generaldirektion</b> . Bei den Differenzen zwischen den einzelnen Kunstgebieten sei ein Abteilungswechsel unmöglich und es könne keine einzelne Person an der Spitze aller Abteilungen stehen. Weiteres Problem sei, dass die Abteilungsdirektoren wegen kleinster Sachen die Zustimmung der Generaldirektion bräuchten. Dies geschehe auch noch immer schriftlich, so dass keine Zeit für die wesentlichen Dinge sei. Eine Zusammenkunft aller Abteilungsdirektoren solle hier Entscheidungsbefugnis bekommen. Ferner solle die baldige Besetzung der vakanten und provisorischen Stellen geschehen. Wenn die Regierung keine geeigneten Männer finden könne, so sollte man auf eine Reorganisation drängen. Bleibe die Institution bestehen wie sie ist, müsse man den Abteilungsdirektoren Mittel zur Lösung ihrer Aufgaben zu Verfügung stellen.	
--	-----------------	--	--	--

			<p>Weiter: V spricht den Wunsch aus, die Berliner Museen auch an den <b>Feiertagen geöffnet</b> zu halten und nach der Freilegung des Platzes vor der Nationalgalerie die große Tür vor dem Treppenhaus zu öffnen.</p> <p>Weiter: Im Rahmen von Zuschüssen für eine Reihe von Privatanstalten und Vereinen geht es um die Anschaffung von für die Jugend geeigneten Schriften. Hier ist auch der <b>Simplicus Simplicissimus</b> genannt. V habe ihn auf Rat eines Freundes angeschafft und gelesen. Er sei erschreckt beim Lesen und habe das Werk vor seiner Familie verborgen. Man solle die Jugend nicht in die schmutzigen Seiten des Kulturlebens einführen.</p>	
39	Fr, 17.3.1876, Nr. 65 (PDF: 35)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Hinweis, dass auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des HdA der mündliche Bericht der <b>Budgetkommission</b> stehen wird. V als Berichterstatter beantragt eine <b>Beschleunigung der großen Staatsbauten</b> herbeizuführen, die der Verwaltung des Kultusministeriums angehören und die nötigen bautechnischen Kräfte zur Verfügung zu stellen.	
40	Sa, 18.3.1876, Nr. 66 (PDF 37)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [17.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die <b>technischen Lehranstalten</b> . V, als Berichterstatter der <b>Budgetkommission</b> , beantragt eine <b>Beschleunigung der</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 330-346  s. a. 8.4.1876



			<p><b>großen Staatsbauten</b> herbeizuführen, die der Verwaltung des Kultusministeriums angehören und die nötigen bautechnischen Kräfte zur Verfügung zu stellen. Man habe schon in früheren Jahren ein solches Projekt gewollt und man solle jetzt nicht feilschen. Schuld an der heillo- sen Verzögerung der Bauten sei die Häu- fung der Prüfungsinstanzen. Hier müsse man eine Vereinfachung erreichen.</p>	
41	<p>Sa, 18.3.1876, Nr. 66 (PDF: 38 u. 39)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten f. u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (29. Sitzung vom 17. März): Als Berichterstatter der <b>Budgetkommission</b> beantragt V eine <b>Beschleunigung der großen Staatsbauten</b> herbeizuführen und die nötigen bautechnischen Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die Entwick- lung der Anstalten stehe seit Jahren so weit zurück, dass es fast so wäre, als ob man neue Einrichtungen errichte. Beson- ders die Universitäten in <b>Kiel</b> und <b>Halle</b> seien hier zu nennen. Auch in <b>Königs- berg</b> habe man Neubauten geplant, den Etat dafür zur Verfügung gestellt, aber die Dinge seien noch nicht weiter voran- gekommen. In Halle habe man Gelder zur Verfügung gestellt, Grundstücke erwor- ben und auch schon Pläne für die neue Anatomie entworfen, sogar mehrfach. Diese seien dann aber in Berlin verwor- fen worden. Nur zum Bau einer Halle für landwirtschaftliche Maschinen sei es ge- kommen. Dieses endlose Hin und Her habe schon dazu geführt, dass in Halle</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 330-346</p>

			<p>ein kleiner Spottvers gedichtet wurde. Schuld an der heillosen Verzögerung der Bauten sei die <b>Häufung der Prüfungsinstanzen</b>. Hier müsse man eine Vereinfachung erreichen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Auf Antrag von V beschließt das Haus, dass die <b>Reisekosten für die Kreismedizinbeamten</b> auf deren Gehalt aufgeschlagen werden und man diese Regulierung bald in Angriff nehme.</p> <p>Weiter:</p> <p>Thema ist der Bau einer großen einheitlichen <b>polytechnischen Schule</b>. V schlägt vor, nicht nur die Bergakademie und die Bauakademie zusammenzuführen, sondern auch die Landwirtschaftsakademie einzugliedern. Die momentane Organisation der Institute entspräche nicht ihren Zwecken und die Ausbildung der Architekten käme viel zu kurz.</p>	
42	Di, 21.3.1876, Nr. 68 (PDF: 41)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [20.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : V stellt mit einer Bemerkung die Munterkeit des Hauses wieder her, in dem er den Stil des Vorredner <b>v. Kardoff</b> als den eines zukünftigen Finanzminister bezeichnete.	vgl. Andree, Band 34, S. 346-352
43	Di, 21.3.1876, Nr. 68 (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 20. März): Vor dem Beginn der Tagesordnung wird von einem Abgeordneten ein kurzer Bericht gegeben. Da dies nicht zur Tagesordnung gehört wird dieses Vorgehen kritisiert, weil es aufhalte. V wirft ein, dass ein sol-	vgl. Andree, Band 34, S. 346-352

			<p>ches Prozedere zwar nicht in der Geschäftsordnung vorgesehen sei, da aber das Bedürfnis zu solchen kurzen Erörterungen vorliege, könne man die Entscheidung darüber vertrauensvoll in die Hände des Präsidenten geben. Dann geht man zur Tagesordnung über, zur Etatdebatte. V verwahrt sich bei der Entscheidung darüber, wie der Etat durchberaten werden solle, dagegen, dass Spezialfälle nicht vorgebracht werden dürften. Auch die Entscheidung zu einem <b>zweijährigen Etatjahr</b> hält er für abgetan. Man dürfe auch der Pressemeinung nicht zu viel Beachtung schenken, sie dürfe das Urteil des Hauses nicht beeinflussen. Die Einführung von <b>Schutzzöllen</b>, wie sie <b>v. Kardoff</b> vorsehe, halte er nicht für sinnvoll. Zwar würden dadurch die Arbeiter mehr Lohn erhalten, aber diesen wieder beim Kauf der teureren Produkte ausgeben. Es sei nichts gewonnen, schlimmer noch, man würde einen Notstand wie in Amerika riskieren.</p>	
44	Di, 28.3.1876, Nr. 74 (PDF: 49)	S. 1, 2. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [27.3.1876] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die <b>Einverleibung Lauenburgs</b>. In Vs Augen habe es sich die Regierung ziemlich leicht gemacht. Sie krieche vor der Lauenburgischen Ritterschaft, in gerechter Rache für früheres verfassungswidriges Vorgehen. Ein Teil der Domänen sei verschenkt, der Rest solle der Ritterschaft</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 352-360

			gegeben werden, um diese feudale Körperschaft zu verewigen und der Rest werde der preußischen Volksvertretung vor die Füße geworfen. Seine scharfe aber gerechte Kritik verhalf Vs Antrag aber nicht zur Kommissionsberatung.	
45	Di, 28.3.1876, Nr. 74 (PDF: 50 u. 51)	S. 4, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 27. März): Thema ist die <b>Einverleibung Lauenburgs</b> . Nach V müsse man dazu drei Aspekte beleuchten. Zunächst das Gesetz selbst, dann den Staatsvertrag mit den lauenburgischen Ständen und die Bewilligung des Budgets für die zweite Hälfte des Jahres 1876. Die Regierung habe es sich ziemlich leicht gemacht. Sie krieche vor der Lauenburgischen Ritterschaft, in gerechter Rache für früheres verfassungswidriges Vorgehen. Ein Teil der Domänen sei verschenkt, der Rest solle der Ritterschaft gegeben werden, um diese feudale Körperschaft zu verewigen und der Rest werde, wie eine ausgequetschte Zitrone, der preußischen Volksvertretung vor die Füße geworfen. Der Finanzminister versuche zwar, die Lage als verführerisch darzustellen, doch man müsse am Wert Lauenburgs zweifeln. Zumal der neue Zustand durch ein Gesetz sanktioniert werden solle. In Bezug auf die Steuerverwaltung stünden die Dinge zwar einfacher, aber zusammen mit den anderen Entscheidungen tue man gut daran, die Angelegenheit in der <b>Budgetkommission</b> vorzubereiten. Vs	vgl. Andree, Band 34, S. 352-360  s. a. 4.4.1876 u. 6.4.1876

			Antrag wird abgelehnt.	
46	Di, 28.3.1876, Nr. 74 (PDF: 51)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: V ist von der <b>Fortschrittspartei</b> in die <b>Kommission für den Gesetzentwurf zu einer Verfassung für die Provinz Berlin</b> gewählt worden.	
47	Do, 30.3.1876, Nr. 76 (PDF: 55)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Erneuter Hinweis, dass V in die <b>Kommission für den Gesetzentwurf zu einer Verfassung für die Provinz Berlin</b> gewählt worden ist.	
48	Di, 4.4.1876, Nr. 80 (PDF: 3)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [3.4.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die Einverleibung <b>Lauenburgs</b> . V bringt einige Amendements dazu ein, um den Regierungsentwurf zu verbessern.	vgl. Andree, Band 34, S. 360-375  s. a. 6.4.1876
49	Di, 28.3.1876, Nr. 74 (PDF: 5-6)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (37. Sitzung vom 3. April): Thema ist erneut die <b>Einverleibung Lauenburgs</b> . V berichtet, dass der Gesetzentwurf gerade erst in Lauenburg bekannt geworden und die Meinung darüber geteilt sei. In dem Zusammenhang habe er auch erst erfahren, dass Lauenburg nicht mehr den Anschluss an <b>Schleswig-Holstein</b> , sondern an <b>Hannover</b> wünsche. Da er selbst noch nicht in der Lage sei, dazu ein Urteil zu fällen, hoffe er auf eine dritte Lesung. Unabhängig davon halte er geographisch und historisch betrachtet den Anschluss an Hannover für besser. Im Weiteren geht es in den Anträgen um einzelne Veränderungen in den Wortlauten und um steuerrechtliche Kon-	vgl. Andree, Band 34, S. 360-375

			sequenzen. Abschließend wird das Gesetz mit einigen Änderungen angenommen.	
50	Do, 6.4.1876, Nr. 82 (PDF: 8)	S. 1, 1. Spalte unten f.	Zusammenfassung der gestrigen [5.4.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Einverleibung Lauenburgs</b> . V habe sich für die wiederholte Beratungen zu dem Thema eingesetzt, die verfassungsmäßig erst nach 21 Tagen stattfinden können. Der Minister für Lauenburg konnte aber nicht so lange warten. Dieser wollte V seine Meinung über die „ausgequetschte Zitrone“ mitteilen. Auch <b>Bismarck</b> spricht zu dem Thema. Wenn es zum Ende der Konfliktzeit nach V gegangen wäre, so wäre heute weder von einer ausgequetschten Zitrone noch von einer vollen die Rede, sondern das Land stünde unter dem <b>Herzog von Augustenburg</b> und dem deutschen Bunde. V ging nicht auf die persönliche Attacke ein, genauso wenig wie damals, als er zu einem <b>Duell</b> anderer Art gefordert worden sei. V antwortete mit ruhigem Ernst, der nicht seine Wirkung verfehlte. Er werde bei den wiederholten Lesungen Anträge stellen, wenn die Bewohner Lauenburgs sich nicht in die gestellten Bedingungen fügen werden. Was die Konfliktzeit beträfe, so habe er keinen Grund sich zu schämen. Man habe die Tatsachen akzeptiert, ohne zuzugestehen, dass die damalige Stellung des HdA unfruchtbar gewesen sei. Bismarck wieder-	vgl. Andree, Band 34, S. 375-380

			rum erklärte, er habe alle Feindschaft von damals vergessen und bedauere, dass dies bei V nicht der Fall sei, zumal er ihn als Mann der Wissenschaft schätze.	
51	Do, 6.4.1876, Nr. 82 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (38. Sitzung vom 5. April): Thema ist erneut die <b>Einverleibung Lauenburgs</b> . V sehe von weiteren Amendments ab. Er wolle erst nähere Informationen über die Stimmung im Lande einholen und bei der weiteren Beratung der Vorlage in 21 Tagen erneut Amendments einbringen. V bekommt vom Abg. <b>Hansen</b> eine <b>Karte Lauenburgs</b> , die angeblich die Nähe zu Schleswig-Holstein beweise. V bemerkt eher ironisch, dass er diese Karte als wertvolle Erinnerung an diese welthistorische Debatte in seinem Archiv niederlegen werde. Auf der Karte fehle jenes Stück von Hannover, das über die Elbe reiche. Ihm ginge es lediglich darum, dass Lauenburg nicht ewig seine Stellung behalte. Ob es zu <b>Hannover</b> oder zu <b>Schleswig-Holstein</b> gehöre, wäre eher zweitrangig. Weiter geht V darauf ein, dass die Lesungen zum Gesetzentwurf zu schnell aufeinander gefolgt sind, um der Bevölkerung eine Meinungsäußerung dazu zu ermöglichen. Er habe auch kein Urteil darüber gefällt, in welche Richtung sich die Meinung wohl wenden würde. Er hätte am liebsten in der Angelegenheit geschwiegen, aber er sei als Abgeordneter oft in der Zwangslage, dass	vgl. Andree, Band 34, S. 375-380  s. a. 29.4.1876

			<p>zu sagen, was kein anderer außer ihm sage. Auch habe er keinen Grund, sich zu schämen für seine frühere Stellung im HdA. Er habe damit versucht, die preußische Politik aus ihrer impotenten Handhabung herauszureißen. Vielleicht hätte ja der Ministerpräsident auch ohne die treibende Kraft des HdA diesen Weg eingeschlagen, den er nachher betreten habe, aber das Haus sei ihm in gewisser Weise vorangegangen, sowohl bei dem Vorgehen gegen <b>Dänemark</b> als auch gegen <b>Österreich</b>. Nun behaupte Bismarck, Lauenburg sei ein Geschenk, so habe man wirklich kein Interesse Geschenke anzunehmen. Er könne weder anerkennen, dass der Herzog von Lauenburg in rechtmäßiger Weise in den Besitz des Landes gekommen sei, noch dass er das Recht habe, das Land zu verschenken. Für V liegen wesentliche Gründe dafür vor, dass Lauenburg zu Preußen gehöre, aber er könne noch nicht abschließend sagen, ob er nicht noch diese oder jene Bedingung zu stellen habe bei der nächsten Lesung, auch wenn Bismarck dann nicht anwesend sein könne. Er werde sich aber bemühen, über alles, was persönliche Frage berühren könne, hinwegzugehen und sich nur im Rahmen der staatsrechtlichen Erörterung zu bewegen.</p>	
52	Sa, 8.4.1876,	S. 1, 1. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [7.4.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : V, als Be-	vgl. Andree, Band 34,



	Nr. 84 (PDF: 14)	unten	richterstatter der <b>Budgetkommission</b> , beantragt eine <b>Beschleunigung der großen Staatsbauten</b> , die der Verwaltung des Kultusministeriums angehören, herbeizuführen und die nötigen bautechnischen Kräfte zur Verfügung zu stellen.	S. 380-391
53	Sa, 8.4.1876, Nr. 84 (PDF: 15 u. 16)	S. 4, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 7. April): Thema ist der Antrag der <b>Budgetkommission</b> , eine <b>Beschleunigung der großen Staatsbauten</b> herbeizuführen, die der Verwaltung des Kultusministeriums angehören und die nötigen bautechnischen Kräfte zur Verfügung zu stellen. Nach V sei der Gegenstand des Antrages nicht neu. Schon 1873/74 habe es einen solchen Antrag gegeben. Die Regierung habe daraufhin zwar eine Aufstellung über die zur Verfügung stehenden Bauplätze angelegt, aber es wurde kein Gesamtbebauungsplan aufgestellt. Dieser sei aber notwendig, um einzelne Projekte zu koordinieren, die mit anderen in Zusammenhang stünden. Auch stehe der Bau eines Reichstagsgebäudes noch aus. Das Kriegsministerium verfüge über eine große Anzahl verfügbarer Grundstücke, zeige aber keinerlei Zusammenarbeit mit anderen Ministerien. Eher mache der Kriegsminister spekulative Geschäfte mit Privatpersonen. Besondere Dringlichkeit zum Ausbau hätten die <b>königliche Bibliothek</b> und die <b>Akademie der Wissenschaften</b> . Auch das <b>Universitätsherba-</b>	vgl. Andree, Band 34, S. 380-391

			<p><b>rium</b> bedürfe dringend der Erweiterung, da man bereits jetzt schon neue Sammlungen in kleinen Kellerräumen unterbringe. Mittlerweile sehe man sich sogar gezwungen, öffentliche Plätze und Anlagen zu bebauen. Um zu einer guten Lösung zu kommen, müsse diese Angelegenheit Sache des gesamten Staatsministeriums werden, um einen Plan auszuarbeiten. Die ganze Sache würde sonst wie ein Alb auf der Entwicklung der Kunst und Wissenschaft liegen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V leugne nicht, dass von der Regierung große Anstrengungen gemacht worden seien, die wissenschaftlichen Institute voranzubringen. Nur reiche das eben nicht aus. Auch käme es durch Fehlplanungen und weit auseinanderliegende Bauplätze zu einer <b>Zersplitterung der Universität</b>. Auch die Zuweisung der Regierung von Instituten, die eigentlich nicht zu Universität gehörten, wäre nicht hilfreich. Hier weist er nochmal auf die Notwendigkeit eines Gesamtplanes hin, auch um die Konkurrenz der einzelnen Ministerien in diesem Bereich zu unterbinden.</p>	
54	Di, 11.4.1876, Nr. 86 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V und <b>Hänel</b> den <b>Wahlaufruf der Fortschrittspartei</b> für die Landtagswahlen redegieren werden.	
55	Fr, 14.4.1876,	3. Beilage, S. 2,	Bericht über das <b>Begräbnis Louis Traubes</b> , ehemaliger jüdischer Professor an	

	Nr. 89 (PDF 25)	3. Spalte mittig	der medizinischen Fakultät in Berlin. V ist bei der Beisetzung anwesend.	
56	Fr, 14.4.1876, Nr. 89 (PDF: 27)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>Spendenaufruf</b> für ein <b>Marmorstandbild der Königin Louise</b> mit nachfolgender Spenderliste. V ist mit 20 Mark unter den <b>Spendern</b> gelistet. Er liegt damit im Durchschnitt.	
57	Fr, 21.4.1876, Nr. 93 (PDF: 33-34)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	Abdruck eines Vortrages von V in der <b>BAG über die Urbevölkerung der Andamanen</b> : Eine der hochwichtigen Fragen der Neuzeit sei die Frage nach der ehemaligen Existenz eines großen Kontinents an der Stelle des Indischen Ozeans. Durch die Reisen <b>Dr. Jagors</b> und seiner vielen Beobachtungen bestünde nun auch die Möglichkeit Vergleiche mit bereits bekannten Völkergruppen anzustellen. V habe nun das Material Dr. Jagors gesichtet und wolle das Ergebnis dieser Arbeit vorstellen. Die Bewohner der Andamanen seien Schwarze, würden sich aber von den Bewohnern der in der Nähe liegenden Nikobaren deutlich unterscheiden. Auffällig sei eine sprachliche Ähnlichkeit der südindischen Dialekte mit der der australischen Ureinwohner. Dies ließe vermuten, dass die Andamanen zusammen mit den weiteren Inselketten als Weg nach Australien gedient haben könnten. Weiter habe man bei den Andamanen den Eindruck, sie seien nur die Spitze einer versunkenen Gebirgskette. Es seien reiche Haufen von Ablagerun-	<i>Vortrag über die Andamanen und ihre Bevölkerung:</i> VBAG 8, S. 101-109

			<p>gen entdeckt worden, sogenannte <b>Kjökkenmöddinger</b>, die eine Vielzahl aufgeschlagener Muscheln, Fisch- und Schildkrötenreste und auch Reste von Schweinen aufwiesen. Besonders interessant in den Haufen seien ornamentierte Tonscherben, ganz so, wie in der heimischen slawischen Periode hier, was auf ein gewisses Alter dieser Haufen schließen lasse, zumal die Andamanesen die Töpferkunst gänzlich vergessen hätten. In Australien habe man keinerlei Anknüpfungspunkte an so eine Töpferzeit gefunden. Wiederum gebe es Verbindungen bei der Verwendung von Farbstoffen zur Bemalung. Allerdings lassen sich diese Stoffe fast überall mit Leichtigkeit finden. Die Verwendung von Eisen bei den Adamanesen sei nur auf Wracks zurückzuführen, da ansonsten keine Eisenproduktion existiere, auch die Kenntnis von Glas käme nur so zustande. Die Bevölkerung sei bis auf Schurze und einigen Schmuck aus Pflanzen oder Muscheln unbedeutend. Bei dem Vergleich andamanesischer Schädel mit australischen oder afrikanischen Schädeln ließe sich keine Ähnlichkeit feststellen, was gegen einen früheren gemeinsamen Kontinent spräche. Eher könne man eine gewisse Nähe zu den Negrito-Schädeln feststellen. Aber auch eine Ähnlichkeit mit der Bevölkerung Indiens sei nicht festzustellen. Die</p>	
--	--	--	--	--

			Andamanesen seien damit vielleicht eine der wenigen echten Urbevölkerungen, soweit man dies an Hand des existierenden Materials feststellen könne.	
58	Do, 27.4.1876, Nr. 98 (PDF: 40)	S. 4, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 26. April): V steht auf der Rednerliste gegen den Antrag, die <b>Übertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich</b> zu genehmigen.	s. a. 30.4.1876
59	Sa, 29.4.1876, Nr. 100 (PDF: 46)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [28.4.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Erneut geht es um die <b>Einverleibung Lauenburgs</b> . V habe keinen Grund für die Einreichung neuer Anträge gesehen.	vgl. Andree, Band 34. S. 391-395
60	Sa, 29.4.1876, Nr. 100 (PDF: 47-48)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 28. April): Thema ist erneut die Vereinigung des <b>Herzogtums Lauenburg</b> mit der preußischen Monarchie. V habe sich gehütet, in Lauenburg einen Widerspruch gegen diese Vorlage zu suchen. Im Gegenteil, die Ritter- und Landschaft von Lauenburg habe sich mit den Beschlüssen des HdA einverstanden erklärt. Nach dem Abg. <b>Hammacher</b> kämen die Agitationen gegen die Vorlage von Orthodoxen, nach <b>Bismarck</b> von den Sozialisten. V sei nun von dem als Sozialist betitelten Herrn <b>v. d. Sandt</b> angeschrieben worden, dass er kein Sozialist sei, was auch andere bezeugen könnten. Da nun von keiner Seite mehr Proteste gegen die Vorlage existierten, wolle V seine Ablehnung auch nicht	vgl. Andree, Band 34. S. 391-395

			weiter aufrechterhalten. Er halte auch nicht jede Äußerung des Herzogtums für politisch motiviert. Er geht danach auf einen Bericht in der „ <b>Nationalzeitung</b> “ ein, die seine Auseinandersetzungen mit Bismarck falsch gedeutet habe und die Bismarck seinen Bund mit dem National-liberalismus haben erneuern sehen. Dies würde, so V, den Lauenburgern den Eindruck vermitteln, etwas Besonderes zu sein.	
61	So, 30.4.1876, Nr. 101 (PDF: 50)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [29.4.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Übertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich</b> . V ist der Meinung, dass das neue Eisenbahnsystem zu einem <b>Staatssozialismus</b> führe und einen Rückfall in die Schutzzollpolitik und die Beschränkungen der Gewerbefreiheit in sich berge.	vgl. Andree, Band 34. S. 395-417
62	So, 30.4.1876, Nr. 101 (PDF: 52-53)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 29. April): Thema ist die <b>Übertragung der Eigentums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich</b> . Zunächst begrüßt V, dass man sich eher auf prinzipielle Bedenken beschränke und nicht mehr nur auf Reichsfeinde und Reichsfreunde schaue. Ferner warte V auf eine Erklärung des Handelsministers zu dem Vorwurf, er nehme seine Pflichten nicht ernst genug. Man könne keinen schweren Vorwurf erheben, aber die	vgl. Andree, Band 34. S. 395-417

			<p>Landesvertretung habe ein Recht, eine Stellungnahme zu fordern. Es sei denn, der Minister räume den Vorwurf ein.</p> <p>Weiter müsse man sich darüber klar werden, was die Regierung mit der Vorlage bezwecke. Es gebe militärische Interessen, allerdings seien diese in Vs Augen unberechtigt. Er verweise auf die Verdienste der jetzigen Eisenbahnverwaltungen im letzten Krieg. Die wirtschaftliche Seite der Vorlage betrachtet er ebenfalls kritisch. Die Klagen über diverse Differentialtarife könnten nicht dazu führen, dass man die Bahnen dem Reich übergebe, dies führe direkt in den <b>Staatssozialismus</b>. Die momentan herrschende Systemlosigkeit würde auch unter Reichsverwaltung auch nicht besser. Ein neues Eisenbahngesetz würde da eher Abhilfe schaffen. Dies sei aber trotz einer extra anberaumten Konferenz nicht zustande gekommen. V glaubt auch, dass man die partikulären Interessen der einzelnen Länder unterschätze, die besser in den Einzelstaaten gewahrt blieben. Dass es selbst der Finanzminister nicht für eine Schädigung des Reiches oder der Eisenbahnen halte, wenn dieses Gesetz nicht zustande komme, beweist für V, dass man sich eher ehrenvoll aus dem Thema schleichen wolle. Allerdings müsse man sich als nächstes dringend an ein <b>Eisenbahngesetz</b> machen.</p>	
--	--	--	--	--

63	So, 30.4.1876, Nr. 101 (PDF: 53)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Thematisiert wird die Sitzung des HdA von Freitag, den 28. April. Dort habe <b>Bismarck</b> bedauert, dass er V mit seiner Wortwahl in Bezug auf <b>Lauenburg</b> verletzt habe. Er habe zwar nichts Derartiges im stenographischen Bericht gefunden, baue aber auf Vs Glaubwürdigkeit, dass dem so gewesen sei. Der Zeitung nach sei es aber wohl doch zu einer verbalen Attacke gekommen, die Bismarck wohl in den stenographischen Berichten überlesen habe.	
64	Mi, 3.5.1876, Nr. 103 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: <b>Zeitschrift für Ethnologie</b> . Hinweis auf das Erscheinen der 1. Ausgabe des 8. Jahrgangs. V wirkt bei der Herausgabe mit.	
65	Fr, 5.5.1876, Nr. 105 (PDF: 6)	S. 1, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [4.5.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird erneut über das <b>Synodalgesetz</b> beraten. Nach V habe man dafür gestimmt, um die besseren Kommissionsanträge gegen die Regierungsvorlage zu unterstützen, ohne darum mit dem Synodalgesetz einverstanden zu sein.	vgl. Andree, Band 34, S. 419-425  s. a. 6.5.1876
66	Fr, 5.5.1876, Nr. 105 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (48. Sitzung vom 4. Mai): Es wird erneut über das <b>Synodalgesetz</b> beraten. Nach V habe man dafür gestimmt, um die besseren Kommissionsanträge gegen die Regierungsvorlage zu unterstützen, ohne darum mit dem Synodalgesetz einverstanden zu sein. Schließlich müssten die Rechte des Staates gewahrt und die Übergriffe der kirchlichen Organe auf das	vgl. Andree, Band 34, S. 419-425



			staatliche Gebiet verhindert werden.	
67	Sa, 6.5.1876, Nr. 106 (PDF: 10-11)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [5.5.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut das <b>Synodalgesetz</b> . V und <b>Klotz</b> bringen das Amendement ein, statt drei nur zwei Prozent <b>Umlage für die Gemeindemitglieder</b> anzusetzen. V setzt sich weiter dafür ein, eine Aufnahme von Anleihen zu verbieten, damit der heimliche Plan vom <b>Dombau</b> nicht wieder aktuell würde. Ein weiterer Antrag lautet, das Altkatholikengesetz auf die aus der evangelischen Landeskirche Ausgeschiedenen anzuwenden. V weist provokatorische Absichten zurück und zeigt, dass unter der neuen Ordnung reichlich Stoff zu Konflikten gegeben sei. Abschließend wurde noch ein Amendement von V und Klotz angenommen, wonach den Organen der Landeskirche eine Mitwirkung bei Anstellung von evangelisch-theologischen Professoren und Seminarleitern nicht zustehe.	vgl. Andree, Band 34, S. 425-439
68	Sa, 6.5.1876, Nr. 106 (PDF: 13-14)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (49. Sitzung vom 5. Mai): Thema ist erneut das <b>Synodalgesetz</b> . V und <b>Klotz</b> bringen ein Amendement ein, statt drei nur zwei Prozent Umlage für die Gemeindemitglieder anzusetzen. V setzt sich weiter dafür ein, eine Aufnahme von Anleihen zu verbieten, damit der heimliche Plan vom <b>Dombau</b> nicht wieder aktuell würde. Ein weiterer Antrag lautet, das Altkatholikengesetz auf die aus der	vgl. Andree, Band 34, S. 425-439

			<p>evangelischen Landeskirche Ausgeschiedenen anzuwenden. V weist provokatorische Absichten zurück und zeigt, dass unter der neuen Ordnung reichlich Stoff zu Konflikten gegeben sei. Im Übrigen könne man nicht behaupten, dass die Regierungsvorlage freundlich gegenüber der evangelischen Kirche sei. Man habe die Gemeinden nicht nach ihrer Meinung gefragt, sondern habe einheitlich entschieden. Die Empfehlung des Regierungskommissars, bei Bedarf später einzuschreiten, kann V nicht nachvollziehen. Er wolle nicht warten bis es brenne. Abschließend wurde noch ein Amendement von V und Klotz angenommen, wonach den Organen der Landeskirche eine Mitwirkung bei Anstellung von evangelisch-theologischen Professoren und Seminar Direktoren nicht zustehe.</p>	
69	<p>Mi, 10.5.1876, Nr. 109 (PDF: 19)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (51. Sitzung vom 9. Mai): Thema ist die <b>evangelische Kirchenverfassung</b>. Nach V sei der Zeitpunkt noch fern, wo man Garantien gegen Übergriffe der <b>Generalsynoden</b> brauche. Sie würde sich noch einige Jahre ruhig verhalten, hätten aber die Anlage zu Übergriffen. Schließlich sei die Kirche eine dogmatische Anstalt und habe die Tendenz, Dogmatik zu entwickeln. Man mache nicht Opposition gegen das Gesetz aus persönlichen religiösen Gründen, sondern als Politiker, von staatlichen Gesichtspunkten aus. Für ihn</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 440-445</p>

			<p>sei der kirchliche Standpunkt des Einzelnen gleichgültig, für die Regierung handelt es sich aber um die Landeskirche, die sie kontrollieren möchte. Dass das Staatsministerium an Stelle eines einzelnen Ministers Entscheidungen treffen sollte, begrüßt V. Dieses Vorgehen garantiere eine größere Unparteilichkeit.</p>	
70	<p>Fr, 12.5.1876, Nr. 110 (PDF: 23)</p>	<p>1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 11. Mai): Thema ist der Bau einer <b>Irrenanstalt</b>. V habe sich eingehend mit dem Thema beschäftigt. Auch, wenn man unterschiedlicher Meinung bezüglich der Ausdehnung einer solchen Anstalt sei, so stimme man doch bei der Frage ihrer Abgeschlossenheit überein. Wenn man dies nicht im Sinne der Kranken schaffen könne, versündige man sich an der Aufgabe. Unter diesen Aspekten habe man <b>Dalldorf</b> ausgewählt. Dass nun angeblich Feuchtigkeit im Boden Probleme beim Bau verursachen sollte, zweifelt V an. Die <b>Charité</b> stehe auf einem ähnlichen Terrain. Wolle man von Dalldorf Abstand nehmen, müsse man unbedingt ein anderes, gleichwertiges Grundstück finden. Könne man das nicht, wäre es unvernünftig, Dalldorf aufzugeben.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>
71	<p>Di, 16.5.1876, Nr. 113 (PDF: 28)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [15.5.1876] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist das <b>Diözesangesetz</b>. V hielt dem Zentrum vor, dass es mit dessen Begriffen von Freiheit übel bestellt sei, da es unter</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 445-451</p>

			<b>Unterrichtsfreiheit die Freiheit der Unwissenheit</b> verstehe.	
72	Di, 16.5.1876, Nr. 113 (PDF: 31-32)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (55. Sitzung vom 15. Mai): Thema ist das <b>Diözesangesetz</b> . V konstatiert, dass seine Partei und er der Regierung mit voller Überzeugung auf dem Weg der Kirchenpolitik folgten. In der gegenwärtigen Gesetzesvorlage würde zwar die Kirche beschränkt, aber man könne nicht von einer generellen Freiheitsbeschränkung sprechen. Er halte dem Zentrum vor, dass es mit dessen Begriffen von Freiheit übel bestellt sei, da es unter <b>Unterrichtsfreiheit die Freiheit der Unwissenheit</b> meine. Die Freiheit, dass man nichts zu lernen brauche, führe zur Unfreiheit, zu einem Sklaventum ersten Ranges. Die Kirche sei auf ganzer Linie geschlagen, selbst in <b>Spanien habe man das Prinzip der Religionsfreiheit</b> in die Verfassung aufgenommen. Problematisch seien eher die <b>Jesuiten</b> . Durch ihre Auswanderung nach Amerika, Asien und Australien würden sie sich einen anderen Wirkungskreis suchen. Sie hätten die Abg. <b>Reichensperger</b> und <b>v. Gerlach</b> dazu gebracht, ihre Freiheit aufzugeben und die rein äußerliche Organisation, die man Kirche nenne, als Dogma zu betrachten. Bei den weiteren Debatten zum Kompetenzgesetz und zur Städteordnung werde man diese Freiheit auf die Probe stellen, aber man werde auch alles dafür	vgl. Andree, Band 34, S. 445-451

			<p>tun, die Kirche aus den Debatten herauszuhalten, um sich nicht durch Phrasen schlagen zu lassen. Die Mitbürger wolle man befreien, aber die Abgeordneten werde man nicht zwingen, wenn sie sich nicht befreien lassen wollten, aber diese müssten sich wenigstens den Gesetzen fügen. V könne durch Zitate beweisen, dass er sich auf dem Gebiet schon Sporen verdient habe, bevor Bismarck überhaupt auf den Gedanken gekommen sei. So lange <b>Bismarck</b> Vs Gedanken verfolge, so folge man ihm, sonst würde man sich gegen ihn stellen.</p>	
73	<p>Di, 23.5.1876, Nr. 119 (PDF: 38)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Erwähnung findet ein Antrag von 1869 das <b>Drei-Klassen-Wahl</b>system abzuschaffen. Die <b>Fortschrittspartei</b> sei aktuell hierbei uneins. V habe damals dafür gestimmt.</p>	
74	<p>Sa, 27.5.1876, Nr. 122 (PDF: 41)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [26.5.1876] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die <b>Städteordnung</b> mit ihrem Wahlrecht. V kritisiert das <b>Drei-Klassen-Wahlrecht</b>. Es sei weder geeignet zur Heranziehung besonders befähigter Kräfte zur städtischen Verwaltung, noch würde dadurch in <b>Frankfurt</b> die entstandene Verwirrung durch den Magistrat behoben. Die Schwierigkeiten, die sich einer guten städtischen Verwaltung entgegenstellten, seien nur durch nachhaltige Aufklärung der Bevölkerung zu beseitigen und in der praktischen Arbeit träten auch</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 452-461  s. a. 1.6.1876</p>

			die extremsten Anschauungen zurück.	
75	Sa, 27.5.1876, Nr. 122 (PDF: 42 u. 43 u. 44)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten ff.	<b>HdA</b> (64. Sitzung vom 26. Mai): Ein Redebeitrag ist nicht verzeichnet, lediglich zwei Amendements, die kleine Wortänderungen zu den Paragraphen des Wahlrechts beinhalten.	vgl. Andree, Band 34, S. 452-461
76	So, 28.5.1876, Nr. 123 (PDF: 47)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (65. Sitzung vom 27. Mai): Thema ist der Gesetzentwurf über die <b>Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden</b> im Geltungsbereich der <b>Provinzialordnung</b> . Es geht um die Aufnahme der Bestimmung, dass der <b>Kreisausschuss an Stelle der Ortspolizeibehörde</b> über das Verbot der Zuleitung des zum Betrieb der Färbereien, Gerbereien etc. benutzten Wassers entscheidet. V hält diese Bestimmung für nötig, da diese Entscheidungen von technisch erfahrenen Leuten getroffen werden müssten. Diese finde man eher im Kreisausschuss als in der Person des Amtsvorstehers.  In der Abendsitzung wird weiter über die Städteordnung debattiert. Es geht um die <b>Bedingungen des Gemeindebürgerrechts</b> und damit um die Wahlberechtigung. V ist der Meinung, dass es ausreichend sei, die Dauer des Wohnsitzes in der Stadtgemeinde auf ein Jahr zu beschränken. Den Antrag, bei möglichen Steuerschulden von mehr als 6 Monaten das Wahlrecht zu verweigern, hält V für undurchführbar. Die Wählerlisten würden	vgl. Andree, Band 34, S. 461-468

			so weit im Voraus erstellt, dass man solche Dinge nicht berücksichtigen könne.	
77	Di, 30.5.1876, Nr. 124 (PDF: 49)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [29.5.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : erneut wird über die <b>Städteordnung</b> beraten. Nach Antrag der <b>Fortschrittspartei</b> solle der Bürgermeister und sein Vertreter in Städten über 10.000 Einwohnern vom Innenminister bestätigt werden, in anderen Stadtgemeinden sei der Oberpräsident zuständig. Dies wurde von V vertreten, der darin keine Beschränkung der Krone sah, sondern, nur im Falle der Nichtbestätigung, eine nochmalige Prüfung erleichtere.	vgl. Andree, Band 34, S. 468-480  s. a. 1.6.1876
78	Di, 30.5.1876, Nr. 124 (PDF: 50 u. 51)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben f.	<b>HdA</b> (66. Sitzung vom 29. Mai): Erneut wird über die <b>Städteordnung</b> beraten. V wendet sich gegen den Paragraphen, <b>Forensen</b> und juristische Personen die <b>Berechtigung zur Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen</b> zu gewähren. Dieser Antrag wird angenommen. Weiter geht es mit einem Antrag der <b>Fortschrittspartei</b> , der Bürgermeister und sein Vertreter in Städten über 10.000 Einwohnern sollten vom Innenminister bestätigt werden, in anderen Stadtgemeinden sei der Oberpräsident zuständig. Dies wurde von V vertreten, der darin keine Beschränkung der Krone sah, sondern, nur im Falle der Nichtbestätigung, eine nochmalige Prüfung erleichtere. In der Abendsitzung schließt sich V ei-	vgl. Andree, Band 34, S. 468-480  <i>Forensen:</i> auswertige Grundbesitzer und Gewerbetreibende, die durch Kommunalpolitik betroffen sind, obwohl sie weder Bürger noch Einwohner der Kom- mune sind

			nem Antrag <b>Uhlendorffs</b> an, dass gemeinsame Sitzungen von Magistrat und SVV nur dann nötig seien, wenn eine von beiden Parteien ihre Zustimmung bei Beratungen versage.	
79	Mi, 31.5.1876, Nr. 125 (PDF: 54)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Von der <b>polnischen Fraktion</b> ist die Interpellation ins HdA eingebracht worden, die <b>Wahlversammlungen in polnisch sprechenden Gebiete auf Polnisch</b> stattfinden zu lassen und sie nicht, wie bisher, mit Polizeigewalt auflösen zu lassen. V ist einer der Unterstützer dieser Interpellation.	
80	Do, 1.6.1876, Nr. 126 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (68. Sitzung vom 31. Mai): Thema sind erneut die <b>Städteordnung</b> und der Umgang mit den <b>Forensen</b> . Die kommunalen Pflichten bezögen sich nicht nur auf die Steuerzahlung, sondern auch auf persönliche Leistungen, denen sich die Forensen entzögen, so V. Auch fehle das Korrektiv, dass zur Vertretung der Forensen nur Personen berechtigt seien, die zwei Jahre in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Er empfehle erneut die Ablehnung des Paragraphen. Zum §44, der besagt, dass in Städten in denen zurzeit noch keine Einteilung der Wahlberechtigten nach Klassen stattfinde, dieses verwendet werden solle, erwähnt V die harsche Kritik, die ihm dazu entgegenschlagen sei. Er habe das Verhalten des <b>Frankfurter</b> Magistrates bezüglich der	vgl. Andree, Band 34, S. 480-487  s. a. 27.5.1876 u. 28.6.1876



			Wasserleitung kritisiert. Daraufhin habe man ihn angegriffen. Er müsse aber seine Behauptungen trotzdem aufrechterhalten, da sich seine Ausführungen nicht auf diese Wasserleitung, sondern auf eine vorausgehende Wasserleitung bezögen und er nur nach genauester Information gehandelt habe. Er bleibe bei seiner Kritik am <b>Drei-Klassen-Wahlrecht</b> .	
81	Fr, 2.6.1876, Nr. 127 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>BAG:</b> Es wird nochmal berichtet über Vs Äußerungen zu den <b>Papuas aus Neuguinea</b> . Diese seien, nach den vorgenommenen Schädelmessungen, nicht so niedrig anzusehen, wie angenommen. Allerdings gebe es keinen Anhalt für eine Verwandtschaft zwischen Papuas und Negritos, wie früher vermutet. Auch zu den Australiern und Afrikanern gebe es kaum Anknüpfungspunkte.	s. a. 22.2.1876
82	Fr, 9.6.1876, Nr. 132 (PDF: 12 u. 13)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Juni): Thema ist eine <b>Petition der Stadtverordneten an das Herrenhaus</b> bezüglich der <b>Städteordnung</b> . Hierin ersucht man das <b>Drei-Klassen-Wahlrecht</b> abzuschaffen, die Feststellung des Etats durch Gemeindebeschluss erfolgen zu lassen und andere kleinere Punkte ändern zu lassen. V kritisiert Äußerungen aus der letzten Versammlung und stellt klar, dass die Versammlung in Sachen <b>Budgetrecht</b> von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die SVV habe niemals unbeschränktes Budgetrecht besessen. In einzelnen Punk-	nichts bei Andree

			<p>ten kämpfe man gegen die im HdA gefassten Beschlüsse und er bezweifle, dass man damit im Herrenhaus Erfolg habe. Nach namentlicher Abstimmung wurde die Petition angenommen, aber V habe sich der Abstimmung enthalten.</p>	
83	<p>Sa, 10.6.1876, Nr. 133 (PDF: 16)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Juni, Nachtrag): Die Bemerkungen des Vorredners seien zwar sehr wohlwollend, so V, doch müsse er sich die Frage stellen, ob er sich als Abgeordneter verteidigen solle, als befände er sich vor einem Gericht. In seiner Eigenschaft als SV stelle er fest, dass mit dem Antrag nur eine Demonstration gegen die Fortschrittspartei des HdA beabsichtigt gewesen sei. Dies habe der SV <b>Loewe</b> nach Ausweis des stenographischen Berichts direkt ausgesprochen, der SV <b>Weber</b> sei dem beigetreten und habe nur formelle Bedenken gehabt und der SV <b>Gerth</b> habe sogar seiner Entrüstung gegen die liberalen Abgeordneten Ausdruck gegeben. Über die <b>Petition an das Herrenhaus</b> habe er als Abgeordneter nichts zu sagen, als SV möchte er aber doch davor warnen, sich dieser Lächerlichkeit hinzugeben. Man habe in der Versammlung die Urteile über das HdA auf Grund der unvollständigen und mangelhaften Zeitungsberichte gefällt, in denen nicht einmal erwähnt werde, dass und welche Anträge von liberalen Mitgliedern des Hauses, darunter viele von ihm</p>	<p>nichts bei Andree</p>

			<p>selbst, gestellt und verteidigt worden seien. Die Versammlung hätte zunächst den stenographischen Bericht abzuwarten. Er bestreite in erster Linie die Richtigkeit der Voraussetzungen, von denen die Versammlung ausgegangen. Er sei der Ansicht, dass man sich hier nicht in die Ökonomie des Gesetzes hineingedacht habe. Er sei ein Gegner des Systems, die Kollegial-Verfassung des Magistrats zu beseitigen und die Bürgermeister-Verfassung dafür einzuführen; aber die SVV könne sich das volle und unbeschränkte <b>Budgetrecht</b> wieder erobern, so wie sie die Kollegial-Verfassung des Magistrats abschaffe. Man habe durch Anträge im HdA das bisherige System, wonach die SVV für sich alleine verhandelt, versucht zu erhalten, aber man übertreibe das, was verloren gegangen und erkenne nicht den Fortschritt des Gesetzes in der gegenwärtigen Fassung. Man habe dem HdA eine Petition geschickt und darin scheinbar richtige Gesetzesstellen angeführt, dabei man habe nur die Ergänzungssätze weggelassen. Die alten Städteordnungen enthielten für die SVV in Beziehung auf das Budgetrecht weit schlimmere Bestimmungen. In der jetzigen Fassung sei ein entscheidender Fortschritt gemacht. Danach sei der Magistrat außer Stande, wo es sich nicht um ganz bestimmte Rechtstitel handle, etwas ge-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>gen den Willen der SVV durchzusetzen. Die jetzige Fassung in Bezug auf die Gemeindesteuer sei allerdings bedenklich und es tue ihm leid, dass man in dieser Beziehung beim HdA nicht durchgedrungen sei, denn es könne passieren, dass man die Bürgerschaft zu sehr belasten müsse. Dies sei der einzige Rückschritt, den das Gesetz bringe und er akzeptiere vollkommen, wenn man sich dagegen zu schützen suche. Beim Herrenhaus werde man sich aber nicht durchsetzen können und deshalb möge man nicht auf einem Schritt beharren, der an eine falsche Adresse gerichtet sei. Der Petitionsentwurf lasse bedenkliche Interpretationen zu, da es vollkommen falsch sei, dass man der SVV das ganze Budgetrecht genommen habe. Ob die Petition nun an das Herrenhaus oder auch an das HdA zu richten sei, lasse er dahingestellt, aber die Versammlung möge es sich genau überlegen, ob es angemessener sei, den Berliner Abgeordneten nur einen Makel aufzuerlegen oder praktisch etwas zu erreichen. Nach namentlicher Abstimmung wurde die Petition angenommen, aber V habe sich der Abstimmung enthalten.</p>	
84	Mi, 14.6.1876, Nr. 136 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck einer Auflistung unerledigter Geschäfte aus dem HdA. Es ist ein Kommissionsbericht unbearbeitet über die Frage, ob V durch seine Berufung zum ordentlichen	

			Mitglied in der technischen <b>Deputation für das Veterinärwesen</b> Sitz und Stimme im HdA verloren habe.	
85	Do, 22.6.1876, Nr. 143 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurze Bemerkung, dass erneut wieder die diesjährige <b>Sommerexkursion</b> unter Vs Führung stattfindet. Ziel werden die Hügelgräber zwischen <b>Herzberg</b> und <b>Falkenberg</b> sei.	s. a. 29.7.1876
86	Sa, 24.6.1876, Nr. 145 (PDF: 31)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [23.6.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die neue <b>Gestaltung des Staatsministeriums</b> . Von mehreren Abgeordneten wurde nicht bestritten, darunter auch V, dass der Krone die <b>Ernennung und Entlassung der Minister</b> zustehe, aber es wurde bestritten, dass daraus resultiere, dass die Krone beliebig Minister ohne Ressort ins Staatsministerium einführen könne. V beleuchtete die bisherige Entwicklung kritisch und stellte fest, dass die heutige Entwicklung auf eine regressive Metamorphose und auf die Degradation der parlamentarischen Mehrheit hinauslaufe.	vgl. Andree, Band 34, S. 489-497
87	Sa, 24.6.1876, Nr. 145 (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (73. Sitzung vom 23. Juni): Thema ist die neue <b>Gestaltung des Staatsministeriums</b> . Nach V stehe das <i>non liquet</i> des Abg. <b>Gneist</b> der Versammlung näher als die Äußerung des Ministers, es handle sich nur um die Ausführung einer königlichen <b>Prärogative</b> . Diese Aussage halte er für gefährlich, da eine genetische Entwicklung sich nicht beliebig auf Grund	vgl. Andree, Band 34, S. 489-497  <i>non liquet</i> : im Verfassensrecht eine Situation, in der weder die eine

		<p>einer geschriebenen Verfassung vollzihen werde. Es soll nach dem Willen des Ministeriums eine künstliche Entwicklung an die Stelle der genetischen gesetzt werden. Problem sei, dass man kein einheitliches Ministerium, sondern nur eine <b>Sammlung von Ministern mit unterschiedlichen Grundsätzen habe</b> und man bekäme untergeordnete Beamte des Reichskanzlers als preußische Minister präsentiert. V stellt sich die Frage, was man von solchen Personen erwarten könne in Bezug auf Wiedergeburt und Weiterentwicklung der deutschen Nation und ob es nicht geeignetere Personen gäbe. So müsse man jetzt bei den Beamten des Reichskanzlers betteln gehen, um Hilfe für den richtigen Weg des Ministeriums zu bekommen und Deutschland zu der Stellung zu bringen, die es einmal in der Welt haben solle. Nach der Verfassung habe der König das Recht, Minister zu ernennen und zu entlassen. Aber dass er nun in schöpferischer Fülle das Recht habe, das Ministerium mit immer neuen Kandidaten zu besetzen, bestreite V. Dadurch, dass man nun diesen Ministern kein Gehalt aus der preußischen Staatskasse zahle, versuche man, dem preußischen Landtag sein Mitspracherecht zu entziehen. V interpretiert die Verfassung allerdings so, dass der König nur das Recht habe, freie Ministerstellen zu be-</p>	<p>noch die andere Seite ihre Aussagen beweisen kann <i>Prärogative:</i> Vorrecht eines Monarchen gegenüber den Stände- oder Volksvertretungen, in denen diese kein Mitbestimmungsrecht hatten</p>
--	--	---	--

			<p>setzen. Wäre der Landtag stark genug und gäbe es ein <b>Ministerverantwortlichkeitsgesetz</b>, so müsse man diese unglaubliche konstitutionelle Schwäche nicht hinnehmen. Und wenn der Reichskanzler [<b>Bismarck</b>] ganz nach Belieben die höchsten Institutionen ändern könne, könne man ja gleich abdanken, dann bräuchte man das Parlament nicht. V habe sich bereit erklärt, auf das preußische Wesen zu Gunsten der Entwicklung der deutschen Nation zu verzichten, aber dann müsse man die preußischen Befugnisse auf Deutschland übertragen. V stimme für die Verweisung an eine Kommission, auch wenn diese schwach und machtlos sei. Ihm sei wichtig, dass man wenigstens Protest einlege, damit nicht der Eindruck entstände, man sei voller Zustimmung. Vs Aussage über die untergeordneten Beamten wird von anderer Seite kritisiert. Er stellt klar, dass er damit nicht den Wert der Tätigkeit schmälern wolle, sondern nur deren Verhältnis zum Reichskanzler kritisieren wolle.</p>	
88	<p>Mi, 28.6.1876, Nr. 148 (PDF: 38)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [27.6.1876] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist erneut die <b>Städteordnung</b>. V ging darauf ein, wie mangelhaft die Geschäfte unter der Leitung des jetzigen Ministeriums liefen. Er machte dem Innenminister den Vorwurf mangelnden Fleißes in der Vor-</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 497-509</p>

			<p>bereitung der Gesetzentwürfe und Planlosigkeit in deren Vertretung. Weiter schilderte er an Hand eines Beispiels, wohin das <b>Symptom des Rechtssteuerns</b> führe. Die Beamten würden dadurch dazu gebracht, auf eigene Faust zu operieren, mit einem schlechten Vorbild an höchster Stelle. Keine politische Partei könne die jetzige Methode, die Geschäfte zu führen, als gut ansehen. Unbehagen, Missstimmung und Unzufriedenheit sei auf allen Seiten vorhanden und die Last der Arbeit werde auf die parlamentarischen Körperschaften geschoben. Die Ehre für diese Arbeit streiche aber immer die Regierung ein. Vs Prognose ist, dass die neue Legislaturperiode unter großen Schwierigkeiten beginnen werde.</p>	
89	<p>Mi, 28.6.1876, Nr. 148 (PDF: 39-40 u. 41)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f. u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (74. Sitzung vom 27. Juni): Thema ist erneut die <b>Städteordnung</b>. Nach V bringe man ein erhebliches Opfer, wenn man für die jetzige Fassung der Städteordnung stimme. Er halte die Beschlüsse in wesentlichen Punkten für unzutreffend und hoffe, dass man aus der heutigen Abstimmung nicht schließe, dass damit die Arbeit an der Städteordnung beendet sei. An dem vorliegenden Werk könne niemand seine Freunde haben. Er ging darauf ein, wie mangelhaft die Geschäfte unter der Leitung des jetzigen Ministeriums liefen und machte dem Innenminister den Vorwurf mangelnden Fleißes in</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 497-509</p>



			<p>der Vorbereitung der Gesetzentwürfe und der Planlosigkeit in deren Vertretung. Der Reichskanzler [<b>Bismarck</b>] erntet ebenfalls Kritik. Dieser würde sein Verhältnis zu den Parteien so auffassen, wie sein Verhältnis zu den ausländischen Mächtigen: Er verhandle von Fall zu Fall und wende diese Regeln auch innenpolitisch an. Daraus dürfe für die Minister aber nicht folgen, dass diese auch so handeln sollten. Schlaflose Nächte, wie sie auch hochstehende Politiker hätten, führten manchmal zu wirren Träumen. Dass deswegen selbst ein preußischer Landrat der Meinung sei, man könne von Volksvertretung sprechen, wenn man eine Mehrheit durch eine Partei <b>Bismarck sans phrase</b> erreiche, so habe da jemand wenig nachgedacht. Die Beamten würden dadurch dazu gebracht, auf eigene Faust zu agieren, mit einem schlechten Vorbild an höchster Stelle. Wichtig wäre da eine autoritäre Stellung des Innenministeriums. Gleiches gelte für die Regierung. Wenn diese nicht in der Lage sei, sich autoritär zu positionieren, habe sie kein Existenzrecht. Deshalb könne eine Regierung auch nicht ewig Bestand haben. Nicht immer könne derselbe Gedanke herrschen, nicht immer dieselbe Person regieren. Die Idee des <b>konstitutionellen Staates</b> beruhe darauf, dass man eine bleibende, die konstanten Interessen der</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Regierung vertretende Stelle habe, neben der wechselnde Positionen existierten, von denen jede ihrer Zeit den Benannten in voller Autorität vertrete. Behandle man das preußische Volk wie eine ausländische Macht und handle man ihm ab was man kriegen könne, könne man auf Dauer nicht regieren. Keine politische Partei könne die jetzige Methode, die Geschäfte zu führen, als gut ansehen. Unbehagen, Missstimmung und Unzufriedenheit seien auf allen Seiten vorhanden und die Last der Arbeit werde auf die parlamentarischen Körperschaften geschoben. Die Ehre für diese Arbeit streiche aber immer die Regierung ein. Es fehle an Durchsetzungskraft, Verantwortlichkeit, Fleiß und Hingabe an die Sache. Es entwickle sich die Gefahr, dass die fähigen Personen, die diese Arbeit machen könnten von Jahr zu Jahr weniger würden. Die Folge wären einige wenige Parteien mit wenigen Führern, denen die Parteien streng gehorchten. Vs Prognose ist, dass die neue Legislaturperiode unter großen Schwierigkeiten beginnen werde. Wenn der Innenminister weiter auf den eingeschlagenen Wegen weitergehen wolle, kündige man ihm uneingeschränkte Opposition an. In der Spezialdebatte geht <b>Lasker</b> nochmal auf Vs Angaben zur städtischen Verwaltung <b>Frankfurts</b> und einer Wasserleitung ein und stellt diese</p>	
--	--	--	--	--

			richtig. V akzeptiert die Korrektur.	
90	Do, 29.6.176, Nr. 149 (PDF: 43)	S. 2, 2. Spalte mittig	Kurzer Bericht über die Propaganda der „ <b>Prov.-Corr.</b> “ gegen die <b>Fortschritts-</b> <b>partei</b> und V selbst. Die Partei übe eine „verneinende und zerrüttende Wirksamkeit“ aus. Einzelheiten wolle man dazu gar nicht erst berichten.	
91	Do, 29.6.176, Nr. 149 (PDF: 44)	3. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>Sommerexkursion</b> der <b>BAG</b> : Die Fahrt geht nach <b>Rössen</b> , zwischen <b>Herzberg</b> und <b>Falkenberg</b> . Man besucht ein Hügelgräberfeld, wo unter Vs Leitung Grabungen vorgenommen werden. Hier sei vor einigen Jahren eine <b>Bronzenadel</b> gefunden worden.	Demonstration einer geknöpften <i>Bronzenadel</i> aus einem <i>Grabhügel bei Klein-Rössen</i> (Reg.-Bez. <i>Merseburg</i> ): VBAG 8, S. 172
92	Fr, 30.6.1876, Nr. 150 (PDF: 46)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurze Notiz, dass die Fraktion der <b>Fortschritts-</b> <b>partei</b> zum Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode eine gesellige Zusammenkunft veranstaltet habe. Aus den Trinkreden sei deutlich geworden, wie sehr V mit seiner letzten Rede seinen Fraktionsgenossen aus der Seele gesprochen habe.	
93	Fr, 30.6.1876, Nr. 150 (PDF: 47)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die <b>Trauerfeier zu Ehren</b> des Naturforschers <b>Prof. Dr. Christian Gottlieb Ehrenberg</b> . Auch V gehörte zur Trauergesellschaft.	
94	Sa, 1.7.1876; Nr. 151	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [30.6.1876] Sitzung des <b>HdA</b> : Nur kurze Erwähnung, dass die Entscheidung über	

	(PDF: 1)		die Fortdauer von Vs Mandat im HdA wieder von der Tagesordnung gestrichen worden sei.	
95	Sa, 1.7.1876; Nr. 151 (PDF: 1)	S. 1, 3. Spalte unten	Bericht über die Darstellung der <b>Fortschrittspartei</b> und V in der freikonservativen „ <b>Post</b> “. Die Darstellung, dass V nun Arm in Arm mit dem Führer der Zentrumspartei zu sehen sei, könne man in Anbetracht Vs heftiger <b>Kritik an der ultramontanen Politik</b> nur als armselige Verdächtigung ansehen.	
96	Sa, 1.7.1876; Nr. 151 (PDF: 3)	S. 4, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (77. Sitzung vom 30. Juni): Nur kurzer Hinweis, dass die Entscheidung über die Fortdauer von Vs Mandat im HdA wieder von der Tagesordnung gestrichen worden sei.	
97	So, 6.8.1876, Nr. 182 (PDF: 8)	Sonntags- beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b> (Hefte 236-243), herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> .	
98	So, 20.8.1876, Nr. 194 (PDF: 21)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Juli): V verliert eine Erklärung bezüglich der Nachuntersuchungen eines verstorbenen <b>Schimpanzen</b> .	
99	Fr, 25.8.1876, Nr. 198 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Die <b>Fortschrittspartei</b> und die Verfassung des deutschen Reiches: Die „ <b>Prov.-Corr.</b> “ habe der Partei den Vorwurf gemacht, es mangle ihr an Patriotismus und bringe dies in Zusammenhang mit der Ablehnung der Bundesverfassung. Im Folgenden werde man diese ablehnende Haltung nochmal zum Ausdruck bringen	vgl. Andree, Band 32, S. 18-22

			<p>und die Ziele, die man im Rahmen der <b>Verfassungsfrage</b> verfolge, nochmals verdeutlichen. Dies erscheine umso zeitgemäßer, als dass gegenwärtig so manches Verbrechen dieser Verfassung anerkannt werde, auf dessen Beseitigung die Fortschrittspartei damals vergeblich gedrungen habe. Dann folgt der wortgenaue Abdruck des Antrages von <b>Dr. Waldeck, V</b> und <b>Freiherr von Hoverbeck</b> vom 5. Mai 1867 aus dem HdA.</p>	
100	Fr, 8.9.1876, Nr. 210 (PDF: 1)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p>Bericht über den <b>internationalen statistischen Kongress in Budapest</b>: Bei der Aufzählung der Teilnehmer des Festdiners wird Vs Anwesenheit im Rahmen einer allgemeinen Auflistung der Gäste kurz erwähnt. In den weiteren Berichterstattungen der nächsten Tage wird V nicht mehr erwähnt. Über den internationalen Anthropologenkongress wird gar nicht berichtet.</p>	
101	Di, 19.9.1876, Nr. 219 (PDF: 16)	S. 1, 3. Spalte, mittig	<p><b>Komitee für das National-Denkmal Alexander von Humboldt</b>: Aufgrund der Bemühungen des Komitees sei nun ausreichend Geld zusammengekommen. Leider sei es sehr schwierig, einen geeigneten Bauplatz zu finden. Die Universität würde nur zustimmen, wenn auch eine Statue des Bruders, <b>Wilhelm von Humboldt</b>, mit aufgestellt würde. Nun sehe man sich gezwungen, für eben diese zweite Statue Geldmittel zu beschaffen. Im Rahmen des Komitees sei man aber</p>	

			dafür nicht zuständig und Überschüsse aus den Spenden dürften nicht in eine zweite Statue laufen, sondern hätten der Akademie der Wissenschaften zur Verfügung zu stehen. Man habe den König gebeten, die Geldmittel für die zweite Statue zur Verfügung zu stellen. Dies sei auch erfolgreich gewesen. Nun schreibe man den Wettbewerb für die Gestaltung der Statuen für alle Künstler aus. Einsendeschluss werde der 31. Dez. des Jahres sein. V ist Mitunterzeichner.	
102	Mi, 20.9.1876, Nr. 220 (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>49. Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte in Hamburg:</b> Hier ist kurz erwähnt, dass man mit Vs Erscheinen rechne, er aber wohl kurzfristig verhindert sein werde.	s. a. 26.9.1878
103	Di, 26.9.1876, Nr. 225 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>49. Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte in Hamburg:</b> V hält einen Vortrag über die <i>Ziele der modernen Anthropologie</i> . Der wissenschaftliche Charakter Hamburgs und seiner Bewohner habe V dazu veranlasst, trotz der späten Stunde zu sprechen. Er habe den Wunsch, darauf aufmerksam zu machen, wie der Handel zu nutzen sei, um die Anthropologie zu fördern. Es sei eine Wissenschaft, die ihre Grenzen erst suche, aber ihre Ziele schon gefunden habe. Sie sei in die <b>Anthropogenie</b> übergegangen und sei dabei, eine genealogische Wissenschaft zu werden. Die gesuchten Tiermenschen fehlten noch, allerdings	<i>Ziele und Mittel der modernen Anthropologie:</i> Tagebl. d. 49. Allg. Versammlg. dtsh. Naturforscher und Aerzte, Hamburg. S. 51-55

			<p>gebe es in Australien sehr niedere Formen, die man aber weder den Affen noch den Menschen zuordnen könne. Es sei sehr wichtig über Handel und Schifffahrt, die Produkte dieser Völker, ihre Gerätschaften, Photographien ihres Erscheinungsbildes zu bekommen. Genauso wichtig seien Informationen über ihre Sprache, ihre Sitten und Gebräuche. Viele bestehende Sammlungen würden große Mängel haben. Es seien häufig keine Fundorte notiert. Weiter geht V auf den Übergang der <b>blonden zur braunen Rasse</b> ein und sprach den Lehrern seinen Dank für ihre Mitarbeit aus. Es müssten nun ausgiebige Untersuchungen an Schädeln und Knochen erfolgen. Weiter dankt V den Geschäftsführern und dem Komitee für die freundliche Aufnahme und die schönen Stunden.</p>	
104	<p>Sa, 30.9.1876, Nr. 229 (PDF: 28)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte, mittig</p>	<p><b>Internationaler Kongress für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel:</b> Es wird über Vs Begrüßungsrede berichtet, die dieser im Namen der deutschen Teilnehmer an den belgischen König und an die Kongressteilnehmer gerichtet habe. Man sei stolz darauf, praktisch zeigen zu können, dass man an den <b>Werken der Humanität und des Friedens</b> ernsthaft teilnehme. Wichtig sei zu zeigen, dass man nicht nur Krieg führen, sondern im Gegenteil, frei vom Krieg alle Anstrengungen auf die <b>Festigung des</b></p>	<p>es existiert ein Programm zu diesem Kongress, aber dort sind nur die Veranstaltungen aufgelistet</p>

			<b>Friedens</b> richten wolle.	
105	Sa, 30.9.1876, Nr. 229 (PDF: 30-31)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben f.	<b>Internationaler Kongress für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel:</b> Erneuter ausführlicher Bericht über Vs Begrüßungsrede. Man habe V ganz kurzfristig gebeten im Namen der deutschen Teilnehmer zu sprechen. Es sei ein großes Wagnis gewesen, nach den bewegenden Tagen für Europa so einen großen Kongress stattfinden zu lassen. Es habe auch die Gefahr bestanden, dass sich die industriellen Interessen zu sehr durchsetzen würden, was aber nicht der Fall sei. Letztlich wolle man den Völkern Europas wieder einmal die Humanität als Ziel ihres Strebens aufzeigen. Man kehre zurück zu der Tätigkeit, die man im Französischen als <b>Sauvetage</b> bezeichne. Eine Tätigkeit, die der Sorge für den einzelnen Menschen zugewandt sei. Man stelle sich der Aufgabe, den Armen, Verlassenen und Unglücklichen Hilfe zu leisten und sein eigenes Leben dabei nicht zu schonen. Den Einrichtungen selbst, die diese Aufgabe erfüllten, drohe nun die Anhaftung von Mängeln. V erläutert dies am Beispiel der Hospitäler. Aufgrund statistischer Auswertungen habe man herausgefunden, dass gerade hier eine große Gefahr an Neuerkrankungen und Todesquellen lauere. Es gelte nun, die Hospitäler so zu gestalten, dass sie dauerhaft allen Anforderungen genügten. Wie die	es existiert ein Programm zu diesem Kongress, aber dort sind nur die Veranstaltungen aufgelistet



			<p>Hospitäler könnten auch die Wohnhäuser einen kritischen Einfluss auf die Gesundheit haben. Man habe auf diesem Kongress versucht zu zeigen, was Deutschland auf diesem Gebiet zurzeit erforsche. Es sei ein Anfang auf den man nicht stolz sei, man sei sich eher der Unvollständigkeit bewusst. Man sei allerdings stolz darauf, dass man an den <b>Werken der Humanität und des Friedens</b> ernsthaft teilnehme. Wichtig sei zu zeigen, dass man nicht nur Krieg führen, sondern im Gegenteil, frei von Krieg sein und alle Anstrengungen auf die <b>Festigung des Friedens</b> richten wolle. V danke allen Beteiligten, die überraschender Weise in solch ungünstigen Zeiten so Großes vollbracht hätten.</p>	
106	Di, 3.10.1876, Nr. 231 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<p>Lokales: Bericht über die <b>Vorstandssitzung des dritten Landtagswahlkreises</b> zusammen mit den Vertrauensmännern sämtlicher Bezirksvereine des Wahlkreises. Man sprach sich für die Wiederwahl von V und <b>Knörke</b> aus.</p>	
107	Mi, 4.10.1876, Nr. 232 (PDF: 8)	3. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<p><b>Internationaler Kongress für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel:</b> Es wird auf die regelmäßig erscheinenden Bulletins zum Kongress eingegangen, die teilweise erhebliche Fehler hätten. So sei aufgeführt, dass V als Delegierter des Kultusministers von Stuttgart fungiere. Dies sei ein arger Druckfehler.</p>	

108	Do, 5.10.1876, Nr. 233 (PDF: 11)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>Internationaler Kongress für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel:</b> Kurze Erwähnung, dass V schon vor Ende des Kongresses abgereist sei.	
109	Sa, 14.10.1876, Nr. 241 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurze Erwähnung, dass V neben <b>Friedel, Runge, Dr. Pflug</b> und <b>Dr. Hermes</b> zur <b>Direktion des Märkischen Provinzial-Museum</b> gehöre.	
110	So, 15.10.1876, Nr. 242 (PDF: 24)	4. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Tableau der Urwahlbezirke der Stadt Berlin für die Wahlen zum HdA: V ist im <b>113. Urwahlbezirk</b> als <b>Wahlvorstand</b> aufgeführt.	
111	Do, 19.10.1876, Nr. 245 (PDF: 29)	S. 2, 2. Spalte mittig	Kurze Erwähnung von Vs Rede als Führer der Fortschrittspartei in <b>Magdeburg</b> auf der <b>Urwählerversammlung</b> . Gerade in der letzten Stunde des Wahlkampfes seien die Worte des Mannes, der von der Geburt der Partei bis jetzt dafür gesorgt habe, dass sie sich selbst treu blieb, eine Freude und Ermutigung für alle politischen Gesinnungsgenossen.	
112	Do, 19.10.1876, Nr. 245 (PDF: 31-33)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	Rede Vs vom 16. Okt., gehalten in <b>Magdeburg</b> , nach stenographischen Aufzeichnungen der „ <b>Volkszeitung</b> “. V dankt für den herzlichen Empfang. Niemand könne mehr überrascht sein, ihn auf diesem Platz zu sehen, als er selber. Er sei erst vor acht Tagen, nach einem zweimonatigen Auslandsaufenthalt, zurückgekommen. Dadurch habe er noch gar keinen Bezug zum Wahlkampf. So wichtig diese Bewegung erscheine, so wenig sei im Ausland die Bedeutung der	

			<p>Wahl klar. Im Ausland sei man der Meinung, die deutsche Regierung, und mit ihr die preußische Regierung, seien so mächtig, dass die ganze Wahl und die Parlamente nur eine Art Zierde seien. Während in Deutschland Zeitungen mit großer Aufmerksamkeit jeden Akt der Wahlbewegungen in Frankreich, England und Italien registrierten, würde man vergeblich in den ausländischen Zeitungen danach suchen. Als V die Aufforderung des Komitees erreichte, wollte er absagen. Als er aber die Akten durchging, die man ihm zugeschickt habe und er sah, was in Magdeburg die Presse mit ihrer Schmutzkampagne verursacht habe, sei es für ihn eine Ehrensache geworden, nach Magdeburg zu kommen. Die „<b>Magdeburger Zeitung</b>“ habe allerdings nicht selbständig gehandelt, sondern sie sei ein Anhängsel der ministeriellen Organe.</p> <p>Am Schluss der letzten Session, als die Städteordnung begraben wurde, da habe die <b>Fortschrittspartei</b> eine Leichenrede gehalten, um zu sagen, warum die Städteordnung gestorben sei, wer die Schuld trage, dass ein so junges Werk auf so elendige Weise zu Fall kam. Man habe damals dem Innenminister gesagt, er sei schuld daran. <b>Graf zu Eulenburg</b> hatte der Entwicklung der Angelegenheit sehr kühl zugesehen. So sei es allerdings sehr</p>	
--	--	--	---	--

			<p>bequem für ihn gewesen, zu sagen, es täte ihm sehr leid, er habe es nicht ändern können, das Herrenhaus hätte so entschieden. Als man sich entschlossen habe, die Städteordnung fallen zu lassen, da sei dies im vollen Einverständnis der zwei liberalen Parteien geschehen; die Fortschrittspartei und die <b>nationalliberale Partei</b> waren sich darüber einig. Diese Einigkeit habe man in einer kurzen Besprechung derjenigen aus beiden Parteien erreicht, die auf den Gang der Dinge einigen Einfluss hatten. Alle Vorwürfe, die die „Provinzial-Correspondenz“ gegen Verhebe, würden sich also auch auf die nationalliberalen Abgeordneten <b>v. Sybel, Lasker</b> und <b>v. Unruh</b> beziehen.</p> <p>Es habe sich herausgestellt, dass es in den Hauptfragen viele Übereinstimmungen gab. Er habe gehofft, dass diese Verständigung auch die ganze Wahlbewegung herrschen würde. Nachdem man nun zu Eulenburg beschuldigt hatte, konnte man sich sicher sein, dass die Männer der Regierungspresse einen heftigen Angriff starten würden. Aber man habe dies mit voller Überzeugung getan, denn es kam darauf an, den Wählern zu zeigen, wo das Problem liege. Wenn die Wählerschaft dann nicht eingreifen wolle, dann dürfe sie sich nicht wundern, dass das Problem bestehen bleibe und ebenso weiter wirke, wie es gewirkt habe. Dass nun die „<b>Pro-</b></p>	
--	--	--	--	--

			<p><b>vinzial-Correspondenz</b>“, das Organ des Grafen zu Eulenburg, Herrn <b>Hänel</b> einen Republikaner und ihn eine Nihilisten nannte, darüber habe sich V keinen Augenblick gewundert. Die Redakteure der „Provinzial-Correspondenz“ hätten ein sehr kurzes Gedächtnis. Ihr Gedächtnis reiche nicht weiter, als bis zu der Instruktion, die sie gerade empfangen. Ob vor dieser Instruktion vielleicht allerlei passiert sei, was nicht ganz mit derselben zusammenpasse, das kümmere sie nicht. Dazu sei ja die Regierungspresse da, sie solle keine selbstständige Meinung haben. Die Redakteure sollten ja nicht schreiben, was sie denken, sondern sie sollten nur schreiben, was ihnen gesagt werde. Ein Organ, das nichts tue, als das, was es nach Auftrag tun solle, bewaise, dass es aufgehört habe, eine selbstständige Meinung zu haben, dass es aufgehört habe, das Volk zu vertreten. Dass man nicht gleichzeitig Grafen Eulenburg und das Volk vertreten könne, das brauche er wohl in Magdeburg nicht besonders hervorzuheben.</p> <p>V berichtet über seine politische Tätigkeit als Abgeordneter für den <b>Wahlkreis Saarbrücken, St. Wendel und Ottweiler</b> in der Rheinprovinz. Er sei noch zu Beginn des Jahres 1866 mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Aber nach Königgrätz veränderte sich die Situ-</p>	
--	--	--	---	--

		<p>ation. Er sei damals aus seinem Wahlkreis vertrieben worden. In einem Teil wurde ein Oberberghauptmann gewählt, im anderen ein katholischer Schulrat und im dritten Teil setzten sich die Schutzzollinteressenten durch. Damit war das gewünschte Resultat erreicht: V war beseitigt worden.</p> <p>Inzwischen trat die Krise im Parlament ein. Er habe damals gesagt: Wenn das Volk nicht sicher sei, dass diejenigen Männer, die es unter bestimmten Voraussetzungen wählt, diesen Voraussetzungen entsprechen, dann höre alles parlamentarische Wesen auf. Das Volk müsse sicher sein, dass die Personen, die es zu einem bestimmten Augenblick wähle und die sich ihm gegenüber durch ihre Reden verpflichten, auch an ihren Erklärungen festhalten würden und dass sie nicht nachher umschwenken würden. Wolle das Volk eine andere Haltung des Parlaments, dann sei man nicht mehr die Partei, es zu vertreten; man habe ein bestimmtes Programm, dem man sich verpflichtet habe. Man habe durch eine schwere Konfliktzeit hindurch das Programm unverändert aufrechterhalten und man sei nicht geneigt, ohne weiteres in eine neue Periode einzutreten und die Personen, die man bisher als die größten Widersacher betrachtet habe, mit einem Mal Freunde zu nennen. Diesen Stand-</p>	
--	--	---	--

			<p>punkt vertrete er noch heute. Die ganze Sicherheit der politischen Entwicklung eines Volkes beruhe wesentlich darauf, dass seine Vertreter sich in schwierigen Zeiten als Charakter erweisen. Wenn das Volk Staatsmänner ausschicken wolle, die sich je nach Umständen so oder so wenden, dann verwechse das Volk die Stellung der Regierung mit der Stellung des Parlaments. Das Parlament solle der frische volle Ausdruck des Volkes sein und solle das wiedergeben, was das Volk wolle. Da sei es an der Regierung, sich mit diesem Parlament abzufinden. Es sei nur gut, dass die Fortschrittspartei nicht mit den Nationalliberalen zusammen einen Kompromiss eingegangen, sondern sie ihren Prinzipien treu geblieben sei. Er lege keinen Wert darauf, dass er selber im Parlament sitze. Er habe so viel zu tun, dass er darauf verzichten könne, aber er gehöre nun einmal historisch zu denjenigen, die Mitträger dieser Prinzipien seien. Er gehe deshalb wieder ins Parlament, damit noch einer von den alten Kämpfern da sei, der die alte Linie nicht verlassen habe.</p> <p>Weiter geht er auf die Geschichte des <b>Kulturkampfes</b> ein:</p> <p>Wenn jemand mitschuldig sei am Kulturkampf, so sei er das. Der Kulturkampf habe unauffällig mit dem Gesetz über die Schulaufsicht begonnen. Dieses Gesetz</p>	
--	--	--	--	--

			<p>habe noch Herr <b>von Mühler</b> eingebracht. Ziel war, der Regierung die Macht zu geben, in den verschiedenen Bezirken, an Stelle der bis dahin geistlichen Aufsichtspersonen, beliebige andere Personen einzusetzen, auch weltliche. Als dieses Gesetz eingebracht wurde, stieß es auf heftigen Widerstand im Parlament. Dieser Widerstand hing einerseits an der Person des Herrn von Mühler, andererseits an der Sache selbst, da man sich nicht sicher war, ob so großer Einfluss ohne Gefahr in die Hände der Regierung gelegt werden dürfe. Damals sei V von der Fortschrittspartei beinahe der einzige gewesen, der dieses Gesetz, zuerst in kleineren Kreisen, verteidigt habe. <b>Klotz</b> und V seien die einzigen gewesen, die sofort mit Entschiedenheit für das Gesetz eintraten.</p> <p>Man habe diesen ersten Akt des Kulturkampfes also erst möglich gemacht. Er persönlich habe das Gesetz schon unter einem Minister vertreten, der ihn beseitigen wollte. Ihm sei aber das Staatsinteresse wichtiger als die Person des Ministers. Das habe er auch im HdA gesagt.</p> <p>Die Herren von der Presse mit ihrem kurzen Gedächtnis mögen das allerdings schon vergessen haben, wenn sie nun mit einem Mal meinen, man habe Regierung ständig die Stirn geboten und daher müsse man uns beseitigen, wir seien zu gar</p>	
--	--	--	--	--



			<p>nichts nütze.</p> <p>Bei der vorigen Wahl habe die Fortschrittspartei ein Wahlmanifest erlassen, in dem zuerst das Wort Kulturkampf gebraucht worden sei. Er sei der Erfinder dieses Wortes. Er habe es zuerst in dieses Manifest, das er verfasst habe, hineingeschrieben und zwar mit vollem Bewusstsein, denn er wollte damals den Wählern gegenüber feststellen, dass es sich nicht um einen religiösen Kampf handle, sondern dass ein höherer, die ganze Kultur betreffender Kampf vorliege. Der Kulturkampf sei von da an sehr populär geworden. Für ihn war das Schulaufsichtsgesetz der Anfang vom Unterrichtsgesetz.</p> <p>Er habe die geistlichen Inspektoren gestrichen, die seien nun weg, wenn auch nicht alle, so doch von Rechts wegen. Sie existierten nicht mehr als geistliche Inspektoren und könnten jeden Augenblick entfernt werden. Nun hatte man Freiheit: Die „schwarze Gesellschaft“ lagerte nun nicht mehr über der Volksschule. Aber nun könne man vielleicht sagen, dass man doch sehr töricht gewesen sei, dass man der Regierung die Macht gab, in diesen Stellungen beliebige Leute einzusetzen. Das sei einer von den Punkten, wo man in der Tat weiter gegangen sei, als man geplant habe; aber man habe politisch gehandelt. Er habe das den Wählern in der nächsten Wahlperiode erklärt, als</p>	
--	--	--	--	--

			<p>in den Wahlkreisen Zweifel entstanden über die Folgen des Gesetzes. Er erklärte damals, er könne nicht garantieren, dass nun die weiteren notwendigen Schritte kommen würde, aber er sei der Meinung, dass der Regierung gar nichts übrig bleibe, als weiter vorzugehen und das so lange geforderte Gesetz über die Zivilehe einzuführen. Er könne nun mit Vergnügen feststellen, dass seine Voraussetzungen sich bestätigt haben Er sei dann der Erste gewesen, der auf gewisse Verfassungsartikel aufmerksam gemacht habe. Diese sollten zwei privilegierte Kirchen, die katholische und die evangelische, anerkennen. Um das zu verhindern müssten diese Artikel beseitigt werden. Die Regierung habe diesen Gedanken aufgenommen. Sie habe ferner die Forderung erfüllt, dass die Kirchengemeinden, sowohl die protestantischen als die katholischen, auf feste gesetzliche Grundlagen gestellt und ihnen die Befugnis erteilt werde, die Vermögensverwaltung zu führen, die Kirchensteuern zu erheben, die Wahl des Kirchenvorstandes vorzunehmen. In allen diesen Richtungen hätten sich seine Voraussetzungen bestätigt, aber er könne nicht leugnen, es hätte auch anders kommen können. Es hätte leicht geschehen können, dass man einen Rumpf von Gesetzgebung behalten hätte, der vielleicht in den Händen einer späte-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>ren konservativen Regierung höchst unangenehm geworden wäre.</p> <p>V wolle zeigen, dass man auch Risiken eingehen müsse, aber man täte es nur dann, wenn man wisse, dass man durch das Votum die Regierung festnageln könne auf ein freiheitliches Prinzip. Man dürfe den Kulturkampf aber nicht in andere Gesetze hineintragen. Man möge sich doch nicht in den Gedanken verrennen, dass man in jedem Gesetz Kulturkampf treiben müsse. Schließlich bedeute Kulturkampf nicht die Unterwerfung der katholischen Mitbürger. Das sei nicht richtig, das sei keine Kultur mehr. Man werde die Fortschrittspartei immer auf der Seite finden, welche das Interesse des Staates über das Interesse der Kirche stelle, aber den Kulturkampf über dieses Gebiet hinaus in solche Gebiete der Gesetzgebung zu bringen, die nichts mit der Konfession zu tun hätten, das sei unzulässig.</p> <p>V. Sybel sei es gelungen, <b>Bismarck</b> klar zu machen, dass man mit dieser neuen Gesetzgebung den Ultramontanen der Rheinprovinz eine neue Waffe des Widerstandes in die Hand gegeben würde. Damit werde die Rheinprovinz wohl noch lange auf diese Gesetze warten müssen, bloß weil Bismarck sich fürchtet, dass bei den Wahlen die Ultramontanen die Majorität bekommen werden. So jemanden</p>	
--	--	--	--	--

			<p>dürfe man nicht wählen. Das nenne er Missbrauch des Wortes Kulturkampf. Einer Provinz vernünftige Gesetze vorzuhalten, die die Selbstverwaltung unterstützen, das sei in der Tat eine Art von Belagerungszustand in Beziehung auf die Freiheit. Mit einem solchen Gesetz erkläre man ganze Provinzen für unmündig. Er glaube nicht, dass der Kulturkampf zu Ende geführt werden könne. Dadurch, dass man die Leute misshandle, dass man ihnen etwas vorenthalte, damit werde nichts gewonnen. Gerade dadurch, dass man den westlichen Provinzen dasselbe gewähre, was man den anderen gewähre und sie teilnehmen lasse an der praktischen politischen Arbeit, käme es zu einer politischen Schulung für ein politisches Leben.</p> <p>Man habe während des ganzen Kulturkampfes, soweit er sich auf die engeren kirchlichen Grenzen bezogen hat, nicht nur keine Opposition gemacht, sondern man habe die Regierung so wesentlich unterstützt. Das hatte zur Folge, dass die Ultramontanen V für ministeriell erklärten. Wenn die Regierung noch einige Gesetze bringe, die noch fehlen, wie das Gesetz über die Beseitigung des konfessionellen Charakters der Kirchhöfe, so werde man auch keine Opposition machen, vorausgesetzt dass diese Gesetze im antikonfessionellen Geiste gehalten seien.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Man habe sich ebenso bei den Gesetzen über die Selbstverwaltung verhalten. Als die Kreisordnung fertig war und die weiteren Gesetze über die Organisation der Selbstverwaltung vorbereitet wurden, da hatte Graf Eulenburg die Absicht, auch für die westlichen Provinzen solche Gesetze vorzulegen, aber der Regierungsstandpunkt änderte sich. Am Schluss der alten Session waren alle damit einverstanden, die Gesetze auch für die westlichen Provinzen zu erlassen. Am Anfang der neuen Session hatte der Minister des Inneren Zweifel, der Reichskanzler war abgereist und die Sache unterblieb. Das sei seiner Meinung nach eine unverantwortliche Position.</p> <p>Kritik äußert V auch an v. Sybel, der im Alleingang Politik betreibe. Dieser sei kein Parteimann mehr, aber ohne Parteien gehe es nicht. Man hielte nicht an den Parteien fest, weil sie besondere Annehmlichkeiten böten. Dazu würden sie zu viele Schwierigkeiten verursachen. Aber wie sollte ein Staat funktionieren, wenn keine einflussreichen Parteien vorhanden wären, die den Gang der Dinge bestimmen und der Politik eine gewisse Beständigkeit sicherten. Innerhalb dieser Parteien müssten sich die Mitglieder fügen, sie müssten dazu gebracht werden, dass man zusammenarbeite. Wenn dann einzelne Mitglieder noch Politik auf ei-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>gene Faust betreiben wollten, dann sabotierten sie die Arbeit ihrer Partei. Parteien seien schon deshalb notwendig, weil die Regierung sich bei der Vorbereitung neuer Gesetzesvorlagen zu fragen habe, wie das Parlament beschaffen sei und was man durchsetzen könne.</p> <p>Es sei nicht gleichgültig, ob im Parlament 60 oder 70 Mitglieder vorhanden seien, die zur Fortschrittspartei gehörten. Die Regierung wisse ja im Voraus, dass die die Nationalliberalen sie unterstütze. Es sei aber nicht bloß eine Frage der Zahlen, es handle sich auch um die Persönlichkeiten und man habe Einfluss durch das Gewicht dieser Persönlichkeiten.</p> <p>Man müsse sich vor der Welt gewissenhaft klar machen, was das Vaterland und das Volk eigentlich brauche und ob die zu wählenden Personen auch diesen Bedürfnissen genügen werden. Eine Wählerschaft sei nicht dazu da, hartnäckig das zu behaupten, was sie einmal aufgestellt habe und wenn sich inzwischen erweist, dass das nicht gut war, trotzdem darauf zu beharren.</p> <p>Die Versammlung habe zu entscheiden, ob sie V ihre Stimmen gebe. Es würde ihm eine große Ehre sein, Magdeburg zu vertreten und sage hiermit zu, er werde, falls er auch in Berlin gewählt würde, sein Mandat dort zurückgeben.</p> <p>Er habe keine persönliche Empfindlich-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>keit gegen irgendein Mitglied der Regierung. Wenn Bismarck in der letzten Session gelegentlich einmal darauf hingewiesen habe, er habe erwartet, V würde in vornehmer Vergessenheit gewisse Dinge nicht mehr denken, so habe er ihm schon persönlich geantwortet, dass er in der Tat auf diesem Standpunkte stehe. So lange in Preußen überhaupt keine im eigentlichen Sinne parlamentarische Regierung existiere, so lange die Minister nicht aus den entscheidenden Parteien genommen werden, so lange sei er nicht in der Lage, den Ministern einfache Vertrauensvoten zu geben, und selbst diejenigen, denen er wohl gesonnen sei, stünden ihm nicht so nahe, dass er um der Person willen sein Votum in Hauptfragen ändern könnte. Er habe nichts dagegen, dass die protestantischen Gemeinden zusammentreten und sich aus freier Wahl Synoden gestalten, aber Staatssynoden wolle er nicht. Das sei ein prinzipieller Standpunkt, und zwar ein Standpunkt, der zusammenfalle mit dem Standpunkt, den er im Kulturkampf einnehme. Herr v. Sybel mache es gerade umgekehrt. Dieser sei für die Synode, weil sie nach seiner Auffassung mit dem Kulturkampf zusammenhänge. So groß seien die Gegensätze. Herr v. Sybel wolle überall die unmittelbare Gewalt des Staates. V sei durchaus nicht gegen die Gewalt des</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Staates über die Kirche, aber er wolle nicht die Gewalt des Staates über das Gewissen, nicht über das, was den inneren Menschen angeht. Das wolle er dem Einzelnen überlassen. Die äußere Organisation müsse der Staat überwachen, aber die ganze Synode, die auch über Glaubenssachen entscheiden kann, unter einen König zu stellen, der in der Lage sei, ihre Beschlüsse zu bestätigen oder auch nicht zu bestätigen, dafür habe er kein Verständnis.</p> <p>Man habe immer gesagt, man wolle die katholische Kirchengemeinde selbstständig machen und sie der Gewalt der Geistlichen entheben. Der Staat hat ihnen dazu Freiheit zu geben und diese Freiheit zu schützen, aber er habe sie nicht unter eine Hierarchie zu beugen. In solchen Fragen sei Vs Opposition grundsätzlicher Natur. Ein Gesetz, wie das <b>Synodalgesetz</b>, werde möglicherweise für viele Generationen gemacht und könne in der Hand einer reaktionären Regierung zu Missbrauch führen und man habe keine Möglichkeit das zu steuern. Darum sei er absolut gegen eine solche Gesetzgebung, unabhängig vom Minister. Er habe, wenn es sich um entscheidende Prinzipien handle, kein Mitleid mit den Personen, so gern er Personen und Position trennen würde. Aber bloß um der Personen willen Gesetze anzunehmen, darauf könne er sich nicht ein-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>lassen. Die Regierung wisse recht wohl, dass es mit Konflikten schwierig sei und sie selbst, auch wenn sie sich scheinbar siegreich aus jahrelangen Konflikten herausgearbeitet habe, doch kein Vorteil davon trage. Man dürfe nicht vergessen, dass auch Bismarck erst durch den Konflikt zu einem parlamentarischen Minister geschult worden sei. Ob ohne den Konflikt ein konstituierender Mann aus ihm geworden wäre, das wage V nicht zu sagen. Bismarck habe erstaunlich viel gelernt; das werde V, wo es geht, sehr gern anerkennen. Nichtsdestoweniger müsse er sagen, selbst eine solche Persönlichkeit könne ihn in einzelnen Fragen nicht beeinflussen.</p> <p>Er möchte in dieser Beziehung daran erinnern, dass auch der Reichskanzler den großen Stimmungen Rechnung trage, dass er zu unterscheiden wisse zwischen dem, was sich als positives Resultat des Volkswillens im Parlament darstelle und dem, was nur als Phrase auftrete. Auch der Reichskanzler könne sich dem Willen des Volkes nicht entziehen. Der Wille des Volkes könne sich auf keine andere Weise dokumentieren, als durch die Wahlen. Wenn man sich aber schon vor den Wahlen scheue, die Augen auf Männer zu richten, die der Regierung unbequem sein könnten, so sei nicht recht einzusehen, warum die Regierung anfangen soll zu</p>	
--	--	--	--	--

			<p>überlegen, wie sie dem Volke dienen kann.</p> <p>Er wisse wohl, dass diese Betrachtungen mehr für den Reichstag zuträfen, als für den Landtag. Er selbst sei niemals Mitglied des Reichstages gewesen und strebe auch nicht danach. Es bestehe aber eine gewisse Zusammengehörigkeit beider Körperschaften, dass auch die Mitglieder des Landtages sich der Aufgaben, die an den Reichstag gestellt werden, immer bewusst bleiben müssten.</p> <p>Die Zuversicht der Fortschrittspartei beruhe auf den großen Städten, obwohl man sich seit dem Konflikt nur noch in einzelnen großen Städten behauptet habe. Nur einzelne kleinere Städte und ländliche Bezirke seien treu geblieben. Dabei müssten die großen Städte die Fahne des Fortschritts und der Bildung vorantragen. In den ländlichen Bezirken könne man keine solche Versammlung von Wählern zusammen zu bringen, wie die heutige, um damit zu so vielen Männern zu sprechen, die nachher am Wahltag entscheiden sollen. Die <b>Städte</b> Deutschlands seien von alters her <b>die eigentlichen Stätten deutscher Bildung</b> gewesen. Da sei der deutsche Geist entstanden. Dabei wolle er dem Land keinen Vorwurf machen. Bauern seien vortreffliche Leute, aber es sei unmöglich, dass sie sich mit dem geringen Maß von Bildung und Ver-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>kehrsmitteln im regen Kontakt mit der Allgemeinheit halten, wie die Bewohner der großen Städte. Es könne erwartet werden, dass die Wähler dem Lande zeigen, was erforderlich sei. In den großen Städten würden die Fragen vorbereitet und verständlich gemacht, so dass sie auch der Bevölkerung des platten Landes nach und nach zugänglich würden. Wollte man das ändern, müsse man sich auf viel Arbeit gefasst machen. Dann müsse man, wie beim Kulturkampf, erst eine neue Generation heranziehen, die im Stande sei, den neuen Bildungsgedanken zu verwirklichen.</p> <p>Im gesetzlichen Sinne und in guten konstitutionellen Staaten gebe es bei Konflikten zwei Möglichkeiten der Lösung: Entweder die Regierung füge sich der Volksvertretung, dann höre der Konflikt sofort auf, oder wenn sie sich nicht fügen wolle, dann habe sie zwei Mittel. Entweder sie appelliere an das Volk oder sie selbst tritt zurück. Diesen sehr einfachen Standpunkt vertrete V noch heute. Da es sich aber bei allen diesen sogenannten Konfliktfällen nur darum handle, ob das Volk seine Zustimmung zu einem Gesetze gebe, welches es nicht will, und da auch im Fall seiner Ablehnung ein Zustand der Anarchie undenkbar sei, so sehe er gar keine Gefahr darin, wenn ein solcher Konflikt sich einmal ereignen sollte.</p>	
--	--	--	--	--

			<p>In der Tat hat es sich wiederholt ereignet: Nicht bloß der Landtag, sondern auch der Reichstag haben Ablehnungen von Gesetzesvorlagen zugelassen, aber es sei niemals ein wirklicher Konflikt daraus geworden, weil die Minister konstitutionelle Formen gelernt haben: Sie haben entweder auf das Gesetz verzichtet oder dasselbe angenommen, wie die Vertreter des Volkes es beschlossen haben. Es müsse sich also keiner sorgen, dass ein Staatsstreich drohen könne. Möge bei dieser Wahl jede Wählerschaft des Landes so viel Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheitssinn haben, dass sie Männer wähle, welche den Mut haben, den Willen des Volkes wirklich auszudrücken. Dann sei V überzeugt, dass der Landtag ohne Schwierigkeiten aus allen Verhandlungen herauskomme und dass die Wähler die parlamentarische Entwicklung des Vaterlandes unterstützen werden.</p>	
113	Fr, 20.10.1876, Nr. 246 (PDF: 36)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<p>Zu den Wahlen: Kurzer Beitrag zur Art der Berichterstattung der „<b>Magdeburger Zeitung</b>“. Die Zeitung habe in ihrem Leitartikel über Vs Rede geschimpft und im Lokalteil behauptet, dass die <b>Sozialdemokraten</b> beschlossen hätten, sich den Wahlmännern der <b>Fortschrittspartei</b> anzuschließen, weil V sich für die Beseitigung des <b>Drei-Klassen-Wahlrechts</b> ausgesprochen habe. Die Zeitung würde das</p>	

			„rote Gespenst“ für seine Zwecke nutzen.	
114	Fr, 20.10.1876, Nr. 246 (PDF: 37)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Versammlung im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> . Es sei über die Wiederwahl von <b>Knörcke</b> kein Beschluss gefasst worden. Seine frühere Wahl sei lediglich erfolgt, weil er von V empfohlen worden sei.	
115	So, 22.10.1876, Nr. 248 (PDF: 43)	S. 4, 3. Spalte mittig	Liste der Resultate der <b>Wahlmännerwahlen</b> : V ist im <b>113. Wahlbezirk</b> gewählt worden.	
116	So, 22.10.1876, Nr. 248 (PDF: 44-45)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.	Bericht von der <b>Wahlmännerversammlung</b> des <b>3. Landtagswahlbezirkes</b> : V wird zusammen mit <b>Knörcke</b> als <b>Kandidat</b> vorgeschlagen.	
117	Di, 24.10.1876, Nr. 249 (PDF: 47)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Liste der Resultate der Wahlmännerwahlen: V ist als gewählter <b>Wahlmann</b> im <b>113. Wahlbezirk</b> aufgeführt.	
118	Mi, 25.10.1876, Nr. 250 (PDF: 50)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Bericht von der <b>Wahlmännerversammlung</b> des <b>3. Landtagswahlbezirkes</b> : V steht mit auf der <b>Kandidatenliste</b> , ist aber nicht anwesend, da er erst am Abend aus <b>Glogau</b> zurückgekehrt sei.	<i>Glogau</i> : ehemaliger Landkreis in Schlesien
119	Do, 26.10.1876, Nr. 251 (PDF: 3 u. 52)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	Bericht von der <b>Wahlmännerversammlung</b> des <b>1. Landtagswahlbezirkes</b> : Nach den Ausführungen des Herrn <b>Reichnow</b> sei die Kandidatur <b>Haardt</b> nicht weit von der Interessenvertretung entfernt, welche <b>Kochhann</b> so energisch ablehne, so V. Es komme nicht darauf an, welchen Beruf man ausübe, sondern ob man Erfah-	

			<p>rungen im praktischen Leben habe, die dann öffentliche Wirksamkeit entfalten könnten. Der kaufmännische Beruf möge für private Wirksamkeit genügen, zu einer öffentlichen Wirksamkeit gehörten die Erfahrungen des öffentlichen Lebens. Je länger V dem HdA angehöre, desto größere Hochachtung habe er daher vor den Juristen, denn es sei sehr schwierig, einen Gesetzparagraphen so zu formulieren, dass er keine Veranlassung zu künftigen Missverständnissen gebe und über die Meinung des Gesetzgebers keinen Zweifel lasse. Man bräuchte die Informationen, denn niemand trete ins Parlament, der über alle Gebiete Bescheid wisse. Aber nach V sei von einem Abgeordneten zu verlangen, dass er in den großen Hauptfragen wisse, was er wolle. Die Wähler hätten in erster Linie nicht zu fragen, ob der Kandidat Kaufmann, sondern ob er Politiker sei und ob er in den großen Angelegenheiten des Staatslebens Bescheid wisse. V verlange von dem Mann, den er zum Abgeordneten wählen solle, Charakterfestigkeit, politisches Wissen und Erfahrungen auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens. Wer erst suchen müsse, um sich ein Urteil über die wichtigsten politischen Fragen zu bilden, nachdem er ins Parlament getreten sei, der handle nicht gewissenhaft, der sei ein gewissenloser Mann. Wie</p>	
--	--	--	--	--

			<p>eben jener, der erkläre, er sei weiter nichts als Kaufmann, das weitere werde sich schon finden, wenn er erst Abgeordneter sei. Das Parteiinteresse, welches sich mit solcher Leidenschaftlichkeit unter der Maske Haardt verberge, sei durchaus politisch. Ein Anhänger <b>Johann Jacobys</b>, Herr <b>Ball</b>, habe diese <b>Kandidatur</b> gefordert, um ein <b>Kuckucksei in das fortschrittliche Nest</b> zu legen. Für die besonders kritisierte Kandidatur seines Freundes <b>Parisius</b> macht V deutlich, dass Parisius ein fester, unerschütterlicher Charakter sei. Ferner stehe niemand im ganzen HdA den Gewerbetreibenden so nahe wie Parisius, der auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens und in den landwirtschaftlichen Angelegenheiten eine unbestrittene Autorität besitze, auch der Regierung gegenüber, die ihn wiederholt konsultiert habe. So beruhe größtenteils die vom landwirtschaftlichen Minister erlassene Instruktion zum Genossenschaftsgesetz auf den Erfahrungen des als Sachverständigen zugezogenen Parisius. Kaufleute hätten im HdA nichts zu suchen. Über die Eisenbahnangelegenheit werde das HdA, wenn der Reichstag einmal seine Zustimmung gegeben habe, wenig zu sagen haben und um einen möglichst hohen Kaufpreis für die Abtretung der preußischen Staatsbahnen zu erzielen, wäre gerade ein nationalliberaler</p>	
--	--	--	--	--

			Abgeordneter, dem man nur die bekannten nationalen Gesichtspunkte als Köder hinzuhalten brauche, am wenigsten geeignet.	
120	Do, 26.10.1876, Nr. 251 (PDF: 54)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Anzeige: Man richtet sich an die Wahlmänner des 1. Berliner Wahlkreises; aufgrund der Ausführungen Vs werde man nicht <b>Parisius</b> , sondern <b>Haardt</b> die Stimme geben.	
121	Fr, 27.10.1876, Nr. 252 (PDF: 56-57)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	Bericht von der <b>Wahlmännerversammlung</b> des <b>3. Landtagswahlbezirkes</b> : V und <b>Knörcke</b> werden in der Schlussabstimmung zu den alleinigen Kandidaten gewählt.	
122	Sa, 28.10.1876, Nr. 253, (PDF: 59)	S. 4, 2. Spalte unten	Zu den Wahlen: Im <b>3. Wahlbezirk</b> stimmte die Mehrheit mit 873 von 915 Stimmen für V.	
123	So, 5.11.1876, Nr. 266 (PDF: 6-7)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Okt.): V macht geschäftliche Mitteilungen über die 7. <b>Generalversammlung der DAG in Jena</b> . Weiter geht er auf die <i>statistische Untersuchung der Bevölkerung Deutschlands</i> ein, die nahezu vollendet sei. Dann erwähnt er die Untersuchungen an Pfahlbauten und Höhlen, die von <b>Lindenschmidt</b> untersucht worden seien. Die Zeichnungen auf <i>Tierknochen</i> hatten sich als gefälscht herausgestellt. V las auch einen Brief von Schliemann vor. Dieser berichtet von seinen Grabungen in <b>Mykene</b> , wohin er auch vergeblich V eingeladen habe.	<i>Bericht über die statistischen Erhebungen bezüglich der Farbe der Augen, der Haare und der Haut: Corr.-Bl., S. 91-102</i> <i>Vorlage der Kritik des Herrn Lindenschmidt über die Tierzeichnungen auf den</i>



				<i>Knochen aus der Thaynger Höhle: VBAG 8, S. 205-206</i>
124	Fr, 10.11.1876, Nr. 264 (PDF: 13)	3. Beilage, S. 3, 4. Spalte unten	Anzeige des <b>Lette-Vereins</b> : Es wird ein Vorlesungszyklus beworben. V wird am 28. Dez. eine Veranstaltung bestreiten deren Thema aber noch nicht bekannt ist.	s. a. 12.11.1876
125	So, 12.11.1876, Nr. 266 (PDF: 16)	4. Beilage, S. 1, 4. Spalte unten	Anzeige des <b>Lette-Vereins</b> : Es wird ein Vorlesungszyklus beworben. V wird am 28. Dez. eine Veranstaltung bestreiten deren Thema aber noch nicht bekannt ist. Gleicher Text wie am 12.11.1876.	
126	So, 17.12.1876, Nr. 296 (PDF: 17)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (November-Sitzung): V macht einige geschäftliche Mitteilungen und berichtet dann über den <i>in Burg im Spreewald</i> gefunden und gut erhaltenen <b>Bronzewagen</b> und über die Exkursion, die im Rahmen des <b>internationalen Anthropologen-Kongresses in Budapest</b> stattfand.	<i>Über die Bronzewagen von Burg an der Spree: VBAG 8, S. 238-243</i>
127	So, 24.12.1876, Nr. 302 (PDF: 24)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Dr. <b>Jagors ethnographische Sammlung</b> im Berliner königlichen Museum: Es wird nur kurz erwähnt, dass V die anthropologischen Untersuchungen an dem Material durchgeführt habe.	
128	Mo, 25.12.1876, Nr. 303 (PDF: 25)	S. 1, 3 . Spalte unten	<b>Aufruf der Fortschrittspartei zur Reichstagswahl</b> : Die Gegensätze hätten sich seit den letzten Wahlen verschärft; der Zusammenstoß der Reichsregierung und der Volksvertretung ist vom Reichstag mit Kompromissen verhüllt worden, an denen sich die Fortschrittspartei nicht beteiligt habe. Sie habe sich durch die Er-	

			<p>folglosigkeit ihres Handelns nicht entmutigen lassen. Sie habe sich weiter von ihrem Programm von 1861 leiten lassen. Sie werde sowohl den sozialdemokratischen Bestrebungen als auch der Zersplitterung durch Interessengruppen entgegenzutreten. Nach wie vor bleibe die Erfüllung wichtiger staatsbürgerlicher und konstitutioneller Forderungen vorrangiges Ziel. Dies gelte besonders für die gesetzlichen Regelungen im Vereinswesen, in der Gewährung von Diäten und in der Sicherung der Rechte des Reichstages. Man sehe die Einheit des Vaterlandes nicht in der Person eines Einzelbeamten verwirklicht. Man wolle den organischen Ausbau der Reichsverfassung mit voller Anerkennung der Grundrechte der Bürger und der Volksvertretung. Dafür rufe man die Wähler auf, zur Wahl zu gehen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
129	Do, 28.12.1876, Nr. 304 (PDF: 3)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige des <b>Lette-Vereins</b> : Der von V am heutigen Tag stattfindende Vortrag wird sich mit der <b>Geschichte des Kochens</b> beschäftigen.	<i>Zur Geschichte des Kochens:</i> Deutsche Rundschau 1877, H. 7, S. 72 s. a. 6.1.1877
130	Fr, 29.12.1876, Nr. 305 (PDF: 6)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Die <b>königliche Akademie für schöne Literatur, der Geschichte und Altertümer</b> in <b>Stockholm</b> hat V zu ihrem ausländischen Mitglied ernannt.	

## Fundstellen 1877

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Sa, 6.1.1877, Nr. 4 (PDF: 5-6)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	Vorträge zum Besten des <b>Lette-Vereins</b> : Es handelt sich um einen Bericht über den Vortrag Vs zum Thema „Die <b>Anfänge der Kochkunst</b> “. Das Thema sei gewählt in Hinblick auf die bevorstehende erste Kochkunst-Ausstellung. Die Entwicklung komme den historischen Völkern zu. Die Vorbereitung der Speisen durch Kochen ersetze den Vormagen, den so manche Tiere besitzen. Aber immer noch gebe es Naturvölker, die ausschließlich rohe Nahrung verzehrten. Darunter würden nicht nur Obst und Gemüse fallen, sondern auch Krebse, Fisch und Fleisch. Der Glaube, dass der Mensch früher ohne Kochen ausgekommen sei, weil er sich vegetarisch ernährt habe, sei falsch. Zunächst geht V auf die Körnerfrüchte ein. Die wurden früher wie heute wohl kaum in unzubereitetem Zustand genossen. Wo sie gemahlen würden, sei bereits eine höhere Kultur vorhanden, die der des Feuermachens und Kochens vorausgegangen sei. Die Segnungen des Ackerbaus verdankten die südlichen Völker den nördlichen Völker, da diese aufgrund des Klimas gezwungen waren, in den warmen Perioden das anzubauen, was für den Winter eingelagert werden konnte. Hiermit veränderte sich auch die Stellung der Frau in den nordischen Völ-	<i>Zur Geschichte des Kochens:</i> Deutsche Rundschau 1877, H. 7, S. 72 s. a. 23.12.1877

		<p>kern, ihr kam die Verwaltung der Lebensmittel für den Winter zu. In den südlichen Ländern sei sie die Sklavin des Mannes und habe viel Arbeit zu leisten, während der Mann Jäger und Krieger sei. Eine Art Familienleben gebe es dort nicht. Die Jagd setze zudem eine umherschweifende Lebensweise voraus, bei der kein Heimwesen gedeihen kann. Alle Tugenden, die an die Erhebung der Frau geknüpft seien, wie ein geordnetes Leben, Sparsamkeit, Reinlichkeit, seien dort unterentwickelt. Ein französischer Forscher ging sogar so weit, zu behaupten, dass bei den niederen Völkern sogar ein Dingo mehr Wert habe als eine Frau. So knüpfe sich die höhere Kultur an den sesshaften Zustand, mit einer <b>Frau als ebenbürtige Gefährtin des Mannes</b>. V</p> <p>wendet sich gegen die Ansicht, dass eine vegetarische Ernährung die naturgemäße Ernährung sei. Auch die Naturvölker würden Fleisch verzehren. Selbst Affen seien keine Kostverächter und würden auch Eier und Eidechsen verzehren. <b>Vegetarismus</b> sei eine künstliche Ernährungsweise, die nur durch Mangel an Jagdtieren entstanden sei.</p> <p>Wann genau das Kochen erfunden worden sei, lasse sich nicht genau bestimmen. Es sei aber sicher vor dem Ackerbau erfunden worden, wahrscheinlich von Hirten und Jägern. Sicher sei aber, dass es eine lange, stufenreiche Entwicklung hinter sich habe,</p>	
--	--	---	--

			<p>die an die Entdeckung des Feuermachens geknüpft sei. Wie das Feuer machen zustande gekommen sei, könne man ebenfalls nur vermuten. Es sei möglich, dass die Urmenschen bei ihren handwerklichen Tätigkeiten Wärmeentwicklung beobachtet haben oder Funkenschlag, was dann zur Weitererforschung einlud. Das Kochen erfolgte in Tongefäßen oder mancherorts auch nur durch den Kontakt mit heißen Steinen. Letztlich sei der heutige Kochtopf das Symbol einer neuen und höheren Kulturepoche und mit dem ersten Topf kam die Erfindung des Kunstgewerbes auf, dass die Frauen mit ihrem natürlichen Schönheitssinn begonnen hätten. Erst später hätten auch die Männer daran teilgehabt, seien in der Kochkunst aber eher die „<b>Töpfchenkieker</b>“ geblieben.</p>	
2	Di, 9.1.1877, Nr. 6 (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Auf Anregung des ärztlichen Vereins sollen praktische Kurse für Ärzte eingerichtet werden, die den Zweck haben, die niedergelassenen Ärzte über die Fortschritte in der Medizin auf dem Laufenden zu halten. V wird über die pathologische Anatomie und die Histologie referieren [<b>Fortbildungen für Ärzte</b>].</p>	
3	Do, 11.1.1877, Nr. 8 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Die medizinische Fakultät unter Vs Dekanat hat den Beschluss gefasst, dass Doktoranden der Medizin die <b>Doktor-Diplome und die Dissertationen nur bei dem von der Fakultät bestimmten Drucker in Druck</b> geben dürften. Die VZ</p>	

			äußert Unverständnis über diese Entscheidung und fragt nach den Gründen, die die Fakultät und V dazu bewogen haben könnten. Da kein Zwang mehr zur Promotion bestünde und häufig noch nicht einmal der Druck der Dissertationen verpflichtend sei, könne diese Entscheidung dazu führen, dass Kandidaten an andere Universitäten abwanderten.	
4	So, 14.1.1877, Nr. 11 (PDF: 17)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: V hat mit anderen Mitgliedern der <b>Fortschrittspartei</b> einen <b>Wahlaufruf</b> erlassen. Man bittet alle Wähler der Partei zu einer Versammlung, um die Wahl des Abg. <b>Klotz</b> im 2. Reichstagswahlkreis zu sichern.	
5	Mi, 17.1.1877, Nr. 13 (PDF: 23-24)	Beilage zur Zeitung	Es handelt sich um eine Extrabeilage zur VZ mit einem Aufruf des <b>Berliner Asyl-Vereins</b> für Obdachlose zur <b>Spende</b> . Der Verein blicke auf eine siebenjährige Tätigkeit zurück. Mittlerweile mangle es aber an Geldgebern und zusätzlich bräuchten immer mehr Menschen die Unterstützung des Vereins. Man bitte daher im Sinne der Humanität der Mitbürger um Unterstützung. Unterzeichnet haben alle Angehörigen des Verwaltungsrates, auch V.	
6	Sa, 20.1.1877, Nr. 16 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 19. Jan.): Es sind die Fachkommissionen gewählt worden. V gehört zur <b>Budget-</b> und zur <b>Rechnungskommission</b> .	
7	Mi, 24.1.1877, Nr. 19	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte	<b>BAG</b> (Sitzung vom 20. Jan.): V referierte über die <i>diluvialen Funde von Taubach</i> bei Weimar. Diese Exkursion kam zu	<i>Über diluviale Funde bei Taubach</i>

	(PDF: 34-35)	oben f.	Stande im Rahmen des Besuchs der Generalversammlung der DAG in Jena.	(Weimar): VBAG 9, S. 25-27
8	Mi, 24.1.1877, Nr. 19 (PDF: 35)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Hinweis auf eine Versammlung der fortschrittlichen Wähler des 1. Berliner Reichswahlkreises am Donnerstag den 25.1. bei dem auch V anwesend sein wird.	
9	Do, 25.1.1877, Nr. 20 (PDF: 37)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeige: <b>Wahlaufruf</b> des 2. Berliner Reichstagswahlkreises, den Kandidaten <b>Klotz</b> zu wählen. V ist Mitunterzeichner.	s. a. 26.1.1877
10	Fr, 26.1.1877, Nr. 21 (PDF: 39)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Anzeige: <b>Wahlaufruf</b> des 2. Berliner Reichstagswahlkreises zur Wahl von <b>Klotz</b> . Hierbei handelt es sich um die im Wortlaut identische Anzeige zum 25.1.1877.	
11	Di, 30.1.1877, Nr. 24 (PDF: 43 u. 44)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Es wird über die Beratungen der <b>Budgetkommission</b> berichtet. Thema ist die anderweitige <b>Einrichtung des Zeughauses</b> . Der Reichskanzler schlägt schriftlich eine Ablösungssumme vor. Damit würde das Reich auf eine Mitbenutzung des Zeughauses verzichten. V schlägt vor, diese Summe zur Erwerbung des Dispositionsrechts ausschließlich nur dafür zu verwenden und die in den einzelnen Jahren verwendeten Beträge im Staatshaushalt aufzuführen. In der weiteren Diskussion habe V noch das Amendement eingebracht, nur ratenweise eine alljährliche Bewilligung der Bausumme für das Zeughaus zuzulassen.	
12	Do,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	1.2.1877, Nr. 26 (PDF: 1)	3. Spalte unten	[31.1.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke</b> . Aus diesem Fonds werde auch die „ <b>Provinzial-Correspondenz</b> “ gespeist, was einen Anhänger der Fortschrittspartei gegen diese Position stimmen lässt, da dieses Organ mit falschen Angaben Propaganda gegen die Fortschrittspartei mache. V geht auf die erhebliche Kritik der Zeitung ein. Er weist auf den erheblichen Schaden des öffentlichen Lebens hin, wenn den Parteien das Verständnis für die sittlichen Motive verloren ginge. Der Missbrauch, den die Regierung mit dem Dispositionsfond getrieben habe, könne nur dazu führen, dass man dagegen stimme.	Band 34, S. 509-517
13	Do, 1.2.1877, Nr. 26 (PDF: 3 u. 4)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (10. Sitzung vom 31. Jan.): Thema ist der <b>Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke</b> . Nach V gehe es darum, zu entscheiden, ob ein bestimmtes Organ der Regierung von den Steuerzahlern unterhalten werden solle. Man habe nichts zu verlieren, da man nie aus der politischen Stellung Kapital gezogen habe, im Gegenteil, man habe Opfer gebracht. V hat Ausgaben der „Provinzial-Correspondenz“ als Beleg bei sich, für die gravierenden Dinge, die dort über die Fortschrittspartei geschrieben stünden. Die Angriffe seien nicht gegen die Fortschrittspartei als irgendeine Partei im Lande gerichtet, sondern gegen die parlamen-	vgl. Andree, Band 34, S. 509-517



		<p>tarische Partei, und dies noch während der laufenden Session. Das führe dazu, dass die Parlamentarier der Partei als gefährliche Individuen bezeichnet würden. V kritisiert den Minister, dass dieser als anständiger Mann so etwas vertreten könne. Immerhin werde das Organ von ihm beeinflusst. Es sei nicht hinnehmbar als „Schelme“ bezeichnet zu werden. Politische Gegnerschaft sei ja zu akzeptieren, aber auch der Gegner habe sittliche Motive. Er hoffe nicht, dass das nun anders werde. Es sei ja nichts dagegen zu sagen, wenn die Regierung eine private Beziehung mit einem Blatt einginge, nur dürfe dies nicht auf Kosten des Steuerzahlers erfolgen. Stattdessen werde die „Provinzial-Correspondenz“ den Leuten auf den Tisch gelegt, dieser Zustand sei unerträglich. Man habe offensichtlich auch vergessen, dass die Fortschrittspartei die Regierung eine Legislaturperiode hindurch unterstützt habe. Man verlange dafür keine Dankbarkeit, aber hoffe, dass die Regierungspresse einige Legislaturperioden rückwärts denken könne. Da die Regierung so konsequent Missbrauch mit dem Dispositionsfonds getrieben habe, könne man denselben nicht bewilligen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiteres Thema ist der Etat für die <b>Ausgaben zur Landvermessung</b>. V wolle den Pauschalbetrag an das Reich nur so lange</p>	
--	--	--	--

			bewilligen, wie tatsächlich preußische Interessen damit verfolgt würden.	
14	Sa, 3.2.1877, Nr. 28 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben u. mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck eines Berichts aus dem „ <b>Ham. Cour.</b> “ V habe für den Etat des Kultusministeriums das Verhältnis der <b>hannoverschen Klosterfonds</b> zur Sprache gebracht. Bereits 1874 habe die Regierung dazu weitere Untersuchungen zugesagt, aber es sei nichts passiert. Er behalte sich vor, einen Antrag zu stellen, dass die Mitwirkung der Landesvertretung bei der Verwendung der Mittel einbezogen werde.	
15	Mi, 7.2.1877, Nr. 31 (PDF: 11)	S. 3, 2. Spalte mittig	Kurzer Bericht aus der <b>Budgetkommission</b> : Thema sind die <b>Maßregeln gegen die Rinderpest</b> . V beantrage in einer Resolution, dass die Regierung internationale Verhandlungen mit den Nachbarn zur Bekämpfung der Seuche anstrebe. Er erinnerte an das vorhandene Vorbild der internationalen Cholera-Kommission. Da die Rinderpest ihren Ursprung in <b>Russland</b> habe, wäre es wichtig, die Verladung der Tiere in die Eisenbahn zu überwachen.	
16	Do, 8.2.1877, Nr. 32 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Lokales: Abdruck der Regierungsantwort auf Vs Anfrage bezüglich der Neubauten der <b>königlichen Bibliothek</b> , des <b>ethnologischen Museums</b> und des <b>pharmakologischen und mineralogischen Instituts</b> . Alle Projekte befänden sich in mehr oder minder weiten Entwicklungsstadien, würden also aktiv verfolgt.	
17	Fr,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	9.2.1877, Nr. 33 (PDF: 14)	3. Spalte oben	[8.2.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die <b>Einrichtung des Zeughauses</b> . V sei für den Gesetzentwurf.	Band 34, S. 517-525
18	Fr, 9.2.1877, Nr. 33 (PDF: 15 u. 16)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (15. Sitzung vom 8. Feb.): Thema ist erneut die <b>Einrichtung des Zeughauses</b> . V wundert sich über die langdauernde Debatte. Für ihn sei das Gebäude ein architektonisches Schmuckstück in schöner Lage, dass jetzt endlich nicht mehr als Magazin, sondern einem geeigneteren Zweck zugeführt werden könne. Dass der Verwendungszweck vornehmlich ein brandenburgisch-preußischer sei, liege darin, dass der brandenburgisch-preußische Staat lange Zeit der Hauptträger des Waffenwesens gewesen und nun eben die Einrichtung eines Waffenmuseums geplant sei. Die veranschlagte Summe gehe aber nicht darüber hinaus, was man für andere wissenschaftliche Sammlungen veranschlagt habe. Man würde mit dieser Verwendungsart einerseits dem Militär ein Denkmal setzen und den schönen Bau einem höheren Zweck zuführen. Für einen großen Staat wie Preußen gezieme es sich, ein solches historisches wie wissenschaftliches Interesse zu befriedigen, wie dies fast alle europäischen Staaten getan hätten. Die kühle Haltung der Fortschrittspartei im letzten Jahr zu dieser Entscheidung lag daran, dass eine Ruhmeshalle für die Armee geplant gewesen sei. Die Finanzlage sei zwar nicht gut, aber wenn man die Summe	

			<p>aus der Kriegsentschädigung bestreiten könne, sei das eine zusätzliche Anerkennung für die Armee. Aus Steuergeldern würde V einer Finanzierung auch zögerlicher gegenüber stehen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Thema ist der Etat des Innenministeriums, es geht um die Position der <b>Unterstaatssekretäre</b>. Nach V seien in den letzten Jahren diese Positionen im Handels- und Innenministerium unbesetzt geblieben, also bräuchte man sie nicht. Da die Minister eine ständige Position einnehmen würden, gebe es keine Notwendigkeit, eine solche dauerhaft zu installieren. Er lehne diese Position ab.</p>	
19	So, 11.2.1877, Nr. 35 (PDF: 22)	S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Bericht über Vs Antrag in der <b>Budgetkommission</b> über die <b>Maßregeln gegen die Rinderpest</b>. Die internationalen Verhandlungen seien umso wichtiger, da Russland und <b>Österreich-Ungarn</b> als die Hauptansteckungsquelle gelten. Dieser Meinung sei auch die Regierung. Fraglich sei eher das Ergebnis solcher Verhandlungen. Es gab 1871 schon eine Stellungnahme Österreich-Ungarns dazu, die besagte, dass <b>Russland</b> der Hauptverursacher sei und solange sich die Zoll- und Grenzbestimmungen sich nicht ändern würden, hätte man keinen Einfluss auf das Problem.</p>	
20	Di, 13.2.1877,	1. Beilage, S. 3,	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 12. Feb.): Thema ist die <b>veterinärpolizeiliche Grenzkon-</b>	vgl. Andree, Band 34,

	Nr. 36 (PDF: 26)	1. Spalte unten	<b>trolle.</b> Nach V seien die Anträge besonders an den Schwierigkeiten mit der <b>Rinderpest</b> orientiert. Eine frühere internationale Konferenz in <b>Wien</b> sei ohne Ergebnis beendet worden, da man sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen habe einigen können. Die Seuche sitze besonders in <b>Russland</b> und <b>Österreich</b> und man wisse um die Gefahren der Ausbreitung. Durch die guten Grenzkontrollen habe man nur geringe Probleme, aber wenn man trotzdem eine Ausbreitung nicht verhindern könne, liege das besonders an einem Mangel an geeignetem Personal. Dies sollten aber ausgebildete Tierärzte sein, nicht nur Gehilfen. Aber <b>Russland</b> als Hauptverursacher müsse einfach mehr und besser überwachen. Dies habe V schon auf der Hygienekonferenz in Brüssel angemahnt, aber die russischen Vertreter hätten nur geschwiegen. Die polnisch-russischen Grenzkontrollen seien reine Fiktion. V plädiert daher für den Antrag der <b>Budgetkommission</b> , internationale Verhandlungen zu beginnen.	S. 525-533
21	Mi, 14.2.1877, Nr. 37 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung der 67 Mitglieder des HdA, die zur <b>Fortschrittspartei</b> gehören. V ist ebenfalls erwähnt.	
22	So, 18.2.1877, Nr. 41 (PDF: 34)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [17.2.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Landeskonsistorium in Hannover</b> . V erinnerte an die ultraorthodoxe Richtung	vgl. Andree, Band 34, S. 533-536

			der hannoverschen Kirche. Das Übel sei aber der Bestand einer Staatskirche, die ihre reaktionären Tendenzen mehr und mehr geltend mache.	
23	So, 18.2.1877, Nr. 41 (PDF: 36)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (23. Sitzung vom 17. Feb.): Thema ist das <b>Landeskonsistorium in Hannover</b> . Am Beispiel Hannover zeige sich abschreckend, wohin absolute kirchliche Herrschaft führe. Die Trauungsformel kümmere sich nicht um das Reichszivil-ehegesetz und die staatlich ausgesprochene Scheidung werde als sündhaft bezeichnet. Die Gesetzgebung für die evangelische Kirche führe zur Staatskirche und der Minister <b>Falk</b> sei trotz seines Widerspruchs den Banden dieser Kirche verfallen.	vgl. Andree, Band 34, S. 533-536
24	Do, 22.2.1877, Nr. 44 (PDF: 42)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Außerordentliche Sitzung vom 10. Feb.): Aus der Sitzung ist mit einer kleinen Auslassung ein Schreiben <b>Schliemanns</b> an V wiedergegeben. Schliemann nimmt Bezug auf Vs Schreiben vom 11.1. und bedauert darin mehrfach, dass V nicht nach <b>Mykene</b> kommen kann. Dies sei für die Wissenschaft ein unendlicher Verlust. Weiter hat V einen Vortrag über die <b>Bulgaren</b> gehalten. Das bisher gesammelte Material sei noch sehr mangelhaft und könne noch keinen Aufschluss über die ethnologische Stellung der Bulgaren geben.	<i>Über die nationale Stellung der Bulgaren:</i> VBAG 9, S. 70-76
25	Do, 22.2.1877, Nr. 44	3. Beilage, S. 4, 2. Spalte	Anzeige: Beworben wird „ <b>Die Sectionstechnik im Leichenschauhause des Charité-Krankenhauses, mit besonderer</b>	<i>Sectionstechnik:</i> Charité-Annal. Bd. 1

	(PDF: 43)	unten	<b>Rücksicht auf gerichtsärztliche Praxis“</b> von V, erschienen im <b>August Hirschfeld-</b> Verlag.	
26	Fr, 23.2.1877, Nr. 45 (PDF: 45)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [22.2.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>theologische Prüfungskommission</b> . Bei der Gelegenheit kommt auch das Ge- setz über die Vorbildung der Geistlichen wieder in die Kritik. V kritisiert das Vor- gehen, bei einem Etatposten wieder auf das zugrunde liegende Gesetz zurückzu- kommen. Auch er und seine Parteifreunde hätten an so manchem bestehenden Gesetz etwas zu kritisieren, aber man müsse in dem vorliegenden Fall dafür sorgen, dass die katholische Kirche auf ihre Ansprüche und auf die finanzielle Unterstützung durch den Staat verzichte. Erst dann könne man größere Freiheit bei der Erziehung und Ausbildung der Geistlichen gewähren. Weiter geht es um die Zuschüsse für die Universität und damit fand der <b>Kultur-</b> <b>kampf</b> für den Rest der Sitzung sein Ende. V beklagte, dass die Regierung mit ihren <b>Leistungen für die Universität</b> hinter dem Ausland und auch hinter dem übrigen Deutschland zurückbleibe. Er verwies auf den Rückgang in den medizinischen Fa- kultäten in Preußen, bedingt durch eine Abwanderung der Studierenden nach Süd- deutschland. Erklärlich sei dies durch die höheren Anforderungen im Staatsexamen. V fordert daher eine Revision der Prü-	vgl. Andree, Band 34, S. 537-544

			fungsvorschriften. Er erntet dafür Lob vom Regierungskommissar [ <b>Göppert</b> ], dass er das Thema zur Sprache gebracht habe.	
27	Fr, 23.2.1877, Nr. 45 (PDF: 46-47)	3. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig u. 3. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 22. Feb.): Thema ist die <b>theologische Prüfungskommission</b> . V kritisiert das Vorgehen, bei einem Etatposten wieder auf das zugrunde liegende Gesetz zurückzukommen. Auch er und seine Parteifreunde hätten an so manchem bestehenden Gesetz etwas zu kritisieren, wie man Jahre lang gegen den evangelischen Oberkirchenrat angekämpft habe. Sei man einmal legislativ geschlagen, dann müsse man sich den aufgrund des zustande gekommenen Gesetzes eingestellten Etatpositionen fügen und bei den Etatberatungen nur Beschwerden über eine falsche Handhabung solcher Gesetze vorbringen. Dementsprechend könne man den Klagen über das Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen kein Gehör schenken. Erst wenn die katholische Kirche auf ihre Ansprüche und auf die finanzielle Unterstützung durch den Staat verzichte, erst dann könne man größere Freiheit bei der Erziehung und Ausbildung der Geistlichen gewähren. Dann wendet sich V gegen den Abg. <b>Bruel</b> , der analog zur kursierenden Anekdote, dass V mit dem Seziersmesser noch nicht die Seele gefunden habe, gesagt habe, dass V beim <b>Sezieren die Religion noch nicht gefunden</b> habe. V kontert darauf, dass er auch den Aberglauben beim	vgl. Andree, Band 34, S. 537-544



			<p>Sezieren noch nicht gefunden habe, dass dieser aber real existiere und man dafür keinen materiellen Beweis seiner Existenz bräuchte. Er sei konsequent für eine <b>religiöse Freiheit des Individuums</b> eingetreten, aber die Kirche sei kein Individuum.</p> <p>Weiter:</p> <p>Weiter geht es um die Zuschüsse für die Universität. V stellt fest, dass der Kultusminister beim Finanzminister auf Widerstand stoße bezüglich weiterer Zahlungen für die Universität, da die Finanzlage des Landes so schlecht sei. Der Finanzminister scheine vergesse zu haben, dass die Universitäten nicht zu den Anstalten gehörten, die man beliebig warten lassen könne, so V. Die Regierung bleibe mit ihren <b>Leistungen für die Universität</b> hinter dem Ausland und auch hinter dem übrigen Deutschland zurück. Er verwies auf den Rückgang in den medizinischen Fakultäten in Preußen, bedingt durch eine Abwanderung der Studierenden nach Süddeutschland. Erklärlich sei dies durch die höheren Anforderungen im Staatsexamen. V fordert daher eine Revision der Prüfungsvorschriften.</p>	
28	Sa, 24.2.1877, Nr. 46 (PDF: 50)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (29. Sitzung vom 23. Feb.): Thema sind die <b>Zuschüsse zur Universität Göttingen</b> . Der dortige Leiter der Stadtklinik hat zur Entlastung um die Aufstellung eines Extraordinarius gebeten. Daraufhin hat die Regierung einen ordentlichen Profes-	vgl. Andree, Band 34, S. 548-557

		<p>sor aus Breslau berufen, was zur Absetzung des eigentlichen Leiters geführt habe. V vermisst die Auseinandersetzung darüber, was die Regierung veranlasst haben könnte, nicht, wie gewünscht, einen Extraordinarius zu berufen. Es würde immer als sehr bitter empfunden, wenn so rücksichtslos in das Rechtsgebiet einer wohlverdienten Person eingegriffen werde. Er hoffe, dass der Minister die Lehre daraus ziehe, künftig mit Versprechungen vorsichtiger zu sein und vorher immer die Fakultät zu befragen.</p> <p>Abendsitzung:</p> <p>V beantragt, dass die Staatsregierung die Zusage, die sie im letzten Jahr gegeben habe, eine Denkschrift über die rechtliche Stellung des <b>hannoverschen Klosterfonds</b> vorzulegen, in der nächsten Session vorlege und keine definitiven Verfügungen ohne den Landtag treffen werde. Man habe schon früher diesen Wunsch geäußert, leider ohne Erfolg. Die Regierung habe ohne Genehmigung des Landtages aus den Mitteln des Klosterfonds einen Bau begonnen. Nun sei das Geld aus dieser Quelle versiegt und die Landesvertretung werde um Zuschüsse gebeten. Diese habe nun nur die Möglichkeit, den Ruinenbau stehen zu lassen oder die Gelder zu bewilligen. Er respektiere die provinziellen Rechte an dem Fonds, aber die staatlichen Rechte an der Universität Göttingen gäben dem Staat und</p>	
--	--	--	--

			seiner Vertretung ein Anrecht auf die Dispositionsbefugnis über den Fonds.	
29	So, 25.2.1877, Nr. 47 (PDF: 53)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (Abendsitzung vom 24. Feb.): Beim Thema <b>Kunstmuseen</b> dankt V dafür, dass durch eine <b>Sonntagsöffnung</b> der Besuch erleichtert würde. Er hoffe, dass es keine technischen Probleme bei der Planung eines weiteren Eingangs gebe. Ferner mahnt er die schlechte Qualität der Kataloge der Berliner Museen an und erkundigt sich, warum der Leiter des Kupferstichkabinetts Herr <b>Weiß</b> ohne Pension entlassen worden sei.</p> <p>Weiter:</p> <p>Zum <b>geodätischen Institut</b> äußert V, dass dringend ein Bauplatz gefunden werden müsse, weil Preußen durch internationale Verpflichtungen gebunden sei. Es sei ein offenes Geheimnis, dass die französische Regierung sich bereit erklärt habe, wenn die internationale Kommission nach <b>Paris</b> komme wolle, dort ein geeignetes Gebäude zu bauen.</p> <p>Weiter:</p> <p>V hat mit anderen Abgeordneten zusammen zwei Anträge gestellt. Einmal geht es um die <b>Beschleunigung der großen Staatsbauten</b> und zum anderen einen geordneten Plan zum Bau derselben aufzustellen und dem Landtag, wenn möglich, noch in dieser Session vorzulegen. Grund für diese Anträge sei die zunehmende Unsicherheit in den Plänen der Bauten und</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 557-568

			dass wichtige Bauten geradezu verschleppt würden.	
30	Di, 27.2.1877, Nr. 48 (PDF: 55)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [26.2.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Vorlage bezüglich der <b>Berlin-Dresdner Eisenbahn</b> . Es ist nur kurz erwähnt, dass V Einwände erhoben habe	vgl. Andree, Band 34, S. 568-583
31	Di, 27.2.1877, Nr. 48 (PDF: 56-57)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 26. Feb.): Thema ist die Übernahme einer Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe der <b>Berlin-Dresdner Eisenbahn</b> . V, als Gegner der Vorlage, sehe sich unter Druck des Reichseisenbahnprojektes und andererseits der Reichseinheit. Ihm sei wichtig, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, statt eines Experimentes. Man Sorge sich, dass es einen Konkurs der Bahn geben könnte, weil man kein Konkursgesetz habe, also müsse man ein solches schaffen. Stattdessen ließe man die Sache einfach weiter treiben bis es nicht mehr ginge. Die Gesellschaft habe keinen Nutzen von dem Vertrag. Im Gegenteil, die Aktionäre bekämen keinen Pfennig von ihrem Kapital ausbezahlt, sondern nur die Gläubiger. Weiter könne er keinen Grund sehen, warum über die preußische Grenze hinaus einen einheitliche Verwaltung existieren müsste. Wenn man von einer Linie nach Hof sprechen würde, wäre es noch eine wirtschaftliche Einheit, aber die Berlin-Dresdner Bahn würde dafür keinen Anlass bieten. Im Übrigen seien es keine wirtschaftlichen, son-	vgl. Andree, Band 34, S. 568-583

		<p>             dern politische Gründe, die im Hintergrund stünden. Er sei grundsätzlich gegen diese Verquickung, so wie er auch gegen die Verquickung wirtschaftlicher und militärischer Interessen sei. V sieht in dem Engagement des Staates eine Konkurrenz zu den Privatbahnen, die er nicht billige. Zusätzlich käme es zu einer Verwirrung der Rechtsbegriffe. Sachsen verfolge das Prinzip der Staatsbahnen, da wolle man nicht behindern, aber man müsse durch ein Reichsgesetz dem Partikularismus entgegenreten, aber nicht auf dem vorgeschlagenen Weg. V zeigt die Möglichkeiten auf, wenn man die Vorlage ablehne. Der sächsische Staat könne die Bahn kaufen, Übernahme durch die Anhalter Bahn, Übernahme durch Preußen oder Teilung der Bahn. Dass man die ersten beiden Möglichkeiten ablehne, könne V verstehen. Gegen die Übernahme der Bahnanteile durch Sachsen, die in deren Hoheitsgebiet lägen, könne er keine dagegen sprechenden Gründe erkennen. Solch einen Übergang gebe es auch für die Anhalter Bahn, wo es ohne Störungen und Unregelmäßigkeiten lief. Auf diese Weise könne man rentabel arbeiten und die Aktionäre würden zumindest eine kleine Rente erhalten. Entscheide man sich für die Vorlage, so werde man der Regierung den Vorwurf machen, dass sie zum <b>Vorteil des Staates aber zum Nachteil der Aktionäre</b> Ge-           </p>	
--	--	---	--

			schäfte mache.	
32	Mi, 28.2.1877, Nr. 49 (PDF: 59)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 27. Feb.): Thema sind die außeretatmäßigen Ausgaben, besonders im Baubereich. Es geht um den <b>Bau der Bauakademie</b> . V kritisiert, dass der Direktor der Akademie gleichzeitig als Baumeister fungiert habe. Unerhört sei, dass man nicht von vorherein berechnen konnte, dass beim Umbau Nebenteile beschädigt würden. Man habe die gleiche Situation mit dem Justizpalast gehabt. Wegen der Dringlichkeit habe man die Angelegenheit in 2 Stunden verhandelt und jetzt seien Jahre vergangen ohne dass etwas passiert sei. Die Regierung müsse endlich etwas ändern, sonst käme der Etat nie in Ordnung.	vgl. Andree, Band 34, S. 583-587
33	Do, 1.3.1877, Nr. 50 (PDF: 2)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [28.2.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurde wieder über den <b>Kulturkampf</b> diskutiert. V warne vor sentimentalen Anwandlungen bei der Behandlung kirchlicher Fragen. Es könne nur zu einem Ende der Auseinandersetzungen kommen, wenn ein Gesetz über die Religionsgesellschaften erlassen werde, das für alle <b>Religionen [als gleichberechtigt]</b> gleiches Recht schaffe. Jede Spezialgesetzgebung für einzelne Religionsgesellschaften sei von Übel. Deswegen habe er auch das <b>Synodalgesetz</b> bekämpft. Die religiösen Gesellschaften müssten jeden Anspruch auf die Schulen fallen lassen, denn eine konfessionelle Schule kön-	vgl. Andree, Band 34, S. 587-592

			ne niemals vom Staat zugelassen werden.	
34	Do, 1.3.1877, Nr. 50 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (34. Sitzung vom 28. Feb.): Thema ist der Kultus und der Unterricht [<b>Kirche und Schule</b>]. V freue sich, vom Abg. <b>Schröder</b> Anerkennung zu bekommen, dass die monopolistische <b>Stellung der katholischen Kirche</b> der Regierung das Recht gebe, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Er warne vor sentimentalischen Anwendungen bei der Behandlung kirchlicher Fragen. Es könne nur zu einem Ende der Auseinandersetzungen kommen, wenn ein Gesetz über die Religionsgesellschaften erlassen werde, das für alle <b>Religionen [als gleichberechtigt]</b> gleiches Recht schaffe. Besonders die jüdische Religion sei unterdrückt. Die katholische Kirche sei zwar Staatsgründerin gewesen, aber das Staatsgründungssystem ging so weit, dass die ganze Welt ein Staat hatte werden sollen. Man dürfe nicht vergessen, dass diese Ansprüche nur vertagt seien, nicht vergessen. Man könne doch nicht glauben, dass diejenigen, die berufen seien, das Volk zu vertreten, sich nun einseitig um das Wohl der Kurie kümmern. V sehe das Heilmittel in möglichst freien Formen. Jede Spezialgesetzgebung für einzelne Religionsgesellschaften sei schlecht. Deswegen habe er auch das <b>Synodalgesetz</b> bekämpft. Die religiösen Gesellschaften müssten jeden Anspruch auf die Schulen fallen lassen, denn eine kon-</p>	vgl. Andree, Band 34, S. 587-592

			<p>fessionelle Schule könne niemals vom Staat zugelassen werden. Es handle sich auch darum, jeden <b>Zwang auf die Gewissen der Eltern zu beseitigen</b> und Freiheit zu sichern. Man habe Interesse daran, sich die römische Hierarchie vom Leib zu halten, aber man wolle sie nicht ohne Not angreifen. Er hoffe auf den Tag, wo man den untergeordneten Beamten die Gesetze aus der Hand nehmen könne und sie nicht mehr im Stande seien, ihre Quälereien auszuüben.</p>	
35	<p>Sa, 3.3.1877, Nr. 52 (PDF: 6)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte unten</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [2.3.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Es werden die Petitionsberichte verhandelt; besondere Erwähnung findet die Petition der <b>Emdener Heringsfischerei-Aktiengesellschaft</b> um Gewährung eines Darlehns. V setzte sich für diese Petition ein zur Aufrechterhaltung und Förderung des Unternehmens und erforderlichenfalls die Mittel im nächsten Etat zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 593-606</p>
36	<p>Sa, 3.3.1877, Nr. 52 (PDF: 8 u. 9)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (36. Sitzung vom 2. März): Es werden die Petitionsberichte verhandelt. Besondere Erwähnung findet die Petition der <b>Emdener Heringsfischerei-Aktiengesellschaft</b> um Gewährung eines Darlehns. V setzte sich für diese Petition ein zur Aufrechterhaltung und Förderung des Unternehmens und erforderlichenfalls die Mittel im nächsten Etat zur Verfügung zu stellen.  Abendsitzung:</p>	<p>vgl. Andree, Band 34, S. 593-606</p>



			<p>Bei den Etatberatungen habe V zwei Anträge eingebracht: Die Gehälter der <b>Direktorialassistenten [besser besolden]</b> in den königl. Museen zu erhöhen und den Abteilungsdirektoren besondere Summen für die Unterhaltung der betreffenden Abteilungen zuzuweisen. Diese Anträge seien der Budgetkommission zugewiesen worden. Man habe die Vschen Anträge abgelehnt, wolle aber die Staatsregierung auffordern, die beabsichtigte Reorganisation in diesem Bereich so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen und die Regulierung der Gehälter dabei zu bedenken.</p>	
37	So, 4.3.1877, Nr. 53 (PDF: 10)	S. 1, 2. Spalte oben	<p>Leitartikel über die Landtagssession: Vs Name wird im Zusammenhang mit der Debatte über die <b>außeretatmäßigen Ausgaben</b> durch Bauprojekte erwähnt.</p>	
38	Fr, 16.3.1877, Nr. 63 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 15. März): Thema ist die <b>Einrichtung städtischer</b> mit dem Viehmarkt verbundener <b>Schlachthäuser</b>. V führte aus, dass Berlin fast der einzige größere Ort sei, wo noch keine <b>Fleischschau</b> eingeführt worden wäre. Es werde behauptet, dass es unmöglich sei, für Berlin derartige Einrichtungen zu treffen; das sei ein Irrtum. Er würde seinen ganzen Einfluss aufbieten, um auch hier solche Einrichtungen durchzusetzen, die er gerade bei den lokalen Verhältnissen Berlins als notwendig erachte. Der Gang der Meinungen in wissenschaftlichen Kreisen sei der, dass man sich übereinstimmend für die ob-</p>	<p>s. a. 20.3.1877  vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>

		<p>ligatorische Einführung der durch das Gesetz vorgesehenen Einrichtungen entschieden habe. Man habe sich schon früher in den städtischen Kreisen für die Errichtung von Schlachthäusern entschieden und er begreife es faktisch nicht, dass das Polizeipräsidium Privatpersonen gegenüber Konzessionen mache in dem Moment, wo die Stadt in der Ausführung begriffen war, also der Stadt die Sache aus der Hand genommen wurde. Die jetzigen Inhaber seien allerdings nicht die ursprünglichen Konzessionäre und er würde deshalb persönlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn man mit der Gesellschaft verhandle, um einen Vergleich zu erzielen. Nichtsdestoweniger sei er der Überzeugung, dass die Anlage auf die Dauer nicht ausreiche und man so zu neuen Anlagen gezwungen sein werde. Wenn die Stadt aber eine eigene Anlage baue, so müsse die alte Anlage fallen. Man müsse sich entscheiden, ob man den jetzigen Viehhof übernehmen und das städtische Projekt vertagen oder eine städtische Anlage machen und so den jetzigen Viehhof vernichten wolle. Bei der Entscheidung hierüber seien lediglich finanzielle Gründe maßgebend. Ihm erscheine das Gutachten des Polizeipräsidiums über die jetzige Anlage als zu weit gegangen. Er sei für Unterhandlungen mit der Gesellschaft, käme das aber zu teuer, dann müsste die Stadt selbstständig vorgehen.</p>	
--	--	---	--

39	Sa, 17.3.1877, Nr. 64 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Monatsbericht der königlichen preußischen <b>Akademie der Wissenschaften</b> . Im November 1876 habe V über <i>friesische und niederländische Schädel</i> referiert.	<i>Weitere Mitteilungen über friesische und niederländische Schädel:</i> Monatsber. d. Kgl. Pr. Acad. d. Wissensch. Berlin. S. 622
40	Sa, 17.3.1877, Nr. 64 (PDF: 8)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Feb.): Zu Beginn wird kurz erwähnt, dass V zusammen mit <b>Jagor</b> ausführlich über die <b>Andamanen</b> berichtet habe. Später hält V einen Vortrag über den <b>Dingo-Hund</b> in <b>Australien</b> Bei seiner näheren Beschäftigung mit den Australiern sei V zu dem Schluss gelangt, dass der Dingo-Hund, genauso wie die Menschen, eingewandert sei. Wenn man die australischen Tiere betrachte, so falle eine Entwicklungsreihe auf, die an einer Stelle unterbrochen sei und dann käme der Dingo. Es sei sogar möglich, dass der Dingo älter sei als der Mensch, aber das bedürfe noch weiterer Untersuchungen. Daher habe V den Zoologieprofessor <b>Dr. Hartmann</b> zu einer Stellungnahme zum Dingo gebeten. Dieser sprach nun weiter zu dem Thema.	<i>Über das fossile Vorkommen des Dingo-Hundes in Australien und die Herkunft der Australier:</i> VBAG 9, S. 88-91
41	Di, 20.3.1877, Nr. 66 (PDF: 15)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Bericht zur Viehhoffrage: Es wird Vs Rede in der SVV erwähnt, in der dieser den überzeugenden Beweis der Notwendigkeit <b>[Einrichtung] von städtischen Schlachthäusern</b> führte.	

42	Mi, 21.3.1877, Nr. 67 (PDF: 13)	3. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Bericht zur Viehhoffrage: Erwähnt wird die erteilte Konzession für das Schlachthaus. V habe von zwei kleineren Gründern gesprochen, die VZ spricht von einem großen Konzessionär. Dies sei aber für die Sache unerheblich. Weiter ist die wissenschaftliche Meinung von Professor <b>Liebig</b> zu Vs Rede in der SVV abgedruckt. Liebig ist der Meinung, wenn V die Trichinen entdeckt habe, so möge er die daran erkrankten Menschen kurieren. Für die gesamte Bürgerschaft ein Schutzmittel durch den <b>Schlachtzwang</b> zu schaffen, damit ein Mensch weniger sterbe, sei ein zu kostspieliges Experiment und würde auch gar nicht in Vs Interesse liegen, da diesem dieser eine Trichinenkranke zu Untersuchungen entzogen würde. Man schaffe doch lieber die Messer ab, damit nicht durch brutale Messerattacken jährlich ein paar hundert Menschen in der Stadt zu Krüppel gemacht würden. [ <b>Einrichtung städtischer Schlachthäuser</b> ]	
43	Do, 22.3.1877, Nr. 68 (PDF: 18)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht zur Viehhoffrage: Die VZ trägt einige Reden zu dem Thema nach den stenographischen Berichten nach. Es seien nicht allein die <b>Trichinen</b> , die V zu seinem Antrag geführt hätten. Sie waren ein naheliegender Grund, aber doch nur ein Grund neben vielen anderen, und er behaupte noch heute, dass das Bedürfnis [ <b>Einrichtung</b> ] <b>öffentlicher Schlachthäuser</b> existiere. Es sei ihm gelungen, durch	

		<p>Anträge die Trichinen in das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches einzuführen. Es sei ihm gelungen, die Regierungen endlich auch dahin zu führen, dass alle Provinzialbehörden mit den Instruktionen versehen seien, dass überall, wo sich Trichinen zeigten, sofort die notwendigen allgemeinen Verordnungen erlassen würden. Auch aus den Verhandlungen des letzten Landtages sei ersichtlich, dass man sich über diese Verordnungen nicht beklage, sondern im Gegenteil darüber klage, dass sie in so ungleichmäßiger Weise existierten. Es sei sonderbar, zu glauben, man werde Berlin immer so ungeschoren lassen. Er glaube nicht, dass man irgendeinen Grund habe anzunehmen, dass das auf die Dauer geschehen würde. Im Gegenteil: Er sei überzeugt, dass man dann auch die Mittel finden werde, die Stadt Berlin anzuhalten, dies zu tun. Er würde es für eine Vernachlässigung der Pflicht dieser Aufsichtsbehörden halten, so dass er das Nötige dazu tun werde, um von Zeit zu Zeit die Aufmerksamkeit wieder auf diesen Punkt hinzulenken. So gut wie er das 1864 getan habe, so werde er es im Jahre 1884 tun, wenn er noch am Leben sei. Es hätten sich seitdem aber noch andere Gesichtspunkte gerade für Berlin herausgestellt, die die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung in erhöhtem Maße darstellen. Es sei vielleicht noch nicht ganz bekannt, in wel-</p>	
--	--	---	--

		<p>cher Ausdehnung die Finnen beim Menschen zu finden seien. In den nördlichen Provinzen von Deutschland, wo die laxere Praxis bestehe, kämen diese Finnen in verhältnismäßig großen Zahlen vor, nirgends aber in so großen Mengen wie in Berlin. Gerade bei den wichtigsten Organen des Menschen, wie dem Gehirn und den Augen. Das Bedürfnis auch in dieser Richtung die Fleischuntersuchung ungleich strenger zu machen als es bisher der Fall sei, liege wohl offen zu Tage. 1,5% der Sterblichkeitsfälle gingen auf das Konto dieser Erkrankungen. In der technischen <b>Deputation für das Veterinärwesen</b>, die dem landwirtschaftlichen Minister die fachlichen Gutachten zu unterbreiten habe, sei der Antrag gestellt, dass die Regierung mit neuen gesetzgeberischen Maßregeln vorgehen möge, um den zögernden Gang der Kommune zu beschleunigen. Dieser Antrag wurde zuerst gestellt vom technischen Rat des hiesigen Polizeipräsidioms, Herrn Geheimrat <b>Skrzeczka</b> und dem Direktor der Tierarzneischule, Herrn Geheimrat <b>Gerlach</b>. Unter den tierärztlichen Mitgliedern sei man sich einig, dass es unmöglich sei, die Aufsicht über die Viehseuche im Sinne des schon bestehende Gesetzes regelmäßig zu organisieren und durchzuführen, wenn man nicht dahin käme, in allen großen Städten Schlachthäuser zu haben. Das Resultat der Erörterung sei</p>	
--	--	--	--

		<p>schließlich gewesen, dass die technische Deputation dem Minister den Vorschlag gemacht habe, über die Gesetzgebung die obligatorische Einführung der Schlachthäuser in allen großen Städten vornehmen zu lassen. Er erkenne vollständig an, dass es hart sei, einer Aktiengesellschaft direkt entgegenzutreten und ihr gewissermaßen den Boden unter den Füßen zu entziehen. Eins dürfe man aber nicht vergessen. Als in Folge der Anregung, die in den Jahren 1864/65 stattgefunden hatte, sich die Stadt in größerem Stil die Aufgabe überlegte, die sie als große Gemeinde zu erfüllen habe, kam man von den Schlachthäusern auch auf die Markthallen. Als nun das ganze Material vorlag, ein Schlachthaus und einen Viehmarkt zu bauen, als sie nachwies, wie rentabel das sein würde, stand man plötzlich vor einer unerwarteten Situation. Das königliche Polizeipräsidium hatte umgehend beliebigen Privatpersonen Konzessionen erteilt, wodurch die ganze Sache durchkreuzt wurde. Man dürfe nicht vergessen, dass das königliche Polizeipräsidium diejenige Instanz gewesen sei, die auf durchaus geheimnisvolle Weise eines der wertvollsten Rechte vorweg nahm, indem man vor allen Dingen gerade den Viehmarkt als das einträglichste und rentabelste aus der Rechnung strich. Das sei lange vor <b>Strousberg</b> gewesen, dieser existierte damals noch nicht, es waren nur</p>	
--	--	--	--

		<p>die kleineren Gründer, die Vorkämpfer der späteren Ereignisse. Er habe keine Bedenken, diesen Punkt öffentlich zur Sprache zu bringen, weil er glaube, dass es zur gerechten Beurteilung der Situation gehöre. Er habe damals das Motiv nicht begriffen und begreife es heute nicht. Man habe seiner Zeit bei der Anlage des Humboldthains gesagt, man müsse eine Eisenbahn mittendurch legen, um den Viehhof zu erreichen; man habe sich das alles gefallen lassen, habe mit gekreuzten Händen zusehen müssen, aber jetzt käme man allmählich wieder zur Besinnung. Er wolle anerkennen, dass die jetzigen Inhaber des Viehhofes nicht die ursprünglichen Konzessionäre seien. Wenn er die ersten Konzessionäre vor sich hätte, so würde er noch härter urteilen. Nun liege die Sache etwas anders. Trotzdem sei nichts dagegen einzuwenden finden, wenn man über einen günstigen Preis mit den Herren verhandeln könne. Man könne allerdings nicht darauf rechnen, auf die Dauer mit dem Areal auszukommen. Er frage sich, wie sich ein späterer Verkauf des Areals darstellen könnte. Herr Stadtbaurat <b>Dr. Stort</b> habe gesagt, nach seiner Auffassung wäre es möglich, dass man das wieder heraus bekäme oder sogar mehr. Wenn das der Fall wäre, sehe V die Notwendigkeit nicht, ein neues Schlachthaus zu errichten. Das für ihn Zwingende in der Sache liege darin, dass</p>	
--	--	---	--



		<p>er nicht begreife, wenn man eine neue Anlage mache, wie man dann noch darüber in Zweifel sein könne, dass das auch die ganze und einzige Anlage sein müsse. Dann müsse auch der jetzige Viehhof beseitigt werden, man müsse auch den Schlachtzwang auf den Viehhof ausdehnen, es müsse dann alles an die neue Stelle kommen. Man müsse sich hier entscheiden: Entweder man nehme den Viehhof und vertage das andere Projekt oder man mache das andere Projekt und vernichte den Viehhof. Das seien die Alternativen, vor denen man stehe. Nach seiner Meinung sei diese Alternative wesentlich abhängig von der finanziellen Beurteilung. Denn auch auf dem gegenwärtigen Viehhof könne man mit einigen Änderungen gut arbeiten. Der Polizei-Präsident habe offenbar überschätzt was jetzt bei der <b>Rinderpest</b> geschehen sei. Auf dem Viehhof seien nur ein paar Fälle von Rinderpest vorgekommen. Es sei nicht nötig gewesen, irgendwelche Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Hätte sich dies Ereignis eine Reihe von Malen wiederholt und es hätte sich eine Infektion des Viehhofes herausgestellt, dann würde man erst gesehen haben, dass der Viehhof unbrauchbar sei. Ohne bauliche Veränderungen sei die Sache nicht zu machen. Also müsse man sich darauf gefasst machen, wenn man den Viehhof übernehme, dass man ihn nicht so fortführen kön-</p>	
--	--	---	--

			<p>ne, sondern große Erweiterungen vornehmen müsse. Wenn er seine Rechnung aufstelle, wenn er dann mit einiger Sicherheit übersehen könne, er werde eine Reihe von Jahren auch bei anwachsender Bevölkerung auskommen können und am Schluss dieser Periode das Terrain zweckmäßig weiter verwerten, dann würde er nichts dagegen einzuwenden haben, dass man sich auch für den Viehhof entscheide. Man müsse sich aber überzeugen, dass das Geschäft finanziell nicht zu teuer komme, sonst könne V, während er die jetzigen Aktionäre bedauere, keinen anderen Ausweg sehen, als sich für das andere Projekt auszusprechen.</p>	
44	Fr, 30.3.1877, Nr. 75 (PDF: 26)	S. 2, 2. Spalte mittig	<p>Abdruck einer Bekanntmachung von <b>Pari-sius</b> und <b>Richter</b> aus der „<b>Parlamentarischen Correspondenz aus der Fortschrittspartei</b>“; aufgelistet sind die Hauptziele der deutschen Fortschrittspartei, die als Anhalt dienen sollen für die Vereine der Parteigenossen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Kräftigung der Reichsgewalt und der parlamentarischen Rechte des Reichstages; ein für die Gesetzgebung und Verwaltung verantwortliches Reichsministerium; die Sicherung des Vollzuges der Reichsgesetze; Installation eines Reichsgerichts.</li> <li>2. Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl-</li> </ol>	Parlamentarische Korrespondenz: aus der freisinnigen Partei, Jg. 1877, Berlin

			<p>rechts für die Reichstagswahlen; Gewährung von Diäten an Reichstagsmitglieder; Schutz der Versammlungs- und Vereinsfreiheit.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>3. Verminderung und gleichmäßige Verteilung der Militärlast.</li> <li>4. Verteilung der Steuerlast mit Einschränkung der indirekten Steuern; Vereinfachung des Zolltarifs; jährliche Steuerbewilligungen.</li> <li>5. Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit und der Koalitionsfreiheit; Förderung der Bildung; Ausbau der Gesetzgebung zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Arbeitern, Frauen und Kindern; Reform der Aktiengesetzgebung.</li> <li>6. Ablehnung des Reichseisenbahngesetzes.</li> <li>7. Verbesserung der Reichsjustizgesetze.</li> <li>8. Individuelle Gewissens- und Glaubensfreiheit; Trennung von Schule und Kirche; allgemein obligatorischer und unentgeltliche Volksschulunterricht.</li> <li>9. Volle Durchführung des konstitutionellen Systems in den Einzelstaaten.</li> </ol> <p>V ist einer von zehn Unterzeichnern.</p>	
45	Sa, 7.4.1877,	2. Beilage, S. 1,	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis zum neusten Erscheinen der <b>SGWV</b> ,	

	Nr. 80 (PDF: 6)	1. Spalte oben	herausgegeben von V und v. <b>Holtzen- dorff</b> . (Hefte 258-267)	
46	Di, 10.4.1877, Nr. 82 (PDF: 9)	S. 2, 2. Spalte unten	Kurzer Hinweis, dass V die Regierung 1875 und auch 1876 gebeten habe, die Denkschrift über den <b>hannoverschen Klosterfond</b> vorzulegen. Diese werde gegenwärtig vorbereitet.	
47	Mi, 11.4.1877, Nr. 83 (PDF: 14)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Geographische [ <b>Gesellschaft für Erdkunde</b> ] und anthropologische Gesellschaft ( <b>BAG</b> ): Zu Ehren des Besuchs des <b>Kaisers von Brasilien</b> haben beide Gesellschaften eine gemeinsame Sitzung veranstaltet. V ist ebenfalls anwesend.	
48	Fr, 13.4.1877, Nr. 85 (PDF: 18-19)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. April): Thema ist die <b>Einrichtung eines städtischen Schlachthofes</b> . V sei der letzte, der sich von Gefühlsrücksichten leiten lasse, aber dennoch müsse er bekennen, dass es bei dieser Art der Agitation, wo so viele persönliche Gefühle mitspielten, schwer sei, diese Gefühlsrücksichten ganz zu unterdrücken und so wünsche er, dass die Sache endlich zum Abschluss gelange. Hier ständen sich die Ansichten gegenüber: die eine vertreten durch den St.-V. <b>Pflug</b> , wolle gar nichts, und dieses System des Wartens würde sicherlich den Fleischern und der Viehhofgesellschaft zu Gute kommen. Es gebe immer noch Menschen, die sich nicht davon überzeugen könnten oder wollten, dass es die erste Pflicht des Gemeinwesens sei, nicht nur billiges, sondern auch gesundes Fleisch zu bekommen. Man habe also	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV; nur knappe Zusammenfassung

		<p>die dringende Aufgabe, für die Verbreitung dieses Verständnisses zu sorgen und so müsse jedes Mitglied dieser Versammlung dafür eintreten. Wenn bei den vielen Stellen eine Überwachung des Fleisches unmöglich sei, so müsse man den Schlachtzwang einführen. In diesem Sinne fasse er auch den Ausschussantrag auf. Ein Vertragsverhältnis mit der jetzigen Viehhof-Gesellschaft sei unmöglich. Man könne sich nicht darauf einlassen, einer Privatgesellschaft gegenüber öffentliche Rechte aufzugeben. Er werde für die 8 Millionen Mark als Kaufsumme stimmen, da er diesen Preis nach der von ihm vorgenommenen Besichtigung der Anlage für angemessen erachte. Zwar sei die Belüftung mangelhaft, es fehle vielfach an Licht und es würden deshalb mehrfach neuere Einrichtungen notwendig werden. Auch eine Vergrößerung der Räumlichkeiten und Verbesserung der Kanalisation müssten vorgenommen werden. Den vorgeschlagenen Kaufpreis von 9 Millionen halte er für zu hoch, da, wenn man noch 2 Millionen aufwenden müsse, die Ausgaben dann bei 11 Millionen stehen würden. Ihn leite dabei die sofortige Benutzung der Anlage, so dass die Stadt dann sofort das wieder habe, was ihr eigentlich rechtswidrig entzogen worden sei. Die Gesellschaft werde sich sagen müssen, dass die Stadt bei ihrem Gebot den Preis einer neu erbau-</p>	
--	--	---	--

			ten Anlage nicht aus den Augen lassen dürfe, da man damit eine Anlage schaffen würde, die für die nächsten Jahre ausreiche. Bis jetzt sei aber von der Gesellschaft noch kein bestimmter Preis gefordert worden. Der Magistrat hätte nach seiner Ansicht dafür sorgen können, dass eine bestimmte Forderung gestellt werde. V empfehle den Ausschussantrag mit der Modifikation, dass der Kaufpreis für den Viehhof auf 8 Millionen Mark festgelegt werde.	
49	Fr, 13.4.1877, Nr. 85 (PDF: 20)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Geographische [ <b>Gesellschaft für Erdkunde</b> ] und anthropologische Gesellschaft ( <b>BAG</b> ): Weiterer Bericht zu der gemeinsamen Veranstaltung beider Gesellschaften. V hält einen Vortrag <i>über die Anthropologie Amerikas</i> . Es gebe Beziehungen im doppelten Sinne, so V, zwischen Europa und Amerika, nämlich die des physischen und die des geistigen Menschen. Man habe aufgrund immer weiter fortschreitender Untersuchungen festgestellt, dass es Entwicklungsperioden gebe, ausgehend von einer Stein-, über eine Bronze-, Kupfer und Eisenzeit. Dies sei mehr und mehr erschüttert worden, da es durch neue Untersuchungen zunehmend unwahrscheinlich scheine, dass eine Bronzezeit vor der Eisenzeit existiert habe. In Amerika habe Columbus bei seiner Entdeckung kein Eisen vorgefunden, wohl aber höchste Gold- und Silberkunst. In zahlreichen <b>Kjökkenmöddinger</b> ließen sich viele	<i>Über die Anthropologie Amerikas:</i> VBAG 9, S. 144-156

			<p>Steinwerkzeuge finden, in allen Stadien der Kunstentwicklung; aber auch Bronze- und Kupferwerkzeuge seien noch in Gebrauch, so dass man ein Nebeneinanderbestehen auch in früheren Zeiten annehmen könne. Weiter geht V auf die physische Anthropologie ein und auf den Ursprung der amerikanischen Rasse. Richtige Untersuchungen konnten erst mit den Untersuchungen der Skelette beginnen. Die Annahme, dass es einen einheitlichen Schädel gebe, sei falsch. Hier könne man sich auf die reiche Schädelammlung stützen, die dazu in Berlin auf Grund vielerlei Unterstützung existiere. Für V stehe daher fest, dass Amerika von außen her bevölkert worden sei. Allerdings könne man die Frage des „Woher?“ noch nicht beantworten. Es würden noch viele Untersuchungen nötig sein, um die älteste Menschrassen Amerikas zu bestimmen.</p>	
50	Fr, 20.4.1877, Nr. 91 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 19. April): V wird in die <b>Deputation zur Verwaltung der Kanalisationswerke</b> gewählt.</p>	nichts bei Andree
51	Di, 1.5.1877, Nr. 99 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<p>Lokales: Bericht über den <b>Asylverein</b> für Obdachlose. V wird erneut als Mitglied des <b>Verwaltungsrats</b> gewählt.</p>	
52	Mi, 16.5.1877, Nr. 111 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<p>Lokales: Kurzer Vermerk, dass V am Donnerstag [17.5.1877] einen Vortrag über „<b>Krieg und Frieden</b>“ im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> halten wird.</p>	s. a. 19.5.1877

53	Sa, 19.5.1877, Nr. 114 (PDF: 6-7)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben f.	Lokales: Bericht über den Vortrag „ <b>Krieg und Frieden</b> “ im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> , den V am 17.5. gehalten hat. V habe lange gezögert, ob er nicht besser über die zu Ende gegangene Landtagssession hätte berichten sollen. Da diese aber mit einem gänzlich negativen Resultat zu Ende gegangen sei, habe er sich einem anderen Thema zugewandt. Bei dem Thema täten viele, als ginge sie das nichts an. Auch die Presse schwanke zwischen Russen- und Türkenfreundschaft, so käme keine Volksmeinung zur Geltung. Es sei nicht gut, abzuwarten, was aus der Geschichte werden wird. Nicht einmal der Reichstag habe in dieser Hinsicht etwas getan. Allerdings habe die Haltung der Regierung davor bewahrt in irgendwelche Verwicklungen zu geraten. <b>Russland</b> habe im eigenen Land noch so viel zu reformieren, dass es gegenüber der <b>Türkei</b> in Bezug auf die freiheitlichen Institutionen zurück sei. Alles deute darauf hin, dass Russland sich auf einen längeren Krieg eingestellt habe. Es scheint schwer zu begreifen, dass die Presse diese Eroberungsabsichten nicht wahrnehme. Bis jetzt habe sich <b>Österreich</b> einer slawischen Mehrheitsbildung entziehen können. Auch Deutschland habe größtes Interesse, dass das so bleibe. Englands Interessen seine hauptsächlich in Indien gestört, aber man wisse nie, welche Keime ein lang andauernder Krieg in sich	<i>Krieg und Frieden</i> : Berlin
----	--	--	---	-----------------------------------



		<p>trage. Für das Volk seien daher zwei Punkte von Belang. Zunächst dürfe man die Russen nicht als Vertreter von Europa und Deutschland anerkennen. Die Unsicherheit in den äußeren Verhältnissen mache es nötig, dass Europa sich schon jetzt über das Ende des Krieges Gedanken mache. England habe einen schweren Fehler gemacht, dass es sich nicht dem <b>Berliner Memorandum</b> angeschlossen habe. Ebenso groß sei der Fehler zu glauben, dass die Türken den Willen und die Macht hätten, die verlangten Reformen durchzusetzen. Nur ein europäisches Tribunal könne der Forderung ohne Krieg Geltung verschaffen. V warnt vor den Folgen eines Krieges mit steigenden Lebensmittelpreisen, die auch eine florierende Rüstungswirtschaft nicht auffangen könne. Er kritisierte, dass die Russen sich als „Brüder“ bezeichneten, sie würden in den Ostsee-Provinzen die Bevölkerung unterdrücken und mit Hilfe von Bulgarien versuchen, Österreich zu <b>russifizieren</b>. Der eigentliche Kampf sei eher ein <b>Kulturkampf</b>, in dem der religiöse Fanatismus die fehlende Bildung ersetze. Eine Zersetzung Österreichs könne einem nicht gleichgültig sein, da Russland unfähig sei zu Kulturarbeiten und immer nur die Förderung seiner Machtstellung im Auge habe. Der Zeitpunkt sei gekommen, wo die Regierungen einsehen müssten, dass sie ihre Steuern besser verwenden</p>	
--	--	--	--

			könnten als für Kriegsmittel. Dieser Gedanke ließe sich in Volksversammlungen besser anregen als im Parlament, denn es sei eine Schmach, dass Russland unter der Parole der Humanität für Europa einzutreten vorgebe und man ruhig dabei sitze, ohne einem solchen Auftreten entschieden zu widersprechen.	
54	Do, 31.5.1877, Nr. 123 (PDF: 17)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die letzte Sitzung der <b>BAG. Dr. Voß</b> spricht über <i>Funde aus der Engelsburg oder Schwedenschanze bei Rothenburg</i> . Es geht um aufgefundene Gesteinsarten, die dort fremd sind. V nimmt an, dass diese vielleicht aus dem Fichtelgebirge stammen könnten.	<i>Über Funde aus der Engelsburg oder Schwedenschanze bei Rothenburg o. d. Tauber:</i> VBAG 9, S. 216
55	Do, 7.6.1877, Nr. 129 (PDF: 7)	S. 3, 3. Spalte oben	Auszug aus der „ <b>Parlamentarischen Correspondenz aus der deutschen Fortschrittspartei</b> “. Es wird über den Vortrag Vs im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> zum Thema „ <b>Krieg und Frieden</b> “ berichtet. V habe über die Beschädigung Deutschlands durch den russisch-türkischen Krieg, das trügerische Vorgehen Russlands und die Notwendigkeit, Frieden in Europa zu bekommen, gesprochen. Er habe das Vorgehen der Regierung als korrekt angesprochen, trotzdem nutze die „ <b>Provinzial-Correspondenz</b> “ die Gelegenheit. Sie falle mit Schmähungen und Verdrehungen früherer Reden über V her. Sobald der ste-	s. a. 19.5.1877 Parlamentarische Korrespondenz: aus der freisinnigen Partei, Jg. 1877, Berlin

			nographische Bericht der Rede vorliege, werde man auf die Angelegenheit zurückkommen.	
56	Di, 3.7.1877, Nr. 151 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Erste von zwei geplanten [ <b>Sommer</b> ]Exkursionen der <b>BAG</b> in die Lausitz zu einem Urnenfeld in der Nähe von <b>Guben</b> . V wird nur drei Mal kurz erwähnt, einmal als Präsident der Gesellschaft, dann als Führer der Ausgrabungen und weiter bei der kurzen Erkundung eines nahe gelegenen Burgwalls.	<i>Bericht über Excursionen in die Lausitz: VBAG 9, S. 295-302</i>
57	Fr, 13.7.1877, Nr. 160 (PDF: 15)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: V ist neben anderen Mitglied in der permanenten <b>Sanitätskommission</b> , die in Orten über 5000 Einwohnern der Ortspolizeibehörde zur Seite steht, um ansteckende Krankheiten zu verhüten und zu beschränken.	
58	Sa, 14.7.1877, Nr. 161 (PDF: 17)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über eine Abhandlung über <b>Eingeweidewürmer</b> von V. Er geht auf die Statistik der gefundenen Würmer bei den Sektionen in der <b>Charité</b> ein. Auffällig seien die <b>Blasenwürmer</b> . Dies habe aber nichts mit dem Genuss von Hundefleisch zu tun. Problematisch sei eher die Verfütterung infizierter Schlachtabfälle an Hunde, die dann als Wirte und Überträger fungierten. Dies müsse man rigoros unterbinden und auch die Landwirte aufklären, dass sie bei ihren Hausschlachtungen die Organe vernichten sollten.	
59	Fr, 20.7.1877, Nr. 166	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte	Zweite [ <b>Sommer</b> ]Exkursion der <b>BAG</b> vom 15. Juli nach <b>Neu-Döbern</b> . V war mit von der Partie. Er fand bei den Grabungen	<i>Bericht über Excursionen in die Lausitz:</i>

	(PDF: 23)	oben	Bronze.	VBAG 9, S. 295-302
60	Do, 26.7.1877, Nr. 171 (PDF: 29)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben u. mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Juli): V berichtet zunächst über die beiden stattgefundenen Exkursionen. Dann geht V auf den Fall einer jungen Frau mit <b>Mikrocephalie</b> ein. Diese habe er schon zwei weitere Male der Fachwelt vorgeführt. Die Ursachen der Mikrocephalie seien nicht genau geklärt. Eine zu frühe Verwachsung der Schädelnähte schließe man aus.	nichts bei Andree
61	Sa, 28.7.1877, Nr. 173 (PDF: 32)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die neusten Hefte der <b>SGWV</b> (Hefte 268-273), herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> .	
62	Fr, 3.8.1877, Nr. 178 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht über das Leichenhaus der <b>Charité</b> . Der Professor der pathologischen Anatomie ist zugleich Direktor des Instituts und <b>Prosektor des Krankenhauses</b> . Sämtliche Sektionen des Krankenhauses werden durch ihn oder seine Assistenten durchgeführt. V habe Bericht erstattet, dass es im letzten Jahr 1736 Leichen gegeben habe.	
63	Fr, 3.8.1877, Nr. 178 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Vermischtes: Bericht über die vom 18. bis 22. September stattfindende 50. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in München</b> : V wird am 22.9. in der dritten allgemeinen Sitzung einen Vortrag halten, das Thema stehe aber noch nicht fest.	
64	Fr, 10.8.1877,	1. Beilage, S. 2,	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , her-	

	Nr. 184 (PDF: 12)	2. Spalte	ausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 274-277)	
65	Do, 6.9.1877, Nr. 207 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Lokales: V ist Ausschussmitglied des <b>Deutschen Fischerei-Vereins</b> . Vor wenigen Wochen sei ohne sein Wissen in fast allen Zeitungen eine Notiz über <b>Aale</b> und deren Entwicklung erschienen. V selbst sei zu diesem Zeitpunkt auf einer Forschungsreise in <b>Russland</b> gewesen. Trotzdem hätte man ihm unendlich viele, meist frische Aale geschickt. Er sei im September auch wieder vereist und bittet, bis dahin auf weiter Zusendungen zu verzichten und hofft auf weitere Verbreitung dieser Notiz in anderen Zeitungen.	
66	Fr, 7.9.1877, Nr. 208 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Lokales: 60. Doktorjubiläum von Sanitätsrat <b>Dr. Weigersheim</b> . Es wird ein Glückwunschschreiben von V als <b>Dekan der medizinischen Fakultät</b> überreicht.	
67	Sa, 8.9.1877, Nr. 209 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Vermischtes: Bericht aus der „ <b>Rigaer Zeitung</b> “ über Vs Reise durch die russischen Ostseeprovinzen. V sei am 20. Aug. in <b>Wenden</b> eingetroffen. Am 21. untersuchte er den Pfahlbau im Arrasch-See. Am 22. reiste er nach <b>Wilsenhof</b> , vom 23.-25. untersuchte er den Rinnehügel unter <b>Alt-Ottenhof</b> . Bei einem weiteren Ausflug von dort aus fand er ein <b>Feuersteinmesser</b> . Am 26. führte er Schädelmessungen an mehreren Esten, später an Sirjänen und Tscheremissen durch. Am 28. hat er in <b>Mitau</b> die archäologische Abteilung des <b>kurländischen Provinzialmuseums</b> be-	<i>Eine archäologische Reise nach Livland:</i> VBAG 9, S. 365-437

			sichtigt und nach einem Festmahl ihm zu Ehren die Rückreise nach Berlin angetreten.	
68	Di, 25.9.1877, Nr. 223 (PDF: 25)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	50. <b>Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte in München</b> : V hält einen Vortrag zum Thema <i>Freiheit der Wissenschaft im modernen Staatsleben</i> . Nach seiner Ansicht sei der Zeitpunkt gekommen, wo man klarstellen müsse, wie die Anforderungen der Wissenschaft an den Staat in Sachen Freiheit seien. Die Zeit der Verfolgung von Wissenschaftlern sei nun vorbei, aber man dürfe darüber nicht vergessen, diese Freiheit auch zu schätzen und sie zu konservieren. Man müsse erreichen, dass die der Forschung momentan günstige Stimmung erhalten bleibe. Man müsse daher unterscheiden zwischen wirklich Erforschem und der Spekulation. Nun stehe man in ganz Deutschland vor einer Reform des Unterrichtswesens. Wenn <b>Haeckel</b> sage, es sei Sache der Pädagogen, dass die <b>Deszendenztheorie</b> im Unterricht gelehrt werden solle, so sei dies eine Verschiebung der Aufgabe. Erst müsse man diese Theorie als absolut richtig mit Tatsachen belegen, dann könne man sie erst unterrichten. Handle man anders, dürfe man nicht vergessen, dass alles was man auf diese Weise verkünde, sich in den Anschauungen der Außenstehenden steigere und oft ins Unendliche vergrößert zum Autor zurückkäme. Gerade in Bezug auf	<i>Freiheit der Wissenschaft im modernen Staatsleben</i> : Tagebl. d. Versammlung dtsch. Naturforscher und Aerzte. S. 65-78, München 1877  The freedom of science in the modern state. Translated from the German and revised by the author. London. (mit einer ausführlichen Vorrede)

		<p>die Deszendenztheorie müsse man vorsichtig und zurückhaltend sein, da der enge Kontakt der Sozialisten mit dem Thema kritisch sei. Habe man aber die Richtigkeit der Theorie festgestellt, so dürfe man keinen Moment zögern, sie zu verkünden. Aus Analogien Schlüsse zu ziehen sei besonders für die Naturwissenschaft gefährlich. Als Beispiel nannte V die Lehre vom <b>contagium animatum</b>. Obgleich dies bei einer Reihe von Krankheiten als Ursache anzusehen sei, dürfe man doch nur in den bewiesenen Fällen davon ausgehen. Man habe Fälle, wo alle Erscheinungen auf ein contagium animatum hindeuten, aber dieses doch nicht vorhanden sei.</p> <p>In der Wissenschaft beständen drei Strömungen: das objektiv Festgestellte, das Dogma und das, was man ohne Beweis glaube, die subjektive Anschauung. Sache der Wissenschaft sei es, das Dogma zu verkleinern, die Menge des objektiv Feststellbaren zu vergrößern, um dadurch die Wissenschaft zu stärken und die subjektive Seite nicht zum wesentlichen Gegenstand der Doktrin werden zu lassen. Wenn man mit der Wissenschaft an die Öffentlichkeit trete, müsse man unterscheiden zwischen dem, was man lehren wolle und dem, was man noch erforschen wolle. Nur, wenn man sich auf ersteres beschränke, hab man die Aussicht, den Kampf siegreich zu führen. Man dürfe nicht die eigene Macht</p>	
--	--	---	--

			<p>überschätzen, allerdings habe <b>Bacon</b> gesagt, Wissen sei Macht. Dieser habe das Wissen aber scharf definiert und lasse keine hypothetischen Theorien zu. Abschließend fügt der Autor des Berichtes hinzu, dass mit dieser Rede wahrscheinlich genau das passieren werde, was V in Bezug auf die entstellende Vergrößerung im Publikum geäußert habe.</p>	
69	Fr, 28.9.1877, Nr. 226 (PDF: 29)	3. Beilage, S. 1	<p><b>8. DAG-Kongress [Generalversammlung] in Konstanz:</b> V lobt in den <i>Eröffnungsworten</i> die erstaunliche Fülle an Gegenständen, die im Gebiet von Konstanz gefunden worden seien. Dieser Kongress erhebe sich in seiner Wichtigkeit über die früheren, da man hier zwei wichtige anthropologische Epochen studieren könne, die der <b>Pfahlbauten</b> und die der <b>Höhlenfunde</b>. Beide seien durch einen Zeitunterschied zehntausender Jahre getrennt. Innerhalb dieser Gruppen stellten sich wiederum Verschiedenheiten ein. Mal war der Gebrauch von Töpfen bekannt, mal auch in späterer Zeit unbekannt. V geht dann nochmal auf die gefälschten Zeichnungen in der <b>Thayinger Höhle</b> ein. Diese seien so fein gearbeitet, dass man kaum annehmen könne, dass Menschen, die noch nicht einmal den Gebrauch des Topfes kannten, zu so etwas fähig sein könnten.</p> <p>In der Nachmittagssitzung legt V die eingegangenen literarischen Sachen vor. Später legte er die Karte mit den statistischen</p>	<p><i>Begrüßungsrede zur 8. allgemeinen Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft zu Konstanz:</i> Corr.-Bl., S. 66</p> <p><i>Eröffnungsrede zur 8. allgemeinen Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft zu Konstanz:</i> Corr.-Bl., S. 77-87</p>



			Erhebungen über die Farbe der Haare, Augen und Haut in Deutschland vor. Weiter wird V wieder in den <b>Vorstand der DAG</b> gewählt.	
70	Sa, 29.9.1877, Nr. 227 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	8. <b>DAG-Kongress in Konstanz</b> : Nochmal sind die gefälschten Zeichnungen in der <b>Thayinger Höhle</b> Thema. V sei der Meinung, dass der Kongress nicht durch Mehrheitsbeschluss die Echtheit oder Unechtheit der Zeichnungen feststellen werde. Man müsse die naturwissenschaftliche Methode zur Aufklärung anwenden und die Tatsachen sprechen lassen. Man müsse die Echtheit der Zeichnungen anerkennen, wenn durch zuverlässige Beobachter festgestellt würde, dass die Tatsachen, die berichtet würden, nicht gefälscht seien. Anwesend seien die Personen, die bei den Grabungen dabei waren. Es handelt sich um <b>Fraas, Messikommer</b> und <b>Merk</b> . V ist der Meinung, dass eine Reihe von Zeichnungen als echt angenommen werden müssen, bei anderen habe er Zweifel. Später bricht man zu einer Exkursion in die Höhle auf.	<i>Über den Pfahlbau von Niederwyl und Funde von Thayingen:</i> Corr.- Bl., S. 113-114, 117
71	So, 30.9.1877, Nr. 228 (PDF: 34)	3. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	8. <b>DAG-Kongress in Konstanz</b> : Nochmal sind die gefälschten Zeichnungen in der <b>Thayinger Höhle</b> Thema. Der Entdecker der Höhle, Herr <b>Merk</b> , erklärt die Zusammenhänge und gibt zu, eine von seinen Arbeitern angefertigte Zeichnung als echt ausgegeben zu haben. In dem Zusammenhang legt V eine Kopie des Sitten- und Eh-	

			renzeugnisses von Herrn Merk vor.	
72	Di, 9.10.1877, Nr. 235 (PDF: 3)	S. 4, 1. Spalte unten	Abdruck eines Briefes von V an die in <b>Ri-ga</b> erscheinende „ <b>Neue Zeitung für Stadt und Land</b> “, abgeschickt in Konstanz. V habe einen Ausschnitt aus der „Neuen Zeitung für Stadt und Land“ nach Konstanz geschickt bekommen. Er habe die darin aus der russischen „St. P. Z.“ wiedergegebene angebliche Mitteilung über die <b>Stimmung in den Ostseeprovinzen</b> weder selbst geschrieben noch veranlasst. Er halte sich weder für befähigt noch für berufen, die Stimmungen in den Ostseeprovinzen zu interpretieren. Seine Reise habe einen wissenschaftlichen und keinen politischen Zweck gehabt und er habe sorgfältig vermieden, dort vor Ort über den <b>russisch-türkischen Krieg</b> zu sprechen. Seine eigene, diesen Krieg missbilligende Auffassung habe er schon im Mai öffentlich ausgesprochen und auch diese sei auch in Russland bekannt. Er habe Bedenken gehabt, die schon früher geplante Reise nach Russland anzutreten, um niemanden mit seiner Anwesenheit zu belasten und er habe sich erst zur Abreise durchgerungen, als er festgestellt habe, dass es in den Ostseeprovinzen noch genug Personen gebe, die sich selbst als über jeden Verdacht unpatriotischer Gesinnung erhaben betrachten. Er hoffe, diese Mitteilung werde an die Öffentlichkeit weitergegeben.	
73	Fr,	4. Beilage,	Offizielle Wahlbekanntmachung: V gehört	

	12.10.1877, Nr. 238 (PDF: 8)	S. 2, 3. Spalte mittig	zu den <b>Wahlmännern</b> des <b>113. Urwahlbezirk</b> in der <b>1. Abteilung</b> für die Wahl zum HdA.	
74	Mi, 17.10.1877, Nr. 242 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Anzeige des <b>1. Berliner Landtagswahlbezirkes</b> : Es steht der alleinige Kandidat <b>Loewe</b> zur Wahl. Unterschrieben hat der <b>Wahlvorstand der Fortschrittspartei</b> , also auch V.	
75	Mi, 24.10.1877, Nr. 248 (PDF: 21)	S. 2, 3. Spalte mittig	Kurzer Bericht über die Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> : Diese habe sich mit der Frage der <b>Verlängerung der Legislaturperiode</b> beschäftigt. Nach sorgfältiger Prüfung habe man einstimmig beschlossen, der Sache entschieden entgegen zu treten. Ferner habe man über die <b>Beurlaubung des Innenministers [v. Eulenburg]</b> bei gleichzeitiger Abwesenheit des Ministerpräsidenten diskutiert. Man habe beschlossen, mit einer <b>Resolution</b> die Ansicht der Fraktion klarzustellen. Man halte die Beurlaubung für eine Schädigung der für notwendig erachteten Fortsetzung der Gesetzgebung und sehe die konstitutionelle <b>Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten</b> gegenüber dem Landtag für beeinträchtigt. Unterzeichnet haben V und <b>Hänel</b> .	
76	Mi, 24.10.1877, Nr. 248 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	<b>HdA</b> (3. Sitzung vom 23. Okt.): Es kommt der Antrag <b>V-Hänel</b> zur Sprache. Dieser sei noch nicht gedruckt, so V, aber sei im Laufe des Tages fertig zur Verteilung. Weiter geht V auf die Vorbemerkung von <b>Windthorst</b> ein, der die vorgesehenen <b>Sonntagsdebatten</b> kritisiert hatte. V weist darauf	vgl. Andree, Band 35, S. 23-25

			hin, dass diese Einberufung des Hauses auf Sanktion des Kaisers erfolge.	
77	Mi, 24.10.1877, Nr. 248 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Nochmals Hinweis auf den Antrag V-Hänel. Alle weiteren Unterstützer sind namentlich aufgeführt.	
78	Mi, 24.10.1877, Nr. 248 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig u. unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 20. Okt.): V berichtet im Zusammenhang mit Bronzefunden vom Kongress in <b>Konstanz</b> , wo ein <b>Bronzeschwert</b> mit reichen Ornamenten vorgelegt worden sei, und wo man festgestellt habe, dass durch einen Abguss auch feinste Details wiedergegeben werden können. Später hält V einen Vortrag über seine <i>Reise nach Livland</i> ; auf diese käme man aber gesondert zurück.	<i>Eine archäologische Reise nach Livland:</i> VBAG 9, S. 365-437
79	Mi, 24.10.1877, Nr. 248 (PDF: 23)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Monatsbericht der Königlich Preußischen <b>Akademie der Wissenschaften</b> . V hat einen Vortrag gehalten über den <i>Hospitaliter-Orden vom Heiligen Geist</i> .	<i>Hospitaliter-Orden vom Heiligen Geist:</i> Monatsberichte der Königl. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1877; S. 339-371
80	Fr, 26.10.1877, Nr. 250 (PDF: 27)	1. Beilage. S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der <b>Wahlverein der Fortschrittspartei im 6. Berliner Reichstagswahlkreis</b> seine erste ordentliche Generalversammlung am 29. Okt. abhalte. V hat sein Kommen zugesagt und hält einen Vortrag über die <b>Selbstbe-</b>	s. a. 31.11.1877

			<b>stimmung der Völker.</b>	
81	Sa, 27.10.1877, Nr. 251 (PDF: 33)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [26.10.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Beurlaubung des Innenministers v. Eulenburg</b> . Grundlage bildete dafür der Antrag von V und <b>Hänel</b> . V erwidert dem als Stellvertreter eingesetzten <b>Friedenthal</b> , dass dieser keine Garantie für den künftigen Gang der Gesetzgebung bieten könne. Man wisse auch nicht, ob Eulenburg zurückkäme. Es sei offensichtlich, dass sich das Staatsministerium auf einem Standpunkt befinde, der noch hinter dem Standpunkt des wahrlich nicht liberalen Innenministers liege.	vgl. Andree, Band 35, S. 25-37
82	Sa, 27.10.1877, Nr. 251 (PDF: 29 u. 30, 31-32)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f. u. 1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 26. Okt.): Der Antrag V- <b>Hänel</b> ist Grundlage der Beratungen über die <b>Beurlaubung des Innenministers v. Eulenburg</b> . Man habe bewusst an den Anfang des Antrages nicht die Erwähnung konstitutioneller Fragen, sondern das Wohl des Landes gestellt, so V. Man habe zwei, von konstitutioneller Seite unglaubliche Vorgänge zu vermelden: die Beurlaubung des Innenministers und die des Ministerpräsidenten. Minister <b>Friedenthal</b> sei hier kein Ersatz. Er müsse sich erst in seiner Position behaupten. Nun müsse man an den Vizepräsidenten des Staatsministeriums herantreten und darauf hinweisen, dass dessen Chef beurlaubt und dem Haus kein Hinweis dazu ergangen sei. Skepsis gegenüber den Zusagen der Regie-	vgl. Andree, Band 35, S. 25-37

		<p>         rung sei wohl angebracht. In der letzten verlesenen Thronrede sei noch von Verwaltungsreformen die Rede gewesen, nun sei das auf einmal nicht mehr notwendig. V fragt sich, woran es liege, dass immer wieder der Anschluss an die begonnene Reform scheitere. Seiner Zeit lag es wohl am Ministerpräsidenten. Eulenburg legte noch einen Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform vor, die sicher ausreichend konservativ gewesen sei. Die Antwort darauf war, dass eine Novelle zu den alten kommunalen Ordnungen ausreichend sei. V kann verstehen, dass Eulenburg sich nach der Ablehnung seines Gesetzentwurfes, hinter dem die Regierung nun noch zurück geblieben sei, verabschiedet habe. Eine Rückkehr sei zwar möglich, schließlich sei Friedenthal nur interimistisch eingesetzt, aber ein weiter Wechsel von Interimskandidaten sei möglich. Und weiter könne der Stellvertreter keine Gesetzesvorlagen auf den Weg bringen, selbst wenn er jemand wäre, der Verantwortung für seine Tätigkeit übernehme. Aber selbst <b>Bismarck</b> könne nicht wollen, dass man die Session nur durch Stellvertreter führen lasse. In diesem Zuge müsse man nun auch zu einem Organisationsgesetz für das Staatsministerium kommen. Bei weiteren Angriffen von Ministern könne sich das ganze Ministerium auf eine Person reduzieren, wie man auch nur einen Kanzler in       </p>	
--	--	---	--

			der Reichsregierung habe. Dieser Angelegenheit könne man nur entgegentreten, in dem man die <b>Resolution der Fortschrittspartei</b> annehme.	
83	So, 28.10.1877, Nr. 252 (PDF: 35)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [27.10.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Es werden nur kurz namentlich die Ausführungen von V und <b>Hänel</b> erwähnt.	
84	So, 28.10.1877, Nr. 252 (PDF: 36 u. 39)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 27. Okt.):V wird in die <b>Budget-</b> und in die <b>Rechnungskommission</b> gewählt. Später kommt es zu einer Abstimmung über den Antrag V- <b>Hänel</b> . Dieser wird abgelehnt.	
85	Di, 30.10.1877, Nr. 253 (PDF: 41)	S. 2, 2. Spalte mittig	Die VZ beleuchtet mit Zitaten aus verschiedenen anderen Zeitungen die Diskussionen über die Debatte zur <b>Beurlaubung des Innenministers</b> . Hierbei wird der V- <b>Hänel</b> sche Antrag erwähnt.	
86	Mi, 31.10.1877, Nr. 254 (Kein Scan)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	Bericht über die erste ordentliche Generalversammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im <b>6. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 29. Okt. V hat einen Vortrag zum Thema <b>Selbstbestimmung der Völker</b> gehalten. Zunächst ging er auf die Aufgabe des Wahlvereins ein. Es ginge darum, diesem Wahlkreis wieder einen fortschrittlichen Abgeordneten zu verschaffen. Dies sei eine schwierige Angelegenheit, da man zunächst eine größere Anzahl von Mitbürgern über die Ziele der Fortschrittspartei informieren müsse. Ein weiteres Problem sei die Zunahme der <b>Verunsicherung in der Politik</b> . Dies gelte	

		<p>sowohl für die Außenpolitik, als auch für die Innenpolitik. Auch interne Probleme spricht V an. Als Partei die Mehrheit zu haben, führe leider noch lange nicht zu einem Ministerium der Mehrheit. Für V steht das Interesse des Volkes an erster Stelle. Vorschläge, die man in diesem Sinne für gut halte, unterstütze man, unabhängig aus welchem politischen Lager sie kämen. In demselben Sinne erbäte man auch die Unterstützung der anderen Parteien. Weiter geht V auf das <b>allgemeine Wahlrecht</b> ein, das dem Volk den Anteil an der Beeinflussung der eigenen Geschichte sichere. Wie die Wahl ausfalle, liege also nur in der Hand des Volkes. Hier unterscheide sich seine Auffassung von der der Sozialisten. Man erkenne die Grundlagen des Staates an und wolle in friedlicher Weise die Entwicklung des Vaterlandes fördern. Die Sozialisten schickten nur Vertreter ins Parlament, um die gesellschaftliche Ordnung des Staates anzugreifen; allerdings gingen nicht alle so weit. In der Selbstbestimmung der Völker sei die <b>individuelle Freiheit</b> des Einzelnen am wichtigsten, die der Deutsche in die Geschichte eingeführt habe. Darum sei man auch bestrebt gewesen, das für das Reich zu fordern. Diesen eigentlich deutschen Charakter der Entwicklung, der jeden Einzelnen davor bewahre, die Früchte seiner Arbeit in einen Topf tun zu müssen</p>	
--	--	--	--



		<p>und daraus einen kümmerlichen Anteil zu erhalten, das wolle der Sozialismus vernichten. Auf der anderen Seite könne man durchaus Züge der Sozialisten sympathisch finden. Er sei nicht reformatorisch, dazu habe er keine Zeit, aber er wolle alles sofort genießen. Besser sei es, danach zu streben, die Selbstbestimmung der Völker über den Unterricht zu unterstützen, denn zunächst müsse der Bürger selbst bestimmen, dann kämen die Völker. Bei dem Blick nach Europa zeige sich, dass je niedriger die Entwicklung eines Volkes sei, desto mehr sei der Einzelne befähigt, sich für eine erhobene Phrase totschiagen zu lassen. Bei solchen Völkern sei von Selbstbestimmung keine Rede. Hier im Lande könne man dem Streben nach Selbstbestimmung weder als Volk noch durch die Vertreter im äußeren Gang der Dinge geltend machen. Das sei früher mal anders gewesen. Einzig <b>Ungarn</b> sei bestrebt, mit ihrer Regierung über äußere Politik zu verhandeln. V wünsche, dass zukünftig den Parlamenten Gelegenheit gegeben werde, bei Verträgen mitzusprechen, statt sie nur vorgelegt zu bekommen. In diesem Punkt sei auch der Reichstag gefragt. Der Bann, den <b>Bismarck</b> über die Gemüter gelegt habe, müsse gebrochen werden. Abschließend hoffe V, dass man weiterhin für die freiheitliche Sache einstehe, aber eine friedliche Fortentwicklung</p>	
--	--	--	--

			der Nation im Sinne der Mehrheit anerkenne. Hieran müsse man festhalten, denn auf dem nationalen Boden fänden sich alle Parteien wieder. Er hoffe auf die Erhaltung der nationalen Fortschrittspartei auch im Reichstag und auf die Erringung des 6. Wahlkreises für die Partei.	
87	Do, 1.11.1877, Nr. 255 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 31. Okt.): Thema ist die Übersicht der <b>Staatseinnahmen und –ausgaben</b> des Jahres 1876. V bemerkt nur kurz, dass er Wert darauf lege, dass die Prüfung der Übersichten in der Rechnungs- und nicht in der Budgetkommission vorgenommen werde. Letztere sei dazu viel zu groß und man habe nicht die nötige Ruhe.	vgl. Andree, Band 35, S. 38-40
88	Fr, 2.11.1877, Nr. 256 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Nov.): Thema ist der <b>Entwurf einer neuen Bauordnung</b> . V könne akzeptieren, dass man für alte Gebäude Sonderregelungen einbaue, dies könne aber nicht dazu führen, dass man schlechte Zustände für immer billige. Den dazugehörigen Passus lehne er ab oder würde ihn zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss verweisen. Besonders wichtig sei es, Licht und Luft zu schaffen. Dazu wiederholte seinen Vorschlag, nochmals den Ausschuss zu bemühen. Das beschließt dann auch die Versammlung.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
89	Sa, 3.11.1877, Nr. 257 (PDF: 7)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [2.11.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Beratung des Etats und des <b>Anleihegesetzentwurfs</b> . V äußert sich zum Anleihe-	vgl. Andree, Band 35, S. 40-49

			gesetz dahingehend, dass man unterscheiden müsse zwischen Bauten, für die bereits Mittel gewährt worden seien und Bauten, die neu hinzukämen. Letztere müsste man besonders sorgfältig prüfen, um dem Land keine übermäßigen Lasten aufzubürden.	
90	Sa, 3.11.1877, Nr. 257 (PDF: 8 u. 9)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 2. Nov.): Thema ist die Beratung des Etats und des <b>Anleihegesetzentwurfs</b> . V meldet sich zu Wort gegen den Gesetzentwurf. Die Behandlung der Finanzverhältnisse im Anleihegesetz sei unannehmbar. Es sei nicht zulässig, eine Menge etatmäßiger Ausgaben aus dem Etat herauszureißen und darauf Kredite für 5 Jahre zu bewilligen für Dinge, die zum Teil im Etat aufgeführt seien. Man würde sonst ein wichtiges Privilegium opfern. Das Herrenhaus dürfe nämlich verfassungsmäßig nichts an den einzelnen Positionen des Etats ändern. Würde sich die Gesetzeslage ändern, hätte das Herrenhaus Einfluss auf diese Entscheidungen. Man sollte nur für die Bedürfnisse eines Jahres sorgen und nicht Kredite über 5 Jahre bewilligen. Man dürfe der Regierung nicht so viel Geld geben, dass sie Dinge ohne die Landesvertretung unternehmen könne. Eine regelmäßige Kontrolle durch die Oberrechnungskammer bei Verteilung auf Etat und Anleihegesetz sei nicht möglich. Die <b>Einheitlichkeit des Etats</b> , der Rechnungslegung und der Dechargierung sei ein prinzipieller Grundsatz des Verfassungs-	vgl. Andree, Band 35, S. 40-49

		<p>rechtes und Hauptfordernis eines soliden Finanzgebarens. Wenn bei Umbuchungen vom Anleihegesetz in den Etat Defizite entstünden, so sei man auch bereit, durch eine Anleihe dieses zu decken. Sollte die Regierung dagegen sein, so müsse man generell gegen das Anleihegesetz stimmen. Weiter geht V auf Äußerungen v. <b>Zedlitz</b> ein. Man merke an den Worten, wie man im Reichskanzleramt denke. Man tadelt das Ministerium, stimuliert es zur Ergreifung der Direktive, die man ihm im Auftrage des Reichskanzleramtes erteilt habe. Solcher Tadel sei nicht gut mit der <b>Selbstständigkeit eines Ministeriums</b> vereinbar, sondern würde eher zum Kommiss passen. Man müsse nicht nur an die Erhöhung der Einnahmen, sondern auch an die Verminderung der Ausgaben denken. Hier könne man an die Ersparnisse des Reichskriegsdepartements denken. Zwar sei man nicht blind gegen die drohenden Gefahren durch das Ausland, aber Deutschland könne sich nicht entwickeln, wenn man die Kriegsausgaben immer weiter erhöhe, um in jeder Waffengattung mit den Nachbarn auf gleichem Niveau zu sein. Indirekte Steuern seien ebenfalls in schlechten Zeiten keine Lösung. Und so sehr V auch gegen das <b>Rauchen</b> sei, würde er keine Tabaksteuer zulassen. Abschließend erläutert er nochmal seine grundsätzliche politische Haltung. Er stimme genauso für das Zent-</p>	
--	--	---	--

			<p>rum wie für die Sozialdemokraten, wenn diese einen guten Antrag einbringen würden. Man habe mit den Herren vom Zentrum keine Verträge geschlossen. Man verhandle mit ihnen objektiv und zolle ihnen Achtung als Volksvertreter, aber man habe sie immer vorher erkennen lassen, wie man stimmen werde. Er habe die <b>Kirchengesetzgebung</b> nicht für prinzipiell korrekt gehalten, das habe er immer ausgesprochen, aber man habe ihr als Bestes des Erreichbaren zugestimmt, um das Ziel <b>Trennung von Kirche und Staat</b> auch auf Umwegen zu erreichen. Man hoffe auf einen nachfolgenden Kultusminister, der den prinzipiell richtigen Weg in dieser Sache einschlage.</p>	
91	<p>Sa, 3.11.1877, Nr. 257 (PDF: 10)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V neben anderen als <b>Vorstandsmitglied der Fortschrittspartei</b> bestätigt worden sei.</p>	
92	<p>Di, 6.11.1877, Nr. 259 (PDF: 14)</p>	<p>3. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>Bericht vom <b>Parteitag der Fortschrittspartei</b> in der Provinz <b>Brandenburg</b>: Ein Thema sind die <b>Mängel der neuen Kreisordnung</b> und der bestehenden Landgemeindeverhältnisse. V ist der Auffassung, dass die Fortschrittspartei im Landtag nicht mächtig genug sei, um ihr Parteiprogramm strikt durchzusetzen. Da müsse man an die Wähler appellieren. Bei der Annahme der Kreisordnung sei weniger entscheidend gewesen, was sie brachte als was sie beseitigte. Freie Bahn zu machen</p>	

			<p>sei das Schwierigste im Entwicklungsgang der Staaten. Man habe aber bei dieser Gelegenheit ein ganzes Stück Feudalismus abgeschafft. Selbst diese Kreisordnung müsse weiter führen als bisher, aber man müsse weiter fortschreiten und dazu helfe die Schaffung einer leistungsfähigen Gesamtgemeinde. Man solle für das Verständnis dieser Idee im Lande wirken und auch neue Gehilfen anwerben, aber ohne Kompromisse gehe es nicht, denn die Fortschrittspartei treibe keine reine Oppositionspolitik.</p>	
93	<p>Mi, 7.11.1877, Nr. 260 (PDF: 16)</p>	<p>S. 2, 3. Spalte unten</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [6.11.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der Etat der <b>Porzellanmanufaktur</b>. Geplant ist die Errichtung einer Versuchsanstalt zur Hebung der Töpferkunst. Die künstlerischen Leistungen würden von mehreren Seiten bemängelt und V wies darauf hin, dass es nicht die Aufgabe der Staatsanstalt sei, dem Privatgewerbe Konkurrenz zu machen.</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 49-54</p>
94	<p>Mi, 7.11.1877, Nr. 260 (PDF: 18)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben u. unten</p>	<p><b>HdA</b> (9. Sitzung vom 6. Nov.): Thema ist der Etat der <b>Porzellanmanufaktur</b>. Man wäre bereit, so V, auch wenn das Institut nicht rentabel arbeite, Summen zu bewilligen. Es müsse aber mehr produziert werden als einige Vasen für hohe Personen und es müsse ein wirkliches Kunstinstitut sein und sich nicht von den Privatinstituten Englands oder Frankreichs überflügeln lassen. Das Problem sei, dass die Manu-</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 49-54</p>

			<p>faktur von schlecht bezahlten Beamten verwaltet würde, die für immer auf ihren Plätzen festgenagelt seien. Es wäre besser, von den schmalen Gehältern nicht zwei, sondern nur einen Chemiker ordentlich zu bezahlen. Eine Wohltat für die Manufaktur wäre enger Kontakt zu einem aus Künstlern bestehenden dirigierenden Komitee. Später kommt die Sprache nochmal auf die „<b>Provinzial-Correspondenz</b>“. Diese habe den Vortrag Vs über <b>Krieg und Frieden</b> als das Oberflächlichste, was der politische Dilettantismus des fortschrittlichen Naturforschers je geleistet habe, bewertete und man werfe ihm überraschende Unkenntnis der Tatsachen vor.</p>	
95	<p>Mi, 7.11.1877, Nr. 260 (PDF: 19)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: V ist als <b>Referent der Budgetkommission für den Kultus</b> bestellt worden.</p>	
96	<p>Fr, 9.11.1877, Nr. 262 (PDF: 22)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 2. Spalte oben u. unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 8. Nov.): Thema ist die <b>Benutzung des Teutoburger Platzes für Wochenmärkte</b>. Es gebe auch Interessen, den Platz zu bepflanzen. Hierzu habe die Park- und Gartendeputation bereits Anfragen gestellt. V erwiderte, dass er bei der besagten Sitzung nicht anwesend gewesen wäre, man dürfe aber den sanitären Interessen nicht gleichgültig gegenüberstehen, da in diesem Zusammenhang Mittel ergriffen werden müssten.</p> <p>Weiteres Thema ist die <b>Einrichtung eines zentralen Viehmarktes mit öffentlichen</b></p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>

			<p><b>Schlachthäusern.</b> Es geht um die <b>Inkommunalisierung des nötigen Terrains.</b> Nach V wisse der Magistrat, wie wichtig das für die Stadt sei. Wenn es Schwierigkeiten mit dem Polizeipräsidium gebe, müsse sich der Magistrat an höhere Instanzen wenden. Er habe allerdings den Eindruck, der Magistrat wolle noch gar nicht bauen. Deshalb sei er eher dafür, den Antrag an den Magistrat zurückzuweisen. Er warne aber davor, dass man in der Versammlung das einmal Beschlossene wieder in Frage stelle. Vs in dem Zusammenhang gestellter Antrag, die Angelegenheit auf 8 Tage zu vertagen, um nochmals mit der Aktiengesellschaft zu verhandeln, wurde abgelehnt.</p>	
97	Mi, 14.11.1877, Nr. 26 (PDF: 27)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über die <b>Zeitschrift für Ethnologie</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V an dem Blatt mitwirkt.	
98	Mi, 14.11.1877, Nr. 26 (PDF: 28)	3. Beilage, S. 5, 1. Spalte oben	Lokales: Bericht über das <b>Märkisches Provinzialmuseum</b> . V habe zwei von v. <b>Dürkner</b> gefundene Steinbeile überreicht.	
99	Fr, 16.11.1877, Nr. 268 (PDF: 31)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 15. Nov.): Thema ist erneut der <b>Entwurf einer neuen Bauordnung</b> . V halte die vorgeschlagene Fassung für bedenklich, müsse aber zugeben, dass es schwer sei, eine Fassung zu finden, die dem entspreche, was er für nötig erachte. Wichtig sei der hohen <b>Sterblichkeit in den Kellerwohnungen</b> entgegenzuwirken.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV



			Die Kontrolle, welche Räume in Kellern zum Wohnen genutzt würden, sei schwierig. Er habe oft genug gesehen, wie feuchte und ungesunde Geschäftskellerräume zum Schlafen genutzt wurden. Dagegen könne man nur mit Bestimmungen gegen das Bauwerk abhelfen. Man könne aber unmöglich eine Bestimmung formulieren, die alle Fälle abdecke. So sei es besser, diese Fragestellung erst mal herauszulassen.	
100	So, 18.11.1877, Nr. 270 (PDF:36)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Beim <b>Festmahl der Fortschrittspartei</b> zu Ehren <b>Allnochs</b> hielt V die Festrede und überreichte dem Jubilar einen silbernen Pokal.	
101	So, 18.11.1877, Nr. 270 (PDF: 37)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Vortrag Vs über seine wissenschaftliche Reise nach <b>Livland</b> . Nachgeholter Bericht aus der Oktober-Sitzung der BAG. V sei von <b>Graf Sievers</b> eingeladen worden. Gleichzeitig ging es um die Beurteilung wichtiger Fundstücke zur Kultur der Ostseeprovinzen. Auch wenn man erwarten könne, dass sich die deutsche Sprache in den Gebieten durchgesetzt habe, habe V festgestellt, dass sich eher eine Verbreitung der Letten durchsetze. Er habe anthropologische Studien im direkten Vergleich vor Ort vornehmen können zwischen der finnischen und lettischen Hauptgruppe. Er stellte zu seiner Überraschung fest, dass die Letten dem germanischen Typus sehr nahe stünden. Weiter geht V	Eine archäologische Reise nach Livland: VBAG 9, S. 365-437

			<p>auf die Gräberfunde ein. Hier habe er ein Nebeneinander der Stein- und Bronzezeit feststellen können. Es wurden sowohl Schmuckgegenständen aus Zinkbronze, als auch Eisengegenstände und geschliffene und polierte Steingeräte gefunden. An Hand von Münzen und Kaurimuscheln könne man den Schluss ziehen, dass es weit aus dem Süden, wahrscheinlich aus dem Orient, Einflüsse gegeben haben muss, die über 800 Jahre angedauert hätten.</p> <p>Bei den Fundstücken von Graf Sievers handle es sich um einen alten <b>Kjökkenmöddinger</b> und einen <b>Pfahlbau</b>; der Muschelhaufen bestand überwiegend aus Muscheln, durchsetzt mit Fischschuppen, Gräten, Tierknochen und Knochengeräten. Spuren von Steinwaffen gab es nicht. Man könne davon ausgehen, dass es sich um ein sehr altes, nomadisierendes Volk gehandelt habe und dass es sich bei dem Platz nicht um eine feste Ansiedlung gehandelt habe. Der Pfahlbau im Arraschsee sei für die Ostseeprovinzen ungewöhnlich, in Preußen habe sich ein ähnlicher Fund gezeigt, der in die Eisenzeit hineinreichte. V habe eine Parallele gezogen zwischen den ostpreußischen und livländischen Pfahlbauten und sie zu einer letto-slawischen Gruppe zusammengefasst, um diese den süddeutschen Funden gegenüberzustellen.</p>	
102	Do,	S. 3,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	22.11.1877, Nr. 273 (PDF 41)	1. Spalte oben	[21.11.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist eine Interpellation zum <b>Welfenfonds</b> . Auf der Ministerbank sei hierzu nur ein Regierungskommissar anwesend. V stellte daraufhin den Antrag, nach Artikel 60 der Verfassung, die <b>Anwesenheit der Minister</b> zu verlangen und bis dahin die Besprechung zu vertagen. Einen Einwand von anderer Seite ließ er nicht gelten. Die Geschäftsordnung könne keine Bestimmung der Verfassung außer Kraft setzen. Es stehe ein Privileg des Hauses in Frage, dass man unter allen Umständen aufrechterhalten müsse. Er sei nur für die Vertagung der Besprechung bis zu nächsten Woche. Wenn man jetzt aber seinen Antrag ablehne, dann entbinde man die Minister von der <b>Pflicht der Interpellationsbeantwortung</b> . Sein Antrag wird trotzdem abgelehnt.	Band 35, S. 55-61
103	Do, 22.11.1877, Nr. 273 (PDF: 43)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (18. Sitzung vom 21. Nov.): Thema ist eine Interpellation zum <b>Welfenfonds</b> . Auf der Ministerbank sei hier zu nur ein Regierungskommissar anwesend. V stellte daraufhin den Antrag, nach Artikel 60 der Verfassung, die <b>Anwesenheit der Minister</b> zu verlangen und bis dahin die Besprechung zu vertagen. Die Geschäftsordnung könne keine Bestimmung der Verfassung außer Kraft setzen. Es stehe ein Privileg des Hauses in Frage, dass man unter allen Umständen aufrechterhalten müsse. Es sei sonderbar, dass im Voraus ein Beamter des	vgl. Andree, Band 35, S. 55-61

			<p>Staatsministeriums mit der Verlesung beauftragt sei, während der anwesende Minister ostentativ vor Beginn der Verlesung das Haus verlasse. Das schüre Misstrauen. Bei so wichtigen Fragen dürften Opportunitätsrücksichten nicht in Frage kommen. Man sei auf dem Wege der Staatsrettung schon weit gekommen, aber ein so wichtiges Privileg könne man nicht auf Dauer als Opfer darbringen. Später weist er nochmal darauf hin, dass es ihm nicht wichtig sei, ob auf 2 oder 8 Tage vertagt würde, die Geschäftsordnung sehe vor, dass bei einer Interpellation ein Minister anwesend sein müsse. Einen Stellvertreter, der nur einen Brief verlese, könne das Haus nicht gebrauchen.</p>	
104	Fr, 23.11.1877, Nr. 274 (PDF: 45)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Nov.): V als Vorsitzender eröffnet die Sitzung. Später legt er eine langes, eisernes Schwert, einen eisernen Schildbuckel und interessante Urnen von <b>Haecker</b> aus Halle vor. Am Schluss der Sitzung nimmt er Bezug auf den vorherigen Vortrag von <b>Jagor</b> über <b>Tierzeichnungen</b>. Da die Fragen zu dem Thema von großer Bedeutung seien, bitte er, alles zu sammeln, was in diesen Themenkomplex hineingehöre.</p>	
105	So, 25.11.1877, Nr. 276 (PDF: 48)	S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der gestrigen [24.11.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema sind die <b>katholischen Bistümer</b>. V legte die Berechtigung des Kampfes gegen die Übergriffe der Hierarchie dar. In diesem</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 62-67

			<p>Kampf müssten alle Parteien zusammenstehen, um auf die Regierung einzuwirken, dass diese nicht gegen das Gesetz der Humanität verfare. Dann würde auch die Forderung der Fortschrittspartei nach Herstellung autonomer Gemeinden, die sich in voller Freiheit zur Pflege des religiösen Lebens zusammenschließen, zur praktischen Geltung gelangen.</p> <p>In einem weiteren Absatz kommt die VZ nochmal auf Vs Antrag zur <b>Anwesenheitspflicht der Minister</b> zu sprechen. Er sei damit vollständig im Recht gewesen. V habe nun erneut einen Antrag zusammen mit <b>Zelle</b> gestellt, dass Anträge im Sinne des Artikels 60 jederzeit zulässig seien.</p>	
106	So, 25.11.1877, Nr. 276 (PDF: 49 u. 50)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (21. Sitzung vom 24. Nov.): Von V und <b>Zelle</b> ist der Antrag eingegangen, dass Anträge im Sinne des Artikels 60 jederzeit zulässig seien. Weiteres Thema sind die <b>katholischen Bistümer</b>. V sei mit dem Kapitel <b>Kulturkampf</b> noch nicht durch. Er beklage viele Einzelfälle, die aus der ungeschickten Ausführung der Gesetze durch untergeordnete Behörden entstünden. Im Falle der katholischen Bistümer liege die Sache anders. Was man hier gebrochen habe sei die Organisation, durch die die römische Kurie einen Zwang auf das Gewissen der einzelnen Staatsbürger ausübte und diesen dann in Konflikt mit den Staatsgesetzen bringe. In diesem Sinne kämpfe man auch heute noch einen Kampf</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 62-67

			<p>gegen Rom, so V. Man wolle kein Paktieren mit dem römischen Stuhl und keine kirchliche Geographie in den Lehrbüchern. Man wolle das natürliche Recht der Gemeinde gründen, ohne die Bischöfe und ohne Rom. Ob die jetzige Regierung die Kirchengesetze zu ändern vermöge, sei zweifelhaft. Die Konservativen verkennen dabei die politische Situation. Man sei die Opposition und hänge nicht an bestimmten Ministern, aber in dieser Position werde man ihnen stets zur Seite stehen. Eine vernünftige Organisation der Schule, wenn sie von religiösen Elementen befreit sei, werde eine Generation genügend urteilskräftiger Staatsbürger heranziehen, die den schlechten konfessionellen und hierarchischen Einflüssen widerstehen könne. Mit der Zeit werde sich dann auch die Kirche überlegen, ob es politisch klug sei, diesen Kampf weiterzuführen. V nennt Beispiele, wie in anderen Ländern gegen den Willen der Kirche Neuerungen durchgesetzt wurden. Genau so werde es auch hier gehen, wenn alle Männer an ihren Prinzipien festhalten und im Kampf nicht müde würden. Sollte dann die Kirche immer noch kämpfen wollen, dann wird endlich die Forderung nach vollständiger <b>Gemeindefreiheit</b> und festem Aufbau des religiösen Lebens erfüllt werden.</p>	
107	Di, 27.11.1877,	2. Beilage, S. 1,	Parlamentarische Nachrichten: Aufgelistet sind Petitionen aus der <b>Budgetkommissi-</b>	

	Nr. 277 (PDF: 2)	1. Spalte oben	<b>on</b> zur <b>Berliner Stadtbahn</b> . V wünsche in seinem Antrag die Vorlage des ursprünglichen und des jetzigen Kostenvoranschlags und einen Nachweis über die bereits entstandenen Kosten. Mit der weiteren Beschlussfassung solle man warten, bis alles vorliege.	
108	Mi, 28.11.1877, Nr. 278 (PDF: 4)	S. 2, 2. Spalte mittig	Es wird kurz über den Antrag von V und <b>Zelle</b> , dass Anträge im Sinne des Artikels 60 jederzeit zulässig seien, berichtet. Dieser werde wohl aller Voraussicht nach im Plenum angenommen und nicht in einer entsprechenden Kommission totgemacht.	
109	Do, 29.11.1877, Nr. 279 (PDF: 6)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [28.11.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Hochschulwesen</b> . V führte dazu aus, dass sich die Klagen der Ultramontanen gegen alle Universitäten richten würden, da sie nur Hochschulen haben wollten, in denen sie alleine Herrschaft führen könnten.	vgl. Andree, Band 35, S. 67-75
110	Do, 29.11.1877, Nr. 279 (PDF: 7-8)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 28. Nov.): Thema ist das <b>Hochschulwesen</b> . V fragt an, ob es möglich sei, in <b>Bonn</b> einen forstwirtschaftlichen Lehrstuhl an der Universität einzurichten. Man habe die Frage, ob dieser Unterricht an eine Forstakademie oder Hochschule gehöre, im letzten Jahr lange diskutiert. Wenn man diesen Lehrstuhl nun an eine Universität gebe, sei das ein Versuch, zugleich würde eine Konkurrenz entstehen und es würde sich zeigen, ob die Hochschule mehr leiste als die Forstakademie.	vgl. Andree, Band 35, S. 67-75

		<p>Weiter nimmt V Stellung zu einem Wortbeitrag <b>Windthorst</b>, der katholische Universitäten fordert. V betont, dass der <b>Ultramontanismus</b> keinen Boden finde an den Universitäten; das sei nicht nur in Deutschland so, sondern überall dort, wo geistige Entwicklung existiere. Besonders in <b>Spanien</b> ließe man die Freiheit der individuellen Anschauung gewähren. Dabei gehe es dem Katholizismus nicht nur um die geistige, sondern auch um die weltliche Herrschaft. Wenn es ginge, würde man den Papst obenan setzen und ihm den ganzen Erdball unterwerfen. V könne nicht anerkennen, dass irgendeine Richtung der Freiheit dahin führen könne, jemals dem Ultramontanismus in Deutschland zu gestatten, sich selbst eine Universität zu gründen. Das sei genau dieselbe Freiheit des Unterrichts, die manche nicht begreifen könnten, genauso, wie sie die ganze Schule auflösen wollten, um die Familien unter die Leitung der Beichtväter zu stellen. Er habe sich schon vor zwei Jahren den Klagen des Abg. <b>v. Fürth</b> angeschlossen, die weitere Einrichtungen, wie die der katholisch-theologischen Fakultät in Bonn, zu unterbinden. Besser wäre sogar, eben diese für eine gewisse Zeit zu schließen, wenn sich keine geeigneten Lehrer finden ließen. V macht sich lustig über die von Windthorst eingebrachte Parität. Man habe doch keine spezifisch protestantischen Ju-</p>	
--	--	---	--



			<p>risten oder Mediziner, sondern man frage nach tüchtigen Leuten in dem jeweiligen Fach. Sonst müsste man jeden Professor fragen, ob er Protestant oder Katholik sei. Von den Juden wisse er nicht, ob sie unterkämen und Dissidenten wären von vorn herein ausgeschlossen. Bei der Besetzung der Lehrstühle sei entscheidend, was derjenige in seinem Fach wisse, schließlich habe dieser nicht vom Himmel und den Dingen im Jenseits zu berichten. Auf eine von anderer Seite angesprochene Affäre über einen Herr <b>Konitzer</b> wolle V nicht eingehen, da man ihn als „unwürdig“ bezeichnet habe. Er lasse diese Zensur über sich ergehen und hoffe, dass die Herren in Bonn ihre eigenen Worte und Handlungen prüfen, damit sie über Personen und Dinge nicht ins Blaue hinein urteilen.</p>	
111	So, 2.12.1877, Nr. 282 (PDF: 3)	S. 2, 2. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der gestrigen [1.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema unter anderem war die Verzögerung des Neubaus der <b>königlichen Bibliothek</b>. Das Hindernis hierfür bilde die Realität, die an einem Gardekorps hinge. Hier müsse man zu einer „lokomotorischen Operation“ greifen, damit sich was bewege.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 75-92
112	So, 2.12.1877, Nr. 282 (PDF: 4 u. 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (26. Sitzung vom 1. Dez.): Thema zunächst war der <b>Dispositionsfonds für das Elementarschulwesen</b>. Debattiert wird über die Verwendung der polnischen Sprache in den Schulen in Posen. Nach V müsse man unbedingt die deutsche Spra-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 75-92

		<p>che in den Schulen einführen, aber der polnischen genügend Spielraum lassen. Er wendet sich gegen die <b>Germanisierung der Ortsnamen</b>, dies sei Barbarei, und das nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Geschichte. Der Gebrauch beider Sprachen sei notwendig und auch erlernbar, nur müsse man von der starren preußischen Unterrichtsmethode Abstand nehmen. Wichtig sei die lebendige Übung. Man müsse allen Kindern in Posen ermöglichen, als Angehörige des Deutschen Reiches im gesamten Staatsgebiet fortkommen zu können. Wollen sie das nicht, sei das ihre Sache, aber man müsse zumindest die Möglichkeit gewähren. Für die Aufbesserung der Lehrergehälter sei in den letzten Jahren schon viel getan worden. Wenn die Lehrer noch mehr wollten, so bliebe nur Hoffen und Harren.</p> <p>Weiter:</p> <p>Beim Thema Turnlehrer billigt V die <b>Trennung zwischen Zivil- und Militärlehrer-Turnanstalten</b>. Im Rahmen des Militärturnens habe sich eine Sprache eingebürgert, die das Zivilturnen jetzt wieder ablegen könne. Durch die Trennung könne man beim Militärturnen auch Kommandos mit einbinden. Er klagt an, dass die Regierung die Art der Übungen beschränke und somit keine Erweiterung über das Volksschulniveau hinaus möglich sei. Die <b>Ausbildung der Turnlehrerinnen</b> für Mäd-</p>	
--	--	--	--

			<p>chenschulen sei nicht gegeben. Diese müsse man dringend schaffen, am besten unentgeltlich.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nächstes Thema ist <b>königliche Bibliothek</b>. Bei der Gelegenheit geht V auf die ungenügende Besoldung der Assistenten der Museen ein. Auch sollten die Extragaleriedienereinstellen zumindest teilweise in definitive Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Schließlich bittet er darum, dass die Haupttür zum Neuen Museum wenigstens als Ausgang genutzt werden könne; dies würde viel Zeit sparen. Die Organisation der Museen sei für V auch ohne Generaldirektor denkbar, auch wenn eine hervorragende Persönlichkeit sicher in einer solchen Stellung viel Gutes bewirken könne. Dass der Neubau sich so schleppend gestalte, führt für V zu einem schweren Schaden an Generationen von Studierenden und an der Wirksamkeit der Gelehrten. Problemen seien die verschiedenen Zuständigkeiten der Ressorts. Es könne aber nicht sein, dass ein Gardecorps der Grund sei, dass der Neubau nicht zu Stande käme. Hier müsse man mit außergewöhnlichem Druck vorgehen.</p>	
113	Do, 6.12.1877, Nr. 285 (PDF: 10)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [5.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut Vs Interpellation zum <b>Welfenfonds</b> . Es ging um das verfassungsmäßige Recht des HdA, die <b>Anwesenheit der Mi-</b>	vgl. Andree, Band 35, S. 93-104

			<p><b>nister</b> zu verlangen. V sei hier auf die Geschichte der Geschäftsordnung eingegangen und habe seine Interpellation streng sachlich motiviert. Er hob hervor, dass bei Anfragen an die Staatsregierung die mündliche Verhandlung mit den Ministern die Voraussetzung bilde und ein schriftlicher Verkehr dies nicht ersetzen könne. Dies entspreche dem Gebrauch in allen konstitutionellen Staaten. Bei den vielen beurlaubten Ministern müsse man umso strenger darauf achten, dass die aktiven Mitglieder des Ministeriums jederzeit der Volksvertretung bei Gesprächen zur Verfügung stünden. Abschließend wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.</p>	
114	Do, 6.12.1877, Nr. 285 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (26. Sitzung vom 5. Dez.): Thema ist erneut Vs Interpellation zum <b>Welfenfonds</b>. Es ging um das verfassungsmäßige Recht des HdA, die <b>Anwesenheit der Minister</b> zu verlangen. Zunächst, so V, sei er verzweifelt gewesen, da er davon ausgehe, sich lediglich auf Protest in dieser Sache zurückziehen zu müssen. Dann habe er sich aber mit den historischen Fakten der Geschäftsordnung beschäftigt. Es habe 1863 eine Interpellation <b>Twestens</b> zur dänischen Frage gegeben. Bismarck habe darauf lediglich eine Antwort des Staatsministeriums verlesen und sei dann gegangen. V habe damals abgelehnt zu sprechen und beantragt, <b>Bismarck</b> erneut einzuladen, um weiter zu debattieren. Bismarck</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 93-104

			<p>hatte sich aber nur ins Rednerzimmer zurückgezogen und kam dann wieder ins Plenum. Die scheinbar verpassten Reden habe er mithören können. Damals entschied man, dass dieses Verhalten trotzdem als Nichtanwesenheit zu gelten habe. Damals habe es keinen Widerspruch gegeben. Die Interpellation würde vollständig verschwinden, wenn man sie auf einen schriftlichen Verkehr reduzieren würde. Die Minister, die Mitglieder des Hauses seien, müssten anwesend sein; dies entspreche dem Gebrauch in allen konstitutionellen Staaten. Er habe seinen Antrag nicht zu einem politischen Ereignis benutzen wollen, sondern für ihn stünde Klarheit und Verbesserung der Sache im Vordergrund. Später wird Vs Antrag mit großer Mehrheit angenommen.</p>	
115	Fr, 7.12.1877, Nr. 286 (PDF: 14)	S. 2, 1. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [6.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die Verwendung der Einnahmen aus dem <b>Welfenfonds</b>. Es ist nur erwähnt, dass V „gründliche Ausführungen“ vorgenommen habe.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 104-119
116	Fr, 7.12.1877, Nr. 286 (PDF: 15-16 u. 17)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig ff.	<p><b>HdA</b> (27. Sitzung vom 6. Dez.): Thema ist die Verwendung der Einnahmen aus dem <b>Welfenfonds</b>. Man könne den Eindruck gewinnen, so V, dass von <b>König Georg</b> und seinem Geld der Bestand des Reiches abhänge. Er glaube aber, dass jeder europäische Staat lieber Deutschland als König Georg zum Alliierten haben wolle. Die ä-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 104-119

		<p>ßere Politik habe in diese Sache stark hineingespielt, so dass auch ein Teil der Fortschrittspartei davon beeinflusst worden sei. Er selbst sei seinem Standpunkt treu geblieben. Die Vorwürfe, man habe die Regierung in der Sache nur mit Nadelstichen traktiert anstatt ihr hartnäckig auf den Leib zu rücken, könne er daher nicht verstehen. Er habe sich von vornherein dagegen gewandt, dem König das Vermögen zuzusprechen und auch gegen das Beschlagnahmungsgesetz gestimmt. Hätte man sich damals gegen die Regierung zur Wehr gesetzt, müsse man nun nicht über die gesetzwidrige Verwendung der Gelder debattieren. So habe der Regierungskommissar nicht ausgeschlossen, dass Gelder aus dem Fond für Kasernenbauten in Hannover genutzt werden könnten. V kommentiert sarkastisch, dass man dann auch <b>Norderney</b> verschönern könne und dies als Abwehr der Welfenagitation betrachte, um die Bewohner der Insel, die dem König viel verdankten, zu staatstreuen Untertanen zu machen. Wohin Gelder geflossen seien, könne man nicht mehr überprüfen. Auch, dass der Handelsminister erkläre, es seien keine Gelder für Eisenbahnzwecke verwendet worden, bedeute nicht, dass vielleicht doch Unterstützung der Agitationen gegenüber den Privatbahnen stattgefunden hätte. Es liege schließlich auf der Hand, dass die Presse im antiwelfischen Sinne</p>	
--	--	---	--

			beeinflusst werde und Summen für das Ankaufen in diesem Sinne geleistet würden. Man habe weder Mittel noch Macht, die Regierung zur Herausgabe des Vermögens an die hannoversche Königsfamilie zu zwingen. So sollten sich dann alle Parteien auf einen Antrag einigen, die Regierung zu einer anderen Ordnung der Dinge zu zwingen. Man könne nicht auf das Aufhören der Welfenpartei warten. König Georg sei als starrköpfiger Mann bekannt. Man müsse die gegenwärtige Art der Verwendung des Fonds abschaffen, sie richte großen Schaden an und eine Verteilung des Fonds an die Minister sei immer noch besser als die Verwendung für die <b>Reptilienpresse</b> . Angesprochen auf seine Äußerungen zu König Georgs Starrköpfigkeit, wies V die Unterstellung einer Schmähung zurück.	
117	Di, 11.12.1877, Nr. 284 (PDF: 22)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 10. Dez.): Thema ist der <b>Bau eines Polytechnikums</b> . Es liegt ein Antrag vor, das Thema erneut an die Budgetkommission zu überweisen. V verspricht sich nicht viel von der Annahme dieses Antrages, da der Handelsminister das einzig in Frage kommende Grundstück an drei Ministerien versprochen habe. Außerdem finde er die veranschlagte Bau-summe sehr hoch und wünscht eine vorurteilsfreie Prüfung des Bauplanes.	vgl. Andree, Band 35, S. 120-121
118	Do, 13.12.1877,	S. 2, 1. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [12.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist	vgl. Andree, Band 35,

	Nr. 291 (PDF: 25)	unten	die <b>Eisenbahnverwaltung</b> . Es ist lediglich eine Replik des Abg. <b>Achenbach</b> auf Ausführungen von V erwähnt.	S. 123-133
119	Do, 13.12.1877, Nr. 291 (PDF: 27)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 12. Dez.): Thema ist die <b>Eisenbahnverwaltung</b> . Nach V fehle es an einer unabhängigen Instanz, die die Eisenbahnpolitik der Regierung kontrolliere. Das Reichseisenbahnamt habe in dieser Richtung seine Aufgabe verfehlt. Notleidende Privatbahnen aufzukaufen würde neue notleidende <b>Privatbahnen</b> schaffen. Es sei besser, in einer großen Aktion alle Privatbahnen aufzukaufen, als dieser stückweise Ruin. Die durch solche Manipulationen geschädigten Staatsbürger würden nicht in der Lage sein, leistungsfähig für die neuen Staatsbahnprojekte als Steuerzahler einzutreten. Mit dem Vorgehen dränge man auch die kleinen Bundesstaaten zum Verkauf ihrer Staatsbahnen an das Reich, während man in Preußen im Unklaren sei über die Regelung des Verkaufs. Später merkt V noch an, dass nicht der Staat die notleidenden Bahnen schaffe, sondern dass sie mit ihrem Vorgehen einen solchen Zustand herbeiführe.	vgl. Andree, Band 35, S. 123-133
120	Fr, 14.12.1877, Nr. 292 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 13. Dez.): Thema sind die von der <b>Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft</b> zu erstattenden Besoldungen und Wohnungsgeldzuschüsse für die zur Leitung des Baus bestellten Beamten. Auf Vs Anfrage erklärt der Handelsminister, dass der Vertrag zwischen der	vgl. Andree, Band 35, S. 133-136



			Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft und der deutschen <b>Eisenbahnbau-Gesellschaft</b> die Direktion berechtige, Grundstücke zu übernehmen. V macht darauf aufmerksam, dass außer dem Vertrag noch das Versprechen vorhanden sei, der deutschen Eisenbahn-Gesellschaft Grundstücke abzunehmen.	
121	Fr, 14.12.1877, Nr. 292 (PDF: 30)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die gestrige [13.12.1877] Sitzung der <b>Rechnungskommission</b> . V hat den Antrag gestellt, dass der materielle <b>Ausgleich bei Fondsverwechslungen</b> nur dann angeordnet werde, wenn es noch nicht erschöpfte außeretatmäßige Fonds betreffe. Die Abrechnungskammer möge dazu eine Tabelle aufstellen, um die Zuordnung bei Änderungen zu erleichtern. Ferner wolle man die Regierung erneut auffordern, frühzeitiger ein Gesetz über die Behandlung der Einnahmen und Ausgaben des Staates vorzulegen.	
122	Sa, 15.12.1877, Nr. 293 (PDF: 32)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten u. 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (34. Sitzung vom 14. Dez.): Thema sind die Beratungen über die mit Waldeck geführten Beratungen zur <b>Fortführung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen</b> . V bedauert, dass die Annexion in ungewisse Ferne geschoben sei oder ganz in Frage stehe. Das Recht, das sich der Fürst nach drei Jahren vorbehalten habe, könne seinen Grund nur in der Hoffnung haben, dass sich seine finanziellen Verhältnisse mit	vgl. Andree, Band 35, S. 136-143

			<p>Hilfe der preußischen Verwaltung soweit gebessert haben, dass dieser dann in früherer Größe als selbstständiger Souverän die Regierung wieder übernehme.</p> <p>Weiter:</p> <p>Thema ist die Genehmigung des Landtages zur <b>Übernahme des Betriebes der Hinterpommerschen Bahn</b>. V äußert dazu, dass es der Tradition des Hauses widerspreche, eine gesetzliche Entscheidung durch eine Marginalnote im Etat zu treffen.</p>	
123	<p>Di, 18.12.1877, Nr. 295 (PDF: 35-36)</p>	<p>4. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.</p>	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Dez.): V eröffnet die Sitzung mit einem Bericht über die Verwaltung des Jahres mit den Mitgliederänderungen und den finanziellen Gegebenheiten. Er wird bei der Neuwahl des Vorstandes als <b>erster Vorsitzender</b> bestätigt. Weiter legt V einen eingesandten Schädel aus <b>Montenegro</b> vor. Über den Gräberfund aus <b>Alsheim</b> werde noch berichtet.</p>	
124	<p>Mi, 19.12.1877, Nr. 296 (PDF: 38)</p>	<p>S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [18.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der <b>Etat des Kultusministeriums</b>, der wieder zu einer Debatte über den <b>Kulturkampf</b> führte. V sah sich veranlasst, dem hierarchisch gegliederten Kirchenwesen das Prinzip der <b>Gemeindefreiheit</b> wieder entgegenzusetzen und zu zeigen, dass sich der Streit mit der katholischen Kirche nicht als eine Frage der auswärtigen Politik behandeln lasse. Der gehässige Charak-</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 143-155</p>

			ter des Kulturkampfes liege an der Ungeschicklichkeit der Beamten, die mit der Ausführung der <b>Maigesetze</b> beschäftigt seien. Das zeige sich in <b>Posen</b> , das seit Jahrzehnten der Verbannungsort für kompromittierte Staatsdiener sei.	
125	Mi, 19.12.1877, Nr. 296 (PDF: 40)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (38. Sitzung vom 18. Dez.): Thema ist der <b>Etat des Kultusministeriums</b> . Der Ministerpräsident habe den gegenwärtigen Kampf als eine Sache der äußeren Politik bezeichnet, so V. Im Gegensatz zu dieser Auffassung habe man diesen Kampf als <b>Kulturkampf</b> bezeichnet, der zu einer freien Entwicklung auf dem inneren Staatsgebiet führen solle. Der gehässige Charakter des Kulturkampfes liege an der Ungeschicklichkeit der Beamten, die mit der Ausführung der <b>Maigesetze</b> beschäftigt seien. Das zeige sich in <b>Posen</b> , das seit Jahrzehnten der Verbannungsort für kompromittierte Staatsdiener sei. Man müsse nicht so weit gehen, in das Innere der Häuser einzudringen und peinliche Ermittlungen anzustellen und man könne darüber hinweg sehen, wenn in einem Krankenhaus ein unerlaubter Gottesdienst stattfindet. Die Staatsanwälte mögen doch ihren Eifer zur Wahrung der Gesetze in den Bereichen entfalten, die mehr im öffentlichen Interesse lägen, wie die Grenzüberschreitungen der öffentlichen Regierungspresse. Eine allgemeine Verständigung stünde zwar nicht bevor, aber dennoch sei das	vgl. Andree, Band 35, S. 143-155

		<p>Chaos nicht so groß wie angenommen. V sehe die Gemeinden als das natürliche Objekt der kirchlichen Gesetzgebung, die über diese Frage in voller Freiheit entscheiden sollen. Daher hindere die Synodalordnung auch daran, aus dem Kulturkampf herauszukommen. Ferner wünsche er sich eine gemeinsame Regelung für alle Kirchengesellschaften. Allerdings könne man keine Kirche akzeptieren, die die Unterordnung des Staates unter ihre Gewalt verlange. Die Kirchenbildung müsse aus der freien Überzeugung der Bürger hervorgehen und die Gesetzgebung habe sich mit der hierarchischen Ordnung nur soweit abwehrend zu beschäftigen, als dieselbe in das weltliche Gebiet eingreife, auf dem der Staat souverän sein müsse. Für eine solche Politik würde man mit den Gegnern eine Reihe übereinstimmender Grundlagen vereinbaren können. Man betrachte die Gegner nicht als entartete Söhne Roms, sondern als Mitbürger, mit denen man friedlich verhandeln wolle. Dann dürften die Gegner einen aber auch nicht als Anhänger unannehmbarer religionsfeindlicher Grundsätze titulieren. Man müsse den erbitterten Kampf aufgeben und sich mit mehr Bedacht den Grundlagen zuwenden. V warnt davor, den Kampf vom Parlament in das Volk zu tragen und schon auf die Anschauungen kleiner Kinder einzuwirken. Er zweifle daran, dass die Regierung</p>	
--	--	--	--

			auf dem Wege des wahren Kulturkampfes durch eine Lösung der konfessionellen Fragen im Unterrichtsgesetz folgen werde. V werde sich freuen, wenn der deutsche Kaiser in Berlin nicht mit fremden Kirchenfürsten, sondern mit seinem eigenen Parlament die Lösung der Frage finde.	
126	Do, 20.12.1877, Nr. 297 (PDF: 42)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [19.12.1877] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wurde über den Vertrag mit <b>Waldeck</b> diskutiert. V äußerte hierzu seinen Widerspruch.	vgl. Andree, Band 35, S. 155-159
127	Do, 20.12.1877, Nr. 297 (PDF: 45)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 19. Dez.): Thema sind die Beratungen über die mit Waldeck geführten Beratungen zur <b>Fortführung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen</b> . V halte es nicht für sinnvoll, dass Preußen sich auf diese Weise die Stimme Waldecks im Bundesrat kaufe. Der Fürst habe die Möglichkeit,, sich nach drei Jahren aus dem Vertrag zu lösen. Während dieser Zeit habe dieser preußische Zuschüsse genossen und könne dann wieder seinen vollen Selbstständigkeit aufnehmen. Zwar habe Minister <b>v. Bülow</b> zugesichert, dies würde nicht geschehen, aber eine solche Zusage biete wenige Garantien.	vgl. Andree, Band 35, S. 155-159
128	So, 23.12.1877, Nr. 350 (PDF: 49)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Bericht über den Vortrag von Direktor <b>Kuhn</b> über die Namen von Gefäßen in indogermanischen Sprachen. Dieser Vortrag fand in der <b>BAG</b> statt. Ausgangspunkt des Themas war Vs Vortrag über das Kochen. [ <b>Anfänge der Kochkunst</b> ]	

## Fundstellen 1878

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Mi, 9.1.1878, Nr. 7 (PDF: 10)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass die <b>DAG Schliemann</b> zum Ehrenmitglied ernannt hat. V ist Mitunterzeichner des Diploms.	
2	Fr, 11.1.1878, Nr. 9 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (43. Sitzung vom 10. Jan.): Thema ist die evangelische <b>Kirchenverfassung für Schleswig-Holstein und Nassau</b> . V würde ein Nichtzustandekommen dieses Gesetzes nicht beklagen, denn mit staatlichen Organisationen im Gebiet der Kirche habe man schlechte Erfahrungen gemacht. Man hätte besser die Wirkung der Kirchenverfassung in den älteren Provinzen abwarten sollen. Dass die Störungen im heidnischen Berlin aufgetreten seien, sei nur scheinbar richtig. Das liege aber nur daran, dass anderswo die Leute nicht wüssten, wie sie mit den Gesetzen umgehen sollten. Es wäre besser, in dieser Gesetzgebung ein angemesseneres Tempo einzuschlagen.	vgl. Andree, Band 35, S. 159-168
3	Fr, 11.1.1878, Nr. 9 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Monatsbericht der Königlich Preußischen <b>Akademie der Wissenschaften</b> . V habe zusammen mit <b>Langerhans</b> über die <i>Anatomie der Appendicularien</i> und über die Rückkehr des Herrn <b>J. M. Hildebrandt</b> nach <b>Mombasa</b> gelesen.	<i>Anatomie der Appendicularien</i> : Monatsber. d. Kgl. Pr. Acad. d. Wissensch., Berlin 1878, S. 561-566
4	Fr, 18.1.1878,	S. 3, 3. Spalte	Es ist im HdA eine Interpellation eingebracht worden. In den letzten Jahren seien	nichts bei Andree

	Nr. 15 (PDF: 13)	mittig	alte, <b>polnische Ortsnamen</b> in deutsche <b>umgewandelt</b> worden, mit Billigung der dortigen Regierungsbehörden. Nun möchte man den Standpunkt der Regierung dazu erfahren. V ist Mitunterstützer dieser Interpellation.	
5	Do, 24.1.1878, Nr. 20 (PDF: 2)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [23.1.1878] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Unterrichtsgesetz</b> . V zog aus der Debatte die Lehre für die Regierung, wie dringend die Vorlage des Unterrichtsgesetzes geworden sei. Dass die Konfession die notwendige Grundlage des ganzen Volksschulunterrichts sei, zweifelte er an, da sonst Ethik und Moral auch konfessionell sein müssten. Er wünschte für die Entscheidung von Konfliktfällen eine besondere verwaltungsgerichtliche Instanz, an Stelle des Ministers, und für die Leitung des Religionsunterrichts die Einsetzung der Kirchengemeinde an Stelle des Bischofs. Man habe in der Fortschrittspartei beraten, sei aber zu dem Schluss gekommen, dass es zurzeit nicht sinnvoll sei, mit Vorschlägen zum Volksschulunterricht zu kommen.	vgl. Andree, Band 35, S. 168-183
6	Do, 24.1.1878, Nr. 20 (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 23. Jan.): Es liegen mehrere Petitionen vor, die das <b>Unterrichtsgesetz</b> betreffen. V nimmt die Diskussionen dazu als Zeichen an den Unterrichtsminister, nun bald ein Unterrichtsgesetz vorzulegen. Man könne gewisse Klagen als berechtigt anerkennen, aber keine Abhilfe schaffen, da man das nötige Ge-	vgl. Andree, Band 35, S. 168-183

			<p>setz nicht zur Verfügung habe. Man sei mitten im <b>Kulturkampf</b> und an diesem Punkt müsse man ihn beenden. Man wolle mit dem Zentrum Kompromisse schließen, aber die Partei würde auf Postulaten beharren, die eine Formel zur Einigung unmöglich machten. Man könne die Schule nicht vollständig an die Kirche ausliefern, andere Konfessionen würden mit gleichen Forderungen kommen. Der Art. 12 der Verfassung mache den Religionsunterricht zu einem Lehrgegenstand der Volksschule. Daher könne man nicht so einfach dagegen vorgehen. Der religiöse Unterricht müsse ein konfessioneller sein, aber es sei nicht nötig, den gesamten Schulunterricht auf den konfessionellen <b>Religionsunterricht</b> aufzubauen. Sonst müsse man sagen, dass auch die Moral eine konfessionelle sei. Hiervon gehe allerdings die katholische Kirche aus und dies sei auch die Grundlage ihrer feindseligen Haltung gegenüber jeder bürgerlichen Rechtsordnung. Die evangelische Kirche würde sich in der gleichen Richtung entwickeln, wenn sie die Macht dazu hätte. Nun stehe aber die demokratische Entwicklung im Widerspruch zu der Lehre einer spezifisch konfessionellen Ethik. Man habe die Pflicht, gegen jeden Gewissenszwang vorzugehen, sobald an einer Stelle falsch gelehrt würde. Garantien dafür könne man aber nicht darin finden, dass jede Kirche darüber entscheiden dür-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>fe, ob ein Lehrer angestellt oder entlassen werde. Generelle Klagen könne man nicht berücksichtigen, jede begründete einzelne Beschwerde würde V aber jederzeit unterstützen. Für V müsse man zunächst eine unabhängige Kontrollinstanz schaffen, die an die Stelle des Kultusministers trete. Die Gemeinde müsse Einfluss haben auf die Anstellung der Lehrer. Allerdings müsse man dann auch mit den Haarspaltereien aufhören. Zu früheren Zeiten habe der Religionsunterricht die Konfessionen auch vermischt ohne dass die Kinder ihre religiöse Meinung aufgegeben hätten. V wirft der Gegenseite vor, dass es ihnen nicht um den Frieden ginge, sondern nur um die Stärkung der Macht der Kirche. Die Kinder solle man doch nicht mit Nuancen der Religionsansichten belasten. V rät der Gegenseite, die Beschwerden bis zum Minister weiterzutragen, so funktioniere das bestehende Recht. Er aber wünsche sich eine neue Gesetzgebung, die eine Kollegialentscheidung vorsehe.</p>	
7	Fr, 25.1.1878, Nr. 21 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Bericht über die Sitzung der <b>Akademie der Wissenschaften</b> zu Ehren des Geburtstages Friedrich des Großen. Es wird kurz erwähnt, dass V an Stelle <b>Brauns</b> ins <b>Kuratorium der Humboldtstiftung</b> eingetreten ist.</p>	
8	Di, 29.1.1878, Nr. 24	S. 2, 1. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [28.1.1878] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist das Verhältnis des Staates zur <b>Berliner</b></p>	vgl. Andree, Band 35, S. 183-206

	(PDF: 10)		<p><b>Stadteisenbahngesellschaft.</b> V hatte darüber im Namen der <b>Budgetkommission</b> berichtet. Diese sei der Ansicht, dass das vorliegende Material noch zu dünn sei, um eine Entscheidung zu fällen. Allerdings sei der gewünschte Baustopp nicht sinnvoll, da schon eine große Menge von Vorarbeiten geleistet worden seien. V hält nachdrücklich am Antrag der Budgetkommission fest.</p>	
9	<p>Di, 29.1.1878, Nr. 24 (PDF: 11 u. 12)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (53. Sitzung vom 28. Jan.): Thema ist das Verhältnis des Staates zur <b>Berliner Stadteisenbahngesellschaft.</b> V berichtet im Namen der Budgetkommission. Es sei ein schwieriges Verhältnis zwischen den beiden Parteien entstanden. Die Bahngesellschaft habe in großem Stil Grundstücke für den Bau der Trasse erworben, sei aber trotz mehrerer Zahlungen der Regierung insolvent. Nun stelle sich die Frage, ob man der Gesellschaft nicht nur die Grundstücke, sondern auch das eingezahlte Kapital wieder abnehmen solle. Die zunächst veranschlagte Summe für den Bau sei schon weit überschritten. Grund dafür sei nicht nur der Grunderwerb, sondern auch die Veränderungen des Gleisverlaufs im Vergleich zur Planung. Allein der Anschluss des Grundstückes des <b>Grafen Lehndorff</b> koste 1,5 Millionen. Allerdings könne man, in Anbetracht des Fortschrittes bei Erwerb und Planung, das Projekt nicht mehr beenden.</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 183-206</p>

		<p>Weiter:</p> <p>Nach V sei die Budgetkommission zu der Überzeugung gekommen, dass man dem Hause zeigen müsse, wie die Mehrheit nicht nur ganz bedenkliche finanzielle Maßregeln des Handelsministers gebilligt, sondern auch juristisch bedenklichen Gesetzen zugestimmt habe. V habe schon früher die Transaktionen mit der Eisenbahngesellschaft für ein Puppenspiel gehalten und nun gelte es, für die Zukunft andere Regelungen zu treffen. Wenn man dem Handelsminister [<b>Dr. Achenbach</b>] gegenüber Misstrauen hege, könne man diese Angelegenheit dazu benutzen, ihn gänzlich in einem schlechten Licht zu sehen. Er würde ihn aber sehr schätzen, wünsche sich nur von ihm zukünftig mehr Distanz zu den Projekten. Die Probleme mit der Bahngesellschaft hätten schon von Beginn an bestanden. Die Aussichten auf ein gutes Geschäft hätten den Blick der Regierung auf die Finanzen getrübt. Der Finanzminister habe zu lange gewartet und die Angelegenheit über drei Jahre verschleppt und die Kommissarien der Regierung hätten auch noch erklärt, mit dem veranschlagten Geld auskommen zu können. Bei den sichtbaren Überschreitungen könne man das kaum verstehen. V beantrage daher den Zusatz, über die Angelegenheit noch in dieser Session eine Entscheidung zu treffen. Eine Ordnung der Verhältnisse sei dringend</p>	
--	--	---	--

			notwendig, auf das allgemeine Eisenbahngesetz brauche man nicht zu warten, da dieses mit den Verhältnissen nichts zu tun habe.	
10	Di, 29.1.1878, Nr. 24 (PDF: 13)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Jan.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und legt später eine Abhandlung von <b>Prof. Désor</b> über <b>Schalensteine</b> vor. Dann stellt er eine 14-jährige <b>Mikrocephalin</b> vor, die in Berlin gegen Entgelt gezeigt würde. Das Kind zeige insgesamt eine Zurückgebliebenheit des ganzen Körpers. Die geistige Entwicklung sei retardiert und es gebe keinen Gebrauch von Sprache. Trotz allem strahle sie Ruhe und Neugier aus. Es biete sich kein Anhalt für einen Rückfall auf den tierischen Ursprung, sondern eher für eine krankhafte Entwicklung. V legt zum Vergleich eine Abhandlung <b>Dr. Bartels</b> über zwei Aztekenkinder vor. Eine weitere Forschung auf dem Gebiet wäre wünschenswert, um diesen menschlichen, krankhaften Zustand von der <b>Affentheorie</b> zu lösen.	<i>Mitteilungen über Schalen- und Näpfchensteine</i> : VBAG 10, S. 11-12
11	Di, 5.2.1878, Nr. 30 (PDF: 6)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über das <b>Bankett der Fortschrittspartei</b> in den Reichshallen: V ergreift das Wort. In seinen Augen sei der Zeitpunkt der richtige, um festzustellen, ob man noch eine Partei sei und selbstständige Ziele bewusst verfolgen wolle. Die anderen Parteien berieten schon, ob man noch eine Existenzberechtigung habe. Angeblich herrsche Uneinigkeit in der Partei, es heiße	

			<p>hier <b>Hänel</b>, dort <b>Richter</b>. Nun sehe man beide friedlich vereint an derselben Tafel. Man wünsche sich ein nationalliberales Ministerium, dass man zu schützen suchen gegen alle Angriffe. Man dürfe nur nicht fordern, dass die Partei Dinge gutheißen solle, die nicht mit ihren Grundsätzen übereinstimmen. Man habe versucht, Parteimitglieder für Reichsfeinde auszugeben. Das habe sich gelegt, seit die Zahl der wirklichen Reichsfeinde gewachsen sei. Man habe den Gedanken des Reiches früher gehabt, als <b>Bismarck</b>, aber das Reich, dass man gestaltet hätte, wäre ein ganz anderes Reich geworden, als das gegenwärtige. Die Nöte, in denen es sich befinde, seien der beste Beweis für die Richtigkeit des Programms von 1866. Man habe sich dieser alten Dokumente nicht zu schämen, da man immer den gleichen Standpunkt bewahrt habe, besonders in den kirchlichen Fragen. Man sei durch diesen Kampf geschwächt worden, aber schließlich musste er doch einmal geführt werden. Man habe zuerst die Kirchengemeinde als Lösung aller dieser Schwierigkeiten hingestellt. Man habe sich von der Regierung so weit distanziert, dass man auf dem Gebiet des protestantischen Kirchenwesens den Kontakt mit ihr gänzlich verloren habe. Was aber alle gleichermaßen berühre, sei die Frage der Organisation des Reiches. Hier könne man sich Bismarck nicht annähern. Bis-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>marck sei kein Organisator, er habe kein Bedürfnis, bleibende Bildungen, wahrhafte Organisationen zu schaffen. Das sei ein positiver Fehler des Staatsmannes, der alles auf sich und seine Person abstelle und keine Garantien für die bleibende Entwicklung des Volkes schaffe. Deutschland müsse eine Organisation haben mit der es leben könne ohne Bismarck. Es sei eine Aufgabe, die über die selbtherrisch angelegte Natur dieses Mannes gehe. Er würde kein selbstständiges Ministerium neben sich dulden. Daher habe man nur die Wahl, sich zu fügen, oder Opposition zu machen. Die Zukunft der wirtschaftlichen Politik sei nicht minder düster. Die Fortschrittspartei habe mitunter die Berechtigung der freien Meinung etwas schroff zur Geltung gebracht, aber man werde es ihr noch einmal danken, dass sie dem Volk unabhängige, freie Charaktere bewahrt habe. Darum sei es wichtig, die Partei der Selbstständigkeit, der Unabhängigkeit, der persönlichen Würde zu stärken. Man hoffe, dass die Partei immer größer werde und auch noch einmal zur Regierung komme.</p>	
12	Do, 7.2.1878, Nr. 32 (PDF: 9)	S. 3, 1. Spalte oben	<p>Kurze Bemerkung zur Sitzung des HdA vom 19. Dez. V habe bei den Beratungen zum preußisch-waldeckschen Akzessionsvertrag erklärt, dass es nicht sinnvoll wäre, sich die Stimme <b>Waldecks</b> über jährliche Zahlungen zu kaufen, das würde zu bedenklichen Zuständen führen [<b>Fortfüh-</b></p>	

			<b> rung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen]</b>	
13	Fr, 8.2.1878, Nr. 3 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (62. Sitzung vom 7. Feb.): Thema ist das deutsche <b>Gerichtsverfassungsgesetz</b> . Im Rahmen dessen geht es um die Aufwendungen für Amtsanwälte. V beantragt, dass die durch den Staatshaushaltsetat festzustellenden Normen gewahrt werden. Dieser Antrag wird angenommen.	vgl. Andree, Band 35, S. 206
14	Sa, 9.2.1878, Nr. 34 (PDF: 14)	2. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Im Rahmen eines Rededuells zwischen Missionsdirektor <b>Wangemann</b> und dem Reichstagsabgeordneten <b>Most</b> kam das Thema auf die <b>Affentheorie</b> . Die VZ nutzt die Gelegenheit und kommt nochmal auf Vs Vortrag von der <b>Versammlung der Naturforscher und Ärzte</b> aus dem letzten Jahr in <b>München</b> über die <b>Freiheit der Wissenschaft im modernen Staat</b> zu sprechen. Diese Rede sein nun gedruckt worden. V erinnere daran, wie man noch vor 10 Jahren bei Schädeln wunderbare Merkmale eines unentwickelten Zustanden zu finden glaubte, sozusagen Affenluft gewittert habe. Die gefundenen Schädel würden nicht wesentlich anders aussehen als heutige. Einen fossilen Affen- oder Affenmenschenschädel hingegen habe man nicht gefunden. Man habe sich sogar eher von der Fragestellung weiter entfernt. V halte es für möglich, dass die tertiären Menschen vielleicht nur an ganz bestimmten Stellen der Erde gelebt hätten. Positiv anerkennen müsse man	<i>Freiheit der Wissenschaft im modernen Staat</i> : Tagebl. d. Versammlung dtsh. Naturforscher und Aerzte. S. 65-78, München 1877

			nach V, dass immer noch eine klare Grenze zwischen Menschen und Affen bestünde. So gesehen könne man nicht behaupten, dass der Mensch vom Affen oder sonst einem Tier abstamme.	
15	Sa, 9.2.1878, Nr. 34 (PDF: 15)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (63. Sitzung vom 8. Feb.): Die <b>Budgetkommission</b> beantragt durch V, dass die Regierung bald einen Gesetzentwurf zur <b>Reorganisation des Medizinalwesens</b> vorlege.	vgl. Andree, Band 35, S. 207-210
16	Do, 21.2.1878, Nr. (PDF: 27-28)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 16. Feb.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.	
17	Di, 5.3.1878, Nr. 54 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über die Exkursion des Ausschusses des deutschen <b>Fischereivereins</b> : V war an der Mitfahrt verhindert.	
18	Do, 7.3.1878, Nr. 56 (PDF: 2)	4. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: In der Sitzung des HdA vom 8. Feb. berichtete V als Referent der Budgetkommission über Petitionen, die die Reorganisation des Medizinalwesens betreffen. Die bei dieser Gelegenheit von ihm gehaltene Rede hat den Direktor des kaiserlichen Gesundheitsamtes Dr. Struck dazu veranlasst, sich mit einem Schreiben an die „ <b>Deutsche Zeitung für praktische Medicin</b> “ zu wenden. Darauf erfolgt ein Abdruck eines Schreibens von V an den Redakteur dieser Zeitschrift, <b>Dr. Fränkel</b> .  In der Nummer 8 der Zeitschrift stehe ein	



			<p>Brief des Direktors des Kaiserl. Gesundheitsamtes <b>Dr. Struck</b>, der Vs Rede im HdA über die <b>Medizinalreform</b> zum Gegenstand habe und dieser Rede ein Stück aus einem sogenannten „Berichte der Königlich Preußischen Wissenschaftlichen <b>Deputation für das Medicinalwesen</b> an den Königlich Preußischen Herrn Cultusminister“ gegenüberstelle. V versteht den Zweck dieser Gegenüberstellung nicht. Er finde beim erneuten Lesen seiner Rede keinen einzigen Punkt, der einen Grund hätte liefern können. Er stehe aber für eine weitere, öffentliche Diskussion zur Verfügung. Er habe allerdings andere Grenzen als Dr. Struck. Er sei nicht berechtigt, Schriftstücke der wissenschaftlichen Deputation, sei es im Ganzen, sei es teilweise, ohne besondere Genehmigung zu veröffentlichen. Allerdings glaube er, dass das von Dr. Struck zitierte Schriftstück kein Bericht der wissenschaftlichen Deputation an den Minister, sondern nur der Entwurf zu einem solchen sei, und er halte es für ein Novum, dass ein ganz unbeteiligter Dritter sich erlaube, aus einem solchen Entwurf einzelne Sätze zu veröffentlichen. V bittet abschließend den Redakteur, seine Zeilen zu veröffentlichen.</p>	
19	Sa, 9.3.1878, Nr. 58 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass heute eine außerordentliche Sitzung der <b>BAG</b> stattfindet. V wird einen Vortrag zur <b>Ethnologie der ostbaltischen Länder</b> halten.</p>	

20	Do, 14.3.1878, Nr. 62 (PDF: 10)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 9. März): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Zum Schluss des Abends ging er auf seinen Vortrag über die <b>Ethnologie der ostbaltischen</b> Länder ein, den er im Herbst vorigen Jahres gehalten hatte. Dieser Vortrag hatte aufgrund eines Missverständnisses einige Aufregung verursacht. An Hand von neuem Material und Schädeln aus der Gegend ließ er seine Äußerungen Revue passieren und kam zu einer erneuten Bestätigung seiner damaligen Annahmen.	
21	Sa, 16.3.1878, Nr. 64 (PDF: 12)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [15.3.1878] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die evangelische <b>Kirchenverfassung in der Provinz Schleswig-Holstein und im Konsistorium zu Wiesbaden</b> . V habe das Zartgefühl des Kultusministers <b>Falk</b> verletzt, weil er von <b>Sekundärwundern</b> gesprochen habe, die in der orthodoxen Anschauung ihre Stelle neben den Fundamentalwundern der Glaubenslehre behaupteten.	vgl. Andree, Band 35, S. 210-224
22	Sa, 9.2.1878, Nr. 34 (PDF: 13 u. 14)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten u. 3. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (66. Sitzung vom 15. März): Thema ist die evangelische <b>Kirchenverfassung in der Provinz Schleswig-Holstein und im Konsistorium zu Wiesbaden</b> . Nach V sei es nicht im Sinne des Protestantismus, wenn man zunächst eine <b>Provinzialkirche</b> gründe statt einer Landeskirche. Man hätte warten sollen, was die Synoden leisten. Was die Organisation angehe, so sei man von Seiten der Kirche stets bestrebt, diese Angelegenheit als dogmatisch zu betrach-	vgl. Andree, Band 35, S. 210-224

			<p>ten. Davon könne bei der evangelischen Kirche aber gar keine Rede sein. Auch der Protestanten-Verein strebe nach einer freientwickelten Kirche. Die Organisation der Kirche in Schleswig-Holstein sei stets Sache der Gesetzgebung gewesen und es sei zweifelhaft, ob der Landesherr das Kirchenregiment in derselben Weise ausübe wie die alten Provinzen. Ein Problem sei, dass das Wahlrecht in der Gemeinde sehr eingeschränkt sei. Es müsse genau festgelegt sein, in welchem Fall eine Pfarrerwahl nicht bestätigt würde. Hätten Schleswig-Holstein und Nassau den Kultusminister als zweite Instanz, so schaffe das keine freie Kirche; es sei aber ein Korrektiv, das so lange bestehen müsse, wie es Provinzialkirchen gebe. V kommt dabei auf ein Beispiel aus <b>Kiel</b> zu sprechen, wo ein Pfarrer wegen der Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Abhandlung über Wunder, die V als <b>Sekundärwunder</b> bezeichnet habe, disziplinarisch gemäßregelt wurde. Mit einem solchen Konsistorium könne man keinen Frieden schließen. In einer späteren persönlichen Bemerkung klärt V auf, dass er mit dem Ausdruck Sekundärwunder niemanden habe verletzen wollen. Seiner Ansicht nach gebe es fundamentale Wunder und solche minderer Ordnung, an die nicht zu glauben, auf den Bestand der Kirche keinen Einfluss habe. Trotz eines weiteren Widerspruchs Vs werden alle Pa-</p>	
--	--	--	---	--

			ragraphen angenommen.	
23	So, 17.3.1878, Nr. 65 (PDF: 17)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (67. Sitzung vom 16. März): Thema ist die Petition des Vorstandes der Synagogengemeinde zu <b>Merzig</b> . Die dortige jüdische Schule habe geschlossen werden müssen und die Kinder sind auf andere Schulen verteilt worden. Nun habe man um ein Schullokal für den <b>jüdischen Religionsunterricht</b> gebeten. Die zuständige SVV habe das Gesuch abgelehnt und auch das Ministerium habe sich nicht bei den Gemeindebehörden einmischen wollen. So habe man sich an das HdA gewandt. Nach V müsse ein Appell an die Gemeinde erfolgen, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen. Ein solches Benehmen sei im Sinne der Humanität unzulässig. Der Staat verlange, dass den <b>Juden</b> nicht nur Unterricht, sondern auch Religionsunterricht erteilt werde. Also müsse man auch die Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellen. Die Bedenken des Ministeriums zur Einmischung in die Kommunalverhältnisse könne er nicht verstehen. Sonst sei man bei Eingriffen auch nicht so zaghaft.	vgl. Andree, Band 35, S. 224-226
24	So, 21.3.1878, Nr. 68 (PDF: 22)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [20.3.1878] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Fertigstellung der <b>Berliner Stadtbahn</b> . V habe sich als Referent der <b>Budgetkommission</b> nur schwer Gehör verschaffen können, da er die undankbare Aufgabe hatte, über eine bereits abgemachte Sache zu sprechen und den Nachweis zu führen hat-	vgl. Andree, Band 35, S. 226-251

			te, dass und warum sich daran nichts ändern ließe.	
25	So, 21.3.1878, Nr. 68 (PDF: 23-24)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (70. Sitzung vom 20. März): Thema ist die Fertigstellung der <b>Berliner Stadtbahn</b> . V tritt als Referent der <b>Budgetkommission</b> auf. Die Kommission sei bei ihrer Beschlussfassung vor die Wahl gestellt gewesen, die Bahn fallen zu lassen oder in die Staatsverwaltung zu übernehmen. Erstere Möglichkeit habe man von vornherein verworfen, da schon sehr große Summen ausgegeben worden seien, man habe sich dann darauf beschränkt, die Modalitäten der Übergabe zu beleuchten. Wichtig sei, die Aktiengesellschaft aufzulösen und einen neuen Vertrag ausschließlich zwischen dem Staat und den drei Eisenbahngesellschaften Berlin-Bamberger, Magdeburg-Halberstadt und Berlin-Potsdam-Magdeburger aufzusetzen. Die Auflage an die Privatbahnen sei, sich mit den aus der Zeichnung der Aktien bereits gewonnen Summen an den Kosten zu beteiligen. Dafür sei ihnen die Nutzung des Schienennetzes bis zur östlichen Endstation der Stadtbahn gewährt, was erhebliche finanzielle Vorteile bringen würde. In Sachen der Zuschüttung des Königsgrabens sei man noch in Verhandlungen mit der Regierung; auch für die Verwendung der Bahnhöfe und deren Unterhalt habe man eine Lösung gefunden. Die Budgetkommission empfehle nun die Annahme der	vgl. Andree, Band 35, S. 226-251

			<p>Vorlage, da eine andere Möglichkeit, der Sache beizukommen, kaum gegeben sei. Man sei in einer Zwangslage und zur deren Beseitigung stelle die Vorlage die Mindestanforderungen. Auf eine Rentabilitätsberechnung habe man bewusst verzichtet. V bedauert den persönlichen Charakter, den die ganze Debatte mittlerweile angenommen habe. Sowohl von Seiten der Staatsregierung als auch von Seiten der Eisenbahngesellschaft habe es Fehleinschätzungen der Verhandlungen gegeben. Unabhängig von den Befindlichkeiten sei es wichtig, die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluss zu führen. Der Kommissionsantrag wird angenommen, aber die Möglichkeit eines Vergleiches, die man eingeräumt habe, wird abgelehnt.</p>	
26	Fr, 22.3.1878, Nr. 69 (PDF 26)	S. 2, 1. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [21.3.1878] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthalte. Der Präsident schlug vor, den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung zur ersten Lesung zu stellen, V hielt es dagegen für zweckmäßig, die erste und zweite Lesung in Anbetracht des hohen politischen Interesses miteinander zu verbinden.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 251-253
27	Fr, 22.3.1878, Nr. 69 (PDF: 29)	3. Beilage, S. 3, 3. Spalte	<p><b>HdA</b> (71. Sitzung vom 21. März): Thema ist ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthält. Der Präsident</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 251-253

			<p>schlug vor, den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung zur ersten Lesung zu stellen, V hielt es dagegen für zweckmäßig, die erste und zweite Lesung in Anbetracht des hohen politischen Interesses miteinander zu verbinden. Man könne das Gesetz nicht an eine Kommission verweisen und hinter den Kulissen verhandeln. Später zieht er seinen Antrag zurück, da auch der Nachtrag des Etats an das andere Haus müsste und dann hätte man damit keine Eile mehr.</p>	
28	<p>Sa, 23.3.1878, Nr. 70 (PDF:31)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 16. März): Nach der Eröffnung der Sitzung mit den geschäftlichen Mitteilungen berichtet V kurz <i>über die Eskimos</i> im zoologischen Garten.</p>	<p><i>Über Eskimos:</i> VBAG 10, S. 185-188</p>
29	<p>So, 24.3.1878, Nr. 71 (PDF: 33)</p>	<p>S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [23.3.1878] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist erneut ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthält. V beleuchtete dazu das Vorgehen des Ministerpräsidenten, der sich vor dem Haus stets als der schwächste seiner Kollegen präsentierte bei der Umgestaltung des Ministeriums. Durch die Einschlebung von Ministern ohne Portefeuille sei die Stellung der preußischen Ressortminister herabgewürdigt. Man könne nicht tolerieren, dass eine reaktionäre Richtung in der Reformgesetzgebung, wie auf dem Gebiet der Schule und Kirche, zum Ausdruck komme. Er äußerte auch Zweifel, ob der neue Eisen-</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 253-268</p>

			bahnminister den wirtschaftlichen Notstand beseitigen könne. Daher solle man die Vorlage in allen Punkten ablehnen.	
30	So, 24.3.1878, Nr. 71 (PDF: 35 u. 36)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (72. Sitzung vom 23. März): Thema ist erneut ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthält. Auf der Rednerliste gegen die Vorlage ist V vermerkt. Nach V habe man die schwersten Bedenken zu Vorschlägen, die Personalveränderungen vorbereiten, von denen man nicht wisse aber fürchte, dass sie zu einer entgegengesetzten Politik führten. Man wisse nicht, welche Politik das Ministerium bezüglich der Verwaltungsreformen oder des Kirchen- und Schulwesens verfolgen werde. Dies seien lebenswichtige Fragen für den preußischen Staat. Man erwarte ein Ministerium mit bestimmtem Programm und politischem Willen und wenn es diesen nicht durchsetzen könne, müsse es zurücktreten. Stattdessen behalte man die Minister immer weiter, auch wenn es mit ihnen ein Fiasko gegeben habe. Es müsse Zusammenhalt im Ministerium gegeben. Stattdessen klage der Ministerpräsident, der im Reich als eisern bekannt wäre, dass er mit seinen Leuten nicht fertig geworden sei. Man würde die Personalpolitik konsequent herabwirtschaften und gute Leute missbrauchen. Das System würdige Minister und Ministerialräte herab, sie würden zu Vertretern jeder beliebigen Sa-	vgl. Andree, Band 35, S. 253-268  s. a. 28.3.1878



			<p>che. Auch von Ministern ohne Ressort hätte man zu viele. Ferner kann V nicht verstehen, dass <b>Bismarck</b> nun wieder die Reichseisenbahnidee als offen betrachte. Diese Frage müsste entschieden sein, bevor man ein preußisches Eisenbahnministerium schaffe. Die Vorlage sei also unannehmbar.</p>	
31	<p>Do, 28.3.1878, Nr. 74 (PDF: 40)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [27.3.1878] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist erneut ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthält. Es wird nur kurz erwähnt, dass V in seiner früheren Rede von der Abwirtschaftung der Personen gesprochen habe.</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 268-270</p>
32	<p>Do, 28.3.1878, Nr. 74 (PDF: 40)</p>	<p>S. 2, 3. Spalte mittig</p>	<p>Die „<b>Kölner Zeitung</b>“ sagt von der Samstags-Rede von V, dass sie trotz ihrer Schärfe weit über den Kreis der Parteigenossen hinaus in ihrer sachlichen Art zustimmendes Interesse erregt habe. Daher drucke man die Rede weiter unten nach den stenographischen Berichten ab. Dem Leser werde sie den Übergang zur gestrigen Debatte vermitteln.</p>	
33	<p>Do, 28.3.1878, Nr. 74 (PDF: 2-3)</p>	<p>S. 3, 3. Spalte oben f.</p>	<p>Abdruck einer Rede Vs aus dem HdA vom 23. März: Thema ist erneut ein Nachtrag zum Staatshaushaltsetat, der die Forderungen für die <b>Neugestaltung im Ministerium</b> enthält. V betrachte die gegenwärtige Situation ganz wesentlich im Licht der momentanen politischen Konstellation. Man solle bedenken, ob man zum jetzigen</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 253-268</p>

			<p>Zeitpunkt Zustimmung signalisiere, die nur momentane Personalveränderungen zur Folge hätten. Die Folgen daraus könne man gar nicht absehen. Entscheidungen über das Handelsministerium und die Verwaltung der Domänen und Forste könne man sicher objektiv treffen, aber zurzeit sei wichtiger, welche Personen das neue Ministerium bilden sollten. Es stünden dafür einige Namen im Raum, denen man aber nicht mit Begeisterung zustimmen könne, weil man damit vielleicht gegen die eigenen Grundsätze verstoßen würde. Die beiden großen Kardinalfragen im Hintergrund seien viel mehr die Entwicklung der <b>Selbstverwaltung</b> und die inneren Verwaltungsreformen mit der Entwicklung des Kirchen- und des Schulwesens. Da dies so grundlegende Themen seien, habe V darauf gehofft, dass ein Ministerium entstünde mit einem erkennbaren Programm und das auch abtreten würde, wenn es dieses nicht durchsetze. Damit wolle er keinesfalls den Einfluss des Kaisers schmälern. Dessen Recht, zu ernennen und zu entlassen, wolle er nicht angreifen, aber die Natur der politischen Entwicklung der Völker bringe es mit sich, dass Minister ihr Amt übernehmen in dem Bewusstsein mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Sache einzutreten. Dass ein Minister trotz aller Niederlagen im Amt bleibe, sei für V unverständlich. Er geht dabei auf das Beispiel des</p>	
--	--	--	--	--

			<p><b>Reichseisenbahnprojektes</b> ein. Dies sei für ihn eine der größten finanziellen Aufgaben, die man überhaupt einem Staatsmann stelle könne und von der nach seiner Überzeugung für lange Zeit das Wohl der Nation abhängen werde. Ihm gehe es dabei nicht um die Haltung zum Projekt selbst, er sei ja dagegen. Ihm gehe es vielmehr darum, dass im Vorwege das Ministerium plane, wie es vorgehen wolle und dann erst damit an die Öffentlichkeit gehe. Dass das Ministerium erst seine Zustimmung gebe und dann durch den zuständigen Minister Widerstand entstünde und damit eine Verschleppung des Projekts, das könne er nicht verstehen. Man sei es gewohnt, dass es mit den gegenseitigen Anklagen der Minister ende. Allerdings hätte man diese Auseinandersetzungen auch hinter den Kulissen regeln können. Wenn man sich würdige Personen mit einer politischen Meinung für das Ministerium suche, so sei doch zu erwarten, dass sie für ihre Überzeugungen einstünden, anders sei es gar nicht möglich. Es ginge nicht an, dass ein Ministerium nach jahrelanger Arbeit mit scheinbar einheitlichen Beschlüssen vor die Landesvertretung trete und dann sage, man sei mit den Kollegen nicht fertig geworden. Daran schließt V Kritik an <b>Bismarck</b> an, der im Ausland als eiserner Mann bekannt sei, im Parlament sich aber als der schwächste präsentiere, nicht in der</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Lage, über seine Kollegen zu bestimmen, was nach Lage des Staates und der Politik notwendig sei. Für V sei das eine Abwirtschaftung der Persönlichkeiten. Daraus folge, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten für ein Ministeramt immer kleiner würde und man immer weniger die Männer kennen würde, die nachfolgten. Im Reich möge durch die bestimmende Stellung des Reichskanzlers die Lage akzeptabel sein, in Preußen nicht. Dass Bismarck in Preußen Minister, bei denen er auf Widerstand stoße, entlasse, sei ja verständlich, damit dieser seinen Willen durchsetzen könne. Aber dann könne man diese Personen nicht einfach auf ihrem Posten belassen. Sie dann herabzusetzen und zu zwingen, das Gegenteil ihrer eigentlichen Überzeugung zu tun. Dies sei unwürdig für die Ministerialräte und für die Minister. Dies würde sie zum reinen Sprachrohr degradieren, zum Advokaten ohne eigene Meinung. V geht auf den neuen Vizepräsidenten ein, der einerseits Vertreter Bismarcks im Reich und andererseits Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums sei. Schon jetzt sei das preußische Staatsministerium eine Maschine von abnormer Konstruktion und man wolle nicht dazu beitragen, diese noch zu steigern. Mittlerweile habe man bereits drei Minister mit ausschließlich nomineller Tätigkeit und man sollte dem keinen vierten</p>	
--	--	--	---	--

			<p>hinzufügen, der sich nie als eigentlicher preußischer Minister fühlen werde. Auf diese Weise im Ministerrat für Beschlussfähigkeit zu sorgen, könne nicht das Ziel sein. Vielmehr müsse man in offener Diskussion eine Lösung finden. Die bedeutende Stellung des Reichskanzlers impliziere die Verpflichtung, innerhalb des preußischen Ministeriums, die freiwillige Zustimmung seiner Kollegen zu suchen. Treffe dies zu, dürfe kein Minister durch bloße Büroschwierigkeiten die Entwicklung einer Angelegenheit verzögern. V könne daher nicht akzeptieren, dass Bismarck die Probleme im Eisenbahnministerium als so dringlich darstelle, dass sie eine Spaltung dieses Ministeriums zur Folge hätten. V spricht in diesem Zusammenhang eher von Abstimmungsproblemen zwischen den beteiligten Ministerien. Bei dem Beispiel von Holztransporten oder Lohe sei einerseits der Landwirtschaftsminister, zum anderen der Handelsminister oder der künftige Eisenbahnminister zuständig. In diesem Zusammenhang spricht er die Problematik der Differentialtarife an und die damit einhergehende Verteuerung ausländischer Waren über die Transportkosten. Grundsätzlich sei zunächst zu klären, welche Aufgabe ein Ministerium zu erfüllen habe. In dem Zusammenhang sollte auch festgelegt werden, dass ein Minister hauptsächlich Prinzipienfragen zu klären habe und Klei-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>nigkeiten delegiere. Die erneut von Bismarck aufgeworfene Frage nach einem Reichseisenbahnwesen kritisiert V scharf. Vor nicht allzu langer Zeit habe es geheiß, die Sache wäre erledigt, man könne sich dem Eisenbahngesetz zuwenden. Nun würde dies wieder in den Vordergrund geschoben. Dies würde nur zu erheblicher Unruhe in der Industrie führen. Man sei auf einem guten Weg, für alle Interessen Ausgleich zu finden. Man wolle den Eisenbahnkrieg, der so lange angedauert habe, nicht weiter fortsetzen, also könne man auch der Vorlage nicht zustimmen. Zugeständnisse wären nur dann möglich, wenn man wüsste, mit welchem Minister man es zu tun bekomme und die Richtung des Ministeriums kenne. Entscheidend sei auch, die <b>Kompetenzen des jeweiligen Ministers</b> festzulegen, so dass kein Raum für Interpretationen entstünde. Im Gegenzug sei man bereit, der Regierung einen größeren Spielraum einzuräumen. Im Gegensatz zu früher habe man immer mehr versucht, den Ministerien freie Hand zu lassen. Nun habe man aber einen Punkt erreicht, wo diese Nachgiebigkeit aufhören müsse. Man stünde vor dem Punkt, nur über das Etatgesetz eine weitreichende Änderung einzuführen. Dies müsse aber eine andere und würdigere Form haben. Bismarck solle klarstellen, welche Ziele er verfolge und wohin er den preußischen Staat mit seiner</p>	
--	--	--	--	--

			Verwaltung führen wolle. Erst dann sei es möglich, dass ihn eine Mehrheit unterstütze, die diese Ziele billige, oder dass eine Mehrheit ihm entgegentrete.	
34	Do, 28.3.1878, Nr. 74 (PDF: 44)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (73. Sitzung vom 27. März): Die Debatte zum Nachtrag zum Staatshaushaltetat wird fortgesetzt. V bemerkt, dass die <b>Fortschrittspartei</b> nie die Devise ausgegeben hätte, dem Ministerium keinen Groschen mehr zu geben. Die Fortschrittspartei habe immer zwischen privaten Gefühlen und politischen Pflichten unterschieden, das habe auch <b>Bismarck</b> anerkannt. Auf den Vorwurf, dass man anwesende Minister angreife, abwesende aber lobe, antwortet V, dass man über Tote nur Gutes spreche.	vgl. Andree, Band 35, S. 268-270
35	Sa, 30.3.1878, Nr. 76 (PDF: 47)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck der namentlichen Abstimmung über die <b>Abtrennung der Domänen und Forste</b> . V hat gegen den Antrag gestimmt.	
36	So, 31.3.1878, Nr. 77 (PDF: 49)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Monatsbericht über die <b>Akademie der Wissenschaften</b> vom Dezember 1877. V hat einen Vortrag über <i>die Kraniologie Illyriens</i> gehalten.	<i>Zur Craniologie Illyriens:</i> Monatsber. d. Kgl. Pr. Acad. d. Wissensch. Berlin, S. 769
37	Di, 2.4.1878, Nr. 78 (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über die Jahresversammlung des deutschen <b>Fischereivereins</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V einen Toast auf den Vorsitzenden ausgesprochen habe.	
38	Fr, 5.4.1878, Nr. 81	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 4. April): Thema ist die Errichtung einer <b>Irrenanstalt in Dalldorf</b> . V wies auf die Wichtigkeit dieser Angele-	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi-

	(PDF: 8)	unten	genheit hin. Berlin habe seine Pflichten in dieser Hinsicht etwas vernachlässigt. Dass die geplanten Ausführungen mehr Geld kosten werden, sollte nicht dazu führen, sich für ein schlechteres System zu entscheiden. Er spreche sich für die Vorlage aus und zweifle auch an, dass tatsächlich Mehrkosten für Unterhaltung und Verwaltung entstehen würden.	al zur SVV
39	Di, 9.4.1878, Nr. 84 (PDF: 12)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 8. April): Thema ist der <b>Etat für die Park- und Gartenverwaltung</b> . Es sollen zukünftig die Schuldiener zur Pflege der Schulgrundstücke herangezogen werden. Dies unterstützt V, aber nur unter der Prämisse, dass die Park- und Gartendeputation die Aufsicht behalte. V empfehle die Bewilligung der vollen Etatsumme, da die Mehrforderungen gering seien. Vs Antrag wird angenommen. Weiter setzt er sich dafür ein, dass das <b>Krankenhaus im Friedrichshain</b> die gleiche Etatsumme wie im Vorjahr zur Verfügung habe. Dann geht es um die Bewilligung einer Summe für den <b>Bau eines Sees bei Treptow</b> . V sei nicht der Auffassung, dass Arbeit zu geben und Arbeiter zu beschäftigen nichts mit Sozialdemokratie zu tun habe. Er empfahl aber die Bewilligung der Summe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
40	Mi, 17.4.1878, Nr. 91 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. April): Thema ist die <b>Anlegung eines städtischen Friedhofes</b> . V glaubt, sein Erstaunen darüber nicht länger unterdrücken zu können, dass man die vorliegende Angelegenheit als eine Fi-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV



			<p>nanzfrage behandeln wolle. Selbst, wenn Mittel der Stadt erforderlich würden, so sei doch das große Bedürfnis zur Anlegung eines solchen <b>Zentralfriedhofes</b> schon zu einer Zeit anerkannt worden, in der Berlin noch lange nicht so groß gewesen sei, wie jetzt. Er hätte vom Magistrat speziellere Vorschläge erwartet als dies in der Vorlage geschehen sei. Er würde sich jedoch über dieses formelle Bedenken hinwegsetzen, wenn er die Gewissheit hätte, wie der Magistrat eine solche Anlage gegenüber der bestehenden Gesetzgebung gestalten wolle. Ihm scheine dies nicht so leicht, denn die Hauptschwierigkeit liege in den konfessionellen Begräbnisplätzen. Für V sei auch aus der Vorlage nicht ersichtlich, ob der Magistrat auf dem Zentralfriedhof besondere konfessionelle Abteilungen einrichten wolle, was er persönlich bedauern würde. Er sei der Ansicht, wenn man den Zentralfriedhof einrichte, müsse man die konfessionellen Kirchhöfe bestehen lassen. Der <b>Zentralfriedhof</b> müsse <b>frei von konfessionellen Abteilungen</b> bleiben. Es gebe in Berlin fast keine Kirchengemeinde, die bei einem Begräbnis nur die wirklichen Kosten erhebe, sondern das der Familie getroffene Unglück dazu benutze, derselben noch eine beträchtliche Steuerquote aufzuerlegen. Viele Kirchengemeinden existierten nur durch die Einkünfte aus Beerdigungen und, wenn man dieses System auch</p>	
--	--	--	---	--

			nicht abstellen könne, so habe doch die Stadt die Aufgabe, durch die Anlegung des Zentralfriedhofes eine Änderung der Zustände anzubahnen. Auch die Auswahl des Grundstücks sei sehr wesentlich, aber er empfehle dringend, den Magistrat zu unterstützen und auf die Einrichtung einer gemischten Deputation einzugehen.	
41	Mi, 24.4.1878, Nr. 95 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck einer Aufforderung des Zentral- <b>Wahlkomitees</b> der <b>Fortschrittspartei</b> . Zu den nächsten Wahlen benötige man, mehr als sonst, die Unterstützung der Wähler. Es gelte, den Volkshaushalt vor neuen Steuerbelastungen zu schützen, große Erwerbszweige gegen Beunruhigungen zu stabilisieren, der Sozialdemokratie entgegenzutreten und der Verteuerung des Lebensbedarfes Einhalt zu gebieten. Dazu brauche man dringend finanzielle Unterstützung über einen <b>Wahlfonds</b> und hoffe auf großzügige Unterstützung. V hat als Teil des geschäftsführenden Wahlkomitees mit unterzeichnet.	s. a. 9.6.1878
42	Fr, 26.4.1878, Nr. 97 (PDF: 29 u. 30)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 25. April): Es wurde der <b>Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters</b> gewählt. Auch V gehört dazu. Dann wird erneut über die <b>Anlegung eines städtischen Friedhofes</b> debattiert. Es wird nur kurz erwähnt, dass V einige persönliche Bemerkungen gemacht habe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
43	Do,	3. Beilage,	Bericht über das fünfzigjährige Jubiläum	

	2.5.1878, Nr. 102 (PDF: 3)	S. 2, 3. Spalte mittig	der <b>Gesellschaft für Erdkunde</b> in Berlin: V ist als Vertreter der BAG anwesend.	
44	Fr, 3.5.1878, Nr. 103 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Mai): Thema ist die <b>Abnahme des Baus des Radialsystems III der Kanalisation</b> und die Zahlung der Bauprämie an Baurat <b>Hobrecht</b> . V führt aus, dass Hobrecht in loyalster Weise seine Pflicht erfüllt habe und man ihm keine Verzögerungen zur Last legen könne. Die Verzögerung des Baubeginns habe eher in den Planungsschwierigkeiten gelegen. Hobrecht selbst habe den Beginn immer wieder angemahnt. Dennoch könne man die Angelegenheit in einem Ausschuss vorbereiten, um alle Punkte zu klären.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
45	Fr, 3.5.1878, Nr. 103 (PDF: 7)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Bericht über das fünfzigjährige Jubiläum der <b>Gesellschaft für Erdkunde</b> in Berlin (Schluss): V wird lediglich als Gast erwähnt.	
46	Fr, 10.5.1878, Nr. 109 (PDF: 14)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Mai): Kurze Erwähnung, dass V zum Thema <b>Zentralfriedhof</b> einige Aussagen gemacht habe, die der SV <b>Dr. Schulz</b> korrigieren wolle.	nichts bei Andree
47	Di, 14.5.1878, Nr. 112 (PDF: 18)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Aprilsitzung): Nach den geschäftlichen Mitteilungen geht V auf einen <b>Silberfund in Posen</b> ein und knüpft daran einige Bemerkungen zu den Handelsstraßen. Gerade über die Herkunft der Münzen ließen sich die Reiserouten nachvollziehen und es entstünde ein ganzes Netz von Handelsniederlassungen. V plant, ein vollständiges Verzeichnis derartiger Funde anzulegen	<i>Silberfunde im Norden und Osten Europas: VBAG 10, S. 206-213</i> <i>Über die Existenz des Menschen während der Diluvial-</i>

			<p>und eine Karte anzufertigen, aus der die geographischen Abgrenzungen ersichtlich sein würden. Später spricht V über die wahrscheinlich älteste <i>Fundstelle Norddeutschlands</i>. Es handle sich um einen Gipsbruch in der Nähe des Dorfes <b>Thiede</b> bei Wolfenbüttel. Dort gebe es vielfältige Fundstücke. V legt Feuersteinstücke vor, die er selbst gefunden habe. Anhand der verschiedenen Gesteinsschichten ließe sich nachweisen, dass die in unteren Schichten vorkommenden, bearbeiteten Feuersteinstücke wesentlich älter seien, als die in höheren Schichten auftretenden Mammutknochen. Es könnte damit die Existenz des Menschen vor der Existenz der Mammuts bewiesen werden.</p>	<p><i>zeit in Norddeutschland, namentlich in der Gegend von Thiede:</i> VBAG 10, S. 213-218</p>
48	<p>So, 9.6.1878, Nr. 133 (PDF: 10)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p>Abdruck eines Aufrufes des <b>Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei</b>: Für Berlin gelte es, die sozialistischen Reichstagsabgeordneten zu bekämpfen. Damit sei ein Ziel formuliert, dass jeder Bürger unterstützen könne. Der Fortschrittspartei falle jetzt die Aufgabe zu, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dieses Ziel zu erreichen. In jedem der sechs Reichstagswahlkreise gebe es einen Wahlverein der Fortschrittspartei. Mit der Anzahlung einer Mark könne man Mitglied des Vereins werden. Für die bevorstehende Wahl habe man ein Zentralbüro ins Leben gerufen, das unter der Leitung von <b>Dr. Hermes</b> stehe. Der Wahlkampf sei ein Krieg und zu</p>	

			<p>einem solchen Kriege gehörten Mannschaften und Geld. Man bitte daher um Geldspenden und richte sich dabei besonders an die wohlhabenden Parteigenossen, um einen <b>Wahlfonds</b> aufzubauen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
49	<p>Di, 18.6.1878, Nr. 140 (PDF: 19)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten</p>	<p><b>Wahlauf Ruf</b> der deutschen <b>Fortschritts-</b> <b>partei</b>: Die Neuwahlen stünden bald bevor und es gelte, der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Man hoffe auf eine Stärkung der Rechtsordnung und strenge und unparteiische Handhabung der Gesetze. Man werde nicht vergessen, die Einrichtungen zu fördern, die die Unterstützung der Arbeiter in wirtschaftlicher, intellektueller und sittlicher Beziehung bezwecken, man bekämpfe Sonderinteressen, die Staat und Gesellschaft zersetzen. Die Kraft des politischen Handels liege nicht in stetigem Kampfe, sondern beruhe auf dem Zusammenwirken mit der Mehrheit der Volksvertretung. Grundlagen seien staatsbürgerliche und wirtschaftliche Freiheit, gleiches Recht und eine parlamentarische Verfassung. Der Wähler solle bedenken, dass man den Reichstag für volle drei Jahre wähle und in dieser Zeit viele wichtige Entscheidungen zu treffen sein werden. Nun hieße es, der Fortschrittspartei im Parlament neue Kraft zu verleihen. V ist Mitunterzeichner.</p>	
50	<p>Mi, 19.6.1878,</p>	<p>1. Beilage, S. 2,</p>	<p><b>BAG</b>: V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und verweist auf den</p>	<p><i>Über Eskimos</i>: VBAG 10,</p>

	Nr. 141 (PDF: 21)	2. Spalte mittig	diesjährigen <b>DAG-Kongress</b> in <b>Kiel</b> . Dann erinnert er an die <i>Eskimos</i> , die im zoologischen Garten zu sehen waren. Es seien Photographien angefertigt worden, die den Angehörigen der BAG noch weiterhin zur Verfügung stünden.	S. 185-188
51	Fr, 21.6.1878, Nr. 143 (PDF: 24-25)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	Bericht aus der <b>Versammlung der Vertrauensmänner des 2. Reichstagswahlkreises der Fortschrittspartei</b> vom 18. Juni: Zweck der Versammlung war die Besprechung zur Vorbereitung der Wahlen. V hatte die Leitung als <b>Ehrenpräsident</b> übernommen. Er wies darauf hin, dass es die Fortschrittspartei nicht nötig habe, ihr Programm zu ändern und darum einig und mit großer Zuversicht in die Wahlbewegung eintrete. Wichtig sei nur, dass sie ihre Ziele im Volk vermitteln könne. Nach der Besprechung der Tagesordnung kommt der Vorschlag, nicht eine fortschrittliche, sondern eine liberale Wählerversammlung abzuhalten. V möchte sich dazu zunächst der Zustimmung des <b>nationalliberalen</b> Wahlkomitees versichern. Weiter spricht er sich für eine Einladung über Karten aus. Dies wird dann auch beschlossen, dazu aber auch eine Einladung in der Zeitung.	
52	Fr, 21.6.1878, Nr. 143 (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Juni): Thema ist die <b>Wasserversorgung</b> eines Teiles von <b>Charlottenburg</b> . V sei der Ansicht, dass die Angelegenheit keine Eile habe und man sie deshalb sorgfältig prüfen könne. Er schlage die Verweisung an einen Aus-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			schluss vor. Dieser Antrag wurde genehmigt.	
53	Fr, 28.6.1878, Nr. 149 (PDF: 33-34)	S. 4, 2. Spalte mittig f.	Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 26. Juni: V als Vorsitzender des Wahlkomitees der Fortschrittspartei eröffnet die Versammlung. Man habe beschlossen, gemeinsam mit der <b>national-liberalen Partei</b> vorzugehen. Man habe diese Kooperation dem Abgeordneten <b>Klotz</b> zu verdanken. Mit ihm habe man eine Bürgschaft für eine erfolgreiche politische Tätigkeit. V hoffe, dass die Wahlbewegung von diesem Geist getragen werde und im ganzen Reich ein leuchtendes Beispiel gebe. Wenn man nicht die Einigung aller liberalen Kräfte herbeiführe, werde sich die Zukunft trübe gestalten. Dazu müssten auch die kleinen Kämpfe innerhalb der Partei aufhören. Als die Kandidatur von Klotz aufgestellt wird, erhebt sich die Frage, ob Klotz auch im 6. Wahlkreis als Kandidat zur Verfügung stünde. V erwähnt dazu die Wahlniederlagen des 4. und 6. Wahlkreises bei den letzten Wahlen gegen die Sozialdemokraten. Natürlich wolle man da auch einen so fähigen Kandidaten wie Klotz haben. Aus dem Auditorium werden Rufe nach V für den Wahlkreis laut. Dieser winkt ab mit der Begründung, dass man bei dieser Gelegenheit nicht darüber entscheiden könne, das liege in der Hand des 6. Wahlkreises.	

54	So, 30.6.1878, Nr. 151 (PDF: 37-38)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben f.	Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler im 6. Berliner Reichstagswahlkreis vom 28. Juni</b> : V sei in Vertretung und auf Wunsch des Vorstandes gekommen, da man keinen Abgeordneten habe, der kommen könne, um Rechenschaft zu geben über das, was er geleistet habe. Da V seit Jahren den Wahlkreis im HdA vertrete, stünde er den Wählern näher als einer seiner politischen Freunde. Beim letzten Wahlsieg der Sozialdemokraten sei nicht die Anzahl der Sozialisten entscheidend gewesen, sondern Zweifler hätten sich weder durch Fortschrittsmänner noch durch Nationalliberale ausreichend vertreten gefunden. Dazu kämen noch diejenigen, die wirklich Not leiden; diese seien mit falschen Versprechungen gelockt worden. Aber eins hätten mittlerweile die arbeitenden Klassen gelernt, dass nicht sie allein es sind, die von der Not gedrückt würden und dass der Staat selbst, weil die Mittel nicht mehr so reichlich flössen, sich in seinen Bedürfnissen beschränken müsse. Man könne nur hoffen, dass diese beiden Gruppen sich wieder der <b>Fortschrittspartei</b> anschließen. Man wolle die Leute nicht ködern, aber wirklich das einhalten, was man zugesagt habe und sich gegen die Erhöhung der Lasten für das Volk und gegen die Verkümmern der Freiheiten einsetzen. Man habe sich immer gegen die Sozialdemokraten gestellt, deswegen könne V	<i>Hödel, Max</i> : *1857, †1878; Attentäter auf Kaiser Wilhelm I., wurde zum Tode durch Enthauptung verurteilt  Sozialismus und Reaktion: gehalten am 28. Juni 1878 in der Versammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei im 6. Berliner Reichstagswahlkreis/ Vortrag des Abgeordneten Prof. Dr. Virchow. Berlin. Troitzsch & Ostertag, 1878
----	--	--	--	--



			<p>auch die Vorwürfe, die Fortschrittspartei sei schuld am Aufkommen der Sozialdemokratie, nicht verstehen. Seit mehreren Wahlperioden schicke man nun Männer in den Landtag, die nur das tun, was <b>Bismarck</b> wolle, um den Versuch zu machen, eine reine <b>Bismarckpartei</b> ins Leben zu rufen. Und nun würden Rufe nach weitgehenden Vollmachten gegen die Sozialdemokratie laut. Die Annahme allerdings, dass es nach dem Attentat <b>Hödels</b> sinnvoll gewesen wäre, im Reichstag ein Sozialistengesetz zu verabschieden, hält V für falsch. Er stelle eher die Frage, ob ein Gesetz wirklich einen Mord verhindern könne. Die ruchlose Tat des Einzelnen könne durch kein Gesetz verhindert werden, und wolle man Verdächtige damit treffen, so organisiere man damit nur die Verschwörung. Dann geht V auf das <b>Gesetz zur Verhütung des Missbrauchs der Vereinsfreiheit</b> ein, dass alles hätte unterdrücken sollen, allerdings ohne Erfolg. Dies habe aber nicht am Gesetz gelegen. Problematisch daran sei eher die schwierige Abgrenzung des Begriffs, was unter sozialistische Zwecke falle. Im Übrigen habe man die Dinge einfach laufen lassen, Hauptsache sie richteten sich gegen die Fortschrittspartei. So lange die liberalen Parteien den mächtigen Einfluss im Lande besaßen, schritt man nicht gegen die Sozialdemokratie ein. Man sei überzeugt, dass</p>	
--	--	--	---	--

		<p>der Feldzug nicht der Sozialdemokratie, sondern den Liberalen gelte. Dies müsste auch den Wählern auffallen. Man sei versessen darauf, die <b>Sozialdemokratie</b> als die Haupturheberin des Sittenverfalls hinzustellen. Wenn die Rohheit der Massen gewachsen sei und die öffentliche Moral abgenommen habe, war dies lediglich die Schuld der Sozialdemokratie; Kirche und Schule habe man dabei völlig vernachlässigt. Dabei müsse man vielmehr die eigene Nachlässigkeit verantwortlich machen. Zunächst <b>Schulze-Delitzsch</b> und später auch er selbst hätten auf ein Unterrichtsgesetz gedrängt, aber ohne Erfolg. Konsequenz daraus sei, dass Jugend aus Schule und Konfirmandenunterricht herauskäme ohne sittliche Bildung und da helfe auch kein Gesetz. Stattdessen habe die Fortschrittspartei immer Sparsamkeit, Ordnung, Sittlichkeit und Selbsttätigkeit gepredigt. Man könne nicht hier beschränken und dort freigeben, man könne keine Verfassung schaffen, wenn man für die einzelne Kraft das Gegengewicht außer Acht lasse. Daher müsse man auch die letzte Konsequenz ziehen, die in der <b>Verantwortlichkeit der Minister</b> bestehe. Es gebe nur den einen Mann, der sich selbst verantwortlich sei und wenn das so weiterlaufe werde man schließlich eine Dynastie Bismarck haben. Nun rückten auch Bismarcks Söhne nach, um sich um ihres Namens wil-</p>	
--	--	---	--

			<p>len wählen zu lassen. Neben einer solchen „<b>Hausmeierschaft</b>“ könne das allgemeine Wahlrecht nicht bestehen, man könne nicht nur solche wählen, die das wollten, was Bismarck wolle. Entscheidend sei, dem zu folgen, was man selber wolle. Man habe mit allen Ministern Gesetze gemacht, sobald man nur die geringste Übereinstimmung fand. Nun gehe es darum, das Maß von Freiheit und Recht, das noch bestehe, möglichst ungeschmälert zu erhalten. Auf neue Rechte dürfe man nicht hoffen. So sei es wichtig, nur Männer zu wählen, die für die Verteidigung der Freiheit auch tatsächlich einstünden.</p> <p>Nach Vs Rede teilt der Vorsitzende Stadtverordneter <b>Keilflug</b> mit, dass V nicht zu bewegen sei, die Kandidatur anzunehmen.</p>	
55	Di, 2.7.1878, Nr. 152 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2,3. Spalte mittig	<p>Bericht über die diesjährige <i>Exkursion der BAG nach Luckau [Sommerexkursion]</i>: Vs Name führt die Liste von Teilnehmern an. Als kleine Anekdote wird über Vs Transportmittel vom Frühstück zur Grabungsstätte berichtet. Hierbei handelt es sich um die Equipage des ehemaligen Ministers <b>von Manteuffel</b>, dessen Politik nicht gerade im Sinne Vs gewesen sei. Aber im Rahmen des einträchtigen Beisammenseins hatte die Anthropologie verbindenden Charakter. Später wird V eine schöne <b>Buckelurne</b> mit Inhalt vorgelegt. Am Abend gab es ein Festdiner, auf dem V eine längere Rede hielt. Zunächst be-</p>	<p><i>Bericht über die Exkursion nach Luckau und Umgegend: VBAG 10, S. 289-296</i></p>

			<p>grüßte er es, dass auch eine Frau die Exkursion begleitet habe, dies gebe Hoffnung für zukünftige Fahrten. Weiter geht er auf die anthropologische Bedeutung der <b>Niederlausitz</b> ein. Später verliest er ein Telegramm <b>Dr. Beckenstadts</b> aus Paris, der viel Spaß und gutes Gelingen wünscht. Dann spricht <b>Dr. Behla</b>, als Vertreter der deutschen Wissenschaft, einen Toast auf V aus.</p>	
56	Fr, 5.7.1878, Nr. 155 (PDF: 7)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>SGWV</b>, herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> (Hefte 293-297). Es werden kurz einzelne Aufsätze vorgestellt.</p>	
57	So, 7.7.1878, Nr. 157 (PDF: 11)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<p>Bericht über die <b>Versammlung der Vertrauensmänner der vereinten liberalen Parteien</b>, in der die Organisation für den 6. Reichstagswahlbezirk zum Abschluss gebracht werden soll. Der Vorsitzende SV <b>Keilflug</b> teilt mit, dass V den Wunsch geäußert habe, zu den Wahlmännern zu sprechen. Zunächst geht V darauf ein, dass er die Kandidatur im Wahlkreis abgelehnt habe. Er tue dies nicht, weil er nicht wolle, sondern nicht könne; er käme sonst seinen wissenschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr nach. Er sei der Auffassung, dass er der Welt als Gelehrter mehr nützen könne denn als Reichstagsabgeordneter. Er verweist auf seinen Freund <b>Klotz</b>, der seine Aufgaben gut machen werde. Man habe ihm zwei Flugblätter zugestellt: Das erste von den <b>Sozialdemokraten</b>, das zweite</p>	

			<p>von den <b>Christlich-Sozialen</b>. Erstere hätten sich das Programm der alten liberalen Partei angeeignet und es für ihr eigenes erklärt. Diese würden sich zu anderen Zwecken hinter diesen Grundsätzen verkriechen. Jene Männer, die das Erbrecht antasten, das Eigentum teilen wollen, die Ehe verleugnen, die Staatsidee nicht achten und kein Vaterland kennen, hätten mit diesem Programm nichts gemein. Man wolle damit die Leute nur ködern. Die Christlich-Sozialen ihrerseits täten, als ob sie die Sozialdemokratie und die Fortschrittspartei für Geschwister halten müssten. Ein Stück Wahrheit sei aber dabei, wenn man ihn und seine Mitstreiter die Pioniere der Sozialdemokratie nenne. Schließlich habe man den Boden der Freiheit auf dem sie gedeihen, geschaffen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wolle man aber <b>Freiheit für alle</b> gewinnen. Dieser Begriff sei aber von verschiedenen Leuten unterschiedlich gedeutet. Die Regierung liebe nur die Freiheit, die ihr nicht unbequem sei, und sie gönne sie nur denen, die sie nach ihrer Ansicht gut benutzen könnten. Aber man dürfe die Leute nicht ausschließen, die unbequem seien, man müsse alle beteiligen. Es gebe ja kein anderes Mittel, sich selbst die Freiheit zu sichern. So lange gewisse Stände ausgeschlossen seien, habe sich die Entwicklung der Staaten nur von Revolution zu Revolution fortbewegt, erst das <b>all-</b></p>	
--	--	--	---	--

			<p><b>gemeine gleiche Wahlrecht</b>, schaffe Ruhe und Frieden, wenn aus ihm die richtigen Männer hervorgingen. Man sei noch nicht so weit, trotz des allgemeinen Stimmrechts. Unter dieser Reichsverfassung sei das nicht möglich. Die Regierung habe bisher drei große Kriege geführt, zuerst gegen die Fortschrittspartei, dann gegen die Ultramontanen und nun gegen die Sozialdemokratie. Alle Parteien sollten nun darauf achten, dass man nicht für neue Konflikte Sorge. Abschließend geht V auf die Vorwürfe ein, man teile mit der Sozialdemokratie die gleichen religiösen Standpunkte. Hier bestehe gar keine Verwandtschaft. Die <b>Religion sei die Angelegenheit jedes einzelnen Menschen</b>, nicht die des Staates. Der Glaube müsse herausgelassen sein aus politischen Dingen, die Politik solle nichts mit der Religion zu schaffen haben. Credo sei: „Schafft jedem guten Glauben in Preußen Freiheit und gebt für Alle gleiches Recht! Keine Staatsreligion, keine Synoden, keinen Bischof!“ Er respektiere die religiöse Überzeugung überall, aber er könne sich nicht denken, dass das, was Synoden und Päpste vorschrieben, besser sein könne als die Religion, die jeder Mensch in seiner Brust trage. Nach Vs Ansicht würde die Sozialdemokratie dem Menschen vorschreiben, was er zu glauben habe und da gäbe es keinen Unterschied zu den Christlich-Sozialen. Es sei ihm wichtig</p>	
--	--	--	---	--

			diesen Betrug aufzuzeigen.	
58	So, 7.7.1878, Nr. 157 (PDF: 12)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 27. Juni): V eröffnet als Vorsitzender die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Er beginnt mit der Nachricht von den Todesfällen von <b>Dr. Behrend</b> und <b>Prof. Hartt</b> . Weiter geht er auf die Neuerwerbung ein, die er für die Gesellschaft gemacht habe. Es handelt sich dabei um ein Werk von <b>Koller</b> über die <b>Idole von Prillwitz</b> .	<i>Nachruf für Carl Hermann Behrend:</i> VBAG 10, S. 257 <i>Nachruf für prof. Hartt:</i> VBAG 10, S. 257 <i>Über die sog. Idole von Prillwitz:</i> VBAG 10, S. 264-268
59	Di, 16.7.1878, Nr. 164 (PDF: 20)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Zu den Wahlen: Der <b>Vorstand der vereinigten liberalen Parteien im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> hat einen Aufruf abgedruckt, den Abg. <b>Klotz</b> als Kandidaten zu unterstützen. Von der jetzigen Wahl hinge das Geschick des Landes ab. Dafür wäre die Einigkeit der liberalen Wähler nötig. Das Land habe deutlich zu zeigen, dass es den verwerflichen Bestrebungen der Sozialdemokratie entgentrete. Recht und Freiheit müssten auch im zukünftigen Reichstag durch eine freisinnige Mehrheit erhalten bleiben. V ist Mitunterzeichner.	
60	Mi, 17.7.1878, Nr. 164 (PDF: 22-23)	S. 4, 3. Spalte unten f.	Bericht über die <b>Versammlung der Wähler im 1. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 15. Juli: V hat es auf Wunsch aller Parteien übernommen, über den Verlauf und das Resultat der Beratungen zur Kan-	

		<p>didatenfrage zu berichten. Er habe gezögert zu sprechen, aber das liberale Wahlkomitee habe gemeint, dass er am unbefangenen sei. Für die liberalen Parteien gelte es, nicht nur sozialdemokratische Ausschreitungen, sondern auch reaktionäre Gelüste zurückzuweisen. Dafür müssten alle Kräfte zusammengehalten werden. V</p> <p>erläutert dann den Gang der Kandidatenfrage. <b>Dr. Max Hirsch</b> sei vorgeschlagen worden, später habe es dann, trotz vorheriger Einigkeit, Bedenken gegeben, dass der Kandidat den Wahlkreis nicht zusammenhalten könne. Man habe immer betont, dass dem Wahlkreis die volle Freiheit der Entscheidung bleiben müsse und dass keine äußere Beeinflussung stattfinden dürfe. Nun sei der Kandidat aber von den <b>Gewerkvereinen</b> als einzige Alternative angesehen worden und es drohe bei Nichtaufstellung, dass die Vereine der Fortschrittspartei ihre Stimmen entzögen. Er hoffe, dass dies bloß vereinzelte Stimmen gewesen seien. Wäre das wirklich die allgemeine Stimmung, dann würden die Gewerkvereine darauf verzichten, eine politische Meinung zu vertreten; dann würden sie sich als Interessenpartei darstellen.</p> <p>Wenn sie wegen dieser Angelegenheit mit den Gegner stimmten, dann hörten sie auf, als Wähler den richtigen Begriff von politischer Ehre zu haben. Also dürfe man sich der Forderung der Gewerkvereine nicht</p>	
--	--	--	--



		<p>unterwerfen. Es möge ja wünschenswert sein, dass alle berechtigten Interessen ihre Vertreter im Reichstage haben, aber man dürfe diese Bestrebungen nur unter der Voraussetzung für zulässig halten, dass sie von politischen Männern geübt werden, die es einsehen, dass in Momenten von entscheidender Bedeutung das Wohl des ganzen Landes höher stehe, als der Vorteil der einzelnen Interessengruppe. Nun wurde bei einer Besprechung festgestellt, dass in Hinblick auf den Verlauf der letzten Wahlen, ein Wahlsieg Hirschs eher unwahrscheinlich sei. Dieser sei dann von der Kandidatur zurückgetreten; dies sei gar nicht hoch genug anzuerkennen und dürfe nicht vergessen werden. Nun stehe <b>Prof. Hänel</b> als einziger Kandidat für die vereinten liberalen Parteien. Dessen Wahl sei allerdings nach den heutigen Ergebnissen auch fraglich, vielleicht biete die Nachwahl eine Chance. Aber es sei von größter Wichtigkeit, dass ein Mann von solcher Autorität als Jurist und mit so glänzender Redegabe gleich in den ersten Sitzungen anwesend sei. Die Zahl der bedeutenden Redner sei von Session zu Session kleiner geworden, die Arbeitslast für jeden Einzelnen größer. Es fehle der energische Nachwuchs und das werde schlimmer werden. Alle hätten mit Resignation zu kämpfen. Das Leben eines Abgeordneten sei eine Aneinanderreihung von solchen</p>	
--	--	---	--

			<p>Resignationen. Jeder habe auf irgendeine Hoffnung verzichtet, mit der er ins Parlament getreten sei und müsse froh sein, wenn er von dem, was er voll und ganz haben wollte, nur ein kleines Stück gerettet habe. Auch die Wähler müssten da Zurückhaltung üben; nicht bloß die Mitglieder der Gewerkvereine, die auf die Kandidatur ihres Anwalts verzichten müssen, sondern auch die Freunde von der nationalliberalen Partei. Aber nur der Zusammenhalt sichere die Chancen der Liberalen bei der Wahl. Man bringe ein Opfer, dass Wert sei, durch gute Resultate belohnt zu werden.</p> <p>In einer weiteren Wortmeldung ergänzt V eine Aussage aus der letzten Komiteesitzung. Dr. <b>Hermes</b> habe nicht vor, bei einer etwaigen Nachwahl im ersten Wahlkreis zu kandidieren.</p>	
61	Do, 18.7.1878, Nr. 166 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<p>Bericht über die <b>Versammlung der fortschrittlichen und nationalliberalen Wähler der Anhalter und Potsdamer Vorstadt</b> vom 16. Juli: Ziel ist es, gegen die Kandidatur des konservativen Ministers <b>Falk</b> Stellung zu beziehen. V spricht zunächst das Problem an, dass jeder preußische Minister, der in den Reichstag gewählt werde, für <b>Bismarck</b> stimmen müsse und der Kanzler werde dies verlangen. Das liege in seiner Stellung als die einzig verantwortliche Person der deutschen Reichsregierung. Er bestreite nicht, dass</p>	

			<p>Falk ein liberaler Minister sei, aber eben deshalb möchte er ihn nicht in diesen unwürdigen Zustand versetzen. Wichtig sei, nur völlig unabhängige Männer in den Reichstag zu schicken, um zu retten, was man noch habe. Dann kommt V zu den <b>Sozialdemokraten</b>. Man halte diese gar nicht verantwortlich für die Schandtaten von Kriminellen. Man sei bereit, die Strafbestimmungen zu verschärfen, aber nicht, die Vollmachten nach Belieben zu vergeben. Jetzt verlange die Regierung Vollmachten, damit sie die Führer der Sozialdemokratie fassen könne, aber dabei gelte schon jetzt, wenn einer sich strafbar gemacht habe, so sei er schon jetzt fassbar. Man könne keine Vollmachten für bloße Verdachtsfälle geben, dann hätte man einen Polizeistaat. Man wolle gegen die Sozialdemokratie kämpfen und mit jedem kooperieren, der sie dem Volk entfremde, aber zu dem Schritt, jemanden auf Verdacht hin fassen zu lassen, werde man sich nie entschließen. Ziel in Preußen sei, dass der Gedanke frei bleibe. Die geplanten Ausnahmegesetz würden aber das Übel von außen nach innen treiben und zu geheimen Gesellschaften führen. In dem Sinne bitte V, <b>Klotz</b> zu wählen und nicht Falk.</p>	
62	So, 21.7.1878, Nr. 169	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte	<p>Bericht über die <b>Versammlung der fortschrittlichen und nationalliberalen Wähler des 2. Berliner Wahlbezirks</b></p>	

	(PDF: 35)	unten	<p>vom 19. Juli unter Vorsitz des Abg. <b>Knörke</b>. Hauptpunkt des Abends war die vernichtende Kritik, die V gegen die Wahlaufrufe der Gruppe von <b>Treitschke</b> äußerte. V beginnt damit, dass er eigentlich nur gekommen sei, um die Vertreter der nationalliberalen Partei zu hören, die aber noch gar nicht da seien. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass diese auf Einladung v. Treitschkes auf einer anderen Versammlung weilten. Dort würde für die Kandidatur <b>Falks</b> geworben. Auch ihm sei eine Einladung zugestellt worden, angeblich auch im Namen der nationalliberalen Komiteemitglieder, die eigentlich mit der Fortschrittspartei gingen. V halte das für eine <b>Fälschung [von Einladungen]</b> und hebe damit hervor, zu was für Mitteln die Partei Treitschke greife. Dann geht er auf zwei Flugblätter ein, die er bekommen habe, die gefüllt seien mit Schmähungen und Beschimpfungen. Die Vorwürfe, dass die <b>Fortschrittspartei</b> durch ihr Verhalten die Sozialdemokratie gefördert habe und nun auch noch dem Kaiser die nötigen Mittel zu deren Unterdrückung verweigere, weist V zurück. Weitere Behauptungen seien, dass die Wahl eines <b>Sozialdemokraten</b> und die Wahl eines Fortschrittlers auf das gleiche hinaus liefen und, dass mit der Ablehnung der Ausnahmegesetze, weitere Attentate stattfinden werden und es zu sittlichem Verfall käme. V habe immer ge-</p>	
--	-----------	-------	---	--

			<p>glaubt, dass es darauf ankäme, die Sozialdemokraten auszutrocknen. Nach v. Treitschke solle das <b>Ausnahmegesetz</b> lediglich dazu dienen, deren Ausbreitung zu verhindern. Wenn dem so sei, dann begreife er nicht, wie die Dynastie und die öffentliche Sicherheit besser dran sein sollten als bisher. Ein Attentat zu verhindern wäre nur dann möglich, wenn der Verbrecher vorher anzeige, dass er ein Attentat begehen wolle. V würde gern erfahren, wie es v. Treitschke gelingen wolle, einen Menschen, der sein eigenes Leben wagen wolle, von einem Mord oder Königsmord abzuhalten. Die Erfahrungen der früheren Jahrhunderte würden beweisen, dass auch das härteste Strafmittel nicht abschrecke. Man habe im Reichstag und in der Presse darauf hingewiesen, dass die Regierung jahrelang gezögert habe, die bestehenden Vollmachten gegen die Sozialdemokratie anzuwenden. Wenn jemand noch Zweifel habe, ob die bestehende Gesetzgebung genüge, um solche Niederträchtigkeiten zu unterdrücken, so verweise er auf die gegenwärtige Praxis. Solange aber nicht genau feststehe, was ein Sozialdemokrat sei, könne man nicht Ansprüche darauf erheben, gegen die Sozialdemokratie besondere Vollmachten zu erhalten. Wenn die Regierung die Notwendigkeit stärkerer Strafbestimmungen nachweise, so werde man nach gewissenhafter Prüfung entscheiden,</p>	
--	--	--	--	--

			<p>aber man mache keine Gesetze gegen eine Partei, sondern gegen die Person, die strafbare Handlungen begehe. Das hieße, wenn die Konservativen den Staat unterwühlten, müssten sie ebenso bestraft werden, wie die Sozialdemokraten. Wenn aber v. Treitschke der Meinung sei, dass seine Ausnahme Gesetze nicht das Mittel, sondern nur die Vorbedingung der Heilung seien, so müssten die Wähler doch wenigstens eine Idee davon haben, was nachher geschehen solle. Aber es seien nichts als Phrasen und Täuschungen, wie auch die Wahlkarte. Ein weiteres Thema ist die Präsenzstärke der Armee. Das Recht, die Präsenzstärke zu bestimmen, sei keine Erfindung der Fortschrittspartei, sondern ein verfassungsmäßiges Recht, das man nicht ausübe, um die Nation wehrlos zu machen, denn daran könne keine Partei Interesse haben. V fragt sich, wo v. Treitschke mit seinem Liberalismus hinwolle. Ob dieser die Verfassung selbst antasten wolle, nachdem er das Press- und Vereinsrecht vernichtet habe. Er und seine Partei seien keine freien und unabhängigen Männer, sie begeben sich in die Knechtschaft. V möchte ihnen dieses Experiment gönnen, er möchte ihnen sogar ein Ausnahme Gesetz dazu bewilligen, da aber leider die Freiheit aller mitbeteiligt sei, müsse man trotzdem auf alle Lockungen mit nein antworten.</p>	
--	--	--	--	--

63	Di, 23.7.1878, Nr. 170 (PDF: 37-38)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	<p>Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler des 2. Berliner Wahlkreises</b> vom 21. Juli: V als der unermüdliche und geniale Führer der Fortschrittspartei sprach vor ca. 4000 Personen über die Frage, was liberal sei und was nicht. V beginnt bei dem grundsätzlichen Problem, dass zurzeit nicht klar erkennbar sei, wer liberal sei und was man darunter verstehen könne. Die Sozialdemokraten sagten, dass sie mehr liberal seien, als alle anderen Liberalen. Die Anhänger von Falk behaupten, dass sie die wahren Liberalen seien, dass nur sie die Zukunft Deutschlands sichern könnten. Wer mit der Fortschrittspartei gehe, richte den Liberalismus und den Staat zu Grunde. Daher wünsche man, dass alle Berliner Wähler sich darüber klar seien was liberal sei und was nicht, und dazu berufe man die Wahlversammlungen. Nach Vs Auffassung hätte sich eine große Anzahl von Männern gegen die Fortschrittspartei gewendet, ohne dass man sie gleich reaktionär nennen könne. Deren Liberalismus reiche nur für die stillen Zeiten aus und sie kämen ins Schwanken, wenn große Entscheidungen zu treffen wären. Diese Verwirrung werde noch unterstützt durch die Existenz und Ausbreitung der <b>Sozialdemokraten</b>. Für diese gebe es keine genaue Klassifikation. Sie seien ein Kunstprodukt, geschaffen, um die große Masse der Arbeiter an der Hand geschick-</p>	<p><i>Coloradokäfer</i>: heute besser bekannt als Kartoffelkäfer; urspr. in Colorado beheimatet, dann über den Seeweg nach Europa gelangt; Schädling ohne natürliche Feinde; hat immer wieder im Laufe der Geschichte zu erheblichen Ernteaussfällen beigetragen</p>
----	--	--	--	--

			<p>ter Agitatoren dahin zu bringen, auf Wegen, die nie zum Heil führen, ihr Glück zu suchen und schließlich im Regiment <b>Bismarcks</b> das Heil zu sehen. Schon <b>Lassalle</b> hatte seiner Zeit engen Kontakt mit Bismarck. Was aber den inneren Zusammenhang in diesen Beziehungen anscheinender Gegner betreffe, so sei von vornherein klar, dass die Sozialdemokratie mit ihren Bestrebungen in den Polizeistaat hinein führe. Wenn in einer großen Stadt ein sozialdemokratisches Regiment etabliert wäre, dann würde der Polizei-Präsident jedem sein Pensum an Arbeit und seinen Teil am Genuss, sein Frühstück und Mittagessen diktieren und außerdem, welche Frau man sich nehmen sollte und wie viel Kinder man haben dürfe. Das sei keine Übertreibung, sondern die Konsequenz des Staates, der alle mit den gleichen Genüssen versehen wolle. So eine Welt könne es nicht geben. Man sei nun einmal nicht mit gleichen Muskelkräften und mit den gleichen geistigen Fähigkeiten geschaffen. Aus einem schwächlichen Geschöpf könne kein Riese werden und wer nicht das Gehirn dazu habe, werde sich nie zu einem großen Denker entwickeln. Es geht nicht anders, dem höheren Quantum an Leistung werde auch der höhere Lohn zugebilligt werden müssen. Man müsse sich an den Gedanken gewöhnen, dass von der menschlichen Gesellschaft eine gewisse</p>	
--	--	--	--	--



			<p>Ungleichheit nicht zu trennen sei, dass man nicht Gleichheit in Erwerb und Genuss haben könne, sondern nur die Gleichheit im Recht verlangen könne, dass der Reichste und Vornehmste vor demselben Richter stehe, wie der Geringste, nach demselben Paragraphen des Gesetzes auf dem Boden des gleichen Rechtes behandelt werde. Dazu habe man noch nicht alles erreicht, es gebe immer noch Vorrechte für Privilegierte, dies liege aber nicht an der liberalen Partei. V betrachtet die Nation auch nicht als die oberste Stufe der Entwicklung. Er sehe sich als <b>Cosmopolit</b>, bei ihm stehe die Menschheit an erster Stelle und erst innerhalb dieses freien Menschentums sei er zunächst ein deutscher Mann mit den Pflichten und Interessen, die aus dieser Eigenschaft für ihn erwachsen, aber wie die Familie in den Staat aufgehe, so der Staat in die große Gruppe menschlicher Entwicklung überhaupt. Deshalb sei sein höchstes Ziel der freie Mensch. Vielleicht wäre die Sozialdemokratie nicht möglich gewesen, wenn man sich nicht zur Freiheit entwickelt hätte und man könne den Vorwurf nicht ganz zurückweisen, dass sie hervorgegangen sei aus der Freiheit, die man geschaffen habe. Dann greift V nochmal Äußerungen v. <b>Treitschkes</b> aus den Flugblättern auf. Dieser hatte sich über die Einflussnahme auf die Präsenzstärke der Armee mokiert, V dagegen hält</p>	
--	--	--	---	--

			<p>genau dieses für das Grundprinzip der Verfassung. Ihm ist unerklärlich, wie ein Professor der Geschichte dies nicht einsehen könne. Man käme an die Armeeorganisation im Ganzen nicht heran, habe nur Einfluss auf die Kostenbewilligung im Einzelnen; daher ist die Bestimmung der Präsenzstärke die einzige Möglichkeit. Sich daraus mangelnden Patriotismus vorwerfen zu lassen, weist V zurück. Was man stattdessen diskutieren müsse, sei, ob die Männer, die sich für die Ausnahmegeetze begeistern, sich noch liberal nennen. Er kenne nicht den Wortlaut des neuen Gesetzentwurfs gegen die Sozialisten, aber nach allem, was man höre, verlange die Regierung auch in diesem Entwurf Vollmachten, die darauf hinauslaufen würden, das eigentliche Gesetz abzuschaffen und durch Bestimmungen des Bundesrats und der Polizei zu ersetzen. Das hieße, den Rechtsstaat aufzuheben und den Polizeistaat einzuführen. Weiter geht V auf den Vergleich des Ausnahmegesetzes mit dem <i>Coloradokäfer</i> von <b>Prof. Brunner</b> ein. Der Käfer sei mit seinen besonderen Merkmalen leicht zu erkennen. Finde man nun einen solchen Käfer, der ganz genau als Coloradokäfer bestimmt werden könne und bringe ihn zum Richter, dann könne der Richter sagen: es sei ein Coloradokäfer, schlägt ihn tot. Aber man könne nicht einen Sozialdemokraten auf den Tisch</p>	
--	--	--	---	--

			<p>stellen, ihn auf seine Merkmale untersuchen, wie einen Koloradokäfer. Schließlich habe dieser ja keine allgemeinen Merkmale. Wer ein richtiger Sozialdemokrat sei, der werde das, was ihn verraten könne, schon geheim zu halten wissen. Man wolle nicht, dass der Bürger auf Grund falscher Denunziationen oder Vermutungen solcher Behandlung ausgesetzt werde. Man wolle, dass die Verfolgung nur auf Grund strafbarer Handlungen möglich sei, aber nicht, dass man Leute wegen ihrer Geisteshaltung festnehme. Das wäre die <b>neue Inquisition</b>. In dem man dies verlange habe man nun wirklich keine Ähnlichkeit mit den Sozialdemokraten. Diese würden sich ja auch noch der Gönnerschaft der Konservativen erfreuen und hätten auch noch einen Bund mit den <b>Christlich-Sozialen</b>. Ironisch merkt V an, dass man nicht bloß sozial, sondern auch christlich sein müsse, dann sei man gut angesehen, nicht nur bei dem Herrn im Himmel, sondern auch bei den Herren dieser Welt. Er begreife nicht, wie eine so lächerliche Partei in Berlin überhaupt existieren könne. Hier erwähnt V <b>Stöcker</b>, den man auslache und gewähren lasse, er halte ihn nicht für gefährlich. Die Fortschrittspartei sei die einzige, die offen Farbe bekenne, alle anderen würden sich entweder verstecken oder nicht offen und ehrlich ihre Ziele äußern. Dies tue man als Fort-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>schrittspartei nicht erst seit heute. Man werde deshalb oft Prinzipienreiter genannt, aber es sei entscheidend, dass es Personen gebe, von denen man von vornherein wisse, nach welchen Prinzipien sie gegebenenfalls handeln werden. Also bleibe man bei den Grundsätzen, zu denen sich auch das Königsgeschlecht bekenne nach seiner Devise „Sincere et constanter“ (ehrlich und beständig). Das müsse man festhalten, dann werde man sich mit der Dynastie im vollsten Einklange befinden.</p>	
64	<p>Mi, 24.7.1878, Nr. 171 (PDF: 40-41)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.</p>	<p>Bericht über die <b>Versammlung von Wählern der südwestlichen Friedrichstadt</b> vom 22. Juli: V spricht eineinhalb Stunden, präzisiert dabei das Verhältnis der liberalen Parteien zueinander und nimmt Stellung zu der Kandidatur von <b>Falk</b>. Zunächst sei der Eindruck entstanden, dass in dem bevorstehenden Wahlkampf alle staatstreuen Elemente in den gefährdeten Wahlkreisen gegen die Sozialdemokratie zusammenstehen würden. Dies habe sich aber dahin gehend gewandelt, dass in jedem Wahlkreis im Namen der Regierung der Kampf gegen die liberalen Parteien eröffnet worden sei. Nirgends sei dies auffälliger als hier, weil in keinem anderen Wahlkreis so energisch für eine Gegenkandidatur geworben werde, wie hier für den Kultusminister Falk. Er glaube, dass es keinem deutschen liberalen Wahlkreis gut zu Gesicht stünde, unter den gegenwärtigen Ver-</p>	

			<p>hältnissen einen Minister in den Reichstag zu schicken. Der Ruf nach Ordnung sei nur die Tarnung, um schwachen Leuten die Köpfe zu verdrehen und den fortschreitenden Liberalismus an die Reaktion zu verraten. Stehe die Ordnung aber überhaupt in Frage und sei die Gefahr der Sozialdemokratie so angewachsen, dass ihr gegenüber jede andere Rücksicht schwinden müsse, dann müssten doch alle Gegner der Sozialdemokratie zusammenstehen und es dürfe im Namen der Ordnung keine Spaltung angestiftet werden. Man dürfe nicht glauben, dass ein preußischer Minister, wenn er ein Mandat für den Reichstag übernehme, so stimmen könne, wie er wolle. Stattdessen müsse er für <b>Bismarck</b> stimmen.</p> <p>Dementsprechend wäre Falks liberale Gesinnung irrelevant, denn er könne davon keinen Gebrauch machen. Falk sei ein zuverlässiger Jurist, den man im Kampf gegen die Ultramontanen brauchte, als Kultusminister habe er sich der Unterrichtsfrage angenommen, die Simultanschulen begünstigt und versucht, den konfessionellen Zwang zu beseitigen. Er tat dies aber nicht, weil er das freiheitliche Prinzip begünstigen wollte, sondern weil es ihm durch das Staatsinteresse geboten war. Ebenso habe auch der Reichskanzler, der sich gewiss nicht liberal nennt, sich nicht immer der Pflicht entziehen können, liberale Einrichtungen zu schaffen. Besonders die Falk-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>sche Kirchenverfassung hebt V heraus, die noch gar nicht das Schlimmste, was in ihr stecke, gezeigt habe. Dass Falk vor einigen Monaten seine Entlassung fordern musste, lag nicht daran, dass er mit seinen liberalen Ansichten nicht durchdringen konnte, sondern, weil die kirchliche Reaktion bereits so weit vorgedrungen war, dass er ihr gegenüber die Interessen des Staates nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Ihn nun als Kandidaten aufzustellen, hält V für nicht sinnvoll, da Falk zu den Freikonservativen gehöre und diese immer mehr nach rechts drängten. Man habe alle Nachteile der absolutistischen und der konstitutionellen Staatsform zu tragen. Man möchte gerne eine gewisse Stabilität der Gesetzgebung, befinde sich aber in einer ewigen Unruhe. Wenn ein Gesetz angenommen werde, so gebe es nicht die geringste Garantie dafür, dass es nicht in der nächsten Reichstags-session wieder umgearbeitet werde. Die Regierungsorgane scheuten sich nicht, viele Gesetze so schlecht wie möglich zu machen und dann die Schuld auf die Liberalen abzuwälzen. Es gebe keinen Ort in Deutschland, wo die goldenen Äpfel von den Bäumen herab in den Schoß der Interessenten fielen. Überall sei Fleiß und Sparsamkeit nötig. Das müsse jeder lernen, dann wird er Geduld haben. Wie die Kinder durch manche Krankheit hindurch müssten, ehe sie zur vollen Kraft gelang-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>ten, so auch der Staat. Deshalb dürfe man auch nicht eine Regierung haben, die nur in den Personen stabil sei, aber die Grundsätze stets ändere.</p> <p>Über das Verhältnis der liberalen Parteien und die Haltung der Gruppe v. <b>Treitschke</b> bemerkt V, dass man sich freue, dass man wieder mit den alten Genossen zusammengekommen sei, um gemeinsame Abwehr zu betreiben. Ob das von Dauer sei, wisse er nicht, jedenfalls könne man nicht von einem Übertritt der <b>Nationalliberalen</b> zur <b>Fortschrittspartei</b> sprechen, auch andersherum nicht. Weiter korrigiert V sich in Bezug auf die an ihn verschickte Einladungskarte. Dies sei keine <b>Fälschung [der Einladung]</b> gewesen, sondern tatsächlich eine von 50 Karten, die so verschickt worden seien, um die Eingeladenen bei der Versammlung vorzuführen. Für V seien aber die Anschuldigungen aus den Flugblättern schon schlimm genug. Er geht besonders auf die Vorwürfe ein, dass man religionslos sei. Er habe sich zwar dafür eingesetzt, dass man keine Staatskirche, keine Synode, keine Bischöfe und keinen Papst brauche und dass das Judentum glücklich sein könne mit dem Fall von Jerusalem und mit seiner Zerstreuung seine ganze Hierarchie losgeworden zu sein; damit wäre er aber noch lange nicht religionslos. Man wolle einfach kein <b>Zwangskirchentum</b>. Besonders erstaunt V v. Treitschkes</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Wandel in Bezug auf <b>Bismarck</b>. Früher habe der ihn als Lehrer des Absolutismus bezeichnet, nun akzeptiere er ihn als den einzigen, der in Deutschland etwas in Ordnung bringen könne. Bei den Römern habe die Übertragung der Machtfülle auf eine einzige Person als Diktatur gegolten. Was hier vorliege, würde auch eine Diktatur sein, umkleidet mit einem „<b>Parlament als Ornamentik</b>“. Männer, die solche Proben ihrer Wandlungsfähigkeit gegeben haben, wie Hr. v. Treitschke, dürften bei diesen Wahlen überhaupt nicht mitsprechen. V hoffe, dass bei der Wahl viele für <b>Klotz</b> stimmen werden, um mit großer Mehrheit zu siegen und der Gegenseite klar zu machen, dass man ihre Hintergedanken vollständig verstanden habe.</p>	
65	<p>Sa, 27.7.1878, Nr. 174 (PDF: 45)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Abdruck einer Erklärung von <b>Paul Jonas</b>: Dieser berichtet von Vs Vorwurf der <b>Fälschung von Einladungen</b> zu einer Wählerversammlung. Weiter erwähnt er, dass V sich dann dafür entschuldigt und den Vorfall berichtigt habe, nachdem er einem Mitglied des Falk-Komitees sein Zusage dafür gegeben habe. Trotzdem sei eben dieses Komitee in einem anschließenden Flugblatt auf die Sache zurückgekommen und werfe V Leichtfertigkeit vor. Man muss sich fragen, ob es korrekt sei, die Angelegenheit noch einmal gegen V zu benutzen, obwohl dieser in aller Form und in großer Öffentlichkeit seinen Irrtum er-</p>	



			klärt habe.	
66	So, 28.7.1878, Nr. 175 (PDF: 47)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Anzeige des 2. Berliner Reichstagswahlkreis: Es wird für den Kandidaten <b>Klotz</b> geworben. Unterschrieben haben Mitglieder des Vorstands der vereinten liberalen Parteien im 2. Wahlkreis, so auch V.	
67	Di, 30.7.1878, Nr. 176 (PDF: 49)	3. Beilage, S. 1, 4. Spalte oben	Weitere Anzeige des 2. Berliner Reichstagswahlkreis: Es wird für den Kandidaten <b>Klotz</b> geworben. Unterschrieben haben Mitglieder des Vorstands der vereinten liberalen Parteien im 2. Wahlkreis, so auch V.	
68	Do, 1.8.1878, Nr. 178 (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 20. Juli): V begann die Sitzung mit dem Dank, dass man in den letzten Jahren den Sitzungssaal des alten Börsengebäudes habe nutzen können. Wo man zukünftig tage, sei noch zu klären. Dann ging er über zu den geschäftlichen Mitteilungen. Später berichtet V von der Exkursion nach <b>Luckau</b> .	<i>Bericht über die Excursion nach Luckau und Umgegend: VBAG 10, S. 289-296</i>
69	Sa, 10.8.1878, Nr. 186 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Bericht über eine <b>Versammlung von Wählern der vereinten liberalen Parteien</b> vom 8. Aug.: V beleuchtet in einer ein- einhalbstündigen Rede die Agitationen der Sozialdemokratie.  V hoffe, mit seinem Erscheinen auch etwas zum Wahlsieg beitragen zu können. Dieser Wahlkampf sei aufgrund der vielen Schmähungen und Verdächtigungen besonders unschön. Verteilte Flugblätter zeigten sowohl Unwissenheit als auch Schlechtigkeit der Gegner und das alles nur mit dem Ziel, die kleinen Leute den	vgl. Andree, Band 37, S. 502-529 Anhand bestimmter Schlagworte lässt sich der Text eindeutig identifizieren und ist nicht, wie bei Andree vermerkt, aus Ju-

		<p>Liberalen abspenstig zu machen. Es gebe leider kein Patentrezept, alles Elend zu beseitigen, auch Polizei und Staat könnten dies nicht alleine schaffen. Man könne niemanden vor Krankheit, vor Unglück und vor seiner eigenen Faulheit schützen. Wenn die <b>Sozialdemokraten</b> dies möglich machen könnten, so sollen sie nur sagen wie. Angeblich gebe es ja schon Länder, wo die soziale Lage gut sei, aber arme Leute gebe es überall, auch in der Schweiz. Selbst in Amerika als das gepriesene Eldorado hätten sich die Verhältnisse verändert. Die Auswanderungszahlen seien rückläufig und vielen kehrten wieder in die Heimat zurück. V sei die immer neuen Anklagen der Sozialdemokraten an die Fortschrittspartei leid. Die Sozialdemokraten, die im Reichstag säßen, konnten ja ihre Vorschläge machen, niemand habe sie daran gehindert, aber sie hätten es nicht getan. Zunächst gelte es doch, politische Freiheit zu schaffen. Damit würde man die Schranke wegräumen, die der Nutzung von Kenntnissen und Arbeitskraft entgegenstünden, jedem die Möglichkeiten gewähren, seine Leistungsfähigkeit einzubringen. Wenn die konservative Partei die Errungenschaft der Freizügigkeit beseitigen wolle, so könne sie auf diesem Wege auch wieder zur Einführung der Prügelstrafe gelangen. Den Staat die Arbeit organisieren zu lassen, das hieße, jedem vorzuschrei-</p>	<p>li, sondern aus August 1878</p> <p><i>Pariser Kommune</i>: revolutionärer Pariser Stadtrat von März bis Mai 1871</p> <p><i>Petroleusen</i>: Brandtsatzstifterinnen der Pariser Kommune</p>
--	--	---	---

			<p>ben, was er tun solle und darüber Buch zu führen. Bei dieser Organisation handle es sich nicht darum, was jeder tun wolle, sondern darum, was jeder tun solle. Es gebe kein anderes Mittel, allen gerecht zu werden, als allen die volle persönliche Freiheit zu gewähren und ihre Kräfte so gut wie möglich zu verwerten. Die kleinen Beamten, unter denen viel Not und Elend herrsche, seien deshalb viel schlechter dran, als die Arbeiter, weil sie durch ihr Wort gebunden seien und nicht wie die Arbeiter die Gelegenheit wahrnehmen könnten, sich einen anderen Ort zu suchen, wo sie lohnender beschäftigt würden. Es gebe viele Angestellte, die von ihrem Lohn nicht leben könnten. Das sei mit ein Grund gegen die Staatseisenbahnen. Man könne die zahlreichen Beamten der Privatbahnen nicht in den Staatsdienst übernehmen, ohne ein ungeheures Heer von Unzufriedenen zu schaffen, denen man für die Verbesserung ihrer Lage noch die Chancen nehme. Aber wo Licht sei, müsse auch Schatten sein und das Fortkommen des einen schädige oft genug das des anderen, doch werde man, wenn keine Bewegung einsetzt, erst recht kein Paradies, sondern nur noch mehr Unzufriedene haben. Aus diesen bestehe nämlich das große Heer der Sozialisten. Wenn die Sozialdemokraten vernünftig vorwärts streben würden, könne man sie unterstützen, aber mit Forderungen, dass der Staat</p>	
--	--	--	--	--

			<p>dafür Sorge, dass für jede ehrliche Arbeit auch ein zum Lebensunterhalt ausreichender Lohn ausgezahlt werde, ginge das nicht. Weiter spricht sich V gegen die <b>Bildung von Genossenschaften</b> aus. Dies sei teuer und hätte keinen langfristigen Erfolg. Auch der Einführung von Kornzöllen könne er nicht zustimmen. Dies würde zwar im Land einen höheren Preis zu Folge haben, sei aber von Nachteil für die Konsumenten. Das Gesetz für Aktien- und Gründerfreiheit verteidigt V. Er sehe darin eine Verbesserung durch eine Garantie gegen Ausbeutung. Bei der Aufhebung der Wuchergesetze sieht er alle in der Pflicht sich zu schützen. Man könne nicht auf jeden aufpassen. Hier beschwört er wieder die persönliche Freiheit, die sowohl die Möglichkeit der freien Bewegung, wie die des gleichen Rechts gewähre. Die Selbstverantwortlichkeit, die auf dem Boden der freien EntschlieÙung erwachse, sei die beste sittliche Grundlage und schaffe das, was man Pflicht und Gewissen nenne. So halte man es auch mit der persönlichen religiösen Freiheit. Abschließend kommt V auf das Programm der Sozialdemokraten. Dies fordere viel zu viel und sei gar keine Politik mehr, sondern Phantasie. Die darin enthaltene Verherrlichung der <i>Pariser Kommune</i> habe dazu geführt, dass die Sozialdemokraten in der Meinung der Leute massiv gesunken seien. Für V steht diese</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Verherrlichung gleichbedeutend mit dem Aufruf zu Mord, Umstürzung des Staates, Teilung des Eigentums und Aufhebung der Ehe. Dagegen wehren diese sich aber, es sei eine erfundene Boshaftigkeit und eine dumme nachgeschwatzte Lüge so etwas zu behaupten. V dagegen bemüht das Beispiel des Opfertods der Spartaner bei den Thermopylen. Wenn er diesen Opfertod rühme sei das doch auch ein Appell an den Patriotismus. Ähnlich verhalte es sich eben mit der Verherrlichung der Kommune. Allerdings wolle V nicht alle Sozialdemokraten mit Mitgliedern der Kommune gleichstellen und deren Frauen als <i>Petroleusen</i> bezeichnen. Er wolle kein <b>Ausnahmegesetz</b>, sondern gleiches Recht für alle. Ohne die Sozialdemokratie würde es um Recht und Freiheit besser stehen. Sie habe die liberale Sache schwer geschädigt. Wenn das Ausnahmegesetz angenommen werde, dann werde auch mancher Fortschrittsmann als Sozialdemokrat ergriffen werden, ist sich V sicher. Die liberale Partei sei geschwächt und die Entscheidung stehe beim Zentrum, das wisse auch <b>Bismarck</b>. Ironisch bemerkt er dazu über die Verhandlungen, die Bismarck zur Zeit mit dem päpstlichen Nuntius in Rom führe, dass, wenn man sechs Jahre lang mit dem Zentrum und mit Rom gekämpft habe, dann müsse man von der gegenwärtigen Situation sagen: Ob es Canossa heiße, oder nicht,</p>	
--	--	--	--	--

			<p>sei doch dasselbe. Entscheidend sei letztendlich nur, dass man einen ehrlichen liberalen Mann wähle, der das erhalte, was an Recht und Freiheit noch zu erhalten sei.</p> <p>Dies treffe auf <b>Zelle</b> zu, von dem man überzeugt sei, dass er schützen werde, was allen lieb und wert sei.</p>	
70	<p>Mi, 14.8.1878, Nr. 189 (PDF: 18)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Bericht vom 9. <b>DAG-Kongress in Kiel</b>: Es wird über das <b>Museum Godeffroy</b> in Hamburg berichtet. Für dieses Museum habe V die Bearbeitung des anthropologischen Teils der ethnographischen Sammlung übernommen. Er habe allein Wochen und Monate mit der Auswertung der Skelette verbracht. Nun seien 20 Tafeln mit Abbildungen ausgestellt, die zur Publikation vorgesehen seien.</p> <p>Am Abend spricht V einen Toast auf die beiden bewährten Geschäftsführer <b>Dr. Wibel</b> und <b>Dr. Krause</b> aus.</p>	
71	<p>Fr, 16.8.1878, Nr. 191 (PDF: 21)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>Bericht vom 9. <b>DAG-Kongress in Kiel</b>: Bericht vom ersten Tag am 12. August. Auch V wird unter einer Vielzahl an gelehrten Gästen erwähnt. Weiter ist nachzulesen, dass in einem Nebensaal des Sitzungsraumes Ausstellungsstücke zu sehen seien, unter anderem auch von V. Nach der Wahl zum <b>Vizepräsidenten für die Versammlung im nächsten Jahr</b> spricht V über sie <i>Statistik der Schädelformen in Deutschland</i>. Es habe sich darum gehandelt, <b>Quatrefages</b> Aussagen eine auf wissenschaftlich genauen Untersuchungen be-</p>	<p><i>Bericht über die Fortschritte der craniologischen Forschung in Deutschland:</i> Corr.-Bl., S. 100-111</p> <p>vgl. Andree (2011a), Bd. 44</p>

			<p>ruhende Darstellung des kraniologischen Materials in Deutschland entgegensetzen. Dabei gelangte V zu einer Ausdehnung der Schädelfrage über die Grenzen Deutschland hinaus. Es sei eine internationale Sache daraus geworden. Man stehe vor der Frage, ob bei der Form des Schädels Klimaeinflüsse oder ähnliches eine Rolle spielen könnten.</p>	
72	<p>So, 18.8.1878, Nr. 193 (PDF: 24)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Bericht vom 9. <b>DAG-Kongress in Kiel</b>: Bericht vom zweiten Tag am 13. August. V stellt <i>Fundstücke aus Thiede und Westeregeln</i> vor. Später wird V in eine aus acht französischen und drei deutschen Forschern bestehende <b>Kommission</b> gewählt, die sich im Zuge des Internationalen Anthropologenkongresses in Paris <b>zur Frage der Schädelmessungen</b> beraten sollte. Anschließend hält V einen Vortrag über <i>slawische Funde in Deutschland</i>.</p>	<p><i>Vorlage von Manufakten aus dem Diluvium von Thiede und Westeregeln</i>: Corr.-Bl., S. 149-151 <i>Slavische Funde in den östlichen Theilen von Deutschland</i>: Corr.-Bl., S. 128-137, 139</p>
73	<p>Di, 20.8.1878, Nr. 194 (PDF: 26)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Bericht vom 9. <b>DAG-Kongress in Kiel</b>: Bericht vom dritten Tag am 14. August: V macht eine <i>Diskussionsbemerkung zu einem Vortrag von Dr. Mook über die Steinzeit in Ägypten</i>. Es sei richtig, die Frage nach der Steinzeit in Ägypten skeptisch zu behandeln. Später legt V eine Reihe von überlebensgroßen Zeichnungen</p>	<p><i>Diskussionsbemerkung zu einem Vortrag über die Steinzeit in Ägypten</i>: Corr.-Bl., S. 144-145 <i>Über Schalen-</i></p>

			von verschiedenen Schädeln vor. Diese seien zu Vergleichszwecken mit lebenden Menschen vorgesehen. Danach folgt noch eine Bemerkung über <i>Näpfchensteine</i> .	<i>steine</i> : Corr.-Bl., S. 155-157
74	Sa, 24.8.1878, Nr. 198 (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht vom 9. <b>DAG-Kongress</b> , Bericht über die Station <b>Lübeck</b> am 14. und 15. August. Es wird erwähnt, dass V eine seiner Töchter dabei hatte. Es lässt sich vermuten, dass es sich dabei um <b>Adele</b> handelt. Im naturhistorischen Museum hält er sich besonders lange auf. Am Abend verabschiedet sich V in Richtung Paris. Er hoffe auf die Bildung einer Zweigstelle der DAG in Lübeck.	
75	So, 1.9.1878, Nr. 205 (PDF: 2)	S. 4, 2. Spalte mittig	Abdruck eines <b>Wahlaufufes</b> der vereinigten liberalen Parteien des 2. Berliner Reichstagswahlkreises: In diesem Wahlkreis habe man sich für <b>Adolph Hoffmann</b> als Kandidat entschieden. Man rufe zu zahlreicher Wahlbeteiligung auf, um die Sozialdemokraten sicher zu schlagen. Entscheidend sei, eine Stichwahl zu vermeiden. V ist Mitunterzeichner.	
76	Do, 5.9.1878, Nr. 208 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Abdruck eines Briefes von V aus <b>Paris</b> vom <b>Internationalen Anthropologenkongress</b> : V berichtet über eine Darstellung aus dem „Siècle“ vom gestrigen Tage, verfasst von Herrn <b>G. Pruchet</b> . Es handle sich um einen Bericht über den soeben geschlossenen Kongress der „ <b>Association française</b> “, der sich in verletzender Weise über V geäußert habe. Die Association française gleiche der	



			<p>Naturforscher-Versammlung. Sie trage den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft, an der Teil zu nehmen nur den Mitgliedern und den besonders eingeführten Personen zustehe. Als die Association 1872 zuerst zusammentrat, sei beschlossen worden, die Deutschen ausdrücklich auszuschließen. Nun erbot sich die Pariser anthropologische Gesellschaft, in ihren Schränken Instrumente, Karten u. ä., welche die deutschen Methoden darstellten, mit auszustellen. Daher habe V sich entschlossen, durch seine persönliche Anwesenheit auf dem Kongress zu zeigen, dass er die Periode der internationalen wissenschaftlichen Streitigkeiten als beendet betrachte. Er habe entgegenkommende Aufnahme erfahren und sei zu der Überzeugung gelangt, dass man auch in der Praxis empfinde, dass es etwas Höheres in der Welt gebe, als auswärtige Politik. Der anthropologische Kongress sei ohne jede Störung verlaufen. Am folgenden Tag sei ein Kongress der Association geplant, den man ohne weitere Zahlungen besuchen könne. V sei dringend mehrfach gebeten worden zu kommen. Trotzdem habe er geglaubt, er müsse diese Beteiligung ablehnen. Seiner Auffassung nach könnten die Deutschen sich nur beteiligen, wenn man, gleich den Gelehrten anderer Nationen, wirkliche Einladungen bekommen würde und zwar nicht zufällig, sondern rechtzeitig</p>	
--	--	--	--	--

			<p>und absichtlich. Er sei also bei keiner Sitzung anwesend gewesen, trotz der fälschlichen Berichte in verschiedenen Zeitungen. Dann geht V auf den eigentlichen Bericht von Pruchet ein. Dieser schreibt, dass V vor fünf Jahren mit Spott über die Franzosen gesprochen habe, bei denen er nun zum Kongress bleiben wolle. V fragt sich, was er gesagt haben könnte, um derartige Ausführungen des Hrn. G. Pruchet hervorzurufen und was der Grund sei, um weiterhin Unfrieden zwischen zwei Nationen zu säen, die miteinander so Großes leisten könnten. Hr. Pruchet sei als junger Mann lange genug in Deutschland gewesen, um zu wissen, dass V keinen andern Grund habe, nach Paris zu kommen, als um zu lernen und sich mit seinen Kollegen auf dem Wege der Wissenschaft zu verständigen. Dies sei aber das das einzige Missgeschick gewesen, das ihm in Paris zugestoßen sei. Er sei begeistert von der Stadt und der Liebenswürdigkeit des Volkes, die Großartigkeit der Ausstellung werde ihm unvergesslich bleiben.</p>	
77	Di, 17.9.1878, Nr. 218 (PDF: 20)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p>51. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte:</b> Im Rahmen des Vortrages von <b>Prof. Klebs</b> über die Zellulärpathologie und Infektionskrankheiten hebt dieser zwar namentlich Vs Verdienste hervor, trat aber als Gegner desselben auf. Nichtsdestotrotz habe er eine Lanze gebrochen für V und dessen im letzten Jahr</p>	<p>Abdruck der Rede: Tagebl. d. Versammlung dtsch. Naturforscher und Aerzte. S. 65-78, München 1877</p>

			in München gehaltene Rede. Man tue Unrecht, V als Denunzianten der freien Forschung zu bezeichnen. Der anschließende Beifall zeige, wie die Mehrzahl der Anwesenden die maßlosen Angriffe der Anhänger der <b>Deszendenztheorie</b> verurteile.	
78	Fr, 4.10.1878, Nr. 233 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig u. 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 3. Okt.): Kurzer Hinweis, dass sich V an einer Debatte über eine Rechnung zum Bau der Gemeindeschule in der Fruchtstraße beteiligt habe. Weiteres Thema ist die <b>Zuschüttung des Königsgrabens</b> . V ist auch der Meinung, dass der Staat sich bisher wenig wohlwollend gegenüber der Stadt verhalten habe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Kanalisation und auf die Übernahme der Straßen- und Brückenbaulast. Er glaube, dass, wo es sich um die Entwicklung der Stadt handle, die Regierung wohl die Verpflichtung gehabt habe, sich gegenüber der Stadt entgegenkommender zu zeigen. Auch in der vorliegenden Angelegenheit hätte er dies dringend gewünscht, aber er zweifle, dass es ein Mittel gebe, den Staat zu günstigeren Bedingungen zu zwingen. Er stehe auch auf dem Standpunkt des <b>SV Meyn</b> , dass die von dem Ausschuss vorgeschlagene Klausel wenig praktischen Wert habe und er warne davor, sich der Ansicht hinzugeben, als könne man mit dieser Klausel die Ausführung der Parallelstraßen auf Jahre hinaus verschieben. Er habe aber auch Bedenken gegen den vorgesehenen	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			<p>Entwässerungskanal, da bei der Ausführung die städtische Verwaltung mitwirken müsse. Er stelle deshalb den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei den weiteren Verhandlungen dahin zu wirken, dass bei Ausführung des Entwässerungskanals die Mitwirkung der Stadt gesichert werde; letztendlich wird Meyns Antrag abgelehnt und Vs angenommen.</p> <p>Ein weiteres Thema sind die Arbeiten für die <b>Treptower Parkanlagen</b>. Es sollen aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben Gelder bewilligt werden. V setzt sich dafür ein, da er der Auffassung ist, dass man bisher in keinsten Weise mit den bereits verwendeten Summen verschwenderisch umgegangen sei, eher im Gegenteil. Auch die eigentliche Anlage sei von der Versammlung damals genehmigt worden und diese sei deshalb auch besonders engagiert. Er hoffe deshalb, dass die Summe bewilligt würde.</p>	
79	So, 13.10.1878, Nr. 241 (PDF: 15)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p>Bericht über Vs Besuch bei den <b>Nubiern</b>, die zurzeit im zoologischen Garten weilen. V habe in den letzten Wochen einige Tage mit der genauesten Untersuchung der exotischen Gäste verbracht. Nicht nur die Schädel, sondern der gesamte Körperbau sei von Interesse. Die Nubier hätten sich mit rührender Freundlichkeit dem „Herren mit dem guten Kopf“, so wie sie ihn nennen würden, zur Verfügung gestellt. Jeder vermessene Nubier wurde dann mit einem</p>	<p><i>Über die in Berlin anwesenden Nubier: VBAG 10, S. 333-355 s. a. 22.10.1878</i></p>

			<p>Handschlag von V verabschiedet. Die Messungen wurden von einem großen Publikum begleitet, das durch die Fenster in den kleinen Saal des zoologischen Gartens schaute. <b>Dr. Nachtigal</b>, soeben von längerer Reise zurückgekehrt, unterhielt sich mit den Nubiern auf Arabisch. Der Afrikareisende <b>Hildebrandt</b> kam auf Vs Wunsch zu Interviews. Eigentlich sei die Abreise der Nubier schon länger vorgesehen, wurde aber aufgrund des großen wissenschaftlichen Interesses verschoben. Von <b>Hagenbeck</b> sei zusätzlich geplant, eine zurzeit in Frankfurt weilende Gruppe von Nubiern nach Berlin zu bringen, um die ethnologischen Forschungen weiter zu unterstützen.</p>	
80	<p>Sa, 19.10.1878, Nr. 246 (PDF: 21)</p>	<p>3. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p>Bericht über die Ausschusssitzung des <b>deutschen Fischerei-Vereins</b>: V wird in die <b>Kommission zur Vorbereitung der internationalen Fischereiausstellung</b> im nächsten Jahr in Berlin gewählt.</p>	
81	<p>Di, 22.10.1878, Nr. 248 (PDF: 23)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Okt.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später spricht er über die in Berlin anwesenden <b>Nubier</b>. Er könne noch nicht mit endgültigem Material aufwarten. Dies bedürfe noch einiger Bearbeitung. Er wolle nur, solange die Nubier noch hier seien, einige Bemerkungen machen. Man sei aufgrund von <b>Hagenbecks</b> Großzügigkeit als BAG eingeladen, die Nubier am 21. Okt. zu besuchen. Dazu wolle er zunächst</p>	<p><i>Über die ethnologischen Verhältnisse der Nubier:</i> VBAG 10, S. 387 u. 401-405</p>

			<p>eine kleine Orientierung geben. Die Gruppe setze sich aus verschiedenen Stämmen zusammen, allerdings müsse man bei der Beurteilung viel Vorsicht walten lassen, da es in den ursprünglichen Stammesgebieten immer wieder Vermischungen gegeben habe. Die Einteilung über die Sprache falle auch schwer, da inzwischen viele Arabisch sprechen würden, ohne tatsächlich Araber zu sein oder von ihnen abzustammen. Hinzu käme der Gebrauch verschiedener anderer Dialekte, die eher ortsabhängig seien. Der eigentliche Vergleich der Messungen zeige aber schon deutliche Stammesunterschiede, die mit der Kartographie korrelieren. Nach ihrer Hautfarbe könne man sie aber sicher als schwarze Menschen bezeichnen.</p>	
82	<p>Mi, 23.10.1878, Nr. 249 (PDF: 25)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Auflistung von Geschenken und Zuwendungen an das <b>Märkische Provinzialmuseum</b>. V hat Reste eines frühmittelalterlichen <b>Pfahlbaus aus Luckau</b> an das Museum gegeben.</p>	
83	<p>Mi, 23.10.1878, Nr. 249 (PDF: 26)</p>	<p>3. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p>Exkursion der <b>BAG</b>: Ziel war der zoologische Garten und die dort verweilenden <b>Nubier</b>. V gruppierte sie nach ihren heimatlichen Stämmen und hielt neben anderen einen Vortrag über seine Untersuchungen, der aber nicht weiter ausgeführt wurde. Der Artikel ist lediglich eine Beschreibung des Besuches.</p>	
84	<p>Fr, 25.10.1878,</p>	<p>1. Beilage, S. 3,</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Bericht über eine Besprechung, zu der alle Reichs-</p>	

	Nr. 251 (PDF: 29)	1. Spalte unten	tagsabgeordneten und in Berlin lebenden Landtagsabgeordneten der <b>Fortschritts-</b> <b>partei</b> eingeladen waren. Man habe das Parteiprogramm festgelegt. Auch V hat an der Versammlung teilgenommen.	
85	Fr, 1.11.1878, Nr. 257 (PDF: 2)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 31. Okt.): Erstes Thema sind die <b>Instruktionen für das städtische statistische Büro</b> . Ein Antrag lautet, die Beschlussfassung dazu auf einige Wochen zu vertagen, da der neue Oberbürgermeister erst noch ins Amt eintreten werde und dann sicher selbst bestimmte Organisationsformen schaffen wolle. V schließt sich diesem Antrag an. Weiter folgt der <b>Quartalsbericht der Kanalisationsarbeiten</b> . Es habe bis dato nur teilweise eine Drainage auf den Berieselungsfeldern stattgefunden. V nimmt den Leiter der dortigen Anlage in Schutz, da dieser lediglich den Beschlüssen der zuständigen Kommission gefolgt sei. Weiter geht es um die <b>Herstellung künstlicher Filter</b> auf den Grundstücken der Tegeler Wasserwerke. V rekapitulierte die Verhandlungen der Ausschusssitzungen. Die technischen Untersuchungen erlaubten noch kein endgültiges Urteil, ob die schlechte Beschaffenheit des Wassers ein Produkt des Reservoirs oder der Röhren sei. Allerdings halte er die noch vorherrschende Besorgnis für überzogen. Es bestände kein Grund zur Annahme, dass von diesem Wasser Gesundheitsgefährdung ausginge. Was bei	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			den Prüfungen allerdings verwundere sei, dass nur in den Tiefbrunnen Algen zu finden seien, nicht in den Flachbrunnen. Dies könne dazu führen, dass man zukünftig nur noch Flachbrunnen verwende. V unterstützt den Antrag, mit den künstlichen Filtern noch zu warten und wenn sie doch zum Einsatz kämen, dann noch Sachverständige hinzuzuziehen. Dieser Antrag wird angenommen.	
86	Do, 7.11.1878, Nr. 262 (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V der <b>Kommission zur Vorbereitung der internationalen Fischereiausstellung von 1880</b> angehört. Diese Kommission hat beschlossen, einen Fonds zur Gewährung von Prämien an gewerbsmäßige Fischer für besonders herausragende Leistungen anzusammeln.	
87	Di, 19.11.1878, Nr. 272 (PDF: 19-20)	3. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 16. Nov.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Hauptthema war die Ethnologie der <b>Nubier</b> . V machte hierzu noch einige Ergänzungen. Es sei ihm gelungen, in der letzten Zeit sein Material zu vervollständigen, dies auch durch die Hilfe des Photographen <b>Carl Günther</b> . Nach dem Vortrag von <b>Prof. Hartmann</b> zu dem Thema wurde noch viel diskutiert, allerdings ohne Resultat. Man müsse auf die offenen Fragen noch weitere Untersuchungen folgen lassen.	
88	Fr, 22.11.1878,	3. Beilage, S. 2,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 21. Nov.): Thema ist die <b>Errichtung einer höheren Töchter-</b>	vgl. Andree, unveröffent-



	Nr. 275 (PDF: 3)	2. Spalte mittig	<b>schule</b> in der Ifflandstraße. V bemängelte an dem Antrag, dass man sich schon auf die Straße festgelegt habe.	lichtes Material zur SVV
89	So, 25.11.1878, Nr. 277 (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung der zehn Fachkommissionen des HdA und deren Mitglieder. V gehört zur <b>Budget- und zur Rechnungskommission.</b>	
90	Di, 26.11.1878, Nr. 278 (PDF: 8-10)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig ff.	Bericht über den ersten <b>Parteitag der deutschen Fortschrittspartei</b> : Zum ersten Mal seit Parteigründung ist es zu einer Versammlung der Mitglieder gekommen. Sie wurde von V mit folgender Ansprache eröffnet:  Ihm sei der ehrenvolle Auftrag zu Teil geworden, diesen ersten großen Parteitag zu eröffnen. Er habe auch die Ehre gehabt, die Sitzungen zu leiten, in denen 1861 das erste <b>Parteiprogramm</b> entstanden sei und zu den wenigen, übrig gebliebenen Unterzeichner er noch gehöre. Dieses Programm sei eigentlich nur ein Wahlprogramm gewesen, passend zu einer speziellen Zeit, gerichtet auf die nächsten Ziele, keineswegs gegründet auf eine allgemeine Parteidisziplin oder auf eine allgemeine, auf lange Zeit hindurch festzuhaltende Parteitaktik. Wenn man nun auf dieses Programm zurückkomme, liege dies daran, dass sowohl die Entwicklung von Preußen als auch die Entwicklung von Deutschland ins Stocken geraten seien. Die alten Forderungen seien also wieder mehr als aktuell, teilweise im Moment sogar nicht mehr erreichbar. Dazu	

			<p>zähle auch die eigentlich geplante Abschaffung des Herrenhauses, das nun immer noch existiere. Mit der Gründung des Deutschen Reiches habe es neue Bedürfnisse gegeben. Der entscheidende Anstoß sei dadurch gegeben, dass sich unter demselben Namen in den verschiedenen deutschen Staaten auch deutsche Fortschrittsparteien bildeten, die keineswegs in gleicher Weise sowohl den deutschen Gedanken als auch den Fortschrittsgedanken in gleicher Weise verträten. Lokal habe der Name der Fortschrittspartei deshalb einen zweifelhaften Klang angenommen. Ein Programm zu machen, das vollständig darstelle, was man wolle, so dass jeder dieses Programm aufschlagen könne, das sei eine Arbeit, die schwieriger sei, als sie sich nachher in der kurzen Formulierung darstelle. Das komme daher, dass es eine große Anzahl von Phrasen gebe, die auf den ersten Blick einen recht imponierenden Eindruck machten, die aber doch so vieldeutig seien, dass man sie nicht nehmen wolle. Andere Parteien würden häufig viel mehr versprechen ohne es später halten zu können. Man habe Entscheidungen immer strengstens geprüft, so dass sie auch immer dem hätten entsprechen können, was man in ein Parteiprogramm hätte schreiben können. V erinnert an <b>Waldeck</b>, der bis zu seinem Tode römischer Katholik gewesen sei. Trotzdem habe dieser immer gezeigt,</p>	
--	--	--	--	--

			<p>dass trotz aller Vorwürfe, die man ihm wegen Konfession gemacht habe, er immer zu unterscheiden wusste zwischen Staat und Kirche. Waldeck hätte sicher nicht eine Formulierung über die Kirchengesetzgebung in die Verfassung gebracht und zugelassen, wenn er damals nicht überzeugt gewesen wäre, dass das die beste Formulierung war. Man habe lange gebraucht einzusehen, dass jede Gesetzgebung mangelhaft sei, die überhaupt die Kirche als rechtliches Konstrukt anerkenne und diesen anders behandle, als jede andere religiöse Gesellschaft. Man sei dann zum Vereinsrecht zurückzukommen. Dann geht V auf seine Meinung zum <b>allgemeinen</b> gleichen direkten <b>Wahlrecht</b> ein. Dies könne nur erfüllt werden, wenn durch die fortschreitende Bildung, die inneren Vorstellungen der Menschen von dem, was gut und recht sei, sich viel mehr harmonisch und gleichmäßig entwickelt hätten, als es augenblicklich der Fall sei. Wichtig sei auch, äußerliche Differenzen aufzuheben. Ein guter Politiker müsse dementsprechend schon früh die Zeichen der Einigung beachten und über die Differenzen mit einem großen Schwamm hinweggehen. Es könne in der Tat nicht verlangt werden, dass sich in jedem Augenblick eine große Partei über alle Fragen des Staats und der Gesellschaft vollständig verständigt habe. Genauso wenig könne man im Voraus alle</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Eventualitäten bedenken, wenn man ein Parteiprogramm aufstelle. Entscheidend sei vielmehr, in das Programm die eigentlichen großen, wichtigen Ziele aufzunehmen, auch wenn das nur wenige seien, nur damit man ein Programm für ganz Deutschland habe. Es stehe hiermit in keiner Weise in Widerspruch, wenn nun in einzelnen deutschen Ländern nach der besonderen Entwicklung, die die politische Gestaltung dort nehme, ein weiteres Programm gemacht werde und mehr Forderungen aufgenommen würden. Nun müsse man sich nach Bundesgenossen umschauchen. Von den Nichtwählern, die sich nicht um Politik kümmern, Hilfe zu bekommen, könne man wohl ausschließen. Es gehe eher darum, ob man mehr von rechts oder von links Unterstützung bekomme. Von links würden nur so wenige Stimmen kommen, dass sie praktisch nicht ins Gewicht fielen und die wirklichen <b>Sozialdemokraten</b> wolle man nicht haben; diese seien eher Gegner. Aber man habe auch nicht die Politik danach auszurichten, ob eine größere oder kleinere Zahl von Personen aus diesem sozialdemokratischen Anhang zur Fortschrittspartei tendiere. Man wolle auch nicht die Agitationen nach einer Seite richten, wo die Feinde säßen, denn das sei mit wahrer Freiheit ebenso wenig vereinbar, wie mit dem Reichskanzler des Deutschen Reiches. V meint daher,</p>	
--	--	--	---	--

		<p>man müsse die Unterstützung von rechts suchen, aus Personen, die in der Gesellschaft eine gewisse Bedeutung hätten. Er meint damit nicht die Bourgeoisie, sondern das gute, <b>echte deutsche Bürgertum</b>, auch wenn es in der Vergangenheit unzuverlässig gewesen sei. Aber so große Ereignisse, wie die Kriege von 1866 und 1870, könnten auch klare Köpfe verwirren. Der Erfolg sei zu groß gewesen für die Mehrzahl der Menschen, die nie etwas Ähnliches erlebt oder gedacht hatten. Man müsse der ehrlichen, stillen Arbeit der Überzeugung wieder zu ihrem Recht verhelfen. Man sei als Partei immer wieder der persönlichen Feindseligkeit gegen den Reichskanzler [<b>Bismarck</b>] bezichtigt worden. Dabei haben man oft genug dessen Leistungen gewürdigt. Deshalb könne man aber nicht so weit gehen, alle Motive des Reichskanzlers anzuerkennen, weder in Sachen Reichseisenbahnen noch in Sachen der Schutzzollpolitik. Da müsse man in den Kreisen des Bürgertums Genossen suchen, um wieder eine vernünftige Wirtschaftspolitik, eine zuverlässige Gestaltung der inneren Entwicklung zu bekommen. Dies schließe eben die Sozialdemokraten aus, weil sie diese Konsolidation mit aller Kraft verhindern wollten. Man solle alles das, was nach allgemeiner Meinung auch jetzt schon in den einzelnen Ländern als Gegenstand des politischen Strebens der</p>	
--	--	---	--

			<p>Partei mit Erfolg geltend gemacht werde, ins Programm aufnehmen. Jenes Programm solle man dann als Grundlage zur Weiterarbeit nehmen und nicht auf Vollständigkeit drängen. Sich auf das alte Programm zu beziehen, verschaffe Sicherheit in einer Zeit, in der die heranwachsende Generation andere Ziele verfolge. Man solle vielmehr Versöhnlichkeit und Nachsicht üben auf dem Boden der gemeinsamen Prinzipien. Mit diesen Worten erklärte V den ersten Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei für eröffnet.</p> <p>In der nun folgenden Diskussion des Parteiprogramms, in der Vs Haltung gegenüber den Sozialdemokraten kritisiert wird, meldet er sich nochmals zu Wort. Er habe weder von einer Bewegung nach rechts noch nach links gesprochen. Man müsse das Volk einfach für irgendetwas gewinnen. Um bloße Thesen auszusprechen gehe er nicht ins Parlament. Er wolle praktische Resultate und baue deshalb nicht auf den unbestimmten Radikalismus. Vielmehr solle man sich auf ein Programm festlegen und dann abwarten, wen man von rechts und links gewinnen können.</p> <p>Im gleichen Artikel folgt dann ein Bericht über die allgemeine Parteiversammlung in der städtischen Turnhalle, die am Abend stattfand. Nach der Einführung durch Stadtrat <b>Romstädt</b> erhielt V das Wort:</p>	
--	--	--	---	--

			<p>V stellte im Auftrag des Zentralwahlkomitees die auswärtigen Mitglieder des Parteitages der Berliner Parteiversammlung vor. Er wolle hier in diesen Räumen daran erinnern, wie die deutsche Turnerei, unter dem Druck der Gewalt, durch die Beharrlichkeit ihrer Anhänger endlich gesiegt habe. Hier solle man die Männer kennenlernen, die in der schlimmsten Zeit die Sache der Freiheit unentwegt aufrechterhalten hätten, die alte Garde der Fortschrittspartei. Hier seien Wähler und Abgeordnete allerdings so sehr verbunden, dass der Name der „Berliner“ Fortschrittspartei, den Hr. <b>Wehrenpfennig</b> als Leiter des damaligen Pressebüros der kaum gegründeten Fortschrittspartei als einen Schmähnamen beigelegt habe, ein Ehrenname geworden sei. V blickt zurück auf <b>Waldeck</b>, der, obwohl persönlich am härtesten getroffen durch die Verfolgung der Gegner, doch wieder einer der ersten gewesen sei, als freie Entwicklung wieder möglich war. Fast 10 Jahre lang habe die demokratische Partei sich von den Wahlen und damit von der praktischen Politik ferngehalten. Wichtig sei, die jetzige Generation daran zu erinnern, dass es ein politischer Fehler sei, in Verstimmung über den Gang der Politik dem Gegner freies Spiel zu lassen. <b>Schulze-Delitzsch</b> habe schließlich gelehrt, dass man immer in Bewegung bleiben müsse. Dann geht V auf die Gründung und die</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Entwicklung der Fortschrittspartei ein. Im Volk sei die Überzeugung gereift, dass die Niederlage von 1849 ferngehalten der Trennung der Demokraten und der Konstitutionellen zustande gekommen sei, da jede Partei für sich zu schwach war und die Hoffnung auf Erfolg nur von der Vereinigung zu erwarten gewesen sei. So entstand die Fortschrittspartei von 1861, die erste parlamentarische Partei in Deutschland, die stark genug gewesen sei, die Sache des Volkes gegen die Gewalt der Regierung zu verteidigen. Nicht nur Waldeck, sondern auch <b>Jacoby</b> und <b>Twisten</b> konnten hier Platz finden. Später schied Jacoby dann zu den Sozialisten aus und Twisten ging nach rechts und gründete die nationalliberale Partei. Die Berliner Wählerschaft sei aber weder Jacoby noch Twisten gefolgt. Aber dreißig Jahre reaktionärer Regierung hätten die heranwachsende Generation tief geschädigt und es sei ein Geschlecht von Strebern herangewachsen, aus denen Männer der Freiheit nur noch selten hervorgingen. Unter den Anwesenden seien aber noch Männern versammelt, stets bereit zu arbeiten, stets dankbar, wenn auch nur Geringes erreicht werde, stets überzeugt, dass sie endlich doch siegen werden. V hoffe, dass die anwesenden Gäste in ihrer Heimat genügend Unterstützung finden werden. Abschließend geht V dann noch auf den Kontakt zu den <b>Nationalliberalen</b> ein.</p>	
--	--	--	---	--



			<p>Man könne man zwar an den linken Flügel der Nationalliberalen anknüpfen, aber der innerparteiliche Druck sei zu groß, um wirkliche Zusammenarbeit zu erreichen. Also müsse die Fortschrittspartei unabhängig vorgehen, mit der Unterstützung von Männern der Freiheit und des Rechts.</p> <p>2. Sitzungstag:</p> <p>Es wird darüber diskutiert, ob der unentgeltliche Volksschulunterricht Eingang finden solle in das Parteiprogramm. V hält das im Wesentlichen für eine Finanzfrage und dies würde in einigen Teilen Deutschlands zu Schwierigkeiten führen und gehöre nicht in das Gebiet der Reichsgesetzgebung. Die Forderung sei zwar berechtigt, aber gehe über den Rahmen des Programms hinaus. Die Selbstständigkeit der Schule gegenüber der Kirche sei sicher gut, aber nur mit der Veränderung des Wortlautes von „Kirche“ zu „Religionsgesellschaften“ habe man noch nichts und man könne noch nicht zaubern, um die Kirche aus der Welt zu verbannen.</p>	
91	Mi, 27.11.1878, Nr. 279 (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p>Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die gestrige Sitzung der <b>Budgetkommission</b>. Thema war der <i>Erwerb von Grundstücken zum Bau einer geburts-hilflichen Klinik</i>. V bedauert, dass es die Regierung nicht geschafft habe, die an das jetzige Grundstücke anschließenden Grundtücke zu erwerben.</p>	<p>Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die <i>Erwerbung von Grundstücken zum</i></p>

				<i>Neubau der geburtshilflichen Klinik der Universität Berlin: Anlagen zu den stenographischen Beichten 1878-1879, Band I, S. 339-340</i>
92	Do, 28.11.1878, Nr. 280 (PDF: 14)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassender Bericht über den <b>Parteitag der deutschen Fortschrittspartei</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V nach seinen vielfachen, öffentlichen Leistungen, besonders bei den letzten Wahlen, mit überströmender Sympathie begrüßt worden sei.	
93	Sa, 30.11.1878, Nr. 282 (PDF: 17)	3. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: In der <b>Budgetkommission</b> sind gestern [29.11.1878] sieben Referenten für die verschiedenen Etats ernannt worden. V ist einer dieser Referenten.	
94	Fr, 6.12.1878, Nr. 287 (PDF: 6-7)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck des Berichts, den V im Namen der <b>Budgetkommission</b> über den <i>Erwerb von Grundstücken zum Neubau der geburtshilflichen Klinik der Universität Berlin</i> erstattet hat. Man sei sich einig, dass der Erwerb der Grundstücke nicht weiter herausgezögert werden dürfe. Das jetzige Gebäude sei schon an die 50 Jahre alt, zwar günstig gelegen für den Unterricht, aber	Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die <i>Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der</i>

			<p>für die steigenden Patientenzahlen unterdimensioniert. Auch die Erweiterung um den Zweig der Gynäkologie, der nun auch chirurgische Intervention beinhalte, sei ein weiterer Grund. Die hygienischen Verhältnisse hätten sich deutlich verschlechtert und das bisherige Grundstück biete nicht ausreichend Platz für einen Neubau. Durch einen glücklichen Umstand habe sich die Regierung Grundstücke ganz in der Nähe der neuen Augenklinik und der Chirurgie gesichert, dies allerdings zu einem sehr hohen Preis. Unklar sei zunächst die Finanzierung und damit die Einordnung in dieses oder ins nächste Etatjahr. Letztlich gehöre die Summe ins folgende Jahr und so gebe man den Gesetzentwurf zur Abstimmung ins HdA.</p>	<p><i>geburtshilflichen Klinik der Universität Berlin: Anlagen zu den stenographischen Berichten 1878-1879, Band I, S. 339-340</i></p>
95	<p>Di, 10.12.1878, Nr. 290 (PDF: 11)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [9.12.1878] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der über Berlin verhängte sog. <b>kleine Belagerungszustand</b>. Zusammen mit <b>Richter</b> und <b>Hänel</b> habe V die Stadt gegen missgünstige Urteile geschützt und erklärt, dass die schlechte Politik des Reichskanzlers [<b>Bismarck</b>] das Emporkommen der Sozialdemokratie begünstigt habe und nicht die Fortschrittspartei.</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 270-281</p>
96	<p>Di, 10.12.1878, Nr. 290 (PDF: 12 u. 13 u. 14)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben u.</p>	<p><b>HdA</b> (13. Sitzung vom 9. Dez.): Thema ist der über Berlin verhängte sog. <b>kleine Belagerungszustand</b>. V erklärt vorweg, dass er die Absicht habe, die Zustände Berlins und die Ausnahme Gesetze, die für die</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 270-281</p>

		<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p>Umgegend und die Hauptstadt gelten wür- den, zur Sprache zu bringen und fragt den Innenminister [<b>Graf zu Eulenburg</b>], ob dieser über die neusten Maßregeln Aus- kunft geben wolle. Nach dem zu Eulen- burg gesprochen hat, ergreift V das Wort. Er erkenne die Verpflichtung des Minis- ters an, das Ausnahmegesetz umsetzen zu müssen. Ihm gehe es mehr um die Entste- hungsgeschichte der Maßregel und er wol- le die Gründe dafür diskutieren. Berlin könne nicht so schlecht sein wie ange- nommen. Man habe es sogar aus eigener Kraft geschafft, alle sozialdemokratischen Kandidaten bis auf einen loszuwerden. V prangert an, dass die Polizei tatenlos deren Versammlungen zugelassen habe und auch die Störungen anderer Versammlungen durch die Sozialdemokraten nicht verhin- dert habe. Dies sei die Schuld des vorheri- gen Innenministers. Auch der Reichskanz- ler habe mit den Sozialdemokraten gute Nachbarschaft gepflegt. Man habe wohl gehofft, dass die <b>Sozialdemokraten</b> die <b>Fortschrittspartei</b> beseitigen könnten und wollte, nach V, den Teufel mit dem Beel- zebub austreiben. Politische Parteien seien eben keine chemischen Ingredienzien, die man in einem Topf so zusammen rühre, dass Säuren und Alkalien sich gegenseitig neutralisierten. In diese Sache sei man durch die schlechte Politik des Reichs- kanzlers gekommen. V äußert auch Be-</p>	
--	--	---	---	--

			<p>denken, dass das Gesetz immer weiter verlängert und nicht wieder abgeschafft werde. Dass man diese Gesetze behalten müsste, um Attentate zu vermeiden, hält er für falsch. Er bezweifelt auch, dass die bereits ausgewiesenen Personen die Führer dieser Vorkommnisse seien. Die Organisation der Sozialdemokraten werde im Geheimen weiter bestehen, aber nicht jeder Revolutionär sei auch ein Attentäter oder Königsmörder, es gebe auch <b>gute Revolutionäre</b>. Natürlich müsse man die <b>Schule des Verbrechens</b> schließen, aber man dürfe nicht an den falschen Orten suchen und nicht jede Handlung eines einzelnen kranken Geistes für den politischen Kampf nutzen. Man solle besser versuchen, gerecht zu handeln, denn Gerechtigkeit sei der Anfang jeder vernünftigen Handlung auch unter den politischen Parteien. Die allmähliche Vertreibung hingegen erzeuge immer neue Bitterkeit und umgebe die Vertriebenen mit einem Heiligenschein. Auf diese Weise könne man die Schule des Verbrechens nicht schließen. Besser man trete ihnen öffentlich entgegen und kämpfe gegen die Personen, um deren Köpfe und Herzen es sich handle. Die nachfolgenden Redner unterstützen oder kritisieren Vs Aussagen, je nach ihrer politischen Richtung.</p>	
97	Sa, 14.12.1878,	S. 1, 3. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [13.12.1878] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist	vgl. Andree, Band 35,

	Nr. 294 (PDF: 18)	unten	der <b>Missbrauch des landrätlichen Einflusses bei den letzten Reichstagswahlen</b> . V hielt es nach der Provokation durch <b>Lucius</b> am Schluss der Debatte für angezeigt, sich gegen die absichtlichen Missverständnisse zu verwahren, die man im konservativen Lager gegen seine frühere Rede hat verlauten lassen.	S. 281-284
98	Sa, 14.12.1878, Nr. 294 (PDF: 21)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (17. Sitzung vom 13. Dez.): Thema ist der <b>Missbrauch des landrätlichen Einflusses bei den letzten Reichstagswahlen</b> . V meldet sich nach der Debatte zu Wort auf die Kritik von <b>Lucius</b> . Man habe ihn mutwillig missverstanden. Er habe in seiner letzten Rede zwar von <b>guten Revolutionären</b> gesprochen, dies bedeute aber nicht im moralischen Sinne gut. Die konservative Partei wolle ihn da mutwillig missverstehen. Auch sei die Fortschrittspartei nicht unter die Revolutionäre gegangen, sie habe sich im Gegenteil immer für den gesetzlichen Kampf eingesetzt. Diese Art der Argumentation sollte zwischen politischen Gegnern keinen Platz haben. Lucius wolle seinerseits den Unterschied zwischen gut und anständig nicht verstehen. Für ihn seien gute Revolutionäre und Königsmörder gleichermaßen Hochverräter. Darauf erklärt V nochmals, dass er mit seiner Aussage keine Diskussion über die Moral aufwerfen wollte. Er wehre sich gegen diese gewaltsame Interpretation, die man ihm aufzwingt. Er sei	vgl. Andree, Band 35, S. 281-284

			kein <b>Lobredner der Revolution.</b>	
99	So, 15.12.1878, Nr. 295 (PDF: 25)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (1. Sitzung vom 14. Dez.): V und <b>Zimmermann</b> stellen den Antrag, das Kapitel der Polizeiverwaltung Berlins an die Budgetkommission zu verweisen. Dies wird abgelehnt</p> <p><b>HdA</b> (Abend-Sitzung vom 14. Dez.): Es wird über das <b>Polizeipräsidium</b> von Berlin beraten. V protestiert gegen die Unterstellung, die Fortschrittspartei würde aus bloßer Opposition notwendige Ausgaben verweigern. Auch dürfe man nicht glauben, dass der Partei die Sicherheit des Königs nicht am Herzen liege. Man habe angeblich zu wenige Sicherheitsbeamte. Dieses Problem könne man lösen, indem man den Kommunen Aufgaben übergebe wie das Sanitätswesen, das Feuerlöschwesen oder das Einwohnermeldewesen. Ferner dürfe man die Schutzleute nicht zu Schreibdiensten heranziehen und man müsse dafür sorgen, dass eingeteilte Schutzleute flexibler auf Probleme reagieren und nicht in ihrem Bereich Scheuklappen trüge. Auch wäre eine größere Freundlichkeit und Zuvorkommenheit der Polizisten wünschenswert. V akzeptiert die Mehrforderungen für die höhere und Sicherheitspolizei, nicht aber für den Schreibdienst und die Verstärkung des Bezirkswachdienstes. Ferner empfehle er, in den nächsten Jahren eine <b>Reorganisation des Polizeipräsidiiums</b> anzustreben.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 285-297  s. a. 10.1.1879

100	Mi, 18.12.1878, Nr. 297 (PDF: 28)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Aufruf zur <b>Sammlung für einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr des Kaisers</b> : Dieser solle in Form eines Obeliskens auf dem Potsdamer Platz aufgestellt werden. Man bitte alle Mitbürger um Unterstützung dieses Projektes, dass man nach Ablauf des Winters in Angriff nehmen wolle. V ist Mitunterzeichner.	
101	Mi, 18.12.1878, Nr. 297 (PDF: 29)	3. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Es wird nur kurz der Antrag Vs im HdA erwähnt, in der nächsten Session eine <b>Reorganisation des Polizeipräsidiums</b> anzustreben.	
102	Mi, 25.12.1878, Nr. 303 (PDF: 36)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Berichtet wird über das <b>Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei</b> . Hier ist V zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> hinter Klotz gewählt worden.	
103	Mi, 25.12.1878, Nr. 303 (PDF: 37-38)	4. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Dez.): V eröffnete die Sitzung mit dem Verwaltungsbericht für das abgelaufene Jahr. Er verweist auf die angestiegenen materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft. Hier hoffe man auf Unterstützung durch Heranziehung neuer Mitglieder aus der besitzenden Klasse. Als herausragende Leistung des Jahres bewertete V die Entwicklung des <b>Märkischen Museums</b> . Weiter wichtig sei die Tätigkeit von <b>Hagenbeck</b> mit Vorführung verschiedener Völkertypen. Ferner seien einige Geschenke von <b>Prof. Semper</b> eingegangen, unter anderem auch ein <b>Schädel von Menorca</b> .	<i>Über einen Schädel von Menorca:</i> VBAG 10, S. 418-424



104	Sa, 28.12.1878, Nr. 304 (PDF: 40)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die Berichterstattung der <b>Provinzial-Correspondenz</b> zu Vs letzter Rede im HdA. Es handle sich um Parteipolemik unter der Überschrift „Revolution und Königsmord“. Es seien Verdrehungen abgedruckt, die noch niemand anders in der Reptilienpresse gebracht habe. Zwar sei V dafür eingetreten, dass man <b>gute Revolutionäre</b> nicht mit Königsmördern auf eine Stufe stellen dürfe, aber damit dürfe die Zeitung noch lange nicht Königsmörder mit gewöhnlichen politischen Verbrechern gleichstellen. Am Ende des kurzen Berichts ist die Berichtigung der Prov.-Corr. abgedruckt.	Prov.-Corr. vom 18.12.1878, S. 3, 1.Spalte oben  Prov.-Corr. vom 27.12.1878, S. 4, 2. Spalte oben
105	Sa, 28.12.1878, Nr. 304 (PDF: 41)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Abdruck eines Briefes von Heinrich <b>Schliemann</b> an V vom 15. Nov. aus Troja. Der Brief wurde in der letzten Sitzung der BAG den Mitgliedern vorgelesen. Schliemann berichtet aus <b>Troja</b> von seinen diesjährigen Arbeiten und diversen Funden. Er plane, nach London zu reisen, um weitere Gegenstände dort im <b>South-Kensington-Museum</b> auszustellen und hoffe, im März wieder zurück in Troja zu sein.	Abdruck des Briefes in: Corr.-Bl., S. 9
106	Di, 31.12.1878, Nr. 306 (PDF: 46)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 30. Dez.): Thema ist ein Antrag auf Bildung eines Ausschusses zum Zweck der <b>Revisi- on der Geschäftsordnung</b> . V führte aus, dass er bekanntermaßen kein Freund der jetzigen Geschäftsordnung sei. Er habe	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV

			<p>aber formelle Bedenken gegen den Antrag. Zunächst sei der letzte Tag des Jahres ungeeignet. Ferner sei es wichtig, zunächst bestimmte Änderungswünsche vorliegen zu haben, denn eine Revision ohne bestimmten Anhalt würde zu endlosen Diskussionen führen. Er rate daher dringend, diesen Antrag nicht anzunehmen und es den Antragstellern zu überlassen, ihren Antrag zu spezifizieren. Weiteres Thema ist der <b>Bau eines Reservoirs</b> auf dem Grundstück der Wasserwerke. V unterstützt diesen Antrag, der später auch angenommen wird.</p>	
--	--	--	--	--

## Fundstellen 1879

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 10.1.1879, Nr. 12, MA (PDF: 15)	S. 1, 1. Spalte unten	Leitartikel über die Stellung der <b>Polizei- behörde</b> zur Kommunalverwaltung in Berlin: Zur Sprache kommt die Sitzung des HdA vom 14. Dez., in der auch V zu dem Thema gesprochen habe. Er habe den Antrag zur Revision des Polizeipräsidioms gestellt. Ursprünglich hätten V und <b>Zimmermann</b> den Antrag gestellt, die Erörterung an die Budgetkommission zu verweisen. Dies war aber schon in der Tagessitzung abgelehnt worden. In Reserve habe V eine teilweise Annahme und teilweise Ablehnung der Mehrforderungen gehabt. Es hätte nicht ausschließlich die Geldfrage im Vordergrund gestanden, sondern eher der Blick zweier erfahrener SV. Beide Antragsteller wollten lediglich die Anomalie durch eingehende Vorberatung zur Erkenntnis der geldbewilligenden Körperschaft bringen und daraus die legislatorische Abhilfe herleiten. Dies wurde aber durch den Minister mit dem Verweis auf die Wiederaufnahme der Verwaltungsgesetzgebung gestoppt.	s. a. 15.12.1878
2	So, 12.1.1879, Nr. 14, MA (PDF: 20)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [11.1.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Ernennung der Hofprediger <b>Kögel</b> und <b>Baur</b> zu Mitgliedern des <b>Oberkirchenrates</b> . V äußerte, dass die neu ernannten Mitglieder sich stets als erklärte Gegner der	vgl. Andree, Band 35, S. 297-300

			Synodalordnung gezeigt hätten und dass er bedauere, dass die kirchliche Entwicklung eine solche Niederlage habe einstecken müssen.	
3	So, 12.1.1879, Nr. 14, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 11. Jan.): Thema ist die Ernennung der Hofprediger <b>Kögel</b> und <b>Baur</b> zu Mitgliedern des <b>Oberkirchenrates</b> . V stellt fest, dass das Haus berechtigt sei, die Frage zu diskutieren, denn in der <b>Synodalordnung</b> sei ausdrücklich festgehalten, dass der Minister die Ernennungen gegenzuzeichnen habe. Dies habe nicht zum Ziel, dem Minister mehr Schreibkram aufzubürden, sondern ihn vor dem Haus politisch dafür verantwortlich zu machen [ <b>Ministerverantwortlichkeit</b> ]. Man habe das Recht, den Minister über diese Angelegenheit zu befragen. Die Wahl nur gut oder schlecht zu finden, sei ohne weitere Begründung wenig hilfreich. In Vs Augen sei die Wahl schlecht, weil beide Kandidaten sich stets als erklärte Gegner der Synodalordnung gezeigt hätten. Die Synodalordnung sei aber die Basis, aufgrund derer beide erst berufen worden seien. Um das gut zu finden, dazu gehöre ein großer Optimismus.	vgl. Andree, Band 35, S. 297-300
4	Di, 14.1.1879, Nr. 16, MA (PDF: 25-26)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 11. Jan.): Da die BAG immer noch ohne eigene Räume war, fand die Versammlung in den Räumen der Berg-Akademie statt, wofür sich V bei dessen Vorsitzenden bedankte. Weiter macht V Bemerkungen zu	Bemerkungen über die <i>Australier</i> : VBAG 11, S. 28-29

			einzelnen eingegangenen Schädeln und später äußert er sich kurz zu einem Vortrag über die Sprache der <i>Australier</i> . Deren Verwendung von Zahlwörtern verdeutliche die niedrige Entwicklungsstufe. Auch den Hang zum Nomadentum habe man nicht unterbinden können.	
5	Fr, 17.1.1879, Nr. 19, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Jan.): Thema ist der <b>Organisationsplan für die Verwaltung der Irrenanstalt in Dalldorf</b> . V unterstützt den Antrag auf Überweisung an einen Ausschuss. Dies wird später angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
6	Sa, 18.1.1879, Nr. 20, MA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis auf eine allgemeine <b>Wählerversammlung</b> am 20. Jan., auf der V über die gegenwärtige politische Lage und den Gesetzentwurf zur <b>Strafge- walt des Reichstages</b> sprechen wird.	s. a. 22.1.1879
7	Sa, 18.1.1879, Nr. 20, AA (PDF: 11)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Kürzung des Fonds zur Vermehrung der Sammlung der Kunstmuseen</b> . V habe mit Recht geltend gemacht, dass man mit einer solchen Kürzung in späteren Jahren nur schwerlich vom Finanzminister die Zustimmung zur erneuten Erhöhung bekommen würde.	vgl. Andree, Band 35, S. 300-315
8	So, 19.1.1879, Nr. 21, MA (PDF: 13 u. 14-15)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2,	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 18. Jan.): Thema ist die <b>Kürzung des Fonds zur Vermehrung der Sammlung der Kunstmuseen</b> . Nach Vs Ansicht scheint sich eine Änderung in der Stellung der Museumsverwaltung vorzubereiten. Sie müsse gegenüber dem Finanzminister vertreten werden, um zu	vgl. Andree, Band 35, S. 300-315

		<p>2. Spalte unten u. 3. Spalte mittig f.</p>	<p>vermeiden, dass die Gehälter zurückgestellt werden. Dieses würde die Zukunft der Anstalt gefährden. Mit einer solchen Kürzung sei in späteren Jahren nur schwerlich vom Finanzminister die Zustimmung zur erneuten Erhöhung zu bekommen. Er würde sich als Chef der Verwaltung solche Kürzungen nicht gefallen lassen, weil er die Verantwortung dafür nicht übernehmen wollte.</p> <p>Weiter:</p> <p>Thema ist die <b>Akademie der Künste</b>. Dazu sagt V, dass man vom Haus nicht die Initiative für organisatorische Gedanken erwarten dürfe. Man könne der Regierung nur fruchtbare, neue Gedanken nahe bringen. In der kurzen Zeit ihres Bestehens habe die Akademie besondere Leistungen aufzuweisen, obwohl sie sich mit ähnlichen großen Einrichtungen anderer Staaten nicht messen könne.</p> <p>Weiter:</p> <p>Im Rahmen des Themas <b>Kultus und Unterricht</b> kommen mehrere Vorkommnisse zur Sprache. Es wird ein Wahlauftritt angesprochen, der vom Inhalt her angeblich verunglimpfend und der auch noch im Rahmen des <b>Karnevals</b> parodiert worden sei. V habe der Diskussion mit Widerstreben zugehört. Er habe den Eindruck fanatischer Inquisition und Regierungsgewalt gegen einzelne Personen wahrgenommen. Dazu sei die Tribüne des Hauses nicht da.</p>	
--	--	---	--	--

		<p>Es lägen noch nicht einmal ausreichend Details vor, um ein Urteil fällen zu können. Er erhoffe sich vom Präsidenten, dort mäßigend einzugreifen. Die Aufregung über den Wahlaufruf könne er nicht verstehen. Er und seine Partei seien ständig solchen Anfeindungen ausgesetzt. Auch die Presse, wie kürzlich die Prov.-Corr., würde vor solchen Prozeduren nicht zurückschrecken und er habe darüber nicht geklagt. Da müsse man abgehärteter sein, sonst könne man keine Nacht ruhig schlafen. Auch den Ausrutscher in Karnevalslane sollte man nach Vs Meinung mit etwas mehr Distanz sehen. Karneval gebe es schon lange und die Freiheit dieses Festes, das aus den Saturnalien hervorginge, könne man nicht aus dem Volk herausbringen. Zumal in dem speziellen Fall gar keine Öffentlichkeit anwesend war, es sei eine private Feier gewesen. Man solle sich an die eigene Brust fassen und überlegen, was man selbst beim letzten Karneval so getan habe. Eine andere Angelegenheit dreht sich um einen <b>Dr. Müller</b> aus Lippstadt, der nach Ansicht einiger Mitglieder des Hauses seine Position als Lehrer genutzt habe, um falsche Lehren zu verbreiten. V spricht generell davon, dass es sicher ungehörig sei, reine Hypothesen als fertige Lehre in der Schule zu präsentieren. Er warnt aber davor, voreilig zu handeln und aus der Sache politisches Kapital zu schlagen. Zumal</p>	
--	--	---	--

		<p>man gar nicht wisse, wie sich der Lehrer nach der Abmahnung verhalten habe. Es sei keine Todsünde, wenn eine Lehre, die von allen Seiten begrüßt werde, auch wenn sie nicht belegt sei, von Lehrern gelehrt würde. Man könne solchen Strömungen nur von Seiten der Wissenschaft mit Aufklärung und Forschung begegnen. Auch habe Dr. Müller keinen Angriff auf das Christentum oder die religiöse Überzeugung der Kinder begangen. Man könne nicht die Wahrheit aller Sätze danach bemessen, ob sie mit der jeweiligen Lehre irgendeiner Kirche im Widerspruch stehe. Es sei eher so, dass eine große positive Erfahrung jede kirchliche Gewalt niederbreche. Die Wissenschaft könne den Anspruch erheben, den Glauben in Schranken zu weisen. Wenn das Zentrum bestimmte Dogmen für alle Zeiten aufstellen wolle und danach Staatsgesetze und Verwaltung bestimmen wolle, so könne man gleich mit einem großen Schwamm über die Wissenschaft gehen. Man könne aber sehr wohl nebeneinander existieren, wenn man sich darauf verständige, jedes Mal der Wahrheit die Ehre zu geben und gerecht zu sein. Der Friede könne nur hergestellt werden, wenn man sich gegenseitig so respektiere, dass jeder seinen Glauben haben dürfe. Jedes Mal, wenn man mit der <b>Friedenstoga</b> käme, würde die Gegenseite den <b>Kriegsmantel</b> umlegen. V beendet seine Worte mit</p>	
--	--	--	--



			der Bitte, kleinliche und gehässige Anfeindungen zu unterlassen und Personen außen vor zu lassen, die nicht anwesend seien, um sich persönlich zu verteidigen.	
9	Di, 21.1.1879, Nr. 23, MA (PDF: 18)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 18. Jan.): Die Sitzung fand diesmal im Vorlesungssaal des Gewerbemuseums statt. V äußert sich zu einem <i>Schädel aus dem Gräberfeld von Giebichstein bei Halle a. S.</i> Dieser Schädel weist ein markstückgroßes Loch in der Nähe des Scheitelbeinhöckers auf, das von einer Trepanation herrühre.	<i>Schädel aus dem Gräberfeld von Giebichstein bei Halle a.</i> S.:VBAG 11, S. 64-67
10	Di, 21.1.1879, Nr. 23, AA (PDF: 20)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird ein Antrag der Budgetkommission erwähnt, der auf V zurückgehen soll. Es handelt sich um die Forderung nach <b>Einrichtung eines oberen Unterrichtsrates</b> , der als regelmäßig beratende Behörde dem Unterrichtsminister zu Seite stehe. Aus Sorge, dass mit der Einführung eines solchen Rates die Verwaltung behindert werde, einigte man sich darauf, die Entscheidung dem Kultusminister anheim zu geben.	vgl. Andree, Band 35, S. 315-323
11	Mi, 22.1.1879, Nr. 24, MA (PDF: 22-23)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 21. Jan.): Thema ist der Antrag der Budgetkommission auf <b>Einrichtung eines oberen Unterrichtsrates</b> . Der bestehende Antrag genüge ihm, so V. Aber die jetzige Organisation des Unterrichtswesens sei unvollständig und bedürfe der Ergänzung durch einen Unterrichtsrat. Es sei vielleicht auch das geeignete Organ, um das Berechtigungswesen	vgl. Andree, Band 35, S. 315-323

			<p>gegenüber dem Kriegsminister zu regeln und den Einfluss dritter Minister auf das Schulwesen zu unterbinden. Die Wirksamkeit eines solchen Organs könne man in anderen europäischen Staaten sehen. Für V ist eine ständige Kommission, die immer mit dem aktuellen Wissen ausgestattet ist, sinnvoller, als immer wieder kurzfristig ins Leben gerufene Kommissionen. Sonst sei im Ministerium ein einzelner Dezernent zuständig, dies würde das Gefühl von Omnipotenz fördern. Die Statuten für die Schulen aufzustellen war vor der Verfassung Sache der Krone, jetzt handle man eigenmächtig. Viel besser sei es, den Minister an eine Anhörung der zu bildenden fachlichen Instanz zu binden. Dies betreffe auch das Bauwesen.</p>	
12	<p>Mi, 22.1.1879, Nr. 24, MA (PDF: 25)</p>	<p>2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p>Bericht über die <b>Versammlung von Wählern im 3. Reichstagswahlkreis</b> vom 20. Jan. V spricht über <i>die Strafgewalt des Reichstages</i>. Es sei der Augenblick gekommen, das Volk selbst zu befragen zu politischen Dingen, um zu sehen, wie es selbst darüber denke. Dies sei umso wichtiger, da es im Laufe dieses Jahres Neuwahlen geben werde; er spreche aber nicht für sich selbst. Er habe kein Interesse daran, Abgeordneter zu sein, denn er habe auch außerhalb des Parlaments vielfach Gelegenheit in seinem Sinne zu wirken. Von Seiten des „<b>Neuen Volksvereins</b>“ habe man ihm nahegelegt, sein Mandat</p>	<p>Die Beschränkung der Redefreiheit im Deutschen Reichstage: Vortrag des Abgeordneten Prof. Dr. Virchow über den Gesetzentwurf des Reichskanzlers betr. <i>die Strafgewalt des Reichstags</i>,</p>

		<p>niederzulegen, er halte es aber für unverschämt, wenn diejenigen, die ihn nicht gewählt hätten solche Forderungen stellten. Täglich erhalte er höfliche Aufforderungen, so schnell wie möglich zu verschwinden.</p> <p>Noch nie habe es in Deutschland eine Zeit gegeben, wo die Verwirrung der Gemüter so groß und wo die Presse so wenig ihre Aufgabe, das Volk aufzuklären, erfüllt habe, als gerade jetzt. Er erinnere daran, dass der erste Verfassungsentwurf 1848 vom Ministerium der Nationalversammlung vorgelegt wurde, in seinen Hauptpunkten an die belgische Verfassung angelehnt. In dieser alten belgischen Verfassung befänden sich Bestimmungen, die mit großer Sorgfalt und Ausführlichkeit dafür sorgten, dass die Person des Volksvertreters unantastbar sei und herausgehoben werde über jedes Strafverfahren. Diese Bestimmungen seien nicht zufällig, vielmehr hätten die Belgier das richtige Gefühl gehabt, dass man eine Stellung schaffen müsse, die dem Volksvertreter nicht nur volle Sicherheit des Redens innerhalb der Kammer, sondern ihm auch die Bürgschaft gebe, dass er nicht durch äußere Gewalt abgehalten werden könne in der Erfüllung seiner Aufgabe, sondern nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich sei. Die preußische Verfassung hat nicht bloß die Handhabung der Disziplinargewalt in die Hand der beiden</p>	<p>gehalten in der allgemeinen Berliner Wählerversammlung am 20. Jan. 1879, nebst dem Wortlaut des Gesetzentwurfs und der geltenden Verfassungsartikel. Berlin: Barthel, 1879</p>
--	--	---	---

		<p>Häuser des Landtages selbst gelegt, sondern sie schütze auch den Volksvertreter unter allen Umständen vor Verfolgung, es sei denn, dass er eines Verbrechen beschuldigt werde. Von 1863 an sei nun dieses Recht der Volksvertreter auf die Reichsverfassung übertragen.</p> <p>Wenn die Vorlage des Reichskanzlers Gesetz würde, so würde man hinter das Jahr 1848 zurückgeworfen. Das erste, höchste und entscheidende Recht unter den wenigen Rechten, die man habe, sei das, dass das Volk nicht nur charakterfeste, sondern auch in ihrer Stellung unabhängige Männer in das Parlament schicke, die ohne Rücksicht sagen, was nach ihrer Überzeugung für das Volk das Beste sei. Dieses Recht sei bis auf den heutigen Tag ungeschmälert erhalten. Nun aber komme <b>Bismarck</b> und sage, mit dem Reichstag sei nicht mehr auszukommen, dessen Rechte müssten geschmälert werden. Nun hätten zwar fast alle Organe der verschiedenen Parteien anerkannt, dass das Vorgehen des Reichskanzlers zweifelhaft sei, aber es sei bemerkenswert, dass etwas versucht werden sollte, was bis jetzt als gegen die Verfassung verstoßend erachtet wurde. In allen Verfassungen der Welt habe man es als ein Gebot der Gerechtigkeit erachtet, dass den Minoritäten im Parlament ein gewisser Spielraum belassen werde, und es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Gerechtigkeit</p>	
--	--	---	--

		<p>durch das Parlament selbst am besten gehandhabt werde. Nun soll eine Kommission darüber entscheiden, welche der Strafen über den unbotmäßigen Volksvertreter verhängt werden solle, ja dieser „<b>kleine Gerichtshof</b>“ solle den Volksvertreter sogar dem Strafrichter überliefern können. V habe immer bedauert, dass die Verfassung des Deutschen Reiches so wenig Stabilität zeige. Eine Verfassung, die ein gewöhnliches Gesetz sei, das in jeder Session geändert werden könne, verursache ein Gefühl der Unsicherheit und Wandelbarkeit. Eine Verfassung müsse vor allen Dingen beständig und eine stete Grundlage der Volksentwicklung sein. Wenn man aber kaum mehr wisse, welche Artikel noch gelten und welche nicht, wenn man gewissermaßen immer erst nachlesen müsse, was man denn eigentlich beschworen habe, so sei dies doch mehr als bedenklich. Man müsse gewisse Grundrechte in der Verfassung festhalten, die niemand antasten dürfe. Auch wenn die Grundrechte des Volkes nicht in die Verfassung gekommen seien, so seien es doch wenigstens die Grundrechte der Volksvertreter und darunter sei das Grundrecht der Unverletzlichkeit das wichtigste. Die Vorgänge in Preußen seien auch nicht anders als in anderen Ländern, dass man erwarten könne, es gelten im Lande andere Regeln. Es wäre eine seltene Sammlung tapferer Männer, die gewählt</p>	
--	--	---	--

		<p>werden müsste, um angesichts solcher Torturen noch unbefangen das zu äußern, was sie denken. Im englischen Parlament käme es häufig zu derben Wortäußerungen. Diese mögen dann vielleicht gegen die guten Sitten verstoßen, nicht aber gegen die Redefreiheit. Die guten Sitten, die unter gebildeten Leuten üblich seien, hätten auch jetzt schon im HdA zu gelten.</p> <p>V geht dann nochmal auf seine unglückliche Formulierung eines <b>guten Revolutionärs</b> ein, was weitreichende Kreise gezogen habe und politische Gegner zu übereifrigen Formulierungen hat kommen lassen. Man sei sogar so weit gekommen, ihn der Glorifizierung der Revolution zu beschuldigen. Auch die Presse habe dies fleißig unterstützt, allen voran die „<b>Provinzial-Correspondenz</b>“. Daraus könne man ersehen, wie die Verleumdung etagenweise anwachse. In dieser systematischen Vergiftung des Volkes liege doch eine größere Gefahr, als in den Worten, die innerhalb des Reichs- oder Landtages gesprochen würden. Er habe 16 Jahre treu das Programm der Fortschrittspartei vertreten, um auf gesetzlichem Wege das zu erreichen, was dem Volk gut täte. Nun genüge ein einziges, vielleicht nicht ganz geschicktes Wort, um diese Zeit ungeschehen zu machen und die ganze Meute der Verleumder auf ihn zu hetzen und ihn zu verunglimpfen. Nun heiße es stehen und verteidigen,</p>	
--	--	---	--

			dies seien ja schon fast konservative Werte. Nun müsse das Volk entscheiden, wen es unterstützen wolle. Es folgt minutenlanger, stürmischer Beifall und Hochrufe	
13	Fr, 24.1.1879, Nr. 26, MA (PDF: 30)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 23. Jan.): Thema ist die <b>Strafgewalt des Reichstages</b> . Es liegt ein Gegenantrag dazu vor, den auch V mit eingebracht hat. Es heißt darin, dass die bestehende Garantien der Redefreiheit, die selbstständige Ordnung des Geschäftsganges und die Disziplin seiner Mitglieder unerlässliche Grundlagen der preußischen und der Reichsverfassung seien und dass man dem Reichstag seine verfassungsmäßigen Rechte bewahren wolle.	nichts bei Andree
14	So, 26.1.1879, Nr. 28, MA (PDF: 38)	Sonntags- beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	<b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> (Hefte 280-312). Alle Hefte sind mit Autor und Titel aufgeführt.	
15	So, 26.1.1879, Nr. 28, MA (PDF:40)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Beerdigung vom Sanitätsrat und Physikus des Niederbarnimer Kreises <b>Dr. Max Boehr</b> . V ist unter den Trauergästen [ <b>Begräbnis</b> ].	
16	Do, 30.1.1879, Nr. 32, MA (PDF: 47)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [29.1.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist ein Antrag von <b>Reichensperger</b> zur Tagesordnung überzugehen. Den verbalen Angriff auf die Fortschrittspartei pariert V mit der Bemerkung, dass er und seine politischen Freunde für die <b>Freiheit der religiösen Überzeugung</b> des Individuums eintreten würden. Bei dem vorliegenden An-	vgl. Andree, Band 35, S. 324-325

			trag handle es sich aber nicht um religiöse Freiheit, sondern um die davon abweichende Freiheit der Kirche.	
17	Do, 30.1.1879, Nr. 32, MA (PDF: 49)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben und 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (40. Sitzung vom 29. Jan.): Thema ist ein Antrag von <b>Reichensperger</b> zur Tagesordnung überzugehen. Den verbalen Angriff auf die Fortschrittspartei pariert V mit der Bemerkung, dass er und seine politischen Freunde für die <b>Freiheit der religiösen Überzeugung</b> des Individuums eintreten würden. Bei dem vorliegenden Antrag handle es sich aber nicht um religiöse Freiheit, sondern um die davon abweichende Freiheit der Kirche.	vgl. Andree, Band 35, S. 324-325
18	Sa, 1.2.1879, Nr. 34, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Artikel über das Erscheinen des Berichtes zum 1. <b>Parteitag der Fortschrittspartei</b> , abgedruckt in Nr. 10 der „ <b>Politischen Zeitfragen</b> “. Er enthält Auszüge aus Vs Eröffnungsrede und im Weiteren die Anträge der verschiedenen Sitzungen und den Ablauf mit Auszügen anderer Reden.	
19	Sa, 1.2.1879, Nr. 34, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Monatsbericht der <b>Akademie der Wissenschaften</b> . V hat im Oktober 1878 <i>über die äußeren physischen Eigenschaften der Australier</i> gelesen.	<i>Über die äußeren physischen Eigenschaften der Australier</i> : Monatsber. d. Kgl. Pr. Acad. d. Wissensch., 1878, S. 612
20	Di, 4.2.1879, Nr. 37, MA	S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über die gestrige [3.2.1879] Sitzung der <b>Budgetkommission</b> : Thema war der Generalbericht zum Etat 1879/80. Auf	



	(PDF: 7)		Antrag von V akzeptierte die Kommission den Vorschlag, in dem Bericht Namen der Abgeordneten fortzulassen und nur allgemein die Meinung der Kommission zu äußern.	
21	Fr, 7.2.1879, Nr. 40, AA (PDF: 14)	S. 1, 3. Spalte mittig	Kurzer Bericht zur deutscherseits durchgeführten Untersuchung der <b>Pestepidemie in Russland</b> : Es soll ein vierter Arzt speziell für pathologisch-anatomische Fragestellungen mitreisen. Es handelt sich dabei um den Dermatologen <b>Dr. Lassar</b> , einen Schüler Vs.	
22	Sa, 8.2.1879, Nr. 41, AA (PDF: 17)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die Staatsbauten in Berlin und Potsdam. V drückt sein Bedauern über die jahrelange <b>Verschleppung des Neubaus der königlichen Bibliothek</b> aus. Es müsste dazu eine Kavallerieschwadron verlegt werden, um den Bauplatz überhaupt zur Verfügung zu stellen. V schlägt vor sich in dieser Angelegenheit mit einer direkten Adresse an den König zu wenden.	vgl. Andree, Band 35, S. 325-338
23	So, 9.2.1879, Nr. 42, MA (PDF: 18)	S. 1, 3. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [8.2.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Eisenbahnetat</b> . V erinnerte daran, dass <b>Bismarck</b> nicht allein Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident sei und dass kein Minister das Recht habe, seine eigene persönliche Verantwortlichkeit vor dem Landtag mit der des Reichskanzlers zu decken. Der Minister <b>Maybach</b> verzichte durch eine solche Handlung auf sei-	vgl. Andree, Band 35, S. 325-338

			<p>ne Selbstständigkeit und drücke das Niveau der preußischen Minister zu bloß ausführenden Beamten ohne eigene Meinung. Die ganze Angelegenheit erwecke den Eindruck, dass man sich nicht getraue die Absichten der Regierung offen darzulegen. Sei das Staatsbahnsystem gewünscht so müsse man davon erfahren, statt aber stückweise vorzugehen und das in den Privatbahnen angelegte Kapital des Landes zu ruinieren, um dann diese Bahnen billig für den Staat aufzukaufen. Ein weiteres Thema ist das Verbot des Verkaufs der „<b>Frankfurter Zeitung</b>“ auf Bahnhöfen der Nassauischen Staatsbahn. Dazu liegt eine Interpellation Vs vor. Maybach erwiderte dazu, dass das Verbot im Einvernehmen mit der königlichen Regierung verhängt worden sei aufgrund der allgemeinen Bestimmungen, dass unsittliche und gegen die allgemeine Ordnung verstoßende Druckschriften nicht verbreitet werden dürften.</p>	
24	So, 9.2.1879, Nr. 42, MA (PDF: 21 u. 22)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 2, mehrere Fundstellen auf der Seite	<b>HdA</b> (47. Sitzung vom 8. Feb.): Thema ist der <b>Bau der königlichen Bibliothek</b> . V erklärt dazu, dass eine partielle Verlegung für alle Interessenten eine gute Lösung der momentanen Raumnot sei. Die abzutrennenden Abteilungen stünden nicht in direktem Zusammenhang mit der übrigen Bibliothek. Mittlerweile habe der Neubau der gesamten Bibliothek auch weniger Aussicht auf Erfolg denn je. Da das Kultusministerium in der Angelegenheit seit Jahren	vgl. Andree, Band 35, S. 325-338

		<p>nicht vorankäme, wäre eine Adresse an den König wohl angebracht. Man könne mit dem östlichen Flügel beginnen, damit könnte die Kaserne noch einige Jahre bestehen bleiben. Dann aber müsste man einen Platz für die Akademie der Künste schaffen. Leider würde die Regierung keine Energie in dieses Projekt stecken. Dabei sei es wichtig, endlich einen Generalplan zu entwerfen. Die Verlegung der <b>Akademie der Künste</b> an den <b>Lützow-Platz</b> sei für V keine Lösung. Er habe diesen Platz schon in der SVV zweimal vor der Bebauung gerettet. Er sei dringend notwendig für die weniger Begüterten, damit dort deren Kinder spielen und toben könnten. Ferner sei das mineral-chemische Institut zu klein angelegt und das technische überflüssig, da für letzteres ein Polytechnikum geschaffen werde. V hoffe, dass die dazu revidierten Pläne bald vorgelegt werden, damit der Bau schnell vorankomme. Den Einwand, er habe einen Minister persönlich kritisiert, weist V zurück. Er habe sich immer an das Gesamtministerium gerichtet.</p> <p>Weiter bedauert V, dass der Finanzminister nicht anwesend sei. Er hätte von diesem gerne erfahren, wie dieser über die Verwaltung der Güter der kurhessischen Nebenlinie denke. Prinz Friedrich Wilhelm beschwere sich über eigenmächtige Veränderungen in der Substanz seines unter gerichtlicher Verwaltung stehenden Vermö-</p>	
--	--	---	--

		<p>gens.</p> <p>Weiteres Thema ist der <b>Eisenbahnetat</b>. V erinnerte daran, dass <b>Bismarck</b> nicht allein Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident sei und damit das Haus das Recht habe, im Namen des Volkes auch Fragen an ihn zu stellen. Man wende sich an die Person, die gesetzlich verantwortlich sei. Es ginge nicht, dass man bei Problemen in Preußen sich dann anderweitig Unterstützung hole. Dies würde nicht die Einheit stärken, sondern nur den <b>Partikularismus</b>. Die jetzige Agitation führe in allen deutschen Staaten dazu, dass man eher partikularistischen Interessen folge, um die Minister aus dem Zauberbann des Reichskanzlers herauszulösen. Auch in Preußen erinnere man die Minister von Zeit zu Zeit an ihre Selbstständigkeit. Momentan finde eine Erniedrigung des Niveaus statt, allein dadurch, dass Minister und Abgeordnete die Dinge einfach geschehen ließen. Es könnte nicht im konstitutionellen Sinne sei, dass man dauerhaft daran arbeite, die Menschen zu unterwerfen. Eine Auswirkung sei auf dem Gebiet der Eisenbahnen, dass selbst finanziell gesunde Bahnen sich am Aktienmarkt nicht behaupten könnten. Das erkläre sich daraus, dass kein Mensch mehr wüsste, was in einigen Monaten geschehe. Wolle die Regierung Staatsbahnen, so solle sie diese auch in einem Stück einführen. Wolle sie</p>	
--	--	--	--

		<p>dies nicht, so solle sie von dem Vorhaben auch endlich gänzlich zurücktreten. V selbst sei gegen die Staatsbahnen, aber er würde sich fügen, wenn die Mehrheit dafür sei. Durch das momentane System würden aber die Privatbahnen nur erheblich geschädigt, was dazu führe, dass der Staat diese billig aufkaufen könnte. Würden die Minister offen ihre Meinung äußern, hätte man das Problem nicht. V tue es unendlich leid, dass die deutschen Angelegenheiten, die so frisch begonnen hätten, mit dieser Sache so belastet würden. Wichtig sei, wahrzunehmen, dass alle Operationen, die die Landesregierungen nötigten, sich mit Reichsangelegenheiten zu beschäftigen, nur dazu führten, dem Reichsgedanken zu schaden. Nach Kritik erklärt V, er habe nicht geäußert, dass es das Ziel der Regierung sei, die Eisenbahnen zu ruinieren, um sie dann billig zu kaufen. Nur würden ihre Handlungen aber tatsächlich zu diesem Ergebnis führen.</p> <p>In Bezug auf die Nassauische Eisenbahn bittet V um die Aufklärung vom Minister Maybach, warum die „Frankfurter Zeitung“ verboten worden sei. Mit diesem Verbot sein in Preußen eine neue Maßregel eingeführt worden, die ein weiterer Fortschritt auf dem Weg zum Polizeistaat sei. Das Mindeste, was man erwarten könne, sei eine Erklärung der Regierung. Wenn man das Publikum nicht mehr für fähig er-</p>	
--	--	--	--

			achte zu entscheiden, was es lesen wolle, so könne man davon ausgehen, dass es weitere Maßregeln geben werde an denen man sich erfreuen könne. Es folgen Erklärungen des Minister Maybach, die V annehmen lassen, man hätte sich an die falsche Adresse gewandt, behält sich aber weitere Schritte vor.	
25	Mo, 10.2.1879, Nr. 43, AA (PDF: 25)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der Eisenbahnetat. In Bezug auf die „ <b>Frankfurter Zeitung</b> “ stellt V den Antrag die Regierung, dafür Sorge zu tragen, dass Zeitungen, deren Erscheinen nicht durch das Gesetz untersagt sei, auf den Eisenbahnstationen weiterhin verkauft werden dürften. Da Minister <b>Maybach</b> schon zugesichert habe, eine neue, veränderte Verfügung zu erlassen, dass nur noch gesetzlich verbotene Druckschriften nicht verkauft würden, verzichteten die Antragsteller auf jegliche weitere Motivierung ihres Antrages.	vgl. Andree, Band 35, S. 338-356
26	Di, 11.2.1879, Nr. 44, MA (PDF: 26)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [10.2.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Bewilligung einer Summe zum <b>Bau des Zentralbahnhofs in Frankfurt</b> . V hält es zusammen mit <b>Windthorst</b> im Hinblick auf die Finanzlage und die Notwendigkeit einer Verständigung mit Hessen und Baden nicht für sinnvoll, dem zuzustimmen. Allerdings habe sich die Mehrheit trotzdem nicht umstimmen lassen. Nach Ausführungen des Abg. v. Zedlitz	vgl. Andree, Band 35, S. 338-356

			<p>gegen die Redefreiheit der Abgeordneten, geschmückt mit maßlosen Ausdrücken, fühlte sich V veranlasst, gegen den Ton zu vorgehen und der freikonservativen Fraktion mit Repressalien zu drohen.</p> <p>In der Abendsitzung kam es im Rahmen der Beratungen des <b>Etats des Kultusministeriums</b> erneut zum Ausbruch des <b>Kulturkampfes</b>. Es kommen Vorgänge im <b>Oppelner</b> Regierungsbezirk zur Sprache. V hofft, dass der Minister die dortige Umstände genauestens untersuche lasse, um sie dann dem Hause vorzulegen</p>	
27	Di, 11.2.1879, Nr. 44, MA (PDF: 28 u. 29 u. 30)	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten u. 2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p><b>HdA</b> (48. Sitzung vom 10. Feb.): In Bezug auf die „<b>Frankfurter Zeitung</b>“ stellt V den Antrag die Regierung aufzufordern, dass Zeitungen, deren Erscheinen nicht durch das Gesetz untersagt sei, auf den Eisenbahnstationen weiterhin verkauft werden dürften. Da Minister <b>Maybach</b> schon zugesichert habe, eine neue veränderte Verfügung zu erlassen, dass nur noch gesetzlich verbotene Druckschriften nicht verkauft würden, wird der Antrag mehrheitlich angenommen. Dann wird über die kritische Situation der Berliner Polizeiverwaltung gesprochen. Hierzu führt V kurz aus, dass jahrelang sehr hohe Taxen gezahlt wurden, diese nun aber aufgehoben seien. Diese Wortmeldung ist bei Andree nicht aufgeführt.</p> <p>Weiteres Thema ist die Bewilligung einer Summe zum <b>Bau des Zentralbahnhofs</b> in</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 338-356

		<p><b>Frankfurt.</b> Abg. <b>Lasker</b> geht auf die vielen Unglücksfälle ein, die aufgrund der baulichen Situation des Bahnhofes in Frankfurt schon passiert seien. Dieses könne man nicht mehr guten Gewissens verantworten. Er vergleicht diese Situation mit den üblen Zuständen der Berliner Kliniken, die V angeprangert hätte und für die dieser einen Antrag auf 1,5 Mio. Mark gestellt habe. Dies wurde auch ohne bereits bestehende Pläne bewilligt. Dann nimmt Lasker Bezug auf Vs Ablehnung weiterer Bebauungen von Plätzen. Dies würde in anderen Städten ständig passieren. Daraufhin erklärt V, dass es ihm nur darum ginge, dass man Baden und Hessen zwingen könne sich an dem Bahnhofsbau zu beteiligen. Allerdings glaube er nicht, dass man die Angelegenheit über einen Zivilprozess werde entscheiden können. Er ist der Meinung, dass man der Sache noch so lange Zeit geben könnte bis die Pläne ausgearbeitet seien. Im Rahmen der allgemeinen Finanzverwaltung spricht V den Minister nochmals auf die Frage an, wie es mit dem Prozess der hessischen Agnaten gegen den Fiskus stehe. Auch dieser kurze Einwurf findet sich nicht bei Andree.</p> <p>Abendsitzung:</p> <p>Thema ist der Etat des Kultusministeriums. Es kommen Vorgänge im <b>Oppelner</b> Regierungsbezirk zur Sprache. Hier habe es einen Erlass der Regierung gegeben. Die-</p>	
--	--	---	--



			<p>sen müsste der Minister klar stellen. Aus den Tatsachen an sich könne man dem Minister aber keinen Vorwurf machen. Dieser sei nicht verantwortlich für alles, was im Schulwesen geschehe. Man mache schließlich den Papst auch nicht für alle Verfehlungen von Priestern verantwortlich. Das Problem in Oberschlesien seien die Verhältnisse. Es handle sich um eine indolente, wenig unterrichtete Bevölkerung, wie er aus eigener Erfahrung wisse. Weiter kritisiert V die Ultramontanen. Diese seien der Meinung, dass es ohne religiöse Freiheit keine bürgerliche Freiheit gebe. V sage aber, dass es ohne bürgerliche Freiheit auch keine religiöse Freiheit geben könne. Für ihn sei die <b>religiöse Freiheit die Freiheit des Individuums</b>. Solange das Zentrum in der Opposition stehe, sei dieser Zustand gesicherter. Es sei gefährlich, dass der Staat Kirchen anerkenne und diesen die Bürger zuordne. Hier nimmt er den Kultusminister etwas in Schutz. Dieser habe in letzter Zeit mehr gelitten als getan.</p>	
28	Di, 11.2.1879, Nr. 44, MA (PDF: 30)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<p>Parlamentarische Nachrichten: Bericht über ein <b>Familien- und Parteifest der Fortschrittsfraktion</b> vom 9. Feb. V saß der Festtafel vor und sprach zum Geburtstag des Abg. <b>Dr. Bender</b>. Dieser sei einer der besten Konservativen der Partei und den jüngeren Mitgliedern und dem Nachwuchs ein nachahmenswertes Vorbild und er spreche ihm warmem Herzens einen</p>	

			Toast aus.	
29	Sa, 15.2.1879, Nr. 48, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (53. Sitzung vom 14. Feb.): Thema ist eine Resolution, die besagt, dass in Zukunft das <b>Etatgesetz</b> für das Deutsche Reich vor dem von Preußen festgestellt werde. V bemerkt, dass der Reichstag sich schon mehrmals im Sinne des Antrages ausgesprochen habe. Und nur, wenn die Einnahmen des Reiches so groß wären, dass man keine Sorgen hätte, wäre es möglich, den Reichsetat nach den Partikular-etats festzustellen. Sonst würde die Aufbringung der Matrikularbeiträge den Einzelstaaten Schwierigkeiten bereiten, wenn sie ihre Etats bereits festgestellt hätten.	vgl. Andree, Band 35, S. 358-359
30	Do, 20.2.1879, Nr. 53, MA (PDF: 13)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Feb.): V erledigte zunächst die Eingänge des letzten Monats. Es wurde von <b>Dr. Oelsner</b> eine kleine Sammlung pompejanischer Bronzen eingesandt. Ferner von <b>Dr. Behla</b> einige eigentümliche Steine, die V nicht genau bestimmen konnte. Dann kam die Sprache kurz auf die von V untersuchte <b>Balver-Höhle</b> mit ihren verschiedenen Knochenresten. Dazu gebe es jetzt neuere Forschungsergebnisse von <b>Dr. Nehring</b> .	Demonstration kleiner Thierknochen aus der <i>Balver Höhle</i> : VBAG 11, S. 69-70
31	Fr, 21.2.1879, Nr. 54, MA (PDF: 16)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Feb.): Thema ist der <b>Verkauf von städtischem Villenter-rain</b> . V führte aus, dass der Park bei Trep-tow nicht kurz vor der Vollendung stünde und beantragte deshalb, die eingehenden Kaufgelder für die nächsten Jahre dazu zu verwenden. Nachdem sich andere SV aus	vgl. Andree, unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV

			Zweckmäßigkeit gegen Vs Antrag gestellt haben, zieht dieser seinen Antrag zurück.	
32	Fr, 21.2.1879, Nr. 54, MA (PDF: 17)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Bericht über die Sitzung der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> vom 19. Feb., in der V <i>über die Pest</i> gesprochen hat. Der Sitzungssaal im Norddeutschen Hof konnte nicht alle Interessierten aufnehmen. V weist zunächst auf die großen Schwierigkeiten hin, sich aus dem Material früherer Zeit das objektiv Wahre herauszufiltern. Die letzte Epidemie fand zu einer Zeit statt, in der sich die moderne Schule der Medizin erst entwickelte. Daher sei es heutzutage umso mehr Pflicht, bei auftretenden Epidemien geübte Männer zur Beobachtung zu schicken. Zusätzlich könne man der Russischen Regierung schwerste Vorwürfe machen, die statt erfahrener Männer Dunkelmänner geschickt hätten, die nur über Pneumonie berichtet hätten. Bekanntermaßen trete als erstes Symptom der Pest die Schwellung der Lymphknoten auf. Die Ursache dafür liege aber noch im Dunkeln. Er selbst glaube, dass dies durch eine Hyperplasie der Lymphknotenzellen verursacht werde, mit mehr oder weniger starken hyperämischen Ergüssen. Die Beobachtungen, dass die Eiterung um die Lymphknoten herum entstände, halte er für falsch. Es ließe sich zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht genau sagen, ob eine Verbindung zwischen Typhus und Pest bestünde. Gleiches gelte auch für die indi-	Berl. Klin. Wochenschrift v. 21.2.1879, Nr. 9, S. 117-121: <i>Über die Pest</i> , Vortrag geh. am 3.3.1879 in der Berl. med. Gesellschaft  <i>Petechien:</i> Vielzahl stecknadelkopfgroßer Blutungen aus den Kapillaren in die Haut oder Schleimhäute

		<p>sche Pest. Es habe sich aber mittlerweile herausgestellt, dass die indische Pest andere Symptome zeige, einschließlich Blutauswurfs, dass man dort eher auf Pneumonie schließen könne. Die eigentliche Pest werde begleitet von Karbunkeln, <i>Petechien</i>, Milztumoren, Schwellungen von Nieren und Leber. Komme dann hohes Fieber hinzu sei selbst für den Laien die Erkrankung erkennbar. Wo genau der Ursprung der Pest liege, sei unklar. Wichtig sei nur, die zurückkehrende russische Armee genauestens im Auge zu behalten, weil diese als etwaiger Träger der Pest in Frage käme. Die ergriffenen prophylaktischen Maßnahmen würden mehr dazu beitragen Verunsicherung zu schüren, denn zu helfen. Durch die eintreffenden Depeschen über Todesfälle würde selbst ihn manchmal das Gruseln ergreifen. Eine Sperre über die ganze See und entlang der Ostgrenze bis hin zum Schwarzen Meer hält V für undurchführbar. Quarantäne würde nur bei kleinen Ortschaften funktionieren, wenn sie mit aller Strenge bis hin zur Grausamkeit durchgesetzt würde. Auch die Einführung eines Passsystems würde an menschlichen Fehlern scheitern. Einschränkungen im Reiseverkehr wären auch nicht hilfreich, da man nicht mit Sicherheit wisse, wie die Pest sich fortpflanze. Die Ähnlichkeit der Pest zum Milzbrand lasse V jedoch glauben, dass es möglich sei, einen</p>	
--	--	--	--

			Organismus als Träger zu identifizieren. Neben der von <b>Pettenkofer</b> empfohlen Desinfektion mit Schwefelsäure an den Grenzen hält V die Anwendung trockener Hitze für Kleidung und Wäsche für sinnvoll. Dies sei zweckmäßiger und leicht durchzuführen und finde auch im Barackenlazarett Anwendung.	
33	Mi, 26.2.1879, Nr. 59, MA (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V nach Schluss des laufenden Semesters auf Einladung <b>Schliemanns</b> nach <b>Troja</b> reist, um dort Grabhügel aufzudecken.	
34	Do, 27.2.1879, Nr. 60, MA (PDF: 29)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Nur kurze Erwähnung, dass V nicht an der zweiten Sitzung des Zentral-Wahlkomitees der <b>Fortschrittspartei</b> teilnehmen konnte.	
35	So, 2.3.1879, Nr. 63, MA (PDF: 5)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Anzeige für eine <b>Spendensammlung</b> für einen <b>Gedenkstein zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr des Kaisers</b> . Man bezieht sich auf den Aufruf im letzten Jahr. Die erforderliche Summe von 100.000 Mark ist fast erreicht. Man dankt allen Unterstützern, hofft aber noch auf weitere Unterstützung. V ist Mitunterzeichner. Die Anzeige unterscheidet sich im Berichtsteil. Die Komiteemitglieder weichen bis auf zwei Ausnahmen nicht von der Liste im Vorjahr ab. Lediglich der geschäftsführende Ausschuss hat sich um einige Personen erweitert.	s. a. 18.12.1878
36	Do, 6.3.1879,	1. Beilage, S. 3,	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass Herr <b>Bastian</b> einen Brief	

	Nr. 67, MA (PDF: 12)	2. Spalte mittig	aus <b>Kalkutta</b> an V geschickt und ihm berichtet habe, dass es ihm gesundheitlich besser gehe und er nun nach <b>Java</b> reisen werde.	
37	Sa, 8.3.1879, Nr. 69, MA (PDF: 1)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Mitteilungen über <b>Personalveränderungen in der Preußischen Armee</b> : Gelistet ist ein Dr. <b>Virchow</b> . Hierbei handelt es sich wohl um Vs Sohn <b>Hans</b> , der zum Assistenzarzt erster Klasse befördert worden ist.	
38	Do, 13.3.1879, Nr. 74, MA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht über <b>Hagenbecks Lappländer-Gesellschaft im Zoologischen Garten</b> : V wird kurz erwähnt als derjenige, der die Spezialbezeichnung „ <b>pathologische Rasse</b> “ eingeführt habe. Dies käme zustande durch die jahrhundertelange mangelhafte Ernährung, die eine solche Kleinheit der Gestalt liefere. Damit wären die Lappländer die Einzigen, die für die <b>Darwinsche Theorie</b> herangezogen werden könnten. Der Rest des Artikels widmet sich der detaillierten Beschreibung der einzelnen Lappländer.	
39	Mi, 19.3.1879, Nr. 80, MA (PDF: 38)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. März): V erledigt zunächst die geschäftlichen Mitteilungen, unter anderem auch ein Schreiben von <b>Prof. Bastian</b> aus Indien. Später legte er einige <b>Schädel aus Ophrynum</b> vor, die aus der Sammlung eines amerikanischen Konsuls stammen. Weiter machte er Mitteilung zu seiner bevorstehenden Reise nach <b>Troja</b> . Er würde damit einer Einladung <b>Schliemanns</b> folgen, der ihm auch	Über <i>Schädel aus Ophrynum</i> : VBAG 11, S. 136-142

			unbegrenzt Arbeiter zur Verfügung stelle für seine Grabungen. Er werde in einem eigens für ihn angebauten Teil von Schliemanns Haus wohnen.	
40	Mi, 19.3.1879, Nr. 80, MA (PDF: 38-39)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht über den Besuch der <b>BAG</b> bei der <b>Lappländer-Gesellschaft</b> im Zoologischen Garten: Nach der Besichtigung des Lappen-Geheges fand eine Versammlung statt, auf der V die einzelnen Mitglieder der Lappen-Gesellschaft geographisch und familienweise geordnet vorstellte. Hier habe man zum ersten Mal unmittelbar nebeneinander blonde helläugige Personen und solche mit dunklem Haarwuchs. Weiter weist er auf die ungewöhnliche Gesichtsförmigkeit der Lappen hin mit ungewöhnlicher Schmalheit in der unteren Hälfte im Vergleich zu einer relativen Breite der oberen. V hält die Lappen aufgrund ihrer eingeschränkten Körpermaße auch weiterhin für eine „ <b>pathologische Rasse</b> “.	Bemerkungen über die Lappen: VBAG 11, S. 143-148
41	Mi, 26.3.1879, Nr. 87, MA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 23. März): Nur kurzer Hinweis, dass V im <b>Urlaub</b> sei.	nichts bei Andree
42	Do, 27.3.1879, Nr. 88, AA (PDF: 57)	S. 2, 3. Spalte unten	Vermischtes: In einer kurzen Nachricht aus <b>Bukarest</b> ist vermeldet, dass V dort von den Professoren der medizinischen Fakultät auf der <b>Durchreise nach Troja</b> warm empfangen wurde.	s.a. 10.4.1879
43	Sa, 29.3.1879, Nr. 90, MA	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzen-</b>	

	(PDF: 61)	oben	<b>dorff.</b> (Hefte 313-318).	
44	Do, 10.4.1879, Nr. 102, MA (PDF: 18)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig f.	1. Bericht über Vs <b>Reise nach Troja</b> , geschrieben von <b>A. Woldt</b> : Nach dem von <b>Schliemann</b> vorgesehenen Programm sollten dieser und V schon gemeinsam unterwegs sein. Nach Berichten aus Konstantinopel wird der Aufbruch Richtung Ida wohl erst gestern [8.4.1879] erfolgt sein. V sei am 21. März aus Berlin abgereist; mit der Niederschlesischen-Märkischen Bahn über Myslowitz, Krakau bis nach Galizien. Dort stoppte ihn ein schwerer Schneesturm. Problematisch seien im Weiteren die Passchwierigkeiten sowohl bei den bulgarischen als auch den russischen Beamten. Der unfreiwillige Aufenthalt in <b>Bukarest</b> gestaltete sich aber sehr positiv für V, da er von vielen Seiten freundlich begrüßt worden sei und viele Einladungen erhalten habe. V wurde auch vom Fürstenpaar eingeladen und nutzte die weitere Zeit, um die öffentlichen Sammlungen der Stadt zu besuchen. Die VZ erwähnt „wer die peinliche Ausnutzung der Zeit kennt, welche V bei seiner vielfältigen Thätigkeit anwendet, kann sich sein Gefühle vorstellen als ihm in <b>Barna</b> die dortige Bummelerei in den Transportverhältnissen entgegentrat.“ Die existierenden Kursbücher über Reisezeiten hätten am Schwarzen Meer keine Bedeutung. Diese äußerst zögerliche Behandlung zeige sich auch im Telegraphenwesen. Dies habe V selbst am eigenen Leib erfah-	



			ren. Von Barna telegraphierte er nach Konstantinopel, aber die Nachricht kam erst einen halben Tag nach seiner Ankunft an. Der auf drei Tage verkürzte Aufenthalt in <b>Konstantinopel</b> gestaltete sich aber durchweg positiv. V wurde freundlich empfangen von Berufskollegen. Dann, am 27. März sei V nach Troja abgereist.	
45	Do, 22.4.1879, Nr. 113, MA (PDF: 35)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. April): Nur kurzer Hinweis, dass V in <b>Troja</b> weilt und an der Sitzung nicht teilnimmt.	
46	So, 27.4.1879, Nr. 118, MA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	2. Bericht über Vs <b>Reise nach Troja</b> , geschrieben von <b>A. Woldt</b> : V sei am 4. April in Troja angekommen. Dadurch musste die Weiterreise an den <b>Ida</b> verschoben werden. V, als Vorsitzender der BAG, wollte der Gesellschaft von den Grabungsfortschritten berichten. Leider kam sein Brief nicht rechtzeitig an. Daher druckt die VZ den Brief in diesem Artikel ab.  V berichtet zunächst über die Reiseschwierigkeiten und die verspätete Ankunft. Die dann auftretenden Probleme mit der türkischen Regierung seien nach anfänglichen Problemen beseitigt. Nun zeigten sich die Landbesitzer in den Grabungsbereichen als das nächste Problem. Dies sei aber wie überall auf der Welt. Wo Ruinen einer großen Vergangenheit stünden, hofften die Besitzer auf große Funde und ließen sich das auch bezahlen. V beschreibt die	Erste Ergebnisse der Reise in die Troas: VBAG 11, S. 179-180

			<p>Grundeigentümer sogar als unverschämt in ihren Preisvorstellungen. Er beschreibt auch einzelne Hügel, wovon einer Achilles zugeordnet werde, auch wenn es darüber einige Meinungsverschiedenheiten gebe. Es sei wohl im Rahmen seines Besuches nicht zu schaffen, an allen Hügeln Grabungen durchzuführen. Weiter sei man ins <b>Thymtrusal</b> geritten, wo das korrespondierende Mitglied der BAG <b>Frank Calvert</b> ein prächtiges Kegelgrab freigelegt habe. In Troja seien mittlerweile 100-120 Arbeiter täglich vor Ort. Ein Großteil der Oberfläche werde vollständig abgetragen, da Schliemann die Stadt vollständig freilegen wolle. Dabei träten ungeheure Brandmassen zu Tage, aber auch Goldfunde. Neben den Grabungen habe der unermüdliche V auch Pflanzen gesammelt und abends nehme er sich die Zeit für astronomische Betrachtungen des Sternenhimmels. Zusätzlich untersuche er die dort lebende Bevölkerung und führe Messungen durch. V wird seine Fundstücke mit nach Berlin bringen, darunter einen „<b>Urbehälter</b>“, der so groß sei, dass ein Mensch darin Platz finde.</p>	
47	So, 4.5.1879, Nr. 125, MA (PDF: 25)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte unten	<p>Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris Mineralwasser</b>: Es handelt sich um kohlensaures Mineralwasser, dass von <b>Prof. Dr. Nussbaum</b>, München, V und <b>Prof. Dr. Beneke</b>, Marburg empfohlen wird. V wird zitiert mit der Aussage „Sein angenehmer</p>	s. a. 7.5.1879

			Geschmack und sein hoher Gehalt an reiner Kohlensäure zeichnen es vor den anderen ähnlichen zum Versandt kommenden Mineralwassern vortheilhaft aus.“ Diese Aussage soll angeblich vom 24. Dez. 1878 stammen.	
48	Mi, 7.5.1879, Nr. 128, MA (PDF: 23)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte unten	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 4.5.1879.	s. a. 11.5.1879
49	So, 11.5.1879, Nr. 132, MA (PDF: 21)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 7.5.1879.	s. a. 4.6.1879
50	Mo, 19.5.1879, Nr. 140, AA (PDF: 17)	S. 2, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V von seiner Reise nach Troja wieder in Berlin angekommen sei und heute Vormittag wieder seine Vorlesungen aufgenommen habe. Die Sonne Kleinasiens habe das Gesicht des großen Gelehrten stark gebräunt und man merke seinem Wesen an, dass er auf der Reise Kraft und Frische zu erneuter wissenschaftlicher Tätigkeit getankt habe. <b>[Ankunft aus Troja]</b>	
51	Di, 20.5.1879, Nr. 141, MA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über Vs Aufenthalt in <b>Athen</b> : Der Präsident des Gastmahls, <b>Prof. Dr. M. Benizélos</b> , feierte gegen Ende des Diners in deutscher Sprache die wissenschaftliche Bedeutung von V. Dieser entgegnete darauf in französischer und deutscher Sprache folgendes: Man brauche sich nur zur	

		<p>erinnern, dass Griechenland der Ursprung der Arzneykunde sei, um zu verstehen, warum jeder wissenschaftlich gebildete deutsche Arzt mit so großem Verlangen dorthin blicke. Auch er wollte unbedingt nach Kos zu reisen und jene uralte Platane aufzusuchen, unter deren Schatten <b>Hippocrates</b> angeblich einst seine Patienten empfing. Man könne stolz darauf sein, zu den Vertretern der ältesten Wissenschaft zu zählen. V sei begeistert, auf dem alten griechischen Boden die medizinische Fakultät in so hoher Blüte und einen so großen Kreis gelehrter Ärzte heute begrüßen zu können. Allerdings dürfe man nicht vergessen, dass die heutige Arzneywissenschaft sich von der des Hippocrates um so viel unterscheidet, wie der heutige Hellenismus vom alten Griechenland. Was man jetzt lehre und was man verbreite, das sei eine neue Wissenschaft, die ihre Bedeutung erst zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts erlangt habe. Sie sei nicht ein Werk der Überlieferung, nicht das Resultat des Fleißes eines einzelnen Mannes, sondern aus der gemeinsamen Arbeit vieler hervorgegangen.</p> <p>Der Präsident des gegenwärtigen Gastmahls war der erste Grieche, der unter Vs persönlicher Anleitung vor 30 Jahren seine Doktordissertation schrieb. Seitdem hätten viele der Anwesenden auf anderen Hochschulen studiert. Jeder brachte damit in</p>	
--	--	--	--

		<p>sein Vaterland ein Stück der neueren Wissenschaft mit, nicht nur zum Nutzen seiner Mitbürger, sondern zugleich auch zur Erziehung der gesamten Nation. Das deutsche Volk selbst habe aus dem griechischen Altertum geschöpft. Vorbereitet durch die Wiederbelebung der Wissenschaften am Ende des Mittelalters traten deutsche Männer auf, die in den Quellen der alten Dichter, Philosophen und Historikern forschend den griechischen Geist fanden. Das Gefühl für Freiheit, Sittlichkeit und Vaterlandsliebe wurde damals von neuem erweckt und bildete die Grundlage aller Methoden der Erziehung. Der <b>griechische Geist</b> wurde so Besitztum der Nation und nur der Hinterlassenschaft der Alten verdanke man es, dass Deutschland geeint wurde und als gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Nationen eintreten konnte. Auch was Bismarck täte, sei nichts anderes als das Resultat langer, unaufhörlicher geistiger Arbeit, die die deutschen Universitäten wie eine teure Erbschaft pflegten und von Geschlecht zu Geschlecht weitergaben. Dass man ein Volk geworden sei, das über sich und sein Geschick wachen könne, das verdanke man dem Einfluss und der glücklichen Wiederbelebung des griechischen Geistes.</p> <p>Abschließend wolle V das Hauptaugenmerk vor allem auf die Erziehung der Jugend richten, damit in ihr jener Geist des</p>	
--	--	--	--

			<p>Altertums erweckt und gekräftigt werde. Diese Jugend dürfe niemals vergessen, dass das Vaterland opferfreudige Hingabe der Jüngeren verlange und dass die Einheit der Nation nur durch diese absolute Hingabe erworben sei. Die äußere Sicherheit hänge ab von der geistigen Einheit im Innern, von gemeinsamer beharrlicher Arbeit auf dasselbe Ziel hin.</p>	
52	<p>Mi, 21.5.1879, Nr. 142, MA (PDF: 22)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>Bericht über Vs <b>Reise nach Troja</b>, geschrieben von <b>A. Woldt</b>: Dieser letzte Bericht fasst zusammen, was sich zwischen dem letzten Bericht und Vs Abreise zuge- tragen hat. Erneut ist von Behinderungen der Ausgrabungen seitens der griechischen Regierung zu berichten. Von V wurde der deutsche Botschafter bemüht, eine Eini- gung zu erreichen, was auch gelang. Leider hatte V dadurch nur noch 2 Tage bis zu seiner erneuten Abreise, um an den Gra- bungen teilzunehmen. Der zweitgrößte Hügel konnte nun mit einem Hauptschacht geöffnet werden, von dem einige seitliche Stollen abzweigten. Es gilt mit diesen Ar- beiten herauszufinden, in wie weit die al- ten Mythen und Sagen dazu geeignet seien, für die prähistorischen Völker der Gegend als Geschichte zu gelten. Die bevorstehen- de Abreise ermöglichte V es nicht mehr, bei der Öffnung des Hügels anwesend zu sein. Ein in letzter Minute gemachter Goldfund ließ V dann doch noch seine Ab- reise um einige Stunden verschieben. Lei-</p>	

			der ließ die schwindende Anzahl an Urlaubstagen dann auf der Rückreise keine Zeit mehr für die ursprünglich noch geplanten Aufenthalte in Mykene und Olympia. Allerdings besuchte er in <b>Bari</b> noch das Grab des heiligen Nikolaus und verbrachte eineinhalb Tage in <b>Bologna</b> . Die von V aus Troja mitgebrachten Gegenstände seien bereits verschifft und man hoffe auf eine Extrasitzung der BAG, um nicht bis zur regelmäßigen Julisitzung warten zu müssen.	
53	Sa, 31.5.1879, Nr. 152, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über <b>Schliemanns</b> Ausgrabungen: Es handelt sich um einen Bericht den Schliemann an die „ <b>Nürnb. Corr.</b> “ geschickt hat. Vs Name wird nur kurz erwähnt im Zusammenhang mit zwei Goldfunden.	
54	Mi, 4.6.1879, Nr. 155, MA (PDF: 19)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>Anzeigenwerbung</b> für <b>Apollinaris Mineralwasser</b> . Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 11.5.1879.	s. a. 11.6.1879
55	Mi, 11.6.1879, Nr. 162, MA (PDF: 16)	3. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>Anzeigenwerbung</b> für <b>Apollinaris Mineralwasser</b> . Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 4.6.1879.	s. a. 6.7.1879
56	Sa, 14.6.1879, Nr. 165, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Bericht von der 9. Ordentlichen <b>Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung</b> : Es werden 86 Vertreter bei der Neuwahl des <b>Zentralausschusses</b> gewählt. V ist einer von ihnen.	Es existiert lediglich ein Mitgliederverzeichnis. Dort ist V nicht

				aufgelistet.
57	Mi, 25.6.1879, Nr. 176, MA (PDF: 25- 26)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Juni): Solange die BAG existiere, habe sie noch keinen solchen Mitgliederandrang erlebt. Alle wollten Vs Bericht über seine Grabungen in <b>Troja</b> hören. Zusätzlich hatte man aber auch drei zurzeit noch in Berlin weilende <b>Patagonier</b> in die Sitzung gebeten. Zunächst wurde dann mit geschäftlichen Mitteilungen begonnen. Es kommt der DAG-Kongress in Straßburg in diesem Jahr zur Sprache und die diesjährige Sommerexkursion der BAG zu den Rüdersdorfer Kalkbergen und nach Neubrandenburg. Während V über die Patagonier spricht kommt noch eine Gruppe von Afrikanern hinzu, die dann von <b>Prof. Hartmann</b> vorgestellt werden. Da zu diesen noch viele Fragen offen bleiben sei von V geplant, sie wieder einzuladen. Dann berichtet V von den Lebensgewohnheiten der Patagonier und von den Messergebnissen, die er gewonnen habe. Bemerkenswert sei, dass sie zu den größten Kurzköpfen gehörten mit einer Abflachung am Hinterkopf, die wahrscheinlich künstlich herbeigeführt sei. V stellt fest, dass die Mehrzahl der alten amerikanischen Rassen eine gewisse Einheitlichkeit aufzeige. Auffällig sei die besondere Orthognathie im Vergleich zu niederen Rassen, die häufig eine prognathe Verzahnung aufwiesen. Zum Ende hin berichtet V über den ersten Teil seiner Reise	Vorstellung von drei <i>Patagoniern</i> : VBAG 11, S. 198-204  s. a. 26.6.1879



			nach Troja, den die VZ in einem anderen Artikel wiedergeben will.	
58	Do, 26.6.1879, Nr. 177, MA (PDF: 29-30)	S. 4, 3. Spalte mittig f.	Bericht über einen Vortrag Vs über <b>Troja</b> : An Hand einer Karte, die er hat anfertigen lassen, beginnt V mit den geographischen Gegebenheiten Kleinasiens. Die ersten Untersuchungen in Bezug auf die Illias habe es im 17. Jh. gegeben. Da habe man sich aber fälschlicherweise auf die Ruinen von Alexandria- <b>Troas</b> beschränkt. Dass man sich dann weit nördlicher orientiert habe, verdanke man dem Forscher <b>Lechevalier</b> . Weitere Forscher haben Arbeiten an verschiedenen Orten in Angriff genommen, zwar mit Funden, aber ohne eine Spur von Troja. Soweit V die Literatur übersehen könne, habe dann Mac Laren 1822 in einer Dissertation über die Lage von Troja geschrieben, die dann auch <b>Schliemann</b> weiter verfolgt habe. Andere Forscher, die einen mehr geologischen Ansatz bei ihren Untersuchungen verfolgt hätten, seien zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. In diesen Zusammenhang bedauert V, dass der verdiente deutsche Forscher <b>Forchhammer</b> immer noch den alten Theorien anhinge. Letztendlich ist V der Meinung, dass Schliemann den Punkt gefunden habe, der in der alten Sage fortgelebt habe, auch wenn er davor warnt, Spezialbezeichnungen einzuführen. Seiner Meinung nach sollte man die Dinge streng chronologisch ordnen. Die gegenwärtige Grabungskam-	Über meine Reise nach Troja: VBAG 11, S. 204-216  s. a. 17.7.1879

		<p>pagne habe mit den zwei Goldfunden eine Bestätigung der bisherigen Annahme gebracht. V nimmt dann Schliemann in Schutz in Bezug auf dessen Grabungstechnik. Dieser habe mit seinem kompletten Durchschnitt durch den Hügel zwar alle Schichten beschädigt habe, diese seien aber für Schliemann zu jung gewesen, um sie noch weiter zu untersuchen. Fraglich sei auch der Wert, den ein Wiederaufbau für die Forschung gehabt hätte. Es sei trotzdem zu erkennen, dass die nachfolgenden Generationen immer wieder auf den alten Ruinen gebaut hätten. So habe sich bei den Grabungen gezeigt, dass die älteren Teile nach unten hin in der Fläche immer größer wurden. Dann kommt die erste Einladung zur Sprache, die Schliemann gegenüber V ausgesprochen hatte. V musste damals ablehnen. Daraus resultierte ein Vorwurf, dass bei den damaligen Grabungen Schädel zerstört worden seien, weil er nicht vor Ort zur Überwachung anwesend war. Mittlerweile habe sich aber herausgestellt, dass die Schädel schon vor den Grabungen zerstört gewesen waren. Da nach den Angaben der Illias die Troas ein geschichtsträchtiges Feld sei, habe man hier erwarten können, mit Hilfe von V viel über die prähistorischen Verhältnisse zu erfahren und eine Chronologie entwickeln zu können. Auf Grund der Schwierigkeiten vor Ort blieben dann nur wenige Tage zu</p>	
--	--	--	--

			<p>Untersuchungen. Dies sei auch der Grund, warum V keine endgültigen Aussagen zu den bereits vorliegenden Fundstücken treffen möchte, da die Grabungen noch laufen und vieles weitere noch zu Tage treten werde. Er werde in einem weiteren Vortrag darauf zurückkommen. Da aufgrund der freundlichen Schenkungen Schliemanns und <b>Calverts</b> dem Berliner Museum viele Fundstücke vorliegen, sei eine genaue Einordnung umso wichtiger.</p>	
59	Fr, 27.6.1879, Nr. 178, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 26. Juni): Thema ist die <b>Verlängerung der erteilten Genehmigung für die Große Berliner Pferdeisenbahn-Aktiengesellschaft</b>. V beantragt, dieses abzulehnen und zu erklären, wie die einzelnen mit den verschiedenen Gesellschaften geschlossenen Verträge aussähen. Ferner müsse zukünftig die Versammlung vor Abschluss solcher Verträge um Zustimmung gebeten werden. Es gibt einige Wortmeldungen dafür und dagegen. Dann kommt der Einwand, dass SV, die Aktien dieser Unternehmen besitzen, den Raum verlassen müssten, weil man sonst davon ausgehen müsste, dass sie Privatinteressen verfolgen könnten. V schließt sich der Meinung an. Man könne schon aus diesem Grund zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Entscheidung treffen. Nach längerer Diskussion wird dann Vs Antrag angenommen.</p>	nichts bei Andree
60	So,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 28.	vgl. Andree,

	29.6.1879, Nr. 180, MA (PDF: 39)	S. 2, 1. Spalte unten	Juni): Thema ist die Anlage eines <b>neuen Gemeindefriedhofes</b> . V empfahl die Ver- tagung der Sache, möchte aber den Magist- rat ersuchen, die Verhandlungen mit den entsprechenden Behörden der Versamm- lung vor einer erneuten Beratung vorzule- gen und sich auch der Zustimmung des entscheidenden Ressortministers zu versi- chern. Der Antrag wird angenommen und man einigt sich darauf, die Angelegenheit einem Ausschuss vorzulegen.	unveröffent- lichtes Materi- al zur SVV
61	So, 6.7.1879, Nr. 187, MA (PDF: 12)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mine- ralwasser</b> . Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 11.6.1879.	s. a. 20.7.1879
62	Mi, 9.7.1879, Nr. 190, MA (PDF: 2)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<i>Bericht über die <b>Sommerexkursion</b> der <b>BAG nach Neu-Brandenburg</b> vom 6. Juli:</i> V war schon am Vortag vor Ort. Dann wird ausführlich über den Tagesverlauf, die Reise und die Grabungen gesprochen. V wird kurz erwähnt, weil er noch länger bleibt. Am Festmahl nimmt er dann wieder teil und spricht einen Toast auf die Gast- geber und die Organisatoren der Exkursi- on, Rat <b>Brückner</b> und seinen Sohn Dr. Brückner. Später spricht er noch ein Hoch auf <b>Schliemann</b> aus.	<i>Bericht über die Excursion nach Neu- Brandenburg:</i> VBAG 11, S. 252-254
63	Mo, 14.7.1879, Nr. 195, AA (PDF: 12)	S. 2, 3. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis auf die Extrasit- zung der <b>BAG</b> vom 12. Juli, auf der V er- neut über seine Reise nach <b>Troja</b> berichtet habe. Die VZ weist auf einen noch erfol- genden, späteren, ausführlichen Bericht	s. a. 17.7.1879

			hin.	
64	Do, 17.7.1879, Nr. 198, MA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 12. Juli): Nach den geschäftlichen Mitteilungen hält V seinen Schlussvortrag <i>über Troja</i> . Er geht nochmal auf die genaue Lage von Troja ein und beschreibt dann ausführlich das Prinzip der Grabungen. Dann beschreibt er ausführlich den ehemaligen Aufbau der Häuser, der den heutigen Bauten entspreche. Es gebe zwei Stockwerke, oben zum Wohnen, unten sind Tiere oder Vorräte untergebracht seien. Die Gebäude seien für die gesamte Troas typisch. In den unteren Stockwerken fänden sich häufig riesige Tongefäße zur Vorratshaltung. Ein solches Stück sei V geschenkt worden und es werde in den nächsten Tagen eintreffen. Die ehemaligen Lehmwände der oberen Geschosse seien durch einen Brand zerstört worden und zeigten sich jetzt als bräunlich glasierter Schutt großen Ausmaßes. Das größte unzerbrochene Gefäß, das man in dem Jahr gefunden habe, sei eine gebrannte Wasserflasche, die V vorlegt. Auch Gesichturnen habe man gefunden. Viele der Tonsachen trügen eigentümliche schriftartige Zeichen. Den hiesigen chinesischen Gesandten um Unterstützung zu bitten, schlug fehl. Aus weiteren Überresten in der Grabungsschicht ließ sich erschließen, dass sich das Nahrungsangebot auf Ackerbau, Viehzucht, aber auch Fischfang ausdehnte. Eine entscheidend wichti-	<i>Über Troja:</i> VBAG 11, S. 254-281

			<p>ge Frage sei aber die zeitliche Einordnung der Funde. Aufgrund von aufgefundenen Steingeräten ließe sich eine Einordnung in die Steinzeit vermuten, genauer gesagt auf die neolithische Zeit. Funde von Feuersteingeräten wiederum ließen eine Einordnung in die paläolithische Zeit zu. Nun seien in der gleichen Schicht aber Gold- und andere Metallfunde gemacht worden. Und die einzelnen Schichten unterschieden sich deutlich in der Qualität ihrer Tonscherbenfunde, wobei die älteste Schicht die besten Stücke hervorbrachte. Nur in den jüngeren Schichten käme man dann über die Erdanlagen zu einer Chronologie. Darauf könne die VZ wegen des beschränkten Raumes nicht weiter eingehen.</p>	
65	So, 20.7.1879, Nr. 201, MA (PDF: 26)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 6.7.1879.	s. a. 3.8.1879
66	Di, 22.7.1879, Nr. 203, MA (PDF: 29)	2. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Juli): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Darunter ist ein Bericht über Funde aus Friedberg im Wetterau. <b>Fauerbach</b> ist ein Stadtteil von Friedberg. Hier seien Scherben gefunden worden, die möglicherweise die allerältesten überhaupt seien.	Erklärungen zu Fundgegenständen von Fauerbach in der Wetterau: VBAG 11, S. 296-298
67	So, 3.8.1879, Nr. 215, MA	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 20.7.1879.	s. a. 10.8.1879

	(PDF: 6)			
68	So, 10.8.1879, Nr. 222, MA (PDF: 6)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 3.8.1879.	s. a. 31.8.1879
69	Di, 12.8.1879, Nr. 224, AA (PDF: 10)	S. 2, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht über die Vorversammlung zum DAG-Kongress in <b>Straßburg</b> . Das Programm des Kongresses ist vom <b>Vorstand</b> entworfen worden, zu dem auch V gehört. Dieser habe geplant, gestern [11.8.1879] früh in Straßburg einzutreffen.	
70	Do, 14.8.1879, Nr. 226, MA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	1. Bericht über die 10. <b>Generalversammlung der DAG in Straßburg</b> : Es wird ausführlich über den Kongress berichtet und kurz erwähnt, dass V noch nicht anwesend sei.	s. a. 16.8.1879
71	Fr, 15.8.1879, Nr. 227, MA (PDF: 19-20)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Vermischtes: Erneuter Bericht über Vs Reise nach <b>Troja</b> , der in Vs „ <b>Archiv</b> “ Eingang fand. Überraschenderweise hatte V in Kleinasien eine Schar von Patienten zu behandeln, obwohl er seine ärztliche Praxis schon lange aufgegeben hatte. Es hatte sich unter den Einheimischen herumgesprochen, dass ein berühmter Arzt zu Besuch käme und so hatte er schon kurz nach seiner Ankunft erkrankte Arbeiter zu versorgen, da es in der gesamten Troas keinen Arzt, keine Apotheke und auch keinen Kurpfuscher gebe. Er begann daher morgens immer mit einer Begutachtung der angereisten Kranken und <b>Schliemann</b>	Aerztliche Praxis in der Troas. Virchows Archiv 1879, Volume 77, Nr. 1, Juli 1879, S. 174-180

			<p>half als Dolmetscher. Arzneien wurden von den Dardanellen bezogen, 6-8 Stunden entfernt. Häufig konnte V auch aus seiner Reiseapotheke, ein Geschenk von <b>Prof. Liebreich</b>, die Versorgung übernehmen. Auf Grund des Nationalitätengemisches und der vielen Sprachen gestaltete sich die Übersetzung als mühsam und zeitraubend. Dennoch war V mit seiner Behandlung sehr zufrieden. Als die Leute dann erfuhren, dass V täglich Blumen sammelte, verging nicht ein Morgen, an dem nicht ein Strauß auf seinem Tisch stand. Zum Schluss wird noch folgende Geschichte berichtet:</p> <p>V ließ in einem alten Stromlauf von zwei Arbeitern ein Loch graben. Da er wenig Zeit hatte, beauftragte er sie, solange zu graben bis sie auf Wasser stoßen sollten. Er kehrte dann nach Einbruch der Dunkelheit zurück und ließ sich dann mit Schwefelhölzern nochmal die Stelle zeigen und nahm Proben von der ausgegraben Erde. In den Tagen danach kehrte er immer wieder zu diesem Loch zurück und überprüfte die Bodenverhältnisse. Nach Vs Abreise schrieb Schliemann dann, dass die Einheimischen das Loch mit Steinen ausgemauert hätten und das darin auftauchende Wasser als „<b>des Arztes Quelle</b>“ bezeichneten. Dort würden jetzt alle ihr Wasser holen, weil es große Zauberkraft habe.</p>	
72	Fr,	1. Beilage,	Vermischtes: Kurzer Bericht, dass vom 7.	Congrès pério-



	15.8.1879, Nr. 227, MA (PDF: 20)	S. 4, 1. Spalte mittig	bis 13. September der <b>Internationale periodische Kongress der medizinischen Wissenschaften in Amsterdam</b> stattfindet. V hat bereits einen Vortrag zum Thema „ <b>Erziehung der Ärzte</b> “ avisiert.	dique internationale des sciences médicales, 6eme Section, S. 129-147. Amsterdam 1880
73	Sa, 16.8.1879, Nr. 228, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben und mittig	3. Bericht über die 10. <b>Generalversammlung der DAG in Straßburg</b> : Vs Name findet kurze Erwähnung im Zusammenhang mit dem Vortrag von <b>Dr. Mehlis</b> über Ausgrabungen aus der Limburg. V habe zur Grabungstechnik beraten. Zum Ende des Zeitungsberichts erwähnt man dann Vs verspätetes Erscheinen. Nach lebhaftem Beifall zur Begrüßung wird er gebeten, über seine Reise nach <b>Troja</b> zu sprechen. Dem kommt er nach einer kleinen Pause nach.	Bericht über die Congresse in <i>Strassburg</i> und Brüssel: VBAG 11, S. 301-302  s. a. 17.8.1879
74	Sa, 16.8.1879, Nr. 228, AA (PDF: 25)	S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der nächste <b>DAG-Kongress</b> in Berlin stattfinden wird. V ist erneut in den <b>Vorstand</b> gewählt.	
75	So, 17.8.1879, Nr. 229, MA (PDF: 27)	S. 4, 1. Spalte oben	4. Bericht über die 10. <b>Generalversammlung der DAG in Straßburg</b> (4. Sitzungstag vom 12. Aug.): V machte mehrere Mitteilungen. Einmal zu seiner Troja-Reise, dann zu statistischen Schuluntersuchungen in der Schweiz und zum Schluss übergibt noch eine Einladung zum Amerikanisten-Kongress. Später wird der Vorstand neu gewählt, zu dem auch diesmal wieder V dazu gehört.	

			Am 13. Aug. fand eine Exkursion zum <b>Odilienberg</b> statt, an der auch V teilnahm. Das Wetter war sehr gut und die Sonne brannte so sehr, dass V äußerte, er könne sich kaum erinnern, in der Troas heißere Tage erlebt zu haben. Beim veranstalteten Festessen auf dem Klosterhof brachte V einen Toast auf <b>Prof. Fraas</b> aus, den bisherigen Vorsitzenden.	
76	So, 31.8.1879, Nr. 243, MA (PDF: 52)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris Mineralwasser.</b> Es handelt sich um die gleiche Anzeige wie am 10.8.1879.	s. a. 7.2.1880
77	Sa, 20.9.1879, Nr. 263, MA (PDF: )	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Vermischtes: Kurzer Hinweis auf Vs Besuch des <b>internationalen Kongresses der medizinischen Wissenschaften in Amsterdam</b> . V hat einen Vortrag über die <b>Ausgrabungen in Troja</b> und über das <b>Studium der medizinischen Wissenschaften</b> gehalten. Ferner wurde er mehrfach ausgezeichnet und die Studenten der medizinischen Fakultät brachten ihm eine herzliche Ovation dar.	
78	Sa, 27.9.1879, Nr. 270, MA (PDF: 53)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Wahlbekanntmachung: Tableau der Urwahlbezirke zur Wahl des HdA. V ist als <b>Wahlvorsteher</b> im 119. Wahlbezirk gelistet.	
79	Do, 2.10.1879, Nr. 275, MA	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Anzeige des 3. Berliner Landtagswahlkreises zur Wahlmännerversammlung derer, die nicht für V und <b>Knörke</b> stimmen.	

	(PDF: 7)			
80	Sa, 4.10.1879, Nr. 277, MA (PDF: 12)	S. 3, 1. Spalte oben	Bericht über die <b>Wahlversammlung</b> der Wahlmänner der vereinten liberalen Parteien im 1. Berliner Landtagswahlkreis: Es ist vermerkt, dass V wieder zum <b>Vorstand der Fortschrittspartei</b> gehört.	
81	Sa, 4.10.1879, Nr. 277, MA (PDF: 14)	4. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	Ergebnisse zu Wahlen der Wahlmänner: V ist im <b>119. Urwahlbezirk</b> neben fünf anderen als Wahlmann bestätigt.	
82	Di, 7.10.1879, Nr. 280, AA (PDF: 26)	S. 2, 1. Spalte oben	Bericht über die Wahlergebnisse: V gewinnt die Wahl im 3. Berliner Landtagswahlbezirk mit 869 von 962 Stimmen.	
83	Mi, 8.10.1879, Nr. 281, MA (PDF: 28)	S. 3, 3. Spalte mittig	Ergebnisse der Wahlen zum preußischen HdA: V ist zusammen mit <b>Knörke</b> im 3. Berliner Landtagswahlbezirk gewählt.	
84	Do, 9.10.1879, Nr. 282, MA (PDF: 31)	S. 4, 2. Spalte mittig	Verzeichnis der gewählten Mitglieder des preußischen HdA: V ist zusammen mit <b>Knörke</b> im 3. Berliner Landtagswahlbezirk gewählt.	
85	Fr, 17.10.1879, Nr. 290, MA (PDF: 47)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Okt.): Thema ist die <b>Errichtung einer Handwerkerschule</b> . Vom früheren Kultusminister Falk war eine Zusage zu finanzieller Unterstützung gegeben worden, die jetzt wohl nicht mehr gültig sei. Dies würde erhebliche Opfer für die Stadt Berlin bedeuten. V fragt nun, welchen Ausgleich die Regierung der Stadt	nichts bei Andree

			für ihr Opfer biete. Wenn die Stadt die finanzielle Hauptlast trage, müsse sie sich auch nicht den staatlichen Interessen unterordnen. Er halte die Idee dieser Handwerkerschule für sehr gut; sie müsse unbedingt weiter verfolgt werden, aber unter Erhalt aller Freiheiten. Er empfehle dafür die Bildung eines Ausschusses.	
86	Mi, 22.10.1879, Nr. 298, MA (PDF: 56-57)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 18. Okt.): Hauptsächlicher Programmpunkt waren die geschäftlichen Mitteilungen. V berichtet über neue korrespondierende Mitglieder, von <b>Bastians</b> Reise und vom DAG-Kongress in Straßburg. Im nächsten Jahr werde der DAG-Kongress unter Vs Vorsitz in Berlin stattfinden, hoffentlich auch mit Unterstützung des Staates. Dann weist V noch auf den <b>Amerikanisten-Kongress</b> vom 23.-26. Sep. in <b>Brüssel</b> hin, den er besucht habe. Der Kongress sei merkwürdig verlaufen, dennoch präsierte V in einer Sitzung, in der ein Jesuit einen Vortrag über das verlorene Atlantis gehalten habe. Besondere Erwähnung findet die Untersuchung eines Chefarztes der griechischen Armee an einem Soldaten mit einer schwanzartigen Verlängerung des Rückgrates. V erwähnt hierzu, dass in seinem „ <b>Archiv</b> “ ein Fall aus Oldenburg geschildert sei. Hier habe ein Kind eine solche Missbildung gehabt, welche durch Operation behoben worden sei.	Bericht über die Congresse in <i>Strassburg</i> und <i>Brüssel</i> : VBAG 11, S. 301-302
87	Mo,	S. 2,	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass V	s. a.

	27.10.1879, Nr. 300, AA (PDF: 67)	2. Spalte mittig	heute Abend vor den Wahlmännern des 3. Landtagswahlkreises sprechen wird.	29.10.1879
88	Mo, 27.10.1879, Nr. 300, AA (PDF: 67)	S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass die <b>Kommission der DAG</b> , bestehend aus V, Stadtrat <b>Friedel</b> , <b>Dr. Voß</b> , Stadtgerichtsrat <b>Rosenberg</b> und <b>Dr. Jagor</b> , die Räume des HdA besichtigt habe, um zu prüfen, ob dort im nächsten Jahr die Ausstellung von deutschen Altertümern möglich wäre.	
89	Mi, 29.10.1879, Nr. 302, MA (PDF: 71)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht über die <b>Wahlversammlung</b> im 3. Berliner Landtagswahlkreis. V befand sich gerade auf Reisen als er in der Zeitung las, dass die Urwähler beschlossen hätten, auf seine Kandidatenrede zu verzichten. Als er zurückkehrte, nahm er sich sofort vor, den Wählern seinen Dank für das große Vertrauen persönlich abzustatten. Er hätte sich von sich aus nicht um ein Mandat bemüht, denn einen Platz im gegenwärtigen HdA einzunehmen, sei kein besonderes Vergnügen. Er sei den Wählern seit Jahren bekannt und man wisse, dass er so abstimme, wie er rede. Allerdings habe er auch in der letzten Session zumeist nur Opposition gemacht und sei als „unverbesserlicher Oppositionsgeist“ verschrien. Er opponiere nicht aus Opportunismus, sondern stelle sich gegen schlechte Gesetze. Man prüfe also alle Vorlagen der Regierung nach ihrem fachlichen Wert und trete mit der nötigen Resignation in die parlamentarische Kampagne ein. Als V heute	

		<p>im HdA gewesen sei, um seinen Platz zu suchen, habe er gesehen, dass die Plätze der Fortschrittspartei verschoben und dass sein eigener Platz ein anderer geworden sei. Sein Nachbar von der ultramontanen Partei machte ihn darauf aufmerksam, dass im Platztableau seine Partei mit grüner Farbe bedacht sei. In der Tat habe man noch immer Hoffnung, dass das Programm doch noch siege. Im neuen Landtag werde es wohl auch in erster Linie die Geldfrage sein, die die Abgeordneten beschäftige. Auch würden sicher viele speziell finanzielle Forderungen für Schule und Kirche auftauchen. Jetzt würden sich erst die Fehler der abgetretenen Minister bemerkbar machen. Bei solchem ewigen Wechsel der Regierungssysteme gedeihe kein Volk. Was man <b>Bismarck</b> am meisten zum Vorwurf machen müsste, das sei seine große Unbeständigkeit. Man werde sich auch nie dazu hergeben, anders im Landtag zu handeln, als man den Wählern versprochen habe. Eine solche rein prinzipielle Opposition werden man wegen der <b>Staatsbahnen</b> machen müssen. Man sei der Überzeugung, dass die Verstaatlichung ungünstige Auswirkungen auf das Staatsschuldenwesen haben werde. Schon jetzt trügen die Staatsbahnen so wenig ein, dass sie kaum die Zinsen des Anlagekapitals deckten und dass das in Zukunft anders würde, sei kaum anzunehmen. Eine Folge</p>	
--	--	--	--

			<p>der Verstaatlichung werde eine Erhöhung der Tarife sein. Dies werde schwer auf Handel und Industrie lasten. Einen Sinn hätte die Verstaatlichungsidee vielleicht noch, wenn es sich darum handelte, die Eisenbahnen des ganzen Reiches in die Hand des Reiches zu bringen. Wenn aber alle deutschen Einzelstaaten ihre Landesbahnen auf eigene Faust verstaatlichten, komme es zu einem Tarifikampf zwischen den Einzelstaaten, unter dem man schwer werde zu leiden haben. Daher werde man gegen das Staatsbahnsystem stimmen, zumal man ein solches Vorgehen nur schwer rückgängig machen könnte. Es komme zu einer stetig anwachsenden Schuldenmasse und einer stetig anwachsenden Zahl der von der Regierung abhängigen Beamten. Abschließend dankt V nochmal den Wählern, dass sie seine Partei unbesehen wieder in den Landtag gewählt und damit auch dem Programm der Fortschrittspartei erneut ihre Zustimmung gegeben hätten.</p>	
90	<p>Mi, 29.10.1879, Nr. 302, MA (PDF: 72)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Bericht über die <b>Ausstellungskommission des deutschen Fischereiver-eins</b>. V gehört ebenfalls dazu.</p>	
91	<p>Di, 4.11.1879, Nr. 308, AA (PDF: 7)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Zunächst stand die Wahl dreier Mitglieder der <b>statistischen Zentralkommission</b> an. V, <b>Miquel</b> und <b>Gneist</b> seien bis jetzt Mitglieder gewesen. Es folgte die</p>	

			einstimmige Bestätigung der bisherigen Mitglieder.	
92	Mi, 5.11.1879, Nr. 309, MA (PDF: 9-10)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	Parlamentarische Nachrichten: Überblick über die Besetzung der Fachkommissionen des HdA. V gehört der <b>Budget-</b> und der <b>Rechnungskommission</b> an.	
93	Do, 6.11.1879, Nr. 310, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Zu den gestern [5.11.1879] gewählten Fachkommissionen wurden nun die ersten und zweiten Vorsitzenden gewählt. V ist 1. Vorsitzender der <b>Rechnungskommission</b> .	
94	Do, 6.11.1879, Nr. 310, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurze Erwähnung, dass V und <b>Dr. Mommsen</b> in der vorjährigen Budgetberatung schon darauf gedrängt hätten, dass <b>Direktorialassistenten</b> an den Kunstmuseen <b>besser besoldet</b> würden. Die Verwaltung ist im vorliegenden Fall dem Drängen gefolgt und hat den dazugehörigen Etat erhöht.	
95	Fr, 7.11.1879, Nr. 311, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Nov.): Thema ist die Bereitstellung einer Summe zur <b>Herstellung eines künstlichen Filters</b> auf dem Grundstück der städtischen Wasserwerke bei Tegel. <b>Langerhans</b> beantragte, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. V stellte und begründete dagegen den Antrag, die Beratung der Vorlage auf zwei Monate zu vertagen. Es sei zur Beschlussfassung nicht die richtige Zeit und auch der Ausschuss, gegen dessen Vorberatung er nichts einzuwenden habe, werde kaum in der Lage sein, jetzt zu entscheiden. Die bis	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV



		<p>dato stattgefundenen Untersuchungen hätten noch kein Material für eine definitive Entscheidung ergeben. Es sei jedenfalls nirgends festgestellt, dass die Algen auch in den Röhren wüchsen. Bis jetzt habe man nur das Vorhandensein der Algen in den Bassins festgestellt. Deshalb beruhten auch die Argumentationen des Magistrats nur auf Mutmaßungen. Der Schwerpunkt der ganzen Frage liege für ihn darin, dass man Wasser liefern müsse, das für alle Zwecke brauchbar sei und deshalb müsse sich die Untersuchung auch auf die mineralischen Bestandteile des Wassers ausdehnen. Die Untersuchung des Röhrensystems habe noch nicht ergeben, ob die Algen darin wachsen würden, man habe dies nur in den Bassins festgestellt. Nirgends seien positive, wissenschaftliche Grundsätze dargelegt. Er sei kein Gegner der Filter, könne aber nicht versprechen, ob sie das vorhandene Problem lösen könnten. Man möge deshalb ruhig die Wintermonate abwarten und nachher in Ruhe die Vorlage beraten. Nach dem <b>Pflug</b> sich gegen eine Vertagung und gegen die Überweisung an einen Ausschuss ausgesprochen habe, sprach V noch einmal. Er wolle nicht schon wieder Geld für ein neues Experiment bewilligen. Der Versuch müsse zwar gemacht werden, aber auch die Filter seien nur ein Versuch. Bevor man Beschlüsse fasse, welche ein ganzes System änderten, müsse man sich</p>	
--	--	---	--

			von dem Nutzen überzeugen. Er sei der Ansicht, dass die Unreinheiten bis jetzt nur in den Bassins vorhanden seien. Er habe nichts gegen die Vorberatung im Ausschuss einzuwenden, aber das koste Zeit, da derselbe sich erst vom Nutzen der Maßregel überzeugen müsse. Abschließend wird bei namentlicher Abstimmung der Vertagungsantrag abgelehnt.	
96	Sa, 8.11.1879, Nr. 312, MA (PDF: 2)	S. 4, 1. Spalte	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 7. Nov.): Es ist lediglich kurz vermerkt, dass V auf der Rednerliste steht und sich gegen die Vorlage äußern wolle. Thema ist das <b>Anleihegesetz</b> in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Verwendung der Reichssteuern, die an Preußen überwiesen werden.	
97	So, 9.11.1879, Nr. 313, MA (PDF:7)	S. 1, 2. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [8.11.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : V habe beklagt, dass es durch die neuere Finanzwirtschaft, besonders die Eisenbahnpolitik, einen Verlust an preußischen Traditionen gegeben habe. Er kritisierte scharf die gesamte Innenpolitik der letzten Jahre und schloss mit dem Hinweis, dass es im Finanzwesen nicht besser werden könne, bevor nicht das ganze Regierungssystem des allmächtigen Kanzlers [ <b>Bismarck</b> ] beseitigt sei.	vgl. Andree, Band 35, S. 363-378
98	So, 9.11.1879, Nr. 313, MA (PDF: 11 u.	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (6. Sitzung vom 8. Nov.): Thema ist das <b>Anleihegesetz</b> in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Verwendung der Reichssteuern, die an Preußen überwiesen werden. V sieht sich als langjähriges Mit-	vgl. Andree, Band 35, S. 363-378

	12)	<p>glied der <b>Budgetkommission</b> von den äußeren Erwartungen unter Druck gesetzt. Die Budgetkommission könne nicht alles entscheiden und auch nicht den Finanzminister ersetzen. Seiner Meinung nach stehe man vor einer großen wirtschaftlichen Revolution. Der Staat habe mehr und mehr sein gewerbliches System ausgebaut und immer neue Anleihen und Steuern verlangt. Durch die Anleihen vermehrten sich auch die Zinszahlungen und würden zu einer immer größeren Belastung. Nun könne man immer neue Eisenbahnen bauen und dafür Aktien ausgeben ohne die nötigen Rücklagen zu bilden. Die Übernahme der Privatbahnen führe zwar dazu, dass man auf deren Reservefonds zurückgreifen könne, diese Summen würden aber sicher schnell ausgegeben. Er rät dringend, wenn man am <b>Staatsbahnsystem</b> festhalte, wieder das <b>Amortisationssystem</b> einzuführen. Für das jetzige Gesetz seien nicht ausschließlich die liberalen Parteien verantwortlich. Auf dem Weg zum Kompromiss habe man immer nur Teile erreicht und vieles in Kauf nehmen müssen, was man nicht wollte. Es sei so weit gekommen, dass man manche Dinge nur angenommen habe, um einen Minister zu erhalten. So ein Verhalten räche sich hinterher. Inzwischen sei aus dem Etatwesen jegliche prinzipielle Auffassung verloren gegangen. Nun gebe es die Hoffnung, über das</p>	
--	-----	---	--

		<p>Staatsbahnwesen eben diese Auffassung wieder zu installieren. Nach den Erfahrungen, die in Baden gemacht worden seien, sei dies nach Vs Meinung nicht zu erwarten, aber er wolle der Diskussion dazu nicht vorgreifen. Dann greift V das Zentrum an. Von dieser Partei habe er immer angenommen, dass diese sich ihren Wählern gegenüber verpflichtet hätten, keine neuen Steuern zu bewilligen oder nur gegen anderweitige Erleichterungen. Nun habe genau diese Partei aber die Verantwortung für die neue <b>Börsen- und die Schanksteuer</b>. Erleichterungen seien aber nicht geschaffen worden und man könne die neuen Steuern nicht damit rechtfertigen, dass sie Personen treffen, die man für unangenehm halte. Im gesamten Verhalten der Partei sei keine einheitliche Linie zu erkennen. V kommt nochmal auf das Staatsbahnsystem zurück. Diese Frage hätte jahrelang schon am Horizont gestanden und wer es in dieser Zeit nicht geschafft hätte, sich dazu eine Meinung zu bilden, dem helfe jetzt auch nicht die zusätzliche Beratung in der Budgetkommission. Die jahrelange Misswirtschaft noch aus Zeiten, als es Preußen finanziell sehr gut ging, habe dazu geführt, dass man besonders im Bereich des Eisenbahnbauwesens weit über das notwendige Maß hinausgegangen sei. Der Budgetkommission das vorzuwerfen sei falsch. Diese könne keine eigenen</p>	
--	--	---	--

		<p>Gutachten in Auftrag geben und sei abhängig von den Gutachten der Behörden, die wiederum auf Druck der Minister handelten. Auch einzelnen Ministern könne man keine Vorwürfe machen, nur den Ministerien im Ganzen. Zusammenfassend sei V der Meinung, dass es nicht möglich sei, ein mit allen Verhältnissen des Staates verträgliches Finanzsystem aufzubauen, solange das jetzige Regierungssystem bestehe. Er äußere damit keine Voreingenommenheit gegen <b>Bismarck</b> und er wolle auch keine neue Methode erfinden. Es werde sich eine Lösung finden, wenn die Regierung zu durchgreifenden Reformen bereit sei. Diese müsste sich auch auf das Militärwesen erstrecken, da der Zustand des <b>bewaffneten Friedens</b> keine stabile Dauerlösung sei.</p> <p>Weiter:</p> <p>Nach eine längeren Rede <b>Windthorsts</b>, der Vs Kritik an der Zentrumspartei zurückweist, äußert sich V nochmal nach Schluss der Debatte in einer persönlichen Bemerkung. Er honoriert Windthorsts hohe Rednerkunst, dieser habe ihm Dinge zugeordnet, die V nicht gesagt habe. Er weist Angriffe für seine Zustimmung zu den <b>Maigesetzen</b> zurück. Er habe nur für diese gestimmt in der Hoffnung, dass damit ein Weg weitergeführt werde. Dass die Regierung sich in dieser Richtung nicht weiter bewegt habe, liege nicht in seiner Verant-</p>	
--	--	---	--

			wortung.	
99	Di, 11.11.1879, Nr. 315, MA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Abgedruckt sind alle zu den jeweiligen Fraktionen zugehörige Parteimitglieder. Bei der Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> ist V aufgeführt.	
100	Di, 11.11.1879, Nr. 315, MA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> (Hefte 320-329). Diese Reihe stehe für gediegenes Wissen und sei besonders zu empfehlen zu Erweiterung wissenschaftlicher Kenntnisse.	
101	Di, 11.11.1879, Nr. 315, AA (PDF: 17)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Ankauf</b> mehrerer <b>Privatbahnen</b> für den Staat. V habe in einer zweistündigen Rede scharfe Kritik am Vorgehen der Regierung geübt. Die Motive für den Ankauf ließen jegliche Objektivität vermissen. Die Regierung berufe sich darauf, dass die Öffentlichkeit eine Verstaatlichung wünsche. Hier erhoffe sich V vom Minister Aufklärung. Angesichts der bereits existierenden Mehrheit für das <b>Staatsbahnsystem</b> ginge es in der Kommission lediglich darum, Garantien gegen dieses omnipotente System zu schaffen. Er hoffe im Rahmen dessen auf eine feste Grenze, die den Privatbahnen einen Spielraum sichere. Er selbst habe die großartigen Erfolge der Privattätigkeit auf mehr als einem Gebiet erlebt. Dabei ging er besonders auf die Leistungen der Privatbahnen während der letzten Kriege ein.	vgl. Andree, Band 35, S. 379-401

			Die Privatbahnen jetzt als gemeinschädliche Institute zu betrachten sei nicht richtig. Die Gefahren, die aus dem Staatsbahnsystem erstünden, hingen damit zusammen, dass man das gesamte Verkehrswesen in den Dienst der Zollpolitik stellen würde. Die Erfahrungen in der letzten Zeit würden zur doppelten Vorsicht mahnen.	
102	Mi, 12.11.1879, Nr. 316, MA (PDF: 18)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [11.11.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : Nach der gestrigen ausführlichen Zusammenfassung ist hier nur vermerkt, was sich nach Vs Rede noch ereignet hatte.	vgl. Andree, Band 35, S. 379-401
103	Mi, 12.11.1879, Nr. 316, MA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (7. Sitzung vom 11. Nov.): Thema ist der <b>Ankauf</b> mehrerer <b>Privatbahnen</b> für den Staat. V kritisiert die Eile, in der eine Entscheidung in der Angelegenheit erwartet würde. Ihm selbst seien erst heute Morgen wichtige Dokumente dazu zugegangen. Die Haltung, die Privatbahnen als gemeinschädliche Institute zu betrachten, halte er für absolut falsch. Man überginge damit alle positiven Leistungen und auch die Tatsache, dass die <b>Staatsbahnen</b> von ihnen viel gelernt hätten. Manche Vorwürfe an die Privatbahnen seien nicht unberechtigt, aber darauf hätte zuerst das Haus und nicht die Regierung hingewiesen. Schuld an der Situation sei eine unsolide Planung der Regierung und die unkontrollierte Zuteilung von Konzessionen im Glauben, das Land habe ein unbegrenztes Konkurrenzbedürfnis. Nun berufe sich die	vgl. Andree, Band 35, S. 379-401

		<p>Regierung darauf, dass die Öffentlichkeit eine Verstaatlichung wünsche, im Sinne einer Parität. Er selbst habe die großartigen Erfolge der Privattätigkeit auf mehr als einem Gebiet erlebt. Dabei ging er besonders auf die Leistungen der Privatbahnen während der letzten Kriege ein. Die Privatbahnen jetzt als gemeinschädliche Institute zu betrachten sei nicht richtig. Man müsse, bevor man sich für das Staatsbahnsystem entscheide, die gesamten Details der Organisation prüfen. Darunter falle auch die <b>Tarifpolitik</b>. Diese dem Minister zu überlassen, der nach Wohl und Wehe entscheiden könne, würde gegen das Prinzip der Dezentralisation arbeiten, dass man im Staat eigentlich verfolge. Die Gründung von kleineren Bahnen zuzulassen, um den etwas größeren und finanzstärkeren Bahnen, vielleicht aus Neid, die Geschäfte zu erschweren, hätte nun zu diesem Durcheinander der Linien geführt. Nun den <b>Unitarismus</b> deswegen zu preisen und damit einhergehend die Gleichmäßigkeit der Tarife zu sichern solle nur verhindern, dass einzelne Leute zu reich werden. Solche Versprechungen dem Volk zu machen sei bedenklich, denn auf die Dauer werde sich keine Volksvertretung finden, die eine Ermäßigung der Tarife auf Kosten der Steuerzahler genehmige. Da das Goldmachen aber noch nicht erfunden sei, werde sich die Nation nach dem Geldbeutel strecken</p>	
--	--	---	--



		<p>müssen. Man müsse sich jetzt schon Gedanken darüber machen, was geschehe, wenn die Einnahmen der Staatsbahnen die Kosten nicht decken sollten. Es müsse dann zu klären sein, ob man eine Finanzierung über Steuer- oder Tariferhöhung wolle. V ist der Meinung, dass die Tarife schon durch das praktische Leben anders gestaltet würden. Problematisch sei auch die <b>Unterstützung der Zollpolitik durch Kampftarife</b>. Das sei zu kurz gegriffen und würde immer nur den Blick auf eine Ursache lenken. Die Einnahmen aus den Gütertarifen seien aber die eigentlich wirtschaftlich relevanten, der Personenverkehr würde nur eine untergeordnete Rolle spielen. Man dürfe nicht künstlich durch Tarifermäßigungen Güter dorthin bringen, wo gleiche Güter ebenso billig oder billiger zu haben seien. Der Handel müsse sich individuell und selbstständig entwickeln. Insgesamt betrachtet seien die Eisenbahnen in erster Linie Einrichtungen, die im Wesentlichen der Handels- und Gewerbetätigkeit des Volkes dienen sollten. Von dieser Grundauffassung sei V nicht abzubringen, sie beruhe auf seiner Grundauffassung des freien Staates. Er halte das Prinzip der Konkurrenz für notwendig zur Weiterentwicklung, vorausgesetzt es werde nicht übertrieben. Er sehe ein, dass sein Standpunkt gegen die Mehrheit für die Staatsbahnen keine Chance habe, aber ihm sei</p>	
--	--	---	--

			wichtig gewesen, seine Meinung noch einmal darzulegen.	
104	Fr, 14.11.1879, Nr. 318, MA (PDF: 25)	S. 1, 1. Spalte mittig	Zusammenfassender Bericht aus dem <b>HdA</b> : Es handelt sich um eine Zusammenfassung zum Thema der <b>Staatsbahnen</b> . Als einleitender Redner wird V mit seiner Geistesstärke erwähnt. Er sei ein alter Parlamentarier, Vorsitzender der Rechnungskommission und langjähriges Mitglied der Budgetkommission, häufiger Referent und habe besonders die konstitutionellen Einwendungen gegen das Gesetz betont.	
105	So, 16.11.1879, Nr. 320, MA (PDF: 30)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis darauf, dass V erneut für die laufende Session zum <b>Vorstand der Fraktion der Fortschrittspartei</b> gehört.	
106	Di, 18.11.1879, Nr. 322, MA (PDF: 33)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Nov.): V eröffnet die Sitzung mit diversen geschäftlichen Mitteilungen, bevor er später einen Vortrag über die <b>Nubier</b> hält. Diese seien kürzlich im Zoologischen Garten vorgeführt worden und sein Teil der Karawane von <b>Mr. Rice</b> , dem Schwager Hagenbecks. V vergleicht die diesjährigen Messergebnisse mit denen der Nubier vom letzten Jahr. Die Ergebnisse ähneln sich, besonders hervorgehoben wurden die Untersuchungen zum Farbensinn der Nubier. Dazu liegen auch von anderen Forschern Ergebnisse vor, die in der ZfE veröffentlicht werden sollen. Danach sprach V über die drei verstorbe-	Besprechung der <i>Nubier</i> : VBAG 11, S. 49-452

			<p>nen Affen, drei Opfer aus der zoologischen Ausstellung von Mr. Rice. Eins dieser Tiere hat V bei seiner Ankunft noch im lebenden aber sehr schwachen Zustand untersuchen können. Die Untersuchungsergebnisse aller drei <b>Affen</b> hätten ergeben, dass diese an Darmaffektionen gestorben seien. Diese würden für die zukünftige Ernährung der Tiere wichtige Informationen liefern und deren Haltung verbessern. Die Gehirne der Tiere habe man sorgfältig aufbewahrt, um sie demnächst zu untersuchen und die Ergebnisse der BAG mitzuteilen.</p>	
107	<p>Fr, 28.11.1879, Nr. 332, MA (PDF: 52)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Nov.): Thema ist das Anlegen eines <b>neuen Gemeindefriedhofs</b>. Es liegt ein Antrag von <b>Dr. Stryck</b> vor, einen geplanten Friedhof im Stadtgebiet anzulegen. Die Nutzung des Gebietes in <b>Hermsdorf</b> sei aufgrund der Entfernung nicht praktikabel. V setzte dem entgegen, dass für ihn die finanziellen Fragen dazu sehr untergeordnet seien. Für ihn liege der Kernpunkt in den gefassten Kommunalbeschlüssen, dass innerhalb der <i>Weichbildsgrenze</i> keine Kirchhöfe angelegt werden dürften. Der Magistrat habe bereits erklärt, von diesen Beschlüssen nicht abweichen zu wollen; und diese Beschlüsse seien maßgebend, die konfessionslosen Kirchhöfe zu beseitigen und Kommunalkirchhöfe zu schaffen. Dieses Prinzip dürfe man jetzt nicht aufgeben. In der Sache selbst halte er das vom Ausschuss vorgeschlagene Ter-</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p> <p><i>Weichbildsgrenze</i>: Grenze des Stadtgebietes</p>

			rain nicht für gut und wenn er früher gegen Hermsdorf eingenommen war, so sehe er dies jetzt anders. Da der Besitzer nun den Preis bedeutend ermäßigt habe, würde er sich für Hermsdorf entscheiden, da damit zusätzlich die Gelegenheit geboten werde, über die Methode der Leichenbeförderung der Eisenbahn, die bei Anlegung eines Zentralfriedhofes zur Anwendung gelangen müsste, Erfahrungen zu sammeln. Er schließe sich damit dem Ausschussantrag an.	
108	So, 30.11.1879, Nr. 334, MA (PDF: )	Sonntags- beilage, S. 4, 3. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: <b><i>Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre</i></b> von V, in zwei Bänden. Es handle sich dabei um eine Sammlung von Aufsätzen aus der 30-jährigen Tätigkeit Vs, die bis jetzt noch wenig bekannt oder sogar noch ungedruckt sei. Themengruppen sind die öffentliche Gesundheitspflege, die Medizinalreform, die Volkskrankheiten und –seuchen, die Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik, die Krankenhäuser und das Hospitalwesen, die Kriegsheilkunde, die Städtereinigung, die Schulgesundheitspflege, die Strafgesetzgebung und die geschichtliche Medizin. Die Arbeiten hierzu seien chronologisch geordnet, so dass sich auch ein Entwicklungsgang des Verfassers ergebe. Besonders hervorgehoben sind die Betrachtungen zur Typhusepidemie in Oberschlesien. Insgesamt enthalten beide	<i>Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre.</i> Zwei Bände, in: Sämtl. Werke, Medizin, Abt. 1/Bd. 28, Olms, 2006

			Bände höchst schätzbares Material sowohl zur Kulturgeschichte der Gegenwart als auch für die künftige Biographie des Autors, der auf den verschiedensten Gebieten immer für das Gemeinwohl unermüdlich tätig sei.	
109	Do, 11.12.1879, Nr. 345, MA (PDF: 21)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über den <b>Hungertyphus in Oberschlesien</b> : Es handelt sich dabei um den Schluss eines umfangreichen Artikels zur momentanen Situation in Oberschlesien. Am Ende wird V zitiert, dass das Drohgespenst des Hungertyphus an die Tür klopfte, „dieses schreckliche <b>Doppelwesen</b> , in dem zwei der schlimmsten Plagen des Menschen, Hunger und Krankheit, gleichfalls in Eins zusammengeschlossen scheinen!“	
110	Do, 11.12.1879, Nr. 345, AA (PDF: 23)	S. 2, 3. Spalte mittig	Es hat sich ein provisorisches <b>Komitee zur Linderung des Notstands in Oberschlesien</b> gebildet. Es fand eine Sitzung im Rathaus statt, an der auch V teilnahm. Es wurde ein <b>geschäftsführender Ausschuss</b> mit 19 Teilnehmern gebildet zu denen auch V gehörte.	
111	So, 14.12.1879, Nr. 348, MA (PDF: 29)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>Spendenaufruf des Komitees zur Linderung des Notstands in Oberschlesien</b> . Man bittet um Geld, Kleidung und Nahrung. Selbst die kleinste Gabe sei willkommen. Alle namentlich aufgeführten Mitglieder, darunter auch V als Ausschussmitglied, würden Spenden annehmen.	s. a. 18.12.1879
112	Do,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen	vgl. Andree,

	18.12.1879, Nr. 352, MA (PDF: 1)	1. Spalte mittig	[17.12.1879] Sitzung des <b>HdA</b> : V sei der Regierung als Freund entgegengetreten. Er wies auf die Unklarheit der Begriffe „konfessionell“ und „christlich“ hin, die der Minister [v. <b>Puttkamer</b> ] verwandt habe. Beide seien nicht identisch. Nur so lange der Staat beide <b>Konfessionen</b> bändige, kämen diese miteinander aus. Ließe man eine freie Entwicklung zu, würden sich beide ausbreiten und jedes andere Bekenntnis unterdrücken. Wenn der Minister die Religion als ein für die Erziehung im Schulunterricht wichtiges Moment darstelle, so könne V dies nur bestreiten. Die Ethik könne man auch losgelöst von der Religion im Unterricht wirksam einsetzen.	Band 35, S. 401-416
113	Do, 18.12.1879, Nr. 352, MA (PDF: 3-4)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 17. Dez.): Thema ist eine Petition aus <b>Elbing</b> wegen des Verbots der Simultanisierung der Knabenschulen [ <b>Simultanschulen</b> ]. V kritisiert, dass v. Puttkamer sich fälschlicherweise auf ein früheres Reskript <b>Falks</b> beziehe. Es sei dabei nicht beachtet worden, dass die Genehmigung zu paritätischen Schuleinrichtungen nicht verfügt werden dürfe, wenn auf Grund einer Vereinbarung unter den Schulgemeinden ein solcher Antrag gestellt würde. Allerdings sei auch zu beachten, dass das Schulwesen durch die beabsichtigte anderweitige Einführung verbessert würde. V dagegen hält die Simultanschule für eine Verbesserung, gerade in Gemeinden mit gemischter Bevölkerung.	vgl. Andree, Band 35, S. 401-416  <i>Simultanschule</i> : Schule in der Schüler unabhängig von ihrer Konfession unterrichtet werden

		<p>Wichtig sei aber, eine solche keiner Gemeinde mit deutlich konfessionellem Charakter aufzuzwingen. Für eine große Stadt hingegen seien sie ideal, auch um den Schulweg der Kinder nicht zu lang werden zu lassen. In Berlin würden sechs katholische Schulen existieren, die bei Weitem nicht ausreichen. Ein Teil dieser Kinder müssten evangelische Schulen besuchen. Das könne ja nicht besser sei, als eine Simultanschule zu besuchen. Für V sei eine Simultanschule auch nichts anderes als eine doppelt konfessionelle Schule. Nun sei durch ein Telegramm des Ministers die Schule in Elbing kurz vor der Eröffnung gestoppt worden. Dies deute auf eine Hinwendung Richtung Rom und V hoffe, dass der Minister nicht weiterhin in dieser Art entscheiden werde, denn er sehe sich eher auf Seiten der Regierung zur Unterstützung bei kirchlichen Fragen.</p> <p>Weiter:</p> <p>Er wies auf die Unklarheit der Begriffe „konfessionell“ und „christlich“ hin, die der Minister v. Puttkamer verwandt habe. Beide seien nicht identisch. Nur so lange der Staat beide <b>Konfessionen</b> bändige, kämen diese miteinander aus. Ließe man eine freie Entwicklung zu, würden sich beide ausbreiten und jedes andere Bekenntnis unterdrücken. Einen erzieherischen Charakter der Religionen könne V dagegen nicht feststellen, lediglich „<b>Ka-</b></p>	
--	--	---	--

			<p><b>davergehorsam</b>“. Die einzig erzieherische Seite der Religion sei die ethische. Allerdings könne die Ethik an jeder Schule auch ohne Religion gelehrt werden. Das bloße Auswendiglernen von dogmatischen Formeln könne man nicht als Erziehung bezeichnen. Die höhere intellektuelle Entwicklung sei nicht der Kirche entwachsen, sondern der Opposition. Halte man an den Dogmen der Kirche fest, käme man nicht zu einer Erziehung für die moderne Welt. Halte nun der Minister an seiner Entscheidung in Elbing fest, müsse man sich ihm entgegenstellen. Bis jetzt sah man sich auf Seiten der Regierung und würde ungern den Kontakt auf Grund dieser Sache verlieren.</p>	
114	Do, 18.12.1879, Nr. 352, MA (PDF: 5)	3. Beilage, S. 1, 4. Spalte oben	<p><b>Spendenaufwurf des Komitees zur Linderung des Notstands in Oberschlesien.</b> Man bittet um Geld, Kleidung und Nahrung. Selbst die kleinste Gabe sei willkommen. Alle namentlich aufgeführten Mitglieder, darunter auch V als Ausschussmitglied, würden Spenden annehmen. Identischer Text im Vergleich mit der Anzeige vom 14. Dezember.</p>	s. a. 14.12.1879
115	Fr, 19.12.1879, Nr. 353, MA (PDF: 8)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Bericht über den Zweck und das Wirken des <b>deutschen Fischereivereins</b>: Es wird nur kurz erwähnt, dass V vor zehn Jahren unter den Gründern war.</p>	
116	Sa, 20.12.1879,	S. 4, 3. Spalte	<p><b>HdA</b> (29. Sitzung vom 19. Dez.): Von mehreren Abgeordneten, darunter auch V,</p>	vgl. Andree, Band 35,



	Nr. 354, MA (PDF: 11 u. 12)	oben u. 1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	wird eine Interpellation eingebracht. Man wünsche Informationen zum <b>Notstand in Oberschlesien</b> und zu den veranlassten Maßnahmen. Ferner möchte man wissen, ob die Regierung plane, außerordentliche Mittel zur Linderung des Notstandes zu beschaffen. In einer kurzen Wortmeldung verzichtet V auf eine weitere Besprechung der Interpellation, hoffe aber, dass die Regierung sich nicht darauf beschränke, sich nur mit dem momentanen Notstand zu beschäftigen.	S. 416
117	So, 21.12.1879, Nr. 355, MA (PDF: 16)	3. Beilage, S. 2, unten	Anzeige des <b>Berliner Asylvereins</b> für Obdachlose mit einem <b>Spendenaufruf</b> : Man sehe sich in der Notlage einen Appell an die Mitbürger zu richten und um Unterstützung zu bitten. Da man über keine nennenswerten Einkünfte verfügen könne und mit der Versorgung der vielen Menschen, die kämen, erhebliche Ausgaben habe, brauche man finanzielle Unterstützung. Man wende sich insbesondere an die zweitausend Mitglieder des Vereins und hoffe auf wohlwollende Zuwendungen. V ist Mitunterzeichner.	
118	Mi, 24.12.1879, Nr. 358, MA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Abdruck eines Schreibens von V an die Redaktion: V beklagt in diesem Brief, dass auf der aktuellen <b>Weihnachtsmesse</b> Gefäße ausgestellt seien, die den Anschein erwecken sollten, dass sie von <b>Schliemanns</b> Ausgrabungen stammen. Die ausgestellten Gefäße gäben in der Form die ausgegrabenen Ge-	s. a. 31.12.1879

			<p>fäße unvollständig wieder, auch die Glasur sei geschmacklos und habe nichts mit den Originalen zu tun. Mit sehr viel mehr Recht könne man einen tätowierten Berliner für einen Neuseeländer ausgeben. Zukünftig solle man doch wenigstens dafür Sorge tragen, dass wenigstens der Name des Fabrikanten dabei genannt werde.</p> <p><b>[Fälschung von Ausgrabungsgegenständen]</b></p>	
119	<p>Mi, 24.12.1879, Nr. 358, MA (PDF: 21)</p>	<p>2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 20. Dez.): V eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf die Tätigkeiten der Gesellschaft im abgelaufenen Jahr. Später führt er einen menschlichen <b>Schwanz in Spiritus</b> vor. Dieses Präparat sei einem neugeborenen Kind 1848 entfernt worden. V hat die Erlaubnis erhalten, den Schwanz genauestens zu untersuchen und einen Längsschnitt vorzunehmen. Weiter diskutiert man über die <b>Längs- und Querrillen an Kirchen</b> und V teilt das Thema in Näpfchen-, Schalen- und Opfersteine und Kirchenrillen ein und legt dazu verschiedene Publikationen vor. Dann empfiehlt V die ausgezeichnete Ausstellung im Sitzungssaal. Es handle sich um Ölgemälde und Skizzen aus dem schwedischen Lappland. Abschließend präsentiert V eine Auswahl von Topfgeräten aus den amerikanischen Mounds.</p>	<p>Nichts bei Andree</p>
120	<p>Mi, 31.12.1879, Nr. 364,</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte</p>	<p>Abdruck eines Briefes von einem Herrn <b>Lüders</b> an die VZ: In diesem Brief geht er auf den Protest Vs ein, abgedruckt am 24.</p>	<p>V hat Schliemann dazu nichts ge-</p>

	<p>MA (PDF: 30)</p>	<p>mittig</p>	<p>Dez., dass ungenaue und geschmacklose <b>Kopien</b> der von <b>Schliemann</b> ausgegrabenen Gefäße auf der <b>kunstgewerblichen Weihnachtsmesse</b> zugelassen und dort zu sehen seien. Lüders, der Vorsitzende des Ausschusses für diese Messe, wolle mit dem Schreiben ein Missverständnis aufklären. In der Bauausstellung des Architektenhauses hätten nun viele Firmen Standplätze angemietet und diese auch für die Zeit der Messe weiter betrieben. Diese unterlägen aber nicht der Aufsicht des Messeausschusses. Man sei also weder für das Vorhandensein der Kopien noch für deren Bezeichnung als Schliemanns Ausgrabungen verantwortlich.</p>	<p>schrieben</p>
--	-------------------------	---------------	--	------------------

## Fundstellen 1880

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Di, 6.1.1880, Nr. 3, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V am 8. Jan. die erste in diesem Jahr stattfindende Donnerstagsversammlung der „ <b>freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ mit einer Begrüßungsrede eröffnen wird. Besondere Einladungen werden nicht verschickt, aber es haben nur Mitglieder der Partei Zutritt.	s. a. 9.1.1880
2	Di, 6.1.1880, Nr. 3, AA (PDF: 10)	S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V am letzten Samstag [3.1.1880] in einer Droschke eine Rolle hat liegen lassen. Auf dieser Rolle seien Pläne für die nächste Ausstellung der DAG im August. Man hoffe auf einen ehrlichen Finder, der die Rolle an V baldmöglichst zurückgebe.	
3	Fr, 9.1.1880, Nr. 9, AA (PDF: 18)	S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über die Versammlung der „ <b>freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ auf der V eine Rede hält. Er wolle, so V, durch seine Anwesenheit zeigen, dass ihm gerade in der jetzigen Zeit daran liege, versöhnend einzuwirken und Missverständnissen vorzubeugen. Er begrüße jedes Zeichen öffentlichen Lebens, denn der Blick auf den Zustand Deutschlands und auf die Verhältnisse sei erschreckend. Nie habe man eine solche Zurückhaltung des Volkes bemerkt, in Bezug auf Arbeitslust und Arbeitskraft. Zunehmend Wenige müssten immer mehr leisten. Das, was man einst die große liberale Partei genannt habe, sei seit Jahren in gegenseitiger Aufreibung begriffen und wenn	

		<p>man an die letzten Wahlen denke, müsse man ein ganzes Stück persönlicher Demütigung überwinden. Man mache den Abgeordneten häufig den Vorwurf, dass sie nicht frischer arbeiteten. Aber wenn das Volk in spontaner Entwicklung so heruntergekommen sei, erlahme schließlich auch der Abgeordnete. V klagt das Volk an, dass es sich selbst in diese kläglichen Verhältnisse hinein gebracht habe. Dem gegenüber helfe nur energische Arbeit und deshalb begrüße er diese Vereinigung als den Ausdruck des Willens etwas zu bewegen. Dies könne man nur, wenn man sich gegenseitig aufkläre und verständige, denn mit der großen politischen Organisation allein sei es nicht getan. Bei der Frage, wie man aus den jetzigen Zuständen herauskomme, meinen nun einzelne Politiker, dass es gut sei, wenn es dem Volk schlecht gehe, damit es durch Schaden klug werde und endlich einsehe, dass diejenigen abtreten müssen, die solche Zustände herbeigeführt haben. Das Volk tue dies aber nicht, solange die letzteren nicht ehrlich genug seien, ihre Fehler offen einzugestehen. Große Fehler seien in der ganzen kirchlichen Entwicklung gemacht worden. Damals habe man geglaubt, man dürfe nicht gegen das Gesetz stimmen, sonst würde <b>Falk</b> gehen und es wäre alles aus. Nun sei Falk gegangen, man habe das Gesetz und nun sei auch alles aus. Wichtig sei, im Volk dahin zu wirken, die Grundlagen einer besseren</p>	
--	--	---	--

		<p>selbstständigen Urteilkraft zu legen. Anstatt in jedem Verein immer Neues hören zu wollen, sollten vielmehr möglichst viel Vereine dasselbe Thema behandeln, immer wieder denselben Fragen neue Seiten abgewinnen und dadurch die Möglichkeit des Widerstandes vermehren. Besonders an der Staatsbahnfrage zeige sich deutlich die pessimistische Passivität des Volkes. Es gebe zu wenige, die ihre Kenntnisse für die Sache nutzten. Damit käme man immer mehr zum Fatalismus. Man müsse über bestimmte Fragen ernst und eingehend mit einander debattieren und sich mehr die wissenschaftliche Seite des politischen Lebens, die Aufklärung untereinander zur Aufgabe machen. Das Gefühl von der Größe der Veränderungen der letzten Zeit müsse auch dem Gegner gezeigt werden. Wenn man in dieser Weise ehrlich die Dinge fortgesetzt kritisch beleuchte, dann sei auch die Hoffnung vorhanden, dass man schließlich auf die Meinung der Nation Einfluss habe. Es sei im Laufe der Jahre dazu gekommen, dass jeder sich und anderen kaum mehr eine eigene Meinung über gewisse Dinge zubillige. Es erscheine beinahe anmaßend, sich auch mit auswärtiger Politik zu beschäftigen; auch Fragen über die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck seien nicht erwünscht. Im Laufe der Jahre komme man dahin, dass alle Fragen des öffentlichen Lebens der öffentlichen Diskussion entzogen würden. Die Tat sei es, mit der in der</p>	
--	--	---	--

			<p>heutigen Welt alles anfangen und eine Tat sein es auch, die sich diese Vereinigung zum Ziel setze: die Bevölkerung aus ihrer Passivität herauszureißen und den fast <b>türkischen Fatalismus</b> des Volkes zu besiegen. Und in dieser Beziehung werde der Verein in der Zwischenzeit bis zu den nächsten Wahlen viel leisten können. Wenn man in zwei Jahren nicht im Stande sei, die Dinge zu ändern und mit einer liberalen Majorität ins Parlament zu kommen, dann werde es mit der Entwicklung Preußens auf lange Sicht zu Ende sein.</p>	
4	So, 11.1.1880, Nr. 11, MA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>HdA</b> (33. Sitzung vom 10. Jan.): Thema ist <b>der Etat des Finanzministeriums</b>. V äußert sich zum Hauptextraordinarium für unvorhergesehene Ausgaben. Nicht alle durch elementare Ereignisse verursachten Ausgaben würden aus diesem Fonds bestritten. Die Kosten zur Bekämpfung des <b>Koloradokäfers</b> hätten vielmehr zu einer Etatüberschreitung des Landwirtschaftsministeriums geführt. Bei der jetzigen Finanzwirtschaft, außerordentliche Ausgaben durch Anleihen zu decken, sei die Etatposition nicht nötig.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 416-419
5	Di, 13.1.1880, Nr. 13, MA (PDF: 26)	S. 1, 2. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [12.1.1880] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der Gesetzentwurf zur Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des <b>Notstandes in Oberschlesien</b>. Unter den Reden sei die von V die bei Weitem hervorragendste. Er erinnerte an die Typhusepidemie 1847 und wies auf die immer noch andauernden Ursachen hin. Ein</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 419-440

			<p>Grund sei der <b>Wucher</b>, der auch nicht durch das mittlerweile wieder abgeschaffte Gesetz eingegrenzt werden konnte. Weiter ging V auf die Klagen des Zentrums ein, dass durch die <b>Maigesetze</b> ein geistlicher Notstand eingetreten sei. Die Bestimmung, dass ein Geistlicher strafrechtlich verfolgt werde, wenn er unbefugt Sterbesakramente erteile, dürfe nicht aufrechterhalten werden. Auch kritisierte er das Ordensgesetz. Man müsse den Kongregationen, die sich der Krankenpflege widmeten erlauben, über die Aufnahme von neuen Mitgliedern ohne Einmischung der Regierung zu entscheiden. Dann beleuchtet V kritisch die Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit der Oberschlesischen Notlage. Die Drainage des Bodens genüge alleine nicht, um die Bodenqualität zu verbessern. Gleichzeitig müsse man auch die Wasserläufe regulieren und das gesamte System der Entwässerung verbessern. Von dort kommt er auf die schlechten Zustände des Schulsystems zu sprechen, mit einer unzureichenden Anzahl an Lehrern</p>	
6	Di, 13.1.1880, Nr. 13, MA (PDF: 28-29)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (34. Sitzung vom 12. Jan.): Thema ist der Gesetzentwurf zur Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des <b>Notstandes in Oberschlesien</b>. V sieht die Diskussion dazu nicht mit der nötigen Unbefangenheit geführt. Über die eigentlichen Ursachen des Notstandes hinaus würde <b>Polonismus</b> und <b>Kulturkampf</b> hineingetragen. Er erinnerte an die Typhusepidemie 1847 und wies</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 419-440



		<p>auf die immer noch andauernden Ursachen hin. Ein Grund sei der Wucher, der auch nicht durch das mittlerweile wieder abgeschaffte Gesetz eingegrenzt werden konnte. Entweder man mache die Leute dort wohlhabend oder verschaffe ihnen andere Möglichkeiten für ihr Kreditbedürfnis; Strafbestimmungen seien dagegen machtlos. Man müsse feststellen, dass sich seit 1847 nichts an der Situation in Oberschlesien geändert habe, der Kulturkampf habe eher dazu beigetragen, dort manches Unerfreuliche zu schaffen. Die Bestimmung, dass ein Geistlicher strafrechtlich verfolgt werde, wenn er unbefugt Sterbesakramente erteile, dürfe nicht aufrechterhalten werden. Aber zunächst wolle man, dass die Leute dort nicht sterben, sondern leben, also ginge es nicht um Sterbesakrament sondern um Lebensmittel. Ferner wisse man noch nicht genug über die epidemische Verbreitung des Typhus und könne eine weitere Ausbreitung nicht ausschließen. In dem Zusammenhang kritisierte er das Ordensgesetz. Man müsse den Kongregationen, die sich der Krankenpflege widmeten erlauben, über die Aufnahme von neuen Mitgliedern ohne Einmischung der Regierung zu entscheiden. Für die Verteilung von Lebensmitteln hält er es für sinnvoll, nicht ausschließlich die Armenpflege zu nutzen, sondern auch die Frauenvereine und die Notstandskomitees. Diese hätten vielerlei Kontakte und mehr Überblick bei</p>	
--	--	--	--

		<p>der Versorgung. Die Hauptursache der Not liege aber nicht in der ansässigen Rasse sondern vielmehr an der durch mangelhafte Erziehung entstandenen Indolenz. Daher müsse man sehr kritisch auf den dortigen Lehrermangel blicken. Zwar habe es bereits Versuche gegeben, für Abhilfe zu sorgen, aber bei weitem nicht ausreichend. Auch die Kreisordnung sei in dem Zusammenhang ein Problem. Es würden zu viele Ausnahmen gemacht zur Befreiung von Grafen und Fürsten von der Pflicht, für Schulen zu sorgen. Hier kommt V auch nochmal auf das Thema der <b>Germanisierung</b> dieser Gebiete zurück. Er habe sich immer dagegen ausgesprochen, vielmehr sollten deutsche Lehrer dort polnisch lernen. Auch der Elementarunterricht sollte in dieser Sprache erfolgen, um die Kinder auch wirklich zu erreichen. Es dürfe aber auch keiner die Schule verlassen haben, ohne Deutsch zu lernen. Durch das Bevölkerungswachstum und den damit verbundenen Überschuss an Arbeitskräften sei eine Auswanderung in andere Gebiete sinnvoll. Dies könne aber nur mit guten Deutschkenntnissen Erfolg haben. Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Situation sei die Regulation der Wasserläufe, diese müsste zusätzlich zur Drainage der Böden erfolgen, um effizient zu sein. Und noch ein Punkt ist für V wichtig: Die Einbindung Oberschlesiens in ein Eisenbahnnetz mit Anschluss an Russland und Österreich, um</p>	
--	--	---	--

			Arbeitsfelder zu schaffen. Abschließend kritisiert V das Landwirtschaftsministerium, das viel zu spät von der Kartoffelmissernte erfahren habe. Man habe viel zu spät über Kartoffellieferungen in oder verminderte Lieferungen aus dem Gebiet nachgedacht. Er hoffe, dass es in Zukunft anders werde. Man wolle sich durch jährliche Berichte des Ministers im Hause selbst überzeugen. Mit vereintem Bemühen müsse es gelingen in einem von der Natur gesegneten Landstrich günstigere Verhältnisse zu schaffen.	
7	Sa, 17.1.1880, Nr. 17, AA (PDF: 39)	S. 2, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der Gesetzentwurf zur Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des <b>Notstandes in Oberschlesien</b> . V wird von <b>Dr. Bitter</b> angegriffen, der Entlastung von Fürsten was das Schulgeld angeht, widerspricht. Hierauf beruft V sich auf frühere Petitionsberichte in denen die von ihm gerügten Tatsachen ausdrücklich anerkannt worden seien.	vgl. Andree, Band 35, S. 440-450
8	So, 18.1.1880, Nr. 18, MA (PDF: 41)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [17.1.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der Gesetzentwurf zur Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des <b>Notstandes in Oberschlesien</b> . Es wird über eine mögliche Rückerstattungsverpflichtung der Bewohner Oberschlesiens diskutiert. Es liegt der Antrag vor, auf eine Rückerstattung für Viehfutter zu verzichten, was auch V unterstützt. Er hält aber auch eine Verpflichtung in Bezug auf das Saatgut für sinnvoll.	vgl. Andree, Band 35, S. 440-450

9	So, 18.1.1880, Nr. 18, MA (PDF: 42 u. 43)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (39. Sitzung vom 17. Jan.): Thema ist erneut der Gesetzentwurf zur Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des <b>Notstandes in Oberschlesien</b>. V wird von <b>Dr. Bitter</b> angegriffen, der Entlastung von Fürsten was das Schulgeld angeht, widerspricht. Hierauf beruft V sich auf frühere Petitionsberichte in denen die von ihm gerügten Tatsachen ausdrücklich anerkannt worden seien. V sieht in den Verhältnissen des Großgrundbesitzes selbst das Problem. Es sei im Interesse der Großgrundbesitzer etwas für ihre billigen Arbeitskräfte zu tun, von denen sie so profitierten. Allerdings könne man von der gegenwärtigen Regierung in dieser Angelegenheit keine Unterstützung erwarten. Bei der Gewährung von Unterstützung für Oberschlesien dürfe man nicht zu hart vorgehen. Dieses Gebiet sei in seiner Not einmalig in Preußen. Kein anders Gebiet würde schon durch kleinere Probleme wie Überschwemmungen so hart getroffen. Zwar seien mit Errichtung von Fabriken die Nöte der Leute etwas zurückgegangen, aber die Landbevölkerung würde noch genauso leiden. Nun nehme der Staat die Angelegenheit in die Hand, was aber auch dazu führe, dass das Privatengagement zurückgehe. Unter diesem Gesichtspunkt sei es wichtig, von vornherein auf die Rückerstattung gewisser Summen zu verzichten, um die Schuldenlast nicht schlimmer werden zu lassen als den eigentlichen Notstand. Die Regierung habe</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 440-450
---	---	---	---	--

		<p>in der zuständigen Kommission anerkannt, dass die Einteilung der Summen nicht bindend sein solle, um mehr Flexibilität zu haben. Ferner sollten nicht nur die Armenpflege, sondern auch private Hilfsorganisationen bei der Verteilung helfen. Zu unterstützen seien auch nicht primär die Großgrundbesitzer, sondern die kleinen, selbstständigen, ländlichen und städtischen Unternehmen. Abschließend setzt er sich nochmals dafür ein, dass man auf eine Rückerstattung im Zusammenhang mit dem Viehfutter verzichte.</p> <p>Weiter:</p> <p>In einer weiteren Wortmeldung äußert sich V zu verschiedenen Darstellungen seiner Vorredner. Die einen würden behaupten, Oberschlesien bringe Prachtgestalten hervor, die für die Garde geeignet seien, die anderen kritisieren das mangelnde Kontingent zur Rekrutierung aus diesem Gebiete. Der eine erwähnt die guten Löhne einzelner Bergbauarbeiter, sagt aber nicht, wie viele dazu gehörten und wie viel im Gegensatz dazu ein Landarbeiter verdiene. Und gerade letztere machten einen Großteil der betroffenen Bevölkerung aus. Sie könnten sich nicht selbst helfen und sobald sie kein Brot mehr hätten, würden sie sich in ihre Hütten einschließen und ohne etwas zu tun verhungern. Die wenigen energischen Leute, die man dort noch finde, solle man deshalb nicht auch noch durch eine Schuldenlast erdrücken. Nach der</p>	
--	--	--	--

			Beseitigung des Notstandes sei es Aufgabe der Regierung, dort die Verhältnisse zu verändern und Formen der Selbsthilfe zu schaffen.	
10	Mi, 21.1.1880, MA (PDF: 49)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Jan.): V eröffnet die Sitzung mit einer Reihe von geschäftlichen Mitteilungen. Später legt er ein Aquarell des großen Tongefäßes aus Hissarlik vor und beteiligt sich im Anschluss an einem Vortrag über die Sämereien aus Troja an der Diskussion.	
11	Do, 22.1.1880, MA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>HdA</b> (42. Sitzung vom 21. Jan.): Thema ist die zweite Beratung zum Gesetzentwurf über eine Steuer auf den <b>Vertrieb geistiger Getränke</b> . Nach Abstimmung und Ablehnung des Antrages kommt es zu einer Debatte über die <b>Geschäftsordnung</b> . Es stellt sich die Frage, ob eine weitere Beratung der nachfolgenden Paragraphen zu erfolgen habe. V und einige andere sprechen sich vehement gegen ein solches Vorgehen aus.	vgl. Andree, Band 35, S. 451-452
12	So, 25.1.1880, Nr. (PDF: 61)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über ein Treffen der „ <b>Freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ zum gemeinschaftlichen Abendessen. V habe sich schriftlich entschuldigen lassen.	
13	Mi, 28.1.1880, Nr. 28, MA (PDF: 65-66)	S. 1, 3. Spalte unten f.	Zusammenfassung der gestrigen [27.1.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist eine vom Herrenhaus bereits genehmigte Novelle zum <b>Fischereigesetz</b> . V stellt hierzu ein Amendement: Ausnahmen von der zur Erhaltung des Fischbestandes getroffenen Bestimmungen sollten nicht dem Regierungspräsidenten obliegen, sondern dem Oberpräsidenten zur	vgl. Andree, Band 35, S. 452-454

			Genehmigung vorgelegt werden. Sein Argument war, dass sich ein Beamter, je näher er dem Kreis der Interessenten stehe, sich umso schwerer deren egoistischen Forderungen entziehen könne.	
14	Mi, 28.1.1880, Nr. 28, MA (PDF: 69)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 27. Jan.): Thema ist eine vom Herrenhaus bereits genehmigte Novelle zum <b>Fischereigesetz</b> . V stellt hierzu ein Amendement: Ausnahmen von der zur Erhaltung des Fischbestandes getroffenen Bestimmungen sollten nicht dem Regierungspräsidenten obliegen, sondern dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Aussagen sind nicht abgedruckt.	vgl. Andree, Band 35, S. 452-454
15	Mi, 4.2.1880, Nr. 35, AA (PDF: 9)	S. 3, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Erwerbung der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn</b> . V bekämpfte die Vorlage vom Grundsatz her. Er verwies auf die Mittel, die die Regierung verwende, um ihre Ziele durchzusetzen. Es seien Dienstsiegel missbraucht worden und es seien Maßregelungen ausgesprochen worden.	vgl. Andree, Band 35, S. 456-463
16	Do, 5.2.1880, Nr. 36, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 4. Feb.): Thema ist die <b>Erwerbung der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn</b> . V kritisiert die Art der Finanzierung des Kaufes. Das bis jetzt bestehende Konsortium fühle sich nicht stark genug, um diese Operation zu vollziehen und wolle nun ausländische Kräfte heranziehen. Nun würden die preußischen Staatsschuldscheine ( <b>Konsols</b> ) im Ausland	vgl. Andree, Band 35, S. 456-463

			<p>gekauft, aber nicht um sie zu besitzen, sondern, um sie teurer weiter zu verkaufen. Der preußische Staat habe nicht mehr die Kraft, sich selbst Kredit zu verschaffen. Genau darin läge aber auch die Kritik der Gegner der Verstaatlichung. Dabei könne man sehr wohl im Land Kredite finden, wenn der Finanzminister günstigere Bedingungen schaffen würde. Es sei eben so, dass viele eine unsichere Anlage wählen würden, wenn sie mehr Zinsen bringe. Insgesamt sei die zunehmende Verstaatlichung der Bahnen ein Problem. Es käme zu deutlicher Konkurrenz und die Einflussnahme auf die Privatbahnen werde immer größer, so dass deren finanzielle Basis immer weiter schwinde und sie zwangsweise auf Verstaatlichung angewiesen seien. Ferner sei die juristische Formulierung der Kaufverträge bedenklich, aber darüber setze man sich hinweg, weil ja der Staat dies tue. So setze sich die <b>Staatsjurisprudenz</b> über die Bedenken bei Verträgen mit Kurhessen und Hannover hinweg und die <b>Eisenbahnjurisprudenz</b> über die Verträge mit der Berliner Stadtbahn.</p>	
17	Do, 5.2.1880, Nr. 36, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass zur <b>Vertrauensmännerversammlung im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> die in diesem Wahlkreis wohnenden Abgeordneten der Fortschrittspartei nicht eingeladen worden seien. Ob das auch für V gelte, sei nicht bekannt, aber wohl anzunehmen. Es könne sich hierbei wohl nur um ein Versehen han-</p>	s. a. 10.2.1880



			deln.	
18	Sa, 7.2.1880, Nr. 88, MA (PDF: 3)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [6.2.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema war der Etat des <b>Oberkirchenrates</b> . V geht auf die Rede <b>Stöckers</b> ein. Dieser habe versucht, Kontakt mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu bekommen. Die Freiheit, die die orthodoxe Partei für die Kirche fordere, sei nur eine Freiheit für den Klerus, der am liebsten auch in der evangelischen Kirche dieselbe Stellung einnehmen wolle. Auf der einen Seite verlange man vom Staat Geld, polizeilichen Schutz und die Unterstützung der Exekutive zur zwangsweisen Durchführung der Kirchengesetze, auf der anderen Seite weise man jede Einmischung des Staates als unrechtmäßig zurück. Dabei wachsen die Ansprüche der Kirche mit jeder Konzession, die der Staat mache. Dies sei völlig unhaltbar. Nur in der Durchführung des wahrhaft <b>protestantischen Gemeindeprinzips</b> sei die allein berechnete Freiheit der Kirche gewährleistet.	vgl. Andree, Band 35, S. 463-470
19	Sa, 7.2.1880, Nr. 88, MA (PDF: 5-6)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (54. Sitzung vom 6. Feb.): Thema war der Etat des <b>Oberkirchenrates</b> . V geht auf die Rede <b>Stöckers</b> ein. Dieser möge doch einen Unterschied im Liberalismus machen zwischen V und <b>Miquel</b> . V habe sich dagegen gestäubt, dass der Minister bei der Besetzung der Professoren den Oberkirchenrat befragen soll. Entweder erhalte der Staat die Fakultäten, dann müsse er auch die Professoren anstellen, oder er müsse sie ganz der	vgl. Andree, Band 35, S. 463-470

			<p>Kirche überlassen. Stöcker wolle nicht bloß eine freie Kirche innerhalb der Gesetze, sondern eine Kirche, die auch gegen die Staatsregierung gehe. V akzeptiert ein Vorgehen gegen die <b>Zivilehe</b>, aber man dürfe dafür nicht die offiziellen Organe missbrauchen. Weiter habe Stöcker sein freundschaftliches Verhältnis zu Rom offenbart. Damit könne dieser zwar nicht Papst werden, aber ins Kardinal-Kollegium kommen und sei damit zum Zölibat verpflichtet, was wohl nicht in dessen Sinne sei, fügt V ironisch hinzu. Man wolle der Kirche gern zu größerer Freiheit verhelfen, aber sie müsse auf den mächtigen Arm des Staates verzichten. Nur in der Durchführung des wahrhaft <b>protestantischen Gemeindeprinzips</b> sei die allein berechnigte Freiheit der Kirche gewährleistet. Sonst wäre ja die Gemeinde nur eine Herde, die ihr Futter zugewiesen bekäme ohne es sich selbst suchen zu dürfen.</p>	
20	Sa, 7.2.1880, Nr. 88, MA (PDF: 7)	5. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<p><b>Anzeigenwerbung für Apollinaris:</b> Es handelt sich dabei nicht mehr um die gleiche Anzeige wie in 1879. In einer namentlichen Empfehlungsliste wird V genannt, aber es sind keine Zitate mehr abgedruckt.</p>	s. a. 21.2.1880
21	So, 8.2.1880, Nr. 89, MA (PDF: 10)	S. 4, 3. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (56. Sitzung vom 7. Feb.): Es geht um den Zuschuss für einen <b>neuen katholischen Bischoff</b>. Nach V habe das Zentrum die Angelegenheit als Beleidigung der Katholiken aufgefasst. Die Kommission habe sich deshalb in versöhnlicher Absicht zur Streichung der überflüssigen und Anstoß erregenden</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 471-473

			Worte „neu“ und „katholisch“ entschlossen.	
22	So, 8.2.1880, Nr. 89, MA (PDF: 11-12)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis auf die soeben erschienenen Hefte 335 und 336 der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . Im Februar erscheinen auch die ersten Hefte der 15. Serie 337 und 338.	
23	Di, 10.2.1880, Nr. 41, MA (PDF: 14)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [9.2.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Bei den Debatten zum <b>Kulturetat</b> habe sich der Ton deutlich verschärft. Auch V sei angegriffen worden. <b>V. Schorlemer-Alst</b> habe über die Beurlaubung von <b>Prof. Michaelis</b> gesprochen. Dieser könne aufgrund der Hetzereien der römisch-katholischen Oberbehörden seine Professur als Altkatholik in Braunsberg nicht mehr ausüben. Von der Regierung habe man ihm mehrjährigen Urlaub gewährt und sein Gehalt weiter gezahlt. Dies wird nun von dem Abg. angemahnt. Schließlich würde man einem V oder <b>Gneist</b> ihr Gehalt auch nicht weiter zahlen, wenn diese keine Lust mehr hätten und nach Amerika auswanderten, um Mormonen zu werden. V verbat sich eine solche persönlich verletzendes Bemerkung als reinen <b>Junkersport</b> .	vgl. Andree, Band 35, S. 473-475
24	Di, 10.2.1880, Nr. 41, MA (PDF:	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (57. Sitzung vom 9. Feb.): Es wird über den <b>Kulturetat</b> debattiert. <b>V. Schorlemer-Alst</b> hat über die Beurlaubung von <b>Prof. Michaelis</b> gesprochen. Dieser könne aufgrund der Hetzereien der römisch-katholischen Oberbehörden seine Professur als Altkatholik in Braunsberg nicht mehr	vgl. Andree, Band 35, S. 473-475

			<p>ausüben. Von der Regierung habe man ihm mehrjährigen Urlaub gewährt und sein Gehalt weiter gezahlt. Dies wird nun von dem Abg. angemahnt. Schließlich würde man einem V oder <b>Gneist</b> ihr Gehalt auch nicht weiter zahlen, wenn diese keine Lust mehr hätten und nach Amerika auswanderten, um Mormonen zu werden. V verbat sich eine solche persönlich verletzende Bemerkung. Wenn Prof. Michaelis beurlaubt worden sei, so sei dies rechtens, ob es zweckmäßig sei, wolle er dahin gestellt lassen. Für seine Einschätzung der verletzenden Bemerkungen als <b>Junkersport</b> wird V vom Präsidenten gerügt. Hierauf erwidert er nur, dass es notwendig gewesen sei, sich selbst zu schützen, da der Schutz der einzelnen Abgeordneten durch den Präsidenten nicht ausreichend gewesen sei.</p>	
25	Di, 10.2.1880, Nr. 41, AA (PDF: 19)	S. 2, 2. Spalte unten	<p>Lokales: Es handelt sich um eine Erklärung des <b>Wahlvorstandes</b> des Wahlvereins <b>der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Es sei falsch, dass man die Einladungen zu der geplanten Versammlung willkürlich verschickt habe. Auch V als <b>Ehrenpräsident</b> sei eingeladen gewesen.</p>	s. a. 19.3.1880
26	Mi, 11.2.1880, Nr. 42, AA (PDF: 22-23)	S. 2, 3. Spalte unten f.	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der <b>Ankauf der Strecke der Main-Weser-Bahn</b>, die im Großherzogtum Hessen liegt. V habe sich aufgrund der schwerwiegenden finanziellen Gründe gegen den Vertrag ausgesprochen.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 475-486
27	Do,	1. Beilage,	<b>HdA</b> (59. Sitzung vom 11. Feb.): Thema ist	vgl. Andree,

	12.2.1880, Nr. 43, MA (PDF: 25 u. 27)	S. 1, 1. Spalte unten	<p>der Ankauf der Strecke der Main-Weser-Bahn, die im Großherzogtum Hessen liegt. V ist der Überzeugung, dass sich die finanzielle Seite des Geschäftes noch schlechter darstelle als ausgesprochen. Umso mehr erstaune ihn, dass man trotzdem den Ankauf empfehle, aus Gründen der höheren Politik. Er sei aber nicht bereit, auf Kosten der Steuerzahler und bei der jetzigen Finanzlage, eine bundesfreundliche Stimmung bei den Hessen erzielen zu wollen. Da dem Ankauf zu gleichen Teilen die hessische zweite Kammer und die preußische Regierung zugestimmt hätten, sei zwar die Verwaltung in preußischer Hand, aber Tariferhöhungen könnten nur mit hessischer Zustimmung erfolgen. Nach dem Ankauf seien aber sicher, wie bei allen anderen Bahnen, Tariferhöhungen nötig. Man dürfe daher den Ankauf nicht genehmigen. Sollte er später notwendig werden, käme man sich billiger zum Kauf.</p> <p>Abendsitzung: Thema ist erneut der <b>Kulturetat</b>. Beim Thema Errichtung neuer Schulstellen kommt V auf die vom Fürsten <b>Pleß</b> im Herrenhaus gemachten Vorwürfe zurück. Er verteidigt sich gegen diese auf Grund der Akten der Unterrichtskommission. Die Äußerungen des Ministers zur sittlichen Haltung der Lehrer seien schwerwiegend und V erwarte von diesem genauer Mitteilung dazu.</p>	Band 35, S. 475-486
28	Do,	S. 2,	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des	vgl. Andree,

	12.2.1880, Nr. 43, AA (PDF: 29)	3. Spalte mittig	<b>HdA:</b> Thema ist erneut der <b>Kulturetat</b> . Debattiert wird über den <b>Etat der Kunstmuseen</b> . V nahm zusammen mit anderen Abgeordneten die modernen Künstler in Schutz. Es sei nicht die höchste Aufgabe der Kunst, Gewänder dazustellen, deshalb sei es natürlich, sich dem Nackten zuzuwenden. Das Thema werde heutzutage noch genauso keusch gehandhabt wie in der Antike. Der Behauptung, dass das Publikum in den Kunstsammlungen nichts lerne, könne er nur widersprechen.	Band 35, S. 486-493
29	Fr, 13.2.1880, Nr. 44, MA (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (60. Sitzung vom 12. Feb.): Thema ist erneut der <b>Kulturetat</b> . Debattiert wird über den <b>Etat der Kunstmuseen</b> . V halte es für zweckmäßig, dass die Fonds für Neuerwerbungen getrennt den einzelnen Abteilungen überwiesen würden. In diesem Etat sei auch die selbstständige Stellung der Direktionsassistenten berücksichtigt. Zu den Angriffen könne V nur sagen, dass man sich im politischen Geschäft gegen Angriffe nur mit einer harten Haut schützen könne. Wenn man aber über Tagesfragen außerhalb der Politik spreche und darüber richte, müsse man auch den Männern außerhalb des Parlaments Rede und Antwort stehen, deren Existenz von den Gesprächen abhingen. Der Behauptung, dass das Publikum in den Kunstsammlungen nichts lerne, könne er nur widersprechen. Es gebe immer Gaffer oder Bummler, aber schon bloße Neugier alleine führe schon zu einer intuitiven Geschmacksbildung. Es mö-	vgl. Andree, Band 35, S. 486-493

			ge ja vielleicht für manchen störend sein, wenn neben einer Maria eine Leda hinge, aber selbst im Vatikan seien die Bilder nicht nach Konfessionen geordnet. Ferner sei es nicht die höchste Aufgabe der Kunst, Gewänder dazustellen, deshalb sei es natürlich, sich dem Nackten zuzuwenden. Das Thema werde heutzutage noch genauso keusch gehandhabt wie in der Antike.	
30	Fr, 13.2.1880, Nr. 44, AA (PDF: 34)	S. 2, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Dispositionsfonds zu Aufwendungen für technische Sammlungen</b> . V erkannte die dafür vorgesehene Summe an, bemängelte aber, dass der Kommission noch kein Plan der Berliner Kunstgewerbeschulen vorgelegen habe.	vgl. Andree, Band 35, S. 493-503
31	Sa, 14.2.1880, Nr. 45, MA (PDF: 38)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (61. Sitzung vom 13. Feb.): Zum Thema <b>Dispositionsfonds zu Aufwendungen für technische Sammlungen</b> ist kein Wortbeitrag Vs abgedruckt. Er habe sich zum Thema technische Hochschule in Berlin geäußert. Er halte die Anstellung eines Professors für Hütten- und Bergbaukunde für verfrüht, da die technische Hochschule in Charlottenburg erst in drei Jahren fertiggestellt wird. Solange gehörten die Studenten auf die Bergakademie.  Abendsitzung: In der VZ ist – wohl fälschlicherweise - abgedruckt, dass es sich um den Neubau eines philosophischen Instituts für die Universität Halle handle. Bei Andree ist die Rede von einem physiologischen Institut. V setzt sich	vgl. Andree, Band 35, S. 493-503

			für den Beschluss der Kommission ein, stellte aber klar, dass man nur mit Stimmengleichheit ein Ergebnis erreicht habe. Weitere Wortmeldungen Vs sind nicht verzeichnet.	
32	Mo, 16.2.1880, Nr. 47, AA (PDF: 42)	S. 2, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Finanzministeriums</b> . V erinnerte daran, dass der Finanzminister <b>Bitter</b> in seiner Eigenschaft als Mitglied des Baukuratoriums sich der Verantwortlichkeit gegenüber dem HdA nicht entziehen dürfe. Nach einer Wortmeldung Bitters, dass er dies nicht vorhabe, erwiderte V, dass nicht die unrechtmäßige Verwendung eines Dienstsiegels das Problem sei, sondern der Vertrauensbruch.	vgl. Andree, Band 35, S. 505-509
33	c (PDF: 44)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [16.2.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der Erlass des Kultusministeriums zur <b>Orthographie</b> . V erkannte die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung an, aber bemerkte einen Mangel an Konsequenz im Ministerialerlass. Unter vielfacher Zustimmung wünsche er eine Abschaffung des E in der Endung ieren.	vgl. Andree, Band 35, S. 505-509
34	Di, 10.2.1880, Nr. 41, MA (PDF: 45 u. 47)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (63. Sitzung vom 16. Feb.): Thema ist der <b>Etat des Finanzministeriums</b> . V erinnerte daran, dass der Finanzminister <b>Bitter</b> in seiner Eigenschaft als Mitglied des Baukuratoriums sich der Verantwortlichkeit gegenüber dem HdA nicht entziehen dürfe. Dies sei im Sinne der <b>Ministerverantwortlichkeit</b> wichtig. Nach einer Wortmeldung	vgl. Andree, Band 35, S. 505-509



			<p>Bitters, dass er nicht vorhabe sich aus der Verantwortung zu stehlen, erwiderte V, dass nicht die unrechtmäßige Verwendung eines Dienstsiegels das Problem sei, sondern der Vertrauensbruch.</p> <p>Ein weiteres Thema ist der Erlass des Kultusministeriums zur <b>Orthographie</b>. V erkannte die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung an, aber bemerkte einen Mangel an Konsequenz im Ministerialerlass. Unter vielfacher Zustimmung wünsche er eine Abschaffung des E in der Endung ieren.</p>	
35	Do, 19.2.1880, Nr. 50, AA (PDF: 53)	S. 2, 3. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die Abänderung des <b>Schlachthausgesetzes</b>. <b>Richter</b> habe im Interesse der Verkehrsfreiheit Bedenken geäußert, V habe diese aber nicht für schwerwiegend genug gehalten, um deshalb die sanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zurückzustellen.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 509-514
36	Fr. 20.2.1880, Nr. 51, MA (PDF: 56 u. 57)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (66. Sitzung vom 19. Feb.): Zunächst wird über das <b>Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen</b> gesprochen. V bemerkt nur kurz, dass es ihn freue, dass niemand den Geistlichen diese Unterstützung entziehen wolle. Weiteres Thema ist die Abänderung des <b>Schlachthausgesetzes</b>. Wenn man die Verkehrsfreiheit als das Wichtigste beurteile, müsse man das Gesetz ablehnen, so V. Seine langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet hätten ihm aber gezeigt, wie wichtig es sei, Schlachthäuser zu haben, um zuver-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 509-514

			<p>lässig gutes Fleisch zu produzieren. Wichtig sei dies nicht nur für die großen Städte, sondern auch für die kleinen Kommunen. Im Mittelalter habe noch jede Stadt ihr eigenes Schlachthaus gehabt. Man könne ausreichend billiges Fleisch bekommen, da die Untersuchungskosten bei der großen Menge nur einen Bruchteil des Preises ausmachten. Ein weiterer Vorteil sei die Klassifizierung des Fleisches. Man könne die besseren Teile an das reichere Publikum verkaufen und somit die Untersuchungskosten besser decken. Die Notwendigkeit von Schlachthäusern könne man besser verstehen, wenn man sehe, von welcher Qualität das von außen angelieferte Fleisch sei. In der Provinz Brandenburg sterbe keine Kuh mehr eines natürlichen Todes. Sei der Tod absehbar, werde sie noch schnell geschlachtet und nach Berlin gebracht. Das führe dazu, dass Berlin mit Abstand die schlechteste Fleischqualität habe. Wichtig wäre auch, dass frische Fleisch zu untersuchen, sonst habe man keinen Einfluss mehr auf das zubereitete Fleisch. Es sei wünschenswert, positive, überall gültige Bestimmungen zu finden. Er selbst habe aber keine Form dafür gefunden, so dass nur das Ortsstatut übrig bleibe. Ferner dürfe man die Einfuhr aus Russland und Österreich und den deutschen Nachbarstaaten nicht unnütz erschweren und die Städte dürften ihre Befugnisse zu weit ausdehnen.</p>	
37	Fr.	1. Beilage,	SVV (Sitzung vom 19. Feb.): Thema ist die	vgl. Andree,

	20.2.1880, Nr. 51, MA (PDF: 58)	S. 4, 1. Spalte oben und mittig	Errichtung einer <b>Handwerkerschule</b> . V wies dazu auf die Debatten im HdA hin. Er würde es sehr bedauern, wenn man in der SVV dieses Entgegenkommen sowohl der Regierung als auch des HdA ablehnen würde. Wichtig sei aber, dass sich die Stadt gewisse Freiheiten erhalte, daher empfehle er, noch die Bedingung mitaufzunehmen, dass die Stadt von diesem Projekt auch wieder zurücktreten könne. Allerdings habe er auch keine Angst vor größeren Geldopfern, damit der Schule für die Handwerker das Leistungsniveau steige und damit für Wohlstand unter den Bürgern Sorge. Dem Antrag wird später zugestimmt, auch mit Vs zusätzlicher Eingabe.	unveröffentlichtes Material zur SVV
38	Sa. 21.2.1880, Nr. 52, MA (PDF: 61)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 7.2.1880.	s. a. 6.3.1880
39	Do, 26.2.1880, Nr. 57, MA (PDF: 70)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über zwei Beratungen des <b>Zentralwahlkomitees der Fortschrittspartei</b> . Die erste fand am 14. Feb. statt. Dort war auch V anwesend, die zweite fand am 19. Feb. statt. An dem Tag war V nicht anwesend.	
40	Do, 26.2.1880, Nr. 57, MA (PDF: 71)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis darauf, dass V heute Abend im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> einen Vortrag über die neue <b>Militärvorlage und das Finanzwesen der Einzelstaaten</b> halten wird.	s. a. 28.2.1880
41	Do, 26.2.1880,	2. Beilage, S. 3,	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Feb.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und	Die Küste der <i>Troas</i> : ZfE 12,

	Nr. 57, MA (PDF: 72-73)	2. Spalte unten f.	kommt dann auf den für dieses Jahr geplanten <b>DAG-Kongress in Berlin</b> zu sprechen. Man wolle alle Besitzer von Sammlungen anschreiben, um eine große Anzahl von Stücken auf der gleichzeitig stattfindenden Ausstellung zeigen zu können. Bei der Vorstellung der eingegangenen Schriften wird Vs Publikation über die <i>Troas</i> erwähnt.	S. 40-46
42	Sa, 28.2.1880, Nr. 59, MA (PDF: 78)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht zu Vs Rede über die vergangene Landtagssession, die neuen Militärvorlagen und deren Einwirkung auf die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> vom 26. Feb. Von lebhaftem Beifall begrüßt, führte V zunächst aus, dass der Preußische Landtag sich mit Annahme der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze [ <b>Staatsbahnen</b> ] in eine schwierige Lage gebracht habe. Ab jetzt werde ein großer Teil der Verwaltung in einer Hand liegen. Die Ausgaben seien gegenüber den eher unsicheren Einnahmen bedenklich hoch, es könne sich sehr leicht ein großes Defizit entwickeln. Elementare Zufälle, das Sinken des Verkehrs und zahlreiche Ereignisse könnten die Einnahmen der Bahnen plötzlich schmälern. Mit der Unsicherheit dieser Verhältnisse wachse auch die Unsicherheit des Etatwesens. Dabei hätten die liberalen Parteien in Deutschland immer angemahnt, dass der <b>Staat nicht Gewerbetreibender</b> sein dürfe. Und nicht nur die Bahnen seien das Problem, auch im Bergwerksbetrieb beliefen sich die Minder-	

		<p>beträge auf knapp 10 Mio. und jenes Defizit, verbunden mit den beiden Staatsbahnen, erreiche bald den Betrag der Mehrforderungen für das Militär. Die Hoffnung auf bald sinkende Tarife sei aber trügerisch. Auf Grund der Zollpolitik sei mit höheren Eisen- und Kohlenpreisen zu rechnen und damit sinke die Rendite der Eisenbahnen. Die aus früheren Zeiten fälschlicherweise avisierten Überschüsse sollten sogar zu Steuernachlässen verwendet werden. Nun habe man zu Beginn der Session statt mit Steuernachlässen mit Anleihen zu tun, um die Verwaltung des Staates im Laufe des Jahres aufrecht zu erhalten. Kaum war man jetzt mit der Etatberatung am Ende angekommen, da erschienen die neuen Militärvorlagen und da wusste man sofort, dass die festgestellten Zahlen nicht zutreffen würden. Auf die Militärvorlagen selbst übergehend, bemerkte V, dass Eugen <b>Richter</b> in seiner neuesten Broschüre dazu Gesichtspunkte darüber entwickelt habe und empfiehlt diese Schrift eindringlich zum Studium. Die Verallgemeinerung der Dienstpflicht, ein Vorzug der neuen Militärvorlage, sei stets von der <b>Fortschrittspartei</b> verteidigt worden und man habe während der Konfliktzeit nur deswegen so scharf gegen die Reorganisation gestimmt, weil dies ein zu enger Rahmen gewesen sei. Die alte Landwehrverfassung basierte auf dem Grundsatz, dass jeder dazu fähige Mann zum Kriegsdienst herangezogen werden sol-</p>	
--	--	--	--

		<p>le; ferner darauf, dass die Stärke des stehenden Heeres sich nach den Mitteln des Staates richten müsse. Dem Grundsatz der allgemeinen Heranziehung konnte durch die Verkürzung der Dienstzeit Rechnung getragen werden. Bis 1869 stand auch der Militäretat zur Diskussion im Parlament und wenn ein Posten verweigert wurde, so musste die Regierung sich fügen. Erst dem Deutschen Reich war es vorbehalten, diese Sache zu beseitigen, die Armee von der jährlichen Budgetbewilligung unabhängig zu machen. Das sei das Gegenteil vom Landwehrgesetz und der Voraussetzung jeder konstitutionellen Behandlung. Es existiere der in der konstitutionellen Welt unerhörte Zustand, dass schon lange vorher, ohne Rücksicht auf andere Fragen, der Regierung das Recht bewilligt werde, viele Hunderttausende auf lange Jahre im Dienst zu behalten. Andererseits gebe es keine politische Partei in Preußen, die den Staat wehrlos machen wolle. Andere Staaten hätten sich während der Zeit, wo in Preußen der Militäretat den größten Teil der Einnahme verschlang, wohltätige Staatsanstalten geschaffen, hier herrsche ein großer Mangel. Man sei weit auf allen Gebieten zurück, besonders auf dem Gebiet der Schule. Man wollte hier nachholen, aber habe es nicht geschafft. Aus diesem Mangel resultiere eine Schädigung des Volkes und der nachfolgenden Generationen. Die Fortschrittspartei konnte nicht mehr tun, als sie</p>	
--	--	--	--

			<p>tat, und sie könne eben nur stets wieder an das Volk appellieren. Man hoffe, dass die bittere Notwendigkeit die Regierung zu diesen Anschauungen zurückführen werde. Mittlerweile sei man sehr desillusioniert und je weniger Gesetze kämen, desto erfreulicher sei es.</p>	
43	<p>Sa, 28.2.1880, Nr. 59, MA (PDF: 78)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Bericht über die provisorische <b>Ausstellungskommission der Fischereiausstellung</b>. Aufgezählt sind die Mitglieder der Ausstellungsdirection. V ist zu einem der <b>Vize-Direktoren</b> der Ausstellung gewählt worden.</p>	
44	<p>Fr, 5.3.1880, Nr. 65, MA (PDF: 11)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 4. März): Thema ist der Neubau einer <b>Gemeinschaftsschule mit Wasserheizung</b>. V plädierte für ein gemischtes System aus Wasser- und Luftheizung, wie es sich auch im <b>Krankenhaus in Friedrichshain</b> und zum Teil im <b>Barackenlazarett</b> bewährt habe. Ferner unterstützte er die Überweisung der Angelegenheit an einen Ausschuss.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>
45	<p>Sa, 6.3.1880, Nr. 66, MA (PDF: 14)</p>	<p>4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p><b>Anzeigenwerbung für Apollinaris</b>: Der Text ist der gleiche wie am 21.2.1880.</p>	<p>s. a. 20.3.1880</p>
46	<p>Fr, 12.3.1880, Nr. 72, MA (PDF: 24)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 11. März): Thema ist die <b>Betreuung von Kranken in den städtischen Krankenhäusern</b>. V befürwortete die Überweisung an die Deputation für öffentliche Gesundheitspflege.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>
47	<p>Fr, 19.3.1880,</p>	<p>Beilage zur Zei-</p>	<p>Beilage zur Zeitung über die <b>Ersatzwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b>, heraus-</p>	

	Nr. 79, MA (PDF: 39-40)	tung	gegeben vom <b>Wahlvorstand der Fortschrittspartei</b> . Der bisherige Abg. <b>Hoffmann</b> habe sein Mandat niedergelegt. Nun brauche man unter den schwierigen Verhältnissen einen hervorragenden und bewährten Parteigenossen. Hierzu kämen lediglich <b>Eberty</b> und <b>Träger</b> in Frage, wenn auch nicht unbestritten. Man nimmt nochmal Stellung zu den Missverständnissen bezüglich der Einladungen. Hier habe wohl die Presse zu voreilig interveniert. Im Nachwort steht, dass man kurz vor der Drucklegung dieser Beilage ein Schreiben von V bekommen habe. Dieser sei angesichts der Verhältnisse bereit, die Kandidatur anzunehmen, vorausgesetzt der Wahlvorstand und die Vertrauensmänner seien einverstanden. Man werde die Kandidatur, auch unter Zustimmung Ebertys, gerne akzeptieren.	
48	Sa, 20.3.1880, Nr. 80 (PDF: 42)	4. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 6.3.1880.	s. a. 10.4.1880
49	So, 21.3.1880, Nr. 81, MA (PDF: 2-3)	S. 4, 3. Spalte oben f.	Bericht über die <b>Wählerversammlung der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis: Es wurde mittgeteilt, dass V, nachdem er lange abgelehnt habe, die <b>Kandidatur für den Reichstag</b> übernehmen werde. Dies wurde von der Versammlung mit unbeschreiblichem Jubel angenommen. Dann wird der Brief verlesen in dem sich V zur Kandidatur bereit erklärt. Er tue dies, um die Einigkeit der Partei wieder herzustellen.	



		<p>Und auch nur dann, wenn seine Wahl allseits akzeptiert würde. Dann wird ein Schreiben <b>Eberts</b> verlesen. Dieser bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, tritt aber gerne zu Gunsten Vs von der Kandidatur zurück. Nach überschwänglichen Lobworten von <b>Knörcke</b> wird V durch Akklamation bestätigt und ergreift das Wort. Zunächst geht er darauf ein, dass man ihm immer noch vorhalte, er sei ein Feind der neuen Ordnung und er halte das Deutsche Reich für widerwärtig. Dies sei falsch, er habe in seinem gesamten politischen Leben die deutsche Sache versucht vorwärts zu bringen. Auch im Norddeutschen Bund habe er seine Pflichten erfüllt und geholfen und gefördert. Nur in den Reichstag wollte er nicht eintreten, nicht zuletzt auch wegen seiner anderen umfangreichen Aufgaben. Man könne ihn nun für wankelmütig halten, aber noch selbst letzte Woche hätte er von neuem abgelehnt. Doch nachdem er den persönlichen Eindruck gewonnen, dass seine Kandidatur das einzige Mittel zum Frieden im Wahlkreis sei, habe er sich gefügt. Weiter geht er auf die liberalen Verhältnisse im Land ein. Hier habe man sich von den Nationalliberalen entfernt und auch die Bauern mit ihrer reaktionären Haltung seien für die Sache verloren. Wenn irgendwo neue Hoffnung entstünde, so sei dies von den Städten zu erwarten. Im Land gelte man als Idealisten und Prinzipienreiter, die praktisch nichts</p>	
--	--	--	--

		<p>leisten könnten, außer höchstens Gesetze zu schaffen, die den Erwerb schädigen und die materielle Entwicklung des Volkes behinderten. Vielleicht werden auch die Bauern erkennen, dass es nicht die Schutzzölle seien, die ihre Taschen füllten, wenn sie für die steigenden Bedürfnisse des Reichs, wie dem Militärwesen, mit neuen Steuern aufkommen müssen. Solange dürfe man sich aber untereinander nicht zerfleischen. Neuerdings hoffe man, zur Förderung der liberalen Sache, auf eine große liberale Partei. Dies sei prinzipiell gut, aber noch gebe es keinen Ansatz dafür. Im Rahmen der Verstaatlichung der Eisenbahnen weist V nochmal auf das große finanzielle Risiko hin, auch in Zusammenhang mit Kursschwankungen der Börse. Hier seit mit den Nationalliberalen kein gemeinsamer Weg zu finden. Gleiches gelte auch für die Militärfrage. Hier weist er auf den Zusammenhang zwischen der militärischen und der finanziellen Leistung hin und dass, je mehr Soldaten man habe, desto mehr Steuern aufgebracht werden müssten. Man könne nicht sagen, man wolle die Armee vergrößern, aber an Steuern sparen, das sei unmöglich. Nur mit festen Prinzipien lasse sich eine große liberale Partei aufstellen und es werde Sache der großen Städte sein, ein Beispiel zu geben, dass diese Aufgabe gelöst werden könne. Abschließend formuliert er, dass er im Reichstag seine Grundsätze zur einbringen wolle, die er so</p>	
--	--	---	--

			viele Jahre hindurch vertreten habe; einer wirklichen Verständigung nicht abgeneigt, aber die schwächlichen Kompromisse ablehnend. Vor allem werde er auch bemüht sein, für die Einigkeit innerhalb der Partei zu wirken, der es gelungen sei, in jedem Wechsel des Schicksals eine ehrenvolle Stellung im Vaterland zu behaupten.	
50	Fr, 2.4.1880, Nr. 92, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 20. März): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später weist er im Rahmen eines Vortrages über ethnographische Gerätschaften aus Feuerland darauf hin, dass es sich um die ersten Fundstücke aus dieser Gegend handle, die man nun bekommen habe.	
51	Sa, 10.4.1880, Nr. 100, MA (PDF: 21)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 20.3.1880.	s. a. 24.4.1880
52	So, 11.4.1880, Nr. 101, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Lokales: Abdruck einer <b>Veröffentlichung des 2. Berliner Reichstagswahlkreises</b> . Man habe einstimmig V als Kandidaten aufgestellt, der sowohl in der Wissenschaft wie in der Politik eine Zierde und der Ruhm der Nation sei. Alle freisinnigen Wähler müssten es als ihre Ehrenpflicht ansehen, diesen Mann zu unterstützen und ihm zur Mehrheit zu verhelfen.	
53	Di, 13.4.1880, Nr. 103, MA	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Bericht zur <b>Ersatzwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> . Der alleinige Kandidat der liberalen Partei ist V. Man habe die Hoffnung, dass mit Vs Namen als	

	(PDF: 27)		bewährtem Vorkämpfer für die Sache der Freiheit, der Sieg für die Fortschrittspartei zu erringen sein dürfte. Darauf dürfe man sich aber nicht ausruhen, denn die konservativen und sozialdemokratischen Kräfte in diesem Wahlkreis seien ebenfalls stark. So sei jede liberale Stimme wichtig, um schon gleich im ersten Wahlgang Erfolg zu haben. Abschließend verweist man auf den Wahlauftritt in der dritten Beilage.	
54	Di, 13.4.1880, Nr. 103, MA (PDF: 28)	3. Beilage, S. 3, oben mittig	Anzeige des <b>Wahlvorstandes des. 2. Berliner Reichstagswahlkreises</b> : Beworben wird V als alleiniger Kandidat.	
55	Mi, 14.4.1880, Nr. 104, MA (PDF: 29)	S. 1, 3. Spalte oben	Bericht der VZ zu der heutigen <b>Nachwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> : V ist als Kandidat der Fortschrittspartei im 2. Berliner Reichstagswahlkreis aufgestellt. Alle entschieden liberalen Wähler sollten ihm die Stimme geben, aber dies sei auch nötig. Es gebe genug Kräfte von rechts und links. Auf die Unterstützung der Nationalliberalen könne man nicht zählen, da diese empfohlen hätten, den konservativen Kandidaten <b>Max Duncker</b> zu unterstützen, da dieser früher mal ein Altliberaler gewesen sei. Wenn man aber ein wirklicher Liberaler sei, müsse man V wählen und dürfe sich keine Nachlässigkeit leisten, allein schon um einen weiteren Wahlgang zu vermeiden.	
56	Do, 15.4.1880,	S. 2, 2. Spalte	Lokales: Bericht über das Wahlergebnis der <b>Nachwahl im 2. Berliner Reichstagswahl-</b>	

	Nr. 105, AA (PDF: 33)	unten	<b>kreis.</b> V habe, wie erwartet, die Wahl mit großer Mehrheit gewonnen. Dies sei aber auch Folge der geringen Wahlbeteiligung, da die gegnerischen Parteien nicht viele Wähler mobilisieren konnten. V habe 8150, der Kandidat der Sozialdemokraten Körner 2725 und Max Duncker 1852 Stimmen. Man könne zwar den Wahlsieg feiern, müsse aber die mangelnde Wahlbeteiligung, auch der Liberalen, bemängeln. Bei der letzten Wahl hatte der zurückgetretene <b>Hoffman</b> 14.148 Stimmen erlangt. Dies sei der immer weiter um sich greifenden Apathie im politischen Leben geschuldet. Vielleicht habe man auch die Vorbereitungen nicht mit vollem Eifer ausgeführt, vielleicht sei auch die insgesamt dritte Wahl zum Reichstag in zwei Jahren daran schuld.	
57	Fr, 16.4.1880, Nr. 106, MA (PDF: 34)	S. 1, 2. Spalte oben	Leitartikel zur <b>Nachwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis:</b> Berlin habe mit der Wahl Vs entschieden protestiert gegen die Beschneidung von öffentlichen Freiheiten und damit einen Gegner des „ <b>Systems Bismarck</b> “ in den Reichstag berufen. V habe seine Gedanken in dieser Richtung nie verhehlt und sei eine anerkannte Größe im In- und Ausland, nicht zuletzt auch wegen seiner Taten während der Kriege. Einziger Wermutstopfen sei, dass Berlin diese Größe brauchte, um eine einheitliche Aktion bei den Wahlen zu gewährleisten. Gegen V zu verlieren sei aber auch nicht beschämend.	
58	Di,	1. Beilage,	<b>Deutscher Reichstag</b> (33. Sitzung vom 19.	

	20.4.1880, Nr. 110, MA (PDF: 43)	S. 1, 1. Spalte unten	April): Lediglich kurzer Hinweis, dass V in das Haus eingetreten sei.	
59	Di, 20.4.1880, Nr. 110, AA (PDF: 42)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die feierliche Eröffnung der <b>Internationalen Fischereiausstellung</b> . Auch V wird in einer Auflistung als Gast erwähnt.	
60	Mi, 21.4.1880, Nr. 111, MA (PDF: 45)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Weiterer Bericht über die feierliche Eröffnung der <b>Internationalen Fischereiausstellung</b> . V wird als einer von fünf <b>Vizedirektoren</b> der Ausstellung erwähnt.	
61	Mi, 21.4.1880, Nr. 111, MA (PDF: 47-48)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte f.	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. April): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und geht dann nochmal besonders auf den bevorstehenden DAG-Kongress in Berlin ein. Der Kronprinz habe das Protektorat für die Veranstaltung übernommen, was hilfreich bei der Durchführung sein wird. In den letzten 14 Tagen sei V extra in den Spreewald gereist, um dort die Vorbereitungen für die Exkursion des DAG-Kongresses zu treffen. Später hält V einen Vortrag über die <b>Schädel von Südsee-Insulanern</b> . Es bestehe eine gewisse Ähnlichkeit mit Schädeln von den Philippinen. Letztere konnten bis jetzt noch nicht klassifiziert werden. Auch ein dort mit aufgefundener Armreif aus dem Wirbel einer Seekuh lasse Rückschlüsse auf eine mögliche Verwandtschaft zu. Dann geht V nach auf eine Verformung der Tibia ein, die sog. <b>Platyknemie</b> . Hierbei handelt	Über <i>Schädel- und Tibiaformen von Südsee-Insulanern</i> : VBAG 12, S. 112-119

			es sich um die seitliche Abplattung des Schienbeins.	
62	Sa, 24.4.1880, Nr. 114, MA (PDF: 53)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Lokales: Bericht über die Generalversammlung des Berliner <b>Asylvereins für Obdachlose</b> . V wird erneut in den <b>Verwaltungsrat</b> gewählt.	
63	Sa, 24.4.1880, Nr. 114, MA (PDF: 54)	5. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 10.4.1880.	s. a. 8.5.1880
64	Sa, 24.4.1880, Nr. 114, AA (PDF: 56)	S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht über die <b>Generalversammlung des deutschen Fischereivereins</b> vom 23. April. Es wird eine Vereinbarung verlesen, in der festgelegt ist, welche Aufgabe die Fischerei-Vereine in den größeren Staaten zu erfüllen haben. Das sind folgende Punkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es müssen Unterlagen für die Fischereigesetzgebung geschaffen werden.</li> <li>- Verständnis für das Fischereiwesen muss geweckt und vertieft werden.</li> <li>- Die Ausbeute der Fischerei an den Küsten muss verbessert werden.</li> <li>- Gewässerverunreinigung muss abgeschafft werden.</li> <li>- Fischfeinde sind zu vernichten.</li> <li>- Fischfrevel muss geahndet werden.</li> <li>- Unterstützung der künstlichen Fischzucht.</li> </ul> V ist einer der acht Unterzeichner dieser	

			Vereinbarung.	
65	Di, 27.4.1880, Nr. 117, MA (PDF: 61)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über das erste <b>Festessen in der Fischerei-Ausstellung</b> : V ist mit unter den Gästen, die sich um das Gelingen der Ausstellung verdient gemacht haben.	
66	Mi, 28.4.1880, Nr. 118, MA (PDF: 64)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Vermerk, dass V in der Versammlung der „ <b>Freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ am 29. April einen Vortrag halten wird. Sämtliche Mitglieder der Fortschrittspartei sind eingeladen. Es wird auf das weiter hinten abgedruckte Inserat verwiesen.	s. a. 1.5.1880
67	Mi, 28.4.1880, Nr. 118, MA (PDF: 65)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige, dass V in der Versammlung der „ <b>Freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ am 29. April einen Vortrag halten wird.	
68	Fr, 30.4.1880, Nr. 120, MA (PDF: 70)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Erwähnt wird ein Antrag <b>Völks</b> wegen Herabsetzung der Beschlussfähigkeit des Reichstages. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Vs vor, der von den anderen Mitgliedern der Fortschrittspartei unterstützt wird. Zunächst sollte man den Antrag <b>Völks</b> ablehnen, dann den Reichskanzler ersuchen, unter Berücksichtigung des § 23, den Reichstag zu veranlassen, die die <b>Diäten</b> beizubehalten und die Gegenwart des Reichskanzlers [ <b>Bismarck</b> ] zu verlangen.	vgl. Andree, Band 37, S. 530 s.a. 1.5.1880
69	Sa, 1.5.1880, Nr. 128,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Parlamentarische Nachrichten: In der <b>Petitionskommission</b> des Reichstages beschäftigte man sich mit mehreren Petitionen gegen	



	<p>MA (PDF: 2)</p>	<p>oben u. mittig</p>	<p>die Sektion lebender Tiere. Ein Teil lehne die <b>Vivisektionen</b> gänzlich ab, der andere Teil wolle im Interesse der Wissenschaft die Vivisektion zumindest mit Beschränkung zulassen. Die Kommission hat beschlossen V zur nächsten Sitzung einzuladen, bei gleichzeitiger Anwesenheit eines Regierungskommissars.</p> <p>Weiter:</p> <p>Die VZ äußert nochmals ihre Genugtuung über Vs Berufung in den Reichstag als hochbegabter, schneidiger Führer der Fortschrittspartei. Diese werde noch gesteigert durch Vs Abänderungsantrag gegenüber dem Antrag <b>Völks</b>. In dem Zusammenhang wird nochmals Vs Rede im 2. Berliner Reichstagswahlkreis erwähnt, in der er propagierte, dass die Städte in Sachen politischer Meinungsbildung die Führung übernehmen müssten. Der erste Teil von Vs Antrag, die Wahrung der <b>Diäten</b>, habe kaum noch eine Diskussion nötig. Hingegen sei der zweite Teil von besonderer Bedeutung. Die fehlende Präsenz des Reichskanzlers [<b>Bismarck</b>] sei durch die Stellvertreterregelung nur unzureichend gelöst und wichtige Diskussionen würden zu Bedeutungslosigkeit herabsinken. Der Antrag zeige, dass die deutsche Reichsverfassung nicht verbesserungsfähig, sondern verbesserungsbedürftig sei. Der Antrag Vs werde wohl keine Mehrheit erhalten und auch nicht vom Bundesrat angenommen werden, aber er sei nach An-</p>	
--	------------------------	---------------------------	---	--

			sicht des Antragsstellers ein <b>Weckruf für das liberale Bürgertum</b> der Apathie zu begegnen, das Ansehen des Reichstages zu stärken und die Reichsverfassung in freiheitlichem Geist zu entwickeln.	
70	Sa, 1.5.1880, Nr. 128, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Versammlung der „ <b>Freien Vereinigung der Fortschrittspartei</b> “ vom 29. April. Als Redner des Abends ist V geladen. Er wolle über seine <b>Erfahrungen im Reichstag</b> berichten. Zwar könne man vieles aus der Zeitung erfahren, aber der unmittelbare Eindruck sei doch stärker. Vieles sei anders geworden seit der Reichsgründung. Man hatte die Vorstellung, dass etwas Größeres auf der Welt nicht existiere und dass ohne den Reichskanzler in Europa kein Sperling vom Dach fallen dürfe. Jetzt sei man so weit gekommen, dass man sich von allen Seiten bedroht fühle. Man könne sogar den Eindruck gewinnen, dass die deutsche Nation, statt eines glänzenden Sieges, eine Niederlage erlitten hätte. Nun solle der Landtag deshalb zusammentreten, um zu beraten, auf welche Art die ungeheuren Überschüsse der neuen Reichssteuern am besten zur Verteilung gelangen könnten. Stattdessen habe man neue Steuern und eine Finanzlage, dass es selbst den Konservativen unheimlich werde. Man sei immer stolz auf die preußischen Finanzen gewesen und auf jene alte Schule, als die Regierung auch ohne Parlamente regierte, und deren Vertreter <b>Camphausen</b> und <b>Delbrück</b> gewesen seien.	

		<p>Nun sei das ganze Finanzsystem über den Haufen geworfen. Eine feste Grundlage der Etataufstellung habe man nicht mehr. Es wäre deshalb wichtig, wenn wenigstens im Reich eine selbstständige Finanzverwaltung hergestellt werden könnte, doch daran sei gar nicht zu denken. Dem Kanzler werde eine Macht gegeben, neben der die Selbstständigkeit der Ressortchefs nicht bestehen könne. Schließlich habe er es selbst gefühlt und sich vom Reichstag einen Stellvertreter geben lassen. Problem sei aber, dass jeder, der an die Aufträge eines anderen gebunden sei, nicht nach seiner eigenen Überzeugung handeln könne. Die Selbstständigkeit des Urteils müsse überall gewahrt werden. Ein Parlament, dessen Vertreter mit besonderen Instruktionen versehen sei, sei eine Komödie, kein Parlament. Ein Bundesrat, dessen Vertreter in dieser Art von ihren Regierungen abhängig seien, seien nicht etwa ein Senat oder ein Oberhaus wie in England, sondern einfach die alte, deutsche Bundesversammlung, und wenn es hoch komme, eine Art von Gedankenkonferenz. Der preußische Landtag, wie sehr die Verfassung auch zersetzt und durchlöchert sei, habe wenigstens die Möglichkeit zur Selbstständigkeit. Bei der Schaffung des norddeutschen Bundes habe man Grundrechte nicht mehr für nötig gehalten. Ohne Grundrechte sei eine verfassungsmäßige Freiheit aber nicht möglich. Wenn keine Schranken gezogen würden, sei</p>	
--	--	---	--

		<p>alles in Frage gestellt. Die ganze englische Verfassung beruhe auf dem Grundsatz der persönlichen Freiheit, die bloß garantiert sei, wenn man die Armee und den Geldbeutel vollständig in der Hand habe. Das englische Parlament bewillige jährlich die Armeeaussgaben und halte an dem alten Budgetrecht fest, bei uns habe man das Septennat und vorläufig den Antrag auf die zweijährige Budget-Periode, später vielleicht auf die zehnjährige. Wie das enden solle, könne nur die Wählerschaft beantworten. Diese müsse entscheiden, ob sie lieber solche Leute haben wolle, die alle möglichen Ausgabenbewilligen oder solche, die sparen. Sie müsse begreifen, dass Freiheit und Sparen in logischem Zusammenhang stünden.</p> <p>Dann kommt V zu der Frage, wie man am besten eine Stärkung und Ausbreitung der Fortschrittspartei ermöglichen könne. Er habe nicht an eine Annäherung an die Nationalliberalen gedacht, sondern an eine Heranziehung des liberalen Bürgertums. Eine Orientierung nach links sei zwecklos. Abschließend spricht er über die Angriffe, mit denen er bei seiner Wahl in den Reichstag konfrontiert worden sei. Noch am Abend vor der Wahl habe die „Nationalzeitung“ das Märchen von seiner Reichsfeindlichkeit wiederholt und es müsse endlich festgestellt werden, welches Maß von Unverschämtheit dazu gehöre, solche Anklagen zu erheben. Er verliest einen Brief, den er 1867 bei Ableh-</p>	
--	--	---	--

			<p>nung seiner Kandidatur für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis an den Vorsitzenden des Komitees, <b>Streckfuß</b>, gerichtet habe. Jeder habe die Aufgabe, auf dem gegebenen Boden für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes den höchsten Gewinn zu erzielen. Die Männer, die eine unnötige Anleihe bewilligten, könnten sich unter Umständen aber auch entschließen, den Militäretat auf zehn Jahre zu bewilligen. In ähnlicher Weise lautet ein Brief an <b>Ludwig Löwe</b>. Im Allgemeinen solle jede Partei bestrebt sein, der anderen durch ihre Leistungen Konkurrenz zu machen. Die Fortschrittspartei werde als solche gern zurücktreten, wenn sie ein Ministerium finde, das nach ihren Grundsätzen regiere. Bis dahin müsse die Partei stolz ihr Banner emporhalten, dann werde der Sieg ihr nicht fehlen. Nach lang anhaltendem Beifall wird die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf V geschlossen.</p>	
71	Sa, 1.5.1880, Nr. 128, AA (PDF: 3)	S. 1, 1. Spalte oben	Kurzer Hinweis darauf, dass Vs Antrag bezüglich der <b>Diäten</b> und der Anwesenheit des Reichskanzlers in dieser Session wohl nicht mehr zur Verhandlung kommen werde.	
72	Sa, 1.5.1880, Nr. 128, AA (PDF: 4)	S. 2, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht aus der Petitionskommission des Reichstags zum Thema <b>Vivisektion</b> . V führte aus, dass sich die Agitation nur scheinbar auf die Vivisektionen beschränke, stattdessen greife sie vielmehr die experimentelle Methode an sich an. Nun beruhe aber die Gestaltung der modernen Medizin in ihren	

		<p>wesentlichen Teilen auf der Einführung der experimentellen Methode. Der Blutkreislauf sei erst durch Sektionen an lebenden Tieren entdeckt worden. Ganz ähnlich verhalte es sich mit der Erkenntnis der Nervenfunktionen. Die experimentelle Methode müsse aber nicht bloß in den physiologischen, sondern auch in den pathologischen und pharmakologischen Instituten, sowie in den Tierarzneischulen geübt werden. Gerade die Kenntnis vom Verlauf der Krankheiten, von der Wirkung von Heilmitteln und den Methoden der Behandlung hätten durch Versuche an Tieren die größten Fortschritte gemacht. Machten diese Versuche zuweilen den Eindruck einer unmotivierten Grausamkeit, wie bei dem Studium der Folgen der Verbrennung, so dürfe man doch nicht übersehen, dass sie nur im Interesse verbrannter Menschen angestellt würden. Die große Mehrzahl der Vivisektionen geschehe zur Förderung der Wissenschaft, eine verhältnismäßig kleine diene zu Demonstrationen beim Unterricht; weder auf die eine noch die andere könne man verzichten. Jeder Arzt müsse einmal die Bewegungen des Herzens, die elektrischen Vorgänge in den Nerven usw. durch Anschauung kennen gelernt haben. Gesetzliche Grenzen in Fragen der Wissenschaft zu ziehen, sei überhaupt unzulässig. In England habe das neue Gesetz so nachteilig gewirkt, dass seitdem dort keine einzige nennenswerte physiologische Arbeit</p>	
--	--	--	--

			mehr erschienen sei.	
73	Fr, 7.5.1880, Nr. 127, AA (PDF: 13)	S. 1, 2. Spalte mittig	Es wird ein Antrag von <b>Lasker</b> und <b>Richter</b> erwähnt, der von 45 Reichstagsabgeordneten unterzeichnet ist, unter anderem auch von V. Darin ist festgelegt, dass der Anschluss <b>St.Paulis</b> an das Zollgebiet <b>Hamburgs</b> nicht ohne Zustimmung der Stadt Hamburg erfolgen könne. Ein einseitiger Beschluss des Bundesrats sei nicht gestattet.	
74	Sa, 8.5.1880, Nr. 128, MA (PDF: 16)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 24.4.1880.	s. a. 22.5.1880
75	Mo, 10.5.1880, Nr. 130, AA (PDF: 19)	S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über die Sitzung des <b>Deutschen Fischereivereins</b> : Es werden die Möglichkeiten einer internationalen Ausstellung beleuchtet und die Fragen aufgeworfen, wie und ob man eine solches Projekt verwirklichen könne. Es wird empfohlen, dazu eine Kommission [ <b>Ausstellungskommission</b> ] zu bilden. Hierzu äußert sich V. Die Kommission müsse sich mit der Frage beschäftigen, ob man überhaupt eine solche internationale Ausstellung anstrebe und man müsse sich mit der Einbeziehung des Staates in die Angelegenheit beschäftigen. Es wird später eine Kommission gebildet, zu der auch V gehört.	
76	Mo, 10.5.1880, Nr. 130, AA (PDF: 19)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema ist die Lesung der revidierten <b>Elbschifffahrtsakte</b> . Für V ziele die Vorlage daraufhin ab, die Freihafenstellung	vgl. Andree, Band 37, S. 530-545

			<p>Hamburgs zu beseitigen. Auch <b>Bismarck</b> halte wohl die Elbschifffahrtsakte für ein geeignetes Druckmittel. Er wolle nicht entscheiden, ob die Freihafenstellung der Hansestädte so zu halten seien. Es ginge nur darum, dass das Recht nicht auf Seiten des Reichskanzlers stünde. Man richte sich nicht gegen die Person des Reichskanzlers, sondern gegen die Politik, die dieser vertrete. Sollte dieser dann wieder bereit sein, wahrhaft deutsche Politik zu betreiben, werde die Fortschrittspartei die erste sein, ihn darin zu unterstützen. Die Drohung eines klerikal-konservativen Ministeriums schrecke ihn nicht, da dieses nur von kurzer Dauer wäre und man statt der jetzigen Stagnation eine frische Bewegung hätte. Als Partei werde man für den Kommissionsantrag stimmen.</p>	
77	<p>Di, 11.5.1880, Nr. 131 (PDF: 21-24)</p>	<p>S. 4, 3. Spalte mittig ff.</p>	<p><b>Reichstag</b> (49. Sitzung vom 10. Mai): Thema ist die Lesung der revidierten <b>Elbschifffahrtsakte</b>. Für V ziele die Vorlage daraufhin ab, die <b>Freihafenstellung Hamburgs</b> zu beseitigen. Auch <b>Bismarck</b> halte wohl die Elbschifffahrtsakte für ein geeignetes Druckmittel. Es sei eine nationale Frage, das nationale Recht zu schützen. Der Hamburger Senat wurde vor dem Bundesrat vorstellig, um in der Angelegenheit Unterstützung bekommen. Der Reichstag habe, wo das Recht eines Bundesmitgliedes bedroht sei, seine Pflicht verletzt, wenn er nicht all sein Gewicht in die Waagschale werfen würde. Bismarck als geeigneten Interpreten für die</p>	<p>vgl. Andree, Band 37, S. 530-545</p>



		<p>Verfassung zu zitieren, hält V für schwierig, da dieser genötigt gewesen war, um <b>Indemnität</b> nachzusuchen. Der Vorschlag, die ganze Angelegenheit als eine rein technische anzusehen, sei fatal. Auf diese Weise könne man an allen Punkten der Verfassung vorbei kommen. Voraussetzung für Dauerhaftigkeit sei aber der Bestand der Verfassung. Zwar sei man zum Anhang des Zentrums geworden, aber es sei trotzdem wichtig, am bestehenden Recht festzuhalten. Außerdem habe man sich immer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten. Dabei wolle er nicht entscheiden, ob die Freihafenstellung der Hansestädte nützlich sei oder nicht. Die von Bismarck in seinem Antrag erwähnten durch die Freihafenstellung geschädigten Untertanen sind in Vs Augen wohl eher einzelne Geschäftsleute. Dann geht V auf Bismarcks Umgang mit der Fortschrittspartei ein. Der Bundeskanzler glaube seit Jahren, dass es Männer gebe, die ihm mit persönlicher Antipathie begegnen würden. Zwar gebe es keine Partei, die dauerhaft mit Bismarck einig sei, aber Hass oder Antipathie gebe es von Seiten der <b>Fortschrittspartei</b> nicht. Man habe sich immer um objektive Beurteilung bemüht, auch wenn das vielleicht nicht immer gelungen sei. Man richte sich nicht gegen die Person des Reichskanzlers, sondern gegen die Politik, die dieser vertrete und stehe für das Wohl und die Interessen der Nation. Man wolle die Grundrechte</p>	
--	--	---	--

		<p>schützen und hoffe, dass das Haus dem Kommissionsantrag zustimmen werde und damit die bestehenden Rechtsverhältnisse gewahrt würden. Vs politische Richtung sei von Bismarck als Partikularismus und Zentralismus angegriffen worden. Für beide Behauptungen sehe V keinen Anhaltspunkt. Gerade den Partikularismus sehe er mit Bekümmerung und gerade dieser sei durch Bismarck eigenes Handeln verstärkt worden. Bismarck würde „<b>Augenblickspolitik</b>“ betreiben, die sehr schädlich sei, damit fehle die nötige Beständigkeit in dessen Politik. Selbst die Drohung eines klerikal-konservativen Ministeriums schrecke ihn nicht, da dieses nur von kurzer Dauer wäre und man statt der jetzigen Stagnation eine frische Bewegung hätte. Viel schlimmer sei die jetzige Stagnation. Wenn Bismarck sich aber wieder entschlöße deutsche Politik zu machen, dann bekäme der Gedanke der deutschen Einheit auch wieder neue Kraft, dann hätte er auch die Unterstützung der Fortschrittspartei. Als Partei werde man für den Kommissionsantrag stimmen. Nach mehreren Wortmeldungen, die auch auf Vs Rede Bezug nehmen, kommt es nochmal zu einer persönlichen Äußerung Vs. Er habe die Behauptung, dass der Reichskanzler die Verlegung der Zollgrenze auf der Elbe nur dazu vorgesehen habe, um Hamburg ins Zollgebiet zu zwingen, nicht aus unzuverlässigen Quellen, sondern aus einem Schreiben</p>	
--	--	---	--

			Bismarcks an den Finanzminister. Dort sei dies ausdrücklich ausgesprochen.	
78	Mi, 12.5.1880, Nr. 132, MA (PDF: 27)	S. 1, 2. Spalte unten f.	Die VZ geht nochmal auf die gestrige Reichstagsitzung ein. Man habe Vs persönliche Bemerkung nur sehr verkürzt wiedergegeben. V habe, nach Angaben des „ <b>Ham. Corr.</b> “, wörtlich den besagten Passus aus einem Schreiben des Reichskanzlers [ <b>Bismarck</b> ] an <b>Bitter</b> verlesen.	
79	Do, 13.5.1880, Nr. 133, MA (PDF: 29)	S. 1, 2. Spalte unten f.	Erneuter Bericht der VZ zu Vs persönlicher Bemerkung im Reichstag. Die Angelegenheit erzeuge immer größeres Aufsehen. Die „ <b>Ham. Corr.</b> “ spreche von einer fatalen Indiskretion, die V das besagte Schreiben habe bekommen lassen. Auch der „ <b>Reichs- und Staatsanzeiger</b> “ habe Vs Version bestätigt, wenn auch Formales und Unwesentliches dementiert werde. Es bleibe die eingehende Untersuchung der Verletzung des Dienstgeheimnisses.	s. a. 15.5.1880
80	Fr, 14.5.1880, Nr. 134, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Mai): Thema ist die Errichtung einer <b>Idiotenanstalt in Dalldorf</b> . V äußerte sich dahingehend, dass es sinnvoll und wichtig sei, die Idiotenanstalt in der Nähe der Irrenanstalt zu bauen. Dadurch sei immer eine gewisse Anzahl von Ärzten vorhanden. Später wurde der Ausschussantrag genehmigt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
81	Sa, 15.5.1880, Nr. 135, MA (PDF: 35-	S. 1, 3. Spalte unten f.	Erneuter Bericht der VZ zu Vs persönlicher Bemerkung im Reichstag. Es würde allmähliche Anerkennung auch von der nicht oppositionellen Presse erfolgen. Nach dem Grundsatz des Römischen Reiches müsse	

	36)		man <b>Bitters</b> Schweigen als Zustimmung werten. Nun müsse man sich fragen, wie man Bitters bisheriges Abstreiten einer solchen Bemerkung zu werten habe. Dank V wisse nun aber jeder über den Inhalt des Briefes Bescheid. Man könne davon ausgehen, dass zu diesem Thema auch noch einiges zu hören sein werde.	
82	Sa, 22.5.1880, Nr. 141, MA (PDF: 49)	4. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>Anzeigenwerbung für Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 8.5.1880.	s. a. 8.8.1880
83	Sa, 29.5.1880, Nr. 148, MA (PDF: 66)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (74. Sitzung vom 28. Mai): V steht in der Rednerliste gegen die Vorlage, spricht aber erst am 29. April.	
84	Sa, 29.5.1880, Nr. 148, MA (PDF: 69)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 22. Mai): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später stellt V kurz ein <b>Bronzeschwert</b> aus <b>Nürnberg</b> und eine Abhandlung von Prof. Berendt vor über Riesentöpfe und ihre allgemeine Verbreitung in Norddeutschland vor.	Über ein <i>Bronzeschwert</i> aus Oberbayern: VBAG 12, S. 133
85	Sa, 29.5.1880, Nr. 148, MA (PDF: 62)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V erinnerte daran, dass gerade er und seine Partei diejenigen gewesen seien, die <b>Falk</b> immer unterstützt hätten. Nun stünde Falk der Regierung gegenüber und nun müsse man ihn deshalb angreifen. Was die Vorlage betreffe, so wisse	vgl. Andree, Band 35, S. 515-533  s. a. 12.8.1880

			<p>er gar nicht, wie die Regierung davon Gebrauch machen wolle, denn es werde sich niemals ein Bischof selbst belasten. V spricht einen Depeschenwechsel an, in dem die <b>Fortschrittpartei</b> als <b>Republikaner</b> bezeichnet worden sei. Es sei das erste Gebot des politischen Anstandes, den Vertretern des Landes nicht Tendenzen zu unterstellen, zu denen sie sich nie bekannt hätten und für deren Existenz es keinen Anhalt gebe. Verleumdungen und Verdächtigungen seien leicht ausgesprochen, aber man dürfe dafür keine Gesandten missbrauchen, fremden Regierungen derartige Dinge über die Vertreter des Landes mitzuteilen. Es sei nicht akzeptabel, auf dem Gebiet der Kirchenpolitik eine Willkürherrschaft herzustellen. Ein Amendement, das diesen Fehler im Gesetz beseitige, sei nicht möglich. Er halte deshalb die kommissarische Beratung für überflüssig.</p>	
86	So, 30.5.1880, Nr. 149, MA (PDF: 73-75)	S. 4, 3. Spalte mittig ff.	<p><b>HdA</b> (75. Sitzung vom 29. Mai): Thema ist die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. V geht auf die Vorrede des Abg. <b>Graf Limburg-Stirum</b> ein. Dieser habe früher Falk förmlich glorifiziert und nun habe Falk angeblich keine staatsmännische Ader mehr. Wenn man von der Fortschrittpartei verlangen wolle, den angeblich staatsmännischen Wegen zu folgen, so käme es binnen kurzer Zeit zu einem Chaos, dass nichts mehr mit konstitutionellem Staatswesen zutun hätte. Stattdessen habe man auf dem Recht zu be-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 515-533

		<p>stehen, dass die Verfassung liefere und das man für die Nachfolgenden bewahren müsse. Das, was nun verlangt werde, habe es seit der Gründung der preußischen Konstitution nicht gegeben. Man könne der Regierung eine solche Dispositionsbefugnis nicht erteilen, ohne dass im Gesetz stehe, wann diese Befugnisse Anwendung fänden. Es sei nicht zu erwarten, dass ein Bischof an die Regierung herantrete und zugebe, er habe gesündigt. V habe den Eindruck, dass es nur darum gehe, leere Worte zu finden ohne dem Frieden zu dienen. <b>Bismarck</b> würde auch gar nicht vom <b>Friedensbedürfnis</b> des Landes reden, so wie der Kultusminister, sondern betrachte die Angelegenheit staatsmännischer in Abhängigkeit vom Verhalten des Zentrums. Sei das Zentrum folgsam, könne man mit dem Papst Verhandlungen beginnen, verweigere sich das Zentrum, dann verzichtt man auf Unterhandlungen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien habe die <b>Fortschrittspartei</b> in Bezug auf kirchliche Dinge ein bestimmtes Programm. Man wolle keine Kirche als einzig berechnigte ansehen. Die Gemeinde solle staatlich als der einzige Träger des kirchlichen Lebens anerkannt werden, sonst solle alles frei sein. Eine Staatskirche, die womöglich noch von Rom aus regiert werde, sei nicht akzeptabel. Der Staat könne sich aber nicht entschließen, von dem bestehenden Verhältnis Abstand zu nehmen, obwohl selbst Bismarck anerkannt</p>	
--	--	--	--

			<p>habe, dass mit Rom kein gutes Verhältnis möglich sei. V spricht einen Depeschenwechsel an, in dem die Fortschrittspartei als Republikaner bezeichnet worden sei. Es sei das erste Gebot des politischen Anstandes, den Vertretern des Landes nicht Tendenzen zu unterstellen, zu denen sie sich nie bekannt hätten und für deren Existenz es keinen Anhalt gebe. Verleumdungen und Verdächtigungen seien leicht ausgesprochen, aber man dürfe dafür keine Gesandten missbrauchen, fremden Regierungen derartige Dinge über die Vertreter des Landes mitzuteilen. Es sei nicht akzeptabel, auf dem Gebiet der Kirchenpolitik eine Willkürherrschaft herzustellen. Ein Amendement, das diesen Fehler im Gesetz beseitige, sei nicht möglich. Es helfe nur, wenn der Staat eine vollständig unabhängige Kirchengesetzgebung entwerfe. Er halte deshalb die kommissarische Beratung für überflüssig, die Erledigung im Plenum sei da sinnvoller. Nach der Diskussion bemerkt V dem Kultusminister [<b>v. Puttkamer</b>] gegenüber, dass dieser die Wortwahl aus den Depeschen nicht gebrauche. Er setze sich aber dafür ein, dass man zukünftig davon absehe, politischen Gegnern auf diese Art Schaden zuzufügen. Man wolle zukünftig in Depeschen nur nach den Verfahren direkt beurteilt werden.</p>	
87	Di, 8.6.1880, Nr. 158,	S. 1, 3. Spalte mittig	Abdruck einer Interpellation, die V mit Unterstützung der gesamten Fortschrittspartei eingebracht hat. Die Staatsregierung habe	s. a. 25.6.1880 s. a. 6.1.1881

	MA (PDF: 5)		die <b>Einverleibung Altonas</b> und der unteren Elbe beantragt. Nun frage man sich, ob es Ermittlungen darüber gegeben habe, ob die erwarteten Vorteile der Einverleibung nicht durch die wirtschaftlichen Nachteile wieder wettgemacht würden. Ferner gelte es zu klären, ob es schon einen Kostenrahmen für das Projekt gebe. Abschließend erwarte man eine Erklärung bezüglich des Verhaltens der Regierung im Bundesrat in der Sache. [ <b>Elbschifffahrtsakte</b> ]	
88	Fr, 18.6.1880, Nr. 168, MA (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Bericht vom Fest der Preisverteilung in der <b>Fischereiausstellung</b> : V wird nur in einer Aufzählung der Gäste erwähnt.	
89	Sa, 19.6.1880, Nr. 169, MA (PDF: 28)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (78. Sitzung vom 18. Juni): Vs Interpellation zur Einverleibung <b>Altonas</b> findet Erwähnung.	vgl. Andree, Band 35, S. 533-534
90	Sa, 19.6.1880, Nr. 169, MA (PDF: 33)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Bericht über das <b>Fischereiausstellungs-</b> festmahl: V hält eine <b>Tischrede</b> . Er knüpfte an das eben gesungene und mit stürmischem Beifall belohnte „Fischerlied“ an und begann mit der Betrachtung des „Fischers“, der in vielen deutschen Liedern besungen würde. Man feiere diesen fleißigen Arbeiter, der nicht nur von morgens bis abends unermüdlich arbeite, sondern zugleich auch ständig dem schlimmsten aller Elemente trotzen müsse. Dieser Fischer aber sei in Deutschland seltener geworden und die He-	



			<p>ringe hätten die deutschen Meere verlassen und sich den norwegischen zugewandt. Die See sei ausgefischt. Auch der größte Reichtum der Natur habe Grenzen. V erinnert an den uralten Streit der Ackerbauern und der Fischer. Aufgabe der Letzteren sei es, die Quellen der Ernährung des Volkes, die die ersteren nicht immer reichlich genug erzeugen könnten, im Wasser zu finden und nutzbar zu machen. Auf hoher See habe man diese einst so üppige Quelle verloren. In den Binnengewässern sei man aber gut vorangekommen. Das sei den Bestrebungen des <b>Fischerei-Vereins</b> zu verdanken. Man hoffe, dass internationale Ausstellungen wie diese dazu wirken mögen, dass sich die Nationen künftig auf See und beim Fischfang als Freunde ansehen und dass sie erkennen mögen, dass der Vorteil der Einen auch der der Gesamtheit sein könne. Er fordere die Versammlung auf, auf das Wohl der vielen fleißigen Arbeiter aller Nationen zu trinken, die die Ausstellung gefüllt hätten. Er hoffe, dass es der Wissenschaft gelingen möge, die Mittel zu finden, die <b>Aussaat an Fischen und Wassertieren</b> immer fruchtbarer zu machen.</p>	
91	Di, 22.6.1880, Nr. 172, MA (PDF: 36)	S. 1, 3. Spalte oben	<p>Zusammenfassung der gestrigen [21.6.1880] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist erneut die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. Diese Fassung biete dem Staat nur eine geringe Garantie, dass die in ihre Diözesen zurückgekehrten Bischöfe sich den Staatgesetz-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 534-549

			zen unterworfen werden, so V. Bei den maß- losen Ansprüchen der Kirche sei ein dauern- der Friede mit dem Staat nicht möglich. Nur auf der unbedingten Autorität des Staates basiere das Wohl der Gesamtheit und des- halb müsse jeder Schritt, der den Anschein von Nachgiebigkeit gegen den prinzipiellen Widerstand gegen die Staatsgesetze erwe- cke, vermieden werden.	
92	Di, 22.6.1880, Nr. 172, MA (PDF: 39- 40)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	<b>HdA</b> (80. Sitzung vom 21. Juni): Thema ist erneut die Abänderung der <b>kirchenpoliti- schen Gesetze</b> . V geht zunächst auf die vor- herige Rede des Abg. v. <b>Zedlitz</b> ein. Dieser habe vollstes Vertrauen in <b>Bismarcks</b> Fä- higkeiten und dessen Glaube daran helfe ihm über alle Schwierigkeiten hinweg. Dann könne man auch auf Zedlitz Amendement verzichten, Bismarck benötige dann keine Unterstützung. Bei der Gelegenheit wolle V daran erinnern, dass man es Bismarck ver- danke, dass v. <b>Ledochowsky</b> auf dem bi- schöflichen Stuhl in <b>Posen</b> sitze. Dies habe auf den <b>Kulturkampf</b> einen großen Einfluss gehabt. Und nun wolle man den einzigen, den Bismarck je gefördert habe, von der Ge- setzgebung ausschließen. Nach Vs Meinung sei kein sicherer Friede mit der katholischen Kirche möglich. Dauerhaftigkeit in dieser Angelegenheit widerspreche dem Wesen der Kirche. Dies könne man an der lang zurück- reichenden Geschichte der Kirche immer wieder ablesen. Nun ginge es mit dem ange- strebten Gesetz um die Anerkennung der	vgl. Andree, Band 35, S. 534-549

		<p>äußeren Organisation der Kirche als spezielle göttliche Einrichtung, die nur von der Kirche geschaffen werden könne. Nun solle man als Verbrecher dastehen, wenn man sich gegen dieses Gesetz wende. Es könne nicht sein, dass man schon so weit gekommen sei, einen Waffenstillstand mit der Kirche herbeizuführen. Auch die Regierung sei nicht überzeugt, dass ein dauernder Friede zustande komme, sondern es sei eher ein bestimmtes Verhältnis zu Rom gewünscht. Man wünsche eher eine freiere Gesetzgebung für alle Kirchen, aber auch nicht gleich eine freie Kirche in einem freien Staat. Die freie Kirche werde sich den Staatsgesetzen zu unterwerfen haben, auch wenn das für sie Einschränkungen bedeute. Durch einen Vertrag die Verhältnisse der katholischen Kirche zum Staat zu ordnen, hält V für unmöglich. Die Protestanten scheinen zu glauben, dass ihre heutige Organisationsform noch ähnlich der sei, die es in den ersten Jahrhunderten des Christentums gegeben habe. Dies könne nur an der Befangenheit der modernen Kirchenlehrer hängen. Man hoffe und wünsche sich eine andere Kirche als die, die wirklich existiere. Dabei könne man nur dringend vor den Verführungen <b>Stöckers</b> warnen. Dieser habe positive Ansichten über die Kirche, die aber nichts mit der Wirklichkeit zu tun hätten. Die Kirche habe zu allen Zeiten Machtansprüche gehabt und das habe sich nicht geändert. Sie verberge ihre Waf-</p>	
--	--	--	--

		<p>fen vielleicht mittlerweile unter ihrem Mantel, habe sie aber nicht abgelegt. Der Gedanke des fortwährenden Kampfes sei aber in der katholischen Bevölkerung nicht vorhanden, deshalb sei man auch gerne bereit, einem definitiven Frieden in gewissen, erträglichen Verhältnissen zuzustimmen. Dies gehöre auch zu einem modernen Staatswesen. Nun wolle man aber auch nicht durch Intoleranz vom Feld der Diskussion vertrieben werden. Diese Intoleranz müsse man durch Artikel in der Verfassung beseitigen. V setzt sich nochmals für die <b>Gemeindefreiheit</b> ein, die sich früher über einen langen Zeitraum frei vom Einfluss Roms entwickelt und gezeigt habe, dass dies funktioniere. Man könne nicht sofort zu einem solchen Prinzip zurückkehren, aber das jetzige System dürfe man nicht wieder aufgreifen. Die Staatsautorität sei eine wichtige Grundlage. Der Autorität der Kirche dieses Privileg zuzuordnen hält V für falsch. Weiter hoffe er, dass man sich langfristig gar nicht mehr mit den kirchlichen Ämtern beschäftigen müsse. Das könne aber nur eintreten, wenn das kirchliche Amt innerhalb der Organisation, die die Kirche sich gegeben habe, ganz und gar vom Staat unberührt bleibe und ein Form annehme könne, bei der es keine Einwirkung mehr auf staatliche Dinge gebe. Man müsse diese Ämter jeden staatlichen Charakters entkleiden. Dies werde aber erst möglich sein, wenn die Gesetzgebung des Staates respek-</p>	
--	--	---	--

			<p>tiert würde. Solange die Kirche die Anerkennung der Gesetze des Staates verweigere, könne sie nicht verlangen, selbst anerkannt zu werden. Die Tendenzen der Regierung in Bezug auf das Gesetz lägen noch im Dunkeln, so V. Man hätte sich mal so, mal so geäußert. Nun müsse die Regierung endlich erklären, wie ihre Meinung sei. Das werde für die weitere Entwicklung der Dinge entscheidend sein. Nach Schluss der Diskussion verwehrt sich V noch gegen Vorwürfe <b>Windhorsts</b>. Er habe die Kirche nicht in gehässiger Weise angegriffen. Das Gehässige seien die Tatsachen, nicht seine Darstellung. Dagegen habe Windhorst <b>Gneists</b> und Vs Stellung als Professoren zu gehässigen Angriffen auf die Schulen genutzt.</p>	
93	<p>Do, 24.6.1880, Nr. 179, MA (PDF: 47-48)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>Bericht über die <i>Petersburger Angriffe auf Schliemann</i> in der <b>BAG-Sitzung</b> vom 12. Juni: In verschiedenen Zeitungen sei schon darüber berichtet worden, ohne dass man die wissenschaftliche Arbeit selbst, die diese Anschuldigen enthalte, gelesen habe. Nun habe V die Originalabhandlung in einer Veröffentlichung der russischen archäologischen Gesellschaft von 1877 gefunden. Bei dem Verfasser handle es sich um den Archäologen <b>Ludolf Stephani</b>. Dieser erwähne im Haupttext Schliemann gar nicht und stütze sich nur auf eine archäologische Prämisse. Darauf basierten auch alle seine Anschuldigungen. Es handle sich dabei um die Puppe einer <b>Zikade</b>. Angeblich sei der</p>	<p>s. a. 25.6.1880  Besprechung der <i>Petersburger Angriffe gegen Hrn. Schliemann</i>: VBAG 12, S. 195-204</p>

		<p>Schmetterling erst in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts v.Chr. in der Kunst zu finden gewesen. Nun habe Schliemann auch noch in einem anderen Grab in <b>Mykenae</b> goldene Schmetterlinge gefunden. Von diesem Punkt aus gestalte Stephani nun die Chronologie Mykenaes. Von Schliemann gefundene Totenmasken bringe der Autor mit Fundstücken in Südrussland in Verbindung, die auch nicht wesentlich früher zu datieren seien. V wendet ein, dass <b>metallene Totenmasken</b> aber schon viel früher durch die Römer Verbreitung gefunden hätten. Stephani hingegen verweigere jegliche Beziehung zu römischen Funden. Die Funde würden aus Südrussland stammen und seien nach Griechenland importiert worden. Als zeitliche Einordnung böten sich die Gotenfeldzüge an, so der Autor. Dann gehe dieser noch weiter und proklamiere, dass Gleiches auch für die Funde von <b>Hissarlik</b> gelten müsse. In Bezug auf die Schmetterlingsdarstellungen habe V von verschiedenen Wissenschaftlern die Bestätigung, dass sich im alten Ägypten sehr wohl so etwas finden lasse. Damit sei die Argumentation des russischen Archäologen hinfällig. Weiter argumentiert V, dass durchaus nicht feststehe, wie die Funde in Südrussland einzuordnen seien. Sehr wohl möglich sei, dass es sich dabei eher um Importe aus südlicheren oder östlichen Gebieten handle. Auch die Zuordnung von Fundstücken in verschiedene,</p>	
--	--	---	--

			übereinander gelagerte Erdschichten gebe, im Vergleich zu Funden in Troja, eine deutliche Zuordnung in das 13. Jahrhundert v. Chr.	
94	Fr, 25.6.1880, Nr. 175, MA (PDF: 49)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [24.6.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . Vs Interpellation steht auf der Tagesordnung.	vgl. Andree, Band 35, S. 549-551
95	Fr, 25.6.1880, Nr. 175, MA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (83. Sitzung vom 24. Juni): Thema ist erneut die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V ergreife nur das Wort, damit das Stillschweigen des Hauses nicht als Einverständnis in der Angelegenheit gewertet würde, den Pfarrer als geborenen Vorsitzenden zu betrachten. Er und seine Partei hätten nur die Gemeinde in ihr Selbstbestimmungsrecht einsetzen wollen und glaubten dem kirchlichen Interesse dadurch geholfen zu haben, dass der Pfarrer ein geborenes Mitglied des Kirchenvorstandes sei. Er hoffe, dass man die für die katholischen Gemeinden bestehenden Bestimmungen auch auf die evangelischen ausdehnen werde.	vgl. Andree, Band 35, S. 549-551
96	Fr, 25.6.1880, Nr. 175, MA (PDF: 53)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Aufruf zu <b>Spenden</b> für die nach schlimmsten Unwettern vom 14. Juni geschädigten Bewohner der sächsischen <b>Lausitz</b> und des <b>Harzdistrikts</b> . Eine unendliche Vielzahl von Unterstützern ist aufgelistet, unter anderem auch V.	s. a. 6.7.1880
97	Fr, 25.6.1880,	2. Beilage, S. 3,	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 12. Juni): V eröffnete die Sitzung mit geschäftli-	

	Nr. 175, MA (PDF: 57-58)	2. Spalte oben	chen Mitteilungen und begrüßte später als Gast General-Konsul <b>Lüerßen</b> aus <b>Lima</b> . Zum Ende der Sitzung berichtet V über die <b>Petersburger</b> Angriffe auf <b>Schliemann</b> , über die man am 24.Juni bereits berichtet habe.	
98	Fr, 25.6.1880, Nr. 175, AA (PDF: 55)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die Lesung der revidierten <b>Elbschifffahrtsakte</b> . V habe hierzu eine Interpellation an die Regierung gerichtet. Diese ist bereits am 8. Juni abgedruckt worden. Der preußische Landtag habe das Recht, über die Angelegenheit Auskunft zu bekommen, da <b>Bismarck</b> sich selbst bei seinem Antrag auf preußische Rechte berufen habe. Hinzu käme, dass bei Umsetzung des Gesetzes Preußen eine erhebliche finanzielle Last aufgebürdet würde, besonders im Zusammenhang mit dem Bau von Eisenbahnen. Die Regierung könne sich ihrer Verpflichtung nicht entziehen auch für ihre Haltung im Reichstag Rechenschaft abzulegen. Es handle sich dabei nicht nur um Kontrolle in finanziellen Fragen, sondern auch Kontrolle des Verhaltens gegenüber anderer Bundestaaten, um das freundschaftliche Verhältnis nicht zu gefährden.	vgl. Andree, Band 35, S. 551-565
99	Sa, 26.6.1880, Nr. 176, MA (PDF: 60-61)	S. 3, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (84. Sitzung vom 25. Juni): Thema ist erneut die Lesung der revidierten <b>Elbschifffahrtsakte</b> . Der preußische Landtag habe das Recht, über die Angelegenheit Auskunft zu bekommen, da <b>Bismarck</b> sich selbst bei seinem Antrag auf preußische Rechte beru-	vgl. Andree, Band 35, S. 551-565



		<p>fen habe, so V. Allerdings habe man von der Regierung bisher überhaupt keine Stellungnahme, in wie weit überhaupt die Angelegenheiten Preußens betroffen seien. Aus den Zeitungen könne man Aussagen des Finanzministers entnehmen, dass, bei Umsetzung des Gesetzes, Preußen eine erhebliche finanzielle Last aufgebürdet würde. Auch hierzu hätte man keinerlei Details, das müsse sich nun ändern. Die Regierung müsse sich damit auch selbst klar machen, in welcher Größenordnung sie vom Land Opfer erwarte und sich auch mit der öffentlichen Meinung auseinandersetzen. Besonders der Bau von Eisenbahnen und Bahnhofsanlagen werde erhebliche Summen benötigen. Dann geht V darauf ein, dass in der korrigierten Fassung des Gesetzes die Zollgrenze an die Elbmündung verlegt werden solle. Für die Verlegung gebe es kein anderes Interesse als das der Uferstaaten, die durch die zollfreie Elbe getrennt seien. Zwar sei es wünschenswert, wenn Ströme nicht trennend, sondern verbindend wirken könnten. Diese Interessen dürften aber keinen Einfluss haben auf Deutschlands größtes Handelsgebiet. Nun habe auch die königliche Staatsregierung anerkannt, dass die Ufer nicht ganz ohne Zollschutz bleiben könnten. Es sei sogar ausdrücklich vorgesehen, dass eine Reihe von Domäneneinrichtungen blieben. Hier habe man relativ freie Hand gelassen, sollte aber besser genauer werden, auch um</p>	
--	--	---	--

		<p>Schmuggel zu unterbinden. Weiter halte V es für wünschenswert zu klären, ob das Verhalten der preußischen Regierung im Verkehr mit der Bundesregierung zweckdienlich sei. Bis jetzt habe keine Partei ohne Not in allgemeinen deutschen Fragen ihre Stimme erhoben. In diesem Fall sei die Angelegenheit aber so wichtig, dass man sich einmischen müsse. Die Art, wie man Hamburg entgegengetreten sei, sei mehr als unfreundlich. Der Reichstag habe eine unmissverständliche Haltung in der Sache eingenommen, der Bundesrat hingegen, eher eine Abteilung des Kanzleramtes, habe anders entschieden. Wäre der Bundesrat unabhängig, hätte er Preußens Ansinnen abgelehnt und die Uferbereiche, die zu Preußen gehören, könnten nicht aus dem Freihafengebiet ausscheiden. Im HdA sehe man sich jetzt in der Zwickmühle. Einerseits entschuldigten die Bunderatsmitglieder ihre Entscheidung mit dem preußischen Druck und andererseits lehne die preußische Regierung mit dem Hinweis auf die Bundesratsentscheidung die Einmischung des HdA ab. Nun wolle aber die Regierung Geld bewilligt bekommen. Dies könne man nur verweigern, in Hinblick darauf, dass es überhaupt keine Übersicht über die möglicherweise entstehenden Kosten gebe. Man versuche in aller Eile, ein seit einem Jahrhundert bestehendes Verhältnis zu verändern und in die Verkehrsverhältnisse einzugreifen, als ob Gefahr im Verzug</p>	
--	--	---	--

			wäre. Dabei ginge es nur um das Prestige, dass lediglich durch den Reichstagsbeschluss geschmälert sei. Für V steht bei allem die Würde des preußischen Landtages im Vordergrund und er hoffe auf die Unterstützung der anderen Parteien.	
100	So, 27.6.1880, Nr. 177, MA (PDF: 66)	S. 1, 2. Spalte mittig	Leitartikel der VZ über Regierung und Volksvertretung: Es wird die Krise in <b>Oberschlesien</b> erwähnt. Der Kultusminister habe die Zahlen zu den Schul- und Lehrverhältnissen veröffentlicht. Diese habe V benutzt, um vernichtende Kritik an der Regierungsverwaltung in Oberschlesien zu üben. Diese Rede habe am 11. Feb. stattgefunden.	
101	Mo, 28.6.1880, Nr. 178, AA (PDF: 69)	S. 3, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut die Abänderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V äußerte sich in scharfer Weise über die konservative Partei, die retten wolle, was zu retten sei. Dies sei vielleicht das Prinzip eines Mannes, der auf der Flucht sei, aber nicht der Ausdruck einer Partei, die an ihren Prinzipien festhalte. Die Fortschrittspartei sei durchaus nicht immer der Verneiner, das habe man schon früher gezeigt, aber man könne der Regierung keine Vollmachten bewilligen, ohne den zweiten Schritt zu kennen. Von den Diplomaten könne man auch keine Lösung erwarten, wie eine Depesche des <b>Fürsten Hohenlohe</b> beweise und die eher auf eine vollständige Unkenntnis der politischen Verhältnisse im Lande hindeute.	vgl. Andree, Band 35, S. 565-586
102	Di,	S. 4, 1.	<b>HdA</b> (87. Sitzung vom 28. Juni): Thema ist	vgl. Andree,

	<p>29.6.1880, Nr. 179, MA (PDF: 72 u. 74)</p>	<p>Spalte oben u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte un- ten</p>	<p>erneut die Abänderung der <b>kirchenpoliti- schen Gesetze</b>. V kritisiert gleich zu Beginn seiner Rede die Zerstückelung des geplanten Gesetzes in einzelne Paragraphen. Je nach Belieben würde jede politische Gruppierung sich das Beste daraus zusammensuchen. Was von vielerlei Seiten als staatsmännisch angesehen werde, halte V für falsch. Eine solch subjektive Betrachtungsweise könne nicht Grundlage einer politischen Aktion sein. Dass <b>Bismarck</b> sich dazu geäußert ha- be, könne man lediglich in einem Kreisblatt nachlesen. Im Haus habe er sich noch nie dazu geäußert. Zu früherer Zeit habe V An- träge dazu gestellt, die Anwesenheit Bis- marcks im Hause zu fordern. Nun sei er so weit gekommen, da dessen Anwesenheit sel- ten zu etwas Gutem geführt hätte, davon Abstand zu nehmen. Wenn nun aber mit keinem persönlichen Erscheinen mehr zu rechnen sei, müsse man doch zumindest ver- langen, dass Bismarck die wichtigen Akten- stücke dem Haus vorlege. Nun sei man von dem Anspruch des HdA, ein entscheidender Faktor in der Gesetzgebung zu sein, so weit abgekommen, dass man die dazu notwendi- gen Informationen den Zeitungen entnehme. Noch schwerer wiege da die Aussage Bis- marcks, dass es nicht die Absicht der Regie- rung sei, in Anhängigkeiten parlamentari- scher Konstellationen zu handeln, sondern die prinzipiellen Erwägungen der Bedürfnis- se und unveräußerlichen Rechte des Staates</p>	<p>Band 35, S .565-586</p>
--	---	---	--	--------------------------------

		<p>zu stärken. Dieser sei sogar so weit gegangen zu sagen, dass die Regierung an der Vorlage festhalten müsse, auch wenn eines der beiden Häuser dagegen stimme. Nun sei der dritte Fall eingetreten. Weder Ablehnung noch Zustimmung, sondern retten was noch zu retten sei. Als Partei müsse man davon Abstand nehmen, immer etwas erreichen zu wollen. Es könne manchmal hilfreicher sein, eben gerade nichts zu erreichen. Vor die Wahl von Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes gestellt, dürfe man nicht einzelne Artikel beurteilen, sondern das Gesetz als Ganzes. Mittlerweile scheine aber auf allen politischen Seiten ein Verständnis dafür aufzukommen, dass es sich bei dieser Gesetzesentscheidung um etwas wirklich Grundsätzliches handle. Es gehe um die Revision der gesamten Kirchengesetzgebung, um Frieden zu finden in einem für alle gleichen Recht, Im Detail geht V auf die Krankenpflegeorden ein. Er habe sich dafür eingesetzt, diese bestehen zu lassen. Wichtig sei aber, ihre Tätigkeit nur auf diese Kernkompetenz zu beschränken und sich nicht weiter ausdehnen zu lassen. Damit schaffe man nur Raum für agitatorische Tätigkeiten und Propaganda. Wenn Bismarck nun als wirklich schöpferischer Staatsmann dastehen wolle, dann müsse er für das religiös zerstrittene Deutschland das Material zusammensuchen, um einen einheitlichen Bau der Kirchengesetzgebung sicherzustellen. Die Fortschritts-</p>	
--	--	---	--

			<p>partei sei durchaus nicht immer der Verneiner, das habe man schon früher gezeigt, aber man könne der Regierung keine Vollmachten bewilligen, ohne den zweiten Schritt zu kennen. V selbst frage sich stets, was er wolle und wenn dies nicht zu erreichen sei, dann sage er eben nein. Von den Diplomaten könne man auch keine Lösung erwarten, wie eine Depesche des <b>Fürsten Hohenlohe</b> beweise und die eher auf eine vollständige Unkenntnis der politischen Verhältnisse im Lande hinweise. Abschließend bemerkt V, dass man sich niemals der Hoffnung hingeben könne, dass diese Gesetzgebung als Grundlage dienen könne, um darauf den Frieden des Volkes aufzubauen. Nach anderen Wortmeldungen äußert sich V noch einmal. Es sei nicht das erste Mal, dass man im Hause auf den Syllabus zu sprechen käme. Er selbst habe ihn mehrfach gelesen, könne aber dessen Interpretation nicht annehmen. Dem Abg. <b>Reichensperger</b>, der V dazu kurz noch etwas sagen wolle, antwortet er, dass er dessen Privatstunde schon einmal genossen habe.</p>	
103	Di, 29.6.1880, Nr. 179, AA (PDF: 76)	S. 2, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck der namentlichen Abstimmung zur Kirchenvorlage. V ist unter denjenigen, die gegen die Vorlage gestimmt haben. [ <b>Gesetze, kirchpolitische</b> ]	
104	Mi, 30.6.1880, Nr. 180,	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte	Exkursion der <b>BAG</b> nach <b>Fürstenwalde</b> : In dem Bericht wird V lediglich als Führer erwähnt.	

	MA (PDF: 78)	oben		
105	Sa, 3.7.1880, Nr. 183, MA (PDF: 6)	S. 4, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht aus Altona über die Versammlung des Komitees gegen den Zollanschluss <b>Altonas</b> . Man plane <b>Dankschreiben</b> zu versenden, u.a. auch an V.	
106	Di, 6.7.1880, Nr. 186, MA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Aufruf zu <b>Spenden</b> für die nach schlimmsten Unwettern vom 14. Juni geschädigten Bewohner der sächsischen <b>Lausitz</b> und des <b>Harzdistrikts</b> . Eine unendliche Vielzahl von Unterstützern ist aufgelistet, unter anderem auch V. Es handelt sich um einen textgleichen Abdruck wie am 25. Juni.	
107	Mo, 19.7.1880, Nr. 199, AA (PDF: 35)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass sich am heutigen Nachmittag eine Kommission unter der Leitung von V und Stadtrat <b>Friedel</b> zur „ <b>Römer-Schanze</b> “ bei <b>Potsdam</b> begibt, um dort für den Schlusstag der DAG-Versammlung Ausgrabungen zu planen.	
108	Di, 20.7.1880, Nr. 200, MA (PDF: 37)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Juli): V eröffnet die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Dann kommt die Frage zur Sprache, ob man im Rahmen des bevorstehenden Kongresses ein besonderes Fest für <b>Schliemann</b> geben wolle. Hierzu habe auch V gesprochen und man wolle die Angelegenheit im Vergnügungs-Komitee weiter besprechen. Den Schlussvortrag des Abends hielt V über <b>alte Berliner Schädel</b> . Im Laufe der Kanalisationsarbeiten seien mehrere alte Kirchhöfe erschlossen worden und es habe die Erlaubnis gegeben, eine Reihe von Schädeln für	Besprechung <i>alter Berliner Schädel</i> : VBAG 12, S. 229-236

			<p>die Wissenschaft zu retten, während die übrigen Knochenreste mit jener <b>unwissenschaftlichen Pietät</b>, die kein rechtes Ziel habe, wieder vergraben worden seien. Die Schädel seien sehr gut erhalten gewesen, teilweise noch mit Weichteilen und Haaren und in einem Fall sogar mit Totenkappe. Besonders bemerkenswert sei die Größe der Schädel, von der man nicht unbedingt auf eine besondere Intelligenz schließen könne. Auffällig seien teilweise erhebliche Verletzungen, die aber wiederum auch ein noch nicht gekanntes Maß an Heilungsspuren aufwiesen.</p>	
109	<p>Sa, 31.7.1880, Nr. 211, MA (PDF: 58)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p>Bericht über die Geschichte der <b>DAG</b>: Es ist erwähnt, dass V in diesem Jahr zum dritten Mal den <b>ersten Vorsitz</b> innehabe, genau wie dies auch im ersten Jahr der Gründung der Fall war.</p>	
110	<p>Do, 5.8.1880, Nr. 216, AA (PDF: 7)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte oben</p>	<p>Kurze Zusammenfassung der Eröffnung der 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin: Die VZ wolle eine politisch und sozial besonders interessante Stelle von Vs <b>Eröffnungsrede</b> hervorheben. V hab die Anwesenheit des Kronprinzen als Anzeichen dafür gewertet, dass die Staatsregierung den anthropologischen Bemühungen Interesse, Wert und Unterstützung entgegenbringen wolle. Die <b>Anthropologie</b> sei bemüht, ein Bild der menschlichen Kultur zu geben, da sie die Grundlagen vom Wesen des Menschen liefere. Er hoffe daher, dass man die Politik zur Förderung der Anthropologie anregen kön-</p>	



			ne. Alle Unterstützer dieser Wissenschaft würden V danken für dessen freimütige Worte. Diese habe man schon lange bei einer solchen Gelegenheit nicht mehr vernommen. Aber es werde auch sicher nicht an Kritik von gewisser anderer Seite fehlen.	
111	Do, 5.8.1880, Nr. 216, AA (PDF: 7-8)	S. 1, 3. Spalte unten f.	Bericht über die Eröffnung der 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin: V eröffnet die erste Sitzung und spricht dann nach Begrüßungsworten des Unterstaatssekretärs <b>v. Goßler</b> . Er bespricht die Ziele und Bestrebungen der <b>Anthropologie</b> im Allgemeinen und der Gesellschaft insbesondere. Man habe in den über 2000 Mitgliedern einen stabilen Vereinskörper. Man habe mit der angeschlossenen Ausstellung prähistorischer Gegenstände etwas geschaffen, was sich nicht so schnell wiederholen ließe, auch wohl in zehn Jahren nicht. Man müsse jüngere Kräfte an die Aufgaben heranführen und mehr Verbindungen schaffen zu anderen Nationen, da die Vollständigkeit des Wissens nur im Ganzen liege. Die Beziehungen zur historischen Forschung seien sehr gut. In der Anthropologie sei man auch mit der chronologischen Einordnung von Funden sehr zurückhaltend. Besonders zu erwähnen seien die weltumspannenden Untersuchungen, die Ergebnisse aus allen Teilen brächten. Hierbei sei die kaiserliche Admiralität eine große Unterstützung. Die Lücken, die es bis dato noch zwischen der Paläontologie, Geologie und der Anthro-	Eröffnungsrede der 11. allgemeinen Versammlung der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte zu Berlin. Beil. z. Corr.-Bl., S. 3-11  <i>Eröffnungsrede zur Anthropologischen Ausstellung Berlin 1880.</i> Beil. z. Corr.-Bl., S. 21-22

			logie gebe, würden sich daher langsam schließen. V warnt davor, zu voreilig bei Funden eine Datierung vorzunehmen. Ein Bronze- oder Steinfund müsse nicht unbedingt in die dazugehörige Zeit fallen. Er hoffe daher im Rahmen des Kongresses auf ernste und strenge Forschungen, um nach Wahrheit zu streben. Später spricht V noch kurz zur <i>Eröffnung der Ausstellung</i> , die dann vom Kronprinzen gewährt wird.	
112	Fr, 6.8.1880, Nr. 217, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht über <b>Schliemanns</b> Vortrag über seine Ausgrabungen in der <b>Troas</b> : Im Rahmen dieses langen Artikels wird nur kurz Vs Besuch bei Schliemann erwähnt.	
113	Fr, 6.8.1880, Nr. 217, AA (PDF: 12-13)	S. 1, 3. Spalte oben f.	Bericht über die 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin: V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Am 9. Aug. werde eine Feier zu Ehren <b>Schliemanns</b> und <b>Nordenskjöld</b> veranstaltet. Dann folgt <b>Ranke</b> mit dem Jahresbericht in dem auch Vs Reise zu Schliemann in die <b>Troas</b> erwähnt wird. Später bedankt sich V beim Schatzmeister <b>Dr. Weißmann</b> und ernennt die Rechnungsrevisoren und führt weiter durch die Veranstaltung.	s. a. 10.8.1880
114	So, 8.8.1880, Nr. 219, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig f.	Bericht über die 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin: V überreicht den Teilnehmern der Exkursion eine Broschüre über den Spreewald und den Schlossberg von Burg. Dann lenkt er die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf einen wissenschaftlichen Katalog zur Ausstellung. Danach findet die Wahl	Erläuternde Bemerkungen über <i>Hacksilberfunde</i> und modernen <i>Figlianschmuck</i> . Beil. z. Corr.-

			<p>der Vorsitzenden für das nächste Jahr statt. V wird zum <b>3. Vorsitzenden</b> gewählt. Später wünscht Fr. <b>Mestorff</b> eine Erörterung über die Frage, ob dort, wo man <i>Hacksilberfunde</i> getätigt habe, heute noch <i>Filigranschmuck</i> als Kleiderschmuck zu finden sei. An dieser Diskussion sei auch V beteiligt gewesen.</p>	Bl. S. 60-62, 63
115	So, 8.8.1880, Nr. 219, MA (PDF: 18)	6. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Anzeigenwerbung für Apollinaris: Der Text ist der gleiche wie am 8.8.1880.	s. a. 22.8.1880
116	Mo, 9.8.1880, Nr. 220, AA (PDF:19-20)	S. 2, 1. Spalte oben	<p>Bericht über die Exkursion der <b>DAG</b> in den <b>Spreewald</b>: Diese Exkursion sei von V zu einem Glanzpunkt des diesjährigen Kongresses vorgesehen worden. Er sei glücklicher Besitzer eines der beiden dort gefundenen Fundstücke, eines <b>Bronzewagens</b>. Auch viele weibliche Forscherinnen seien trotz des langen Tages mit von der Partie gewesen. V habe kurz vorher gehobene Urnen ungeöffnet ausgestellt und mit kurzen Erklärungen viele Teilnehmer um sich geschart. Dann bat er Fr. <b>v. Torma</b>, Fr. <b>Mestorff</b> und Fr. <b>Prof. Handelsmann</b> die Urnen zu öffnen und zu leeren. Dies sei sehr gut und ohne Zerstörungen gelungen. Am frühen Abend sei man in Lübbenau gelandet, wo V zu einem Diner einlud, das ein unbekannter Wohltäter gespendet habe. Er habe hierzu noch eine Rede gehalten und die Gäste willkommen geheißen.</p>	<p><i>Torma</i>, Sophie von: *1840, † 1899; Autorin von „Ethnographische Analogieen. Ein Beitrag zur Gestaltungs- und Entwicklungsgeschichte der Religionen“, Jena, Costenoble, 1894 vgl. auch Nachruf für Sophie von Torma: VBAG 31, S. 645 <i>Handelsmann</i>,</p>

				Gottfried Heinrich: *1827, †1891; Prof. f. Ge- schichte in Kiel
117	Di, 10.8.1880, Nr. 221, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über die 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin (Sitzung vom 9. Aug.): V eröffnet die Sitzung mit der Nachricht, dass Baron von <b>Nordenskjöld</b> am Morgen angekommen sei. Dann referierte er über die wissenschaftlichen Untersuchungen zur Farbe der Haut, Haare und Augen unter Vorlage von zwei Karten und Tafeln. Es lägen mittlerweile Erhebungen auch aus der <b>Schweiz</b> und <b>Belgien</b> vor. Allerdings müsse man in Zukunft bei der Beurteilung der Ergebnisse zurückhaltender sein, besonders bei der Haarfrage. Gerade dieser Punkt spiele in der <b>Anthropologie</b> eine besondere Rolle. Die Einordnung der Büschelhaare werfe Fragen auf, die noch lange nicht eindeutig geklärt seien, auch wenn es Forscher gebe, die dies täten. In dieser Sache müsse man sich nach den Tatsachen richten. Man täte besser daran, sich dem langsam wachsenden Material anzupassen. Ergebnisse sollten auch einem harten Test standhalten, das wäre schon immer das gewählte Prinzip gewesen.	Discussions- bemerkungen in der kranio- metrischen Konferenz der 11. allgemei- nen Versamm- lung der Deut- schen Gesell- schaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte zu Berlin. Beil. z. Corr.-Bl., S. 105
118	Di, 10.8.1880, Nr. 221, MA	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Bericht über die <b>Nordenskjöld-Schliemann</b> Feier: V wird als einer der vielen Gäste erwähnt und hält später eine Rede. Die beiden gefeierten Männer des Tages würden sich	<i>Nordenskjöld,</i> <i>Adolf Erik:</i> *1832, †1901; schwedischer

	(PDF:23 )		wesentlich voneinander unterscheiden, aber jeder für sich habe Erfolge errungen, die kein anderer der abendlichen Besucher je erreicht habe. Beide Forscher hätten vorher andere Laufbahnen gehabt: Schliemann als Kaufmann, Nordenskjöld habe von der Pike auf den Nordpoldienst gelernt. Normalerweise würden Männer, die solche Erfolge gehabt hätten, zur Ruhe kommen. Anders sei es bei den beiden Gefeierten. Diese würden eher zu neuen Unternehmungen getrieben. Solche Männer brauche man und V erhebe auf beide das Glas.	Polarforscher
119	Mi, 11.8.1880, Nr. 222, MA (PDF: 26-27)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Bericht über die 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin (Sitzung vom 10. Aug.): V eröffnet die Sitzung mit einigen Mitteilungen. Später hielt er eine Ansprache zur Begrüßung der Forscher <b>Torell</b> und <b>Nordenskjöld</b> . Er begrüße beide im Namen des Kongresses von ganzem Herzen. Es sei eine große Freude, beide Herren in Berlin zu haben. Sie hätten gezeigt, was mit Energie und Kraft möglich sei und würden mit ihrem leuchtenden Beispiel fördernd wirken. Nordenskjöld sei jetzt Freiherr geworden, diese Haltung habe ihn innerlich schon immer ausgezeichnet. Er habe bei seinen Expeditionen viele Gefahren und Entbehrungen auf sich genommen, immer ohne zu wissen, ob er sein Zuhause je wiedersehen werde. Er habe geschafft, woran viele Generationen vor ihm gescheitert seien. Sein persönlicher Mut, seine Vorsicht und Vorbereitung und	

			<p>seine Umsicht mit seinen Mitarbeitern seien herausragend und immer mit seinem Namen verbunden. V bat darauf alle Teilnehmer, sich von ihren Plätzen zu erheben und die Gäste wurden mit großem Beifall begrüßt. Später spricht V noch über die <b>etruskischen und römischen Funde</b> zwischen Weichsel und Elbe.</p>	
120	<p>Mi, 11.8.1880, Nr. 222, AA (PDF: 29)</p>	<p>S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>Lokales: Zusammenfassung der <b>Nordenskjöld-Schliemann</b> Feier. In der Auflistung der Gäste wird V nur kurz erwähnt.</p>	
121	<p>Do, 12.8.1880, Nr. 223, MA (PDF: 31-32)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>Bericht über die 11. <b>Generalversammlung der DAG</b> in Berlin (Sitzung vom 11. Aug.): V eröffnete die Sitzung und begrüßte dann <b>Prof. Bastian</b>. Dieser sei nach langer Reise mit erheblichen Gefahren wieder in Berlin eingetroffen. Man habe die langen und erfolgreichen Arbeiten im Stillen Ozean und im <b>Sunda-Archipel</b> mit größtem Interesse verfolgt und sei unendlich dankbar über das viele Wissen, das dieser mitgebracht habe. V erteilte dann Prof. Bastian das Wort. Am Ende hielt V unter Beifall der Versammlung das Schlusswort. Er dankte allen, die sich um die Verhandlungen verdient gemacht hätten und ging noch einmal auf die wichtige <b>prähistorische Ausstellung</b> ein, die in wenigen Tagen geschlossen werde.</p>	
122	<p>Do, 12.8.1880, Nr. 223, AA (PDF: 33)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Die VZ bezieht sich auf Vs Aussage im HdA von Mai, wo dieser der Behauptung, die <b>Fortschrittspartei</b> sei <b>republikanisch</b>, eine klare Absage erteilt habe. Die „<b>Nordd.</b></p>	<p>s. a. 29.5.1880</p>

			<p><b>Allg. Ztg.</b>“ habe trotzdem wiederholt die Vorwürfe erneuert, gerade noch in den jüngsten Tagen. Die Richtung aus der die Vorwürfe kämen, sei klar und der Zweck gehe aus einer Mitteilung der „<b>Weser-Zeitung</b>“ hervor, die nicht als fortschrittlich bekannt sei. Die Denunziation der „Nordd. Allg. Ztg.“ solle einem hohen Herren noch höheren Orts eine Suppe einbrocken. V sei zugleich Ableiter für den <b>Admiral v. Stosch</b>. Der freundliche Umgang des <b>Kronprinzen</b> mit <b>Schulze-Delitzsch</b>, <b>V. Hänel</b>, <b>v. Forckenbeck</b> und <b>Stauffenberg</b> sei den Reaktionären bei Hofe ein Dorn im Auge. Fürchteten sie wirklich das Umsichgreifen republikanischer Gesinnung in der Fortschrittspartei und wäre ihr Royalismus so echt wie ihr Aristokratismus, so könnten sie sich nur über dieses Verhältnis freuen. Nun streue man Märchen aus, um dem kronprinzlichen Paar den Umgang zu verleiden. Glücklicherweise sei das Mittel längst abgenutzt, um noch zu wirken.</p>	
123	Fr, 13.8.1880, Nr. 224, AA (PDF: 36)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Bericht über die anthropologische Exkursion nach <b>Potsdam</b> und zur <b>Römerschanze</b>: An der Mittagstafel wurde V von den süddeutschen Teilnehmern in begeisterten Reden hochgelobt. Dieser wiederum schloss mit einem Hoch auf das Geschäftskomitee. Die späteren Gratulationen zum guten Wetter habe er nur damit beantwortet, dass er sehr erfreut sei, dass sich das Wetter so gut gehalten habe. Zur Freude und Überraschung</p>	

			<p>stieß zu einem späteren Zeitpunkt auch das Kronprinzenpaar dazu und V habe es übernommen, die Erklärungen zu den Ausgrabungen an der Römerschanze zu geben.</p> <p>Aufgrund des umschlagenden Wetters mit einsetzendem Regen zogen sich die meisten Teilnehmer später zurück. Nur V blieb mit einigen Unermüdlichen zurück, um die programmmäßige Erledigung der Arbeiten vorzunehmen.</p>	
124	So, 22.8.1880, Nr. 233, MA (PDF: 52)	5. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeigenwerbung für <b>Apollinaris</b> : Der Text ist der gleiche wie am 8.8.1880.	
125	Mo, 23.8.1880, Nr. 234, AA (PDF: 54)	S. 2, 1. Spalte mittig	Kurzer Hinweis auf den im nächsten Jahr stattfindenden <b>internationalen medizinischen Kongress in London</b> . Es sei zu erwarten, dass <b>Langenbeck</b> und V dorthin reisen werden.	
126	Fr, 10.9.1880, Nr. 252, MA (PDF: 18)	S. 4, 3. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Sep.): V hat <b>Urlaub</b> beantragt.	nichts bei Andree
127	Sa, 11.9.1880, Nr. 253, AA (PDF: 22)	S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht über die Besprechung des <b>Zentral-Wahlkomitees</b> der <b>Fortschrittspartei</b> vom 6. Sep.: Aufgrund der bevorstehenden Abreise von V und <b>Langerhans</b> habe man diesen Termin gewählt. Man habe einen Parteitag Ende des Jahres ins Auge gefasst, aber noch keinen genauen Termin festgelegt. Allerdings werde es im Vorwege in Kassel und	



			Darmstadt zwei lokale Parteitage geben, andere lokale Veranstaltungen würden ebenfalls geplant.	
128	Mi, 29.9.1880, Nr. 271, AA (PDF: 53)	S. 2, 3. Spalte unten	Vermischtes: Bericht über den <b>internationalen Anthropologenkongress in Lissabon</b> . Vs Anwesenheit wird nur kurz im Rahmen einer Aufzählung von Gästen erwähnt.	vgl. Andree, V als Prähistoriker, Band 1, S. 33
129	Fr, 15.10.1880, Nr. 287, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Okt.): Thema ist die Ausführung der <b>Kanalisation</b> in den Außengebieten der Stadt. Es kommt das in Berlin eingeführte Schwemmsystem zur Sprache. Hierzu habe V einen anderen Vorschlag gemacht, wie ein Redner ausführte. Mehr ist dazu nicht abgedruckt.	
130	Sa, 16.10.1880, Nr. 288, MA (PDF: 11)	3. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Wahlbekanntmachungen: Liste von SV, deren Mandat in diesem Jahr ausläuft. Auch V ist darunter. Er steht in der 3. Abteilung des 1. Wahlbezirks, die Stadtbezirke 4 und 5 umfassend, zur Wiederwahl. [ <b>Stadtverordnetenwahl</b> ]	s. a. 19.10.1880
131	Di, 19.10.1880, Nr. 291, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 16. Okt.): V ist abwesend.	
132	Di, 19.10.1880, Nr. 291, MA (PDF: 17-18)	3. Beilage, S. 1, 4. Spalte unten	Wahlbekanntmachungen: Es handelt sich um die textgleiche Veröffentlichung wie am 16. Okt. [ <b>Stadtverordnetenwahl</b> ]	
133	Di,	S. 2,	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V von seiner	

	26.10.1880, Nr. 298, AA (PDF: 32)	2. Spalte unten	<b>Spanien-</b> und <b>Portugal</b> reise wieder in Berlin eingetroffen sei.	
134	Mi, 27.10.1880, Nr. 299, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass V bei der Vorwahl der 3. Abteilung des 1. Kommunalwahlbezirkes (Stadtbezirk 4 und 5) mit allen Stimmen gegen eine wiedergewählt worden sei. [ <b>Stadtverordnetenwahl</b> ]	
135	Sa, 30.10.1880, Nr. 302, AA (PDF: 43)	S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: V habe gestern anthropologische Messungen an den in Berlin weilenden <b>Eskimos</b> vorgenommen. Dabei habe sich ein Zwischenfall ereignet. V wollte mit seinen Assistenten die Zauberin des Stammes untersuchen. Diese, in dem Glauben, dass ihr der weiße Zauberer etwas von ihrer Macht stehlen könne, sprang über sämtliche Tische und stieß wilde Zauberformeln aus. Die Wissenschaftler wichen mit Bestürzung zurück. Dies Verhalten wiederum interpretierte einer der Eskimos so, dass die Zauberin des Stammes wohl doch mehr Macht habe als die weißen Männer.	
136	Mi, 3.11.1880, Nr. 306, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Resultat der <b>Stadtverordnetenwahlen</b> : Von 587 beteiligten sich nur 85 an der Wahl. Hiervon habe V 62 Stimmen errungen, 23 erhielt der Gegenkandidat <b>Koch</b> .	
137	Di, 9.11.1880, Nr. 312, MA (PDF: 18-	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	Ausflug der <b>BAG</b> zu den <b>Eskimos</b> : Am 7. Nov. haben sich die Mitglieder der BAG im zoologischen Garten versammelt, um sich die Eskimos vorführen zu lassen. Die dort ausgestellten Eskimos würden aus <b>Labrador</b>	Über die <i>Eskimos</i> von Labrador: VBAG 12, S. 253-274

19)		<p>stammen, so V. Die gewonnenen Daten würden zur Vervollständigung der Kenntnisse über die Inuit verhelfen. Es handle sich bei den hier vorgestellten, genauso wie bei allen anderen bereits bekannten und untersuchten Eskimos, um Langschädel. Dies unterscheidet sie grundsätzlich von ihren nächsten Nachbarn, den Lappen, die kurzschädelig seien. Eine Verwandtschaft sei nur mit den Mongolen möglich. Wollte man auf Grund der übereinstimmenden Gesichtsbildung eine Abstammung der Eskimos von den Mongolen annehmen, so müsste ein noch nicht gefundener mongolischer, langschädlicher Stamm vorhanden sein oder Klima und Lebensweise hätten einen Einfluss auf die Umbildung des Schädels genommen. Auffällig bei den Eskimos seien auch die verschiedenen Hautfarben. Den Einfluss von Licht könne man, da die Färbung einheitlich auch an den bekleideten Bereichen vorliege, ausschließen. Die geistigen Fähigkeiten seien gut ausgebildet. Die Kolonisation der nördlichen Gebiete hätte dahingehend Spuren hinterlassen, als dass einer der Eskimos sehr gut schreiben und zeichnen könne. Die Bedarfs- und Schmuckgegenstände seien aus Knochen gearbeitet und würden Ähnlichkeit mit den Kulturen der ältesten Steinzeit aufweisen. Dann begann die Vorführung der Eskimos, die allerdings im Gedränge und Lärm des hereinströmenden Publikums fast unterging.</p>	
-----	--	---	--

138	Sa, 13.11.1880, Nr. 316, MA (PDF: 6)	S. 4, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (8. Sitzung vom 12. Nov.): Thema ist der <b>Staatshaushaltsetat</b> . V steht auf der Rednerliste gegen den Etat.	
139	So, 14.11.1880, Nr. 317, MA (PDF: 11)	S. 1, 2. Spalte mittig	<p>Offizielle Erklärung gegen den <b>Antisemitismus</b>:</p> <p>Kämpfe hätten das Vaterland geeint zu einem mächtigen, aufstrebenden Reich. Diese Einheit sei errungen worden dadurch, dass im Volksbewusstsein der Deutschen das Gefühl der notwendigen Zusammengehörigkeit den Sieg über die Stammes- und Glaubensgegensätze davontrug. Das gemeinsame Ziel sei der Ausgleich aller innerhalb der deutschen Nation noch von früher nachwirkenden Gegensätze. In beschämender Weise werde nun an verschiedenen Orten der Rassenhass und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen die jüdischen Mitbürger gerichtet. Man vergesse dabei, wie viele durch Fleiß und Begabung in Gewerbe und Handel, in Kunst und Wissenschaften, dem Vaterland Nutzen und Ehre gebracht hätten. Man breche damit die Vorschrift des Gesetzes und die Vorschrift der Ehre, dass alle Deutschen in ihren Rechten und Pflichten gleich seien. Die Aufrechterhaltung dieser Gleichheit müsse sich besonders im Gewissen jedes einzelnen Bürgers wiederfinden. Wie eine ansteckende Seuche drohe die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse überall zu ver-</p>	

			<p>giften. Wenn von den Führern der Bewegung Neid und Missgunst nur abstrakt gepredigt würden, so werde die Masse nicht zögern, aus dem Gerede praktische Konsequenzen zu ziehen. Es gebe schon Rufe nach Ausnahmegesetzen und Ausschließung der Juden von bestimmten Berufen, von Verweigerung von Auszeichnungen und Vertrauensstellungen. Dagegen müsse man Widerstand leisten. Der Ruf gehe an die Christen aller Parteien, an alle Deutschen, denen das Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liege. Man müsse jedes Bekenntnis achten und dafür sorgen, dass gleiches Recht für alle gelte. Unter vielen hat auch V mit unterschrieben.</p>	
140	<p>Di, 16.11.1880, Nr. 319, MA (PDF: 13)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p>Bericht zum Schluss der Etatdebatte: Es ist nur kurz vermerkt, dass V und Miquel, obwohl sie auf der <b>Rednerliste</b> standen, nicht mehr zu Wort gekommen seien.</p>	
141	<p>Mi, 17.11.1880, Nr. 3220, MA (PDF: 17)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: V sei es mit wiederholten Bemühungen gelungen, das Kultusministerium zur Herausgabe einer Übersicht der Einnahmen und Ausgaben aus dem <b>Hannoverschen Klosterfonds</b> zu bewegen.</p>	
142	<p>Sa, 20.11.1880, Nr. 323, AA (PDF: 26)</p>	<p>S. 2, 2. Spalte unten</p>	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die Interpellation V und <b>Hänels</b> zur Agitation gegen die <b>Juden</b>.</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 586-599</p>
143	<p>So, 21.11.1880,</p>	<p>S. 2, 1. Spalte</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [20.11.1880] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist</p>	<p>vgl. Andree, Band 35,</p>

	Nr. 324, MA (PDF: 28)	mittig	<p>der zurzeit vorherrschende <b>Antisemitismus</b>. Allein V und <b>Träger</b> seien der antisemitischen Bewegung rücksichtslos entgegengetreten. V habe in seiner bekannten Art an den Verstand seiner Zuhörer appelliert. Punkt für Punkt sei er den Anklagen gegen das <b>Judentum</b> entgegengetreten. Die angebliche Überflutung Deutschlands durch <b>Juden</b> sei reine Fiktion. Die Auswanderungszahlen seien höher als die Einwanderungszahlen, mit Ausnahme von Berlin. Die ganze Angelegenheit als eine Frage der Rasse hinzustellen, sei genauso falsch. Sicher gebe es auch Schwächen und Auswüchse des Judentums, aber nirgends würden diese mehr bekämpft, als durch die Juden selbst. Der Ausgangspunkt sei die offizielle Presse und zwar genau ab dem Punkt, wo hervorragende Juden im Parlament nach oben unbequem würden. Unterstützung fänden diese Agitationen in der konservativen und ultramontanen Presse und hätten dann Eingang in die allgemeine Bevölkerung gefunden. Nur die völlige Unterdrückung der subventionierten Presse könne das Land vor der Wiederkehr solch bedenklichen Vorgänge schützen. Durch die Erklärung des Staatsministeriums werde die Sache hoffentlich bald ein Ende finden.</p>	S. 586-599
144	So, 21.11.1880, Nr. 324, MA	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (13. Sitzung vom 20. Nov.): Thema ist der zurzeit vorherrschende <b>Antisemitismus</b>. V nimmt Stellung zu seiner Interpellation. Seine Intention war, das Publikum zu war-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 586-599

	(PDF: 31)	<p>nen, dass diese Bestrebungen weder bei der Regierung noch im Haus irgendeine Unterstützung fänden. Dieser Zweck sei erreicht. Die Antwort der Regierung sei korrekt gewesen, in seinen Augen leider etwas zu kühl. Dann kommt er auf einen Zwischenfall zu sprechen, der schon ein Jahr zurück liegt. Der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde hatte an den Innenminister eine Eingabe gerichtet, um um Schutz für die jüdische Bevölkerung zu bitten gegen die Verdächtigungen <b>Stöckers</b>. Diese blieb ohne Antwort, gleiches galt für Anfragen im April und Mai. Bei einem persönlichen Besuch im Ministerium erhielt man die Antwort, dass der Minister nicht allen Dingen nachgehen könne. Dann erfolgte im Juni endlich eine Reaktion. Das Ministerium bemängelte die Legitimation des Vorstandes, für die gesamte jüdische Bevölkerung zu sprechen und man wolle auch nur dann einschreiten, wenn wirklich Gesetze übertreten würden. V sei über diese Haltung mehr als überrascht. Schließlich habe man den Juden Rechte eingeräumt, die sie auch voll nutzen sollten. Wenn man nachweisen könne, dass die Juden ihre Rechte missbraucht hätten, so würde V auch daran mitarbeiten, um solche Ausschreitungen zu verhindern, aber er würde deswegen nie daran denken, deren Rechte zu beschneiden, wie der Abg. <b>Reichensperger</b> dies fordere. Letzterer habe sogar die Frage des <b>Kulturkampfes</b> in diese</p>	
--	-----------	---	--

		<p>Diskussion eingebracht. V sei immer gerne bereit, über den Kulturkampf zu diskutieren, aber in diese Debatte gehöre das Thema nicht hinein. Die angebliche Überflutung Deutschlands durch <b>Juden</b> sei reine Fiktion. Die Auswanderungszahlen seien höher als die Einwanderungszahlen, mit Ausnahme von Berlin. Zwar habe man nur statistische Auswertungen bis 1871, solle sich das seitdem geändert habe, müsse jemand erst den Beweis dafür erbringen. Die ganze Angelegenheit als eine Frage der Rasse hinzustellen, sei genauso falsch. Hier nähre eher der Neid der Massen auf die erfolgreichen Geldgeschäfte die ganze Sache. V liege eine Broschüre vor, in der stehe, dass der Prozentsatz der jüdischen Kinder in den Schulen wachse und dass es deshalb einen Kampf um das Dasein gebe. Man müsse die germanische gegen die jüdische Rasse verteidigen. In Vs Augen könne man den Juden nicht zum Vorwurf machen, dass sie versuchten, ihre Kinder gut auszubilden. Er wolle nicht behaupten, dass alle Juden angenehme Leute seien, ebenso wenig wolle er für alle ihre Eigenschaften eintreten, aber nirgends würden diese mehr bekämpft, als durch die Juden selbst. Dass es sehr wohl möglich sei, trotz eines starken jüdischen Elementes, den Frieden zu wahren, zeige das Beispiel Holland. Der Ursprung der jetzigen antisemitischen Strömung sei die konservative Partei, unterstützt von der „<b>Germania</b>“. Auch der</p>	
--	--	---	--



			<p><b>Reptilienfonds</b> sei nicht unbeteiligt gewesen. Der Ausgangspunkt sei die offizielle Presse und zwar genau ab dem Punkt, wo hervorragende Juden im Parlament nach oben unbequem wurden. Die ganzen Vorwürfe würden selbst bei gut unterrichteten Männern wie <b>Reichensperger</b> Schaden anrichten. Nur die völlige Unterdrückung der subventionierten Presse könne das Land vor der Wiederkehr solcher bedenklichen Vorgänge schützen. V beendetet seine Rede mit der Hoffnung, dass die Debatte dazu beigetragen habe, die öffentliche Meinung in der Frage aufzuklären und vorhandene Gegensätze auszugleichen.</p>	
145	Mo, 22.11.1880, Nr. 325, AA (PDF: 34)	S. 2; 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V klargestellt habe, dass es sich bei den vermeintlichen jüdischen Masseneinwanderungen um einen Mythos handle.	
146	Di, 23.11.1880, Nr. 326, MA (PDF: 36)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [22.11.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der zurzeit vorherrschende <b>Antisemitismus</b> . V blieb nach erschöpfenden Argumentationen seiner Freunde nur noch die Nachlese, die sich auf Richtigstellung falscher gegnerische Behauptungen beschränkte.	vgl. Andree, Band 35, S. 600-607
147	Di, 23.11.1880, Nr. 326, MA (PDF: 41)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 22. Nov.): Thema ist erneut der zurzeit vorherrschende <b>Antisemitismus</b> . V spricht den Fall <b>Kantorowicz</b> an. Er habe zwar keine Veranlassung, den Herren zu unterstützen, wolle aber klar stellen,	vgl. Andree, Band 35, S. 600-607

			<p>dass es sich bei dem Verfahren gegen diesen um einen Zivil- und nicht um einen Strafprozess handle. Es sei lediglich eine zweifelhafte Auslegung des Markenschutzgesetzes gewesen und man habe der Firma keine böse Absicht unterstellen können. Weiter geht es um die unangemessene Behandlung eines jüdischen Schülers. Ein Herr <b>Förster</b> sei früher schon wegen ähnlich unangemessenen Verhaltens ermahnt worden. V gibt zu bedenken, dass Hr. Förster bekanntermaßen der Antisemitenpartei angehöre, was per se in einer gemischt konfessionellen Schule wenig sinnvoll sei. Dann spricht V über die Äußerungen <b>Stöckers</b>. Dieser nehme billigend in Kauf, dass seine Worte eventuell verderblichen Brand entfachen könnten. Keine einzige Partei im Haus habe sich der von Stöcker unterstützten Petition angeschlossen. Daher könne man die stattfindende Diskussion als Verurteilung dieser Bestrebungen werten. In zwei späteren, kurzen, persönlichen Bemerkungen wendet sich V erneut gegen Stöcker.</p>	
148	<p>Mi, 24.11.1880, Nr. 327, MA (PDF: 44)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p><b>BAG</b> (Sitzung vom 20. Nov.): V berichtet über seine Reise nach <b>Lissabon</b>. Er sei überaus gastlich aufgenommen worden, leider habe die Zahl der Besucher zu wünschen übrig gelassen. Das Hauptthema sei der tertiäre Mensch gewesen. Dann folgte eine sehr detaillierte Beschreibung der Fundstellen in der Nähe von Lissabon. Auch habe es ergiebige Höhlenfunde gegeben. Nach Abschluss</p>	<p>Iberische Reminiscenzen: VBAG 12; S. 427-437</p>

			<p>des Kongresses sei man gen Norden gefahren, nach <b>Braga</b>. Danach ging es weiter östlich zu alten Ansiedelungen, deren Freilegung Hr. <b>Sarmento</b> begonnen habe.</p> <p>Schließlich ging V noch auf die Sammlung der <b>Academia della arte</b> zu Lissabon ein. Dort seien Funde aus Portugal ausgestellt, die aus der Übergangszeit der prähistorischen zur historischen Periode stammten.</p>	
149	Do, 25.11.1880, Nr. 328, MA (PDF: 48)	S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Lokales: Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler der jüdischen Gemeinde</b>. Viele Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinde hätten erst durch Vs Wortmeldung im HdA erfahren, dass ihre Gemeindebehörden sich wegen der <b>Judenhetzereien</b> an den Innenminister gewandt hätten.</p>	
150	Sa, 27.11.1880, Nr. 330, MA (PDF: 52)	S. 2, 1. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [26.11.1880] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der <b>Etat des Landwirtschaftsministeriums</b>. V wies die Regierung auf die verschwenderische Ausstattung des <b>landwirtschaftlichen Lehrinstitutes</b> hin. Es würden Lehrkräfte für Physik, Tierphysiologie und Nationalökonomie beschäftigt, während für Unterricht in allen diesen Fächern an der Universität gesorgt sei.</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 607-612
151	Sa, 27.11.1880, Nr. 330, MA (PDF: 55)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	<p><b>HdA</b> (16. Sitzung vom 26. Nov.): Thema ist der <b>Etat des Landwirtschaftsministeriums</b>. V sei zufrieden, dass die Akademie in <b>Proskau</b> nun geschlossen worden sei und in Berlin ein landwirtschaftliches Institut gegründet werde. Dafür habe er immer plä-</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 607-612

			diert. Allerdings würden Lehrkräfte für Physik, Tierphysiologie und Nationalökonomie beschäftigt, während für Unterricht in allen diesen Fächern an der Universität gesorgt sei. Daher sei zu erwarten, auch in Hinblick auf die Dotierung der Stellen, dass man nicht genügend Kräfte zur Besetzung der Stellen finden werde.	
152	So, 28.11.1880, Nr. 331, MA (PDF: 58)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte oben	Die VZ kommt noch mal auf die beiden letzten Sitzungen des HdA zurück, in denen über die antisemitische Bewegung diskutiert wurde. Die Zeitung weist auf Vs Einsatz hin, auch die Presse, besonders den <b>Reptilienfonds</b> , dafür verantwortlich zu machen. Man müsse sich fragen, woher die Mittel für diese ganzen Blätter kämen. Es wird direkt aus den stenographischen Berichten zitiert. Hier wird auch nochmal Vs Aussage zu den Verirrungen <b>Reichenspergers</b> wiederholt.	
153	Fr, 3.12.1880, Nr. 336, MA (PDF: 6)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [2.12.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Innenministeriums</b> . Diskutiert wird über den <b>Staatsministeriumsbeschluss</b> , die den Behörden die Zuwendung amtlicher Anzeigen an Blätter mit oppositionellem Charakter untersage. V habe entschieden darauf hingewiesen, dass es sich keineswegs nur um den Ausschluss von Skandal- und Schmutzblättern handle, sondern um die gesamte entschieden liberale und fortschrittliche Presse.	vgl. Andree, Band 35, S. 612-617
154	Fr, 3.12.1880,	1. Beilage, S. 3.	<b>HdA</b> (19. Sitzung vom 2. Dez.): Thema ist der <b>Etat des Innenministeriums</b> . Diskutiert	vgl. Andree, Band 35,

	Nr. 336, MA (PDF: 9 u. 10)	2. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	wird über den <b>Staatsministeriumsbe-</b> <b>schluss</b> , die den Behörden die Zuwendung amtlicher Anzeigen an Blätter mit oppositi- onellem Charakter untersage. Problem da- bei, so V, sei die Klassifikation, welches Blatt in welche Kategorie gehöre. Die <b>Fort-</b> <b>schrittspartei</b> habe erleben müssen, mal als oppositionell, mal als tolerabel, mal als deutsch-feindlich, dann als monarchisch o- der sogar republikanisch bezeichnet zu wer- den. Die Einordnung als Republikaner sei sogar in Depeschen schriftlich festgehalten. Dieses Vorgehen werde zum Bruch mit dem konstitutionellen System führen, es sei eine Art Strafverfahren, um bestimmte Organe zu unterdrücken. Problematisch in der Sache sei der stete Wechsel im Ministerium. Mit jedem Wechsel würden dann auch immer neue Zeitungen entstehen. Fakt aber sei, dass alles Oppositionelle immer weniger gut klinge als das, was in schmeichlerischer Weise die Wünsche des Einzelnen befriedi- ge. Die Verunglimpfung von Personen sei aber am meisten von der Regierungspresse veranstaltet worden. Nach Vs Meinung müs- se man die Presse frei gewähren lassen. Be- sonders das, was als Mehrheit zu Tage trete, müsse auch als solche respektiert werden.	S. 612-617
155	Fr, 3.12.1880, Nr. 336, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Bericht zum Erscheinen des Doppelheftes der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holt-</b> <b>zendorff</b> . (Heft Nr. 352/353)	

156	Fr, 3.12.1880, Nr. 336, MA (PDF: 11)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Dez.): Es findet die Wahl zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> statt. Im ersten Wahlgang erreicht V nur 44 von 90 Stimmen, im zweiten Wahlgang bekommt er 47 Stimmen und ist somit gewählt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
157	Sa, 4.12.1880, Nr. 337, MA (PDF: 14)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [3.12.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Erstellung einer Gründerstatistik. Im Rahmen dieser Debatte sei die Sprache wieder auf die <b>Antisemitismus</b> debatte gekommen. V habe sich entrüstet gegenüber der „ <b>Landesszeitung</b> “ gezeigt, die ihn wegen seines Auftretens in der Judendebatte angegriffen habe. Dabei handle es sich um ein konservatives Blatt, dass von einem Mitglied des Hauses verlegt und herausgegeben werde.	vgl. Andree, Band 35, S. 617-627
158	Sa, 4.12.1880, Nr. 337, MA (PDF: 16-17)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (20. Sitzung vom 3. Dez.): Thema ist die Erstellung einer Gründerstatistik. Im Rahmen dieser Debatte kommt die Sprache wieder auf die <b>Antisemitismus</b> debatte. V sieht sich gezwungen, nochmal dazu Stellung zu beziehen, da diese Angelegenheit immer größere Dimensionen annehme. Er wolle das Seine tun, um der großen Ungerechtigkeit entgegenzutreten. Selbst seine starke Stellung würde ihn nicht vor gemeinen Angriffen der Presse schützen. Dies gelte besonders für die „ <b>Landeszeitung</b> “. Dabei handle es sich um ein konservatives Blatt, dass von einem Mitglied des Hauses verlegt und herausgegeben werde. Von diesem könne man doch ein einfaches Gefühl	vgl. Andree, Band 35, S. 617-627

		<p>der Loyalität gegenüber anderen Mitgliedern des Hauses erwarten. In der neusten Ausgabe des Blattes habe man V nahe gelegt, seine wissenschaftliche und politische Stellung aufzugeben, um nur noch Atteste auszustellen für Likörfälscher. Dabei habe er sich lediglich darum bemüht, die Angelegenheit um <b>Kantorowicz</b> klarzustellen. Weiter warnt V davor, in der Antisemitismusfrage über die Herkunft zu diskutieren. Die „Landeszeitung“ halte automatisch alle Antisemiten für Germanen. Dabei gebe es auch viele Slawen unter ihnen und in Preußen habe man noch nie darauf geschaut, wo jemand herkam, um ihn zu den höchsten Stellungen zuzulassen. Die persönliche Sympathie oder Antipathie dürfe für die Beurteilung der Rechtsfrage keine Rolle spielen. Ihm ginge es nur darum, dass gleiches Recht für alle gelte. Die von den Germanen reinsten Wassers angeprangerte Vetternwirtschaft der <b>Juden</b> hänge für V mit den Außen Umständen zusammen. Wenn eine gewisse Gruppe von wenigen zusammenhängenden Personen sich unter den schwierigsten Verhältnissen befinde, entstünde das Gefühl der Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung. Gleiches könne man zurzeit unter den Deutschen in Russland beobachten. Diese seien den gleichen Vorwürfen ausgesetzt wie hier die Juden. Schnelle Assimilation sei da das einzige Hilfsmittel. Dadurch bringe man sie davon ab, sich gegenseitig zu unterstützen</p>	
--	--	---	--

			und wecke in ihnen das Gefühl der <b>Rechtsgleichheit</b> . Abschließend erinnert V daran, dass man nicht aufgrund des Germanentums oder Christentums in diesem Hause sitze, sondern dass man im Sinne der Verfassung und der begründeten Gesetze gleiches Recht für alle vertrete.	
159	Sa, 4.12.1880, Nr. 337, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Liste über die Zusammensetzung der <b>Kommission zur Vorberatung des Gesetzes über die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser</b> . V ist <b>stellvertretender Vorsitzender</b> .	
160	So, 5.12.1880, Nr. 338, MA (PDF: 21-22)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.	Buchbesprechung zu <b>Schliemanns</b> Werk über die Ausgrabungen in <b>Troja</b> : Es ist nur kurz angemerkt, dass V das Werk gewidmet sei und er ein <i>Vorwort</i> dafür verfasst habe. Im Anhang finde man mehrere Aufsätze Vs über Troja und Hissarlik und über die ärztliche Praxis in der Troas.	<i>Vorwort</i> zu H. Schliemann, Ilios. London. S. 9
161	Mo, 6.12.1880, Nr. 339, AA (PDF: 24)	S. 2, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Beratung des <b>Staatshaushaltsetats</b> . Zum <b>Meteorologischen Institut</b> äußerte sich auch V. Er hoffe, dass dieses Institut nicht in Konkurrenz zur Seewarte trete.	vgl. Andree, Band 35, S. 628-631
162	Di, 7.12.1880, Nr. 340, MA (PDF: 26)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 6. Dez.): Thema ist die Beratung des <b>Staatshaushaltsetats</b> . Zum <b>Meteorologischen Institut</b> äußerte sich auch V. Der Hauptsitz dieses Instituts liege mittlerweile in <b>Hamburg</b> . Da stelle sich für ihn die Frage, ob es sinnvoll sei, für die gleiche Aufgabe ein zweites Institut zu schaffen. Die <b>Seewarte</b> würde genauso das	vgl. Andree, Band 35, S. 628-631



			<p>Wetter an Land und auf See beobachten und da würden sich die Interessen kreuzen. Dank der Telegraphen könne man also sehr wohl in Berlin das Wetter vorhersagen und nach Hamburg weitersenden. In einer weiteren Wortmeldung kritisiert V die Haltung der Landwirte zu dem Thema. Der Glaube, es müsse extra für sie eine Spezialwissenschaft erfunden werden, sei falsch. Es ginge dabei nur um die zweckmäßige Anwendung einer allgemeinen Wissenschaft auf die Landwirtschaft. Viel wichtiger sei es bei der <b>Wetterbeobachtung</b> und –vorhersage <b>global</b> zu denken und daraus Wissen zu ziehen. Dies wiederum könne man dann auf die Landwirtschaft herunterbrechen.</p>	
163	Fr, 10.12.1880, Nr. 343, MA (PDF: 34)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Dez.): Es ist ein Schreiben Vs eingegangen, in welchem er sich für die Wahl zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> bedankt.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
164	Mo, 13.12.1880, Nr. 346, AA (PDF: 40)	S. 2, 3. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist der <b>Kulturetat</b>. V empfahl der Unterrichtsverwaltung, auf eine größere Schonung der Augen der Jugend zu achten und betonte die <b>ärztliche Überwachung der Schule</b>. Der mangelnde Fleiß der Studierenden liege häufig an der unzureichenden Vorbereitung zum Universitätsstudium. Besonders die Fähigkeiten in Latein seien sehr viel schlechter geworden. Trotz allem dürfe man aber die <b>Lernfreiheit</b> nicht beschränken. Über das Thema Mensur gehe er</p>	vgl. Andree, Band 35, S. 631-640

			<p>hinweg, aber er wolle, dass die Provokation zum Duell stärker bestraft werde. Am wichtigsten sei aber, dass der ideale Zug, der im deutschen Studententum liege wirksam bliebe, damit aus den Studenten später keine knechtischen und höfischen Männer würden, die nur auf ihren eigenen Vorteil aus seien.</p>	
165	<p>Di, 14.12.1880, Nr. 345, MA (PDF: 43)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (26. Sitzung vom 13. Dez.): Thema ist der <b>Kulturetat</b>. V empfahl der Unterrichtsverwaltung, auf eine größere Schonung der Augen der Jugend zu achten. Auch eine deutliche Zunahme von <b>Geisteskrankheiten</b> sei zu verzeichnen. Sich hier aber auf eine rein erbliche Häufung zu reduzieren sei falsch. Viel mehr könne die Überlastung in Kombination mit erblicher Disposition den Ausbruch einer Geisteskrankheit fördern. Es gebe auch andere Anzeichen der Überlastung wie Kopfschmerzen und allgemeine Erschlaffung. Über die Aussagen der Lehrer, hier ein genaues Bild zu bekommen, sei fraglich und genaue Untersuchungsergebnisse könne man nur gewinnen durch die <b>ärztliche Überwachung der Schule</b>. Auffällig sei auch, dass die Studenten unzureichend vorbereitet an die Universität kämen. Besonders die Fähigkeiten in Latein seien sehr viel schlechter geworden. Im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit als Professor sei V zu dem Schluss gekommen, dass man ein anderes System zur Vorbereitung der Studenten bräuchte. Die Schulen würden mehr und mehr zum Selbstzweck und die Vorberei-</p>	<p>vgl. Andree, Band 35, S. 631-640</p>

		<p>tung zur Weiterführung gerate mehr und mehr ins Abseits. Trotz allem dürfe man aber die <b>Lernfreiheit</b> nicht beschränken. Sie sei ein hohes Gut, auch wenn davon nur die Besten profitieren würden und das Mittelmaß und die Schlechten nichts davon hätten. Nur damit könne man dafür sorgen, dass der ideale Zug, der im deutschen Studententum liege wirksam bliebe, damit aus den Studenten später keine knechtischen und höfischen Männer würden, die nur auf ihren eigenen Vorteil aus seien. Über das Thema Mensur gehe er hinweg, aber er wolle, dass die Provokation zum Duell stärker bestraft werde. Die Honorarfrage der Professoren sei für V einfach zu beantworten. Es dürfe keine <b>Privatdozenten</b> geben. Dies sei aber nicht zu erreichen. Die Klage über zu lange Ferien für die Studenten weist V zurück. Diese Zeit werde dringend für das Privatstudium benötigt, da man gerade in den Naturwissenschaften nicht ausreichend Zeit habe, um alles im Kolleg erarbeiten zu können. Negativ mache sich auch der Militärdienst bemerkbar. Diese Zeit fehle den Studenten, auch wenn sie als Studienzeit angerechnet werde. Gegensteuern könne man da nur mit einer Studienzeitverlängerung oder einer Reduzierung der Anforderungen im Militärdienst. Auf der anderen Seite wachse die Summe des Detailmaterials in allen Disziplinen, welches die Studenten zu lernen hätten. Letzteres führe auch zu einer deutlichen Be-</p>	
--	--	---	--

			lastung der Professoren. Es sei nicht mehr denkbar, jedes Semester ein Heft herauszubringen, sondern man beschränke sich darauf, die Vorlesungen an Hand von Stichworten und Notizen zu halten. Abschließend lobt V die große Summe, die nun für die Universitäten bewilligt worden sei. Damit könne man fortsetzen, was schon lange hätte ausgeführt sein müssen.	
166	Mi, 15.12.1880, Nr. 346, MA (PDF: 47)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [14.12.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat der Elementarschulen</b> . V wies auf die Nachteile hin, wenn mit jedem Kultusministerwechsel auch das gesamte Unterrichtssystem wechsele. Hier sei Stetigkeit nötig und dies sei nur zu erreichen, wenn man die Regelung der Verhältnisse dem Kultusminister entziehe, ein <b>Unterrichtsgesetz</b> schaffe oder einen unabhängigen Unterrichtsrat gründe.	vgl. Andree, Band 35, S. 640-646
167	Mi, 15.12.1880, Nr. 346, MA (PDF: 49-50)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 14. Dez.): Thema ist der <b>Etat der Elementarschulen</b> . V kritisiert <b>Stöckers</b> Wunsch nach speziellen lokalen Lesebüchern. Dies möge kurzweiliger sein, erfülle aber nicht den Zweck der Unterrichtsverwaltung. Man müsse allgemeine Bücher schaffen, für die der Staat die Verantwortung übernehme. Es könne nicht sein, dass mit jedem Kultusministerwechsel auch das gesamte Unterrichtssystem wechsele. Hier sei Stetigkeit nötig und dies sei nur zu erreichen, wenn man die Regelung der Verhältnisse dem Kultusminister entziehe, ein	vgl. Andree, Band 35, S. 640-646

			<b>Unterrichtsgesetz</b> schaffe oder einen unabhängigen <b>Unterrichtsrat</b> gründe. Die Entscheidung über die Lesebücher könne unmöglich in die Hände der Synode gelegt werden. Vielmehr solle man die Differenzen im konfessionellen Sinne eher etwas verschweigen und sich auf das berufen, was verbinde.	
168	Mi, 15.12.1880, Nr. 346, MA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Bericht aus der <b>Budgetkommission</b> . Thema sind <b>Dispositionsgehälter</b> für Mitglieder der Regierung. Es wurde die Vertagung der Beschlussfassung beantragt und V schließt sich diesem an.	
169	Mi, 15.12.1880, Nr. 346, AA (PDF: 52)	S. 2, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der <b>Etat der Elementarschulen</b> . Der von V vorgeschlagene <b>Unterrichtsrat</b> wurde von <b>v. Puttkamer</b> bekämpft.	vgl. Andree, Band 35, S. 646-653
170	Do, 16.12.1880, Nr. 347, MA (PDF: 54)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [15.12.1880] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut der <b>Kultusetat</b> . Die von anderer Seite geforderte Einführung eines <b>Schuldotationsgesetzes</b> als Vorarbeit zu einem Unterrichtsgesetz erkannte auch V an. Die Regierung sei dafür verantwortlich, dass nicht schon längst durch den Erlass einer <b>Landgemeindeordnung</b> leistungsfähige Verbände entstanden seien. In der Abendsitzung wurde der <b>Etat für Kunst und Wissenschaft</b> beraten. V äußerte sich zur Nutzbarmachung der <b>Kunstmuseen</b> in Berlin. Die Besuchszeit müsse deutlich ausgedehnt wer-	vgl. Andree, Band 35, S. 646-653

			den und die dadurch mehr belasteten Gale-riediener müssten besser bezahlt werden. Ferner stellte er die Frage nach dem Bau ei-nes neuen Bibliotheksgebäudes.	
171	Do, 16.12.1880, Nr. 347, MA (PDF: 56 u. 57)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 15. Dez.): Thema ist erneut der <b>Kultusetat</b> . V fühlt sich vom Kultusminister <b>v. Puttkamer</b> missverstan- den, besonders in Bezug auf den <b>Unter- richtsrat</b> . Er habe bereits in der vorherigen Session die Einrichtung eines solchen Rates beantragt. Leider sei nur eine abgeschwächte Form dieses Antrages angenommen worden, dass die Regierung Überlegungen in diese Richtung anstellen solle und dann wieder darüber berichten möge. Hier zeige sich auch, dass er unabhängig vom jeweiligen Ministerium gehandelt habe, denn in der letzten Session sei <b>Falk</b> Kultusminister ge- wesen. Er lehne auch den Vorwurf ab, von ministerieller Willkür gesprochen zu haben. Er habe lediglich bemerkt, dass es bedenk- lich sei, wenn mit jedem neuen Minister neue Lesebücher gemacht würden. Dies füh- re auch dazu, dass Verlagsartikel unbrauch- bar würden, das erzeuge Druck im Verlags- wesen und dies treffe wiederum Familien fi- nanziell. In Sachen des Lesebuches verlange er gar keinen verantwortlichen Minister. Dieser habe vielleicht auch gar nicht den nö- tigen Sachverstand. Besser sei es, eine sach- verständige Instanz dafür zu haben. Dieser Unterrichtsrat solle auch gar keine große Selbstständigkeit haben, sondern durch seine	vgl. Andree, Band 35, S. 646-653

			<p>Stellung wirken und durch seine Elemente.</p> <p>In Bezug auf das <b>Schuldotationsgesetz</b> sei der Minister allerdings im Recht. Zunächst müsse erst die Verwaltungsreform zu einem Abschluss gebracht werden. Allerdings sei dabei ein Punkt unerwähnt geblieben. Die Regierung sei dafür verantwortlich, dass nicht schon längst durch den Erlass einer <b>Landgemeindeordnung</b> leistungsfähige Verbände entstanden seien. Erst wenn man diese Ordnung ins Leben gerufen habe, könne man mit einem friedlichen und ruhigen Zustand als Grundlage der politischen Entwicklung rechnen.</p> <p>Im Zusammenhang mit den <b>Berliner Kunstmuseen</b> setzt V sich für Ausdehnung der Öffnungszeiten ein.</p> <p>Abendsitzung: Thema ist die <b>königl. Bibliothek</b>. V fragt nach dem Bau eines neuen Bibliotheksgebäudes. Bei dem Thema Kunst und wissenschaftliche Zwecke merkt V an, dass man nur durch die Privatmittel von Dr. Siemens den Ankauf eines <b>Archaeopteryx</b> bewerkstelligen konnte. Er hoffe, dass die Regierung dort im Nachhinein noch einspringe.</p>	
172	So, 19.12.1880, Nr. 352, MA (PDF: 64)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 18. Dez.): Die <b>Kommission zur Vorberatung der den Notstand in Oberschlesien betreffenden Gesetzentwürfe</b> ist gewählt worden und V gehört auch dazu.	Nichts bei Andree!
173	Mi, 22.12.1880,	1. Beilage, S. 1,	<b>BAG</b> (Sitzung vom 18. Dez.): V eröffnete die Versammlung mit dem Verwaltungs-	Iberische <i>Reminiscenzen</i> :

	<p>Nr. 355, MA (PDF: 69-70)</p>	<p>2. Spalte oben f.</p>	<p>und Kassenbericht des abgelaufenen Jahres. Später wird V per Akklamation zum <b>Vorsitzenden</b> gewählt. Den Schluss des Abends bildete Vs Vortrag zu <b>Reminiszenzen</b> über die iberische Halbinsel. Zunächst ging er auf den landschaftlichen Eindruck ein, der dem in der trojanischen Ebene gleiche. Eine Einrichtung, die auch in fast allen arabischen Völkern genutzt werde, sei ein Drehschlitten zur Gewinnung des Korns. Ob dies aber eine eher iberische Erfindung sei oder aus dem arabischen Raum importiert, lasse sich nicht genau sagen. Dann geht V auf die Fertigung von Tongefäßen ein, die zur Aufbewahrung diverser Dinge dienten. V habe auch die Existenz von süßen Eicheln bestätigen können, warte aber noch darauf, dass Exemplare geschickt würden. Abschließend zeigt V noch verschiedene Münzen.</p>	<p>VBAG 12, S. 427-437</p>
--	---	------------------------------	--	--------------------------------



## Fundstellen 1881

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 7.1.1881, Nr. 9, MA (PDF: 10 u. 11)	S. 4, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 6. Jan.): Der Oberbürgermeister <b>v. Forckenbeck</b> stellt die wiedergewählten bzw. neu gewählten Mitglieder vor, V ist auch darunter. Bei der Neuwahl des Vorsitzenden gibt es 113 gültige Stimmen. Auch auf V entfällt eine. Dann folgt die Wahl des <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> . V wird wieder gewählt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
2	Do, 13.1.1881, Nr. 19, MA (PDF: 22)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung sämtlicher Wahlmänner Berlins</b> vom 12. Jan. Dieser Abend ist von den Herren V, <b>Richter, Hermes, Loe-we, Knörcke, Langerhans, Straßmann, Parisius</b> und <b>Klotz</b> gestaltet worden. Vs Rede wurde mit Beifallsrufen begrüßt. Diese Versammlung solle prüfen, ob die versammelten Vertreter noch in Übereinstimmung mit der Bürgerschaft seien, so V. Laute Zurufe aus der Versammlung hätten darüber mehr als deutlich Auskunft gegeben. V habe über die <b>Judenfrage</b> gesprochen und über die Agitationen <b>Stöckers</b> . Er habe die Frage nach ihrem staatsrechtlichen und religiösen Standpunkt beleuchtet. Solche Angriffe gegen die bürgerliche Gleichberechtigung habe es noch nie gegeben. Jeder ehrliche Deutsche müsse sich für so etwas schämen. Der Bericht endet mit der Resolution Vs und Richters und beinhaltet offene Entrüstung darüber, dass Berlin Schauplatz antisemiti-	s. a. AA des Tages

			<p>scher Bewegungen geworden sei. Es gelte die Überzeugung, dass nur im friedlichen und einträchtigen Zusammensein aller Kräfte des nationalen Lebens, vor dem kein Unterschied im Bekenntnis Berechtigung habe, das Land gedeihen könne.</p>	
3	<p>Do, 13.1.1881, Nr. 20, AA (PDF: 23-24)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>Ergänzung zu dem Bericht in der Morgenausgabe der VZ über die <b>Versammlung sämtlicher Wahlmänner Berlins</b> vom 12. Jan. In diesem Bericht ist Vs Rede, die er gehalten hat, abgedruckt. Es sei etwas ungewöhnlich, führte er aus, dass eine solche Versammlung der Wahlmänner zusammentrete, um ihren Abgeordneten zu zeigen, welch ein Geist in Berlin herrscht. Aber früher habe es nie solche Vorfälle gegeben. Zwar freue man sich als Vertreter im HdA das Volk zu vertreten, aber wenn die Unterstützung von Seiten der Wähler nicht mehr gegeben wäre, bliebe die Haltung die Gleiche. Man wolle nicht um die Gunst der Masse buhlen, denn nichts sei gefährlicher, als wenn seine Vertreter mit dem Wechsel der öffentlichen Meinung sich selber wechselten. Die jetzige Bewegung sei fatal und stelle bisherige Errungenschaften in Frage. Hinzu käme, dass man mit dieser Haltung in Europa eine Ausnahmestellung einnehmen würde. Die angeblich hohen Einwanderungszahlen seien von <b>Dr. Neumann</b> widerlegt worden. Dies habe auf einigen Seiten schon zur Einsicht geführt, aber nicht bei allen. Besonders <b>Stöcker</b> sei nicht in der La-</p>	<p>Die Verurteilung der antisemitischen Bewegung durch die Wahlmänner von Berlin: Bericht über die allgemeine Versammlung der Wahlmänner aus den vier Berliner Landtagswahlkreisen am 12. Januar 1881. Bartel, Berlin, 1881</p>

		<p>ge, seinen Irrtum auch zu bekennen. Zu der Schwere der Behauptungen dürfe man nicht schweigen, sondern da müsse man sich zu seinen falschen Aussagen bekennen. Weiter klärt V auf, dass die in der <b>Antisemiten-Petition</b> geäußerten Bestrebungen nicht mit dem bestehenden Recht in Einklang stünden. Schon 1812 sei festgestellt worden, dass Juden akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter verwalten könnten, soweit sie dafür geeignet seien. Nun beklage man, dass ein Jude Vorsteher der SVV sein könne. Das seien törichte und lächerliche Auswüchse, aber sie würden vorgetragen und würden sich allmählich in die Gemüter fressen und drängten sogar schon in die Schulen. Für V entscheidend sei, dass die Verfassung unangetastet bliebe. Dies sei nicht nur im Sinne der Fortschrittspartei, sondern aller Parteien. Die Verfassung sehe vor, dass nicht ein exklusiv christlicher Staat, sondern ein Rechtsstaat aufgebaut werde. Es müsse als Grundprinzip gleiches Recht für alle gelten. Dies sei der größte Schatz, die Grundlage des bürgerlichen Friedens im Staat, der friedlichen Entwicklung der Gesellschaft. Ein Blick nach Holland zeige, wie religiöse Freiheit aussehe und wie stolz das Land darauf sei. V äußerte deutlich, wie sehr er sich schäme, dass solche Dinge in Deutschland vorkämen. Man würde sich damit Europa gegenüber ein Armutszeugnis ausstellen. Zwar seien auch Klagen über Juden an eini-</p>	
--	--	---	--

			<p>gen Stellen berechtigt, aber was käme zusammen, wenn Juden alles zusammentrügen, was Christen an Schandtaten ausübten. Auch den Wucher gebe es nicht erst, seit es jüdische Referendare oder Lehrer gebe. Solcherlei Probleme löse man nicht mit Ausnahmegesetzen, sondern mit Gleichheit und Freiheit bei vollständiger Gleichberechtigung. Dabei erinnert er an die Hohenzollern, die ihr Land immer als ein Land der Toleranz betrachtet hätten. Die Juden seien ein Teil der Gesellschaft und würden ihre Aufgaben genauso wahrnehmen. V selber schmücke sich mit seinen jüdischen Freunden, die ihn an Geist und Scharfsinn überträfen. Und dann seien da noch die Ideen zum Talmud. Dort sei so viel Schreckliches geschrieben. Aber auch hier kontert V, dass im Alten Testament viele böse Dinge stünden. Abschließend hoffe er, dass die Resolution angenommen werde, denn der eigentlich denkende kritische Teil der Bevölkerung habe mit dem Treiben der Antisemiten nichts gemein. Die Resolution wird später angenommen.</p>	
4	Fr, 14.1.1881, Nr. 21, MA (PDF: 27)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Jan.): Thema ist die <b>Verpachtung von Rieselländereien</b>. V ist der Meinung, dass mit dem herannahenden Frühling dem Magistrat dazu eine Richtung vorgegeben werden müsse. Allerdings müsse man über die künftige Verwaltung noch in einer gemischten Deputation vorberaten. Problem sei, dass es keine wirklichen Fach-</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			leute auf dem Gebiet gebe. Er hoffe daher auch auf die Anstellung eines technischen Beirates.	
5	Sa, 15.1.1881, Nr. 23, AA (PDF: 31)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Es wird aus der <b>oberschlesischen Notstandskommission</b> berichtet. Diese habe auf Antrag Vs beschlossen, Subventionen für die Bahn Rybnik-Loslau zu leisten.	s. a. 8.2.1881
6	Di, 18.1.1881, Nr. 27, MA (PDF: 35)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Januarsitzung): Der eigentlich für die Tagesordnung vorgesehen Vortrag von V, über <b>Deutsche und Germanen</b> , konnte von ihm aus Zeitmangel nicht gehalten werden.	
7	Mi, 19.1.1881, Nr. 29, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (39. Sitzung vom 18. Jan.): Thema ist die <b>Einrichtung öffentlicher</b> , ausschließlich zu nutzender <b>Schlachthäuser</b> . Vorgesehen ist, dass nur frisches, im Schlachthaus geschlachtetes Fleisch auf dem Markt zum Verkauf angeboten wird. V hoffe, dass die vorliegenden Bestimmungen bald zu einer allgemeinen <b>Fleischschau</b> führen werden. Man könne den Gemeinden nicht zumuten, dass jedes beliebige Fleisch zugelassen werde.	vgl. Andree, Band 35, S. 654-655
8	Mi, 19.1.1881, Nr. 30, AA (PDF: 40)	S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht aus der gestrigen Sitzung der <b>Budgetkommission</b> : Thema war der <b>Steuererlass</b> und auch V habe dazu gesprochen.	
9	Mo, 24.1.1881, Nr. 38, AA (PDF: 49)	S. 2, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird über zwei Nachtragsetats debattiert. V sprach sich gegen eine Änderung der <b>Budgetperioden</b> aus. Es sei wesentlich sinnvoller, wenn der Reichstag vor dem Landtag zusammentreten würde.	vgl. Andree, Band 35, S. 655-665

10	Di, 25.1.1881, Nr. 39, MA (PDF: 51)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [24.1.1881] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist <b>der Etat des Elementarschulwesens</b> . In der <b>Budgetkommission</b> sei gefordert worden, den Fonds für die kommissarische Verwaltung mit dem für die Verwaltung der Schulaufsicht im Nebenamt zu verschmelzen. V habe sich, wie auch andere, dagegen ausgesprochen.	vgl. Andree, Band 35, S. 655-665
11	Di, 25.1.1881, Nr. 39, MA (PDF: 53 u. 54)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 24. Jan.): Erstes Thema sind zwei Nachtragsetats. Hier greift V die inzwischen gängige Praxis der <b>Etatüberschreitungen</b> an. Hier sei der Finanzminister gefordert einzugreifen. Es müsse eine rechtzeitige Anmeldung zum Etat erfolgen, sonst würde man die Übersicht verlieren. Hinzu käme, dass bei solch verspäteten Entscheidungen der Landtag sich einer Entscheidung kaum entziehen könne. Er hoffe auch, dass sich die geplante Zwei-Jahres-Periode nicht durchsetze. Sie würde zu einer Verschärfung des Problems führen. Hilfreich wäre eher, dass der Reichstag vor dem Landtag tage. So sei eine Aufsicht der Landesvertretung über die Staatsverwaltung gewährleistet. Ein weiteres Thema ist <b>der Etat des Elementarschulwesens</b> . In der <b>Budgetkommission</b> sei gefordert worden, den Fonds für die kommissarische Verwaltung mit dem für die Verwaltung der Schulaufsicht im Nebenamt zu verschmelzen. V sieht darin ein generelles Problem, dass dem <b>Kulturkampf</b> geschuldet sei. Man würde	vgl. Andree, Band 35, S. 655-665

			mit dieser Entscheidung der Regierung das Recht einräumen, vom Gehalt einer vakanten etatmäßigen Kreisschulinspektorenstelle mehrere Geistliche als Inspektoren im Nebenamt zu bezahlen. Damit würde man akzeptieren, dass etatmäßig geplante Gehälter anderweitig verwendet würden. Auf diese Weise greife man das bestehende Finanzrecht an. Wolle man lediglich die Anzahl bestehender etatmäßiger und kommissarischer Inspektorenstellen korrigieren, so könne man dies an anderer Stelle tun. V würde sich zwar auch dagegen wenden, aber es sei wenigstens etatmäßig korrekt.	
12	Do, 27.1.1881, Nr. 43, MA (PDF: 58)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [26.1.1881] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist ein Antrag <b>Windthorsts</b> zur <b>Straffreiheit des Sakramentespendens und Messelesens</b> . Hierzu habe V eine Rede gehalten, die nach der VZ von großer Bedeutung und wichtigem Inhalt sei, so dass man davon absehe, sie an dieser Stelle abzudrucken und auf die Kammerberichte verweise.	vgl. Andree, Band 35, S. 665-677
13	Do, 27.1.1881, Nr. 43, MA (PDF: 61-62)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 26. Jan.): Thema ist ein Antrag <b>Windthorsts</b> zur <b>Straffreiheit des Sakramentespendens und Messelesens</b> . V wolle unterscheiden zwischen der Gesetzgebung selbst und deren Anwendung. Generell sei es aber immer noch sein Ziel, eine wirklich gesetzgeberische Feststellung der Rechte der verschiedenen Kirchengesellschaften auf der gleichen Rechtsgrundlage zu schaffen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es	vgl. Andree, Band 35, S. 665-677

			<p>noch so, dass die Beamten der Kirche als Beamten des Staates anerkannt würden und damit auch dem staatlichen Rechtssystem unterlägen, welches noch auf dem Landrecht fuße. Also sei es schon sinnvoll, das eine von dem anderen zu trennen, nur müsse man darauf achten, dass aus der katholischen Kirche keine Staatskirche werde. Ziel sei es, ein <b>allgemeines Kirchenrecht</b> zu schaffen, welches nicht auf dem Boden spezifisch katholischer Gesetzgebung stehe. Den einzelnen Religionsgesellschaften müssten die größten Freiheiten gewährt und allgemeine Garantien gleichmäßig festgestellt werden. Die bestehenden Staatsgesetze aber fortbestehen zu lassen und durch eine Nebenmaßregel wiederum zu umgehen, das sei nicht akzeptabel. Entweder habe man ein klares Recht, in dem man einen Strafrechtsparagraphen aufrechterhalte, oder man schaffe ihn ab. Abschließend betont V nochmals, dass gleiches Recht für alle Religionsgesellschaften auch für Juden und Ungläubige gelten müsse. Am besten könne man die Angelegenheit regeln, wenn man gar keinen Kultusminister hätte, sondern alles vom Standpunkt des öffentlichen Rechts regeln würde.</p>	
14	Do, 27.1.1881, Nr. 43, MA (PDF: 63)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V am 31. Jan. im <b>Wahlverein der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis eine Vortrag halten werde.	s. a. 2.2.1881
15	Fr,	S. 2,	Die VZ berichtet noch einmal über Vs Rede	



	28.1.1881, Nr. 45, MA (PDF: 66)	1. Spalte oben	zum <b>Windthorst'schen</b> Antrag. Die Rede habe das Missfallen des Herrn <b>v. Minninge- rode</b> erregt, der sich angegriffen fühlte.	
16	Fr, 28.1.1881, Nr. 45, MA (PDF: 67)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Jan.): V eröffnete als <b>stellvertretender Vorsitzender</b> die Sitzung, da <b>Dr. Straßmann</b> wegen eines Trauerfalls in der Familie verhindert sei.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
17	Sa, 29.1.1881, Nr. 47, MA (PDF: 2)	S. 4, 3. Spalte oben	<b>HdA</b> (48. Sitzung vom 28. Jan.): V steht auf der Rednerliste gegen den Steuererlass.	
18	So, 30.1.1881, Nr. 49, MA (PDF: 9)	3. Beilage, S. 3. 1. Spalte oben	Anzeige des 2. Berliner Reichstagswahlkreises: In der Sitzung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> wird V am 31. Jan. einen Vortrag halten.	s. a. 2.2.1881
19	Mi, 2.2.1881, Nr. 53, MA (PDF: 4-5)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	Bericht von der Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> am 31. Jan. im 2. Reichstagswahlbezirk: Nachdem der Abend durch <b>Knörke</b> eröffnet wurde sprach V, der mit stürmischen Hochrufen begrüßt wurde. Die auffallendste Erscheinung sei der zunehmende Verfall der Parteien, herbeigeführt durch die Kompromisse, bei denen die Vertreter der Parteien einen Teil ihrer Grundsätze preisgaben. Hinzu käme eine Überlastung der Abgeordneten, die aber nicht mit der Legislaturperiode zusammenhänge, sondern mit dem Umstand, dass die Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten ineinander geschoben werde. Dies betreffe besonders die Steuerfragen und dieser Zustand verschärfe sich, je mehr der Reichskanzler sein Ideal verfolge. Hier	

		<p>kommt V auf das System der <b>indirekten Steuern</b> zu sprechen. Diese belasteten am meisten die armen Leute und führten in der Folge auch nicht zu ausreichenden und dauerhaften Ermäßigungen der direkten Steuern. Auch die <b>Schutzzölle</b> würden erhebliche Probleme aufwerfen, da man übersehen habe, dass der Verbrauch größer sei als die Produktion und dass man nie so viel produzieren könne, wie man verbrauche. Was den Kulturkampf betreffe, so habe man die Regierung nicht zwingen können, das Kirchenprogramm anzunehmen, das wesentlich auf der kirchlichen Gemeindefreiheit basiere. Der Kampf habe mit der Frage begonnen, wer Herr in der Schule sein solle, Kirche oder Staat. Mit der Religion als solcher und mit dem Glauben der Einzelnen habe der <b>Kulturkampf</b> nichts zu schaffen; er treffe bloß die Organisation des Klerus. Nun habe sich gezeigt, dass der Staat auch ohne Bischöfe existieren könne und dass auch die Religion darunter nicht leide. Im Antrag <b>Windthorsts</b> sehe V keine Lösung. Wenn ein Geistlicher sich nicht dem Gesetz des Staates fügen wolle, müsse er die Konsequenzen tragen. Darauf zu hoffen, dass die Fortschrittspartei sich darüber zerstreiten würde, sei müßig. Dann kommt V auf die Arbeiterversicherungsfrage zu sprechen. Der Standpunkt der Fortschrittspartei dazu sei, dass der Staat dem Einzelnen die Freiheit lasse und Institutionen schaffe, die Bildung</p>	
--	--	---	--

			und Kenntnisse förderten. Das sei auch das Rezept für die Innungsfrage, die auch im Lehrlings- und Prüfungswesen wenig leisten würden. Dem Handwerker sei daher nur mit besseren Arbeitsbedingungen zu helfen. Die Fortschrittspartei werde aber trotzdem an Gewerbefreiheit und Freizügigkeit festhalten und fordere statt der Kornzölle und indirekten Steuern eine gerechte Verteilung der Lasten.	
20	Fr, 4.2.1881, Nr. 57, MA (PDF: 11)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 3. Feb.): Thema ist eine mögliche <b>Weltausstellung in Berlin</b> . V ist der Meinung, dass zu solch einem Unternehmen die Regierung den Anstoß geben müsse. Nur diese könne einen Überblick über Chancen, Vorteile, Nachteile und Kosten haben.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
21	Fr, 4.2.1881, Nr. 54, AA (PDF: 13)	S. 2, 1. Spalte oben	Lokales: Es wird über den Aushang am <b>Schwarzen Brett der Charité</b> berichtet. Hier sei ein <b>anonymes Schreiben</b> ausgehängt, dass V zugegangen war und in dem ihm vorgeworfen wird, zu hart bei der Prüfung des medizinischen Doktor-Examens vorgegangen zu sein. Es wurden auch Drohungen geäußert. V selbst habe dieses Schreiben aushängen lassen.	
22	Mo, 7.2.1881, Nr. 62 (PDF: 20)	S. 2, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Beratung des <b>Oberschlesischen Notstandsgesetzes</b> . V kritisiert in dem Zusammenhang den geplanten Verlauf der Bahn Risse-Opeln. Diese würde keine Ortschaften anfahren, sondern vornehmlich durch Waldungen führen. Zwar	vgl. Andree, Band 35, S. 579-688

			könne er die Großgrundbesitzer verstehen, doch werde er nicht für eine solche Bahn stimmen. Die Notwendigkeit einer solchen Bahn müsste viel strenger geprüft werden, wenn sie nicht verdeckt unter dem Notstandsgesetz hereingekommen wäre.	
23	Di, 8.2.1881, Nr. 63, MA (PDF: 22-23)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	<b>HdA</b> (55. Sitzung vom 7. Feb.): Thema ist die Beratung des <b>Oberschlesischen Notstandsgesetzes</b> . V kritisiert in dem Zusammenhang den geplanten Verlauf der Bahn Reisse-Opeln. Diese würde keine Ortschaften anfahren, sondern vornehmlich durch Waldungen führen. Zwar könne er die Großgrundbesitzer verstehen, doch werde er nicht für eine solche Bahn stimmen. Die Notwendigkeit einer solchen Bahn müsste viel strenger geprüft werden, wenn sie nicht verdeckt unter dem Notstandsgesetz hereingekommen wäre. In einer späteren Wortmeldung spricht sich V für eine Linie Rybnik-Loslau aus. Diese würde direkt ins Notstandsgebiet hineingehen und ver helfe den dortigen Landesteilen zu besserer wirtschaftlicher Entwicklung. Problematisch in der Angelegenheit seien die Verwicklungen im Eisenbahnwesen mit privaten und Staatsbahnen. Hier müsse der Minister über seine Kommissarien Einfluss auf die Oberschlesische Bahn geltend machen. Das Projekt sei wichtig, auch im Hinblick auf einen Anschluss nach Österreich. Dies sei aber nur in zweiter Linie interessant und stehe jetzt nicht im Vordergrund. Entscheidend sei,	vgl. Andree, Band 35, S. 579-688

			dass mit dem Bau der Bahn zumindest endlich begonnen werde und nicht andere Linien den Zuschlag bekämen, die nichts mit dem Notstandsgebiet zu tun hätten.	
24	Do, 10.2.1881, Nr. 68, AA (PDF: 29)	S. 2, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der Gesetzentwurf zum <b>Fideicommissvermögen</b> des ehemals kurfürstlich hessischen Hauses. V weist darauf hin, dass das Fideicommissvermögen nicht als Privateigentum betrachtet werden dürfe. Ferner wolle er vom Finanzminister wissen, ob die mit den hessischen Agnaten geschlossenen Verträge Staats- oder Privatverträge seien, da in diesen auffälliger Weise immer von der Krone Preußens die Rede sei und nicht vom Preußischen Fiskus.	vgl. Andree, Band 35, S. 688-693  <i>Fideicommiss</i> : Ein durch Stiftungsakt geschaffenes unveräußerliches und unteilbares, einer bestimmten Erbfolge unterliegendes Vermögen, das üblicherweise auch nicht belastet werden durfte
25	Fr, 11.2.1881, Nr. 69, MA (PDF: 32)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (58. Sitzung vom 10. Feb.): Thema sind die <b>Staatseinnahmen und – ausgaben des Jahres 1879/80</b> . V hält bei erheblichen Überschreitungen des Etats eine Inanspruchnahme der Beamten über Regresse für nicht durchführbar, aber gerade deswegen müsse der Staat solche Beamten entfernen. Ein weiteres Thema ist der Gesetzentwurf zum <b>Fideicommissvermögen</b> des ehemals kurfürstlich hessischen Hauses. V ist der	vgl. Andree, Band 35, S. 688-693

			Meinung, dass das Haus sein Einverständnis zu dem Gesetz geben müsse, wolle aber vom Finanzminister wissen, ob die mit den hessischen Agnaten geschlossenen Verträge Staats- oder Privatverträge seien, da in diesen auffälliger Weise immer von der Krone Preußens die Rede sei und nicht vom Preußischen Fiskus.	
26	Fr, 11.2.1881, Nr. 69, MA (PDF: 34)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Feb.): Thema ist die Einrichtung von <b>Trichinenschauämtern</b> . V setzt sich dafür ein, dass eine Oberaufsicht geschaffen werden müsse. In diesem Zusammenhang hoffe er auf die Gewinnung einer besonderen Persönlichkeit für diese Position. Eine Änderung der Bezeichnung halte er für wenig sinnvoll, da diese Tätigkeit nur von Veterinärbeamten durchgeführt werden könne und das auch nur dann, wenn man den Schlachtzwang einführen würde. Für eine Änderung der Organisation bräuhete man festgelegte Instruktionen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
27	Do, 17.2.1881, Nr. 79, MA (PDF: 45)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>HdA</b> (63. Sitzung vom 16. Feb.): Thema ist die Erhöhung der <b>Hundesteuer</b> . Diesem Wunsch schließt sich V an, besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Tollwut. Die Regierung müsse in Bezug auf diese Gefahr dringend etwas unternehmen.	vgl. Andree, Band 35, S. 694-695
28	Mi, 23.2.1881, Nr. 89, MA (PDF: 58)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (66. Sitzung vom 22. Feb.): Thema ist die <b>Kreisordnungsnovelle</b> . In diesem Zusammenhang spricht der Regierungskommissar v. <b>Brauchitsch</b> davon, dass er für die Richtigkeit seiner Angaben garantieren könne. V fragt daraufhin, ob die verwendete	vgl. Andree, Band 35, S. 695-696

			Form „ich“ den Regierungskommissar meine oder die Regierung selbst. Nach Vs Ansicht sei die Zusicherung des Regierungskommissars irrelevant, die Regierung selbst müsse einverstanden sein oder zumindest der Innenminister.	
29	Mi, 23.2.1881, Nr. 89, MA (PDF: 59)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Feb.): V eröffnete die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später erörtert er die Frage, ob ein einheitlicher Typus der germanischen Rasse bestehe. Hierzu seien mehr und mehr Zweifel aufgekommen. Zwei sehr unterschiedliche Untersuchungsergebnisse würden von <b>Prof. Lindenschmidt</b> und <b>Prof. Kollmann</b> stammen. Erster beschreibe die Merkmale des <b>germanischen Urtypus</b> , der zweite habe bereits in der alemannischen Periode festgestellt, dass kein einheitlicher Typus nachzuweisen sei. Bestätigen würden sich die letzteren Ergebnisse durch Funde in Belgien, so V. Auch neuere Untersuchungen an Haut und Haaren würden eher darauf hinweisen, dass es immer Vermischungen gegeben habe und es sei nicht klar, ob z. B. für die nordischen Völker der blonde Typus überhaupt als charakteristisch anzusehen sei. Auch Knochenuntersuchungen hätten keine weiteren Aufschlüsse gebracht. Über die Linguistik hätte man aber keine entscheidenden Ergebnisse zu erwarten, da Familiennamen erst sehr viel später entstanden seien als die Rassen.	Vortrag über die Deutschen und Germanen: VBAG 13, S. 68-75
30	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 24. Feb.): Zu Beginn der	vgl. Andree,

	25.2.1881, Nr. 93, MA (PDF: 64 u. 65)	S. 3, 3. Spalte unten	Sitzung ergreift SV <b>Limprecht</b> das Wort und gibt eine Erklärung ab. Danach spricht V. Er ist der Ansicht, dass die Angelegenheit nur dann zu besprechen sei, wenn sie Eingang in die Tagesordnung finde, sonst müsse man der Versammlung die Entscheidung überlassen, ob man den Fall diskutieren wolle. Dies wird nach einer Abstimmung abgelehnt. Thema der weiteren Tagesordnung ist die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Bestimmung der <b>Kosten der Kanalisation</b> . V wies darauf hin, dass es ungerecht sei, die Kosten für alle Systeme gleichmäßig zu behandeln. Die Systeme, die bereits vollendet seien und wo die Hausbesitzer die Kosten getragen hätten, könnten nicht genauso behandelt werden, wie die noch zu bauenden. Die Hausbesitzer seien in der Angelegenheit bisher sehr schlecht weggekommen. Er wolle sie nun nicht generell entlasten, aber besser beurteilt sehen.	unveröffentlichtes Material zur SVV
31	Di, 1.3.1881, Nr. 99, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über zwei Sitzungen des <b>Zentralwahlkomitees der Fortschrittspartei</b> vom 16. Und 17. März. Auch V war anwesend.	
32	Di, 8.3.1881, Nr. 111, MA (PDF: 16)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Aufruf des <b>Komitees zur Unterstützung der Verwundeten in Transvaal</b> : Im Rahmen des dort entbrannten Krieges sei mit einer großen Anzahl an Verwundeten zu rechnen. Das Rote Kreuz habe bereits finanzielle Unterstützung an das Niederländische Komitee geleistet. Die Unterzeichnenden hof-	



			fen aber zusätzlich auf Geldspenden, um ggf. auch deutsche Ärzte und Schwestern zur Unterstützung in das Gebiet senden zu können. V ist Mitunterzeichner.	
33	So, 13.3.1881, Nr. 121, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V, <b>Dr. Nachtigal</b> und <b>William Schönlank</b> vom <b>König von Schweden und Norwegen Orden</b> verliehen wurden.	
34	Di, 15.3.1881, Nr. 123, MA (PDF: 6)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [14.3.1881] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema ist der Etat des Reichsamtes, im Besonderen die Erschließung von Ländergebieten. Von V kam dazu die Anregung, dass Deutschland sich an der <b>Erforschung der Polargegend</b> beteilige. Dies sei in Hinblick auf die Finanzlage nicht abzusehen, so der Staatssekretär <b>v. Boetticher</b> .	vgl. Andree, Band 37, S. 546-551
35	Di, 15.3.1881, Nr. 123, MA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>Deutscher Reichstag</b> (15. Sitzung vom 14. März): Thema ist der Etat des Reichsamtes, im Besonderen die Erschließung von Ländergebieten. Von V kam dazu die Anregung, dass Deutschland sich an der <b>Erforschung der Polargegend</b> beteilige, zumal man nach einigen Jahren Forschung an einem wichtigen Punkt stehe. Dies sei in Hinblick auf die Finanzlage nicht abzusehen, so der Staatssekretär <b>v. Boetticher</b> , und eine Aufstockung des Etats werde es nicht geben.	vgl. Andree, Band 37, S. 546-551
36	Fr, 18.3.1881, Nr. 129, MA	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 17. März): Thema sind die <b>Fortbildungsanstalten</b> und – schulen. V stellt die geplanten Anträge in Frage, da nach seiner Meinung daraus eine uniforme	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

	(PDF: 13)		Einheit des Schulwesens entstände. Er sei mehr für den Fortbestand der selbstständigen Schulen. Es sei sinnvoll, zunächst einen Organisationsplan zu erstellen, aber es sei abzulehnen, dass in allen Fortbildungsschulen nach einem einheitlichen Lehrplan gelehrt werden solle. Wichtig sei aber die Petition des Handwerkervereins, die <b>Baugewerkschule</b> zu unterstützen. Beide Veränderungen zu den Anträgen wurden angenommen.	
37	Di, 22.3.1881, Nr. 135, MA (PDF: 21)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Märzsitzung): Am Schluss der Sitzung sprach V über das <i>Buch des Herrn Brentano über die Lage von Troja</i> . Dieser habe eine andere Meinung als <b>Schliemann</b> und V. Nach Brentanos Meinung ist nicht der westliche Teil der trojanischen Ebene, sondern der östliche Teil bei Hissarlik der Schauplatz der trojanischen Kämpfe. Da in dem genannten Bereich noch nie wesentliche Funde gemacht worden seien, hält V die Angelegenheit für aussichtslos.	Besprechung des Buches des Herrn Brentano über die Lage von Troja: VBAG 13, S. 127-129
38	Fr, 25.3.1881, Nr. 141, MA (PDF: 3)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 24. März): Thema ist der seit Anfang des Monats eröffnete <b>Zentralviehhof</b> . Hierfür solle ein Verwaltungskuratorium gebildet werden. V beantragt dazu, dass dieses lediglich auf 2 Jahre gewählt werde. Dieser Antrag wird angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
39	So, 27.3.1881, Nr. 145, MA (PDF: 34)	3. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Anzeige des 1. und 2. Reichstagswahlkreises zur <b>Versammlung der liberalen Wähler</b> am 29. März. V und <b>Löwe</b> werden über politische und kommunale Tagesfragen sprechen.	s. a. 30.3.1881 s. a. 31.3.1881

40	Mi, 30.3.1881, Nr. 149, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler</b> am 29. März im 1. und 2. Reichstagswahlkreis. Nach der Begrüßung von <b>Löwe</b> und V habe die Opposition so turbulent gewirkt, dass die Polizei die Versammlung auflösen musste. Ein ausführlicher Bericht dazu folgt.	s. a. AA s. a. 31.3.1881
41	Mi, 30.3.1881, Nr. 150, AA (PDF: 41)	S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Erneuter, kurzer Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler</b> am 29. März im 1. und 2. Reichstagswahlkreis. Nach der Rede von <b>Löwe</b> habe die Opposition so turbulent gewirkt, dass die Polizei die Versammlung auflösen musste. Zwar sei schon V gestört worden, aber mit einigen Saalverweisen habe man die Situation zunächst in den Griff bekommen. Später sei es aber nach angestimmten antisemitischen Gesängen zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, wo nur noch eine Auflösung der Veranstaltung möglich war. Ein ausführlicher Bericht dazu folgt.	
42	Do, 31.3.1881, MA (PDF: 43)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Bericht über die <b>Wählerversammlung der liberalen Wähler des 1. und 2. Reichswahlkreises</b> vom 29. März: Da bereits über die Versammlung berichtet wurde, beschränkte man sich hier auf den Abdruck der Reden von Löwe und V. Letzterer begann damit, dass man als fortschrittlicher Abgeordneter daran gewöhnt sei, sich den Wählern zu stellen. Man wisse, dass man sich jederzeit der Zustimmung der Wähler versichern müsse. Dann steigert sich Lärm und	

		<p>nur mühsam stellt der Vorsitzende die Ruhe wieder her. Bei wiederholter Unruhe drohe die Auflösung der Veranstaltung. V fährt fort, dass man auch Zeichen des Missfallens ertragen könne. Die anwesenden Gegner solle man ruhig gewähren lassen. Man wolle die Wählerschaft immer von neuem über die Parteiziele aufzuklären, denn man wolle kein <b>Stimmvieh</b>. Dann kommt erneut große Unruhe auf. Der Polizeileutnant selbst entfernt zwei Ruhestörer. Danach fährt V fort über die Kämpfe um die <b>Selbstverwaltung</b> zu sprechen. Diese Entwicklung gehe mit der Entwicklung des ganzen Staatslebens Hand in Hand, aber man scheitere immer wieder am Widerspruch des Reichskanzlers [<b>Bismarck</b>]. Zwar könne man Bismarck zustimmen, was das Entlastungsbedürfnis der Gemeinden durch den Staat angehe, aber was wäre aus Gemeindeschulen geworden, wenn sie von jeher in der Hand des Staates gewesen wären. Es möge vielleicht verlockend sei, wenn der Staat überall hineinginge, aber dafür müsste es auch die Mittel geben. Das Volk leide jetzt schon unter der weiter zunehmenden Belastung durch Steuern, seien sie direkt oder indirekt. Die größten Kostentreiber blieben nach wie vor Marine und Heer. Weiter kritisierte er das Unfallversicherungsgesetz. Wenn man dahin gelange, dass die Regierung der Entwicklung der freien Kassen entgegenkäme, so würden die Arbeiter sehr viel besser daran</p>	
--	--	---	--

			<p>sein, als bei einer großen Reichskasse. Zwei Gegensätze stünden sich hier gegenüber; das Prinzip der Staatsgewalt und das Prinzip der zwanglosen Entwicklung. Insgesamt betrachtet könne die Fortschrittspartei bei ihrer geringen Stärke im Parlament nicht viel ausrichten. Eine Besserung der Lage würde nur eintreten, wenn die liberale Partei sich soweit stärke, dass sie dem Reichskanzler gegenüber als wirkliche Macht erscheine. Ein Mann wie Bismarck richte sich je nach den Umständen mit allen Parteien ein und wenn man fest zusammenstehe und man gestärkt aus der Wahl hervorgehe, dann könne die Welt vielleicht das Schauspiel erleben, dass die deutsche Fortschrittspartei mit dem Reichskanzler Hand in Hand gehe.</p>	
43	Fr, 1.4.1881, Nr. 153, MA (PDF: 3)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 31. März): Thema ist eine mögliche <b>Reform des städtischen Steuerwesens</b>. V beantragte stattdessen mit der Tagesordnung fortzufahren, da in dem dazugehörigen Antrag keine neuen Idee oder Details zu lesen seien und es wohl eher darum gehe, eine politische, kommunale Agitation zu erzeugen. Bei der späteren Abstimmung wird der Übergang zur Tagesordnung beschlossen.</p>	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
44	Mi, 6.4.1881, Nr. 161, MA (PDF: 11)	Beilage zur Zeitung, S. 2, 2. Spalte oben	<p>Beilage zur VZ des <b>Berliner Neuen Tierchutzvereins</b> zum Thema <b>Vivisektion</b>: Es wird nur kurz erwähnt, dass <b>Dr. med. v. Lesser</b> in <b>Vs Archiv</b> (Band 79, 2. Heft, 7. Folge, 9. Band, 2. Heft) zum Thema Verbrüfung an Kaninchen und Hunden etwas</p>	

			veröffentlicht habe.	
45	Do, 7.4.1881, Nr. 163, MA (PDF: 15)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [6.4.1881] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema sind die <b>Trunksuchts Gesetze</b> . V tadelte zunächst das mangelhafte statistische Material. Schwierig daran sei auch die Beurteilung des Begriffs „gewöhnheitsmäßiger Trinker“. Ein Fortschritt sei aber die Einführung von Trinkerasylen. Durch bloße Strafgesetze würde man keine Verbesserung der Gewohnheiten erzielen. Besser sei die Befreiung des Bieres von der Steuer, während die Bestrebungen allerdings in die andere Richtung liefen.	vgl. Andree, Band 37, S. 551-565
46	Do, 7.4.1881, Nr. 163, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (32. Sitzung vom 6. April): Thema sind die <b>Trunksuchts Gesetze</b> . Zunächst geht V auf die Vorrede des Abg. v. <b>Maltzahn-Gültz</b> ein. Nach V seien gewisse Moralisten immer erregt über etwas, dem sie dennoch mit Vergnügen zugehört hätten. Hinterher bekreuzigen sie sich und fanden es entsetzlich. Dann geht V auf die Gesetzesvorlage ein. Er tadelte zunächst das mangelhafte statistische Material. Schwierig daran sei auch die Beurteilung des Begriffs „gewöhnheitsmäßiger Trinker“. Durch bloße Strafgesetze würde man keine Verbesserung der Gewohnheiten erzielen. Eine stark erhöhte Steuer auf Branntwein möge helfen, aber die Versuche in England seien erfolglos. Wichtig sei vielmehr die Einführung von Trinkerasylen. Bei den Auswertungen der Zahlen, wie viele Personen wegen Trunksucht in Berlin interniert worden sei-	vgl. Andree, Band 37, S. 551-565

			<p>en, zeige sich, dass es vornehmlich Männer seien, aber es habe keine weitere Abgrenzung zu Vagabunden oder Bettlern gegeben. Auch sei schwierig zu klären, ob sich jemand alkoholisiert verletzt habe oder verletzt worden sei. Nichtsdestotrotz würde aber nicht jeder, weil er Schnaps getrunken habe sofort straffrei ausgehen. Abschließend stellt er fest, dass man den Kampf gegen übermäßigen Branntweingenuss ruhig der Volksentwicklung überlassen könne, denn in den letzten 40 Jahren sei der Konsum stetig gesunken.</p>	
47	Fr, 8.4.1881, Nr. 165, MA (PDF: 20)	3. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>10. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie:</b> Ein Herr <b>Grawitz</b> legt Präparate zur prophylaktischen Impfung vor. Er sei Assistent von V.</p>	
48	Sa, 9.4.1881, Nr. 167 (PDF: 23)	S. 4, 3. Spalte unten	<p>Parlamentarische Nachrichten: Abdruck eines von V, <b>Dr. Thilenius</b> und <b>v. Wedell-Malchow</b> im Reichstag eingebrachten Antrages. Hierin geht es um ein Ersuchen an den Reichskanzler, die <b>Erforschung der Polargegenden</b> zu unterstützen.</p>	<p>s. a. 27.4.1881 s. a. 28.4.1881</p>
49	Sa, 9.4.1881, Nr. 167 (PDF: 24)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<p>Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b>, herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b>. (Hefte 361, 362)</p>	
50	Sa, 9.4.1881, Nr. 167 (PDF: 25)	2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Lokales: Abgedruckt ist eine Auflistung der am längsten zur <b>SVV</b> gehörenden Mitglieder. V steht an dritter Stelle mit seinem Eintrittsjahr 1861.</p>	
51	Mi,	1. Beilage,	<p><b>BAG</b> (Aprilsitzung): V eröffnet die Ver-</p>	

	20.4.1881, Nr. 181, MA (PDF: 40-41)	S. 2, 1. Spalte oben f.	sammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Vs geplanter Vortrag musste auf das nächste Treffen verschoben werden.	
52	Mi, 27.4.1881, Nr. 193, MA (PDF: 56)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (33. Sitzung vom 26. April): Nur kurzer Hinweis, dass in der nächsten Sitzung ein Antrag Vs behandelt wird.	vgl. Andree, Band 37, S. 565-566
53	Mi, 27.4.1881, Nr. 194, AA (PDF: 58)	S. 2, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>Reichstages</b> : Nur kurzer Hinweis auf die nächste Sitzung. Dort soll über einen Antrag Vs zur <b>Erforschung der Polargegenden</b> abgestimmt werden.	vgl. Andree, Band 37, S. 565-566  s. a. 28.4.1881
54	Do, 28.4.1881, Nr. 195, MA (PDF: 60 u. 61)	S. 4, 1. Spalte unten u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>Deutscher Reichstag</b> (34. Sitzung vom 27. April): Auf der Tagesordnung steht der Antrag von V, <b>Dr. Thilenius</b> und <b>v. Wedell-Malchow</b> . Hierin geht es um ein Ersuchen an den Reichskanzler, die <b>Erforschung der Polargegenden</b> zu unterstützen. Zunächst dankt V der Regierung für die Unterstützung in dieser Angelegenheit. Bei der Wahl des Ortes für eine Station schlage er vor, ein in jedem Jahr, trotz schlechten Wetters, gut zu erreichenden Platz zu wählen. Das zur Verfügung stehende Budget sei aber begrenzt, so dass man sich zunächst auf die wichtigsten Forschungsfelder beschränken müsse. Dies seien für ihn die physiologischen und physikalischen Fragen. Man müsse eine Ausdehnung der bereits gewonnen geodätischen Daten nach Norden anstreben. Hier	vgl. Andree, Band 37, S. 566-570



			<p>hätten Schweden und Norwegen bereits gute Arbeit geleistet. Nun gelte es, unter den anderen Nationen in dieser Angelegenheit eine gute Position zu erreichen, ähnlich wie man bereits in maritimen und militärischen Dingen voranschreite. Man müsse dafür nicht große Entdeckungsreisen antreten, sondern könne die Routen der Marine nutzen. Diese könnte mit einem kleinen Umweg <b>Süd-Georgien</b> erreichen, die Forscher dort absetzen und auf dem Rückweg wieder mitnehmen. Es wäre gut, wenn die Marine sich damit nicht nur auf technische, sondern auch auf wissenschaftliche Aufgaben konzentriere. Dies sei sicher auch für die Offiziere eine lohnende Aufgabe und würde zu neuer Begeisterung führen. Er hoffe, dass man sich seinem Antrag anschließe. Nach Vs Rede wird sein Antrag einstimmig angenommen.</p>	
55	Fr, 29.4.1881, Nr. 197, MA (PDF: 65)	S. 4, 2. Spalte oben	<p><b>Deutscher Reichstag</b> (35. Sitzung vom 28. April): V gehört zur <b>Kommission, die über die Bestrafung der Trunkenheit</b> beraten wird.</p>	
56	Mi, 4.5.1881, Nr. 205, MA (PDF: 6)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<p>Bericht über den <b>Deutschen Fischereiver- ein</b>: V war auch mit anwesend und wird erneut mit in den <b>Vorstand</b> gewählt.</p>	
57	So, 8.5.1881, Nr. 213, MA	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<p>Lokales: In jüngster Zeit habe es Probleme mit der Interpretation des Vereinsgesetzes durch Polizeibeamten gegeben. Hiernach dürften Gäste in Vereinen nicht das Wort</p>	

	(PDF: 15)		ergreifen. Um diese Bestimmung zu umgehen hat der <b>Oranienburger-Tor Bezirksverein</b> die Abg. <b>Günther, Richter, Träger</b> und V als Mitglieder gewonnen.	
58	Mi, 11.5.1881, Nr. 217, MA (PDF: 20)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis zu den neuen Heften der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> . (Hefte 363-364)	
59	So, 15.5.1881, Nr. 223, MA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Auflistung der Angehörigen des <b>Zentralkomitees zur Ausstellung auf dem Gebiet der Hygiene und des Rettungswesens</b> : In dieser sehr langen Liste ist auch V aufgeführt.	
60	So, 22.5.1881, Nr. 235, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: V hat in der <b>Kommission, die über die Bestrafung der Trunkenheit</b> berät, eine Resolution eingebracht. Man wolle den Reichskanzler auffordern, einen Gesetzentwurf vorzubereiten. Hierin solle festgelegt werden, welche Bedingungen zu gelten haben, um die freiwillige oder auch zwangsweise Unterbringung in einem <b>Trinkerasyll</b> zu ermöglichen.	
61	Di, 24.5.1881, Nr. 237, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Maisitzung): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und hält später einen Vortrag <i>über die Lage von Troja</i> . Zunächst geht er nochmals auf die bereits in einer vorherigen Sitzung geäußerte Meinung <b>Brentanos</b> ein. Dann geht er auf die verschiedenen Meinungen zur Lage des Ida ein und erklärt dazu Interpretationsmöglichkeiten von <b>Homers</b> Illias. Das Werk dürfe man sicher nicht zu wörtlich nehmen, aber	<i>Über die Lage von Troja:</i> VBAG 13, S. 193-203

			schließlich hätten sie <b>Schliemann</b> zu seinem Ziel geführt und eine Anknüpfung daran sei unerlässlich.	
62	Di, 31.5.1881, Nr. 247, MA (PDF: 55)	3. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 30. Mai): Es liegt ein Antrag vor, aus der Mitte der SVV einen Ausschuss zu bilden, der das Recht habe, Sachverständige heranzuziehen, um das Verhältnis der Grundstückseigentümer zu städtischen Auflagen zu prüfen. V hält das für wenig sinnvoll und gleichzeitig für ein Misstrauensvotum gegen die Syndici der Stadt.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
63	Fr, 3.6.1881, Nr. 253, MA (PDF: 7-8)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. Juni): Thema ist der <b>Neubau einer Mädchenschule</b> in der Annenstraße, in der statt <b>Zentralheizung</b> Kachelöfen eingebaut werden sollen. V hält diese Lösung für wenig sinnvoll. Man dürfe nicht auf primitive Ureinrichtungen der Menschheit zurückgehen. Der herangezogene Vergleich des mit Kachelöfen beheizten Reichstagsbüros hinke, da dies ein kleinerer Raum sei. In einer Schule müsse ein viel größerer Raum ausreichend angewärmt sein. Weiteres Thema ist die Herstellung von <b>Filterbassins</b> auf dem Grundstück der städtischen Wasserwerke. V beantragt die Beschlussfassung auf die erste Sitzung nach den Ferien zu vertagen. Dies wird bei der Abstimmung angenommen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
64	Mi, 8.6.1881, Nr. 259, MA	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: <b>Berliner medizinische Gesellschaft</b> trifft Vorbereitungen für Vs 25-jähriges <b>Doktorjubiläum</b> . V sei durch den Erlass König Friedrich Wilhelms IV. am 14.	

	(PDF: 15)		Mai 1856 zum ordentlichen Professor der medizinischen Fakultät für das Fach pathologische Anatomie ernannt worden. In Folge der Ereignisse 1848 sei er Ungnade gefallen und nach Ende des Wintersemesters 1850 nach <b>Würzburg</b> gegangen. 1856 kehrte V im Wintersemester wieder nach Berlin zurück. Nun wolle man am 13. Oktober feien, an seinem 60. Geburtstag.	
65	Do, 9.6.1881, Nr. 261, MA (PDF: 18)	S. 2, 1. Spalte oben	Bericht zum 20. <b>Geburtstag der Fortschrittspartei</b> : Es wird ein parlamentarischer Korrespondent der „ <b>Breslauer Zeitung</b> “ zitiert. V wird in verschiedenen Zusammenhängen genannt. Zunächst habe er bei der Einigung zum ersten Programm der Partei er den Vorsitz gehabt. Dann gehörte er zu den Berliner Liberalen, die als erste dieses Programm unterschrieben hätten. Als letztes wird er erwähnt als junger Mann, der immer auch die ganze Reaktionszeit hindurch zur demokratischen Partei gehalten habe.	
66	Fr, 10.6.1881, Nr. 263, MA (PDF: 22)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 9. Juni): Thema ist der <b>Ankauf von Riesefeldern in Heinersdorf und Großbeeren</b> . V erklärt, dass es sicher nicht angenehm sei, ein Riesefeld in der Nachbarschaft zu haben. Er verweist aber darauf, dass diejenigen, denen es nicht darauf ankomme, ob sie durch große Dunghaufen die Umgegend verpesten, am lautesten schreien würden, wenn sie in der Nähe ein Riesefeld erhielten. Die Beschwerden über angeblich durch die Ausdünstungen der Ries-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			selfelder entstandenen Flecktyphus seien reine Erfindungen, denn der Flecktyphus werde stets von auswärts eingeschleppt. Den Verleumdungen eines Teiles der Presse dürfe man keine Beachtung schenken, denn diese Verleumdungen hätten das Kanalisationswerk schon immer verfolgt. Dann lobt er den herausragenden Einsatz des Stadtrats <b>Marggraff</b> . Die Versammlung sollte daher alles tun, um diesem die Arbeit zu erleichtern. V empfiehlt schließlich, unter Erläuterung aller einschlägigen Verhältnisse vom wissenschaftlichen Standpunkt, die Anträge des Ausschusses. Später wird dem Ankauf zugestimmt.	
67	So, 12.6.1881, Nr. 267, MA (PDF: 28)	3. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>Aufruf zur Hilfe für notleidende russische Juden:</b> Es habe in <b>Russland</b> gewalttätige Übergriffe auf Juden gegeben. Es habe Misshandlungen, Plünderungen, Zerstörungen von Gotteshäusern und sogar Tote gegeben. Menschen seien vertrieben worden und ohne Unterkunft und ohne Arbeit. Und dies nicht aufgrund einer Naturkatastrophe, sondern nur durch die Rohheit der Menschen. Die Barbarei des Mittelalters würde wieder aufleben und die Humanität sei gefährdet. Nun wolle man helfen, soweit dies möglich sei. V ist Mitunterzeichner	s. a. 25.6.1881
68	Mi, 15.6.1881, Nr. 271, MA (PDF: 33-	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	Bericht über die <i>Sommerexkursion der BAG nach Feldberg in Mecklenburg-Strelitz</i> : V als Vorsitzender trotzte dem Regen und grub unermüdlich auf der Suche nach Fundstücken, begleitet von Lernbegie-	<i>Die archäologische Exkursion nach Feldberg (Mecklenburg-</i>

	34)		rigen. Auf dem Heimweg besuchte V noch die <b>Kaltwasserheilstalt</b> des <b>Dr. Erfurt</b> und ließ sich dort die Details der Anlage erklären.	<i>Strelitz</i> ): VBAG 13, S. 267-276
69	Fr, 17.6.1881, Nr. 275, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Juni): Thema ist die Verleihung des <b>Ehrenbürgerrechts an Schliemann</b> . V äußert sich in einer Lobrede über herausragenden Funde Schliemanns. Man könne sich glücklich schätzen, dass nun endlich die erst im South-Kensington-Museum ausgestellten Stücke bald in Berlin zu sehen sein werden. Einiges sei leider durch Diebstahl verloren und nach späterem Wiederauffinden in Konstantinopel ausgestellt. Die schönsten Exponate kämen aber nach Berlin und man habe damit einen einzigartigen Schatz, der wohl kaum seinesgleichen finden werde. Während seiner ganzen Tätigkeit habe Schliemann mit der Missgunst der Philologen zu kämpfen gehabt, die alles getan hätten, um ihn herabzusetzen, und es sei daher auch eine Art der Rehabilitierung, zu der die Vorlage des Magistrats die Gelegenheit biete. Man könne mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts eine hohe Ehre verteilen und einen solchen Mann damit dem Vaterland zurückgewinnen. Die Versammlung schließt sich einstimmig der Vorlage an.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
70	Fr, 17.6.1881, Nr. 276, AA (PDF: 41)	S. 2, 2. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht zur <b>Abschlussfeier</b> der <b>Fortschrittspartei</b> des Reichstages am 15. Juni. V sprach im Rahmen des Abends seine Hoff-	

			nung aus, dass auch die älteren Mitglieder der Partei sich wieder zur Annahme einer Kandidatur bereitfinden werden.	
71	Sa, 18.6.1881, Nr. 277, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht zu Feier des 20-jährigen Bestehens der <b>Fortschrittpartei</b> : Die Veranstaltung fand gestern [17.6.1881] im Tivoli statt. <b>Dr. Hermes</b> eröffnet diesen Abend, dann spricht V. Man sei hier zusammengekommen zu einem Fest der Erinnerungen an die Männer, die für das Volk gestritten und gearbeitet hätten. Es ginge nicht um eine politische Aussage. Die Fortschrittspartei mit ihren 20 Jahren sei die älteste, die in Preußen in geordneter Weise den Feldzug geführt habe. Zwanzig Jahre seien im Leben des Einzelnen wenig, aber trotzdem gelte es, sich schon so vieler Toten sich zu erinnern. V lobt das Schaffen der anwesenden <b>Waldeck und Hoverbeck</b> . Viele andere hätten zum Aufstieg der Fortschrittspartei beigetragen, nicht zuletzt <b>Schulze-Delitzsch</b> , von dem er Grüße ausrichten solle. Nun seien nur noch er und Schulze-Delitzsch übrig, die schon dieser frühen Zeit angehört hätten. Daran könne man sehen, dass 20 Jahre im politischen Leben etwas anderes seien, als im Privatleben. Nach all dieser Zeit, in der man treu den König und die Verfassung unterstützt hätte, müsse man erleben, wie man von vielen Seiten mit ungehörigen Vorwürfen überhäuft werde. Dabei habe man immer schon für die <b>deutsche Einheit</b> und die deutsche Freiheit gekämpft. Man könne	

			<p>zwar nicht sagen, dass Fürst <b>Bismarcks</b> Politik die Politik der Fortschrittspartei gewesen sei, aber man habe die deutsche Fahne zuerst entfaltet und zu Ehren gebracht. Man wolle heute aber nicht nur ein Totenfest feiern, sondern auch die Zukunft der Partei. Man kämpfe besser für den kleinen Mann und dessen Freiheiten als seine heutigen Freunde. Leider habe man nur in der städtischen Verwaltung zeigen können, wie gut man verwalten könne. Trotzdem trete die Partei mutig in die neue Periode, denn sie sehe, dass die Bevölkerung auch in schwierigen Verhältnissen zu ihr stehe und sie sei der Überzeugung, dass die ideale Richtung gegenüber der Interessenwirtschaft doch siegen werde. Man setze sich für das Wohl des Vaterlandes ein und wandle nicht auf den krummen Wegen des Partikularismus, sondern auf den Wegen von Macht, Ehre und Wohlfahrt des Vaterlandes. Man könne mit gutem Gewissen zurückblicken und mit Überzeugung behaupten, das Beste für das Vaterland gewollt zu haben. Darauf folgt ein dreimaliger Hochruf auf den Kaiser.</p>	
72	<p>Mi, 22.6.1881, Nr. 283, MA (PDF: 50-51)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p><b>BAG</b> (Junisitzung): V eröffnet die Sitzung mit der Überreichung des Diploms zur Ehrenmitgliedschaft an den als Gast anwesenden <b>Schliemann</b>. Dieser berichtet über seine letzte Reise im Mai in den Nordwesten Kleinasiens. Zur Besteigung des Ida habe er, Vs Rat folgend, den Weg genommen, den auch das Heer des <b>Xerxes</b> genommen habe.</p>	<p>Bemerkungen über den Zug des <i>Xerxes</i> durch die Troas: VBAG 13, S. 205 Schädel von Madisonville,</p>



			Im Anschluss an Schliemanns Vortrag spricht V kurz über <b>präcolumbische Skelettgräber in Nordamerika</b> .	Ohio, und von Casablanca, <i>Süd-Columbien</i> : VBAG 13, S .226-234
73	Do, 23.6.1881, Nr. 285, MA (PDF: 53)	S. 1, 1. Spalte mittig	Leitartikel der VZ über den fortschrittlichen Republikanismus und die politische Heuchelei: Im Rahmen dieses Artikels wird erwähnt, dass V bei der 20-Jahr-Feier der <b>Fortschrittspartei</b> die Treue der Anhänger der Partei unter stürmischem Beifall herausgestellt habe.	
74	Sa, 25.6.1881, Nr. 289, MA (PDF: 59)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	<b>Aufruf zur Hilfe für notleidende russische Juden</b> : Es habe in <b>Russland</b> gewalttätige Übergriffe auf Juden gegeben. Es habe Misshandlungen, Plünderungen, Zerstörungen von Gotteshäusern und sogar Tote gegeben. Menschen seien vertrieben worden und ohne Unterkunft und ohne Arbeit. Und dies nicht aufgrund einer Naturkatastrophe, sondern nur durch die Rohheit der Menschen. Die Barbarei des Mittelalters würde wieder aufleben und die Humanität sei gefährdet. Nun wolle man helfen, soweit dies möglich sei. V ist Mitunterzeichner. Gleicher Text wie am 12.6.1881.	
75	Sa, 25.6.1881, Nr. 290, AA (PDF: 61)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Zu Ehren des neuen Ehrenbürgers <b>Schliemann</b> solle im Festsaal des Rathauses ein Festessen gegeben werden. Dafür ist ein <b>Komitee</b> gegründet worden dem auch V angehört.	
76	Fr,	1. Beilage,	Lokales: Vom Komitee für das Festessen zu	s. a. 8.7.1881

	1.7.1881, Nr. 299, MA (PDF: 2)	S. 3, 1. Spalte mittig	Ehren <b>Schliemanns</b> verlautbart, dass am 7. Juli das Fest im Rathaus stattfinden und V die <b>Festrede</b> halten wird.	
77	Fr, 8.7.1881, Nr. 312, AA (PDF: 17)	S. 2, 1. Spalte oben	Bericht über die <b>Schliemann-Feier</b> : V hält die <b>Festrede</b> . Es sei nur denen bekannt, die die Ausgrabungen verfolgt hätten, wie eng verknüpft Vs Name mit dieser Forschungen sei. Dementsprechend sei es auch nur V zu verdanken, dass Schliemann diese Schenkung an die Stadt Berlin überhaupt veranlasst habe. V selbst habe sich zu diesem Verhältnis gar nicht geäußert. Der Zweifel mancher Gelehrten, ob man es bei den Schliemannschen Funden wirklich mit dem <b>Troja Homers</b> zu tun habe, sei insofern bedeutungslos, als Hissarlik den einzigen Punkt der Troas bilde, auf dem die Burg eines goldbesitzenden Fürsten gestanden habe. Die städtischen Behörden wollten sich nun für alles das Erreichte bedanken und ihre Bewunderung aussprechen. Am Ende seiner Rede zitiert V einen Ausspruchs Hektors. „Ein Wahrzeichen nur gilt, das Vaterland!“ So sei auch Schliemann durch Homer in die Heimat zurückgekommen. V endet mit der Aufforderung, in ein Hoch für den Kaiser einzustimmen. In seinen Dankesworten weist Schliemann sehr eindringlich darauf hin, wie wichtig Vs Einfluss auf seine Entscheidung, die gefundenen Schätze Deutschland zu widmen, gewesen sei und wie sehr ihn dieser an seine deutsche Herkunft erin-	

			ner habe.	
78	Di, 19.7.1881, Nr. 329, MA (PDF: 35)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	<b>BAG</b> (Julisitzung): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen, u.a. der Tod von <b>Prof. Rolleston</b> . Später berichtet er über die Exkursion nach <b>Feldberg</b> . In diesem Zusammenhang müsse man feststellen, dass <i>Redarier</i> in der Gegend ansässig gewesen seien. Leider sei das Material bis jetzt sehr dürftig, aber man dürfe die Frage nicht aus den Augen verlieren.	Nachruf für <i>Prof. Rolleston</i> : VBAG 13, S. 237 <i>Redarier</i> : zum Bund der Lutzen gehöriger westslaw. Stamm zw. Havel und Peene
79	Sa, 23.7.1881, Nr. 337, MA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 365-371).	
80	Di, 2.8.1881, Nr. 354, AA (PDF: 4)	S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis auf Vs Reiseprogramm der nächsten Zeit. Er wird zunächst in <b>London</b> beim internationalen medizinischen Kongress erwartet. Danach reist er zum DAG-Kongress nach <b>Regensburg</b> und von dort aus nach <b>Salzburg</b> zum Naturforscher-Kongress. Hierbei handelt es sich aber um eine Fehlinformation. Es handelt sich dabei vielmehr um den österreichischen Anthropologen-Kongress. Geplant ist dann die Weiterreise nach <b>Tiflis</b> zum internationalen Archäologen-Kongress. Anschließend will er über Konstantinopel nach <b>Troja</b> reisen, um seinen Freund <b>Schliemann</b> zu treffen und mit ihm den <b>Ida</b> zu besteigen und Grabungen durchzuführen. Über den Kon-	

			gress in London finden sich in den folgenden Tagen Berichte, aber ohne Erwähnung von V.	
81	Fr, 5.8.1881, Nr. 360, AA (PDF: 10)	S. 1, 1. Spalte oben	Die VZ berichtet darüber, dass im Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern 24 Jungfrauen eingekleidet wurden und 12 Novizen das Gelübde abgelegt haben. Früher habe dies alljährlich stattgefunden. Man erinnere sich, wie V und <b>Miquel</b> im HdA dafür eingetreten seien, dass den <b>katholischen Krankenpflegeorden</b> die Aufnahme neuer Mitglieder erlaubt werde.	
82	Di, 9.8.1881, Nr. 365, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis auf den <b>DAG-Kongress in Regensburg</b> . V wird lediglich kurz als Gast aus Berlin erwähnt.	
83	Do, 11.8.1881, Nr. 369, MA (PDF: 21)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>DAG-Kongress in Regensburg</b> : V macht erläuternde Mitteilungen zur <b>prähistorischen Karte</b> Schleswig-Holsteins.	Erläuternde Mitteilungen zu der Berichterstattung der kartographischen Commission: Corr.-Bl. 12, S. 98-100
84	Fr, 12.8.1881, Nr. 371, MA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>DAG-Kongress in Regensburg</b> : Zunächst wird über das Festdiner berichtet. Hier sprach V seinen Toast aus auf die Zusammenkunft der Anthropologen aus aller Welt. Im Verlauf des Artikels wird vom Besuch der Befreiungshalle berichtet und in dem Zusammenhang auch von der Anwesenheit	

			von Vs Tochter <b>Adele</b> .	
85	Fr, 12.8.1881, Nr. 371, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Versammlung des fortschrittlichen <b>Vereins „Waldeck“</b> . Dort sprach man sich dafür aus, den 60. Geburtstag Vs festlich zu begehen und sich deshalb mit den maßgebenden Kreisen und Persönlichkeiten zur Beratung in Verbindung zu setzen.	
86	Sa, 13.8.1881, Nr. 373, MA (PDF: 28)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V beabsichtigt, seine Reise zum <b>internationalen Anthropologenkongress</b> nach <b>Tiflis</b> mit einer Forschungsreise in den <b>Kaukasus</b> zu verbinden, um besonders die Armenier ethnologisch zu untersuchen.	
87	Di, 16.8.1881, Nr. 377, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>DAG-Kongress in Regensburg</b> : Es ist eine kurze Wortmeldung Vs notiert. Er warne vor zu großer Ausdehnung geographischer Distrikte und betonte, dass der <b>Kaukasus</b> sich nicht ohne weiteres in die historische Gruppierung der europäischen Länder einfügen lasse. Später habe er noch zu <b>Schädeln mit doppeltem Wangenbein</b> gesprochen. Später wird festgelegt, dass V auf der nächstjährigen Veranstaltung wieder zu den <b>Vorsitzenden</b> gehöre.	
88	Mi, 17.8.1881, Nr. 379, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>Versammlung der österreichischen Anthropologen in Salzburg</b> : Von dem soeben abgeschlossenen Kongress in Regensburg seien mehrere Anthropologen eingetroffen, darunter auch V. Dieser eröffnet nach einem Vortrag eines Kollegen über die <b>Germanentheorie</b> die Diskussion. Im Ausland, so V, zweifle niemand an der Existenz der Kelten.	

			Es gebe eine Analogie in dem Streit zur Finnenfrage und die Verworrenheit afrikanischer Verhältnisse. Wenn nicht <b>Kelten</b> sich zwischen Romanen und Germanen ausgebreitet hätten, müsse man sich fragen, woher die brünetten, brachycephalen Elemente herstammten. Beim anschließenden Mahl ließ V den Vorstand der Gesellschaft hochleben.	
89	Fr, 18.8.1881, Nr. 385, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>Versammlung der österreichischen Anthropologen in Salzburg:</b> Thema ist der Fund eines <b>menschlichen Unterkiefers</b> bei <b>Stramberg</b> . V äußerte Zweifel an der Theorie, dass es sich um eine inferiore Rasse handle. Nicht durchgebrochene Zähne könnten einerseits eher auf ein Kind deuten, die abradierten Zähne wiederum sprächen dagegen. Affenartiges habe der Fund nicht. V stellt dann den Antrag, dass eine Kommission von Ärzten sich des Falles annehme und den Unterkiefer gründlichst untersuche. Auch diese Untersuchung kommt zu keinem Ergebnis, so dass V der Kiefer für weitere Untersuchungen ausgehändigt wird.	
90	Sa, 19.8.1881, Nr. 387, MA (PDF: 48)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	<b>Versammlung der österreichischen Anthropologen in Salzburg:</b> Berichtet wird über den Besuch eines <b>Salzbergwerkes</b> . Hierzu hatten alle Teilnehmer Bergmannkleidung angelegt, die die Männer mit Bart, wie V, fast wie Paschas aussehen ließ.	
91	Sa, 27.8.1881, Nr. 397, MA	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Vermischtes: Hinweis, dass V am <b>internationalen Archäologenkongress in Tiflis</b> am 30. Sep. teilnehmen will.	

	(PDF: 59)			
92	Fr, 2.9.1881, Nr. 407, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Sep.): V bittet um <b>Ur- laub</b> bis Oktober, teils zur Erholung, teils für eine wissenschaftliche Reise. Ferner teilt er mit, dass er sein Amt als stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher niederlege.	nichts bei Andree
93	Fr, 9.9.1881, Nr. 419, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausge- geben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Hefte 373-375)	
94	Di, 13.9.1881, Nr. 425, MA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Abdruck eines Briefes von V an den Vorsit- zenden des <b>Wahlkomitees</b> der <b>Fort- schrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstags- wahlkreis. V wolle vor seiner Abreise deut- lich machen, dass er sich nicht seinen Ver- pflichtungen entziehe. Wenn die Wähler ihn erneut als Kandidaten wollten, würde er sich zur Verfügung stellen, auch wenn ihn ein solches Mandat bei seinen anderen Ver- pflichtungen belaste. Da er seinen Aussagen treu bleibe und auch seine politischen Fein- de über seine Ziele Bescheid wüssten, glau- be er, seine Grundsätze nicht erneut darstel- len zu müssen. Trotzdem hoffe er, noch vor der Wahl zu den Wählern sprechen zu kön- nen, da so mancher vielleicht zweifle ange- sichts der momentanen Beeinflussung. Al- lerdings glaube er auch, dass der Berliner dank seines politischen Verständnisses, das er bei so vielen Gelegenheiten gezeigt habe, auch diesen Versuchungen widerstehen werde. V sichere zu, dass er, so fern nötig,	

			versuchen würde, auch früher zurückzukehren. Der Vorstand habe Vs Angebot einer früheren Rückkehr einstimmig angenommen.	
95	Di, 13.9.1881, Nr. 425, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Thema ist Vs 60. <b>Geburtstag</b> . Im Rahmen dessen sei auch Vs 25-jährige Lehrtätigkeit zu feiern. Dies sei aber nur bedingt richtig, wenn damit nur seine Tätigkeit als Professor gemeint sei. Vorlesungen habe er aber bereits seit 1847 gehalten bis zum Wintersemester 1850, danach sei er nach <b>Würzburg</b> gegangen sei.	
96	Do, 15.9.1881, Nr. 429, MA (PDF: 30)	S. 2, 1. Spalte mittig	Kurzer Hinweis, dass am gestrigen Tag aus <b>Charkoff</b> telegraphiert worden ist, dass V auf der Reise nach Tiflis dort eingetroffen sei. Beim Besuch der Universität hätten ihm die Studenten eine Ovation dargebracht.	
97	So, 18.9.1881, Nr. 435, MA (PDF: 37)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass der <b>Wahlverein der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis alle Wähler zur morgigen Versammlung einlädt, die die Kandidatur Vs unterstützen wollen.	
98	Mi, 21.9.1881, Nr. 440. AA (PDF: 43)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Es wird eine Resolution erlassen, die V die volle Unterstützung für seine Kandidatur gebe. Man müsse dafür sorgen, dass der antisemitisch-konservativen Koalition mit Hilfe von V eine Niederlage erteilt werde. Die Hauptrede des Abends wurde mit einem Hoch auf V beendet.	



99	So, 25.9.1881, Nr. 447, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurze Meldung über den <b>internationalen Archäologen-Kongress in Tiflis</b> . V leitete die Sitzung für die fremden Sprachen und wurde mit lautem Beifall begrüßt. V wiederum dankte für die erwiesene Gastfreundschaft. Der unwirtliche <b>Kaukasus</b> sei Dank der Russen gastfreundlich geworden. Europa habe lange eine verkehrte Vorstellung dieses Gebietes gehabt. Nun sei es an allen Teilnehmern, dieses Vorurteil zu bekämpfen. Danach hielt V eine lange Rede über die <b>Anthropologie in Kaukasien</b> . Am Ende des Kongresses werde V über Odessa nach Berlin zurückkehren.	R. Virchow und W. Dolbeschew. Der <i>archäologischen Congress in Tiflis</i> (1881). ZfE 14, S. 73-111
100	Mi, 28.9.1881, Nr. 452, AA (PDF: 7)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht von der Versammlung der Wähler Vs im 49-54. Stadtbezirk. Die Veranstaltung wird von <b>Zelle</b> geleitet, da V nicht anwesend ist.	
101	So, 2.10.1881, Nr. 459, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Festessen zum <b>archäologischen Kongress in Tiflis</b> . Beim Festbankett habe V auf die gute Entwicklung des Kaukasus angestoßen.	
102	Mi, 5.10.1881, Nr. 463, MA (PDF: 8 u. 9)	S. 4, 3. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis: Es handelt sich um eine Versammlung der Wähler, die Vs Kandidatur unterstützen. Nach <b>Lasker</b> würden diejenigen, die mit der Kulturpolitik der Fortschrittspartei zufrieden seien, V wählen. Die anderen würden für den Gegenkandidaten stimmen. Der Abend endete mit Hochru-	

			fen auf V.	
103	Mi, 5.10.1881, Nr. 464, AA (PDF: 11)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Zu Ehren von Vs 60. Geburtstag soll eine <b>Virchow-Stiftung</b> gegründet werden. Diese soll zur Förderung wissenschaftlicher Forschung bestimmt sein. Man hoffe, zur Verleihung der Stiftungsurkunde an V, die Festräume des Rathauses nutzen zu können. Es werde dafür aber keine große Tafel, sondern ein Buffet geben, dazu kleine Tische. Das Interesse an der Veranstaltung sei groß, zumal die Billets nur 5 Mark kosten.	
104	Sa, 8.10.1881, Nr. 470, AA (PDF: 19)	S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Aufgrund des großen Andranges müsse man darauf aufmerksam machen, dass die für den 19. Nov. geplante Feier in den Festräumen des Rathauses nur den Stiftern der <b>Virchow-Stiftung</b> offen stünde. Anmeldungen ohne finanzielle Zuwendungen würden nicht berücksichtigt.	
105	So, 9.10.1881, Nr. 471, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte unten	Telegraphische Depeschen: V hat sich zum Zweck anthropologischer Studien nach <b>Abchasien</b> begeben und wird von dort aus direkt nach Berlin reisen.	
106	Di, 11.10.1881, Nr. 473, MA (PDF: 23)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Anzeige: Zu Ehren von Vs 60. Geburtstag und seiner 25-jährigen Lehrtätigkeit an der Berliner Universität ruft man die <b>Virchow-Stiftung</b> ins Leben und bittet um Spenden.	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 17.10.1881, Nr. 42
107	Do, 13.10.1881, Nr. 478, AA (PDF: 29)	S. 2, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V seinen <b>Geburtstag</b> fern von Berlin in <b>Abchasien</b> verbringe und wohl erst im Zusammenhang mit den Wahlen am 20. Okt. zu erwarten sei. Die eigentliche Feier sei für den 19. Nov.	

			geplant.	
108	Sa, 15.10.1881, Nr. 481, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Lokales: Der <b>Wahlverein der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis hat V ein <b>Glückwunschtelegramm</b> geschickt.	
109	So, 16.10.1881, Nr. 483, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Lokales: Zu Ehren von Vs 60. <b>Geburtstag</b> ist von der „ <b>Breslauer ärztlichen Zeitschrift</b> “ eine Festnummer erschienen. Man wolle damit an die Basis erinnern, die V geschaffen habe für die wissenschaftlichen Vorstellungen. Auch spätere Generationen würden V dankbar sein für den Umschwung, den dieser in die Heilkunde gebracht habe. Der 13. Okt. sei ein Gedenktag für alle Zeit. Dann wird noch kurz Vs Dissertation erwähnt.	
110	So, 16.10.1881, Nr. 483, MA (PDF: 37)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung liberaler Wähler im 2. Reichstagswahlbezirk</b> . V wird als Mitbegründer der Fortschrittspartei erwähnt. Wenn dieser ein Mandat übernehme, dann bringe dieser damit große Opfer für sich selbst, seine Familie und die Wissenschaft. Seine enormen Leistungen seien allen bekannt und man hoffe, dass bei der bevorstehenden Wahl die Mehrheit für V und nicht für <b>Stöcker</b> stimme.	
111	Di, 18.10.1881, Nr. 485, MA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Oktobersitzung): Es wird nur kurz Vs Abwesenheit erwähnt.	

112	Di, 18.10.1881, Nr. 485, MA (PDF 47)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Der <b>Verein der Studierenden der Veterinärmedizin</b> hat in einer Generalversammlung beschlossen, V aus Anlass seines 60. <b>Geburtstages</b> eine Glückwunschadresse zu senden.	s. a. 20.10.1881
113	Di, 18.10.1881, Nr. 486, AA (PDF: 49)	S. 2, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der Augenspezialist <b>Dr. Herzog Carl Theodor in Bayern</b> einen nicht näher benannten großen Beitrag für die <b>Virchow-Stiftung</b> geleistet habe. In der „ <b>Berliner klinischen Wochenschrift</b> “ widmet man V zu Ehren seines <b>Geburtstages</b> einen Artikel. Niemand mehr als V habe dazu beigetragen, dass Wissenschaft in den heutigen Bahnen laufe. Mit seiner Tätigkeit als Anthropologe hätten aber auch andere Zweige der Wissenschaft von V profitiert. Er steche heraus durch die Vielseitigkeit und Tiefe seines Wissens und durch seine unerschöpfliche Energie. Er sei ein Vertreter der deutschen Wissenschaft, der in allen Ländern großes Ansehen genieße.	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 17.10.1881, Nr. 42, S. 607-612
114	Di, 18.10.1881, Nr. 486, AA (PDF: 49)	S. 2, 3. Spalte mittig	Neueste Nachrichten: Kurze Nachricht, dass V gestern in <b>Odessa</b> eingetroffen sei und am Landungsplatz von Professoren und Studenten empfangen worden sei. Später habe er vom Verein der Ärzte ein Diplom als <b>Ehrenmitglied</b> bekommen.	
115	Di, 18.10.1881, Nr. 486, AA (PDF: 50-51)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	Vereine und Versammlungen: Bericht über eine <b>Versammlung von Wählern im 2. Reichstagswahlkreis</b> , die die Kandidatur von V unterstützen. Man stehe einer unsauberen Gegnerschaft gegenüber, die Männer der Wissenschaft, wie V, verunglimpfen	

			würden. Man müsse durch die Wiederwahl Vs zeigen, dass man das Banner der Freiheit und die Ideale hochhalten wolle.	
116	Do, 20.10.1881, Nr. 489, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Telegraphische Depeschen: Aus <b>Breslau</b> berichtet man, dass V gestern hier von seiner Reise aus Odessa eingetroffen sei und man ihn mit einer Deputation empfangen habe. Abends sei er auf einer <b>Wahlversammlung der Fortschrittspartei</b> erschienen. Er habe nur kurz über die Ziele der Partei gesprochen und wurde immer wieder mit Jubel und Beifall geehrt.	s. a. 21.10.1881
117	Do, 20.10.1881, Nr. 490, AA (PDF: 55)	S. 1, 2. Spalte mittig	Die VZ erwähnt nur kurz Vs Namen im Zusammenhang mit der auch <b>Mommsen</b> treffenden Aufmerksamkeit durch „ <b>Provinzial-Correspondenz</b> “.	
118	Do, 20.10.1881, Nr. 490, AA (PDF: 56)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht zu der geplanten Feier am 19. Nov. zu Ehren von Vs <b>25-jährigen Jubiläum</b> . Die Studierenden der Universität und des <b>medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts</b> berieten über die geplante Veranstaltung. Auch die Studierenden der Veterinärmedizin, die von V immer unterstützt wurden, beteiligten sich. Hier habe man am 18. Okt. fälschlicherweise berichtet, dass es sich um eine Glückwunschadresse zum Geburtstag handle.	
119	Fr, 21.10.1881, Nr. 491, MA (PDF: 57-	S. 1, 3. Spalte unten f.	Ausführlicherer Bericht zu Vs Rede auf der <b>Wählerversammlung der Fortschrittspartei in Breslau</b> , basierend auf dem Bericht der „ <b>Breslauer Zeitung</b> “. Der Vorsitzende des Wahlvereins <b>Friedländer</b> eröffnete die	

58)		<p>Versammlung und begrüßte V als großen gelehrten und Politiker. V dankte für den herzlichen Empfang. Überall, wohin er im Osten hingekommen sei, habe man mit großer Spannung den deutschen Wahlen entgegengesehen. Die Stellung, die die liberale Partei zu Deutschland einnehme, sei auch dort von lebhaftem Interesse begleitet. Das letzte Ziel, das die deutsche Fortschrittspartei als Träger des Idealismus verfolge, sei die <b>Befreiung des Menschen</b>. Deutschland solle in den Bestrebungen der Fortschrittspartei zum leuchtenden Beispiel der ganzen Welt werden. Zurzeit betrachte man aber rückläufige Bewegungen. Hinzu kämen die Vorwürfe, dass die Anhänger der Fortschrittspartei Reichsfeinde seien. Dabei lehne man nicht das Reich ab, sondern sehe das Reich als die Heimat seiner Bürger. Der jetzige Staatssozialismus könne nur dahin führen, jeden wie in eine Kaserne einzureihen. Ohne die Grundrechte für den Einzelnen seien auch die Grundrechte des Staates unmöglich. Die Politik müsse vor allem die rein menschliche Aufgabe erfüllen, nicht aber den Machtbestrebungen eines Einzelnen dienen. Dann würde man auch in Europa anders wahrgenommen. Die Städte seien dafür die natürlichen Vorkämpfer. Es gelte, die höchsten Güter des Vaterlandes zu retten. Eine klerikal-konservative Mehrheit würde die Entwicklung auf Jahre hinaus hemmen. In Bezug die <b>Getreidezölle</b> versi-</p>	
-----	--	--	--

			<p>chert V, dass er alles für deren Abschaffung tun werde. Er sei hier anderer Ansicht als einzelne Liberale, die die Getreidezölle bereits als unheilbare Krankheit betrachteten, gegen die sich nichts mehr tun lasse. Das Recht des Volkes müsse geschützt werden vor dem Spiel der Parteien. Kein Minister dürfe durch das Spiel mit den Parteien Volksrechte in Frage stellen. Die Minister dürften nicht dem Volke, sondern das Volk müsse den Ministern die Gesetze vorschreiben. Nach minutenlangem stürmischem Beifall muss V gehen, da er schon mit dem nächsten Zug Breslau verlassen müsse.</p>	
120	<p>Sa, 22.10.1881, Nr. 493, MA (PF: 60)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Leitartikel der VZ zum Ende des Wahlkampfes: Es wird berichtet, dass V, aus dem <b>Kaukasus</b> kommend, vom Schmutz der Presskosaken und politischen Rowdies völlig unberührt geblieben sei. Nicht nur in Russland sei dessen geistige Größe geehrt worden. Die jubelnde Begrüßung in <b>Breslau</b> zeige, dass das Volk noch Achtung vor der Wissenschaft habe und sich nicht von einer Schar unwissender und böswilliger Demagogen beeinflussen lasse.</p>	
121	<p>Sa, 22.10.1881, Nr. 493, MA (PDF: 61)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben</p>	<p>Vereine und Versammlungen: V habe seine Reise, nicht wie geplant von <b>Tiflis</b> aus fortgesetzt, um erst im November zurückzukehren, sondern sei jetzt aufgrund des <b>Wahlkampfes</b> schon wieder in Berlin. Als Dank sei in der Versammlung auf dem Tivoli am 24. Okt. eine Ovation geplant</p>	
122	<p>Di,</p>	<p>S. 4,</p>	<p>Bericht über die Versammlung des <b>Wahl-</b></p>	

	<p>25.10.1881, Nr. 497, MA (PDF 66- 67)</p>	<p>2. Spalte mittig f.</p>	<p><b>komitees der Fortschrittspartei</b>, auf der V eine letzte Ansprache vor der Wahl an seine Wähler gerichtet hat. Schon vor dem eigentlichen Beginn der Veranstaltung hat es einen großen Fackelzug zu Ehren Vs gegeben. Der Massenandrang ist für die Polizei kaum zu beherrschen. <b>Knörcke</b> eröffnet die Veranstaltung mit ehrenden Worten an V und mit Glückwünschen zu dessen 60. Geburtstag. Nach jubelnden Hochrufen folgte ein V zu Ehren gedichtetes <b>Lied</b>. Im Anschluss daran nahm V selbst das Wort. Er sei früher zurückgekehrt, um nochmal zu verdeutlichen, welche Ziele man im Wahlkampf verfolge. Die Flut von Schmähungen würde immer weiter anwachsen, aber er wolle das nicht weiter kommentieren. Mit einer solchen Gegnerschaft würde er sich nicht beschäftigen wollen, ihm sei wichtiger herauszustellen, von welchen Prinzipien man sich leiten lasse. Man stünde zwar in der Opposition, aber man halte deswegen nicht am Verneinungsprinzip fest. Man könne nur nicht abstimmen, wenn dazu die Ziele nicht feststünden. Offensichtlich herrsche große Angst vor dem Liberalismus und der Fortschrittspartei, dass diese ihren Geist verbreiten könnte. Zwar stünde man <b>Bismarck</b> gegenüber, aber dies treffe nur auf das Prinzip zu, nicht auf den Menschen. Man wende sich gegen dessen Einstellung zur Reichsverfassung. Diese sei ausschließlich auf ihn zugeschnitten, so dass man sich fragen</p>	
--	---	--------------------------------	---	--



		<p>müsste, ob sich nach Bismarck wieder ein Politiker finden werde, auf den sie auch passe. Als Partei sei man leider nicht stark genug, um Verbesserungen an der Verfassung durchzusetzen, die so wichtig wären für die friedliche, freiheitliche innere Gestaltung mit Teilnahme der Bürger. Es sei wichtig, dass Recht des Volkes zu wahren, damit das Recht des Einzelnen gewahrt bleibe. Leider fehle dieses Recht in der Reichsverfassung und Bismarck trage nicht dazu bei, dies zu ändern. Bismarck habe das Glück gehabt, realisieren zu können, was man ein ganzes Leben lang erstrebt habe, nämlich die Sehnsucht nach der deutschen Einheit. Es werde ihm niemand das Verdienst streitig machen, den Weg dazu gefunden zu haben, aber im Grunde sei es das Gedankengut der liberalen Parteien, dass Bismarck als Erbe übernommen habe. Es ginge nicht darum, Bismarcks Größe in der Außenpolitik in Frage zu stellen, nur habe er sich früher in der Innenpolitik mehr zurückgehalten. Inzwischen habe er auch dort alles selbst in der Hand oder Familienmitglieder würden dies übernehmen. Weiter kritisiert V diejenigen Leute, die glaubten, dass ihnen Heil und Segen vom Staat gegeben werde; dies sei einfach nur dumm. Arbeit und Sparsamkeit sei die Methode, wie man zur Selbstständigkeit und zu Wohlstand kommen könne. Den Schutz vor der Arbeit könne der Staat an sich nicht gewähren. Leider könne der Staat nicht alle</p>	
--	--	---	--

			<p>Not und alles Elend aus der Welt schaffen, dies sei eine unerfüllbare sozialistische Utopie. Hier habe man dem Volk nie nach dem Mund geredet und immer auf die Pflichten des Einzelnen hingewiesen. Für die kommende Wahl seien die Personen unerheblich, vielmehr treffe man eine Grundlagenentscheidung. Es stehe die Freiheit und die Entwicklung des Vaterlandes auf dem Spiel. Zwar seien die Gegner nicht unpatriotisch, aber der wahre Patriotismus erstrebe Gesetze, die in Gerechtigkeit allen, nicht bloß einzelnen Kategorien dienen, die die Möglichkeit gewähren würden, dass sich jeder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten entwickeln könne. In dem Zusammenhang geht V auf die von <b>Stöcker</b> initiierte Judenhetze ein. Dies sei mit wirklichem Christentum nicht vereinbar. Er warnt auch davor, wie sehr man mit all der politischen Bewegung im Fokus der Welt stünde. Dies würde auch auf den Wählern lasten, aber mit der Wahl würde man auch ein klares Signal nach außen senden. Abschließend dankt V noch den Arbeitern, die für ihn den Fackelzug organisiert hätten. Dies sei für ihn ein gutes Omen und er verspreche, die Sache der Arbeiter nicht zu vergessen. Nach der Rede setzt stürmischer, dröhnender Beifall ein.</p>	
123	Mi, 26.10.1881, Nr. 499,	S. 1, mittig	Eine über die ganze Seite gedruckte Aufstellung der sechs verschiedenen <b>Kandidaten für die Reichstagswahl</b> . V ist für den 2.	s. a. 27.10.1881

	MA (PDF: 69)		Reichstagswahlkreis aufgestellt.	
124	Mi, 26.10.1881, Nr. 499, MA (PDF: 70)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Lokales: Im 2. Berliner Reichstagswahlkreis sind die Wahlzettel für V gleichzeitig mit den <b>Wahlzetteln</b> für <b>Stöcker</b> verschickt worden. Dem Wahlzettel für V liege eine Schrift der vereinigten liberalen Parteien bei, die von den bekannten Mitgliedern der Nationalliberalen, Secessionisten und Fortschrittspartei unterschrieben sei. Stöckers Wahlzettel trage lediglich seine Unterschrift.	
125	Mi, 26.10.1881, Nr. 499, MA (PDF: 70)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Lokales: V habe der Gründung der <b>Virchow-Stiftung</b> zugestimmt. Er wird auch auf der Feier am 19. Nov. erscheinen. Die Zahl der wissenschaftlichen Deputationen und Vereine des In- und Auslandes, die der Feier beiwohnen wollen, werde erheblich sein. Der Festausschuss werde heute seine erste Sitzung halten.	
126	Do, 27.10.181, Nr. 501, MA (PDF: 72)	S. 1, mittig	Eine über die ganze Seite gedruckte Aufstellung der sechs verschiedenen Kandidaten für die Reichstagswahl. V ist für den 2. Reichstagswahlkreis aufgestellt.	
127	Do, 27.10.1881, Nr. 502, AA (PDF: 74)	S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Bericht über die Tätigkeit des Festausschusses für die Feier zur Gründung der <b>Virchow-Stiftung</b> . Die Festräume des Rathauses sind besichtigt worden. Man habe genügend Platz, so dass auch Damen eingeladen werden können. Es ist ein Buffet geplant, sitzen wird man an kleinen Tischen. Die Karten werden 6 Mark mit Buffet aber ohne Getränke kosten. Die Ausschmückung	

			werde aus dem Repräsentationsfond übernommen.	
128	Fr, 28.10.1881, Nr. 503, MA (PDF: 75)	S. 1, 3. Spalte mittig	Kurzer Bericht der VZ über das Ergebnis der Wahl. Die antifortschrittliche Koalition sei geschlagen. Im 1., 2., 3. und 5. Wahlkreis haben Liberale gewonnen, die fehlenden Wahlkreise hätten gute Chancen in der Stichwahl ebenfalls an die Liberalen zu gehen. V hat im 2. Wahlkreis gesiegt. [ <b>Wahlsieg</b> ]	
129	Fr, 28.10.1881, Nr. 503, MA (PDF: 76)	S. 4, 2. Spalte unten	Die Berliner Wahlen: V hat im 2. Berliner Reichstagswahlkreis den <b>Wahlsieg</b> mit rund 17.000 Stimmen errungen. Stöcker vereinigte nur 11.000 Stimmen auf sich.	
130	Fr, 28.10.1881, Nr. 504, AA (PDF: 77)	S. 1, 3. Spalte oben	In den nochmaligen Wahlnachrichten wird in einer Auflistung auch Vs <b>Wahlsieg</b> erwähnt.	
131	Fr, 28.10.1881, Nr. 504, AA (PDF: 78)	S. 2, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht über die unterschiedlichen <b>Versammlungen am Wahlabend</b> . Die Zusammenkunft im Wintergarten des Centralhotels habe sich zu einer imposanten Kundgebung gestaltet. Auch V war anwesend und habe später, wie andere auch, eine kurze Ansprache gehalten.	
132	So, 30.10.1881, Nr. 507, MA (PDF: 2)	S. 2, 1. Spalte oben	Auflistung der Gewinner der einzelnen Wahlkreise. V hat den 2. Berliner Reichstagswahlkreis für sich errungen. [ <b>Wahlsieg</b> ]	
133	So, 30.10.1881,	S. 4, 3. Spalte	Abdruck der Wahlergebnisse aus dem <b>Wahlkreis Ottweiler- St. Wendel</b> . Hier hat	

	Nr. 507, MA (PDF: 83)	unten	der Sieger 5767, der Zweite 4778 Stimmen und V 2231 Stimmen erhalten.	
134	So, 30.10.1881, Nr. 507, MA (PDF: 84)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass die <b>Berliner medizinische Gesellschaft</b> einen Beitrag von 3000 Mark für die <b>Virchow-Stiftung</b> spendet.	
135	So, 30.10.1881, Nr. 507, MA (PDF: 84-85)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	Lokales: Kurzer Bericht über den <b>Wahlkampf</b> . Nach V habe sich die Frage der Wahl auf den Gegensatz Kultur oder Barbarei reduziert. Es sei nicht um dessen Person oder um seine politische Parteistellung gegangen, sondern nur um das Prinzip der modernen Kultur im Gegensatz zur kulturfeindlichen Reaktion und zum Pietismus.	
136	Di, 1.11.1881, Nr. 509, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Der <b>Verein deutscher Ärzte in Prag</b> hat V zu Ehren seines 25. <b>Professoren-Jubiläums</b> zum <b>Ehrenmitglied</b> ernannt. Gleichzeitig beteiligen sich die Mitglieder an der <b>Virchow-Stiftung</b> mit über 30.000 Mark. Eine besondere Ovation sei V von seinen ehemaligen Assistenten und Studenten gemacht worden. Viele dieser Ehemaligen seien eigens zu dessen 60. <b>Geburtstag</b> angereist und hätten ihm am Sonntag im pathologischen Institut ein kostbares Album überreicht. Später gab es ein Festessen im Kaiserhof.	
137	Mi, 2.11.1881, Nr. 511, MA	S. 4, 3. Spalte unten	Das Ergebnis der Reichstagswahlen: Für die Stadt Berlin ist V im 2. Reichstagswahlkreis gewählt. [ <b>Wahlsieg</b> ]	

	(PDF: 5)			
138	Mi, 2.11.1881, Nr. 512, AA (PDF: 7)	S. 2, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis auf den am 4. Nov. stattfindenden Festkommers der Studierenden zu Ehren von Vs 25. <b>Professoren-Jubiläum</b> im Zentral-Skating-Rink.	s. a. 5.1.1881
139	Sa, 5.11.1881, Nr. 518, AA (PDF: 14)	S. 1, 3. Spalte mittig	Kurzer Hinweis, welche Personen die Wahl für die <b>Fortschrittspartei</b> gewonnen haben. V ist auch darunter.	
140	Sa, 5.11.1881, Nr. 518, AA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Bericht über den gestern stattgefundenen <b>Kommers</b> zu Ehren von Vs 25. <b>Professoren-Jubiläum</b> im Zentral-Skating-Rink: Etwa tausend Studierende hatten sich eingefunden. Vor dem Podium war die Festtafel angeordnet, mit einem geschmückten Platz für V in der Mitte. Dazu kamen 24 Kneiptafeln und auf den Tribünen fanden die Damen Platz. Eine Loge gegenüber der Bühne war für Vs Familie reserviert. Unter den Klängen des Tannhäuser-Marsches nahm V gegen 21 Uhr seinen Platz ein. Um ihn gruppierten sich seine Kollegen. Nach einer Begrüßung durch zwei Studierende nahm V selbst das Wort. Die Feste, die ihm zu Ehren gegeben wurden, betrachte er nicht als persönliche Ereignisse, sondern als Feiertage des <b>pathologischen Instituts</b> , dem er seit fünfundzwanzig Jahren vorstehe. Dieses Institut habe nicht nur für Berlin, sondern für Deutschland eine große Bedeutung erlangt. Es habe viele Wissenschaftler ausgebildet, die den Geist der Schule mit in die Welt getragen hätten. Es sei ein Geist der	

		<p>Einigkeit entstanden, den es zu bewahren gelte. Das pathologische Institut habe sich schon bei seiner Gründung die Aufgabe gestellt, mit der überlieferten Form des Lehrens zu brechen und, statt des wissenschaftlichen Dogmas, die eigene Arbeit und Kontrolle des Schülers zu pflegen. Zwar habe es auch immer Zweifel an dieser Methode gegeben, aber auf diese Weise habe man Schüler erzogen, die eine eigene Überzeugung bezüglich wissenschaftlicher Wahrheiten besäßen, die nicht selten selbst den Lehrer belehren konnten, die aber auch bereit waren, eine eigene Meinung aufzugeben, wenn sich zeigte, dass sie falsch war. Diese Art zu arbeiten setze Bescheidenheit selbst beim Lehrer voraus, der wissen müsse, dass auch er durch den Schüler korrigiert werden könne. V selbst blicke auf eine große Zahl von Schülern, die er ausgebildet habe und deren Leistungen er neidlos anerkenne, da alle lediglich nach der Wahrheit suchen würden. Wichtig, um gute Studenten zu bekommen, sei aber auch deren gute Vorbildung und er hoffe, dass diese weiter gefördert werde. Dass er in seinem Alter noch so leistungsfähig sei, hinge damit zusammen, dass er immer noch <b>Erkenntnisdrang</b> verspüre und sich diesen bis heute bewahrt habe. Dies sei die grundlegende Triebkraft der Wissenschaft und er hoffe, dass jeder der Anwesenden diese auch verspüre. Abschließend dankt er allen im Namen des Instituts und</p>	
--	--	---	--

			der Wissenschaft. Im Anschluss wurden Glückwunschtelegramme verlesen und noch ausgiebig gefeiert.	
141	Di, 8.11.1881, Nr. 521, MA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass der Termin für die Anmeldung zur Feier am 19. Nov. zwar abgelaufen sei, aber Zeichner an der <b>Virchow-Stiftung</b> , die noch keine Aufforderung zur Abholung ihrer Billets bekommen hätten, könnten dies noch beim Kastellan der Gesellschaft für Erdkunde tun. Auch Damen hätten Zutritt.	
142	Di, 8.11.1881, Nr. 522, AA (PDF: 21)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Bericht über die <b>Versammlung liberaler Wähler des 6. Berliner Reichstagswahlkreises für die Oranienburger Vorstadt und den Wedding</b> , die gestern Abend stattfand. V wurde von jubelndem Beifall begrüßt. Er sei hier, so V, um seinen lieben Freund <b>Klotz</b> zu unterstützen. Bei der anstehenden Stichwahl ginge es um eine Entscheidung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten. Wer das Gesetz als die höchste Norm betrachte und den Boden der Verfassung in allen Kämpfen für die Rechte des Volkes gewahrt wissen wolle, der werde sich auf die Seite der Fortschrittspartei stellen müssen. Erschwerend sei, dass die Fortschrittspartei zurzeit massiv angefeindet würde, nicht zuletzt auch von <b>Bismarck</b> . Die Vorwürfe, man lasse es an Treue für Kaiser und Reich fehlen, seien allerdings haltlos. Grund für die Vorwürfe sei Vs Abrüstungsantrag. Diesen habe er aber nicht gestellt, um den Staat macht- und wehrlos zu	



		<p>machen, sondern der Regierung die Pflicht nahe zu legen, sich mit den übrigen Regierungen zu beraten, wie die schwer auf den Völkern ruhende Militärlast gemildert werden könne Sein Antrag spreche die Überzeugung aus, dass der bewaffnete Friede die Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Völker störe und lege den Regierungen ans Herz, die Heeresmassen so zu reduzieren, wie es für die Wehrhaftigkeit eines Volkes geboten sei; dies sei gewiss nicht vaterlandsfeindlich und gut mit seinem Gewissen vereinbar. Auch sei die Titulierung als Reichsfeind schon so vielen zu Teil geworden, dass es sich abgenutzt habe. Selbst die Sozialdemokraten würden sich blenden lassen von den Projekten Bismarcks, was eigentlich kaum vorstellbar sei. Die Arbeiter müssten sich endlich klar darüber werden, dass der <b>Staatssozialismus</b>, wie er ihnen jetzt versprochen werde, ihre Beschwerden in keiner Weise beende, sondern eine Zwangsjacke darstelle, die jede freie Bewegung unmöglich mache und ihr Dasein weit unbehaglicher gestalte, als es jetzt sei. Wenn die Fortschrittspartei dieser Arbeiterbeglückung entgegenrete, so tue sie dies aus der Überzeugung heraus, dass dies System unmöglich gut für die Arbeiter sein könne. Sie fühle sich verpflichtet, Bestrebungen entgegenzutreten, die offen oder versteckt dem Volk neue Lasten bringe und gleichzeitig die Rechte des Volkes bedrohten. Man könne in</p>	
--	--	---	--

			<p>der Sozialdemokratie keine segensvollen Ideen erblicken. Die Fortschrittspartei fordere nach wie vor gleiches Recht für alle [<b>Rechtsgleichheit</b>] und akzeptiere keine Ausnahmegesetzgebung, weder für die <b>Sozialdemokraten</b>, noch für die <b>Juden</b>. Man wolle die liberalen Grundsätze nicht verlassen, denn alle Bürger des Staates hätten gleiche Rechte. In dieser Angelegenheit müsse man sich treu bleiben. Vs Freund Klotz sei die Verkörperung dieser Grundsätze und wenn man diesen wähle, könne man darauf zählen, dass dieser auch gewissenhaft danach handeln werde.</p>	
143	<p>Do, 10.11.1881, Nr. 525, MA (PDF: 2)</p>	<p>S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p>Die VZ berichtet über einen Artikel der „<b>Provinzial-Correspondenz</b>“. Diese habe ihren Ärger über die Huldigungen, die V in den letzten Wochen erfahren habe, freien Lauf gelassen. Dabei stellt sie den Satz auf, dass es an der Berliner Hochschule keinen Professor gebe, dessen Name und Ruhm <b>Bismarck</b> in der Politik Konkurrenz machen könne. Die VZ kontert damit, dass es nicht mal einen berühmten Professor brauche, um die Wege Bismarcks in der Innenpolitik als verderblich anzusehen.</p>	<p>s. a. 11.11.1881</p>
144	<p>Fr, 11.11.1881, Nr. 527, MA (PDF: 26)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Über die Virchow-Feier habe die „<b>Prov.-Corr.</b>“ schon berichtet, nun nehme auch die „<b>Köln. Zeitung</b>“ dazu Stellung. Letztere sei nach eigener Aussage nicht immer Vs Meinung, aber einem so fleißigen und gelehrten Mann abzusprechen, dass er außerhalb der Wissenschaft nicht auf gleich hohem Niveau</p>	<p>Provinzial- Correspondenz vom 9.11.181, S. 2, 1. Spalte mitte</p>

			Politik betreiben könne, sei falsch. Hingegen habe <b>Bismarck</b> es im Rahmen seiner außenpolitischen Erfolge versäumt, sich auch um innenpolitische Belange zu kümmern.	
145	Sa, 12.11.1881, Nr. 529, MA (PDF: 29)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die letzte Versammlung vor den Wahlen. Es handelt sich um eine Vertrauensmännerversammlung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises im Stadtbezirk 166-176 von gestern Abend. Es waren mehr als 2000 Personen anwesend. Der Vorsitzende <b>Lubenow</b> eröffnet den Abend, dann sprach <b>Dr. Hermes</b> und im Anschluss nahm V das Wort. V wurde mit stürmischem Beifall empfangen, und setzte sich dann für die Wiederwahl von <b>Klotz</b> ein. Für die Wahl müsse man sich grundsätzlich entscheiden und nicht auf kleinere Gesichtspunkte schauen. <b>Bismarck</b> glaube, ausschließlich derjenige zu sei, der das Volk zu Reichtum und Glück führen könne. Dann sprach er sich erneut ausführlich gegen eine Besteuerung der notwendigen Lebensmittel, so wie gegen die Einführung neuer, besonders <b>indirekter Steuern</b> aus und sagte, dass eine Verminderung der Militärlast viel besser sei. V glaube zwar, dass Bismarck jeden einzelnen im Volk glücklich machen wolle, aber die Regierung habe noch keine Pläne zu solchen Erleichterungen vorgelegt. Durch human und christlich aussehende Versprechungen lasse man sich nicht verlocken, sondern prüfe alle Projekte und wenn sie zu sehr ins	

			Blaue gingen, weise man sie ab. Auch durch die allgemeine Verstaatlichung sei keine Lösung entstanden. Weder die Stellung der Beamten habe sich gebessert, noch hätten sich sonst Veränderungen ergeben. Abschließend äußerte V die Hoffnung, dass dieser Wahlkreis der Fortschrittspartei erhalten bleibe als Unterstützung.	
146	Mo, 14.11.1881, Nr. 532, AA (PDF: 33)	S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über ein Interview, dass man mit dem gerade in <b>Athen</b> angekommenen <b>Schliemann</b> geführt habe. Er bedauert darin, dass die Wahlen seinen Freund V in Berlin festgehalten hätten.	
147	Di, 15.11.1881, Nr. 534, AA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass die Ärzte des Herzogtums <b>Braunschweig</b> sich entschlossen hätten, V eine <b>Glückwunschadresse</b> zu seinem 25. <b>Professoren-Jubiläum</b> zukommen zu lassen.	
148	Mi, 16.11.1881, Nr. 535, MA (PDF: 4-5)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	Bericht über den Besuch der <b>BAG</b> bei den <b>Feuerländern</b> : V hat in den letzten Tagen an den Feuerländern im zoologischen Garten eingehende Untersuchungen und Messungen durchgeführt. Die Bevölkerung Feuerlands sei inhomogen. Die Natur des Landes begünstige die Isolierung kleinerer Bevölkerungsteile und damit die Herausbildung von Besonderheiten. Die Besucher würden dem westlichen Typus angehören mit einem Mangel an Proportionen zwischen der oberen und der unteren Körperhälfte. Brust und Oberarme seien auffallend entwickelt, die Beine dagegen relativ schwach. Die Füße	Über die <i>Feuerländer</i> : VBAG 13, S. 375-393

			<p>seien frei von Deformationen, da sie immer unbekleidet seien. An Hand der Schädelform könne man aber eine Verwandtschaft mit den Eskimos ausschließen. Auffällig bei der Gewinnung von Feuer sei im Vergleich mit anderen Völkern die Verwendung von Pyrit. Die Feuerländer ernährten sich fast ausschließlich von Fleisch, was auch der These widerspreche, dass nur vegetarische Kost gesund sei.</p>	
149	<p>Do, 17.11.1881, Nr. 537, MA (PDF: 42)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>Abdruck der definitiven Resultate der Reichstagswahlen aller Wahlkreise: V ist in seinem 2. Wahlkreis bestätigt worden. <b>[Wahlsieg]</b></p>	
150	<p>Do, 17.11.1881, Nr. 537, MA (PDF: 4-5)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.</p>	<p><b>BAG</b> (Novembersitzung): V eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis auf mehrere Todesfälle. Darunter auch <b>Hildebrandt</b>. Dann machte er einige Bemerkungen zu den abgelaufenen Kongressen in diesem Jahr.</p>	<p>Nachruf für J. M. Hildebrandt: VBAG 13, S.236 Kurze Besprechung der Congresse zu Regensburg, Salzburg, Venedig, Bologna, Berlin, Tiflis und Madrid: VBG 13, S. 341-343</p>
151	<p>Fr, 18.11.1881, Nr. 540, AA (PDF: 48)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Kurzer Hinweis darauf, das der Verwaltungsrat des <b>Berliner Asylvereins V</b> morgen eine <b>Glückwunschadresse</b> zu seinem 25. <b>Professoren-Jubiläum</b> senden</p>	

			wolle. Von der <b>Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege</b> ist V zum <b>Ehrenmitglied</b> ernannt worden. Das Diplom dazu solle V heute überreicht werden.	
152	Sa, 19.11.1881, Nr. 542, AA (PDF: 51)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Der <b>Ärzte-Verein Frankfurt</b> hat einen Repräsentanten beauftragt, V eine Adresse zu seinem Fest zu überreichen. Eine Reihe von Vs Schülern würde zum Verein zählen und man wolle ihm danken für seine herausragenden Forschungen und Leistungen in der Medizin und für die gesamte Wissenschaft überhaupt. Durch V habe man gelernt, sich als Arzt weiterzuentwickeln. Man wünsche ihm Gesundheit und Segen und hoffe, dass V noch lange zur Ehre der Wissenschaft und des Vaterlandes tätig sein.	
153	So, 20.11.1881, Nr. 543, MA (PDF: 53)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht über die außerordentliche Sitzung des <b>Vereins für öffentliche Gesundheitspflege</b> : Kurzer Hinweis, dass man einstimmig beschlossen habe, V zum <b>Ehrenmitglied</b> zu ernennen.	
154	So, 20.11.1881, Nr. 543, MA (PDF: 55)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Virchow-Feier zu Ehren seines 60. <b>Geburtstages</b> und seines 25. <b>Professoren-Jubiläums</b> . Die Feier wurde gestern Abend von <b>Bastian</b> eingeleitet. Dann erfolgte ein Geschäftsbericht über die <b>Virchow-Stiftung</b> durch <b>Friedel</b> mit der Überreichung der Stiftungsurkunde an V. Daran schloss sich eine lange Reihe von Ansprachen der zahllosen internationalen Gäste. Es war auch eine Deputation aus <b>Schivelbein</b> anwesend. Es sei beschlossen worden, V zu Ehren an seinem Geburtshaus	

			<p>eine <b>Votivtafel</b> anzubringen. Dann betrat V das Podium. Er wolle die vielen Lobreden nicht annehmen. Was er bewirke, leiste er für der Welt. Daneben profitiere er von anderen Forschern und versuche, das gesammelte Wissen wiederum an seine Schüler weiterzugeben. Er sehe sich eher als ein <b>Wissensverwalter</b>. Er nehme nur für sich Anspruch, keine groben Fehler gemacht zu haben. Abschließend dankte er allen Gratulanten. Damit war der offizielle Teil der Feier beendet und die Festgesellschaft verteilte sich in den Räumen.</p>	
155	<p>Di, 22.11.1881, Nr. 545, MA (PDF: 58)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben</p>	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass vom Stadtrat <b>Friedel</b> der Rechenschaftsbericht zur <b>Virchow-Stiftung</b> im Rahmen der Virchow-Feier veröffentlicht wurde. Es stünden der Stiftung mittlerweile schon mehr als 65.000 Mark zur Verfügung. Auf der Feier wurde dann noch ein Telegramm aus London verlesen, das weitere 1700 Mark zusicherte.</p>	
156	<p>Di, 22.11.1881, Nr. 546, AA (PDF: 60)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Lokales: Bericht über die Ansprache des Dekans der medizinischen Fakultät <b>Prof. Westphal</b> von Samstag in Vs Wohnung. Man wolle V zu seinem 60. <b>Geburtstag</b> und seinem 25. <b>Professorenjubiläum</b> gratulieren. V würde auf vielen Gebieten bewundernswürdiges Talent und staunenswerte Energie aufbringen. Dennoch würde er eigentlich der medizinischen Fakultät angehören. Er habe viele Studenten ausgebildet und genieße als Kollege Vertrauen und Freundschaft. V habe immer mit Treue zur Fakultät</p>	

			<p>gestanden und man danke ihm für seine langjährige Tätigkeit. Unter den erschienenen Gratulanten war auch der Vorsitzende der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen <b>Dr. Sydow</b>. Aus der großen Anzahl von <b>Glückwunschadressen</b> wurde die des <b>Vorstandes des Wahlvereins der Fortschrittspartei in Breslau</b> erwähnt, die V als vorwärtsstrebenden Geist und Leuchte des Wissens preist. Er sei ein Bürger der ganzen Welt und stehe über den Schranken einer politischen Gemeinde. Er sei ein Meister der Wissenschaft und ausgezeichnet mit lauterstem Patriotismus und unwandelbarer Treue zum deutschen Volk. Man hoffe, dass er der Fortschrittspartei noch lange erhalten bleibe. Am Ende des Artikels ist vermerkt, dass bei der Feier im Rathaus 816 Personen anwesend waren.</p>	
157	Do, 24.11.1881, Nr. 550, AA (PDF: 65)	S. 2, 1. Spalte unten	<p>Lokales: Bericht über die Versammlung der gemischten Deputation zur Vorberatung der Herstellung von zehn überdachten <b>Filterbassins</b> und einer mechanischen Sandwäsche auf dem Grundstück der Wasserwerke in <b>Tegel</b>. Als Sachverständiger war auch V geladen.</p>	
158	Sa, 26.11.1881, Nr. 553, MA (PDF: 69)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Versammlung sämtlicher Vorstandsmitglieder, Gruppenvorstände und Vertrauensmänner des 5. Reichstagswahlkreises</b> am 27. Nov. im Saal des Handwerkervereins. V wird eine Ansprache halten.</p>	s. a. 29.11.1881



159	Di, 29.11.1881, Nr. 557, MA (PDF: 2)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die letzte <b>Versammlung im 5. Reichstagswahlkreis</b> vor der Nachwahl. V habe in seiner Rede aufgefordert, die Ehre Berlins und des 5. Reichstagswahlkreis durch die Wahl des <b>Prof. Günther</b> zu erhalten.	
160	Di, 29.11.1881, Nr. 558, AA (PDF: 75)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Anlässlich des Virchow-Jubiläums habe der „ <i>Gaulois</i> “ einen sympathischen Artikel über V gebracht, in dem V in der wärmsten Weise gefeiert wrde. Es wurde über eine Begebenheit aus dem Jahr 1867 vom internationalen Medizinerkongress in Paris berichtet. Dort habe der damalige Vorsitzende und Präsident <b>Dr. Bouillard</b> V zum Präsidentensessel geführt und ihm diesen mit den Worten „vor dem <b>Fürsten der modernen Medizin</b> trete er zurück“ überlassen.	„ <i>Le Gaulois</i> “ vom 24.11.1881, S. 1, 1. Spalte oben f.
161	Mi, 30.11.1881, Nr. 560, AA (PDF: 78)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der am heutigen Tage stattgefundenen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Auswärtigen Amtes</b> . V bat <b>Bismarck</b> , über den Stand der Verhandlungen mit der Kurie Auskunft zu geben.	
162	Do, 1.12.1881, Nr. 561, MA (PDF: 1)	S. 1, 2. Spalte oben	Leitartikel der VZ zum Thema Frieden mit dem Zentrum. Es wird die gestrige [30.11.1881] Sitzung des Deutschen Reichstages thematisiert. Diskutiert wurde über den <b>Etat des Auswärtigen Amtes</b> . V bat <b>Bismarck</b> , über den Stand der Verhandlungen mit der Kurie Auskunft zu geben. Bismarck erklärte, solch eine Auskunft nicht geben zu können. V sei es in einer meisterhaften, wenn auch kurzen Rede gelungen, die Ge-	

			sichtspunkte darzustellen, von denen die Liberalen bei der Unterstützung der Regierung im Kampf gegen klerikale Übergriffe ausgegangen seien. Dem gegenüber stellte er die beschränkten, mehr polizeilichen Ziele Bismarcks.	
163	Do, 1.12.1881, Nr. 561, MA (PDF: 2-4)	S. 4, 2. Spalte unten ff.	<b>Deutscher Reichstag</b> (6. Sitzung vom 30. Nov.): Die Sitzung beginnt mit Vs Anfrage an <b>Bismarck</b> , über den Stand der Verhandlungen mit der Kurie Auskunft zu geben. V hatte eigentlich gehofft, mit seiner Anfrage für die Ausbreitung des Friedens im Lande zu sorgen. Nun könne man aber auf der rechten Seite eine Art kirchlicher Organisation der politischen Parteien beobachten, mit der Billigung von Bismarck. Das politische Leben würde mit diesen Religionskämpfen vergiftet. Der <b>Kulturkampf</b> führe zu Intoleranz und Verfolgung Einzelner. Stattdessen solle man mehr <b>Freiheit für das Individuum</b> gewinnen. V sieht sich rückblickend von Bismarck getäuscht. Er hatte von diesem erwartet, die Schule von der Kirche zu befreien und sie auf wirklicher Gewissensfreiheit aufzubauen. Weiter geht V darauf ein, dass die Nichtanerkennung des Papsttums eine Anerkennung der weltlichen Machtstellung ausschließe. Damit sei auch die besondere Vertretung beim Papst nicht sinnvoll. Trotzdem sei es positiv, dass das Reich nach außen hin volle Einheit signalisiere. In einer weiteren Wortmeldung spricht V über die Einführung der <b>Zivilehe</b> . Hier habe Bis-	vgl. Andree, Band 37, S. 570-579

			<p>marck nichts anderes getan, als es die Verfassung vorgeschrieben habe. Dass dieser das jetzt angeblich nur mit Widerwillen getan habe, sei unverständlich und er könne sich damit auch nicht seiner Verantwortlichkeit entziehen. Auch dass Bismarck sich nicht mehr an eine Zusammenarbeit mit der <b>Fortschrittspartei</b> erinnern könne, sei falsch. Als erster Schritt in der Gesetzgebung im Rahmen des Kulturkampfes sei das Schulaufsichtsgesetz entstanden, das nur mit den Stimmen der Fortschrittspartei möglich wurde. Selbst die Regierungspresse habe in dieser Zeit Anerkennung für die Fortschrittspartei ausgesprochen. Auch in der Handelsgesetzgebung habe man immer auf Bismarcks Seite gestanden. Man dürfe die Kultur nicht als auf dem Christentum fußend betrachten. Vielmehr müsse sie auf der allgemein menschlichen Entwicklung basieren. Darauf könnten auch die Religionen basieren. Die Schaffung neuer klerikaler Organisationen würde das Volk unterjochen.</p>	
164	Do, 1.12.1881, Nr. 561, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 378 und 379)	
165	Sa, 3.12.1881, Nr. 565, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>Deutscher Reichstag</b> (8. Sitzung vom 2. Dez.): Thema ist das <b>Reichsgesundheitsamt</b> . V weist auf Kompetenzprobleme zwischen dem Reichsgesundheitsamt und dem Reichsamt des Inneren hin. So würde man	vgl. Andree, Band 37, S .579-584

			die Petroleumproblematik an das Reichsgesundheitsamt weitergeben, weil <b>Petroleum</b> zu den Nahrungsmitteln gerechnet werde. Nicht alles, was die Gesundheit der Menschen bedrohe, sei der Medizin zuzuschreiben. Das Gesundheitsamt müsse seine wissenschaftliche Tätigkeit zu Gunsten der praktischen Tätigkeit einschränken. Besonders wichtig seien da Ausführungsverordnungen zum Nahrungsmittelgesetz.	
166	Sa, 3.12.1881, Nr. 565, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass sich die <b>Fraktion der Fortschrittspartei</b> konstituiert habe. Erneut gehört V mit in den <b>Vorstand</b> .	
167	Fr, 9.12.1881, Nr. 576, AA (PDF: 25)	S. 2, 3. Spalte oben	Neueste Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass die <b>Wahlprüfungskommission</b> Vs Wahl für gültig erklärt habe.	
168	Sa, 10.12.1881, Nr. 577, MA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Nochmals die Gültigkeitsbestätigung der <b>Wahlprüfungskommission</b> von Vs Wahl.	
169	Sa, 10.12.1881, Nr. 578, AA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis auf die Veröffentlichung des neusten Heftes von Vs „ <b>Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie</b> “. V habe darin eine Danksagung für die Glückwünsche veröffentlicht.	
170	So, 11.12.1881, Nr. 579, MA	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass der <b>Wahlprüfungskommission</b> , im Zusammenhang mit der Bestätigung von Vs Wahl, ein Antrag des Abg. <b>Wölfel</b> vor-	

	(PDF: 31)		gelegen habe. Hier wird um Überprüfung möglicher Wahlunregelmäßigkeiten gebeten im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Revier-Polizeivorstände.	
171	Di, 13.12.1881, Nr. 581, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Lokales: Abdruck eines Briefes von V an die „ <b>Volkszeitung</b> “ im Zusammenhang mit dem Fall <b>Harbaum</b> . Um keine neuerlichen Missverständnisse aufkommen zu lassen, wolle er ein paar Erläuterungen geben. Durch äußere Veränderungen sei der Verdacht entstanden, dass das Kind durch <b>Schwefelsäure</b> vergiftet worden sei. Als nun bei der Obduktion am Körper des Kindes äußerliche Veränderungen aufgefallen seien, dachte man an Einwirkung von Schwefelsäure. Später sei die Frage entstanden, ob diese Stellen nicht durch Einwirkung lebender Ameisen entstanden seien, mit denen die Leiche des Kindes bedeckt gefunden wurde. Das daraufhin eingeforderte Obergutachten der wissenschaftlichen Deputation, auf Grund dessen die Freisprechung erfolgt sei, hatte diese Frage bejaht. Als vor Jahren die erste Obduktions-Verhandlung ohne anderweitige Akten der Deputation vorlag, war von den Ameisen überhaupt nichts erwähnt und die Deputation habe sich also über diesen Punkt nicht äußern können. Sie konnte nur verneinen, dass die Stellen durch Einwirkung von Schwefelsäure entstanden sein müssten und im anatomischen Befund darlegen, dass auch sonst keine Zeichen einer Schwefelsäure-Vergiftung vorlägen. Es gehe	

			zu weit wegen dieser Angelegenheit nun eine Gesamtreform der Medizinal-Organisation zu fordern. In der Angelegenheit habe es keinen Fehler in der chemischen Prüfung gegeben. Die Grundannahmen seien einfach nicht bekannt gewesen. Es habe sich gezeigt, dass die Kontrollinstanz mit dem Obergutachten sehr gut funktioniert habe.	
172	Do, 15.12.1881, Nr. 586, AA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Lokales: Im Reichstag ist der Bericht der <b>Wahlprüfungskommission</b> über die Wahlen von <b>V</b> und <b>Löwe</b> zur Beratung gelangt. Das Resultat der Prüfung wurde einstimmig angenommen. Der ursprünglich eingereichte Protest entbehre jeglicher Grundlage. Unregelmäßigkeiten seien nur vereinzelt vorgekommen. Man könne daraus eher einen Beweis für die allgemeine Sorgfalt des Wahlverfahrens entnehmen.	
173	Fr, 16.12.1881, Nr. 587, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>Deutscher Reichstag</b> (Abendsitzung): Thema ist der Antrag <b>Hänels</b> bezüglich der Wahlen. <b>V</b> beginnt mit einem Angriff auf <b>Stöcker</b> , dem er geschmacklose Selbstüberschätzung vorwirft. Dieser habe die <b>antise-mitische Bewegung</b> ins Leben gerufen und sich dann davon verabschiedet, als es zur Überschreitung bedenklicher Grenzen kam. Dann wendet sich <b>V</b> gegen die „ <b>Provinzial-Corr.</b> “. Diese werfe der <b>Fortschrittspartei</b> vor, sich gegen die Macht des Königtums zu wenden. Dies sei eine Verleumdung und er wende sich gegen die Verletzung der persönlichen Ehre, die eine solche Aussage enthalte. Man appelliere an die Regierung,	vgl. Andree, Band 37, S. 584-594 s. a. 20.12.1881

			<p>Schutz vor solchen Aussagen zu bieten.</p> <p>Dass es der Regierung an Unterstützung fehlen, kann V nicht nachvollziehen. Es gebe genügend konservative Beamte und neben diesen müssten auch die freien Bürger stehen, die ohne Druck der Beamten ihre Meinung zum Ausdruck bringen könnten.</p>	
174	<p>Sa, 17.12.1881, Nr. 589, MA (PDF: 7)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte mittig</p>	<p>Bericht über die <b>Reichstagssitzung</b> vom 15.12.1881: Besonders hervorzuheben sei nach der VZ die Schlussrede von V, die trotz der späten Stunde die ungeteilte Aufmerksamkeit des Hauses erregte und auf die Zuhörer einen überwältigenden Eindruck gemacht habe. Sonst würde bei V immer leiser Sarkasmus und Ironie durchklingen, gekennzeichnet von logischer Anordnung und Klarheit der Darstellung. Diesmal habe er aber mit ungewohnter Erregung gesprochen, die seine Zuhörer berührt habe. Er habe die tiefgehende Empörung eines echten Patrioten über unwürdige Vorwürfe zum Ausdruck gebracht.</p>	<p>s. a. 20.12.1881</p>
175	<p>So, 18.12.1881, Nr. 591, MA (PDF: 10)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Bericht über den Semester-<b>Kommers</b> der „<b>Freien wissenschaftlichen Vereinigung</b>“. Unter den anwesenden Dozenten war auch V.</p>	
176	<p>Di, 20.12.1881, Nr. 593, MA (PDF: 16-17)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben f.</p>	<p>Erneuter Bericht von der Abendsitzung [<b>Reichstag</b>] des 15. Dez.: V beginnt mit einem Angriff auf <b>Stöcker</b>, dem er geschmacklose Selbstüberschätzung vorwirft. Stöcker bezeichne den 2. Wahlkreis immer noch als „seinen“ Wahlkreis, obwohl er</p>	<p>s. a. 25.12.1881</p>

		<p>deutlich von V geschlagen worden sei. Stöcker müsse sich damit abfinden, dass er und seine Partei in deutlichster Art und Weise von den Berliner Wählern zurückgewiesen worden sei. Wenn Stöcker diese Ablehnung nicht spüren würde, sei es um sein sittliches Bewusstsein nicht sehr gut bestellt. Vom Präsidenten wegen seiner Aussagen gemäßregelt, kontert V, dass man die Angriffe, die Stöcker wieder und wieder vorbringe, nicht einfach stilschweigend hinnehmen könne. Stöcker würde immer wieder Verdächtigungen äußern, ließe sich aber nie zu detaillierten Aussagen hinreißen, an denen man seine Aussagen auch überprüfen könne. Die neusten Äußerungen seien zur Berliner Stadtverwaltung gefallen. Dies könne V nicht akzeptieren. In der Zeit, als die Fortschrittspartei nur dort ihre Einflussnahme entwickeln konnte, habe sie sich dort stark gemacht für Schulen, Krankenhäuser, Straßen- und Wegebau. V hoffe, dass der heutigen Diskussion endlich Konsequenzen folgten. Man müsse in konkrete Verhandlungen treten und dem Gegner die Möglichkeit zur Antwort geben. Er müsse auch nochmals darauf hinweisen, dass die <b>antisemitische Bewegung</b> von Stöcker ausgegangen sei, der sich dann davon verabschiedet habe, als es zur Überschreitung bedenklicher Grenzen kam. Dann wendet sich V gegen die „<b>Provinzial-Corr.</b>“. Man wende sich als Partei nicht zum ersten Mal gegen deren Vorwürfe. Man</p>	
--	--	---	--



		<p>habe sich nie gegen das Königtum gewandt. Dies sei eine Verleumdung und er wende sich gegen die Verletzung der persönlichen Ehre, die eine solche Aussage enthalte. Man appelliere an die Regierung, Schutz vor solchen Aussagen zu bieten. An <b>v. Puttkamer gewandt</b> sagt V, dass „die Ehrlichkeit gegen die Gegner die Pflicht eines anständigen Mannes“ sei. Er erwarte von ihm mehr als nur den Gedanken an den Augenblick. Es sei nicht länger akzeptabel, dass öffentliche Gelder für solche Verleumdungen verwandt würden. Man könne sich nicht hinter der Aussage verstecken, dass es der Regierung an Unterstützung mangle. Es gebe genügend konservative Beamte, die natürlich den Aufträgen des Ministers Folge leisten würden. In Bezug auf die Wahlprüfungen sei auch ein bestimmtes Verhalten der Beamten wichtig. Diese sollten den gesetzestreuen Verlauf der Wahlen sichern, sich aber nicht in den Wahlkampf einmischen und auch keinen Druck auf die Wähler ausüben. Es müsse sicher zu stellen sein, freie und gleiche Wahlen zu haben. Es folgen eine Wortmeldung von <b>v. Minnigerode</b> und Stöcker. V weist die Kritik von Ersterem zurück, der behauptet, dass die von der Fortschrittspartei erstrebte Parlamentsmacht zum Tod der Monarchie führen würde. Diese Aussage entspreche nicht der Wahrheit. Stöckers Worten schließe er sich allerdings an. Es sei egal auf welcher politischen Seite gelogen</p>	
--	--	---	--

			würde, die Betreffenden seien auf beiden Seiten Schufte.	
177	Di, 20.12.1881, Nr. 593, MA (PDF: 18-19)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>BAG</b> (Dezembersitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und wies darauf hin, dass man einen erneuten Anstieg der Mitgliederzahlen verzeichnen könne. Später wird erwähnt, dass die von V begonnene Untersuchung der <b>Einhornhöhle</b> im <b>Harz</b> von <b>Struckmann</b> fortgesetzt werde. Dann hielt V einen Vortrag über die <b>Kaukasische Prähistorie</b> . Dabei seien besonders die Forschungen des <b>Friedrich Bayern</b> in Tiflis zu nennen. An diese knüpfte V mit seinen Untersuchungen an. Er habe noch keine Stücke gefunden, die sich in die Epoche des „geschlagenen Steins“ einordnen ließen. Die älteste, erschlossene Periode sei die des „polierten Steins“, vertreten durch die zahllosen <b>Kurganen</b> (Kugelgräber). Ferner gebe es Goldfunde, Obsidiangegenstände und Überbleibsel aus der Bronzezeit. V habe sogar die Möglichkeit gehabt, mit der Unterstützung eines ansässigen Fürsten ein Gräberfeld zu untersuchen, das eine Vielzahl an Gegenständen geliefert habe.	<i>Kaukasische Prähistorie.</i> VBAG 13, S. 411-427
178	So, 25.12.1881, Nr. 603, MA (PDF: 30-31)	S. 1, 3. Spalte mittig f.	Erneuter Bericht zu Vs Rede in der Abendsitzung [ <b>Reichstag</b> ] vom 15. Dez.: Die Presse aller Parteien beschäftige sich immer noch mit den beiden Reichstagssitzungen vom 15. Dez. in denen es um die <b>Wahlbeeinflussungen</b> ging. Die VZ habe deshalb beschlossen, den stenographischen Bericht der Verhandlungen abzdrukken. Dadurch	

		<p>gewinne man aber nur einen Eindruck über den Inhalt der einzelnen Reden, aber kein lebendiges Bild. Daher drucke man in Auszügen einen Brief ab, den man einem Leser aus der Provinz verdanke. Ein Name wird aber nicht genannt. Der Schreiber berichtet, dass man am Anfang der Debatte nicht damit rechnen konnte, dass die Angelegenheit so ausufern würde. Da es eigentlich so viel zu berichten gebe, um eine Abhandlung zu füllen, müsse er sich auf die herausragendsten Ereignisse beschränken und daher am Ende beginnen. V, der gar nicht habe sprechen wollen, habe das Schlusswort bekommen. Normalerweise würde V durch seine Kälte und Ruhe auffallen, die nicht nur seine Gegner verletze, sondern ihn auch seinen Anhänger manchmal entfremde. Wo auch immer V spreche, er sei immer der gleiche. Er beherrsche immer den Gegenstand, sei scharf und klar, oft ironisch und beißend, immer anerkennend. Nie aber sei er warm oder reiße die Zuhörer mit. Daher hätten Vs Parlamentsreden auch nicht den durchschlagenden Erfolg, wie die der anderen, weniger begabten Kollegen. Es gebe wohl wenige Männer die V privat nahe stünden, aber unter den Tausenden seiner Schüler gebe es wohl kaum einen, der nicht seinem Lehrer unbedingte Verehrung zolle. Auf die Rede im Reichstag zurückkommend, spricht der Schreiber des Briefes von einem V, den man so nicht gekannt habe. Dieser habe die Ent-</p>	
--	--	--	--

			<p>rüstung eines in seinen besten und edelsten Empfindungen gekränkten und verleumdeten Mannes geäußert. Mit unsäglicher Arbeit und Anstrengung habe V dafür gearbeitet, die Wahrheit darzustellen und ihm sei jede Heuchelei und geistige Prostitution der käuflichen Presseschreiber zuwider. Vs Worte hätten von seiner inneren Einstellung gelebt, die durch keine rhetorische Kunst hätte erreicht werden können. In ihnen hätte die ganze Verachtung des anständigen Mannes gelegen, auch als er sich gegen <b>v. Putkamer</b> gewandt habe. Man habe fast den Eindruck gewinnen können, dass V als Vorsitzender des Gerichtshofes und v. Putkamer als Angeklagter agiert hätten. V habe moralische Keulenschläge erteilt, die mehr getroffen hätten als ein physischer Angriff. Dem Schreiber werde Vs Rede in guter Erinnerung bleiben, da er V nun nicht nur als Besitzer eines besonderen Verstandes wahrgenommen habe, sondern dass diesen noch weit mehr auszeichne. Man könne sich glücklich schätzen, Männer wie V oder <b>Mommsen</b> auf der eigenen Seite zu wissen. Damit endet der Artikel der VZ mit Rücksicht auf das Pressegesetz.</p>	
179	<p>Mi, 28.12.1881, Nr. 605, MA (PDF: 33)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p>Leitartikel der VZ, der mit der Überschrift „Principiis obsta!“ überschrieben ist, was so viel heißt wie „Wehre den Anfängen“ und auf eine Schrift von Ovid zurückgeht. Es wird erneut Bezug genommen auf die <b>Reichstagsverhandlungen vom 15. Dez.</b> Die</p>	

		<p>VZ geht auf die verfälschende Darstellung der offiziellen Presse ein. So habe die „<b>Nord. Allg.</b>“ berichtet, dass V allen Leuten Schimpfworte an den Kopf geschleudert hätte, die nicht an die Befestigung der Monarchie durch die Monarchie glauben wollten. Die Fortschrittspartei habe dies als rettende Tat gefeiert. In anderen Darstellungen habe V die Mitglieder des Bundesrates und dessen Bevollmächtigte Schufte genannt, um daran den Ruf nach Veränderung der Verfassung zu knüpfen. Solche Behauptungen würden sich aber an Hand der stenographischen Berichte in Luft auflösen. Es sei aber zu befürchten, dass sich die Angelegenheit allmählich zu einer offiziellen Legende ausbilden werde, die einige Anhänger finden könnte. Dieser ganze Vorfall sei aber so charakteristisch, dass man ihn genau beleuchten müsse. Die von V angesprochenen Schufte seien die Presseschreiber, die bezahlt das schrieben, was ihnen ein höher Gestellter eingegeben hätte. Die Schreiber wiederum würden die Verantwortung auf andere abwälzen.</p>	
--	--	--	--

## Fundstellen 1882

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Fr, 6.1.1882, Nr. 9, MA (PDF: )	S. 1, 3. Spalte mittig	Leitartikel der VZ über die Unterelbe und <b>Hamburgs</b> Vereinbarung: Im Rahmen der neuerlich aufgekommenen Diskussionen über die Frage der <b>Einverleibung der Unterelbe</b> wird nur kurz erwähnt, dass V dazu eine Interpellation eingebracht habe.	s. a. 8.6.1880
2	Fr, 6.1.1882, Nr. 9, MA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Bericht über das Erscheinen der neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Nr. 380 und 381).	
3	Do, 12.1.1882, Nr. 19, MA (PDF: 20)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [11.1.1882] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema ist der Gesetzentwurf zur <b>Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern</b> . V habe sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen. Das hieße aber nicht, dass man an Hand dieser Haltung Rückschüsse auf die Revision der <b>Maigesetze</b> ziehen dürfe. Es gelte immer noch die Forderung für eine <b>freie Kirche in einem freien Staat</b> . Da dürfe es auch keine politische Ausnutzung des Kulturkampfes durch <b>Bismarck</b> oder die Liberalen geben. Mit seinen Worten sei es V sogar gelungen, den Ministertisch zum Sprechen zu bewegen.	vgl. Andree, Band 37, S. 594-610
4	Do, 12.1.1882, Nr. 19, MA (PDF: 24-	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten f.	<b>Deutscher Reichstag</b> (22. Sitzung vom 11. Jan.): Thema ist der Gesetzentwurf zur <b>Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kir-</b>	vgl. Andree, Band 37, S. 594-610

	25 u. 26)	und S. 4, 1. Spalte mittig	<p><b>chenämtern.</b> V freue sich, wenn dieses Streitthema endlich beigelegt werde. Wenn man Frieden mit der Kirche anstrebe, könne man dieses Gesetz nicht länger aufrechterhalten. Letztendlich sei die Regierung der Verursacher des <b>Kulturkampfes</b>, aber nun würde man die Schuld auf <b>Bennigsen</b> und <b>Falk</b> schieben. Dies sei aber nicht korrekt. Beide wären erst in die Sache involviert, als <b>Bismarck</b> bereits zum Kampf aufgerufen habe. Selbst der Kaiser habe der Sache in seiner Thronrede zugestimmt. Für eine Zeit habe man sich an die Seite der Regierung gestellt, weil man die Entscheidung im Kern der Sache unterstützt habe. Hier seien das Schulaufsichtsgesetz, das Zivilstandsgesetz und weitere Gesetze zu nennen, aber man sei zu früh umgekehrt. Nun habe V sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen. Das hieße aber nicht, dass man an Hand dieser Haltung Rückschüsse auf die Revision der <b>Maigesetze</b> ziehen dürfe. Auch sei klar, dass es mit der katholischen Kirche keinen dauerhaften Frieden geben könne. Dies sei nur zur erreichen, wenn man gleiches Recht für alle schaffe, dann sei dem einen recht was dem anderen billig sei. Man müsse Rücksicht auf die Freiheit des Einzelnen und die individuelle Überzeugung der Bürger nehmen. Dies sei auch die Leitlinie für die weiteren Verhandlungen über die <b>Maigesetze</b>. Die Art der Anwendung dieses Gesetzes sei von Härte gekennzeichnet, aber die Regie-</p>	
--	-----------	-------------------------------------	--	--

			<p>rung versuche nun, dieses Vorgehen auf die Liberalen abzuschieben. Man sei nur noch der <b>Prügelknabe der Regierung</b>. V ruft auch die selbstständigen Männer der anderen Parteien auf, nicht nach der Pfeife Bismarcks zu tanzen. Dieser habe von Session zu Session seine Meinung mit der Unterstützung des Kaisers vollständig geändert und nun gelte es, mit Sachkenntnis und Überzeugung diesem Hin und Her ein Ende zu machen. Man müsse eine ehrliche, regelgerechte Gesetzgebung machen, die zu allen Zeiten anwendbar sei. Dann könne man bestehen und das Deutsche Reich groß und stark machen.</p> <p>In einer späteren Wortmeldung geht er nochmals auf die Meinungsänderungen Bismarcks ein. Diese seien nicht so gering, wie bisher beschönigend dargestellt. Dann erfolgt ein höhnischer Zwischenruf, der V darauf hinweisen lässt, dass man sich im Parlament achten müsse und dass Überhören keine Lösung sei.</p>	
5	Do, 12.1.1882, Nr. 20, AA (PDF: 28)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema ist erneut der Gesetzentwurf zur <b>Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern</b> . Es wird nur kurz Vs Name erwähnt. <b>V. Bötticher</b> habe gestern nur eine nichtssagende Antwort auf Vs Redebeitrag geliefert.	
6	Fr, 13.1.1882,	S. 1, 3. Spalte	Die VZ nimmt Stellung zur Berichterstattung der „ <b>Kreuzzeitung</b> “: Diese habe in ih-	



	Nr. 21, MA (PDF: 29)	oben	rem gestrigen Abendblatt mit der Behauptung unwahrer Tatsachen in entwürdigender Art die Debatte behandelt. Man habe V politische Unfähigkeit, Leidenschaftlichkeit, Unkenntnis der Reichsverfassung und noch diverse andere Dinge vorgeworfen. Besonders anstößig sei nach Meinung der „Kreuzzeitung“ Vs Bemerkung zu Bismarcks völligem Meinungswechsel gewesen. Daraufhin fühlte sich die VZ genötigt, den Wortlaut aus <b>Bismarcks</b> Rede einige Tage zuvor abzudrucken, der genau dies geäußert habe. Unter den nun gegebenen Vergleichsmöglichkeiten wolle man es dem Leser überlassen zu beurteilen, ob es gerechtfertigt sei, V die genannten Dinge vorzuwerfen.	
7	Sa, 14.1.1882, Nr. 24, AA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Bericht über die Feier zum 70. Geburtstag vom Direktor der königlichen Anatomie <b>Prof. Dr. Reichert</b> . V ist unter den Gästen.	
8	So, 15.1.1882, Nr. 25, MA (PDF: 35)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Hinweis auf die am Dienstag stattfindende Generalversammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> des 2. Berliner Reichstagswahlkreises. V und <b>Löwe</b> werden die Vorträge an diesem Abend halten.	s. a. 18.1.1882
9	Di, 17.1.1882, Nr. 28, AA (PDF: 39)	S. 2, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema sind erneut die <b>Wahlprüfungen</b> . Es werden alle Wahlen anerkannt, auch die von V. Im Rahmen der Wahlprüfung von <b>Löwes</b> Wahl habe <b>Stöcker</b> besonders V angegriffen.	vgl. Andree, Band 37, S.
10	Mi,	S. 1,	Zusammenfassung der gestrigen [17.1.1882]	vgl. Andree,

	18.1.1882, Nr. 29, MA (PDF: 40)	3. Spalte oben	Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema sind erneut die <b>Wahlprüfungen</b> . Hier wird nur erwähnt, dass im Rahmen der Wahlprüfung von <b>Löwes Wahl Stöcker</b> besonders gegen V ausfällig wurde, der gar nicht anwesend war.	Band 37, S.
11	Mi, 18.1.1882, Nr. 29, MA (PDF: 41 u. 42)	S. 4, 2. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (27. Sitzung vom 17. Jan.): Thema sind erneut die <b>Wahlprüfungen</b> . Es werden alle Wahlen anerkannt, auch die von V. Im Rahmen der Wahlprüfung von <b>Löwes Wahl</b> greift <b>Stöcker</b> besonders V an. Dieser sei von V der Selbstüberschätzung bezichtigt worden. Dies müsse er uneingeschränkt zurückgeben. Daraufhin schaltete sich der Präsident ein. Er hätte V diese Aussage nicht gestattet, also könne er Stöcker dies auch nicht gestatten. Stöcker geht dann weiter auf Verhandlungen aus 1864 ein. Die dort Vs Partei zuteil gewordene Behandlung sei völlig berechtigt gewesen. Erneut wird er vom Präsident zu Ordnung gerufen, dass dies nicht zur Sache gehöre.	vgl. Andree, Band 37, S.
12	Mi, 18.1.1882, Nr. 30, AA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Sitzung des <b>fortschrittlichen Wahlvereins</b> des 2. Berliner Reichstagswahlkreises vom 17. Jan. V hielt eine Ansprache, in welcher er zunächst allen Wählern seinen Dank aussprach. Man habe gesiegt, aber <b>Stöcker</b> könne sich noch nicht so recht damit abfinden. Zumindest sei jetzt aber die Wahl für gültig erklärt worden. Man dürfe sich aber nicht auf diesem Sieg ausruhen. Es würde immer noch von allen Seiten mit Schmutz geworfen und es würde eher noch mehr	

		<p>werden. Leider hätte diese Kampagne bei der Jugend Erfolg gehabt. Besonders bei Akademikern seien die Schmähungen auf fruchtbaren Boden gefallen. V hat Sorge, dass daraus ein antiliberales Geschlecht erwachse, das die freiheitliche Entwicklung nicht mehr unterstütze, aber man könne darauf hoffen, dass mit den Jahren hier eine Klärung der Verhältnisse eintrete. Nun habe besonders die <b>antisemitische Bewegung</b> in den Kreisen der gebildeten Jugend Fuß gefasst. Leider schlafe diese Bewegung auch nicht ein. Es sei kaum zu glauben, dass gebildete Leute eine Art von Glückseligkeit erwarten, wenn die Juden erst aus dem Land seien. Man wäre aber keineswegs besser dran. Die geistigen Kämpfe, die das Partei- leben kennzeichneten, würden bleiben. Bleibe man über die Jahre seiner politischen Meinung treu, müsse man mit Erstaunen feststellen, dass man sich immer mal wieder auf einer anderen politischen Seite wiederfände, je nach dem in welche Richtung die Regierung schwanke. Hierzu fügt er das Beispiel der <b>Unentgeltlichkeit des Unterrichts</b> an. Hier habe man konsequent immer die gleiche Meinung vertreten, nun aber wolle die Regierung nicht nur das, sondern auch, dass der Staat dieses bezahle. Hier stehe man also plötzlich auf Seiten der Regierung, wolle sich aber dem so nicht anschließen, da es nicht klar sei, woher die Mittel dafür kommen sollen. Aus dieser</p>	
--	--	--	--

			wiederum oppositionellen Haltung einen Angriff auf den Kaiser konstruieren zu wollen, könne man nicht akzeptieren. Abschließend verweist V auf die bevorstehende Landtagswahl. Hier brauche man die Unterstützung des Volkes, um wieder siegen zu können und um schlagkräftiger bei zukünftigen Entscheidungen vorgehen zu können.	
13	Fr, 20.1.1882, Nr. 33, MA (PDF: 48)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht über das <b>Festessen beider Fraktionen der Fortschrittspartei</b> vom 18. Jan. V hat bei der Veranstaltung den Vorsitz gehabt. Er wies in seinen Worten darauf hin, dass man vielleicht erneut vor der Auflösung des Parlaments stünde. Er hoffe, dass das Parlament dann mit demselben Verständnis hinter den freisinnigen Vertretern stehen werde.	
14	Di, 24.1.1882, Nr. 39, MA (PDF: 54)	S. 1, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [23.1.1882] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema sind die <b>Antivivisektionspetitionen</b> . Zur Tagesordnung überzugehen wurde auch von V unterstützt.	vgl. Andree, Band 37, S. 610-622
15	Di, 24.1.1882, Nr. 39, MA (PDF: 56)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>Deutscher Reichstag</b> (32. Sitzung vom 23. Jan.): Thema sind die <b>Antivivisektionspetitionen</b> . V vermisst bei den Petenten den Nachweis, dass es an den Universitäten tatsächlich zur Zunahme von <b>Vivisektionen</b> gekommen sei. Dies sei seiner Auffassung nach nämlich nicht der Fall. Er habe eher den Eindruck, man wolle falsche Vorstellungen erwecken. Zwar könnten sich auch Laien zu dem Thema äußern. Wenn sie dies täten, wie <b>v. Minnigerode</b> , sei es aber wün-	vgl. Andree, Band 37, S. 610-622

			schenswert, gut vorbereitet zu kommen. Danach habe er dann die Unentbehrlichkeit der Vivisektion für die Forschung herausgestellt.	
16	Di, 24.1.1882, Nr. 39, MA (PDF: 57)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über den <b>Kommers</b> des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 3. Berliner Reichstagswahlkreis vom 21. Jan. Auch V war anwesend und wurde mit Jubel überschüttet.	
17	Mi, 25.1.1882, Nr. 41, MA (PDF: 65)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (33. Sitzung vom 24. Jan.): V nimmt in einer kurzen persönlichen Bemerkung Stellung zu <b>Bismarcks</b> Rede, bei der dieser nicht anwesend war. Es seien Vorwürfe geäußert worden, zu denen er erst nach dem Studium der stenographischen Berichte Stellung nehmen wolle. Vielleicht würden auch schon die dazu geäußerten Worte <b>Richters</b> reichen.	vgl. Andree, Band 37, S. 622 s. a. 26.1.1882
18	Do, 26.1.1882, Nr. 43, MA (PDF: 2)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [25.1.1882] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema ist der <b>königliche Erlass</b> im Rahmen der Etatberatungen. V widerlegte die Angriffe auf die Haltung der Fortschrittspartei in den sechziger Jahren und verwahre sich, dass er unehrerbietig vom Kaiser gesprochen habe. Gerade diejenigen, die mitgeholfen hätten, durch Annexion Monarchien zu beseitigen, dürften jetzt nicht ein Monopol für monarchische Gesinnung beanspruchen.	vgl. Andree, Band 37, S. 622-634
19	Do, 26.1.1882, Nr. 43, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (34. Sitzung vom 25. Jan.): Thema ist der <b>königliche Erlass</b> im Rahmen der Etatberatungen. Hiernach soll das <b>Beamtenwahlrecht</b> erhalten bleiben.	vgl. Andree, Band 37, S. 622-634

			<p>Dieses Thema zu besprechen sei umso wichtiger, als es darum gehe, die Wahlfreiheit zum Reichstag zu untersuchen, so V. Das verzwickte Rechts- und Staatsverhältnis in Deutschland und den Einzelstaaten bringe erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Es gelte zu klären, wie sich <b>Verantwortlichkeit</b> realisieren lasse, wenn der Reichskanzler [<b>Bismarck</b>] als solcher im HdA nicht Rede und Antwort zu stehen habe. Schwierig sei auch, dass der Kaiser eine andere Stellung habe als der König von Preußen. Es sei jedenfalls nicht akzeptabel, dass Beamte verpflichtet sein sollten, so zu wählen, wie es ihren Vorgesetzten gefalle. Die Überprüfung des Wahlverhaltens bei dieser Wahl habe dazu geführt, dass in Berlin viele weiße Zettel abgegeben worden seien. Dann widerlegte V die Angriffe auf die Haltung der Fortschrittspartei in den sechziger Jahren und verwarnte sich, dass er unehrerbietig vom Kaiser gesprochen habe. Gerade diejenigen, die mitgeholfen hätten, durch Annexion Monarchien zu beseitigen, dürften jetzt nicht ein Monopol für monarchische Gesinnung beanspruchen. Letztendlich sei er aber der Ansicht, nach Möglichkeit den Namen des Königs aus den Debatten herauszuhalten.</p>	
20	Do, 26.1.1882, Nr. 43, MA (PDF: 5-6)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben f.	<b>BAG</b> (Januarsitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später sprach er über <b>Schädel aus Ceram</b> . Diese seien äußerst klein und besäßen eine künstliche Abplattung.	Über Alfuren- <i>Schädel von Ceram</i> und anderen Molukken: VBAG 14,

				S. 76-93
21	Do, 26.1.1882, Nr. 43, MA (PDF: 7)	2. Beilage, S. 2. 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Festsitzung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 3. Berliner Reichstagswahlkreis vom 25. Jan. Die Festrede hielt <b>Dr. Wendt</b> , danach sprach V. Er habe lange nicht mehr in diesem Wahlkreis gesprochen und wolle bei dieser Gelegenheit deutlich machen, wie wichtig es sei, an der preußischen Verfassung festzuhalten. Zur Reichsgründung habe der Jubel viele blind gemacht, doch mittlerweile würde der liberale Gedanke wieder Fuß fassen und sein Wert anerkannt. Mit den Maigesetzen habe man den Boden für eine vernünftige, freiheitliche Entwicklung geschaffen. Hier gelte es nun, weiter für das Vaterland eine gute Lösung zu finden und darum zu kämpfen, damit auch zukünftige Generationen die Chance hätten, davon zu profitieren. Gegenwärtig würden allerdings gerade die jungen Menschen von der <b>antisemitischen Bewegung</b> heimgesucht.	
22	Do, 26.1.1882, Nr. 44, AA (PDF: 9)	S. 2, 1. Spalte oben	Die VZ druckt Äußerungen der „ <b>Breslauer Zeitung</b> “ über Vs Rede im Reichstag vom 24. Jan. ab. V habe nach den stenographischen Berichten gegenüber von <b>v. Puttkamer</b> geäußert, dass die Regierung ihre schlechten Handlungen im Zusammenhang mit den Wahlagitationen hinter der Person des Kaisers verstecke. Der Reichskanzler wollte aus dieser Äußerung den Vorwurf der Feigheit an seine Person herauslesen. Dies	

			hätten die Liberalen nicht akzeptiert und mit Zwischenrufen widersprochen. Der Kanzler habe daraufhin immer noch nicht verstanden, dass der Vorwurf der Feigheit nie geäußert worden sei und er sich in etwas hineinsteigere. Endlich habe dann <b>Bismarck</b> seinen Fehler eingesehen und sei zu seinem Platz gegangen.	
23	Fr, 27.1.1882, Nr. 45, MA (PDF: 10)	S. 1, 3. Spalte unten	Leitartikel der VZ über die <b>Vivisektions</b> debatte im Reichstag: V habe neben zwei anderen Experten zur Sache gesprochen. Als Reformator der Pathologie und Vertreter der modernen Zellentheorie habe er mit der vollen Wucht des besseren Wissens für die Sache gesprochen. Er wies besonders auf die Untersuchung von Parasiten hin, die man nur an lebenden, infizierten Tieren studieren könne. Auch bei Entzündungsreaktionen käme man ohne Vivisektion nicht aus. Die neusten Ergebnisse zur Desinfektion, die das Reichsgesundheitsamt gerade veröffentlicht habe, seien ohne Tierversuche nicht möglich gewesen.	
24	Fr, 27.1.1882, Nr. 45, MA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 26. Jan.): Thema ist der Bau von <b>Filterbassins</b> auf dem Grundstück der städtischen Wasserwerke. Es wird nur kurz erwähnt, dass V zu der gemischten <b>Deputation</b> gehört, die über den Sachverhalt berät.	nichts bei Andree
25	So, 29.1.1882, Nr. 49, MA (PDF: 18)	S. 3, 1. Spalte oben	Die VZ erwähnt kurz, dass V und Hänel von der „ <b>Norddeutschen Allgemeinen Zeitung</b> “ nicht mehr erwähnt sind und das Blatt sich anderen Themen zuwende.	



26	Mi, 1.2.1882, Nr. 53, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (5. Sitzung vom 31. Jan.): Es ist nur kurz erwähnt, dass V zur <b>Rechnungskommission</b> gehört.	
27	Do, 2.2.1882, Nr. 55, MA (PDF: 7)	S. 4, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis auf die Verteilung der Referate in der <b>Budgetkommission</b> . V wird zusammen mit <b>Dr. Kropatschek</b> über den <b>Kulturetat</b> referieren.	
28	So, 5.2.1882, Nr. 61, MA (PDF: 14)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Es sind die Verhandlungen des <b>internationalen Ärztekongresses in London</b> im Druck erschienen. Auch Vs Vortrag über den <b>Wert pathologischer Experimente</b> ist dort in deutscher Sprache abgedruckt.	
29	Mi, 8.2.1882, Nr. 66, AA (PDF: 21)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die Änderungen der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V habe dazu den Standpunkt der <b>Fortschrittspartei</b> erläutert. Es sei nicht akzeptabel, dass der Regierung geheime Vollmachten verliehen würden. Da könne man sich nur wundern, dass die Konservativen dies unterstützen. Die <b>Maigesetze</b> müssten dringend verbessert werden. Hier hoffe man auf Vorschläge aus dem Zentrum. Diese Gesetze gänzlich fallen zu lassen, sei aber nicht sinnvoll. Man müsse Abstand nehmen von dem Gedanken an eine privilegierte <b>Staatskirche</b> und sich für freie Gemeindekirchen einsetzen. Von Gelächter unterbrochen und dem mutwilligen Missverstehen, dass V die Kirche gänzlich abschaffen wolle, reagiert er gereizt. Wer sich nicht	vgl. Andree, Band 36, S. 24-39

			mal dazu aufschwingen könne, seiner eigenen religiösen Auffassung zu folgen, ohne sich seinen Glauben von anderen vorschreiben zu lassen, habe völlig seine Selbstständigkeit verloren, sich lächerlich gemacht und gehöre nicht ins Parlament. Dabei habe er aber keine Person des Hauses gemeint, wie er dem Präsidenten bestätigt. Weiter führt er nochmals aus, dass die Kirche ihre Ansprüche auf die Schule aufgeben müsse.	
30	Do, 9.2.1882, Nr. 67, MA (PDF: 23-24)	S. 4, 2. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (10. Sitzung vom 8. Feb.): Thema sind die Änderungen der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V habe dazu den Standpunkt der <b>Fortschrittspartei</b> erläutert. Es sei nicht akzeptabel, dass der Regierung geheime Vollmachten verliehen würden. Da könne man sich nur wundern, dass die Konservativen dies unterstützen. Die <b>Maigesetze</b> müssten dringend verbessert werden. Hier hoffe man auf Vorschläge aus dem Zentrum, um dann in der Kommission alle Härten und alles Zweifelhafte aus der Gesetzgebung zu tilgen. Man habe damals dem Gesetz zwar im Kern zugestimmt, aber immer betont, dass es Änderungsbedarf gebe. Im Rahmen von Änderungen sei es auch sinnvoll, genauer zu definieren, was man unter einem Kirchenamt verstehen wolle, aber man könne der Kirche nie freie Hand lassen. Eine vollständige Abschaffung der Maigesetze dürfe es aber nicht geben. Von Seiten <b>Bismarcks</b> sei der Papst als ein auswärtiger Souverän anerkannt. Damit sei er eine fremdartige Er-	vgl. Andree, Band 36, S. 24-39

		<p>scheinung und werde es auch immer bleiben. Dieser fremde Italiener habe kein Recht in die preußische Verfassung hineinzureden. Die katholischen Mitbürger dürften gern im privaten ihre Beziehung zu Rom pflegen, aber es sei inakzeptabel, dass man einen italienischen Papst als eine preußische Staatsinstitution anerkenne. V wünsche sich Glaubens- und Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung für alle Mitbürger, aber eine Freiheit der Kirche könne es nicht geben und das gelte für jede Kirche. Man müsse Abstand nehmen von dem Gedanken an eine privilegierte <b>Staatskirche</b> und sich für freie Gemeindekirchen einsetzen. Von Gelächter unterbrochen und dem mutwilligen Missverstehen, dass V die Kirche gänzlich abschaffen wolle, reagiert er gereizt. Wer sich nicht mal dazu aufschwingen könne, seiner eigenen religiösen Auffassung zu folgen, ohne sich seinen Glauben von anderen vorschreiben zu lassen, habe völlig seine Selbstständigkeit verloren, sich lächerlich gemacht und gehöre nicht ins Parlament. Dabei habe er aber keine Person des Hauses gemeint, wie er dem Präsidenten bestätigt. Dann verdeutlicht V noch einmal das Machtstreben der katholischen Kirche, mit der es nie Frieden geben könne und die sich immer weiter in staatliche und bürgerliche Belange hinein drängen werde. Weiter führt er nochmals aus, dass die Kirche ihre Ansprüche auf die Schule aufgeben müsse. Eltern dürften nach</p>	
--	--	---	--

			<p>Gutdünken ihre Kinder erziehen, aber in der Schule dürften kirchliche Gesichtspunkte nicht entscheidend sein. Nach V solle man die Gesetzesvorlage in einer Kommission beraten, die Maigesetze von Härten bereinigen und die Rechte des Staates sicherstellen. So käme man mit der Zeit hoffentlich zu einem friedvollen Verhältnis.</p>	
31	<p>So, 12.2.1882, Nr. 73, MA (PDF: 32)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p>Leitartikel zur Berichterstattung anderer Zeitungen über die Änderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. Die „<b>Nordd. Allgemeine</b>“ glaubt, eine fortschrittlich-klerikale Koalition in der Angelegenheit ausgemacht zu haben. Wenn sie allerdings auf den stenographischen Bericht gewartet hätte, so wäre diese Fehleinschätzung nicht zu Stande gekommen. Dabei hätten sowohl Richter als auch V in ihren Reden sehr deutlich gemacht, wo es eben keine Annäherung zwischen der Fortschrittspartei und dem Zentrum gegeben könne. Besonders der zweite Teil von Vs Rede ließe in dieser Hinsicht nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Als klarer Differenzpunkt sei die Beaufsichtigung der Schule durch den Staat zu nennen. Auch das Zivilstandsgesetz, genauso Teil der liberalen Haltung, würde nie zu Einigkeit führen.</p>	
32	<p>Mi, 15.2.1882, Nr. 77, MA (Kein Scan)</p>	<p>S. 4, 3. Spalte oben</p>	<p><b>HdA</b> (12. Sitzung vom 11. Feb.): Ein Großteil des <b>Etats des Kultusministeriums</b> wird, auch auf Antrag von V, an eine Kommission überwiesen.</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 39-40</p>
33	<p>Fr,</p>	<p>1. Beilage,</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 16. Feb.): Thema ist die</p>	<p>vgl. Andree, un-</p>

	17.2.1882, Nr. 81, MA (PDF: 41)	S. 2, 2. Spalte oben	Beteiligung der Stadt an der bevorstehenden <b>Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen</b> . Nach V sei es für Berlin wichtig, eine Probe seiner Leistungsfähigkeit zu geben zu einer Zeit, wo viele kritische Augen auf die Stadtverwaltung blicken würden. Man solle die Gelegenheit nutzen, um den anderen Nationen zu zeigen, dass man mit großer Planmäßigkeit die humanitären Angelegenheiten gefördert habe.	veröffentlichtes Material zur SVV
34	So, 19.2.1882, Nr. 85, MA (PDF: 46)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [18.2.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Die Debatte drehte sich um die Leistungen der offiziellen Presse und besonders um die „ <b>Provinzial-Correspondenz</b> “. Sowohl v. <b>Putkamer</b> als auch Abg. <b>Rauchhaupt</b> hätten nochmals auf Aussprüche Vs abgezielt, die dieser schon längst richtiggestellt habe. Es ging dabei um die Formulierung „ <b>gute Revolutionäre</b> “ und die Entbehrlichkeit der Kirche. Trotzdem habe V erneut diese Aussagen richtiggestellt.	vgl. Andree, Band 36, S. 40-43
35	So, 19.2.1882, Nr. 85, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 18. Feb.): Die Debatte drehte sich um die Leistungen der offiziellen Presse und besonders um die „ <b>Provinzial-Correspondenz</b> “. V richtet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen v. Puttkamer, der in unzulässiger Weise die Formulierung „ <b>gute Revolutionäre</b> “ aus dem Zusammenhang gerissen und erneut zur Sprache gebracht habe. V habe damals schon erläutert, was er damit gemeint habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 40-43
36	Di,	1. Beilage,	<b>HdA</b> (15. Sitzung vom 20. Feb.): In einer	vgl. Andree,

	21.2.1882, Nr. 87, MA (PDF: 51)	S. 3, 2. Spalte mittig	Rede greift <b>Stöcker</b> V an. Im Zusammen- hang von Vs Beurteilung der Krise in <b>Ober- schlesien</b> wirft ihm Stöcker vor, ein Sozial- demokrat zu sein. Stöcker wolle keinen Frieden mit V schließen, aber hoffe auf ei- nen besseren Kampf. Ferner sei die <b>Fort- schrittspartei</b> antimonarchisch, antichrist- lich und antinational. Später stellt V in einer persönlichen Bemerkung klar, dass er seit dem Eintritt in den preußischen Staatsdienst dem König von Preußen den Treueid ge- schworen habe und die Verfassung be- schworen habe. Er habe niemals die von ihm übernommenen Pflichten gebrochen. Daher wünsche er sich, dass man endlich damit aufhöre, ihm den Vorwurf der <b>republikani- schen Gesinnung</b> zu machen.	Band 36, S. 43-44
37	Mi, 22.2.1882, Nr. 89, MA (PDF: 53)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [21.2.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Kurzer Hinweis, dass ein Antrag Vs für heute auf der Tagesordnung stehe. Aus der Berichterstattung der nächs- ten Tage geht aber hervor, dass auf Grund von Zeitmangel der Antrag noch gar nicht aufgegriffen wurde.	
38	Mi, 22.2.1882, Nr. 89, MA (PDF: 54- 55)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.	<b>BAG</b> (Februarsitzung): V eröffnete die Sit- zung als Vorsitzender. Hauptthema des Abends waren die Spandauer Funde. Hierzu ist nur kurz vermerkt, dass Vs Urteil dazu noch ausstehe.	
39	Sa, 25.2.1882, Nr. 96, AA (PDF: 8)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Innenminis- teriums</b> . In dem Zusammenhang bringt Stö- cker die Sprache erneut auf die <b>antisemiti-</b>	vgl. Andree, Band 36, S. 44-63

			<p><b>sche Bewegung.</b> Dann verweist V auf das nachsichtige Schweigen der Regierung zu dem Thema. <b>Stöcker</b> solle sich klar machen, dass das Ansehen der deutschen Nation nicht an dessen Ansichten hinge. Klar sei aber, dass die Judenhetze in Deutschland begonnen und dann Russland infiziert habe. Dann ging V noch auf die Klagen zu den sanitären Verhältnissen in den <b>Kellerwohnungen</b> ein. Hier würden nur Meldungen an den zuständigen Reviervorstand Abhilfe schaffen.</p>	
40	So, 26.2.1882, Nr. 97, MA (PDF: 10)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [25.2.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Nur kurzer Hinweis, dass die Sitzung mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen schloss, u.a. auch von V.	
41	So, 26.2.1882, Nr. 97, MA (PDF: 12 u. 14)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben f. u. 1. Beilage, S. 3	<p><b>HdA</b> (20. Sitzung vom 25. Feb.): Thema ist der <b>Etat des Innenministeriums</b>. V äußert Verwunderung über die Forderung <b>Stöckers</b>, dass man dafür sorgen solle, dass die liberale Presse so wirke wie Stöcker gerne wolle. Als Fortschrittspartei habe man kein eigenes Presseorgan. Es gebe lediglich Zeitungen, die in Kontakt mit der Partei stünden, aber trotzdem ihre eigenen Meinungen verträten. Die Regierung habe lange zur <b>antisemitischen Bewegung</b> geschwiegen und auch Aufrufe diese zu beenden ignoriert. Nun greife Stöcker das Thema wieder auf, was man dringend verhindern müsse, um keine neue <b>Judenhetze</b> entstehen zu lassen. Man müsse an der Verfassung festhalten, in der gleiches Recht für alle gelte und dürfe</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 44-63

		<p>keine Ausnahmegesetze zulassen. Dann kommt V auf das Verhalten der Polizei bei den Wahlversammlungen zu sprechen. Wichtig für deren erfolgreiche Tätigkeit sei nicht eine größere Anzahl von Polizisten, sondern eine bessere Instruktion bei der Auflösung von Veranstaltungen. Die in dem Zusammenhang aufgetretenen Antifortschrittler hätten allerdings niemanden aus der Ruhe gebracht und man habe es auch nicht für nötig gehalten, ein Flugblatt gegen Stöcker herauszugeben, so wie dieser es getan habe. Stöcker solle sich vielmehr die Mühe machen, ins Ausland zu reisen und vor Ort zu überprüfen, ob seine Argumentation richtig sei. V habe auf seiner Russlandreise feststellen müssen, dass die Judenhetze aus Deutschland herübergeschwappt sei. Er warnt davor, erneut Ausgangspunkt für eine solche Bewegung zu werden, in dem man diesen Flächenbrand nicht stoppe. Es mögen vielleicht unter den Juden vereinzelt Menschen zu finden sein, die nicht gut für die Gesellschaft seien, aber auch in Berlin gebe es Personen, wie verlumpte Aristokraten, die vor Gericht stünden. Von denen ausgehend würde man auch nicht auf alle Aristokraten schließen. Ein Wort der Regierung gegen diese antisemitische Bewegung würde genügen, um eine friedenspendende Wirkung zu haben. Vs in der Zusammenfassung angekündigte Bemerkungen zu den Kellerwohnungen sind nicht abgedruckt worden.</p>	
--	--	--	--



			<p>Weiter:</p> <p>In einer persönlichen Bemerkung geht V auf die Vorwürfe ein, er habe Stöcker zu Unrecht Rassenhass vorgeworfen. Dazu zitiert V aus einem Flugblatt Stöckers, dass dieser Kampf, Christen gegen Juden, ein Kampf Rasse gegen Rasse sei. Am Schluss des Berichts ist erwähnt, dass in der nächsten Sitzung Vs Antrag bzgl. der Beamtenwitwenpension vorgelegt werde.</p>	
42	Mo, 27.2.1882, Nr. 98, AA (PDF: 16)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema ist das Gesetz über die <b>Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten</b>. Dazu hat V einen Antrag vorgelegt. Nach seiner Meinung ist die Vorlegung der Pensionsgesetze an das Herrenhaus ein Verstoß gegen Artikel 62 der Verfassung. Ferner fordert V in seinem Antrag, die Privilegien des Hauses zu schützen. V glaube der Versicherung der Regierung, keinen Konflikt provozieren zu wollen. Auch ihm habe das fernelegen. Generell müsse man entscheiden, ob diese Gesetze Finanzgesetze seien oder nicht. Da würde das Wort des Finanzministers <b>Bitter</b>, es handle sich um politische Gesetze, nicht ausreichen. Es müsse zunächst das HdA darüber befinden. Es sei allerdings sinnvoll, dass eine Kommission sowohl über die Gesetze als auch deren verfassungsmäßige Relevanz berate.</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 64-73
43	Di, 28.2.1882,	1. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (21. Sitzung vom 27. Feb.): Thema ist das Gesetz über die <b>Fürsorge für die Wit-</b>	vgl. Andree, Band 36,

	Nr. 99, MA (PDF: 18)	2. Spalte oben	<b>wen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten.</b> Dazu hat V einen Antrag vorgelegt. Nach seiner Meinung ist die Vorlegung der Pensionsgesetze an das Herrenhaus ein Verstoß gegen Artikel 62 der Verfassung. Ferner fordert V in seinem Antrag, die Privilegien des Hauses zu schützen. V glaube der Versicherung der Regierung, keinen Konflikt provozieren zu wollen. Auch ihm habe das ferngelegen. Generell müsse man entscheiden, ob diese Gesetze Finanzgesetze seien oder nicht. Da würde das Wort des Finanzministers <b>Bitter</b> , es handle sich um politische Gesetze, nicht ausreichen. Es müsse zunächst das HdA darüber befinden, es sei allerdings sinnvoll, dass eine Kommission sowohl über die Gesetze als auch deren verfassungsmäßige Relevanz berate. Abschließend wird Vs Antrag an eine Kommission überwiesen.	S. 64-73
44	Do, 2.3.1882, Nr. 103, MA (PDF: 3)	S. 1, 2. Spalte oben	Leitartikel der VZ über die kirchenpolitische Stellung der Liberalen: Man weist nur kurz auf Vs Ausführungen im Reichstag hin, dass das <b>Zivilstandsgesetz</b> und das <b>Schulaufsichtsgesetz</b> für die Liberalen zu den Positionen gehören, die die Stellung des Staates gegenüber der Kirche festigten.	
45	Fr, 3.3.1882, Nr. 105, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 2. März): Thema ist die Einführung des <b>Schlachtzwanges</b> in Berlin. V wendet sich gegen die Petition der Schlachter-Innung. Eine prinzipielle Lösung ergebe sich erst, wenn die Fleischschau im ganzen Land eingeführt würde. Eine Sani-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			tätsbarriere um Berlin sei nicht sinnvoll, auch wenn die Petenten hier einen wunden Punkt getroffen hätten. Man müsse nun zur Umsetzung des Schlachtzwanges kommen, schließlich habe man dafür viel Geld investiert. Zwar würden dabei manche Interessen verletzt werden, aber längeres Zögern würde noch mehr schaden. Die Bildung eines Ausschusses, um nähere Auskunft über die finanzielle Seite zu erhalten, erscheine ihm nicht notwendig. Dann wird ein Gemeindebeschluss angenommen, an dem auch V mitgearbeitet hat.	
46	Sa, 4.3.1882, Nr. 108, AA (PDF: 10)	S. 2, 3. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Ausbau der hinterpommerschen Häfen</b> . V vertrat dazu die Meinung, dass man sich dabei auf den Ausbau des <b>Kolberger Hafens</b> konzentrieren müsse, da dieser der einzige an der Küste sei, der Zukunft habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 74-76
47	So, 5.3.1882, Nr. 109, MA (PDF: 12)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (26. Sitzung vom 4. März): Thema ist der <b>Ausbau der hinterpommerschen Häfen</b> . V vertrat dazu die Meinung, dass man sich dabei auf den Ausbau des <b>Kolberger Hafens</b> konzentrieren müsse, da dieser der einzige an der Küste sei, der Zukunft habe. Es dürften keine Handelsinteressen bei der Entscheidung eine Rolle spielen.	vgl. Andree, Band 36, S. 74-76
48	Di, 7.3.1882, Nr. 111, MA (PDF: 15)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [6.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Etat des Justizministeriums</b> . V geht dabei auf den Fall <b>Haarbaum</b> ein. Seiner Meinung nach habe der Staat die Verpflichtung, unschuldig	vgl. Andree, Band 36, S. 76-81

			Verurteilten eine Entschädigung zu gewähren.	
49	Di, 7.3.1882, Nr. 111, MA (PDF: 18)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 6. März): Thema ist der <b>Etat des Justizministeriums</b> . V geht dabei auf den Fall <b>Haarbaum</b> ein. Er sei dazu von etlichen Blättern angegriffen worden. Er habe sein Gutachten vor der Urteilsverkündung und nicht wie behauptet danach abgegeben. Der Unterstaatssekretär des Kultusministeriums habe den Vorsitzenden des Schwurgerichts davon auch in Kenntnis gesetzt. Er hoffe, dass die Angelegenheit nun beigelegt sei, aber er habe das Gefühl, man wolle ihm etwas anhängen. Der Fall an sich werfe aber die Frage auf, wie man zukünftig Fehler vermeiden wolle und ob man ungeschuldig Verurteilten nicht von Staats wegen eine angemessene Entschädigung zukommen lassen wolle.	vgl. Andree, Band 36, S. 76-81
50	Di, 7.3.1882, Nr. 112, AA (PDF: 20)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Es haben sich drei neugewählte Kommissionen konstituiert; V gehört zur <b>Kommission für die Beratung zur neuen Packhofanlage in Berlin</b> und zur <b>Kommission für die Vorbereitungen zur Denkschrift über den Notstand in Oberschlesien</b> .	
51	Di, 7.3.1882, Nr. 112, AA (PDF: 20)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Einrichtung einer preussischen <b>Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl</b> . V stimmt gegen eine solche Einrichtung. Wenn es um auswärtige Angelegenheiten ginge, müsse eine deutsche Gesandtschaft errichtet werden, aber zu kirchenpoli-	vgl. Andree, Band 36, S. 81-91

			tischen Verhandlungen gebe es keinen Anlass.	
52	Mi, 8.3.1882, Nr. 113, MA (PDF: 21)	S. 1, 1. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [7.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Einrichtung einer preußischen <b>Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl</b> . Der Abg. <b>Stengel</b> habe als Führer der Fraktion der Freikonservativen nach V zu viel Vertrauen in die Friedensliebe der Kurie. Ferner setzte V die Aussagen des <b>Grafen Limburg-Stirum</b> ins richtige Licht.	vgl. Andree, Band 36, S. 81-91
53	Mi, 8.3.1882, Nr. 113, MA (PDF: 23)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (28. Sitzung vom 7. März): Thema ist die Einrichtung einer preußischen <b>Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl</b> . Der Abg. <b>Stengel</b> habe als Führer der Fraktion der Freikonservativen nach V zu viel Vertrauen in die Friedensliebe der Kurie. Auch sei nach V die Haltung <b>Bismarcks</b> schwer nachzuvollziehen. Früher habe dieser immer Abstand genommen von einer diplomatischen Vertretung beim päpstlichen Stuhl. Mittlerweile, vielleicht auch weil die inneren Verhältnisse mit der Kirche nicht gut geregelt seien. Nun sei der Kirche zuliebe viel getan worden und nun warte Bismarck voller Hoffnung darauf, dass die Kirche etwas für ihn tue. Für V sei aber klar, dass von der Seite nichts kommen werde, so dass man mit der inneren Gesetzgebung fortfahre. Man sei auch bereit eine andere Lösung zu suchen, um Frieden mit den katholischen Mitbürgern zu erreichen. Die von Bismarck gewünschte Übertragung des Gesandten vom Reichsetat	vgl. Andree, Band 36, S. 81-91

		<p>auf den preußischen hält V für das falsche Signal. Damit erwecke man den Eindruck, dass Deutschland auseinanderdrifte. Eine Vertretung beim Papst müsse von Seiten des Reiches erfolgen. Und selbst dann hält V es für wenig sinnvoll und geht dabei auf eine Aussage von Bismarck zurück, der vorgeschlagen habe, dass dort ansässige Diplomaten die Aufgabe übernehmen könnten. Nun ziehe sich die Regierung darauf zurück, dass sie eingeschränkt sei in der Auswahl der Personen, weil kein großes Gehalt gezahlt würde. V hält eher den umgekehrten Fall für sinnvoll. Die Auswahl werde größer, wenn man nicht gleich Botschafter und Gesandte schicken würde. Bis jetzt hätten die Angelegenheiten auch so gut funktioniert und man solle sie beibehalten. Man dürfe auch die Wirkung auf das italienische Volk nicht unterschätzen. Schicke man einen Gesandten zum Papst, würde man den italienischen König mit dem Papst gleichstellen. In einer weiteren Wortmeldung geht V nochmals auf Bismarcks Meinungsschwankungen ein. Wenn er diese begründen würde und seine Motive darlege könnte, dann könne man ihn verstehen. So sehe man nur, dass in einer Phase, in der der <b>Kulturkampf</b> feststecke, Bismarck alles versuche, um vorwärts zu kommen. Zur Wahrung der Interessen der katholischen Mitbürger bedürfe es keiner Diplomaten, dazu reichten die bisherigen Beziehungen aus. Angriffe auf seine außen-</p>	
--	--	---	--

			<p>politische Haltung weist er zurück. Er habe damals ein Deutsches Reich ohne Österreich im Blick gehabt, als andere noch gar nicht daran gedacht hätten und er habe im Falle Kurhessens und Schleswig-Holsteins die Angelegenheit ins Rollen gebracht. Zum Abschluss bringt er noch die aufzuwendende Summe für eine Gesandtschaft ins Spiel. Diese sei nicht unerheblich und man könne das Geld auch gut für andere Dinge verwenden, nicht zuletzt auch zum Wohle der Katholiken. Ferner könne man nie sicher sei, ob Bismarck bei seiner ursprünglichen Meinung bliebe oder nicht doch kurzfristig alles umwerfe.</p>	
54	<p>Sa, 11.3.1882, Nr. 119, MA (PDF: 32)</p>	<p>S. 4, 1. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (31. Sitzung vom 10. März): Vor Beginn der Sitzung gibt V eine kurz Erklärung zum Fall <b>Haarbaum</b> ab. Er habe fälschlicherweise mitgeteilt, dass der Unterstaatssekretär des Kultusministeriums dem Präsidenten des Schwurgerichts die Verhandlungsergebnisse der Deputation mitgeteilt habe. Er sei davon ausgegangen, dass dies vor der Verurteilung stattgefunden habe. Beim Datenabgleich stellte sich das aber als Irrtum heraus. Das Material zu dem Fall werde in der Vierteljahresschrift für gerichtliche Medizin veröffentlicht, so V.</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 92</p>
55	<p>Sa, 11.3.1882, Nr. 119, MA (PDF: 34)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf verschiedene Versammlungen gegen die Einführung des <b>Tabakmonopols</b> am 12. März, die vom fortschrittlichen <b>Wahlverein</b> organisiert werden. V spricht zu-</p>	<p>s. a. 12.3.1882</p>

			sammen mit <b>Dirichlet</b> im 4. Wahlkreis.	
56	So, 12.3.1882, Nr. 121, MA (PDF: 37)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [11.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Unterrichtsrat</b> . V äußert, dass man sich der Einrichtung dieses Rates nicht entziehen könne, allein schon damit man eine Sicherheit in der Unterrichtsverwaltung habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 92-97
57	So, 12.3.1882, Nr. 121, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 11. März): Zunächst geht V auf die <b>katholische Abteilung</b> im Ministerium für geistliche Angelegenheiten ein. Hierzu habe man eine sachliche Diskussion geführt und im Rahmen der <b>Maigesetze</b> die Aufhebung dieser Abteilung festgelegt. Dann geht V auf den <b>Unterrichtsrat</b> ein. Er halte diesen, auch wenn von anderer Seite Kritik käme, für absolut notwendig. Aufgrund der Tatsache, dass die Minister häufig wechseln würden, bräuchte man eine konstante Institution, um immer neue Experimente im Schulwesen zu unterbinden. In einer weiteren Wortmeldung geht V erneut auf die katholische Abteilung ein. Ihre Abschaffung sei für die Kirche keine Wohltat, wohl aber für den Staat. Im Zusammenhang mit dem Unterrichtsrat könne er aber keine Parallele zwischen Schule und Staat akzeptieren. Die Schule müsse abhängig vom Staat organisiert werden, die Kirche dagegen solle unabhängig sein.	vgl. Andree, Band 36, S. 92-97
58	So, 12.3.1882, Nr. 121, MA	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Nochmaliger Hinweis auf verschiedene Versammlungen gegen die Einführung des <b>Tabakmonopols</b> , die vom fortschrittlichen <b>Wahlverein</b> orga-	s. a. 13.3.1882



	(PDF: 40)		nisiert werden. V spricht zusammen mit <b>Dirichlet</b> im 4. Wahlkreis.	
59	So, 12.3.1882, Nr. 121, MA (PDF: 41)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Anzeige des Komitees der <b>Virchow-Stiftung</b> : es wird der Stand der bis dahin eingegangenen Gelder veröffentlicht. Es sei eine Summe von 76.612 Mark zusammengekommen.	
60	Mo, 13.3.1882, Nr. 122, AA (PDF: 43)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Im Rahmen der Beratungen zum <b>Kulturetat</b> fungiert V als Berichterstatter der <b>Budgetkommission</b> . Es geht um die neu einzuführenden Stellen eines Konservators für Altertümer und eines Ministerialdirektors. Die Kommission befürwortete die erste Stelle, lehnte aber die zweite ab. Weiteres Thema ist der <b>kirchliche Gerichtshof</b> . Gegenüber dem Wunsch zur Auflösung dieser Institution von anderer Seite, sei V bereit, Änderungen zu bewilligen und den berechtigten Wünschen der Katholiken entgegenzukommen.	vgl. Andree, Band 36, S. 97-101
61	Mo, 13.3.1882, Nr. 122, AA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Lokales: Bericht über die verschiedenen Versammlungen, die der <b>Wahlverein der Fortschrittspartei</b> zur Einführung des Tabakmonopols veranstaltet hat. Es wird nur kurz erwähnt, dass V im 4. Wahlkreis gesprochen habe.	
62	Di, 14.3.1882, Nr. 123, MA (PDF: 46 u. 47)	S. 4, 2. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 1,	<b>HdA</b> (33. Sitzung vom 13. März): Im Rahmen der Beratungen zum <b>Kulturetat</b> fungiert V als Berichterstatter der <b>Budgetkommission</b> . Es geht um die neu einzuführenden Stellen eines <b>Konservators für Altertümer</b> und eines <b>Ministerialdirektors</b> .	vgl. Andree, Band 36, S. 97-101

		1. Spalte mittig	<p>Die Kommission befürworte die erste Stelle, lehne aber die zweite ab. Dass man endlich einen Konservator als Beamten beschäftige, sei sehr zu begrüßen. Bezüglich des Ministerialdirektors sei man in der Kommission uneins gewesen, das Ergebnis der Abstimmung sei knapp gewesen. Man könne aber der Argumentation der Regierung nicht folgen. Man brauche angeblich diese Stelle, weil sich im niederen Unterrichtswesen zu viel Arbeit aufgehäuft habe. Dabei wolle man aber keine Abtrennung dieses Sektors in eine separate Abteilung, sondern nur die Umbenennung einer Ratsstelle in eine Direktorenstelle. Dem könne man nicht zustimmen. Weiter:</p> <p>Weiteres Thema ist der <b>kirchliche Gerichtshof</b>. V sei bereit, Änderungen zu bewilligen, aber solange dies nicht erfolge, müsse die Budgetposition unangetastet bleiben. Er hoffe, dass die Regierung durch die gegebenen Vorschläge Änderungen in Angriff nehme.</p>	
63	Di, 14.3.1882, Nr. 123, MA (PDF: 49)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p><b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 11. März): Aufgrund der großen Materialfülle ist eine zusätzliche Sitzung anberaumt, die V als Vorsitzender eröffnet. Zunächst berichtet er über den Tod des korrespondierenden Mitglieds <b>Desor</b> und geht dann über zu weiteren geschäftlichen Mitteilungen. Später berichtet Prof. Bastian über die Entwicklung der <b>Virchow-Stiftung</b>. Es sei bis dato eine Summe von 77.807 Mark zusammenge-</p>	Nachruf für Eduard <i>Desor</i> : VBAG 14, S. 159

			kommen. Es sei in dem Zusammenhang geplant, eine Publikation herauszubringen, in der alle Details zu Vs Jubiläum veröffentlicht würden.	
64	Di, 14.3.1882, Nr. 123, MA (PDF: 50)	2. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht über den Stand der <b>Virchow-Stiftung</b> . Die Listen dazu seien geschlossen und lägen bei der Gesellschaft aus. Es sei eine bedeutende Summe zusammengekommen und die Liste der Spender sei interessant zu lesen, allein aufgrund der Vielzahl und der Herkunft der Spender.	
65	Mi, 15.3.1882, Nr. 126, AA (PDF: 54)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird weiter über den <b>Kultusetat</b> debattiert. In dem Zusammenhang wird über die Vergabepraxis der Professorenstellen gesprochen. V widerspricht den Vorwürfen, es gebe einen „Ring“ in der medizinischen Fakultät, die im Besonderen aus Mitgliedern der Gesellschaft „ <b>Heimia</b> “ bestünden. Dann äußert er noch Verwunderung über die In-schutznahme der <b>Mensuren</b> durch den Kultusminister. Man könne auch ohne das Unwesen der Mensuren in den Turnvereinen ritterliche Übungen durchführen.	vgl. Andree, Band 36, S. 101-119
66	Do, 16.3.1882, Nr. 127, MA (PDF: 56-57)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (35. Sitzung vom 15. März): Es wird weiter über den <b>Kultusetat</b> debattiert. In dem Zusammenhang wird über die Vergabepraxis der Professorenstellen gesprochen. V widerspricht den Vorwürfen, es gebe einen „Ring“ in der medizinischen Fakultät, die im Besonderen aus Mitgliedern der Gesellschaft „ <b>Heimia</b> “ bestünden, wie <b>Windthorst</b> behauptete. Man müsse sich fra-	vgl. Andree, Band 36, S. 101-119  <i>Heim</i> , Ernst Ludwig: *1747, †1834; unter- richtete u.a. Humboldt; be-

		<p>gen, wie dieser zu solchen angeblichen Informationen gekommen sein wolle. Er selbst sei Mitglied der „Heimia“. Es handle sich dabei um einen Verein von Schülern des verstorbenen <i>Heims</i>, um den kollegialen Kontakt unter Ärzten in Berlin zu pflegen. Laut Satzung sei es dort verboten, eine Rede zu halten. Man käme einmal im Monat und am Geburtstag Heims zusammen, darin bestehe die gesamte Tätigkeit. V selbst habe im ganzen letzten Jahr nicht die Zeit gefunden, eines dieser Treffen zu besuchen, also könne man allein deshalb ausschließen, dass die dortigen Treffen die medizinische Fakultät beeinflusst hätten. Hervorzuheben sei, dass man als neue Vereinsmitglieder in den letzten Jahren ausschließlich Ehemalige der Berliner Universität gewinnen konnte. Dies sei herausragendes Beispiel dafür, dass die Universität nicht nur Studierende unterrichtete, sondern auch neue Lehrer heranziehe. Dann kommt V auf Beschwerden der Privatdozenten zu sprechen. Es sei leider unmöglich, allen aufstrebenden Talenten eine gut dotierte Stelle zu schaffen. Ein wunder Punkt seien allerdings die unbesoldeten Extraordinariate. Weiter beklagt V die Belastung der Medizinstudenten während ihres einjährigen Militärdienstes. Entscheidend hierbei sei die Anrechnung der Dienstjahre auf die Studienzeit. Bei der zunehmenden Beanspruchung durch den Militärdienst könne man die Regelung nicht mehr auf-</p>	<p>kannter u. beliebter Arzt</p>
--	--	--	----------------------------------

		<p>rechterhalten, dass ein Student gleichzeitig Soldat sei. Die Studienleistungen seien damit nicht mehr zu erbringen. Im Zusammenhang mit dem Militärdienst beobachte V einen zunehmenden Einfluss militärischer Gebräuche auf das gesellschaftliche Leben. Dazu gehöre auch eine deutliche Zunahme an Duellen, sei es aufgrund von Nichtigkeiten oder durch ernsthafte Auseinandersetzung, die man gleich vor dem Gericht hätte klären können. Erstaunen löse daher für ihn auch die Haltung des Kultusministers aus, der die <b>Mensuren</b> lediglich als körperliche Übungen betrachte. Um diesen Wunsch zu befriedigen, habe man an der Universität die Möglichkeit Turnvereine zu besuchen, die auch Fechtübungen anböten. Abschließend wendet sich V noch den Kollegien zu. Die Vorbereitungsschulen müssten die Studenten besser auf das selbstständige Lernen vorbereiten. Erst das erlaube den Professoren, sich ausschließlich auf die Vermittlung von Fachwissen zu beschränken. Zusammenfassend halte V die Universitäten zwar nicht für die denkbar besten Anstalten, aber unter den bestehenden Verhältnissen hätten sie sich bewährt und das herbe Urteil Windthorsts sei nicht gerechtfertigt. Nach einer Replik Windthorsts spricht V erneut. Der Vergleich der Zünfte mit den Fakultäten sei mehr als unglücklich, so V. Der Staat gestalte den Lehrkörper und erwarte von dessen Vertretern Vorschläge bei Neubesetzun-</p>	
--	--	--	--

			<p>gen. Hierbei gebe es nur eng bemessene Spielräume. Man könne nicht jeden aufnehmen, der in sich die Berufung zum Professor spüren würde. Keine einzige preußische Universität müsse Untersuchungen zu ihrer Beförderungspraxis fürchten. Es sei völlig normal, dass man bei einer Berufung Erkundigungen einhole, um fähige Männer zu finden. Dabei würden verwandtschaftliche Verhältnisse keine Rolle spielen und Eifersucht unter den Professoren könne es nicht geben, da jeder auf seinem Fachgebiet ein Spezialist sei. Abschließend weist V nochmal alle Vorwürfe bzgl. irgendwelcher Mehrheiten in der „Heimia“ als unbegründet zurück.</p>	
67	<p>So, 19.3.1882, Nr. 133, MA (PDF: 63)</p>	<p>S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [18.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b>: Thema sind die <b>Schulaufsichtskosten</b>. Es kommt dabei die Sprache auf ein Rundschreiben des Schulinspektors im Kreis <b>Friedland</b>, der seine Lehrer zur konservativen Wahlbewegung aufgefordert habe. Dies gegen die <b>Fortschrittspartei</b> gerichtete Vorgehen wird vom Kultusminister <b>Goßler</b> unterstützt. V bestreite, dass die Fortschrittspartei jemals die Treue gegen Kaiser und Reich vergessen habe. Es stecke System hinter den Verleumdungen, die darauf abzielten, die Partei beim Kaiser in Misskredit zu bringen.</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 119-126</p>
68	<p>So, 19.3.1882, Nr. 133,</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte</p>	<p><b>HdA</b> (37. Sitzung vom 18. März): Thema sind die <b>Schulaufsichtskosten</b>. Es kommt dabei die Sprache auf ein Rundschreiben des</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 119-126</p>

	<p>MA (PDF: 66)</p>	<p>oben</p>	<p>Schulinspektors im Kreis <b>Friedland</b>, der seine Lehrer zur konservativen Wahlbewegung aufgefordert habe. Dies gegen die <b>Fortschrittspartei</b> gerichtete Vorgehen wird vom Kultusminister <b>Goßler</b> unterstützt. Dazu bringt dieser die Sprache auf Flugblätter von Privatpersonen, die während des Wahlkampfes aufgetaucht seien. Dies könne man in keinster Weise miteinander vergleichen. Der Fall in Friedland sei ein Fall von eklatanter amtlicher Wahlbeeinflussung. Man habe sich schon früher mit der Agitationsweise der politischen Gegner und ihrer Presse auseinandersetzen müssen, auch hier im Hause. V sei davon ausgegangen, dass nun die Angelegenheit damit erledigt sei. Nun sei aber Goßler noch weiter gegangen und behaupte, die <b>Fortschrittspartei</b> würde einen Mythos über ihre Kaiser- und Reichstreue aufrechterhalten. Nach Vs Meinung habe der Minister kein Recht, sich so zu äußern. Nur, weil man anderer Meinung sei als das Ministerium, sei man noch lange kein Reichsfeind. Schließlich habe man seit Jahrzehnten einen verfassungsmäßigen Staat, in dem es erlaubt sei, sich gegen das Ministerium zu stellen. Der aufgestellte Mythos sei eher von der Regierung und ihrer Presse aufgestellt worden, nämlich der des Republikanismus der Fortschrittspartei. Man habe nie das Recht des Königs zur selbstständigen Leitung seiner Politik bestritten. Abschließend bemerkt V, dass er nur widerstrebend</p>	
--	-------------------------	-------------	--	--

			<p>erneut auf dieses Thema eingegangen sei. Mit diesen Vorwürfen sei aber die Grenze der Erträglichkeit überschritten und man könne eine solche öffentliche Verunglimpfung nicht dulden. Es stecke System hinter den Verleumdungen, die darauf abzielten, die Partei beim Kaiser in Misskredit zu bringen.</p> <p>Abendsitzung: V referiert für die <b>Budgetkommission</b> über die Ausgaben der <b>Akademie der Künste</b> und empfiehlt eine Erweiterung oder einen Neubau.</p>	
69	Mo, 20.3.1882, Nr. 134, AA (PDF: 67)	S. 1, 1. Spalte oben	Die VZ berichtet über die Kommission zur <b>Fürsorge für die Witwen und Waisen der Staatsbeamten</b> . Hierbei wird nur kurz erwähnt, dass V die Frage angeregt habe, ob diese Entwürfe zum Finanzgesetz gehörten.	
70	Di, 21.3.1882, Nr. 135, MA (PDF: 69)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Märzsitzung): V eröffnet als Vorsitzender die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Dann berichtet er über seinen Besuch bei der Zwergin <b>Prinzeß Pauline</b> . Ihre Körperteile stünden in einem normalen Verhältnis zueinander, nur der Kopf sei etwas größer. Ihre geistigen Eigenschaften könnte man noch nicht vollends beurteilen. Weiter spricht V über Gegenstände aus seinen kaukasischen Sammlungen, die vor wenigen Tagen angekommen seien, darunter viele verschiedene <i>Steinwerkzeuge</i> . Zur Besprechung gelangten auch die Funde aus den <i>brasilianischen Muschelbergen</i> , die Skeletteile von abnormer Dichte und Muschel	<i>Steinwerkzeuge</i> aus Kaukasien: VBAG 14, S. 215-218 Über neue Funde aus <i>brasilianischen Muschelbergen</i> de Provinz Sta. Catharina: VBAG 14, S. 218-223



			von abnormer Größe enthielten.	
71	Mi, 22.3.1882, Nr. 137, MA (PDF: 72)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: <b>Kieschke</b> und V haben einen Abänderungsantrag zur <b>Packhofanlage</b> eingebracht. Man beantrage, eine einmalige und außerordentliche Ausgabe für den Packhof zu bewilligen und eine neue Anlage abzulehnen.	vgl. Andree, Band 36, S. 127
72	Fr, 24.3.1882, Nr. 141, MA (PDF: 77)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [23.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V bei der nächsten Sitzung als erster sprechen werde. Dies ist aber nach den Berichten der VZ nicht der Fall. Auch in Andrees Band 36 findet sich hierzu nichts.	
73	Sa, 25.3.1882, Nr. 143, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>HdA</b> (41. Sitzung vom 24. März): Im Rahmen der Beratung zur <b>Fürsorge für die Witwen und Waisen der Staatsbeamten</b> wird kurz Vs Antrag erwähnt, dass dieses Gesetz als Finanzgesetz zu behandeln sei. Die Kommission habe sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und der Antrag Vs wird als erledigt erklärt.	
74	Do, 30.3.1882, Nr. 151, MA (PDF: 12)	S. 1, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [29.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Welfenfonds</b> , der zur Unterstützung der regierungsfreundlichen Presse zweckentfremdet wurde. Auch V spricht sich dagegen aus. Schon 1867 habe er sich gegen die Verwendung dieses Fonds ausgesprochen.	vgl. Andree, Band 36, S. 134-141
75	Do, 30.3.1882, Nr. 151, MA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 29. März): Thema ist der <b>Welfenfonds</b> . Es gehe V nicht darum den ganzen Fonds abzuschaffen, sondern der Regierung mit einer Teilforderung zu ermöglichen, zeitnah in dieser Angelegenheit	vgl. Andree, Band 36, S. 134-141

			Abhilfe zu schaffen. Die aus den Zinsen dieser Summe gespeisten Abwehrmaßnahmen weltlicher Umtriebe könne man sehr gut auch anderweitig finanzieren. Hinzu käme, dass mit den Geldern auch die regierungsfreundliche Presse unterstützt worden sei, ein Umstand, den man gerade in der Fortschrittspartei gerne abstellen würde.	
76	Fr, 31.3.1882, Nr. 153, MA (PDF: 17)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [30.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Es findet eine weitere Beratung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> statt. Hier habe V nochmals den Standpunkt der Fortschrittspartei verdeutlicht.	vgl. Andree, Band 36, S. 141-149
77	Fr, 31.3.1882, Nr. 153, MA (PDF: 19-20)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>HdA</b> (45. Sitzung vom 30. März): Es findet eine weitere Beratung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> statt. V äußert Unverständnis gegenüber den Angriffen von <b>v. Zedlitz</b> . Schließlich wolle man genauso wie er gegen die Vorlage stimmen. Man habe von Anfang an den <b>Kulturkampf</b> als einen Kampf gegen die Hierarchie aufgefasst und deswegen wende man sich auch gegen den „ <b>Bischofsparagrafen</b> “. V sehe in diesem Paragraphen ein Zugeständnis an die katholische Kirche. Vorgesehen sei, dass Bischöfe, die durch ein gerichtliches Urteil aus dem Amt entlassen wurden, nach der Begnadigung durch den König wieder staatlich anerkannte Bischöfe ihrer Diözese werden können. Man sei eigentlich davon ausgegangen, dass der Staat sich langsam von den Banden der Kirche löse und nun würde man an einem Hauptpunkt abbrechen. Um der katholi-	vgl. Andree, Band 36, S. 141-149

			<p>schen Bevölkerung einen Gefallen zu tun, hätte man weiter unten beginnen müssen. Dass der Kultusminister <b>Gobler</b> von Stufe zu Stufe die Dinge voranbringen wolle, kommentiert V sarkastisch, in dem er sich fragt, ob dafür denn auch die Richtung bekannt sei, aufwärts oder abwärts. Für V werde eher eine Abwärtsbewegung deutlich, da man der Kurie ein Zugeständnis nach dem anderen mache. Die Kirche wiederum käme dem Staat keinen Schritt entgegen. Auch das Zentrum übe Zurückhaltung, da man dort eingesehen hätte, dass mit Annahme der Vorlage wieder ein Stück der <b>Maigesetze</b> abbröckeln würde. Die Regierung sollte aber über momentanen Erwägungen stehen, schließlich sei ein definitiver Zustand anzustreben, nicht etwas Wandelbares. Wenn der König ein Urteil fälle und später wiederum eine Begnadigung verkünde, so sei dies sein gutes Recht, aber es sei mit dem Ansehen des Staatsoberhauptes nicht vereinbar, wenn ein derartig Begnadigter wieder in Amt und Würden komme. Von diesem Standpunkt weiche man nicht ab und unterstütze da die <b>Freikonservativen</b>. Den Meinungsumschwüngen des Zentrums könne man nicht folgen. Konsequenz daraus sei leider die Fortsetzung des Kulturkampfes, wo man doch auf eine Abschwächung gehofft habe.</p>	
78	Sa, 1.4.1882,	S. 1, 3. Spalte	Zusammenfassung der gestrigen [31.3.1882] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird auch über die	vgl. Andree, Band 36,

	Nr. 155, MA (PDF: 1)	mittig	<b>Packhofanlage</b> beraten. Vs Antrag dazu wird abgelehnt.	S. 149-152
79	Sa, 1.4.1882, Nr. 155, MA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 31. März): Es wird auch über die <b>Packhofanlage</b> beraten. Dem Abg. <b>Schröder</b> gegenüber bemerkt V, dass die Verfassung eine Etatisierung aller Einnahmen und Ausgabe des Staates vorsehe und es nicht egal sei, ob man eine Anleihe anstrebe oder eine Etatisierung. Vs Antrag zur Packhofanlage wird abgelehnt.	vgl. Andree, Band 36, S. 149-152
80	Di, 4.4.1882, Nr. 159, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis darauf, dass der deutsche <b>Verein für öffentliche Gesundheitspflege</b> seine 10. Versammlung vom 4.-7. Juli abhalten wird. Am ersten Tag wird über die Verwendung der städtischen Unreinheiten debattiert, dazu wird auch V sprechen.	
81	Fr, 21.4.1882, Nr. 185, MA (PDF: 35)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (49. Sitzung vom 20. April): Thema ist der Nachtrag zum <b>Staatshaushaltsetat</b> . Hierzu gehörten die Einnahmen und Ausgaben der neu verstaatlichten Eisenbahnen. Es steht die Entscheidung an, ob die Beträge auf vier oder fünf Quartale verteilt werden sollen. V sieht auf der einen Seite die Meinung des Finanzministers, auf der anderen Seite die Interessen der Eisenbahnverwaltung und hofft, dass sich die Budgetkommission der Sache annehmen wird. Weiter kommt V darauf, dass ein Stück des <b>Tiergartens</b> an das Reich abgetreten wird. Damit würde aber der <b>Kunstakademie</b> geschadet, weil die Flächen von ihr genutzt	vgl. Andree, Band 36, S. 152-154

			<p>würden. Die Versprechen des Kommissars des Kultusministers, für Ersatz zu sorgen, müssten sich nun im Etat niederschlagen, da es sich um erhebliche Ausgaben handle. Eine gewisse Eile sei geboten, da man rechtzeitig provisorische Einrichtungen treffen und auch zügig an die Neubauten herangehen müsse. V schlägt vor, die im Rahmen der vorgesehen Straßenbaumaßnahmen frei werdenden Grundstücke im Zentrum der Stadt für die Kunstakademie zu nutzen. Seit fast zehn Jahren verschleppe die Regierung nun diesen Ausbau, mit empfindlichen Folgen für die Akademie. Da sich auch in diesem Nachtragsetat dazu keine Posten finden lassen, würden wieder keine Gelder zur Verfügung gestellt.</p>	
82	<p>Di, 25.4.1882, Nr. 191, MA (PDF: 43)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten</p>	<p><b>BAG</b> (Aprilsitzung): V eröffnet die Sitzung mit Worten zum Tod von <i>Charles Darwin</i>. Dieser Verlust habe die gesamte wissenschaftliche Welt bewegt. In der nächsten Sitzung wolle man sich intensiv mit einem Rückblick auf Darwins Leben befassen. Später geht V erneut auf den <b>Stramberger Kiefer</b> ein, der in der <i>Schipka-Höhle</i> bei <b>Stramberg</b> gefunden wurde. Hierzu gab es auf dem österreichischen Anthropologenkongress in <b>Salzburg</b> im letzten Jahr schon erhebliche Uneinigkeit, so dass V den Kiefer für weitere Untersuchungen hat mitnehmen dürfen. Es scheint sich herausgestellt zu haben, dass die neben dem Kiefer gefundenen Zähne gar nicht dem Kiefer zuzuordnen sei-</p>	<p>Nachruf für <i>Charles Darwin</i>: VBAG 14, S. 255 <i>Der Kiefer aus der Schipka-Höhle</i> und der Kiefer von La Naulette, nach einem Vortrage in der Sitzung der BAG vom 22. April 1881 ausführlich erörtert. ZfE 14, S. 277-310</p>

			en, was eine Einordnung deutlich erleichtere. Das sei auch Vs Meinung.	s. a. 18.8.1882
83	Di, 25.4.1882, Nr. 192, AA (PDF: 45)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Erneut dreht sich die Debatte um den <b>Welfenfonds</b> . V habe zu Beginn der Debatte erklärt, dass die „ <b>Elsaß-Lothringische Zeitung</b> “ keine Gelder aus dem Welfenfonds erhalten habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 155
84	Mi, 26.4.1882, Nr. 193, MA (PDF: 47)	S. 4, 2. Spalte unten	<b>HdA</b> (53. Sitzung vom 25. April): Erneut dreht sich die Debatte um den <b>Welfenfonds</b> . V habe zu Beginn der Debatte erklärt, dass die „ <b>Elsaß-Lothringische Zeitung</b> “ keine Gelder aus dem Welfenfonds erhalten habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 155
85	Mi, 26.4.1882, Nr. 193, MA (PDF: 49)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: <b>Berliner Asylverein für Obdachlose</b> . Bei der Vorstandswahl wird V erneut in den Vorstand gewählt.	
86	Mi, 26.4.1882, Nr. 193, MA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> . (Heft 385)	
87	Sa, 29.4.1882, Nr. 200, AA (PDF: 59)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Komptabilitätsgesetz</b> . V habe die dringende Notwendigkeit eines solchen Gesetzes nachgewiesen.	vgl. Andree, Band 36, S. 155-160
88	So, 30.4.1882, Nr. 201 (PDF: 61)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (56. Sitzung vom 29. April): Thema ist das <b>Komptabilitätsgesetz</b> . Die Notwendigkeit für ein solches Gesetz bestehe schon seit Jahren, so V. Es handle sich dabei um ein Etatgesetz, das Regeln zwischen Staatsregierung und Landtag festlegen soll. Die	vgl. Andree, Band 36, S. 155-160

			Schwierigkeiten, auf die man jetzt stoße, habe man auch schon beim Oberrechnungskammergesetz gehabt und es trotzdem durchgesetzt. Auch, dass das Reich in der Materie noch nicht so weit sei, könne man nicht gelten lassen. Es gelte, auch für das Begnadigungsrecht des Königs eine Prüfungsmöglichkeit zu schaffen. Es gelte, die unhaltbare Situation so schnell wie möglich zu beseitigen. Als Vorsitzender der Rechnungskommission wisse V besonders um die Dringlichkeit.	
89	Di, 2.5.1882, Nr. 203, MA (PDF: 4)	2. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Aufruf zu <b>Spenden</b> für die verfolgten <b>russischen Juden</b> . Ein Jahr schon sei vergangen seit den ersten Judenverfolgungen in Russland. Es gebe schon unendlich viele Opfer dieses unmenschlichen Frevels. Alle zivilisierten Völker seien berufen, Unterstützung und Hilfe zu leisten. Um den Flüchtigen aus diesen Gebieten helfen zu können, seien große Geldmittel nötig und auch die kleinste Summe sei willkommen. V ist Mitunterzeichner.	s. a. 12. u. 25.6.1881
90	Di, 23.5.1882, Nr. 235, MA (PDF: 38)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Maisitzung): V spricht über die <b>Spandauer Funde</b> . Zunächst geht es um einen Schädel mit besonders brachycephaler Form. Es scheine Übereinstimmungen mit Lappenschädeln zu geben. Leider sei das Gesicht bei dem gefundenen Schädel nicht erhalten, so dass eine genauere Untersuchung nicht möglich sei. Die gefundenen Bronzen würden dem Bredower Fund ähneln, die Schädel unterschieden sich aber grundsätz-	Besprechung des <i>Spandauer Bronzefundes</i> : VBAG 14, S. 371-381

			lich, so dass man von zwei verschiedenen, die Mark bewohnenden, Rassen ausgehen könne.	
91	Fr, 2.6.1882, Nr. 252, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass <b>Prof. Afinger</b> vor einigen Tagen die von Vs Schülern in Auftrag gegebene Büste des Gelehrten in Gips fertiggestellt habe. Nach der Ausführung in Marmor solle das Werk im <b>pathologischen Institut</b> aufgestellt werden. [ <b>Marmorbüste</b> ]	Afinger, Bernhard: *1813, †1882; Bildhauer, seit 1874 Mitglied der Akademie der Künste
92	So, 11.6.1882, Nr. 267, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Ergebnis der namentlichen Abstimmung im Reichstag zur Zolltarif-Novelle. V stimmt mit nein.	
93	Mi, 14.6.1882, Nr. 271, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	<b>Deutscher Reichstag</b> (17. Sitzung vom 13. Juni): Thema ist das <b>Reichstabakmonopol</b> . V äußert zum Abschluss eine persönliche Bemerkung. Er habe zwar den Tabak als ein steuerfähiges Objekt bezeichnet, aber seiner Meinung nach sei man an der Grenze der Steuersätze angekommen.	vgl. Andree, Band 37, S. 635-636
94	Mi, 21.6.1882, Nr. 283, MA (PDF: )	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Junisitzung): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Zur Sprache kommen die Bronzesachen und ein Schädel aus <b>Auvernier</b> . Der Fund würde Vs These unterstützen, dass die vorrömische Bevölkerung der Schweiz dolichocephale Bestandteile enthalten habe. Dann wurde die schon mehrfach verschobene Diskussion über den <b>Riesenhirsch</b> und über prähistorische Schussverletzungen eröffnet. Auch V habe dazu gesprochen.	Neue Funde aus der Station <b>Auvernier</b> : VBAG 14, S. 388-392 Bemerkungen über den <b>Riesenhirsch</b> und prähistorische Knochenverletzungen: VBAG 14, S. 418, 419



95	Fr, 23.6.1882, Nr. 287, MA (PDF: 35)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 22. Juni): Thema ist der Ankauf zweier Grundstücke vom Fiskus zum Bau einer <b>Markthalle</b> . Dazu hat V zusammen mit <b>Dr. Stryck</b> einen Antrag gestellt. Man stimme dem vorgesehenen Kauf zu, behalte sich aber vor, später noch über die Anschlussmöglichkeiten an die Stadtbahn bestimmen zu können. Die Kaufsumme solle vorschussweise aus einer Anleihe des Jahres 1878 zur Verfügung gestellt werden. Die spätere Erstattung müsse aus einer noch zu schaffenden Anleihe erfolgen. Später wird der Antrag in einer namentlichen Abstimmung angenommen.	nichts bei Andree
96	Di, 27.6.1882, Nr. 294, AA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht über das erste große <b>Sommerfest der Fortschrittspartei</b> im 3. Berliner Landtagswahlkreis. Vs Anwesenheit wird nur kurz erwähnt.	
97	Mi, 28.6.1882, Nr. 296, AA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Artikel zur diesjährigen <b>Sommerexkursion der BAG nach Stettin</b> : Unter der Führung von V habe sich die Hälfte der Teilnehmer bereits am 24. Juni auf den Weg gemacht. Bei frühmorgendlichen Grabungen auf der Insel <b>Bodenberg</b> in der Oder fanden sich Knochen, die V aber sehr schnell als einfache Schafsknochen erkannt habe. Beim Museumsbesuch in Stettin wurde V vom Direktor als Anthropologe gefeiert und bedankte sich mit der Würdigung der guten Zusammenarbeit.	<i>Bericht über eine Exkursion nach Stettin:</i> VBAG 14, S. 440-445
98	Di, 11.7.1882, Nr. 317,	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte	Vermischtes: Kurzer Hinweis, dass V auf dem demnächst stattfindenden Sommerfest des <b>Vereins Fortschritt in Charlottenburg</b>	s. a. 27.7.1882

	MA (PDF: 18)	oben	vor seiner Abreise nach Würzburg die Festrede halten wird.	
99	Do, 13.7.1882, Nr. 321, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte des <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Hefte 387-394)	
100	Di, 18.7.1882, Nr. 329, MA (PDF: 32)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Julisitzung): V eröffnet die letzte Sitzung vor den Ferien mit einer Mitteilung zum <b>Korporationsrecht</b> . Hierzu sei ein Hemmnis, dass die BAG nur ein Zweigverein der DAG sei. Dies müsse abgeändert werden. Dann spricht V kurz über die neulich stattgefundene Exkursion nach <b>Stettin</b> . Zum Schluss der Sitzung spricht er über die <b>transkaukasischen Gräberfelder</b> . Viele davon seien durch den Bau einer Militärstraße zerstört. In den als Steinkammern angelegten, noch unangetasteten Gräbern fanden sich sowohl Bronze- als auch Eisengegenstände. Teilweise seien mehrere Skelette in einem Grab zu finden, dem Durcheinander der Knochen nach zu urteilen wohl hockend begraben. Die aufgefundenen Schädel wiesen künstliche Deformationen auf, ähnlich wie Inkaschädel. Auch die Abflachung der Schienbeine und ein Trochanter tertius seien auffällig. V warnte aber vor zu voreiligen Schlüssen.	<i>Kaukasische und transkaukasische Gräberfelder</i> : VBAG 14, S. 471-482
101	Di, 18.7.1882, Nr. 330, AA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass sich nicht nur V, sondern auch <b>Prof. Wattenbach</b> nach <b>Würzburg</b> zur Jubelfeier der dortigen Universität begeben habe.	

102	Do, 27.7.1882, Nr. 345, MA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Im Rahmen der geschäftlichen Sitzung des <b>Vereins „Fortschritt“</b> in <b>Charlottenburg</b> wird nochmal erwähnt, dass V die Festrede halten wird.	
103	Sa, 29.7.1882, Nr. 350, AA (PDF: 58)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Vermischtes: Bericht zur <b>Jubiläumsfeier der Universität Würzburg</b> . Auch V wird als Vertreter der Universität Berlin erwartet.	
104	So, 30.7.1882, Nr. 351, MA (PDF: 60)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Bericht über das Sommerfest des <b>Charlottenburger Vereins „Fortschritt“</b> am 29. Juli. V wurde von enthusiastischem Jubel begrüßt und hielt eine längere Ansprache über die inneren Verhältnisse und die <b>Volksbeglückungsprojekte Bismarcks</b> . Zwischen Bismarcks Blick auf den Menschen und dem des Liberalismus herrsche ein unüberbrückbarer Gegensatz. Dort der vom Vorsehungsstaat schablonierte Mensch, hier der freie Mensch mit freier Entwicklung und Selbstständigkeit. Zum Abschluss betonte V nochmal die Notwendigkeit einer Landgemeindeordnung. Um das zu erreichen, müsse man um die bevorstehende Wahl kämpfen.	s. a. 1.8.1882
105	Di, 1.8.1882, Nr. 353, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Bericht über das Sommerfest des Charlottenburger <b>Vereins „Fortschritt“</b> am 29. Juli. V wurde von enthusiastischem Jubel begrüßt und hielt eine längere Ansprache. In Anbetracht der Tatsache, dass wieder Wahlen anstünden, müsse man sich fragen, was für ein neues	<i>Manchestertum:</i> Extremform des wirtschaftlichen Liberalismus; Kampfbegriff gegen die Liberalen

		<p>Projekt der <b>Volksbeglückung Bismarck</b> im Auge habe, um den Staat nach seinem Geschmack umzumodeln. Die Folge wäre ein ewiger Wechsel des Beamtentums, wenn man Leute finden wolle, die das erfüllen könnten. Die Zeiten einer festen Beamtenstruktur seien vorbei und damit trete auch eine Abnutzung hervorragender Persönlichkeiten ein. Treibe man nun die Verstaatlichung voran, bräuchte man eine immense Anzahl gut geschulter Beamter, um Ordnung zu halten, was wiederum zum Anwachsen des Pensions- und Besoldungsetats führen würde. Im Vergleich liefere die Verstaatlichung auch keinen Leistungsvorteil vor der Privattätigkeit. Es käme zu immer höheren Schulden, die wiederum aus Anleihen gedeckt würden; das sei jetzt das neue Finanzsystem. Problematisch sei zudem, dass durch die Ausdehnung der Beamtenzahlen auch die Arbeiter berührt würden. Hier sei für die Liberalen der alten Schule eine Grenze erreicht, denn nur in der freien individuellen Entwicklung der eigenen Tätigkeit, der eigenen Energie und Strebsamkeit entstehe das Feld, dessen Beackerung den Menschen erst zum Menschen mache. Dies alles verdamme man nun und nenne es <b>Manchestertum</b>. Dies verdeutliche den Gegensatz zwischen den Liberalen und Bismarck. Man könne sich mit dessen Vorstellung vom Staat nicht arrangieren. Man wolle für die Menschen ein gewisses Maß selbst-</p>	
--	--	--	--

			<p>ständiger, unabhängiger, persönlicher Entwicklung, ohne dass sich der Staat ihrer erbarme und sie von vornherein zwingt, nach seiner Pfeife zu tanzen. Als Liberale sehe man sich in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen Bismarck und den Sozialdemokraten. Dann geht V auf die Leistungen der Selbstverwaltung in den Stadtgemeinden ein und beklagt den Mangel einer analogen Landgemeindeordnung. Diese sei viel wichtiger und nötiger, als die Provinzialordnung. Leistungsfähige Landgemeinden wären viel rationeller als die Abwälzung aller möglichen Leistungen auf den Staat, der dann später wieder die Gemeinden bedenken sollte. Man stehe bei diesem Kampf nicht aus purem Opportunismus gegen Bismarck, sondern kämpfe aus sachlichen Gründen. V schlägt vor, es doch mal mit liberalen Ministern zu versuchen. Diese würde die Fortschrittspartei auch unterstützen, allerdings wäre Liberalismus nicht gleich Liberalismus, denn es gebe auch „<b>Dämmerungs-Liberale</b>“, die mehr konservativ als liberal schimmerten. Es dürfe dann aber nicht dazu kommen, dass alle liberalen Differenzen in einer großen liberalen Phalanx verschleiert würden. Für die kommende Wahl müsse man für eine liberale Mehrheit arbeiten, um die anstehenden Aufgaben in Angriff nehmen zu können und um ein gutes Vorbild für die ländlichen Wahlkreise abzugeben.</p>	
106	Mi,	1. Beilage,	Bericht zur <b>Säkularfeier der Universität</b>	

	2.8.1882, Nr. 354, AA (PDF: 7)	S. 1, 3. Spalte oben	<b>Würzburg:</b> Vs Anwesenheit wird nur kurz erwähnt.	
107	Fr, 4.8.1882, Nr. 359, MA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht zur <b>Säkularfeier der Universität Würzburg:</b> V sprach als Vertreter der deutschsprachigen Universitäten Glückwünsche aus.	
108	Fr, 4.8.1882, Nr. 359, MA (PDF: 14)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Lokales: die VZ berichtet über einen Artikel der „ <b>Nat. Ztg.</b> “. Nach langem Wahlkampf sei <b>Prof. Dubois-Reymond</b> für das nächste Jahr zum <b>Rektor der Universität</b> gewählt geworden. Sein Gegner war V.	
109	Di, 8.8.1882, Nr. 365, MA (PDF: 21)	S. 4, 3. Spalte mittig	Bericht zur dritten <b>Säkularfeier der Universität Würzburg:</b> V spricht im Namen <b>aller deutschen und deutschsprachigen Universitäten</b> Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und Russland. Bei dieser dritten Säkularfeier sehe sich die Universität umgeben von den Vertretern aller deutschen Universitäten, von Studierenden aus allen deutschen Landen und von allen Konfessionen, begrüßt von dem freudigen Zurufe der ganzen Nation. Es sei nicht mehr ein bloß Würzburgisches Fest, sondern ein allgemein deutsches Fest. Die Universitäten hätten das Amt übernommen, Hüter und Träger der abendländischen Zivilisation zu sein. Sie unterlägen der Verpflichtung, nicht nur den geistigen Besitz der Menschheit zu wahren und zu mehren, sondern auch diesen Besitz immer größeren Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und so das Volk selbst im-	In der Festschrift zur Säkularfeier in zwei Bänden sind lediglich wissenschaftliche Vorträge abgedruckt

			<p>mer mehr zu durchdringen. Man arbeite hier gegen Eigennutz und Unwissenheit, die immer wieder mal zu Tage treten würden. Erst seit der Zeit des Dreißigjährigen Krieges hätten die Hochschulen diese Aufgabe wahrgenommen. Sie hätten dafür gesorgt, dass ein gemeinsamer Boden des Verständnisses und des Strebens, eine einheitliche Grundlage der Bildung der Nation wiedergewonnen worden sei. Die Jugend habe unter ihrer Aufsicht die Liebe zum Vaterland und den Unabhängigkeitssinn des freischaffenden Bürgers entdeckt. Aus der Wissenschaft habe sie die Duldung gegen Andersgläubige, Achtung vor fremdem Recht, Schätzung der Arbeit und Ehrfurcht vor dem eigenen Gesetz gelernt. So hätten die Universitäten das herangezogen, was man mit Stolz deutschen Geist nenne. Mehr und mehr sei die Würzburger Hochschule in die vorderste Reihe der modernen Kulturanstalten getreten. Für die Zukunft wünsche man ihr, dass sie weiter wachse und gedeihe und dass sie immer eine Stätte bleibe, in der Sitte und humane Bildung einen Platz fänden.</p>	
110	Di, 15.8.1882, Nr. 377, MA (PDF: 35)	S. 3, 3. Spalte oben	<p>Aus den Provinzen und dem Reiche: Kurzer Hinweis auf die Eröffnung des <b>DAG-Kongresses in Frankfurt/Main</b>. V habe einen Vortrag über die praktisch-empirische Tätigkeit der Gesellschaft im Gegensatz zu der konstruktiven Phantasie vieler Gelehrten gehalten.</p>	
111	Do,	S. 4,	Versammlung der <b>DAG in Frank-</b>	Zur kaukasi-

	17.8.1882, Nr. 381, MA (PDF: 40-41)	3. Spalte mittig f.	<b>furt/Main:</b> V wird nur kurz als Redner erwähnt. In der Sitzung vom 16. Aug. wird V erneut als Redner erwähnt. Sein Thema waren die anthropologischen <b>Erfahrungen im Kaukasus</b> . Für die Versammlung in Trier wird V zum <b>ersten Vorsitzenden</b> gewählt.	sehen Anthropologie: Corr. Bl. 13, S. 164-166
112	Do, 17.8.1882, Nr. 382, AA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Versammlung der <b>DAG in Frankfurt/Main:</b> V hält einen Vortrag über <b>Darwin</b> und die Anthropologie. Es gehe darum, so V, die Summe der Eindrücke zu sammeln, die eine so mächtige Gestalt hinterlasse. Er spricht über die Spannungen, die der <b>Darwinismus</b> mit sich gebracht habe. Trotz allem müsse es aber ein großes Bedürfnis geben, herauszufinden, woher der Mensch stamme und ob man in einer Vorwärts- oder Rückwärtsentwicklung begriffen sei. Darwin selbst habe in seinem „ <b>origine of species</b> “ den Menschen kaum berührt und auch zugegeben, dass er sich mit der menschlichen Anatomie nicht auskenne. Die offenen Fragen würden konsequenterweise zur <b>Urzeugung</b> führen, die allerdings kaum nachweisbar sei und sich der Empirie entziehe. So bewege man sich bei dem Thema auf eher theoretischen Ebenen. Ähnlich sei es mit dem Begriff <b>Transformismus</b> . Zwar könne man theoretisch nachvollziehen, dass sich der Mensch aus einer niederen Form entwickelt habe, aber Beweise dafür fehlten. Für die Anthropologie sei es interessant zu erfahren, wo die einzelnen Rassen und Völker herstammten und ob es Zusammenhänge	Über Darwin und die Anthropologie: Corr. Bl. 13, S. 80-89



			zwischen ihnen gebe. Darwin habe stillschweigend vorausgesetzt, dass man den Menschen nach den Erfahrungen der Zoologie beurteile. In der Medizin würde man mit den Tierversuchen ähnlich vorgehen. Damit würde man zwar ein logisches Ergebnis erreichen, dass aber praktisch wenig Bestand habe. Trotzdem solle man an der empirischen Forschung festhalten und sich in Geduld üben, wenn sich die Probleme nicht gleich lösen ließen.	
113	Fr, 18.8.1882, Nr. 384, AA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Versammlung der <b>DAG in Frankfurt/Main</b> : An einem Vortrag über <b>Menschenrassen</b> knüpft V eine längere Bemerkung. Die besten Beweise <b>Darwins</b> für den <b>Transformismus</b> würden aus der Gegenwart durch die Umzüchtung von Haustieren stammen. Dieses Phänomen der Umbildung sei auch bei Menschen in der Gegenwart zu beobachten. Wenn man Menschengruppen untersuche, die sich gänzlich abgeschlossen, beispielsweise auf Inseln, entwickelt hätten, könne man auch dort eine Mischung beobachten. V neige deshalb dazu an die <b>Einheit des Menschengeschlechts</b> zu glauben.	Über <i>Menschenrassen</i> : Corr. Bl. 13, S. 208-211
114	So, 20.8.1882, Nr. 387, AA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Versammlung der <b>DAG in Frankfurt/Main</b> : Nach einem Ausflug der Kongressteilnehmer nach <b>Homburg</b> übergab der bisherige Vorsitzende <b>Lucae</b> die Würde an V für nächstes Jahr weiter.	
115	Fr, 8.9.1882, Nr. 419,	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte	<b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Sep.): V beantragt <b>Urlaub</b> .	nichts bei Andree

	MA (PDF: 14)	oben		
116	Sa, 16.9.1882, Nr. 433, MA (PDF: 29)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 395-397).	
117	Fr, 22.9.1882, Nr. 443, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Bericht zur <b>Versammlung der Vertrauensmänner im 3. Berliner Landtagswahlkreis</b> . Es wird beschlossen, dass nur diejenigen Vertrauensmänner werden können, die die Wahl von <b>Knörcke</b> und V unterstützen.	
118	Do, 5.10.1882, Nr. 465, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurze Nachricht, dass V von einer größeren Reise wieder in Berlin eingetroffen sei.	
119	Di, 10.10.1882, Nr. 473, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die am heutigen Abend stattfindende <b>Versammlung der Urwähler im 3. Berliner Landtagswahlkreis</b> . V und <b>Knörcke</b> werde ihren Rechenschaftsbericht erstatten.	s. a. 11.10.1882
120	Mi, 11.10.1882, Nr. 475, MA (PDF: 20)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung der Urwähler im 3. Berliner Landtagswahlkreis</b> . V habe in seiner Rede allgemeine Verfassungsfragen behandelt. Von einem Urwähler wird begeistert gefordert, V und <b>Knörcke</b> wieder zu wählen.	
121	Mi, 11.10.1882, Nr. 476, AA	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte	Bericht über die <b>Versammlung der Urwähler im 3. Berliner Landtagswahlkreis</b> vom 10. Okt.: Nach einleitenden Worten des	

	(PDF: 22-23)	unten f.	<p>Vorsitzenden <b>Neumann</b> erhält V das Wort. Er sieht sich nach seiner Reise mit Vorwürfen der politischen Gegner konfrontiert und fragt sich, ob man tatsächlich so schlecht geworden sei, wie behauptet. Er wolle zwar nicht ausschließen, dass es doch mal dazu kommen könne, dass man den vorgezeichneten Weg verlasse, aber in der letzten Session sie dies nicht passiert. Da die Wähler im Endeffekt ja diejenigen seien, die den Abgeordneten ihre Stimme gegeben hätten, würden somit diese genauso von den Vorwürfen getroffen. Der Hauptvorwurf in den Flugblättern gehe dahin, dass man ein parlamentarisches Regiment anstrebe. Dies sei nicht ganz falsch. Man habe seit dreißig Jahren eine Verfassung, die vom König, seinen Beamten und den Abgeordneten beschworen worden sei. Diese Verfassung schreibe ein Parlament vor und zwar nicht als Ornament, sondern als mitberücksichtigter Faktor der Gesetzgebung, dem das Geldbewilligungs- und Kontrollrecht zustehe. Die Eigentümlichkeit des preußischen Staats habe es nun mit sich gebracht, dass in allen großen Dingen nicht die Minister, sondern <b>Bismarck</b> entscheide. Es sei nun von Session zu Session in manchen Fällen ein völliger Meinungswechsel zu beobachten. Daher könne man auch die Vorwürfe der Konservativen an die Liberalen nicht akzeptieren. Denn was Bismarck in einem Jahr unterstütze, revidiere er im anderen. Damit sei nur er für</p>	
--	--------------	----------	--	--

		<p>die Gesetze verantwortlich, die den Konservativen nicht gefallen. Dies gelte auch für die Zollgesetzgebung. Bei den Wuchergesetzen liege der Fall ähnlich. Die Anregung, die <b>Wuchergesetze</b> aufzuheben sei von den allerverschiedensten Seiten ausgegangen und die Behörden stellten von Jahr zu Jahr mehr fest, dass die Wuchergesetzgebung in der alten Form ganz unnütz wahr. Dann sei die Regierung gekommen und habe die Wucherfreiheit vorgeschlagen. Damit gehe es aber wie mit den Innungen: Man strebe immer wieder den alten Zustand an. Erst habe man Innungen, dann schaffe man die Gewerbefreiheit, dann wolle man wieder zu den Innungen zurück, die als untüchtig erkannt worden seien. Dabei sei eine gewissenhafte Prüfung der Regierungsvorlagen noch lange keine parlamentarische Herrschaft und die Fortschrittspartei sei immer damit zufrieden gewesen, wenn es ihr gelang, einige ihrer Gedanken in die Regierungsvorlagen hineinzubringen. Auch versteife man sich nicht darauf einen Minister zu stellen. Kandidaten der anderen liberalen Parteien würde man genauso akzeptieren. Insgesamt betrachtet wolle man nicht über die Rechte hinausgehen, die die beschworene Verfassung garantiere, man sehe sich als Hüter dieser Rechte. Dann kommt V auf das Thema <b>Selbstverwaltung</b> zu sprechen. Dies würde von vielen Seiten zurzeit zwar gefordert, aber die Selbstverwaltung der großen</p>	
--	--	--	--

			<p>Städte scheine da doch nicht recht zu sein. Da werde verwiesen auf die Schulden Berlins. Die Schuldenlast sei gewachsen, aber nur für große allgemein nützliche Unternehmungen, zu der die übrigen Steuerzahler gar nichts beizutragen hätten. Es sei eher so, dass nur wenige Städte der Welt so billig verwaltet würden wie Berlin. Die Kommunalverwaltung könne sich sehen lassen und Berlin könne mit jeder Stadt der Welt in Konkurrenz treten. Zum Thema Steuer- und Zollgesetzgebung äußerte V, dass man nicht nur keine neuen Zollerhöhungen beschließen, sondern auch das System der alten Zollerhöhungen ändern müsse. Vielmehr müsse man Verbesserung in der Steuergesetzgebung anstreben. Zum Schluss bietet sich V als Kandidat an, gesteht aber, dass man ihm damit keinen Gefallen täte, denn es sei kein besonderes Vergnügen ein Landtagsmandat auszufüllen. Er wolle aber auf jeden Fall versuchen, seinen Mann zu stehen.</p>	
122	Do, 12.10.1882, Nr. 477, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Stadteile Prenzlauer, Schönhauser und Rosentaler Vorstadt</b>, die heute Abend stattfindet. Auch V wird eine Ansprache halten. In weiteren Ausgaben der VZ findet sich keine Berichterstattung.</p>	
123	Fr, 13.10.1882, Nr. 479,	S. 4, 2. Spalte mittig	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Stadteile Moabit, Wedding</b>,</p>	s. a. 14.10.1882

	MA (PDF: 28)		<b>Gesundbrunnen und Oranienburger Vorstadt</b> , die heute Abend stattfindet. Auch hier wird V sprechen.	
124	Fr, 13.10.1882, Nr. 479, MA (PDF: 28)	S. 4, 2. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Okt.): Es wird nur kurz erwähnt, dass V sich an der Debatte über die Auflösung der Straße 6 beteiligt habe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
125	So, 14.10.1882, Nr. 481, MA (PDF: 31)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die heute Abend stattfindende <b>allgemeine Wählerversammlung</b> der Stadtbezirke 190-196 im 3. Landtagswahlkreis. Auch hier wird V sprechen. Keine weitere Berichterstattung dazu in der VZ.	
126	So, 14.10.1882, Nr. 482, AA (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Lokales: Kurzer Bericht zur <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Stadteile Moabit, Wedding, Gesundbrunnen und Oranienburger Vorstadt</b> , die gestern Abend stattfand. Es wird nur über den Schluss von Vs Rede berichtet. Er wird stürmisch empfangen und betont erneut, dass man an den altbekannten Grundsätzen festhalten wolle.	
127	Di, 17.10.1882, Nr. 485, MA (PDF: 46)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine morgen stattfindende <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Rosentaler und Hamburger Vorstadt</b> . Auch V hat sein Erscheinen zugesagt. Darüber findet sich in späteren Ausgaben der VZ keine Berichterstattung.	
128	Fr, 20.10.1882, Nr. 490, MA	S. 4, 1. Spalte oben	Abdruck der <b>Wahlmännerlisten</b> . V ist im 114. Urwahlbezirk des 1. Wahlkreises aufgeführt. [ <b>Wahlmännerverzeichnis</b> ]	

	(PDF: 53)			
129	Fr, 13.10.1882, Nr. 479, MA (PDF: 56-57)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten f.	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung der neu gewählten Wahlmänner im 1. Landtagswahlkreis</b> . Auch V war anwesend und wurde mit großem Jubel begrüßt. In einer Parallelveranstaltung der neugewählten Wahlmänner des 3. Landtagswahlkreises wurde beschlossen, von jeder weiteren Versammlung abzusehen und bei der Wahl für V und <b>Knörcke</b> zu stimmen.	
130	Di, 24.10.1882, Nr. 496, MA (PDF: 65)	4. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Abdruck der gewählten <b>Wahlmänner</b> in den jeweiligen Bezirken. V ist im 114. Urwahlbezirk des 1. Wahlkreises aufgeführt.	
131	Mi, 25.10.1882, Nr. 498 (PDF: 75)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 21. Okt.): V eröffnete die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen, u.a. vom <b>DAG-Kongress in Frankfurt</b> . Dann kommt V auf die erneute Erkrankung <b>Schliemanns</b> zu sprechen. Dieser sei in Paris wieder an Malaria erkrankt und befinde sich nun auf dem Weg zurück nach Athen. Zum Ende hin legte V Pläne und Zeichnungen von den in <b>Heidelberg</b> entdeckten Resten der <i>Römerzeit</i> vor. Bei den Grabungen seien etliche Töpferwaren gefunden worden, mit verschiedenen Meisterstempeln. Ferner fanden sich auch römische Meilensteine, jeder mit einem anderen Kaisernamen.	Kurze Besprechung der Generalversammlung der <i>DAG in Frankfurt a. M.</i> : VBAG 14, S. 485-486  Die alten <b>römischen Töpfereien</b> in <i>Heidelberg</i> : VBAG 14, S. 524-525
132	Do, 26.10.1882,	S. 2, 1. Spalte	Wahlergebnisse aus dem 3. Berliner Wahlkreis: Im ersten Wahlgang gaben 1005	

	Nr. 501, AA (PDF: 79)	unten	Wahlmänner ihre Stimmen ab, davon erhielt V 865, Stöcker lediglich 297 Stimmen. V ist demnach wiedergewählt. [ <b>Wahlsieg</b> ]	
133	Fr, 27.10.1882, Nr. 502, MA (PDF: 81)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neusten Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 398 u. 399)	
134	Sa, 28.10.1882, Nr. 504, MA (PDF: 84)	S. 4, 2. Spalte mittig	Liste der Mitglieder der <b>Fortschrittspartei</b> im neuen HdA: Es sind 37 Abgeordnete, unter ihnen auch V.	
135	So, 29.10.1882, Nr. 506, MA (PDF: 88)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Es wird berichtet, dass mittlerweile Vs <b>Marmorbüste</b> im <b>pathologischen Institut</b> aufgestellt worden sei, die diesem von seinen Assistenten anlässlich seines 60. Geburtstages im letzten Jahr geschenkt worden sei. Sie ist von <b>Afinger</b> angefertigt worden. V habe dem Künstler nicht nur Modell gegessen, sondern sei im Alltag auch von ihm begleitet worden. Im gleichen Bericht wird von der <b>Übernahme des Präsidiums</b> der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> erwähnt, dass V betont habe, dass er eine besondere Fürsorge darauf richten werde, den kollegialen Sinn und streng wissenschaftlichen Geist der Gesellschaft zu pflegen.	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 20.11.1882, Nr. 47, S. 720
136	Sa, 4.11.1882, Nr. 517, AA (PDF: 10)	S. 2, 2. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V zurzeit an einer ernstlichen <b>Erkrankung</b> leide. Man wünsche ihm baldige Genesung, damit er sein umfassendes, segensreiches Wirken wieder aufnehmen könne.	



137	Mo, 6.11.1882, Nr. 519, AA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass bei Vs Be- finden eine leichte Besserung eingestellt ha- be. Er leide an einer <b>Nierenaffektion</b> als Folge einer Erkältung.	
138	Di, 7.11.1882, Nr. 520, MA (PDF: 14)	S. 1, 3. Spalte oben	Kurzer Hinweis, dass Vs Erkrankung einen positiven Verlauf nehme. Man könne darauf hoffen, dass er in den nächsten Tagen wie- der das Bett verlassen könne. [ <b>Erkrankung</b> ]	
139	Mi, 8.11.1882, Nr. 523, AA (PDF: 17)	S. 1, 3. Spalte oben	Kurzer Hinweis, dass die Genesung Vs gut voranschreitet. Man hoffe, dass er bald das Bett verlassen könne. [ <b>Erkrankung</b> ]	
140	Fr, 10.11.1882, Nr. 527, AA (PDF: 21)	S. 1, 3. Spalte unten	Kurzer Hinweis, dass Vs Genesung Fort- schritte mache. Er habe bereits für kurze Zeit das Bett verlassen können und würde sich auch schon wieder wissenschaftlichen beschäftigen. Man hoffe, dass er bald wieder seine Tätigkeit aufnehmen könne. [ <b>Erkran- kung</b> ]	
141	Di, 14.11.1882, Nr. 532, MA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Novembersitzung): V ist nicht anwe- send, aber man hoffe, dass er in der Dezem- bersitzung wieder dabei sein könne.	
142	Mi, 15.11.1882, Nr. 534, MA (PDF: 30)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Lokales: V habe seine Vorlesungen schon wieder aufgenommen, obwohl ihm die Ärzte noch Schonung empfohlen hatten. [ <b>Erkran- kung</b> ]	
143	Do, 23.11.1882, Nr. 548,	S. 4, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (4. Sitzung vom 22. Nov.): Kurzer Hinweis, dass V per Akklamation zum Mit- glied der <b>statistischen Zentralkommission</b>	

	MA (PDF: 45)		gewählt worden sei.	
144	Sa, 25.11.1882, Nr. 552, MA (PDF: )	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Parlamentarische Nachrichten: Einteilung der Kommissionen im HdA. V ist in der <b>Kommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats</b> und in der <b>Kommission zur Prüfung der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushaltsetat</b> .	
145	Sa, 25.11.1882, Nr. 553, AA (PDF: 54)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung der <b>Referenten</b> der <b>Budgetkommission</b> für die einzelnen Etats. V ist für den Etat des Kultusministeriums vorgesehen.	
146	Mo, 27.11.1882, Nr. 555, AA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Lokales: Kurze Mitteilung, dass Vs Befinden sich langsam aber stetig bessere. Er halte bereits sein Kolleg ab, ansonsten gehe er aber noch keiner weiteren Tätigkeit nach. <b>[Erkrankung]</b>	
147	Mi, 29.11.1882, Nr. 558, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Lokales: Es gebe keine Anzeichen für einen Rückfall und V halte bereits seit dem 27. Nov. wieder Vorlesungen ab. <b>[Erkrankung]</b>	
148	Sa, 2.12.1882, Nr. 564, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V sein <b>Mandat</b> für die <b>Budgetkommission</b> und die <b>Rechnungskommission</b> niedergelegt habe.	
149	Mi, 6.12.1882, Nr. 571, AA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Die VZ nimmt Bezug auf einen Bericht der „ <b>Tgl. Rdsch.</b> “. Dort wurde berichtet, dass Vs <b>Schädelsammlung</b> nun öffentlich im <b>ethnologischen Museum</b> zu besichtigen sein werde, welches zurzeit im Bau begriffen sei.	

150	Do, 7.12.1882, Nr. 573, AA (PDF: 15)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Abdruck eines Ersuchens an die „ <b>Volkszeitung</b> “. Es geht darum, die unerfreulichen Vorgänge in der Fraktion der <b>Fortschrittspartei</b> aufzuklären und für Beruhigung zu sorgen. Einige der Mitglieder, u.a. auch V, hatten sich die Aufgabe gestellt, in der Auseinandersetzung zwischen <b>Richter</b> und <b>Hänel</b> zu vermitteln. Leider habe Vs Gesundheitszustand seine Unterstützung nicht zugelassen. Die Sache werde sich aber beilegen lassen, wenn V nach seiner Gesundung die Bestrebung unterstütze.	
151	Di, 19.12.1882, Nr. 592, MA (PDF: 36-37)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Dezembersitzung): V nahm an der Versammlung teil, auch wenn dies erst der zweite Abend war, den er außer Haus war. Er eröffnete mit geschäftlichen Mitteilungen, insbesondere den Jahresbericht. Der <b>Virchow-Stiftung</b> wegen muss die BAG ihre Position als Zweigverein aufgeben. Dazu gehört auch ein Statut, das den gesetzlichen Anforderungen genügt. Dann sprach V über die im <b>Bodensee</b> gefundenen <b>Nephrite</b> . Der ungewöhnlich niedrige Wasserstand habe die vielen Funde erst ermöglicht. Man habe die Nephrite in unterschiedlichen Bearbeitungszuständen gefunden. Somit widerspreche dies der Annahme, dass nur fertige Gegenstände aus <b>Turkestan</b> gekommen seien, dem einzig bekannten Fundort von Nephrit. Es seien auch Schüsseln und Schalen gefunden worden, die Ähnlichkeiten mit Funden aus dem Bieler See und aus Hissarlik auf-	Die neueren Pfahlbaufunde aus dem <i>Bodensee</i> , namentlich <i>Nephrit</i> und <i>Jadeit</i> : VBAG 14, S. 563-564

			wiesen.	
--	--	--	---------	--

## Fundstellen 1883

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	So, 7.1.1883, Nr. 33, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V sich noch schonen müsse, aber schon seine Vorlesungen abhalte. In seinen Kursen vertreten ihn aber seine Assistenten. <b>[Erkrankung]</b>	
2	Di, 9.1.1883, Nr. 14, AA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Lokales: Bericht über die Besichtigung der <b>Charité</b> durch Kultusminister v. <b>Goßler</b> . Auch die <b>Pathologie</b> wird besichtigt, wo V seine berühmten Sammlungen von Schädeln, Skeletten und pathologisch-anatomischen Präparaten zeige und erläutere.	
3	Mo, 15.1.1883, Nr. 24, AA (PDF: 28)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass V am Samstag [13.1.1883] zum ersten Mal wieder einer <b>Reichstagssitzung</b> beigewohnt habe.	
4	Mi, 24.1.1883, Nr. 39, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (Januarsitzung): Es wird nur kurz erwähnt, welchen großen Einfluss Vs Anwesenheit auf den Kongress in <b>Tiflis</b> und die dort anwesenden Anthropologen gehabt habe.	
5	Di, 6.2.1883, Nr. 61, MA (PDF: 10)	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V Anfang März eine Reise nach Italien antreten wird zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. Erstes Ziel sei <b>Sizilien</b> . Zunächst war auch ein Ausflug nach Griechenland geplant zu Ausgrabungszwecken, aber <b>Schliemann</b> sei nicht fündig geworden, was die <b>Gräber des Leonidas</b> angehe und habe V dies in einem Telegramm mitgeteilt.	
6	Do, 8.2.1883, Nr. 65, MA	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte	Vereine und Versammlungen: Der Deutsche <b>Verein für die öffentliche Gesundheitspflege</b> , dessen vorjährige Ausstellung wegen ei-	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 4.6.1883, Nr.

	(PDF: 15)	mittig	nes Brandes ausgefallen ist, plant für Mai einen erneuten Anlauf. V wird den Hauptvortrag über die <b>Verwendung der städtischen Unreinheiten</b> halten. Ein anschließender Besuch der Rieselfelder ist geplant.	23, S. 355-356
7	Sa, 10.2.1883, Nr. 69, MA (PDF: 20)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung derjenigen, die sowohl <b>im HdA als auch im Reichstag Mitglied</b> sind. V ist ebenfalls aufgeführt.	
8	Di, 13.2.1883, Nr. 73, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung): <b>Hollmann</b> sprach über die <b>prähistorischen Funde</b> bei <b>Tangermünde</b> . V bemerkt dazu, dass der von dort stammende Schädel dolichocephal sei und auffällig starke Seitenwandungen habe, obwohl die Pfeilnaht auf der Innenseite deutlich zu sehen sei. Die Gefäße würden der Art nach am ehesten mit Urnen aus Hügelgräbern zu vergleichen sein.	Untersuchung der Knochen der Gräberfunde bei <i>Tangermünde</i> : VBAG 15, S. 153-156
9	Mi, 21.2.1883, Nr. 87, MA (PDF: 41)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	<b>BAG</b> (Februarsitzung): V präsentiert sein Werk „ <b>Das Gräberfeld von Koban</b> “, bei dem erstmals der Lichtdruck für die Abbildungen angewendet wurde.	vgl. Andree (2008), Bd. 54
10	Sa, 24.2.1883, Nr. 94, AA (PDF: 51)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurze Nachricht, dass der Abg. <b>Berger</b> eine Reise nach Italien antritt, in deren Verlauf er auf <b>Sizilien</b> mit V zusammentreffen wird.	
11	Mo, 26.2.1883, Nr. 96, AA (PDF: 54)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die Universitäten. V wolle seine grundsätzliche Haltung zu <b>Darwin</b> und dessen Lehre nicht erneut darstellen. Er habe seine Meinung dazu beibehalten. Das HdA sei auch nicht der richtige Ort, um schwierige wissenschaftliche Themen vor Laien zu dis-	vgl. Andree, Band 36, S. 161-178

			<p>kutieren. Die Worte aus der Rede <b>Dubois-Reymonds</b> seien von <b>Stöcker</b> mutwillig verdreht worden. Auch zum <b>Materialismus</b> habe Stöcker die Dinge verwechselt. Dabei gehe es vielmehr darum, die gegenseitigen Gebietsgrenzen bei dem Thema zu wahren. Es gebe ein Gebiet der Wissenschaft und eines der Kirche und jeder müsse in seinem Gebiet bleiben. Hier gelte es auch die Entstehung des Menschen richtig einzuordnen, nämlich in den Bereich der Wissenschaft. Stöcker solle sich also auf die sicheren, ihm gegebenen Grundlagen zurückziehen und dabei das antiquierte Denken ablegen. Der <b>Darwinismus</b> werde von der Wissenschaft weiter eingehend untersucht und es werde sicher auch an Gegnern nicht fehlen. Dann habe sich V noch gegen <b>Reichensperger</b> gewandt, der ein <b>Cliquenwesen</b> an der Universität gefunden habe wolle. Dazu bedürfe es nicht nur allgemeiner Anschuldigungen, sondern spezieller Beispiele.</p>	
12	Di, 27.2.1883, Nr. 97, MA (PDF: 57-58)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben f.	<p><b>HdA</b> (35. Sitzung vom 26. Feb.): V beginnt in seiner Rede damit, seine grundsätzliche Haltung zu <b>Darwin</b> und dessen Lehre darzustellen. Er habe seine Meinung dazu beibehalten. Bei den vorhergehenden Worten <b>Stöckers</b> gewinne er aber in dem Zusammenhang den Eindruck, dass man in einem <b>Ketzergericht</b> sitze. Es sei unsinnig, im Rahmen des HdA solche wissenschaftlichen Fragen zu erörtern, da die meisten Anwesenden Laien seien. Wenn man diese aber genauso akzeptiere,</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 161-178</p> <p><i>Herder, Johann Gottfried: *1744, †1803</i></p>

		<p>dann müsse man auch hinnehmen, dass religiöse Dinge genauso von Laien beurteilt würden, was die Diskussion in vielen Fällen deutlich vereinfache. Dann geht V auf die Rede des Direktors der Universität, <b>Dubois-Reymond</b>, ein. Dessen Worte habe Stöcker mutwillig verdreht. Es sei nie die Rede davon gewesen, die Angelegenheit mit der Religion oder der Frage der Existenz und Wirksamkeit Gottes in Verbindung zu bringen. Es gehe vielmehr um die grundsätzliche Frage, wie der Mensch entstanden sei und dabei sei die <b>biblische Lehre</b> vom wissenschaftlichen Standpunkt eine <b>mechanische Lehre</b>. Dabei habe auch die Kirche den freien Willen als Grundlage der Sittlichkeit anerkannt und damit auch, dass etwas geschehen könne ohne göttliche Einwirkung. Man komme für die Erklärung der Dinge auf eine zunehmende Einheitlichkeit der Kräfte zurück, in denen das Eingreifen Gottes nicht mehr zu bemerken sei. Der von Stöcker im Zusammenhang gebrauchte Begriff des <b>Materialismus</b> sei falsch, denn es gehe lediglich darum, aus der Materie als solcher das Geschehene zu erklären. Wolle man dies nun auf alles anwenden, was man täglich täte, so sei alles Materialismus. Die Begrifflichkeit könne nur verwendet werden, wenn man aus der Materie heraus alles erkläre und das würde man nirgendwo in der <b>modernen Naturwissenschaft</b> finden. Die moderne Theologie habe das Problem, eben diese modernen Ansichten mit dem</p>	
--	--	---	--



		<p>Glauben zu vereinbaren. Bei dem steten Wandel des Forschungsstandes sei das ein immerwährendes Problem, was aber mit etwas Nachgiebigkeit in den Ansichten deutlich erleichtert würde. Man müsse sich dazu die Frage stellen, was die mosaische Lehre der Schöpfungstage mit dem Christentum im engeren Sinn gemein habe. Es handle sich dabei auch nicht um eine ausschließlich jüdische Erfindung, sondern das sei schon in den alten assyrischen Bibliotheken zu finden. Es ändere sich doch überhaupt nichts an den ethischen Grundlagen, wenn man davon ausgehe, dass der Mensch auf andere Weise geschaffen worden sei. Wolle Stöcker an diesem Teil der heiligen Schrift festhalten, dann habe er auf Dauer nicht nur die Naturwissenschaft, sondern auch die Philologie gegen sich. Es gelte, sich grundsätzlich die <b>Lehrfreiheit</b> zu bewahren und Schulkindern nur wirklich fundiertes Wissen zum Lernen zu geben und dabei von Interpretationen biblischer Texte abzusehen. Zur Lehrfreiheit gehöre aber auch, entgegengesetzte Meinungen zu tolerieren. Dubois Rede sei auch keine Ansprache an Studenten gewesen, sondern ein Nachruf für ein verstorbene Mitglied der Akademie. Ausdrücklich sei vom Redner auch hinzugefügt worden, dass Äußerungen zum Forschungsstand im Bereich des <b>Darwinismus</b> deutlich subjektiv gefärbt seien. Man könne also sagen, dass Stöcker die Sache weit mehr aufgebauscht habe, als ihr eigentlich angemessen sei. Die-</p>	
--	--	--	--

		<p>ser sei damit deutlich über das Ziel hinausgeschossen. Dabei habe gar keine Notwendigkeit dazu bestanden, da die Wissenschaft sich sicher weiter eingehend mit der Darwinismus-Theorie beschäftigen werde. Dann kommt V darauf zu sprechen, dass es nicht Darwin gewesen sei, der den Menschen als eine Art von Tier sehe. Hier bemüht V den Philosophen und Theologen <i>Herder</i>, der dies schon früher anerkannt habe und damit auch viel unbefangener umgegangen sei. Gerade im Rahmen der Schädeluntersuchungen käme man dahin, dass es nur graduelle Unterschiede zwischen Mensch und Tier gebe. Fakt sei aber, dass man den Urmenschen, der als Verbindung gelten könne, noch nicht gefunden habe. Dies habe V selbst im vorigen Jahr auf der Naturforscherversammlung in München ausdrücklich hervorgehoben. Auch wolle man die religiösen Auffassungen nicht ins Lächerliche ziehe. Vielmehr habe man die gegenseitigen Gebietsgrenzen bei dem Thema zu wahren. Es gäbe ein Gebiet der Wissenschaft und eines der Kirche und jeder müsse in seinem Gebiet bleiben. Hier gelte es auch die Entstehung des Menschen richtig einzuordnen, nämlich in den Bereich der Wissenschaft. Stöcker solle sich also auf die sicheren, ihm gegebenen Grundlagen reduzieren und dabei das antiquierte Denken ablegen. Mit einem Seitenhieb auf Stöckers antisemitische Parolen erinnert V ihn daran, dass noch viele der alten Anschauungen und Grundlagen aus dem alten</p>	
--	--	--	--

		<p>Judentum stammen würden. Eine Kritik an der „thörichten Wissenschaft“ lässt V nicht zu. Eine solch herablassende Art sei der heutigen Wissenschaft nicht würdig und vom deutschen Volk auch wohl kaum zu akzeptieren. Dann geht V auf Aussagen von <b>Reichensperger</b> ein. Dieser habe mit seinen allgemeinen Aussagen zum <b>Cliquenwesen</b> an den Universitäten versäumt, bestimmte Beispiele zu nennen. Das Cliquenwesen an sich werde es immer geben, aber das sei kein Grund für eine grundsätzliche Verurteilung. V gebe zu, dass sicher nicht immer jede Professorenstelle ideal besetzt werde, und im Rahmen des <b>Kulturkampfes</b> gebe es sicher Differenzen. Dennoch müsse man dies nicht großartig herauskehren. Er hoffe, dass diese Diskussion auch zur Klärung beitragen wird. Auf eine später geäußerte Kritik von <b>v. Minnigerode</b> antwortet V, dass er sich entschuldige, weil er den Redner falsch verstanden habe und somit seine Äußerungen ungerechtfertigt gewesen seien. Dann spricht V erneut zum Thema Universitäten und speziell zu den Vorwürfen <b>Windthorsts</b>. Dieser habe die Vorwürfe über ein Cliquenwesen noch weiter verdichtet und V als Mitglied der Fakultät direkt angegriffen. Sich auf anonyme Zuschriften zu berufen, sei wenig hilfreich, davon könne jeder zu genüge berichten. Aus der Tatsache, dass V sich immer für das Privatdozententum engagiert habe, nun Kapital zu schlagen, sei nicht akzeptabel. Es sei auch</p>	
--	--	---	--

			<p>nicht in seinem Sinne, dass ein Privatdozent nach einer Anzahl von Jahren automatisch eine außerordentliche Professur bekäme. Dies sei vielmehr abhängig vom Bedarf und damit von den Studentenzahlen. Hinzu käme, dass von den zurzeit existierenden Stellen dieser Art die Hälfte ohne Gehalt wären. <b>V. Göbler</b> habe dann Kritik am studentischen Fröhschoppen geäußert, gleichzeitig aber die Abende freigegeben. Dies sei genauso wenig sinnvoll. V hingegen halte eine grundsätzliche Reduktion des Biergenusses für zielführender, da Übermaß in diesem Bereich den Keim der Zerstörung in sich tragen würde, der in späteren Jahren zum Ausbruch käme. Wenn seine Worte in der Richtung dem <b>Kneipenwesen</b> ein Ende setzen würden, würde ihn das sehr freuen.</p>	
13	<p>Sa, 3.3.1883, Nr. 105, MA (PDF: 6)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [2.3.1883] Abendsitzung des <b>HdA</b>: Thema ist die Erweiterung der <b>königlichen Bibliothek</b>. Hierzu soll eine Summe bewilligt werden, die den Ankauf des <b>Niederländische Palais</b> zu Bibliothekszwecken ermöglicht. V empfahl zwar die Bewilligung, aber sprach erneut die Missstände an. Die geplante Erweiterung könne nur provisorischen Charakter haben, ein Neubau sei unabdingbar.</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 178-187</p>
14	<p>Sa, 3.3.1883, Nr. 105, MA (PDF: 9)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p><b>HdA</b> (Abendsitzung): Thema ist die Erweiterung der <b>königlichen Bibliothek</b>. Hierzu soll eine Summe bewilligt werden, die den Ankauf des <b>Niederländische Palais</b> zu Bibliothekszwecken ermöglicht. V empfahl zwar</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 178-187</p>

			die Bewilligung, aber sprach erneut die Missstände an. Die geplante Erweiterung könne nur provisorischen Charakter haben, ein Neubau sei unabdingbar, allerdings in frühestens zehn Jahren.	
15	Fr, 9.3.1883, Nr. 115, MA (PDF: 6)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der gestrigen [8.3.1883] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Hochschule für Musik</b> . Dazu wird von Seiten des Zentrums die Streichung einer Förderungssumme beantragt. V wies darauf hin, dass es sich bei der Musikhochschule bereits um ein staatliches Projekt handle, an der Berlin als Kommune gar nicht beteiligt sei. Die Ablehnung der Summe sei eher einer grundlegenden Ablehnung Berlins als Repräsentanz des geeinten Deutschlands geschuldet. Später wird die Summe doch, gegen den Antrag des Zentrums, bewilligt.	vgl. Andree, Band 36, S. 187-192
16	Fr, 9.3.1883, Nr. 115, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 8. März): Thema ist die <b>Hochschule für Musik</b> . Dazu wird von Seiten des Zentrums die Streichung einer Förderungssumme beantragt. V wies darauf hin, dass es sich bei der Musikhochschule bereits um ein staatliches Projekt handle, an der Berlin als Kommune gar nicht beteiligt sei. Durch den Bau des Reichstages stünden die alten Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung und es müssten dringend neue gefunden werden. Die Ablehnung der Summe sei eher einer grundlegenden Ablehnung Berlins als Repräsentanz des geeinten Deutschlands geschuldet. Auch V sei kein Freund der Zentralisation, aber gewisse geistige Strömungen	vgl. Andree, Band 36, S. 187-192

			würden nur hier ihren Ausdruck finden. Im Übrigen sei Berlin auch keine Stadt der Berliner, sondern bestehe zur Hälfte aus Zugezogenen. Später wird die Summe doch, gegen den Antrag des Zentrums, bewilligt.	
17	So, 11.3.1883, Nr. 119, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 408 )	
18	Do, 15.3.1883, Nr. 126, AA (PDF: 21)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V sich ab heute zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf längere Zeit nach Süden begeben. [ <b>Gene- sungsreise</b> ].	
19	Mi, 21.3.1883, Nr. 135 (PDF: 31- 32)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>BAG</b> (Märzsitzung): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen, u.a. berichtet er auch vom Tod <b>Eduard v. Sackens</b> . Nach einem Vortrag über Nephrite von <b>Dr. Arz- runi</b> äußert V, dass für ihn die Nephritfrage eine wesentlich ethnologische und nicht geologische sei.	Nachruf für Freiherr Eduard v. Sacken VBAG 15, S. 195
20	Do, 22.3.1883, Nr. 137, MA (PDF: 35)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Bericht über die Sitzung der <b>Deutschen Ge- sellschaft für öffentliche Gesundheitspfle- ge</b> : Es wird über die <b>Kanalisation</b> Berlins referiert. Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten, die die Sachverständigen vorgeschlagen hätten, habe man sich auch Vs Ansichten in der Sache angeschlossen.	
21	Mi, 4.4.1883, Nr. 156, AA (PDF: 7)	S. 2, 1. Spalte oben	Lokales: Kurze Erwähnung, dass V und <b>Hänel</b> am Montag, aus <b>Rom</b> kommend, wieder in Berlin eingetroffen seien, um ihren parlamentarischen Pflichten wieder nachzukommen.	

22	Do, 5.4.1883, Nr. 157, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Bericht über den 12. <b>Kongress der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie</b> : V gehört zum <b>Preisrichterkollegium</b> , das beurteilen habe, welche der eingegangenen Arbeiten zum Thema Diphtherie ausgezeichnet werden soll.	
23	Mi, 11.4.1883, Nr. 168, AA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V noch in Italien weilt und bei seinem Aufenthalt in <b>Messina</b> von der dortigen Bevölkerung mit ganz außerordentlichen Ehrenbezeugungen empfangen worden sei.	
24	Di, 17.4.1883, Nr. 178, AA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V auf seiner Italienreise auch in <b>Palermo</b> von der dortigen Universität hoch gefeiert worden sei. Man schenkte ihm ein prächtiges Album und Studentenovationen wurden ihm zuteil.	
25	Di, 24.4.1883, Nr. 187, MA (PDF: 26)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (Aprilsitzung): Kurze Nachricht, dass V sich in <b>Eturien</b> befinde und dort reiche wissenschaftliche Ausbeute mache.	
26	Di. 1.5.1883, Nr. 200, AA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: V besuchte auf seiner Italienreise am 24. April die Universität von <b>Perugia</b> und besichtigte dort die Sammlungen. Bei der Verabschiedung wurde ihm ein Lorbeerkranz überreicht. Dann besuchte V <b>Florenz</b> , wo er von Professoren und Studenten empfangen wurde.	
27	Fr, 11.5.1883, Nr. 215, MA (PDF: 20)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 10. Mai): Thema ist die <b>Auflösung der SVV</b> . Es ist von mehreren Vertretern, u.a. von V, eine <b>Resolution</b> dazu beantragt worden. Hierzu habe der Magistrat der Aufsichtsbehörde nachgewiesen, dass die Auf-	nichts bei Andree

		<p>lösung der Versammlung, verbunden mit einer Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke, in der Städteordnung nicht begründet sei. Es gelte, diese schwerwiegende Entscheidung abzuwenden. Nur durch gesetzliche Regelungen seien die Schwierigkeiten zu beseitigen, die aus der ungleichen Zunahme der Bevölkerung in den einzelnen Wahlbezirken für das kommunale Wahlrecht erwachsen. Man nehme von weiteren Schritten Abstand und werde bis zum letzten Tag das übertragene Mandat wahrnehmen.</p> <p>Zur Begründung der Resolution spricht als erstes V. Zunächst wolle er erklären, warum man sich zu einer Äußerung entschlossen habe; er selbst sei zunächst auch dagegen gewesen. Zunächst sei der Grund für die geplante Auflösung nicht bekannt gewesen und weiterhin habe der Magistrat geäußert, dass noch weitere Mitteilungen folgen würden. Letztendlich widerstrebe es ihm aber einer Meinungsäußerung aus dem Wege zu gehen.</p> <p>Schließlich müsse auch die Bürgerschaft wissen, wie die Versammlung zu der Sache stehe. Nun habe sich mittlerweile die Meinung des Ministers in der Angelegenheit aber gewandelt. Zunächst sei dieser der Auffassung gewesen, erst nach der wirklichen Auflösung die Neuwahl durchzuführen. Nachdem aber klar wurde, dass Neuwahlen nicht so schnell zu bewerkstelligen seien, sollte die Neuwahl vor der Auflösung stattfinden. Die widersprüchliche Anwendung des Gesetzes habe nun</p>	
--	--	--	--



		<p>merkwürdige Konsequenzen. Der Magistrat wolle die Neuwahlen nun so gestalten, als ob es sich um Ersatzwahlen handle. Daraus würde aber folgen, dass die neuen Stadtverordneten jedes Mal in den denselben Abteilungen und Wahlbezirken, wo die alten gewählt waren, gewählt würden. Das eigentliche Ziel sei aber doch die Neustrukturierung der Wahlbezirke gewesen. Die Auflösung sei zwar vom Herrscher in der mildesten Form formuliert worden, aber aus der Vorgeschichte könne man ersehen, dass von politischer Seite her daraus Kapital geschlagen werden solle, um Veränderungen der Verhältnisse zu erreichen. Auffällig sei, dass dazu auch gleich ein Manifest des <b>deutschen Bürgervereins</b> vorliege. Diese ganze Angelegenheit habe eindeutig reaktionären Charakter, da im Sinne der Städteordnung eine immer nur stückweise Erneuerung der SVV vorgesehen sei. Natürlich seien Gründe für eine Auflösung denkbar, schließlich sei der benutzte Paragraph ein Strafparagraph in der Hand der Regierung gegen eine widerspenstige Versammlung. Wenn es aber keine Vorfälle gegeben habe, so könne man eher von einer persönlichen Kränkung sprechen. Die Resolution halte sich unter den genannten Aspekten sehr zurück, auch eine Mandatsniederlegung sei keine Lösung. Man hoffe auf die Unterstützung der Bürgerschaft und denke, dass die Selbstverwaltung auch diese Periode überwinden werde. Das Ziel sei, dass auch weiterhin Männer in diesen Saal</p>	
--	--	---	--

			kämen, die nicht bloß sparsam seien, sondern auch zu rechter Zeit Geld auszugeben wissen zum Wohle, zur Gesundheit und Bildung der Bevölkerung.	
28	Di, 22.5.1883, Nr. 232, AA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Bericht, dass das Programm für die <b>Denkmalenthüllungsfeier</b> der Brüder <b>Humboldt</b> feststehe. V wird dazu eine Rede halten.	s. 28.5.1883
29	Mi, 23.5.1883, Nr. 233, MA (PDF: 41)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V. und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 411)	
30	Do, 24.5.1883, Nr. 235, MA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 19. Mai): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und spricht später <i>über den Stand der prähistorischen Forschung in Italien</i> . Er habe ganz Italien bereist und festgestellt, dass das Interesse an der Prähistorik deutlich steige, aber wohl zum Leidwesen der klassischen Archäologen. Unter den verschiedenen Forschungsrichtungen gebe es erhebliche Kämpfe. Die Anthropologie habe neuerdings durch Funde bei Eisenbahnbauten im Rom Auftrieb bekommen. Die glücklichen Funde seien nur dem Umstand geschuldet, dass ein Privatmann die Angelegenheit in die Hand genommen habe, da die Bauleute sie nicht beachtet hätten. Das Bekanntwerden dieser Umstände habe den Eifer dann im ganzen Land entfacht und weitere Funde an verschiedenen Stellen ermöglicht.	Über den Stand <i>der prähistorischen Forschung in Italien</i> : VBAG 15, S. 276-284 s. a. 21.6.1883
31	So, 27.5.1883,	1. Beilage, S. 1,	Lokales: <b>Denkmalenthüllung</b> der Brüder <b>Humboldt</b> . In der Lebensgeschichte der bei-	s. a. 16.2.1882

	Nr. 241, MA (PDF: 51)	3. Spalte mittig	den Brüdern wird der Mediziner Heim genannt, der zu beiden Kontakt gehabt habe und der in der Gesellschaft „ <b>Heimia</b> “ geehrt würde. V habe diesen Verein im letzten Jahr im Reichstag verteidigen müssen.	
32	Mo, 28.5.1883, Nr. 242, AA (PDF: 53)	S. 2, 1. Spalte unten	<b>Denkmalenthüllung</b> der Brüder <b>Humboldt</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V eine Rede gehalten habe und auf den Ausdruck im Beiblatt verwiesen.	
33	Mo, 28.5.1883, Nr. 242, AA (PDF: 54)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Separater Ausdruck von Vs Rede zur <b>Denkmalenthüllung</b> der Brüder <b>Humboldt</b> : Als man den Aufruf zu Errichtung eines Nationaldenkmals für Alexander von Humboldt in seiner Vaterstadt Berlin erließ, habe man nicht mit einer solchen Resonanz gerechnet. Es seien von überall her Spenden dafür geflossen, auch aus dem Ausland. Das habe sogar zu einem Überschuss geführt, der der „Humboldtstiftung“ für Naturforschung und Reisen überwiesen werde. V richtet seinen Dank an die Berliner Universität, die königliche Staatsregierung und an den Kaiser. Dieses Denkmal sei ein Hinweis auf die große Zeit der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes und man könne mit Stolz auf die Männer schauen, die aus dem Volk heraus die edelsten Kräfte der Nation wachriefen. Besonders die akademische Jugend möge aus der Geschichte solcher Männer lernen, welchen Lohn treue Arbeit erzielen könne. Humboldt, früher kränklich und in eine Zeit geboren, die wenig Raum für Forschergeist hatte, habe sich in stetigem Ringen daraus befreit	

			<p>und fast auf allen Gebieten der Naturwissenschaft jene strenge, objektive Methode des Denkens zur Geltung gebracht, die seitdem der Stolz des modernen Gelehrten und das Gemeingut der wahrhaft Gebildeten geworden sei. Er habe das Gesamtwissen seiner Zeit vereinigt und als Nationalökonom, Bergmann, Astronom, Physiker, Chemiker, Geologe, Anatom und als Experimentator in pflanzlicher und tierischer Physiologie gewirkt. Auf seinen Reisen habe er natürliche und politische Verhältnisse studiert und die politische und physische Geographie, die Lehre vom Erdmagnetismus, die Pflanzengeographie und die Ethnographie zu selbstständigen Zweigen der Forschung ausgebaut. Man habe ihn als selbstsüchtig bezeichnet, aber seine Eitelkeit sei nie so groß gewesen, dass sie seine Wahrheitsliebe überdeckt habe. Seine Selbstsucht hinderte ihn nicht, jedes aufkeimende Talent zu fördern und jeden Fortschritt in der Erkenntnis freudig zu begrüßen; hohe Stellen habe er immer abgelehnt. Er galt als der Träger des größten Wissens und zugleich der vollendeten Bescheidenheit, als ein hoher Priester der Wahrheit und der Humanität, als ein treuer Freund bürgerlicher Freiheit. In diesem Sinne habe man sein Denkmal errichtet. Damit übergibt V im Auftrag des Komitees das Denkmal.</p>	
34	So, 3.6.1883, Nr. 253,	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte	Vereine u. Versammlungen: Bericht von der <b>Versammlung der Vertrauensmänner der liberalen Parteien</b> zur Vorberatung der be-	

	MA (PDF: 6-7)	unten f.	<p>vorstehenden <b>Neuwahlen der SVV</b> von gestern Abend. In einem längeren Vortrag legte V den historischen Hergang der Auflösungsmaßnahme dar. Man habe dazu immer noch keine Details, aber er warne davor, der dahinterstehenden, reaktionären Triebkraft zu viel Platz einzuräumen. Die Aussagen der <b>deutschen Bürgerpartei</b> zeigten dazu keine Vorteile auf. Die Kommunalbehörde habe dagegen in der letzten Zeit sehr viel Initiative gezeigt im Bereich des Schulwesens, sowie im Straßen- und Brückenbauwesen. Daran habe die Regierung keinen Anteil gehabt. V erklärt die Notwendigkeit der Mietssteuer als grundsätzlicher und der Einkommensteuer als Ergänzungssteuer und wies Vorwürfe gegen die Kanalisierungsmaßnahmen zurück. Letztendlich stehe aber hinter der Bewegung gegen die städtische Verwaltung konfessionelle Intoleranz. Dies sei besonders unverständlich vor dem Hintergrund, dass in Berlin der protestantische Charakter gewahrt werden müsse und es eigentlich das Ziel der Regierung sein müsse, Dauerhaftigkeit in der Verwaltung zu sichern.</p>	
35	Mo, 4.6.1883, Nr. 254, AA (PDF: 8)	S. 1, 3. Spalte mittig	<p>Kurzer Hinweis, dass sich in Berlin ein Komitee gebildet habe zur Errichtung eines <b>Denkmals für Schultze-Delitzsch</b>. Diesem gehört auch V an.</p>	s. a. 3.7.1883
36	Fr, 8.6.1883, Nr. 261, MA	2. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 7. Juni): Ein Thema ist der Bau einer <b>Markthalle mit einem Anschluss an die Stadteisenbahn</b>. Zur Beratung dieses Komplexes wird ein Ausschuss gebildet, dem</p>	nichts bei Andree

	(PDF: 16)		<p>auch V angehört. Ein weiteres Thema sind die <b>Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke</b>. V wundert sich über die plötzlich wieder aufkommende kritische Betrachtung der Wasserqualität. Es seien zwar tierische Bestandteil im Wasser zu finden, diese seien aber ohne gesundheitliche Relevanz. Es gebe leider noch keine wissenschaftlichen Untersuchungen, ob eine Filterung des Wassers eben diese Bestandteile eliminieren könne. Deshalb seien Versuche dazu sehr wichtig, auch wenn das Kuratorium dies ablehne. Er hoffe da auf ein Umbesinnen, damit nicht ein Einzelner, wie Herr <b>Gill</b> sich gegen den Wunsch der Versammlung stellen könne. In einer weiteren Wortmeldung äußert V erneut Bedauern darüber, dass Gill die Versammlung zu etwas zwingen wolle, was diese nicht wolle.</p>	
37	Di, 12.6.1883, Nr. 268, AA (PDF: 5)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema sind die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. V spricht zunächst über den Unterschied der „<b>kirchlichen Freiheit</b>“ im liberalen und im Sinne des Zentrums. Die Liberalen würden darin die Freiheit der individuellen Forschung und Überzeugung sehen, das Zentrum die Freiheit des Papstes. Der Gesetzentwurf biete dazu keine grundsätzliche Lösung, sondern nur ein Provisorium. Dazu sei es wichtig zu wissen, wie es mit dem Gesetz weiterginge. In Bezug auf den <b>kirchlichen Gerichtshof</b> und die <b>Benennungspflicht</b> im Rahmen der Übertragung eines geistlichen Amtes würde er es vorziehen, wenn dies in</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 192-204

			der Kommission beraten würde.	
38	Mi, 13.6.1883, Nr. 269, MA (PDF: 6)	S. 1, 2. Spalte oben	Leitartikel der VZ zur ersten Lesung der Änderung der <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> : beim Thema Benennungspflicht weiche die Ansicht der Regierung deutlich von der <b>Richters</b> und <b>Vs</b> ab, aber es habe von Seiten der Regierung schon Anzeichen für eine Annäherung gegeben.	vgl. Andree, Band 36, S. 192-204
39	Mi, 13.6.1883, Nr. 269, MA (PDF: 8)	S. 4, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (50. Sitzung vom 12. Juni): Thema sind die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . <b>V</b> beginnt mit einer Kritik am Abg <b>Windthorst</b> . Dieser gehöre im Zentrum nicht zu den Kämpfern der Freiheit, mit denen man bei einer Wendung der Dinge zusammenarbeiten könne. Er sei ein Diplomat, aber die Herstellung eines freien deutschen Reiches sei nicht sein Ziel. Es bestehe ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der „ <b>kirchlichen Freiheit</b> “ im liberalen und im Sinne des Zentrums. Die Liberalen würden darin die Freiheit der individuellen Forschung und Überzeugung sehen, das Zentrum die Freiheit des Papstes. Ziel sei es daher, einen Kompromiss zwischen beiden Anschauungen zu finden. Grundsätzlich sei aber zu fordern, dass die staatliche Gesetzgebung frei bleibe vom päpstlichen Einfluss. Dazu wäre es hilfreich, die Richtung der Regierung in der Frage zu kennen. <b>V</b> glaube nämlich nicht, dass man beabsichtige einen wirklich dauerhaften Frieden zu schließen, dazu hätte die Regierung weitergehende Schritte tun müssen, als diese Vorlage es vorsehe. In Bezug auf den <b>kirchlichen Ge-</b>	vgl. Andree, Band 36, S. 192-204

			<p><b>richtshof</b> teile er die Ablehnung des Zentrums. Es wäre glücklicher den Oberverwaltungsgerichtshof damit zu betrauen. V kritisiert in dem Zusammenhang die Vorverurteilungen und falschen Verdächtigungen von Angeklagten allein mit der bloßen Feststellung, sie seien Dissidenten. Es wäre eine erschreckende Vorstellung, wenn sich dies fortsetzen würde. Dann käme man noch so weit, dass man, weil man <b>Jude</b> oder Dissident sei, grundsätzlich für schlecht gehalten werde. Es sei also zwingend, Gesetze zu schaffen, welche die Gleichberechtigung der Konfessionen garantiere.</p>	
40	Fr, 15.6.1883, Nr. 27, MA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V. und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 412-414)	
41	Di, 21.6.1883, Nr. 283, MA (PDF: 24)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Junisitzung): V legte zwei <b>Schädel</b> aus dem Pfahlbau <b>La Tène</b> vor. Es seien beides Kurzköpfe, folgen somit dem keltischen Typus, den man vornehmlich in Frankreich finde. Später spricht V nochmals über die <b>prähistorische Forschung in Italien</b> . Hierbei nehme die Herkunft der italienischen Bevölkerung großen Raum ein. Hierzu gebe es viele verschiedenen Ansichten. V glaube, dass es eine Bewegung von Süden nach Norden gegeben habe. Insgesamt herrsche viel Durcheinander und die prähistorischen Fundstücke seien lange Zeit zu Gunsten der kunstvollen Stücke aus späteren Perioden vernachlässigt worden. Es lasse sich festhalten, dass man den Begriff	Die Rasse von <i>La Tène</i> : VBAG 15, S. 306-317 Über den Stand der <i>prähistorischen Forschungen in Italien</i> : VBAG 15, S. 276-284



			<p>„etruskisch“ viel zu ausgedehnt gebraucht habe. Hier würde eine Einteilung in verschiedene Zeitabschnitte eine bessere Unterteilung erlauben. Dafür könne man sehr gut, wie in Deutschland auch, die <b>Hausurnen</b> nutzen. Die darin enthaltenen Fundstücke würden ausreichend Aufschluss für eine zeitliche Einordnung bieten.</p>	
42	<p>Fr, 22.6.1883, Nr. 286, AA (PDF: 28)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b>: Thema sind erneut die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. V setzte dazu erneut die Haltung der Fortschrittspartei auseinander. Man strebe nach wie vor die gleiche Behandlung aller Kirchen an und wolle keine stückweise, sondern eine generelle Lösung dafür. Er beantragt dazu, dass ein Geistlicher, der ohne Anzeige an den Staat ins Amt gesetzt würde, von allen den Staat betreffenden Amtshandlungen auszuschließen sei. Er hoffe dabei auch auf Unterstützung vom Zentrum. Das jetzige Gesetz sei ein Stückwerk, das auch die Klagen der Katholiken nicht beseitige; die Agitationen würden daher fortbestehen. Ferner habe man immer noch keine Vorstellung über die Haltung der Regierung in der Angelegenheit. Der einzige, der darüber wohl Auskunft geben könne, sei <b>Bismarck</b> und dieser sei nicht anwesend.</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 204-220</p>
43	<p>Sa, 23.6.1883, Nr. 287, MA (PDF: 30 u.</p>	<p>S. 4, 2. Spalte mittig f.</p>	<p><b>HdA</b> (82. Sitzung vom 22. Juni): Thema sind erneut die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b>. Dazu liegt der Antrag von V vor, der vorsieht, dass ein Geistlicher, der ohne Anzeige an den Staat ins Amt gesetzt würde, von allen den Staat</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 204-220</p>

31)		<p>betreffenden Amtshandlungen auszuschließen sei. Dazu wolle er erneut die Hauptpunkte in der Haltung der Fortschrittspartei darlegen. Zwar hätte der Antrag einer solchen Generalbestimmung Konsequenzen, aber man käme somit zu einer generellen Lösung und würde Stückwerk und immer wieder Diskussionen zu dem Thema als Peinlichkeit für die Nation vermeiden. Sinn und Zweck sei weniger eine Strafbestimmung als vielmehr ein System, das die Geistlichen in ein privates Verhältnis zu den Religionsgesellschaften setze. Dies strebe man im Gegensatz zur Regierung für jede Kirche an. V erwähnt dazu den Unterschied in der <b>Frankfurter Verfassung</b>, in der alle Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten selbst regeln, im Unterschied zur preußischen Verfassung, in der ausdrücklich von der evangelischen und römisch-katholischen Kirche die Rede sei. Er hoffe dabei auch auf Unterstützung vom Zentrum. Das jetzige Gesetz sei ein Stückwerk, das auch die Klagen der Katholiken nicht beseitige; die Agitationen würden daher fortbestehen. Ferner habe man immer noch keine Vorstellung über die Haltung der Regierung in der Angelegenheit. Der einzige, der darüber wohl Auskunft geben könne, sei <b>Bismarck</b> und dieser sei nicht anwesend. Dann kommt V auf den Erlass des <b>Fürstbischofs von Breslau [Robert Herzog]</b> zu sprechen. Dazu sei vorgesehen, „dass Gelder, mit denen eigentlich die Inhaber von nunmehr vakanten Pfarrämtern bezahlt wer-</p>	
-----	--	--	--

		<p>den sollten, dem Bischof zufließen, um damit eine Kasse zu speisen, aus denen Hilfsgeistliche bezahlt würden.“ (Andree, 2001). Darüber habe es im Kommissionbericht keine Informationen gegeben. V könne nur vor diesem Erlass warnen, er widerspreche der Gesetzgebung und könne Gegenstand gerichtlicher Verfolgung werden. Die anzulegende Kasse würde eher den Charakter eine Kriegskasse bekommen, aus der Gelder für den Kampf der <b>ecclesia militans</b> gezogen würden. V befürchtet, entgegen der Beteuerungen des Zentrums, dass die Anzahl an sesshaften Pfarrern abnehmen werde. Die Folge davon werde eine <b>Missionsbewegung</b> sein. Die einzige Möglichkeit, dieser Angelegenheit Herr zu werden, sei der Weg über die preußische Gesetzgebung ohne Einmischung des Papstes. Dabei sei man nicht geleitet von einer allgemeinen Abneigung gegen die Religion. Auch der Verdacht, dass V <b>Freimaurer</b> sei und er deshalb so entscheide entbehre jeder Grundlage. Selbst die Theorie, er sei Jude, sei schon geäußert worden. Sarkastisch fügt V hinzu, dass er wohl beizeiten ein Ursprungszeugnis beibringen müsse, um nachzuweisen, dass er aus einer christlichen Familie stamme. Er sei in dieser Hinsicht niemanden Feinds, aber ein Feind von Privilegien und Monopolen. In diesem Sinne könne er sich nur der Frankfurter Verfassung anschließen. Dieser Linie sei er im ganzen <b>Kulturkampf</b> treu geblieben, aber dazu gehöre eben auch, den Rechten dieser</p>	
--	--	---	--

			Kirchen Vorschriften zu machen. In Vs Augen habe der eingebrachte Antrag den Vorzug, dass man dazu aber keine Grenze überschreiten müsse. Letztendlich wird der Antrag aber abgelehnt.	
44	So, 24.6.1883, Nr. 289, MA (PDF: 34)	S. 4, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Abdruck eines Briefes von V an <b>Prof. Ewald</b> , Herausgeber der „ <b>Berlinischen klinischen Wochenschrift</b> “. Ursprung dafür sind in den letzten Wochen auftauchende Inserate in medizinischen Zeitschriften, in denen für ein <b>Präparat gegen Obstipation</b> geworben wurde. Mehrere angesehene Mediziner, darunter auch V, sind zitiert worden. V habe geschrieben, dass er die Pillen nur an sich selbst ausprobiert und eine gute Wirkung festgestellt habe. Er habe keine Nebenwirkungen festgestellt und glaube, dass ein längerer Gebrauch unschädlich sei. Diese Zeilen haben in der medizinischen Presse für große Entrüstung gesorgt. Es habe Angriffe von allen Seiten gehagelt, auch von der ärztlichen Vereinskommision. Auch von der <b>Kommission zur Bekämpfung des Geheimmittelwesens</b> habe V Post bekommen. Auf alle diese Vorwürfe habe V nun mit dem Schreiben antworten wollen. Im vorigen Winter, während seiner Krankheit, habe er vom Apotheker <b>Richard Brandt</b> in <b>Schaffhausen</b> einen Brief und eine Schachtel der von ihm angefertigten Pillen bekommen, mit der Bitte, diese zu testen. Eine Reihe von Empfehlungen klinischer Kollegen und eine gedruckte Mitteilung der Bestandteile hätten beigelegt.	

		<p>Er habe dann längere Zeit weder geantwortet, noch von den Pillen Gebrauch gemacht. Als dann ein erneutes Schreiben und seine gesundheitliche Disposition dazu kamen, machte er persönlich einen Versuch mit den Pillen und als der gut anschlug, wiederholte er das Ganze. Er habe dann auf der Reise nach Italien von Straßburg aus an Brandt geschrieben. In diesem Brief habe er ihm mitgeteilt, dass er nur selbst die Pillen genommen habe und die Wirkung prompt und ohne Nebenwirkung gewesen sei. Brandt habe diesen Brief, ohne V zu fragen, abdrucken lassen. Nun sei aus dieser einfachen Geschichte eine große Sache gemacht worden. Anonyme und unterzeichnete, gedruckte und geschriebene Beurteilungen seines Verfahrens seien ihm zugegangen. Vom amtlichen Organ des deutschen Ärztevereins sei sein Name an den Pranger gestellt worden als der Beförderer des <b>Geheimmittel-Unwesens</b>. Er fühle sich aber in guter Gesellschaft. Er könne nur dazu feststellen, dass es sich nicht um ein Geheimmittel gehandelt habe, da die Zusammensetzung bekannt war. Im Übrigen habe es schon eine Anfrage wegen der Pillen an das Polizeipräsidium gegeben und jenes könne weder an der Zusammensetzung noch am Preis etwas kritisieren. Ferner habe er sich nie zu irgendwelchen offiziellen Empfehlungen für diese oder ähnliche Pillen hinreißen lassen. Daher wolle er den Kollegen das Urteil über diese Angelegenheit überlassen. Allerdings wolle er nicht länger einem</p>	
--	--	--	--

			Verein angehören, der sich anmaßt, eine so willkürliche und verletzende Kritik auszusprechen. Er hoffe, ein so kleinlicher und aufdringlicher Zunftgeist, wie er zu Tage getreten sei, werde nicht Teil der ärztlichen Korporation.	
45	Mo, 25.6.1883, Nr. 290, AA (PDF: 36)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind erneut die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . V ging erneut auf die <b>Trennung von Staat und Kirche</b> ein. Dann antwortete er auf <b>Stöckers</b> Rede. Dieser habe es als seinen Verdienst hingestellt, dass in Berlin kein Sozialdemokrat mehr gewählt worden sei. V erinnerte daran, dass Stöcker selbst bei der Stichwahl mit den Sozialdemokraten verhandelt habe. Als er den Protestantismus Stöckers als „ <b>verheiratetes Papsttum</b> “ bezeichnet, wird er vom Vizepräsidenten <b>v. Heereman</b> ermahnt.	vgl. Andree, Band 36, S. 220-238
46	Di, 26.6.1883, Nr. 291, MA (PDF: 40)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (84. Sitzung vom 25. Juni): Thema sind erneut die <b>kirchenpolitischen Gesetze</b> . In der letzten Sitzung habe sich der Minister noch positiv zu Vs Antrag geäußert, so V. Heute habe sich dessen Meinung geändert. Von V angestrebt war, dass ein Geistlicher, der ohne Anzeige an den Staat ins Amt gesetzt würde, von allen den Staat betreffenden Amtshandlungen auszuschließen sei. Dass die Anzeigepflicht der Mittelpunkt des ganzen Kulturkampfes sei, hätten nicht die Liberalen, sondern die Regierung erfunden. Die Liberalen hätten sich vielmehr für die Schaffung von <b>selbstständigen Kirchengemeinden</b> einge-	vgl. Andree, Band 36, S. 220-238

		<p>setzt. Die Folge des jetzt zu beratenden Gesetzes werde eine Unterdrückung des niederen Klerus und das Eintreten einer <b>Missionsbewegung</b> sein. Dann antwortete er auf <b>Stöckers</b> Rede. Dieser habe zu Unrecht in alle Richtungen ausgeteilt und den Überblick über die sich eigentlich zugetragen Ereignisse mit den jeweils Verantwortlichen verloren. Dem Vorwurf, er kenne keine Kirche, begegnet V damit, dass er angibt, dass er sie sehr wohl kenne, er aber nicht wolle, dass der Staat sie kenne. Er wolle keine Gesetzgebung, die auf dem Papst basiere und er wolle auch nichts papstähnliches für die evangelische Kirche. Er sei kein Feind der Kirche, sondern nur ein Feind ihrer amtlichen Anerkennung. Auch wolle er für die <b>Juden</b> nichts Besseres in Anspruch nehmen. Ihm habe nur an Israel immer gefallen, wie es ohne kirchliche Organisation ausgekommen sei. Damit sei in seinen Augen die Argumentation hinfällig, dass die religiöse Kontinuität ausdrücklich der kirchlichen Organisation bedürfe. Dann habe Stöcker von liberalen Theologen gesprochen, die angeblich ihre ganze Lehre auf das Dogma von Tiermenschen gegründet hätten. Hier habe Stöcker nach Vs Ansicht die ganze Materie noch nicht verstanden, denn solche Leute gebe es nicht. Eine weitere Überraschung für V sei Stöckers Einschätzung zu den Sozialdemokraten gewesen. Dieser habe es als seinen Verdienst hingestellt, dass in Berlin kein Sozialdemokrat mehr gewählt worden sei. V</p>	
--	--	--	--

			<p>erinnerte daran, dass Stöcker selbst bei der Stichwahl mit den Sozialdemokraten verhandelt habe. Nun käme dieser und wolle eine freie Kirche. Dabei sei diese freie Kirche nur der Katholizismus im verheirateten Zustand. Für diese Worte wird V vom Vizepräsidenten <b>v. Heereman</b> ermahnt. Zum Schluss kommt V noch auf Worte vom Abg. <b>Reichensperger</b> zu sprechen. Dieser habe ihm vorgeworfen, seine Ausführungen würden seinem eigenen Antrag widersprechen. Diese Einschätzung käme nur zustande, weil man unter der <b>Freiheit der Kirche</b> nicht das Gleiche verstehen würde. Nach der Verfassung handle es sich dabei um Rechte und Freiheiten des einzelnen Preußen und nicht um die Freiheit der Kirche als solche. Abschließend bemerkt V, dass man sich über Einzelheiten nicht einigen könne und den Kampf auf diesem Gebiet fortsetze.</p>	
47	Fr, 29.6.1883, Nr. 297, MA (PDF: 48)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<p>Lokales: Bericht über die öffentliche Sitzung der <b>Akademie der Wissenschaften</b> zu Ehren ihres Stifters <b>Leibniz</b>. Auch V war anwesend.</p>	
48	So, 1.7.1883, Nr. 301, MA (PDF: 1)	S. 1, 1. Spalte unten	<p>Umfangreicher Artikel über Vs und <b>Richters</b> Stellung zu den <b>kirchenpolitischen Gesetzen</b>: Es handelt sich um einen Rückblick auf die drei Lesungen im HdA zu diesem Thema, in der beide die Meinung der Fortschrittspartei zu diesem Thema vertreten haben. Beide konnten sowohl der Anzeigepflicht als auch der Beseitigung des kirchlichen Gerichtshofes</p>	



			<p>zustimmen, hielten aber alles andere für eine wesentliche Verschlechterung der Falkschen Gesetzgebung. Der dazu vorgelegte Antrag wurde nicht angenommen. Beiden gehe es um die Befreiung der Kirche vom Eingreifen des Staates nur in kirchlichen Angelegenheiten und ein für alle Religionsgesellschaften gleichermaßen geltendes Recht. Nur so könne man zu Ruhe und Frieden gelangen. In der dritten Lesung habe V den Grundsatz der <b>Trennung von Staat und Kirche</b> formuliert und geäußert, dass die Geistlichen aus der Stellung amtlicher Personen in ein privates Verhältnis wechseln sollten, um als Diener der Kirchengesellschaften zu fungieren. Für ihn sei eine besondere Bevorzugung der evangelischen und römisch-katholischen Religionsgesellschaften in der preußischen Verfassung nicht akzeptabel. Die Frankfurter Verfassung dagegen sehe keine Religionsgesellschaft als privilegiert an. Ziel sei alle <b>Religionsgesellschaften zu Privatvereinen in einem konfessionslosen Staat</b> zu machen. Man könne sich also auf der Basis der Frankfurter Verfassung sehr wohl mit den Klerikalen einigen, weil diese mit der allgemeinen Freiheit verträglich sei. Sie dagegen würden eben genau diesen Punkt nicht anstreben.</p>	
49	Di, 3.7.1883, Nr. 304, AA (PDF: )	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Anzeige des <b>Komitees zur Errichtung eines Denkmals für Schulze-Delitzsch</b> : Darin wird Schulze-Delitzsch als der <b>Vater der Genossenschaften</b> sowohl in Deutschland, wie in aller Welt gepriesen. Er habe sich besonders	

			für die mittleren und unteren Klassen immer wieder stark gemacht und unermüdlich dafür gearbeitet. Von allen Seiten bewundert habe er mit großer Tatkraft das bestehende Genossenschaftsrecht mit geschaffen, welches als Grundlage zur Nachahmung für viele andere Länder diene. Da man ein sichtbares Zeugnis des Dankes und der Bewunderung schaffen wolle, bitte man um Unterstützung für die Errichtung eines Denkmals zu seinen Ehren. V wird als zweiter Vorsitzender genannt.	
50	Do, 5.7.1883, Nr. 307, MA (PDF: 9)	S. 4, 3. Spalte mittig	Kurzer Bericht über die <b>BAG</b> -Exkursion: nach <b>Tangermünde</b> : Bei den Bronzefunden wird auf Funde verwiesen, die V vor kurzem in <b>Lichterfeld</b> gemacht habe. [ <b>Sommerexkursion</b> ]	<i>Bericht über die Exkursion nach Tangermünde:</i> VBAG 15, S. 369-376
51	Do, 19.7.1883, Nr. 331, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Aufruf an die Mitbürger zur Errichtung eines <b>Denkmals für Martin Luther</b> : Zur 400-jährigen Gedenkfeier ist die Errichtung eines Denkmals geplant. Es sei eine Ehrenpflicht diesen Mann zu ehren, der die religiöse Freiheit erstritten und die Schätze des biblischen Christentums dem Volk wiedergegeben habe. Er sei der größte Vertreter des Protestantismus, der einhergehe mit der wissenschaftlichen Freiheit, der Entwicklung des Schulwesens und der Gleichheit aller. In diesem Sinne bitte man um großzügige Spenden. V ist Mitunterzeichner. Wortgleicher Abdruck am 8.9.1883.	
52	Di, 24.7.1883, Nr. 339,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	<b>BAG</b> (Julisitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Später berichtet er über die Exkursion nach <b>Tanger-</b>	<i>Bericht über die Exkursion nach Tangermünde:</i>

	MA (PDF: 43)	mittig	<b>mü</b> nde. Zum Ende machte er einige Bemerkungen über die <i>Irrogotenschädel</i> und über Fundstücke aus den <i>Höhlen von Mentone</i> . Mittlerweile habe die Regierung aber die Höhlen schließen lassen. Die Knochenfunde seien dort von ungewöhnlicher Form.	VBAG 15, S. 369-376 <i>Über die Schädel der Irrogoten</i> : VBAG 15, S. 390-400 <i>Höhlenfunde von Mentone</i> : VBAG 15, S. 401-406
53	Sa, 4.8.1883, Nr. 359, MA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V. und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 416-418)	
54	Sa, 11.8.1883, Nr. 371, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	<b>DAG-Kongress in Trier</b> : V hält die Eröffnungsrede. Zunächst geht er auf die Standortwahl für den diesjährigen Kongress ein. Man hoffe über die immer noch strittige Frage der Kelten hier zu einer Einigung zu kommen. Die Schwierigkeiten seien groß, aber Klagen nütze nichts, da man immer wieder feststellen müsse, dass mit dem Auftauchen neuer Ergebnisse alte Annahmen weichen müssten. Genau so sei es mit der <i>ersten Benutzung von Metallen</i> , genauer gesagt mit der Abgrenzung der Steinzeit zur Metallzeit. Man verfüge in Deutschland mittlerweile über reiche Funde, aber damit löse sich das Problem nicht. Häufig habe man gemischte Funde, so dass eine klare Zuordnung nicht wirklich zu treffen sei. Zunächst sei grundlegend, wo man das Objekt gefunden habe, ob oberflächlich oder tiefer.	Die <i>erste Benutzung der Metalle</i> . <i>Eröffnungsrede zu 14. allgemeinen Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft</i> . Corr.-Bl. 14, S. 75-85

			<p>Dann gelte es zu beurteilen, ob der Gegenstand verloren oder deponiert worden ist. Eine sofortige ethnologische Einordnung würde mehr schaden als helfen. Wo die Kenntnis der Metallverarbeitung hergekommen sei, könne man nicht erschließen. Da aber alle bisher gefundenen Bronzen ein Mischungsverhältnis Kupfer zu Zinn 9:1 aufwiesen, liege es nahe davon auszugehen, dass es nur eine Wissensquelle gegeben habe. Viele Forscher würden annehmen, dass die <b>Phönizier</b> die treibende Kraft gewesen seien. Vermutliche haben sie sich eher an der Verbreitung beteiligt, das Wissen aber von anderswo erhalten, wahrscheinlich aus Zentralasien. Einen weiteren Anhaltspunkt über die Verbreitungswege lieferten die Ornamente. Hier dürfe man sich aber nicht im Detail verlieren.</p>	
55	So, 12.8.1883, Nr. 373, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p><b>DAG-Kongress in Trier:</b> V wird nur mehrfach kurz erwähnt. Zunächst im Zusammenhang mit den Untersuchungen über <b>Nephrit</b>. Dann wurde herausgestellt, dass V, neben anderen Forschern, einen Beitrag zur <b>Rassenkunde</b> geleistet habe. Im Anschluss eines Vortrages über die Arbeiten der kartographischen Abteilung bemerkt V, dass die Einzeichnung der in der <b>Mark Brandenburg</b> so häufig vorkommenden <b>megalithischen Denkmäler</b> die Charakterisierung der Karte deutlich verbessern würde.</p>	
56	Di, 14.8.1883, Nr. 375,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	<p><b>DAG-Kongress in Trier:</b> Im Zusammenhang mit dem Thema „Haare des Menschen als anthropologisches Untersuchungsmaterial“</p>	

	MA (PDF: 29)	unten	wird erwähnt, dass V eine <b>statistische Untersuchung der Schulkinder</b> veranlasst habe und die Wichtigkeit der Beobachtung der Haare herausgestellt habe.	
57	Mi, 15.8.1883, Nr. 377, MA (PDF: 2-3)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<b>DAG-Kongress in Trier:</b> Zunächst kurzer Hinweis, dass V dem neuen Vorstand angehören wird. Dann folgt ein Vortrag über die anthropologische Methodik, in dem es besonders um die <i>pithekoide</i> (affenähnliche) <b>Gesichtsform</b> ging. Hierzu bemerkte V, dass der Begriff „pithekoid“ häufig zu Missverständnissen führe. Man wolle damit nicht den menschlichen Stammbaum in Verbindung mit dem der Affen bringen. Der Begriff sei genauso berechtigt, wie man einen Affenschädel als anthropoid bezeichne. Vs Sohn <b>Hans</b> besprach danach mehrere Photographien, u.a. die eines Fußkünstlers, der seit seiner Geburt ohne Arme zurecht kommen müsse. Am Ende der Tagesordnung lobt V die abgelaufene Veranstaltung und die gute Organisation.	Diskussionsbemerkungen zu einem Vortrag über <i>pithekoide</i> Formen im Gesichtsschädel und die Wirkung der Correlation auf den Gesichtsschädel des Menschen: Corr.-Bl. 14, S. 163-166
58	Do, 16.8.1883, Nr. 379, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	<b>DAG-Kongress in Trier:</b> Separater Bericht über den Besuch des <b>Steinringes</b> bei <b>Otzhause</b> n. Hier ist nur kurz erwähnt, dass V beim Mittagmahl eine Rede gehalten habe, die eine Anspielung auf die grünen Waldmenschen enthielt.	
59	Di, 21.8.1883, Nr. 388, AA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V seit dem 16. Aug. mit seiner Familie in <b>Bad Dürkheim</b> weilt.	
60	Di, 28.8.1883,	1. Beilage, S. 2,	Aus den Bädern: aus <b>Bad Dürkheim</b> wird gemeldet, dass V nach einem mehrwöchigen	

	Nr. 399, MA (PDF: 28)	1. Spalte oben	Aufenthalt in die Schweiz abreist, um im September wieder zu kommen. Vor der Abreise wurde ihm von der <b>Kurkapelle</b> ein Ständchen gebracht und der Badedirektor habe ihn als langjährigen Freund Dürkheims geehrt. V dankte und sprach darüber, dass er seit 31 Jahren einen Teil seiner Ferien in der Gegend verbringe. Er blicke mit großem Interesse auf die Entwicklung des Kurortes und wolle die Bestrebungen der Bürgerschaft für ihre Stadt nach Kräften unterstützen. Später sei man noch in einem kleinen Kreis auf ein Glas Wein zusammengekommen.	
61	Do, 30.8.1883, Nr. 403, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V. und v. <b>Holtzendorff</b> (Heft Nr. 419, 420) Über die Nr. 420 wird weiter unten separat berichtet. Es handelt sich dabei um einen Beitrag mit dem Titel „Über ethnologische Untersuchungen des Farbensinnes“ von <b>Dr. Hugo Magnus</b> .	
62	Fr, 7.9.1883, Nr. 417, MA (PDF: 13)	Beilage zur Zeitung; S. 2	Beilage mit dem Titel „Zu den <b>Stadtverordnetenwahlen</b> “; unterzeichnet vom <b>Zentralwahlkomitee der liberalen Partei</b> für die Stadtverordnetenwahlen. Seit 1853 habe man zum ersten Mal vollständige Neuwahlen, statt wie bisher alle zwei Jahre die Ergänzungswahlen. Dieser Umstand gebe dieser Wahl eine hohe Bedeutung. Es gelte das bis dahin gewachsene Gemeindewesen zu stützen. Wenn man sich in der Stadt umblicke, könne man sehen, was die bisherige Verwaltung auf vielen Gebieten geleistet habe. Das bedeute	

			aber nicht, dass man sich auf dem bisher Erreichten ausruhen wolle. Vielmehr gelte es, nach vorne zu schauen und besonders mit Blick auf die Steuerlast einzugreifen. V ist Mitunterzeichner.	
63	Sa, 8.9.1883, Nr. 419, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Aufruf an die Mitbürger zur Errichtung eines <b>Denkmals für Martin Luther</b> : Zur 400-jährigen Gedenkfeier ist die Errichtung eines Denkmals geplant. Es sei eine Ehrenpflicht diesen Mann zu ehren, der die religiöse Freiheit erstritten und die Schätze des biblischen Christentums dem Volk wiedergegeben habe. Er sei der größte Vertreter des Protestantismus, der einhergehe mit der wissenschaftlichen Freiheit, der Entwicklung des Schulwesens und der Gleichheit aller. In diesem Sinne bitte man um großzügige Spenden. V ist Mitunterzeichner. Wortgleicher Abdruck am 19.7.1883	
64	Di, 16.10.1883, Nr. 483, MA (Kopie)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Bericht zur <b>Versammlung der Wähler der 1 Abteilung des 6. Kommunalwahlbezirks</b> . Auch V war anwesend.	
65	Mi, 17.10.1883, Nr. 486, AA (PDF: 30)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung der Vertrauensmänner der Stadtbezirke 31-60</b> von gestern. Nachdem <b>Knörcke</b> die Versammlung eröffnet hatte sprach V. Er würde eigentlich lieber zu denen sprechen, die nicht anwesend seien, da die Anwesenden ja keiner weiteren Überzeugung benötigten. Wen man bei dieser Wahl als Gegner ansehen könne sei nicht klar. Das,	

			<p>was hinlänglich einmal konservativ war, sei nun auf Veränderungen bedacht und die Wahlaussage, keine <b>Juden</b> zu wählen, könne man eher als Armutszeugnis bewerten. Ein wirklich konservativer Wähler könne sich solchen Aussagen nicht anschließen. Die Anstrengungen, die man jetzt auf sich nehmen müsse, würden sich auszahlen für die Stadt. Es gelte zu sichern, was man bis dahin erreicht habe und wieder Ruhe und Frieden im Haus zu haben, um zuversichtlich in die Zukunft blicken zu können. Es gelte noch einiges zu verbessern und auch vielleicht Mitläufer aus den gegnerischen Reihen für die gute Sache zu gewinnen. Dem fast endlosen Beifall, der diesen Worten folgte, schlossen sich Dankesworte des Vorsitzenden an, die die Versammlung durch Erheben von den Plätzen besonders bekräftigte. Dann wurde noch Vs Geburtstags gedacht.</p>	
66	Do, 18.10.1883, Nr. 488, AA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<p>Lokales: Bericht über die heute beginnende <b>Stadtverordnetenwahl</b>. Es wird darüber berichtet, dass die Gegner Löwes und Vs versucht haben, sich unberechtigt Eintritt zu einer Wahlversammlung zu verschaffen, um diese zu stören. Dies Vorhaben ist aber gescheitert. Weiter wird aus dem 7. Wahlbezirk berichtet, in dem V gegen <b>Pickenbach</b> kandidiert. Dort haben Vs Gegner versucht Anhänger zu gewinnen, in dem sie freie Kutschfahrten zum Wahllokal und wieder nach Hause angeboten haben.</p>	
67	Fr,	1. Beilage,	Abdruck der Ergebnisse der <b>Stadtverordne-</b>	



	19.10.1883, Nr. 489, MA (PDF: 35)	S. 2, 1. Spalte mittig	<b>tenwahlen</b> der 3. Abteilung: V hat im 7. Wahlbezirk die Wahl mit 824 Stimmen gegen <b>Pickenbach</b> (675 Stimmen) gewonnen.	
68	Fr, 19.10.1883, Nr. 490, AA (PDF: 37)	S. 2, 1. Spalte oben	Lokales: Bericht über die Ergebnisse der <b>Stadtverordnetenwahlen</b> . Es ist lediglich kurz erwähnt, dass unter den wiedergewählten Liberalen auch V ist.	
69	Sa, 20.10.1883, Nr. 491, MA (Kopie)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung der Wähler der 1. Abt. des 6. Kommunalwahlbezirks</b> (Stadtbezirke 45 u. 46). V hat kurz zur Unterstützung des empfohlenen Kandidaten <b>Grunert</b> gesprochen.	
70	Sa, 20.10.1883, Nr. 491, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Bericht über den zweiten Wahltag der <b>Stadtverordnetenwahlen</b> . Es wird über ein Flugblatt der <b>deutschen Bürgerpartei</b> berichtet, welches dem Inhalt nach wohl vor Bekanntgabe der Wahlergebnisse gedruckt wurde, da dort noch von Siegen dieser Partei ausgegangen werde. In dem Schriftstück werden <b>Löwe</b> , V und <b>Straßmann</b> beschuldigt, die bisherige Stadtverwaltung beschimpft zu haben.	
71	So, 21.10.1883, Nr. 493, MA (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Abdruck der endgültigen Ergebnisse der <b>Stadtverordnetenwahlen</b> : V ist als Gewinner in der 3. Abteilung des 7. Wahlbezirkes aufgeführt.	
72	So, 21.10.1883, Nr. 493, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über das 25-jährige Doktorjubiläum von <b>Dr. Dubois-Reymond</b> . Es ist kurz erwähnt, dass V daran erinnert habe, wie der Jubilar und er den Vorträgen des berühmten Physiologen <b>Johannes Müller</b> gelauscht	

			hätten.	
73	Mo, 22.10.1883, Nr. 494, AA (PDF: 44)	S. 1, 3. Spalte unten	Lokales: Bericht über die Feier zum 25-jährigen Doktorjubiläum von <b>Dr. Dubois-Reymond</b> . V ist mit unter den 200 Gästen.	
74	Di, 23.10.1883, Nr. 495, MA (PDF: 46)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Oktobersitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen, u.a. spricht er über den Tod von <b>Lisch</b> und <b>Heer</b> . Der eigentlich für den Abend geplante Vortrag Vs wird auf die nächste Sitzung verschoben. Später spricht er kurz über Fundstücke aus <b>Tangermünde</b> und vergleicht deren Ornamentik mit anderen Funden.	<i>Nachruf für Georg Christian Friedrich Lisch:</i> VBAG 15, S. 409 <i>Nachruf für Oswald Heer:</i> VBAG 15, S. 409
75	Do, 8.11.1883, Nr. 523, MA (PDF: 14)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die vorletzte Sitzung der <b>medizinischen Gesellschaft</b> . Es stand die Neuwahl des Vorsitzenden an. V ist mit großer Mehrheit erneut gewählt worden.	
76	Do, 22.11.1883, Nr. 547, MA (PDF: 24)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Nov.): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und berichtet dann von der <b>DAG-Versammlung in Trier</b> .	
77	Mo, 26.11.1883, Nr. 554, AA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass bei V ein Brief von <b>Schliemann</b> aus <b>Athen</b> eingetroffen sei. Darin sei nichts von einer Erkrankung zu lesen, wie jüngst in anderen Zeitungen berichtet worden sei.	
78	Do, 29.11.1883, Nr. 559,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Parlamentarische Nachrichten: Auflistung der Kommissionen des HdA. V gehört lediglich der <b>Rechnungskommission</b> an, nicht mehr	

	MA (PDF: 40)	oben	der <b>Budgetkommission.</b>	
79	Fr, 30.11.1883, Nr. 561, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 29. Nov.): Thema sind Versuche zur <b>Gewinnung von reinem Brunnenwasser für die öffentliche Wasserleitung</b> . V gebe zu diesen Versuchen nur mit gewissem Zögern seine Zustimmung, da durch die Versuche seiner Meinung nach die hohen Erwartungen nicht befriedigt werden können. Wichtiger sei in seinen Augen zu untersuchen, ob Seen in der Umgebung eine genügend hohe Wasserqualität liefern könnten, um den steigenden Wasserverbrauch decken zu können.	nichts bei Andree
80	Di, 4.12.1883, Nr. 567, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Hinweis auf die heute Abend stattfindende <b>Versammlung des Wahlvereins im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> . Es sind Ansprachen von <b>Hänel</b> und V geplant.	s. a. 5.12.1883
81	Mi, 5.12.1883, Nr. 570, AA (PDF: 10)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Einführung der <b>geheimen Abstimmung</b> bei Landtags- und Kommunalwahlen. V stellt fest, dass <b>v. Puttkamer</b> das geheime Wahlrecht beseitigen wolle. Wenn das eine Antwort des Ministers auf das Vorgehen der <b>Fortschrittspartei</b> sei, so solle sich dieser besser an die offizielle Presse wenden, die mit Einverständnis der Regierung die Partei auf das Übelste verleumdet habe. Nun stünde sogar der Vorwurf im Raum republikanisch zu sein. Einen solch schweren Angriff habe kein fortschrittliches Blatt an die Gegner geäußert. Das wäre ungefähr so, wie	vgl. Andree, Band 3, S. 238-251

			<p>wenn man den Ministern vorwerfe, sie würden sich gegen den König wenden. Auch habe es keine Wahlmanipulation durch fortschrittliche Politiker gegeben. Hingegen seien aber Staatsbeamten genötigt worden, bei der Wahl für die <b>Bürgerpartei</b> zu stimmen. Was die Vorwürfe bezüglich der offiziellen Presse angeht, stimmt v. Puttkamer zu. Dass V sich aber über die Vorwürfe beklage, die man der Fortschrittspartei mache, kommentiert der Minister so, dass er die Partei von V für verhängnisvoll halte. Deren Bestrebungen würden zur allmählichen Auflösung der Monarchie führen.</p>	
82	<p>Mi, 5.12.1883, Nr. 570, AA (PDF: 11)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben</p>	<p>Vereine und Versammlungen: <b>Bericht über die Versammlung des Wahlvereins im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend. Den Vorsitz hatte <b>Knörcke</b>. Es waren Ansprachen von V und <b>Hänel</b> geplant. Letzterer war aber durch eine Fraktionssitzung verhindert. Bei den aufeinanderfolgenden Wahlen sei es wichtig, sich unter den Liberalen einig zu sein, wer der Gegner sei. Die <b>Bürgerpartei</b> habe, aufgrund des Druckes auf die kleinen Beamten, erhebliche Erfolge erreicht. Dies würde sich bei weiteren Wahlen sicher verstärken. Dabei hätten gerade diese kleinen Beamten Grund die Fortschrittspartei zu unterstützen, die für eine bessere Bezahlung eingetreten sei. Man könne noch nicht einmal beurteilen, ob sie ein brauchbares Programm hätte. Ähnlich sei es mit den Angriffen der <b>Sozialdemokraten</b> auf die Fortschrittspartei.</p>	

			<p>Man habe nie etwas gegen die Interessen der Arbeiter getan, man würde sie weit mehr unterstützen, als es die Bürgerpartei je tun würde. Auch wolle man mit ihnen verhandeln, so lange sie sich im Rahmen des Gesetze und der Verfassung bewegen würden. Eine Übereinstimmung von Bürgerpartei und Sozialdemokraten käme nur im negativen Sinne zustande, nämlich dort wo sich beide hasserfüllt gegen das „Kapital“ wenden würden. Diese Bewegung werde sich in letzter Konsequenz überhaupt gegen jeden Besitz richten. Allen diesen drohenden Richtungen müsse die Fortschrittspartei kampferüstet entgegentreten. Sie müsse die Trägheit, die bei den letzten Wahlen zu Tage getreten sei, überwinden, Zuversicht sei fehl am Platz. Ein glücklicher Umstand sei aber die Verstärkung durch die <b>Sezessionisten</b>. Allerdings reiche das bei weitem nicht aus, man bräuchte noch mehr Unterstützung von Männern, die ihr Interesse auf das Vaterland richten würden. V hoffe aber darauf, dass das neue Jahr ein politisch erfolgreiches für die Fortschrittspartei werden möge.</p>	
83	Do, 6.12.1883, Nr. 571, MA (PDF: 12)	S. 1, 2. Spalte mittig	Leitartikel über die <b>geheime Abstimmung</b> im Landtag: V wird nur kurz als Verteidiger des Antrags für eine <b>geheime Abstimmung</b> im Landtag erwähnt.	
84	Do, 6.12.1883, Nr. 571,	S. 3, 3. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (9. Sitzung vom 5. Dez.): Thema ist die Einführung der <b>geheimen Abstimmung</b> bei Landtags- und Kommunalwahlen. V sieht	vgl. Andree, Band 3, S. 238-251

	<p>MA (PDF: 13-14)</p>	<p>sich überrascht von dem Ausmaß, den die Diskussion angenommen habe. Mittlerweile stehe auch die geheime Abstimmung im Reichstag zur Debatte. Dies könne man kaum als patriotisches Zeichen werten. Nun kündige die <b>freikonservative Partei</b> auch noch an, dass wenn sie an die Macht käme, der Landtag aus den Provinziallandtagen durch „Destillation“ hervorgehe. Es sei dringend an der Zeit ein richtiges Wahlgesetz zu erlassen. Bis jetzt lebe man mit einem vorläufig erlassenen Provisorium, das als geltendes Recht anerkannt werde aber kein Verfassungsgesetz sei. Die konstruierten Vorwürfe, die <b>Fortschrittspartei</b> wolle, weil sie das Prinzip der Öffentlichkeit unterstütze, auch öffentliche Wahlen, sei mit einem Blick von der Hand zu weisen. Stattdessen sei festzustellen, dass es noch nie so viel Druck bei einer Wahl gegeben habe, wie v. <b>Puttkamer</b> ihn jetzt auf die Beamten habe wirken lassen. Als es zunächst noch um eine Entscheidung zwischen Fortschritt und <b>Bürgerpartei</b> ging, habe man sich zwangsweise für die Unterstützung der ersteren stark gemacht. Als es aber um eine Entscheidung zwischen Fortschritt und <b>Sozialdemokraten</b> ging, wollte man die Fortschrittler demütigen und die Beamten sollten die Sozialdemokraten wählen. Diese Erscheinung fuße auf einer Interpretation einer königlichen Order, aus der man herausgelesen haben wollte, dass es im Sinne des Königs sei, die Fortschrittler mit allen Mittel zu bekämpfen, wenn</p>	
--	----------------------------	---	--

		<p>nötig auch mit Hilfe der Sozialdemokraten. All diese Verleumdungen kämen aus der Regierungspreſſe, die immer neue Anklagen verbreite. In einer diplomatiſchen Note an den Papſt wurde ſogar behauptet, die Fortſchrittler ſeien Republikaner. Dies ſei allerdings ohne Wirkung geblieben. Einen ſolch ſchweren Angriff habe kein fortſchrittliches Blatt an die Gegner geäußert. Das wäre ungefähr ſo, wie wenn man den Miniſtern vorwerfe, ſie würden ſich gegen den König wenden. Man könne doch keinen Zweifel am Patriotismus des anderen hegen, alle hätten doch auf die gleiche Verfaſſung geſchworen. Auch auf Vermögensinteressen zu verweiſen, ſei lächerlich. V habe für die Tätigkeit im HdA nie Geld bekommen und auch eine Belohnung habe es dafür nie gegeben. Ehrgeiz vorzuſchützen entbehre genauso jeder Grundlage. Seine Tätigkeit als Stadtverordneter ſei eher davon geprägt nützliche Dinge für die Stadt gewonnen zu haben und dies ſei ſehr befriedigend. Für ihn ſei das eine Form von Patriotismus, wenn die erſte Stadt des Reiches ſo gut verwaltet werde. Noch nicht einmal dieſen Erfolg wolle man nun der Fortſchrittspartei gönnen. Die geheime Wahl ſei notwendig, um jede Partei gegen unberechtigte Einflußnahme anderer zu ſchützen. Poliſtiſcher Mut im Sinne einer öffentlichen Stimmgabe könne man von den kleinen Beamten nicht verlangen. V verweiſt dabei auf die Vorgänge bei der letzten Wahl, wo Schutzleute ganz of-</p>	
--	--	--	--

			<p>fen am Wahltisch gesagt hätten, sie seien geschickt, um für die <b>Antisemiten</b> zu wählen. Um solche Szenen zu vermeiden sei es nötig, dass sich die Regierung gänzlich aus dem Wahlkampf zurückziehe und ihn den Parteien überlasse. Da dies eigentlich im Sinne aller Parteien sei, müssten alle für den Antrag auf geheime Wahl stimmen. Abschließend bittet V darum, die Abschaffung der geheimen Wahl für den Reichstag in dem Zusammenhang auch nochmals zu überdenken. Dies sei ein Grundpfeiler für die Existenz des Reiches. Eine Änderung würde in Süddeutschland nicht positiv aufgenommen werden. Was die Vorwürfe bezüglich der offiziellen Presse angeht, stimmt v. Puttkamer zu. Dass V sich aber über die Vorwürfe beklage, die man der Fortschrittspartei mache, kommentiert der Minister damit, dass er die Partei von V für verhängnisvoll halte. Deren Bestrebungen würden zur allmählichen Auflösung der Monarchie führen.</p>	
85	Do, 6.12.1883, Nr. 571, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass Vs Sohn <b>Hans</b> von Würzburg nach Berlin berufen worden sei, um als Assistent von <b>Prof. Waldeyer</b> zu arbeiten.	
86	Fr, 7.12.1883, Nr. 574, AA (PDF: 19)	S. 1, 1. Spalte oben	Kurzer Hinweis, dass V in seinem Redebeitrag im HdA vom 5. Dez. bemerkt habe, dass sich die preußische Regierung keinen Gefallen damit tun würde, am <b>geheimen Abstimmungsrecht</b> für den Reichstag zu rütteln. Dies würden die süddeutschen Länder nicht	



			akzeptieren.	
87	Sa, 8.12.1883, Nr. 576, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Feier zum 25-jährigen Professorenjubiläum von <b>Dubois-Reymond</b> . V ist unter den Gästen. Später bringt auch V seine Verehrung für den Jubilar zum Ausdruck mit dem er vor 44 Jahren auf den Bänken des anatomischen Museums gesessen habe.	
88	Mi, 12.12.1883, Nr. 581, MA (PDF: 28)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und <b>v. Holtzendorff</b> . (Heft 425 u. 426)	
89	Mi, 12.12.1883, Nr. 582, AA (PDF: 30)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Abänderung der <b>Städteordnung</b> . Als Mittragsteller erhielt V dazu das Schlusswort. Nach V habe keine politische Partei in Berlin die Vormacht. Die Liberalen hätten in der SVV die Konservativen unterstützt. Dagegen gebe es aber genügend Beweise, dass die Beamten bei der Wahl erheblich beeinflusst worden seien, auch wenn <b>v. Puttkamer</b> dies bestreitet. Angeblich habe es auch keine Begünstigung der <b>Sozialdemokraten</b> gegeben. V hält dagegen, dass Flugblätter im Umlauf waren, die die Polizei zunächst habe kursieren lassen und erst später beschlagnahmt habe. Auch hier widerspricht v. Puttkamer. Dann habe V noch darauf hingewiesen, dass seine Partei gegen das <b>Sozialistengesetz</b> gestimmt habe. Er habe sich nichtdagegen ausgesprochen, dass die Partei in den Wahlkampf eintrete. Kritisch beurteilt	vgl. Andree, Band 36, S. 251-265

			er hingegen die Haltung der Regierung, die im Rahmen des Wahlkampfes Bedenken einfach über Bord werfe.	
90	Do, 13.12.1883, Nr. 583, MA (PDF: 31)	S. 1, 1. Spalte unten	Artikel zum Antrag <b>Strohmann-Zelle</b> im HdA zur Änderung der <b>Städteordnung</b> : Es wird zunächst erwähnt, dass V dazu das Schlusswort gesprochen habe. Es wird über die Angriffe v. <b>Puttkamers</b> berichtet, die dieser gegen V geäußert habe. Hierbei sei dieser nur auf Stellung der Beamten zur Sozialdemokratie eingegangen, gar nicht auf Vs grundsätzliche Beurteilung des Umgangs mit den <b>Sozialdemokraten</b> , ja er habe sie sogar eher als nebensächlich betrachtet. <b>Dr. Windthorst</b> habe, um eine Abstimmung zum Sozialistengesetz zu vermeiden, den Spieß umgedreht und V vorgeworfen, er hätte den Schutz der Polizei vor den Arbeitern eingefordert. V habe aber gerade im Gegenteil dazu die Ausdehnung der Freiheiten für die Sozialisten für die Wahlen gefordert.	
91	Do, 13.12.1883, Nr. 583, MA (PDF: 34 u. 35)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten f.	<b>HdA</b> (14. Sitzung vom 12. Dez.): Thema ist die Abänderung der <b>Städteordnung</b> . V beginnt damit, dass die königliche Kabinettsordre von April dieses Jahres zur <b>Auflösung der SVV</b> gegen die Städteordnung verstoße. Es sei ein willkürlicher Akt der Exekutive gewesen. Da damit vollendete Tatsachen geschaffen worden seien, gelte es nun für die Zukunft so etwas zu vermeiden. Die Konservativen würden sich darüber beklagen, dass Berliner Beschwerden den Weg ins HdA finden würden. Es gebe aber keinen anderen Ort an dem	vgl. Andree, Band 36, S. 251-265  s. a. 17.12.1883 AA

		<p>man über Ungesetzlichkeiten im Lande klagen könne. Ursprung der Angelegenheit war die dringend nötige Neuaufteilung der Wahlbezirke. Damit hätte es aber keine Eile gehabt, die <b>v. Puttkamer</b> antreiben musste, unter dem Vorwand der Gerechtigkeit die SVV auflösen zu müssen. Dann kommt V auf das Thema der Wahlbeeinflussung zurück, das er schon mehrfach angesprochen habe. Man könne sich nur wundern, dass bei den Wahlen die kleinen Beamten die <b>Sozialdemokraten</b> gewählt hätten. Dies sei eigentlich nicht im Sinne der Regierung, die ihren größten Feind sonst mit Ausnahmegesetzen verfolge. Er selbst sei der Meinung, dass man den Sozialisten mehr Spielraum gewähren sollte. Es sei aber kritisch, dass man die sozialistischen Bestrebungen, die man sonst für bedenklich halte von Seiten der Regierung für den Wahlkampf als ungefährlich beurteilt habe. Im Weiteren kommt V auf <b>Spinola</b> zu sprechen. Dieser sei seit Jahren in Vs Wahlbezirk gegen ihn angetreten. Nun habe dieser beim letzten Wahlkampf nicht mit <b>Stöcker</b> und <b>Irmer</b> gehen wollen, weil er kein <b>Antisemit</b> sein wolle. Es sei sehr kritisch, einen solch verdienten wirklich konservativen Mann in die Ecke zu stellen, weil er sich einer solchen Meinung nicht anschließen wolle. Dann kommt V zu den Vorwürfen <b>Cremers</b>. Dieser habe behauptet, dass die <b>Steuereinschätzung</b> in Berlin nach politischen Tendenzen erfolge und Nichtmitglieder der <b>Fortschrittspartei</b> schär-</p>	
--	--	---	--

		<p>fer eingeschätzt würden. Dies weist V vehement zurück. Richtig sei, dass in Berlin generell höhere Steuern als im ganzen Lande gezahlt würden. Abschließend beantragt V, dass die Beratungskommission um sieben Mitglieder aufgestockt werde, da die Angelegenheit von zu großer Tragweite sei.</p> <p>In einem weiteren Wortbeitrag kommt V darauf zu sprechen, dass Flugblätter kursiert hätten, die die Polizei habe gewähren lassen und später dann beschlagnahmt habe. Für das Wahlverhalten der Beamten gebe es nur zwei Erklärungen. Entweder sie seien zunächst für die Bürgerpartei und dann von den Sozialisten umgestimmt oder sie seien von ihren Vorgesetzten zu ihrem Wahlverhalten gedrängt worden. Hier widerspricht v. Puttkamer.</p> <p>Bei einer weiteren Wortmeldung weist V nochmal darauf hin, dass seine Partei gegen das <b>Sozialistengesetz</b> gestimmt habe. Er habe sich nicht dagegen ausgesprochen, dass die Partei in den Wahlkampf eintrete, sondern dass er es für bedenklich halte, dass man die Bestrebungen, die man sonst von Seiten der Regierung für bedenklich gehalten habe, für den Wahlkampf als ungefährlich erachte. V verneint auch, dass er den Schutz der Polizei vor den Sozialdemokraten angefordert hätte. Er habe nur dargestellt, dass die Sozialisten und die Polizei missbraucht wurden, um gegen die Fortschrittspartei zu kämpfen.</p> <p>In einer persönlichen Bemerkung wendet sich V gegen den Abg. <b>Wagner</b>. Dieser habe die</p>	
--	--	--	--

			<p>Vorwürfe von Cremer in Sachen der Steuereinschätzung nur aufgegriffen und hätte bezüglich der Steuereinschätzungskommission auch nur leere Behauptungen vorbringen können. Verwunderlich sei, dass Wagner sich dazu überhaupt habe hinreißen lassen.</p>	
92	<p>Fr, 14.12.1883, Nr. 585, MA (PDF: 38-39)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.</p>	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 13. Dez.): Thema ist die Änderung der <b>Geschäftsordnung</b>. V hält es für sinnvoll den Antrag dazu zu verschieben. Die Versammlung sei gerade neu zusammengetreten und es gelte jede Störung zu vermeiden und nicht den Eindruck zu erwecken, man wolle der Minorität schaden.</p> <p>Weiteres Thema ist die Verbindung des <b>Hausvogteiplatzes</b> mit der <b>Taubenstraße</b>. Hierzu erwähnt V die Magistratsvorlage. Darin ist beschrieben, dass der Fiskus trotz Kenntnis über die bestehenden Bebauungspläne ein für das Projekt eingeplantes Gelände, den <b>Grünen Graben</b>, verkauft habe. Diese Angelegenheit sei sehr seltsam. Der Ausschuss müsse sich daher auch mit der Rechtsfrage auseinandersetzen, in wieweit die Ministerial-Baukommission das Terrain des Grabens ohne weiteres als staatliches Eigentum in Anspruch nehmen dürfe.</p>	<p>vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV</p>
93	<p>Mo, 17.12.1883, Nr. 590, AA (PDF: 2)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht, dass es zu einer Annäherung zwischen der <b>Fortschrittspartei</b> und der <b>liberalen Vereinigung</b> gekommen sei. Die Anregung dazu hätten <b>Richter</b>, <b>Hänel</b> und V gegeben. Allerdings sei es falsch von einer Verschmelzung beider Parteien zu sprechen.</p>	

94	Mo, 17.12.1883, Nr. 590, AA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Die VZ berichtet erneut über die Debatten im HdA zur Änderung der <b>Städteordnung</b> . In dem Artikel stellt die VZ erneut Vs Haltung zu den <b>Sozialdemokraten</b> dar. Aufhänger dafür ist die Behauptung von <b>Windthorst</b> , V hätte den Schutz der Polizei vor den Sozialdemokraten erbeten. Mit mehreren Zitaten aus den stenographischen Berichten der Verhandlungen verdeutlicht die VZ diese völlige Fehleinschätzung und klärt auch über die Falschinformation anderer Zeitungen auf.	
95	Fr, 21.12.1883, Nr. 597, MA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 15. Dez.): V erstattet den Jahresbericht. Später sprach er über von <b>Zieske</b> vorgelegte Funde aus dem Schloss <b>Kischau</b> . In den dortigen <b>Steinkistengräbern</b> habe man <b>Gesichtsurnen</b> gefunden und auch Gegenstände aus Bronze, Glas und Eisen. Nach dem Vortrag über den <i>Burgwall bei Ketzin</i> vergleicht V die dort gefundenen Schädel mit eigentümlichen Verletzungen mit denen der Aino-Schädel, der Schädel aus Platikow und denen aus La Tène.	Erläuterungen zu einem Bericht über <i>Steinkistengräber mit Gesichts- und Mützenurnen</i> bei Schloss <i>Kischau</i> in Westpreussen: VBAG 15, S. 561-563 <i>Der Burgwall bei Ketzin:</i> VBAG 16, S. 47 u. 51-56
96	Fr, 21.12.1883, Nr. 597, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Dez.): Es liegt der Antrag des Magistrats vor, ein Restgrundstück, das an die <b>Wilhelmstraße</b> angrenzt, zu verkaufen. V merkt an, dass auf diesem Gebiet die Maschinen für die elektrische Beleuchtung untergebracht seien. Er hält es für sinnvoll, dass sich der dafür verantwortliche Ausschuss zunächst mit der Frage beschäftige, wo	nichts bei Andree

			man eben jene Maschinen zukünftig unterbringen wolle.	
97	Do, 27.12.1883, Nr. 604, AA (PDF: 20)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht über die <b>Trauerfeier zu Ehren des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. Reichert</b> . V ist unter den zahlreichen Gästen.	

## Fundstellen 1884

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Do, 3.1.1884, Nr. 3, MA (PDF: 4)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [2.1.1884] Sitzung der <b>SVV</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V auch die Meinung geäußert habe, dass man bei der Eröffnung der SVV den Vorsteher und dessen Stellvertreter wählen solle.	
2	Do, 3.1.1884, Nr. 3, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die Berliner Universität. Teil des Berichts ist eine Auflistung der Professoren, die Orden erhalten haben. An der Spitze mit 14 Orden steht Lepsius, am Ende stehen Dubois-Reymond, Droysen und Gneist mit 7 Orden. V ist acht <b>Orden</b> ausgezeichnet.	
3	Do, 3.1.1884, Nr. 3, MA (PDF: 7)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	<b>SVV</b> (außerordentliche Sitzung vom 2. Jan.): V schließt sich der Meinung von <b>Dr. Horwitz</b> an, gleich am Eröffnungstag der SVV den Vorsteher und dessen Stellvertreter zu wählen und dies nicht auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
4	Do, 3.1.1884, Nr. 4, AA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht von der Eröffnungsfeier der <b>SVV</b> : Es wird nur kurz erwähnt, dass V <b>Dr. Horwitz</b> mit seinem Anliegen unterstützt habe.	
5	So, 6.1.1884, Nr. 9, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Jan.): <b>Dr. Neumann</b> soll zu seinem 25. Jubiläum als SV geehrt werden. Hierzu wird eine <b>Deputation</b> gebildet, der auch V angehört.	nichts bei Andree
6	Do,	1. Beilage,	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hin-	



	17.1.1884, Nr. 27, MA (PDF: 36)	S. 4, 2. Spalte oben	weis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 427 u. 428).	
7	Di, 22.1.1884, Nr. 35, MA (PDF: 47)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf einen heute stattfindenden Vortrag Vs im <b>Oranienburger-Tor-Verein</b> zu den schwebenden <b>Fragen der inneren Politik</b> .	s. a. 24.1.1884
8	Di, 22.1.1884, Nr. 35, MA (PDF: 48)	Beilage zur Zeitung	Flugblatt des Berliner <b>Asyl-Vereins für Obdachlose</b> : Es handelt sich dabei um einen <b>Spendenaufruf</b> . Die Ausgaben würden absehbar die Einnahmen deutlich überschreiten und man benötige dringend finanzielle Unterstützung, sei es als Jahresbeitrag oder als Einmalzahlung. Im Rahmen der Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen habe man sich aller Welt vorgestellt und sei mit einer silbernen Medaille geehrt worden. V ist Mitunterzeichner dieses Aufrufs.	
9	Mi, 23.1.1884, Nr. 37, MA (PDF: 51)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die <b>Budgetkommission</b> . Thema war der <b>Kulturetat</b> mit seinen Ausgaben für Kultur und Wissenschaft. V als Referent beantragte dazu, den <b>Kunstmuseen</b> die Bewilligung der vorgesehenen Summen zu gewähren.	ähnlicher Inhalt in der AA
10	Mi, 23.1.1884, Nr. 38, AA (PDF: 53)	S. 2, 1. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Bericht über die <b>Budgetkommission</b> . Thema war der <b>Kulturetat</b> mit seinen Ausgaben für Kultur und Wissenschaft. V als Referent beantragte dazu, den <b>Kunstmuseen</b> die Bewilligung der vorgesehenen Summen	

			zu gewähren. Der Einwand, dass die Provinzialstädte zu kurz kämen, könne nicht maßgebend sein. Es gehe vielmehr darum, dass die Kunstsammlung einen Mittelpunkt bekäme.	
11	Do, 24.1.1884, Nr. 39, MA (PDF: 2-3)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.	<b>BAG</b> (Januarsitzung): V legte Gegenstände vor, die als erstes Ergebnis aus den Mitteln der <b>Virchow-Stiftung</b> von Grabungen im Gräberfeld von <b>Delidjan</b> stammen. Besonders erwähnenswert sind <i>Schmucksachen aus reinem Antimonmetall</i> und eine <i>Fensterurne</i> . Später demonstriert V eine <b>Glasfuß-Fibula</b> aus dem Gräberfeld von <b>Bologna</b> .	Über neue Erwerbungen aus Transkaukasien, insbesondere eine <i>Fensterurne und Schmucksachen aus Antimon</i> : VABG 16, S. 125-131 <i>Demonstration einer Fibula und einer Haarnadel mit Besatz von gebändertem Glasfuß</i> : VBAG 16, S. 81-82
12	Do, 24.1.1884, Nr. 39, MA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Bericht über die Versammlung vom 22. Jan. im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> . V konnte leider seinen geplanten Vortrag nicht halten, da er durch das Tagen der Budgetkommission schon anderweitig gebunden war.	s. a. 21.2.1884
13	Fr, 25.1.1884,	2. Beilage, S. 2,	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>Akademie der Wissen-</b>	

	Nr. 41, MA (PDF: 8)	1. Spalte unten	<b>schaften.</b> Es wurde der Geburtstag König Friedrich II. mit einer öffentlichen Festsetzung begangen, bei der auch V anwesend war.	
14	Do, 31.1.1884, Nr. 51, MA (PDF: 20)	S. 1, 2. Spalte unten	Es wird darüber berichtet, dass nach den Stichwahlen aufgrund des <b>Sozialistengesetzes</b> , Flugblätter der Partei beschlagnahmt und einige Versammlungen geschlossen wurden. Dies erwecke den Eindruck, als ob die Regierung nun wieder zu ihrer härteren Linie bezüglich der Sozialdemokraten zurückkehren wolle. Es sei das Verdienst von V, diese Befürchtungen im HdA zerstreut zu haben.	
15	Fr, 1.2.1884, Nr. 54, AA (PDF: 3)	S. 2, 1. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die <b>Universitäten</b> . V nimmt noch einmal Stellung zur <b>Vivisektion</b> . Die Meinung der Universität und aller medizinischen Autoritäten dazu sei bekannt. Sie sei Grundlage der Wissenschaft und man dürfe sich nicht von oberflächlichen Betrachtungen sogenannter Tierfreunde beeindrucken lassen. Man müsse sich klar machen, dass, wenn man die Tiere nicht für die Menschen benutzen wolle, man Vegetarier werden müsse. Dann sollten sich die Viehzüchter dem Garten- und Obstbau zuwenden. In Bezug auf das übermäßige Trinken [ <b>Trunksucht</b> ] sei das Vorbild der höheren Klassen entscheidender als alle Verbote. Die Änderung der Sitten und Gebräuche sei da wichtiger, als der Zwang zu völliger	vgl. Andree, Band 36, S. 265-278

			Enthaltbarkeit.	
16	Sa, 2.2.1884, Nr. 55, MA (PDF: 5-6)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (39. Sitzung vom 1. Feb.): Thema sind die <b>Universitäten</b>. V beginnt zunächst damit, dass Universitäten, wie alle Einrichtungen in denen Menschen arbeiten, nicht fehlerfrei seien und es sei sinnvoll, auch hin und wieder den Blick darauf zu wenden und Verbesserungen vorzunehmen. Einer seiner Vorredner, <b>Reichensperger</b>, unterliege bei dem Thema immer noch einigen Irrtümern, aber in Bezug auf das Vorurteil des dort herrschenden <b>Cliquenwesens</b> habe sich dieser korrigiert. Weiter steht von Seiten Reichenspergers im Raum, dass dieser der Universität <b>Breslau</b> vorwirft, Privatdozenten ins Ausland zu drängen. V versteht dazu die Aufregung nicht. Natürlich produziere eine Universität mehr Wissenschaftler, als sie selber für ihren Lehrbetrieb brauche. Aber diesen Kräften könne man nicht allen eine Dozentenstelle zuweisen und die Zahl der unbesoldeten Stellen sollte nicht weiter anwachsen. Man schaffe damit lediglich ein <b>wissenschaftliches Proletariat</b>. Besser sei es, derzeit nicht gebrauchte Kräfte ins Ausland gehen zu lassen. Einerseits würden sie die Qualität deutscher Bildung hinaus tragen und andererseits würden sie die Zeit nutzen und man könne sie bei Bedarf ja auch zurückholen. Leider erschwere die deutsche Außenpolitik diesen <b>Bildungs-</b></p>	vgl. Andree, Band 36, S. 265-278

			<p><b>export.</b></p> <p>Dann geht V auf den Vorwurf zu seiner Wortschöpfung „<b>Kulturkampf</b>“ ein. Er schäme sich dieses Wortes nicht, Problem sei aber die Janusköpfigkeit des Begriffs. Er habe den Begriff völlig anders belegt, als er nachher benutzt worden sei, nicht zuletzt auch von der eigenen Partei. Das könne man ihm nicht zum Vorwurf machen.</p> <p>Weiter geht V auf die <b>Vivisektion</b> ein. Die Meinung der Universität und aller medizinischen Autoritäten dazu sei bekannt. Sie sei Grundlage der Wissenschaft und man dürfe sich nicht von oberflächlichen Betrachtungen sogenannter Tierfreunde beeindrucken lassen. V beklagt die Einseitigkeit der Darstellung. Die Gegner der Vivisektion sollten sich die Mühe machen, die wissenschaftlich fundierten Schriften der Unterstützer zu lesen. Hierzu finde man auch fast nichts in der Bibliothek des Hauses. Man müsse sich klar machen, dass, wenn man die Tiere nicht für die Menschen benutzen wolle, man Vegetarier werden müsse. Dann sollten sich die Viehzüchter dem Garten- und Obstbau zuwenden.</p> <p>In Bezug auf das übermäßige Trinken [<b>Trunksucht</b>] sei das Vorbild der höheren Klassen entscheidender als alle Verbote. Die Änderung der Sitten und Gebräuche und Mäßigung sei da wichtiger,</p>	
--	--	--	--	--

			<p>als der Zwang zu völliger Enthaltbarkeit.</p> <p>Auffällig sei gerade bei den Arbeitern, wie erheblich doch der Biergenuss gestiegen sei.</p> <p>Bezüglich der <b>Duelle</b> halte er es für sinnvoll, wenn sich in diesem Zusammenhang die Eltern und die Landesvertretung in ihren Warnungen zusammentäten. Was den Fleiß der Studenten angehe, sehe V keine Schwierigkeiten.</p> <p>Abschließend geht V auf die Einrichtung eines <b>Lehrstuhls für medizinische Chemie und Hygiene</b> an der Universität <b>Göttingen</b> ein. Er halte dies für sinnvoll, auch wenn damit nicht einhergehen müsse, ihn in allen anderen Universitäten einzurichten.</p>	
17	Sa, 2.2.1884, Nr. 56, AA (PDF: 8)	S. 1, 1. Spalte oben	<p>Nochmaliger Rückblick auf die gestrige [1.2.1884] Sitzung des HdA: V habe sich nochmals zu der Oberflächlichkeit der Betrachtungen zur <b>Vivisektion</b> geäußert. Man müsse sich klar machen, dass, wenn man die Tiere nicht für die Menschen benutzen wolle, man Vegetarier werden müsse. Dann sollten sich die Viehzüchter dem Garten- und Obstbau zuwenden. Es sei festzustellen, dass die Gegner der Vivisektion sich gar nicht belehren lassen wollten.</p>	
18	So, 3.2.1884, Nr. 57, MA (PDF: 10)	S. 3, 3. Spalte oben	<p>Parlamentarische Nachrichten: Die VZ hat einen Brief abgedruckt vom Geschäftsführer des <b>Deutschen Tierschutzvereins Dr. Kürten</b>. Dieser nimmt Bezug</p>	

			auf Vs Bemerkung, dass in der Bibliothek des HdA kein vollständiges Material über die <b>Vivisektion</b> vorhanden sei und die Schriften vornehmlich vom Tierschutzverein kommen. Hierzu stellt Dr. Kürten fest, dass der Deutsche Tierschutzverein sich nicht mit anderen Vereinen dieser Art auf eine Stufe gestellt wissen möchte. Man habe die Wissenschaft immer unterstützt und denke nicht daran, die Vivisektion vollständig zu unterbinden.	
19	Mo, 4.2.1884, Nr. 58, AA (PDF: 12)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind erneut die <b>Universitäten</b> . V wendet sich gegen die <b>Übertragung von polizeilichen Aufsichtsbefugnissen an Kuratoren</b> . Ferner lehnte er jede Sympathie mit dem <b>deutschen Verein</b> in der Rheinprovinz ab. Weiter kommt es zu Klagen über den Philosophieprofessor <b>Spieker</b> von der Universität <b>Münster</b> , der angeblich die christliche Religion verspottete. V führt an Hand des Buches von Spieker aus, dass dies so nicht haltbar sei.	vgl. Andree, Band 36, S. 278-293
20	Di, 5.2.1884, Nr. 59, MA (PDF: 13)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [4.2.1884] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind erneut die <b>Universitäten</b> . Kurzer Hinweis, dass V <b>Spieker</b> verteidigt habe.	vgl. Andree, Band 36, S. 278-293
21	Di, 5.2.1884, Nr. 59, MA (PDF: 14-16)	S. 3, 3. Spalte unten ff.	<b>HdA</b> (40. Sitzung vom 4. Feb.): Thema sind erneut die <b>Universitäten</b> . V äußerte Überraschung darüber, dass das Zentrum den <b>Kuratoren</b> eine besondere Stellung gegenüber den Professoren einräumen	vgl. Andree, Band 36, S. 278-293

			<p>wolle. Dies übersteige die Aufgaben der Kuratoren. Diese sollten sich um die rechtlichen und verwaltungstechnischen Verhältnisse der Universität kümmern. Dass diese nun dazu berufen werden sollten, Professoren über ihre außeramtliche Tätigkeit Vorhaltungen zu machen, sei befremdlich. In diesem Zusammenhang kommt die Sprache auf die Mitgliedschaft eines Bonner Professors im <b>Deutschen Verein</b>. V sympathisiere zwar nicht mit dem Verein, aber dem Professor die Mitgliedschaft zu erlauben, ihm aber dort das Recht zu öffentlicher Meinungsäußerung zu verbieten, sei nicht nachzuvollziehen. Dies verstoße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die ganze Angelegenheit führe zu einer Herabwürdigung der Universitäten und hätte, wenn nicht einen unmittelbaren, so doch einen mittelbaren Zusammenhang zur Lehrsreiheit. Irgendwann käme man da dahin, dass der Staat seine Organe und jeden Einzelnen überwache, ermahne und mit bestimmten Anweisungen versehe. Man könne gar nicht genug vor solch einem Vorgehen warnen. Es könne nicht in der Kompetenz eines Verwaltungschefs liegen, darüber zu urteilen, ob das politische Verhalten einer Person würdig oder unwürdig sei. Der Druck der Regierung in diese Richtung überschreite da das Maß des Erlaubten. Problematisch in die-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>sem Zusammenhang sei da auch die häufig wechselnde Haltung der Regierung, mit der es dann wohl immer wieder zu Anpassungsproblemen kommen werde. Interessanterweise erwarte man von Regierungsseite ein Einschreiten des Kurators im Rahmen seiner privaten Tätigkeit. Da könne der eine dem anderen Kollegen ja einen wohlmeinenden Ratschlag geben. Vom Zentrum sei dagegen aber ein rein dienstliches Vorgehen erwünscht. Dagegen müsse V ausdrücklich widersprechen.</p> <p>In Bezug auf eine <b>theologische Fakultät</b> ist V der Meinung, dass diese nicht in den Rahmen einer Universität gehöre. Es sei besser, hierfür eine selbstständige Anstalt zu schaffen. Ist die Theologie in die Universität integriert, habe man den Widerspruch zwischen der Freiheit der Lehre und der Beschränkung auf das Dogma. Die Forderung einer <b>katholischen Philosophie</b> liege da ähnlich. Die Philosophie beinhalte die Freiheit des Denkens und stehe damit im Gegensatz zur katholischen Theologie. Weiter kommt es zu Klagen über den Philosophieprofessor <b>Spieker</b> von der Universität <b>Münster</b>, der angeblich die christliche Religion verspötte. V führt an Hand des Buches von Spieker aus, dass dies so nicht haltbar sei. Zusammenfassend könne V wohl sagen, fuße die Kritik an Spieker wohl</p>	
--	--	--	--	--

			<p>eher auf der Tatsache, dass dieser kein Katholik im Sinne des Syllabus sei. Dann müsse man konsequenterweise fordern, den Lehrstuhl für Philosophie gänzlich abzuschaffen. Von einem Philosophen zu verlangen, sich lediglich auf dem Boden der Dogmatik zu bewegen, gehöre dann nur noch an die theologische Fakultät. Trotzdem dürfe man die Gründung von Universitäten nicht in jedermanns Hände legen. Auch die Abnahme von Prüfungen müsse in den Händen des Staates bleiben. Bei seiner Einstellung müsse jeder Professor den Eid auf die Verfassung und den König schwören, da sei kein Raum für Republikaner. Wenn es aber doch dazu gekommen sei, könne V auch akzeptiere, dass derjenige wieder aus dem Amt entlassen werde. Gleichzeitig könne man aber sehr wohl eine andere Meinung zur Wehrpflicht haben.</p>	
22	Di, 5.2.1884, Nr. 59, MA (PDF: 18)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die geplante Gründung eines <b>Kinderhospitals</b> . Hierzu hätten sich einige hervorragende Männer zusammengetan, darunter auch V.	
23	Di, 5.2.1884, Nr. 60, AA (PDF: 20)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema sind die <b>höheren Lehranstalten</b> . An Hand von statistischen Angaben wies V nach, dass das Durchschnittsalter der Abiturienten gestiegen sei. Dies hänge mit den gestiegenen Anforderungen zusammen. Zur Verbesserung der Situation empfehle sich ein	vgl. Andree, Band 36, S. 293-301

			<p>individualisierter Unterricht. Ferner sollte man den Schülern das Erlernen der <b>Stenographie</b> ermöglichen, deren Bedeutung stetig zunehme. In Bezug auf die <b>Puttkamersche Orthographie</b> sprach sich V gegen die Schreibweise „ieren“ bei Fremdwörtern aus.</p>	
24	<p>Mi, 6.2.1884, Nr. 61, MA (PDF: 22)</p>	<p>S. 3, 2. Spalte unten</p>	<p><b>HdA</b> (41. Sitzung vom 5. Feb.): Thema sind die <b>höheren Lehranstalten</b>. An Hand von statistischen Angaben aus einer Schrift von Herrn <b>Petersilie</b> wies V nach, dass das Durchschnittsalter der Abiturienten gestiegen sei. Ursache sei weniger die Lernmethode, sondern die Überfüllung der Schulen. Bisher habe man im Etat immer danach gestrebt, neue Schulen zu eröffnen. Nun müsse man dazu übergehen, die bestehenden Schulen zu erweitern.</p> <p>Dann kommt V auf das Schreibwesen zu sprechen. Es sei wenig sinnvoll, die <b>Frakturschrift</b> weiter zu lehren. Diese sei ein Hemmnis, besonders in Bezug auf das Ausland und die Vermittlung von wissenschaftlichen Inhalten. Auch sei kein Nutzen für die Schüler zu erkennen, bei der Vermittlung von zwei verschiedenen Schreibstilen. Ferner sollte man den Schülern das Erlernen der <b>Stenographie</b> ermöglichen, deren Bedeutung stetig zunehme. Darüber dürfe man aber nicht die Orthographie vernachlässigen, die einer Revision und mehr Methodik bedürfe. In</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 293-301</p>

			Bezug auf die <b>Puttkamersche Orthographie</b> sprach sich V gegen die Schreibweise „ieren“ bei Fremdwörtern aus. Hier müsse man zu einer einheitlichen Regelung kommen, die nicht am grünen Tisch entschieden werden sollte, da sie alle angehe.	
25	Mi, 6.2.1884, Nr. 61, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Auflistung der Angehörigen der verschiedenen städtischen Verwaltungsdeputationen und Kuratorien. V gehört der <b>Deputation für öffentliche Gesundheitspflege</b> , der <b>Deputation zur der Kanalisationswerke</b> , dem <b>Kuratorium des Märkisches Provinzialmuseum</b> , der <b>Deputation für die innere Ausschmückung des Rathauses</b> , der <b>Deputation für Statistik</b> und der <b>Deputation zur Vorberatung der Stryckschen Anträge</b> an.	
26	Fr, 8.2.1884, Nr. 66, AA (PDF: 31)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die <b>Kunstakademie</b> . Dazu bemerkt V, dass diese Angelegenheit im Zusammenhang mit dem Extraordinarium behandelt werden müsse.	vgl. Andree, Band 36, S. 301-314
27	Sa, 9.2.1884, Nr. 67, MA (PDF: 32)	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [8.2.1884] Sitzung des HdA: Beim Thema <b>technisches Unterrichtswesen</b> spricht sich V dafür aus, dass man den Chemieunterricht nicht zu Gunsten der Nahrungsmittelchemie spezialisieren sollte.	vgl. Andree, Band 36, S. 301-314
28	Sa,	S. 4,	<b>HdA</b> (44. Sitzung vom 8. Feb.): Thema	vgl. Andree,

	9.2.1884, Nr. 67, MA (PDF: 34 u. 35)	1. Spalte unten	ist die <b>Kunstakademie</b> . Als Berichter- statter der <b>Budgetkommission</b> spricht V die Genehmigung der Mehrforderung für den Neubau aus. Es gelte, in dieser Ange- legenheit nun voran zu kommen.  Beim Thema <b>technisches Unterrichts- wesen</b> spricht sich V dafür aus, dass man den Chemieunterricht nicht zu Gunsten der Nahrungsmittelchemie spezialisieren sollte.	Band 36, S. 301-314
29	Sa, 9.2.1884, Nr. 68, AA (PDF: 37)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Medizinalwe- sen</b> . V erkennt an, dass die christliche Kirche die <b>Krankenpflege</b> geschaffen habe. Das bedeute aber nicht, dass die Krankenpflege stets konfessionell bleiben müsse. Hervorzuheben sei aber die gute Organisation, die der bürgerlichen Kran- kenpflege noch fehle. Leider würde die- ser Zweig sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite zu Propa- gandazwecken missbraucht. Dann spricht sich V gegen eine staatliche Organisation des Ärztestandes aus. Besser sei es, in dem Bereich mehr Freiheit zu gewähren, aber eine Zusammenarbeit zwischen den <b>Ärztevereinen</b> und der Regierung zu etablieren.	vgl. Andree, Band 36, S. 314-326
30	So, 10.2.1884, Nr. 69, MA (PDF: 38)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [9.2.1884] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist das <b>Medizinalwesen</b> . <b>Windthorst</b> habe sich in einer längeren Polemik gegen V geäußert, sei aber daran gescheitert, Wi-	vgl. Andree, Band 36, S. 314-326

			dersprüche in Vs Beurteilung bezüglich der kirchlichen Krankenpflege aufzudecken. V selbst bemerkte dazu, dass ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat nichts beweise.	
31	So, 10.2.1884, Nr. 69, MA (PDF: 40 u. 41)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<p><b>HdA</b> (45. Sitzung vom 9. Feb.): Thema ist das <b>Medizinalwesen</b>. Nach Vs Ansicht dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass das Medizinalwesen nur von den barmherzigen Schwestern getragen würde. Er habe immer eine <b>Krankenpflege</b> frei von kirchlichen Aspekten angestrebt, auch wenn deren Organisation noch deutlich besser sei als die bürgerliche. Anzustreben sei eine Beurteilung der Situation, frei von Fanatismus aus rein humanitärer Sicht. Er wolle sehr wohl den kirchlichen Ursprung würdigen, aber die Krankenpflege müsse sich weiterentwickeln auf neuen Wegen. Ein gutes Beispiel dafür finde man in <b>England</b>. Weiter verweist V auf die hohe Leistungsfähigkeit der freiwilligen Krankenpflege in Kriegszeiten und bei Epidemien. Dies müsse auch in Friedenszeiten erreichbar sein, so seine Hoffnung. Leider kranke die Pflege daran, dass sie sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite zu Propagandazwecken missbraucht werde.</p> <p>Dann spricht sich V gegen eine staatliche Organisation des Ärztestandes aus. Besser sei es, in dem Bereich mehr Freiheit zu gewähren, aber eine Zusammenarbeit</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 314-326

			<p>zwischen den <b>Ärztevereinen</b> und der Regierung zu etablieren, wovon auch das öffentliche Gesundheitswesen profitieren würde. In Bezug auf die beamteten Ärzte sei es nötig, diesen mehr Gehalt und mehr Entscheidungsspielraum zu geben. Im Vergleich mit den Tierärzten stünden diese deutlich schlechter da. Gerade im Zusammenhang mit der Seuchenbekämpfung müsse man da ein Gleichgewicht herstellen und auch ein neues Seuchengesetz entwickeln.</p> <p>Dann äußert sich <b>Windthorst</b> in einer längeren Polemik gegen V, scheidet aber daran Widersprüche in Vs Beurteilung bezüglich der kirchlichen Krankenpflege aufzudecken. V selbst bemerkte dazu, dass ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat nichts beweise. Dazu sei es nötig, den Text aufmerksam zu Ende zu lesen, um festzustellen, dass das genaue Gegenteil von dem was Windthorst unterstellen wollte, herauskomme.</p>	
32	Mo, 11.2.1884, Nr. 70, AA (PDF: 43)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>HdA</b> : V beantragt im Namen der <b>Budgetkommission</b> die Erweiterung der Sammlungen der <b>königlichen Museen</b> .	vgl. Andree, Band 36, S. 326-342
33	Di, 12.2.1884, Nr. 71, MA (PDF: 44)	S. 1, 1. Spalte unten	Artikel über den Verlauf der Debatte zum Kultusetat in der laufenden Session: Es wird kurz Vs Geschick gegenüber <b>Windthorst</b> in der Frage der Universitäten bemerkt. Als ähnlich gewandter Redner wird V als Referent der <b>Budget-</b>	

			<b>kommission</b> erwähnt.	
34	Di, 12.2.1884, Nr. 71, MA (PDF: 45 u. 47)	S. 3, 3. Spalte oben u. 1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (46. Sitzung vom 11. Feb.): V beantragt im Namen der <b>Budgetkommission</b> die Erweiterung der Sammlungen der <b>königlichen Museen</b> . Es handle sich dabei um den Ankauf ganz herausragender Werke. Zwar habe es den Einwand gegeben, dass man eher neuere Werke ankaufen sollte, aber selbst aus Künstlerkreisen sei darauf hingewiesen worden, dass klassische Gemälde die Grundlage für die Entwicklung der neueren Malerei gewesen seien. Den Hinweis auf die allgemeine Finanzlage des Staates will V nicht gelten lassen, genauso wenig den Verweis auf die notleidenden Weber. Die Kornzölle hätten die Weber viel härter getroffen. Auch die Veröffentlichung, welche Bilder angekauft werden sollen, hält V für unerheblich. Diese Entscheidung müsse man der Regierung überlassen. Als Berichterstatter der Budgetkommission gebe der die Meinung der Kommission mit eigenen Worten wieder und verteidige diese. Sollte eine wortgenaue Widergabe gewünscht werden, so müsse die über stenographische Berichte erfolgen.	vgl. Andree, Band 36, S. 326-342
35	Do, 14.2.1884, Nr. 75, MA (PDF: 53)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>HdA</b> (48. Sitzung vom 13. Feb.): Thema ist der <b>Ankauf von Speichern</b> in der Nähe der Museumsinsel. Die Frage der Feuergefahr als Argument für den dringenden Ankauf könne man nicht ohne eine	vgl. Andree, Band 36, S. 342-345



			<p>gewisse Einschränkung akzeptieren. Zu- viel hänge von der Art der gelagerten Stoffe und den Besitzern ab. Als Ver- wendungszweck von der Regierung an- gegeben, ist die Ansiedlung der <b>gynäko- logischen Klinik</b> vorgesehen. Hierfür würde aber nur ein Teil der Speicher be- nötigt. Die zum Verkauf stehenden Grundstücke seien aber nur als Ganzes zu erwerben. Eine Anfrage bezüglich eines Teilerwerbs sei schon abschlägig be- schieden worden. Allerdings bräuchte man für eine Reihe anderer Staatsinstitute Platz. Hierfür mache der Erwerb nur Sinn, wenn ein Grundstück, das zwischen den beiden zu erwerbenden liege, auch anzukaufen sei. Besonders die Bibliothek brauche dringend neue Räume, dazu noch zentral gelegen. Letztlich sei der Ankauf dringend zu empfehlen, ohne die Ver- wendung bindend festzulegen, um die Möglichkeit einer anderweitigen Nutzung zu ermöglichen.</p>	
36	Fr, 15.2.1884, Nr. 77, MA (PDF: 56)	S. 1, 2. Spalte unten	<p>Zusammenfassung der gestrigen [14.2.1884] Sitzung der <b>SVV</b>: Thema ist die Errichtung einer <b>Markthalle</b> auf dem <b>Magdeburger Platz</b>. Sanitären Beden- ken ist V entgegengetreten mit dem Ar- gument, dass nur ein Viertel des Platzes bebaut würde. Es sei auch weiter nicht geplant, die Markthalle in ein bebautes Quartier zu setzen.</p>	
37	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 14. Feb.): Thema ist	nichts bei

	15.2.1884, Nr. 77(PDF: 57)	S. 3, 1. Spalte unten	die Errichtung einer <b>Markthalle</b> auf dem <b>Magdeburger Platz</b> . Sanitären Bedenken ist V entgegengetreten mit dem Argument, dass nur ein Viertel des Platzes bebaut würde. Der Platz sei ursprünglich besonders groß geplant worden, um eine Markthalle aufnehmen zu können. Zusätzlich sei im Zusammenhang mit dem Bau die Anlage eines Gartens geplant. Wesentlich bedenklicher hingegen sei es, die Markthalle in ein bebautes Quartier zu setzen.	Andree
38	Di, 19.2.1884, Nr. 83, MA (PDF: 64- 65)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Februarsitzung): V berichtet über ein von <b>Schliemann</b> eingegangenes Schreiben. Danach habe dieser bei <b>Mara-thon</b> vergeblich nach Gräbern gesucht. Es kommt die Kritik zur Sprache, die gegen Schliemanns Theorien bezüglich <b>Hissarlik</b> geäußert wird. V unterstützt die Meinung Schliemanns und widerlegt an Hand von Beispielen die Deutung als <b>Feuernekropole</b> . Weiter spricht V über die Schädel von <b>La Tène</b> . In Folge von Flusskorrekturen seien die Seenspiegel gesunken und es seien Pfahlbauten zu Tage getreten. Die aufgefunden Schädel würden sehr unterschiedlich aussehen, leider seien aber im Seegebiet keine weiteren Aufschlüsse zu erwarten. Vorsicht sei geboten, wenn man Funde aus dem Gebiet angeboten bekomme, da dort immer mehr Fälschungen auftauchten.	Über die Deutung von Hissarlik als einer <i>Feuernekropole</i> : VBAG 16, S. 161-166  Weitere Mitteilungen über die Rasse von <i>La Tène</i> : VBAG 16, S. 168-181

39	Do, 21.2.1884, Nr. 87, MA (PDF: 70)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass V morgen im <b>Oranienburger-Tor-Bezirksverein</b> nun den schon bereits am 24. Jan. geplanten Vortrag über die schwebenden <b>Fragen der inneren Politik</b> halten wird.	s. a. 23.2.1885
40	Sa, 23.2.1884, Nr. 91, MA (PDF: 75-76)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten f.	<p>Vereine und Versammlungen: Bericht über die Versammlung des <b>Oranienburger-Tor-Bezirksvereins</b> von gestern Abend. V hielt einen längeren Vortrag über Fragen der inneren Politik. Er begann mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen und Rückerinnerungen, in denen er hervorhob, dass ihm die amtlichen und wissenschaftlichen Dinge so über den Kopf gewachsen seien, dass er schwerlich zu den politischen komme. Viele seiner Mitstreiter seien bereits gestorben, daran merke er, dass er alt werde. In dem Zusammenhang kritisiert er die Art, wie das Reich die posthumen Beileidsbekundungen aus dem Ausland für seinen Freund <b>Bernstein</b> herabwürdigte. Hinzu käme, dass dieser <b>Jude</b> gewesen sei und man den Eindruck gewinne, diese Eigenschaft würde dazu beitragen, das Verdienst eines solchen Mannes herabzuwürdigen.</p> <p>Dann kommt V auf den <b>Kulturkampf</b> mit seinen Verwicklungen zu sprechen. Selbst unberechtigte Konzessionen von Seiten der Regierung führten zu keiner Verbesserung der Situation. Verschärfend</p>	

			<p>sei das Fehlen eines Prinzips mit festen Normen, was die Gesetzgebung stark erschwere. Zustände käme die Situation durch mangelnden Kontakt der Regierung mit der Mehrheit im Volk. Eine Verständigung werde erst dann eintreten, wenn die hohen Machthaber einsehen, dass nicht bloß ihr Wille geschehen müsse, sondern auch den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen sei.</p> <p>Weiter kommt V auf das <b>Hilfskassengesetz</b> zu sprechen. Die Arbeiter würden zu vertrauensselig glauben, mit der ihnen gewährten Freiheit alles Mögliche anfangen zu können und nun feststellten, dass mit dem Gesetz Schwierigkeiten verbunden seien und sie auf Grund dieser Organisation nicht in beliebig andere Kassen hinein gehen könnten. Bei dem Durcheinander müsse man Zweifel haben, ob sich überhaupt eine gewisse Dauerhaftigkeit in den öffentlichen Angelegenheiten einstellen werde. Dabei hätte man schon seit langem ein und den gleichen Regierungschef, was eigentlich für eine gewisse Gleichmäßigkeit sprechen müsse. Die Fortschrittspartei habe leider nur die Rolle des zuschauenden Warners, sie werde auch weiterhin kämpfen. Das ginge aber nur dann, wenn das Volk mehr als bisher hinter ihr stehe.</p>	
41	Sa, 23.2.1884,	1. Beilage, S. 4,	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der	

	Nr. 91, MA (PDF: 77)	2. Spalte unten	<b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 429).	
42	Do, 6.3.1884, Nr. 111, MA (PDF: 9)	S. 1, 2. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [5.3.1884] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist erneut das <b>Medizinalwesen</b> . Bei der Ge- legenheit kommt der Abg. v. <b>Heereman</b> auf die Vorwürfe zu sprechen, die V vor einiger Zeit gegen die barmherzigen Schwestern geäußert habe. Diese hätten ihre krankenflegerische Tätigkeit zu Propagandazwecken missbraucht. Dies widerlegt er an Hand eines Briefes und äußert die Hoffnung, dass V mit diesem Beweis seine Anschuldigungen öffentlich rückgängig machen werde. V selbst war in der Sitzung nicht anwesend.	nichts bei Andree
43	Do, 6.3.1884, Nr. 111, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	HdA (59. Sitzung vom 5. März): Thema ist erneut das <b>Medizinalwesen</b> . Bei der Gelegenheit kommt der Abg. v. <b>Hee- reman</b> auf die Vorwürfe zu sprechen, die V vor einiger Zeit gegen die barmherzi- gen Schwestern geäußert habe. Diese hät- ten ihre krankenflegerische Tätigkeit zu Propagandazwecken missbraucht. Dies widerlegt er an Hand eines Briefes und äußert die Hoffnung, dass V mit diesem Beweis seine Anschuldigungen öffentlich rückgängig machen werde. V selbst war in der Sitzung nicht anwesend.	nichts bei Andree
44	Fr, 7.3.1884, Nr. 114, AA (PDF: 12)	S. 1, 3. Spalte unten	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Bericht über die Versammlung des <b>Zentralwahlkomitees der Fortschritts- partei</b> vom 5. März. Es wird die <b>Verei-</b>	s. a. 16.3.1884

			<b>nigung der Fortschrittspartei mit der Partei der liberalen Vereinigung</b> beschlossen. Auch V ist anwesend und stimmt dem zu.	
45	Fr, 14.3.1884, Nr. 125, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass V am heutigen Abend im Fortschrittlichen <b>Verein vor dem Halleschen Tor</b> einen Vortrag über die <b>politische Lage</b> halten wird.	s. a. 16.3.1884
46	So, 16.3.1884, Nr. 129, MA (PDF: 9)	3. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über Vs Vortrag vom 14. März im Fortschrittlichen <b>Verein vor dem Halleschen Tor</b> über die <b>politische Lage</b> . V, der mit stürmischem Beifall empfangen wurde, hatte es übernommen, die Beweggründe zu erläutern, die zur Fusion der beiden Parteien geführt hätten. Er gab einen Rückblick auf die parlamentarische Entwicklung in den letzten 20 Jahren und verwies auf die Ähnlichkeit der jetzigen Zustände mit denen, die zur Bildung der Fortschrittspartei geführt hätten. Man habe sich schwer damit getan den Namen „ <b>Fortschrittspartei</b> “ aufzugeben, aber es galt, sich mit anderen liberalen Kräften zu verbinden. V wolle aber die Hoffnung auf die „große liberale Partei“ bremsen. Man wolle sich nicht den <b>Nationalliberalen</b> anschließen. Das gemeinsame Programm mit der <b>liberalen Vereinigung</b> habe noch Lücken, aber die alten Prinzipien der Fortschrittspartei, besonders in Zusammenhang mit der Verkürzung der	

			Dienstzeit, seien mit aufgenommen worden. V hoffe, mit dem neuen Programm auch neue Anhänger zu finden. Man müsse alle freisinnigen Kräfte bündeln und dürfe sich nicht an kleinen Differenzen aufreiben. Mit diesem Appell richte er sich besonders an die freisinnige Bürgerschaft.	
47	Di, 18.3.1884, Nr. 131, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Märzsitzung): V begann mit der Besprechung der wissenschaftlichen Eingänge. Er demonstrierte ein <i>Feuersteintmesser</i> von ungewöhnlicher Größe aus <i>Transkaukasien</i> . Dies seien die ersten Funde, die man in Kaukasien der Steinzeit zuordnen könne. Dann kam die Sprache auf die Sammlung aus <i>Alaska</i> , die in der alten Börse ausgestellt sei. V hob besonders einen <i>Hautschaber</i> hervor, der besondere Analogien zu einem ähnlichen Werkzeug aus der Schweiz aufweise. Einen längeren Vortrag hielt er über <i>die prähistorischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien</i> . Hier würden besonders die schwierige Einordnung der Vorgeschichte Deutschlands Probleme verursachen. Nur langsam käme man voran, die physische Anthropologie stehe da noch am Anfang. Eine Theorie besage, dass Italien von Norden her bevölkert worden sei. Diese These mit Ähnlichkeiten in Burgwallfunden zu stützen, sei nicht sinnvoll. Eine Möglichkeit für Vergleiche und zeitliche Einordnung mögen	Demonstration eines riesigen geschlagenen Spahns aus Feuerstein aus Transkaukasien: VBAG 16, S. 195-196 Über <i>Schabwerkzeuge</i> aus <i>Alaska</i> und aus der Pfahlbaustation von Möringen: VBAG 16, S. 224 <i>Die prähistorischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien</i> : VBAG 16, S. 208-219

			Bronzefunde geben. Die Übereinstimmung der Mischung spreche dafür, dass die Erfindung an einem Ort gemacht und dann weitergetragen wurde.	
48	Di, 18.3.1884, Nr. 183, AA (PDF: 14)	S. 2, 1. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass sich die <b>Deutsche freisinnige Partei</b> konstituiert habe. Auch V ist in den <b>Vorstand</b> gewählt worden.	
49	Mi, 19.3.1884, Nr. 134, AA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V gestern [18.3.1884] eine Erholungsreise nach <b>England</b> angetreten hat, wo er den Rest der Universitätsferien verbringen werde.	
50	Mi, 26.3.1884, Nr. 146, AA (PDF: 15)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V sich auf eine Reise nach <b>Ungarn</b> begeben hat, zusammen mit seinem Kollegen <b>von Kaufmann</b> . Auf dem Weg habe man Grabungen bei Schloss <b>Gnichwitz</b> durchgeführt. Von dort soll sich V nach <b>Pest</b> begeben.	
51	Mo, 7.4.1884, Nr. 166, AA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V nach seiner Rückkehr aus <b>Budapest</b> Berlin schon morgen wieder Richtung <b>Edinburgh</b> verlässt.	
52	Di, 8.4.1884, Nr. 168, AA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V am heutigen Tage nach <b>Edinburgh</b> reist, um dort an der 300-Jahrfeier der Universität teilzunehmen; zur gleichen Zeit sei auch <b>Prof. Dr. Helmholtz</b> dort.	
53	Di, 22.4.1884, Nr. 187, MA	S. 4, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht vom 18. April aus <b>Edinburgh</b> über die 300-Jahrfeier der dortigen Universität. V spricht als zweiter Redner. Er ging	



	(PDF: 38)		<p>auf seine persönlichen Beziehungen zur englischen Wissenschaft ein und hob den einzigen Punkt hervor, in dem er in England scharf angegriffen, weil missverstanden worden sei: Seine Stellung zur Lehre <b>Darwins</b>. Man müsse sich hüten, Spekulation für Tatsachen zu nehmen. Zwar könne man sich vorstellen, dass sich aus Atomen und Elementen organische Stoffe zusammengesetzt und Leben entstanden sei, aber in der Natur könne man nichts dergleichen finden und es auch nicht experimentell nachweisen. Der zweite Punkt, der ihn von seinen englisch sprechenden Kollegen getrennt habe, sei die Lehre von der Entstehung der Arten. Auch hier sei es wohl logisch denkbar, dass es zwischen dem Menschen und Affen Verbindungsglieder, einen <b>Proanthropos</b>, gegeben habe. Aber dieses Mittelglied oder Teile aufzufinden, sei niemals gelungen. Er warnt davor, sich aus nur kleinen Schädelsplittern eine Schädelform konstruieren zu wollen. Dies sei nicht sehr wissenschaftlich. Vor Spekulationen im Bereich der Naturwissenschaften könne er nur warnen. Man solle lieber bei exakter Beobachtung bleiben, denn Spekulation führe zur <b>Transzendenz</b>, Transzendenz aber zur Niederlage.</p>	
54	Do, 1.5.1884,	S. 2, 1. Spalte	Abdruck eines Schreibens vom 30. April von V an die VZ: Ihm sei von der	

	<p>Nr. 202, MA (PDF: 2)</p>	<p>mittig</p>	<p>„<b>Nordd. Allgem. Zeitg.</b>“ der Vorwurf gemacht worden, dass er es angeblich dulde, dass die liberale Presse in der Frage der Einfuhr des amerikanischen Schweinefleisches die Arbeit des Gelehrten ignoriere, weil im Parteiinteresse solches aus Opportunitätsgründen gelegen sei. Dies sei eine arge Entstellung der Wahrheit. Er habe neulich erarbeitet, im welchem Grad die <b>Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch</b> Trichinose in Deutschland hervorgerufen habe. Es habe sich herausgestellt, dass noch nie eine <b>Trichinen</b>-Epidemie in Deutschland durch amerikanischen Import entstanden sei. Die Gefahr, die der deutschen Bevölkerung durch die im Inland gezüchteten Schweine drohe, sei unendlich viel größer. Betrachte man daher mit der „<b>Nordd. Allg. Ztg.</b>“ die Gefahren des amerikanischen Imports als groß genug, um daraus das Einfuhrverbot zu rechtfertigen, so würde die logische Konsequenz sein, dass man die Schweinezucht in Deutschland gänzlich untersage. V wolle vielmehr, dass man obligatorische Untersuchungen des Schweinefleisches durchsetze. Dies fordere er allerdings auch für die amerikanische Importware. Damit habe er ausreichend belegt, dass seine wissenschaftlichen Ausführungen mit den Forderungen der liberalen Presse voll übereinstimmten.</p>	
--	-------------------------------------	---------------	--	--

55	Fr, 2.5.1884, Nr. 205, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 1. Mai): Thema ist der Bericht der <b>Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke</b> . V sei von Anfang an der Meinung gewesen, dass es zweckmäßig sei, wenn die Stadt sich neben dem Bau der ersten Kanäle die Möglichkeit offen ließe, auf anderen Gebieten Erfahrungen zu sammeln. Er bedauere, dass dieser Weg nicht eingeschlagen worden sei. Nun habe es erheblichen Druck von Seiten der Bürgerschaft gegeben und man sei die Sache zu schnell angegangen und habe nun dadurch Probleme. Das Rieselsystem an sich sei nicht schlecht, in Schottland könne man sich ein gutes Beispiel anschauen. Auch Experimente seien erwünscht, nur müsse man dafür auch Vorgaben machen. Dann könne man auch mit dem <b>Liernurschen System</b> Versuche machen. V warnt vor Panikmache bezüglich des Rieselsystems. Es gebe keine Nachweise, dass es dabei zu Gesundheitsbeeinträchtigungen komme. Es gelte, weiter mit Vorsicht von Jahr zu Jahr Informationen zu sammeln, damit man ein funktionierendes System entwickeln könne.	nichts bei Andree
56	So, 11.5.1884, Nr. 219, MA (PDF: 21)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>Deutscher Reichstag</b> (24. Sitzung vom 10. Mai): Es erfolgt eine namentliche Abstimmung über Änderungen zum <b>Sozialistengesetz</b> . V stimmt dafür.	nichts bei Andree
57	Di,	S. 2,	Zusammenfassung der heutigen Sitzung	vgl. Andree,

	13.5.1884, Nr. 222, AA (PDF: 25)	1. Spalte unten	des <b>Deutschen Reichstages</b> : Thema ist die <b>Dotation der Cholerakommission</b> . V dankt der Regierung, die das <b>Reichsgesundheitsamt</b> in dieser Weise ausgebildet habe. Der deutschen Wissenschaft sei auf diesem Gebiet ein großer Schritt gelungen. Es gebe aber noch viel zu tun und man dürfe auch die Bekämpfung der Tuberkulose darüber nicht vernachlässigen.	Band 37, S. 637-642
58	Mi, 14.5.1884, Nr. 223, MA (PDF: 27-28)	S. 3, 3. Spalte unten f.	<b>Deutscher Reichstag</b> (26. Sitzung vom 13. Mai): Thema ist die <b>Dotation der Cholerakommission</b> . V beginnt mit einem Dank an die Reichsregierung. Das von ihr ins Leben gerufene <b>Reichsgesundheitsamt</b> habe in der Angelegenheit, trotz Mangel an Erfahrung und Problemen in der Gesetzgebung, Großartiges geleistet. Es seien außerordentliche Fortschritte gemacht worden, die die deutsche Wissenschaft mit deutschem Fleiß erreicht hätten. Hervorzuheben sei es, dass ein deutscher Arzt diese Entdeckungen gemacht habe, worauf man als deutsche Ärztesunft besonders stolz sei. V hebt hervor, dass der Kaiser Ehrungen vergeben habe, die sonst nur Militärs erhalten und damit dessen besondere Wertschätzung für die Wissenschaft ausdrücke. Es erscheine zwar so, als ob der Tuberkelbazillus und dessen Erforschung wichtiger seien, dies hänge aber nur mit den ausufernden Folgen zusammen. Es gebe	vgl. Andree, Band 37, S. 637-642

			<p>noch viel zu tun, aber <b>Koch</b> habe mit ausdauernder, stetiger Arbeit den Grundstein gelegt. Man könne durch seine Arbeit den Wildwuchs von Theorien zur Verbreitung des Keimes etwas mehr Einhalt gebieten. Dies habe besonders in der Schifffahrt Auswirkungen im Umgang mit erkrankten Besatzungen und der Verhängung von Quarantänemaßnahmen. Zum Schluss hebt V noch einmal die aufopferungsvolle Tätigkeit der in den Seuchengebieten arbeitenden Ärzte hervor. Nur sie würden stetig gegen die Krankheiten kämpfen und dies müsse man viel mehr honorieren. Deren Witwen und verlorne Kinder sollten Unterstützung bekommen.</p>	
59	<p>Mi, 14.5.1884, Nr. 223, MA (PDF: 30)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig</p>	<p>Bericht über das <b>Bankett zu Ehren der deutschen Cholera-Kommission</b>: Es wird nur kurz erwähnt, dass V eine humorsprühende Ansprache gehalten habe, die großen Beifall erzeugt habe.</p>	
60	<p>Mi, 21.5.1884, Nr. 235, MA (PDF: 43)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p><b>BAG</b> (Maisitzung): V bespricht diverse geschäftliche Mitteilungen. Hierbei verweist er auch auf die besondere Qualität der stattfindenden historischen Goldschmiedekunstaussstellung in Budapest. Später hebt er die Tätigkeit des <b>ethnologischen Komitees</b> hervor, welches in aller Stille der Wissenschaft großen Dienst erweise, besonders weil es nur aus Privatpersonen bestehe. Im Weiteren wird erneut <i>über die Nephritfrage</i> diskutiert.</p>	<p><i>Über die Nephritfrage</i>: VBAG 16, S. 262 Bericht über altslavische und voroslavische Alterthümer von <i>Gnichwitz</i>: VBAG 16,</p>

			Die verschiedenen Funde seien eher importiert, wobei V auf Funde in <b>Jordansmühl</b> am <b>Zobten</b> hinwies. Dies sei ein besonderer Steinbruch in dem man auch seltene Mineralien gefunden habe. Als Schenkung eingegangene Funde aus <b>Gnichwitz</b> aus zwei Altersperioden werden zum Schluss erwähnt.	S. 277-286 Über den Silberfund von <i>Gnichwitz</i> : VBAG 16, S. 287-288
61	Fr, 30.5.1884, Nr. 250, AA (PDF: 7)	S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass <b>Hans Virchow</b> sich in Berlin habilitiert und seine erste Vorlesung als Dozent gehalten habe.	
62	Fr, 6.6.1884, Nr. 259, MA (PDF: 8-9)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<b>SVV</b> (Sitzung vom 5. Juni): Thema ist die <b>Handwerkerschule</b> . V setzt sich dafür ein, dass der vorgesehene Bauplatz für die Handwerkerschule verwendet werde, schlage aber vor, dass man mit der Beschlussfassung warte, bis die Baupläne vorlägen. Dieser Zusatz wird später angenommen.	nichts bei Andree
63	Sa, 7.6.1884, Nr. 261, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von <b>V und v. Holtzendorff</b> . (Heft 438).	
64	Fr, 13.6.1884, Nr. 271, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 12. Juni): Thema ist der Bau eines <b>Hauptsammlers</b> im Radialsystem. V bemerkt, dass die strittigen Fragen dazu in einer gemischten Deputation geprüft würden. Dort werde man sorgfältig und sachgerecht prüfen und nicht als blinde Fanatiker für das System <b>Hobrecht</b> kämpfen. Das Problem in der	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			Diskussion seien persönliche Interessen, die nicht dem Wohl der Stadt dienen würden.	
65	Fr, 20.6.1884, Nr. 283, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 19. Juni): Thema ist der <b>Nachtragsvertrag</b> mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft. Dazu liegt ein Antrag vor, die ersten Wagen morgens für die Arbeiter schon um 5 Uhr fahren zu lassen und in diesen frühen Stunden auch den Fahrpreis zu halbieren. Dazu solle ein <b>Tagesfahrchein</b> ausgegeben werden, der auch die abendliche Rückfahrt der Arbeiter verbillige. Es ist zusätzlich kurz vermerkt, dass V diesen Antrag amendiert habe.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
66	So, 22.6.1884, Nr. 287, MA (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Es soll die <b>zoologische Station in Neapel</b> unterstützt werden. Dazu wird in den Räumen des Reichstages am 26. Juni eine Versammlung von einigen Ärzten stattfinden, zu denen auch V gehört.	
67	So, 22.6.1884, Nr. 287, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass der <b>Berliner Handwerkerverein</b> am 28. Juni sein 25. Stiftungsfest feiern wird. V wird dabei die <b>Festrede</b> halten.	s. a. 28.6.1884
68	Do, 26.6.1884, Nr. 294, MA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass sich <b>Dr. Ehrenreich</b> mit Empfehlungen von V und anderen namhaften gelehrten auf eine Reise nach Brasilien begeben wird.	
69	Fr, 27.6.1884,	1. Beilage, S. 1,	Bericht über die Versammlung zur Unterstützung der <b>zoologische Station in Nea-</b>	

	Nr. 296, AA (PDF: 54)	1. Spalte unten	<b>pel:</b> Vs Anwesenheit wird nur kurz erwähnt.	
70	Sa, 28.6.1884, Nr. 297, MA (PDF: 56)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass V am heutigen Abend im <b>Berliner Handwerkerverein</b> die <b>Festrede</b> zum 25. Stiftungsfest hält.	s. a. 30.6.1884
71	So, 29.6.1884, Nr. 299, MA (PDF: 58)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [28.6.1884] Sitzung des <b>Deutschen Reichstages</b> : Thema ist erneut die <b>Cholera</b> gefahr. V habe dazu einige sehr interessante Ausführungen gemacht.	vgl. Andree, Band 37, S. 642-646
72	So, 29.6.1884, Nr. 299, MA (PDF: 61)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>Deutscher Reichstag</b> (45. Sitzung vom 28. Juni): Thema ist erneut die <b>Cholera</b> gefahr. V nutzt die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass jedes Land für sich in dieser Angelegenheit Verantwortung habe. Man könne nicht darauf warten, dass der Rest der Welt sich darum kümmere, sondern müsse selbst tätig werden. Wenn auch nur der Anschein einer Cholerainfektion gegeben sei, müsse man Warnungen aussprechen, auch wenn man sich nicht sicher sei. Es sei besser, hinterher Entwarnung zu geben, wenn man sich geirrt habe. Hier verweist er auch auf die sorglose Freigabe von untersuchten Schiffen. Hier müsse die internationale Gemeinschaft besser zusammenarbeiten. Es sei falsch zu glauben, dass sich auf Schiffen die Cholera nicht erhalten könne. Nichtsdestotrotz warnt er vor Panikmache. Es stünde keine	vgl. Andree, Band 37, S. 642-646



			neue Epidemie bevor. Die größte Sicherheit im Kampf gegen diese Krankheit bleibe nach wie vor die ärztliche Kontrolle und Quarantäne.	
73	So, 29.6.1884, Nr. 299, MA (PDF: 62-63)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Bericht über das Sommerfest des fortschrittlichen <b>Vereins Waldeck</b> von 27. Juni. Auch V hält eine kurze Rede. Er freue sich über die Fortentwicklung des Vereins, da dies den Beweis liefere, dass die Jugend noch Ideale habe. Man dürfe aber auch nicht verkennen, dass viele einfach nur danach strebten eine gute Anstellung zu finden. Der Reichskanzler habe die Fortschrittspartei als die gefährlichste Partei des Landes bezeichnet, obwohl diese stets streng auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie gestanden habe und sich der Verfassung, die keineswegs nach ihrem Geschmack sei, loyal unterworfen habe. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, dass die <b>Fortschrittspartei</b> , trotz aller Angriffe, einen großen Teil des Volkes hinter sich habe. Das sei wohl auch der Grund für <b>Bismarcks</b> Angriff gewesen. Er hoffe, dass sich bei den bevorstehenden Wahlen trotz allem wieder zeigen werde, dass das Volk sich gegen eine egoistische Interessenpolitik wende. Einen Veranstaltungshinweis hat es zu diesem Fest zwar gegeben, aber Vs Erscheinen ist dort nicht erwähnt.	vgl. Reiwald, Hugo: Geschichte des Fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ zu Berlin im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens, 1903; S. 18
74	Mo,	1. Beilage,	Vereine und Versammlungen: V hält im	Festschrift

	30.6.1884, Nr. 300, AA (PDF: 65)	S. 1, 1. Spalte oben	<p><b>Berliner Handwerkerverein</b> die <b>Festrede</b> zum 25. Stiftungsfest. V wies darauf hin, dass er selbst eines der ältesten Mitglieder des Vereins sei, sogar schon länger als 25 Jahre dem Verein angehöre. Denn er sei schon Mitglied jenes älteren Vereins gewesen, der 1844 gegründet, aber 1850 bei den politischen Unruhen geschlossen wurde. Er habe die Vereinsgeschichte wiedergegeben und sei auf einzelne Erlebnisse eingegangen.</p> <p>In der Festschrift des Vereins von 1909 ist Vs Rede nicht abgedruckt, nur auf S. 13 findet sich eine Bemerkung in der Fußnote des Textes. Ein Mitgliederverzeichnis oder ein Hinweis über Vs frühe Vereinszugehörigkeit liegt nicht vor.</p>	1859-1909: Berliner Handwerker- verein. 1909
75	Do, 3.7.1884, Nr. 305, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<p><b>BAG</b> (Junisitzung): Zunächst begann V mit einigen geschäftlichen Mitteilungen und ging dann zu den wissenschaftlichen Eingängen über. Besonders zu erwähnen sei ein großer <b>Bronzering</b> aus <b>Weissagk</b>. Von <b>Prof. Ranke</b> ist ein <b>Bronzeschädel</b> eingesandt worden. Dieser „Normschädel“ solle vergleichenden Messungen dienen. Von Direktor Schwarz wurde ein Schädel aus <b>Nakel</b> mit zwei <b>Schläfenringen</b> vorgelegt. Ferner berichtet V von Briefen <b>Schliemanns</b>. Diese habe Pläne für seine Grabungen in <b>Tiryms</b> vorgelegt. Besonders untersucht wurde ein trojanisches <b>Nephritbeil</b>.</p>	Erläuterungen zu einem Wendelring von <i>Weissagk</i> und kleinen <i>Bronzeringen</i> von Gründ- walde: VBAG 16, S. 351-353 Demonstration eines <i>Bronze- schädels von Ranke</i> : VBAG 16, S. 290-291 Untersuchung

				<p>eines Schädels mit zwei <i>Schläfenringen</i> aus <i>Nakel</i>:  VBAG 16, S. 308-310  Erklärende Bemerkungen zu <i>Schliemanns</i> Ausgrabungen in <i>Tiryns</i>: VBAG 16, S. 303-305  <i>Nephrit-Beilchen</i> (Hohlmeissel) von Hissarlik: VBAG 16, S. 297-299</p>
76	<p>Sa,  5.7.1884,  Nr. 309,  MA  (PDF: 11)</p>	<p>1. Beilage,  S. 1,  1. Spalte unten</p>	<p>Bericht über die <b>Sommerexkursion</b> der <b>BAG</b> nach <b>Bernburg</b>: Erwähnt wird dabei nur Vs Tischrede, in der er den Altertumsverein Bernburg lobte. Für den Verein gelte es, besonders nach Anzeichen einer slawischen Besiedlung zu suchen.</p>	<p>Excursion nach Bernburg (Anhalt):  VBAG 16, S. 398-403</p>
77	<p>Di,  8.7.1884,  Nr. 313,  MA  (PDF: 16)</p>	<p>1. Beilage,  S. 2,  2. Spalte oben</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Auch V habe sich mit der <b>französischen Choleraepidemie</b> auseinandergesetzt. In der neusten Ausgabe der „<b>Nation</b>“ kommt V inhaltlich auf seine im Reichstag gehaltene Rede [28.6.1884] zurück. Jedes Land für sich habe in dieser Angelegenheit</p>	

			<p>Verantwortung. Man könne nicht darauf warten, dass der Rest der Welt sich darum kümmere, sondern müsse selbst tätig werden. Besonders gefährlich seien in diesem Zusammenhang die Transportschiffe, die die Erkrankung weiter verbreiten würden. Von <b>Koch</b> sei der Choleraerbazillus zwar gefunden, aber der Beweis, dass dieser als Agens bei der Infektion eine Rolle spiele, sei noch nicht endgültig erbracht. Es seien dazu noch viele Experimente und weitere Forschungen nötig.</p>	
78	<p>So, 13.7.1884, Nr. 323, MA (PDF: 10)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben</p>	<p>Lokales: Bericht über die <b>Trauerfeier zu Ehren</b> des verstorbenen <b>Prof. Dr. Lepsius</b>. V ist unter der Vielzahl an Gästen.</p>	
79	<p>Di, 15.7.1884, Nr. 325, MA (PDF: 13-14)</p>	<p>S. 4, 3. Spalte unten</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die letzte Sitzung der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b>. V hat eine <b>Mikrocephalin</b> untersucht. Das 14-jährige Mädchen habe einen normalen Körper, aber einen besonders kleinen Kopf, nicht größer als eine Männerfaust. Sprechen könne das Kind fast gar nicht. Da V das Kind vor 10 Jahren schon einmal untersucht habe, betont er, dass der Körper sich in dieser Zeit normal entwickelt habe, die geistige Entwicklung sei aber erheblich retardiert. Das Mädchen habe 6 Geschwister, von denen weitere 3 Mikrocephalen waren, aber nicht überlebt</p>	<p>vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 27.10.1884, Nr. 43, S. 691-692; Vortrag geh. am 9. Juli in der Berl. med. Gesellschaft  s.a. 29.1.1878</p>

			hätten.	
80	Mi, 16.7.1884, Nr. 327, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Hefte 440-443).	
81	So, 20.7.1884, Nr. 335, MA (PDF: 26)	S. 4, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (Julisitzung): Die in Berlin anwesenden Ureinwohner <b>Australiens</b> haben die BAG besucht. V weist auf die besonderen Tätowierungen hin. Ferner verfügten diese Personen über ein besonderes Ebenmaß des Köpers. Ihre krausen Haare unterschieden sich, trotz ihrer schwarzen Hautfarbe deutlich von den Negern. V wird in den nächsten Tagen an den Personen Messungen vornehmen. Über die weiteren Tagesordnungspunkte, wie die <i>Exkursion nach <b>Feldberg</b></i> und <i><b>Bernburg</b></i> und den Bericht zu den <i><b>Calchaquis</b></i> -Indianern, werde man ggf. an anderer Stelle berichten. [23.7.1884]	<i>Über die Australier von Queensland:</i> VBAG 16, S. 407-418 Bericht über die anthropologische <i>Excursion nach Feldberg:</i> VBAG 16, S. 390-397 <i>Excursion nach Bernburg</i> (Anhalt): VBAG 16, S. 398-403 Über eine Sammlung von Alterthümern und einen Schädel der <i>Calchaquis</i> sowie Steingeräthe von Catamarca, Cordoba u.s.w.

				in Argentinien: VBAG 16, S. 372-380
82	Mi, 23.7.1884, Nr. 339, MA (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	<b>BAG</b> (zweiter Teil der Berichterstattung zur Julisitzung): V begann den Abend mit Personalnachrichten. Er berichtet über den Tod von <b>Lepsius</b> und <b>Hochstetter</b> . Später erstattete er Bericht über die Exkursionen nach <b>Feldberg</b> und <b>Bernburg</b> . Von den Fundstücken aus Feldberg seien besonders Schädel zu erwähnen, die besonders lang seien und die Skelette, die Gichtspuren aufweisen würden. Dann sprach V über die <i>Calchaquis</i> -Indianer. Auf der derzeitigen argentinischen Ausstellung in <b>Bremen</b> könne man interessante Objekte begutachten. Im Anschluss daran führte V seinen zerlegbaren <b>Körpermessapparat</b> vor. Dieser sei besonders für Forschungsreisende gebaut.	<i>Nachruf für Robert Lepsius</i> : VBAG 16, S. 351-353 <i>Nachruf für Ferdinand Ritter von Hochstetter</i> : VBAG 16, S. 355 Bericht über die anthropologische <i>Excursion nach Feldberg</i> : VBAG 16, S. 390-397 <i>Excursion nach Bernburg</i> (Anhalt): VBAG 16, S. 398-403 Über eine Sammlung von Alterthümern und eine Schädel der <i>Calchaquis</i> sowie Steingeräthe von Catamar-

				ca, Cordoba u.s.w. in Ar- gentinien: VBAG 16, S. 372-380
83	Sa, 26.7.1884, Nr. 345, MA (PDF: 38)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: Kurzer Bericht über die Mes- sungen, die V an den Ureinwohnern <b>Australiens</b> vorgenommen hat, die der- zeit in Berlin sind. Demnach seien sie ty- pische Vertreter ihrer Rasse, speziell der Nordstämme Australiens. Bedenken ge- genüber ihrer Herkunft gebe es keine.	
84	Sa, 2.8.1884, Nr. 357, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Be- richt über die Konferenz zur Erörterung der Cholerafrage [ <b>Cholerakonferenz</b> ]. Als Leiter der Konferenz eröffnet V die Versammlung mit einer Ansprache. Er begrüßt <b>Koch</b> , der eigentlich gebeten worden war, in der Berliner medizini- schen Gesellschaft einen Vortrag zu hal- ten. Leider sei dies trotz guter Aussichten gescheitert, da Koch nur vor einem klei- nen Publikum das Wichtigste vortragen wolle.	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. Mai 1885, Nr. 37 a und b
85	Di, 5.8.1884, Nr. 362, AA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kur- zer Hinweis, dass V beim Festbankett des Anthropologen-Kongresses in <b>Breslau</b> den Vorsitz führte.	
86	Mi, 6.8.1884, Nr. 363, MA (PDF: 12-	1. Beilage, S. 1, . Spalte oben f.	<b>DAG Kongress in Breslau:</b> V eröffnete die erste wissenschaftliche Sitzung mit einer Ansprache. Die Anthropologie be- dürfe nach wie vor allseitiger Unterstüt- zung. Gerade Breslau hinke etwas hinter-	Über ostdeut- sche prähisto- rische Al- terthümer. Er- öffnungsrede

	13)		<p>her und deswegen habe man sich entschlossen, hier den Kongress zu veranstalten. Es gelte, die Germanen weiter zu erforschen und das Slawentum zu ergründen. Hier sei man bis jetzt auf Vergleich oder Ausschluss angewiesen, um eine Theorie auszustellen. <b>Schlesien</b> biete als Grenze der Völkerwanderung eine besondere Vermischungszone. Während bei römischen Funden die zeitliche Einordnung über Münzen erfolge, bliebe bei den germanischen oder slawischen Funden nur eine Trennung über die Totenriten. In dem Zusammenhang müsse man sich auch die Frage nach einer indogermanischen Einwanderung stellen. Am Ende seiner Rede würdigte V noch kürzlich verstorbene Anthropologen.</p> <p>Die Nachmittagssitzung begann V mit einer Erläuterung zu Nachbildungen von prähistorischen Goldfunden. Ein Teil der Stücke entstamme der kürzlich stattgefunden Goldschmiedeausstellung in <b>Budapest</b>, darunter die Hauptstücke des Schatzes von <b>Pietrossa</b>. V hob die Wichtigkeit solcher Nachbildungen hervor. Einerseits dienten sie dazu, Wissen zugänglich zu machen, andererseits habe man eine Kopie, wenn das Original beschädigt würde oder verloren ginge.</p>	zur 15. allgemeinen Versammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft zu Breslau: Corr.-Bl. 15, S. 65-67
87	Mi, 6.8.1884, Nr. 363,	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte	Telegraphische Depeschen: Aus <b>Breslau</b> wird berichtet, dass V zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> ernannt worden	



	MA (PDF: 14)	mittig	sei.	
88	Do, 7.8.1884, Nr. 365, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht zur geplanten Gründung des <b>hygienischen Instituts</b> der Universität unter Leitung von <b>Koch</b> . In einem historischen Abriss über die anderen vier Institute wird das <b>pathologische Institut</b> erwähnt, das V 1856 gegründet habe.	
89	Do, 7.8.1884, Nr. 365, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	<b>DAG Kongress in Breslau</b> : Kurze Erwähnung, dass <b>Schliemann</b> mit einem Toast seinem Lehrer und Meister V gedankt habe. Weiter wird V als Berliner Gast zusammen mit seinem Sohn <b>Hans</b> erwähnt.	
90	Fr, 8.8.1884, Nr. 367, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>DAG Kongress in Breslau</b> : Kurzer Hinweis, dass V über seinen zusammenlegbaren <b>Körpermessapparat</b> gesprochen habe.	
91	Fr, 8.8.1884, Nr. 368, AA (PDF: 24)	S. 2, 1. Spalte oben	Kurzer Bericht zu der polnischen Berichterstattung über den <b>DAG Kongress in Breslau</b> : Es gebe offensichtliche Empfindlichkeiten, auch gegenüber Äußerungen von V. Dieser habe gesagt, dass man an einer Grenze des deutschen Vaterlandes stünde, das man den Slawen erst abgenommen habe. Dies habe man als nationalpolitisch und aggressiv gegen <b>Polen</b> empfunden.	
92	Mo, 11.8.1884, Nr. 372, AA	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht vom <b>internationalen Ärztekongress in Kopenhagen</b> . Es wird nur	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 25.8.1884,

	(PDF: 29)	mittig	kurz erwähnt, dass V seinen Dank für den herzlichen Empfang ausgesprochen habe.	Nr. 34, S. 549-551  s. a. 13.8.1884
93	Di, 12.8.1884, Nr. 373 (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	DAG Kongress in <b>Breslau</b> : V war durch Unwohlsein an der Teilnahme verhindert.	
94	Mi, 13.8.1884, Nr. 375, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht über den <b>internationalen Ärztekongress in Kopenhagen</b> : Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten spricht auch V. Er dankt seinem langjährigen Freund <b>Prof. Panum</b> für die Möglichkeit hier sprechen zu dürfen. Dabei nutzt er die Gelegenheit auf das Thema der <b>Vivisektion</b> einzugehen. Diese sei ein Prüfstein, wie weit eine Nation kommen könne, wenn sie sich nicht nur mit der Beobachtung der Natur zufrieden gebe. Die medizinische Kunst sei in Griechenland entstanden und mittlerweile durch die Physiologie erweitert worden. Auch im Norden würde die Wissenschaft sich mit der praktischen Arbeit vor Ort vermischen. Es gelte, eine Gemeinschaft zu bilden, unabhängig von Sprache und Sitten, weil alle der gleichen Wissenschaft huldigten. Später ist vermerkt, dass V neben anderen von den Königen von Dänemark und Griechenland ausgezeichnet worden sei. Für die Teilnehmer Deutschlands am Kongress wurde er neben anderen zum <b>Ehrenpräsidenten</b> gewählt.	

95	Fr, 15.8.1884, Nr. 379, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Bericht über den <b>internationalen Ärztekongress in Kopenhagen</b> : Bericht über das Diner der pathologischen und pathologisch-anatomischen Sektion. Von <b>Dr. Carl Salmonsens</b> wird V als eines der größten Genies des Jahrhunderts im Bereich der <b>Pathologie</b> gefeiert. Dazu wird ein von V einmal gebrauchtes Motto zitiert: „Immer nur den alten Kohl saufen faule Bäuche. Neuer Wein gebührt sich wohl für die neuen Schläuche.“ V selbst sei derjenige gewesen, der der Pathologie eben jenen neuen Wein eingeschenkt habe. Selbst in 1000 Jahren werde man in der Pathologie immer noch Spuren von Vs Wirken finden können. Das größte Lob für solch einen Mann bestehe darin, zwischen seinen Schülern zu sitzen und darauf vertrauen zu können, dass diese den Weg der Wissenschaft, vielleicht auch über erneuerte Wege weiter und weiter beschreiten. Darauf erklärte V in französischer Sprache seinen Werdegang als medizinischer Forscher. Er habe als Schüler der englischen und französischen Richtung begonnen, sei aber auch immer seinen eigenen Weg gegangen. Er sei nie Revolutionär, sondern nur Reformers gewesen. Nachdem man nun auf die Lehre von den Krankheitsbakterien gekommen sei, sei der nächste Schritt hin zur <b>Zellu- logie</b> , die Untersuchung des Kampfes zwischen Zelle und Bakterium.	
----	--	---	--	--

96	Fr, 15.8.1884, Nr. 380, AA (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über die <b>Versammlung der Sozialdemokraten im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Ein Versammlungsmitglied äußerte sich gegen V, da dieser in einer Partei neben Männern sitze, die für die <b>Ausnahmegesetze</b> gestimmt hätten.	
97	Di, 19.8.1884, Nr. 385, MA (PDF: 49)	S. 4, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaften und Literatur: Nachricht über den Tod <b>Prof. Dr. Julius Friedrich Cohnheims</b> . Er hat vier Jahre als Assistent unter V in der Pathologie gearbeitet, bevor er dann einen Ruf nach Kiel bekam.	
98	Di, 19.8.1884, Nr. 385, MA (PDF: 49)	S. 4, 2. Spalte, oben	Bericht über den <b>internationalen Ärztekongress in Kopenhagen</b> : Am Vormittag habe V eine kurze Rede gehalten, nachmittags habe er über <b>Metaplasie</b> gesprochen. Da das Thema nur rein fachliches Interesse befriedige, gehe man in der VZ nicht weiter darauf ein.	
99	Mi, 20.8.1884, Nr. 387, MA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über den <b>internationalen Ärztekongress in Kopenhagen</b> : Beim Abschluss des Kongresses dankte V im Namen aller Gäste für den reibungslosen Verlauf der Veranstaltung und richtete besonders seinen Dank an die Monarchen für ihr Wohlwollen, an die Regierung für die finanzielle Unterstützung und an die Bürgerschaft und die Kommune für die Ausgestaltung und den Empfang.	
100	Do, 21.8.1884, Nr. 389,	S. 4, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaften und Literatur: Es wird berichtet, dass sich der <b>Niederlausitzer Anthropologenverein</b> unlängst	

	MA (PDF: 55)		gegründet habe und dass V eines der <b>Ehrenmitglieder</b> sei.	
101	Mo, 25.8.1884, Nr. 396, AA (PDF: 63)	S. 2, 1. Spalte unten	Abdruck eines Briefes von V an die „ <b>Kieler Zeitung</b> “: Es habe wieder einmal eine <b>Hetze</b> der konservativen Presse gegen V gegeben, wie dieses Schreiben verdeutliche. Es habe Angriffe gegen ihn gegeben, weil er angeblich auf einem Festessen der Stadt Kopenhagen französisch statt deutsch gesprochen habe. Dies stimme nicht und normalerweise hätte er auf so eine Geringfügigkeit gar nicht geantwortet, wenn man damit nicht die Nationen gegeneinander aufhetzen würde. Ferner mache man offensichtlich ihn persönlich dafür verantwortlich, dass die Schiffe auf der Vergnügungsfahrt nach <b>Helsingör</b> keine deutschen Flaggen gehisst hätten und auch bei den Frühstückszelten die Fahne erst später gesetzt wurde. Die Schiffe hätte allerdings überhaupt keinerlei Nationenbeflaggung gezeigt. Warum man nun ausgerechnet ihn als Schuldigen auserkoren hätte, könne er sich, bei den vielen anderen angesehen deutschen Männern, nicht erklären. Alle deutschen Gäste seien mit allen Ehren empfangen worden und er denke, alle würden mit Dank an die Zeit in <b>Kopenhagen</b> zurückdenken.	
102	Sa, 30.8.1884, Nr. 405,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Kunst, Wissenschaften und Literatur: Kurzer Hinweis, dass V eine Einladung zum <b>Archäologenkongress in Odessa</b>	

	MA (PDF: 73)	mittig	bekommen habe.	
103	Sa, 6.9.1884, Nr. 418, AA (PDF: 1)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Wahlkampfauftaktrede von <b>Stöcker</b> . Sein Thema lautete „Der Fortschritt und sein `Richter`, der Verwüster der deutschen Größe“. Darin äußert er sich auch zu V. Seiner Meinung nach würden alle diejenigen, die zum Kaiser stünden, V nicht wählen.	
104	Mo, 8.9.1884, Nr. 420, AA (PDF: 14)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Ausführlicher Bericht über Vs Besuch in <b>Kiel</b> : Er habe dort vor einer <b>Versammlung liberaler Wähler</b> über die <b>Kolonialpolitik</b> gesprochen. Er sei gerade erst von einer Reise zurückgekehrt und dies sei sein erster Abend auf deutschem Boden. Die Liberalen würden immer weiter zurückgedrängt, so dass es nötig war, die <b>Fortschrittspartei</b> mit der <b>liberalen Vereinigung</b> zu verbinden. Man habe unter dem Namen „ <b>Deutsche freisinnige Partei</b> “ einen neuen Zusammenschluss gegründet. <b>Prof. Dr. Hänel</b> habe sich dringend dafür eingesetzt, den alten Namen nicht weiter zu führen. V nutzt aber die Gelegenheit, nochmals hervorzuheben, dass die Fortschrittspartei diejenige war, die sich für den deutschen Gedanken stark gemacht und dafür geworben habe. Diejenigen, die nun die nationale Politik für sich in Anspruch nähmen, die Konservativen und das Zentrum, hätten sich damals auf die Seite des alten Bundesta-	

			<p>ges gestellt. Zwar könne man nicht mehr klären, was ohne das Zutun der Fortschrittspartei geworden wäre, aber man könne sich damit schmücken, die Regierung auf einen anderen Weg gebracht zu haben. Trotzdem wolle man die Partei bei jeder Gelegenheit dafür verantwortlich machen, den Ruhm der Deutschen dem Ausland geringer erscheinen zu lassen. In diesem Zusammenhang schildert V die Vorwürfe aus der „<b>Kieler Zeitung</b>“ bezüglich der Beflagung zum <b>Ärztetkongress in Kopenhagen</b>. Allerdings müsse er, um solche Vorwürfe zu hören, noch nicht einmal die Stadt verlassen. Dabei ginge es den neuen Nationalen nur um eine neu erfundene Kolonialpolitik, die als der Stolz aller Deutschen erscheinen solle. Weiter gehe es um die <b>Subventionierung einiger Dampferlinien</b>, die alle Monate ein Schiff nach Samoa und Ostasien schicken. Man sei nicht in der Lage gewesen herauszurechnen, in wie weit es sich dabei um eine große und für die Nation wichtige und allgemein zu entscheidende Fragen handelte. V erklärt dazu, wie klein und unbedeutend <b>Samoa</b> sei und dass man weder eine regelmäßige Befrachtung noch eine Auswanderung dorthin anstreben könne. Es handle sich bei der Angelegenheit wohl eher um die Subvention einer Hamburger Gesellschaft. Die Sinnhaftigkeit der Unterstüt-</p>	
--	--	--	--	--

			<p>zung einer solchen Dampferlinie im Vergleich zu der auf allen Meeren tätigen Deutschen Schifffahrt sei nicht einzusehen. Als weiteres Beispiel einer wohl kaum als Kolonialpolitik zu bezeichnenden Angelegenheit, sei der Erwerb eines Landstrichs in Südafrika durch einen Bremer Kaufmann. Dort gebe es aber kein Wasser und Einwanderer hätten dort auch keinen Platz. Die Nachricht ähnlicher, neuer Gründungen komme aus dem Kamerun-Gebirge und anderen Gebieten Zentralafrikas, die für Europäer ungünstiges Klima hätten und in denen die Malaria die Einwanderer in wenigen Generationen aussterben lassen würde. V ist der Meinung, man könne eben erst dann von Kolonien sprechen, wenn überhaupt die Möglichkeit eines dauerhaften Aufenthaltes gegeben sei. Davon sei an allen genannten Plätzen nicht die Rede. Dass man nun Plätze finde, die für eine Kolonie geeignet seien und auch noch frei, sei eher unwahrscheinlich. Deswegen nun andere Landstriche ins Auge zu fassen, dort Krieg zu führen und die einheimischen Völker zu enteignen und wegzuschicken, soweit würde auch <b>Bismarck</b> nicht gehen. Ansonsten könne man das, was zurzeit im Ausland stattfindet, nicht als Kolonialpolitik bezeichnen. Aber niemand werde etwas dagegen haben, wenn Kaufleute, deren Handelsinteressen gefährdet</p>	
--	--	--	---	--



			<p>erscheinen, vom Deutschen Reich geschützt würden und wenn man zum Zeichen dessen die deutsche Flagge auf ihren Erwerbungen aufstecken würde. Der einzig gute Ansatz in dieser ganzen Bewegung sei allerdings, den Export Deutschlands möglichst zu vergrößern. Dies gelänge aber nur, wenn Frieden zwischen den Nationen herrsche und man nicht gleichzeitig Einfuhrzölle erhebe. Man könne von Staats wegen nicht allen Interessengruppen helfen, nicht jede Beschwerde der Bürger könne abgestellt werden kann. Da könne man auf den Gedanken kommen, dass das sozialistische System eine Möglichkeit hierfür biete. Hier hätten die Sozialdemokraten aber auch schon eingesehen, dass die Taten der Regierung nicht ihren sozialistischen Ideen entsprächen. Als liberale Partei wolle man die freie Entwicklung des Individuums fördern und habe stets für Freiheit gestritten. Die Freiheit sei das Mittel der Menschen, um ihre Kräfte voll zu entfalten.</p> <p>Der zweite Teil der Rede wird von der VZ am nächsten Tag abgedruckt.</p>	
105	Di, 9.9.1884, Nr. 421, MA (PDF: 2)	S. 4, 2. Spalte unten	Zu den Wahlen: Aufzählung der Kandidaten der freisinnigen Partei, die 60 Jahre und älter sind. V mit 63 gehört auch dazu.	
106	Di,	1. Beilage,	Erneuter Bericht zu Vs Rede in <b>Kiel</b> :	

	<p>9.9.1884, Nr. 422, AA (PDF: 4)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>Nach Ansicht der VZ sei der zweite Teil der Rede fast noch bedeutungsvoller als der erste. V sei zunächst auf die <b>Zollpolitik</b> eingegangen und habe deutlich gemacht, dass es wenig sinnvoll sei, den Export unendlich zu steigern und den Import zu unterbinden. Ein solches Verhalten schädige ein Land auf Dauer.</p> <p>Dann kommt V auf den Tag zu sprechen, an dem <b>Bismarck</b> nicht mehr im Amt sein wird. Eine Nation könne nicht an einem einzelnen Mann hängen. Sie müsse aus sich selber heraus Entwicklungen vortreiben. Man könne nicht auf einen Messias warten, der die Geschehnisse in die Hand nehmen werde. Alle müssten mitarbeiten und dafür sorgen, dass an der Spitze Männer stünden, die die Geschicke des Landes lenken helfen. Er rechne darauf, dass der intelligente Mensch, der sich selbst und die Verhältnisse um sich herum kenne, besser in der Lage sei, über sein Wohl zu urteilen, als der Staat. Der Staat habe nicht weiter einzugreifen, als dass er die Schranken beseitige, die den Einzelnen hindern könnten. Dies sei die <b>freie Konkurrenz</b> und die Menschen müssten eben genau dies tun, um das Beste zu leisten. Der Staat werde nie in der Lage sein, das und so gut hervorzubringen, was die Tätigkeit des Einzelnen leisten könne. Diese freie Entwicklung der Individuen sei nirgends so heftig ge-</p>	
--	---	---------------------------------------	--	--

			<p>führt worden, wie auf dem Gebiet der Kirchenpolitik. Von Seiten des Zentrums sei darauf gedrängt worden, schon den Kindern in der Schule Grenzen des Denkens und Wissens aufzuerlegen. Noch habe der Staat dieses Zugeständnis nicht gemacht, aber die Sache liege ähnlich wie die mit den Innungen. Dies seien zwei Seiten des Strebens, die sich in parallelen Zeichen darstellten. Jeden Schritt, den das Zentrum mache, bezahlten sie mit den Rechten des Volkes im wirtschaftlichen Leben und umgekehrt; jeden Schritt, den die Regierung auf dem Gebiet des Innungswesens machte, werde mit Rechten des geistigen Lebens bezahlt. Das nenne man gesetzmäßigen Handel. Dieser Kampf des Liberalismus sei kein Kampf mit anderen Parteien. Es sei ein Kampf, den die fortschreitende Welt mit der Vergangenheit führe. Dann kommt V auf den Begriff der <b>politischen Freiheit</b> zu sprechen. Die Wege, die die Regierung dazu eingeschlagen habe, werden nicht dahin führen, die sozialen Schäden zu beseitigen und nicht ausreichen, um sie in dem Maße zu mildern, dass große Kreise dadurch beruhigt würden. Unglücklicherweise sei die Idee entstanden, es könnte durch Staatseinrichtungen das Ziel des Einzelnen sichergestellt werden, ohne dass er selbst etwas dazu tun müsste. Die Freiheit sei kein bloßes Wort. Sie</p>	
--	--	--	--	--

			sei das Mittel, das den Menschen gegeben wurde, um sich zu größeren Verbänden zusammenzufinden und werde bedroht von der Kirche und deren Dogma. Sie sei die Grundlage für jede regelmäßige, wahrhaft humane Entwicklung, die die Völker machen könnten.	
107	Do, 11.9.1884, Nr. 425, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig	Lokales: Kurzer Hinweis, dass V eigentlich schon in Berlin sein wollte, nun aber doch noch in <b>Kiel</b> weilt, um dort das <b>Flottenmanöver</b> zu erleben.	
108	Do, 11.9.1884, Nr. 426, AA (PDF: 9)	S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht zum Leitartikel des „ <b>Deutschen Tageblatts</b> “ über Vs Rede in <b>Kiel</b> : Das Blatt schreibt, dass V seinen Ruhm im Ausland nur zur Hälfte seinem Ruf als Gelehrter zu verdanken habe, die andere Hälfte habe er, in seiner Eigenschaft als Deutscher, <b>Bismarck</b> zu verdanken. Im Übrigen würde V wieder seine Ferien im Ausland verbringen. Über Vs Tätigkeit als Ausbilder und Lehrer notiert das Blatt, dass er sich zwar in der großen Anzahl seiner Schüler sonne, würden sie ihm aber entwachsen, so schicke er sie lieber ins Ausland, weil er ihre Konkurrenz nicht gerne sehe.	
109	Fr, 12.9.1884, Nr. 427, MA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> . (Heft 446).	
110	Di,	1. Beilage,	Vereine und Versammlungen: Kurzer Be-	s. a. 19.9.1884

	16.9.1884, Nr. 433, MA (PDF: 18)	S. 2, 2. Spalte mittig	richt über die <b>Versammlung des Bezirksvereins „Hafenhaide“</b> vom 12. Sep. Man einigt sich darauf die Kandidatur Vs zu unterstützen.  Kurzer Hinweis auf die am 18. Sep stattfindende Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Reichstagswahlkreis. Eingeladen sind diejenigen, die eine Kandidatur Vs unterstützen.	
111	Di, 16.9.1884, Nr. 434, AA (PDF: 1)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Bericht über eine <b>Versammlung des 2. Berliner Reichstagswahlkreises</b> vom 15. Sep. auf der <b>Stöcker</b> eine lange Rede hält. Er geht dabei auch auf V ein, von dem er Teile aus dessen Reden unter dem Lachen des Publikums verliest.	
112	Do, 18.9.1884, Nr. 437, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht zur Vermessung der <b>Singhalesen</b> , mit der V begonnen hat. Ziel sei es, die drei am Ceylon vorkommenden Stämme voneinander abzugrenzen.	
113	Do, 18.9.1884, Nr. 437, MA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Bericht über eine <b>Versammlung der freisinnigen Partei im 3. Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Der bisherige Vertreter des Kreises <b>Munckel</b> spricht über den Beginn des Wahlkampfes und über die bereits vorgekommenen Schmähungen. So sei V von <b>Prof. Wagner</b> der Lächerlichkeit preisgegeben worden, in dem dieser behauptet habe, wenn man für die Größe und Ehre Deutschlands sei, könne man nur <b>Stöcker</b> wählen. Dabei könne man keinen Augenblick zweifeln, wen man wählen müsste,	

			um Deutschland zu ehren.	
114	Fr, 19.9.1884, Nr. 440, AA (PDF: 27)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Bericht über eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis vom 18. Sep.: <b>Ludwig Löwe</b> sprach über die bevorstehenden Wahlen. Er ging auf die Verunglimpfungen ein, die <b>Stöcker</b> auf einer Versammlung gegen V geäußert habe. V sei der Lächerlichkeit preisgegeben worden und der Vergleich, dass die <b>Kanalisation</b> viel unrentabler sei als die Reichspost, sei völlig irrelevant. Schließlich sei die Post auch in keiner Weise uneigennützig. Man könne dankbar sei, dass die Kanalisation in Berlin so gesunde Verhältnisse schaffe. Es sei eine Ehrensache, dass V die Wahl gewinne.	
115	Mi, 24.9.1884, Nr. 448, AA (PDF: 1)	1. Beilage, S. 1 2. Spalte oben	Berliner Wahlbewegung: In einer <b>Versammlung des fortschrittlichen Bezirksvereins der Potsdamer Vorstadt</b> spricht <b>Dr. Phillipps</b> . Am Ende seines Vortrags kommt es zu stürmischen Hochrufen auf V.	
116	Do, 25.9.1884, Nr. 449, MA (PDF: 37)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Bericht über die <b>Versammlung der konservativen Wähler des 2. Berliner Reichstagswahlkreises</b> , auf dem <b>Stöcker</b> gesprochen hat. V wird von ihm als Gegner der Regierung bezeichnet, der die Beamten Schufte genannt habe. So jemanden könne kein Beamter wählen.	
117	Fr, 26.9.1884, Nr. 451,	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass V am heutigen Abend vor der Wählerversammlung des <b>Wahlver-</b>	s. a. 27.9.1884

	MA (PDF: 41)	unten	<b>eins der Fortschrittspartei im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> sprechen wird.	
118	Sa, 27.9.1884, Nr. 453, MA (PDF: 44)	S. 4, 2. Spalte oben	Bericht über die Wählerversammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 26. Sep.: V spricht zum ersten Mal in dieser Wahlkampagne. Er wolle seine politischen Gegner nicht bekämpfen, dazu habe er gar keine Lust. Stattdessen setze er sich dafür ein, seinem Gegner <b>Stöcker</b> gegenüber Milde walten zu lassen. Dieser habe nach der letzten Wahl im HdA, trotz der Wahlniederlage, von „seinem“ Wahlkreis gesprochen. Diese Aussage habe er sicher nur getroffen, weil er noch ganz erfüllt war von den Beziehungen zu diesem Wahlkreis. Zwar könne man da von absichtlicher Entstellung der Wahrheit sprechen, aber da V ihm gegenübergesessen habe, wolle er an dessen Unabsichtlichkeit nicht zweifeln. Zweifel seien allerdings angebracht, ob Stöcker im Parlament am richtigen Platz sei, wenn man davon ausgehe, dass gerade dort nackte Wahrheit und ruhige Überlegung nötig seien. Allerdings müsse man Stöcker sehr wohl dafür verantwortlich machen, dass er die <b>antisemitische Bewegung</b> ausgelöst habe, die über die Grenzen hinaus bis nach Russland gezogen sei und dort zu Mord und Totschlag geführt habe. Dieser habe zwar immer wieder versucht, sich davon zu distanzieren, aber habe gerade	

			<p>in den letzten Tagen <b>Ludwig Löwe</b> als Parlamentsjuden und Fortschrittsjuden bezeichnet. Eine solche Bewegung könne man nicht oft und stark genug verurteilen, besonders wenn man die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz hochhalte und keine Unterschiede unter den Staatsbürgern in Abhängigkeit zu ihrer Religion zulassen wolle. Zu seinem zweiten Gegenkandidaten <b>Tutzauer</b> könne V sich gar nicht äußern, da er außer über dessen Parteizugehörigkeit und Zugehörigkeit zum SVV nichts über ihn wüsste. Dann wehrt sich V mit deutlichen Worten gegen den Vorwurf, die <b>freisinnige Partei</b> habe nichts für die Arbeiter getan. Hierbei würde man völlig übersehen, wieviel Bildung den ärmeren Klassen schon bequem zugänglich gemacht worden sei. Gerade erst diese Bildung habe es ermöglicht, dass sich die Arbeiter überhaupt auf politischem Sektor so hervortun könnten. Ferner habe man sich für das Gesetz der Assoziationsfreiheit stark gemacht und dafür gesorgt, dass die Gesundheitsverhältnisse sich verbessern. Es seien Krankenhäuser errichtet worden, die in Europa von überall Bewunderung bekommen und man habe in Berlin die Kanalisation gebaut. In den 60er Jahren habe man sich, trotz schwieriger Staatsfinanzen, gegen eine Erhöhung der Mietsteuer ausgesprochen, was auch den Arbeitern zu Gute</p>	
--	--	--	--	--



			<p>kam. Alles in allem habe man viel getan, aber die Arbeiter zielten darauf ab, mehr Geld zu verdienen. Es sei sehr zu bedauern, dass es noch nicht gelungen sei, die Lohnverhältnisse so zu gestalten, dass die Arbeiter zufrieden seien. Dies könne man aber nicht auf gesetzlichem Wege erreichen, sondern der Wandel müsse aus der inneren Bewegung der Nation kommen. Eine Feindschaft der freisinnigen Partei zu <b>Bismarck</b> wollte sich V nicht nachsagen lassen. Eine Zeit lang habe man vielleicht gehofft, dass ein Nachfolger käme, aber nachdem der Kaiser ihn auf Lebenszeit behalten wolle, habe man sich mit der Situation abgefunden. Davon, Bismarck beseitigen zu wollen, um Ministerstellen zu erjagen, oder eine Parlamentsherrschaft anstreben, könne ebenfalls keine Rede sein. Vielmehr verlange die Verfassung die Mitwirkung des Volkes, indem es bei den Wahlen klar ausdrücke, um dem Staat eine Richtung vorzugeben. Man könne zwar nicht davon ausgehen, dass einem Wünsche erfüllt würden, aber es sei entscheidend, dass man sie überhaupt äußern könne. Man sei weder aus Ehrgeiz noch Stellungstreben angetreten, sondern aus der Überzeugung, dass man für das Beste im Lande kämpfe.</p> <p>Bei dem Einfluss, den die Presse zurzeit nehme, würden viele Menschen getäuscht und V habe oft die undankbare Arbeit,</p>	
--	--	--	---	--

		<p>den Phrasen entgegenzutreten und den Kern der Sache wieder herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang sei die <b>Kolonialpolitik</b> zu nennen. Das, was sich aber unter diesem Begriff sammle, habe nichts damit zu tun. Die Gebiete, um die es gehe, seien für eine europäische Besiedlung gar nicht geeignet, selbst die Besitzer warnten vor einem Zuzug. Unabhängig davon müsse man selbstverständlich den Besitzern Schutz gewähren, damit sie in ihrer legitimen Tätigkeit geschützt blieben. Dieser Komplex habe aber nichts mit dem Thema Export zu tun. Natürlich müsse man den Export Deutschlands verbessern, aber die Art, wie das zu geschehen habe, da sei V nicht einer Meinung mit Bismarck. Für V sei die beste Strategie die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen mit anderen Völkern. Bismarck dagegen wolle Deutschland gänzlich abschotten. Davor könne man mit Blick auf China, Japan und Korea nur warnen.</p> <p>Die erste und wichtigste Aufgabe der Wählerschaft sei es, dass sie Männer ins Parlament schicke, die gewillt seien, einer Erweiterung dieser schädlichen Politik Widerstand zu leisten. Man habe wenig zu gewinnen, aber doch noch einiges zu verlieren. Deshalb müsse die Wählerschaft dafür sorgen, dass genügend sichere Männer ins Parlament gelangten, die</p>	
--	--	---	--

			entschlossen seien, sich dem neuen Ansturm der Reaktion entgegenzustellen.	
119	Di, 30.9.1884, Nr. 457, MA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Bericht über eine <b>Wahlversammlung im Bürgerverein Südwest-Friedrichstadt</b> vom 29. Sep.: Redner ist SV <b>Pickenbach</b> , der die antifortschrittliche Kandidatur im 2. Berliner Reichstagswahlkreis unterstützt. V habe angeblich 1879 gesagt, dass der <b>Jude</b> niemals tolerant sein würde, und wenn er dessen Herrschaft dulde, dann nicht aus Humanität. Jetzt würde V anders reden. Angeblich sei der Jude niemals dort, wo zu arbeiten sei, sondern wolle nur mühelos einheimen.	
120	Di, 30.9.1884, Nr. 458, AA (PDF: 52)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über eine <b>Versammlung der konservativen Wähler im 6. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 29. Sep.: Sprecher ist <b>Dr. Irmer</b> . Über V sagt er, dass dieser stets ohne richtiges politisches Verständnis gewesen sei. Belegen tut er das mit Vs Aussage, dass, da der Kaiser sich nicht von <b>Bismarck</b> trenne wolle, man sich noch in Geduld üben müsse. Es hätte von der <b>Fortschrittspartei</b> und von V immer nur Agitationen gegen das Deutsche Reich gegeben.	
121	Do, 2.10.1884, Nr. 461, MA (PDF: 4)	2. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 3. Okt. stattfinden wird. Sprecher wird Abg. <b>Munckel</b> sein. Es sind alle Wähler eingeladen, die Vs Kandidatur unterstüt-	s. a. 4.10.1884

			zen.	
122	Do, 2.10.1884, Nr. 462, AA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 1, 1.Spalte oben	Bericht über die <b>sozialdemokratische Arbeiterversammlung</b> für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis vom 1. Okt. in der der Stadtverordnete <b>Tutzauer</b> seine Kandidatenrede hielt. Gleich zu Beginn geht der Redner auf Aussagen von V ein. Dieser habe über ihn nicht sprechen können, weil er Tutzauer selbst und dessen Programm nicht kenne. Dies wolle Tutzauer nun nachholen. Er habe den größten Respekt vor V als Wissenschaftler, aber nicht als Politiker. V sei angeblich derjenige in der SVV gewesen, der die Konzessionierung der Pferdebahnen nicht abhängig davon machen wollte, ob die Arbeiter morgens und abends verbilligt mit der Bahn fahren können.	
123	Sa, 4.10.1884, Nr. 465, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 8. Okt. stattfinden soll. Sprecher wird Otto <b>Hermes</b> sein. Es sind alle Wähler eingeladen, die Vs Kandidatur unterstützen.	s. a. 9.10.1884
124	Sa, 4.10.1884, Nr. 465, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Bericht über die <b>Versammlung im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> vom 3. Okt.: Redner ist <b>Munckel</b> . Es könne keinen Zweifel bei einer Entscheidung zwischen V und <b>Stöcker</b> geben. Wenn man sich für das Licht und die Gegenwart und die Humanität entscheide, bleibe nur V.	
125	So,	1. Beilage,	Vereine und Versammlungen: Kurzer	s. a.

	5.10.1884, Nr. 467, MA (PDF: 13)	S. 2, 2. Spalte oben	Hinweis auf ein Fest des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 20. Okt. stattfinden wird. Redner werden V und <b>Träger</b> sein.	21.10.1884
126	Di, 7.10.1884, Nr. 469, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht zu Vs Messungen an den <b>Singhalesen</b> . Nun wolle er von einzelnen Körperteilen gerne plastische Wiedergaben haben. Dazu seien Gipsabgüsse von einem Bildhauer in Hamburg angefertigt worden, die dann zusammen mit einer Photographie V ausgehändigt wurden.	
127	Mi, 8.10.1884, Nr. 471, MA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Bericht über eine <b>Wahlversammlung der konservativen Wähler im 2. Berliner Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Redner ist Prediger <b>Hapke</b> . V, so Hapke, sei ein großer Mann der Wissenschaft, aber nicht der Politik. Nach dessen Untersuchung der Typhus-Epidemie 1848 habe V sich für unbeschränkte Demokratie ausgesprochen. So etwas vertrage sich aber nicht mit der konstitutionellen Monarchie, die man habe. V habe sich größte Verirrungen zu Schulden kommen lassen und gehöre längst in den Ruhestand. Bei der Debatte über das Sozialistengesetz habe sich V Umstände denken können, die ihn als <b>guten Revolutionär</b> auf die Barrikaden hätten steigen lassen. Hier zeige sich weder Reife noch Einsicht. Im <b>Kulturkampf</b> habe V geäußert, dass es ihm am liebsten wäre,	

			wenn man gar keine Kirche habe. Im Parlament habe Hapke erlebt, wie V einem Minister in ungebührlicher Art gegenübergetreten sei. Dies schädige das sittliche Bewusstsein des Volkes. Wenn man sich genau über Vs Tätigkeit informieren wolle, könne man sich Unter den Linden ein Flugblatt dazu besorgen, dass auch noch besonderen Absatz finde mit dem Gerücht, V sei tot. V habe sich nie für die nationale Größe des Volkes eingesetzt. Er habe sich gegen eine Trennung Preußens von Österreich eingesetzt und habe noch kurz vor dem Krieg gegen Frankreich das Volk wehrlos machen wollen. Daher müsse man <b>Stöcker</b> unterstützen.	
128	Do, 9.10.1884, Nr. 473, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Versammlung des Berliner Arbeiter-Vereins</b> am 11. Okt. auf der V sprechen wird. Es sind alle Wähler eingeladen, die Vs Kandidatur unterstützen.	s. a. 12.10.1884
129	Do, 9.10.1884, Nr. 473, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis vom 8. Okt.: Redner ist <b>Hermes</b> , der auf die von <b>Hapke</b> geäußerten Bemerkungen gegen V eingeht. Hapke zeige sich mit seinen Vorwürfen an V nur als ungeschickter Nachbeter seines Vorbilds <b>Stöcker</b> . Die Aussage zum <b>guten Revolutionär</b> wieder aufzugreifen zeige, dass Hapke nicht <b>v. Moltkes</b> Wort über ehrliche Revoluti-	

			<p>onäre kenne. Einen Minister anzugreifen, sei nicht bemerkenswert, denn für viele Bürger seien diese nichts wert und V sei ihnen in wissenschaftlicher Hinsicht mehr als überlegen. Das konservative Pamphlet, das mit dem vermeintlichen Tod Vs werbe, kritiklos hinzunehmen, würde deutlich die Klasse des Predigers Hapke zeigen. Auch die Vorwürfe, V habe nie etwas für die nationale Größe Deutschlands getan, kommen zur Sprache. Im Gegenteil, V habe für die nationale Sache schon gekämpft, als andere sich gegen solche „revolutionären“ Gedanken noch gesperrt hätten. Man müsse nur miterleben, wie V im Ausland, überall dort wo er auftrete, empfangen werde. Wenn Stöcker ins Ausland reise, sehe das gänzlich anders aus.</p> <p>Der 2. Wahlkreis müsse sich glücklich schätzen, einen Mann wie V zu haben, der sich für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt einsetze.</p>	
130	Do, 9.10.1884, Nr. 474, AA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Bericht über die Auflösung der <b>Versammlung des Luisenstädtischen Bezirksvereins „Vorwärts“</b> : Grund dafür sei, dass ein Deutschfreisinniger V als Kandidaten empfohlen habe. Nur dieser sei in der Lage, soziale Reformen zu schaffen.	
131	Fr, 10.10.1884, Nr. 475,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Bericht über eine <b>Versammlung von konservativen Wählern im 2. Reichstagswahlkreis</b> vom 9. Okt.: Redner ist	

	MA (PDF: 26)	unten	<b>Stöcker.</b> V wird nur kurz von Stöcker im Laufe der Rede erwähnt, als es um die Wahrheitsliebe Stöckers ging. Die von V gemachten Vorwürfe weist er entrüstet zurück.	
132	Fr, 10.10.1884, Nr. 475, MA (PDF: 26)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht über eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 6. Berliner Reichstagswahlkreis vom 9. Okt.: Redner war <b>Prof. Mendel</b> . Im Laufe seiner Rede kommt Mendel auf die diversen Vorwürfe zurück, die man der liberalen Partei in die Schuhe schieben wolle und die schon längst widerlegt seien. Darunter würde auch der Vorwurf fallen, V strebe die Schwächung des deutschen Heeres an.	
133	So, 12.10.1884, Nr. 479, MA (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Bericht über die <b>Versammlung des Berliner Arbeiter-Vereins vom 11. Okt.:</b> Auf dieser Versammlung sollte auch V sprechen, doch noch vor Beginn wurde diese von der Polizei aufgelöst. Vs Intervention, vom verantwortlichen Polizeibeamten Auskunft über den Grund der Auflösung zu erfahren, blieb ohne Erfolg. In den nächsten Tagen solle eine weitere Veranstaltung stattfinden auf der V sprechen werde.	
134	Di, 14.10.1884, Nr. 481, MA (PDF: 34)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 15. Okt. stattfinden wird. Redner werden <b>Hermes</b> und <b>Sachs</b> sein. Zutritt haben	



			nur Wähler, die für V stimmen wollen.	
135	Do, 16.10.1884, Nr. 485, MA (PDF: 39)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 17. Okt. stattfinden wird. Redner wird V sein.	s. a. 18.10.1884
136	Sa, 18.10.1884, Nr. 489, MA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis vom 17. Okt.: Eröffnet wird die Sitzung von <b>Blischke</b> , der dann an V übergibt. V sehe sich aufgrund der vielen Angriffe geradezu gezwungen, sich in dieser Rede thematisch damit zu beschäftigen. Er sei gerade heute in einem Artikel des „ <b>Reichsboten</b> “ als <b>Antisemit</b> bezeichnet worden. Dafür habe sich der Verfasser Vorfällen aus dem Jahr 1866 bedient, im Zusammenhang mit einem Vortrag im Berliner Handwerkerverein. Dort ging es um jüdische Hospitäler. Die andere Angelegenheit sei Vs angebliche Ablehnung eines jüdischen Assistenten. Auf beide Vorfälle habe er damals eingehend reagiert und sie seien in seinem „ <b>Archiv</b> “ nachzulesen. Der Artikelschreiber schein diese Tatsachen nicht gekannt zu haben und er habe deshalb in einem Brief an den „ <b>Reichsboten</b> “ die Sache klar gestellt und werde abwarten, ob man den Lesern eine entsprechende Mitteilung machen werde. Die Art und Weise, ihn nicht nur als An-	<i>Proselytenmacher</i> : abwertend; aufdringliche Werbung für einen Glauben (Duden: Das Fremdwörterbuch, 1990)

			<p>tisemiten, sondern auch als <i>Proselytenmacher</i> hinzustellen und ihn als einen Mann zu bezeichnen, der noch schlimmer sei, als Stöcker, sei jedenfalls originell. Dann berichtet V über ein Schreiben, dass ihm von einem <b>Dr. Thiel</b>, der im Adressbuch als Redakteur des „<b>Schalk</b>“ verzeichnet, zugegangen sei. Dieser habe ihm Geburtstagswünsche übersandt und ihm gleichzeitig mitgeteilt, dass V als Feind <b>Bismarcks</b> und <b>Stöckers</b> gar nichts anderes übrig bliebe, als letzteren zu wählen. Grundtenor des Briefes sei ansonsten der Vorwurf der Prinzipienreiterei, während man von anderer Seite zu hören bekomme, dass man die eigenen Prinzipien nicht energisch genug vertrete. Man habe sich nicht gegen die norddeutsche und die Reichsverfassung gestellt, um dieser zu schaden, sondern weil man eine Zahl von Volksrechten, aber auch Rechte des Kaisers nicht ausreichend gewürdigt fand. Später habe man dann die Reichsverfassung immer unterstützt, als sie Gesetz geworden sei. Es sei zu wichtig, die vorhandenen Volksrechte zu wahren, genauso wie man immer dafür gekämpft habe, dass ein geheimes, direktes Wahlrecht, eine freie Presse und ein freies Versammlungsrecht herrsche. Zum Versammlungsrecht gebe es noch viel zu sagen, wie der Zwischenfall zeige, der ihm neulich widerfahren sei. V erwäge</p>	
--	--	--	---	--

			<p>noch Beschwerde einzulegen, aber selbst wenn das Erfolg habe, so sei die Schließung der Versammlung dadurch nicht rückgängig zu machen. Eine Änderung solcher Vorgänge sei nach Vs Meinung nur zur erreichen, wenn man die Polizeibeamten in solchen Fällen persönlich zur Verantwortung ziehe.</p> <p>Dann kommt V auf die Vorwürfe zu sprechen, die man ihm im Zusammenhang mit Bismarck macht. Er könne diesen nicht mit Überschwang loben, aber er sei stets bereit, mit ihm zu verhandeln. Man sehe sich dabei als unabhängig und wolle als Vertreter der Nation gehört werden. Dies sei keine Arroganz und Selbstüberschätzung, sondern Pflicht und Schuldigkeit als Träger des Mandats.</p> <p>Dass V angeblich Kultusminister oder sogar Premierminister werden wolle, sei lächerlich, da er ursprünglich noch nicht einmal in den Reichstag wollte. Er sei nur auf die dringende Bitte seiner Freunde hin aktiv geworden und habe sich als Kandidaten aufstellen lassen. Sein Ehrgeiz liege auf ganz anderem Gebiet und er habe auch außerhalb des Reichstages reichlich Gelegenheit, seine Arbeitslust zu beweisen.</p> <p>Weiter geht V auf die Arbeiterflugblätter ein. Die Forderungen der Arbeiter könne die freisinnige Partei nicht mehr mittragen, da sei eine Grenze über-</p>	
--	--	--	---	--

			<p>sritten. Hier nannte er die Einführung des Normarbeitstages und die Schaffung von Arbeit für alle. Letzteres habe auch Bismarck geäußert, aber V halte diese Dinge für nicht erfüllbar. Jede Organisation der Arbeit in diesem Sinne könne nur auf Kosten der Freiheitsrechte aller Art erkaufte werden. Es sei ein Todesurteil für die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit, die Selbstbestimmung und die freie Wahl des Berufs. Dem neuen Reichstag müsse die Sicherung dieser Freiheiten am Herzen liegen, das sei eine große Aufgabe, die auch in die nächste Session mit zu übernehmen sei. Abschließend erinnert V die Mitglieder des Wahlkreises daran, dass der 2. Wahlkreis nicht nur wegen seiner Größe, sondern auch wegen seiner Zusammensetzung ganz entscheidend sei und als Hinweisgeber für ganz Berlin gelte.</p>	
137	<p>Sa, 18.10.1884, Nr. 489, MA (PDF: 45)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig</p>	<p>Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b>, herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b>. (Heft 449).</p>	
138	<p>Sa, 18.10.1884, Nr. 490, AA (PDF: 54)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Kurzer Hinweis, dass V am 20. Okt. sein <b>25-jähriges Jubiläum zum Eintritt in die SVV</b> begehen werde. Es ist eine Deputation gewählt, die ihm an diesem Tag eine Glückwunschartadresse überreichen wird.</p>	<p>s. a. 21.10.1884</p>
139	<p>Di,</p>	<p>1. Beilage,</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer</p>	

	21.10.1884, Nr. 493, MA (PDF: 59)	S. 2, 1. Spalte oben	Hinweis auf eine am 23. Okt. stattfindende <b>Versammlung der deutsch-freisinnigen Wähler</b> im 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Redner ist V. Es sind alle Wähler eingeladen, die Vs Kandidatur unterstützen	
140	Di, 21.10.1884, Nr. 493, MA (PDF: 59)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über eine <b>Versammlung von konservativen Wählern</b> im 2. Reichstagswahlkreis von gestern Abend, organisiert vom Zentralverein der Konservativen. Der Vorsitzende <b>Luckhardt</b> eröffnete die Versammlung mit Angriffen auf V, bis dann <b>Stöcker</b> erschienen war.	
141	Di, 21.10.1884, Nr. 493, MA (PDF: 59)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Bericht über das <b>Fest der Fortschrittspartei</b> im 2. Reichstagswahlkreis von gestern Abend: Nachdem die Hochs verklungen waren richtete V selbst eine schlichte Ansprache an die Festteilnehmer. Er sei sehr überrascht von den Ovationen, die man ihm zugebracht habe. Er sei nur davon ausgegangen, dass man ein Fest feiern wolle, um im trüben Herbst die Stimmung zu heben und alle aufzumuntern, um nicht im Schmutz der Anfeindungen der politischen Gegner zu versinken. Es sei schlimm, dass so etwas in Berlin stattfinde, da es gar nicht zu dieser Stadt passe. Hier habe sich etwas eingenistet, ähnlich einer Seuche, die sich immer weiterfresse. Dann geht er auf die Tätigkeit der <b>SVV</b> ein, die sich in den letzten 25 Jahren immer weiter entwickelt habe und immer bedeutungsvoller ge-	

			<p>worden sei. V finde Trost in diesem Gefühl der Waffenbrüderschaft und Zusammengehörigkeit, das daraus entstünde. Das Hauptziel der kommunalen und politischen Tätigkeit sei immer die Humanität und die geistige Ausbildung des Menschen. Dies würde die liberalen Männer grundsätzlich von ihren Gegnern unterscheiden. Ihnen sei es gelungen, die Unabhängigkeit der individuellen Meinung und Überzeugung gegen alle zu verteidigen. Zum Schluss ruft V alle freisinnigen Bürger auf, der Reaktion Widerstand zu leisten. In einem einige Tage vorher abgedruckten Veranstaltungshinweis wird V nicht erwähnt.</p>	
142	<p>Di, 21.10.1884, Nr. 493, MA (PDF: 60)</p>	<p>1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten</p>	<p>Lokales: Kurzer Bericht zu Vs <b>25-jährigem Jubiläum zum Eintritt in die SVV</b>. Eine Deputation habe ihm am Nachmittag zu Hause Glückwünsche überreicht und ihm Dank für seine langjährige Tätigkeit ausgesprochen. Nach dem Wahlkampf werde es weiter Veranstaltungen geben, um den Jubilar zu ehren.</p>	<p>s. a. 22.10.1884</p>
143	<p>Mi, 22.10.1884, Nr. 495, MA (PDF: 63)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Es sind drei kurze Hinweise auf Wahlveranstaltungen aufgelistet. Am heutigen Abend findet eine <b>Versammlung der deutschfreisinnigen Wähler</b> statt, zu der auch V erwartet wird. Dann wird am 25. Okt. eine <b>Versammlung der deutschfreisinnigen Partei</b> im 2. Berliner</p>	<p>1. s. a. 23.10.1884 2. s. a. 26.10.1884 3. s. a. 24.10.1884</p>

			Reichstagswahlkreis stattfinden, auf der auch V sprechen wird. Zuletzt ist ein Fest des <b>Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei</b> im 1. Reichstagswahlkreis vermerkt, zu dem auch V erwartet wird.	
144	Mi, 22.10.1884, Nr. 495, MA (PDF: 64-65)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte mittig f.	Lokales: Erneuter Bericht zu Vs <b>25-jährigem Jubiläum zum Eintritt in die SVV</b> . V wird zu Hause von der Deputation der SVV besucht. Der Vorsteher der SVV, <b>Dr. Straßmann</b> , spricht die Dankesrede. V habe sich segensreich die letzten 25 Jahre in der SVV für Berlin eingesetzt. Durch seine Urteilskraft, seinen Scharfblick und seine strenge Methodik führe seine Mitwirkung bei jeder Frage zu einer Lösung. Besonders am Herzen habe ihm die Gesundheitsfürsorge und die vorbeugende Hygiene gelegen. Ihm sei der Bau des Krankenhauses im Friedrichshain zu verdanken. Ferner habe er sich für das Barackenlazarett, die Fortführung und Erweiterung der Wasserwerke, den Bau von Schlachthäusern und Markthallen, die Einrichtung von Park- und Schmuckanlagen eingesetzt. Das wichtigste sei aber die Würde und Gesinnung, mit der V die SVV hochgehalten habe und der stetige Hinweis auf die Selbstverwaltung der Stadt. Er sei einer der besten Bürger der Stadt und man hoffe, noch lange mit ihm zusammenarbeiten zu können.	

			<p>In seiner Erwiderung wies V darauf hin, dass er nicht aus eigenem Entschluss SV geworden sei. Er sei ohne sein Zutun gewählt worden, während er im Auftrag der norwegischen Regierung Untersuchungen durchgeführt habe. Dies sei durch die Initiative seines Freundes <b>Dr. Hamann</b> entstanden. Er habe das Mandat angenommen, weil er von seinen Freunden dazu gedrängt worden sei. Damals lagen besonders die Schulverhältnisse im Argen und dies sei ihm eine besondere Verpflichtung gewesen. Allerdings habe er seinen Eintritt in die SVV niemals bereut, da er dadurch in vielen Bereichen tätig werden konnte. Als Beispiel gibt V die Einrichtung des <b>Pocken-Lazaretts in Moabit</b> an, wofür er vom <b>Kaiser von Brasilien</b> bei dessen Besuch das größte Lob geerntet habe. Dieses Lazarett sei in seinen Augen auch höher anzusiedeln als das <b>Krankenhaus im Friedrichshain</b>. V sei aber der Ansicht, dass er die hohe Anerkennung nicht verdiene, da er oft an der SVV nicht teilnehmen könne wegen seiner anderen Verpflichtungen.</p> <p>Als er in die SVV eingetreten sei, habe er dort nur wenige Freunde gehabt und die Verhandlungen seien von viel Bürokratie geprägt gewesen. Mit der Zeit habe sich aber ein anderer Umgang herausgebildet, in dem freie Diskussion und fachliche Erledigung der städtischen Angelegenheiten</p>	
--	--	--	--	--



			<p>im Vordergrund stünden. Immer mehr unabhängige Männer mit selbstständigem Urteil seien in die Versammlung hineingekommen und hätten vorurteilsfrei Entscheidungen getroffen, zum Besten für die Stadt Berlin. Er hoffe und wünsche, dass es niemals an Männern fehlen möge, die ihre ganze Zeit und Kraft dem Dienste der Stadt widmeten. Später spricht dann noch <b>Kochhann</b>.</p>	
145	<p>Do, 23.10.1884, Nr. 497, MA (PDF: 69)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Versammlung liberaler Wähler im 2. Reichstagswahlkreis</b>, die den Kandidaten V unterstützen wollen.</p>	
146	<p>Do, 23.10.1884, Nr. 497, MA (PDF: 69)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p>Bericht von der <b>Versammlung der deutsch-freisinnigen Wähler im 2. Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: <b>Stahl</b> eröffnete die fast überfüllte Versammlung. V wurde mit jubelndem Beifall begrüßt. In Anbetracht der neulich stattgefundenen Auflösung einer Veranstaltung blickt V kritisch auf die Handhabung des Versammlungsrechtes. Der Vorgang wecke Zweifel und sei wieder mal ein Signal, die bestehenden Volksrechte mit aller Macht zu verteidigen. Zu diesen Rechten gehöre auch das freie Wahlrecht des Volkes als Grundbedingung aller konstitutionellen Rechte. Hieran könne man die Mündigkeit des Volkes prüfen, denn wer nicht mündig sei, dem könne man auch nicht helfen. Hier</p>	

			<p>sei auch der Schutz der Wählerschaft vor allen ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen zu erwähnen. Dann kommt V auf die Vorwürfe gegen die freisinnigen Abgeordneten im Bereich der wirtschaftlichen Fragen zu sprechen. Dazu gehörte vor allen Dingen die absurde Behauptung, dass der Liberalismus der Erfinder des <b>Manchestertums</b> sei. Dazu zitiert V <b>Prinz v. Hohenlohe-Ingelfingen</b>, der 1862 die Freiheit des Verkehrs befürwortete, welcher auf dem Handelsvertrag mit Frankreich beruhe. Prinz Hohenlohe habe damals auch die Notwendigkeit betont, dass der Zolltarif im Ganzen im Sinne der Verkehrsfreiheit umgearbeitet werden müsse. Dies sei die Grundlage des sogenannten Manchestertums. Auch Bismarck habe bei Aufnahme seiner Geschäfte über den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Frankreich gesprochen und gesagt, dass dieser fortan die Grundlage der Handelspolitik in Preußen bilden solle. Man könne den Liberalen also höchstens ein Stück Mitschuld an der Politik des freien Verkehrs anlasten. Dann kommt V auf die angeblich unsittliche Konkurrenz zu sprechen. Hier würden die Sozialdemokraten vollständig die menschliche Natur verkennen. Man könne Konkurrenz nie abschaffen. Sie sei die Grundlage jedes Fortschritts und jeder Kultur und man würde zu Tieren herabsinken, wenn sie</p>	
--	--	--	--	--

		<p>beseitigt werden sollte. Man dürfe nur nicht vergessen, dass Konkurrenz ohne Freiheit nicht denkbar sei. Hier würden die Innungen ein Hindernis bilden, genauso wie damals die Zünfte. Zum Schluss appelliert V an die Pflicht der Wähler, den Wahlkreis zu unterstützen und zu zeigen, dass Verleumdung und Schmach, die die Gegner so reichlich aufwendeten, keine Mittel seien, um die Wählerschaft in ihrer Überzeugung zu erschüttern.</p> <p>In der folgenden Diskussion meldet sich der Arbeiter <b>Burkard</b> und bemängelt, dass V nicht für das allgemeine, gleiche und direkte <b>Wahlrecht</b> und für den <b>Normalarbeitstag</b> eintrete und meinte unter großer Heiterkeit, dass <b>Bismarck</b> es schaffen werde, neben dem Normalarbeitstag auch einen <b>Normalarbeitslohn</b> einzuführen. V erwiderte, dass er nie für einen Normalarbeitslohn stimmen werde, da dies das Schlimmste sein würde, was den Arbeitern passieren könne. Für das allgemeine direkte Wahlrecht sei er schon eingetreten, als der Redner noch gar nicht daran dachte, öffentlich zu sprechen und gegen das <b>Sozialistengesetz</b> sei er immer gewesen, weil er der Ansicht sei, dass solche Fragen gar nicht zu solcher Bedeutung hätten kommen können, wenn man den Arbeitern volle Versammlungsfreiheit zuerkannt hätte.</p>	
--	--	--	--

147	Do, 23.10.1884, Nr. 497, MA (PDF: 69)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Bericht von einer Versammlung im 2. Reichstagswahlkreis von gestern Abend zu der der <b>Zentralwahlverein der Konservativen</b> eingeladen hatte. Redner ist <b>Stöcker</b> . Dieser hält die konservative Presse für lauter und rein. Die Behauptungen Vs, sie enthalte Schmutz, bezieht Stöcker nur auf die liberale Presse.	
148	Fr, 24.10.1884, Nr. 499, MA (PDF: 72)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	<b>BAG (Oktobersitzung)</b> : V macht diverse geschäftliche Mitteilungen, u.a. habe <b>Dr. Joest der Virchow-Stiftung</b> anlässlich seiner Genesung 1000 Mark gespendet. Später legte V Gipsabgüsse von <b>Singhalesenfüßen</b> vor. An diesen Modellen könne man den natürlichen Charakter ersehen, noch unbeeinflusst von Schuhwerk.	
149	Fr, 24.10.1884, Nr. 499, MA (PDF: 73)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Berliner Wahlbewegung: Auf einer <b>Wahlversammlung der Konservativen</b> spricht <b>Stöcker</b> über das Thema „Der Fortschritt ist unpolitisch“. Im Laufe seiner Rede kommt er auf V zu sprechen. Stöcker spricht dessen <b>Abrüstungsantrag</b> vor 1870 an. V zeige damit, dass er vielleicht ein ausgezeichnete Gelehrter sei, aber ein mordsschlechter Politiker.	
150	Fr, 24.10.1884, Nr. 499, MA (PDF: 73)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Bericht über das Fest des <b>Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei</b> im 1. Reichstagswahlkreis von gestern Abend: Nach dem Gesang eines für den Tag gedichteten Festliedes nahm V das Wort. Zurzeit befinde man sich durch die Art des Wahlkampfes im 1. und 2. Wahlkreis	

			<p>wie in einer belagerten Festung. Täglich würde jedes Mittel des Betruges und der Hinterlist angewendet, um die Partei zu schwächen. Nun müssten auch die Frauen mithelfen, da auch sie von der Situation betroffen seien. V wirbt für Ludwig Löwe, dem stehe ein Adjutant <b>Stöckers</b> [<b>Wagner</b>] gegenüber, der sich nicht zu schade sei, dessen Schleppenträger zu sein. Stöcker wiederum sei ein Mann, der sich nicht gescheut habe, sich zum <b>Antisemitismus</b> zu bekennen. Wenn der erste Wahlkreis einen solchen Mann wählen könne, dann wäre es doch besser, wenn er gleich Stöcker selbst wähle. Im zweiten Wahlkreise hoffe V, dass man Stöcker besiegen werde.</p>	
151	<p>Sa, 25.10.1884, Nr. 501, MA (PDF: 2)</p>	<p>S. 4, 2. Spalte oben</p>	<p>Zu den Wahlen: Kurzer Bericht, dass <b>Heinrich Steinitz</b> im Rahmen der Wahlkampagne ein <b>schriftliches Porträt</b> Vs im Verlag Freund und Jeckel veröffentlicht habe. Es ist für 30 Pfennige zu haben, in allen Buchhandlungen und auch im Büro des 2. Wahlkreises.</p>	<p>Steinitz, Heinrich: Ein Lebensbild. Berlin, 1891 (vgl. Goschler, 2009, Literaturverzeichnis)</p>
152	<p>Sa, 25.10.1884, Nr. 501, MA (PDF: 3)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die heute Abend stattfindende Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Reichstagswahlkreis. V ist als Redner zugegen. Weiter findet morgen eine <b>Versammlung der freisinnigen Wähler des 6. Reichstagswahlkreises</b> statt, bei der auch V sprechen wird.</p>	<p>s. a. 26.10.1884  s. a. 27.10.1884</p>

153	Sa, 25.10.1884, Nr. 501, MA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Bericht über die <b>Versammlung reichstreu-er Wähler</b> im 1. Reichstagswahlkreis vom 24. Okt.: Redner ist <b>Stöcker</b> . Im Rahmen der gegnerischen Äußerungen würde V überall hervorgehoben als ein Held der freien Forschung. Dies gelte für ihn, Stöcker, genauso.	
154	Sa, 25.10.1884, Nr. 501, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Unterbezirk des 2. Reichstagswahlkreises: Hier unterstützt man Vs Kandidatur.	
155	Sa, 25.10.1884, Nr. 501, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Bericht über die <b>Versammlung der freisinnigen Wähler des 5. Reichstagswahlkreises</b> von gestern: <b>Richter</b> nimmt das Wort. Es wird erneut Vs <b>Abrüstungsantrag</b> von 1869 erwähnt. Zu behaupten, dass dieser darauf abzielte, die Kriegsfähigkeit Deutschlands zu schwächen sein absurd. Vielmehr ging es darum die Kriegstüchtigkeit mit geringeren Mitteln zu erreichen. Ferner ging es V nicht um eine einseitig deutsche, sondern um eine allgemeine Abrüstung nach diplomatischen Verhandlungen.	
156	So, 26.10.1884, Nr. 503, MA (PDF: 7)	S. 1, oben	Aufstellung der sechs Wahlkreise mit den dazugehörigen Kandidaten: V ist für den 2. Wahlkreis vorgesehen.	s. a. 28.10.1884
157	So, 26.10.1884, Nr. 503,	S. 4, 1. Spalte oben	Auflistung <b>der freisinnigen Kandidaten</b> für die verschiedenen Regierungsbezirke. Für die Wahlbezirke <b>Prenzlau-</b>	

	MA (PDF: 8)		<b>Angermünde und Züllichau-Krossen</b> gebe es keine liberalen Kandidaten. Sollten dort keine aufgestellt werden, würden die liberalen Wähler dort ihre Stimmen auf V in Berlin vereinigen.	
158	So, 26.10.1884, Nr. 503, MA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die morgen stattfindende <b>Versammlung des Berliner Arbeiter-Vereins</b> im Tivoli, auf der auch V sprechen wird.	s. a. 28.10.1884
159	So, 26.10.1884, Nr. 503, MA (PDF: 9)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Bericht über die Versammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 2. Reichstagswahlbezirk von gestern Abend: Zweck war, V nochmal vor der Wahl die Möglichkeit zu geben, vor seinen Wählern zu sprechen. V sei es leid, sich ständig zu <b>Stöcker</b> äußern zu müssen. Dieser habe das eingetretene Schweigen als Schwäche der Fortschrittspartei interpretiert. Dabei sei zu Stöcker doch schon so viel gesagt, dass die Berliner Wählerschaft sich eigentlich über ihn im Klaren sein müsste. Sei das nicht der Fall, habe sie nicht das Papier verdient, was über denselben bedruckt worden sei. Das angeblich der Fortschritt bankrott sei, dreht V sofort um. Der konservativen Partei fehle es an geeigneten Männern, sonst müssten sie nicht Leute wie Stöcker, <b>Wagner</b> und <b>Cremer</b> präsentieren. Es habe auch Gerüchte gegeben, dass eigentlich <b>v. Moltke</b> aufgestellt werden sollte. Dazu soll Stöcker aber ge-	

			sagt haben, er bleibe auf dem Platz, an den ihn Gott gestellt habe. Dies beweise deutlich den Niedergang der konservativen Partei, so V. Ganz anders gehe es der Fortschrittspartei. Sie verfüge über viele junge Kräfte und bei der letzten Stadtverordnetenwahl habe man sehr gut sehen können, wie stark die Partei sei. Dann spricht V noch über die augenblickliche innerpolitische Situation und das Programm der deutsch-freisinnigen Partei und erwähnt die Versprechungen und grenzenlosen Hoffnungen, die mit der Idee des „ <b>sozialen Königtums</b> “ verknüpft seien und schloss dann unter stürmischem Beifall mit einem energischen Aufruf an die Wählerschaft sich für Einheit und Freiheit einzusetzen.	
160	So, 26.10.1884, Nr. 503, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht von der letzten großen allgemeinen <b>Versammlung der konservativen Wähler im 1. Reichstagswahlbezirk</b> von gestern: <b>Wagner</b> war der Hauptredner. Man mache ihm zum Vorwurf, nur in seiner Wissenschaft gelernt zu haben. Damit könne er nur auf V verweisen, der sich sicherlich nicht scheue zuzugeben, auch gelernt zu haben. Das sei der Charakter der Forschung.	
161	Mo, 27.10.1884, Nr. 504, AA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Bericht von der letzten großen <b>Versammlung der deutsch-freisinnigen Wähler im 2. Reichstagswahlbezirk</b> , die gestern stattfand. Rechtsanwalt <b>Sachs</b> sprach zu der Versammlung und betonte,	



			dass V der Mann sei, dem jeder Arbeiter seine Stimme geben müsse.	
162	Mo, 27.10.1884, Nr. 504, AA (PDF: 13)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Bericht von einer <b>Versammlung der deutsch-freisinnigen Partei</b> im 6. Reichstagswahlbezirk vom 26. Okt.: Nach Eröffnung der Versammlung durch <b>Pitzmann</b> sprach V. Er komme auf den Vorwurf der Gegner zurück, er habe die Wehrfähigkeit des Volkes schwächen wollen. Grundsätzlich gelte, solange in Europa alles unter Waffen stünde, könne kein einzelnes Land abrüsten. Wenn man aber eine diplomatische Verständigung erreiche, könne man zu einer allgemeinen Reduzierung der stehenden Heere kommen. Das stetige Säbelrasseln sei schädlich für alle Völker und es gelte, mehr Sicherheit und Friedensgefühl zu schaffen. Dazu bräuchte man ein internationales Schiedsgericht, dessen Urteil sich die Streitenden zu unterwerfen hätten. Nur so könne man zukünftig Kriege vermeiden. Natürlich gebe es eine Grenze der Militärlasten bei vollständiger Wahrung der Leistungsfähigkeit. Daher habe man immer auf die Ausbildung der Landwehren gedrängt, auf die Heranziehung aller Gesunden zum Dienst, auf die Verkürzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre, auf die Erweiterung der Berechtigung zum einjährigen Dienst und auf die Verminderung des stehenden Heeres. Nur so könne man den Kostenanstieg verhin-	

			<p>dern. Dann spricht V gegen das System der <b>indirekten Steuern</b> und sieht sich mit dieser Haltung in völligem Gegensatz zu <b>Bismarck</b> und den Sozialisten. Zum Haftpflichtgesetz übergehend bemerkte V, er wünsche möglichst selbstständige Organisationen der Arbeiter, wie sie schon durch <b>Schulze-Delitzsch</b> angebahnt seien. Abschließend empfiehlt er mit großer Anerkennung <b>Klotz</b> zur Wahl.</p>	
163	<p>Di, 28.10.1884, Nr. 505, MA (PDF: 14)</p>	<p>S. 1, oben</p>	<p>Aufstellung der sechs Wahlkreise mit den dazugehörigen Kandidaten: V ist für den 2. Wahlkreis vorgesehen.</p>	
164	<p>Di, 28.10.1884, Nr. 505, MA (PDF: 15-16)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig f.</p>	<p>Bericht vom letzten Generalappell der freisinnigen Wähler im 2. Reichstagswahlkreis im Tivoli von gestern Abend. Es handelt sich dabei um eine <b>Versammlung des Berliner Arbeiter-Vereins</b>. Als erster Redner sprach V. Ihm gehe es erneut darum, die Verleumdungen und Verdrehungen der Gegner energisch zurückzuweisen. Dazu gehöre ein Artikel, den die „<b>Nordd. Allg. Ztg.</b>“ aus der „<b>Staatb.-Ztg.</b>“ entnommen habe und in dem behauptet würde, dass im Jahre 1878 Klotz sich seine Wahlreden von V habe halten lassen. Dazu werde behauptet, dass V auf Anfrage erklärt habe, dass er die deutsche Reichsverfassung noch nie anerkannt habe. An dem absurden Artikel sei alles erfunden. Weiter geht V auf die</p>	

		<p>Vorwürfe ein, die <b>Fortschrittspartei</b> wende sich gegen die Monarchie. Die Partei habe keine republikanischen Tendenzen, sie habe ehrlich die konstitutionelle Monarchie aufgenommen, aber sie wünsche sehr wohl, dass man nicht nur eine Monarchie habe, sondern dass sie auch konstitutionell sei. Dann spricht V nochmal über das Verhältnis zu den <b>Sozialdemokraten</b>. Man habe nie verschwiegen, welche Gegensätze man zwischen den Parteien sehe. Trotzdem habe man versucht dort, wo es für das Volk etwas zu erreichen galt, mit den Sozialdemokraten zu stimmen. Man habe zwar kein Bündnis mit ihnen, aber auch keine Feindschaft. Leider würden die modernen Sozialpolitiker danach streben, eine gewisse Staatstyrannie zu etablieren und die Arbeiter zu Sklaven der <b>Staatsomnipotenz</b> zu machen. Auch in Zukunft würden die Vertreter der freisinnigen Partei sorgfältig und unbefangen alle Vorlagen, die die Regierung bringe, prüfen und fortfahren, nicht nur ehrliche, sondern auch offene Männer zu sein. Man habe nie den Kampf im Interesse einer bestimmten Partei, sondern im Interesse des Volkes geführt. Wenn dementsprechend in diesem Wahlkreis ein Sieg zustande käme, so wäre das kein Sieg eines Einzelnen, sondern ein Sieg, der erfochten werde im Namen des ganzen deutschen Volkes.</p>	
--	--	--	--

165	Di, 28.10.1884, Nr. 505, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht von einer <b>Versammlung der konservativen Wähler im 2. Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Redner ist <b>Stöcker</b> . Er berichtet über ein Flugblatt, dass V unterstützt. Dieses erhebe V über alle Gelehrten und bezeichne ihn als Denker. Leider habe man das Eigenschaftswort vor dem Wort „Denker“ vergessen. Hier würde Stöcker seiner Meinung nach der Wahrheit gemäß das Wort „unklar“ ergänzen.	
166	Mi, 29.10.1884, Nr. 507, MA (PDF: 18)	S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über die Verhältnisse im <b>Wahlbüro der freisinnigen Partei</b> : fest steht, dass es in Vs Wahlkreis zu einer <b>Stichwahl</b> zwischen ihm und <b>Stöcker</b> kommen muss. V drückte seine Bestürzung über das Resultat aus. Die Wähler hätten sich in diesem wichtigen Augenblick als zu schläfrig gezeigt. Aber wie im Krieg gelte hier, dass ein Feldherr, der nicht besiegt sei, seine Truppen neu formieren müsse. Bei der Stichwahl gelte es dann, die Schmach des ersten Wahlganges auszuwetzen und sich nicht in Siegesgewissheit zu wiegen. Wie sich die Arbeiter verhalten würden, sei noch unklar, aber es sei trotzdem noch nichts verloren.	
167	Mi, 29.10.1884, Nr. 507, MA (PDF: 19)	S. 4, 1. Spalte oben	Abdruck der <b>Wahlergebnisse</b> in Zahlen: Im zweiten Wahlkreis gibt es 56.870 Wahlberechtigte. V hat davon 16.702, <b>Stöcker</b> 12.535, <b>Tutzauer</b> 9292 Stimmen bekommen. Dadurch kommt es zu einer Stichwahl zwischen V und Stöcker.	

168	Sa, 1.11.1884, Nr. 513, MA (PDF: 2)	S. 2, 2. Spalte oben	Auflistung der noch stattfindenden <b>Stichwahlen</b> . In 51 Fällen hat die <b>deutsch-freisinnige Partei</b> dabei erneute Chancen. In der Auflistung ist auch Vs Name zu finden.
169	Sa, 1.11.1884, Nr. 514, AA (PDF: 4)	S. 2, 1. Spalte mittig	Abdruck der amtlichen Ermittlung der Wahlergebnisse: Im 2. Wahlkreis haben von 56.933 eingeschriebenen Wählern 38.889 eine gültige Stimme abgegeben. Danach habe V 16.707, <b>Stöcker</b> 12.535 und <b>Tutzauer</b> 9282 Stimmen bekommen. Zwischen V und Stöcker wird eine <b>Stichwahl</b> nötig sein.
170	Sa, 1.11.1884, Nr. 514, AA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Bericht über eine <b>Versammlung der christlich-sozialen Partei</b> vom 31. Okt. in der Tonhalle: <b>Prof. Wagner</b> eröffnet die Versammlung und geht auf die Wahlergebnisse ein. Man müsse dafür sorgen, dass V in der Politik geschlagen werde und wieder dorthin zurückkehre, wo er hingehöre.
171	Di, 4.11.1884, Nr. 517, MA (PDF: 10)	S. 3, 1. Spalte oben	Wahlergebnisse aus sämtlichen Provinzen: Im 2. Wahlkreis kommt es zu einer engeren Wahl zwischen V und <b>Stöcker</b> .
172	Di, 4.11.1884, Nr. 518, AA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Kurzer Bericht über eine <b>Versammlung des Bezirksvereins der werktätigen Bevölkerung</b> des SW Berlins vom 3. Nov im 2. Reichstagswahlkreis: Thema ist die Stellung der Arbeiter zu den Stichwahlen. Die Meinungen, wen man bei den Stichwahlen unterstützen wolle,

			gehen auseinander. Die einen sind für eine Wahlenthaltung, da man nicht sicher sein könne, nur weil V gegen das <b>Sozialistengesetz</b> gestimmt habe, dies auch andere tun werden. Andere wollen V gegen <b>Stöcker</b> unterstützen, weil er noch die meiste Gewähr gegen die Ausnahme-gesetze biete. Zu einem Beschluss kommt es nicht.	
173	Mi, 5.11.1884, Nr. 519, MA (PDF: 2-3)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Berliner Wahlbewegung: auf einer <b>Versammlung des konservativen „Deutschen Bürgervereins“</b> spricht <b>Dr. Irmer</b> . Er spricht davon, dass V <b>Bismarck</b> gewünscht habe, dass auch Bismarck einen ähnlich guten Ruf unter den Diplomaten Europas genieße, wie V unter den Ärzten. Irmer hält V zwar für einen bedeutenden Arzt, aber nicht für den bedeutendsten Arzt der zivilisierten Welt.	
174	Do, 6.11.1884, Nr. 521, MA (PDF: 18)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Versammlung</b> am 7. Nov. <b>von Wählern im 2. Reichstagswahlkreis</b> auf der V sprechen wird.	s. a. 8.11.1884
175	Do, 6.11.1884, Nr. 521, MA (PDF: 18)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Bericht über eine <b>Versammlung der Vertrauensmänner der Arbeiterpartei</b> vom 4. Nov. auf Einladung der Sozialdemokraten. Hier äußert der Redner <b>Singer</b> , dass nur strengste Wahlenthaltung bei der Stichwahl sinnvoll sei. Zwar sei V eine Zierde Deutschlands und ein hochartbarer Charakter, gehöre aber eben der Fortschrittspartei an. Allerdings wäre es	

			bedauerlich, wenn V Stöcker unterliegen sollte, denn dieser sei ein Reaktionär, der Rassen- und Glaubenshass schüre.	
176	Fr, 7.11.1884, Nr. 523, MA (PDF: 22)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Bericht über die erste <b>Versammlung der konservativen Wähler des 2. Reichstagswahlkreises</b> vom 6. Nov. nach den Wahlen: Redner ist <b>Stöcker</b> . Sein Gegenkandidat V sei vielleicht ein großer Gelehrter aber ein mordsschlechter Politiker. Dies würden dessen Bestrebungen bestätigen, die V gegen die nationale Größe richte.	
177	Sa, 8.11.1884, Nr. 525, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Wählerversammlung im 2. Reichstagswahlkreis</b> am 9. Nov. V wird dort einen Vortrag halten.	s. a. 10.11.1884
178	Sa, 8.11.1884, Nr. 525, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Bericht über eine <b>Versammlung von Wählern im 2. Reichstagswahlkreis</b> vom 7. Nov.: V hält eine längere Rede vor der Versammlung. Der Ausgang der Wahl habe ihn zunächst erschüttert, aber er sei daran gewöhnt und stelle sich für die <b>Stichwahl</b> erneut zur Verfügung. Das größte Problem seien vielmehr die 20.000 Nichtwähler gewesen. Auf die Sozialdemokraten kommend, betont V, wie korrekt sich <b>Singer</b> verhalten habe, der ihn nicht persönlich angegriffen habe, sondern ihn nur als Vertreter der Fortschrittspartei bekämpfe. <b>Görcki</b> wiederum richte seine Hauptangriffe gegen ihn. Ursache für das Verhalten der Sozialde-	

			<p>mokraten liege in dem Abstimmungsverhalten zum Sozialistengesetz. 29 Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei hätten für das <b>Sozialistengesetz</b> gestimmt, allerdings hätten alle bis auf einen die alten Mitglieder der Fortschrittspartei dagegen gestimmt. Der von vielen Seiten bemängelten Fusion habe er zugestimmt, da er der Ansicht sei, auf Dauer könne man nur mit einer starken Partei Politik machen. Singer habe ihm vorgeworfen, er sei gegen den <b>Normalarbeitstag</b>, sowie gegen die Abschaffung der <b>Frauen- und Kinderarbeit</b> und der Sonntagsarbeit. V korrigierte die Aussage, in dem er sagte, er sei nicht prinzipiell, sondern nur faktisch dagegen. Natürlich sei man immer bereit, die Situation der Arbeiter zu verbessern, aber könne nicht günstige Bedingungen schaffen, wobei die Löhne steigen, die Arbeitszeit sinke und Staat trotzdem noch gedeihe. Die Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit habe seine Partei nie unterstützt, bei letzteren habe man sogar wesentlich an der Beschränkung mitgearbeitet. V kritisiert, dass Görcki zwar einerseits Stöcker ablehnt, aber dennoch für die Stimmenthaltung bei der Stichwahl plädiert. Er fügt sarkastisch hinzu, dass man sich damit trösten könne, wenn man deshalb die Wahl verliere, dass sich die Sozialdemokraten sehenden Auges auf die Sache eingelassen hätten. Auch das</p>	
--	--	--	--	--



			<p>Hin und Her, dass man von der einen Seite behaupte, der <b>Antisemitismus</b> sei ein Kind des Fortschritts, von der anderen gesehen sei man die Mutter des Sozialismus, grenze ans Absurde. Wenn die Fortschrittspartei wirklich für den Antisemitismus verantwortlich sei, dann müsse man auch <b>Stöcker</b> erzeugt habe und das könne wohl keiner behaupten. Man habe nie Versprechungen gemacht, um Wählerstimmen zu fangen, sondern man wolle mit einem Programm das ganze Volk interessieren und klar machen, was bei der jetzigen Wahl auf dem Spiel stehe.</p> <p>Anstatt sich auf andere zu verlassen, müsse man sich jetzt auf die eigene Kraft besinnen und versuchen, viele der bisherigen Nichtwähler zu mobilisieren. Der 2. Wahlkreis habe es immer als seine Ehre betrachtet, sich nicht für eine bestimmte Konfession einzusetzen, sondern allen Freiheit zu gewähren. V hoffe, dass dies bei der kommenden Stichwahl auch so bleibe. Sollte die Mehrheit aber für Stöcker stimmen, so werde er sich weiter dafür einsetzen, dass die alten Kräfte wieder auferstehen. Die Situation im Moment sei nicht einfach, aber mit energischer Arbeit könne man den Sieg erringen. Man müsse nur allen bewusst machen, was auf dem Spiel stünde.</p> <p>Nach mehreren anderen Wortbeiträgen spricht V noch einmal über die Themen</p>	
--	--	--	---	--

			Normalarbeitstag, Frauenarbeit und geheime Wahl. Er versicherte, wenn er auch bei Verlust der Stimmen sämtlicher Sozialdemokraten die Wahl gewinne, er trotzdem auch weiterhin für die berechtigten Forderungen der Arbeiter eintreten werde.	
179	Sa, 8.11.1884, Nr. 525, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte unten	Bericht über eine <b>Versammlung der Konservativen im 2. Reichstagswahlkreis</b> vom 7. Nov.: Redner ist <b>Stöcker</b> . Nach Stöckers Aussage habe V die Arbeiter tödlich beleidigt, in dem dieser die sozialistischen Pläne dadurch charakterisiere, dass ihre Verwirklichung lebenslangem Zuchthaus gleiche. V vergleiche auch die Arbeiter, die für ihre Interessen kämpften, mit tierischen Existenzen. V verstehe angeblich den <b>Staatssozialismus</b> nicht und hinke in seiner Politik stets hinterher.	
180	So, 9.11.1884, Nr. 527, MA (PDF: 28)	S. 3, 2. Spalte mittig	Aufruf der <b>deutsch-freisinnigen Partei</b> im 2. Reichstagswahlkreis: Es gilt bei der <b>Stichwahl</b> V gegen <b>Stöcker</b> zu unterstützen.	
181	So, 9.11.1884, Nr. 527, MA (PDF: 29)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine Versammlung des <b>Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei</b> am 11. Nov. V wird einen Vortrag halten.	s. a. 12.11.1884
182	Mo, 10.11.1884, Nr. 528, AA	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte	Bericht über eine <b>Versammlung im 2. Reichstagswahlkreis</b> von gestern: Es sei das erste Mal gewesen, dass V in dieser	

	(PDF: 31-32)	unten	<p>Stadtgegend vor der Wählerschaft sprach. Er spricht sich gegen den Begriff „Buhlen“ im Zusammenhang mit Stimmengewinnen aus. Das würde man nur tun, wenn man Wählern zum Stimmenfang Versprechungen mache und das habe die Fortschrittspartei nie getan. Wer also nicht aus eigener Überzeugung für V stimmen wolle, der solle es bleiben lassen. Die Wahl zu verlieren, wäre für ihn kein Drama, da er genügend Möglichkeiten habe auf anderen Gebieten für die Gesellschaft zu arbeiten.</p> <p>Dann geht V auf Vorwürfe in einem Flugblatt von <b>Tutzauer</b> ein. Dieser stelle ihn als unzuverlässig hin, weil er angeblich erst Demokrat, dann Konservativer und dann Deutschfreisinniger geworden sei, und spricht von einem ersten Auftreten Vs 1880. V findet es sehr merkwürdig, dass seine politische Karriere angeblich erst dann begonnen haben soll. Er habe sich schon 1848 politisch engagiert, sei von 1849-1856 außerhalb von Preußen gewesen, dann zurückgekehrt. 1856 habe er als Beamter seinen Eid auf die Verfassung geleistet und seit jener Zeit habe er eine Stellung als ehrlicher, konstitutioneller liberaler Mann. Er habe die Verfassung immer verteidigt und ihren Ausbau unterstützt. Dass er nun der <b>deutsch-freisinnigen Partei</b> angehöre, habe daran nichts verändert. Dieser Zu-</p>	
--	--------------	-------	---	--

		<p>sammenschluss sei notwendig gewesen, um den Liberalismus zu stärken. Allerdings habe er mal davon gesprochen, dass man bei der Dauerhaftigkeit mit der man stetig die gleichen Ziele verfolge, als konservativ im ursprünglichen Wortsinn gelten könne.</p> <p>Weiter spricht V über die Vorkommnisse im Wahlkampf und die Art des Umgangs miteinander. Es werde unehrlich und mit Verleumdungen gekämpft, die Sprache verkomme immer weiter und selbst Gott würde dazu benutzt, um Rassen- und Klassenkämpfe zu veranstalten. In diesen Rahmen passe auch das Verhalten der brandenburgischen Provinzial-Synode, die <b>Stöcker</b> zu ihrem Vizepräsidenten gewählt habe, um ihm in der momentanen politischen Situation Unterstützung zukommen zu lassen. Erneut spricht V dann über die Vorwürfe, die man von Seiten der Arbeiterpartei erdulden müsse. Wieder äußert er Unverständnis, da die liberale Partei den Arbeitern den Kreis von Freiheiten, den sie besitzen, doch mit geschaffen habe. Keiner könne glauben, dass man den Arbeitern nach Belieben einen verkürzten Arbeitstag bei unverkürztem Lohn schaffen könne. Er erwarte nicht, dass die Wähler ihm ihre Stimme geben, die mit ihm in dieser Beziehung unzufrieden seien, aber er verlange, dass man der Partei nicht Dinge unterschiebe</p>	
--	--	---	--

			<p>nicht zutreffend seien. Man habe die ganze Zeit offen gekämpft und die Ziele klar dargelegt und Bundesgenossen, die sich für die Interessen des Volkes einsetzen nie zurückgewiesen. In diesem Sinne sei auch erfreulich, dass die Sozialdemokraten einzusehen beginnen, dass auch sie sehr viel zu verlieren hätten. V betont noch einmal, dass er keine Stimme von jemandem wolle, dem er nicht genüge, aber es sei wichtig, dass alle Wahlberechtigten zu Wahl kämen. Man werde unverdrossen weiterarbeiten an der künftigen Entwicklung des Vaterlandes und an den Problemen der wirtschaftlichen Gesetzgebung zum Wohle der Nation.</p> <p>Zum Abschluss der Versammlung betont V erneut, wie wichtig es sei, wählen zu gehen. Die Arbeiter, die aus Mangel an einem in ihren Augen geeigneten Kandidaten auf ihre Stimmabgabe verzichteten, müssen sich gerade deshalb später auch für den Ausfall der Wahl verantwortlich machen lassen.</p>	
183	Di, 11.11.1884, Nr. 529, MA (PDF: 34-35)	S. 4, 3. Spalte mittig	<p>Bericht über eine <b>Versammlung von Wählern im 2. Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Thema ist die bevorstehende Stichwahl und das Verhalten der Arbeiterpartei, Redner ist <b>Singer</b>. Thema ist das Verhalten der Arbeiterpartei bei der bevorstehenden <b>Stichwahl</b>. Das Abstimmungsverhalten über das <b>Sozialistengesetz</b> gebe keine Sicherheit für die</p>	

			Zukunft. Zwar habe V dagegen gestimmt, aber aus der <b>deutsch-freisinnigen Partei</b> hätten auch Mitglieder dafür gestimmt. <b>Pickenbach</b> brachte den Vorschlag, dass, wenn <b>Stöcker</b> und in Berlin die Wahl gewinne, er für Berlin die Wahl nicht annehme. Das hätte zur Folge, dass es Neuwahlen geben müsste und dann <b>Tutzauer</b> gegen V antreten könne.	
184	Di, 11.11.1884, Nr. 529, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Bericht über eine <b>Versammlung der konservativen Wähler</b> von gestern Abend: Redner ist Prof. <b>Wagner</b> . Er empfiehlt <b>Stöcker</b> , der ein praktischer, kenntnisreicher und bewährter Politiker sei und nicht wie V, der Wissenschaftler sei und nicht ins Parlament gehöre. V sei ein verrannter, doktrinärer Fortschrittsmann, <b>Stöcker</b> hingegen habe den Bann der Fortschrittspartei gebrochen. V habe sich keines würdigen Mittels bedient, als er sich gegen <b>Stöcker</b> gewendet habe. Nur Lüge und Verleumdung habe man sich gegenüber gesehen. Dann ergreift ein anwesender Sozialdemokrat das Wort. Er und seine Gesinnungsgenossen würden nicht für <b>Stöcker</b> stimmen, der mit schönen Reden verführen wolle, sondern für V, der mitgeholfen habe die deutsche Freiheit und Einheit zu schaffen. Die Versammlung wird unter heftigen Tumulten geschlossen.	
185	Mi, 12.11.1884,	S. 1, oben	Aufstellung der drei Wahlkreise für die <b>Stichwahl</b> mit den dazugehörigen libera-	s. a. 13.11.1884

	Nr. 531, MA (PDF: 38)		len Kandidaten: V ist für den 2. Wahlkreis vorgesehen.	
186	Mi, 12.11.1884, Nr. 531, MA (PDF: 39)	S. 4, 1. Spalte unten	Die VZ hat verschiedene Äußerungen zum geplanten Wahlverhalten der <b>Sozialdemokraten</b> abgedruckt. Die verschiedenen Parteimitglieder sind sich einig. <b>Hasenclever</b> spricht sich für V aus, genauso wie <b>Liebknecht</b> , <b>Auer</b> und <b>Bebel</b> . Letzterer allerdings wird zitiert damit, dass er nicht für V, aber gegen Stöcker stimme. Das eine sei das kleinere Übel.	
187	Mi, 12.11.1884, Nr. 531, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf das am heutigen Tage stattfindende Treffen des <b>Berliner Handwerkervereins</b> . V wird einen Vortrag zum Thema <b>Ernährungslehre</b> halten.	
188	Mi, 12.11.1884, Nr. 531, MA (PDF: 40)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Bericht über eine <b>Versammlung der deutsch-freisinnigen Wähler</b> im 2. Reichstagswahlkreis von gestern Abend: V hält eine Ansprache an die Wählerschaft: V beginnt mit einer Bemerkung zu den bekannten Störungsversuchen der Christlich-Sozialen bei der letzten freisinnigen Versammlung. Es hätte sehr leicht vor dem Lokal zu heftigen Auseinandersetzungen kommen können. Ein Glück sei gewesen, dass die Versammlung so ruhig geblieben sei. Angesicht solcher Tatsachen müsse man dazu kommen, <b>Stöcker</b> als <b>Hetzapostel</b> anzusehen. Dieser habe nämlich ganz harmlos geäußert, er habe nicht geahnt, dass es	

			<p>sich um eine geschlossene Veranstaltung gehandelt habe. Ähnlich taktisch habe er sich in der Angelegenheit der <b>Antisemiten-Petition</b> verhalten: zunächst geleugnet, sie unterschrieben zu haben und es dann später doch zugegeben. Einen solchen Mann könne man weder im Reichstag noch im Landtag dulden. Leider ist es ihm aber in <b>Siegen</b> mit Hilfe der Nationalliberalen gelungen, gewählt zu werden. Erneut betont V dann, dass man die Arbeiter unterstützen wolle und alle Vorwürfe in die andere Richtung aus der Luft gegriffen seien. Allerdings seien die Bemerkungen aus einem der letzten freisinnigen Flugblätter, dass bei einer Verwirklichung des sozialdemokratischen Staates man in einen Zustand gerate, der dem des Zuchthauses ähnlich wäre, etwas drastisch. Vielmehr sei damit gesagt, dass man auf die äußere Form des Zwanges abziele. Besser sei da das Bild der Kaserne. Man setze sich sehr wohl dafür ein, das Recht der Arbeiter nicht nur zu schützen, sondern auch auszuweiten. Dafür müsse aber das Volk auch die Liberalen unterstützen, denn nur mit Mehrheiten könne man Politik machen. Eine solche Verteidigung der Volksrechte sei kein Angriff gegen die Rechte der Krone, im Gegenteil sei die Krone da am gesichertsten, wo auch den Rechten des Volkes der gebührende Schutz gewährt wür-</p>	
--	--	--	--	--



			<p>de. Seine Partei strebe nicht danach, Misstrauen gegen die Regierung zu verbreiten, aber sie werde sich auch nie dazu hergeben, alles unbesehen gut zu heißen, was die Regierung wolle, denn dann bräuchte man gar keine Volksvertretung, sondern müsste nur <b>Bismarck</b> zum <b>Diktator</b> zu machen. Das habe Bismarck selbst aber noch nie verlangt. Abschließend betont V erneut, dass er nicht um Stimmen betteln. Die Wähler sollten selbst entscheiden und wenn die Wahl für ihn nicht positiv ausgehe, würde er trotzdem nicht darunter leiden. Nach seiner Rede wird erwähnt, wie schon in der VZ bekannt gemacht, dass <b>Liebknecht</b> die Wahl Vs unterstütze.</p>	
189	<p>Mi, 12.11.1884, Nr. 531, MA (PDF: 40)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig</p>	<p>Bericht über eine <b>Versammlung der konservativen Wähler im 2. Reichstagswahlkreis</b>: Redner ist <b>Stöcker</b>, der über Manchestertum und Sozialismus spricht. In einem Teil seiner Ansprache wendet er sich gegen die Vorwürfe Vs, dass er Lüge und Verleumdung in den Wahlkampf gebracht hätte. Bei dem ganzen Kampf ginge es nur um das <b>Judentum</b>. Auch sei er kein Instrument höherer Herren, wie über ihn behauptet würde. Dass V auf seine Wahl zum Vizepräsidenten der Provinzial-Synode abhebe, könne er auch nicht verstehen, da V nicht in die Kirche gehe und ihn die Sache nichts angehe. V sei vielmehr ein Gegner</p>	

			der Kirche. Ferner verstehe dieser nichts von Nationalökonomie, wie dessen Bemerkungen zum <b>Normarbeitstag</b> und den anderen Forderungen der Arbeiter bezeugen würden. Hier müsse Stöcker auch <b>Singer</b> angreifen, der nur noch V anpreisen würde. Er könne nicht verstehen, wie die Sozialdemokraten überhaupt für V stimmen könnten.	
190	Mi, 12.11.1884, Nr. 531, MA (PDF: 41)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Bericht über eine <b>Versammlung der konservativen Wähler im 3. Reichstagswahlkreis</b> von gestern Abend: Redner ist <b>Wagner</b> . Dieser beschuldigt die fortschrittlichen Versammlungen, dass sie ordinäre persönliche Angriffe in den Wahlkampf getragen hätten. V habe ihn und seine Freunde als Canaille bezeichnet. V habe als Politiker nichts geleistet und müsse raus aus dem Parlament.	
191	Mi, 12.11.1884, Nr. 532, AA (PDF: 42)	S. 1, 1. Spalte oben	Die VZ druckt als ersten Artikel der Hauptseite ein <b>Plädoyer</b> für die Wahl Vs. Das besondere Augenmerk liegt auf der <b>Stichwahl</b> im 2. Reichstagswahlkreis, in dem V und <b>Stöcker</b> gegeneinander antreten. V sei „ zwar nicht gewöhnt, den Gott der Liebe im Munde zu führen, aber durch seine Werkthätigkeit hundert- und tausendfach bewiesen hat, daß er, ein wahrer Priester der Nächstenliebe, ein Herz für die Noth und die Leiden seiner Mitmenschen hat, und nicht selten unter Gefahr für sein eigenes Leben.“ [...] er sei „eine Leuchte der Wissenschaft, ein	<i>Liebknecht,</i> Wilhelm: *1826, †1900; Vater v. Karl Liebknecht; gründete mit Bebel zusammen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

			<p>Stolz des deutschen Namens, anerkannt von allen Kulturvölkern der Erde und selbst von seinen Gegnern.“ Der Wahlkreis stehe in seiner Entscheidung zwischen Stöcker und V und dies sei eine grundsätzliche Entscheidung zwischen Kultur und Barbarei. Die VZ argumentiert, dass es für die Sozialdemokraten, an deren Mitwirken jetzt die Wahl auch hängt, jemandem nicht so misstrauen sollte, der sich so für seine Mitmenschen einsetze und von der Grundeinstellung gleiches Recht für alle fordere. So jemandem könne man keine Position gegen die Arbeiter unterstellen, auch wenn er die Forderungen der Sozialdemokratie als Utopie darstelle. Am Ende des Artikels kommt die VZ erneut auf die Aussage <i>Liebknachts</i> in dessen Brief zurück, der V unbedingt unterstütze.</p>	
192	Do, 13.11.1884, Nr. 533, MA (PDF: 43)	S. 1, oben	<p>Aufstellung der drei Wahlkreise für die <b>Stichwahl</b> mit den dazugehörigen liberalen Kandidaten. V ist für den 2. Wahlkreis vorgesehen.</p>	
193	Do, 13.11.1884, Nr. 533, MA (PDF: 43)	S. 1, 2. Spalte mittig	<p>Die VZ bemerkt, dass es an Hand der in der Überschrift abgedruckten liberalen Kandidaten für die Stichwahl eigentlich keine Frage sein dürfte, wen man wähle. V, <b>Munckel</b> und <b>Richter</b> müssten ohne Appell gewählt werden. Leider sei dem aber nicht so.</p>	
194	Do,	S. 4,	Zu den Wahlen: Die VZ hat den Brief	

	13.11.1884, Nr. 533, MA (PDF: 44)	3. Spalte oben	<b>Liebknechts</b> abgedruckt, in dem dieser dazu aufruft, V bei der Wahl zu unterstützen. Man habe zu Vs Politik viele Berührungspunkte, auch wenn er in sozialer Hinsicht ein Gegner sei.	
195	Do, 13.11.1884, Nr. 533, MA (PDF: 45)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Bericht über eine Versammlung vom 12. Nov. mit dem Thema die Zukunft des Sozialismus, zu der <b>Stöcker</b> eingeladen hatte. Bei dieser Gelegenheit kommt Stöcker auf die Vorwürfe Vs bezüglich der <b>Antisemiten-Petition</b> zurück. Vs Charakter sei im Laufe des Wahlkampfes immer schlechter geworden, nun müsse dieser diese fünf Jahre alte Geschichte wieder ausgraben, die auch noch gelogen sei. V habe da nichts begriffen und sei vielleicht überstudiert. Nun mögen die <b>Juden</b> für V stimmen und die Sozialdemokraten sich enthalten. Wer für eine ehrliche Sozialreform sei, der müsse für ihn stimmen.	
196	Fr, 14.11.1884, Nr. 535, MA (PDF: 47)	S. 1, 1. Spalte mittig	Leitartikel zur <b>Stichwahl</b> : für die VZ ist das Ergebnis der Wahl „ein Urteilspruch für deutsche Bildung, Kultur und Sitte gegen die Barbarei und Verwilderung.“ Die Arbeiter hätten für V abgestimmt, weil sie seine Integrität erkannt hätten. V habe die Stichwahl mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gewonnen und dies werde ein Signal für das ganze Land sein. Am Anschluss folgt ein Bericht über den Verlauf des Wahlabends im 2. Reichstagswahlkreis. Nach der Schließung der	

			<p>Wahllokale strömten viele Wähler in die Lokale, wo die Parteien den Wahlabend feiern wollten. Die ersten für V günstigen Ergebnisse wurden mit großem Jubel aufgenommen. Bereits kurz vor 20 Uhr stand der Wahlausgang fest. In einer Rede, die im hinteren Teil der Zeitung ausführlich abgedruckt ist, dankt V allen Unterstützern. Vor dem Lokal hatten sich hunderte von Personen angesammelt, die das Endresultat mit gemischten Gefühlen aufnahmen.</p>	
197	Fr, 14.11.1884, Nr. 535, MA (PDF: 48)	S. 3, unten	<p>Ergebnisse der <b>Stichwahlen</b> in Zahlen: Aufgelistet sind die einzelnen Stadtbezirke mit den jeweils auf V und <b>Stöcker</b> entfallenen Stimmen. Von 56 933 Stimmberechtigten haben 39 652 ihre Stimme abgegeben. Davon entfielen auf V 23805 und auf Stöcker 15847 Stimmen.</p>	s. a. 18.11.1884
198	Fr, 14.11.1884, Nr. 535, MA (PDF: 49)	S. 4, 1. Spalte oben	<p>Abdruck der Ansprache, die V gestern [13.11.1884] nach der Feststellung des Wahlergebnisses im 2. Reichstagswahlkreis hielt. Er bringt zum Ausdruck, wie niedergeschlagen er gewesen sei, nach dem ersten Wahlgang. Die Vertrauensmänner seien sich dabei ihrer Sache zu sicher gewesen. Die Folge sei, dass er heute mit auch mit der Möglichkeit eines Wahlsieges der Gegner gerechnet habe. Seine größte Sorge sei gewesen, dass gerade dieser Wahlkreis verloren ginge und er sei sehr erleichtert, dass man es noch</p>	

			<p>knapp geschafft habe. Besonders freue ihn, dass man von den Nichtwählern noch einige habe mobilisieren können. Er danke allen, die für ihn gestimmt hätten und strebe an, zukünftig deutlich zu machen, dass die Behauptungen der Gegner falsch seien: Man werde sich für die Arbeiter einsetzen. Besonderen Zuwachs habe man auch in Bezirken zu verzeichnen, die besonders von denunzierenden Flugblättern <b>Stöckers</b> heimgesucht worden seien. Der Sieg heute sei die Bestätigung einer Politik, die sich dem Rassenkampf und dem <b>Konfessionalismus</b> entgegenstelle und die Interessen des Volkes verfolge. Der Wahlkampf habe viele Energien verbraucht; er habe dazu nur wenig beitragen können und die Hauptlast lag bei den Wählern. Nun gelte es, entschlossen weiterzuarbeiten und den bestehenden Mehrheiten aus Konservativen und Zentrum im Reichstag entgegenzutreten. Einfluss könne man aber nur nehmen, wenn man gute Gründe in der Argumentation habe. Es sei aber wahrscheinlich, dass man an der <b>Interessenpolitik</b> scheitere und <b>Bismarck</b> über Konzessionen an das Zentrum erheblichen Einfluss gewinne. Man müsse sich auf heftige Kämpfe einstellen und dürfe nicht verzagen, wenn man verliere, sondern müsse in die Zukunft schauen.</p>	
199	Sa,	1. Beilage,	Lokales: V ist gestern beim Betreten des	

	15.11.1884, Nr. 537, MA (PDF: 52)	S. 3, 1. Spalte mittig	Hörsaals im <b>pathologischen Institut</b> vom Auditorium mit lautem Beifall be- grüßt worden. V wehrt aber scherzend ab und dankt für die Begrüßung.	
200	Di, 18.11.1884, Nr. 541, MA (PDF: 57)	S. 4, 1. Spalte oben	Wahlergebnisse der <b>Stichwahl</b> : Das amt- lich ermittelte Ergebnis steht nun fest für alle Wahlkreise. V hat die Wahl im 2. Reichstagswahlkreis gegen <b>Stöcker</b> ge- wonnen.	
201	Di, 18.11.1884, Nr. 541, MA (PDF: 57- 58)	S. 4, 3. Spalte unten	<b>BAG</b> (Novembersitzung): Vs Sohn <b>Hans</b> stellt einen ohne Arme geborenen Patien- ten vor. Hieran sei bemerkenswert, was für Funktionen die Füße ersetzen könn- ten. Später spricht V über einen in <b>Nie- der-Schönweide</b> gefundenen <b>Schiefkopf</b> in Folge einer Verwachsung der Kranz- naht. Danach äußert er sich über <i>weiße</i> <b>Bronzen aus der Steiermark und dem El- saß.</b>	<i>Weisse (graue)</i> <i>Bronze</i> , insbe- sondere aus Il- lyrien, dem El- sass und Hol- stein: VBAG 16, S. 543-548
202	Fr, 21.11.1884, Nr. 547, MA (PDF: 65)	S. 2, 2. Spalte unten	Kurzer Bericht über die gestrige Frakti- onssitzung der <b>deutschen, freisinnigen</b> <b>Partei</b> : Man wolle einen Antrag an den Vorstand richten. <b>Bismarck</b> habe mitten im Etatjahr und ohne Mitwirkung des Reichstages eine Einschränkung der 1871 beschlossenen <b>freien Bahnfahrt</b> für Ab- geordnete verfügt. Man bitte den Vor- stand, sich dafür einzusetzen, geltendes Recht zu schützen und sich der Angele- genheit anzunehmen. Unterschrieben ist der Antrag von <b>Bamberger, Richter, Ri- ckert</b> und V.	
203	Fr,	1. Beilage,	<b>SVV</b> (Sitzung vom 20. Nov.): Thema	vgl. Andree,

	21.11.1884, Nr. 547, MA (PDF: 66)	S. 2, 3. Spalte mittig	sind die zur Abwendung der <b>Cholera- fahr</b> zu ergreifenden Maßregeln. V erkenne den guten Willen des Magistrats an, aber er möchte davor warnen, zu glauben, dass mit der Einrichtung von Desinfektionsanstalten nun volle Sicherheit geschaffen sei. Bei der Cholera sei der Infektionsweg immer noch unklar. Im <b>Barackenlazarett Moabit</b> habe man einen <b>Desinfektionsapparat</b> erfolgreich in Gebrauch und gerade werde an einem transportablen Gerät gebaut. Dieses Lazarett sei als Seuchenhaus konzipiert, entscheidend sei aber, dass man bei der Kanalisation nicht auf Schwierigkeiten stoße. Es könne sehr wohl sein, dass eine Choleraepidemie auch nach Berlin komme, aber aufgrund der in den letzten Jahren verbesserten sanitären Zustände werde sie sicher einen milden Verlauf nehmen. Die Bürgerschaft müsse sich also keine großen Sorgen machen.  Später ist kurz erwähnt, dass V sich zur <b>Gemeindekrankenversicherung</b> geäußert habe.	unveröffentlichtes Material zur SVV
204	Di, 25.11.1884, Nr. 553, MA (PDF: 73)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 451).	
205	Mi, 26.11.1884, Nr. 555,	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte	Lokales: Bericht über ein Bankett der anthropologischen und der geographischen Gesellschaft von gestern Abend zu	



	MA (PDF: 76)	unten	Ehren der wissenschaftlichen Beiräte der <b>Kongo-Konferenz</b> . Nur kurze Erwähnung, dass V den italienischen Anthropologen und Philosophen <b>Montegazza</b> hochleben lässt.	
206	Mi, 26.11.1884, Nr. 556, AA (PDF: 78)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Weiterer Bericht über ein Bankett der anthropologischen und der geographischen Gesellschaft von gestern Abend zu Ehren der wissenschaftlichen Beiräte der <b>Kongo-Konferenz</b> . V ehrt an dem Abend den Afrika-Reisenden <b>Stanley</b> als kühnen Reisenden, der Innerafrika der Zivilisation erschlossen habe.	
207	Fr, 28.11.1884, Nr. 559, MA (PDF: 83)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Städtisches: Bericht über die Versammlung der <b>Deputation für die Gesundheitspflege</b> von gestern [27.11.1884]. Auf Empfehlung von V wird ein Herr <b>Raedtke</b> einen transportablen <b>Desinfektionsapparat</b> einer bereits ernannten Kommission vorstellen.	
208	Fr, 28.11.1884, Nr. 559, MA (PDF: 84)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte oben	<b>SVV</b> (Sitzung vom 27. Nov.): Thema ist die <b>Gemeindekrankenversicherung</b> . Im Rahmen einer Resolution sind auch Ortskassen geplant. V ist der Meinung, dass es im Augenblick noch nicht sinnvoll sei, so weit im Voraus zu planen.	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV
209	Di, 2.12.1884, Nr. 565, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Bericht über die seit 4 Monaten andauernden Versuche des Bakteriologen <b>Prof. Max Wolf</b> zur Desinfektion. Über die Ergebnisse dieser Experimente hat V in der städtischen <b>Cholera-Kommission</b> letzten Donnerstag [27.11.1884] referiert.	

210	Di, 2.12.1884, Nr. 565, MA (PDF: 4)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig	Parlamentarische Nachrichten: Kurzer Hinweis, dass sich die Fraktion der <b>deutsch-freisinnigen Partei</b> des Reichstages gebildet habe und ihre <b>Vorsitzenden</b> gewählt habe. Auch V gehört dazu.	
211	Mi, 3.12.1884, Nr. 567, MA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis, dass heute im <b>Bezirksverein im Spandauer Stadtrevier</b> V einen Vortrag halten wird. Zur gleichen Zeit wird er im <b>Bezirksverein der Schönhauser Allee</b> zu einem Vortrag über die <b>Nahrungsmittellehre und Nahrungsmittelverfälschungen</b> erwartet. In späteren Ausgaben der VZ findet sich dazu keine weitere Berichterstattung.	
212	So, 14.12.1884, Nr. 587, MA (PDF: 29)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über eine Versammlung im fortschrittlichen <b>Verein vor dem Halleschen Tor</b> vom 12. Dez. V spricht über die Gegner der <b>deutsch-freisinnigen Partei</b> . Es sei zu beklagen, dass man von früheren Mitgliedern der Partei angegriffen werde. Diese Zersplitterung führe aber zu einer Schwächung der Liberalen. In diese Kerbe schlage auch der neugebildete <b>Demokratische Verein</b> , der der <b>Fortschrittspartei</b> die Fusion zum Vorwurf mache und sie beschuldige, sich nach rechts zu orientieren. Diese Vorwürfe seien gänzlich unberechtigt. Man könne nur umso mehr die Einigkeit anmahnen, um nicht an Stärke zu verlieren. Einen Veranstaltungshinweis hat es hierzu nicht gegeben.	

213	Do, 18.12.1884, Nr. 593, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die nächste Sitzung der <b>BAG</b> am 20. Dez. V wird einen Vortrag über die <b>Singalesen</b> halten.	s. a. 23.12.1884
214	Do, 18.12.1884, Nr. 594, AA (PDF: 38)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurze Nachricht aus <b>Brüssel</b> von der dortigen <b>Akademie der Wissenschaften</b> . V wird als Mitglied gewählt.	
215	Di, 23.12.1884, Nr. 601, MA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Dezembersitzung): Es findet die Wahl des Vorstandes statt. V wird erneut zum <b>Vorsitzenden</b> gewählt. Dann erstattet V den Jahresbericht und kommt auch auf die <b>Virchow-Stiftung</b> zu sprechen. Diese habe ihren Kapitalstock um 5000 Mark vergrößern können. Über den am 18. Dez. avisierten Vortrag von V ist nichts verzeichnet.	

## Fundstellen 1885

Nr.	Ausgabe	Fundstelle	Art	Bemerkungen
1	Do, 8.1.1885, Nr. 12, AA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Lokales: Bericht von der Eröffnung der <b>Kochkunstausstellung</b> von heute Vormittag. Auch V ist unter den Anwesenden.	
2	Fr, 9.1.1885, Nr. 13, MA (PDF: 2)	2. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: Bericht über die <b>Kochkunstausstellung</b> . V habe besonderes Interesse an der Ausstellung bekundet.	
3	Sa, 10.1.1885, Nr. 15, MA (PDF: 5)	2. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 452).	
4	Di, 13.1.1885, Nr. 19, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Lokales: Besuch der <b>BAG</b> bei den <b>Zulus</b> in Castans Panoptikum. V hielt einen einleitenden Vortrag über den ethnologischen Charakter des Zulustammes. Mehr wird in dem Artikel dazu nicht ausgeführt.	Vorstellung von Zulu- Kaffern: VBAG 17, S. 13-15  Untersuchung der Zulu: VBAG 17, S. 17-22
5	Di, 20.1.1885, Nr. 31, MA (PDF: 23)	2. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Jan.): V hält den für Dezember geplanten Vortrag über <b>Sinhalesen</b> . V kam dabei auf die von ihm durchgeführten Messungen zurück. Im Großen und Ganzen haben seine Untersuchungen viel Bekanntes bestätigt, aber bei den Schädelmessungen müsse man mit dem früheren Material kritisch umgehen.	Besprechung von Sinhalesen: VBAG 17, S. 36-50

6	Mi, 21.1.1885, Nr. 33, MA (PDF: 269)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf einen Vortrag von V heute im <b>Berliner Handwerkerverein</b> über das <b>Kochsalz</b> . In weiteren Ausgaben der VZ ist nichts dazu verzeichnet.	
7	So, 25.1.1885, Nr. 41, MA (PDF: 35)	1. Beilage, S. 3, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine am Donnerstag [29.1.1885] stattfindende <b>Versammlung der freisinnigen Wählerschaft</b> Berlins gegen die Erhöhung der Kornzölle. V wird auch anwesend sein.	s. a. 30.1.1885
8	Di, 27.1.1885, Nr. 43, MA (PDF: 2)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf die Generalversammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 6. Berliner Reichstagswahlkreis, die am heutigen Tage stattfindet und auf der V einen Vortrag halten soll.	s. a. 29.1.1885
9	Do, 29.1.1885, Nr. 47, MA (PDF: 42)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die vergangene öffentliche Sitzung der <b>Akademie der Wissenschaften</b> . Von Medizinern gehören V und <b>Waldeyer</b> der Akademie an.	
10	Do, 29.1.1885, Nr. 47, MA (PDF: 43)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Generalversammlung des <b>Wahlvereins der Fortschrittspartei</b> im 6. Berliner Reichstagswahlkreis vom 27. Jan. Nach Bemerkungen zum Wahlverlauf im letzten Jahr und der Erhöhung der <b>Getreidezölle</b> kommt V erneut auf die <b>Kolonisationsfrage</b> zu sprechen. Unter den bestehenden Kolonien würde sich keine als dauerhafter Aufenthaltsort für Europäer eignen. Auch sei es eher wahrscheinlich, dass man eine	

			<p>Straße zum Mond fände, als dass man neue Ackerbaukolonien gründe. Letzteres wäre nur mit blutigen Raubzügen zu erreichen. Er schätze zwar die Kolonisationsbestrebungen, weil sie viel neues wissenschaftliches Material bedeuteten, aber wenn man auf die Kosten für die Steuerzahler blicke, sei das nicht zu rechtfertigen. Am Beispiel Hamburgs und Bremens mit Einbindung in das deutsche Zollgebiet habe man bereits gesehen, wohin eine Politik führe, die alles probiere, unabhängig davon, ob das nötige Geld vorhanden sei oder nicht.</p>	
11	<p>Fr, 30.1.1885, Nr. 49, MA (PDF: 46-47)</p>	<p>1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben f.</p>	<p>Vereine und Versammlungen: Bericht von einer <b>Versammlung der freisinnigen Wählerschaft</b> Berlins vom 29. Jan. gegen die Erhöhung der <b>Getreidezölle</b>. V hielt eine kurze Ansprache. Man müsse sich zusammenschließen gegen die geplanten Zölle. Für den Finanzexperten sei immer nur entscheidend, woher man Geld bekomme. So sei man auf das von allen konsumierte Brot gekommen. Die deutschfreisinnige Partei könne und wolle nicht alleine kämpfen, da es sich dabei um eine grundsätzlich humane Entscheidung erheblichen Ausmasses drehe, die alle betreffe. Das Streben der Agrarier, ihre eigenen Interessen auf Kosten der Gesamtheit zu fördern, sei ein verbrecherisches Unternehmen. Man müsse sich daher jetzt für eine dauerhafte Verbilligung des Brotes einsetzen. Ansonsten würde man künstlich eine Hungersnot</p>	<p>s. a. 1.2.1885</p>

			produzieren. Dem könne man nur mit Massenunterzeichnungen der <b>Petition</b> entgegenzutreten.	
12	Sa, 31.1.1885, Nr. 51, MA (PDF: 50)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf einen Vortrag von V heute im <b>Berliner Handwerkerverein</b> über <b>Augenverletzungen</b> .	
13	So, 1.2.1885, Nr. 53, MA (PDF: 2)	2. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	<b>Petition</b> gegen die Erhöhung der <b>Getreidezölle</b> : Ziel ist es Unterstützer zu sammeln, um einer künstlichen Verteuerung des Brotes entgegenzutreten. Die Getreidezölle würden am ehesten die Arbeiter treffen, den Wettkampf der Industrie mit anderen Ländern erschweren und Nachteile für die Landwirtschaft mit sich bringen. Von Seiten der Regierung sei bereits der Antrag gestellt, die bestehenden Getreidezölle zu verdoppeln bzw. zu verdreifachen. Beim Blick auf die Mehrheiten im Reichstag müsse man damit rechnen, dass dieser Antrag durchkäme, wenn sich nicht energischer Widerstand aus dem Volk bemerkbar mache. Man habe nun extra ein Komitee ins Leben gerufen, um einen Mittelpunkt zu haben und die Abwehr bündeln zu können. Mit Schriften, Flugblättern und Aufklärungsveranstaltungen wolle man Aufklärungsarbeit leisten. Man bitte daher um Unterstützung und finanzielle Zuwendungen, unabhängig von politischer Parteilstellung.	
14	Mo, 2.2.1885,	1. Beilage, S. 4,	Vermischtes: Kurzer Hinweis darauf, dass Vs Sohn [ <b>Ernst</b> ] als Obergärtner in die	

	Nr. 54, AA (PDF: 4)	1. Spalte mittig	Flora zu Köln berufen worden ist.	
15	Mi, 18.2.1885, Nr. 81, MA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 454).	
16	Fr, 20.2.1885, Nr. 86, AA (PDF: 30)	S. 2, 1. Spalte unten	Zusammenfassung der Sitzung des <b>HdA</b> vom heutigen Tag: Thema ist der <b>Kulturetat</b> . Der Abg. v. <b>Gerlach</b> spricht über das Zusammengehen des Zentrums mit der Fortschrittspartei bei den letzten Wahlen. Dies habe alle Konservativen sehr verunsichert, weil man nicht wüsste, ob man davon Unterstützung erwarten könne, wenn es um das Thema Legitimität ginge. V ruft dazwischen, ob denn die Konservativen sich für die <b>unterdrückte Legitimität</b> von <b>Hannover, Hessen-Nassau und Braunschweig</b> einsetzen würden. Gerlach wiederum bezweifelt, dass sich Löwe dafür einsetze. V kontert mit der Bemerkung „Verdrehung“.	nichts bei Andree.
17	Sa, 21.2.1885, Nr. 87, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (23. Sitzung vom 20. Feb.): Thema ist der <b>Kulturetat</b> . Der Abg. v. <b>Gerlach</b> spricht über das Zusammengehen des Zentrums mit der Fortschrittspartei bei den letzten Wahlen. Dies habe alle Konservativen sehr verunsichert, weil man nicht wüsste, ob man davon Unterstützung erwarten könne, wenn es um das Thema Legitimität ginge. V ruft dazwischen, ob denn die Konservativen sich für die <b>unterdrückte Legitimität</b> von <b>Hannover, Hes-</b>	nichts bei Andree



			<p><b>sen-Nassau</b> und <b>Braunschweig</b> einsetzen würden. Gerlach wiederum bezweifelt, dass sich Löwe dafür einsetze. V kontert mit der Bemerkung „Verdrehung“.</p>	
18	<p>Sa, 21.2.1885, Nr. 87, MA (PDF: 33)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hinweis zum <b>Vorlesungsverzeichnis</b> der Universität für das <b>Sommersemester</b>. <b>Hans Virchow</b> liest über die Anatomie der Körperhöhlen und über vergleichende Anatomie des Sehorgans. V liest über die <b>Krankheiten des Gehirns</b>.</p>	
19	<p>Sa, 21.2.1885, Nr. 88, AA (PDF: 35)</p>	<p>S. 2, 1. Spalte oben</p>	<p>Zusammenfassung der Sitzung des <b>HdA</b> vom heutigen Tag: Thema ist der <b>Kulturtat</b>. V geht noch einmal auf die Worte <b>Gerlachs</b> von gestern ein. Dieser habe seine Rede wohl schon vor Monaten ausgearbeitet, sonst wäre er gar nicht auf die Frage der <b>Legitimität</b> gekommen, die in der Debatte gar nicht vorkam. Gerlach schein die Vermutung zu hegen, dass die Fortschrittspartei die Annexion von <b>Hannover</b> und <b>Hessen-Nassau</b> erfunden habe. Zur <b>evangelischen Kirche</b> bemerkt V, dass auch sie mit wenig <b>Toleranz</b> herrschen würde, wenn sie an die gleiche Position käme, wie die katholische Kirche. Ferner habe er sich gefreut, dass das Zentrum in einigen Wahlkreisen die Freisinnigen unterstützt habe. Er erkläre sich das daraus, dass sich das Zentrum nach Männern umsehe, die ihre Meinung unbeeinflusst kundtäten. Dann kommt V auf <b>Stöcker</b> zu sprechen. Berlin wolle von diesem Mann</p>	<p>vgl. Andree, Band 36, S. 346-360</p>

			nichts wissen und Stöcker solle endlich aufhören, Juden- und Fortschrittspresse in einen Topf zu werfen. Es gebe nur eine unabhängige Presse im fortschrittlichen Sinn und man dürfe nicht bei der Verfehlung eines Blattes alle dafür verantwortlich machen. In den Redaktionen der fortschrittlichen Organe säßen auch nicht ausschließlich <b>Juden</b> , wiederum säßen auch Juden in den Organen anderer Zeitungen.	
20	So, 22.2.1885, Nr. 89, MA (PDF: 37)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [21.2.1885] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist der <b>Kulturetat</b> . Vs Rede habe den Glanzpunkt der Verhandlungen gebildet. V sei auf das angebliche Bündnis seiner Partei mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten eingegangen. Die Mehrheit habe gegen <b>Stöcker</b> gestimmt. Besonders wirkungsvoll seinen Vs Worte in Bezug auf die <b>Toleranz</b> der katholischen und <b>evangelischen Kirche</b> gewesen.	vgl. Andree, Band 36, S. 346-360
21	So, 22.2.1885, Nr. 89, MA (PDF: 38-39)	S. 4, 3. Spalte mittig f.	<b>HdA</b> (24. Sitzung vom 21. Feb.): Thema ist der <b>Kultusetat</b> . V geht noch einmal auf die Worte <b>Gerlachs</b> von gestern ein. Dessen Rede hätte besser in eine Debatte vor zwei Monaten gepasst. Die Frage der <b>Legitimität</b> der Fürstenhäuser von <b>Hessen, Hannover</b> und <b>Braunschweig</b> stelle sich nicht mehr. Wolle man gegen die Lösung Vorwürfe äußern, so müsse man sich an die richtige Adresse wenden. Dann kommt V auf <b>Stöcker</b> zu sprechen. Dieser spreche von der <b>Toleranz</b> der <b>protestantischen</b>	vgl. Andree, Band 36, S. 346-360

		<p><b>Kirche</b> im Gegensatz zur katholischen Kirche. Sobald Stöcker der Präsident des Oberkirchenrats würde, wäre auch in der protestantischen Kirche keine Toleranz mehr zu finden. V zitiert dazu <b>Stahl</b>, der einmal gesagt habe, dass Intoleranz das Wesen der Kirche sei. Toleranz beginne mit der eigenen Kirche und dürfe nicht dann erst eingesetzt werden, wenn man keine Kraft mehr zum Kämpfen habe, so dass einem nur noch die Toleranz bliebe. Dann kommt V auf Vorwürfe Gerlachs gegen <b>Falk</b> zu sprechen. Falk sei als scheinbarer Freund der evangelischen Kirche bezeichnet worden. Dies sei undankbar und treffe nicht annähernd den Einsatz, den Falk für die Kirche geleistet habe. Es sei vorausgesehen gewesen, dass so eine Beurteilung eintrete. Falks Sturz sei auch nicht nur durch die Kirchengesetzgebung, sondern durch die orthodoxen Strömungen verursacht. Für jemanden wie Falk, der als Minister mit der Zustimmung des Königs gehandelt habe, dürfe im Nachhinein nicht so gesprochen werden.</p> <p>Dann kommt V auf das Verhalten des Zentrums bei der Wahl zurück. Die Unterstützung der Freisinnigen durch das Zentrum sei seiner Meinung nach dem Umstand geschuldet, dass sich das Zentrum nach Männern umsehe, die ihre Meinung unbeeinflusst kundtäten. Man stimme nicht grundsätzlich mit dem Zentrum überein,</p>	
--	--	--	--

			<p>aber man strebe vielleicht ähnliche Formen der Garantie kirchlicher Freiheiten an. Man habe sich nie, wie behauptet, gegen Christentum und Religion gestellt, sondern setze sich für den Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit ein. Er sei überzeugt, dass Stöcker und seine Freunde allerdings das Gegenteil davon anstrebten. Stöcker nehme den Mund wieder sehr voll und spreche im Namen Berlins, so wie er damals im Namen des Wahlkreises gesprochen habe, der ihn hat durchfallen lassen. Würden in Berlin die Kirchensteuern mehr für sächliche als für persönliche Zwecke genutzt, könne man Notstände in kurzer Zeit beseitigen. Ferner solle Stöcker endlich aufhören, Juden- und Fortschrittspresse in einen Topf zu werfen. Es gebe nur eine unabhängige Presse im fortschrittlichen Sinn und man dürfe nicht bei der Verfehlung eines Blattes alle dafür verantwortlich machen. In den Redaktionen der fortschrittlichen Organe säßen auch nicht ausschließlich <b>Juden</b>, wiederum säßen auch Juden in den Organen anderer Zeitungen. Diese Art von kollektiver Beschimpfung werde eines Tages auf Stöcker zurückfallen. Man lasse sich die Angriffe nicht länger gefallen und wehre sich gegen das Aufzwingen einer Position, die allein schon durch die Anwesenheit hier im Haus ausgeschlossen sei.</p>	
22	Mo,	S. 2,	Zusammenfassung der Sitzung des <b>HdA</b>	vgl. Andree,

	23.2.1885, Nr. 90, AA (PDF: 41)	1. Spalte oben	vom heutigen Tag: Thema ist erneut der <b>Kulturetat</b> . Es wird über das <b>Extraordinat in der Dermatologie</b> debattiert. Die Stelle ist besetzt worden mit einem Hochschullehrer, der 1879 rechtskräftig verurteilt worden ist zu 4 Monaten Haft für ein Vergehen gegen die Sittlichkeit. Bei der Person handelt es sich um <b>Bismarcks</b> Leibarzt <b>Schwenninger</b> . V nimmt in der Angelegenheit eine grundsätzliche Position ein. Die Entscheidung habe nichts mit der Dermatologie zu tun. Schwenninger einzustellen sei eine Erniedrigung für die deutschen Fakultäten. Dessen Beschäftigung würde dem guten Ruf der Universität Berlin schaden. Hätte die Verurteilung zu einem Zeitpunkt stattgefunden, als der Kandidat noch in <b>München</b> im Amt gewesen sei, wäre er gekündigt worden. Als Student hätte man ihm die Fortsetzung des Studiums verweigert. Der Eindruck entstünde, dass mit dieser Sonderbehandlung solche Vergehen noch belohnt würden oder zumindest keinen Hinderungsgrund darstellten. Gerade für den ärztlichen Stand sei ein solches Vorbild bedenklich. Nun werde es schon als Verbrechen betrachtet, dass man sich gegen solche Vorgänge wehre. V sei von einem Mitglied des Hauses dahingehend bedroht worden, dass man ihm persönlich entgegentrete, wenn er die Sache verhindere. Er habe sich davon nicht beeindrucken lassen, denn man müsse dem	Band 36, S. 360-368
--	---------------------------------------	-------------------	---	------------------------

			Volk zeigen, dass im Parlament noch ein Platz sei, wo man offen über Missstände sprechen könne.	
23	Di, 24.2.1885, Nr. 91, MA (PDF: 43-44)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (25. Sitzung vom 23. Feb.): Thema ist erneut der <b>Kulturetat</b>. Es wird über das <b>Extraordinat in der Dermatologie</b> debattiert. Die Stelle ist besetzt worden mit einem Hochschullehrer, der 1879 rechtskräftig verurteilt worden ist zu 4 Monaten Haft für ein Vergehen gegen die Sittlichkeit. Bei der Person handelt es sich um <b>Bismarcks</b> Leibarzt <b>Schwenninger</b>. V nimmt in der Angelegenheit eine grundsätzliche Position ein. Die Entscheidung habe nichts mit der Dermatologie zu tun. Schwenninger einzustellen sei eine Erniedrigung für die deutschen Fakultäten. Der zuständige Minister sei in einer schwierigen Position. Auf der einen Seite stehen die bekannten Verfehlungen, auf der anderen Seite die Nähe zu Bismarck, dessen Protegierung und Schwenningers Ehrgeiz die ausgewählte Position zu bekleiden. Schwenninger selbst habe während der Gerichtsverhandlungen verlauten lasse, sollte er verurteilt werden, sei er als Lehrer der Stellung nicht mehr würdig. Seit der Aussage scheine er wohl die Meinung gewechselt zu haben. Natürlich gebe es für gewisse Fälle Rehabilitation, aber das hinge von der angestrebten Position und von dem Grund der Verfehlung ab. In diesem Falle müsse man davon absehen und auch</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 360-368

		<p>Schwenningers Verdienste um die Gesundheit Bismarcks seien kein Grund. V rate dringend dazu, ein Ende der Miss-handlung der öffentlichen Achtung anzustreben, da die Angelegenheit kein Einzelfall sei. Die Fakultät habe schon präventiv, als die Angelegenheit avisiert wurde, sich gegen eine Anstellung Schwenninger ausgesprochen und auch dem Universitäts-Senat den Fall klargelegt. Auch der Senat hat sich der Meinung angeschlossen, so dass man nicht von einer Meinung der Fakultät sondern von der Meinung der gesamten Universität sprechen müsse. Die Behauptung in der Presse, dass die treibende Kraft lediglich Neid der Fakultätsmitglieder sei, sei dumm. Fakt sei, wenn die Verurteilung zu einem Zeitpunkt stattgefunden, als der Kandidat noch im Amt gewesen sei, wäre er gekündigt worden. Als Student hätte man ihm die Fortsetzung des Studiums verweigert. Der Eindruck entstünde, dass mit dieser Sonderbehandlung solche Vergehen noch belohnt würden oder zumindest keinen Hinderungsgrund darstellten. Gerade für den ärztlichen Stand sei ein solches Vorbild untragbar. Nun werde es schon als Verbrechen betrachtet, dass man sich gegen solche Vorgänge wehre. V sei von einem Mitglied des Hauses dahingehend bedroht worden, dass man ihm persönlich entgegentrete, wenn er die Sache verhindere. Er habe sich</p>	
--	--	---	--

			davon nicht beeindruckt lassen, denn er wolle zeigen, dass es noch Stellen gebe, wo man sich nicht zu schade sei, seine Meinung deutlich zu machen.	
24	Do, 26.2.1885, Nr. 95, MA (PDF: 49)	S. 1, 2. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [25.2.1885] Sitzung des <b>HdA</b> : Es wird erneut über die <b>Vivisektion</b> debattiert. V weist auf Vorwürfe der Vivisektionsgegner in einer Publikation hin. Diese beziehe sich auf eine Veröffentlichung des „ <b>Archivs</b> “. Angeblich würden besonders russische Studenten in Berlin Tierexperimente machen. V korrigiert dahin, dass vier der genannten Versuche in Russland durchgeführt worden seien und das fünfte lediglich eine Fütterung der Tiere mit Fett gewesen sei, um zu dokumentieren, wie Fett aufgenommen werde.	vgl. Andree, Band 36, S. 368-376
25	Do, 26.2.1885, Nr. 95, MA (PDF: 52)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>HdA</b> (27. Sitzung vom 25. Feb.): Es wird erneut über die <b>Vivisektion</b> debattiert. V stellt klar, dass im Zusammenhang mit Tierexperimenten keiner der Durchführenden es ablehnen würde, dazu Rede und Antwort zu stehen. Damit würde in seinen Augen vieles klar gestellt und die Vorwürfe der Gegner könnten beseitigt werden. Auch die Anfrage an die Berliner Universität, ob im Privaten Versuche durchgeführt worden seien, sei klar beantwortet worden. Der Universität lägen dazu keine Unterlagen vor, sie habe also offen und ehrlich geantwortet, als sie die Frage verneint habe. Dies könne man also nicht als Aus-	vgl. Andree, Band 36, S. 368-376



		<p>flucht bezeichnen. Dann kommt V auf eine Publikation des Divisionspfarrers <b>Knoche</b> aus Hannover zu sprechen. Darin beziehe sich dieser auf eine Veröffentlichung des „<b>Archivs</b>“. Angeblich würden besonders russische Studenten in Berlin Tierexperimente machen. V korrigiert dahin, dass vier der genannten Versuche in Russland durchgeführt worden seien und das fünfte lediglich eine Fütterung der Tiere mit Fett gewesen sei, um zu dokumentieren, wie Fett aufgenommen werde. Dieses sei besonders wichtig für die Landwirtschaft. Nichts anderes würde man jeden Tag beim Mästen des Viehs oder beim Nudeln der Gänse tun. Er wolle aber nicht leugnen, dass es grausamere Experimente gebe, aber für entscheidende Fragen in der Wissenschaft müsse man auch mal grausam sein. Dann geht V auf die geplanten <b>Extraordinate</b> ein. Hier sei ein Ungleichgewicht zwischen den besoldeten und unbesoldeten Stellen zu beobachten. Besonders in der medizinischen Fakultät gebe es einen Überhang an unbesoldeten Stellen. Dazu habe der Regierungskommissar in der <b>Budgetkommission</b> die Aussage getätigt, dass es im Rahmen der Extraordinate zwei Kriterien gebe. In dem einen Fall habe man die Stelle quasi als Belohnung verliehen und damit müsse sie auch unbesoldet sein. Im anderen Fall seien sie eine Ergänzung des Lehrkörpers, der eigentlich besoldet</p>	
--	--	--	--

			<p>sei. Diese Art der Einteilung kann V nicht befürworten, besonders da der Großteil der Stellen für die Lehre gebraucht würde.</p> <p>Dann könne man nicht von vornherein sagen, dass ein Teil der Stellen unbezahlt bliebe. Auch sei festzustellen, dass es keine Einheitlichkeit in der Besoldungsstruktur der Extraordinate gebe. Das ganze hätte eher willkürlichen Charakter. Dass im Rahmen der Etatplanung den Extraordinaten besondere Bezeichnungen zur Bestimmung beigelegt seien, sei nur für das HdA bestimmt. Die Fakultät könne frei über den Einsatz des jeweiligen Professors entscheiden, das sei besonders bei Vakanzen der Fall.</p>	
26	Do, 26.2.1885, Nr. 96, AA (PDF: 54)	S. 2, 1. Spalte mittig	<p>Zusammenfassung der Sitzung des <b>HdA</b> vom heutigen Tag: Thema ist erneut das <b>Extraordinat in der Dermatologie</b>. V weist darauf hin, dass es in Berlin 14 unbezoldete und 13 bezoldete Stellen gebe. Nun würde, zur Enttäuschung der teilweise seit 20 Jahren tätigen Kollegen, ein neu ernannter Extraordinarius beim Gehalt bevorzugt, der noch dazu eine bezoldete Stelle im Krankenhaus habe. Weitere Mittel sollte der Landtag ablehnen.</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 376-381
27	Fr, 27.2.1885, Nr. 97, MA (PDF: 56-57)	S. 3, 3. Spalte unten f.	<p><b>HdA</b> (28 Sitzung vom 26. Feb.): Thema ist erneut das <b>Extraordinat in der Dermatologie</b>. V weist darauf hin, dass die bereits besetzte Stelle keine neue Stelle sei, sie sei früher als Nebenstelle verwaltet worden. Mit den nun geforderten Mitteln schaffe</p>	vgl. Andree, Band 36, S. 376-381

			<p>man nichts Neues und verbessere auch die Lehre nicht. Das geforderte Gehalt sei also eher persönlicher denn fachlicher Natur. Nun stehe man also vor vollendeten Tatsachen und im Rahmen des Liberalismus müsse sich der Minister die Frage gefallen lassen, wie er die Besetzung der Stelle verantworten wolle. Gebe es vom Finanzminister für den Kultusminister Geld, so sei die Summe gerechterweise zunächst auf die bereits bestehenden <b>Extraordinate</b> zu verteilen gewesen. Die teilweise schon seit 20 Jahren erfolgreich für die Wissenschaft tätigen Kollegen seien zu recht enttäuscht. Bei der Besetzung hätte man besser auf einen hiesigen Privatdozenten zurückgegriffen, der bereits Erfahrung auf dem Gebiet der Dermatologie gehabt hätte. In der genannten Angelegenheit konnte aber alles nicht schnell genug gehen und man sei über alle Bedenken hinweggegangen. Die Behauptung des Regierungskommissars, solche Stellen seien immer besoldet, sei falsch. Schon immer gebe es leitende Ärzte in der <b>Charité</b>, die nur von ihren Veröffentlichungen und ihrer Privatpraxis leben würden. Dass nun unmittelbar nach Ernennung und im Zuge der Bedenken, die geäußert wurden, nun auch noch im Landtag für die Stelle Gehalt gefordert würde, müsse man eindeutig ablehnen.</p>	
28	Sa, 28.2.1885,	1. Beilage, S. 1,	<b>BAG</b> (Februarsitzung): V macht einige geschäftliche Mitteilungen, unter anderem	Nachruf für <i>Johann Caesar</i>

	Nr. 99, MA (PDF: 61)	2. Spalte mittig	eine Mitteilung zum Tod von <b>Johann Ceasar Godeffroy</b> , und äußert sich auch kurz zum Vortrag von v <b>Erkert</b> über <i>die Mauer von Derbend</i> .	<i>Godeffroy:</i> VBAG 17, S. 53-54  Erläuterung zu einem Vortrag über <i>die Mauer von Derbend:</i> VBAG 17, S. 59
29	Sa, 28.2.1885, Nr. 99, MA (PDF: 62)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 455)	
30	Di, 3.3.1885, Nr. 103, MA (PDF: 2 u. 3)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig u. 1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>HdA</b> (31. Sitzung vom 2. März): Thema ist erneut der <b>Etat des Kultusministeriums</b> . Zunächst ist vermerkt, dass V zu Beginn der Verhandlungen noch nicht im Hause gewesen sei. Sein späteres Erscheinen wird nicht extra erwähnt. Später ist eine kurze Wortmeldung verzeichnet. Allerdings ist sein Name als Dr. Kirchow abgedruckt. Aufgrund des Zusammenhangs ist aber klar erkenntlich, dass es sich um einen Druckfehler handelt und V gemeint ist. V setzt sich dafür ein, dass die <b>Technische Hochschule</b> Berlin den Namen Technische Hochschule zu <b>Charlottenburg</b> tragen soll.	vgl. Andree, Band 36, S. 387-392
31	Mi, 4.3.1885, Nr. 105, MA	S. 1, 3. Spalte mittig	Zusammenfassung der gestrigen [3.3.1885] Sitzung des <b>Reichstages</b> : Thema sind die <b>Wahlprüfungen</b> . Der Wahlprüfungsausschuss hatte in Zusammenhang mit den	nichts bei Andree

	(PDF: 5)		Wahlprüfungen von V und <b>Hänel</b> nachgefragt, ob nach der Gültigkeitserklärung von Wahlen durch den Reichskanzler überhaupt noch Unregelmäßigkeiten untersucht werden könnten.	
32	Mi, 4.3.1885, Nr. 105, MA (PDF: 7)	S. 3, 2. Spalte oben	<b>Deutscher Reichstag</b> (57. Sitzung vom 3. März): Thema sind die <b>Wahlprüfungen</b> . Die Wahl von V wird nach kurzer Debatte für gültig erklärt.	nichts bei Andree
33	Mi, 4.3.1885, Nr. 105, MA (PDF: 7)	S. 3, 3. Spalte mittig	<b>HdA</b> (32. Sitzung vom 3. März): Thema sind die baulichen Veränderungen an der <b>Hochschule für Musik</b> . Dazu bemerkt V, dass es eine verfassungswidrige Etatüberschreitung gebe und die nachträgliche Genehmigung müsse erst noch erfolgen.	vgl. Andree, Band 36, S. 392-397
34	Do, 5.3.1885, Nr. 107, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	<b>Deutscher Reichstag</b> (58. Sitzung vom 4. März): Abdruck der namentlichen Abstimmung über die Besetzung des <b>Auswärtigen Amtes</b> mit einem zweiten Direktor. Vs Name findet sich unter den Neinstimmen.	nichts bei Andree
35	So, 15.3.1885, Nr. 125, MA (PDF: 32)	1. Beilage, S. 3, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: kurzer Hinweis auf das erste Stiftungsfest des <b>Handwerkervereins für den Westen und Süden</b> am 17. März. V wird die <b>Festrede</b> halten.	s. a. 20.3.1885
36	Mo, 16.3.1885, Nr. 126, AA (PDF: 34)	S. 2, 1. Spalte mittig	Zusammenfassung der heutigen Sitzung des <b>Reichstages</b> : Es wird über die <b>Dampfersubventionsvorlage</b> beraten. V bemerkt, dass die meisten Redner vor ihm davon ausgingen, dass Deutschland Ackerbaukolonien erwerben könne. Fakt	vgl. Andree, Band 37, S. 646-666

			<p>sei aber nach den anthropologischen Untersuchungen, dass Europäer in den Gegenden, wo man bereits Territorien besitze, nicht leben könnten. Man habe die <b>Akklimatisationsfähigkeit</b> deutlich überschätzt. Selbst wenn eine Ansiedlung zunächst gelungen sei, würden die Familien in der zweiten Generation aussterben. Hinzu käme, dass die Gebiete auch Fiebergebiete seien. Der Reichstag nehme eine große Verantwortung auf sich, wenn mit der Genehmigung der Dampfersubventionsvorlage eine Auswanderung in diese ungesunden Gebiete stattfinden würde.</p>	
37	<p>Di, 17.3.1885, Nr. 127, MA (PDF: 35)</p>	<p>S. 1, 3. Spalte mittig</p>	<p>Zusammenfassung der gestrigen [16.3.1885] Sitzung des <b>Reichstages</b>: Es wird über die <b>Dampfersubventionsvorlage</b> beraten. V habe die Bemerkung gemacht, dass <b>Bismarck</b> Landesteile als Kolonien ausgesucht habe, die sowohl unter enormer Hitze als auch unter Malariainfektionen leiden. Es sei Vs Verdienst gewesen, in seiner Rede auf die Gefährlichkeit einer erhöhten Auswanderungstendenz in diese Gebiete hingewiesen zu haben.</p>	<p>vgl. Andree, Band 37, S. 646-666</p>
38	<p>Di, 17.3.1885, Nr. 127, MA (PDF: 37-38 u. 39)</p>	<p>S. 4, 3. Spalte unten f. u. 1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten</p>	<p><b>Deutscher Reichstag</b> (68. Sitzung vom 16. März): Es wird über die <b>Dampfersubventionsvorlage</b> beraten. <b>Bismarck</b> wolle, so V, dass man sich zur <b>Kolonialpolitik</b> äußere. Die Gelegenheit wolle er nutzen, auch um zu zeigen, dass man kein genereller Gegner derselben sei. Leider sei der Begriff mittlerweile sehr dehnbar gewor-</p>	<p>vgl. Andree, Band 37, S. 646-666</p>

		<p>den. Dabei ginge man im Ursprung des Begriffs von einer Ackerbaukolonie aus. Vs Ansicht nach seien aber die infrage kommenden Gebiete bereits vergeben und nur durch Eroberungskriege zu gewinnen. Diese Art von Kolonialpolitik würden die Franzosen betreiben, aber Bismarck habe sich glücklicherweise davon abgewandt. Ein Aspekt, der nach V völlig vernachlässigt worden sei, sei das Klima. Forschungen hätten deutlich gezeigt, dass die zu Verfügung stehenden Gebiete für Europäer zum Leben nicht geeignet seien. Man habe die <b>Akklimatisationsfähigkeit</b> deutlich überschätzt. Selbst wenn eine Ansiedlung zunächst gelungen sei, würden die Familien in der zweiten Generation aussterben. Hinzu käme, dass die Gebiete auch Fiebergebiete seien, in denen <b>Malaria</b> weit verbreitet sei. V zitiert Beispiele der Franzosen in <b>Algier</b>, der Briten in Indien und der Niederländer in Neu-Guinea, die ein deutliches Bild entwerfen, dass Europäer unter solch schwierigen Bedingungen nicht überleben können. V geht so weit zu empfehlen, dass die Mitglieder des Hauses, die die Auswanderung der Arbeiter befürworten, zunächst selbst mit ihren eigenen Familienmitglieder dorthin reisen sollten, um festzustellen, wie es vor Ort ist. V lobt den guten Schachzug Bismarcks, die Küste <b>Neu-Guineas</b> besetzt zu haben. Es könne sich im Laufe der Zeit zeigen, dass in die-</p>	
--	--	---	--

		<p>sem Land noch vieles zu entdecken sei, nur wolle er aufgrund einer zukünftigen Möglichkeit, aus der Angelegenheit kein nationales Unternehmen machen.</p> <p>Dann kommt V auf die Beschaffung von Arbeitskräften für die Plantagen vor Ort zu sprechen. Gerade für <b>Samoa</b> sei man dazu übergegangen, Arbeiter von anderen Inseln anzuwerben. Zunächst sei dieses Vorgehen als Verbesserung für die Menschen geschildert worden. Inzwischen häuften sich negative Berichte über die Transporte und die Ausbeutung. Nun habe sich Bismarck entschieden, <b>Neu-Britannien, Neu-Irland</b> und ein Stück Neu-Guineas zu erschließen. Er wolle ihm daraus keinen Vorwurf machen. Er sehe nur keine Veranlassung mit der Erweiterung der Dampferlinien diese Landesteile anzubinden, zum Vorteil einiger weniger. Verglichen mit <b>Südbrasilien</b>, mit dem man ähnlich erfolgreich Handel treibe wie mit Australien, dass auch noch Ackerbau und gute Lebensbedingungen aufweise und keine Dampferverbindung besitze, könne man das nicht rechtfertigen. V warnt auch davor die Kolonialpolitik und die damit verbundene Auswanderung als <b>Blitzableiter</b> für soziale Probleme zu benutzen.</p> <p>Zum Schluss geht V auf Bemerkungen Bismarcks zu einer Rede von <b>Richter</b> ein. Richter habe den britischen Politiker Kalle gebeten mit seinen Hetzreden aufzuhören.</p>	
--	--	--	--



			<p>Die Besorgnis, dass eine solche Aussage die Beziehungen zwischen Deutschland und England schädige, sei überzogen. In der britischen Presse hätten sich dazu noch nicht einmal Berichte finden lassen. Weitere Kritik Bismarcks, dass Richter die dynastischen Beziehungen betont habe, kann V auch nicht verstehen. Die Beziehungen seien nicht von der Hand zu weisen und ganz offiziell bekannt. Gerade sie würden auch dazu beitragen, kleine Missverständnisse nicht über zu bewerten.</p> <p>Nach Vorwürfen in der Rede Bismarcks gegen ihn, stellt V klar, dass er die Worte Richters nicht verdreht habe.</p>	
39	Fr, 20.3.1885, Nr. 133, MA (PDF: 6)	1. Beilage, S. 4, 1. Spalte unten	<p>Vereine und Versammlungen: Bericht über das erste Stiftungsfest des <b>Handwerkervereins für den Westen und Süden</b> am 17. März. V hält die Festrede. Er habe über die geschichtliche <b>Entwicklung der Volksbildung</b> gesprochen. Früher sei Bildung ein Privileg bevorzugter Klassen gewesen, das habe sich in neuerer Zeit geändert. Es würden aber erhebliche Missstände an den Schulen herrschen bei denen Bildungsvereine ausgleichend wirken könnten.</p>	
40	Di, 24.3.1885, Nr. 139, MA (PDF: 12)	S. 1, 3. Spalte oben	<p>Zusammenfassung der gestrigen [23.3.1885] Sitzung des <b>Reichstages</b>: Thema ist erneut die <b>Dampfersubventionsvorlage</b>. <b>Woermann</b> wollte die Worte Vs zur Auswanderung so interpretieren, dass V den Menschen verwehren wolle, in</p>	vgl. Andree, Band 37, S. 666-673

			<p>anderen Ländern ihr Glück zu finden. V habe dabei lediglich auf die Gefahren hingewiesen und vor überstürztem Vorgehen gewarnt, da Unkenntnis in solchen Gebieten den sicheren Tod bedeute. In Bezug auf die <b>Plantagenwirtschaft</b> warne er vor einer Zuspitzung der Arbeiterfrage. Die schnelle Neuansiedlung aufgrund des hohen Bedarfs führe zu einer Situation die dem <b>Sklavenhandel</b> gleiche. Es sei dringend notwendig die Autorität des Deutschen Reiches von diesem negativen Einfluss fernzuhalten.</p>	
41	<p>Di, 24.3.1885, Nr. 139, MA (PDF: 14)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben</p>	<p><b>Deutscher Reichstag</b> (74. Sitzung vom 23. März): Thema ist erneut die <b>Dampfersubventionsvorlage</b>. V wendet sich gegen den Vorwurf, er könne die klimatischen Bedingungen nicht beurteilen, weil er nicht vor Ort gewesen sei. Hierzu beruft sich V auf statistische Zahlen zu Todesfällen in <b>Algier</b>, die eindeutig die hohe Sterblichkeitsrate belegten. Ähnliche Zahlen lägen aus <b>Indien</b> vor. Er greife auf diese Zahlen nicht zurück, um Unruhe zu schüren, sondern um die Problematik zu verdeutlichen. Bei der letzten Verhandlung habe er den Eindruck gewonnen, nicht nachdrücklich genug gewesen zu sein. Es habe sich eher Gleichgültigkeit breit gemacht vor dem Hintergrund eines möglichen großen wirtschaftlichen Erfolges. Es sei eine Angelegenheit des nationalen Verantwortungsgefühls die Auswanderer nicht</p>	<p>vgl. Andree, Band 37, S. 666-673</p>

			<p>wissentlich in den Tod zu schicken. Er sei nicht grundsätzlich gegen Auswanderung. Sie sollte aber gut vorbereiteten Forschern überlassen bleiben, die wissen, auf was sie sich einlassen. In Bezug auf <b>Samoa</b> warnt V erneut vor der dortigen Entwicklung des Arbeiterproblems. Da die ansässige Bevölkerung nicht zur Arbeit zu gewinnen sei, müsse man sie sehr behutsam dazu erziehen. Sonst würde sich in diesen Gebieten eine neue Form des <b>Sklavenhandels</b> entwickeln. Abschließend bemerkt V, dass ohne die Samoa-Linie die Australien-Linie keinen Sinn mehr mache.</p>	
42	<p>Do, 26.3.1885, Nr. 143, MA (PDF: 21)</p>	<p>S. 4, 2. Spalte mittig</p>	<p><b>BAG</b> (Märzsitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Von <b>Schweinfurth</b> sind <i>Pfeilspitzen und Messer aus Feuerstein aus der algerischen Sahara</i> eingesandt worden. Bereits bei seiner ersten Reise habe dieser ähnliche Fundstücke mitgebracht. Damals war zunächst nicht klar, ob sie Erzeugnisse aus Menschenhand seien. Dazu legt V zum Vergleich aus der ersten Sammlung <b>Kiesel-Nuclei</b> vor. Von <b>Dr. Ernst</b> aus <b>Venezuela</b> stammt ein <i>Nephrit-Beil</i>. Dies wirft die Frage auf, ob die dortigen Cordillere Nephrit führt. Um dies zu klären regt V die Unterstützung durch einen Geologen an. Weiter spricht sich V dafür aus, dass die nach Afrika gehenden Expeditionen möglichst viel Material mitbringen mögen. Seine Reichstagsrede sei ja dahin gehend</p>	<p><i>Pfeilspitzen und Messer aus Feuerstein aus der algerischen Sahara:</i> VBAG 17, S. 92-93</p> <p>Über eine Sammlung von <i>Kiesel-Nuclei</i> aus der arabischen Wüste: VBAG 17, S. 131-134</p> <p>Über ein <i>Nephrit-Beil</i> und die Klang-</p>

			<p>ausgelegt worden, dass er gar keine Erforschung solch klimatisch schwieriger Gebiete wünsche. Dies sei falsch. Er habe sogar ein <i>Schema für die geplanten anthropologischen Untersuchungen</i> der nächsten Afrika-Expedition entwickelt. Dann weist V darauf hin, dass das korrespondierende Mitglied <b>Graf Uwaroff</b> verstorben ist.</p> <p>Zum Ende der Versammlung spricht V über die <b>Schädelformen der Nicobaresen</b>. Auf seiner Reise nach <b>Kopenhagen</b> hat V die dort vorliegenden elf Schädel untersucht.</p>	<p>platten von Venezuela: VBAG 17, S. 126-128</p> <p><i>Schema zu anthropologischen Aufnahmen</i>: VBAG 17, S. 99-102</p> <p>Nachruf für <i>Graf Uwaroff</i>: VBAG 17, S. 216</p> <p>Über <i>Nicobaresen</i>, Schombengs und Andamanesen: VBAG 17, S. 102-109</p>
43	Fr, 27.2.1885, Nr. 145, MA (PDF: 24)	S. 4, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 26. März): Es werden sechs Deputierte ernannt, die den Ehrenbürgerbrief an <b>Prof. Dr. Leopold v. Ranke</b> übergeben sollen. V gehört als eines der ältesten Mitglieder auch dazu.	nichts bei Andree
44	Di, 31.3.1885, Nr. 157, MA (PDF: 32)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von <b>und v. Holtzendorff</b> . (Heft 456).	
45	Mi, 8.4.1885, Nr. 161,	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf den heute Abend stattfindenden Vortrag Vs über <b>Holz, Kohle und</b>	

	MA (PDF: 41)	unten	<b>Petroleum im Berliner Handwerkerverein.</b>	
46	So, 12.4.1885, Nr. 169, MA (PDF: 50)	S. 4, 2. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über das Erscheinen des hundertsten Bandes des Virchowschen <b>Archivs [für pathologische Anatomie]</b> . Es handle sich dabei nicht nur um einen Jubeltag für den Herausgeber, sondern auch für die gesamte medizinische Welt. Es enthalte einen Teil des stattlichen Lebenswerkes Vs und halte nach wie vor die Fahne der wissenschaftlichen Medizin hoch. In der neusten Ausgabe sei dargestellt, wie sich die Gegensätze <b>Kochs</b> und der Münchner Schule über die <b>Cholerafrage</b> zuspitzten.	
47	Mi, 22.4.1885, Nr. 186, AA (PDF: 68)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Sitzung vom 18. April): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. In der Nähe von <b>Warschau</b> sei eine neue <b>Gesichtsurne</b> gefunden worden. Bei den Gesichtsurnen des Ostens zeige sich eine gewisse Variabilität in Abhängigkeit vom Fertigenden. Bei manchen fehlte der Mund oder die Nase. Dann legte V geschlagene <b>Feuersteine aus Verona</b> vor, die er auf seiner letzten Reise gekauft habe. Es zeige sich eine Ähnlichkeit zu prähistorischen Geräten dieser Art. Später wird über die <b>Lanzenspitze von Torcello</b> diskutiert. Hieran beteiligt sich auch V. Bei der Diskussion über die <b>Hausurne von Gandow</b> verweist V auf Hausurnen vom Bornholmer Typus.	Über eine neue <i>Gesichtsurne</i> von Garzigar (Reg.-Bez. Cöslin): VBAG 17, S. 175-176  Demonstration moderner geschlagener <i>Feuersteine von Verona</i> : VBAG 17, S. 155-157  Über die <i>Lanzenspitze von</i>

				<p><i>Torcello:</i> VBAG 17, S. 161</p> <p>Über die <i>Hausurne von Gandow:</i> VBAG 17, S. 168</p>
48	So, 3.5.1885, Nr. 203, MA (PDF: 5)	S. 1, 1. Spalte mittig	Leitartikel zur <b>Kolonialpolitik</b> und Kolonialschwärmerei: In der Sitzung des HdA vom 25. April, die von der VZ am 26. April abgedruckt ist, war keine Wortmeldung zu lesen, die auf V Bezug nahm. Angeblich sei bei der Debatte über die nassauische Kreisordnung von konservativer Seite eine Zitat Vs verwendet worden, welches dieser im Zusammenhang mit der Beratung zur <b>Provinzialordnung</b> der alten Provinzen ausgesprochen haben soll. V sei der Ansicht, dass übertriebener Enthusiasmus bei Gesetzgebung und Verwaltung fehl am Platze sei. Enthusiasmus sei nach einem Dichterwort kein Hering, den man einpökeln könne für eine lange Zeit. Alles, was auf eine lange Zeitspanne ausgelegt sei, bedürfe vielmehr einer zähen und ausdauernden Arbeit unter Berücksichtigung aller Verhältnisse. In dieses Ressort falle auch die Kolonialpolitik. Da sei es mit kriegerischen Aktionen, Flaggen hissen und Hurra schreien nicht getan. Dies könne man im Positiven an den Erfolgen der Briten und	unklar auf welche Rede Vs das zurückgehen soll

			Holländer, im Negativen an den Misserfolgen der enthusiastischen Franzosen zeigen.	
49	Mi, 6.5.1885, Nr. 208, AA (PDF: 12)	S. 2, 2. Spalte oben	Zusammenfassung der Sitzung des <b>HdA</b> vom heutigen Tag: Thema ist die Ausweisung der in Ost- und Westpreußen wohnenden <b>Polen</b> . V wendet sich dagegen.	vgl. Andree, Band 36, S. 399-403
50	Do, 7.5.1885, Nr. 209, MA (PDF: 13)	S. 1, 3. Spalte unten	Zusammenfassung der gestrigen [6.5.1885] Sitzung des <b>HdA</b> : Thema ist die Ausweisung der in Ost- und Westpreußen wohnenden <b>Polen</b> . V habe dies mit dem fast gleichzeitig beschlossenen Auslieferungsvertrag und der Ausweisung russischer und polnischer Studenten in Verbindung gebracht.	vgl. Andree, Band 36, S. 399-403
51	Do, 7.5.1885, Nr. 209, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte oben	<b>HdA</b> (66. Sitzung vom 6. Mai): Thema ist die Ausweisung der in Ost- und Westpreußen wohnenden <b>Polen</b> . V bringt dies mit dem fast gleichzeitig beschlossenen Auslieferungsvertrag und der Ausweisung russischer und polnischer Studenten in Verbindung. Man könne nicht jeden Russen nur deshalb verdächtigen, weil er Russe sei. V gibt den Grenzverkehr der Arbeitskräfte zu bedenken. Man könne nicht die Russen ausweisen ohne damit zu rechnen, dass die Deutschen auch aus Russland ausgewiesen würden. Im Zuge des zunehmenden Deutschhasses sei damit zu rechnen. Die ins Auge gefasste Maßregel sei deutlich zu hart und es wäre sinnvoll, wenn v. <b>Puttkamer</b> davon zurücktrete.	vgl. Andree, Band 36, S. 399-403
52	Do, 7.5.1885,	1. Beilage, S. 2,	<b>BAG</b> : Ausflug nach <b>Genthin</b> . V war an der Teilnahme verhindert.	

	Nr. 209, MA (PDF: 16)	3. Spalte mittig		
53	Do, 7.5.1885, Nr. 210, AA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die <b>Cholerakonferenz</b> . V hat den <b>Vorsitz</b> .	s. a. 9.5.1885 u. 15.5.1885  vgl. Berl. Klin. Wochenschrift Nr. 37a u. 37b
54	Do, 7.5.1885, Nr. 210, AA (PDF: 19)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht aus der <b>Berliner medizinischen Gesell- schaft</b> . Als Vorsitzender gedachte V dem plötzlichen Tod des Präsidenten des letzten internationalen Kongresses <b>Prof. Dr. Panum</b> in Kopenhagen.	
55	Sa, 9.5.1885, Nr. 213, MA (PDF: 4-5)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht von der <b>Cholerakonferenz</b> . V geht auf den Forschungsstand zur Cholera ein. Tierexperimente seien nicht zwingend notwendig, da nicht alle Krankheiten von den Tieren auf die Menschen übertragbar seien. Es seien diverse Versuche durchge- führt worden von ihm selbst, von <b>Em- merich</b> und von <b>Koch</b> . Es seien in diesen Versuchen zwar auch der Cholera ähnliche Symptome erzeugt worden, aber der Ver- lauf der Cholera sei dennoch unklar. Klar sei aber, dass der Bazillus verschiedene Formen haben könne, je nach den äußeren Bedingungen. Die Lebensdauer erkläre, wie sich die Erkrankung von einem Jahr zum nächsten halten könne.  Später wendet sich V gegen die Bodenthe-	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift Nr. 37a u. 37b



			<p>orie zur Übertragung der <b>Cholera</b>. Es sei noch kein einziger Fall bekannt, in dem man Cholerakeime im Boden gefunden habe. Die von den Anhängern geäußerte Exklusivität dieses Übertragungsweges sei abzulehnen. Um genauere Daten zu bekommen sei nicht die Beobachtung einer Epidemie, sondern der Einzelfall bedeutungsvoll. Er selbst habe 1871 auf einer seiner Stationen einen solchen Fall beobachtet und publiziert. In der Gefangenen-Abteilung sei es bei Männern, die vorher bei der Pflege von Cholerakranken geholfen hätten, zum Ausbruch der Krankheit gekommen. Auch auf Schiffen käme die Übertragung dieser Krankheit vor, die mit dem Erdboden nichts zu tun habe.</p>	
56	Fr, 15.5.1885, Nr. 222, AA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig und weitere	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht von der <b>Cholera</b>konferenz. V geht auf die Forschungsleistung <b>Pettenkofers</b> ein. Ihm verdanke man die guten Ergebnisse, welche Rolle der Boden bei der <b>Cholera</b>infektion spiele. V weigert sich aber die Exklusivität dieses Infektionsweges anzunehmen. Der Keim könne sich sehr wohl auch im Trinkwasser ausbreiten. Fakt sei, dass bei Verbesserung des Trink- und Gebrauchswassers auch die Ableitung verbessert würde, was einen günstigen Einfluss auf die Unterdrückung von Epidemien habe. V habe selbst die Meinung vertreten, dass in den obersten Bodenschichten Pilze Nahrung fänden. Das heiße aber nicht, dass</p>	vgl. Berl. Klin. Wochenschrift Nr. 37a u. 37b

			<p>man von einer gesamten Verunreinigung des Bodens ausgehen dürfe. Später berichtet V über den <b>transportablen Desinfektionsapparat</b> von <b>Prof. Wolff</b>, mit dem man bereits sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Ferner sei die Isolierung der Kranken ein weiteres unabdingbares Mittel zur Eindämmung der Erkrankung. Eine Landquarantäne wiederum sei nicht aufrecht zu erhalten. Abschließend dankt V den anwesenden Gästen für ihr Durchhaltevermögen.</p>	
57	<p>Sa, 16.5.1885, Nr. 233, MA (PDF: 19)</p>	<p>S. 4, 1. Spalte oben</p>	<p>Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis darauf, dass die Gesellschaft für Erdkunde und die BAG am 17. Mai gemeinsam eine Trauerfeierlichkeit für <b>Dr. Nachtigal</b> geben werden. V wird eine Ansprache halten.</p>	s. a. 18.5.1885
58	<p>Mo, 18.5.1885, Nr. 226, AA (PDF: 23)</p>	<p>1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben</p>	<p>Bericht über die gemeinsame Trauerfeier der <b>Gesellschaft für Erdkunde</b> und der <b>BAG</b> am 17. Mai in der Singakademie zu Ehren von <b>Dr. Nachtigal</b>. V spricht über die Bedeutung von Nachtigals Forschung in <b>Afrika</b> für die Wissenschaft. Man müsse beim Lesen von dessen Buch „Sahara und Sudan“ beeindruckt sein von den Erfolgen, trotz der begrenzten Mittel. Wäre Nachtigal von Anfang darauf vorbereitet gewesen zum reisenden Forscher zu werden, hätte sicher auch noch Größeres geleistet werden können, aber zur damaligen Zeit war die Entwicklung noch nicht so weit. Die Anthropologie habe sich gerade</p>	

			<p>erst entwickelt. Die Reisen waren von großen Entbehrungen gekennzeichnet und Nachtigal sei von schwerer Krankheit geplagt worden. Unter diesen Aspekten seien dessen Ergebnisse erstaunlich. Er habe damit die Basis gelegt für das Wissen um die Bevölkerungszusammensetzung. Hätte er nichts weiter geleistet, so wäre ihm schon damit ein bleibendes Denkmal gesichert. Nachtigals Leben sei von großen Prüfungen gezeichnet und er habe mit Hingabe und Energie seine Aufgabe gelöst. Nur wenige werden der Nation so dauerhaft im Gedächtnis bleiben wie er.</p>	
59	<p>Di, 19.5.1885, Nr. 227, MA (PDF: 25-26)</p>	<p>S. 3, 3. Spalte mittig</p>	<p><b>BAG</b> (Maisitzung): V berichtet über den Tod von Nachtigal und geht dann über zu den geschäftlichen Mitteilungen. V und <b>Jagor</b> sind durch kaiserliche Verfügung in die Ankaufs-Kommission des <b>Museums für Völkerkunde</b> berufen worden. An Neuerwerbungen ist besonders die neue <b>Gesichtsurne</b> aus <b>Garzigar</b> zu erwähnen. Darin enthalten ist ein Halsschmuck aus Bronze.</p> <p>Dann hält V einen Vortrag über <b>Akklimatisation</b>. Im Ausland sei dies ein wichtiges Thema, in Deutschland kaum. Dabei müsse man sich gerade bei den Kolonialisierungsbestrebungen darüber informieren. Grundsätzlich müsse man unterscheiden zwischen dem Individuum und der Rasse. Das einzelne Individuum mag sich noch anpassen können, aber könne sich nicht</p>	<p>Nachruf für Gustav Nachtigal: VBAG 17, S. 173</p> <p>Über eine neue <i>Gesichtsurne von Garzigar</i> Reg.-Bez. Cöslin: VBAG 17, S. 175-176</p> <p>Über Acclimatisation: VBAG 17, S. 202-214</p>

			<p>fortpflanzen und vermehren. Ursächlich sei hier die Fruchtbarkeit, die zurückgehe. Um so etwas genauer erforschen zu können bräuchte man kartographische Darstellungen über die Klimakrankheiten. Man müsse nicht nur die Temperatur im Mittel berücksichtigen, sondern auch die Schwankungen. In Bezug auf die <b>Malaria</b> gebe es verschiedene Beobachtungen. So hänge der Ausbruch nicht nur von der Temperatur ab und komme auch nicht nur in Sumpfgebieten vor. Eine Gewöhnung an diese Krankheit setze nicht ein und befallte Weiße wie auch Einheimische. Für die Kolonisation seien besonders die Südeuropäer geeignet. Diese Fähigkeit nimmt immer mehr ab, je weiter man nach Norden komme. Ursächlich für die gute Akklimatisationsfähigkeit der Bevölkerung Südspaniens sei die Durchmischung mit maurischem Blut. Ähnliches könne man in Süditalien beobachten. Gerade der Deutsche sei sehr wenig widerstandsfähig. Dies könne man bei den Untersuchungen der Langobarden, Vandalen und Westgoten nachvollziehen. Hier sei das deutsche völlig ausgestorben. Unter diesem Aspekt würden <b>Darwins</b> Ansichten über natürliche Zuchtwahl sehr in den Hintergrund treten.</p>	
60	Fr, 29.5.1885, Nr. 243, MA	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 28. Mai): Thema ist das Mandat des ausgewiesenen SV <b>Ewald</b> . V geht auf die Folgen ein, die die Ausweisung Ewalds habe. Dieser sei mit Recher-	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

	(PDF:44 )		<p>chen in seinem Bezirk und mit erheblichen Verwaltungsaufgaben betraut. Diese Aufgaben würden nun unerledigt bleiben. Ewald sei Opfer einer strengen Auslegung des <b>Sozialistengesetzes</b> geworden. V wolle sich nicht zu diesem Gesetz äußern. Er habe nur die Hoffnung, dass man in diesem Fall über die Darstellung der schwierigen Umstände von Seiten des Polizeipräsidi-ums Einsichtigkeit erwarten könne. Es sei für die Gemeinde ein äußerst peinlicher Vorgang. Es dürfe keine Wiederholung solcher Vorgänge geben. Er hoffe, dass die Stimme der Versammlung gehört würde und man Ewald gegenüber Nachsicht wal-ten lasse. Ewald sei als Vertreter eines Teils der Versammlung gewählt worden und so stehe dieser Fall in direktem Zu-sammenhang mit den Interessen der Selbstverwaltung. Man müsse die rechtli-chen Rahmenbedingungen verteidigen.</p>	
61	Fr, 5.6.1885, Nr. 255, MA (PDF: 8-9)	S. 4, 3. Spalte unten f.	<p><b>SVV</b> (Sitzung vom 4. Juni): Thema ist die Verwertung von Summen, die die Stadt Berlin aus den landwirtschaftlichen Zöllen anteilig bekommt und die Inhaber kleiner Wohnungen bei der <b>Mietssteuer</b> entlasten soll. Hierzu soll der Magistrat der SVV ei-ne Vorlage machen. Die Sache, so V, sei nichts Neues. Der Gedanke einer Entlas-tung der ärmeren Klassen werde von der Mehrheit vollständig gebilligt. Problem sei aber, dass man gar nicht wisse, wie hoch die zur Verfügung stehende Summe sei.</p>	vgl. Andree, unveröffent-lichtes Materi-al zur SVV

			<p>Erst wenn man sich darüber im Klaren sei, könne man eine dauernde Veränderung des Steuersystems anstreben. Man würde, so lange diese Art der Einnahmen dauere, dieselben immer nur als temporäre betrachten können und jedes Jahr über deren Verwendung neu beschließen müssen. Man habe kein Interesse daran, etwas Dauerhaftes zu schaffen, was die Fortsetzung des jetzigen Zollsystems stütze. Daher empfehle er die Ablehnung des Antrages.</p>	
62	<p>Sa, 6.6.1885, Nr. 257, MA (PDF: 12)</p>	<p>2. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig</p>	<p>Aufruf zur Errichtung eines <b>Denkmals für Dr. Nachtigal</b>. V ist Mitunterzeichner in seiner Funktion als <b>Vorsitzender</b> der <b>BAG</b>. Nach dem Tode Nachtigals an Bord der „Möwe“ am 20. April wolle man einen solch verdienten Mann ehren. Dieser habe unermüdlich für die Wissenschaft gearbeitet und hatte großen Anteil an der Erschließung des schwarzen Kontinents. Als deutscher Mann habe er für das Vaterland gewirkt und sei weit über die Grenzen Deutschlands bekannt. Als Andenken wolle man in Nachtigals Heimatstadt <b>Stendal</b> ein Denkmal errichten und bitte um finanzielle Unterstützung.</p>	
63	<p>Di, 9.6.1885, Nr. 261, MA (PDF: 4)</p>	<p>3. Beilage, S. 4, 3. Spalte mittig</p>	<p>Anzeige zum „<b>Jahresbericht über die Leistungen und Fortschritte in der gesamten Medizin</b>“, herausgegeben von V und von <b>August Hirsch</b>. (19. Jhg. Bericht über das Jahr 1884 in 2 Bänden für 37 Mark)</p>	
64	<p>Do,</p>	<p>1. Beilage,</p>	<p>Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis</p>	

	18.6.1885, Nr. 277, MA (PDF: 21)	S. 4, 3. Spalte oben	auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 457 u. 458).	
65	Fr, 26.6.1885, Nr. 291, MA (PDF: 36)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	<b>BAG</b> (Junisitzung): V eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen und verweist auf diverse anstehende Kongresse. Später wird nochmal über die <b>Akklimatisationsfrage</b> diskutiert. V erklärt dazu, er habe nicht gesagt, dass <b>Südafrika</b> ungeeignet sei zur Akklimatisation. Man müsse dabei aber auf die Bodenerhebungen achten. Diese hätten in den Tropen besonderen Einfluss. Es sei sehr bedenklich, wenn ohne wissenschaftliche Vorbereitung Unternehmungen beginnen, die nur zu einem Experiment am eigenen Körper führten.	Über <i>Acclimation</i> : VBAG 17, S. 260-261
66	Di, 30.6.1885, Nr. 297, MA (PDF: 43)	S. 4, 1. Spalte mittig	<b>BAG</b> (außerordentliche Sitzung vom 27. Juni): V eröffnet die Sitzung mit dem Verweis auf den unerwarteten Tod <b>Erich Riebeck</b> s. Später legt V einige Feuersteinobjekte vor, die <b>Schweinfurth</b> eingesandt hat. Dann präsentierte er <b>Bronze-Armringe</b> aus dem <b>Spreewald</b> und kam dabei auch auf die Qualität des <b>Wollhaares zur Rassenbestimmung</b> . Zum Schluss zeigt V acht <b>Pfahlbau-Schädel</b> aus dem <b>Berner Museum</b> . Die verschiedenen Schädeltypen würden den verschiedenen Völkern entsprechen, die sich dort im Laufe der Zeit angesiedelt hatten.	Nachruf für <i>Erich Riebeck</i> : VBAG 17, S. 263 Demonstration zweier gedrehter <i>Bronze-Armringe</i> von <i>Werben im Spreewald</i> : VBAG 17, S. 247 Über das menschliche <i>Haar als Rassenmerkmal</i> :

				VBAG 17, S. 280 Über die <i>Pfahlbauschädel des Museums in Bern:</i> VBAG 17, S. 283-201
67	Fr, 3.8.1885, Nr. 303, MA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Bericht über die <b>Sommerexkursion</b> der <b>BAG</b> nach <b>Neu-Strelitz</b> : V wird dabei als Führer der Expedition genannt und bringt später einen Toast aus auf die Unterstützer der anthropologischen Forschung in Strelitz. Dabei geht er auf die Vor- und Nachteile lokaler Sammlungen ein. Positiv sei, dass sie den Sinn für die Prähistorie anregen, Nachteil sei eine Zersplitterung des Materials. Bald sei man als Anthropologe deswegen nur noch auf Reisen.	Bericht über die anthropologischen Excursion nach Neu-Strelitz: VBAG 17, S. 354-364
68	Di, 14.7.1885, Nr. 321, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 4, 3. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 461 u. 462).	
69	Mi, 22.7.1885, Nr. 335, MA (PDF: 40-41)	S. 4, 3. Spalte unten f.	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht zum 90-jährigen <b>Stiftungsfest des medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts (Pépinère)</b> . V ist als Gast und ehemaliger Schüler der Anstalt erwähnt.	
70	Mi, 22.7.1885, Nr. 336, AA	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht zum <b>75-jährigen Jubiläum der Berliner Universität</b> . Es ist kurz erwähnt, dass u.a.	



	(PDF: 43)	mittig	auch V an der Veranstaltung teilnehmen wird. In der Betrachtung, dass auch Söhne ihren Vätern in der Dozentenlaufbahn folgen ist <b>Hans Virchow</b> als Professor der Anatomie in dem Artikel erwähnt.	
71	Do, 30.7.1885, Nr. 349, MA (PDF: 9)	S. 4, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht zum <b>75-jährigen Jubiläum der Berliner Universität</b> . In einer Auflistung von Professorentöchtern, die wiederum Professoren geheiratet haben, findet sich auch der Name Virchow, allerdings ohne die Angabe eines Vornamens. Sowohl <b>Adele</b> als auch Marie sind mit Professoren verheiratet, allerdings gilt das 1885 nur für Adele. Marie heiratet 1891.	
72	Do, 30.7.1885, Nr. 350, AA (PDF: 11)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Vermessung von sieben Jungen aus <b>Darfur</b> . Es gilt dabei wichtige Körpermaße zu gewinnen. Er wird dabei von mehreren Wissenschaftlern unterstützt. Fest steht aber bereits, dass die Gemessenen alle dem Negertypus entsprechen. Die Messungen sollen morgen fortgesetzt werden.	s. a. 31.7.1885 AA Über die Neger von Darfur: VBAG 17, S. 488-497
73	Fr, 31.7.1885, Nr. 352, AA (PDF: 14)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Vermessung von sieben Jungen aus <b>Darfur</b> . Die Messungen hätten ergeben, dass es bei den Jungen um ungekreuzte Repräsentanten der sudanesischen Negerrasse handle. Es sind die ersten, die man in Europa habe sehen können.  V wird am 11. August nach Karlsruhe zum DAG-Kongress reisen und wird danach Urlaub machen.	

74	So, 9.8.1885, Nr. 367, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte oben	Bericht über den 16. <b>DAG-Kongress in Karlsruhe</b> : V wird zum ersten <b>Vorsitzenden</b> gewählt.	
75	Di, 11.8.1885, Nr. 369, MA (PDF: 21)	S. 4, 1. Spalte unten	Bericht über den 16. <b>DAG-Kongress in Karlsruhe</b> : V stellt zwei Karten vor, in denen nach Farbabstufungen jeweils die Dichte des blonden und brünetten Typus aufgeführt ist. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung zeigen einen Mischtyp, knapp ein Drittel sind Blonde und der Rest Brünette. Diese Verteilung schwankt aber je nach Ort ganz erheblich. Im Norden überwiegen allerdings die blonden Typen. In Böhmen wiederum spiegelt die Karte genau die Mischungsverhältnisse wieder und zeigt den abgelauenen Nationalitätenkampf. Eine befriedigende Antwort auf die Frage, warum in Süddeutschland der dunkle Typus überwiegt, kann noch nicht gegeben werden. Der Annahme, die germanischen Völker seien aus Skandinavien eingewandert, erteilt V eine scharfe Absage.	Gesamtbericht über die Statistik der Farbe der Augen, der Haare und der Haut der Schulkinder in Deutschland: Corr.-Bl. 16, S. 89  vgl. Andree (2011b), Bd. 44
76	Mi, 12.8.1885, Nr. 371, MA (PDF: 24)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über den 16. <b>DAG-Kongress in Karlsruhe</b> : Vs Sohn <b>Hans</b> hält einen Vortrag über die <b>Methode der Fußmessung</b> . V spricht über den <b><i>Goldschatz von Pietrossa</i></b> . Dabei handelt es sich um einen Depotfund im Stile der Merowinger. Er weist weiter eine seltsame Verschmelzung hekenischer und barbarischer Formen auf. Der	Erläuternde Bemerkungen zu Nachbildungen des <i>Goldfundes von Pietrossa</i> : Corr.-Bl. 16, S. 138-140

			<p>Schatz ist nach einem Diebstahl beschädigt und soll nun im Auftrag des Königs von Rumänien rekonstruiert werden. Vs Abbildungen aus der Zeit vor dem Diebstahl seien dabei ein große Hilfe gewesen.</p> <p>Bei der Auflistung, welcher der Kongressgäste mit <b>Frau</b> und Töchtern erschienen sei, wird auch Vs Name genannt. Allerdings werden keine Namen genannt. Somit ist nicht klar, welche von Vs Töchtern tatsächlich anwesend war. Anzunehmen ist, dass es sich um <b>Marie</b> handelt, da Adele bereits verheiratet ist.</p> <p>Es wird eine <b>Kommission</b> gebildet, um ein einheitliches Verfahren <b>zur Körpermessung</b>, zu der auch V gehört.</p>	
77	Sa, 5.9.1885, Nr. 413, MA (PDF: 10)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 463).	
78	Fr, 18.9.1885, Nr. 435, MA (PDF: 33)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte mittig	Telegraphische Depeschen: Aus Straßburg stammt die Nachricht vom 17. September, dass viele Gäste des Naturforscherkongresses bereits eingetroffen seien, darunter auch V.	
79	So, 20.9.1885, Nr. 439, MA (PDF: 38-39)	S. 4, 3. Spalte unten f.	Bericht von der 58. <b>Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Straßburg</b> : Es wird beschlossen den Kongress 1886 in Berlin zu veranstalten und V und <b>Hofmann</b> werden dafür zu den <b>Geschäftsführern</b> ernannt.	s. a. 24.9.1880 s. a. 31.10.1885
80	Do,	1. Beilage,	Bericht von der 58. <b>Versammlung deut-</b>	<i>Über Acclima-</i>

	<p>24.9.1885, Nr. 446, AA (PDF: 47)</p>	<p>S. 1, 1. Spalte unten</p>	<p><b>scher Naturforscher und Ärzte in Straßburg:</b> V hält einen Vortrag <i>über Akklimatisation</i>. Man befinde sich in einer Zeit die sich vergleichen lasse mit der Zeit des Mittelalters, als sich Spanier und Portugiesen ausgebereitet haben. In der Wissenschaft müsse man diese Tendenz verfolgen und Antworten auf die Fragen haben, die dazu entstünden. Gehe man in ein Land, das vom Klima grundsätzlich anders sei als das gewohnte, so entstünde zunächst ein Anreiz, dann aber Unbehaglichkeit, die sich in eine Klimakrankheit wandeln könne. Durch den Wechsel des Klima fänden Anpassungen statt, die man aber bis dato noch nicht nachvollziehen könne. Gemischte Rassen würden über mehr Anpassungspotential verfügen als die empfindliche Rasse der Arier. In je weiter abweichende Klimazonen man komme, desto weniger gelinge die Kolonisation. Es sei die Aufgabe der Ärzte, hierzu verlässliche Daten zu sammeln, um Aussagen darüber treffen zu können, wo und in welcher Form <b>Kolonisation</b> Erfolg haben könne. Hier geht V auf die hohen Auswanderungszahlen der Elsässer ein, die in <b>Algerien</b> ihr Leben lassen. Er hofft mit seinen mahnenden Worten gehört zu werden, dass von dort nicht noch weiter Menschen in dieses für sie ungesunde Klima aufbrechen. Nach Vs Vortrag erklärt <b>Prof. Weißmann</b> seine unterschiedliche Meinung in dieser</p>	<p><i>tisation:</i> Tagbl. d. Versammlung dtsch. Naturforscher und Aerzte. S. 540-550, Straßburg 1885</p>
--	---	--------------------------------------	---	---

			Frage. Für Weißmann hänge die Akklimatisationsfähigkeit von der Beschaffenheit des Individuums ab. V setzte voraus, dass sich der gesamte Organismus umwandle.	
81	Sa, 26.9.1885, Nr. 449, MA (PDF: 51)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Sitzung des Vorstandes des 3. Landtagswahlkreises vom 24. Sep. Hier wird beschlossen, dass V und <b>Knörcke</b> im Rahmen der geplanten Wahlkampfveranstaltungen ihren Wählern Bericht erstatten sollen.	
82	Mi, 7.10.1885, Nr. 467, MA (PDF: 12)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Lokales: Bericht über die Sitzung des <b>Zentralwahlkomitees der liberalen Partei</b> für die Stadtverordnetenwahlen. V gehört auch zu den 46 Mitgliedern.	
83	Fr, 9.10.1885, Nr. 471, MA (PDF: 17)	S. 4, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer Hinweis, dass die <b>Berliner medizinische Gesellschaft</b> am 31. Okt. ihr 25-jähriges Bestehen feiern wird. Vorsitzender ist V.	s. a. 18.10.1885
84	Do, 15.10.1885, Nr. 481, MA (PDF: 28)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Kurzer Hinweis auf eine am heutigen Abend stattfindende <b>Versammlung der liberalen Wähler des 3. Landtagswahlkreises</b> .	s. a. 16.10.1885
85	Fr, 16.10.1885, Nr. 483, MA (PDF: 31)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: <b>Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt</b> mit einem Vortrag von Rechtsanwalt <b>Cassel</b> . Ohne Debatte wird eine Resolution verabschiedet, worin sich der Verein verpflichtet für die Wiederwahl von V und <b>Knörcke</b> zu stimmen.	

86	Fr, 16.10.1885, Nr. 483, MA (PDF: 31- 32)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig f.	Bericht über <b>Versammlung der liberalen Wähler des 3. Landtagswahlkreises</b> von gestern Abend. Auf der Tagesordnung steht der Rechenschaftsbericht der beiden Vertreter des Wahlkreises, V und <b>Knörcke</b> . Zunächst sprach V. Er warf einen Rückblick auf die Tätigkeit in der letzten Legislaturperiode und wendet sich gegen die Vorwürfe der Nationalliberalen, die Freisinnigen seien die ewigen Neinsager. Man sage nur ja, wenn ein Gesetz Vorteile bringe. Ansonsten müsse man eben zur richtigen Zeit nein sagen können, sonst sei man kein unabhängiger Mann. Vorwürfe, man würde mit dem Zentrum paktieren, seien ebenso haltlos. Man sei zwar in Einzelfällen zusammengegangen, aber das seien Ausnahmen, wie auch die Abstimmungslisten beweisen würden. Die <b>Nationalliberalen</b> hingegen zeigten eher ein chaotisches Bild. Man gewinne den Eindruck, es handle sich nicht um eine politische Partei, sondern um eine Horde, die bei der ersten Gelegenheit auseinanderläuft. So sei es auch nicht verwunderlich, dass <b>Bismarck</b> mit den Nationalliberalen nichts anfangen könne. V zeigt sich besonders amüsiert, dass ihm, im Gegensatz zu Knörcke, von den Nationalliberalen kein Gegenkandidat entgegengestellt worden sei. Zum Schluss appelliert er an die Wähler, deutlich zwischen den verschiedenen Parteien zu unterscheiden und sich klar zu	
----	--	--	--	--

			<p>machen, dass in einer Legislaturperiode von drei Jahren viel ereignen kann und viele Entscheidungen getroffen werden könnten mit denen nicht alle zufrieden sein könnten. V würde nicht grundsätzlich in Opposition gehen, sondern wäge von Entscheidung zu Entscheidung ab. Er hoffe auf eine künftige liberale Politik, in der standhafte Männer gefragt sind, die ihre Anschauungen dauerhaft vertreten und die ein konstitutionelles Regiment vorsehen. Sollte V abgesetzt werden, so wäre er nicht traurig. Wolle man seine Kandidatur so stehe er aber zur Verfügung und wolle auch nirgendwo anders kandidieren. Zum Schluss der Sitzung werden dann Knörcke und V als Kandidaten proklamiert.</p>	
87	So, 18.10.1885, Nr. 487, MA (PDF: 37)	1. Beilage, S. 3, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Nochmaliger Hinweis, dass die <b>Berliner medizinische Gesellschaft</b> am 31. Okt. ihr 25-jähriges Bestehen feiern wird.	s. a. 30.10.1885
88	Do, 20.10.1885, Nr. 489, MA (PDF: 40)	S. 4, 2. Spalte unten	<b>BAG</b> (Sitzung vom 17. Okt.): Zunächst spricht V über den verstorbenen Altmeister der nordischen Archäologie <i>Worsaae</i> , der BAG als korrespondierendes Mitglied angehört habe. Dann berichtet er über verschiedenen Kongresse und Feiern, die demnächst stattfinden werden.	<i>Nachruf für Jens Jacob Asmussen, Worsaae:</i> VBAG 17, S. 369-370
89	Mi, 21.10.1885, Nr. 491,	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung der liberalen Wähler des Gesundbrunnens</b> . Die Versammlung	

	MA (PDF: 43)	unten	verpflichtet sich, nur solche Wahlmänner zu nominieren, die V und <b>Knörcke</b> unterstützen.	
90	Mi, 21.10.1885, Nr. 491, MA (PDF: 44)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Es sind zwei kurze Veranstaltungshinweise für den heutigen Abend abgedruckt. Zunächst der Hinweis auf eine Versammlung des <b>Oranienburger-Tor-Vereins</b> , auf der V und <b>Knörcke</b> sprechen werden. Ebenfalls am heutigen Abend soll V im <b>Berliner Handwerkerverein</b> über <b>Vegetarismus</b> sprechen.	s. a. 23.10.1885
91	Fr, 23.10.1885, Nr. 495, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die Versammlung des <b>Oranienburger-Tor-Vereins</b> . V und <b>Knörcke</b> sollen ausführlich über die Landtagswahlen berichtet haben. Aufgrund ihres angekündigten Erscheinens war die Veranstaltung ungewöhnlich gut besucht. Abschließend ist vermerkt, dass der 3. Landtagswahlkreis sich für die Wiederwahl der beiden erprobten Kandidaten einsetzen wolle.	
92	Fr, 23.10.1885, Nr. 495, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte oben	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Rosenthaler und Hamburger Vorstadt</b> zu der V und <b>Knörcke</b> geladen sind.	s. a. 25.10.1885
93	Sa, 24.10.1885, Nr. 497, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte unten	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtzendorff</b> . (Heft 468).	
94	So,	S. 4,	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Kurzer	s. a.



	25.10.1885, Nr. 499, MA (Kein Scan)	1. Spalte oben	Hinweis auf die nächste Woche Mittwoch stattfindende Festsitzung zum 25 jährigen Jubiläum der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft.</b>	30.10.1885
95	So, 25.10.1885, Nr. 499, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über eine <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Rosenthaler und Hamburger Vorstadt.</b> Es wird in der Zusammenfassung erwähnt, dass V über die Unhaltbarkeit der Vorwürfe gegen die Deutsch-Freisinnigen und die kritische Haltung der Nationalliberalen gesprochen habe.	
96	So, 25.10.1885, Nr. 499, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine am 26. Okt. stattfindende <b>Versammlung der liberalen Urwähler der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt.</b> Weiterer Hinweis auf eine am 27. Okt. stattfindende <b>Versammlung der liberalen Wähler des Stadtteils Moabit.</b> Auf beiden Veranstaltungen sollen sich V und <b>Knörcke</b> einfinden. In weiteren Ausgaben der VZ findet sich keine Berichterstattung dazu.	
97	Mi, 28.10.1885, Nr. 503, MA (Kein Scan)	S. 4, 2. Spalte unten	Abdruck eines Aufrufes an die liberalen Wähler: im 1. Wahlkreis hätten die <b>Nationalliberalen</b> einen eigenen Kandidaten aufgestellt und förderten damit die Zersplitterung der liberalen Kräfte. Gleichzeitig profitierten davon die konservativen Kräfte. Mit diesem Aufruf wolle man nicht die Motive beleuchten, sondern nur auf die Risiken hinweisen, die mit der Aufstellung nationalliberaler Kandidaten verbunden	

			seien. Man hoffe, dass schon bei den Urwahlen die Wahlmänner ihre Pflicht täten und wieder die Kandidaten <b>Klotz, Loewe</b> und <b>Parisius</b> wählen. V ist Mitunterzeichner.	
98	Do, 29.10.1885, Nr. 505, MA (Kein Scan)	S. 3, 2. Spalte unten f.	<b>BAG</b> (Extrasitzung): V legt zwei silberne Fibeln aus dem Atelier des Hofgoldschmieds <b>Paul Telge</b> vor. Dieser hatte teils originalgetreue, teils modernisierte Nachbildungen zweier <b>römischer Fibeln</b> aus einem Fund bei <b>Sinsheim</b> angefertigt. Für V sei es eine besondere Freude zu sehen, welchen Einfluss die prähistorische Forschung auf die heutige Kunstrichtung nehme. Später berichtet V über seine Untersuchungen an den Jungen aus <b>Darfur</b> und legte dann drei <b>Wedda-Schädel</b> vor.	<i>Über die Neger von Darfur</i> : VBAG 17, S. 488-497 Demonstration neu erworbener <i>Wedda-Schädel</i> : VBAG 17, S. 497-501
99	Do, 29.10.1885, Nr. 505, MA (Kein Scan)	S. 4, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine am heutigen Abend stattfindende <b>Versammlung deutschfreisinniger Wahlmänner des 3. Landtagswahlkreises</b> . V und <b>Knörcke</b> sind eingeladen.	s. a. 30.10.1885
100	Fr, 30.10.1885, Nr. 506. MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Bericht über die <b>Wahlversammlung der deutschfreisinnigen Wahlmänner des 3. Landtagswahlkreises</b> . Nachdem V und <b>Knörcke</b> als alleinige Kandidaten nominiert sind spricht V. Er sei stolz, demnächst eine so große Schar unabhängiger Männer vertreten zu können. Die Experimente der <b>Nationalliberalen</b> seien glimpflich abgegangen, da die Berliner Wähler vernünftig entschieden hätten. Nun sei man gestärkt und könne noch Hoffnung haben	

			für das Land. Die von den Nationalliberalen ausgesprochenen Schmähungen könne man großzügig übergehen, aber sie müssten sich fragen, ob das nach dem Wahlergebnis nicht auf sie zurückfiele. V hoffe, dass das Berliner Wahlergebnis kennzeichnend für die Wahlen im ganzen Land sei und ließ die freisinnigen Urwähler hochleben.	
101	Fr, 30.10.1885, Nr. 506. MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte mittig	Bericht über die Jubiläumssitzung der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> : V als erster Vorsitzender eröffnet die Sitzung. Er spricht über die Intention der medizinischen Gesellschaft, die Männer der Wissenschaft mit den Praktikern zu verbinden. Weiter spiele sie aber auch eine große Rolle in Bezug auf die Stellung des Arztes und habe sich für die freie Organisation des ärztlichen Standes eingesetzt. Man könne stolz sein auf das Ansehen und die Haltung der Gesellschaft. Unter diesem Gesichtspunkt sei es sehr schade, dass der für nächstes Jahr geplante internationale Ärztekongress nach Philadelphia ziehe und Berlin leer ausgehe. Zwar würde die Gesellschaft nur Berlin vertreten, aber sie habe große Bedeutung und würde den Kongress sicher besser ausführen als die zerstrittenen Kollegen in Amerika. Um die Bedeutung der Gesellschaft weiter zu stärken, sei ein eigenes Gebäude nötig. Dies sei aber trotz einer großen Geldspende noch Zukunftsmusik.	s. a. 3.11.1885  vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 2.11.1885, Nr. 44, S. 716-719

102	Sa, 31.10.1885, Nr. 509, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die Vorbesprechung der im nächsten Jahr in Berlin stattfindenden <b>Naturforscher-Versammlung</b> . V und <b>Hofmann</b> hatten dazu Vertreter der Wissenschaft und Technik ins Reichstagsgebäude eingeladen. V verkündete, dass der Kultusminister die Unterstützung sämtlicher in Frage kommender Institute zugesichert habe. Mit dem Kongress solle auch eine fachwissenschaftliche Ausstellung verbunden werden.	s. a. 8.11.1885
103	Di, 3.11.1885, Nr. 512, MA (Kein Scan)	S. 4, 2. Spalte unten	Bericht über das Abendessen der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> zu deren Jubiläum: V als Vorsitzender sei erst später gekommen und habe auf das Gedeihen der Gesellschaft angestoßen. Von mehreren Seiten wurde V bei dieser Gelegenheit hochgelobt.	
104	Do, 5.11.1885, Nr. 517, AA (Kein Scan)	S. 2, 1. Spalte unten	Ergebnisse der Berliner Abgeordnetenwahlen: im 3. Landtagswahlkreis bekommt V 771 Stimmen vor Holz mit 382 Stimmen und gewinnt somit die Wahl. [ <b>Wahlergebnisse</b> ]	
105	Fr, 6.11.1885, Nr. 518, MA (Kein Scan)	S. 1, 2. Spalte oben	Ergebnisse der Berliner Abgeordnetenwahlen: Auflistung der Ergebnisse in den verschiedenen Regierungsbezirken. In Berlin gewinnen V und <b>Knörcke</b> im 3. Landtagswahlkreis. [ <b>Wahlergebnisse</b> ]	
106	So, 8.11.1885, Nr. 522, MA (Kein Scan)	S. 4, 3. Spalte oben	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die Vorbesprechung der im nächsten Jahr in Berlin stattfindenden <b>Naturforscher-Versammlung</b> . V teilte mit, dass <b>Bismarck</b> der Geschäftsleitung seine volle	

			Unterstützung zugesagt habe.	
107	Mi, 11.11.1885, Nr. 526, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 1. Spalte unten	Lokales: Aufruf des <b>Zentralwahlkomitees</b> an alle Mitbürger zu den <b>Stadtverordnetenwahlen</b> . Es stünde die besonders wichtige Wahl um ein Drittel der Stadtverordneten an. Bei der Neuwahl der gesamten SVV vor zwei Jahren hätten die Gegner einige Sitze errungen, die man nun wieder zurückerobern wolle. Ursächlich damals waren falsche Versprechungen und Behauptungen. Es sei dadurch in der Bevölkerung ein falsches Bild entstanden. Fakt sei aber, dass die damaligen Versprechungen unerfüllt geblieben seien und die Gegner überhaupt nicht an einer Problembeseitigung mitbearbeitet hätten. Nun dürften sich die Wähler nicht erneut täuschen lassen, sondern dürften sich nur allein von der Sachlage leiten lassen. V berief sich auf die großartigen Leistungen, die die Verwaltung bisher erreicht habe mit der Kanalisation, den Straßen, den Markthallen und Schulen. Damit könne man zeigen, wie effektiv und erfolgreich die jetzige Verwaltung gearbeitet habe, noch dazu ohne weitere finanzielle Belastung für den Einzelnen und den Stadthaushalt. Da aber immer noch viel zu tun sei, bedürfe man der Unterstützung und baue auf die gute Entscheidung der Wähler, fähige Männer zu berufen. Ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Richtung sei jeder willkommen, der die Arbeit unterstütze und die	

			Selbstverwaltung als Ziel habe. So hoffe man auf rege Wahlbeteiligung. V ist Mitunterzeichner.	
108	Fr, 13.11.1885, Nr. 530, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Lokales: Bericht über einen Vortrag Vs in der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> über <i>Vergiftung durch Miesmuscheln</i> . Das Gift der Muschel sei vermutlich ein flüchtiges Alkaloid, das schon in kleinsten Dosen zum Tode führe. Kochen oder Behandlung mit Alkohol hätten keine abschwächende Wirkung. Um dem Gift auf die Spur zu kommen seien noch weitere Untersuchungen nötig, auch wäre es wünschenswert an äußeren Veränderungen auf die Giftigkeit schließen zu können. Auch dies müsse noch weiter untersucht werden.	<i>Ueber die Vergiftung durch Miesmuscheln</i> in Wilhelms-haven: vgl. Berl. Klin. Wochenschrift v. 30.11.1885, Nr. 34, S. 549-551; Vortrag geh. am 9.11.1885 in der Berl. med. Gesellschaft  s. a. 3.12.1885
109	Mi, 18.11.1885, Nr. 538, MA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 1, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Kurzer Hinweis auf eine heute Abend stattfindende <b>Versammlung des freisinnigen Vereins der südlichen Friedrichstadt</b> . V wird einen Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen halten.	s. a. 19.11.1885
110	Do, 19.11.1885, Nr. 541, AA (Kein Scan)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über die <b>Versammlung des freisinnigen Vereins der südlichen Friedrichstadt</b> vom 18. Nov. V sprach über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Er wies Vorwürfe zurück, dass sich in der Verwaltung Berlins ein Ring aus Fortschrittsanhänger bilde. Es gebe noch viele andere, unter ande-	

			rem auch Antisemiten, die dort mitarbeiten. Nur in der SVV könne man vielleicht von einem solchen Ring sprechen. Dort sei aber Kontinuität wichtig, um erfolgreich zu sein. Dann sprach er noch über die Einführung der Kanalisation, die elektrische Beleuchtung und die Markthallen. Seine Rede wurde nur als knappe Zusammenfassung abgedruckt.	
111	Sa, 21.11.1885, Nr. 545, AA (PDF: 5)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Vereine und Versammlungen: Bericht über eine <b>Versammlung von Wählern der ersten Abteilung des 6. Kommunalwahlkreises</b> . Thema war die Kandidatur. Es ist nur kurz erwähnt, dass V als Vorsitzender die einleitenden Worte sprach.	
112	Fr, 28.11.1885, Nr. 554, MA (PDF: 16)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	<b>SVV</b> (Sitzung vom 26. Nov.): Thema ist eine anderweitige Organisation der <b>Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke</b> . V weist darauf hin, dass nach der Städteordnung die SVV dazu berufen sei, den Magistrat nicht nur beraten, sondern auch an der Verwaltung teilnehmen solle. Die Deputation habe gute Arbeit geleistet und Berlin stehe mit seiner Kanalisation in der ganzen Welt als hervorragendes Beispiel dar. Zunächst habe man fast alle Landwirte gegen sich gehabt, mittlerweile habe sich das geändert. Allerdings dürfe man weiterhin nichts übereilen und müsse alle Dinge praktisch erproben, da man sich immer noch in der Versuchsphase befinde. Im Vordergrund stehe dabei, die Wasserqualität so zu sichern, dass die	vgl. Andree, unveröffentlichtes Material zur SVV

			chemischen Analysen, wie auch jetzt schon, nichts Negatives ausweisen. Zusammenfassend habe die Deputation ihre Aufgabe voll erfüllt. V könne sich aber trotzdem damit anfreunden, dass ein Generaldirektor eingesetzt werde. Dieser müsse aber allen Anforderungen entsprechen, die man an ihn stelle. Daran könne man vielleicht scheitern. Zunächst solle man daher die genauen Aufgaben festlegen, die in dieser Position zu erfüllen seien.	
113	Di, 1.12.1885, Nr. 561, AA (PDF: 3)	1. Beilage, S. 2, 1. Spalte unten	<b>BAG</b> (Novembersitzung): V eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Ansonsten ist von ihm keine Wortmeldung abgedruckt.	
114	Do, 3.12.1885, Nr. 565, AA (PDF: 8)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht über die gestrige [2.12.1885] Generalversammlung der <b>Berliner medizinische Gesellschaft</b> . Zunächst berichtet V über die Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Jahr. In dem Zusammenhang findet auch Erwähnung, dass V und <b>Langenbeck</b> die beiden <b>Ehrenmitglieder</b> der Gesellschaft sind. Dann folgt die Wahl des <b>Vorstandes</b> , zu dem V auch erneut gehört. Während der Wahlpause spricht V erneut über die <b>Vergiftung durch Miesmuscheln</b> . Hierzu gebe es mittlerweile zwei Theorien. Die eine besagt, dass die Leber der Muschel die Ursache für die Vergiftungen sei. Die andere Theorie besagt, dass es sich um mit der Schifffahrt eingeschleppte giftige Muschelsorten aus anderen Ländern handle. V	Berl. klin. Wochenschrift vom 18.1.1886, Nr. 3, S. 45 f.



			hält letzteres eher für unwahrscheinlich, möchte aber erst nach Prüfung eines erfahrenen Zoologen eine konkrete Aussage treffen.	
115	Di, 8.12.1885, Nr. 572, MA (PDF: 17)	1. Beilage, S. 2, 3. Spalte oben	Lokales: Bericht von der Beerdigung <b>Dr. Straßmanns</b> . Nur kurzer Hinweis, dass V die Trauerrede hielt.	s. a. 9.12.1885
116	Mi, 9.12.1885, Nr. 574, AA (PDF: 20)	S. 1, 2. Spalte mittig	Langer und ausführlicher Bericht über die Trauerfeier für <b>Dr. Straßmann</b> : Vs Trauerrede ist abgedruckt. Die Lücke, die der verstorbene hinterlassen habe, sei schon wieder geschlossen. Trotzdem sei er nicht vergessen, die große Anzahl der Anwesenden gebe darauf eine deutliche Antwort. Als Vorsitzender der SVV habe er großes für die Stadt geleistet und trotz der Spannungen zwischen den Behörden die Freiheit und Würde der SVV erhalten können. Trotz der Angriffe aufgrund seiner Religion, habe er sich für die Selbstverwaltung eingesetzt und die Krisen abgeschüttelt, ohne bitter zu werden. In ärmsten Verhältnissen groß geworden, konnte Straßmann erst nach 13 Jahren seinen Abschluss als Arzt, das Studium wurde vom Krieg unterbrochen, machen. Danach unterstützte er seine Familie, gründete eine Darlehnskasse aus der später die <b>Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels</b> hervorging und die er bis zu seinem Tode leitete. 1869 schuf er den <b>Berliner Verein gegen Ver-</b>	

			<b>armung</b> , als ein Hilfsinstitut für die Armenverwaltung der Gemeinde. 1880 trat er an die Spitze des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Man könne nur hoffen, dass dem Gemeinwesen nie solche Männer wie Straßmann fehlen werden.	
117	Do, 10.12.1885, Nr. 577, AA (PDF: 23)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte mittig	Kunst, Wissenschaft und Literatur: Bericht von der gestrigen Sitzung der <b>Berliner medizinischen Gesellschaft</b> . V eröffnet die Sitzung mit einer Erinnerung an den verstorbenen Geh. Medizinalrat <b>Straßmann</b> . Dann spricht V über weitere Untersuchungsergebnisse was die <b>Vergiftung durch Miesmuscheln</b> angeht. Es scheint sich dabei nach neusten Ergebnissen um pathologische Abweichung der Muschelgattung zu handeln.	Berl. klin. Wochenschrift vom 25.1.1886, Nr. 4, S. 63
118	Fr, 11.12.1885, Nr. 578, MA (PDF: 25)	1. Beilage, S. 4, 2. Spalte mittig	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von V und v. <b>Holtendorff</b> . (Heft 470).	
119	Di, 22.12.1885, Nr. 596, MA (PDF: 47)	S. 4, 2. Spalte mittig	<b>BAG</b> (Dezembersitzung): V berichtet über die diversen Ereignisse im abgelaufenen Jahr und geht dann zu den geschäftlichen Mitteilungen über.	
120	Di, 22.12.1885, Nr. 596, MA (PDF: 46)	1. Beilage, S. 2, 2. Spalte oben	Journal- und Bücherschau: Kurzer Hinweis auf die neu erschienenen Hefte der <b>SGWV</b> , herausgegeben von und v. <b>Holtendorff</b> . (Heft 471).	

121	Mo, 28.12.1885, Nr. 603, MA (PDF: 55)	1. Beilage, S. 1, 3. Spalte mittig	Lokales: Trauerfeier zu Ehren des Geheimen Medizinalrates <b>Roloff</b> . V spricht als langjähriger Freund und Mitarbeiter der Technischen Deputation für das Veterinärwesen über die Bedeutung des Verstorbenen auf wissenschaftlichem Gebiet.	vgl. Berl. klin. Wochenschrift vom 18.1.1886, Nr. 3, S. 47 f.
-----	---	---	--	---

## **7. Interpretation der Ergebnisse:**

### **7.1 Virchow in verschiedenen Vereinen**

#### **7.1.1 Überblick**

In einer zunehmend industrialisierten Stadtgesellschaft wie in Berlin, war die Freizeit klar von der Arbeitszeit abgegrenzt. Dies ermöglichte eine aktive Freizeitgestaltung und mündete auch in die Besuche von Vereinen. Das Vereinswesen wurde zu einer prägenden Größe in der Gesellschaft, was dazu führte, dass Mitglieder häufig in verschiedenen Vereinen gleichermaßen aktiv waren, die unterschiedlich und mehr oder minder spezialisiert waren (vgl. Nipperdey 1998, S. 267-270). Nach Goschler (2000, S. 34) existierte eine „doppelte Funktion wissenschaftlicher Vereine als Säule eines bürgerlichen Kulturmilieus einerseits und Träger kultureller Autorität von Wissenschaft andererseits.“

Auch Virchow war im Rahmen seiner verschiedenen Tätigkeiten und Interessen Mitglied in den verschiedensten Vereinen. Als Arzt gehörte er der Berliner medizinischen Gesellschaft und dem Verein „Heimia“ an, letzterer 1833 mitbegründet von seinem Schwiegervater Karl Wilhelm Meyer (vgl. Pagel 1901, S. 1108-1109). Sein soziales Engagement spiegelte sich wieder, in dem er Mitbegründer und Mitglied des Asyl-Vereins für Obdachlose wurde. Gleiches galt für den Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde und den Verein der Berliner Volksküchen. Weiter gehörte er der Victoria-National-Invaliden-Stiftung an.

Ein anderer Schwerpunkt in Virchows Leben war die Anthropologie. Bevor diese sich durch Virchows entscheidenden Einfluss zu einem eigenen wissenschaftlichen Zweig ausbildete, gehörte er schon der Gesellschaft naturforschender Freunde an, der er auch nach 1869 die Treue hielt. 1869 gründete er die Berliner Gesellschaft für Anthropologie, die er Zeit seines Lebens wesentlich mitgestaltete. Zu ausführlicheren Informationen über Virchows anthropologische Tätigkeit sei auf das dreibändige Werk „Virchow als Prähistoriker“ (1976, 1986) von Prof. Christan Andree verwiesen.

Virchows Bestrebungen, Bildung anderen zugänglich zu machen, sei sie politischer oder allgemeiner Natur, spiegelte sich in seiner Mitgliedschaft im Berliner Handwerkerverein, im Oranienburger-Tor-Bezirksverein, in der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung und im Verein für Familien- und Volkserziehung wieder. Mit unterschiedlicher Zielsetzung wurde hier Allgemein- und Weiterbildung gefördert und Vorträge zu den verschiedensten Themen waren an der Tagesordnung (vgl. hierzu Fundstellen aus der VZ).

Als eher exotisch anmutende Zugehörigkeit mag Virchows Mitgliedschaft im Fischereiverein anmuten. Triebfeder war aber auch hier Virchows soziales Engagement und sein Interesse an der Volksernährung (vgl. Goschler 2009, S. 133). Mit der zunehmenden Bevölkerung stieg auch der Nahrungsbedarf, so dass Fangzahlen bei gleichzeitiger Schonung der Fischbestände erhöht werden mussten und auch die Fischzucht zunehmend Bedeutung erlangte.

Im nächsten Abschnitt werden zwei Vereine besonders vorgestellt, die eng mit Virchow verbunden waren.

### **7.1.2 Virchow und der Berliner Handwerkerverein**

Als Quelle für das nachfolgende Kapitel diene, soweit nicht anders gekennzeichnet, die Festschrift zum 50. Jubiläum des Berliner Handwerker-Vereins 1859-1909.

Die Gründung des Berliner Handwerkervereins erfolgte im Juni 1844 im Zusammenhang mit der ersten preußischen Gewerbeausstellung durch die Initiative des Stadtsyndikus Heinrich Hedemann. Die Zielsetzung des Vereins ging klar aus der Satzung hervor:

„Der Berliner Handwerker-Verein hat den Zweck: die volkstümliche Entwicklung des geistigen, sittlichen, geselligen, gewerblichen und staatsbürgerlichen Lebens der Arbeiter durch Lehre und Tat zu fördern. Die Verfolgung besonderer kirchlicher und politischer Zwecke bleibt dem Vereine als solchem fremd.“ (Vereinsatzung aus dem Jahr 1848/49, S. 7)

Geleitet wurde der Verein von einem für drei Jahre zu wählenden Vorsitzenden und 12 Vorstandsmitgliedern, die für ein Jahr gewählt wurden. Dem gegenüber stand die Generalversammlung, zusammengesetzt aus drei Gruppen: den Beamten und Lehrern des Vereins, den 18 Bevollmächtigten der selbstständigen Gewerbetreibenden und ebenso vielen Vertretern der Gewerbegehilfen. Aufgenommen werden konnte jeder, der selbstständig ein Gewerbe betrieb oder in einem Betrieb angestellt war, unabhängig von seiner Glaubensrichtung.

An vier Abenden in der Woche fanden Vorträge statt, sowohl geschichtlicher wie naturwissenschaftlicher Art. Der gesamte Sonntag und zwei weitere Abende waren dem systematischen Unterricht im geschlossenen Kreis vorbehalten. Um die Weiterbildung zu unterstützen, wurde schon im ersten Vereinsjahr der Aufbau einer eigenen Bibliothek in Angriff

genommen. Auch wurde eine Unterstützungskasse für junge Handwerker auf dem Weg zum Bürger- und Meisterrecht initiiert.

Was zunächst in der Oranienburger Straße mit 250 Mitgliedern begann, nahm schnell größere Ausmaße an. Es kam zu einer Umsiedlung in die Johannisstraße 4 und zu einer Vervielfachung der Mitglieder, nicht zuletzt auch durch eine Vielzahl an wandernden Gesellen (vgl. Hachtmann 1997, S. 100). 1847 zählte der Verein schon 3000 Mitglieder und erfreute sich zu diesem Zeitpunkt noch des Wohlwollens von König Friedrich Wilhelm I. und Prinzessin Augusta, wie deren Geldzuwendungen aus diesem Jahr belegen.

Trotz aller Bemühungen der Vereinsspitze, sich aus den revolutionären Wirren herauszuhalten, geriet der Verein immer mehr in den Verdacht, politische Zwecke zu verfolgen. In seiner Rede zum 25-jährigen Stiftungsfest 1884 berichtete Virchow rückblickend: „Ich habe selbst meine Büchse getragen im Corps des Handwerkervereins, aber wir haben weder gestürmt, noch geschossen, sondern wir waren trotz unserer Büchsen friedliche Bürger und konnten am Schlusse sagen, daß wir niemandes Leben, Gesundheit oder Eigentum beschädigt hatten.“

Im Rahmen eines neuen Vereinsgesetzes von 1850 wurde der Verein immer weiter in seiner Tätigkeit beschnitten und letztlich wurde der Austausch von Büchern mit anderen Vereinen als der gesetzlich verbotene Verkehr zwischen politischen Vereinen bewertet. Dieser Vorwand wurde dann genutzt, um den Handwerkerverein 1850 aufzulösen.

Erst im Mai 1859 kam es, mit der zunehmenden Liberalisierung der Staatsverwaltung und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Prinzen von Preußen, zur erneuten Gründung des Vereins unter der Initiative von Dr. Wilhelm Adolph Lette. Umgehend wurde ein Vereinshaus in der Alexanderstraße angekauft und die Tätigkeit wieder aufgenommen. Auch eine Bibliothek wurde schnellstmöglich wieder etabliert.

1860 wurde auch Virchow erneut Mitglied. Zu weiterem Engagement Virchows im Verein, außer im Vortragswesen, findet sich weder in der VZ im untersuchten Zeitraum noch in der Festschrift zum 25. Jubiläum des Vereins ein Hinweis. Hier sei auf die Ergebnisse von Feddersen (2010, S. 117-120) verwiesen, die belegen, dass Virchow mehrfach als „Vereinsrepräsentant“ gewählt worden sei.

1861 konnte der Verein schon 2593 Mitglieder aufbieten. Schnell machte Platzmangel einen erneuten Umzug des Vereins nötig, der sein neues Zuhause in der Sophienstraße 15 fand, wo man einen kompletten Neubau errichtete, der 1864 eingeweiht wurde.

Umfangreich waren die Projekte, die der Verein auf den Weg brachte: Es wurde eine Baugewerkschule aufgebaut, eine Spargesellschaft zur Beschaffung von günstigen Lebens-

mitteln und Rohstoffen und eine Sterbe- und Lebensversicherungskasse. Aber nicht nur fachliche Weiterbildung fand ihren Platz im Verein, sondern auch die „Vergnügungen“. Ziel war es, den Mitgliedern den Kontakt zu Musik, Kunst o.ä. zu verschaffen. Bei solchen Gelegenheiten waren auch Frauen zugelassen. Ab 1867 ließ man Frauen auch an den Mittwochsvorträgen teilnehmen, was zur Folge hatte, dass dieser Tag als Hauptvereinstag betrachtet wurde.

Parallel dazu setzten sich die Lehrer unter den Mitgliedern dafür ein, dass ein Lehrplan mehr Ordnung in die Weiterbildung brachte. Ziel war es, dass ein oder zwei Lehrer ein zusammenhängendes Thema ausführlich in mehreren aufeinanderfolgenden Vorträgen vertieften. Zusätzlich etablierte man in den Wintermonaten einen Zyklus öffentlich zugänglicher Vorträge. Hier findet sich auch Virchows Vortrag über Pfahlbauten am 17.2.1866 und sein Vortrag über den Glauben an die Heilung von Gebrechen und Krankheiten am 19.3.1866. Im folgenden Winter sprach Virchow am 29.11.1866 über Hospitäler und Lazarette. Am 28.11.1867 referierte er über Nahrung und Genussmittel und am 18.2.1869 über Menschen- und Affenschädel.

1869 erhielt der Verein ein Ehrendiplom aus Amsterdam für seine Beteiligung an der dortigen internationalen Ausstellung. Im Rahmen dieser Ausstellung wurden auch Virchow und von Holtzendorff für ihre Tätigkeit als Herausgeber der SGWV mit einer goldenen Medaille geehrt. Diese Medaille übergaben die so Geehrten an den Verein, um aus dem Verkaufsertrag die Bibliothek aufzustocken. Virchow wird dazu zitiert: „...auf diese Weise werde die Frucht dahin zurückkehren, wo der Same ausgestreut wurde.“ Der Verein entschloss sich stattdessen zur Aufbewahrung der Medaille.

Der Krieg 1870/71 ging nicht spurlos am Verein vorbei. Die Mitgliederzahlen sanken deutlich auf 1638 und die Neugründung des Deutschen Reiches brachte zusätzliche Veränderungen. Viele andere Vereine wurden gegründet und bildeten eine Konkurrenz, Mitglieder wanderten ab. Die flächenmäßige Vergrößerung der Stadt führte dazu, dass Mitglieder nicht mehr in räumlicher Nähe zum Vereinshaus wohnten und den Weg dorthin seltener fanden. Zwar erholten sich die Mitgliederzahlen wieder bis auf knapp 2000 (1873), aber die so viel besuchten öffentlichkeitswirksamen Donnerstagsvorträge wurden eingestellt. In den Folgejahren schwankten die Mitgliederzahlen, aber die solide Finanzwirtschaft des Vereins sicherte das Bestehen.

Die Baugewerkschule musste 1872 mangels eines geeigneten Leiters schließen, wurde aber 1878 wieder zum Leben erweckt und gedieh in den folgenden Jahren stetig weiter. Nach fünf Jahren Bestand wurde sie aus dem Verein ausgegliedert und von der Stadt Berlin übernommen.

1873 bekam der Verein erneut eine Verdienst-Medaille auf der Wiener Weltausstellung. 1877 legte man die Donnerstagsvorträge wieder auf; durch den damit erwirtschafteten Überschuss und die immer wieder erfolgten Schenkungen und Nachlassübergaben hielt man den Verein wirtschaftlich immer stabil, wenn es auch in Jahren mit schwindenden Mitgliederzahlen enger wurde.

Bis 1884 lief das Vereinsleben in geregelten Bahnen. 1884 fand das Stiftungsfest zum 25. Jubiläum statt, auf dem Virchow die Festrede hielt. (vgl. VZ vom 30.6.1884). Im Folgejahr sind in der VZ vier Vorträge Virchows über das Kochsalz (21.1.1885), über Augenverletzungen (31.1.1885), über Holz, Kohle und Petroleum (8.4.1884) und über Vegetarismus (21.10.1884) vermerkt, die aber keine weitere Publikation erfahren haben.

1886 wurde eine Sparkasse für die Mitglieder eingerichtet, die sich im Weiteren gut entwickelte. Das seit 1864 renovierte, erweiterte und veränderte Vereinshaus musste aufgrund von Sicherheitsmängeln erneut verändert und mit einer zweiten Zufahrt versehen werden, was den zusätzlichen Ankauf eines angrenzenden Grundstücks nötig machte. Damit wurde auch Raum geschaffen für den Neubau eines Schulhauses. 1892 wurde dann die Einweihung gefeiert.

Ab dem Jahr 1894 gewährte man den Frauen erweiterten Zugang zum Verein. Sie durften Bibliothek und Lesesaal nutzen und ihnen wurden Kurse in Stenographie, häuslicher Gesundheitspflege, Gesang und Turnen angeboten. Im Zuge dieser Liberalisierung gab man den Frauen auch die Möglichkeit, als Rednerinnen Vorträge im Verein zu halten. Ab 1897 durften die Frauen dann an allen Kursen teilnehmen.

Besondere Erwähnung in der Festschrift fand der achtzigste Geburtstag Virchows 1901, den dieser dort im Kreis seiner Vereinsfreunde begangen hat und „dessen schlichte Herzlichkeit ihm am meisten wohl getan habe.“ Dementsprechend fand auch im Rahmen von Virchows Tod am 5. September 1902 eine besondere Feierlichkeit zu seinen Ehren im Oktober 1902 statt.

Nach den 1892 so umfangreich durchgeführten Bauarbeiten sollte die Bautätigkeit des Vereins nicht nachlassen. Das in der Nähe gelegene Warenhaus Wertheim plante 1903 eine erhebliche Vergrößerung und diese reichte bis an die Mauern des Vereinshauses heran. Bei den dafür notwendigen Aushebungen traten Risse und Senkungen im Vereinshaus auf, so dass die weitere Nutzung untersagt wurde. Das Vereinsleben musste 1904 umgesiedelt werden, nur der Schulbetrieb konnte ohne Störungen weiterlaufen. Da eine Sanierung des beschädigten Gebäudes zu teuer gekommen wäre, entschied man, das Grundstück auch dem Wertheim-Warenhaus zu überlassen, um auf der anderen Seite wiederum ein Grundstück zu kaufen, um



darauf erneut wieder ein Vereinshaus zu errichten. Es handelte sich um zwei Wohnhäuser in der Sophienstraße 18/19, die umfangreich umgestaltet wurden und die noch heute erhalten sind und genutzt werden. Es wurde ein Gebäudekomplex in H-Form angelegt, der aus 91 Räumen bestand. Die Nutzung der Säle und die Restauration wurden an einen Pächter übergeben, es bürgerte sich dafür „Sophiensaal“ als Begriff ein (<http://augustrasse-berlin-mitte.de/der-berliner-handwerkerverein>).

In diese Zeit fiel auch die Umwandlung des vereinseigenen Anzeigenblattes der Vergnügenskommission in regelmäßige „Mitteilungen“ über alle den Verein betreffenden Informationen. Im Rahmen des zunehmenden Wettbewerbs zwischen Handel und Handwerk etablierte man einen Kurs in Schaufensterdekoration.

Mit der Ausweitung der Kursangebote und sonstigen Zerstreungen, wie Turnen, Singen und Diskussionsrunden, nahm das Interesse an den Vorträgen ab, die man aber dennoch aufrechterhielt. Die rückläufigen Zahlen hingen aber auch mit rückläufigen Mitgliederzahlen zusammen. 1909 hatte der Verein nur noch ca. 800 Mitglieder.

Trotz intensiver Recherche lässt sich die Geschichte des Vereins nicht weiter verfolgen.

### **7.1.3 Oranienburger Tor-Bezirks-Verein**

Ein fast gänzlich unbekanntes Kapitel in Virchows Leben ist sein Kontakt zum Oranienburger Tor-Bezirksverein.

Informationen über den Verein sind nur schwer zu bekommen. Ein Problem dabei ist die uneinheitliche Rechtschreibung. Aufgrund dieser Tatsache findet sich der Name dieses Vereins in verschiedenen Schreibweisen. Häufig wird „Tor“ als „Thor“ geschrieben. Manches Mal wird die Bezeichnung „Bezirk“ weggelassen und es gibt keine einheitliche Zusammen- und Getrennschreibung des Vereinsnamens. Weiter sind die statistischen Zahlen der Zeit unvollständig. Im statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin von 1868 kann man erfahren, dass es eine große Anzahl an Bezirksvereinen gab, über deren genaue Anzahl aber niemand eine Aussage machen konnte. Zwar sollte das Polizei-Präsidium ein Verzeichnis anlegen, die Beteiligung daran fußte aber auf Freiwilligkeit. Statistisch erfasst wurden für das Jahrbuch daher nur 20 Vereine, der Oranienburger Tor-Bezirks-Verein ist nicht darunter. Ein ähnliches Bild bietet sich im städtischen Jahrbuch von 1870. Auch dort sucht man den Oranienburger Tor-Bezirksverein vergeblich. Im statistischen Jahrbuch 1878 (Böckh) dagegen wird der Verein

mit 1755 Mitgliedern erwähnt. Bei damals 50 gelisteten Bezirksvereinen mit insgesamt 11.228 Mitgliedern war er mit deutlichem Abstand der größte seiner Art (vgl. Böckh 1878, S. 235). Außer in der VZ taucht der Verein lediglich im Zusammenhang mit der Berliner Berufsschulgeschichte auf (vgl. Karow u.a. 1993, S. 299). Dort kann man nachlesen, dass der Verein im Oktober 1877 die zweite Berliner Fortbildungsschule für Mädchen eröffnet hatte.

Der Gründungszeitpunkt des Vereins ließ sich nur über eine Fundstelle aus der VZ rekonstruieren. So hat Riecken (2012) in der VZ vom 29.10.1887 eine Fundstelle zum 25-jährigen Stiftungsfest ausgemacht. Daraus ergibt sich rechnerisch das Jahr 1862 als Gründungsjahr des Vereins. Ein anderes Detail eröffnet die VZ vom 24.01.1884. Dort ist nachzulesen, dass Hugo Hermes zum Vorsitzenden gewählt wurde. Bei diesem handelt es sich um ein langjähriges Mitglied der Fortschrittspartei, der von 1877 bis 1895 im HdA und auch zeitweise im Deutschen Reichstag gesessen hat (vgl. Haunfelder 2004, S. 191-192).

An Hand der Fundstellen ergibt sich das Bild eines Vereins, der sich politisch engagierte. Man unterstützte die Fortschrittspartei und die jeweiligen Kandidaten bei Wahlen, wie auch Virchow (vgl. VZ 2.10.1873). Über Vorträge zu aktuellen politischen Themen versuchte man, die Mitglieder zu erreichen. Virchow hielt im Untersuchungszeitraum mehrere Vorträge dieser Art. Zwei davon wurden sogar publiziert („Krieg und Frieden“; „Ueber die gegenwärtige kirchlich-politische Lage“). Mit den ausgewählten Themen schloss er an aktuelle Diskussionen im HdA an. Weitere Vortragsthemen waren „Staat und Kirche“ (VZ vom 31.10.1874), „die vergangene Landtagssession, neue Militärvorlagen und deren Einwirkung auf die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten“ (VZ vom 28.2.1880) und „Fragen der inneren Politik“ (VZ vom 23.2.1880).

Als es im Rahmen von Problemen mit dem Vereinsgesetz schwierig werden sollte, für Gäste im Verein zu sprechen, entschlossen sich mehrere Abgeordnete, darunter auch Virchow, dem Verein beizutreten (vgl. VZ vom 8.5.1881).

Weitere Details waren nicht zu recherchieren. Bei zukünftigen Untersuchungen der VZ im Zusammenhang mit Virchow sollte hierauf ein besonderes Augenmerk liegen, da hierzu bis dato fast keine Informationen vorliegen.

## 7.2. Virchows politisches Verständnis und die Ministerverantwortlichkeit

Dieses Kapitel setzt sich aus zwei Teilen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zusammen. Zunächst stehen verschiedene Aspekte von Virchows grundsätzlicher Haltung zu politischer Tätigkeit im Vordergrund. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Thema der Ministerverantwortlichkeit.

### 7.2.1 Virchow und sein politisches Verständnis

Virchows Verständnis vom politischen Amt und den Verpflichtungen, die für den Amtsinhaber damit einhergehen, lassen sich klar in einer Vielzahl von Ausschnitten aus den Reden im HdA herauslesen. „Jeder, der öffentlichen Angelegenheiten dienen will, muß dem Volke sowohl als dem Könige gegenüber mit seinen Prinzipien offen hervortreten und treu zu diesen Prinzipien stehen bleiben. Das ist die Grundlage der politischen Treue, das ist zugleich die Grundlage jeder politischen Staatsentwicklung“ (VZ 11.1.1870, HdA).

Am 8.5.1867 kann man in der VZ dazu folgendes nachlesen: „Ich bin immer dankbar, wenn wir keine Diplomaten an dieser Stelle sehen, sondern Leute, welche ihre Meinung ehrlich aussprechen. Wir haben hier zuweilen die Ehre, sogenannte Staatsmänner zu hören, die nicht immer ihre Ueberzeugung aussprechen, sondern was ihnen für die parlamentarische Taktik geeignet zu sein scheint.“ Er sieht das Amt als Ehre. „...wir wünschen umsonst verwaltete Ehrenämter, die für den Mann nicht bloß eine Ehre sein sollen, sondern wo der Mann auch das Amt ehrt, und für das Amt, das ihm Ehre einbringt, auch ein Opfer bringt.“ (VZ 18.11.1868, HdA).

Politisch Tätige sollen besondere Charaktereigenschaften auf sich vereinen. Schlagworte wie Ehrlichkeit, Charakterfestigkeit und Beständigkeit sind für ihn die Grundlagen für eine Politikerpersönlichkeit. „[...] zunächst aber verlange ich von dem Mann, den ich zum Abgeordneten wählen soll, Charakterfestigkeit, politisches Wissen, Erfahrungen auf den wichtigsten Gebieten unseres Staatslebens. Wer erst suchen, tasten muß, um sich ein Urtheil über die wichtigsten politischen Fragen zu bilden, nachdem er ins Parlament getreten ist, der handelt nicht gewissenhaft, wie hier gefragt worden, der ist ein gewissenloser Mann.“ (VZ 26.10.1876, Wahlmännerversammlung des 1. Landtagswahlbezirkes). „Die Lebensstellung also ist es nicht, die Beständigkeit verleiht, es gehört dazu vielmehr die kleine Eigenschaft, die man Charakter nennt und die man nur erwirbt durch ernste und strenge, einem sittlichen Ziele

nachstrebende Arbeit erreicht. Gerade bei den arbeitenden Klassen finden Sie diese Eigenschaft in höherem Maße als in anderen Gesellschaftsschichten.“ (VZ 4.11.1869, HdA). „Man solle sich deshalb nicht so anstellen, als ob die guten preußischen Traditionen die Eigenschaften eines jeden beliebigen Ministers seien. Sie finden sich nicht in den Manualakten des Ministeriums, sondern wollen durch ernste, ehrliche Arbeit erworben sein.“ (VZ 13.12.1871, HdA). „...die Ehrlichkeit gegen die Gegner ist die Pflicht eines anständigen Mannes.“ (VZ 20.12.1881 Reichstag). „Der Eid auf die Verfassung umfaßt jene Treue, die jeder Mandatar seinem Mandanten gegenüber schuldig ist, daß er zwar Aenderungen, aber keinerlei Verluste an Rechten zugeben darf.“ (8.5.1867, HdA). Für Virchow steht immer die Gesamtheit an erster Stelle, nicht der Einzelne. „Es mag ja wünschenswerth sein, daß alle berechtigten Interessen ihre Vertreter im Reichstage haben, aber man darf diese Bestrebungen doch nur unter der Voraussetzung für zulässig halten, daß sie von politischen Männern geübt werden, die es einsehen, daß in Momenten von entscheidender Bedeutung das Wohl des ganzen Landes höher steht, als der Vortheil der einzelnen Interessengruppe.“ (VZ 17.7.1878, Versammlung der Wähler im 1. Berliner Reichstagswahlkreis).

Für Virchow ist nicht die Parteizugehörigkeit allein entscheidend, sondern die politischen Fähigkeiten gehören für ihn ebenfalls unabdingbar zu einem guten Politiker. „Man würde sehr bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß die besten Mitglieder einer Deputation nicht die sind, die einer bestimmten Parteirichtung angehören, sondern die, welche die beste Sachkenntniß haben.“ (VZ 6.2.1875, SVV). „Was nun das gegenseitige Verhältniß der Parteien betrifft, so steht das Interesse des Volkes, das wir als seine Vertrauensmänner vertreten, in erster Linie; Werke, die wir im diesem Sinne halten, unterstützen wir deshalb auch ohne Rücksicht auf die Seite, von der sie ausgehen; wir weisen principiell keinen Antrag, weil er etwa von den Socialisten oder von den Ultramontanen käme, zurück. In demselben Sinne erbitten wir uns auch Unterstützung von allen Parteien.“ (VZ 31.10.1877).

Ein für Virchow wichtiger Part im politischen Miteinander ist der Wähler und dessen aktive Teilnahme am politischen Geschehen. „[...] daß es nicht genügt, einmal zu wählen, und den Abgeordneten sich selbst zu überlassen, damit er sich construire [...] Auch die Abgeordneten bedürfen unzweifelhaft einer regelmäßigen, fortdauernden Verbindung mit ihren Wählern. Das Volk muß nothwendiger Weise einen gewissen Antheil haben an der Entwicklung der parlamentarischen Gedanken. Ich meine, wenn überhaupt mit der Wahl ein politischer Gedanke ausgedrückt werden und nicht einer bestimmten Person eine äußere Ehre angethan werden soll, sondern wenn es sich darum handelt, in dieser Person einen bestimmten Gedanken zu repräsentiren, so gehört dazu, daß der Wahlkörper in einer näheren Beziehung zu seinem Abgeordneten bleibe, daß gegenseitige Verständigungen stattfinden, daß der Abgeordnete entweder dem Volke klar mache, warum Dieses oder Jenes nicht erreicht werden kann, oder umgekehrt der Wahlkörper die Pflicht hat, dem Abgeordneten seiner

Zeit zu sagen: „Jetzt bist Du nicht mehr auf dem rechten Wege; überlege Dir wohl, ob Du noch in dieser Weise den Wahlkörper vertreten kannst!“ (VZ 26.7.1867, Versammlung des 2. Berliner Reichswahlbezirkes).

Der Wähler als Teil des Volkes soll die Politik aktiv mitgestalten „...und es wird dabei zunächst die Aufgabe des Volkes sein, sich zu durchdringen mit der Ueberzeugung von dem, was für den Bestand unsres öffentlichen Rechtslebens durchaus nothwendig ist, welches Maß von Forderungen durchaus angestrebt werden muß, um dem Staate mit der äußeren Machtstellung zugleich die innere Machtstellung zu geben, und diese so sicher zu gestalten, daß er nicht allein auf die Waffen gestellt ist. [...] Die Organisation, welche wir wollen, ist also nicht eine Organisation, welche darauf ausgeht, einzelne Personen an die Spitze einer großen Volksmasse zu bringen, sondern vielmehr der Wunsch, die Volksmasse selbst zu einer solchen Entwicklungsbewegung zu bringen, daß die öffentlichen Gedanken sich auf allen Straßen finden lassen, daß man nicht erst in die Parlamente zu gehen braucht, um zu wissen, wohin geht in Preußen die öffentliche Bewegung.“ (VZ 26.7.1867). „Ich meine, die ganze Sicherheit der politischen Entwicklung eines Volkes beruht wesentlich darauf, daß seine Vertreter sich in schwierigen Perioden als Charakter erweisen. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo.) Ja, m. H., wenn das Volk Staatsmänner ausschicken will, die je nach Umständen so und nach Umständen so sich wenden, die bald die rechte und bald die linke Schulter vorschieben, die immer von Neuem zu Transaktionen geneigt sind und immer wieder verhandeln wollen, dann verwechselt das Volk die Stellung der Regierung mit der Stellung des Parlaments. Das Parlament soll der frische volle Ausdruck des Volkes sein und soll das wiedergeben, was das Volk will. Da ist es an der Regierung, sich mit diesem Parlament abzufinden.“ (VZ 19.10.1876).

Virchows Einsichten sind geprägt von den langen Jahren in der aktiven Politik und auch von den Rückschlägen, die er erlitten hat. „Ich weiß, daß in der Politik, und namentlich in der Parteibildung, ein falscher Schritt, der einmal gemacht ist, nicht einfach zurückgemacht werden kann, daß er vielmehr mit einer gewissen Nothwendigkeit zu einem falschen Wege führt.“ (VZ 19.9.1867). „Die Zahl der bedeutenden Redner ist von Session zu Session kleiner geworden, die Arbeitslast für jeden Einzelnen größer. [...] Wir Alle sind genöthigt, uns gewissen Resignationen zu unterwerfen. Das Leben eines Abgeordneten ist eine Reihenfolge von solchen Resignationen. Jeder von uns hat auf irgend eine Hoffnung verzichtet, mit der er in's Parlament getreten ist, und muß froh sein, wenn er von dem, was er voll und ganz haben wollte, nur ein kleines Stück sich gerettet hat.“ (VZ 17.7.1878). „[...] denn ein besonderes Vergnügen ist ein Landtagsmandat gerade nicht.“ (VZ 11.10.1882, Versammlung der Urwähler im 3. Berliner Landtagswahlkreis). „Haben wir etwa Vermögensinteressen bei dieser Angelegenheit? Ich habe noch keinen Dreier verdient durch diese Stelle, welche ich einnehme, und es ist mir noch nicht passirt,

daß mir irgend Jemand eine Belohnung dafür angeboten hätte, im Gegentheil ist mir manche die ich hätte haben können, nicht zu Theil geworden. Was sollte es sonst sein? Etwa der Ehrgeiz, Berliner Stadtverordneter zu sein? [...] Ich bin jetzt 25 Jahre lang, doch wahrscheinlich nicht aus bloßem Ehrgeiz, Stadtverordneter und habe auf diesem Boden praktische, nützliche Dinge in ziemlich großer Zahl zu Stande gebracht, für die ich im Staatsleben unmöglich Unterstützung gefunden hätte, und auf dem Boden der städtischen Gemeinschaft manches Gute gethan, zum Theil, weil mir das Staatsleben verschlossen war. Ich habe den Platz gefunden, der mich befriedigte, habe Krankenhäuser errichtet, Schulen erbaut, Rieselfelder angelegt, nicht aus Ehrgeiz. Es ist ja möglich, daß von Ihrem Standpunkt (rechts) das Alles nur Schwindel ist. Es ist mir auch ziemlich gleichgültig, aber es ist auch Patriotismus, wenn die erste Stadt des Reiches so gut verwaltet wird (Lachen rechts), daß ich, ohne das Lächeln auf jener Seite zu stark werden zu lassen, sagen kann: es giebt im Augenblick keine zweite Stadt, die besser verwaltet wird und das fällt für das Gedeihen des Landes doch auch ins Gewicht.“ (VZ 6.12.1883, HdA). „...wenn ich mich nicht oft als Abgeordneter in der Zwangslage befände, daß zu sagen, was kein anderer außer mir sagt.“ (VZ 6.4.1876, HdA).

Politik ist für Virchow manchmal aber auch ein Ringen um den kleinsten gemeinsamen Nenner, um überhaupt einen Entschluss mehrheitsfähig zu machen. „Wir können keine absolute Gerechtigkeit schaffen, und weil dies nicht zu erreichen ist, soll auch die relative Gerechtigkeit nicht hergestellt werden. [...] Die Fortschrittspartei, die in diesem Streben allerdings allen anderen weit voraus ist, beschränkt sich, wenn es nicht anders geht, auch auf die relative Gerechtigkeit...“ (VZ 22.12.1867, HdA). „Ich habe alle Hochachtung vor dem demokratischen Princip, aber ich halte nicht Alles, was aus demselben hervorgegangen, mag es nun verstanden oder mißverstanden sein, für heilig.“ (8.5.1867, HdA).

Klare Vorstellungen hat Virchow auch vom Aufbau und von der Gestaltung des Staates durch seine Bürger: „Das Volk wird sich überzeugen, daß mit glorreichen äußeren Ereignissen keine inneren Organisationen gemacht werden können, daß man dazu Prinzipien haben muß, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in zweckmäßiger Weise nur geführt werden können, wenn feststehende Grundsätze existiren, und diese findet man nicht auf den Schlachtfeldern. Das Volk wird sich überzeugen, daß, wenn es hohen Ruhm den Führern im Kriege zollen muß, die Führer im Frieden auch einige Anerkennung finden können, die vorsichtig das alte Ziel, nämlich den Sieg der Volksfreiheit verfolgen.“ (VZ 14.2.1868, Wahlmännerversammlung des 3. Berliner Wahlbezirks). „Die Nation ihrerseits erwartet von der Verfassung des zu gründenden deutschen Bundesstaates gesicherte Rechtszustände im Inneren, getragen und weiter entwickelt durch ein aus allgemeiner Abstimmung hervorgegangenes, mit allen Rechten und Vorzügen einer wahren Volksvertretung ausgestattetes Parlament. Volle Theilnahme an der Gesetzgebung und an dem Abschlusse internationaler Verträge, ungeschmälertes Budgetrecht, die Mitentscheidung über Krieg und Frieden müssen die-

sem Parlamente gesichert sein. In seine Hand muß es gelegt werden, das Ministerium des Bundesstaates vor einem unabhängigen Reichsgerichte straf- und civilrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.“ (VZ 27.9.1870).

So sehr sich Virchow für Gleichheit aller vor dem Recht einsetzt, so sehr ist ihm aber auch klar, dass Unterschiedlichkeiten immer vorhanden bleiben: „Wir sind nun einmal nicht mit gleichen Muskelkräften und mit den gleichen geistigen Fähigkeiten geschaffen. Aus einem schwächlichen Geschöpfe kann kein Riese werden, und wer nicht das Gehirn dazu hat, wird sich nie zu einem großen Denker entwickeln. Es geht nicht anders, dem höheren Quantum an Leistung wird auch der höhere Lohn zugebilligt werden müssen, und selbst in der Familie wird der Vater am den höher begabten Sohn mehr wenden müssen, als an den schwach veranlagten, trotzdem er beide gleich sehr liebt, aber er kann nicht sagen: weil es der eine Sohn nicht weiter bringen kann, so darf es der andere auch nicht. (Sehr wahr! Zustimmung.) Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß von der menschlichen Gesellschaft eine gewisse Ungleichheit nicht zu trennen ist, daß wir nicht Gleichheit in Erwerb und Genuß haben können, sondern nur die Gleichheit im Recht. Wir verlangen, daß der Reichste und Vornehmste vor demselben Richter stehe, wie der Geringste, nach demselben Paragraphen des Gesetzes auf dem Boden des gleichen Rechtes behandelt werde.“ (VZ 23.7.1878, Versammlung der liberalen Wähler des 2. Berliner Wahlkreises).

## **7.2.2 Virchow über die Ministerverantwortlichkeit**

Ein für Virchow stetig wiederkehrendes Thema in seinen Reden ist das der Verantwortlichkeit der Politiker für ihr Handeln. Sie sollten sich nicht hinter ihrer Partei oder ihrem Ministerium verstecken, sondern klar eintreten für ihre Entscheidungen. Dazu hat er eine grundlegende Idee: „Die Minister dürfen nicht dem Volke, sondern das Volk müsse den Ministern die Gesetze vorschreiben.“ (VZ 21.10.1881, Wählerversammlung der Fortschrittspartei in Breslau). Und: „...die ganze Natur der politischen Entwicklung der modernen Völker und auch des unsrigen bringt es mit sich, daß diese Minister mit dem Bewusstsein ihr Amt übernehmen, daß sie mit ihrer ganzen Persönlichkeit eintreten sollen für die Sache, welche sie für recht und gut halten, und daß sie ihr Amt aufgeben, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Sache durchzusetzen. Ich verstehe in der That nicht, was man von einem Minister denken soll, der trotz allen Niederlagen doch auf dem Posten bleiben will.“ (VZ 28.3.1878, HdA).

Um eine Verantwortlichkeit der politisch Handelnden zu erreichen, braucht es eine gesetzliche Grundlage, die Virchow über die Jahre immer wieder anmahnt. (s.a. VZ 26.11.1869, VZ 31.1.1871, VZ 16.5.1873, VZ 12.1.1879). „Während man das verfassungsmäßig erforderliche Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht in die Wirklichkeit treten läßt, versuche man ei-

ne durch die Verfassung ausgeschlossene Verantwortlichkeit der Abgeordneten geltend zu machen;“ (VZ 3.12.1867, HdA). „Um Ordnung in die Finanzverhältnisse zu bringen, ist es vor allen Dingen nöthig, ein verantwortliches Bundesministerium herzustellen, damit der preußische Finanzminister nicht durch untergeordnete Persönlichkeiten im Bundeskanzleramt in seinen Dispositionen gestört wird.“ (VZ 18.11.1868, HdA). Zusätzlich gibt es für Virchow eine direkte Verbindung zwischen den Bundesministerien „...mit denen doch das ganze constitutionelle Leben, die Ministerverantwortlichkeit verknüpft sein müßte!“ (VZ 18.3.1869).

Am Beispiel der Position des Justizministers beleuchtet Virchow den Sachverhalt:

„So lange ein verantwortlicher Justizministers dem Reichstage nicht gegenübersteht, sondern der preußische Justizminister bloß privatim durch das Medium des Bundesraths für denselben arbeitet, ohne daß er persönlich dem Reichstage verpflichtet sei. So lange wird die preußische Landesvertretung es auch nicht ablehnen können, ihrerseits nach Kräften auf denselben einzuwirken. Denn, m. H., welche Stellung würde der preußische Justizminister erhalten, wenn er auf der einen Seite dadurch, daß er sagt: ich arbeite für den Reichstag, jede Beziehung mit dem preußischen Landtage abstreife, um auf der andern Seite dem Reichstage zu erklären: was geht ihr mich an, ich bin nur dem preußischen Landtage verantwortlich. Auf diese Weise kommen wir in jene berühmte Zwickmühle hinein, in welcher Verantwortlichkeit verloren geht, [...] Das einzige, was faktisch erreicht wird, wenn der Landtag auf seine Mitwirkung in diesen Sachen verzichtet, das ist die Unverantwortlichkeit der Minister, das ist der ministerielle Absolutismus. (Sehr richtig!) Uns muß daran liegen, die Stellung der Minister klar zu halten, und so lange der Justizminister ein preußischer, kein norddeutscher ist, so lange seine Verantwortlichkeit nur dem preußischen Landtage gegenüber existirt, so lange wird er sich auch der moralischen Verpflichtung nicht entziehen können, für alle seine Handlungen verantwortlich zu bleiben dem preußischen Landtage.“ (VZ 30.10.1869, HdA).

Anderthalb Monate später greift Virchow den Sachverhalt erneut auf:

„Ich warne die Herren dringend davor, sich nicht zu sehr der vis inertiae [Beharrungsvermögen, Duden 1997] hinzugeben und zu glauben, der gegenwärtige Zustand sei ein so lebensfähiger, daß man nur in dilatorischer Stimmung zu verharren braucht, um endlich an einem guten Tage im Besitze von ganz Deutschland zu sein. (Heiterkeit) So einfach wird die Sache wohl nicht gehen, es wird noch vieler Arbeit dazu bedürfen, und gerade die Erhaltung des Friedens erfordert, daß alle diejenigen, die ihn ernsthaft wollen, in sehr angestrenzter und dauernder Arbeit bei der Sache bleiben. Wenn man kein Mann des Friedens ist, dann kann man allerdings warten, bis endlich das große Reichsschwert gezogen wird, das dann ausführt, was man wünscht; aber als Mann des Friedens muß man alle Tage auf dem Posten sein und die mühseligen Arbeiten fortsetzen, die endlich in der Form von Gesetzen sich darstellten, darf keine Session des Reichstages versäumt werden, um in dieser Richtung vorwärts zu gehen. Wenn Sie sagen: wir sind ja bloß das Abgeordnetenhaus und nicht der Reichstag, dann ist allerdings gerade für uns der Umstand von höchster Bedeutung, daß es nur in Preußen verantwortliche Minister giebt, und nicht im Bunde, und daß, wenn es sich hier z.B. um eine Angelegenheit handelt, die in die Sphäre des Justizministers fällt, nur wir in der Lage sind, unserm verantwortlichen Minister zu sagen: thut das und thut da



nicht! So lange im Bunde keine verantwortlichen Minister sind, so lange dort nur der sogenannte verantwortliche Bundeskanzler existirt, dessen Organe ganz ruhig die Pläne unserer Minister kreuzen können, wenn sie wollen, so lange hat die Haus dringende Veranlassung sich mit Bundesangelegenheiten zu beschäftigen. Auch die Verleihung des Titels Staatsminister an den Präsidenten des Bundeskanzleramtes führt nicht weiter. Denn mit einem Titel erwirbt man noch keine Verantwortlichkeit, das ist bloß eine neue Form der Uebertünchung eines an sich falschen Verhältnisses. Wollte man aber diesem Titular-Minister, diesem Pseudo-Minister, eine wirkliche einflußreiche Stellung im preußischen Staatsministerium, wollte man ihm die Befugniß geben, mit zu entscheiden, mit zu bestimmen, dann würde ich darin eine Verletzung unserer preußischen Verfassung sehen; denn man würde uns damit eine nicht verantwortliche Person oktroyiren, die das Recht hätte, über preußische Angelegenheiten eine Entscheidung zu fällen, und dazu hat die Krone nicht das Recht; [...] Will man aus diesen Experimenten von höchst zweifelhaftem Charakter herauskommen, so bleibt absolut nichts Anderes übrig, als daß man sich endlich zu dem schweren Schritte entschließt, verantwortliche Minister, wirklich erkennbare Personen, beim Bunde einzusetzen. Aber so lange diese Personen nicht da sind, [...] so lange können wir gar nicht anders handeln, als wir es thun;“ (VZ 11.12.1869, HdA).

Virchow ist aber kein Einzelkämpfer, sondern die Fortschrittspartei insgesamt steht hinter der Forderung nach politischer Verantwortlichkeit, wie die offizielle Verlautbarung der Fortschrittspartei vom 27.9.1870 deutlich macht: „Das Verfassungsrecht der Einzelstaaten wird von dem Bunde anerkannt und gewährleistet. Jedem Bundesstaate müssen durch die Reichsverfassung eine wahre, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Volksvertretung mit vollem Gesetzgebungs- und Budgetrecht, wirklich verantwortliche Ministerien und wirksame Controle der Verwaltung gesichert werden. [...] Vorzüglichem Werth legen wir darauf, daß die Grundrechte der einzelnen Bürger durch Aufnahme in die Reichsverfassung gesichert und nicht minder die Grundzüge der Gemeindefreiheit in dieselbe aufgenommen werden. Der Schutz der Gesetze durch unabhängige Richter, die Verantwortlichkeit aller Staatsbeamten, die Entscheidung aller Rechtsverletzungen durch die Gerichte müssen als verfassungsmäßige Schranken für die Willkür der Verwaltung und namentlich der Polizei festgestellt werden.“

Aber nicht nur im Bereich des Justizministeriums verlangt Virchow Verantwortlichkeit: [...] „wenn wir einen wirklichen, verantwortlichen Reichsfinanzminister hätten, eine bestimmte greifbare Person, an die man sich halten könnte. [...] Ich gehe noch einen Schritt weiter. In so großen Fragen fordere ich eine Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums, und in unserer jetzigen Verwaltung vermisse ich sehr jene Homogenität, welche als selbstverständlich voraussetzt, daß alle Minister nach gleichen Prinzipien handeln. [...] In den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung soll eine gewisse Gleichartigkeit herrschen, die einzelnen Individuen dürfen nicht Träger verschiedener Prinzipien sein.“ (VZ 13.12.1871, HdA).

Eng verknüpft sind für Virchow die Ministerverantwortlichkeit und das dazugehörige Organisationsgesetz: „Wir erkennen vollständig die Nothwendigkeit an, daß ein Ministerorganisationsgesetz gegeben werde. Auch wir fordern das Minister-

Verantwortlichkeitsgesetz; wir gehen sogar einen Schritt weiter, wir wollen auch noch ein Comptabilitätsgesetz, um auch die finanzielle Verantwortlichkeit der Minister sicher zu stellen.“ (VZ 23.11.1873, HdA). Man wünsche sich eine Stabilität der Institutionen bei Wechsel der Personen, leider es gerade umgekehrt. Deshalb würde er es begrüßen, wenn es zu einem Organisationsgesetz käme bei der bleibende Institutionen als sichere Grundlage für die Verwaltung entstünden (vgl. VZ 23.11.1873, HdA). „Ohne ein Komptabilitätsgesetz existire für die Landesvertretung gar keine Möglichkeit, irgendwie einem Minister beizukommen, auch wenn er seine Pflicht auf das Gröblichste verletzt hat. [...] Nur bei uns herrscht der patriarchalische Zustand, wo die Minister als gute Väter ohne jede Mitwirkung der Landesvertretung über alle und jede Veräußerung von Staatsvermögen verfügen können.“ (VZ 29.11.1873, HdA).

Bei der Kritik an der fehlenden ministeriellen Verantwortlichkeit bleibt auch ein verbaler Hieb auf Virchows Gegner Bismarck nicht aus: „...kein Ministerium, sondern nur eine Sammlung von Ministern, welche verschiedene Grundsätzen haben.“ [...] Man bekomme „untergeordnete Beamte des Reichskanzleramtes zu preußischen Ministern.“ (VZ 24.6.1876, HdA).

[...] „man müßte also für eine Verfassung, welche mit einem einzigen Sprung zu dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht überging, auch die letzte Consequenz ziehen, die in der Verantwortlichkeit der Minister besteht. Und was hat man gemacht? Unten die reine Demokratie und oben den reinen Despotismus. Es giebt nur den einen Mann, der sich selbst verantwortlich ist, und wenn das so fortgeht, so wird man schließlich eine Dynastie Bismarck haben.“ (VZ 30.6.1878, Versammlung der liberalen Wähler im 6. Berliner Reichstagswahlkreis).

Zusammenfassend lässt sich nach diesen vielen Zitaten festhalten: Virchows Idee von politischer Tätigkeit ist geprägt von allgemeingültigen Werten wie Charakterfestigkeit, Beständigkeit, Ehrlichkeit, Opferwillen, Gewissenhaftigkeit. Damals wie heute sind dies Schlüsselbegriffe, die man sich für eine Politikerpersönlichkeit wünscht. Alle Politiker sollten sich stets daran orientieren.

### **7.3 Virchow und Stoecker**

Ein in der Forschung bisher wenig beachtetes Kapitel im Leben Virchows ist seine Auseinandersetzung mit dem Hofprediger Adolf Stoecker. Diese beginnt im Jahr 1878 mit Stoeckers erster Kandidatur für den Reichstag. 1879 kommt es, nach Stoeckers Einzug in das HdA, zu einem ersten verbalen Schlagabtausch zwischen den beiden im Rahmen des Kulturkampfes und der Einführung konfessionsloser Schulen (vgl. VZ vom 17.12.1879). Einen Kulminationspunkt in der Konfrontation bildet 1884 der Wahlkampf im 2. Berliner Reichstagswahlkreis, in dem sich Virchow und Stoecker als Gegenkandidaten gegenüberstehen.

Die Schwierigkeiten in der Einordnung der Figur des Hofpredigers Adolf Stoecker liegen in dem Fehlen einer vollständigen wissenschaftlichen Biographie. Die in der VZ abgedruckten Reden Stoeckers aus dem Wahlkampf 1884 um den 2. Berliner Reichstagswahlkreis gegen Virchow haben dementsprechend noch keinen Eingang in die Beurteilung seiner Person gefunden und können als historisch wertvolle Entdeckungen betrachtet werden. Sie zeigen sehr deutlich Stoeckers zunehmend antisemitische Haltung und seine aggressive Art politischen Gegnern gegenüber.

Die bestehende Literatur pendelt von einer Darstellung seiner Person als „Wegbereiter des Antisemitismus“ (Dombaj 2009), als „Vorläufer von Hitler“ (Ackerknecht 1957, S. 159; so auch Frank, 1935) bis hin zu schwerpunktmäßigen Schriften über sein sozialpolitisch-diakonisches Engagement bei Kupisch (1953) und sein kirchliches Wirken bei Brunstäd (1935). Erst neuere Werke wie die von Brakelmann, Jochmann, Greschat (1982), Brakelmann (2004) und Imhof (1996) bemühen sich um eine kritisch-komplexe Darstellung mit einer Verquickung aller Tätigkeitsfelder Stoeckers.

#### **7.3.1 Kurzbiographie Stoeckers**

Adolf Stoecker wurde am 11. Dezember 1835 in Halberstadt geboren. Seine Mutter war Näherin und sein Vater begann seinen Berufsweg als Schmied, um dann später Wachtmeister und nach seiner Pensionierung Gefängnisinspektor zu werden. Nach seinen Kinder- und Jugendtagen in kleinen Verhältnissen nahm Stoecker sein Studium der evangelischen Theologie in Halle auf und setzte dies später in Berlin fort. Nach Abschluss des Studiums 1858 begann er eine Tätigkeit als Hauslehrer, zunächst in der Neumark, später in Kurland. 1862 führte ihn

eine Reise nach Italien, wo er in Rom bei der päpstlichen Segnung anwesend war, die er als Einziger stehend absolvierte (vgl. Frank 1935, S. 13-21).

Seine erste Pfarrstelle trat er 1863 in der Altmark an, von wo aus er 1866 nach Hamersleben (Magdeburger Börde) wechselte. Dort griff er nachhaltig in das vernachlässigte Gemeindeleben ein, sei es, um die Bibelstunden wiederzubeleben, sei es, um ein Zeichen zu setzen, gegen die katholische Taufe von Kinder aus Mischehen und um die Gläubigen wieder in die Kirche zu ziehen. Hier hatte er den ersten Kontakt mit Industriearbeitern. In die Zeit in Hamersleben fiel auch seine erste Auseinandersetzung mit der sozialen Frage, die dann später in Berlin in viel größerem Ausmaß sein politisches Streben prägte (vgl. Frank 1935, S. 21-25).

1871 wurde Stoecker, mittlerweile verheiratet, Divisionspfarrer in Metz. Von dort berief ihn Wilhelm I. 1874 als Hof- und Domprediger nach Berlin. Hier hatte er endlich Eintritt in die oberen Schichten gefunden, die ihn „mit magnetischer Kraft“ (Frank 1935, S. 31) angezogen haben. 1877 übernahm er die Leitung der Stadtmission, die er neu organisierte. Dabei stand die soziale und caritative Arbeit im Vordergrund (vgl. Frank 1935, S. 28-31).

In Berlin mit den sozialen Problemen ständig konfrontiert, wollte Stoecker im Januar 1878 die christlich-soziale Arbeiterpartei (CSAP) gründen. Nach einer fehlgeschlagenen öffentlichen Gründungsveranstaltung folgte dann einige Wochen später in aller Stille die Parteigründung. Danach schloss sich umgehend der Wahlkampf für die Reichstagswahlen an, der allerdings fast ohne Erfolg blieb: Die CSAP bekam weniger Stimmen, als sie Mitglieder hatte (vgl. Imhof 1996, S. 49).

Gründe für Stoeckers Niederlage zu diesem Zeitpunkt waren, trotz seiner „agitativen Begabung“ (Frank 1935, S. 60), der Mangel an organisatorischer Unterstützung und eine unzureichende Mobilisierung der Arbeiter für die Wahl. Ferner kam es nach den beiden missglückten Anschlägen auf den Kaiser 1878 zum Erlass des Sozialistengesetzes. Im Rahmen dessen hatten sich die Geistlichen von parteipolitischen Dingen fernzuhalten. So wurde auch Stoeckers Initiative von den Kirchenobersten kritisch beobachtet (vgl. Brakelmann 2004, S. 172-174; Frank 1935, S. 59).

1879 findet sich eine Zäsur in Stoeckers Leben. In diesem Jahr kandidierte er im Wahlkreis Minden-Ravensberg zum ersten Mal für das HdA und wurde gewählt. In diesen Zeitraum fiel auch seine erste Rede zum modernen Judentum, die einen Einstieg in seine antisemitische Agitation bildete. Parallel dazu wandelte sich die CSAP von einer Arbeiter- in eine mittelständisch-bürgerliche Partei, die Christlich-soziale Partei (CSP) (vgl. Frank 1985, S. 70-

71). Mit dem Einzug Stoeckers in das HdA kam es auch zu einer ersten Auseinandersetzung zwischen Stoecker und Virchow (VZ vom 17.12.1879).

Im Jahr 1881 wurde Stoecker in den Reichstag gewählt und seine Partei erlebte einen regelrechten Aufschwung bis 1884/85. Mit dem Abflauen der antisemitischen „Berliner Bewegung“ nach der Wahlniederlage 1887 sank dann auch der Stern Stoeckers und seiner Partei. 1896 kam es zu politischen Auseinandersetzungen, die ihn zum Parteiaustritt zwangen. Er gründete seine Partei eigenständig neu und orientierte sich weiter rechts. Unterstützung fand er dann vornehmlich nur noch in Westdeutschland (vgl. Imhof 1996, S. 51-53). Im Februar 1909 starb Stoecker und wurde in Berlin beigesetzt (vgl. Brakelmann 2004, S. 115).

### **7.3.2. Auseinandersetzungen bis 1884**

Auf einer Versammlung des 2. Berliner Reichstagswahlkreises 1878 formulierte Virchow eine erste Einschätzung seines politischen Gegners: „Ich halte ihn [Stoecker] nicht für gefährlich, aber ich glaube, daß man doch anders gegen ihn und seine Sekte Front machen könnte.“ (VZ vom 23.7.1878, ). Damit hatte er Stoecker erheblich unterschätzt, wie sich im Weiteren zeigen sollte.

Die wohl erste direkte Auseinandersetzung der beiden Kontrahenten fand am 16. Dez. 1879 im HdA statt. Thema war die Schulreform. Nach einer Rede Virchows äußerte Stoecker im direkten Anschluss: „Auf unserer Fahne steht die christliche Erziehung; die Fahne der Gegner trägt die Inschrift: Simultanschule aus pädagogischen Rücksichten, aber unter dem Gefolge befinden sich auch solche, die die Simultanschule aus Princip und solche, die den reinen Humanismus wollen. Zu diesen gehört auch Professor Virchow, der in einer Bezirksversammlung einmal ausgesprochen, daß die Zeit kommen werde, wo Naturkunde den Religionsunterricht ersetzt [...] Auf dem wissenschaftlichen Gebiete, wo er zu Haus ist, ist er konservativ, auf dem Gebiete der Schule, wo er nicht zu Hause ist, läßt er alle wilden Geister gehen.“ Für Stoecker hingegen ist ganz klar: „Die Religion muß den ganzen Unterricht durchdringen.“ (VZ vom 18.12.1879).

Weiter ging es am 7. Feb. 1880 zum Thema Trennung von Kirche und Staat. Stoecker äußerte dazu: „In geistlichen und kirchlichen Dingen seien die Liberalen nichts weniger als liberal, sonst vertraten sie die absolute Freiheit, in religiösen Dingen aber den absoluten Zwang.“ „Die Freiheit der Wissenschaft müsse ihre Grenze finden, denn die Professoren seien nicht bloß Gelehrte, sondern auch Jugendlehrer, und bereiteten zu einem Amte vor.“ Virchow

konterte darauf in dem er sagte, dass Stöcker nicht bloß eine freie Kirche innerhalb der Gesetze wolle, sondern eine Kirche, die sich auch gegen die Staatsregierung wende.

Am 21. Juni 1880 warnte Virchow vor den Verführungskünsten Stoeckers. Dieser habe positive Ansichten über die Kirche, die aber nichts mit der Wirklichkeit zu tun hätten (vgl. VZ vom 22.6.1880).

Im Zusammenhang mit antisemitischen Ausschreitungen gegen Juden in Russland machte Virchow seinem Gegner im HdA vom 22. Nov. 1880 heftige Vorwürfe: „Das Verfahren Stöckers gleiche demselben eines Mannes, der eine Brandfackel hinausschleudere und sodann wieder zurückziehe, ohne sich darum zu bekümmern, ob nicht die dadurch umhergestreuten Funken einen verderblichen Brand entfachen.“ Allerdings trugen die zuvor getätigten Äußerungen Stoeckers nicht dazu bei, diesen Eindruck zu entschärfen. Er äußerte: „Wenn der Fortschritt fortfährt sich mit der Judenfrage zu identifizieren, wie er es bisher gethan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten.“ „Die Judenfrage ist für mich keine religiöse, auch keine Rassenfrage, sondern eine social-ethische. Sie besteht darin, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem anderen Stamme angehörend, in der Religion, in ihrem Denken, Fühlen und Walten von uns verschieden, mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Position einnehmen, welche dem Zahlenverhältniß der jüdischen Bevölkerung absolut nicht entspricht. Begabt mit einer starken Kapitalkraft und auch mit vielem Talent, drücken diese Männer auf unser öffentliches Leben; nicht blos in Handel und Gewerbe, sondern auch in kommunalen Angelegenheiten, in den sittlich-socialen Verhältnissen, ja in den kirchlichen Angelegenheiten wirken sie mit dem Einflusse, den sie haben, und das ist unerträglich.“ „... auch daß die Existenz des preußischen Staates an die politische Gleichberechtigung der Confessionen geknüpft sei, kann ich nicht anerkennen. Uebrigens ist das Judenthum keine Confession, es hat kein Bekenntniß.“ Hier zeigt sich sehr deutlich Stoeckers antisemitische Grundhaltung.

Zwar versuchte Stoecker versöhnend und entschuldigend zu ergänzen: „Ich habe keine Antipathie, weder gegen das Volk im Ganzen, noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten.“ „Ich habe meinen Einfluß immer dazu gebraucht, von direkten Angriffen gegen das Judenthum abzumahlen.“ „Die jüdische Frage hatte ich in meinen Versammlungen kaum erwähnt. Sie ist mir aufgezwungen worden durch das Verfahren der Presse.“ Diese Sätze heben aber nicht annähernd die vorher getätigten Grundaussagen auf (VZ vom 23.11.1880).

Die Antisemiten-Petition (s. dazu Kapitel 7.4.2.1), die er, wenn auch verspätet, unterschrieben hatte, kommentierte er folgendermaßen: „Die Petition wird von verschiedenen Seiten ungünstig beurtheilt....Die Petition war indessen eine Nothwendigkeit, weil die das prak-

tische Ziel unsere Agitationen enthält. Ich habe sie willkommen geheißen als den Anhaltspunkt für zukünftige Verhandlungen in der Frage.“ (VZ vom 23.11.1880). Dies untermauert auch öffentlich erkennbar Stoeckers Haltung in der Frage.

In einer Wahlmännerversammlung vom 12. Jan. 1881 sprach Virchow noch einmal aus, dass sich Stoecker zu seinen Fehlern bekennen möge. „Christliches Bewußtsein ist es nicht, was nach den Reichthümern den [der] Juden Sehnsucht hat und die Kirchengeschichte kann leicht Herrn Stöcker nachweisen, wohin solche Dinge führen. Mag Herr Stöcker in Selbsttäuschung in solche Bewegung eintreten, aber wenn er sieht, daß er zu weit gegangen, so ist es doch auch seine Pflicht positiv und ernstlich in Remedur eintreten zu lassen.“ Und dann sprach er auch deutlich aus, wie er dazu stand: „Ich muß sagen ich schäme mich vor mir selber auch in meinem stillsten Kämmerlein, daß solche Dinge bei uns vorkommen können.“ „Ich leugne nicht, daß ja an manchen Orten Klagen über jüdische Mitbürger berechtigt sein mögen. Aber wenn alle Juden zusammenträten und Schändlichkeiten von Christen sammeln würden – was würde da für ein Buch herauskommen!“ (VZ vom 13. Jan. 1881). Allerdings bemerkte Virchow bei Stoecker einen Sinneswandel: „Ich habe es vermieden, in diese Erörterung auch die Rassenfrage hineinzutragen. Bei Hrn. Stöcker ist in dieser Beziehung in letzter Zeit eine wesentliche Wandlung bemerkbar: während er früher die Judenfrage als Existenzfrage und Rassenfrage behandelte, erklärte er neulich, daß er sie als Rassenfrage nicht anerkenne, und es ist zu hoffen, daß sich auch die kleinen Männer daran gewöhnen werden, die Rassenfrage aus dem Spiele zu lassen.“

In einem Brief an Schliemann vom 7. September berichtete Virchow über den Wahlkampf 1881: „In meinem eigenen Wahlkreise hat man den schlimmsten Agitator, den Hofprediger Stöcker gegen mich aufgestellt u selbst ruhigere Beobachter // behaupten, daß das Ergebnis ein höchst zweifelhaftes sei.“ (Andree 1991, S. 113-114). Hieran wird deutlich, dass Virchow seine Einschätzung, Stoecker sei nicht gefährlich, revidiert hatte.

Im Rahmen von Wahlauseinandersetzungen im Herbst 1881 äußerte sich Virchow wie folgt über Stoecker: „Die Bestrebungen der Gegner enthalten aber durchweg Beschränkungen der allerschlimmsten Art. Das schlimmste Beispiel war ja die berühmte Judenhetze, ein Versuch, für den in allererster Reihe allerdings Herr Stöcker verantwortlich ist, der auch nach Außen hin überall an den Namen Stöcker's geknüpft wird.“ (VZ vom 25.10.1881).

Ab 1881 saßen nun beide im Deutschen Reichstag, wo die Auseinandersetzung fortgeführt wurde. Stoecker meinte, „gerade sein maßvolles Auftreten habe ihm die Stimmen dieser Tausender bisheriger Gegner verschafft.“ Und: „Die Mittel sind recht, wenigstens, was unsere Bestrebungen betrifft.“ Virchow warf ihm dagegen „geschmacklose Selbstüberschätzung“

vor. Stoecker habe die Wahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis gegen ihn verloren und würde in Verkennung der Tatsachen immer noch von „seinem“ Wahlkreis sprechen. (vgl. VZ vom 16.12.1881)

In den folgenden zwei Jahren verschärft sich der Ton in der Auseinandersetzung und Stoecker wird mehr und mehr zum unbarmherziger Kämpfer und Antisemiten: „Wir sind in der Wahlagitation im Großen und Ganzen sehr loyal verfahren. Das Schwerste, was von unserer Seite gesagt wurde, war jenes Wort eines Flugblattes, die Fortschrittspartei sei antimonarchisch, antinational und antichristlich. Gewiß ein schweres Wort, aber das Wort von der bankrotten Firma von Gottes Gnaden ist antimonarchisch, das Wort vom preußischen Großmachtstizel ist antinational, und was Virchow über die Kirche gesprochen, ist antichristlich, und sein Vorwurf wegen der mangelnden erziehlchen Wirkung des Christenthums antichristlich.“ „Ich biete ihnen nicht die Hand zum Frieden, aber zu einer besseren Art des Kampfes.“ (VZ vom 21.2.1882, HdA).

Weiter ging es im gleichen Stil am 25. Feb. 1882: „... um der gefährlichen Uebermacht des modernen Judenthums entgegenzutreten.“ „Nun können Sie sagen: die Judenhetze sei Thatsache geworden. Hier in Berlin nicht! Hier haben wir durch besonnene Führung der Bewegung alle Ausschreitungen verhindert. Was an Gewaltthätigkeit vorgekommen ist, hat vielmehr auf Seiten des Judenthums begonnen, als auf unserer Seite.“ „und wenn die Reichshauptstadt, wie 1870 eine so große, vornehme und stolze Stellung in der Welt gewonnen hat, nicht verjuden sollte, so war es nöthig, diesem jüdischen Einflusse ein Halt zuzurufen. Selbst vorurtheilsfreie Juden wünschten uns zu unserem Vorgehen Glück.“ „In unsere höheren Bildungsverhältnisse ist das Judenthum in einer Weise eingedrungen, daß es schwer sein wird, unser Schulleben auf der Höhe christlich-nationaler Cultur zu erhalten.“ „Ebenso erschreckend ist das Hineindringen des Judenthums in die Justiz.“ „Das Judenthum mit seinem zügellosen Geltendmachen jüdischer Anschauungen will nicht bloß ruhig seines Lebens genießen; es will herrschen.“ Alle diese antisemitischen Aussagen lassen sich auch nicht entschärfen, in dem Stoecker dann behauptet: „Ich brauche nicht zu erklären, daß ich die Ausschreitungen in der Provinz von Herzen bedauere. Wir sind gewiß unschuldig daran.“ „Ich habe mich der Parole „Kauft bei keinem Juden“ stets widersetzt.“ Trotzdem setzte er im weiteren Verlauf seiner Rede seine Parolen fort. „Juden können christliche Kinder nicht erziehen.“ „Gefährlich ist es, wenn an kleinen Orten der Richter und der Advokat Juden sind. Wo soll da der christliche Bürger bei Testamentsaufnahmen u. dgl. eine Vertrauensperson herbekommen?“ „Wir wollen nicht hetzen, sondern nur die äußeren Gefahren von unserem Volksleben abwenden: im öffentlichen Leben und in der Presse das Judenthum in die Stellung zurückwei-



sen, die ihm gebührt: unser Volksleben von dieser Infection reinigen.“ Diese Formulierung erinnert stark an die spätere national-sozialistische Propaganda.

Virchow versuchte, gerade zu den antisemitischen Parolen einen Kontrapunkt zu setzen. Die Regierung habe lange zur antisemitischen Bewegung geschwiegen und auch Aufrufe, diese zu beenden, ignoriert. Nun greife Stoecker das Thema wieder auf, was man dringend verhindern müsse, um keine neue Judenhetze entstehen zu lassen. Man müsse an der Verfassung festhalten, in der gleiches Recht für alle gelte und dürfe keine Ausnahmegesetze zulassen. Es mögen vielleicht unter den Juden vereinzelt Menschen zu finden sein, die nicht gut für die Gesellschaft seien, aber auch in Berlin gebe es Personen, wie verlumpte Aristokraten, die vor Gericht stünden. Von denen ausgehend würde man auch nicht auf alle Aristokraten schließen. Ein Wort der Regierung gegen diese antisemitische Bewegung würde genügen, um eine friedenspendende Wirkung zu haben. Seine Rede dazu schloss Virchow mit einem Zitat aus einem von Stoeckers Flugblättern, in dem dieser darstellte, dass für ihn der Kampf Christen gegen Juden ein Kampf Rasse gegen Rasse sei (VZ vom 26.2.1882, HdA).

Abseits der Diskussion über die Juden fanden beide Politiker auch andere Themen zur Auseinandersetzung, wie den Kulturkampf. Stoecker äußerte: „Wer die Ursache des Kulturkampfes in der Hebung der wissenschaftlichen Bildung der Theologen Deutschlands und der Bekämpfung der Moral des Jesuiten findet, der führt eine große Bewegung im Völkerleben in der That auf sehr kleine Ursachen zurück.“ Virchow korrigierte dazu, dass sein Kontrahent den Überblick über die sich eigentlich zugetragenem Ereignisse mit den jeweils Verantwortlichen verloren habe. Dem Vorwurf, er kenne keine Kirche, begegnet Virchow damit, dass er darauf hinweist, dass er sie zwar sehr gut kenne, er aber nicht wolle, dass der Staat sie kenne. Er wolle keine Gesetzgebung, die auf dem Papst basiere und er wolle auch nichts papstähnliches für die evangelische Kirche. Er sei kein Feind der Kirche, sondern nur ein Feind ihrer amtlichen Anerkennung. Auch wolle er für die Juden nichts Besseres in Anspruch nehmen. Ihm habe nur an Israel immer gefallen, wie es ohne kirchliche Organisation ausgekommen sei. Eine weitere Überraschung für Virchow sei Stoeckers Einschätzung der Sozialdemokraten gewesen. Dieser habe es als sein Verdienst hingestellt, dass in Berlin kein Sozialdemokrat mehr gewählt worden sei. Virchow erinnerte daran, dass aber Stoecker bei der Stichwahl selbst mit den Sozialdemokraten verhandelt habe. Nun käme dieser und wolle eine freie Kirche. Dabei sei „diese freie Kirche nur der Katholizismus im verheirateten Zustand.“ (VZ vom 26.6.1883, HdA).

### 7.3.3 Im Wahlkampf 1884

Im Wahlkampf 1884 standen sich Virchow und Stoecker im 2. Berliner Reichstagswahlkreis als Gegenkandidaten gegenüber. Ihre Auseinandersetzung war geprägt von erbitterten wechselseitigen Stellungnahmen zu den Vorwürfen des anderen. Die Themen waren vielfältig und reichten von der sozialen Frage, dem modernen Judentum, dem Kulturkampf und dem Umgang mit den Sozialdemokraten bis hin zu grundsätzlicher politischer Ausrichtung.

Stoecker hatte zu den Themen „Der Fortschritt und sein „Richter“, der Verwüster der deutschen Größe“ (VZ 6.9.1884), „Socialismus und Socialdemokratie“ (VZ 16.9.1884), „Die Fortschrittspartei in Nöthen“ (VZ 25.9.1884), „Welche Partei vertritt die wahren Interessen des Volkes?“ (VZ 10.10.1884), „Der Fortschritt ist bankrott“ (VZ 23.10.1884), „Der Fortschritt ist unpolitisch“ (VZ 24.10.1884), „Soziales Königthum“ (VZ 25.10.1884), „Die Berliner Bewegung als Ehre für die Reichshauptstadt“ (VZ 28.10.1884), „Staatssocialismus, unsere Hauptaufgabe“ (VZ 8.11.1884), „Internationale Regelungen des Normalarbeitstages“ (VZ 11.11.1884), „Zukunft des Socialismus“ (VZ 13.11.1884) gesprochen. Ferner gab es zwei Wahlversammlungen ohne besondere Überschrift (VZ 7.11.1884, VZ 12.11.1884). Allen diesen Veranstaltungen war gemein, dass neben den politischen Themen auch Virchow als sein direkter Gegenkandidat in irgendeiner Form Thema war. Es gibt aber auch einige Versammlungen, bei denen Virchow nicht erwähnt wird. Deshalb werden sie im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter beleuchtet, sollten aber bei weitergehenden Forschungen zu Stoecker Beachtung finden.

In seiner Rede zu „Socialismus und Socialdemokratie“ äußerte Stoecker: „Was thut der Fortschritt zur Bekämpfung der großen wirthschaftlichen Schäden? Nichts als die Hebung der Bildung und freie Vereinigung! Auch die gebildetsten Arbeiter können unter Umständen verhungern! Nur die innere Reform kann die drohende Revolution überwinden! [...]Man müßte die Herren Kapital-Demokraten nennen.“ „Die Fortschrittspartei ist eine Agitationspartei: sie kann nur raisonniren, kritisiren und herunterreißen, aber Positives schaffen kann sie ebenso wenig wie sie socialdemokratische Partei.“ Stoecker „... plädiert für Normalarbeitstag, ein System gesunder Schutzzölle, ist gegen die Hirschschen Kassen und den jüdischen Wucher“ und hält sich dabei „im gesunden und praktischen Sinne für einen Mann von socialistischen Anschauungen. Die Socialdemokratie soll gar nicht unterdrückt werden, sondern nur die Ausschreitungen derselben, ihr ewiges Predigen von Revolution, Umsturz, Mord und Königsmord.“ (VZ 16.9.1884).

Solche scharfen Worte blieben von einem liberalen Blatt wie der VZ nicht unkommentiert. In der Ausgabe vom 19.9.1884 konnte man lesen: „Wir erlauben uns in aller Bescheidenheit Herrn Stöcker zu bemerken, daß er zwar nicht als Hofprediger, aber als Reichstags- und Landtagsabgeordneter wissen sollte, daß es im deutschen Reiche keine anonyme Zeitungspresse giebt.“ [...] „Wir fragen den evangelischen Oberkirchenrath, ob ein Geistlicher, ein Berliner Hofprediger, der leichtfertig seinem Mitmenschen die Ehre abschneidet und selbst nach Kenntniß der Thatschen noch in seiner Ehrabschneiderei beharrt, ehrbare Zucht und Sitte in Haus und Gemeinde pflegt? Wir fordern den evangelischen Oberkirchenrath von Neuem auf, um seines Ansehens und des Aufsehens der Kirche willen seines Amtes zu walten.“

Stetig wurden von Stoecker die Fortschrittspartei und die Juden in einem Atemzug genannt und verunglimpft. Seine Rechtfertigung dafür war seine Arbeit als Geistlicher, in ständiger Sorge um seine Schäfchen. „Es ist unser Ehrenzeichen, daß wir, die wir das Judenthum und den Fortschritt bekämpfen und in diesem Kampfe feststehen, in dieser Weise verleumdet werden.“ Er habe „aus eigenster, freier Ueberzeugung gegen Socialdemokratie, Fortschritt und Judenthum den Kampf unternommen.“ Und schließlich sei man „eine deutsche Stadt und keine Judenstadt.“ „Als ich vor 10 Jahren nach Berlin kam, fand ich Berlin versunken im Gründungsschwindel und zerfressen durch unglaublichen Atheismus, zerfetzt durch die Socialdemokratie und terrorisirt durch die Fortschrittsjuden. Da habe ich Angesichts des Elends das gethan, was ich gethan – nicht als Agitator, sondern als Prediger, als Hofprediger, als Seelsorger, besorgt um die Seelen der Christen und da hab ich gesagt: Wenn sich Keiner findet, springe ich hinein in den Abgrund, und ich will sehen, wer darin etwas einem Hofprediger Unwürdiges sehen will.“ Wie Stoecker seine politischen Gegner sah machte er deutlich: „Ich bedauere, daß ich mit meinen Gegnern nicht so verfahren kann, wie mit anständigen Leuten.“ „Was den Fortschritt auf die Dauer in Berlin besiegen wird, das ist, daß er ein Zwilingsbruder des Judenthums geworden ist, daß er mit dem Judenthum durch Dick und Dünn geht.“ Die VZ kommentierte diese Auslassungen folgendermaßen: „Herr Stöcker hat nur Bedeutung als Hofprediger. Ein Wink des Gewaltigen und die Rolle des „Hofpredigers“ ist ausgespielt, und es bleibt nur der Stöcker übrig. Und der Stöcker wird dann von der Bildfläche verschwinden...“ (VZ vom 25.9.1884).

Stoecker scheute auch nicht davor zurück, christliche Texte als Grundlage für sein Handeln gegen die Juden zu benutzen. In einer Wahlversammlung am 9. Okt. 1884 sprach er darüber, „welche Partei die wahren Interessen des Volkes vertritt“ und zitierte dabei aus den 7 Briefen der Offenbarung: „Sie sagen, sie sind Juden, und sind des Satans Schule und lügen.“

[...] völlige Bestätigung dieses Wortes, nur daß die traurige Thatsache hinzu kommt, daß zu den Juden noch Judengenossen sich hinzugesellen, welche dieselben satanischen Mittel, dieselben Lügen, dieselben Lästerungen gebrauchen, um Gegner in schimpflicher Weise zu bekämpfen.“ (VZ vom 10.10.1884).

Im Rahmen des Wahlkampfes blieb Virchow nicht davon verschont, dass man ihn mutwillig als Antisemiten bezeichnete. Die Zeitung „Reichsbote“ veröffentlichte einen Bericht mit dieser Überschrift. Virchow entlockte das eher sarkastische Töne „Die Art und Weise, mich nicht nur als Antisemiten, sondern auch als Proselytenmacher hinzustellen und mich als einen Mann zu bezeichnen, der sicher noch schlimmer sei, als Herr Stöcker, ist jedenfalls originell“ wie er auf einer Wahlversammlung klar stellte (VZ vom 18.10.1884).

Immer wieder versuchte Stoecker seine Einflussnahme herunterzuspielen, sei es in Bezug auf seine antisemitischen Äußerungen, sei es in Bezug auf die Fortschrittspartei. „Ich kümmere mich um die Fortschrittspartei nicht, ich thue einfach, was ich für recht halte.“ (VZ vom 21.10.1884). „Ich soll fanatisch sein. Ich habe keine fanatische Ader in mir, dazu habe ich viel zu guten Humor, habe auch nie etwas Fanatisches gesagt.“ „Nicht die Existenz der Juden bekämpfe er, aber ihre Uebermacht.“ (VZ vom 23.10.1884). Für ihn ist die „Fortschrittspartei bankrott“ (VZ vom 23.10.1884) und „das sociale Königthum als die stärkste Garantie für die Lösung der socialen Frage.“ (VZ vom 25.10.1884).

Darauf konterte Virchow gleich am nächsten Tag in einer weiteren Wahlversammlung. Als bankrott müsse man vielmehr die konservative Partei erachten und die Idee des „socialen Königthums“ beruhe nur auf „Versprechungen und grenzenlosen Hoffnungen.“ Vielmehr solle man „über Herrn Stöcker zur Tagesordnung übergehen.“ (VZ vom 26.10.1884).

Natürlich kam postwendend eine Reaktion von Stoecker. Dieser gebe, so berichtete Virchow, ein Flugblatt heraus, in dem geschrieben stehe, daß „der Fortschritt die monarchische Idee zu untergraben versuche“. Gleichzeitig „liebäugele Stöcker in demselben Flugblatt in einer gewissen Verklärung mit den Arbeitern.“ Virchow gab aber zu bedenken: „Die Arbeiter mögen sich überlegen, ob sie weiter kommen, wenn sie mit Herrn Stöcker in den christlichen Staat oder wenn sie mit uns in den freien Staat einlaufen.“ (VZ vom 28.10.1884).

In einer parallel stattfindenden Veranstaltung sprach auch Stoecker. Diesmal war das Thema „Die Berliner Bewegung eine Ehre für die Reichshauptstadt.“ Hier sprach er seine Grundsätze noch einmal deutlich aus. „Der Fortschritt ist mit seinem Manchesterthum und Mammonismus am früheren wirthschaftlichen Elend Schuld.“ „Der Fortschritt bekämpft die Monarchie.“ „Wir spekuliren auf das religiöse Bedürfniß, auf den Zusammenhang zwischen

Volk und König. Das ist unsere große Macht. Der Fortschritt arbeitet am Ruin der Nation, wir an dessen Erhebung.“ Hier verdeutlicht er auch, dass der von ihm geäußerte Antisemitismus für ihn eine Grundhaltung verkörpert. „Es ist nicht Zufall, daß überall zu gleicher Zeit die Judenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, daran sind die Juden selbst Schuld.“ „Hier, wo die Bewegung am stärksten ist, ist nie eine Gewaltthätigkeit vorgekommen. Alles dem Aehnliche hat stets der Jude verschuldet. [...] Noch einige Jahrzehnte und Berlin ging an Verjudung zu Grunde.“ „Der Fortschritt ist verjudeter als der Jude. Wir werden festhalten an der Bewegung, denn sie ist eine Culturbewegung.“ (VZ vom 28.10.1884).

Am 1. November 1884 wurde das amtliche Wahlergebnis in der VZ abgedruckt, aus dem hervorgeht, dass zwischen Virchow und Stoecker eine Stichwahl nötig sein würde. Ursächlich schien die fehlende Wahlbeteiligung von 20.000 Wahlberechtigten zu sein. Nun galt es, die Nichtwähler zu mobilisieren und die Sozialdemokraten zu gewinnen, die in der Stichwahl keinen eigenen Kandidaten mehr stellten. Die VZ selbst kommentierte die Auseinandersetzung der beiden Gegner mit einer drastischen Formulierung: die anstehende Stichwahl „sei eine grundsätzliche Entscheidung zwischen Kultur und Barbarei.“ (VZ vom 12.11.1884).

In der folgenden Wahlveranstaltung fasste Stoecker seine Position klar zusammen. „Ich kämpfe gegen die Sozialdemokratie als revolutionäre Macht, gegen den Fortschritt als ein reichszerstörendes Element und gegen das Judenthum als die Macht, welche im Verborgenen hinter Fortschritt und Socialdemokratie steht. Das werde ich fernerhin thun, so lange ich atme, namentlich das Judenthum werde ich als eine in wirtschaftlicher Beziehung corrumpirende, in literarischer Beziehung die Herrschaft suchende Macht befehden und zwar als Deutscher und als Christ.“ Und er äußerte: „[Virchow] mag ein großer Gelehrter sein, er ist und bleibt ein mordsschlechter Politiker.“ (VZ vom 8.11.1884).

In seinem Vortrag „Staatssocialismus, unsere Hauptaufgabe“ vom 7. November holte Stoecker noch weiter aus: „Noch nie hat eine Partei mit so schlechten Mitteln gewirkt, wie der Fortschritt und nirgends ist infamer und lügnerischer je auf der Erde agitirt worden.“ „Es ist unglaublich, wie bei dieser Gelegenheit die „jüdischen Regenwürmer“ aus allen Löchern herausgekrochen kommen.“ „Die Arbeiter müssen selbst dahin wirken, daß hier kein Jude, sondern ein ehrlicher deutscher Arbeiter aus der Wahl hervorgeht.“ (VZ vom 8.11.1884).

Virchow zeigte sich vom Wahlergebnis zwar betroffen, aber „er sei daran gewöhnt, auch in schwierigen Zeiten bei der Stange zu bleiben und stelle sich der Wählerschaft nochmals zur Verfügung.“ Weiter fügte er hinzu: „Sollte ich mich darin täuschen und sollte von den im ersten Wahlgange lässig gebliebenen 20 000 Wählern die Majorität für Herrn Stöcker stimmen, dann würde ich geduldig mein Haupt beugen und eingestehen, daß ich mich in Ber-

lin getäuscht habe, aber auch meine Kräfte unverkürzt mit daran setzen, daß Berlins alter Ruf wieder hergestellt wird.“ (VZ vom 8.11.1884) Grundsätzlich war ihm eines wichtig: „Ich will keine Stimme von Jemand, dem ich nicht genüge, aber ich lege allen Wählern ans Herz auf alle Fälle zu wählen.“ Vorwürfen antisemitischer Natur begegnete er lediglich mit Spott: „Wenn die Fortschrittspartei den Antisemitismus erzeugt hat, dann müßte sie schließlich auch gar noch Hrn. Stöcker erzeugt haben und das habe noch kein vernünftiger Mensch zu behaupten gewagt.“ Etwas mehr Furcht vor der kommenden Aufgabe drückten Virchows Zeilen in einem Brief an Schliemann am 9. November aus: „Ich muß also den Kampf gegen Hrn. Stöcker allein durchfechten. Unser Wahlkreis hat 58,000 Wähler. Denken Sie, was dazu gehört, um eine Majorität zu bilden.“ (Andree 1991, S. 176).

Virchow stand mit seiner kritischen Einschätzung gegenüber Stoeckers leeren Versprechungen nicht alleine da. Auf einer Wahlversammlung der Konservativen sprach ein anwesender Sozialdemokrat offen aus, dass er und seine Gesinnungsgenossen nicht für Stoecker stimmen würden, der mit schönen Reden verführen wolle, sondern für Virchow, der mitgeholfen habe die deutsche Freiheit und Einheit zu schaffen (VZ vom 8.11.1884).

Beunruhigt und mit deutlichen Worten kommentierte Virchow die von Stoecker initiierten Ausschreitungen während einer freisinnigen Versammlung. „Wenn die damalige Versammlung nicht eine so musterhafte Ordnung bewahrt und sich eine solche Reserve aufgelegt hatte, daß sie noch nach Schluß derselben ruhig zusammenblieb, bis der Platz vor dem Lokale von den Ruhestörern gesäubert war, dann hätte man sich wahrscheinlich auf heftige Rencontres gefaßt machen müssen. Und wenn man Angesichts solcher Thatsachen zu der Behauptung kommt, daß Herr Stöcker statt ein Apostel des Friedens zu sein, ein Hetzapostel, statt ein Mann der christlichen Liebe zu sein, ein Mann der Schlachten ist, dann kommt er und sagt ganz harmlos, er habe geglaubt, es handle sich um eine öffentliche Versammlung, zu welcher Jedermann Zutritt habe und da habe er seinen Gegnern auch einmal ein volles Haus gönnen wollen. Das ist die Taktik dieses Herrn, die genau mit jener Taktik übereinstimmte, wie Herr Stöcker im Landtage es wagte, seine Unterschrift unter die Antisemiten-Petition einfach abzuleugnen, um noch in derselben Sitzung zugeben zu müssen, daß er die Petition doch unterzeichnet habe.“ (VZ vom 12.11.1884).

In der gleichen Ausgabe der VZ machte auch Stoecker wieder vollmundig von sich reden, indem er über Manchestertum und Sozialismus sprach. In einem Teil seiner Ansprache wendete er sich gegen die Vorwürfe Virchows, dass er Lüge und Verleumdung in den Wahlkampf gebracht hätte. Bei dem ganzen Kampf ginge es nur um das Judentum. Auch sei er kein Lakai höherer Herren, wie es von ihm behauptet würde. Dass Virchow auf seine Wahl zum Vizepräsidenten der Provinzial-Synode abhebe, könne er auch nicht verstehen, da Virchow nicht in die Kirche gehe und ihn die Sache nichts angehe. Virchow sei vielmehr ein Gegner der Kirche. Ferner verstehe dieser nichts von Nationalökonomie, wie dessen Bemerkungen

kungen zum Normarbeitstag und den anderen Forderungen der Arbeiter bezeugen würden. Wieder kommt der Antisemitismus in seiner Rede deutlich zu Tage. Stoecker ist „der Socialismus und die Berliner Bevölkerung zu schade, als daß er möchte, dass diese als Marionetten auf einem jüdischen Theater“ benutzt würden. „Arbeiter und Jude widersprechen sich und ein socialistischer Jude ist ein Widerspruch in sich selbst.“ (VZ vom 12.11.1884).

Mittlerweile mobilisierte die Auseinandersetzung auch bekannte Größen unter den Sozialdemokraten, die sich genötigt sahen, öffentlich für V Position zu ergreifen. Wilhelm Liebknecht ließ in einem Brief verlauten „wenn er hundert Stimmen zu vergeben hätte, er würde in diesem Falle alle hundert für Virchow in die Waagschale werfen.“ (VZ vom 12.11.1884).

Am 13. November fand dann die ersehnte Stichwahl statt. Die VZ kommentierte das Ergebnis mit den Worten „ein Urteilsspruch für deutsche Bildung, Kultur und Sitte gegen die Barbarei und Verwilderung.“ Virchow gewann die Wahl mit 23.805 Stimmen gegen Stoecker mit nur 15.847 Stimmen (VZ vom 14.11.1884). Damit fand ein langer und heftig geführter Wahlkampf sein Ende. In wie weit die Auseinandersetzung über den Betrachtungszeitraum fortgesetzt wurde, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

## 7.4. Virchows Stellung zu Frauen und Juden

### 7.4.1 Virchows Stellung zu Frauen

Zunächst folgt ein kurzer Überblick über die Erwerbs- und Bildungssituation von Frauen und Mädchen in Preußen nach 1865.

Die Berufstätigkeit von Frauen beschränkte sich zu Beginn des Betrachtungszeitraumes bis ins Kaiserreich auf „die klassischen erzieherischen und pflegerischen Berufe.“ Sie war eingeschränkt, nicht nur aufgrund gesellschaftlicher Normen, sondern auch durch die nicht ausreichenden Schulabschlüsse (Wildhagen 1994, S. 37). Im Untersuchungszeitraum war es nur Jungen möglich, das Abitur abzulegen. Erst 1896 konnten in Berlin Mädchen diesen Bildungsabschluss erreichen, als Externe an einem Jungengymnasium. Ein anschließendes Studium war lediglich in der Schweiz zu verwirklichen (vgl. Wildhagen 1994, S. 50-51; Kleinau u.a. 1996, S. 183). Auch einheitliche Richtlinien existieren im Betrachtungszeitraum nur für das Jungenschulwesen. Erst 1908 wurde das Mädchenschulwesen reformiert und vereinheitlicht (vgl. Kleinau u.a. 1996, S. 131-133). Zusätzlich beriefen sich die Gegner der Frauenemanzipation darauf, dass Frauen von ihren körperlichen und geistigen Anlagen her Männern einfach unterlegen wären (vgl. Kleinau u.a. 1996, S. 300-305; Wildhagen 1994, S. 52).

Sich als Lehrerinnen zu verdingen war fast „ausschließlich auf private Institutionen beschränkt, unter denen Schulen und Ausbildungseinrichtungen für Frauen sowie Kindergärten an erster Stellen standen.“ Damit wird klar, wie wichtig die Kindergartenbewegung für den Weg der Frau ins Berufsleben war (Kleinau u.a. 1996, S. 22).

Der Begründer der Kindergartenbewegung, Friedrich Fröbel, strebte mit seiner Methode nach „individuellem Wachstum und Entfaltung [...] anstelle einer auferlegten religiösen Disziplin.“ (Kleinau u.a. 1996, S. 24). Ziel waren besonders Frauen, da bei den Lehrern eher ein Festhalten an den üblichen Unterrichtsmethoden zu beobachten war (vgl. Kleinau u.a. 1996, S. 24). Entscheidend ist dann weiter, dass „die Kindergartengründerinnen eine führende Rolle bei einer der wichtigsten feministischen Kampagnen der Zeit“ spielten: durch ihre Initiative wurde 1865 der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ und 1866 der „Lette-Verein“ gegründet (Kleinau 1996, S. 32). Statt also die Unterstützung zu versagen, als möglicher Ausdruck einer kritischen Haltung zu den Initiativen der Frauen, setzt Virchow sich für die Fröbelsche Methode in Volksschulen und Seminarien ein (vgl. VZ vom 2.6.1872) und hält einen Vortrag im Lette-Verein (vgl. VZ vom 6.7.1877).



Zusätzlich unterstützt Virchow schon ganz zu Beginn des Betrachtungszeitraums die Ausbildung von Frauen zu Kindergärtnerinnen (vgl. VZ 21.10.1866) und Turnlehrerinnen (vgl. VZ 2.12.1877) und setzt sich für die Förderung des Baues von Mädchenschulen ein (vgl. VZ 13.4.1866, 3.12.1875). Auch die Gleichstellung von Jungen und Mädchen bei der Schulbildung (vgl. VZ 3.12.1875) liegt ihm am Herzen. Damit ist er der Entwicklung in Preußen auf diesem Gebiet voraus.

Im Jahr 1866 wird auch der Verein der Berliner Volksküchen (vgl. VZ 12.6.1866) gegründet. Die Initiative geht dabei von der Jüdin Lina Morgenstern aus, die Virchow und andere Mitstreiter bittet, sie zu unterstützen, da es ihr als Frau gesellschaftlich nicht möglich sei, ein Projekt von dieser Größe ins Leben zu rufen. Virchow arbeitet dabei eng mit ihr zusammen und unterstützt sie und den Verein tatkräftig (vgl. VZ 31.10.1867, 1.5.1868). Es existieren mehrere Briefe, die die Art der Zusammenarbeit der beiden verdeutlicht. (Andree, unveröffentlichtes Material) Andere Mitstreiter der ersten Stunde sind durch Morgensterns vehemente Durchsetzungsfreudigkeit vor den Kopf gestoßen und verlassen den Verein, nicht so Virchow, der sich weiter unbeirrt für die Sache einsetzt (vgl. Morgenstern 1891, S. 16). Dass Morgensterns Konfession dabei für Virchow keine Rolle spielt, mag als weiterer Beleg gelten für seine Einstellung zu Juden. Für weitere Details zu Lina Morgenstern sei auf die Arbeit von Kruppa 2008 verwiesen.

Als im November 1869 die erste Konferenz der deutschen Frauenbildungs- und Erwerbsvereine (vgl. VZ 11.11.1869) in Berlin stattfindet, ist Virchow als Referent geladen und spricht über die Ausbildung der Frauen zur Krankenpflege. Dies erscheint zunächst als Thema gewollt frauenspezifisch; mit Blick auf das Jahr 1869 und die Tatsache, dass es sich um die erste Konferenz dieser Art handelt, kann man Virchow dennoch als Unterstützer in Frauenfragen einordnen. Auch für den Zugang von Frauen an die Kunsthochschule setzt er sich ein. „Man könne vielleicht zweifeln, ob Frauen so hervorragende Genies in dem Bereich hervorbringen könnten, aber man müsse zumindest den Zugang ermöglichen.“ (VZ 14.3.1875).

Besonders deutlich wird Virchow in seinen Ausführungen im bereits oben erwähnten „Lette-Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts“ (Wildhagen 1994, S. 38). Dort spricht er über die Geschichte des Kochens und äußert: „So knüpfe sich die höhere Kultur an den sesshaften Zustand, mit einer Frau als ebenbürtige Gefährtin des Mannes.“ (VZ vom 6.1.1877).

Im Rahmen seiner Tätigkeiten für die Anthropologie fördert er den Aufstieg von Frauen. Er protegiert Johanna Mestorff (vgl. Andree 1976, S. 118-120, S. 313-346), mit der er in regem Briefkontakt steht. Er versucht auch Forscherinnen, die sich an den Exkursionen betei-

ligen, zu unterstützen. So lässt er beispielweise bei Ausgrabungen im Rahmen einer Exkursion drei anwesende Forscherinnen, unter ihnen Mesdorf, noch verschlossen aufgefundene Urnen öffnen (vgl. VZ 9.8.1880). In der VZ vom 2.7.1878 betont Virchow ausdrücklich, dass es wichtig sei, dass auch Frauen die Exkursion begleiteten.

Virchow scheut sich auch nicht davor, Frauen öffentlich für ihre Leistungen zu loben. Bei der Abschlussfeier zur Auflösung des Barackenlazarets des Berliner Hilfsvereins (vgl. VZ 4.6.1871) erwähnt er die Leistungen der pflegenden Frauen ausdrücklich.

Seine Töchter und seine Frau begleiten Virchow immer wieder zu Kongressen und Exkursionen. (vgl. VZ 24.8.1878, 12.8.1881, 12.8.1885) Goschler (2009, S. 119) sieht darin aber lediglich eine Strategie, die erwachsenen Töchter zu präsentieren und möglichst gut zu verheiraten. In diesem Zusammenhang mag Virchow dem damaligen Rollen- und Familienbild verhaftet sein, in dem Frauen aus bürgerlichen Verhältnissen ganz in der Mutterrolle und der Rolle der treusorgenden Hausfrau aufgehen sollten (vgl. Kleinau u.a. 1996, S. 286-289).

In diesem Kontext steht ein Vortrag, den Virchow 1865 im „Grauen Kloster“ gehalten hat. Der Titel lautet „Ueber die Erziehung des Weibes für seinen Beruf“. Hier findet man wiederum folgende Aussagen: [...] „darum muß sie an der Bildung des Volkes vollen Theil haben und nicht ausgeschlossen sein von der Gesamtentwicklung; darum endlich muß sie sich nach ihrem besonderen, weiblichen Wesen entwickelt haben, und nicht erzogen sein in männlicher Art und zu männlichen Wesen.“ (Virchow 1865, S. 11). [...] Emancipation des Weibes [...] auf Kosten der Familie.“ (Virchow 1865, S. 18) [...] Aber er stellt auch heraus, dass „wenn Frauen nicht heiraten und Kinder bekommen, andere Aufgaben möglich“ sind (Virchow 1865, S. 19). Klar ist für ihn aber, dass „die gleichberechtigte Hausfrau die Herrin des Hauses“ ist (Virchow 1865, S. 13).

Betrachtet man nun die herausgestellten Äußerungen Virchows, einerseits familiärer bürgerlicher Traditionen anhängend, andererseits als Unterstützer der Ausbildung von Frauen und Mädchen und als Förderer von Lina Morgenstern und Johanna Mestorff, so muss man zu einer anderen Meinung als Goschler (2009, S. 125) kommen, der der Ansicht ist, dass „Virchow in besonderem Maße für die Anstrengungen stand, das Vordringen von Frauen in die Öffentlichkeit zu blockieren und damit an der konzeptionellen Trennung weiblicher und männlicher Sphären festzuhalten.“ Auch Andree (2002a) verweist in einem Kapitel über „Virchow und die Frauen“ auf eine Vielzahl von einzelnen Punkten, die Goschlers These nicht unterstützen. Virchow mag kein Anführer der Emanzipation gewesen sein, hat aber in sehr vielen Punkten Frauen unterstützt und war damit seiner Zeit voraus.

## 7.4.2 Juden

### 7.4.2.1 Moderner Antisemitismus und der Berliner Antisemitismusstreit

Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 setzte 1873 ein Börsenkrach dem spekulativen Wildwuchs und der liberalen Ära ein Ende. Dafür hat sich der Begriff „große Depression“ eingebürgert, der bei Überprüfung der Wirtschaftsdaten eher als Stagnation zu betrachten ist (vgl. Gall 1980, S. 527). „Die Illusion eines permanenten Wohlstandes in den Gründerjahren wich der Enttäuschung und der Suche nach Schuldigen. Deutsche Identitätsprobleme, eine Folge der politischen Einigung und des Mißtrauens gegenüber der preußischen Dominanz, verschärften die Situation noch weiter.“ (Volkov 1994, S. 47). Es kam zu einer „Verbindung zwischen der Gegnerschaft zum wirtschaftlichen Liberalismus und den antijüdischen Gefühlen [...]“ (Volkov 1994, S. 48). Das „liberale Prinzip der Emanzipation der Juden“ geriet mit in die Krise des Wirtschaftsliberalismus (Kampe 1995, S. 86).

Die Form des daraus entstandenen Antisemitismus, der schon seit Mitte des Jahrhunderts im Aufkommen war, unterschied sich vom „religiös motivierten Antijudaismus“ früherer Zeiten (Benz 2008, S. 84) dadurch, dass er rassistisch motiviert war und, getragen durch den „Konkurrenzneid“, auch als „sozialer Antisemitismus“ bezeichnet werden kann (Aly 2011, S. 119). „Die unterschiedlichen Spielarten der Judengegnerschaft verbanden Veränderungsfurcht, mangelndes Selbstvertrauen und die Angst vor Konkurrenz.“ (Aly 2011, S. 281). Dieser Berliner Antisemitismusstreit wird auch als „Berliner Bewegung“ bezeichnet und Adolf Stoecker behauptet von sich, er habe sie ins Leben gerufen (vgl. VZ 10.10.1884). Für ihn ist klar: „Die Bewegung ist eine Ehre für Berlin!“ (VZ 28.10.1884).

Otto Glagau, früher auch Anhänger des Liberalismus, brachte 1874 in der Zeitschrift „Die Gartenlaube“ eine Artikelserie heraus, die antisemitisches Gedankengut verbreitete und die Juden als die Schuldigen für den wirtschaftlichen Niedergang darstellte. Für ihn war „die soziale Frage eine Judenfrage.“ (vgl. Volkov 1994, S. 48; Kampe 1995, S. 86).

Gleichzeitig kamen auch in kirchlichen Kreisen „die ersten Versuche auf, den Antisemitismus als Waffe gegen den politischen Gegner zu instrumentalisieren“. Hier spielte der zustande gekommene kleindeutsche Nationalstaat eine Rolle, in welchem sich die Katholiken als „diskriminierte Minderheit“ wiederfanden (vgl. Kampe, 1995, S. 86). Zu der Rolle der Katholiken im Rahmen der Entwicklung des Antisemitismus sei auf die umfangreiche Arbeit von Blaschke (1997) verwiesen.

Die Begriffseinführung „Antisemitismus“ wird mit dem Journalisten Wilhelm Marr verbunden, der 1879 eine Schrift mit dem Titel „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ herausbrachte, die mit großem Erfolg publiziert wurde (vgl. Kampe 1995, S. 88 f.; Volkov 1990, S. 26). Dieses Pamphlet war Ausgangspunkt für Berliner Gesinnungsgenossen 1881 die „Antisemiten-Petition“ aufzusetzen, die Bismarck vorgelegt werden sollte und sich gegen die Gleichstellung der Juden wandte. Sie wurde von 265.000 Personen unterschrieben, unter anderem auch von Adolf Stoecker, über den in einem anderen Kapitel berichtet wird (vgl. Kampe 1995, S. 90, 95).

Ein ebenfalls prominenter Unterstützer des Antisemitismus war Heinrich von Treitschke, Professor für Geschichte. Er „hatte mit seinen eher journalistisch-literarischen denn fachhistorischen Veröffentlichungen einen maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der nationalpolitischen Ansichten des deutschen Bildungsbürgertums genommen.“ (Kampe 1995, S. 96). Als zunächst eher liberaler Zeitgenosse, dann später „kritikloser Anhänger Bismarcks“ stellte er sich 1879 in den Dienst des Antisemitismus und schaffte auf diese Weise die unheilvolle Verbindung zwischen Nationalismus und Antisemitismus (vgl. Volkov 1990, S. 33; Kampe 1995, S. 97).

Der zunächst massiv aufflammende Antisemitismus nahm zum Jahrhundertwechsel wieder ab, verschwand aber nicht und legte den Grundstein für das spätere erneute Ausbrechen von Judenfeindschaft und –verfolgung (vgl. Benz 2008, S. 108).

#### **7.4.2.2 Virchows Stellung zu den Juden**

Am 31.7.1868 ist in der VZ nachzulesen, dass es Virchows Intention war, Juden genauso als Teil der Gesellschaft mit ihren Vorzügen und auch mit ihren Schwächen zu betrachten, wie Christen. Er stellte fest, dass es unter den Juden ausgezeichnete Männer gebe, sogar verhältnismäßig viele. „Aber nicht jeder Jude hat deswegen das Zeug zu einem Spinoza oder Lasker. Der Familien- und Stammesstolz führe leicht zur Ueberhebung und Ungerechtigkeit.“ Er zweifle aber nicht daran, dass sich die Empfindlichkeit der Juden mit der vollen Gleichberechtigung geben werde; für die er sich immer einsetzen werde.

Im Rahmen einer Rede vor sämtlichen Wahlmännern am 12. Januar 1881 führt er diesen Gedanken weiter. Zwar seien auch Klagen über Juden an einigen Stellen berechtigt, so Virchow, aber was käme zusammen, wenn Juden alles zusammentrügen, was Christen an Schandtaten ausübten.

Im HdA spricht er am 3.12.1880 davon, dass er „keine blinden Sympathien und Vor-  
gefühle für die Rasse habe und daß, wenn ich für sie eintrete, ich mit dem Gedanken für sie  
eintrete, volles und gleiches Recht für alle zu fordern.“ (Andree 2000, S. 621). Dahinter steht  
nicht zuletzt Virchows Einstellung, dass die Religion für ihn eine Privatangelegenheit des  
Einzelnen ist und nicht in die Öffentlichkeit gehört (vgl. VZ vom 2.3.1873, 7.7.1878).

Als Antwort auf die oben bereits erwähnte „Antisemiten-Petition“ veröffentlicht die  
VZ im November 1880 eine „Offizielle Erklärung gegen den Antisemitismus“, die von 75  
Berlinern unterzeichnet worden ist, unter anderem auch von Virchow. Diese Erklärung wen-  
det sich gegen Rassenhass und Fanatismus und plädiert für die Gleichheit aller Deutschen, ob  
Juden oder Christen.

In die gleiche Richtung geht Virchows Rede im HdA vom 20.11.1880 (vgl. VZ vom  
21.11.1880). Er wendet sich darin deutlich gegen die antisemitische Bewegung und macht  
deutlich, dass die angebliche Überflutung Deutschlands mit Juden ein reines Phantasiegebäu-  
de sei und nicht den reellen Zahlen entspreche, auch wenn für die Stadt Berlin eine Ausnahme  
gelte. In dieser Rede tritt auch wieder Virchows Idee vom „gleichen Recht für alle“ (VZ vom  
4.12.1880) heraus: Er formuliert, dass es sicher auch unter Juden Schwächen gebe, die aber  
von ihnen selbst sicher bekämpft würden. Würden allerdings Juden ihre Rechte missbrauchen,  
so müsse man solche Ausschreitungen verhindern, aber ohne gleich deren Rechte vollständig  
zu kappen. In seinen Augen sei die Diskussion besonders durch Neid angeheizt. Aber auch  
aus seiner Betroffenheit macht er keinen Hehl; auf einer Versammlung sämtlicher Wahlmän-  
ner Berlins am 12.1.1881 macht Virchow deutlich, wie sehr er sich schäme, dass sich solche  
Dinge wie der Antisemitismus in Deutschland ereignen könnten (vgl. VZ vom 13.1.1881).

Als sich in Russland im Zuge der aus Deutschland übergreifenden antisemitischen  
Tendenzen Gewalttätigkeiten häufen und es zu Pogromen kommt, druckt die VZ am  
12.6.1881 einen Aufruf ab, um Mittel für die notleidenden russischen Juden zu sammeln.  
Virchow ist Mitunterzeichner dieses Aufrufes. Das gleiche Ziel verfolgt ein Aufruf vom  
2.5.1882, den Virchow ebenfalls unterstützt.

Sehr deutlich wird Virchow in einer Rede im fortschrittlichen Wahlverein am  
17.1.1882: „Wenn man nun sieht, wie diese Bewegung nicht einschläft, sondern als die  
Grundlage dient für eine Menge gehässiger Anschuldigungen, die sich von dort verbreiten, so  
muß sich vor unseren Augen in der That eine Art psychologischer Taschenspielererei vollzogen  
haben, derart, daß gebildete Leute eine Art von Glückseligkeit erwarten, wenn wir die Juden  
erst aus dem Lande haben. Ist diese Erwartung berechtigt? Nein, wir würden dann um keines  
Haares Breite besser daran sein.“ (VZ vom 18.1.1882). Weiter äußert er am 12. Juni 1883 im

HdA die Sorge, dass man nur, weil man Jude oder Dissident sei, grundsätzlich für schlecht gehalten werde (vgl. VZ vom 13.6.1883). Letztendlich ginge es ihm aber darum, dass er für Juden nichts explizit Besseres in Anspruch nehmen wolle (vgl. VZ vom 26.6.1883).

Diese Aussagen charakterisieren ganz grundlegend Virchows Einstellung gegenüber Juden und lassen keinen Raum, weder für eine mögliche philo- noch antisemitische Haltung. Dies möchte ich den weiteren Ausführungen vorausschicken, die verdeutlichen, dass es auch Stimmen gibt, die Virchow in anderem Licht sehen wollen. Die Vorwürfe gegen Virchow lauten: Er habe die Fähigkeiten („skills“ , Zimmermann 1999) „Rassen“ zu unterscheiden erst verfügbar gemacht und das an einfachen Merkmalen wie Haut-, Haar- und Augenfarbe. Dies sei eine entscheidende Lernerfahrung für ein ganzes Volk (vgl. Zimmermann 1999, S. 425).

Ferner stehe Virchow mit seinen Untersuchungen über die Schulkinder im Fokus des „wissenschaftlichen Rassismus.“ Er sei zwar in der „rationalen Stoßrichtung weit jenseits eines traditionellen Rassismus der Vorurteile“ geblieben, habe aber „in genau dieser Art >Ideologiekritik< denjenigen, die nach einer wissenschaftlichen Begründung der Höherwertigkeit des Eigenen suchten, vorgemacht, wie man sie >wissenschaftlich gesichert< erreichen konnte.“ (Geulen 2000, S. 160).

Dazu bemerkt Andree (2009, S. XV): „ Daß all diese Untersuchungen und die Frage der nationalen Identität, Herkunft und Rassenzugehörigkeit mit naturwissenschaftlich-mathematisch-statistischen Methoden gelöst werden sollten, ist dem Zeitgeist der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschuldet. Doch gegen den Mißbrauch seiner wissenschaftlichen Methoden ist niemand gefeit - auch ein Virchow nicht.“ Anders, aber nicht minder treffend, äußert sich Kümmel (1968, S. 176): „[...] Virchows mutiges, in seiner liberalen Gesinnung gründendes Auftreten gegen den Antisemitismus, zeigt aber trotz treffender Einsichten zugleich auch gewisse Grenzen der liberalen Denkweise gegenüber einem so komplexen Phänomen, das wirkliche soziale Probleme in sich barg und außerdem nicht zuletzt in irrationalen Bereichen wurzelte.“

Ein weiterer Vorwurf, den man Virchow macht, ist, dass er den Polen ihre Sprache lassen will, die Juden aber sollen sich schnell assimilieren. (VZ vom 4.12.1880) Dies mag vielleicht gemeint sein, wenn David (2002, S. 73) von einer „problematischen Einstellung Virchows zu den Juden“ spricht.

Einen entscheidenden Anstoß, um Virchows Aussage zur Assimilation zu erklären liefert Volkov (1990, S. 132). Sie verweist darauf, dass dieser Begriff ursprünglich „für Juden in Deutschland eine positive Bedeutung hatte.[...] Der Begriff wurde in der Umgangssprache

angewandt, bezogen auf die Formen sozialer und kultureller Integration von Juden in das Leben der deutschen Gesellschaft, die den Prozeß der legalen Emanzipation ergänzten.“

Nun mag vielleicht noch die Möglichkeit bestehen, dass sich Virchow in der Öffentlichkeit anders über Juden äußerte, als er dies im Privaten tatsächlich verwirklichte. Dem steht seine Freundschaft mit dem jüdischen Sanskrit-Forscher Theodor Goldstücker entgegen. Diese ist an Hand eines umfangreichen Briefwechsels der beiden zu belegen, der im Zeitraum zwischen 1848 und 1869 geschrieben und durch Andree (2007) in vollständiger historisch-kritischer Edition herausgegeben wurde. Ferner sei auf das Kapitel „Der Irrsinn von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ bei Andree (2009) hingewiesen. Virchow selbst hat sich sogar seiner jüdischen Freunde gerühmt, die ihn an Geist und Scharfsinn übertreffen würden (vgl. VZ vom 13.1.1881).

## 7.5 Zitate Virchows

„Ich bin Cosmopolit, mir steht die Menschheit in erster Linie und erst innerhalb dieses freien Menschthums bin ich zunächst ein deutscher Mann mit den Pflichten und Interessen, die aus dieser Eigenschaft für mich erwachsen, aber wie die Familie in den Staat aufgeht, so der Staat in die große Gruppe menschlicher Entwicklung überhaupt. Deßhalb ist mein höchstes Ziel der freie Mensch.“ (VZ 23.7.1878, Versammlung der liberalen Wähler des 2. Berliner Wahlkreises).

In diesem Kapitel soll versucht werden, sich Virchow an Hand seiner eigenen Aussagen aus verschiedenen Kontexten zu nähern. Ziel ist es vor allem, die sprachliche Schärfe, den Witz und auch die Ironie herauszuarbeiten, mit der er seine Reden würzt, um über reine die Tätigkeits- und Faktensammlung hinaus einen Eindruck von seiner Persönlichkeit zu gewinnen.

Zunächst ist es geboten darauf zu schauen, welchen Eindruck Virchow bei seinen Zeitgenossen hinterlässt. Die VZ berichtet dazu am 28.11.1869: „Die Palme des Tages gebührt Virchow; mit unvergleichlicher Schärfe und entzückendem Humor widerlegte er alle Einwände, die gegen die Kompetenz des Hauses, den Oberkirchenrath und Alles was daran hängt“, sprächen. Bei einer anderen Gelegenheit (25.12.1881) druckt die VZ Aussagen eines nicht weiter genannten Briefeschreibers über Virchow ab:

„Man muß dabei gewesen sein, um den richtigen Eindruck zu empfangen und wenn es schon bei gewöhnlichen Verhandlungen einen großen Unterschied macht, ob man sie lediglich liest oder ob man sie miterlebt, so ist dies bei der Debatte [im Reichstag], in welcher einzelne Redner das ganze Gewicht ihrer Persönlichkeit in die Wagschale werfen, wie das gerade neulich der Fall war, um so zutreffender. [...] Du weißt, wie ihn seine Ruhe, seine überlegene, manchmal grade durch ihre Kälte nicht nur den Gegner verletzende, sondern auch den unbefangenen Zuhörer, ja den Anhänger etwas entfremdende Art und Weise nie zu verlassen pflegt. Ob er im Plenum des Abgeordnetenhauses oder in der Fraktion, ob im Colleg oder in einer Naturforscher- oder Anthropologen-Versammlung spricht, er ist immer derselbe Virchow, immer bedeutend, immer den Gegenstand beherrschend, immer scharf und klar, oft ironisch und etwas beißend, immer Anerkennung und bis auf einen gewissen Grad auch Unterwerfung um so leichter erzwingend, als es ihm um dieselbe nicht zu thun zu sein scheint, und auch nur in den seltensten Fällen zu thun ist; aber nie warm, nie die Zuhörer mit sich reißend, nicht, um den trivialen, aber bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen, zum Herzen sprechend.“

Sucht man nach dem Ursprung einer solchen Einschätzung wird man in dem Briefwechsel zwischen Virchow und seinen Eltern fündig, den Andree 2001b als Band 59 der VSW herausgegeben hat. Dort beschreibt Virchow in einem Brief vom 22.2.1842 (S. 158) an den Vater Carl „Ihr haltet mich für ziemlich gefühllos, weil ich ruhig aussehen gelernt habe, wenn mir das Herz blutet.“ Den Vorwurf des Vaters, an Egoismus und Selbstüberschätzung



zu leiden, weist er zurück. „Aechtes Wissen ist sich des Nicht-Wissens bewußt, und wie sehr, wie schmerzlich fühle ich die großen Lücken meiner Kenntnisse. Darum stehe ich auch nie, und in keinem Theile des Wissens stille; ich lerne gerne, aber meine Meinung vertheidige ich aus Ueberzeugung.“ (S. 157)

Ein immer wiederkehrendes Thema bei verschiedenen Gelegenheiten ist für Virchow die Auseinandersetzung mit der Kirche. Dazu finden sich einige sehr amüsante Aussagen Virchows, die einen schmunzeln lassen. Am 3.12.1869 kann man dazu einer Debatte im HdA über das Missionswesen folgendes lesen: „Das einzige, was es bewirkt, ist, daß es, mit der Civilisation zugleich vorrückend, die wilden Völkerstämme vernichten hilft. Nun mag zwar über jede bekehrte Seele große Freude im Himmel sein, aber die armen Leute hätten gewiß noch recht gern in ihrem alten Zustande ein paar Jahre behaglich fortgelebt.“

Immer wieder plädiert er für Toleranz der Kirchen untereinander, wie im HdA „Toleranz sollte sich doch zuerst in der eigenen Kirche geltend machen.“ (VZ 22.2.1885). Er setzt sich dafür ein, dass Glaube Privatsache bleibe, da „man gerade bei dieser Art der persönlichen Bekenntnißsucht eigentlich immer etwas versucht ist zu fürchten, daß Privatbedürfnisse anderer Art dahinterstecken. [...] Dann hat man in der That die Furcht, er möchte eigentlich ein schlimmer Heuchler sein. [...] Die Moral kommt bei diesen Dingen sehr schlecht weg, denn hinterher werden Gimpel auf die eine wie die andere Art gefangen; die Leimruthen kleben allerdings stärker, wenn noch etwas dogmatisches Element in dem Leim enthalten ist.“ (VZ 2.3.1873).

Virchow scheut auch nicht davor zurück, manche Auseinandersetzung pointiert auf die Spitze zu treiben. So äußert er im HdA am 17.1.1873 auf die Aussage eines Vorredners, dass die Kirche die Schlüssel zum Himmel habe: „Sollte wirklich die Welt zur Ruine werden, wenn diese Schlüssel verloren gingen?“ Am 31.1.1872 bemerkt er, wieder im HdA: „Also auch der Papst hat sich schließlich mit der Sonne dahin auseinandersetzen müssen, daß sie still steht, während evangelische Geistliche, die dem Oberkirchenrathe nahe stehen, leider noch nicht so weit gelangt sind.“

Den Parteiangehörigen des „Zentrums“ wirft er vor, dass sie nur so täten als ob sie dieser Partei angehörten, vielmehr „sei der Mantel der Verfassung ein wenig zu kurz, der Klumpfuß kommt doch zum Vorschein.“ (VZ 17.1.1871).

Selbst die Gestaltung von Materialien für katholische Schüler wird von Virchow im HdA deutlich angesprochen. Er „kann sich bei seiner ohnehin reichlichen Beschäftigung nicht noch den neuen Auftrag wünschen, an der biblischen Geschichte für katholische Volksschulen mitzuarbeiten; aber wichtig wäre eine solche Arbeit ganz gewiß, welche die biblische Ge-

schichte mit dem Prinzip der historischen und philologischen Kritik und den Naturwissenschaften in Einklang zu setzen sich bestrebe, damit sie den Namen „Geschichte“ zu führen verdiene und nicht zur biblischen Mythologie wird. [...] Die Kirche selbst wird sich allmählig darin finden und daran gewöhnen müssen, daß die Lehrmittel der Schule mit den Grundlagen des Denkens und den Ergebnissen der Wissenschaften in Uebereinstimmung gebracht werden.“ (VZ 13.3.1875).

Auch in anderen Kontexten, wie z.B. bei dem Ausbau der Museen, gibt es kleine Seitenhiebe auf die Kirche. „Es giebt ja in allen Museen Gaffer und so zu sagen Bummler, aber selbst bloße Neugierde führt zu einer instinktiven Geschmacksbildung. [...] Es mag ja [...] für Manchen störend sein, wenn er neben einer Maria im Museum eine Leda hängen sieht, aber selbst im Vatikan sind die Bilder nicht nach Konfessionen geordnet.“ (VZ 13.2.1880).

Ebenso im Zusammenhang mit der Diskussion um die „Affentheorie“ kommt Virchow auf die Kirche zu sprechen: „Wenn der Mensch unter gewissen Umständen an einzelnen seiner Theile Eigenschaften eines andren Tieres in gewissem Grade zeigen kann, so beweist das höchstens nur eine gewisse Gemeinsamkeit der Entwicklungsgesetze, die der ganzen Reihe der Wirbeltiere gemeinsam sind. [...] Was endlich die moralische Bedeutung der Frage anbelangt, so können wir ebenso wenig eine Verletzung des Gefühls daraus entnehmen, wie aus der Ableitung des Menschen aus einem Erdenkloß.“ (VZ 21.2.1869 Vortrag Virchows im Berliner Handwerkerverein über Menschen- und Affenschädel).

Auch Einrichtungen der Kirche bleiben nicht von seiner deutlichen Kritik verschont. „Daß das Haus einmal schwach gewesen ist, kann doch unmöglich einen Rechtsgrund für eine Institution [den Oberkirchenrat] abgeben, die in ihrem Grund und Wesen ein Unrecht ist, ein verfassungswidriges Institut, ein illegitimes Kind des Absolutismus mit der Klerisei.“ (VZ 28.11.1869 HdA).

Ein von Virchow immer wieder aufgegriffenes Thema, das er mit Energie verfolgt, ist das Thema Bildung und der Ausbau der Schulen. Dazu äußert er Grundsätzliches: „Die Aufgabe der Schule ist es, für das Leben zu erziehen, den Menschen zu einem sittlich freien, selbstdenkenden, selbstthätigen Wesen heranzubilden; dazu ist bei rechter Würdigung der naturwissenschaftliche Unterricht noch mehr geeignet, als die alten Sprachen. [...] Denn nur durch richtige Beobachtung gelangt der Mensch zu den richtigen Schlüssen, durch richtige Schlüsse lernt er richtig handeln.“ (VZ 20.2.1868 Vortrag zum Besten der Volkskindergärten).

Immer wieder gelingt es ihm in Diskussionen, die nicht unbedingt direkt zum Thema gehören, einen Umschwung hin zu diesem Punkt: [...] „denn der Zunahme von Verbrechen

wird gewiß durch Vermehrung der Unterrichtsanstalten mehr Abbruch gethan, als durch Vermehrung der Strafanstalten.“ (VZ 6.11.1869 HdA). „Ich will die Bedeutung der Rennen für die Pferdezucht nicht in Abrede stellen; wird aber durch die Rennprämien so viel erreicht, daß dagegen der andere Zweck, die Förderung der Fortbildungsschulen, als der geringere erscheint?“ (VZ 24.11.1869 HdA). Nebenbei meldet er sich auch zum Zusammenschluss der landwirtschaftlichen Akademien mit den Universitäten zu Wort: „Außerdem könne man ja dem Landwirthe auch das studentische Leben gönnen, das doch in etwas mehr bestände, als im Kneipen.“ (VZ 7.12.1873, HdA).

Als Arzt hat Virchow in jungen Jahren die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie erlebt und über sie für das Ministerium berichtet. (vgl. Andree 2009, S. 45) Unter diesem Eindruck hat er sich Zeit seines Lebens für die öffentliche Gesundheitspflege und deren Umsetzung eingesetzt. „In gebildeten Staaten wird man endlich die Gesundheitspflege für wichtiger halten, als die Frage, mit wem man sich zunächst schlägt.“ (VZ 1.10.1869, 43. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Innsbruck) [...] „und ich würde es mit großer Freude begrüßen, wenn die Regierung eine ebenso große Entschlossenheit wie hier zum Wohle der Fische auch einmal zum Wohle der Menschen in der Vorlage eines Sanitätsgesetzes zeigen wollte.“ (VZ 18.12.1872 HdA).

Dabei teilt er auch Denkansätze, die uns heute umstritten erscheinen: „dass ich wie alle Männer der Wissenschaft die Homöopathie für eben solchen Aberglauben halte, wie die mittelalterliche Astrologie.“ (VZ 7.6.1872 HdA). Dazu gehören auch Äußerungen zum Thema Tierversuche. „Das angestellte Experiment war um kein Haar breit schlimmer, als wenn von Landwirthen Vieh gemästet, Kapaun gezogen und Gänse genudelt werden, was doch jeden Tag geschieht. Daß es auch grausamere Experimente giebt, will ich nicht leugnen; für gewisse Hauptfragen der Wissenschaft muß man auch bisweilen grausam sein.“ (VZ 26.2.1885 HdA). Zu diesem Thema hat Virchow im HdA am 23.1.1882 eine lange Rede gehalten, die Andree (2009, S. 169-181) weiter kommentiert.

Als Anthropologe und Naturforscher ist Virchow ein gefragter Redner, der einen klaren Blick auf das menschliche Miteinander wirft: „Der Krieg der Menschen gegen einander sei ein nothwendiges Glied in der Entwicklung der Bösartigkeit. Die Menschheit sei noch gegenwärtig nicht über dies Stadium hinausgekommen. [...] Wenn der Begriff Superiorität einer Rasse wahr wäre, so würde er nur das Ergebnis liefern, daß die anderen Rassen, welche sich einer großen Inferiorität erfreuen, unterdrückt werden müßten; eine Frage, welche in Nordamerika den Indianern gegenüber mit Pulver und Blei praktisch ausgeführt werde.“ (VZ 27.9.1873, deutsche Naturforscher-Versammlung aus Wiesbaden). Für Virchow steht fest,

dass es leider kein Patentrezept gebe alles Elend zu beseitigen, auch Polizei und Staat könnten dies nicht alleine schaffen. „Wir können Niemand vor Krankheit, vor Unglück und vor seiner eigenen Faulheit schützen.“ (VZ 10.8.1878, Versammlung von Wählern der vereinten liberalen Parteien). Und zusätzlich ist für ihn klar: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.“ (VZ 15.12.1869). Denn schließlich gilt: „Die That ist es, mit der in der heutigen Welt Alles anfängt.“ (VZ 9.1.1880, Versammlung der freien Vereinigung der Fortschrittspartei). Und: „Nichts ist gefährlicher, als die kleinen Unsittlichkeiten, weil die Versuchung näher liegt und der Weg vom Kleinen zum Großen sehr leicht ist.“ (VZ 25.1.1870, HdA).

Virchow ist nicht nur Arzt und Anthropologe, sondern auch, und dies vor allen Dingen, Politiker. Da dies am häufigsten in der VZ seinen Niederschlag findet, sind in diesem Bereich auch eine Vielzahl erwähnenswerter Zitate zu finden. So spricht Virchow im Rahmen der Auseinandersetzungen zum Kulturkampf „Herr v. Mühler ist nicht durch den Gesetzentwurf verschlungen worden, sondern hat sich nur durch den Strohalm, der ihm zur Stütze gewähren sollte, nicht mehr zu halten vermocht.“ (VZ 9.2.1872 HdA). Zum Thema Beamtenbezahlung stellt Virchow klar: „Niemand tritt in den Staatsdienst, um unbesoldet zu bleiben, sondern hofft, wenn er eine Zeit lang ohne Sold fungirt, zu einem Gehalt und durch Ascendenz zu einem immer höheren Gehalt zu gelangen. Kein Fall ist bekannt, daß auch ein mit Glücksgütern gesegneter Beamte dauernd auf sein Gehalt verzichtet hätte.“ (VZ 10.2.1871, HdA).

Bei einer anderen Gelegenheit kommentiert er im HdA sarkastisch, dass man dann auch „die Verschönerung von Norderney als eine Abwehr der Welfenagitation betrachten könne, um die Bewohner dieser Insel, die dem König Georg viel verdanken, zu staatstreuen Unterthanen zu machen.“ (VZ 7.12.1877).

Die im Rahmen der Attentate auf den Kaiser in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückten Sozialdemokraten sind auch für Virchow ein Thema. Dazu lässt er auf der Versammlung der liberalen Wähler des 2. Berliner Wahlkreises verlauten: Für diese [Sozialdemokraten] gebe es keine genaue Klassifikation. „Die ganze Socialdemokratie ist ein Kunstprodukt, geschaffen, um die große Masse der Arbeiter an der Hand geschickter Agitatoren dahin zu bringen, auf Wegen, die nimmer zum Heil führen, ihr Glück zu suchen und schließlich im Regimente Bismarck's das Heil zu sehen.“ [...] „Der Koloradokäfer ist nämlich ein ganz besonderer Käfer, der so bestimmte Merkmale hat, daß ihn Jeder, dem diese bekannt sind, gar nicht verkennen kann. Findet man nun einen solchen Käfer, der ganz genau als Koloradokäfer recognoscirt werden kann, und bringt ihn zum Richter, ja, dann kann der Richter sagen: das ist gewiß ein Koloradokäfer, schlägt ihn todt! (Große Heiterkeit.) Aber man kann doch nicht einen Socialdemokraten auf den Tisch stellen und ihn auf seine Merkmale untersuchen, wie einen Koloradokäfer!“ (VZ 23.7.1878).

Virchows ewiger Gegner Bismarck wird auch deutlich angesprochen: „In Deutschland giebt es keinen andern, als Bismarck, der die Sache in Ordnung bringen kann. Also soll er es machen wie er will. Die alten Römer hatten etwas, was sie Dictatur nannten und wodurch die ganze Machtfülle auf einen Einzigen übertragen wurde. Was hier vorliegt, würde auch die Dictatur sein, umkleidet mit einem Parlament als Ornamentik [...]“ (VZ 24.7.1878, Versammlung von Wählern der südwestlichen Friedrichstadt).

Ganz allgemein gilt für Virchow aber: „Die politischen Parteien sind eben nicht chemischen Ingredienzien, welche man in einem Topfe so zusammenrührt, daß die Säuren durch die Alkalien neutralisiert werden.“ (VZ 10.12.1878, HdA). Und er ist Ansicht, „daß es zu bedenklichen Consequenzen führe, wenn man sich bei Akten der Gesetzgebung einem übertriebenen Enthusiasmus hingeebe. Begeisterung ist nach dem bekannten Dichterwort kein Herringswaare, die man einpökeln kann auf lange Zeit.“ (VZ 3.5.1885 HdA). Für die von ihm wenig geschätzte koloniale Ausbreitung von Deutschland findet er deutliche Worte: „Mit kriegerischen Actionen, mit Flaggenhissen und Hurraschreien und mit nationaler Begeisterung allein ist es nicht gethan.“ (VZ 3.5.1885 HdA). Selbst über den Zustand der Verfassung findet man sehr bildhafte Allegorien: „Und nachdem die Verfassung durchlöchert ist, wie eine Fahne, die zahlreiche Schlachten mitgemacht hat, so daß kaum Jemand mehr weiß, was er beschwört, wenn er die Verfassung beschwört.“ (VZ 18.1.1873, HdA).

Ein Dorn im Auge ist Virchow die Stellung der Großgrundbesitzer. Dazu äußert er im HdA: „Die Großgrundbesitzer sind nicht die geborenen, sondern die erzogenen Führer. Mit dem Rechte, das die bloße Geburt, die feudale Ueberlieferung verleiht, haben wir gebrochen, dass öffentliche Vertrauen muß in der Lage sein, sich in freier Wahl denjenigen zuzuwenden, den man für den geeignetsten Vertreter der öffentlichen Interessen hält.“ (VZ 17.3.1872). Im gleichen Monat holt er dazu noch weiter aus: „Dagegen hat sich seit Jahrzehnten der große Grundbesitz stets mehr in den Charakter einer bloßen Klasse von Gewerbetreibenden fügen müssen. [...] Das einzige, aus der Vergangenheit gerettete Element, die größere Intelligenz, paßt allerdings auf einige Kreise, aber die Herren, welche diese Erfahrung in einem entlegenen, der Cultur bisher wenig zugänglichen Kreise gemacht haben, stehen auf dem Standpunkte des Insulaners, der seine Insel nie verlassen hat und glaubt, es sehe in der ganzen Welt aus, wie bei ihm zu Lande.“ (VZ 27.11.1872, HdA).

Auch die Landräte geraten in Virchows Fokus: „Ein Landrath wird nicht zweifelhaft sein, daß irgendwo ein Bedürfniß zu Wegebauten vorhanden ist. Die Bauer widerstreiten. Das hindert aber den Landrath nicht zu sagen: „Die Bauern verstehen das nicht“ und den Weg bauen zu lassen. Ein Theil der Abneigung der Bauern liegt jedenfalls darin, daß sie wissen,

die neu zu bauenden Wege werden weniger Wege, als Abwege, und die Chausseen machen zuweilen Krümmungen, die wenigstens keine geographischen Ursachen haben.“ (VZ 23.1.1870; HdA).

Selbst eher trivialen Themen, wie der Mode, gewinnt Virchow rhetorisch einiges ab. Er habe „allen Respekt vor der Mode, aber er sei entsetzt, wie sehr die Mode mit jedem Jahr das Selbstbewusstsein töte und wie Menschen sich ihr sklavisch unterwerfen. Was die Mode mache, entziehe sich aller vernünftigen Betrachtung, das sei nichts weiter, als das Bestreben, etwas Neues zu haben, was bisher in dieser Form gar nicht oder seit langer Zeit nicht da war. [...] Man könne auch jetzt manche Formen des Kopfputzes sehen, die eben darauf berechnet seien, und, sowenig sie auf manchen Schädel passen, doch darauf platziert würden. So gehe es auch manchmal mit der Gegend unter den Lippen, die stark zusammengedrückt würden. Wenn man die Form des Brustkorbes mit jenem eines Kindes vergleiche, so müsse man doch sagen, dass ein absoluter Unterschied entstehe und es sei wunderbar genug, dass das menschliche Geschlecht trotz dieser langen Einwirkung immer noch wie früher geboren werde.“ (VZ 15.10.1873 Rede, die V im Jury-Pavillon der Weltausstellung in Wien gehalten hat). Bei anderer Gelegenheit kann man von ihm hören: „Wünsche man nicht, daß die Pariser Rathausfeste hier Mode werden, so müsse man bei den Wahlen hübsch Schildwach stehen.“ (VZ 10.5.1871, Zusammenkunft der Maschinenbauer).

Die herangezogenen Zitate sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass Virchow teilweise viel und lange gesprochen hat. Seine Reden wurden auch immer wieder durch Beifall der Zuhörer, Zwischenrufe und Heiterkeitsausbrüche unterbrochen. Das zeigt, dass er sein Publikum zu fesseln wusste, nicht zuletzt auch durch seine feine Ironie.

## 8. Zusammenfassung und Ausblick

„Die Stirne von R. Virchow schmückt ein doppelter Kranz, der Lorbeer, den die Hand der Wissenschaft verleiht, und der Kranz von Eichenlaub, den das deutsche Volk dem treuen Sohne des Vaterlandes, den die Menschheit dem unerschrockenen, unbeugsamen, charakterfesten Kämpfer für ihre ewigen Rechte und Freiheiten ums Haupt gelegt.“ (Emil Rittershaus im Allgemeinen Bürgerverein von Elberfeld am 7. April 1872 zur Begrüßung von Virchow; VZ vom 10.4.1872).

Sicherlich spricht aus diesen Zeilen eine große Menge Pathos. Blickt man aber auf die knapp 2600 Fundstellen aus der VZ, die das „öffentliche“ Leben Virchows darstellen, so kann man einen Eindruck gewinnen, wie umfassend sein Betätigungsfeld war.

Politisch war er unermüdlich tätig, in der SVV, im HdA, im Reichstag. Stets ist er mit Zivilcourage seiner Meinung treu geblieben, hat sich für seine Partei eingesetzt und war damit auch häufig ein streitbarer Gegner. Er wollte damit für seine Wähler eine feste Größe darstellen, der sie vertrauen konnten. Damit geriet er auch unweigerlich in den Fokus von Verunglimpfung und übler Nachrede, denen er immer wieder entgegengetreten ist.

Die Themen, für die er sich eingesetzt hat, sind schier endlos: eine Kanalisation für Berlin, gesetzlich festgelegte Fleischbeschau, Schulbildung für Jungen und Mädchen gleichermaßen, Gleichheit der Konfessionen, neue Krankenhäuser, das Turnen etc. Dies ist nur eine sehr kleine Auswahl dessen, was Virchow Zeit seines Lebens bewegt hat.

Wendet man sich seiner Tätigkeit als Arzt zu, stößt man auch hier auf eine unendliche Fülle an Veröffentlichungen, die zusätzlich zu seiner Position als Professor für pathologische Anatomie Zeichen seiner unermüdlichen Schaffenskraft sind.

Andree (2002a, S. 277) charakterisiert dies folgendermaßen:

„Ein Arbeitsethos, das in unermüdlicher »Hingebung und Unabhängigkeit« bestand, die Verschränkung von wissenschaftlich-praktischer medizinischer Tätigkeit mit politischem Engagement unter der Zielsetzung sozialen Fortschritts, ein ungeheuer weiter Kenntnishorizont, wissenschaftliche Fundiertheit der praktischen Tätigkeit, Kaltblütigkeit und Umsicht gepaart mit Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, Pflichtgefühl und Beharrlichkeit“. [...]

Virchows wacher Forschergeist hat ihn lebenslang immer weiter vorangetrieben. Flankiert von traditionellen Werten wie Charakterfestigkeit, Beständigkeit und Ehrgefühl, immer um Kontakt bemüht zu Wählern, Studenten, Forscherkollegen, zeigt sich in besonderem Maße eine Persönlichkeit, die ihresgleichen sucht.

Die vorliegende Dissertationsschrift soll anknüpfen an die bereits bekannten Tatsachen aus Virchows Leben und diese ergänzen. Wissenschaftliches Ziel ist es, die Virchow-Forschung voranzutreiben und mit jeder Fundstelle ein komplexeres Bild dieses so hervor-

genden Mannes zu zeichnen und den Erschließungsgrad der Virchow-Archivalien (vgl. Andree 2002, S. 78) zu erhöhen, auch in Verbindung mit anderen Dissertationsprojekten.

Beginnend mit dem Kapitel über Virchow und seine Vereinstätigkeit sind exemplarisch zwei Vereine herausgegriffen, zum einen der Berliner Handwerkerverein, zum anderen der Oranienburger Tor-Bezirksverein. In beiden Vereinen wurde Wissensvermittlung betrieben, ein für Virchow sehr wichtiges Thema. Allerdings verschloss sich der Bezirksverein auch politischen Themen nicht, wie die Berichterstattung der VZ zeigt. Im Rahmen der Aufarbeitung der Fundstellen stellte sich auch heraus, dass der Oranienburger Tor-Bezirksverein bis dato fast gänzlich unbekannt war, so dass die zusammengetragenen Fakten als Erweiterung gelten können.

Um Virchow ganz grundsätzlich in seinen politischen Ansichten zu charakterisieren, wurden für das sich anschließende Kapitel Zitate aus der VZ zusammengetragen. Ziel war es, einen nachhaltigen Eindruck von Virchows Idee zu Politik und ministerieller Verantwortlichkeit zu generieren.

Wissenschaftlich noch keine besondere Beachtung, weil in diesem Umfang noch nicht bekannt, erfuhr die leidenschaftliche und vehemente Auseinandersetzung mit dem Hofprediger Adolf Stoecker im Wahlkampf 1884. In diesem Kapitel sind alle Wahlreden erwähnt und teilweise zitiert, die beide gehalten haben. Weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen ist es vorbehalten, im Hinblick auf die Person Stoeckers das aufgefundene Material auszuwerten. Weitere in der VZ veröffentlichte Reden Stoeckers aus dem Jahr, die keinen Bezug zu Virchow haben, liegen zusätzlich vor sind aber nicht Teil dieser Dissertationsschrift.

Das vorletzte Kapitel stellt Virchows Stellung gegenüber Frauen und Juden dar. Unter Berücksichtigung der Erwerbs- und Bildungssituation von Frauen und Mädchen in Preußen im Betrachtungszeitraum wurden die Fundstellen in den zeitlichen Kontext gestellt. Ziel war es, den zunächst nur lesend gewonnen vagen Eindruck, dass Virchow sehr wohl Frauen unterstützt hat, mit Fakten zu bestätigen. Zwar handelt es sich um eine überschaubare Zahl von Fundstellen zu dem Thema, die aber in die gleiche Richtung gehen und Goschlers aufgestellte These (2009, S. 125), dass Virchow besonders blockierend für Frauen gewirkt habe, widersprechen.

Ausgangspunkt für den zweiten Teil des Kapitels ist der Berliner Antisemitismusstreit und die zunehmende Gewalt gegen Juden in Russland. Für die Opfer dieser Auseinandersetzungen setzt sich Virchow im Rahmen von Spendensammlungen ein und in den Auseinandersetzungen mit Stoecker verurteilt er die Angriffe auf das Schärfste. Allerdings finden sich



Stellungnahmen Virchows zu Juden und ihrem Glauben im gesamten Betrachtungszeitraum und zeigen deutlich, dass er sich die Gleichheit aller Konfessionen wünscht.

Im abschließenden Kapitel sind Zitate Virchows aus verschiedenen Kontexten erfasst, um den Blick auf ein Gesamtbild seiner Person zu ermöglichen und neben dem Politiker und Arzt auch den Menschen Virchow darzustellen.

Virchow, ein Mann, der wie kaum ein anderer eine Vielzahl von Fähigkeiten und Charaktereigenschaften vorweisen konnte, ist also nach wie vor ein spannendes Forschungsobjekt, bei dem es immer wieder Neues zu entdecken gibt. Andree (2002a, S. 277) hält dazu fest:

**„Wir sind noch nicht so weit, dass wir auf sein Vorbild verzichten können.“**

## 9. Literaturverzeichnis

### Archivalische Quellen:

„Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, „Vossische Zeitung“

Mikrofilme aus der „Helmut-Schmidt-Universität“ der Bundeswehr in Hamburg: vom 01.01.1866 bis zum 31.12.1885

01.12.1867 Mikrofilm aus der Staatsbibliothek zu Berlin „Preußischer Kulturbesitz“

### Auf den Mikrofilmen unleserliche Teile:

Im Original in der Staatsbibliothek zu Berlin „Preußischer Kulturbesitz“ gelesen:

#### 1867:

- 2.7. Hauptteil u. 1. Beilage

- 8.10. Beilage 3-5
- 9.10. Beilage 5-7
- 11.10. fehlt komplett

#### 1868:

- 1.3. S. 1 u. 2
- 1.9. Hauptteil
- 30.9. fehlen Teile
- 1.12. Hauptteil u 1. Beilage fehlt

- 13.10. Beilage 3-5
- 14.10. Beilage 3-5
- 15.10. Beilage 3-5
- 16.10. Beilage 3, 4-8
- 18.10. Beilage 3-5
- 19.10. Beilage 3-5

#### 1869:

- 25.2. fehlt
- 2.3. Hauptteil und 1. Beilage fehlen

- 20.10. Beilage 3-5
- 21.10. Beilage 3-5
- 22.10. Beilage 3-5
- 23.10. Beilage 1,3,5-8

#### 1870:

- 1.10. Beilage 3-4
- 2.10. Beilage 1, 5-7
- 4.10. Beilage 3-6
- 5.10. Beilage 3-5
- 6.10. Beilage 3-5
- 7.10. Beilage 3-5

- 25.10. Beilage 3-5
- 26.10. Beilage 3-5
- 27.10. Beilage 2-4
- 28.10. Beilage 3-4
- 29.10. Beilage 3-4
- 30.10. Beilage 1-3,5-7
- 18.12 Hauptteil

**1871:**

- 3.1. Beilage 3-4
- 4.1. Beilage 3-4
- 5.1. Beilage 3-5
- 6.1. Beilage 3-5
- 7.1. Beilage 3-5
- 8.1. Beilage 3,5-7
- 10.1. Beilage 3-6
- 11.1. Beilage 3-6
- 12.1. Beilage 3-6
- 13.1. Beilage 3-5
- 14.1. Beilage 3-4
- 15.1. Beilage 3-7
- 17.1. Beilage 3-5
- 18.1. Beilage 3-5
- 19.1. Beilage 3-5
- 20.1. Beilage 3-5
- 21.1. Beilage 3-5
- 22.1. Beilage 3, 5-8
- 24.1. Beilage 3-5
- 25.1. Beilage 3-5
- 26.1. Beilage 3-5
- 27.1. Beilage 3-4
- 28.1. Beilage 3-4
- 29.1. Beilage 3,5-8
- 31.1. Beilage 3-5
  
- 1.2. Beilage 3-5
- 2.2. Beilage 3-5
- 3.2. Beilage 3-4
- 4.2. Beilage 3-4
- 5.2. Beilage 3-7
  
- 7.2. Beilage 2-5
- 8.2. Beilage 3-6
- 9.2. Beilage 3-6
- 10.2. Beilage 3-6
- 11.2. Beilage 3-5
- 12.2. Beilage 3,5-9
- 14.2. Beilage 3-5
- 15.2. Beilage 3-5
- 16.2. Beilage 3-5
- 17.2. Beilage 3-5
- 18.2. Beilage 3-4
- 19.2. Beilage 3-8
- 20.2. Beilage 3-7
- 21.2. Beilage 3-6
- 22.2. Beilage 3-6
- 23.2. Beilage 3-6
- 24.2. Beilage 3-5
- 25.2. Beilage 3-5
- 26.2. Beilage 3-8
- 28.2. Beilage 3-7
  
- 1.3. Beilage 3-6
- 2.3. Beilage 3-7
- 3.3. Beilage 3-6
- 4.3. Beilage 3-5
- 5.3. Beilage 3-7
- 7.3. Beilage 3-6
- 8.3. Beilage 3-7
- 9.3. Beilage 3-7
- 10.3. Beilage 3-6
- 11.3. Beilage 3-6
- 12.3. Beilage 5-10

- 14.3. Beilage 3-6
- 15.3. Beilage 3-6
- 16.3. Beilage 3-7
- 17.3. Beilage 3-5
- 18.3. Beilage 3-5
- 19.3. Beilage 3,5-8
- 21.3. Beilage 3-7
- 22.3. Beilage 3-6
- 23.3. Beilage 3-5
- 24.3. Beilage 3-6
- 25.3. Beilage 3-6
- 26.3. Beilage 3-9
- 28.3. Beilage 3-6
- 29.3. Beilage 3-6
- 30.3. Beilage 3-6
- 31.3. Beilage 3-6

### **Literatur:**

Ackerknecht, Erwin H. (1957): Rudolf Virchow- Arzt, Politiker, Anthropologe, Ferdinand Enke, Stuttgart

Althammer, Beate (2009): Das Bismarckreich 1871-1890, Schöningh, Paderborn, München

Aly, Götz (2011): Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

Andree, Christian (1969): Geschichte der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte 1869-1969 in: Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte, 1869-1969, 1. Teil, S. 9-139, Hessling, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1976): Rudolf Virchow als Prähistoriker; Bd. 1; Virchow als Begründer der neueren deutschen Ur- und Frühgeschichtswissenschaft, Böhlau, Köln

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1976): Rudolf Virchow als Prähistoriker, Bd. 2, Briefe Virchows und seiner Zeitgenossen, Böhlau, Köln

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1986): Rudolf Virchow als Prähistoriker, Bd. 3, Register mit Kommentaren, Böhlau, Köln

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2006): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 28.2, Abteilung Medizin, Gesammelte Abhandlungen aus dem der Öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre, Olms, Hildesheim

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1995): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 31, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (17. Januar 1865 bis 6. Februar 1867), Peter Lang, Bern

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1995): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 32, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (1. Mai 1867 bis 11. Februar 1870), Peter Lang, Bern

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1997): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 33, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (14. Februar 1870 bis 13. Dezember 1874 sowie dazugehörige Dokumente), Peter Lang, Bern

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (1999): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 34, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (6. Februar 1875 bis 2. März 1877), Blackwell, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2000): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 35, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (23. Oktober 1877 bis 22. Februar 1881), Blackwell, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2001a): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 36, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (24. März 1881 bis 26. April 1887 sowie dazugehörige Dokumente), Blackwell, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2003): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 37, Abteilung II Politik, Politische Tätigkeit im Preußischen HdA (14. März 1888 bis 16. März 1901

(letzte gehaltene Rede), politische Tätigkeiten im Deutschen Reichstag, sämtliche Reden, 28. Juni 1878 bis 21. April 1893 sowie dazugehörige Dokumente), Blackwell, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2011a): Rudolf Virchow / sämtliche Werke, Bd. 44, Abteilung III, Beiträge zur physischen Anthropologie der Deutschen: mit besonderer Berücksichtigung der Friesen; Ueber die Methode der wissenschaftlichen Anthropologie; die „Race prussienne“; „Armand de Quatrefages“; Ungedrucktes zu Rassefragen, Olms, Hildesheim

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2011b): Rudolf Virchow / sämtliche Werke, Bd. 45, Abteilung III, Gesamtbericht über die von der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft veranlassten Erhebungen zu der Farbe der Haut, der Haare und der Augen der Schulkinder in Deutschland. Mit zusätzl. Texten Virchows zur Forschungsgeschichte der Schulkindererhebungen, zur „Rassen“- und anthropologischen „Juden“-Frage, Olms, 2009

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2011c): Rudolf Virchow / sämtliche Werke, Bd. 46, Abteilung III, Prähistorische und historische Beiträge 1843-1874, Olms, Hildesheim

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2008): Rudolf Virchow / sämtliche Werke, Bd. 54, Abteilung III, Das Gräberfeld von Koban im Land der Osseten, Kaukasus: eine vergleichende archäologische Studie, Olms, Hildesheim

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2001b): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 59, Abteilung IV Briefe, Der Briefwechsel mit den Eltern 1839-1864, zum ersten Mal vollständig in historisch-kritischer Edition, Blackwell, Berlin

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2007): Rudolf Virchow / Sämtliche Werke, Bd. 61, Abteilung IV Briefe, Der Briefwechsel zwischen Theodor Goldstücker und Rudolf Virchow 1848 bis 1878: zum ersten Mal vollständig in historisch-kritischer Edition, Olms, Hildesheim

Andree, Christian (Hrsg.) (1991): Über Griechenland und Troja, alte und junge Gelehrte, Ehefrauen und Kinder: Briefe von Rudolf Virchow und Heinrich Schliemann aus den Jahren 1877-1885, Böhlau, Köln

Andree, Christian (Hrsg. und Bearb.) (2002a): Rudolf Virchow – Leben und Ethos eines großen Arztes, Langen-Müller, München

Andree, Christian (2002b): Virchows Weg von Berlin nach Würzburg: eine heuristische Studie zu den Archivalien der Jahre 1848 bis 1856; im Anhang: Kritische Edition des unbekanntes Tagebuches aus Oberschlesien (1848), Königshausen und Neumann, Würzburg

Andree, Christian (2009): Rudolf Virchow – Vielseitigkeit, Genialität und Menschlichkeit. Ein Lesebuch von Christian Andree, Olms, Hildesheim

Bender, Klaus (1972): Vossische Zeitung (1617-1934). In: Fischer, Heinz-Dietrich: Deutsche Zeitungen des 17. Bis 20. Jahrhunderts, Verl. Dokumentation, München

Benz, Wolfgang (2008): Was ist Antisemitismus? Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

Berlin und seine Entwicklung (1868). Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1868. J. Guttentag, Berlin

Berlin und seine Entwicklung (1870). Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik. J. Guttentag, Berlin

Berliner klinische Wochenschrift

Blaschke, Olaf (1997): Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Böckh, Richard (Hrsg.) (1878): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Berlin, Leonhard Simon

Brakelmann, Günter (2004a): Adolf Stoecker als Antisemit. Teil 1: Leben und Wirken Adolf Stoeckers im Kontext seiner Zeit, Spenner, Waltrop

Brakelmann, Günter (2004b): Adolf Stoecker als Antisemit. Teil 2: Texte des Parteipolitikers und des Kirchenmannes. Spenner, Waltrop,

Brakelmann, Günter; Greschat, Martin; Jochmann, Werner (1982): Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers. Christians, Hamburg

Brockmann, Agnieszka (2007): Methoden der Bestandserhaltung. Zentral- und Landesbibliothek, Berlin

Brunstäd, Friedrich (1935): Adolf Stoecker. Wille und Schicksal. Wichern, Berlin

Bund-Länder-Arbeitsgruppe Papierzerfall (1992): Bericht über Ursachen, Ausmaß, Wirkungen und Folgen des Papierzerfalls im Bibliotheks-, Archivs- und Verwaltungsbereich sowie Gegenmaßnahmen und Empfehlungen

Cassel, David (1869): Offener Brief eines Juden an Herrn Prof. Dr. Virchow. Gerschel, Berlin

Clark, Christopher (2007): Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947, Pantheon, München

Congrès périodique international des sciences médicales, 6eme Section. Amsterdam, 1880

David, Heinz (2003): Rudolf Virchow – Naturwissenschaftler, Sozialmediziner und Berliner Stadtpolitiker und Lehren aus seinem Wirken für unsere Zeit. Sitzungsber. Leibniz-Sozietät; 57: H. 1, 51-81

Demps, Laurenz u. a. (1987): Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Dietz, Berlin

Deutsche Mitglieder der Leopoldinischen-Carolinischen Akademie (1870). Dresden

Die Verurtheilung der antisemitischen Bewegung durch die Wahlmänner von Berlin: Bericht über die allgemeine Versammlung der Wahlmänner aus den vier Berliner Landtags-Wahlkreisen am 12. Januar 1881. (1881). Bartel, Berlin



Dombaj, Veronika (2009): Adolf Stöcker als Wegbereiter des Antisemitismus. Grin, Nordstedt

Duden, das Fremdwörterbuch, Brockhaus, Mannheim, 1997

Feddersen, Lars (2010): Die Darstellung Rudolf Virchows in der Vossischen Zeitung im Zeitraum vom 1. Januar 1844 bis zum 31. Dezember 1865, Univ. Diss., Frankfurt/Oder

Festschrift zum 50. Jubiläum des Berliner Handwerkervereins 1859-1909 (1909), Adolf Riefenstahl, Berlin

Frank, Walter (1935): Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung., Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg

Gall, Lothar (1980): Bismarck – der weiße Revolutionär, Propyläen, Frankfurt

German Quarterly Magazine, a series of popular Essays on Science, History and Art (1871), Lüderitz, Berlin

Geulen, Christian (2000): Blonde bevorzugt. Virchow und Boas: eine Fallstudie zur Verschränkung von >Rasse< und >Kultur< im ideologischen Feld der Ethnizität um 1900, im: Archiv für Sozialgeschichte 40, 2000, S. 147-170

Goschler, Constantin (2002): Rudolf Virchow – Mediziner, Anthropologe, Politiker, Böhlau, Köln, Weimar, Wien

Goschler, Constantin (Hrsg.) (2000): Wissenschaft und Öffentlichkeit in Berlin, 1870-1930., Steiner, Stuttgart

Hachtmann, Rüdiger (1997): Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Dietz, Bonn

Haffner, Sebastian (1989): Von Bismarck zu Hitler. Knauer, München

Haunfelder, Bernd (2004): Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstages 1871-1918, Aschendorff, Münster

Heenemann, Horst (1929): Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihr Probleme, Inaugural-Diss., Leipzig

Imhof, Michael (1996): „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“. BIS, Oldenburg

Kampe, Norbert (1995): Von der >Gründerkrise< zum >Berliner Antisemitismustreit<: Die Entstehung des modernen Antisemitismus, in: Rürup, Reinhard (1995): Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien. Hentrich, Berlin

Karow, Willi; Egdmann, Renate; Wagner, Hermann (1993): Berliner Berufsschulgeschichte. Von den Ursprüngen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport, Berlin

Klein, Michael (1999): Georg Bernhard. Die politische Haltung des Chefredakteurs der Vossischen Zeitung 1918-1930, Lang, Frankfurt/Main

Kleinau, Elke; Opitz, Claudia (Hg.) (1996): Geschichte der Mädchen- Und Frauenbildung. Bd. 2. Vom Vormärz bis zur Gegenwart. Campus, Frankfurt/M.

Kolb, Eberhard: (2009) Bismarck, C.H. Beck, München

Koszyk, Kurt (1966): Deutsch Presse im 19. Jahrhundert- Geschichte der deutschen Presse, Teil II, Colloquium-Verlag, Berlin

Kruppa, Reinhold (2008): Lina Morgenstern – „Social couragiert und frauenbewegt“. GRIN, Norderstedt

Kümmel, Werner (1968): Rudolf Virchow und der Antisemitismus in: Medizinhistorisches Journal Bd. 3, 3. Steiner, Stuttgart

Kupisch, Karl (1970): Adolf Stoecker. Haude und Spenersche Verlagsbuchhandlung, Berlin

Lampe, Hermann (1972): Die Vorträge der allgemeinen Sitzungen auf der 1.-85 Versammlung [deutscher Naturforscher und Ärzte] 1822-1913. Gerstenberg, Hildesheim

Mendelssohn, Peter de (1982): Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Ullstein, Frankfurt

Meyer, Ernst (1956): Rudolf Virchow, Limes, Wiesbaden

Monatsberichte der Königl. Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

Morgenstern, Lina (1891): Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins der Berliner Volksküchen von 1866. Berlin

Nipperdey, Thomas (1998): Deutsche Geschichte 1866-1918, Band 1-3. Beck, München

Mitgliederverzeichnis der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Berlin. Verl. der Gesellschaft, 1877-1882

Morgenstern, Lina (1891): Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins der Berliner Volksküchen. Berlin

Pagel, J. (1901): Biographisches Lexikon hervorragender Ärzte. Berlin, Urban und Schwarzenberg, Wien

Parlamentarische Korrespondenz: aus der freisinnigen Partei, Jg. 1877, Berlin

Reiwald, Hugo (1903): Geschichte des Fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ zu Berlin im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens. Verlag des Fortschrittlichen Vereins „Waldeck“, Berlin

Ribbe, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Geschichte Berlins, Bd. 2, BWV, Berlin

Riecken, Wiebke (2012): Rudolf Virchow – seine Werke und sein Wirken im Spiegel der Vossischen Zeitung in der Zeit vom 01.01.1886 bis zum 21.12.1890, Univ. Diss., Kiel

Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge

Sitzungsberichte naturforschender Freunde zu Berlin. Berlin

Stöber, Rudolf (2005): Deutsche Pressegeschichte, UVK, Konstanz

Tageblatt der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte. Nr. 41-, Jahre 1867-70, 1871-74, 1876-78, 1885, verschiedene Städte

Virchow, Rudolf (1865): Über die Erziehung des Weibes für seinen Beruf. Eine Vorlesung, gehalten im Hörsaale des grauen Kosters zu Berlin am 20. Februar 1865. Enslin, Berlin

Virchow, Rudolf (1868): Über den Hungertyphus und einige verwandte Krankheitsformen: Vortrag, gehalten am 9.2.1868 z. Besten der Typhuskranken in Ostpreussen, Berlin

Virchow, Rudolf (1869): Die berufsmäßige Ausbildung zur Krankenpflege auch außerhalb der bestehenden kirchlichen Organisationen. Rede geh. am 6.11.1869 i. d. Conferenz d. Frauen-Vereine zu Berlin. Berlin

Virchow, Rudolf (1871): Krieg und Frieden: Vortrag gehalten von dem Landtagsabgeordneten Dr. Virchow im Oranienburger Thor-Bezirksverein am 18. Mai 1877. Berlin

Virchow, Rudolf (1875): Ueber die gegenwärtige kirchlich-politische Lage: Vortrag vom Geheimen Medicinalrath Virchow im Oranienburger Thor-Bezirksverein am Montag den 29. November 1875. Berlin, 1875

Virchow, Rudolf (1876): Zur Geschichte des Kochens: Deutsche Rundschau 1877, H. 7, S. 72

Virchow, Rudolf (1878): Sozialismus und Reaktion: gehalten am 28. Juni 1878 in der Versammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis/ Vortrag des Abgeordneten Prof. Dr. Virchow (1878). Troitzsch & Ostertag, Berlin

Virchow, Rudolf (1879): Die Beschränkung der Redefreiheit im Deutschen Reichstage: Vortrag des Abgeordneten Prof. Dr. Virchow über den Gesetzentwurf des Reichskanzlers betr.

die Strafgewalt des Reichstags, gehalten in der allgemeinen Berliner Wählerversammlung am 20. Jan. 1879, nebst dem Wortlaut des Gesetzentwurfs und der geltenden Verfassungsartikel. Barthel, Berlin

Virchows Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin

Willich, Petra (2001): Bestandserhaltung als Aufgabe des Bibliothekmanagements. Logos, Berlin

Volkov, Shulamit (1990): Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Beck, München

Volkov, Shulamit (1994): Die Juden in Deutschland 1780-1918. Oldenbourg, München

Wehler, Hans-Ulrich (1994): Das deutsche Kaiserreich 1871-1918. Vandenhoeck, Göttingen

Zimmermann, Andrew (1999): Anti-Semitism as a skill: Rudolf Virchows Schulstatistik and the racial composition of Germany, in: Central European History, vol. 32, no. 4, Cambridge University Press, S. 409-429

Wildhagen, Harald (1994): „Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung...“. Mädchenbildung in Preußen. Stapp, Berlin

Zuberbühler, Rolf (2011): Theodor Fontanes "Der Stechlin": Fontanes politischer Altersroman im Lichte der "Vossischen Zeitung" und weiterer zeitgenössischer Publizistik, Stapp, Berlin

## 10. Register

### 10.1 Personenregister:

#### A

Achenbach, Dr.: 13.12.1877; 29.1.1878

Afinger, Prof.: 2.6.1882; 29.10.1882

Allnoch: 18.11.1877

Aristoteles: 27.9.1873

Arzruni, Dr.: 21.3.1883

Aßmann: 21.1.1866; 11.5.1867

Auer: 12.11.1884

#### B

Baad: 14.11.1869

Bacon, Francis: 25.9.1877

Ball: 26.10.1876

Bamberger: 21.11.1884

Bartels, Dr.: 29.1.1878

Baßfreund, Dr.: 21.7.1869

Bastian, Prof.: 4.9.1875 →Lima; 6.3.1879; 19.3.1879; 22.10.1879; 12.8.1880; 20.11.1881

Baur: 12.1.1879

Bayern, Friedrich: 20.12.1881

Bayern, Herzog Carl Theodor, Dr.: 18.10.1881

Bebel: 12.11.1884

Beckenstadt, Dr.: 2.7.1878

Becker, Dr.: 23.4.1870; 9.12.1871; 12.3.1872

Begas, Prof.: 24.11.1871 →Ehrengeschenk

Behla, Dr.: 2.7.1878; 20.2.1879

Behncke, Dr.: 28.10.1873

Behrend, Dr. I.: 30.10.1868

Behrend, Dr. Carl Hermann: 7.7.1878

Bender, Dr.: 9.12.1871; 11.2.1873; 9.3.1873; 11.2.1879

Beneke, Prof. Dr.: 4.5.1879

Benfy: 15.12.1868  
Benizélos, Prof. Dr. M.: 20.5.1879  
Bennigsen, von: 10.12.1867; 20.2.1873; 26.2.1873; 10.2.1875; 12.1.1882  
Berger: 24.2.1883  
Bethusy-Huc: 21.11.1868; 8.1.1871  
Bischof von Paderborn: 9.2.1872  
Bismarck: 4.2.1866; 13.9.1866; 8.5.1867; 9.5.1867; 3.12.1867; 8.5.1867; 10.9.1868;  
4.3.1869; 4.11.1869; 6.2.1870; 11.2.1870; 12.2.1870; 19.10.1870; 17.1.1871; 12.2.1871;  
15.2.1871; 10.3.1871; 8.1.1873; 31.10.1874, 16.2.1875; 28.2.1875; 11.3.1875; 9.5.1875;  
11.5.1875; 6.4.1876; 29.4.1876; 30.4.1876; 16.5.1876; 24.6.1876; 28.6.1876; 19.10.1876;  
27.10.1877; 30.10.1877; 6.12.1877; 5.2.1878; 24.3.1878; 28.3.1878; 30.6.1878; 18.7.1878;  
23.7.1878; 24.7.1878; 10.8.1878; 26.11.1878; 10.12.1878; 22.1.1879; 9.2.1879; 29.10.1879;  
9.11.1879; 30.4.1880; 1.5.1880; 10.5.1880; 12.5.1880; 30.5.1880; 22.6.1880; 25.6.1880;  
29.6.1880; 31.3.1881; 18.6.1881; 25.10.1881; 8.11.1881; 10.11.1881; 11.11.1881;  
12.11.1881; 30.11.1881; 1.12.1881; 12.1.1882; 13.1.1882; 25.1.1882; 26.1.1882; 9.2.1882;  
8.3.1882; 30.7.1882; 1.8.1882; 11.10.1882; 22.6.1883; 23.6.1883; 23.6.1884; 8.9.1884;  
9.9.1884; 11.9.1884; 27.9.1884; 30.9.1884; 18.10.1884; 23.10.1884; 27.10.1884; 5.11.1884;  
12.11.1884; 14.11.1884; 21.11.1884; 23.2.1885; 24.2.1885; 17.3.1885; 16.10.1885; 8.11.1885  
Bitter, Dr. 17.1.1880, 16.2.1880; 12.5.1880; 15.5.1880; 27.2.1882;  
Blanckenburg, Moritz Karl Henning von (\*1815, †1888; konservativer Politiker und Reichs-  
tagsabgeordneter von 1867-73): 13.9.1866  
Blischke: 18.10.1884  
Blumenbach, Johann Friedrich (\*1752, †1840, Zoologe und Anthropologe): 25.5.1873  
Bock, Prof.: 23.6.1871  
Boeckh, August (\*1785, † 1867; deutscher klassischer Philologe und Altertumsforscher; Mit-  
glied der Akademie der Wissenschaften): 17.3.1867 →Doktorjubiläum  
Böhme, Dr.: 1.4.1870  
Boer, Dr. Max: 26.1.1879  
Boetticher, v.: 15.3.1881; 12.1.1882  
Bopp, Franz (\*1791, †1867; Sprachwissenschaftler und Sanskritforscher): 27.3.1866 →Bopp-  
Stiftung  
Bouillard, Dr.: 29.11.1881  
Brandt, Richard: 24.6.1883 →Schaffhausen  
Brauchitsch v.: 19.12.1869; 23.2.1881

Braun: 13.1.1866; 12.12.1867; 25.1.1878  
Brehm, Dr.: 30.6.1872  
Brentano: 22.3.1881; 24.5.1881  
Broca, Paul (\*1824, †1880; franz. Anthropologe und Arzt): 4.4.1872  
Brons: 17.2.1875  
Brückner: 9.7.1879  
Bruel: 23.2.1877  
Brunner, Prof.: 23.7.1878  
Buddenberg: 17.2.1875  
Bülow, v.: 20.12.1877  
Bülow, Graf zu: 28.11.1869  
Buhl, Prof.: 12.8.1875  
Burkard: 23.10.1884

## **C**

Calvert, Frank: 27.4.1879; 26.6.1879  
Camphausen: 5.11.1869; 26.11.1869; 11.2.1870; 12.2.1870; 13.12.1871; 14.5.1873; 1.5.1880  
Canstein, General von: 7.12.1870  
Cassel: 16.10.1885  
Cassel, Dr. D.: 8.5.1869  
Cohn, Dr.: 28.1.1870  
Cohnheim, Prof. Dr. Julius Friedrich: 19.8.1884  
Cotta: 3.6.1870  
Cremer: 13.12.1883; 26.10.1884

## **D**

Darwin: 21.2.1869; 27.9.1871; 15.10.1873; 25.4.1882; 17.8.1882; 18.8.1882; 27.2.1883;  
22.4.1884; 19.5.1885  
Delbrück, Rudolph von (\*1817, † 1903; ab 1867 Präsident des Bundeskanzleramtes):  
12.1.1866; 18.5.1866; 17.7.1870; 15.2.1871; 1.5.1880  
Désor, Prof.: 29.1.1878; 14.3.1882  
Diest: 10.2.1870  
Diesterweg, Dr. Alexander: 6.6.1875 →Anti-Virchow  
Dirichlet: 11.3.1882; 12.3.1882



Donner, Dr.: 24.10.1874

Dubois-Reymond, Dr.: 4.8.1882; 27.2.1883; 21.10.1883; 22.10.1883; 8.12.1883

Duncker, Fr.: 24.12.1871; 11.2.1873; 28.10.1873; 8.11.1873

Duncker, Max: 14.4.1880

Dunkelberg, Prof.: 30.1.1873

## **E**

Eberty: 5.11.1875; 19.3.1880; 21.3.1880

Ecker, Alexander, Dr. (\*1816, †1887; Professor der Anatomie in Freiburg/Breisgau):  
21.8.1871

Eckert, v.: 28.2.1885

Eggeling, J.: 20.7.1872

Ehrenberg, Prof. Dr. (\*1795, †1876; deutscher Naturforscher): 19.1.1866; 24.1.1866;  
27.1.1866; 30.6.1876 →Trichinen

Ehrenreich, Dr.: 26.6.1884

Eichmann, von: 15.1.1868

Eker, Alexander, Dr. (\*1816, †1887; Professor der Anatomie in Freiburg/Breisgau):  
21.8.1871

Emmerich: 9.5.1885

Engelbrecht: 6.2.1866 →Herzogtum Lauenburg

Engelcken: 18.2.1872

Erfurt, Dr.: 15.6.1881

Ernst, Dr.: 26.3.1885 →Venezuela

Ernsthausen, von: 15.1.1868

Esmarch, Prof.: 11.8.1870

Esse, Dr.: 6.1.1868 →Dienstjubiläum des Verwaltungsdirektors der Charité

Eulenburg, Botho, Graf zu (\*1831, †1912; preußischer Ministerpräsident und Innenminister):  
2.12.1866; 10.5.1871; 8.1.1873; 19.10.1876; 24.10.1877; 27.10.1877; 10.12.1878

Ewald: 29.5.1885

Ewald, Prof.: 24.6.1883

## **F**

Falckenstein, von : 15.2.1871

Falk: 18.7.1878; 21.7.1878; 29.5.1880; 16.12.1880; 12.1.1882; 22.2.1885

Falk, Dr.: 5.5.1870; 19.12.1873; 18.2.1877; 16.3.1878; 24.7.1878; 18.12.1879; 9.1.1880  
Faucher: 21.11.1868  
Figuier, Louis (\*1819, †1894; franz. Schriftsteller, Naturwissenschaftler und Anthropologe):  
24.2.1872  
Finkenstein, von: 28.11.1872  
Fischer, Dr.: 16.4.1871  
Förster: 23.11.1880  
Forchhammer: 26.6.1879  
Forckenbeck, Max von(\*1821, † 1892; Jurist, Politiker und Berliner Oberbürgermeister von  
1878-92; Mitbegründer der Fortschrittspartei): 10.8.1866; 8.5.1867; 12.8.1880;  
Fraas, Prof.: 29.9.1877; 17.8.1879  
Fränkel: 5.5.1870; 11.2.1873; 7.3.1878  
Frese: 21.1.1866; 24.1.1866  
Fresenius: 14.3.1875  
Freiligrath: 18.10.1867 →Spendenaufruf  
Friedel: 14.10.1876; 27.10.1879; 19.7.1880; 20.10.1881; 22.11.1881  
Friedenthal: 27.10.1877  
Friedländer: 5.10.1871; 21.10.1881  
Fröbel, Friedrich Wilhelm August>(\*1782, †1852; deutscher Pädagoge, auf den die Bezeich-  
nung Kindergarten zurückgeht; Schüler Pestalozzis): 22.6.1872  
Fürth, v.: 29.11.1877  
Fürstbischof von Breslau: 24.6.1883 →Herzog, Robert

## **G**

Galiläi: 20.9.1868  
Gerlach, von: 16.5.1876; 22.3.1877; 21.2.1885  
Gill: 8.6.1883  
Gneist, Dr.: 28.11.1870; 2.12.1870; 8.12.1870, 24.6.1876; 4.11.1879; 10.2.1880; 22.6.1880  
Godeffroy, Johann Caesar: 14.8.1878; 28.2.1885  
Göppert: 23.2.1877  
Görcki: 8.11.1884  
Göschel, Dr.: 30.10.1868  
Goldstücker, Theodor: 20.7.1872  
Goßler, v.: 5.8.1880; 19.3.1882; 9.1.1883; 31.3.1882; 27.2.1883

Grabow: 17.2.1871 →Gruß-Telegramm

Gräfe, Albrecht von (\*1828, †1870; Professor der Augenheilkunde an der Friedrich-Wilhelms-Universität; Begründer der Ophthalmologie): 7.12.1872

Grawitz: 8.4.1881

Groschke: 25.1.1870

Grunert: 20.10.1883

Gruven: 22.11.1867

Günther, Carl: 19.11.1878

Günther: 8.5.1881; 29.11.1881

Guillaume: 23.4.1870

## H

Haarbaum: 13.12.1881; 7.3.1882; 11.3.1882

Haardt: 26.10.1876

Haeckel: 25.9.1877

Haecker: 23.11.1877

Hänel, Dr.: 9.12.1871; 30.1.1876; 11.4.1876; 19.10.1876; 24.10.1877; 27.10.1877;  
28.10.1877; 30.10.1877; 5.2.1878; 17.7.1878; 10.12.1878; 12.8.1880; 21.11.1880;  
16.12.1881; 7.12.1882; 4.4.1883; 4.12.1883; 5.12.1883; 17.12.1883; 8.9.1884; 4.3.1885

Hagenbeck: 29.10.1875; 13.10.1878; 22.10.1878; 25.12.1878; 13.3.1879

Hamann, Dr.: 22.10.1884

Hammacher: 29.4.1876

Handelmann, Prof.: 9.8.1880

Hansen: 6.4.1876

Hapke: 8.10.1884; 9.10.1884

Hardenberg: 28.11.1872

Harkort, Friedrich (\*1793, †1880; Industrie-und Bahnpionier; Gründer der Volkshochschule):  
22.2.1872

Hartmann, Prof. Robert (\*1831, †1893; Naturforscher, Anatom): 23.1.1872 →Schimpanse,  
Sektion; 29.3.1874; 17.3.1877; 19.11.1878; 25.6.1879

Hartt, Prof.: 7.7.1878

Hasenclever: 12.11.1884

Hausmann: 16.3.1870 → Liebreich

Haym: 8.5.1867

Heer, Oswald: 23.1.1883  
Heereman, v.: 25.6.1883; 26.6.1883; 6.3.1884  
Heim, Ernst Ludwig (\*1747, †1834; unterrichtete u.a. Humboldt): 16.3.1882  
Helmholtz, Prof. Dr.: 8.4.1884  
Hennicke, Julius Wilhelm (\*1832, †1892; Architekt): 16.3.1866; 6.4.1866  
Hennig, v.: 15.12.1866; 1.6.1867; 20.2.1873; 26.2.1873  
Herbig: 15.2.1871  
Herder: 27.2.1883  
Hermes, Dr.: 30.6.1872; 29.12.1875; 30.12.1875; 14.10.1876; 9.6.1878; 17.7.1878;  
13.1.1881; 18.6.1881; 12.11.1881; 4.10.1884; 9.10.1884; 14.10.1884  
Herzog von Arenberg-Meppen: 1.6.1875 →Fütterungskosten von Reptilien  
Herzog von Augustenburg: 6.4.1876  
Herzog von Coburg-Gotha: 18.12.1867  
Herzog, Robert: 24.6.1883 →Fürstbischof von Breslau  
Heydt, August von der (\*1801, †1874; Bankier, Preuss. Handels- und Finanzminister 1866-  
69): 22.11.1866; 11.2.1870; 12.2.1870; 31.1.1871; 15.2.1871  
Heyl: 30.10.1868  
Hildebrandt, Hans, Dr.: 16.4.1871  
Hildebrandt, J. M.: 11.1.1878; 13.10.1878; 17.11.1881  
Hippokrates: 20.5.1879  
Hirsch, August (\*1817, †1894, Arzt und Medizinhistoriker): 17.10.1871; 9.6.1885  
Hirsch, Max: 10.5.1871 → Kommunaleinkommenssteuer und Verdienst, Zusammenkunft der  
Maschinenbauer; 17.7.1878  
Hirschfeld, August: 22.2.1877  
Hjelt, Prof., Otto Edvard August (\*1823, †1913; finnischer Professor der path. Anatomie,  
Schüler RVs): 30.6.1872 →Helsingfors; 24.10.1874  
Hobrecht: 6.1.1871; 30.1.1873; 7.2.1873; 16.5.1873; 6.2.1874; 20.2.1874; 3.5.1878;  
13.6.1884  
Hochstätter: 23.7.1884  
Hödel, Max: 30.6.1878  
Hoffmann: 19.3.1880; 15.4.1880  
Hoffmann, Adolph: 1.9.1878  
Hofmann: 20.9.1885; 31.10.1885  
Hohenlohe, Graf: 28.6.1880; 29.6.1880

Hohmann, Karl: 10.6.1875 →Hermaphrodit

Hollmann: 13.2.1883

Holtzendorff, von →SGWV: 17.2.1866; 18.2.1866; 25.2.1868; 14.5.1868; 4.7.1868;  
22.10.1868; 12.3.1869; 16.10.1869; 23.10.1869; 17.12.1869; 18.12.1869; 19.12.1869;  
21.12.1869; 22.12.1869; 5.1.1870; 26.2.1870; 28.4.1870; 1.7.1870; 6.8.1870; 9.5.1871;  
1.10.1871; 24.10.1871; 2.12.1871; 6.1.1872; 1.3.1872; 4.10.1872; 21.6.1874; 23.8.1874;  
14.11.1874; 31.5.1875; 31.12.1875; 9.1.1876; 6.8.1876; 7.4.1877; 28.7.1877; 10.8.1877;  
5.7.1878; 26.1.1879; 29.3.1879; 11.11.1879; 8.2.1880; 3.12.1880; 9.4.1881; 11.5.1881;  
23.7.1881; 9.9.1881; 3.12.1881; 6.1.1882; 26.4.1882; 13.7.1882; 16.9.1882; 27.10.1882;  
11.3.1883; 23.5.1883; 15.6.1883; 4.8.1883; 30.8.1883; 12.12.1883; 17.1.1884; 23.2.1884;  
7.6.1884; 16.7.1884; 12.9.1884; 18.10.1884; 25.11.1884; 10.1.1885; 18.2.1885; 28.2.1885;  
31.3.1885; 18.6.1885; 14.7.1885; 5.9.1885; 24.10.1885; 11.12.1885; 22.12.1885

Homer: 24.5.1881; 8.7.1881

Hoppe: 30.10.1867

Horwitz, Dr.: 3.1.1884

Hoverbeck, Leopold Freiherr von(\*1822, † 1875; gründete die Fraktion der „Junglitauer“, ein  
Vorläufer der Fortschrittspartei; Abg. und ab 1871 Mitglied des Reichstages): 4.9.1866;  
25.11.1866; 30.10.1867; 16.1.1868; 25.8.1876; 18.6.1881

Humboldt, Alexander von: 15.6.1869; 18.6.1869; 19.6.1869; 6.7.1869; 7.7.1869; 16.7.1869;  
21.7.1869; 19.9.1876; 22.5.1883; 27.5.1883; 28.5.1883 →Denkmalenthüllung

Humboldt, Wilhelm von: 19.9.1876; 22.5.1883; 27.5.1883; 28.5.1883

## I

Irmer, Dr.: 13.12.1883; 30.9.1884; 5.11.1884

Itzenplitz, von: 7.10.1870

## J

Jäger: 10.2.1870

Jagor, Dr.: 2.2.1870; 4.9.1875 →Ragun; 21.4.1876; 24.12.1876; 1.3.1877; 23.11.1877;  
27.10.1879; 19.5.1885

Jacoby, Dr. Johann: 26.10.1876; 26.11.1878

Jakobi: 15.2.1871

Joest, Dr.: 24.10.1884

Joesten: 15.10.1870

Jonas, Paul: 27.7.1878

## **K**

Kaiser von Brasilien: 11.4.1877; 22.10.1884

Kantorowicz: 23.11.1880; 4.12.1880

Kardoff, von: 23.1.1870; 21.3.1876

Kaufmann, v.: 26.3.1884

Keilpflug: 30.6.1878; 7.7.1878

Kerst: 2.10.1872; 2.10.1873; 2.11.1873; 4.11.1873; 5.11.1873; 8.11.1873

Kiepert, Heinrich (\*1818, †1899; Geograph und Professor in Berlin): 30.1.1873; 24.5.1873

Kieschke: 22.3.1882

Klebs, Prof.: 17.9.1878

Klotz-Berlin: 6.5.1876; 19.10.1876; 14.1.1877; 25.1.1877; 26.1.1877; 28.6.1878; 7.7.1878; 16.7.1878; 18.7.1878; 24.7.1878; 28.7.1878; 30.7.1878; 13.1.1881; 8.11.1881; 12.11.1881; 27.10.1884; 28.10.1885

Knoche: 26.2.1885

Knörcke: 3.10.1876; 20.10.1876; 22.10.1876; 27.10.1876; 21.7.1878; 2.10.1879; 8.10.1879; 9.10.1879; 21.3.1880; 13.1.1881; 2.2.1881; 25.10.1881; 22.9.1882; 10.10.1882; 11.10.1882; 20.10.1882; 17.10.1883; 5.12.1883; 26.9.1885; 16.10.1885; 21.10.1885; 23.10.1885; 25.10.1885; 29.10.1885; 30.10.1885; 6.11.1885

Koch, Robert: 14.5.1884; 8.7.1884; 2.8.1884; 7.8.1884; 12.4.1885; 12.4.1885; 9.5.1885

Koch, Geheimer Rat: 30.1.1873; 3.11.1880

Kochhann: 12.5.1874; 1.6.1875; 31.8.1875; 26.10.1876; 22.10.1884

Kögel: 12.1.1879

Köller, von: 19.2.1873; 20.2.1873

König Friedrich VII: 23.2.1866

König Georg: 11.12.1867; 8.11.1868; 29.11.1868; 30.1.1869; 1.12.1869; 7.12.1877

König Victor Emanuel: 29.2.1872 →Kommandeurkreuz der italienischen Krone

Königin Louise: 14.4.1876

König von Schweden und Norwegen: 13.3.1881 →Ordensverleihung

Koller: 7.7.1878

Kollmann, Prof.: 23.2.1881

Koner, Prof.: 6.11.1869

Konitzer: 29.11.1877

Kopernikus: 9.2.1872  
Kosch, Dr.: 9.12.1871  
Krause, Dr.: 14.8.1878  
Kronecker: 15.12.1869  
Kronprinz: 12.8.1880  
Kropatschek, Dr.: 2.2.1882  
Kübler, Dr. Otto (\*1827, † 1912; deutscher Pädagoge u. Philologe; 1863-1904 Direktor des Wilhelm-Gymnasiums): 23.4.1870  
Kürten, Dr.: 3.2.1884  
Küster: 6.12.1874  
Kuhn: 23.12.1877  
Kultusminister: 10.12.1871 → v. Mühler  
Kunth, Dr.: 30.1.1873  
Kurfürst von Hessen: 14.12.1867; 15.12.1867; 18.12.1867; 19.12.1867; 29.2.1868; 29.11.1868

## L

Langenbeck, von: 11.2.1873; 13.2.1873; 23.8.1880; 3.12.1885  
Langerhans, Dr.: 7.11.1879; 11.9.1880; 13.1.1881  
Lasker, Eduard (\*1829, †1884; Jurist und Politiker; Mitglied der Fortschrittspartei bis 1866, dann Mitbegründer der Nationalliberalen Partei): 14.8.1866; 3.12.1867; 31.7.1868; 21.11.1868; 18.2.1869; 5.11.1869; 19.2.1873; 27.11.1873; 17.12.1873; 28.6.1876; 19.10.1876; 11.2.1879; 7.5.1880; 5.10.1881  
Lassalle: 23.7.1878  
Lassar, Dr.: 7.2.1879  
Lateau, Louise: 20.9.1874; 22.9.1874; 31.10.1874  
Lechevalier: 26.6.1879  
Ledochowsky, v.: 22.6.1880  
Lehndorff, Graf: 29.1.1878  
Leibniz: 29.6.1883  
Leonhardt: 4.3.1869; 23.10.1869  
Lepsius, Prof. Dr.: 13.7.1884; 23.7.1884  
Lesser, Dr. med.: 6.4.1881  
Liebig, Prof.: 1.12.1867; 21.3.1877

Liebknecht: 12.11.1884; 13.11.1884  
Liebreich: 16.3.1870; 30.1.1873 →Hausmann; 15.8.1879  
Liernur: 2.5.1884  
Limburg-Stirum, Graf: 30.5.1880; 8.3.1882  
Limprecht: 25.2.1881  
Lindenschmidt, Prof.: 5.11.1876; 23.2.1881  
Linné: 27.9.1873  
Lippe, Graf zur: 15.8.1866 (Justizminister)  
Lisch: 2.2.1870; 16.4.1871; 26.4.1873; 23.10.1883  
Löwe, Ludwig: 19.9.1884 27.9.1884; 28.10.1885  
Loewe, Dr.: 12.10.1867; 27.10.1867; 18.11.1868; 4.3.1869; 31.1.1871; 24.4.1872; 7.6.1872;  
23.11.1872, 5.12.1872; 10.6.1876; 17.10.1877; 1.5.1880; 13.1.1881; 27.3.1881; 30.3.1881;  
15.12.1881; 15.1.1882; 17.1.1882; 18.1.1882; 20.10.1883  
Loewe-Calbe: 20.11.1866; 5.5.1870; 9.12.1871; 2.11.1873  
Lorinser, Karl Ignatz (\*1796, †1853; Arzt, Regierungs- und Medizinalrat; lange Zeit tätig in  
Oberschlesien; 1848 von ihm einberufene Konferenz zum Thema Bauchtyphus, die auch V  
besuchte; med.-päd. Abhandlung „Zum Schutz der Gesundheit in den Schulen“): 23.4.1870  
Lossen: 30.1.1873  
Lubbock, Sir John (\*1834, †1913; engl. Naturforscher; Präsident der Entomologischen und  
Anthropologischen Gesellschaft in London): 14.4.1874  
Lubenow: 12.11.1881  
Lucae: 20.8.1882  
Lucius: 14.12.1878  
Luckhardt: 21.10.1884  
Lüders: 31.12.1879  
Lüerßen: 25.6.1880  
Lüning: 21.1.1866; 24.1.1866  
Luther, Martin: 19.7.1883; 8.9.1883  
Lutze: 13.7.1872

## **M**

Maetzner, Prof.: 4.11.1873  
Magnus, Hugo, Dr.: 30.8.1883  
Mallinckrodt, von: 20.3.1872; 20.2.1873; 27.11.1873



Maltzahn-Gültz, v.: 7.4.1881  
Mannhardt, Dr.: 3.6.1870; 16.9.1871  
Manteuffel, von: 2.7.1878  
Marggraff: 31.7.1872; 1.8.1872; 9.8.1872; 29.10.1872; 10.6.1881  
Marwitz, von der: 27.11.1872; 28.11.1872  
Maybach: 9.2.1879; 10.2.1879  
Mehlis, Dr.: 16.8.1879  
Meibohm, v.: 19.6.1870  
Meilitz, Dr.: 31.7.1868  
Mendel, Prof.: 10.10.1884  
Merk: 29.9.1877; 30.9.1877  
Mestorff, Johanna: 26.4.1873; 8.8.1880  
Messikommer: 29.9.1877  
Metzentin: 15.10.1870  
Meyer, Gartendirektor: 30.1.1873  
Meyer, Dr.: 11.8.1872  
Meyer, von: 24.11.1872; 27.11.1872; 28.11.1872  
Meyn, Dr. L.: 16.4.1871; 4.10.1878  
Michaelis, O.: 14.11.1866; 10.2.1880  
Minnigerode, v. 28.1.1881; 20.12.1881; 24.1.1882; 27.2.1883  
Miquel: 23.1.1870; 4.11.1879; 7.2.1880 5.8.1881  
Montegazza: 26.11.1884  
Mook, Dr.: 20.8.1878  
Moltke: 10.3.1871 →Ehrenbürgerrecht  
Moltke, v.: 9.10.1884; 26.10.1884  
Mommsen, Dr.: 6.11.1879; 20.10.1881; 25.12.1881  
Most: 9.2.1878  
Mühler, Heinrich von (\*1813, †1874; Preuss. Kultusminister): 25.12.1868; 7.8.1869;  
10.12.1871; 9.2.1872; 29.11.1873; 19.10.1876  
Müllenhof, Prof.: 28.10.1873  
Müller, Dr.: 19.1.1879  
Müller, Johannes: 21.10.1883  
Müller, Prof.: 30.1.1873  
Munckel: 18.9.1884; 2.10.1884; 4.10.1884; 13.11.1884

## N

Nachtigal, Dr.: 13.10.1878; 13.1.1881; 16.5.1885; 18.5.1885; 5.6.1885

Napoleon: 10.4.1872

Nehring, Dr.: 20.2.1879

Neumann, Dr.: 18.3.1870; 2.12.1870; 24.1.1873 →Streckfuß; 7.3.1873; 28.1.1874; 13.1.1881;  
11.10.1882; 6.1.1884

Nilsson: 16.4.1871

Nordenskjöld, Adolf: 6.8.1880; 10.8.1880; 11.8.1880

Nussbaum, Prof. Dr.: 4.5.1879

## O

Oberg: 11.5.1867; 1.6.1867

Oelsner, Dr.: 20.2.1879

Oldenburg, Großherzog von: 21.12.1866 →Augustenburger

## P

Paasch, Dr.: 27.1.1867

Panum, Prof. Dr.: 13.8.1884; 7.5.1885

Papst: 18.1.1873 →Preußen als Markgrafentum Brandenburg, bedrohliche Person für Preußen

Parisius: 6.11.1867; 17.1.1871; 26.10.1876; 30.3.1877; 13.1.1881; 28.10.1885

Pauline, Prinzeß: 21.3.1882

Petersilie: 6.2.1884

Petri: 11.2.1873; 19.12.1873; 3.7.1874

Pettenkofer: 21.2.1879; 15.5.1885

Pflug, Dr.: 20.2.1875; 14.10.1876; 13.4.1877; 7.11.1879

Phillips: 11.2.1873

Phillips, Dr.: 24.9.1884

Pickenbach: 18.10.1883; 19.10.1883; 30.9.1884; 11.11.1884

Piogorini, Prof., Luigi (\*1842, †1925; italienischer Archäologe): 23.1.1872 →Terramare

Pitzmann: 27.10.1884

Platen, Graf: 15.12.1867

Pleß: 12.2.1880

Prinz v. Hohenlohe-Ingelfingen: 23.10.1884

Pruchet, G.: 5.9.1878

Puttkamer, v.: 18.12.1879; 30.5.1880; 15.12.1880; 16.12.1880; 20.12.1881; 25.12.1881;  
26.1.1882; 19.2.1882; 5.12.1883; 6.12.1883; 12.12.1883; 13.12.1883; 7.5.1885

## Q

Quatrefages, Jean Louis Armand (\*1810, †1892; franz. Zoologe und Anthropologe):  
10.4.1872; 19.3.1874, 10.4.1872; 29.3.1874; 16.8.1878

## R

Radde, Dr.: 30.6.1872 →BAG, Tiflis

Raedtke: 28.11.1884

Ranke, Prof.: 6.8.1880; 3.7.1884; 27.3.1885

Rauchhaupt: 19.2.1882

Reichensperger, Peter (\*1810, †1892; Politiker der Zentrumspartei): 19.8.1866; 25.12.1868;  
16.5.1876; 29.6.1880; 21.11.1880; 28.11.1880; 27.2.1883; 26.6.1883; 2.2.1884

Reichert, Prof. Dr.: 14.1.1882; 27.12.1883

Reichnow: 26.10.1876

Reuleaux, Geheimer Rat: 30.1.1873

Reusch: 3.6.1870

Rice, Mr.: 18.11.1879 (Schwager von Hagenbeck)

Richter, Eugen (\*1838, †1906; deutscher Politiker und Publizist; ebenfalls Mitglied in der  
Fortschrittspartei): 18.10.1870; 22.10.1870; 31.1.1871; 22.11.1872; 8.11.1873; 29.11.1873;  
10.4.1875; 11.4.1875; 30.3.1877; 5.2.1878; 10.12.1878; 19.2.1880; 28.2.1880; 7.5.1880;  
13.1.1881; 8.5.1881; 25.1.1882; 7.12.1882; 13.6.1882; 1.7.1883; 17.12.1883; 6.9.1884;  
25.10.1884; 13.11.1884; 21.11.1884; 17.3.1885

Rickert: 11.12.1873; 21.11.1884

Riebeck, Erich: 30.6.1885

Rittershaus, Emil: 10.4.1872 →Elberfeld

Röder: 30.1.1873

Rönne, v.: 14.5.1873

Rohling, Dr.: 22.9.1874

Rolleston, Prof.: 19.7.1881

Roloff: 28.12.1885

Romstädt: 28.1.1870; 26.11.1878

Roon, Graf: 8.1.1873; 23.11.1873

Rosenberg: 27.10.1879

Ruge, Ludwig, Dr.: 9.11.1870; 9.3.1873

Ruge, Arnold (\*1802, †1880; Bruder von Vs Schwager; Philosoph der äußersten Linken, ab 1850 in England): 11.4.1875

Runge, Dr.: 20.3.1875; 14.10.1876

Ruß, Dr. Karl: 29.1.1871

## S

Sachs: 14.10.1884; 27.10.1884

Sackens, Eduard v.: 21.3.1883

Salmonsens, Dr. Carl: 15.8.1884

Sandt, von der: 29.4.1876

Sarmento: 24.11.1880

Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Fürst zu: 15.12.1867; 20.11.1868

Schaaffhausen, Hermann, Dr. (\*1816, †1893; Anthropologe, Mitbegründer der Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte, 1889 Ehrenmitglied; Forschung über den Neandertaler): 21.8.1871

Schlesinger: 5.5.1870

Schliemann, Heinrich: 22.2.1877; 9.1.1878; 28.12.1878; 26.2.1879; 19.3.1879; 10.4.1879; 31.5.1879; 26.6.1879; 9.7.1879; 15.8.1879; 24.12.1879; 31.12.1879; 24.6.1880; 25.5.1880; 20.7.1880; 6.8.1880; 10.8.1880; 11.8.1880; 5.12.1880; 22.3.1881; 24.5.1881; 17.6.1881; 22.6.1881; 25.6.1881; 1.7.1881; 8.7.1881; 2.8.1881; 14.11.1881; 25.10.1882; 6.2.1883; 26.11.1883; 19.2.1884; 3.7.1884; 7.8.1884

Schmidt: 16.2.1872 →Oberrechnungskammer; 28.10.1873

Schöning, von: 2.2.1870

Schönlank, William: 13.3.1881

Schorlemer, von: 2.3.1873; 10.2.1880

Schreber: 28.11.1869

Schröder: 1.3.1877; 1.4.1882

Schulz, Dr.: 7.2.1873; 10.5.1878

Schulze-Delitzsch: 24.10.1867; 5.11.1867; 11.2.1868; 21.11.1869; 24.11.1869; 26.11.1869; 5.11.1870; 11.11.1870; 15.11.1870; 17.11.1870; 9.12.1871; 8.12.1872; 30.6.1878; 26.11.1878; 12.8.1880; 18.6.1881; 4.6.1883; 3.7.1883 →Vater der Genossenschaften; 27.10.1884

Schuster: 3.6.1870  
Schwarz, Baron: 15.10.1873 →Weltausstellung Wien  
Schweinfurth: 26.3.1885; 30.6.1885  
Schwenninger: 23.2.1885; 24.2.1885  
Schwerin, Graf: 4.2.1866; 24.11.1866; 23.1.1867; 7.2.1869  
Secchi, Pietro Angelo (\*1818, †1878; ital. Astronom und Jesuitenpater; gilt als Wegbereiter der Spektralanalyse): 9.2.1872  
Selchow, von: 19.12.1871  
Semper, Dr. (\*1832, †1893, Naturforscher, Zoologe und Forschungsreisender; Neffe des Architekten Gottfried Semper): 18.8.1871; 21.8.1871; 25.12.1878  
Siegemund, Fitz: 6.8.1867 →Turnwesen  
Siemens, Dr.: 30.11.1873; 4.1.1874; 1.7.1874  
Sievers, Graf: 18.11.1877  
Sievrt(Redakteur der „Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung“): 24.11.1872  
Singer: 6.11.1884; 8.11.1884; 11.11.1884; 12.11.1884  
Skrzeczka: 22.3.1877  
Sohn, Dr.: 23.4.1870  
Solger: 11.1.1870; 4.2.1870  
Spieker, Prof.: 4.2.1884; 5.2.1884  
Spinola: 13.12.1883  
Spinoza: 31.7.1868  
Stahl, Georg Anton von (\*1805, †1870; Theologe und Bischof im Bistum Würzburg): 8.3.1870; 31.10.1874; 22.2.1885  
Stahl: 23.10.1884  
Stanley: 26.11.1884  
Stauffenberg: 12.8.1880  
Stavenhagen: 24.8.1866  
Stengel: 8.3.1882  
Stephani, Ludolf: 24.6.1880  
Stein: 27.11.1872  
Steinberg, Dr.: 28.8.1870  
Steinitz, Heinrich: 25.10.1884  
Stöcker, Adolf: 23.7.1878; 7.2.1880; 21.6.1880; 21.11.1880; 23.11.1880; 15.12.1880; 13.1.1881; 16.10.1881; 25.10.1881; 26.10.1881; 16.12.1881; 20.12.1881; 17.1.1882;

18.1.1882; 21.22.1882; 25.2.1882; 26.2.1882; 27.2.1883; 25.6.1883; 26.6.1883; 13.12.1883;  
6.9.1884; 16.9.1884; 18.9.1884; 19.9.1884; 25.9.1884; 27.9.1884; 4.10.1884; 8.10.1884;  
9.10.1884; 10.10.1884; 18.10.1884; 21.10.1884; 23.10.1884; 24.10.1884; 25.10.1884;  
26.10.1884; 28.10.1884; 29.10.1884; 1.11.1884; 4.11.1884; 7.11.1884; 8.11.1884; 9.11.1884;  
10.11.1884; 11.11.1884; 12.11.1884 →Hetzapostel; 13.11.1884; 14.11.1884; 18.11.1884;  
21.2.1885; 22.2.1885

Stort, Dr.: 22.3.1877

Stosch, v. Admiral: 12.8.1880

Straßmann, Dr.: 13.1.1881; 29.1.1881; 20.10.1883; 22.10.1884; 8.12.1885; 9.12.1885;  
10.12.1885

Streckfuß: 9.3.1866; 18.3.1870 →Neumann, Dr.; 17.11.1871; 1.5.1880

Strohmann: 13.12.1883

Strosser: 3.12.1869

Strousberg: 22.3.1877

Struck, Dr.: 7.3.1878

Struckmann: 20.12.1881 →Einhornhöhle

Stryck, Dr.: 28.11.1879; 23.6.1882

Sybel, v.: 19.10.1876

Sydow, Dr.: 22.11.1881

## **T**

Telge, Paul: 29.10.1885

Thiel, Dr.: 18.10.1884

Thile, Herman von (\*1812, †1889; deutscher Diplomat und 1. Staatssekretär im Auswärtigen  
Amt 1871-1872): 17.1.1871

Thilenius, Dr.: 9.4.1881; 28.4.1881

Tölke: 28.11.1869

Torell: 11.8.1880

Torma, v. Frh.: 9.8.1880

Traeger: 30.1.1876; 19.3.1880; 21.11.1880; 8.5.1881; 5.10.1884

Traube; Louis: 31.7.1868; 14.4.1876

Treitschke: 21.7.1878; 23.7.1878; 24.7.1878; 19.7.1883

Troschke, General von: 15.1.1868; 19.1.1868; 25.1.1868

Tutzauer: 27.9.1884; 2.10.1884; 29.10.1884; 1.11.1884; 10.11.1884; 11.11.1884

Twesten, Karl (\*1820, † 1870; Politiker und Jurist; Mitbegründer der Fortschrittspartei):  
22.6.1866; 10.8.1866; 14.8.1866; 26.7.1867; 18.11.1868; 23.12.1868; 6.12.1877; 26.11.1878

## U

Uhlendorff: 11.2.1873; 30.5.1876

Unruh, von: 19.9.1867; 19.10.1876

Urban, *Friedrich-Ludwig* (\*1806, †1879; Tierarzt und Revolutionär): 4.1.1866 →Trichinen

Uwaroff, Graf: 26.3.1885

## V

Virchow, Adele: 24.8.1878; 12.8.1881; 30.7.1885

Virchow, Ernst: 2.2.1885

Virchow, Hans: 9.11.1870; 11.11.1870; 8.3.1879; 15.8.1883; 6.12.1883; 30.5.1884; 7.8.1884;  
18.11.1884; 21.2.1885; 22.7.1885; 12.8.1885

Virchow, Karl: 9.11.1870; 11.11.1870; 12.8.1875; 22.8.1875

Virchow, Marie: 12.8.1885

Virchow, Rose: 6.2.1870; 13.2.1870; 20.2.1870; 1.3.1870; 3.3.1870; 12.8.1885

Völk: 30.4.1880; 1.5.1880

Vogt: 21.2.1869

Voß, Dr.: 21.8.1875; 31.5.1877; 27.10.1879

Vincke: 20.9.1866; 7.2.1867

## W

Wagener: 10.2.1866

Wagner: 13.12.1883

Wagner, Prof.: 18.9.1884; 24.10.1884; 26.10.1884; 1.11.1884; 26.10.1884; 11.11.1884;  
12.11.1884

Walcker: 7.2.1873

Waldeck: 17.7.1867; 8.8.1867; 12.10.1867; 27.10.1867; 30.10.1867; 16.1.1868; 23.12.1868;  
25.8.1876; 26.11.1878; 18.6.1881

Waldeyer, Prof. 6.12.1883; 29.1.1885

Wangemann: 18.12.1869; 19.12.1869 (Missionsbericht); 9.2.1878

Wantrup: 25.12.1868 →Affentheorie

Wattenbach, Prof.: 18.7.1882

Weber: 28.11.1870; 10.6.1876

Wedding: 13.12.1873

Wedell-Malchow, v.: 9.4.1881; 28.4.1881

Wehrenpfennig: 26.11.1878

Weigersheim, Dr. 7.9.1877

Weiß: 25.2.1877

Weißmann, Dr.: 6.8.1880

Weißmann, Prof.: 24.9.1885

Wendt, Dr.: 26.1.1882

Westphal, Prof.: 22.11.1881

Wibel, Dr.: 14.8.1878

Windthorst, Ludwig (\*1812, †1891; römisch-katholischer Politiker und Jurist; Mitglied des Zentrums): 5.12.1868; 17.1.1871; 15.2.1871; 21.12.1871; 9.2.1872 →Pockenepidemie; 15.3.1873; 23.11.1873; 27.11.1873; 24.10.1877; 29.11.1877; 11.2.1879; 9.11.1879; 22.6.1880; 27.1.1881; 28.1.1881; 2.2.1881; 16.3.1882; 27.2.1883; 13.6.1883; 13.12.1883; 17.12.1883; 10.2.1884; 12.2.1884

Witt-Bogdanow: 11.8.1872

Witte: 13.7.1872

Wölfel: 11.12.1881

Woermann: 24.3.1885

Woldt, A.: 10.4.1879; 27.4.1879; 21.5.1879

Wolf, Prof. Max: 2.12.1884; 15.5.1885 →Desinfektionsapparat

Wolff, von: 24.11.1866

Worsaae: 20.10.1885

## **X**

Xerxes: 22.6.1881

## **Z**

Zabel, Dr. Friedrich: 9.2.1875 →Begräbnis

Zannoni: 27.4.1873

Zedlitz, v.: 3.11.1877; 22.6.1880; 31.3.1882

Zelle: 25.11.1877; 28.11.1877; 10.8.1878; 28.9.1881; 13.12.1883

Zerlang, Dir.: 9.1.1874 →Stadtschulrat



Zieske: 21.12.1883

Zimmermann: 7.2.1873; 15.12.1878; 10.1.1879

Ziurek: 30.1.1873

## 10.2 Ortsregister:

### A

Abchasien: 9.10.1881; 13.10.1881  
Abrincourt: 15.10.1870  
Ägypten: 20.8.1878 →Steinzeit  
Afrika: 18.5.1885  
Alaska: 18.3.1884  
Algerien: 24.9.1885  
Algier: 17.3.1885; 24.3.1884  
Alsheim: 18.12.1877  
Alt-Görtzig: 11.8.1872  
Alt-Ottenhof: 8.9.1877  
Altona: 8.6.1880; 19.6.1880; 3.7.1880  
Ammersee: 22.8.1875  
Amsterdam: 23.10.1869; 1.7.1870; 15.8.1879; 20.9.1879  
Andamanen: 21.4.1876; 17.3.1877  
Arnswalde: 11.11.1874 →Skelett  
Ars-sur-moselle: 21.10.1870  
Athen: 20.5.1879; 14.11.1881; 26.11.1883  
Australien: 17.3.1877; 20.7.1884; 26.7.1884  
Auvernier: 21.6.1882

### B

Bad Dürkheim: 21.8.1883; 28.8.1883  
Baden: 18.8.1875  
Bari: 21.5.1879  
Barmen: 7.4.1872 →Bürgerverein  
Barna: 10.4.1879  
Belgien: 20.12.1868; 10.8.1880  
Berlin: 24.4.1872; 7.6.1872 →Tierarzneischule  
Bernburg: 5.7.1884; 20.7.1884; 23.7.1884  
Bietzinger See: 25.8.1871  
Bingerbrück: 3.6.1870

Bodenberg: 28.6.1882  
Bodensee: 19.12.1882 →Nephrit  
Bologna: 13.10.1871; 7.2.1872; 29.2.1872; 12.10.1872; 27.4.1873; 21.5.1879; 24.1.1884  
Bonn: 10.3.1875; 29.11.1877  
Brandenburg: 6.11.1877  
Braga: 24.11.1880  
Brasilien: 12.9.1875 →Schädel, übersandter  
Braunschweig: 11.12.1867; 15.11.1881; 20.2.1885; 21.2.1885  
Bremen: 23.7.1884  
Breslau: 23.4.1870; 19.12.1871 →Proskau; 31.1.1874; 20.6.1874; 20.9.1874, 22.9.1874;  
26.9.1874; 20.10.1881; 21.10.1881; 22.10.1881; 22.11.1881; 2.2.1884; 5.8.1884; 6.8.1884;  
8.8.1884; 12.8.1884; 24.6.1883  
Brüssel: 25.8.1872; 30.9.1876; 4.10.1876; 5.10.1876; 22.10.1879; 18.12.1884  
Budapest: 8.9.1876; 17.12.1876; 7.4.1884; 6.8.1884  
Bukarest 27.3.1879; 10.4.1879  
Burg: 17.12.1876

## **C**

Ceram: 26.1.1882  
Charkoff: 15.9.1881  
Charlottenburg: 21.6.1878; 11.7.1882; 27.7.1882; 30.7.1882; 3.3.1885  
Cottbus: 9.6.1875; 27.6.1875

## **D**

Daber: 19.8.1869; 2.2.1870  
Dänemark: 23.2.1866; 10.1.1869; 24.11.1869; 6.4.1876  
Dalldorf: 26.5.1870; 11.10.1872; 12.5.1876 →Irrenanstalt; 5.4.1878; 17.1.1879; 14.5.1880  
Darfur: 30.7.1885; 31.7.1885; 29.10.1885  
Delijan: 24.1.1884  
Derbend: 28.2.1885  
Dobschütz: 3.6.1870  
Dresden: 20.9.1868; 22.9.1868; 28.4.1871; 18.9.1874

## **E**

Edinburgh: 7.4.1884; 8.4.1884; 22.4.1884

Elberfeld: 7.4.1872 →Grenzen von Inhalt und Geist; 10.4.1872; 11.4.1872

Elbing: 18.12.1879

Eldena: 24.11.1869

Ellernitz: 26.4.1873

Elsaß: 17.1.1871 →Protestantismus, katholisierender; 18.11.1884

Ems: 7.8.1869

England: 10.2.1884; 19.3.1884

Enschede: 18.1.1872 →Bau einer Eisenbahn, Münster

Eturien: 24.4.1883

## **F**

Falkenberg: 22.6.1876; 29.6.1876

Fauerbach/Wetterau: 22.7.1879

Feldberg (Mecklenburg-Strelitz): 15.6.1881; 19.7.1881

Feldberg: 20.7.1884; 23.7.1884

Finnland: 24.10.1874

Florenz: 1.5.1883

Frankfurt: 23.1.1867; 22.9.1867; 24.9.1867; 14.12.1867; 15.12.1867; 20.11.1868; 12.2.1869;  
27.5.1876; 1.6.1876; 28.6.1876; 10.2.1879; 19.11.1881

Frankfurt/Main: 15.8.1882; 17.8.1882; 18.8.1882; 20.8.1882; 25.10.1882

Friedland: 19.3.1882

Friedrichshain: 16.10.1868; 8.12.1870; 9.12.1870; 6.1.1871; 3.2.1872; 24.11.1872, 23.1.1874  
→Krankenhaus; 9.4.1878; 5.3.1880; 22.10.1884

Friedrikenhof: 6.11.1874

Fürstenwalde: 30.6.1880

## **G**

Gandow: 22.4.1885 →Hausurne

Garzigar: 19.5.1885 →Gesichtsurne

Genthin: 7.5.1885

Giebichstein: 21.1.1879

Gießen: 7.10.1870

Glogau: 25.10.1876  
Gnichwitz: 26.3.1884; 21.5.1884  
Godesberg: 24.1.1868 →Verkauf der Brunnenanstalt  
Görlitz: 29.4.1870; 24.9.1874; 14.1.1876  
Göttingen: 2.12.1869; 24.2.1877; 2.2.1884  
Goltzen-Niederung: 26.6.1870  
Graz: 26.9.1875  
Groß-Beeren: 6.11.1874; 10.6.1881  
Grüner Graben: 14.12.1883  
Grunewald: 24.7.1874  
Guben: 3.7.1877  
Güstrow: 23.12.1875  
Gumbinnen: 28.1.1868  
Gunzenhausen: 1.4.1870

## H

Hagenau: 13.10.1870  
Halle: 19.12.1871 →Königsberg; 18.3.1876  
Hamburg: 20.9.1876; 26.9.1876; 7.5.1880; 11.5.1880; 7.12.1880; 6.1.1882  
Hannover: 1.12.1867; 14.2.1868 →Lotterie; 20.9.1868; 3.12.1868; 6.12.1868; 1.12.1869  
→Schlosskirche; 24.4.1872 →Tierarzneischule; 7.6.1872; 27.9.1873; 10.12.1873; 24.1.1874;  
4.4.1876; 6.4.1876; 18.2.1877; 20.2.1885; 21.2.1885  
Harz: 20.12.1881 →Einhornhöhle  
Harzdistrikt: 25.6.1880; 6.7.1880  
Hasselbacken: 20.8.1874  
Hausvogteiplatz: 14.12.1883  
Heidelberg: 25.10.1882  
Heinersdorf: 10.6.1881  
Helsingfors: 30.6.1872 →Hjelt, Prof.  
Helsingör: 25.8.1884  
Hemmingen: 14.10.1870  
Hermsdorf: 28.11.1879  
Herzberg: 22.6.1876; 29.6.1876

Herzogtum Lauenburg: 20.1.1866; 24.1.1866; 25.1.1866; 27.1.1866; 30.1.1866; 1.2.1866;  
4.2.1866; 6.2.1866; 8.2.1866; 12.9.1866; 10.1.1869; 11.6.1875; 28.3.1876; 4.4.1876;  
6.4.1876; 29.4.1876; 30.4.1876  
Hessen: 14.2.1868 →Forstlehranstalt  
Hessen-Nassau: 20.2.1885; 21.2.1885  
Hissarlik: 24.6.1880; 19.2.1884  
Homburg: 27.2.1868; 20.8.1882

## I

Ida: 27.4.1879; 2.8.1881  
Indien: 24.3.1885  
Innsbruck: 1.10.1869; 6.11.1869  
Insterburg: 15.1.1868  
Italien: 24.5.1883; 21.6.1883; 18.3.1884

## J

Java. 6.3.1879  
Jeddo: 17.7.1874  
Jena: 5.11.1876  
Jordansmühl: 21.5.1884 →Zobten  
Julin: 14.9.1871 →Wollin

## K

Kalkutta: 6.3.1879  
Karlsruhe: 9.8.1885; 11.8.1885; 12.8.1885  
Kaukasus: 13.8.1881; 16.8.1881; 25.9.1881; 22.10.1881  
Ketzin: 21.12.1883  
Kiel: 31.1.1874; 18.3.1876; 16.3.1878; 19.6.1878; 14.8.1878; 16.8.1878; 18.8.1878;  
20.8.1878; 8.9.1884; 9.9.1884; 11.9.1884  
Kischau: 21.12.1883  
Koban: 21.2.1883  
Köln: 14.5.1873  
Königgrätzer Straße: 6.3.1875  
Königsberg: 19.12.1871 →Halle; 31.1.1874; 18.3.1876

Kolberger Hafen: 4.3.1882; 5.3.1882

Konstanz: 28.9.1877; 29.9.1877; 30.9.1877; 24.10.1877

Konstantinopel: 10.4.1879

Kopenhagen: 19.8.1869; 11.8.1884; 13.8.1884; 15.8.1884; 19.8.1884; 20.8.1884; 25.8.1884;  
8.9.1884; 26.3.1885

Kuden-See: 16.4.1871

Kurhessen: 10.12.1867

## **L**

Labrador: 9.11.1880

La Tène: 21.6.1883; 19.2.1884

Lausitz: 25.8.1872; 25.6.1880; 6.7.1880

Lebbin: 24.2.1872 →Wollin

Lichterfelde 5.7.1883

Lima: 4.9.1875 →Bastian; 25.6.1880

Lissabon: 29.9.1880; 24.11.1880

Litauen: 23.6.1871 →Masuren

Livland: 24.10.1877; 18.11.1877

Löbau: 3.6.1870

London: 6.8.1873; 23.8.1880; 2.8.1881; 5.2.1882

Luckau: 2.7.1878; 1.8.1878

Ludwigshafen: 13.10.1870

Lübeck: 20.8.1878

Lüptow: 2.2.1870

Lüptowsee (bei Bonin): 13.7.1872

Lützow-Platz 9.2.1879

Lublinitz: 6.2.1866 → Engelbrecht

Luneville: 15.10.1870

Luxemburg: 1.6.1867

## **M**

Magdeburg: 19.10.1876

Magdeburger Platz: 15.2.1884 →Markthalle

Manila: 11.8.1872 →Negritoskelett

Marathon: 19.2.1884  
Marburg: 14.2.1868; 6.1.1871; 31.1.1874 → Professur für Nationalökonomie  
Mark: 23.6.1871  
Mark Brandenburg: 12.8.1883 →Denkmäler, megalithische  
Marzobotto: 27.4.1873  
Masuren: 23.6.1871 →Litauen  
Melsungen: 14.2.1868  
Mentone: 24.7.1883  
Merzig: 17.3.1878  
Messina: 11.4.1883  
Misdroy: 25.8.1871  
Mitau: 8.9.1877  
Moabit: 3.2.1872; 9.2.1872 →Tempelhof, Barackenlager; 24.11.1872; 10.4.1873; 22.10.1884;  
21.11.1884  
Mombasa: 11.1.1878  
Montenegro: 18.12.1877  
München: 6.7.1875; 12.8.1875; 14.8.1875; 17.8.1875; 18.8.1875; 20.8.1875; 21.8.1875;  
22.8.1875; 3.8.1877; 25.9.1877; 9.2.1878; 23.2.1885  
Münden: 6.1.1871; 19.12.1871 →Forstakademie  
Münster: 18.1.1872 →Bau einer Eisenbahn, Enschede; 11.8.1872 → Dolichocephalenschä-  
del; 17.3.1876; 4.2.1884 →Spieker, Prof.; 5.2.1884  
Mykene: 5.11.1876; 22.2.1877; 24.6.1880

## **N**

Nakel: 3.7.1884  
Nancy: 14.10.1870; 18.10.1870  
Nassau: 1.3.1873; 11.1.1878  
Neapel: 22.6.1884 →Station, zoologische; 27.6.1884  
Neubrandenburg: 9.7.1879  
Neu-Britannien: 17.3.1885  
Neu-Döbern: 20.7.1877  
Neu-Guinea: 6.7.1873; 17.3.1885  
Neu-Irland: 17.3.1885  
Neuruppin: 26.6.1874



Neustadt-Eberswalde: 23.7.1866  
Neu-Strelitz: 3.8.1885  
Neuvorpommern: 1.4.1869  
Niederlausitz: 2.7.1878  
Nieder-Schönweide: 18.11.1884  
Nordamerika: 22.6.1881  
Norderney: 7.12.1877  
Novéant: 18.10.1870; 19.10.1870; 21.10.1870  
Nürnberg: 29.5.1880

## **O**

Oberlausitz: 3.6.1870  
Oberschlesien: 9.2.1872 →Typhusepidemie; 11.2.1868; 11.12.1879; 14.12.1879; 18.12.1879;  
20.12.1879; 13.1.1880; 17.1.1880; 27.6.1880; 19.12.1880; 21.2.1882; 7.3.1882  
Österreich: 24.8.1866; 25.12.1868; 6.4.1876; 13.2.1877; 19.5.1877  
Österreich-Ungarn: 11.2.1877  
Odessa: 18.10.1881; 30.8.1884  
Odilienberg: 17.8.1879  
Oldenburg: 12.9.1866; 21.12.1866 →Großherzog v. Oldenburg  
Olmütz: 23.10.1869  
Oppeln: 11.2.1879  
Osdorf: 6.11.1874  
Osnabrück: 14.2.1868 →Lotterie  
Ostpreußen: 15.1.1868; 28.1.1868 →Hungertyphus  
Otzhausen: 16.8.1883 →Steinring

## **P**

Palermo: 17.4.1883  
Panama: 7.2.1872  
Papua-Neuguinea: 22.2.1876; 2.6.1876  
Paris: 4.9.1867; 25.2.1877; 5.9.1878  
Perugia: 1.5.1883  
Pest: 26.3.1884  
Petersburg: 24.6.1880; 25.6.1880

Pietrossa: 6.8.1884  
Polen: 8.8.1884  
Pomerellen: 9.4.1870; 3.6.1870  
Pommern: 28.11.1869; 23.6.1871 →Mark  
Portugal: 26.10.1880  
Posen: 19.12.1877; 14.5.1878; 22.6.1880  
Potsdam: 19.7.1880; 13.8.1880  
Prag: 1.11.1881  
Prenzlau-Angermünde: 26.10.1884  
Proskau: 19.1.21871 →Breslau; 27.11.1880  
Pyrmont: 12.12.1867; 15.12.1877; 7.2.1878

## **R**

Rangun: 4.9.1875 →Jagor  
Ravenna: 7.2.1872 →Theoderichpalast  
Regensburg: 2.8.1881; 9.8.1881; 11.8.1881; 12.8.1881; 16.8.1881  
Riga: 9.10.1877  
Rössen: 29.6.1876  
Rom: 29.19.1871; 4.4.1883  
Rostock: 24.12.1871; 27.9.1873  
Rothenburg o. d. Tauber: 31.5.1877  
Russland: 7.2.1877; 11.2.1877; 13.2.1877; 19.5.1877; 6.9.1877; 7.2.1879; 12.6.181;  
25.6.1881

## **S**

Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel: 22.1.1867; 29.1.1867; 28.10.1871; 14.5.1873; 19.10.1876  
Salzburg: 2.8.1881; 17.8.1881; 18.8.1881; 19.8.1881; 25.4.1882  
Sarreburg: 22.10.1870  
Sachsen: 5.12.1868; 10.12.1868  
Sahara: 26.3.1885  
Samoa: 8.9.1884; 17.3.1885; 24.3.1885  
Schaffhausen 24.6.1883 →Brandt, Richard  
Schivelbein: 20.11.1881  
Schipka-Höhle: 25.4.1882

Schlesien: 6.8.1884

Schleswig-Holstein: 23.1.1869; 6.2.1869; 4.4.1876; 6.4.1876; 11.1.1878; 14.3.1878

Schmalfelder Wald: 18.12.1867 →Kurfürst v. Hessen, Herzog v. Coburg-Gotha

Schöps: 29.4.1870

Schweiz: 10.8.1880

Schwerin: 28.11.1869; 18.8.1871; 21.8.1871; 27.9.1871

Sèvres: 19.1.1872 →Porzellanmanufaktur

Siegen: 12.11.1884 →Stoecker

Sinsheim: 29.10.1885

Sizilien: 6.2.1883; 24.2.1883

Soldinger See: 28.11.1869

Spandau: 27.11.1868; 23.5.1882

Spanien: 29.11.1877; 26.10.1880

Stargard: 27.6.1875

Spreewald: 9.8.1880; 30.6.1885

Steiermark: 18.11.1884

Stettin: 28.6.1882; 18.7.1882

Stendal: 6.6.1885

Stockholm: 11.7.1874; 12.8.1874; 20.8.1874; 21.8.1874; 24.10.1874; 29.12.1876

Stolberg: 17.5.1874

St. Pauli: 7.5.1880

Straßburg: 30.9.1870; 5.10.1870; 12.8.1879; 14.8.1879; 16.8.1879; 17.8.1879; 18.9.1885;  
20.9.1885; 24.9.1885

Stramberg: 18.8.1881; 25.4.1882

Strohberg: 29.4.1870

Stuttgart: 27.9.1871; 31.7.1872

Südafrika: 26.6.1885 →Akklimatisation

Südbrasilien: 17.3.1885

Süddeutschland: 12.9.1866

Süd-Georgien: 28.4.1881

Sunda-Archipel: 12.8.1880

## T

Tangermünde: 13.2.1883; 24.7.1883; 23.10.1883

Taubach: 24.1.1877

Taubenstraße: 14.12.1883 →Hausvogteiplatz

Tegel: 24.11.1881

Tempelhof: 29.7.1870; 8.12.1870; 3.2.1872 →Moabit, Barackenlager

Thiede: 14.5.1878; 18.8.1878

Thymtrüstal: 27.4.1879

Tiflis: 30.6.1872 →BAG, Radde, Dr.; 2.8.1881; 13.8.1881; 27.8.1881; 25.9.1881 2.10.1881;  
22.10.1881; 24.1.1883

Tiryns: 3.7.1884

Torcello: 22.4.1885 →Lanzenspitze

Tost: 16.3.1875

Transkaukasien: 18.3.1884

Transvaal: 8.3.1881

Trarbach: 30.11.1871 →Fraktionstreffen

Treptow: 17.10.1873, 9.4.1878

Trier: 11.8.1883; 12.8.1883; 14.8.1883; 15.8.1883; 16.8.1883; 22.11.1883

Troas: 26.6.1879; 26.2.1880; 6.8.1880

Troja: 28.12.1878; 26.2.1879; 19.3.1879; 27.3.1879; 10.4.1879; 22.4.1879; 27.4.1879;  
14.7.1879 21.5.1879; 25.6.1879; 17.7.1879; 15.8.1879; 16.8.1879; 5.12.1880; 22.3.1881;  
24.5.1881; 8.7.1881

Türkei: 19.5.1877

Turkestan: 19.12.1882

## U

Uckermark: 28.11.1869

Ungarn: 30.10.1877; 26.3.1884

## V

Venezuela: 26.3.1885

Verona: 22.4.1885 →Feuersteine

## W

Waldeck: 12.12.1867; 15.12.1877; 20.12.1877; 7.2.1878

Waldenburg: 30.12.1869 →Spendenaufruf; 7.1.1870; 28.1.1870; 8.2.1870; 22.2.1870

Warschau: 22.4.1885  
Wedding: 13.12.1873  
Weissagk: 3.7.1884  
Weißenberg: 3.6.1870  
Weissenfels: 24.1.1875  
Wenden: 8.9.1877  
Wendow-See (Havel) 26.6.1870  
Wernigerode: 17.5.1874  
Westeregeln: 18.8.1878  
Wien: 2.12.1870; 15.10.1873; 13.2.1877  
Wiesbaden: 3.6.1870; 27.9.1873; 14.3.1878  
Wildberg: 26.6.1874  
Wilhelmstraße: 21.12.1883  
Wilsenhof: 8.9.1877  
Wilsnack: 13.4.1875 →Hostien  
Wismar: 2.2.1870  
Wollin: 28.10.1868; 25.8.1871; 14.9.1871; 24.2.1872  
Württemberg: 18.8.1875  
Würzburg: 12.8.1875; 8.6.1881; 13.9.1881; 18.7.1882; 29.7.1882; 2.8.1882; 4.8.1882;  
8.8.1882;

## **Z**

Zaborow: 24.10.1874, 6.12.1874; 18.6.1875; 17.8.1875; 18.8.1875; 12.9.1875;  
Zahsow: 9.6.1875; 27.6.1875  
Zobten: 21.5.1884 →Jordansmühl  
Züllichau-Krossen: 26.10.1884  
Zürich: 10.2.1870  
Zypern: 2.12.1870

## 10.3 Sachregister:

### A

Aale: 6.9.1877

Abänderung der Geschäftsordnung der SVV: 1.3.1867; 7.11.1868

Abfindung der Depossidierten: 8.2.1868

Abfuhr: 28.6.1872; 13.12.1872; 30.1.1873; 14.2.1873; 1.5.1874; 12.6.1874

Abfuhrprojekte: 24.11.1872

Abfuhrwesen: 22.11.1866

Abfuhrgesellschaft „Indora“: 21.6.1867

Abgeordnetenhaus: s. Haus der Abgeordneten

Abgrenzung

- der Schuldenkommissionsbezirke: 18.3.1870
- des Wirkungskreises zwischen Präsident und Vizepräsident des Staatsministeriums: 23.11.1873

Ablehnung

- der Reichstagskandidatur: 20.1.1867; 29.1.1867; 31.1.1867; 13.8.1867; 26.3.1871
- der Wiederwahl im 1. Wahlbezirk: 15.11.1874

Abnahme des Baus des Radialsystems III der Kanalisation: 3.5.1878

Abrüstungsantrag: 29.10.1869; 30.10.1869; 3.11.1869; 5.11.1869; 7.11.1869; 14.11.1869; 19.11.1869; 24.11.1869; 26.11.1869; 2.12.1869; 24.10.1884; 25.10.1884

Abschlussfeier der Fortschrittspartei: 17.6.1881

Abspaltung Süddeutschlands: 12.9.1866

Abstimmung

- frei von Parteigründen: 2.9.1866 → Indemnität, Pflichtgefühl gegenüber dem Volk
- geheime, bei Landtags- und Kommunalwahlen: 5.12.1883; 6.12.1883; 7.12.1883

Abstimmungsverhalten über die Mietssteuer: 7.4.1868

Abteilung, katholische des Ministeriums für geistliche Angelegenheiten: 12.3.1882

Abteilungen des HdA: 18.1.1876

- 1: 14.11.1873
- 4: 14.11.1872; 15.11.1872; 18.1.1876
- 5.: 14.10.1869; 19.1.1875
- 7: 7.8.1866; 8.8.1866
- 10: 14.1.1869

Abtrennung der Domänen und Forste: 28.3.1878  
 Abtretung von Zweigen der Lokalpolizei an die Kommune: 8.11.1873  
 Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen: 29.5.1875  
 Academia della arte: 24.11.1880  
 Adlerorden, roter: 20.1.1874  
 Adresse an den König: 31.8.1870  
 Adresskommission: 17.8.1866; 18.8.1866; 19.8.1866; 24.8.1866; 20.9.1866; 19.1.1871  
 Änderung der Verfassung: 31.1.1873; 22.3.1873  
 Ärzte sind Männer des Friedens: 1.10.1869  
 Ärztevereine: 9.2.1884  
 Affe, anthropomorpher: 23.12.1875  
 Affen: 18.11.1879  
 Affentheorie: 15.12.1868; 25.12.1868 →Wantrup; 29.1.1878; 9.2.1878  
 Akademie
 

- der Künste: 23.12.1870; 1.2.1874; 14.3.1875; 19.1.1879; 9.2.1879; 19.3.1882
- der Wissenschaften: 5.12.1866; 8.12.1866; 30.11.1873; 4.1.1874; 1.7.1874; 15.1.1875; 8.4.1876; 17.3.1877; 24.10.1877; 11.1.1878; 25.1.1878; 31.3.1878; 1.2.1879; 29.6.1883; 25.1.1884; 18.12.1884 →Brüssel; 29.1.1885
- königliche, für schöne Literatur, der Geschichte und Altertümer: 29.12.1876
- landwirtschaftliche: 19.12.1871 →Breslau, Proskau

 Akklimatisation: 19.5.1885; 26.6.1885; 24.9.1885  
 Akklimatisationsfähigkeit: 16.3.1885  
 Akte, formelle, ohne Bedeutung: 27.2.1869 →Etatüberschreitungen  
 Aktie schlechtes Papier im sittlichen Sinn: 27.2.1868  
 Aktiengesellschaft, englische: 18.1.1872 →Wasserleitungsgesellschaft  
 Allgemeiner Berliner Verein für öffentliche Angelegenheiten: 10.12.1874  
 Altkatholiken: 1.2.1872  
 Amortisationsgesetz: 9.11.1879  
 Amt, auswärtiges: 5.3.1885  
 Amtsbezirken kommunalen Charakter verleihen: 23.1.1870  
 Anciennität: 25.11.1871  
 Anciennitätsprinzip: 28.12.1869  
 Anatomie der Appendicularien: 11.1.1878 →Akademie der Wissenschaften  
 Anfänge der Kochkunst: 6.1.1877; 23.12.1877 →Lette-Verein

Angabe der Todesursache im Standdesregister: 21.12.1873

Angst vor Krieg: 10.12.1867

Ankauf

- der Strecke der Main-Weser-Bahn: 12.2.1880
- einer Gemäldesammlung: 20.5.1874
- von Privatbahnen: 11.11.1879; 12.11.1879
- von Rieselterrain: 13.2.1875; 10.6.1881
- von Speichern: 14.2.1884

Ankunft aus Troja: 19.5.1879

Anlage einer Eisenbahn zum Strousbergischen Viehhof: 5.8.1870

Anlage und Bebauung von Straßen und Plätzen: 10.6.1875

Anlegung

- eines städtischen Friedhofes: 17.4.1878; 26.4.1878
- neuer Straßen: 22.12.1875

Anleihe

- für die Stadt Berlin: 14.4.1866
- für Gasunternehmen: 20.4.1866; 10.5.1866
- für städtische Krankenhäuser: 3.2.1872 →Barackenlager

Anleihegesetz: 8.11.1879; 9.11.1879

Anleihegesetzentwurf: 3.11.1877

Annahme der Wiederwahl: 6.12.1874

Annexionskommission: 28.8.1866; 12.9.1866

Anstellung

- besoldeter Beamter: 11.1.1867
- der Bauinspektoren, lebenslängliche: 15.11.1867
- von Juden: 31.7.1868

Anthropogenie: 26.9.1876

Anthropologie: 5.8.1880; 5.8.1880; 10.8.1880

- Amerikas: 13.4.1877
- der Finnen: 10.4.1872; 24.10.1874
- in Kaukasien: 25.9.1881

Antimon: 24.1.1884

Antisemit: 13.12.1883; 18.10.1884

Antisemiten: 6.12.1883



Antisemiten-Petition: 13.1.1881; 12.11.1884, 13.11.1884 →Stöcker

Antisemitismus: 21.11.1880; 4.12.1880; 24.10.1884; 8.11.1884

Antisemitismus, Erklärung gegen den: 14.11.1880; 23.11.1880

Anti-Virchow: 6.6.1875 →Diesterweg, Alexander

Antivivisektionspetitionen: 24.1.1882 →Vivisektion

Anwesenheit der Minister: 22.11.1877; 25.11.1877; 6.12.1877

Anzeige, anonyme: 28.12.1869

Apollinaris, Werbung für: 4.5.1879; 7.5.1879; 11.5.1879; 4.6.1879; 11.6.1879; 6.7.1879; 20.7.1879; 3.8.11879; 10.8.1879; 31.8.1879; 7.2.1880; 21.2.1880; 6.3.1880; 20.3.1880; 10.4.1880; 24.4.1880; 8.5.1880; 22.5.1880; 8.8.1880; 22.8.1880

Aquarium, Berliner: 23.1.1872 →Schimpanse, Prof. Hartmann; 30.6.1872

Arbeitende Klasse als eigentliche Volkskraft: 10.1.1867

Arbeiterversammlung, sozialdemokratische: 2.10.1884

Archaeopteryx: 16.12.1880

Archiv

- für Anthropologie: 23.10.1870; 27.9.1871; 11.10.1873
- für pathologische Anatomie: 31.7.1868; 5.3.1869; 15.8.1879; 22.10.1879; 6.4.1881; 10.12.1881; 18.10.1884; 26.2.1885; 12.4.1885

Armengesetz: 12.2.1871

Artillerie-Werkstätten: 19.12.1869

Arzneitaxe: 8.12.1866

Assistentenstellen nicht als Belohnung für Konvertiten: 31.7.1868 → Ordinate sind Stellen und keine Titel

„Association française“: 5.9.1878

Aufbau

- der Freiheit vorantreiben: 18.11.1868
- eines geeinten Deutschlands: 27.9.1870

Aufbewahrung und Fortschaffung der menschlichen Auswurfstoffe: 10.2.1870 → niederrheinischer Verein für öffentliche Gesundheitspflege

Aufgabe

- der Naturwissenschaften: 24.12.1871
- der Schulen: 20.2.1868 →Erziehung für das Leben

Aufhebung

- der Anstellungsverpflichtung von Militäranwärtern: 23.5.1871; 26.5.1871

- der Armenkirchhöfe: 13.11.1874
- der Mahl- und Schlachtsteuer: 10.1.1867; 15.11.1868; 10.5.1871; 13.12.1871
- der Stempelsteuer: 13.12.1871; 4.12.1873
- des Einzugs- und Bürgerrechtsgeldes: 4.5.1866
- des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern: 12.1.1882
- des Kriegszustandes: 15.2.1871 → Schutz der Wahlfreiheit

#### Auflösung

- der Berliner SVV: 25.1.1876; 11.5.1883; 13.12.1883 →HdA
- der Bundesverfassung: 17.8.1866 →Beschränkung der Kleinstaaterei, Adresskommission
- des Barackenlazarettes: 4.6.1871; 1.6.1871; 4.6.1871

#### Aufruf

- an das Volk: 31.8.1870; 2.9.1870
- zur Desinfektion: 7.6.1874
- zur Hilfe für notleidende russische Juden: 12.6.1881; 25.6.1881
- zur Reichstagswahl: 25.12.1876

Aufstockung des Etats für die königliche Bibliothek und für die Akademie der Wissenschaften: 26.1.1868

Augenverletzungen: 3.1.1885 →Berliner Handwerkerverein

Augustenburger: 21.12.1866

Ausbau der hinterpommerschen Häfen: 4.3.1882

#### Ausbildung

- der Frauen zur Krankenpflege: 11.11.1869
- der Turnlehrerinnen: 2.12.1877
- von Kindergärtnerinnen: 21.10.1866 →Verein für Familien- und Volkserziehung
- von Mädchen: 3.12.1875

#### Ausgaben

- außeretatmäßige: 4.3.1877
- zur Landvermessung: 1.2.1877

Augenblickspolitik: 11.5.1880 →Bismarck

Ausgleich bei Fondsverwechslungen: 14.12.1877 →Rechnungskommission

Ausgrabungen in Troja: 20.9.1879 →Kongress, internationaler für medizinische Wissenschaften

Ausnahmegesetz: 21.7.1878; 10.8.1878; 15.8.1884

Aussaat an Fischen und Wassertieren: 19.6.1880

Ausschluss

- religiöser wie bürokratischer Elemente: 4.6.1871 →Barackenlazarett
- Österreichs aus Deutschland: 24.8.1866; 26.7.1867

Ausschmückung des neuen Rathauses: 18.11.1869

Ausschuss

- geschäftsführender: 11.12.1879 →Komitee zur Linderung des Notsandes in Oberschlesien
- zur Revision der Statuten: 1.5.1868 →Berliner Volksküchen
- zur Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters: 26.4.1878

Außerdienststellung der Ministerialräte: 10.2.1870

Außerordentliche Ausgaben aufgrund des Krieges gegen Österreich: 6.9.1866

Ausstellung, prähistorische: 12.8.1880

Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen: 17.2.1882

Ausstellungskommission des deutschen Fischereivereins: 29.10.1879; 28.2.1880 →Vize-Direktor; 10.5.1880

Austausch von Gebietsteilen zwischen Sachsen und Preußen: 5.12.1868

Australier: 14.1.1879; 1.2.1879

Austritt aus der wissenschaftlichen Deputation für Medizinalsachen: 25.11.1871; 10.12.1871

## **B**

Bahnetat: 16.5.1873; 17.5.1873

Bahnfahrt, freie für Abgeordnete: 21.11.1884

Balver-Höhle: 26.6.1870; 20.2.1879

Bankett

- der Fortschrittspartei: 5.2.1878 →Fortschrittspartei
- zu Ehren der deutschen Cholerakommission: 14.5.1884

Baracken auf dem Tempelhofer Felde: 29.7.1870; 28.8.1870; 8.12.1870

Barackenlager (Tempelhof und Moabit): 3.2.1872; 9.2.1872

Barackenlager: 29.5.1875

Barackenlazarett: 4.6.1871 → Ausschluss religiöser wie bürokratischer Elemente; 5.3.1880; 21.11.1884

Barackenlazarett

- Moabit: 24.11.1872
- ohne Betsaal: 7.9.1870

#### Bau

- der Bauakademie 28.2.1877
- des Zentralbahnhofs in Frankfurt: 11.2.1879
- einer Eisenbahn Münster-Enschede: 18.1.1872
- einer höheren Töchterschule: 3.12.1875
- eines landwirtschaftlichen Museums: 29.1.1873
- eines Friedhofs am Dom: 16.3.1875
- eines neuen Abgeordnetenhauses: 18.12.1869
- eines Polytechnikums: 11.12.1877
- eines Reservoirs: 31.12.1878
- eines Schlachthauses: 3.1.1868
- eines Sees bei Treptow: 9.4.1878
- eines städtischen Krankenhauses 29.12.1867
- großer Staatsanstalten: 17.3.1876

Baugewerkschule: 18.3.1881

Baugrund: 24.11.1872

Baumsterben Unter den Linden: 14.5.1869; 19.6.1869

#### Bauplatz

- in der Dorotheenstraße: 30.6.1872; 13.7.1872; 29.11.1873

Baupolizei: 10.1.1872

Bauzinsen für die Kanalisation: 18.12.1874

Bazar zu Gunsten des Asylvereins: 28.1.1870; 6.2.1870; 13.2.1870; 20.2.1870; 1.3.1870;  
3.3.1870

Beamtenwahlrecht: 26.1.1882

Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens: 9.2.1872

Bebauung eines Terrains bei Treptow: 17.10.1873

#### Bedeutung

- der Gewissensfreiheit: 27.11.1873
- der Weltausstellung und deren Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaften:  
15.10.1873
- des naturwissenschaftlichen Unterrichts: 11.1.1868

Bedingungen des Gemeindebürgerrechts: 28.5.1876

bedrohliche Person für Preußen: 18.1.1873 →Papst

Bedrückung und Rechtsverkümmern des christlichen Staates gegen Juden: 15.5.1869

Bedürfnisanstalt, unterirdische: 14.5.1875

Bedürfnisanstalt für Frauen: 29.5.1875

Bedürfnisbefriedigung im Staatsinteresse: 13.12.1867 → Gehaltserhöhung für die Beamten der höchsten Kategorie

Befreiung

- des Individuums: 31.1.1873
- der Schule von der Kirche: 27.9.1870
- des Menschen: 21.10.1881
- vom Schulgeld für Eltern mit geringem Einkommen: 5.4.1867

Begräbnis

- Dr. med. Max Boehrs: 26.1.1879
- Traubes: 14.4.1876
- Zabels: 9.2.1875

Begräbnisfläche der Nicolai- u. Marienkirche: 7.8.1866; 6.9.1866

Beihilfe zur Unterhaltung der Baugewerkschule: 22.11.1867

Belagerungszustand, kleiner von Berlin: 10.12.1878

Belegung der Pavillons im Friedrichshain mit Verwundeten: 6.1.1871

Beleuchtungswesen: 20.2.1872 → Stadthaushaltsetat

Belohnung der äußerlichen Ehre: 13.12.1871

Benennungspflicht: 12.6.1883; 13.6.1883

Benutzung

- der Turnplätze in den Schulen: 31.1.1867
- des Geldbewilligungsrechtes eine Verminderung der Dienstzeit: 30.11.1869
- des Teutoburger Platzes zu Wochenmärkten; 9.11.1877
- von Metallen: 11.8.1883

Benzin: 7.1.1866

Berechtigung zur Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen: 30.5.1876

Bergakademie: 20.2.1876

Bergwerksverwaltung: 7.12.1873

Berichtersteller mit großem Geschick: 25.8.1866

Berieselung: 12.12.1873; 20.6.1874; 6.11.1874

Berieselung gefährlich: 8.10.1875

Berieselungsversuch: 1.12.1871; 24.11.1872

Berieselungsfelder: 20.11.1874

#### Berliner

- Hilfszug als sichere Bürgschaft für Genesung und gute Heimreise: 22.10.1870
- Komitee zur Sammlung von Beiträgen für das Nationaldenkmal im Niederwald: 31.10.1874
- Stadtbahn: 21.3.1878
- Stadteisenbahn-Gesellschaft: 14.12.1877 → Eisenbahnbau-Gesellschaft; 29.1.1878
- Turnerschaft (Jugendabteilungen): 1.2.1867 → Vereinsturnen

Berlin nicht Gastgeber, sondern neues Deutsches Reich: 2.3.1871

„Berliner Revue“: 7.1.1866

„Berlinische klinische Wochenzeitschrift für Ärzte“: 1.4.1870; 18.12.1872

→Sterblichkeitsverhältnisse in Berlin; 3.2.1875; 18.10.1881; 24.6.1883

Beschlagnahmung des Vermögens: 30.1.1869 → König Georg

#### Beschleunigung

- der großen Staatsbauten: 17.3.1876; 18.3.1876; 8.4.1876; 25.2.1877
- der Straßen-und Brückenreparaturen: 20.11.1866; 23.11.1866

#### Beschränkung

- der kirchlichen Lehrfreiheit: 27.2.1876
- der Kleinstaaterei: 17.8.1866 → Auflösung der Bundesverfassung

Besetzung der Assistentenstellen im pathologischen Institut: 31.7.1868

#### Beseitigung

- der Abtrittsgruben: 7.3.1873
- des öffentlichen Spieles: 4.12.1867

Besichtigung von Schlachthäusern (Druckkosten des Reiseberichts): 16.3.1866; 6.4.1866

→Hennicke

#### Besoldung

- der landrätlichen Behörden und Ämter: 19.1.1868
- der städtischen Beamten und Lehrer: 13.6.1873
- eines Unterstaatssekretärs: 1.3.1873
- von Universitätsprofessoren (außerordentlichen): 31.1.1874
- von wissenschaftlichen Beamten: 26.2.1873

Besoldungsverbesserungen: 18.12.1867

Bestallung besoldeter Magistratsmitglieder: 28.1.1870

Bestallungsdekret: 28.1.1870

Besteuerungswesen, englisches: 15.12.1866

Betreuung von Kranken in den städtischen Krankenhäusern: 12.3.1880

Betriebsfond der General-Staatskasse: 10.11.1869

Beurkundung des Personenstandes: 19.12.1873

Beurlaubung des Innenministers: 24.10.1877; 27.10.1877; 30.10.1877

Beutelwolf: 13.7.1872

Bewegung,

- antisemitische: 16.12.1881 →Stöcker; 20.12.1881; 18.1.1882; 26.1.1882; 25.2.1882; 26.2.1882; 27.9.1884
- soziale: 17.3.1872

Bewilligung von Geldern zur Feier des 3. Aug.: 1.7.1870 →Säkularfeier

Bewohner der Städte für Schulzwecke besteuern: 25.1.1870

Bezahlung der Diplomatie: 10.12.1867

Beziehungen, prähistorische: 18.3.1884

Bezirksverein

- der Oranienburger Vorstadt: 16.10.1885
- des 29. Kommunalwahlbezirks: 19.11.1869 →Abrüstungsantrag

Bezirksvorsteherversammlung, allgemeine: 14.7.1866 →Choleralazarette

Bibel: 10.4.1872

Bibliothek, königliche: 5.12.1866; 8.12.1866; 26.1.1868; 1.2.1874; 8.4.1876; 8.2.1877; 2.12.1877; 8.2.1879; 9.2.1879; 16.12.1880; 3.3.1883

Bismarckpartei, reine: 30.6.1878

„Bismarck sans phrase“: 28.6.1876

Bildung

- politische: 27.6.1867; 14.2.1868
- vom Geburtsort unabhängig: 18.2.1872
- von Amtsbezirken: 23.11.1872
- von Genossenschaften: 10.8.1878
- von Volksküchen: 12.6.1866 →Verein der Berliner Volksküchen

Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen: 22.10.1867

Bildungsexport: 2.2.1884

Bischof, neuer, katholischer: 8.2.1880

Bischofsparagraph: 31.3.1882

Bismarcks Weg zur Einigung Deutschlands: 13.9.1866  
 Bistümer, katholische: 25.11.1877  
 Blasenwürmer: 14.7.1877  
 Blitzableiter: 17.3.1885 →Kolonialpolitik  
 Blumenbachsches Reisestipendium: 25.5.1873 →med. Fakultät  
 Blut und Eisen: 18.11.1868  
 Börse unpatriotisches Wesen: 15.12.1869  
 Börsen- und Schanksteuer: 9.11.1879  
 Bona fides: 2.12.1868  
 Bopp-Stiftung: 29.3.1866  
 „Breslauer ärztliche Zeitschrift“: 16.10.1881  
 „Breslauer Zeitung“: 9.6.1881; 21.10.1881; 26.1.1882  
 Britisch-medizinische Gesellschaft: 6.8.1873  
 Bronze-Armring: 30.6.1885  
 Bronze-Ass (Gewicht u. Kupfermünze): 16.4.1871  
 Bronzen, weiße: 18.11.1884  
 Bronzenadel: 29.6.1876  
 Bronzegebiss: 18.6.1875; 12.9.1875  
 Bronzering: 3.7.1883 →Weissagk  
 Bronzeschädel: 3.7.1884 →Ranke  
 Bronzeschwert: 27.4.1873; 24.10.1877; 29.5.1880  
 Bronzewagen: 17.12.1876; 9.8.1880  
 Bruch der Amtsverschwiegenheit: 7.1.1870  
 Brücke über den Louisenstädtischen Kanal: 14.2.1868  
 Brunnen (Untersuchung der geologischen Verhältnisse): 27.3.1866  
 Buchhandlung
 

- , Hirschwaldsche: 18.3.1868
- Puttkammer und Mühlbrecht: 10.9.1870

 Buckelurne: 2.7.1878  
 Buden, kohlen-saure: 18.1.1872 →Polizeiverwaltung  
 Budgetkommission: 20.1.1866; 23.1.1866; 13.2.1866 →Budgetkonflikt; 15.2.1866  
 →Staatshaushaltsetat; 16.2.1866; 18.2.1866; 21.2.1866; 22.2.1866; 15.8.1866 →Indemnität;  
 23.8.1866; 2.9.1866; 22.11.1866; 15.12.1866; 30.11.1867; 18.12.1867; 19.12.1867;  
 21.2.1868; 29.2.1868; 12.1.1869; 23.1.1869; 12.2.1869; 13.2.1869; 20.2.1869; 27.2.1869;



5.3.1869; 21.11.1869; 4.12.1869; 18.12.1869; 14.1.1870; 3.2.1870; 10.2.1870; 11.2.1870;  
12.2.1870; 31.1.1871; 9.2.1871; 11.2.1871; 12.2.1871; 17.2.1871; 2.12.1871; 29.2.1872;  
8.6.1872; 25.10.1872; 14.11.1872; 19.11.1872; 21.11.1873; 10.12.1873; 14.12.1873;  
31.1.1874; 1.2.1874; 6.5.1874; 17.5.1874; 20.5.1874; 9.2.1875; 2.3.1875; 6.3.1875;  
10.3.1875; 16.3.1875, 22.1.1876; 8.3.1876; 14.3.1876; 16.3.1876; 17.3.1876; 18.3.1876;  
28.3.1876; 8.4.1876; 20.1.1877; 30.1.1877; 7.2.1877; 11.2.1877; 13.2.1877; 28.10.1877;  
7.11.1877; 27.11.1877; 29.1.1878; 9.2.1878; 21.3.1878; 25.11.1878; 27.11.1878; 30.11.1878;  
6.12.1878; 4.2.1879; 5.11.1879; 9.11.1879; 15.12.1880; 19.1.1881; 25.1.1881; 2.2.1882;  
13.3.1882; 19.3.1882; 25.11.1882 →Referent für den Etat des Kultusministeriums; 2.12.1882  
→Mandatsniederlegung; 29.11.1883; 23.1.1884; 9.2.1884; 11.2.1884; 12.2.1884, 26.2.1885  
Budgetkonflikt: 13.2.1866 →Budgetkommission  
Budgetperiode: 24.1.1881  
Budgetrecht: 17.8.1866; 30.3.1867; 9.6.1876; 10.6.1876  
Budgetrecht durch den Militäretat bestimmt: 6.11.1867  
Budgetverhandlungen: 18.11.1868  
Budgetvorberatung: 13.10.1869  
Bürgermeister aus der Bürgerschaft: 6.2.1869  
Bürgerpartei, deutsche: 3.6.1883; 20.10.1883; 5.12.1883; 6.12..1883  
Bürgersteige: 5.7.1867  
Bürgertum, echtes, deutsches: 26.11.1878  
Bürgerverein  
- Barmen: 7.4.1872  
- Deutscher: 11.5.1883 →Bürgerpartei, deutsche  
Bürgerschaft des europäischen Friedens: 27.9.1870 →Rechtsordnung im Inneren, gestützt auf  
Freiheit und Gesetz  
Bulgaren: 22.2.1877  
Burgwälle: 25.8.1872  
Bund, norddeutscher: 25.11.1866; 10.12.1867; 22.10.1869; 5.11.1869; 6.11.1869  
Bundesfinanzministerium, verantwortliches: 18.11.1868  
Bundesklassensteuer: 18.11.1868  
Bundeskriegsschatz: 8.5.1867  
Bundesrat: 27.9.1870  
Bundesstrafgesetzbuch über die gerichtliche Medizin: 15.8.1869

## C

Calchaquis-Indianer: 20.7.1884; 23.7.1884

Camphausenschen Finanzplan: 26.11.1869

Cellularpathologie: 12.8.1875

Charakter verleiht Beständigkeit, nicht die Lebensstellung: 4.11.1869

Charité: 6.1.1867; 29.12.1867; 14.12.1871 (dirigierender Arzt); 12.5.1876; 14.7.1877;  
3.8.1877; 9.1.1883; 27.2.1885

Choleraepidemie, französische: 8.7.1884

Cholerafrage: 12.4.1885

Cholerafahrt: 29.6.1884; 21.11.1884

Cholerainfektion: 9.5.1885; 15.5.1885

Cholera-Kommission,

- 24.5.1884; 2.12.1884
- Dotation der: 13.5.1884; 14.5.1884

Cholera-Konferenz: 2.8.1884; 7.5.1885; 9.5.1885; 15.5.1885

Choleralazarette: 24.7.1866

Christianisierung

- der Schule: 9.2.1872 → Entchristlichung der Schule
- des Kapitals: 1.2.1872 → Klöster als Zentrum der Wahlagitationen

Christlich-Soziale: 7.7.1878; 23.7.1878

Circus Brockmann: 13.7.1872

Cliquenwesen: 27.2.1883; 2.2.1884

Coloradokäfer: 23.7.1878; 11.1.1880 → Koloradokäfer

Consistoriapräsident: 16.12.1868

Contagium animatum: 25.9.1877

Cosmopolit: 23.7.1878

Craniologie: 21.8.1874 → Stockholm

Craniometer: 9.6.1875

## D

Dämmerungsliberale: 1.8.1882

Dampfersubventionsvorlage: 16.3.1885; 17.3.1885; 24.3.1885

Dank an die Damen: 1.6.1871 → Auflösung des Barackenlazarettes

Dankschreiben: 3.7.1880 → Altona

Darlehnskasse: 1.6.1866 → Darlehnskassenscheine

Darlehnskassenscheine: 1.6.1866; 3.6.1866; 8.6.1866; 15.6.1866

Darwinismus: 10.4.1872; 17.8.1882; 27.2.1883

Darwinsche Theorie: 27.9.1871

Deckung des Defizits: 12.1.1869 →Budgetkommission; 17.1.1869 →Eisenbahnaktien;  
11.2.1870

Deckung des städtischen Defizits: 19.1.1868; 14.2.1868; 5.3.1868

Defizit, städtisches →Deckung des: 16.1.1868; 19.1.1868; 23.1.1868; 31.1.1868; 14.2.1868;  
16.2.1868; 16.1.1868; 21.2.1868; 6.11.1869

Deichbauten: 21.11.1869

Dekan der med. Fakultät: 19.10.1867; 29.10.1867; 18.10.1872; 7.9.1877

Delegierter für die Vereinslazarette: 12.8.1870

Denkfreiheit: 25.12.1868 →Glaubensfreiheit

Denkmäler, megalithische: 12.8.1883 →Mark Brandenburg

Denkmal für

- Martin Luther: 19.7.1883; 8.9.1883
- Nachtigal, Dr.: 6.6.1885
- Schulze-Delitzsch: 4.6.1883; 3.7.1883

Denkmalenthüllung der Gebrüder Humboldt: 22.5.1883; 27.5.1883; 28.5.1883

Deputation

- bezüglich Unterhaltung und Verschönerung des Tiergartens: 23.1.1873; 20.1.1875
- für das Medizinalwesen, wissenschaftliche: 15.12.1866; 15.8.1869; 24.12.1869;  
25.11.1871; 10.12.1871 →Austritt; 6.11.1875; 7.3.1878
- für Dezentralisierungsangelegenheiten: 10.12.1875
- für die Ausschmückung des neuen Rathauses: 23.1.1873; 20.1.1875; 6.2.1884
- für die Gesundheitspflege: 28.11.1884
- für die Verwaltung der Kanalisationswerke: 2.5.1884; 27.11.1885
- für Kanalisierungs- und Abfuhrangelegenheiten: 23.1.1873; 20.6.1874; 20.1.1875
- für Krankenhausangelegenheiten: 20.1.1875
- für Statistik: 23.1.1873; 20.1.1875; 6.2.1884
- technische, für das Veterinärwesen: 13.11.1875; 18.1.1876; 14.6.1876; 22.3.1877
- über die Kanalisierung Berlins: 12.6.1868
- über die Normierung des Gehalts einer vakanten Stelle eines besoldeten Stadtrats
- zu Ehren Dr. Neumanns: 6.1.1884

- zum Regulativ für die Erhebung der Haus- und Mietsteuer und der Regelung der Finanzverhältnisse der Stadt Berlin: 9.8.1867
- zur Beratung über den Bau eines städtischen Krankenhauses: 28.6.1867; 29.12.1867
- zur Bildung einer Anleihe für Berlin: 13.4.1866
- zur Deckung des Defizits der Stadt Berlin: 16.1.1868
- zur Provinz Berlin: 19.2.1875
- zur Vergebung der städtischen Stipendien an Studierende: 29.1.1867; Austritt 2.11.1867
- zur Verwaltung der Kanalisationswerke: 20.4.1877; 6.2.1884
- zur Verwaltung der Park-, Garten- und Baumanlagen: 23.1.1873; 20.1.1875
- zur Verwaltung der städtischen Krankenhäuser: 6.3.1874
- zur Vorberatung der Herstellung von zehn überdachten Filterbassins und einer mechanischen Sandwäsche: 24.11.1881; 27.1.1882
- der Stryckschen Anträge: 6.2.1884
- zur Vorberatung des Entwurf für den Stadthaushaltsetat 1871: 17.1.1871
- zur Vorberatung über die Wahl der Mitglieder zur Baukommission für die Kanalisierung: 25.5.1873
- zur Vorberatung über die Steuerreform: 14.3.1868

Desinfektion: 15.12.1866

Desinfektion der Kloaken und Senkgruben: 1.8.1872

Desinfektionsapparat, transportabler: 21.11.1884; 28.11.1884; 15.5.1885

Desinfektoren: 15.12.1866

Deszendenztheorie: 25.9.1877; 17.9.1878

Details zur Todesursache (fehlende): 11.1.1873 →Nachteile für die Statistik

Deutsche und Germanen: 18.1.1881

Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens: 17.7.1874

„Deutsche landwirtschaftliche Zeitung“: 24.11.1872

„Deutsche Reichs-Korrespondenz“: 10.12.1871

Deutsche Volkspartei: 26.11.1869; 30.11.1869

„Deutsche Volkszeitung“: 26.11.1869

„Deutscher Bürgerverein“: 5.11.1884

Deutscher Reichstag:

- **1880**: 20.4.1880; 10.5.1880, 11.5.1880

- **1881**: 15.3.1881; 7.4.1881; 27.4.1881; 28.4.1881; 29.4.1881; 1.12.1881; 3.12.1881; 16.12.1881; 17.12.1881; 20.12.1881; 25.12.1881; 28.12.1881
- **1882**: 12.1.1882; 17.1.1882; 18.1.1882; 24.1.1882; 25.1.1882; 26.1.1882; 14.6.1882
- **1883**: 15.1.1883 (nur Anwesenheit)
- **1884**: 11.5.1884; 13.5.1884; 14.5.1884; 29.6.1884
- **1885**: 4.3.1885; 5.3.1885; 16.3.1885; 17.3.1885; 24.3.1885

„Deutsche Zeitung für practische Medicin“: 7.3..1878

„Deutsches Tageblatt“: 11.9.1884

Dezentralisation: 5.12.1868

Dezentralisation der Verwaltung der Stadt Berlin: 11.6.1875

Diäten: 8.2.1867; 30.4.1880; 1.5.1880

Diäten der Abgeordneten des norddeutschen Parlaments: 18.1.1867

Diensteinkommen von Staatsbeamten und Geistlichen zu den Kreisabgaben herangezogen:  
23.11.1872

Dienstjubiläum des Verwaltungsdirektors der Charité: 6.1.1867

Dienstzeit, begrenzte: 15.12.1868

Diktator: 12.11.1884 →Bismarck

Dingo-Hund: 17.3.1877

Diözesangesetz: 16.5.1876

Direktion des Märkischen Museums: 14.10.1876

Direktorialassistenten besser besolden: 3.3.1877; 6.11.1879

Dispensation: 5.12.1872 →Eheschließung

Dispositionsfonds: 18.12.1869; 25.1.74

Dispositionsfonds

- für allgemeine politische Zwecke: 1.2.1877
- für das Elementarschulwesen: 2.12.1877
- zu Aufwendungen für technische Sammlungen: 14.2.1880

Dispositionsgehälter für Regierungsmitglieder: 15.12.1880

Dogmatik nicht Gegenstand des Staatsunterrichtes: 10.3.1875

Dogmatismus: 18.1.1873

Doktorjubiläum, 25-jähriges: 28.10.1868; 8.6.1881

Doktorjubiläum Boekhs: 17.3.1867

Dolichocephalenschädel: 11.8.1872

Dombau: 6.5.1876

Doppelwesen: 11.12.1879 → Hungertypus  
Dorotheenstädtische Realschule: 26.5.1870 → Friedrich-Werder-Gymnasium  
Dotation der Cholerakommission: 13.5.1884; 14.5.1884  
Dotationen für verdiente Kriegsveteranen: 17.11.1866  
Dotationsausschuss: 18.11.1866  
Dotations- und Schenkungsvertrag: 19.12.1867 → Kurfürst von Hessen  
Dotierung des Bibliothek: 24.11.1866  
Drei-Klassen-System: 13.9.1866  
Drei-Klassen-Wahlrecht: 4.11.1869; 2.12.1873; 23.5.1876; 27.5.1876; 1.6.1876; 9.6.1876;  
20.10.1876  
Druck der Doktor-Diplome und Dissertationen nur bei von der Fakultät bestimmten Druckern: 11.1.1877  
Druckexemplar des in der Frauenkonferenz gehaltenen Vortrages: 17.12.1869  
Duelle: 2.2.1884  
Duell mit Bismarck: 6.2.1870; 6.4.1876  
Durch die Einführung der Verfassung eine Veränderung des inneren Staatswesens: 24.1.1868  
Durchreise nach Troja: 27.3.1879 → Bukarest

## **E**

ecclesia militans: 7.4.1875; 23..6.1883  
Eheschließung (Alter): 5.12.1872 → Dispensation  
Eheschließung, bürgerliche: 27.9.1870  
Ehre in der Bildung an der Spitze der Völker zu stehen: 1.12.11867  
Ehrenbürgerdiplom für Kochhann: 1.6.1875  
Ehrenbürgerrecht

- der Stadt Bologna: 12.10.1872
- für Schliemann: 17.6.1881

Ehrenbürgerwürde für Bismarck und Moltke: 10.3.1871  
Ehregeschenk für

- Arnold Ruge: 11.4.1875
- Prof. Begas: 24.11.1871

Ehrenmedaille der italienischen Ärzte: 14.12.1871  
Ehrenmitglied

- der Berliner medizinischen Gesellschaft: 28.10.1868; 3.12.1885

- der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege: 18.11.1881; 20.11.1881
- des Ärztevereins Odessa: 18.10.1881
- des Niederlausitzer Anthropologenvereins: 21.8.1884
- des Vereins deutscher Ärzte in Prag: 1.11.1881

#### Ehrenpräsident

- des internationale Kongresses in Kopenhagen: 13.6.1884
- im 2. Reichstagswahlkreis: 21.6.1878; 10.2.1880

#### Ehrungen Vs:

- Ehrenmitgliedschaft in der Berliner medizinischen Gesellschaft 28.10.1868
- Goldene Medaille der internationalen Ausstellung in Amsterdam für die Sammlung gemeinverständlicher Vorträge: 23.10.1869; 1.7.1870
- Ehrenmedaille der italienischen Ärzte: 14.12.1871
- Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Bologna: 12.10.1872
- Kommandeurkreuz der italienischen Krone: 29.2.1872
- Roter Adlerorden dritter Klasse mit Schleife: 20.1.1874

Einfluss, schlechter der Spielbanken: 27.2.1868

Einfluss der Schule auf die Gesundheit: 29.6.1870

#### Einführung

- der preuß. Verfassung in den annektierten Ländern: 28.8.1866  
→Annexionskommission
- einer Klassen- und Einkommenssteuer: 8.3.1873
- konfessionsloser Volksschulen: 5.1.1872
- von sanitätspolizeilichen Einrichtungen. 22.3.1872

Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch: 1.5.1884

Eingeweidewürmer: 14.7.1877

#### Einheit,

- des Menschengeschlechts: 18.8.1882
- deutsche: 8.5.1867; 18.6.1881

Einheitlichkeit des Etats: 3.11.1877

Einhornhöhle: 20.12.1881

Einkommenssteuer, städtische. 25.1.1870

Einnahmeetat des Justizministeriums: 29.11.1866

Einnahmen im Medizinalwesen: 14.2.1868 →Gesundbrunnen

#### Einrichtung

- des Männer-Asylvereins: 30.10.1870
- des Zeughauses: 30.1.1877; 9.2.1877
- eines oberen Unterrichtsrates: 21.1.1879; 22.1.1879
- eines zentralen Viehmarktes: 9.11.1877
- städtischer Schlachthäuser: 16.3.1877; 17.3.1877; 20.3.1877; 21.3.1877; 22.3.1877; 13.4.1877; 9.11.1877; 19.1.1881

Eintragung von Findelkindern in das Geburtsregister: 20.12.1873

Eintritt der Südstaaten in den Nordbund: 27.9.1870

Einverleibung

- der Unterelbe (Altonas): 8.6.1880; 6.1.1882
- Lauenburgs: 28.3.1876; 4.4.1876; 6.4.1876; 29.4.1876

Eisenbahn,

- Berlin-Dresdner: 27.2.1877
- Köln-Mindener: 17.1.1869

Eisenbahnaktien: 17.1.1869

Eisenbahnanleihen: 3.2.1870; 9.2.1870

Eisenbahnbau-Gesellschaft: 14.12.1877 →Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft

Eisenbahnetat: 9.2.1879

Eisenbahngesetz: 30.4.1876

Eisenbahnjurisprudenz: 5.2.1880

Eisenbahnverwaltung: 13.12.1877

Elbfelder Zeitung: 10.4.1872

Elbschifffahrtsakte: 10.5.1880; 8.6.1880; 25.6.1880; 26.6.1880

Elbzoll, Aufhebung des: 7.12.1866

„Elsaß-Lothringische Zeitung“: 25.4.1882; 26.4.1882

Emanzipation und Verweltlichung des Staates: 18.1.1873

Emdener Heringsfischerei-Aktiengesellschaft: 3.3.1877

Engelsburg: 31.5.1877 →Rothenburg o. d. Tauber

Entchristlichung der Schule: 9.2.1872 →Christianisierung der Schule

Enteignung von Grundeigentum: 28.4.1874; 29.4.1874

Enthüllungsfeier Siegesdenkmal: 22.8.1873

Entlastung der Staatsregierung: 25.2.1868

Entschädigung

- der Fürsten: 11.12.1867



- für den norddeutschen Bund: 8.1.1871
- im Seuchenfall: 29.5.1875

Ent- und Bewässerungsgenossenschaften: 17.1.1871

Entwicklung der

- europäischen Nationalitäten: 7.4.1872 →Barmen; 10.4.1872
- Volksbildung: 20.3.1885

Entwurf

- der Provinzialordnung für Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen: 10.2.1875
- einer neuen Bauordnung: 2.11.1877; 16.11.1877
- eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen: 9.2.1875; 10.2.1875; 11.2.1875; 12.2.1875; 13.2.1875; 28.2.1875

Erbauung höherer Lehranstalten: 12.11.1875

Erfahrungen im

- Kaukasus: 17.8.1882 →DAG
- Reichstag: 1.5.1880 →freier Verein der Fortschrittspartei

Erfassung der Todesursache in die Sterberegister: 25.2.1874

Erfinder würden nicht geboren: 15.10.1873

Erforschung der Polargegend: 15.3.1881; 9.4.1881; 27.4.1881; 28.4.1881

Ergebnis der Verhandlungen des Vorstandes des Berliner Hilfsvereins mit General v. Canstein: 7.12.1870

Ergebnisse der Grundwasserbeobachtungen veröffentlichen: 21.6.1870

Erhöhung

- der Einkommenssteuer: 14.2.1868; 16.2.1868
- der Einkommenssteuer unzulässig: 2.3.1871
- der Haus- und Mietsteuer: 8.11.1867; 23.1.1868 →Defizit, städtisches; 31.1.1868; 16.2.1868; 18.2.1868; 25.2.1868
- der Krondotation: 13.12.1867

Erkenntnisdrang: 5.11.1881

Erkrankung: 4.11.1882; 8.11.1882; 10.11.1882; 15.11.1882; 27.11.1882; 29.11.1882; 7.1.1883

Erlass, königlicher: 26.1.1882

Ernährungslehre: 12.11.1884 →Berliner Handwerkerverein

## Ernennung

- eines Kreishauptmannes: 21.3.1875
- und Entlassung der Minister: 24.6.1876

Eroberungsrecht, mittelalterliches: 28.8.1866 →Selbstbestimmungsrecht der Völker, Annexionskommission

Eröffnungsrede: 5.8.1880 →DAG

## Errichtung

- einer Gewerbeschule statt einer Realschule: 15.2.1867
- einer Handwerkerschule: 17.10.1879
- höherer Lehranstalten: 21.1.1873; 24.1.1873
- einer höheren Töchterschule: 22.11.1878
- öffentlicher Spielplätze: 22.6.1872 →Fröbel
- von Markthallen 8.11.1872

Ersatzwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis: 19.3.1880; 13.4.1880

Ersatzwahlen der Stadtverordneten: 5.7.1874

Erweiterung der Geschäftsräume des Finanzministeriums: 18.12.1867

Erweiterungsbauten der städtischen Wasserwerke: 8.6.1883

## Erwerb

- der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn: 4.2.1880
- von Grundstücken zum Bau einer geburtshilflichen Klinik: 27.11.1878; 6.12.1878  
→Budgetkommission

## Erziehung

- der Ärzte: 15.8.1879
- des Menschen zu freier sittlicher Selbstbestimmung: 27.9.1873
- des Volkes zur Gesetzlichkeit: 25.1.1870
- für das Leben: 20.2.1868 →Aufgabe der Schule
- politische 4.11.1869 →Wahlrecht
- zwischen Abgeordnetem und dem Wahlkörper: 27.6.1867

Eskimos: 23.3.1878; 19.6.1878; 30.10.1880; 9.11.1880

## Etat

- der Elementarschulen: 15.12.1880
- der Forstverwaltung: 7.2.1875
- der Generalordenskommission: 8.12.1867
- der Haus- und Mietssteuerverwaltung: 29.10.1872

- der Kunstmuseen: 12.2.1880
- der Lokalpolizeibehörden in den Provinzen und in Berlin: 15.1.1868
- der Provinzial-Medizinalbehörde: 5.12.1869
- der Universitäten: 31.1.1874
- des Auswärtigen Amtes: 30.11.1881; 1.12.1881
- des Elementarschulwesens: 25.1.1881
- des Finanzministeriums: 11.1.1880; 16.2.1880; 17.2.1880
- Innenministeriums: 3.12.1880; 25.2.1882; 26.2.1882
- des Justizministeriums: 15.1.1869; 7.3.1882
- des Kultusministeriums: 31.1.1874; 11.3.1876; 19.12.1877; 11.2.1879; 15.2.1882; 3.3.1885
- des Landwirtschaftsministeriums: 6.12.1866; 24.2.1875; 27.11.1880
- des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten: 10.12.1868
- des Staatsministeriums: 26.1.1873
- für Kunst und Wissenschaft: 3.12.1869; 16.12.1880
- Park- und Gartenverwaltung: 9.4.1878

Etatberatungen: 15.12.1866; 24.11.1867

Etatgesetz: 15.2.1866; 19.12.1866; 21.12.1867; 2.12.1868; 15.2.1879

Etatjahr: 21.3.1876

Etatrecht: 19.8.1866 → Adresskommission

Etatüberschreitungen: 27.2.1869 → Akte, formelle ohne Bedeutung; 11.2.1871; 17.2.1871; 25.1.1881

Etatüberschreitungen seit 15 Jahren: 6.11.1869

Ethnologie der ostbaltischen Länder: 9.3.1878; 14.3.1878 → BAG

Etrurien: 9.4.1870

Eulenburgsche Pressordonanz: 10.5.1871

Europa

- behauptet den Standpunkt seiner Intelligenz: 20.9.1868
- im bewaffneten Frieden: 31.8.1870

Exkursion zum Ammersee: 22.8.1875

Expedition, ostasiatische: 1.3.1873

Expropriationsgesetz: 18.12.1873; 8.5.1874

Extraordinat in der Dermatologie: 23.2.1885; 24.2.1885; 26.2.1885; 27.2.1885

Extraordinate: 26.2.1885; 27.2.1885

## **F**

Fachprofessoren als Fach-Examinatoren: 16.12.1868 → Lehrmonopol mit Beeinträchtigung der Lehrfreiheit

Fälschung

- von Ausgrabungsgegenständen: 24.12.1879 → Schliemann
- von Einladungen: 21.7.1878; 24.7.1878; 27.7.1878

Fahne der Denkfreiheit: 15.12.1868

Fakultät,

- medizinische: 25.5.1873 → Blumenbachsches Reisestipendium
- theologische: 5.2.1884

Falksche Kirchengesetzgebung: 8.11.1873

Fallstricke der Kirche: 18.1.1873

Fatalismus, türkischer: 9.1.1880

Feldpostbriefe: 7.10.1870; 13.1.1870; 14.10.1870; 15.10.1870; 18.10.1870; 19.10.1870; 21.10.1870; 22.10.1870

Familien- und Parteifest der Fortschrittspartei: 11.2.1879

Familieninteressen des Feudalismus: 24.1.1868

Feiertagsöffnung der Museen: 17.3.1876

Fensterurne: 24.1.1884

Festessen

- beider Fraktionen der Fortschrittspartei: 20.1.1882
- der Mitglieder der Fortschrittspartei: 16.12.1873
- in der Fischereiausstellung: 27.4.1880

Festigung des Friedens: 30.9.1876

Festmahl

- der Fortschrittspartei: 18.11.1877 → Allnoch
- für die Truppen: 25.8.1866; 31.8.1866

Festrede

- für Schliemann: 1.7.1881; 8.7.1881
- für das erste Stiftungsfest der Handwerkervereins für den Westen und Süden: 15.3.1885
- zum Stiftungsfest des Berliner Handwerkervereins: 22.6.1884; 28.6.1884; 30.6.1884

Festsouper im Ratskeller (München): 12.8.1875

Feststellung städtischer Wahlbezirke: 9.3.1866

Feudalismus: 6.11.1867  
Feuerlöschdienst: 5.12.1866  
Feuersteine: 22.4.1885 →Verona  
Feuersteinmesser: 8.9.1877; 18.3.1884  
Feuersteinsplitter: 16.9.1871  
Feuerländer: 16.11.1881  
Feuernekropole: 19.2.1884 →Hissarlik  
Fibeln, römische: 29.10.1885  
Fideicommissvermögen: 10.2.1881  
Filigranschmuck: 8.8.1880 →Hacksilberfunde  
Filterbassins: 3.6.1881; 24.11.1881; 27.1.1882  
Finanzierung neuer Baracken für Kranke: 10.4.1873  
Finanzlage der Stadt Berlin: 10.12.1867; 14.12.1867  
Finanzoperationen, v. d. Heydtsche: 15.2.1871  
Finnen: 30.6.1872 →Prof. Hjelt  
Fischereiausstellung, Internationale: 20.4.1880; 21.4.1880; 27.4.1880; 18.6.1880; 19.6.1880  
Fischereigesetz: 13.11.1872; 18.12.1872 →Schonungsbestimmungen; 14.2.1873; 28.1.1880  
Fischereikommission: 14.2.1873  
Fischerei-Polizei-Gesetz: 25.2.1869  
Fiskus: 18.1.1872 →Pflasterungspflicht  
Fleischbeschau: 15.1.2.1866; 16.3.1877; 19.1.1881  
Flottenmanöver: 11.9.1884 →Kiel  
Föderalismus: 5.12.1868 →Windthorst  
Förderung allgemeiner menschlicher Bildung: 20.9.1868 →Naturwissenschaften in den Schulen  
Fond zur Selbstverwaltung der Provinzen: 23.1.1869  
Forensen: 30.5.1876; 1.6.1876  
Formalismus und Unterdrückung einer freien Geisteshaltung (Zensur): 9.5.1875  
Forschung,  
- dogmenfreie: 24.9.1867  
- prähistorische: 24.5.1883 →Italien; 21.6.1883  
Forschungen über Lachszucht (Rhein): 7.4.1872  
Forstakademie: 19.12.1871 →Münden; 7.2.1875  
Forstlehranstalt: 14.2.1868 →Hessen; 6.1.1871

Fortbildungen für Ärzte: 9.1.1877

Fortbildungsschulen: 18.3.1881

- ländliche: 13.3.1875
- landwirtschaftliche: 24.11.1869

Fortführung der Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen:

15.12.1877; 2.12.1877

Fortschritte

- der Kriegsheilkunde: 29.8.1874
- in der Pathologie: 22.9.1867 → Versammlung deutscher Naturforscher; 24.9.1867
- nur durch die Initiative des Volkes: 24.2.1869

Fortschrittspartei: 17.1.1866; 19.1.1866; 20.1.1866; 9.7.1866; 7.8.1866; 10.8.1866;  
25.6.1867; 26.7.1867; 13.8.1867; 19.9.1867; 12.10.1867; 6.11.1867; 29.11.1867; 5.12.1867;  
10.12.1867; 14.2.1868; 12.11.1868; 15.11.1868; 18.11.1868; 25.11.1868; 10.12.1868;  
15.12.1868; 24.2.1869; 18.3.1869; 22.10.1869; 29.10.1869; 6.11.1869; 7.11.1869;  
26.11.1869; 30.11.1869; 16.9.1870; 27.9.1870; 5.1.1871; 19.1.1871; 29.1.1871, 17.2.1871;  
30.11.1871; 9.12.1871; 22.2.1872; 3.3.1872; 12.3.1872; 25.10.1872; 17.11.1872; 8.12.1872;  
11.2.1873; 9.3.1873, 22.3.1873; 26.3.1873; 13.8.1873; 24.10.1873; 2.11.1873; 16.12.1873;  
17.1.1874; 22.5.1874; 14.6.1874; 31.10.1874; 28.2.1875; 11.3.1875; 23.3.1875; 11.5.1875,  
2.6.1875; 9.6.1875; 23.1.1876; 30.1.1876; 18.2.1876; 20.2.1876; 28.3.1876; 11.4.1876;  
23.5.1876; 30.5.1876; 29.6.1876; 30.6.1876; 1.7.1876; 25.8.1876; 19.10.1876; 20.10.1876;  
25.12.1876; 14.1.1877; 14.2.1877; 30.3.1877; 17.10.1877; 24.10.1877; 26.10.1877;  
27.10.1877; 31.10.1877; 3.11.1877; 6.11.1877; 18.11.1877; 5.2.1878; 28.3.1878; 24.4.1878;  
9.6.1878; 18.6.1878; 21.6.1878; 30.6.1878; 21.7.1878; 24.7.1878; 25.10.1878; 26.11.1878;  
28.11.1878; 10.12.1878; 25.12.1878; 1.2.1879; 27.2.1879; 4.10.1879; 11.11.1879;  
16.11.1879; 9.1.1880; 25.1.1880; 10.2.1880; 26.2.1880; 28.2.1880; 19.3.1880; 21.3.1880;  
1.5.1880; 11.5.1880; 29.5.1880; 30.5.1880; 12.8.1880; 11.9.1880; 3.12.1880; 27.1.1881;  
30.1.1881; 2.2.1881; 1.3.1881; 9.6.1881; 17.6.1881; 18.6.1881; 23.6.1881; 13.9.1881;  
18.9.1881; 21.9.1881; 5.10.1881; 15.10.1881; 20.10.1881; 21.10.1881; 25.10.1881;  
5.11.1881; 22.11.1881; 1.12.1881; 3.12.1881; 16.12.1881; 15.1.1882; 18.1.1882; 20.1.1882;  
24.1.1882; 26.1.1882; 8.2.1882; 13.3.1882; 21.2.1882; 19.3.1882; 28.10.1882; 7.12.1882;  
17.12.1883; 5.12.1883; 6.12.1883; 13.12.1883; 7.3.1884; 16.3.1884; 23.6.1884; 8.9.1884;  
16.9.1884; 19.9.1884; 30.9.1884; 28.10.1884; 14.12.1884; 27.1.1885; 29.1.1885

Frage der Nationalität: 10.4.1872

Fragen der inneren Politik: 22.1.1884; 21.2.1884; 23.2.1884 →Oranienburger-Tor-Bezirksverein

Fragerecht der Volksvertretung: 20.2.1872 →Oberrechnungskammer

Fraktion, polnische: 31.5.1876

Fraktionstreffen: 30.11.1871 →Trarbach

Fraktionssitzung(Verlegung): 14.1.1873

„Frankfurter Zeitung“: 9.2.1879; 10.2.1879

Frakturschrift: 6.2.1884

Frau als ebenbürtige Gefährtin des Mannes: 6.1.1877

Frauen: 11.11.1869

Frauen an der Kunstakademie: 14.3.1875 →Möglichkeiten von Frauen

Frauen- und Kinderarbeit: 8.11.1884

Freie Wahlen für geeignetsten Kandidaten: 17.3.1872 →Großgrundbesitzer nicht geborene Führer

Freie Vereinigung der Gemeinden: 2.2.176

Freihafenstellung Hamburgs: 11.5.1881

Freiheit

- als Geschenk: 25.12.1868
- der Kirche: 28.11.1869; 12.6.1883; 13.6.1883; 26.6.1883
- der religiösen Überzeugung: 30.1.1879
- der Wissenschaft im modernen Staatsleben: 25.9.1877; 9.2.1878
- des Individuums: 8.3.1870; 23.2.1877; 11.2.1879; 1.12.1881
- für alle: 7.7.1878
- im geeinigten Deutschland: 29.1.1871 →Fortschrittspartei
- individuelle: 30.10.1877
- in Frankreich in mitten des Krieges: 15.2.1871
- nicht ohne Konflikte: 24.8.1866 →Weg ohne Krieg
- politische: 9.9.1884
- religiöse: 26.2.1873; 23.2.1877; 11.2.1879

Freiheit, Bildung und die edleren Ziele der Menschheit: 26.3.1873 →Wahlaufruf

Freikonservative: 31.3.1882

Freimaurer: 23.6.1883

Frieden, bewaffneter: 10.12.1867; 20.9.1868; 9.11.1879

Friedensbedürfnis: 30.5.1880

Friedenstoga: 19.1.1879

Friedrichs-Realschule: 20.3.1875

Friedrich-Werder-Gymnasium: 22.1.1867 (Verlegung); 26.5.1870 →Dorotheenstädtische Realschule

Friedrich-Werderscher Bezirksverein: 22.4.1868; 3.11.1869

Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame: 22.3.1866

Friedrich-Wilhelm-Institut, medizinisch-chirurgisches: 4.8.1868; 20.10.1881

Fröbelsche Methode in Schule und Seminarien: 22.6.1872

Führer im Frieden: 14.2.1868

Führung von Standesbüchern: 19.12.1873; 20.12.1873

Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten: 27.2.1881; 20.3.1882; 25.3.1882

Fürst der modernen Medizin: 29.11.1881

Fürsten, deposedierte: 29.11.1868

Fütterungskosten von Reptilien: 1.6.1875

Fuhrkostenentschädigung: 10.2.1871 → Vergütung von gerichtsarztlichen, medizinal- oder sanitätspolizeilichen Geschäften der Medizinalbeamten

Funde,

- diluviale: 24.1.1877 →Taubach
- etruskische und römische: 11.8.1880
- prähistorische: 13.2.1883 →Tangermünde
- slawische: 18.8.1878
- Spandauer: 23.5.1882

Fundstücke, fossile: 13.1.1866

## **G**

Gasanstalt: 20.2.1872 →Stadthaushaltsetat; 21.2.1868

Gassteuer, allgemeine: 18.2.1874; 20.2.1874

Gaswerke, städtische: 18.2.1874; 20.2.1874

„Gaulois“: 29.11.1881

Geburtstag

- der Fortschrittspartei: 9.6.1881
- von V (60): 13.9.1881; 13.10.1881; 16.10.1881; 18.10.1881; 1.11.1881; 20.11.1881; 22.11.1881



Geburtstagsfeier von Kochhann: 12.5.1874

Gedankenfreiheit: 23.12.1868

Gedenkstein zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr des Kaisers: 2.3.1879

Gefangene werden als lebendiges Zeugnis für die französische Niederlage verwendet:  
15.10.1870

Geist

- des Protestantismus: 1.2.1872
- griechischer: 20.5.1879

Geistliche

- als Erzieher des Volkes: 11.3.1873
- von der Führung der Standesbücher ausschließen: 19.12..1873

Gefährlichkeit des Straßenkehrichts: 8.10.1875

Gehaltserhöhung für Beamte der höchsten Kategorie: 13.12.1867

Geheimmittel-Unwesen: 24.6.1883

Geist, deutscher: 25.12.1868

Geisteskrankheiten: 14.12.1880

Gegenversammlung zu Vs Landtagskandidatur: 15.11.1870

Gegner des Staatseisenbahnbaus: 17.5.1873

Geld im Lande behalten, nicht ins Zulu-Land: 19.12.1869 →Missionsförderung streichen

Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung: 14.1.1870

Geldbewilligungsdeputation: 16.3.1866; 19.1.1867; 22.1.1869; 20.1.1871; 23.1.1873;  
12.12.1873; 11.12.1874; 22.1.1875; 6.2.1875

Geldbewilligungsmaschine: 12.9.1866 →norddeutsches Parlament

Geldmittel für Reservelazarette: 29.7.1870

Gemeindeeinkommenssteuersatz: 28.1.1871; 17.2.1871

Gemeindefreiheit: 5.12.1868; 1.2.1872; 25.11.1877; 19.12.1877; 22.6.1880

Gemeindefriedhof, neuer: 29.6.1879; 28.11.1879

Gemeindekrankenversicherung: 21.11.1884; 28.11.1884

Gemeindeordnung: 17.1.1869; 17.3.1872 →Kreisordnung

Gemeindeprinzip, protestantisches: 7.2.1880

Gemeindeschule mit Wasserheizung: 5.3.1880

Gemeindeschulwesen, Reformen im: 23.1.1866; 27.1.1866

Gemeindewaisenrat: 5.11.1875

Gemeinsame Arbeit von Frauen aller Stände: 4.6.1871 →Baracken-Lazarett

Gendarmen unterliegen dem Militärrecht: 8.12.1868

Gendarmerie: 8.12.1868

Generalbericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchungen der auf Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen: 15.1.1873

Generalsynodalordnung: 21.1.1876; 23.1.1876 s.a. Synodalordnung

Generalsynode: 1.12.1875; 17.12.1875; 10.5.1876

Generalversammlung

- der DAG in

- Berlin: 16.8.1879; 26.2.1880; 5.8.1880; 6.8.1880; 8.8.1880; 10.8.1880; 11.8.1880; 12.8.1880
- Breslau: 6.8.1884; 8.8.1884; 12.8.1884
- Dresden: 18.9.1874
- Frankfurt/Main: 15.8.1882; 17.8.1882; 18.8.1882; 20.8.1882; 25.10.1882
- Jena: 5.11.1876
- Karlsruhe: 9.8.1885; 11.8.1885; 12.8.1885
- Kiel: 19.6.1878; 14.8.1878; 16.8.1878; 18.8.1878; 20.8.1878
- Konstanz: 28.9.1877; 29.9.1877; 30.9.1877
- Lübeck: 24.8.1878
- München: 6.7.1875; 12.8.1875; 14.8.1875; 17.8.1875; 18.8.1875; 20.8.1875; 21.8.1875; 22.8.1875
- Regensburg: 9.8.1881; 12.8.1881; 16.8.1881
- Schwerin: 18.8.1871; 21.8.1871; 27.9.1871
- Straßburg: 14.8.1879; 16.8.1879; 17.8.1879
- Stuttgart: 31.7.1872
- Trier: 11.8.1883; 12.8.1883; 14.8.1883; 15.8.1883; 16.8.1883; 22..11.1883

- der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung: 14.6.1879

- des Berliner Arbeitervereins: 16.1.1868

- des Berliner Hilfsvereins für die deutschen Armeen im Felde: 21.1.1871; 29.1.1871

- des deutschen Fischereivereins: 24.4.1880

- des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei: 5.12.1867; 10.12.1867; 10.12.18168; 15.12.1868

Genesungsreise: 15.3.1883

Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels: 9.12.1885

Gerechtigkeit, absolute versus relative Gerechtigkeit: 22.12.1867

Gerichtshof,

- kirchlicher: 13.3.1882; 12.6.1883; 13.6.1883
- kleiner: 22.1.1879

Gerichtslaube: 6.5.1869; 3.12.1869

Gerichtsverfassungsgesetz: 8.2.1878

Germanentheorie: 17.8.1881

„Germania“: 21.11.1880

Germanisierung: 13.1.1880

Germanisierung der Ortsnamen: 2.12.1877

„German Quarterly Magazine“: 3.10.1871 → Lüderitzsche Verlagshandlung

Gesamtverzeichnis aller anthropologischen Sammlungen: 21.8.1875 → Dr. Voß

Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl: 7.3.1882; 8.3.1882

Geschäftsführer der Versammlung der Naturforscher und Ärzte 1886: 20.9.1885

Geschäftsordnung: 22.1.1880; 14.12.1883 → SVV

Geschichte des Kochens: 28.12.1876

Gesellschaft der Wasserwerke, englische: 17.11.1871

Gesellschaft, europäische, in größter Ungleichheit: 27.9.1873

Gesetze

- des Menschen göttliche Gesetze: 25.12.1868
- kirchenpolitische: 29.5.1880; 22.6.1880; 25.6.1880; 28.6.1880; 29.6.1880; 8.2.1882; 12.2.1882; 31.3.1882; 12.6.1883; 13.6.1883; 22.6.1883; 23.6.1883; 25.6.1883; 26.6.1883; 1.7.1883

Gesetz

- über die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein: 6.2.1869
- zur Verhütung des Missbrauchs der Vereinsfreiheit: 30.6.1878

Gesetzliche Gewähr der Glaubens- und Gewissensfreiheit: 9.2.1872

Gesichtsform, pithekoide: 15.8.1883

Gesichtsurne: 3.6.1870; 2.12.1870; 16.4.1871; 16.9.1871; 16.9.1872 → Feuersteinsplitter; 26.4.1873; 21.12.1883 → Kischau; 22.4.1885 → Warschau; 19.5.1885 → Garzigar

Gesinnung, republikanische: 21.2.1882

Gestaltung des Staatsministeriums: 24.6.1876

Gesundbrunnen: 14.2.1868 → Einnahmen des Medizinalwesens

Gesundheitspflege, öffentliche: 24.9.1867; 28.1.1868; 11.2.1868; 5.12.1869; 1.3.1873;  
 10.2.1875  
 Gesundheitszustände: 24.11.1872  
 Getreidezölle: 21.10.1881; 29.1.1885; 30.1.1885; 1.2.1885  
 Gewaltmaßregeln der äußeren Politik durch Ausnahme Gesetze sanktionieren: 29.11.1868  
 Gewerbeakademie: 2.3.1875; 6.3.1875  
 Gewerbemuseum: 2.3.1875; 14.3.1875  
 Gewerkvereine: 17.7.1878  
 Gewinnung von reinem Brunnenwasser für die öffentliche Wasserleitung: 30.11.1883  
 Gewissen als etwas Anerzogenes: 27.9.1873  
 Gipssammlung: 1.3.1873  
 Glasfuß-Fibula: 24.1.1884  
 Glauben an den Fortschritt in der Erkenntnis der Wahrheit: 27.9.1873  
 Glaubensfreiheit: 25.12.1868 →Denkfreiheit  
 Gleichberechtigung
 

- aller Konfessionen: 7.4.1875
- bei alle Wahlen: 4.11.1869
- der Juden: 31.7.1868
- mit Glaubens- und Denkfreiheit: 15.12.1868

 Gleichzeitiges Bestehen von Kanalisation und Abfuhr: 15.1.1873  
 „Globe“: 1.2.1866 →Herzogtum Lauenburg  
 Glückwunschadresse: 15.11.1881; 18.11.1881; 22.11.1881  
 Glückwunschtelegramm: 15.10.1881  
 Goldschatz von Pietroessa: 12.8.1885  
 Gorillaschädel: 29.1.1876  
 Gräber des Leonidas: 6.2.1883  
 Gräberfeld aus römischer Zeit in Ostpreußen: 2.12.1870; 16.4.1871  
 Gräberfelder,
 

- Märkische: 20.11.1875
- Transkaukasische: 18.7.1882

 Gräfe-Denkmal: 7.12.1872  
 Grafen den reichsunmittelbaren Charakter absprechen: 17.5.1874  
 Granitstein mit Darstellung eines Reiters: 26.4.1873  
 Gratifikationen der Kuratoren: 31.1.1874

## Grenzen

- der Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel: 19.3.1873
- von Inhalt und Geist: 7.4.1872 →Elberfeld

Grenzkontrollen, veterinärpolizeiliche: 13.2.1877

Grundbesitzer nicht die geborenen, sondern erzogene Führer: 17.3.1872

## Grundlage

- der politischen Treue: 11.1.1870
- der Selbstverwaltung: 20.2.1875

Grund- und Gebäudesteuer: 20.3.1872

Grundwasserbeobachtungen: 21.6.1870

Grundwasser, Stand des: 23.1.1866; 27.1.1866; 30.7.1868

Grundwasserverhältnisse. 24.11.1872

Grundzüge der prähistorischen Wissenschaft: 12.8.1875

Gruß-Telegramm: 17.2.1871 →Grabow

## Gutachten über die

- Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge an den Schulen: 22.4.1870, 23.4.1870
- die Gesundheit benachteiligenden Einflüsse der Schulen: 2.7.1871

## H

Haar zur Rassenbestimmung: 30.6.1885

Häufung der Prüfungsinstanzen: 18.3.1876

Hacksilberfunde: 8.8.1880 →Filigranschmuck

Haftungsrecht für Minister: 15.2.1866

„Haltet Frieden und gebt Freiheit!“: 18.11.1868

„Hamburger Correspondenz“: 12.5.1880; 13.5.1880

„Hamburger Courier“: 3.2.1877

Handwerkerschule: 20.2.1880; 6.6.1884

Hauptsammler (Radialsystem). 13.6.1884

## Haus der Abgeordneten:

- **1866**: 20.1.1866; 24.1.1866; 4.2.1866; 9.2.1866; 10.2.1866; 11.2.1866; 23.2.1866; 7.8.1866; 8.8.1866; 14.8.1866; 15.8.1866; 24.8.1866; 25.8.1866; 2.9.1866; 4.9.1866; 5.9.1866; 12.9.1866; 13.9.1866; 14.9.1866; 20.9.1866; 26.9.1866; 14.11.1866; 17.11.1866; 22.11.1866; 24.11.1866; 25.11.1866; 28.11.1866; 29.11.1866; 1.12.1866;

- 2.12.1866; 5.12.1866; 6.12.1866; 7.12.1866; 8.12.1866; 11.12.1866; 12.12.1866;  
13.12.1866; 15.12.1866; 19.12.1866; 21.12.1866
- **1867**: 10.1.1867; 18.1.1867; 23.1.1867; 26.1.1867; 30.1.1867; 31.1.1867; 2.2.1867;  
7.2.1867; 2.5.1867; 7.5.1867; 8.5.1867; 9.5.1867; 1.6.1867; 21.11.1867; 24.11.1867;  
3.12.1867; 4.12.1867; 8.12.1867; 10.12.1867; 12.12.1867; 13.12.1867; 15.12.1867;  
18.12.1867; 19.12.1867; 21.12.1867; 22.12.1867
  - **1868**: 15.1.1868; 16.1.1868; 19.1.1868; 21.1.1868; 24.1.1868; 25.1.1868; 26.1.1868;  
28.1.1868; 31.1.1868; 7.2.1868; 8.2.1868; 11.2.1868; 14.2.1868; 23.2.1868;  
25.2.1868; 27.2.1868; 29.2.1868; 7.11.1868; 18.11.1868; 20.11.1868; 21.11.1868;  
27.11.1868; 2.12.1868; 5.12.1868; 6.12.1868; 8.12.1868; 10.12.1868; 13.12.1868;  
15.12.1868; 16.12.1868; 17.12.1868; 20.12.1868
  - **1869**: 10.1.1869; 15.1.1869; 17.1.1869; 30.1.1869; 2.2.1869; 6.2.1869; 7.2.1869;  
17.2.1869; 18.2.1869; 25.2.1869; 27.2.1869; 4.3.1869; 13.10.1869; 17.10.1869;  
23.10.1869; 30.10.1869; 4.11.1869; 5.11.1869; 6.11.1869; 21.11.1869; 24.11.1869;  
27.11.1869; 28.11.1869; 1.12.1869; 2.12.1869; 3.12.1869; 5.12.1869; 10.12.1869;  
11.12.1869; 15.12.1869; 18.12.1869; 19.12.1869
  - **1870**: 11.1.1870; 23.1.1870; 25.1.1870; 28.1.1870; 2.2.1870; 4.2.1870; 9.2.1870;  
10.2.1870; 11.2.1870; 12.2.1870; 13.2.1870; 23.12.1870
  - **1871**: 6.1.1871; 8.1.1871; 14.1.1871; 17.1.1871; 19.1.1871; 31.1.1871; 10.2.1871;  
12.2.1871; 15.2.1871; 17.2.1871; 2.12.1871; 13.12.1871; 19.12.1871; 21.12.1871
  - **1872**: 10.1.1872; 18.1.1872; 23.1.1872; 1.2.1872; 2.2.1872; 9.2.1872; 11.2.1872;  
14.2.1872; 16.2.1872; 17.2.1872; 18.2.1872; 20.2.1872; 27.2.1872; 29.2.1872;  
3.3.1872; 15.3.1872; 17.3.1872; 20.3.1872; 22.3.1872; 7.6.1872; 8.6.1872; 11.6.1872;  
14.11.1872; 19.11.1872; 21.11.1872; 22.11.1872; 23.11.1872; 24.11.1872;  
27.11.1872; 28.11.1872; 5.12.1872; 18.12.1872
  - **1873**: 8.1.1873; 18.1.1873; 26.1.1873; 28.1.1873; 29.1.1873; 31.1.1873; 1.2.1873;  
19.2.1873; 26.2.1873; 27.2.1873; 1.3.1873; 2.3.1873; 8.3.1873; 9.3.1873; 11.3.1873;  
15.3.1873; 19.3.1873; 14.5.1873; 16.5.1873; 17.5.1873; 23.11.1873; 26.11.1873;  
27.11.1873; 29.11.1873; 2.12.1873; 4.12.1873; 7.12.1873; 10.12.1873; 11.12.1873;  
14.12.1873; 19.12.1873; 20.12.1873; 21.12.1873
  - **1874**: 20.1.1874; 24.1.1874; 28.1.1874; 31.1.1874; 3.2.1874; 10.2.1874; 11.2.1874;  
25.2.1874; 28.4.1874; 29.4.1874; 2.5.1874; 5.5.1874; 7.5.1874; 8.5.1874; 12.5.1874;  
20.5.1874

- **1875:** 19.1.1875; 7.2.1875; 9.2.1875; 10.2.1875; 11.2.1875; 12.2.1875; 24.2.1875;  
27.2.1875; 2.3.1875; 6.3.1875; 10.3.1875; 11.3.1875; 13.3.1875; 14.3.1875;  
16.3.1875; 21.3.1875; 6.4.1875; 7.4.1875; 8.4.1875; 9.4.1875; 10.4.1875; 11.4.1875;  
13.4.1875; 17.4.1875; 18.4.1875; 9.5.1875; 11.5.1875; 29.5.1875; 1.6.1875; 2.6.1875;  
5.6.1875; 8.6.1875; 9.6.1875; 10.6.1875; 11.6.1875
- **1876:** 18.1.1876; 22.1.1876; 22.1.1876; 23.1.1876; 24.2.1876; 27.2.1876; 29.2.1876;  
3.3.1876; 11.3.1876; 16.3.1876; 17.3.1876; 18.3.1876; 21.3.1876; 28.3.1876;  
4.4.1876; 6.4.1876; 8.4.1876; 27.4.1876; 29.4.1876; 30.4.1876; 5.5.1876; 6.5.1876;  
10.5.1876; 16.5.1876; 27.5.1876; 28.5.1876; 30.5.1876; 1.6.1876; 24.6.1876;  
28.6.1876; 1.7.1876
- **1877:** 20.1.1877; 1.2.1877; 9.2.1877; 13.2.1877; 18.2.1877; 23.2.1877; 24.2.1877;  
25.2.1877; 27.2.1877; 28.2.1877; 1.3.1877; 3.3.1877; 24.10.1877; 27.10.1877;  
28.10.1877; 1.11.1877; 3.11.1877; 7.11.1877; 22.11.1877; 25.11.1877; 29.11.1877;  
2.12.1877; 6.12.1877; 7.12.1877; 11.12.1877; 13.12.1877; 14.12.1877; 15.12.1877;  
19.12.1877; 20.12.1877
- **1878:** 11.1.1878; 24.1.1878; 29.1.1878; 8.2.1878; 9.2.1878; 16.3.1878; 17.3.1878;  
21.3.1878; 22.3.1878; 24.3.1878; 28.3.1878; 10.12.1878; 14.12.1878; 15.12.1878
- **1879:** 12.1.1879; 18.1.1879; 19.1.1879; 21.1.1879; 22.1.1879; 24.1.1879; 30.1.1879;  
8.2.1879; 9.2.1879; 10.2.1879; 11.2.1879; 15.2.1879; 4.11.1879; 8.11.1879;  
9.11.1879; 11.11.1879; 12.11.1879; 14.11.1879; 18.12.1879; 20.12.1879
- **1880:** 11.1.1880; 13.1.1880; 17.1.1880; 18.1.1880; 22.1.1880; 28.1.1880; 4.2.1880;  
5.2.1880; 7.2.1880; 8.2.1880; 10.2.1880; 11.2.1880; 13.2.1880; 14.2.1880; 16.2.1880;  
17.2.1880; 19.2.1880; 20.2.1880; 29.5.1880; 30.5.1880; 19.6.1880 22.6.1880;  
25.6.1880; 26.6.1880; 28.6.1880; 29.6.1880; 13.11.1880; 20.11.1880; 21.11.1880;  
22.11.1880; 23.11.1880; 27.11.1880; 3.12.1880; 4.12.1880; 6.12.1880; 7.12.1880;  
13.12.1880; 14.12.1880; 15.12.1880; 16.1.218880; 19.12.1880
- **1881:** 19.1.1881; 24.1.1881; 25.1.1881; 27.1.1881; 29.1.1881; 7.2.1881; 10.2.1881;  
11.2.1881; 17.2.1881; 23.2.1881; 30.11.1881;
- **1882:** 1.2.1882; 8.2.1881; 15.2.1882; 19.2.1882; 21.2.1882; 22.2.1882; 25.2.1882;  
26.2.1882; 27.2.1882; 4.3.1882; 7.3.1882; 8.3.1882; 11.3.1882; 12.3.1882; 13.3.1882;  
14.3.1882; 15.3.1882; 16.3.1882; 19.3.1882; 24.3.1882; 25.3.1882; 30.3.1882;  
31.3.1882; 1.4.1882; 21.4.1882; 25.4.1882; 26.4.1882; 29.4.1882; 30.4.1882;  
23.11.1882

- **1883**: 26.2.1883; 27.2.1883; 3.3.1883; 9.3.1883; 12.6.1883; 13.6.1883; 22.6.1883, 23.6.1883, 25.6.1883, 26.6.1883; 5.12.1883; 6.12.1883; 12.12.1883; 13.12.1883
- **1884**: 1.2.1884; 2.2.1884; 4.2.1884; 5.2.1884; 6.2.1884; 8.2.1884; 9.2.1884; 10.2.1884; 11.2.1884; 12.2.1884; 14.2.1884; 6.3.1884;
- **1885**: 20.2.1885; 21.2.1885; 21.2.1885; 22.2.1885; 23.2.1885; 24.2.1885; 26.2.1885; 27.2.1885; 3.3.1885; 4.3.1885; 6.5.1885; 7.5.1885

Hauptziele der deutschen Fortschrittspartei: 30.3.1877

Hausmädchen: 26.5.1866; 2.3.1871; 27.11.1872

Hausmeierschaft: 30.6.1878

Haussteuer: 5.3.1868; 7.4.1868

Haus- und Mietsteuer: 2.3.1871

Hausurnen: 21.6.1883; 22.4.1885 →Gandow

Hautschaber: 18.3.1884

Heilkräfte des Organismus: 31.12.1875

Heilung durch Besprechung: 30.3.1866

Heimia: s. Vereine

Herabsetzung

- der Militärdienstzeit: 11.12.1866
- des Briefportos: 18.11.1868

Hermaphrodit: 10.6.1875 →Hohmann, Karl

Herrenhaus. 12.3.1872

Herstellung künstlicher Filter: 1.11.1878; 7.11.1879

Hetzapostel: 12.11.1884 →Stöcker

Hetze gegen V: 25.8.1884

Hierarchie als Selbstzweck: 18.1.1873

Hilfsarbeiter der Oberrechnungskammer: 6.5.1874; 12.5.1874

Hilfskassengesetz: 23.2.1884

Hochschule

- für Musik: 9.3.1883; 4.3.1885
- technische: 3.3.1885 →Charlottenburg

Hochschulen, landwirtschaftliche: 24.2.1875

Hochschulwesen: 29.11.1877

höhere Töchterschule: 13.4.1866; 23.6.1866

Höherer Ausgleich nur durch die Grundsätze der reinen Humanität: 18.10.1870



## Höhlen

- Thayingen: 5.11.1877; 28.9.1877; 29.9.1877; 30.9.1877
- westfälische: 26.6.1870

Höhlenfunde: 28.9.1877; 24.7.1883 →Mentone

Holz, Kohle und Petroleum: 8.4.1885 →Berliner Handwerkerverein

Homöopathie ist Aberglaube: 7.6.1872

Hospitäler: 15.11.1866 →Lazarette; 29.11.1866; 12.3.1869; 8.5.1869; 15.5.1869

Hospitaliter-Orden vom Heiligen Geist: 24.10.1877 →Akademie der Wissenschaften

Hospitalzug, Virchowscher: 7.10.1870; 13.1.1870; 14.10.1870; 15.10.1870; 18.10.1870;  
19.10.1870; 21.10.1870; 22.10.1870; 7.12.1870

Hostien, Wilsnacker: 13.4.1875

Hügelgräber bei Weissenfels: 24.1.1875

Hünengräber: 17.2.1866 →Pfahlbauten; 18.2.1866; 1.4.1869

Humboldt-Denkmal: 19.6.1869; 3.12.1869; 19.9.1876

Humboldt-Hain: 20.5.1870; 5.8.1870

Humboldt-Museum: 7.7.1869

Humboldt-Stiftung: 7.8.1869

Hundesteuer: 17.2.1881

Hungertyphus: 28.1.1868 →Probleme im System; 31.1.1868; 8.2.1868; 11.2.1868; 23.2.1868;  
18.3.1868; 11.12.1879

## I

Idiotenanstalt: 14.5.1880

Idole von Prillwitz: 7.7.1878

Impfinstitute: 1.3.1873

Immatrikulationsgebühren: 25.1.1868

Immatrikulationsgebühren für die Universitätsbibliothek: 17.12.1868

Indemnität: 15.8.1866; 17.8.1866; 1.9.1866; 2.9.1866; 4.9.1866; 5.9.1866; 14.9.1866;  
3.12.1867; 30.11.1869; 31.1.1871; 11.5.1880

Indemnitätsgesetz: 30.1.1867; 17.1.1869; 3.2.1870

Individuelle Freiheit als germanisches Recht: 27.9.1873

Inkommunalisierung: 6.3.1875

- des Terrains für öffentliche Schlachthäuser: 9.11.1877

Inkongruenz von Sprache und Stammesverwandtschaft: 10.4.1872

Inquisition, neue: 23.7.1878

Institut,

- geodätisches: 14.3.1875; 25.2.1877
- hygienisches: 7.8.1884
- meteorologisches: 6.12.1880; 7.12.1880
- mineralogisches: 8.2.1877
- pathologisches: 31.7.1868; 10.6.1875 →Besetzung der Assistentenstellen; 5.11.1881; 2.6.1882; 29.10.1882 →Marmorbüste von V; 7.8.1884; 15.11.1884
- pharmakologisches: 8.2.1877

Instruktionen für das städtische, statistische Büro: 1.11.1878

Intelligenz, städtische: 23.12.1868 →Waldeck, Twesten

Interkulturelles Wesen Grundlage der Moral: 8.3.1870

Intoleranz eigentliche Konsequenz des wahren religiösen Verfahrens: 31.10.1874 →Stahl

Interessenpolitik: 14.11.1884

Invalidengesetz: 19.8.1866 →Adresskommission

Irrenanstalt, städtische: 12.1.1866; 9.2.1866; 9.3.1866; 26.5.1870; 11.10.1872; 12.5.1876  
→Dalldorf; 5.4.1878

Irrogotenschädel: 24.7.1883

## **J**

Jagdschonzeiten: 2.2.1870; 4.2.1870

Jahrestag (25.) der Märzereignisse von 1848: 11.2.1873

Jahresbericht über die Leistungen und Fortschritte in der gesamten Medizin: 31.7.1867;  
17.10.1871

Jesuiten: 16.5.1876

Johanniter: 23.2.1868; 21.10.1870

Jubiläum, 25-jähriges: 20.10.1881; 18.10.1884 (SVV); 21.10.1884 (SVV); 22.10.1884 (SVV)

Jubiläum, 75-jähriges der Berliner Universität: 22.7.1885; 30.7.1885

Jude: 23.2.1884 →Bernstein; 30.9.1884

Juden: 31.7.1868; 16.12.1868; 25.12.1868; 8.5.1869; 15.5.1869; 17.3.1878; 20.11.1880;  
21.11.1880; 4.12.1880 →Rechtsgleichheit; 12.6.1881; 25.6.1881; 8.11.1881; 13.6.1883;  
26.6.1883; 17.10.1883; 13.11.1884; 21.2.1885

Juden, russische: 12.6.1881 →Aufruf; 25.6.1881; 2.5.1882 →Spendenaufruf

Judenfrage: 13.1.1881

Judenhetzereien: 25.11.1880 → Antisemitismus 26.2.1882  
Judentum: 18.1.1873; 31.10.1874; 21.11.1880; 12.11.1884  
Junglitauer: 8.12.1872  
Junkersport: 10.2.1880  
Jus reformandi: 23.1.1868  
Justizetat: 2.12.1868

## **K**

Kadavergehorsam: 18.12.1879  
Kaiserlich Leopoldinisch-Carolinische Akademie der Naturforscher: 28.4.1871  
Kaltwasserheilanstalt: 15.6.1881  
Kampf zwischen Wissen und Unwissenheit: 16.12.1868  
Kanalisation: 18.1.1872; 16.5.1873; 1.5.1874; 15.10.1880; 22.3.1883; 19.9.1884  
Kanalisation und Abfuhr: 14.2.1869; 5.3.1869; 4.12.1872; 30.1.1873  
Kanalisations-Bau-Kommission: 22.1.1875  
Kanalisierung: 23.1.1866; 22.11.1866; 7.12.1866; 22.1.1869; 1.7.1870; 13.12.1872; 7.2.1873;  
14.2.1873; 21.2.1873; 7.3.1873; 8.10.1875  
Kandidat  
- zur Landtagswahl: 22.10.1876; 25.10.1876  
- zur Reichstagswahl für den 2. Wahlbezirk: 22.3.1871  
Kandidaten, freisinnige: 26.10.1884  
Kandidatenrede: 2.11.1873  
Kandidatur für den Reichstag: 21.3.1880; 26.10.1881; 27.10.1881  
Kandidatur Kuckucksei im fortschrittlichen Nest: 26.10.1876 → Haardt  
Kanopen: 9.4.1870 → Gesichtsurnen  
Karneval: 19.1.1879  
Karte  
- des Herzogtums Lauenburg 6.4.1876  
- prähistorische: 29.10.1875; 11.8.1881  
Kartographische Feststellung vorhistorischer Siedlungen: 24.5.1873  
Kataloge für Museen: 5.12.1866; 8.12.1866  
Kehlkopf: 23.1.1872 → Schimpanse  
Keine Grenze zwischen Tier- und Menschenmedizin: 28.1.1873  
Kellerwohnungen: 25.2.1882

Kelten: 17.8.1881  
Ketzergericht: 27.2.1883  
Kiefer, Stramberger: 25.4.1882 → Schipka-Höhle  
„Kieler Zeitung“: 25.8.1884; 8.9.1884  
Kielgansches Villenterrain: 29.10.1875  
Kiesel-Nuclei: 26.3.1885  
Kinder zum Schweinehüten: 9.2.1872 → ungenügende Schulbildung, Schulpflicht  
Kinderhospital: 5.2.1884;  
Kindermädchen: 4.3.1868  
Kirche die Trägerin aller Kulturbewegungen: 18.1.1873  
Kirche, evangelische: 21.2.1885; 22.2.1885  
Kirche, freie, in einem freien Staat: 12.1.1882  
Kirche und Schule: 15.12.1868 → Parität; 1.3.1877  
Kirchenrecht, allgemeines: 27.1.1881  
Kirchenreform: 18.1.1873  
Kirchengemeinden, selbstständige: 26.6.1883  
Kirchengemeinden- und Synodalordnung: 2.5.1874  
Kirchengesetzgebung, Falksche: 8.11.1873  
Kirchenreformgesetz: 2.2.1873; 3.11.1877  
Kirchenregiment: 1.12.1875  
Kirchenregiment, landesherrliches: 23.1.1876; 27.2.1876  
Kirchenstaat in Armut und Unwissenheit: 9.2.1872  
Kirchenverfassung, evangelische: 10.5.1876  
Kirchenverfassung für Schleswig-Holstein und Nassau: 11.1.1878  
Kirchenverfassung in der Provinz Schleswig-Holstein und im Konsistorium zu Wiesbaden:  
14.3.1878  
Kirchhöfe, konfessionslose: 2.6.1875  
Kirchliche Moral nur äußere Moral: 31.10.1874  
Kjökkenmöddinger: 11.8.1872; 21.4.1876; 13.4.1877; 18.11.1877  
Klassensteuer: 25.1.1870 → Einkommenssteuer  
Klinik, gynäkologische: 14.2.1884  
Klosterfonds, hannoverscher: 3.2.1877; 24.2.1877; 10.4.1877; 17.11.1880  
Klostergesetz: 9.5.1875  
 Klöster als Zentrum der Wahlagitationen: 1.2.1872 → Christianisierung des Kapitals

Klumpfuß: 17.1.1871 →Mantel der Verfassung

Knecht von Bismarck: 9.5.1875

Kneipenwesen: 27.2.1883

Knochen für das Weben und Schlittschuhlaufen: 23.6.1871; 5.10.1871

Kochkunstausstellung: 8.1.1885; 9.1.1885

Kochsalz: 21.1.1885 →Berliner Handwerkerverein

„Kölner Zeitung“: 19.9.1867; 28.2.1875; 2.3.1878; 11.11.1881

Königtum, soziales: 26.10.1884

Körpermessapparat, zusammenlegbarer: 23.7.1884; 8.8.1884

Kolonisation: 24.9.1885

Kolonisationsfrage: 29.1.1885

Kolonialpolitik: 8.9.1884 →Kiel; 27.9.1884; 17.3.1885; 3.5.1885

Koloradokäfer: →Coloradokäfer

Kombination von Gewissensfreiheit und Kirchenfreiheit als Katholik nicht möglich:  
27.11.1873

Komitee

- ethnologisches: 21.5.1884
- für das Festessen zu Ehren Schliemanns: 25.6.1881
- für das National-Denkmal Alexander von Humboldts: 19.9.1876
- zur Linderung des Notstandes in Oberschlesien: 11.12.1879; 14.12.1879; 18.12.1879
- zur Unterstützung des Verwundeten in Transvaal: 8.3.1881

Kommandeurkreuz der italienischen Krone: 29.2.1872 →König Victor Emanuel

Kommers: 18.12.1881 →Freie wissenschaftliche Vereinigung; 24.1.1882 →Wahlverein der Fortschrittspartei

Kommers zu Ehren Vs: 5.11.1881

Kommissarien: 13.10.1869

Kommission

- der DAG: 27.10.1879
- für das Radialsystem III: 20.11.1874
- für die allgemeine Finanzverwaltung: 9.2.1875
- für die Beratung zur neuen Packhofanlage in Berlin: 7.3.1882
- für die Kreditvorlage: 16.8.1866
- für die Synodalordnung: 11.2.1874; 3.3.1876
- für die Vervollständigung der Bibliothek: 27.2.1875

- für die Vorberatungen zur Denkschrift über den Notstand in Oberschlesien: 7.3.1882
- für den Gesetzentwurf zu einer Verfassung für die Provinz Berlin: 28.3.1876;  
30.3.1876
- statistische: 31.7.1872; 4.11.1879
- zur Bekämpfung des Geheimmittelwesens: 24.6.1883
- zur Beratung des außerordentlichen Geldbedarfs der Kriegs- und Marineverwaltung:  
30.8.1866; 6.9.1866
- zur Beratung über Anlegung und Bebauung der Straße und Plätze in Städten und länd-  
lichen Ortschaften: 10.2.1875; 11.2.1875
- zur Beratung über die Bestrafung der Trunkenheit: 29.4.1881; 22.5.1881
- zur Beratung über die Maßregeln gegen Cholera: 12.8.1871
- zur Beratung über eine Kreditforderung von 60 Mio. Thlr.: 1.9.1866
- zur Bestimmung des Mehrbedarfs der Marine: 9.2.1866
- zur Erörterung der Interessen des ärztlichen Standes: 29.4.1868
- zur Errichtung eines Denkmals für Schultze-Delitzsch: 4.6.1883 →2. Vorsitzender
- zur Frage der Schädelmessungen: 18.8.1878
- zur Körpermessung: 12.8.1885
- zur Prüfung der allgemeinen Rechnungen: 23.1.1876; 25.11.1882
- zur Prüfung des Staatshaushaltsetats: 23.1.1876; 25.11.1882
- zur Verwaltung der Volksbibliotheken: 23.1.1873
- zur Vorberatung der den Notstand in Oberschlesien betreffenden Gesetzentwürfe:  
19.12.1880
- zur Vorberatung der Gesetzentwürfe bzgl. der Einrichtung und der Befugnisse der  
Oberrechnungskammer: 13.12.1875
- zur Vorbereitung der internationalen Fischereiausstellung von 1880: 19.10.1878
- zur Vorberatung des Antrages Vs betr. Vereinigung Lauenburg mit der Krone Preu-  
ßens: 24.1.1866; 27.1.1866; 30.1.1866
- zur Vorbereitung des Gesetzes über die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser:  
4.12.1880
- zur Vorberatung des Krondotationsgesetzes: 30.11.1867

Kommissionswahlen: 20.1.1866

Kommissionswesen: 14.9.1866

Kommunalbesteuerung: 23.1.1870

Kommunaleinkommenssteuer: 16.1.1868

Kommunaleinkommensteuer und Verdienst: 10.5.1871 →Zusammenkunft der Maschinenbauer

Kommunale Mitteilungen allen politische Blättern ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zugänglich: 22.7.1870

Kommunalverband: 23.1.1870

Kompetenz, mangelnde pädagogische: 9.2.1872 →Schulinspektor, geistlicher Kompetenz des

- Abgeordnetenhaus in Bezug auf die Diätenfrage: 11.12.1873
- Ministers: 28.3.1878

Komptabilitätsgesetz: 29.11.1873; 29.4.1882

Konferenz der deutschen Frauen-Bildungs- und Erwerbs-Vereine: 11.11.1869

Konfessionalismus: 14.11.1884

Konfessionen: 25.12.1868; 18.12.1879

Konfessionslose Schule keine religionslose Schule: 25.12.1868

Konfiszierung des Vermögens des Königs von Hannover: 8.11.1868

Kongo-Konferenz: 26.11.1884

Kongress

- der britisch-medizinischen Gesellschaft: 6.8.1873
- (internationaler periodischer) der medizinischen Wissenschaften: 15.8.1879; 20.9.1879
- deutschen Gesellschaft für Chirurgie: 8.4.1881; 5.4.1883
- der italienischen Ärzte in Rom: 29.10.1871
- (internationaler) für Gesundheitspflege und Rettungswesen in Brüssel: 30.9.1876; 4.10.1876; 5.10.1876
- für prähistorische Archäologie: 19.8.1869

Kongress, archäologischer

- Bologna: 13.10.1871
- Odessa: 30.8.1884
- Stockholm: 11.7.1874; 12.8.1874; 21.8.1874
- Tiflis: 27.8.1881; 25.9.1881; 2.10.1881

Kongress, internationaler

- Ärzte-: 5.2.1882 →London; 11.8.1884; 13.8.1884; 15.8.1884; 19.8.1884; 20.8.1884 →Kopenhagen; 8.9.1884
- Amerikanisten-: 22.10.1879

- Anthropologen: 17.12.1876; 29.9.1880; 13.8.1881
- für Anthropologie und prähistorische Archäologie: 25.8.1872 →Brüssel
- Medizinischer: 23.8.1880
- statistischer: 8.9.1876

Konkurrenz, freie: 9.9.1884

Konkurrenz- und Generalentreprise-Verfahren: 28.6.1871

Konservatorstelle für Altertümer: 14.3.1882

Konservierung der Gutsbezirke: 17.3.1872 →Kreisordnung

Konsolidationsgesetz: 4.12.1869; 15.12.1869

Konsols: 5.2.1880

Konstituierung Deutschlands: 4.11.1870

Kontribution: 15.12.1867 →Frankfurt

Kontingentierung der Steuern: 15.12.1866

Kontrolle der Oberrechnungskammer: 15.1.1868 →Polizeifond, geheimer

Konzil, ökumenisches: 17.1.1871

Kooperation landwirtschaftl. Lehranstalten-Universitäten: 7.12.1873

Kopien von Gefäßen: 31.12.1879 →Weihnachtsmesse, kunstgewerbliche

Korporationsrecht: 18.7.1882

Kosten

- der Kanalisation: 25.2.1881
- der Vorarbeiten zur Entwässerung Berlins: 1.12.1871
- für Kanalisation an die Hausbesitzer: 15.12.1875
- für Rieselfelder an die Stadt: 15.12.1875

Kraniologie Illyriens: 31.3.1878 →Akademie der Wissenschaften

Krankenhaus im Friedrichshain: 16.10.1868; 18.10.1868; 22.7.1870; 3.2.1872; 24.11.1872;  
23.1.1874; 27.2.1874; 10.12.1875; 9.4.1878; 5.3.1880; 22.10.1884

Krankenpflege: 9.2.1884; 10.2.1884

Krankenpflege an Frauen abgeben: 11.11.1869

Krankenpfleger-Genossenschaften bilden: 11.11.1869

Krankenpflegeorden, katholische: 5.8.1881

Krankheiten des Gehirns: 21.2.1885

Krankheitsvorsorge: 23.1.1866 →Grundwasser

Kreisausschuss an Stelle der Ortspolizeibehörde (gewerb. Abwasser): 28.5.1876



Kreisordnung: 17.1.1869; 11.1.1870; 23.1.1870; 17.3.1872 →Gemeindeordnung; 20.3.1872;  
22.3.1872; 11.6.1872; 22.11.1872; 23.11.1872; 24.11.1872; 27.11.1872

Kreisordnungsnovelle: 23.2.1881

Kreisvertretung mit Majorität der Großgrundbesitzer: 23.1.1870

„Kreuzzeitung“: 13.1.1882

Kriechen vor Bismarck: 9.5.1875

Krieg

- gegen Österreich: 24.8.1866; 6.9.1866
- russisch-türkischer: 9.10.1877
- und Frieden: 16.5.1877; 19.5.1877; →Oranienburger-Tor-Verein 7.6.1877; 7.11.1877

Kriegsherrlichkeit, preußische: 6.11.1869

Kriegsmantel: 19.1.1879

Kriegsrüstung, Ende der: 12.2.1871

Kriegsschatz: 26.9.1866 →Staatsschatz

Kriegsschuld der Neumark: 14.12.1873

Kriegsverfassung: 10.12.1867

Krieg trotz Diplomatie: 8.1.1871

Kritik an der

- Form von Vs Rede: 10.4.1872
- ultramontanen Politik: 1.7.1876

Küchenmädchen (Anzeige): 12.3.1873

Kürzung des Fonds zur Vermehrung der Sammlung der Kunstmuseen: 18.1.1879; 19.1.1879

Kulturetat: 10.2.1880; 12.2.1880; 13.12.1880; 14.12.1880; 16.12.1880; 2.2.1882

→Budgetkommission(Referat); 13.3.1882; 15.3.1882; 16.3.1882; 23.1.1884; 20.2.1885;

21.2.1885; 22.2.1885; 23.2.1885; 24.2.1885

Kulturkampf: 31.1.1873; 8.11.1873; 12.2.1875; 28.2.1875; 19.10.1876; 23.2.1877; 1.3.1877;

19.6.1877; 25.11.1877; 19.12.1877; 24.1.1878; 11.2.1879; 13.1.1880; 22.6.1880; 21.11.1880;

25.1.1881; 2.2.1881; 1.12.1881; 12.1.1882; 8.3.1882; 31.3.1882; 27.2.1883; 23.6.1883;

2.2.1884; 23.2.1884; 8.10.1884

Kultus, katholischer: 1.2.1872

Kultus und Unterricht: 19.1.1879

Kultusinteresse als Bundesgenosse: 20.12.1868

Kultuskommission: 28.11.1872

Kunstakademie: 1.3.1873; 21.4.1882; 8.2.1884; 9.2.1884

Kunstmuseen, Berliner: 27.2.1873; 14.3.1876; 17.3.1876; 25.2.1877; 16.12.1880; 23.1.1884

Kuratoren: 4.2.1884; 5.2.1884

Kuratorium, Marburger: 2.12.1869

Kuratorium für

- den Bau des Krankenhauses im Friedrichshain: 23.1.1873
- den Bau eines städtischen Krankenhauses: 20.1.1875
- den Bau einer Irrenanstalt: 23.1.1873; 20.1.1875
- des Märkischen Museums: 6.2.1884
- die Ausführung des Humboldt-Hains: 20.5.1870
- Humboldt-Stiftung: 25.1.1878

Kurfürst, großer: 18.1.1872

Kurganen: 20.12.1881

Kurkapelle: 28.8.1883 →Bad Dürkheim

Kurzsichtigkeit: 23.4.1870

## L

Laboratorium, agritektur-chemisches: 2.12.1869

Längs- und Querrillen an Kirchen: 24.12.1879

Lage,

- kirchlich-politische: 1.12.1875
- politische: 14.3.1884; 16.3.1884 →Verein vor dem Halleschen Tor

Laichzeit der Fische nicht aus den Akten zu erfahren: 25.2.1869

Landdrosteien: 3.12.1868; 6.12.1868; 15.1.1869

Landeskonsistorium in Hannover: 18.2.1877

Landesméliorationen und Deichbauten: 21.11.1869

„Landeszeitung“: 4.12.1880

Landgemeindeordnung: 18.4.1875; 16.12.1880

Landlieferungen für die Armee: 30.6.1866

Landtag berechtigt der Willkür Schranken zu setzen: 10.2.1870 →Ministerialräte

Landwirt das studentische Leben gönnen: 7.12.1873

Landwirtschaftsministerium: 27.11.1868

Landwirtschaftsministerium als Verwaltungsbehörde der Tierarzneischulen ungeeignet:  
7.6.1872

Lanzenspitze: 22.4.1885 →Torcello

Lappengesellschaft in Berlin: 29.10.1875; 13.3.1879; 19.3.1879  
Lazarette: 15.11.1866 →Hospitäler; 29.11.1866; 12.3.1869; 8.5.1869  
Lazarettkommission: 29.1.1871 →Berliner Hilfsverein für die Deutschen Armeen im Felde;  
4.3.1871  
Lebensalter bei Eheschließung: 5.12.1872 →Dispensation  
Legitimität, unterdrückte: 20.2.1885; 21.2.1885  
Lehranstalten,  
- höhere (ohne konfessionellen Charakter): 2.2.1867; 2.6.1871; 9.6.1871; 5.2.1884;  
6.2.1884  
- technische: 18.3.1876  
Lehre, biblische ist mechanische Lehre: 27.2.1883  
Lehrerinnen: 22.6.1872  
Lehrerversammlung, deutsche: 2.5.1869  
Lehrerwohnung: 22.6.1869; 27.6.1869  
Lehrfreiheit: 27.2.1883  
Lehrinstitut, landwirtschaftliches: 27.11.1880  
Lehrmonopol mit Beeinträchtigung der Lehrfreiheit: 16.12.1868 →Fachprofessoren als Fach-  
Examinatoren  
Lehrstuhls für medizinische Chemie und Hygiene: 2.2.1884 →Göttingen  
Lehrtätigkeit, akademische (Einschränkung): 14.12.1871  
Leihämterangelegenheit: 9.11.1875  
Leichenschau: 2.6.1875  
Leichenverbrennung: 2.6.1875  
Leichensteine früherer Torheiten der Gesetzgebung: 17.4.1875  
Leihämter, königliche: 29.12.1875, 30.12.1875  
Leihämterangelegenheit: 9.11.1875  
Leistungen für die Universität 23.2.1877  
Leiter der Marineverwaltung; Zulage für den: 12.12.1866  
Leitung des Religionsunterrichts nicht mehr in den Händen der Religionsgesellschaften:  
17.4.1875  
Leitungswasser: 18.7.1866  
Lernen von Jugend auf: 20.2.1868  
Lernfreiheit: 13.12.1880  
Liebäugelei mit dem Klerus: 17.1.1871

Lied zur Ehren Vs: 25.10.1881  
Limburger Chronik: 15.10.1873  
Litfaßsäulen: 18.1.1872 →Polizeiverwaltung  
Lobrede auf V: 14.6.1874  
Lobredner der Revolution: 14.12.1878  
Lösung der Kanalisationsfrage: 12.2.1869 →Frankfurt  
Löwenhaut, fremde: 20.3.1872 →v. Mallinckrot  
Lohn für gute Arbeiter: 8.12.1866  
Lotterie: 14.2.1868  
Lücken im Budgetrecht: 29.11.1873  
Lüderitzsche Verlagshandlung: 17.2.1866; 12.3.1869; 17.12.1869, 18.12.1869; 19.12.1869;  
21.12.1869; 22.12.1869; 3.10.1871

## **M**

Macht des Hauses ist die Budgetbewilligung 18.3.1869  
Mädchen aus Papua-Neuguinea: 22.2.1876  
Mängel

- der neuen Kreisordnung: 6.11.1877
- des Systems: 15.1.1868 →Notstand in Ostpreußen

Märkischer Zentralsängerbund: 7.7.1872  
„Magazin für die Literatur des Auslandes“: 7.10.1868  
Magdeburger Zeitung: 19.10.1876; 20.10.1876  
Magnetismus, tierischer: 1.10.1869  
Mahl- und Schlachtsteuer: 16.11.1866; 14.12.1867; 31.1.1868; 4.7.1868; 20.12.1868;  
25.1.1870; 18.1.1872; 26.1.1872; 27.2.1872; 15.3.1873  
Maigesetze: 19.12.1877; 9.11.1879; 13.1.1880; 12.1.1882; 8.2.1882; 12.3.1882; 31.3.1882  
Malaria: 17.3.1885; 19.5.1885  
Manchestertum: 1.8.1882; 23.10.1884  
Mandate, vakante: 17.1.1874  
Mandat für Köln: 14.5.1873  
Mandatsniederlegung: 2.12.1882 →Budgetkommission, Rechnungskommission  
Mangel

- an Präzision durch die Aushändigung preußischer Geldmittel an den Bund: 12.2.1871
- an Sitzungsteilnehmern: 2.8.1872

- eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit → Ministerverantwortlichkeit

Mantel der Verfassung: 17.1.1871 → Klumpfuß

Marineetat: 11.12.1866 → Militäretat

Marinekommission: 16.2.1866 → Kommission zur Bestimmung des Mehrbedarfs der Marine

Markthalle: 15.2.1884 → Magdeburger Platz

Markthallen: 10.1.1872; 11.12.1872; 23.6.1882

Markthalle mit Anschluss an die Stadteisenbahn: 8.6.1883

Marmorbüste

- von Kochhann: 31.8.1875
- von V: 2.6.1882; 29.10.1882 → Institut, pathologisches, Afinger

Marmorstandbild der Königin Louise: 14.4.1876

Maßregeln gegen die Rinderpest: 7.2.1877; 11.2.1877

Materialismus

- 27.2.1883
- durch die Naturwissenschaften gefördert: 20.2.1868

Matrikularbeiträge: 21.11.1868

Mauer von Derbend: 28.2.1885

Medaille, goldene: 1.7.1870 → SGWV, internat. Ausstellung in Amsterdam

Medizin, gerichtliche: 28.1.1868; 15.8.1869

Medizinalbeamte: 3.3.1872 → Pensionierung unmittelbarer Staatsbeamter

Medizinalkalender: 24.12.1869

Medizinalpfuscherei: 28.1.1868 → Tierärzte in der Armee

Medizinalreform: 7.3.1878

Medizinaltaxe: 1.3.1873

Medizinalwesen: 8.12.1866; 1.3.1873; 9.2.1884; 10.2.1884; 6.3.1884

Memorandum, Berliner; 19.5.1877

Mensch kein höher entwickelter Affe: 21.2.1869

Menschen- und Affenschädel: 28.1.1869; 30.1.1869; 10.2.1869; 18.2.1869; 21.2.1869;  
12.3.1869; 14.4.1870; 17.4.1870; 1.7.1870

Menschenrassen: 18.8.1882

Mensuren: 15.3.1882

Metaplasie: 19.8.1884

Methode der Fußmessung: 12.8.1885 → Virchow, Hans

Miesmuscheln: 30.6.1872; 13.11.1885 → Vergiftung durch; 3.12.1885; 10.12.1885

Miesmuschelschalen: 13.7.1872

Mietentschädigung für Dr. Runge: 20.3.1875

Mietlinge: 5.9.1870

Mietssteuer: 14.12.1867; 5.6.1885 →Haus- und Mietssteuer

Mikrocephalie: 26.7.1877

Mikrocephalin: 29.1.1878; 15.7.1884

Mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches: 19.1.1866 →Trichinen

Militär ein Staat im Staate: 19.12.1869 →Brauchnitsch

Militärausgabe des norddeutschen Bundes: 5.11.1869

Militäretat: 11.12.1866; 26.1.1867; 11.2.1868; 22.11.1868; 6.11.1869

Militärvorlage und Finanzwesen der Einzelstaaten: 26.2.1880 →Oranienburger-Tor-Bezirksverein

Milzbrand: 24.7.1874

Ministerialdirektor: 7.12.1873; 14.3.1882

Ministerialismus: 18.1.1872

Ministerialräte: 10.2.1870

Ministerium

- als ein Experimentierfeld: 26.1.1873
- Bismarck: 8.1.1873
- der Gesundheitspflege: 13.12.1871

minister naturae: 1.10.1869

Minister-Organisationsgesetz: 23.11.1873

Ministerverantwortlichkeit: 3.12.1867; 18.3.1869; 30.10.1869; 6.11.1869; 26.11.1869; 11.12.1869; 11.2.1870; 27.9.1870; 12.2.1871; 16.2.1872; 16.5.1873; 24.10.1877; 30.6.1878; 12.1.1879; 17.2.1880

Ministerverantwortlichkeitsgesetz: 31.1.1871; 23.11.1873; 24.6.1876

Missbildungen: 11.2.1873 →zweiköpfige Nachtigall; 13.2.1873 →zweiköpfige Nachtigall; 27.2.1873 →zweiköpfige Nachtigall

Missbrauch

- der Presse: 8.11.1873
- des landrätlichen Einflusses bei den letzten Reichstagswahlen: 14.12.1878

Missionsbewegung: 23.6.1883; 26.6.1883

Missionsförderung streichen: 3.12.1869; 18.12.1869

Mitglied

- des HdA und des Reichstages: 10.2.1883
- des zentralen Wahlkomitees zur Wahl des Norddeutschen Bundes: 20.11.1866

Mittel f. Neubauten der Akademie der Künste und der kgl. Bibliothek: 1.2.1874

Mittelschulen: 3.6.1870

Mittelschulen. Landwirtschaftliche: 24.2.1875

Mobilmachung: 17.7.1870

Mode: 15.10.1873

Möglichkeiten von Frauen (Kunstakademie): 14.3.1875

Monopol der Litfaßsäulen: 10.1.1872; 18.1.1872

Moral, öffentliche: 22.2.1870; 23.2.1870; 2.3.1870; 3.3.1870; 8.3.1870

Moral auf dem Boden der anthropologischen Wissenschaft: 27.2.1876

Münzfunde, römische: 5.10.1871

Muschelberge, brasilianische: 21.3.1882

Museen, königliche: 11.2.1884; 12.2.1884

Museum

- ethnologisches: 26.6.1870; 27.2.1873; 8.2.1877; 6.12.1882 →Schädelsammlung Vs
- für Völkerkunde (Ankauf-Kommission): 19.5.1885
- Godeffroy: 14.8.1878
- Görlitzer:
- landwirtschaftliches: 24.1.1874
- Märkisches: 18.2.1875; 14.10.1876; 25.12.1878
- Pathologisches: 1.10.1882

Muster für die Beständigkeit des Glaubens (Judentum): 31.10.1874

**N**

Nachteile für die Statistik: 11.1.1873 →Details zur Todesursache

Nachtigall, zweiköpfige: 11.2.1873; 13.2.1873; 27.2.1873

Nachtragsvertrag mit der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft: 20.6.1884

Nachwahl im 2. Berliner Reichstagswahlkreis: 14.4.1880; 15.4.1880; 16.4.1880

Näpfchensteine: 20.8.1878

Nahrung und Genussmittel: 3.11.1867; 13.11.1867; 1.12.1867; 4.7.1868; 7.10.1868

Nahrungsmittellehre und Nahrungsmittelverfälschungen: 3.12.1884 → Bezirksverein der Schönhauser Allee

Napoleonismus: 15.12.1868

„Nation“: 8.7.1884

Nationaldenkmal im Niederwald: 31.10.1874 →Spendensammlung

Nationalitätenschwindel: 6.11.1867

Nationalität im anthropologischen Sinn: 10.4.1872

Nationalität und Sprache: 10.4.1872

Nationalliberale: 19.9.1867; 18.3.1869; 26.11.1869; 30.11.1869; 14.5.1873 →v. Rönne;  
21.6.1878; 24.7.1878; 26.11.1878; 16.3.1884; 16.10.1885; 28.10.1885; 30.10.1885

„National-liberale Korrespondenz“: 31.7.1868

Nationalverein: 26.7.1867

„National-Zeitung“: 30.11.1869; 8.11.1873; 24.7.1874; 29.4.1876; 4.8.1882

Naturwissenschaften

- in den Schulen: 20.9.1868 →Förderung allgemeiner menschlicher Bildung
- in ihrer Bedeutung für die sittliche Erziehung: 27.9.1873
- moderne: 27.2.1883

Naturwissenschaftlich-mathematische Vorlesungen für Gemeindeschullehrer: 4.1.1867

Neandertal-Schädel: 13.7.1872; 25.8.1872

Negation des konstitutionellen Lebens: 2.12.1868

Negritos: 7.9.1871

Negrito-Skelette: 11.8.1872; 25.8.1872

Nephrit: 19.12.1882 →Bodensee; 12.8.1883; 21.5.1884

Nephritbeil: 3.7.1884; 26.3.1885

Neubau

- der Klinik für Geburtshilfe und der Anatomie: 5.12.1869
- einer Mädchenschule in der Annenstraße: 3.6.1881

Neueinteilung der Gemeindewahlbezirke: 14.1.1876; 15.1.1876

„Neue preußische Zeitung“: 15.12.1866

Neuerrichtung von Kindergärten: 22.6.1872 →Fröbel

„Neuer Volksverein“: 22.1.1879

“Neuen Stettiner Zeitung“: 14.9.1871

„Neue Zeitung für Stadt und Land“: 9.10.1877

Neugestaltung im Ministerium: 22.3.1878; 24.3.1878; 28.3.1878

Neuwahl der SVV: 2.6.1883

Nichtraucher-Abteile: 10.12.1869

Nichtraucherschutz: 10.12.1869



Niederlegung (stellv. Stadtverordnetenvorsteher): 2.9.1881  
Nierenaffektion: 6.11.1882  
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: 12.8.1880; 28.12.1881; 29.1.1882; 12.2.1882; 1.5.1884;  
28.10.1884  
Norddeutscher Bund: 11.12.1869; 8.1.1871  
Nordische Länder in Beziehung auf die verschiedenen Kulturperioden: 26.9.1874  
Normalarbeitstag: 23.10.1884; 8.11.1884; 12.11.1884  
Normalarbeitslohn: 23.10.1884  
Normalisierung der Gehälter der Magistratsmitglieder: 27.1.1866  
Notlage der Universität: 29.11.1873  
Notstand in  
- Oberschlesien: 20.12.1879; 13.1.1880; 17.1.1880; 19.1.1880  
- Ostpreußen: 15.1.1868  
Notstandsgesetz für Oberschlesien: 7.2.1881; 8.2.1881  
Notstandskommission: 23.2.1868  
Notstandskommission, obererschlesische: 15.1.1881  
Nubier: 13.10.1878; 22.10.1878; 23.10.1878; 19.11.1878; 18.11.1879  
„Nürnberger Correspondenz“: 31.5.1879  
Nutzen, öffentlicher hinter den Nutzen der Privatspekulation: 29.1.1873  
Nutzung der Pavillons im Friedrichshain: 8.12.1870, 9.12.1870

## O

Oberaufsicht über die Stadtverwaltung : 7.2.1869  
Oberkirchenrat: 28.11.1869; 1.2.1872; 26.2.1873; 12.1.1879; 7.2.1880  
Oberkirchenrat als illegitimes Kind des Absolutismus und des Klerus: 28.11.1869  
Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften (Altertumssammlung): 24.9.1874  
Oberrechnungskammer: 30.1.1867; 23.1.1869; 6.11.1869; 24.11.1869; 28.12.1869;  
21.12.1871; 16.2.1872; 17.2.1872; 18.2.1872; 20.2.1872; 15.3.1872  
Oberrechnungskammergesetz: 29.11.1873  
Opfergebräuche, jüdische: 16.9.1871  
Ophthalmologie: 16.12.1868  
Orden: 3.1.1884  
Ordensverleihung: 13.3.1881 →König von Schweden und Norwegen  
Ordinate in Geographie: 10.3.1875

Ordinate sind Stellen und keine Titel: 31.7.1868  
Ordnungsaufwurf: 16.1.1868  
Ordnung der kirchlichen Zustände: 11.12.1873  
Organisation des Medizinalwesens: 28.1.1868  
Organisationsplan für die Verwaltung der Irrenanstalt in Dalldorf: 17.1.1879  
Organismus ein aus Zellen zusammengesetztes Ganzes: 31.12.1875  
„origine of species“: 17.8.1882  
Orthographie: 17.2.1880  
- Puttkamersche: 5.2.1884; 6.2.1884

## **P**

Packhofanlage: 22.3.1882; 1.4.1882  
Palais, niederländisches: 3.3.1883  
Panslavismus: 12.2.1875  
Papierene Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers: 12.2.1871  
Papst eine göttliche Spezialleistung: 31.10.1874  
Papsttum, verheiratetes: 25.6.1883 →Stöcker  
Papua: 6.7.1873  
Parkanlage, Treptower: 4.10.1878  
Pariser Kommune: 10.8.878  
Parität: 15.12.1868 →Kirche und Schule  
Parität der Religions-Gesellschaften: 25.12.1868  
Parlament, norddeutsches: 12.9.1866; 24.11.1866 →neues Parlamentsgebäude; 25.11.1866;  
15.12.1866  
Parlament als Ornamentik: 24.7.1878  
„Parlamentarischen Correspondenz aus der Fortschrittspartei“: 30.3.1877; 7.6.1877  
Parlamentarismus als Universalglücklichmacher: 7.1.1866  
Parlamentsgebäude: 24.11.1866  
Partei,  
- Deutsche freisinnige: 18.3.1884; 8.9.1884; 27.9.1884; 1.11.1884; 9.11.1884;  
10.11.1884; 11.11.1884; 21.11.1884; 2.12.1884; 14.12.1884  
- freikonservative: 6.12.1883  
- nationalliberale: 31.10.1874; 19.10.1876; 28.6.1878  
Parteiprogramm: 26.11.1878

Parteiprogramm, zeitgemäßes: 16.9.1870

Parteitag der Fortschrittspartei: 6.11.1877; 26.11.1878; 28.11.1878; 1.2.1879

Partikularismus: 12.12.1867; 18.11.1868; 9.2.1879

Parzellentausch: 21.2.1873

Patagonier: 25.5.1879

Pathologie: 9.1.1883; 15.8.1884

Pauschalbetrag für die Militärverwaltung: 19.12.1866

Pavillons: 18.10.1868 →Krankenhausbau

Pavillons des Friedrichshains: 8.12.1870

Pensionierung unmittelbarer Staatsbeamter: 3.3.1872 →Medizinalbeamte

Personal-Sublevations-Beiträge: 18.5.1866 →Servis- und Einquartierungsdeputation

Personalveränderungen in der preußischen Armee: 8.3.1879

Pest: 21.2.1879 →Berliner medizinische Gesellschaft

Pestepidemie: 7.2.1879

Petition

- der SVV an das Herrenhaus: 9.6.1876; 10.6.1876
- Frankfurts über den Umgang mit den Kriegslasten: 23.1.1867
- gegen die Erhöhung der Getreidezölle: 30.1.1885; 1.2.1885

Petitionskommission: 1.5.1880

Petroleum: 3.12.1881

Petroleusen: 10.8.1878

Pfahlbau aus Luckau: 23.10.1878 →Märkisches Provinzialmuseum

Pfahlbauten: 17.2.1866 →Hünengräber; 18.1.1866; 23.7.1866; 19.8.1869; 28.11.1869;  
2.2.1870; 2.12.1870; 16.4.1871; 25.8.1871; 24.2.1872; 13.7.1872; 11.8.1872; 28.9.1877;  
18.11.1877

Pfahlbau-Schädel: 30.6.1885

Pferdebahnbau: 24.11.1871; 10.1.1872 →Verkehrsinfrastruktur

Pflasterungspflicht: 18.1.1872 →Fiskus

Pflasterungspflicht der Anlieger 8.1.1867

Pflicht

- der Interpellationsbeantwortung: 22.11.1877
- eines Volksvertreters: 1.12.1867

Pflichten des Kulturfreundes und Staatsmannes: 15.10.1873

Pflichtgefühl gegenüber dem Volk: 2.9.1866 →Indemnität, Abstimmung frei von Parteigründen

„Philippsonsche Zeitung“: 31.7.1868

Philosophie, katholische: 5.2.1884

Phönizier: 11.8.1883

Pietät, unwissenschaftliche: 20.7.1880

Plädoyer für V: 12.11.1884

Plantagenwirtschaft: 24.3.1885

Platyknemie: 21.4.1880

Pocken- und Choleraanstalten: 13.11.1868

Pockenepidemie: 9.2.1872 →Windthorst; 21.11.1872

Pockenranke: 5.5.1871 →Verwendung der Barackenreste

Pockenlazarette: 25.8.1871; 22.10.1884

Polen: 6.5.1885; 7.5.1885

„Politische Zeitfragen“ Nr. 10: 1.2.1879

Politisch geeintes Deutschland unter Führung des größten deutschen Staates: 17.8.1866  
→Adresskommission

Polizei als Eigentümer aller Straßen und öffentlichen Plätze: 10.1.1872

Polizeifond, geheimer: 15.1.1868; 27.11.1869

Polizeimannschaft verkleinern: 21.1.1868

Polizeipräsidium: 15.12.1866; 20.2.1875; 15.12.1878; 10.1.1879

Polizeiverwaltung: 15.12.1866; 21.1.1868; 10.1.1872; 18.1.1872; 19.1.1872; 28.1.1874

Polizeiwirtschaft: 10.6.1875

Polonismus: 13.1.1880

Popularisierung der Wissenschaft: 20.9.1868

Porträt, schriftliches: 25.10.1884 →Steinitz

Porzellanmanufaktur: 23.1.1872; 7.11.1877

„Post“: 17.2.1875; 1.7.1876

Prähistorie, Kaukasische: 20.12.1881

Prämien bei Pferderennen: 24.11.1869

Präparanden-Anstalten: 13.3.1875

Präparat gegen Obstipation: 24.6.1883

Prärogative: 18.3.1869; 16.2.1872; 24.6.1876

Prager Frieden: 22.11.1868

Preisrichterkollegium: 5.4.1883

Pressefreiheit: 30.10.1869; 4.12.1873

Pressevergehen: 23.10.1869 →Schwurgerichte; 30.10.1869

Preußen

- als Markgrafentum Brandenburg: 18.1.1873 →Papst
- benachteiligende Verträge mit deutschen Kleinstaaten: 11.6.1875
- weder Deutsche noch Slawen: 24.2.1872 →Figuier; 10.4.1872

Preußischer Volksverein: 6.11.1867

Prinzip

- der Rechtsgleichheit: 25.12.1868
- der Selbstverwaltung (keine Verfälschung durch Beamte): 11.4.1875
- der Sittlichkeit: 27.2.1868

Privatbahnen: 13.12.1877

Privatdozenten: 14.12.1880

Proanthropos: 22.4.1884

Problematik der Erhebung der Hautfarbe: 20.8.1875

Problem der Kirche ist mangelnde Organisation: 28.11.1869

Probleme im System: 28.1.1868 →Hungertyphus in Ostpreußen

Professoren-Jubiläum: 1.11.1881, 2.11.1881; 5.11.1881; 15.11.1881; 18.11.1881; 20.11.1881; 22.11.1881

Professoren jüdischer Konfession: 8.12.1866

Professur für Nationalökonomie: 31.1.1874 →Marburg

Professur, theologische (Bonn): 10.3.1875

Programm- und Agitationsfrage: 30.1.1876 →Fortschrittspartei

Projekt zur Fleischversorgung ärmer Klassen: 4.12.1873 → Zucht ausländischer Kaninchenrassen

Protestantismus, katholisierender: 17.1.1871 →Elsaß

Proletariat,

- gelehrtes: 8.12.1866
- wissenschaftliches: 2.2.1884

Prosektor des Krankenhauses: 3.8.1877 →Charité

Proselytenmacher: 18.10.1884

Protegiierung einzelner Minister bei konformer Meinung: 10.2.1870

Proteste gegen die Einführung von Darlehnskassen: 20.9.1866

Provinz Berlin: 6.3.1875 →Verfassung für die Provinz Berlin

„Provinzial-Correspondenz“: 25.1.1866; 8.2.1866; 13.8.1873; 18.2.1875; 29.6.1876;  
25.8.1876; 19.10.1876; 1.2.1877; 7.6.1877; 7.11.1877; 28.12.1878; 22.1.1879; 20.10.1881;  
10.11.1881; 11.11.1881; 16.12.1881; 20.12.1881; 19.2.1882

Provinzial-Dotationsfonds: 22.1.1876

Provinzialfond, hannoverscher: 24.12.1867; 7.2.1868; 14.2.1868

Provinzialkirche: 16.3.1878

Provinzialmuseum

- kurländisches: 8.9.1877
- märkisches: 14.11.1877; 23.10.1878

Provinzialordnung: 10.2.1875; 21.3.1875; 9.4.1875; 11.4.1875; 18.4.1875; 23.4.1875;  
8.6.1875; 9.6.1875; 28.5.1876; 3.5.1885

Provinzialordnung

- für die fünf östlichen Provinzen: 28.2.1875
- für Rheinland und Westfalen: 6.3.1875; 23.3.1875; 6.4.1875 → Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen; 20.2.1876; 22.2.1876; 24.2.1876

Provinzialverband: 23.1.1870

Provinzialschulkollegium: 3.12.1875

Prüfung der Wahlbedingungen: 28.1.1870

Prüfungskommission, theologische: 23.2.1877

Prügelknaben der Regierung: 12.1.1882

Pseudominister ohne Verantwortlichkeit: 11.12.1869

Pumpstation: 3.4.1875

## Q

Quartalsbericht der Kanalisationsarbeiten: 1.11.1878

Quasiaktiengesellschaft zwischen Fiskus und juristischen Personen: 10.2.1874

„Quelle des Arztes“: 15.8.1879

## R

Radialsystem:

- III: 14.2.1873; 7.3.1873; 16.5.1873; 13.2.1875; 3.5.1878
- IV und V: 20.11.1874; 13.2.1875

Rasse,

- blonde und braune: 26.9.1876
- pathologische: 13.3.1879; 19.3.1879

Rassefrage: 24.2.1872

Rassenkunde: 12.8.1883

Rathausbau: 6.5.1869

Raubfischfang: 18.12.1872

Rauchen: 3.11.1877

Rauchen, frühes: 29.6.1870

Realschulen und Gymnasien: 17.12.1868

Rechnungsausschuss: 24.11.1872

Rechnungskommission: 9.2.1875; 20.1.1877; 28.10.1877; 14.12.1877; 25.11.1878; 5.11.1879; 6.11.1879; 1.2.1882; 2.12.1882 →Mandatsniederlegung; 29.11.1883

Rechnungsprüfung

- im Landwirtschaftsministerium: 24.11.1869
- bei der Verwaltung der Pocken- und Choleraanstalten: 13.11.1868

Recht als Blüte des Christentums: 23.12.1868

Rechte

- der altkatholischen Kirchengemeinden an dem kirchlichen Vermögen: 11.3.1875
- des Herzogs von Arenberg-Meppen: 1.6.1875
- des Landrates: 22.3.1872 →Kreisordnung

Rechtsgleichheit: 4.12.1880 →Juden; 8.11.1881

Rechtsordnung im Inneren, gestützt auf Freiheit und Gesetz: 27.9.1870 →Bürgerschaft des europäischen Friedens

Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlebergbaus: 2.2.1869

Recht zur freien Meinungsäußerung im HdA: 4.2.1866

Redefreiheit: 3.12.1867

Rednerliste: 16.11.1880

Reduzierung der Freistellen in den Schulen: 19.1.1868

Referent

- für den Etat des Kultusministeriums: 25.11.1882 →Budgetkommission
- für den Kultus: 7.11.1877 →Budgetkommission

Reform

- der öffentlichen Gesundheitspflege: 29.2.1872

- des städtischen Steuerwesens: 1.4.1881

Reformgesetze, kirchliche: 31.1.1873; 1.2.1873

Regierungskommissare: 21.12.1871

Regierungsmedizinalräte: 2.2.1872

Regimentseinzug: 25.8.1866

Regresspflicht für Magistratsmitglieder: 1.6.1866; 3.6.1866 →Darlehnskassenscheine

„Reichs- und Staatsanzeiger“: 13.5.1880

„Reichsbote“: 18.10.1884

Reichseisenbahnprojekt: 28.3.1878

Reichsfinanzminister, verantwortlichen: 13.12.1871

Reichsgesundheitsamt: 3.12.1881; 13.5.1884; 14.5.1884

Reichsimpfgesetz: 6.4.1875, 8.4.1875

Reichskanzler: 26.1.1873

Reichstag, Deutscher: s. Deutscher Reichstag

Reichstag, norddeutscher: 26.11.1870

Reichstagswahlkreis, 6.: 26.10.1877; 30.10.1877

Reise nach Troja: 10.4.1879; 27.4.1879; 21.5.1879

Reisekosten für Kreismedizinalbeamten: 18.3.1876

Rekrutierungs- und Heeresorganisationsgesetz: 25.11.1866

Rektor der Universität: 4.8.1882 →Dubois-Reymond

Religiöse und kirchliche Fragen (Vortrag): 10.12.1874

Religion

- als Grundlage des Staates: 8.3.1870
- als Privatangelegenheit des Einzelnen: 2.3.1873; 7.7.1878

Religionsfreiheit in die Verfassung: 16.5.1876

Religionsgesellschaft (jede) als gleichberechtigt: 31.1.1873; 1.3.1877

Religionsgesellschaften als Privatvereine in einem konfessionslosen Staat: 1.7.1883

Religionsgezänk: 16.12.1868; 2.12.1869

Religionsunterricht: 2.12.1869; 24.1.1878

Religionsunterricht, jüdischer: 17.3.1878

Reminiszenzen über iberische Halbinsel: 22.12.1880

Renovierung der Wände im Asyl: 1.10.1870

Rentierfunde: 26.2.1870

Reorganisation



- des Gemeindeschulwesens: 28.3.1867; 30.3.1867; 5.4.1867
- des Medizinalwesens: 5.12.1869; 9.2.1878
- des Polizeipräsidioms: 15.12.1878; 18.12.1878
- des Unterrichts: 20.9.1868

Reptilienfonds: 21.11.1880; 28.11.1880

Reptilienpresse: 7.12.1877

Republikaner: 29.5.1880 →Fortschrittspartei 12.8.1880

Resolution

- der Fortschrittspartei: 24.10.1877; 27.10.1877
- zur Auflösung der SVV

Revision der Geschäftsordnung (SVV): 31.12.1878

Revolutionäre, gute: 10.12.1878; 14.12.1878; 28.12.1878; 22.1.1879; 19.2.1882; 8.10.1884  
→Hapke; 9.10.1884

Rheinische Zeitung: 22.1.1867; 24.10.1873

Richter, unabhängige: 27.9.1870

Richtigstellung in Bezug auf Hr. Sievert 24.11.1872

Rieselterrain: s. Berieselungsfelder

Riesenhirsch: 21.6.1882

„Rigaer Zeitung“: 8.9.1877

Rinderpest: 7.2.1877; 11.2.1877; 13.2.1877; 22.3.1877

Rittergut Britz: 12.12.1873; 20.6.1874; 3.7.1874; 13.2.1875

Römer-Schanze: 19.7.1880; 13.8.1880

Romanismus: 20.9.1868; 15.12.1868; 25.12.1868; 27.9.1873

Rücktritt Bismarcks als Ministerpräsident: 8.1.1873

Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen: 20.2.1880

Ruhm des Beamtentums: 10.2.1870

Russifizierung: 19.5.1877

## S

Säkularfeier

- der Universität Würzburg: 29.7.1882; 2.8.1882; 4.8.1882; 8.8.1882
- des Geburtstages Friedrich Wilhelm III.: 17.6.1870

Säkularisierung der Kirchenhöfe: 5.12.1873; 13.11.1874

Salzbergwerk: 21.8.1881

## Sammlung

- ethnographische: 24.12.1876
- für die im Felde befindlichen Soldaten: 22.6.1866
- für einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr des Kaisers: 18.12.1878
- gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge →v. Holtzendorff: 17.2.1866; 18.2.1866; 25.2.1868; 14.5.1868; 4.7.1868; 22.10.1868; 12.3.1869; 16.10.1869; 23.10.1869; 17.12.1869; 18.12.1869; 19.12.1869; 21.12.1869; 22.12.1869; 5.1.1870; 26.2.1870; 28.4.1870; 1.7.1870; 6.8.1870; 9.5.1871; 24.10.1871; 2.12.1871; 6.1.1872; 1.3.1872; 4.10.1872; 21.6.1874; 23.8.1874; 14.11.1874; 31.5.1875; 31.12.1875; 9.1.1876; 14.1.1876; 6.8.1876; 7.4.1877; 28.8.1877; 10.8.1877 5.7.1878; 26.1.1879; 29.3.1879; 11.11.1879; 8.2.1880; 3.12.1880; 9.4.1881; 11.5.1881; 23.7.1881; 9.9.1881; 1.12.1881; 6.1.1882; 26.4.1882; 13.7.1882; 16.9.1882; 27.10.1882; 11.3.1883; 23.5.1883; 15.6.1883; 4.8.1883; 30.8.1883; 12.12.1883; 17.1.1884; 23.2.1884; 7.6.1884; 16.7.1884; 12.9.1884; 18.10.1884; 25.11.1884; 10.1.1885; 18.2.1885; 28.2.1885; 31.3.1885; 18.6.1885; 14.7.1885; 5.9.1885; 24.10.1885; 11.12.1885; 22.12.1885
- von Ministern mit unterschiedlichen Grundsätzen: 24.6.1876

Sanitätsgesetz: 18.12.1872

Sanitätskommission: 15.12.1866; 23.1.1873; 8.8.1873; 20.1.1875; 13.7.1877

Sauvetage: 30.9.1876

## Schädel

- aus Ceram: 26.1.1882
- aus dem Gräberfeld von Giebachstein: 21.1.1879
- aus der Nekropole von Marzobotto: 27.4.1873
- aus Ophrynum: 19.3.1879
- Berliner, alte: 20.7.1880
- brachycephaler: 18.9.1874
- der heiligen Cordula: 18.6.1875; 27.6.1875
- finnischer: 4.4.1872
- friesische und niederländische: 17.3.1877 →Akademie der Wissenschaften
- mit doppeltem Wangenbein: 16.8.1881
- übersandter: 26.9.1875 →Brasilien
- von Kay Lykke: 25.8.1872

- von La Tène: 21.6.1883; 19.2.1884
- von Menorca: 25.12.1878
- von Südsee-Insulanern: 21.4.1880

Schädelbau: 21.2.1869

Schädelbau der Philippinos: 7.9.1871

Schädelformen: 2.2.1870

- der Nicobaresen: 26.3.1885
- niedrige: 24.1.1875

Schädelsammlung Vs: 6.12.1882 →Museum, ethnologisches

Schädeltypus, etruskischer: 7.2.1872

Schädeluntersuchungen in Deutschland: 17.8.1875

Schädigung Preußens auf Kosten des Reiches: 4.12.1873

Schalensteine: 29.1.1878

„Schalk“: 18.10.1884

Schatz von Pietrossa: 6.8.1884

Schatzscheine: 1.9.1866

Scheinkonstitutionalismus: 1.6.1867

Schema für anthropologische Untersuchungen: 26.3.1885

Schiefkopf: 18.11.1884

Schienenentfernung: 5.6.1872; 20.8.1872

Schildwache stehen: 10.5.1871

Schiller-Statue: 5.11.1869; 3.12.1869; 24.11.1871

Schimpanse (Molly): 23.1.1872; 30.6.1872 →Berliner Aquarium; 20.8.1876

Schlachthausgesetz: 19.2.1880

Schlachtzwang: 21.3.1877; 3.3.1882

Schlackenwälle: 29.4.1870

Schläfenringe: 3.7.1884 →Nakel

Schließung

- der königlichen Leihämter: 24.7.1874
- der öffentlichen Spielbanken: 27.2.1868

Schliewener Kind: 27.2.1873

Schlussstück der Berliner Verbindungsbahn: 16.5.1873

Schmälerung etwaiger Sonderinteressen wird Ersatz finden im Gedeihen des gesamten Vaterlandes: 5.12.1868

Schönheit der Stadt: 5.6.1872  
Schonungsbestimmungen: 18.12.1872 →Fischereigesetz  
Schonzeiten (Fischerei): 14.2.1873  
Schreiben, anonymes: 4.2.1881  
Schülerinnen: 22.6.1872  
Schulaufsichtsgesetz: 11.2.1872; 14.2.1872; 2.3.1882  
Schulaufsichtskosten: 19.3.1882  
Schulaufsichtskräfte: 27.2.1873  
Schulbildung, ungenügende: 9.2.1872 →Kinder zum Schweinhüten, Schulpflicht  
Schulden der Stadt Frankfurt: 20.11.1868  
Schuldotationsgesetz: 16.12.1880  
Schule  
- als Ort des Wissens, nichts des Glaubens: 23.12.1868  
- des Verbrechens: 10.12.1878  
Schulen  
- Grundlage für das Heer. 18.11.1868  
- polytechnische: 18.3.1876  
Schulgemeinden: 15.12.1868  
Schulinspektor, geistlicher: 9.2.1872 →Kompetenz, mangelnde pädagogische  
Schul-Pathologie: 23.4.1870  
Schulpflicht: 9.2.1872 →Kinder zum Schweinhüten, ungenügende Schulbildung  
Schulratswahl: 6.2.1874  
Schulstatistik: 18.8.1875  
Schulvisitationen: 27.11.1868; 16.12.1868; 2.12.1869  
Schulwesen, preußisches: 16.12.1868  
Schutz der Gemeinden vor ministerieller Willkür: 9.2.1872  
Schutz der Wahlfreiheit: 15.2.1871 →Aufhebung des Kriegszustandes  
Schutzzölle: 21.3.1876; 2.2.1881  
Schwanz in Spiritus: 24.12.1879  
Schwanzanlage 29.1.1876  
Schwarzes Brett der Charité: 4.2.1881  
Schwefelsäure: 13.12.1881  
Schwurgerichte: 23.10.1869;30.10.1869  
Seewarte: 7.12.1880

## Sektion

- Medizinalreform: 22.9.1868 → Naturforscherversammlung Dresden
- prähistorische: 18.2.1875 → Museum, märkisches
- Schimpanse: 23.1.1872 → Schimpanse Molly

Sekundärwunder: 16.3.1878

Selbstbestimmungsrecht der Völker: 28.8.1866 → Eroberungsrecht, mittelalterliches;  
26.10.1877; 31.10.1877

Selbstständigkeit eines Ministeriums: 3.11.1877

Selbstverwaltung: 11.2.1868; 18.11.1868; 5.12.1868; 17.10.1869; 28.1.1870; 10.2.1870;  
18.1.1872; 28.3.1878; 31.3.1881; 11.10.1882

Servis- und Einquartierungsdeputation: 18.5.1866

Seuchenausbreitung: 29.5.1875

Seuchengesetz: 5.6.1875

Seuchenhaus: 10.12.1875

Sezessionisten: 5.12.1883

Sezierend noch nicht die Seele gefunden: 23.2.1877

Siegesfest für die Rekonvaleszenten: 11.9.1870

Silberfund in Posen: 14.5.1878

Simplicus Simplicissimus: 17.3.1876

Simultanschule: 18.12.1879

Sincere et constanter: 23.8.1878

Singalesen: 18.9.1884; 7.10.1884; 24.10.1884; 18.12.1884; 20.1.1885

Sittenpolizei: 10.1.1872

Sitten- und Marktpolizei dem Innenministerium unterstellt: 18.11.1872

Sittliches Wohlbefinden als die Grundlage des moralischen Handelns: 8.3.1870

Sittlichkeit setze Wahrheit der Überzeugung voraus: 18.1.1873

Sitzung des Ministerkonsils: 27.2.1872

Skelett: 11.11.1874 → Arnswalde

Skelettgräber, präcolumbische: 22.6.1881

Sklavenhandel: 24.3.1885

Skoliose: 23.4.1870

Sommerexkursion (BAG): 9.6.1875; 22.6.1876; 29.6.1876; 3.7.1877; 20.7.1877; 2.7.1878;  
9.7.1879; 15.6.1881; 28.6.1882; 18.7.1882; 5.7.1883; 24.7.1883; 5.7.1884; 3.8.1885

Sommerfest der Fortschrittspartei: 27.6.1882

Sonderzahlungen für preußische Heerführer: 6.12.1866; 7.12.1866

Sonntagsdebatte: 24.10.1877

Sonntagsöffnung der Museen: 25.2.1877

South-Kensington-Museum: 28.12.1878

Sozialdemokraten: 20.10.1876; 7.7.1878; 18.7.1878; 21.7.1878; 23.7.1878; 10.8.1878;  
26.11.1878; 10.12.1878; 8.11.1881; 5.12.1883; 6.12.1883; 12.12.1883; 13.12.1883;  
17.12.1883; 28.10.1884; 12.11.1884

Sozialdemokratie: 30.6.1878

Sozialistengesetz: 12.12.1883; 13.12.1883; 31.1.1884; 11.5.1884; 23.10.1884; 4.11.1884;  
8.11.1884; 11.11.1884; 29.5.1885

Spaltung von Nord und Süd: 19.8.1866 → Adresskommission

Sparkasse, städtische: 4.8.1866

Sparkassenwesen: 4.8.1866

Sparsamkeit, falsche: 15.1.1873

Spende Vs

- für den Asylverein: 4.3.1870
- für ein Marmorstandbild der Königin Louise: 14.4.1876
- für Waldenburger Bergleute: 7.1.1870

Spenden nicht über ein großes Zentraldepot verteilen: 14.10.1870

Spendenaufruf: 12.6.1866 → Volksküchen; 6.8.1867 → Siegemund; 18.10.1867 → Freiligrath;  
18.12.1868; 2.5.1869; 30.12.1869 → Waldenburg; 28.1.1870; 8.2.1870; 22.2.1870; 22.7.1870;  
26.7.1870; 2.8.1870; 9.8.1870; 12.8.1870; 16.8.1870; 21.8.1870; 6.12.1872; 7.12.1872;  
29.11.1873; 17.7.1874; 31.10.1874; 11.4.1875; 14.4.1876; 17.1.1877 → Asylverein; 2.3.1879;  
14.12.1879; 18.12.1879; 21.12.1879; 25.6.1880 → Lausitz, Harzdistrikt; 6.7.1880; 8.3.1881  
→ Transvaal; 2.5.1882 → Juden, russische; 22.1.1883 → Asylverein

„Spenersche Zeitung“: 5.5.1870

Spezialuntersuchungskommission: 19.2.1873; 20.2.1873

Sperrgesetz: 7.4.1875

Spezialisierung des Oberrechnungskammeretats: 28.12.1869

Spezialuntersuchungskommission: 19.2.1873. 20.2.1873

Sprecher aller deutschen und deutschsprachigen Universitäten: 8.8.1882 → Würzburg

Spülung des Schiffahrts-Kanals: 31.7.1872; 9.8.1872; 29.10.1872 → Maggraff

„Staatsanzeiger“: 23.1.1876

Staat Preußen zu Gunsten von Deutschland aufgeben: 10.2.1875

Staatsarzneikunde: 24.9.1867

Staat

- konstitutioneller: 28.6.1876
- nicht Gewerbetreibender: 28.2.1880
- und Kirche: 27.10.1874; 31.10.1874

Staatsbahnen: 29.10.1879; 9.11.1879; 11.11.1879; 12.11.1879; 14.11.1879; 28.2.1880

Staatsbeamte, käufliche: 18.1.1872 →Wasserwerksgesellschaft, englische

Staatsbürger, selbstständige: 25.12.1868

Staatsbürgerschaft, preußische: 17.2.1869; 18.2.1869

„Staatsbürger-Zeitung“: 28.10.1884

Staatseinnahmen und –ausgaben: 8.6.1872; 29.11.1873; 11.6.1875; 1.11.1877; 11.2.1881

Staatsüberschreitungen: 30.1.1867

Staatsgerichtshof: 23.10.1869

Staatshaushaltsetat: 23.1.1866 →Budgetkommission; 15.2.1866 →Budgetkommission;  
11.2.1868; 20.10.1869; 6.11.1869; 13.12.1871; 25.10.1872: 28.11.1872; 20.5.1874;  
22.1.1876; 13.11.1880; 6.12.1880; 7.12.1880; 21.4.1882

Staatsindustrie: 13.12.1866

Staatsjurisprudenz: 5.2.1880

Staatskirchentum: 9.3.1873; 8.2.1882

Staatsministeriumsbeschluss: 3.12.1880

Staatsmonopol: 22.11.1868

Staatsomnipotenz: 28.10.1884

Staatssalzmonopol: 2.2.1867

Staatsschatz: 1.9.1866; 26.9.1866 →Kriegsschatz

Staatsschatz, kurhessischer: 30.8.1866, 1.9.1866

Staatsschulden: 22.12.1867

Staatsschuldenkommission: 14.1.1871, 31.1.1871 →Wächter des Staatsvermögens; 10.2.1870

Staatsschuldenverwaltung: 10.2.1870

Staatssozialismus: 30.4.1876; 8.11.1881; 8.11.1884

Staatsverschwendung: 6.1.1869

Staat und Kirche: 27.10.1874; 31.10.1874

Stadtbahn: 10.2.1874; 11.2.1874; 27.11.1877

Stadtbauratsstelle, Vertretung der : 21.4.1871

Stadthaushaltsetat: 2.3.1871; 16.2.1872; 22.2.1872; 6.11.1875

Stadträte, kommissarische: 2.12.1866

Stadtschulrat: 9.1.1874; 13.3.1874

Stadtverordnetenmandat: 1.11.1874; 8.11.1874

Stadtverordnetenversammlung:

- **1866:** 12.1.1866; 17.1.1866; 19.1.1866; 23.1.1866; 27.1.1866; 9.2.1866; 10.2.1866; 9.3.1866; 16.3.1866; 22.3.1866; 29.3.1866; 6.4.1866; 13.4.1866; 14.4.1866; 20.4.1866; 4.5.1866; 10.5.1866; 18.5.1866; 25.5.1866; 1.6.1866; 3.6.1866; 8.6.1866; 15.6.1866; 23.6.1866; 30.6.1866; 4.8.1866; 25.8.1866; 31.8.1866; 6.9.1866; 5.10.1866; 2.11.1866; 16.11.1866; 20.11.1866; 23.11.1866; 7.12.1866
- **1867:** 4.1.1867; 11.1867; 19.1.1867; 8.2.1867; 15.2.1867; 22.2.1867; 1.3.1867; 15.3.1867; 22.3.1867; 28.3.1867; 30.3.1867; 5.4.1867; 21.6.1867; 28.6.1867; 5.7.1867; 9.8.1867; 16.8.1867; 29.10.1867; 2.11.1867; 8.11.1867; 15.11.1867; 22.11.1867; 29.12.1867
- **1868:** 3.1.1868; 19.1.1868; 23.1.1868; 31.1.1868; 14.2.1868; 16.2.1868; 18.2.1868; 21.2.1868; 5.3.1868; 6.3.1868; 9.4.1868; 12.6.1868; 19.6.1868; 4.7.1868; 24.7.1868; 7.8.1868; 14.8.1868; 18.10.1868; 27.10.1868; 30.10.1868; 8.11.1868; 13.11.1868; 17.11.1868; 27.11.1868; 2.11.1868
- **1869:** 22.1.1869; 6.5.1869; 14.5.1869; 19.6.1869; 22.6.1869; 27.6.1869; 16.7.1869; 20.8.1869; 29.10.1869; 5.11.1869; 18.11.1869; 17.12.1869; 23.12.1869
- **1870:** 7.1.1870; 14.1.1870; 28.1.1870; 18.3.1870; 1.4.1870; 14.4.1870; 26.4.1870; 13.5.1870; 20.5.1870; 26.5.1870; 3.6.1870; 17.6.1870; 19.6.1870; 1.7.1870; 17.7.1870; 22.7.1870; 29.7.1870; 5.8.1870; 5.9.1870; 30.9.1870; 5.10.1870; 2.12.1870; 8.12.1870; 9.12.1870
- **1871:** 6.1.1871; 20.1.1871; 28.1.1871; 17.2.1871; 2.3.1871; 10.3.1871; 14.4.1871; 21.4.1871; 5.5.1871; 23.5.1871; 26.5.1871; 2.6.1871; 9.6.1871; 23.6.1871; 2.7.1871; 11.8.1871; 25.8.1871; 10.11.1871; 17.11.1871; 24.11.1871; 1.12.1871
- **1872:** 5.1.1872; 19.1.1872; 26.1.1872; 3.2.1872; 9.2.1872; 16.2.1872; 20.2.1872; 6.4.1872; 5.6.1872; 28.6.1872; 31.7.1872; 1.8.1872; 2.8.1872; 9.8.1872; 11.10.1872; 29.10.1872; 8.11.1872; 11.12.1872; 13.12.1872;
- **1873:** 21.1.1873; 24.1.1873; 7.2.1873; 14.2.1873; 21.2.1873; 7.3.1873; 4.4.1873; 10.4.1873; 16.5.1873; 25.5.1873; 13.6.1873; 1.8.1873; 22.8.1873; 5.9.1873; 17.10.1873; 8.11.1873; 6.12.1873; 12.12.1873; 13.12.1873



- **1874:** 9.1.1874; 23.1.1874; 30.1.1874; 6.2.1874; 18.2.1874; 20.2.1874; 27.2.1874; 6.3.1874; 13.3.1874; 1.5.1874; 12.6.1874; 20.6.1874; 3.7.1874; 24.7.1874; 31.7.1874; 3.11.1874; 6.11.1874; 13.11.1874; 20.11.1874; 18.11.1874; 11.12.1874; 18.12.1874
- **1875:** 8.1.1875; 15.1.1875; 22.1.1875; 5.2.1875; 6.2.1875; 12.2.1875; 13.2.1875; 19.2.1875; 20.2.1875; 6.3.1875; 20.3.1875; 3.4.1875; 23.4.1875; 14.5.1875; 28.5.1875; 29.5.1875; 11.6.1875; 25.6.1875; 2.9.1875; 8.10.1875; 29.10.1875; 5.11.1875; 6.11.1875; 12.11.1875; 27.11.1875; 3.12.1875; 10.12.1875; 15.12.1875; 22.12.1875; 29.12.1875; 30.12.1875
- **1876:** 7.1.1876; 14.1.1876; 15.1.1876; 10.3.1876; 11.3.1876; 12.5.1876; 9.6.1876; 10.6.1876
- **1877:** 16.3.1877; 13.4.1877; 20.4.1877; 2.11.1877; 9.11.1877; 16.11.1877
- **1878:** 5.4.1878; 9.4.1878; 17.4.1878; 26.4.1878; 3.5.1878; 10.5.1878; 21.6.1878; 4.10.1878; 1.11.1878; 22.11.1878; 31.12.1878
- **1879:** 17.1.1879; 21.2.1879; 26.3.1879; 27.6.1879; 29.6.1879; 17.10.1879; 7.11.1879; 28.11.1879
- **1880:** 20.2.1880; 5.3.1880; 12.3.1880; 14.5.1880; 10.9.1880; 15.10.1880; 3.12.1880; 10.12.1880
- **1881:** 7.1.1881; 14.1.1881; 28.1.1881; 4.2.1881; 11.2.1881; 25.2.1881; 18.3.1881; 25.3.1881; 1.4.1881; 9.4.1881; 31.5.1881; 3.6.1881; 10.6.1881; 17.6.1881; 2.9.1881
- **1882:** 27.1.1882; 17.2.1882; 3.3.1882; 23.6.1882; 8.9.1882; 13.10.1882
- **1883:** 11.5.1883; 8.6.1883; 30.11.1883; 14.12.1883; 21.12.1883
- **1884:** 3.1.1884; 6.1.1883; 15.2.1884; 2.5.1884; 6.6.1884; 13.6.1884; 20.6.1884; 21.10.1884; 22.10.1884; 21.11.1884; 28.11.1884
- **1885:** 27.2.1885; 29.5.1885; 5.6.1885; 28.11.1885

Stadtverordnetenwahl: 3.11.1874; 16.10.1880; 19.10.1880; 27.10.1880; 3.11.1880; 7.9.1883; 18.10.1883; 19.10.1883; 20.10.1883; 21.10.1883; 11.11.1885

Städte als eigentliche Stätten deutscher Bildung: 19.10.1876

Städteordnung: 10.4.1875; 27.5.1876; 30.5.1876; 1.6.1876; 9.6.1876; 10.6.1876; 28.6.1876; 12.12.1883; 13.12.1883; 17.12.1883

Standquartier für eine berittene Schutzmannschaft: 10.2.1870

Station, zoologische: 22.6.1884 → Neapel; 27.6.1884

Stationierung eines Landesgestüts: 16.3.1875

Statistik der Schädelformen: 6.7.1875; 18.8.1875; 16.8.1878

Steinkistengräber: 21.12.1883 → Kischau

Steinring: 16.8.1883 →Otzhausen

Steinwälle, verglaste: 3.6.1870

Steinwerkzeuge: 21.3.1882

Steinzeit: 20.8.1878 → Ägypten

Stellung

- der katholischen Kirche, monopolische: 1.3.1877
- der katholischen Kirche zur Kultur: 17.4.1875
- der Pathologie: 1.10.1869

Stellvertretungskosten der Landräte: 19.1.1868

Stempel auf Urnen und Tongeschirr: 7.9.1871

Stenographie: 5.2.1884; 6.2.1884

Sterblichkeit

- in Berlin: 21.11.1872; 18.12.1872
- in den Kellerwohnungen: 16.11.1877

Sternwarte: 2.2.1872

Stets die Sache nie die Person im Auge: 12.8.1875

Steuereinschätzung: 13.12.1883

Steuererlass: 19.1.1881

Steuerfähigkeit des Landes: 27.11.1873

Steuern

- indirekte: 18.11.1868; 21.11.1868; 2.2.1881; 12.11.1881; 27.10.1884
- nach vorhandenen Bedürfnissen regeln: 16.11.1866

Steuerreform

- generelle: 31.1.1868 →Defizit, städtisches
- städtische: 13.11.1868; 15.11.1868

Steuersackel in der Hand des preußischen Landtages: 4.11.1870

Steueruberdudung 18.11.1868

Stichwahlen: 29.10.1884; 1.11.1884; 8.11.1884; 9.11.1884; 11.11.1884; 12.11.1884;  
13.11.1884; 14.11.1884; 18.11.1884

Stiftungsfest (90jahriges) des medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts  
(Pepinere): 22.7.1885

Stiftungstag der militärischen Bildungsanstalten (Rede): 29.8.1874 →Fortschritte der Kriegs-  
heilkunde

Stimme der Völker über Krieg und Frieden: 15.12.1868

Stimmvieh: 31.3.1881  
Stimmung in den Ostseeprovinzen: 9.10.1877  
Straffreiheit des Sakramentespendens und Messelesens: 27.1.1881  
Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund: 5.5.1870  
Strafgewalt des Reichstages: 18.1.1879; 22.1.1879; 24.1.1879  
Strafprozessordnung: 23.10.1869  
Straße, Königgrätzer: 6.3.1875  
Straßenbahnen: 18.1.1872 →Polizeiverwaltung  
Straßenbesprengung: 4.4.1873  
Straßenfiskus: 26.2.1873; 1.12.1875  
Straßenpolizei: 10.11.1871  
Straßenreinigung: 28.5.1875; 29.5.1875  
Streben nach Wahrheit: 27.9.1873  
Streit  
- zwischen Glauben und Wissen: 16.12.1868  
- zwischen Staat und Kirche: 7.4.1875  
St. Thomas-Kirche: 19.6.1870  
Strömungen, liberale: 13.8.1873  
Strumpfverteilung: 19.10.1870  
Studium der medizinischen Wissenschaften: 20.9.1879 →Kongress, internationaler medizinischer Wissenschaften  
Sublevationskasse: 20.2.1872 →Stadthaushaltsetat  
Subskriptionsbälle: 14.1.1870  
Subvention von Dampferlinien: 8.9.1884  
Suliot, tätowierter: 11.8.1872  
Summe an Merkmalen lässt erst Beurteilung zu: 14.8.1875  
Summepiskopat: 11.3.1876  
Superiorität einer Rasse unwahr: 27.9.1873 →Naturforscherversammlung Wiesbaden  
Syllabus: 4.12.1873  
Symptom des Rechtssteuerns: 28.6.1876  
Synodalgesetz: 19.10.1876; 1.3.1877  
Synodalkosten: 3.2.1874  
Synodalordnung: 27.2.1876; 29.2.1876; 3.3.1876; 11.3.1876; 5.5.1876; 6.5.1876; 12.1.1879  
s.a. Generalsynodalordnung

Synoden: 28.11.1869  
Synostosen, rachitische: 6.7.1873  
System, Liernursches: 2.5.1884  
System Bismarck: 16.4.1880

## T

Tabakmonopol: 11.3.1882; 12.3.1882; 13.3.1882; 14.6.1882  
„Tägliche Rundschau“: 6.12.1882  
Tagegelder und Reisekosten für Mitglieder des Deutschen Reichstages. 11.12.1873  
Tagesfahrchein: 20.6.1884  
Tarifpolitik: 12.11.1879  
Taxfrage: 6.3.1874  
Teilung

- archäologische: 14.8.1875
- der Provinz Preußen: 9.4.1875

Terramare: 23.1.1872  
Territorialsystem der Synodalordnung: 27.2.1876  
Theorie, Darwinsche: 27.9.1871 → Generalversammlung der deutschen anthropologischen Gesellschaft in Schwerin; 13.3.1879  
Theoderichpalast: 7.2.1872 →Ravenna  
Theorie vom Uraffen: 27.9.1871  
Thronrede: 24.8.1866  
Tierärzte bei der Armee: 28.1.1868 →  
Tierarzneischulen: 8.12.1866; 24.4.1872; 7.6.1872; 10.12.1873; 24.1.1874  
Tierarzneischulen dem Kultusministerium unterordnen: 7.6.1872  
Tierarzneischulwesen: 8.12.1866; 28.1.1868 →Medizinalpfuscherei  
Tiergarten: 31.7.1872; 21.4.1882  
Tierknochenfunde aus der Vorzeit: 28.11.1869  
Tierzeichnungen: 23.11.1877  
Tischrede: 19.6.1880 →Fischereiausstellung  
Todesursache im Standesregister: 21.12.1873; 20.1.1874  
Töpfchenkieker: 6.1.1877  
Töpfereien, römische: 25.10.1882 →Heidelberg  
Toleranz: 21.2.185; 22.2.1885

Tongefäße: 25.8.1872

Tonnensystem: 5.3.1869

Totenmasken, metallene: 24.6.1880

Totenscheine (Todesursache): 11.1.1873; 3.2.1875

Tradition und Mode: 15.10.1873

Transformismus: 17.8.1882; 18.8.1882

Transzendenz: 22.4.1884

Trauerfeier zu Ehren

- Prof. Ehrenbergs: 30.6.1876
- Prof. Dr. Lepsius: 13.7.1884
- Prof. Dr. Reichert: 27.12.1883

Trennung

- des Rechnungshofes und der Oberrechnungskammer: 12.5.1874
- von Kirche und Schule: 9.2.1872; 2.11.1873
- von Staat und Kirche: 31.10.1874; 3.11.1877; 25.6.1883; 1.7.1883
- zwischen Zivil- und Militärlehrer-Turnanstalten: 2.12.1877

Trichinen: 4.1.1866; 7.1.1866, 12.1.1866; 13.1.1866, 19.1.1866; 23.1.1866; 24.1.1866 →Dr. Ehrenberg; 27.1.1866; 3.2.1866; 15.12.1866; 22.3.1877; 1.5.1884

Trichinenschauämter: 11.2.1881

Trichinenterrorismus: 7.1.1866

Trinkerasyll: 22.5.1881

Trunksucht: 1.2.1884; 2.2.1884

Trunksuchts Gesetze: 7.4.1881

Turnhalle, städtische: 6.9.1866; 2.11.1866; 8.12.1866; 29.10.1869

Turnunterricht

- in Gemeindeschulen: 23.12.1869
- in höheren Lehranstalten: 6.5.1869

Turnwarte: 17.1.1866

Turnwesen: 17.1.1866; 27.1.1866; 2.11.1866; 21.6.1867; 6.8.1867

Typhusepidemie: 9.2.1872 →Oberschlesien; 11.2.1868

Typhuskranke: 10.4.1873 →Moabit

Typhuserkrankung der Söhne Vs: 9.11.1870; 11.11.1870

## U

Überlassung mietfreier Räume an Aquarienfabrikanten: 23.4.1875

Übernahme des

- Betriebes der Hinterpommerschen Bahn: 15.12.1877
- Präsidiums: 29.10.1882 → Berliner medizinische Gesellschaft

Überschüsse aus der Erleuchtungskasse: 19.1.1868

Übersicht

- der Einnahmen an Kriegskostenentschädigungen: 21.11.1866
- der Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Provinzialverbände: 21.11.1869; 27.11.1873  
→ Steuerfähigkeit des Landes

Übertragung

- der Eigentumsrechte an Eisenbahnen auf das Deutsche Reich: 27.4.1876; 30.4.1876
- der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont an Preußen: 12.12.1867
- der Veterinäranstalten und der Tierarzneischule vom Landwirtschaftsministerium zur Verwaltung der Medizinal-Angelegenheiten: 23.1.1873
- von polizeilichen Aufsichtsbefugnissen an Kuratoren: 4.2.1884

Überwachung, ärztliche, der Schule: 13.12.1880; 14.12.1880

Ulanenkaserne: 4.3.1871

Ultramontanismus: 17.1.1871; 8.1.1873; 18.1.1873; 17.4.1875; 29.11.1877

- antihohenstauffischer, antihohenzollerischer: 2.3.1873

Umlage für Gemeindemitglieder: 6.5.1876

Ummauerung von Bäumen „Unter den Linden“: 30.10.1868

Umwandlung

- einiger Privatschulen in Gemeindeschulen: 19.6.1868
- polnischer Ortsnamen in deutsche: 18.1.1878
- wissenschaftlicher Sammlungen aus Universitätsinstituten in Zentralinstitute für gelehrte Studien: 14.3.1875

Unentgeltlichkeit des Unterrichts: 18.1.1882

Unfehlbarkeitsdogma: 1.2.1872

Unitarismus: 12.11.1879

Universitäten: 10.3.1875; 1.2.1884; 2.2.1884; 4.2.1884, 5.2.1884

Universitätsetat: 16.3.1876

Universitätsherbarium: 8.4.1876

Universitätslehrer, Gehälter der: 8.12.1866

Universitätssenat: 19.10.1867

Unpatriotische Männer ins Gefängnis bringen, weil sie gegen die Annexion Elsaß-Lothringens sind: 15.2.1871

Unterhaltung der Schlosskirche in Hannover: 1.12.1869

Unterkiefer, menschlicher diluvialer: 18.8.1881

Unterlassungssünde der Regierung: 15.2.1871

Unterricht,

- naturwissenschaftlicher: 20.2.1868; 20.2.1868
- öffentlicher: 18.11.1868; 16.12.1868
- popularisierende Unterricht: 7.7.1869 →Humboldt

Unterrichts- und Erziehungswesen, Beaufsichtigung des: 9.2.1872

Unterrichtsfreiheit die Freiheit der Unwissenheit (Zentrum): 16.5.1876

Unterrichtsgesetz: 24.1.1878; 15.12.1880

Unterrichtsgesetz im Interesse des Staates: 25.12.1868

Unterrichtsrat: 15.12.1880; 16.12.1880; 12.3.1882

Unterrichtswesen, technisches: 9.2.1884

Unterschied zwischen besoldeten und unbesoldeten Stadträten: 2.12.1870

Unterstaatssekretäre: 9.2.1877

Unterstützung der Zollpolitik durch Kampftarife: 12.11.1879

Untersuchung

- der Rekruten: 20.8.1875
- der Schulkinder, statistische: 14.8.1883

Unvereinbarkeit des Wunderglaubens mit der wissenschaftlichen Forschung: 20.9.1874

Unzulänglichkeit der Polizei: 28.1.1874

Urbehälter: 27.4.1879

Urbevölkerung

- der Andamanen: 21.4.1876
- Europas: 21.6.1874

Urlaub: 5.10.1866; 16.8.1867; 9.4.1868; 14.8.1868; 20.8.1869; 1.4.1870; 14.4.1870; 11.8.1871; 6.4.1872; 2.8.1872; 10.4.1873; 1.8.1873; 5.9.1873; 31.7.1874; 2.9.1875; 26.3.1879; 10.9.1880; 2.9.1881; 8.9.1882

Urlaubsverweigerung für Landtagsmandat: 28.11.1870

Urne, dänische: 26.4.1873

Urnen: 24.10.1874

Urtypus, germanischer: 23.2.1881

Urwahlbezirk

- 113: 15.10.1876
- 117: 25.10.1873 →Wahlvorsteher; 28.10.1873; 30.10.1873; 1.11.1873; 5.11.1873

Urwählerversammlung: 19.10.1876 →Magdeburg

Urzeugung: 17.8.1882

## V

Variabilität der Rassen: 27.9.1871

Vater der Genossenschaften: 3.7.1883 →Schulze-Delitzsch

Vegetarismus: 6.1.1877; 21.10.1885 →Berliner Handwerkerverein

Veräußerung von Staatseigentum: 18.1.1872; 29.11.1873

Verantwortlichkeit

- aller Staatsbeamten: 27.9.1870
- der Militärbefehlshaber: 15.2.1871
- des Gesamtministeriums: 13.12.1871
- des Reichskanzlers: 26.1.1882

Verarmung, zunehmende: 15.11.1868; 18.11.1868

Verbauern der Lehrer: 6.1.1871

Verbesserung

- der Beamtenbesoldung: 29.2.1872
- der Besoldung der Militärärzte: 11.12.1866
- der Bürgersteige: 30.3.1867
- des Kloaken- und Rinnsteinwesens: 22.11.1866
- der Studienbedingungen: 2.2.1872

Verbindung Menschenmedizin-Tiermedizin an Universitäten: 7.6.1872

Verbot der Pockenimpfung bei Schafen: 5.6.1875; 6.11.1875

Verbreitung

- brachycephaler Schädel in vorgeschichtlicher und geschichtlicher Zeit in Deutschland: 18.9.1874
- der blonden und brünetten Rasse in Deutschland: 26.9.1874
- der Fruchtstraße: 15.3.1867; 22.3.1867

Vereine

- Anthropologenverein, Niederlausitzer: 21.8.1884 →Ehrenmitglied



- Ärzte-Verein Frankfurt: 19.11.1881
- Ärztlicher Verein München (Mitglied): 12.8.1875
- Arbeiterverein, Berliner: 16.1.1868; 16.7.1869; 9.10.1884; 12.10.1884
- Asyl-Verein für Obdachlose: 18.12.1868; 29.12.1868; 26.3.1869; 21.11.1869;  
28.1.1870; 6.2.1870; 13.2.1870; 20.2.1870; 1.3.1870; 3.3.1870; 4.3.1870; 28.4.1870;  
1.10.1870; 30.10.1870; 9.12.1870; 17.1.1877; 1.5.1877; 21.12.1879; 24.4.1880;  
18.11.1881; 26.4.1882; 22.1.1884
- BAG: 19.11.1869; 2.2.1870; 26.2.1870; 9.4.1870; 3.6.1870; 26.6.1870; 2.12.1870;  
16.4.1871; 23.6.1871; 7.9.1871; 16.9.1871; 5.10.1871; 23.1.1872; 7.2.1872;  
24.2.1872; 4.4.1872; 7.4.1872; 30.6.1872; 13.7.1872; 25.8.1872; 26.4.1873;  
27.4.1873; 24.5.1873; 6.7.1873; 26.6.1874; 11.7.1874; 6.12.1874; 24.1.1875;  
18.2.1875; 9.6.1875; 18.6.1875; 27.6.1875; 12.9.1875; 29.10.1875; 20.11.1875;  
23.12.1875; 16.1.1876; 29.1.1876; 22.2.1876; 21.4.1876; 2.6.1876; 29.6.1876;  
20.8.1876; 5.11.1876; 17.12.1876; 24.1.1877; 22.2.1877; 17.3.1877; 11.4.1877;  
13.4.1877; 31.5.1877; 3.7.1877; 20.7.1877; 26.7.1877; 24.10.1877; 23.11.1877;  
18.12.1877; 23.12.1877; 29.1.1878; 21.2.1878; 9.3.1878; 14.3.1878; 23.3.1878;  
14.5.1878; 19.6.1878; 2.7.1878; 1.8.1878; 22.10.1878; 23.10.1878; 19.11.1878;  
25.12.1878; 14.1.1879; 21.1.1879; 20.2.1879; 19.3.1879; 22.4.1879; 25.6.1879;  
9.7.1879; 14.7.1879; 17.7.1879; 22.7.1879; 22.10.1879; 18.11.1879; 24.12.1879;  
21.1.1880; 26.2.1880; 2.4.1880; 21.4.1880; 29.5.1880; 24.6.1880; 25.6.1880;  
30.6.1880; 20.7.1880; 19.10.1880; 9.11.1880; 24.11.1880; 22.12.1880; 18.1.1881;  
23.2.1881; 22.3.1881; 20.4.1881; 24.5.1881; 15.6.1881; 22.6.1881; 19.7.1881;  
18.10.1881; 16.11.1881; 17.11.1881; 20.12.1881; 26.1.1882; 22.2.1882; 14.3.1882;  
21.3.1882; 25.4.1882; 23.5.1882; 21.6.1882; 28.6.1882; 18.7.1882; 25.10.1882;  
14.11.1882; 19.12.1882; 24.1.1883; 13.2.1883; 21.2.1883; 21.3.1883; 24.4.1883;  
24.5.1883; 21.6.1883; 5.7.1883; 24.7.1883; 23.10.1883; 22.11.1883; 21.12.1883;  
24.1.1884; 19.2.1884; 18.3.1884; 21.5.1884; 3.7.1884; 5.7.1884; 20.7.1884;  
23.7.1884; 24.10.1884; 18.11.1884; 18.12.1884; 23.12.1884; 13.1.1885; 20.1.1885;  
28.2.1885; 26.3.1885; 22.4.1885; 7.5.1885; 18.5.1885; 19.5.1885; 6.6.1885;  
26.6.1885; 30.6.1885; 3.8.1885; 20.10.1885; 29.10.1885; 1.12.1885; 22.12.1885
- Berliner Schlachtergewerk: 12.1.1866 → Trichinen
- Bezirksverein im Spandauer Stadtrevier: 3.12.1884
- Bezirksverein der Schönhauser Allee: 3.12.1884

- DAG: 6.11.1869; 18.8.1871; 21.8.1871; 27.9.1871; 31.7.1872; 11.8.1872; 18.9.1874;  
6.7.1875; 6.7.1875; 12.8.1875; 14.8.1875; 17.8.1875; 18.8.1875; 20.8.1875;  
21.8.1875; 22.8.1875; 5.11.1876; 28.9.1877; 29.9.1877; 30.9.1877; 9.1.1878;  
14.8.1878; 16.8.1878; 18.8.1878; 20.8.1878; 24.8.1878; 14.8.1879; 16.8.1879;  
17.8.1879; 27.10.1879; 26.2.1880; 31.7.1880; 5.8.1880; 6.8.1880; 8.8.1880; 9.8.1880;  
10.8.1880; 11.8.1880; 12.8.1880; 9.8.1881; 12.8.1881; 16.8.1881; 17.8.1881;  
18.8.1881; 19.8.1881; 15.8.1882; 17.8.1882; 18.8.1882; 20.8.1882; 25.10.1882;  
11.8.1883; 12.8.1883; 14.8.1883; 15.8.1883; 16.8.1883; 22.11.1883; 6.8.1884;  
8.8.1884; 9.8.1885; 11.8.1885; 12.8.1885
- demokratischer: 14.12.1884
- Fischerei-Verein, Deutscher: 13.11.1872; 6.9.1877; 5.3.1878 2.4.1878; 19.10.1878;  
29.10.1879; 19.12.1879; 24.4.1880; 10.5.1880; 19.6.1880; 4.5.1881
- Frauen-Bildungs- und Erwerbsverein: 11.11.1869
- Freie wissenschaftliche Vereinigung: 18.12.1881
- Friedrichsstädter Bezirksverein: 10.12.1867; 14.12.1867; 18.12.1867
- Gesellschaft für Erdkunde: 11.4.1877; 13.4.1877; 2.5.1878; 3.5.1878; 18.5.1885
- Gesellschaft für Chirurgie, Deutsche: 8.4.1881; 5.4.1883
- Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege, Deutsche: 18.11.1881  
→Ehrenmitgliedschaft; 20.11.1881; 22.3.1883
- Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung: 14.6.1879
- Gesellschaft naturforschender Freunde: 13.1.1866; 27.1.1866; 3.2.1866 →Trichinen;  
28.11.1869
- Gewerkverein, Deutscher (Vortrag): 22.2.1870; 23.2.1870; 2.3.1870; 3.3.1870;  
8.3.1870
- Handwerkerverein, Berliner: 17.2.1866; 30.3.1866; 15.11.1866; 29.11.1866;  
3.11.1867; 13.11.1867; 14.11.1867; 1.12.1867; 28.1.1869; 30.1.1869; 10.2.1869;  
18.2.1869; 21.2.1869; 22.6.1884; 28.6.1884; 30.6.1884; 12.11.1884; 21.1.1885;  
31.1.1885; 8.4.1885; 21.10.1885
- Handwerkerverein für den Westen und Süden: 15.3.1885; 20.3.1885
- Heimia: 15.3.1882; 16.3.1882; 27.5.1883
- Hilfsverein für die deutschen Armeen im Felde, Berliner: 30.6.1866; 9.7.1866;  
19.7.1870; 22.7.1870; 2.8.1870; 9.8.1870; 11.8.1870; 12.8.1870; 16.8.1870;  
20.8.1870; 21.8.1870; 3.9.1870; 7.9.1870; 10.9.1870; 11.9.1870; 2.10.1870;  
7.10.1870; 13.10.1870; 14.10.1870; 15.10.1870; 18.10.1870; 19.10.1870; 21.10.1870;

- 22.10.1870; 24.11.1870; 29.11.1870; 1.12.1870; 7.12.1870; 21.1.1871; 29.1.1871;  
4.3.1871; 23.5.1871; 1.6.1871; 4.6.1871; 17.9.1873
- Hilfsverein für die Notleidenden an der Ostseeküste, Deutscher: 6.12.1872
  - Leopoldinisch-Carolinische Akademie der Naturforscher, Kaiserlich: 28.4.1871
  - Lette-Verein: 10.11.1876; 12.11.1876; 28.12.1876; 6.1.1877
  - Medizinisch-pädagogischer Verein: 23.4.1870
  - Medizinische Gesellschaft, Berliner: 29.4.1868; 28.10.1868; 1.4.1870; 5.5.1870;  
21.11.1872; 11.1.1873; 27.2.1873; 6.3.1874; 21.2.1879; 8.6.1881; 30.10.1881;  
29.10.1882 →Übernahme des Präsidiums; 8.11.1883; 15.7.1884; 7.5.1885; 9.10.1885;  
18.10.1885; 25.10.1885; 30.10.1885; 3.11.1885; 13.11.1885; 3.12.1885; 10.12.1885
  - Tierschutzverein, Berliner Neuer: 6.4.1881
  - Oranienburger-Tor-Bezirksverein: 2.10.1873; 27.10.1874; 31.10.1874; 1.12.1875;  
17.12.1875; 21.12.1875; 20.10.1876; 16.5.1877; 19.5.1877; 7.6.1877; 26.2.1880;  
28.2.1880; 8.5.1881 (Mitgliedschaft); 22.1.1884; 24.1.1884; 21.2.1884; 23.2.1884;  
21.10.1885; 23.10.1885
  - städtischer, Annaberg: 9.11.1869
  - Stenographischer Verein in Berlin: 12.1.1866
  - Stockholmer Ärzte (Fest für V): 20.8.1874
  - Tierschutzverein, deutscher: 3.2.1884 →Kürten, Dr.
  - Verein der Berliner Volksküchen: 12.6.1866; 31.10.1867; 1.5.1868
  - Verein der Studierenden der Veterinärmedizin: 18.10.1881
  - Verein, deutscher: 4.2.1884; 5.2.1884
  - Verein deutscher Ärzte in Prag: 1.11.1881
  - Verein Fortschritt (Charlottenburg): 11.7.1882; 27.7.1882; 30.7.1882; 1.8.1882
  - Verein f. Familien- und Volkserziehung: 26.1.1866; 21.10.1866; 7.6.1867;  
22.10.1867; 16.1.1868; 29.11.1873
  - Verein für öffentliche Angelegenheiten: 30.1.1876
  - Verein für öffentliche Gesundheitspflege: 26.1.1872 (Ablehnung zum Beitritt);  
18.11.1881; 20.11.1881; 4.4.1882; 8.2.1883
  - Verein für öffentliche Gesundheitspflege, Niederrheinischer: 10.2.1870
  - Verein gegen Verarmung, Berliner: 9.12.1885
  - Verein vor dem Halleschen Tor: 14.3.1884; 16.3.1884; 14.12.1885
  - Verein Waldeck: 12.8.1881; 29.6.1884
  - Victoria-National-Invaliden-Stiftung: 26.7.1870

## Vereinigung

- der Fortschrittspartei mit der liberalen Vereinigung: 7.3.1884
- des Herzogtum Lauenburg mit Preußen: 20.1.1866
- freie, der Fortschrittspartei: 6.1.1880; 9.1.1880; 25.1.1880; 28.4.1880; 1.5.1880
- liberale: 17.12.1883; 7.3.1884; 16.3.1884; 8.9.1884
- unter dem alten Symbol deutscher Einheit: 27.9.1870

Vereinsturnen: 2.2.1867 →Berliner Turnerschaft

## Verfassung

- des norddeutschen Bundes: 2.5.1867; 7.5.1867; 8.5.1867; 9.5.1867; 12.5.1867; 1.6.1867; 10.9.1868
- durchlöchert wie eine Fahne: 18.1.1873
- Frankfurter: 23.6.1883
- für Deutschland: 26.11.1870
- für die Provinz Berlin: 25.2.1875; 28.2.1875; 4.6.1875
- von Gesamtdeutschland: 27.9.1870

Verfassungseid: 8.5.1867

Verfassungsfrage: 25.8.1876

Verfassungsveränderungen: 31.10.1874

Vergiftung durch Miesmuscheln: 13.11.1885 →Berliner medizinische Gesellschaft; 3.12.1885; 10.12.1885

Vergrößerung des stehenden Heeres: 18.11.1868

Vergütung von gerichtsärztlichen, medizinal-oder sanitätspolizeilichen Geschäften der Medizinalbeamten: 10.2.1871 →Fuhrkostenentschädigung; 14.2.1872

## Verhältnis

- der Abteilungsdirektoren zur Generaldirektion: 17.3.1876
- der Kirche zum Staat: 23.11.1876
- der Regierung zum Altkatholizismus: 11.3.1875
- deutschen Forschungsgeistes zu anderen Nationen: 14.8.1875
- von Selbst- und Staatshilfe: 23.2.1868

Verhandlungen über die Provinz Berlin: 20.2.1875

## Verkauf

- der Brunnenanstalt zu Godesberg: 24.1.1868
- von städtischem Villenterrain: 21.2.1879

Verkehr zwischen Rechnungshof und Volksvertretung: 16.2.1872

Verkehrsinfrastruktur: 24.11.1871; 10.1.1872 →Bau von Pferdebahnen

#### Verlängerung

- der Dauer der der Großen Berliner Pferdeisenbahn-Aktiengesellschaft erteilten Genehmigung: 27.6.1879
- der Ferien der höheren Lehranstalten: 10.3.1876; 11.3.1876
- der Legislaturperiode: 24.10.1877
- des Privilegiums für die englische Gesellschaft der Wasserwerke: 17.11.1871
- des Reichstagsmandates (eigenmächtig): 26.11.1870

#### Verlag

- Fr. Duncker: 24.12.1871
- Georg Reimer: 27.9.1870

Verlagsbuchhandlung Gerschel: 8.5.1869

Verlautbarung, offizielle (Fortschrittspartei): 27.9.1870

#### Verlegung

- der Artilleriewerkstätten: 18.12.1869
- einer landwirtschaftlichen Versuchsstation: 2.12.1869
- neuer Bahngleise: 31.1.1867

#### Vermehrung

- der Exekutivpolizei: 10.1.1872
- der Lehrerbildungsstätten: 18.12.1869
- der Unterrichtsanstalten gegen eine Zunahme von Verbrechen: 6.11.1869
- der Zahl der Stadtverordneten: 14.1.1876; 15.1.1876

Vermeidung von Krankheiten: 28.1.1868

Verminderung der Bürokratie: 18.11.1868

Vernichtung von Schatzobligationen: 20.11.1868

Veröffentlichung des 2. Berliner Reichstagswahlkreis: 11.4.1880

Verpachtung des Ratskellers: 6.12.1873

#### Verpflichtung

- der Regierung zur Einnahmen- und Ausgabenkontrolle: 23.8.1866  
→Budgetkommission
- zur Tilgung von Schulden: 15.12.1869

#### Versammlung

- am Wahlabend: 28.10.1881

- der 1. Abteilung des 6. Kommunalwahlbezirks: 21.11.1885
- der christlich-sozialen Partei: 1.11.1884
- der deutsch-freisinnigen Partei: 21.10.1884; 22.10.1884; 23.10.1884; 27.10.1884; 12.11.1884
- der fortschrittlichen und liberalen Wähler der Anhalter und Potsdamer Vorstadt: 18.7.1878
- der fortschrittlichen und liberalen Wähler des 2. Berliner Wahlbezirks: 21.7.1878
- der freisinnigen Partei im 3. Reichstagswahlkreis: 18.9.1884
- der freisinnigen Wähler des 5. Reichstagswahlkreises: 25.10.1884
- der freisinnigen Wähler des 6. Reichstagswahlkreises: 25.10.1884
- der freisinnigen Wählerschaft: 25.1.1885; 30.1.1885
- der Konservativen: 24.10.1884
- der konservativen Wähler des 2. Reichstagswahlkreis: 25.9.1884; 8.10.1884; 10.10.1884; 21.10.1884; 28.10.1884; 7.11.1884; 8.11.1884; 11.11.1884; 12.11.1884
- der konservativen Wähler des 1. Reichstagswahlbezirks: 26.10.1884
- der konservativen Wähler im 6. Reichstagswahlkreis: 30.9.1884
- der liberalen Urwähler der Rosentaler und Hamburger Vorstadt: 17.10.1882; 23.10.1885; 25.10.1885
- der liberalen Urwähler der Stadtteile Moabit, Wedding, Gesundbrunnen und Oranienburger Vorstadt: 13.10.1882; 14.10.1882
- der liberalen Urwähler der Stadtteile Prenzlauer, Schönhauser und Rosentaler Vorstadt: 12.10.1882
- der liberalen Urwähler der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt: 25.10.1885
- der liberalen Wähler der jüdischen Gemeinde: 25.11.1880
- der liberalen Wähler des Stadtteils Moabit: 25.10.1885
- der liberalen Wähler im 3. Landtagswahlkreis: 15.10.1885; 16.10.1885
- der liberalen Wähler im Gesundbrunnen: 21.10.1885
- der liberalen Wähler im 2. Reichstagswahlkreis: 2.6.1878; 23.7.1878; 27.3.1881; 30.3.1881; 18.10.1881
- der liberalen Wähler im 1. und 2. Reichstagswahlkreis: 31.3.1881
- der neu gewählten Wahlmänner im 1. Landtagswahlkreis: 20.10.1882
- der neugewählten Wahlmänner im 3. Landtagswahlkreis: 20.10.1882
- der österreichischen Anthropologen: 17.8.1881 18.8.1881; 19.8.1881 →Salzburg
- Sozialdemokraten im 2. Reichstagswahlkreis: 15.8.1884

- der Urwähler des 3. Landtagswahlbezirks: 24.10.1867; 10.10.1882; 11.10.1882
- der Vertrauensmänner
  - o der Stadtbezirke 31-60: 17.10.1883
  - o der vereinten liberalen Parteien: 7.7.1878; 3.6.1883
  - o der Arbeiterpartei: 6.11.1884
  - o des 1. Berliner Wahlkreises: 12.10.1867
  - o des 2. Berliner Reichswahlbezirkes: 26.7.1867; 21.6.1878; 5.2.1880
  - o des 3. Berliner Wahlkreises: 5.11.1870; 22.9.1882
- der Wähler der 1. Abt. des 6. Kommunalwahlbezirks: 16.10.1883; 20.10.1883
- der Wähler des 3. Wahlbezirks: 5.11.1867
- der Wahlmänner des 1. Berliner Wahlkreises: 1.11.1867; 3.11.1867; 5.1.1867
- der Wahlmänner des 3. Berliner Wahlkreises: 6.11.1867; 4.11.1870; 11.11.1870
- des 1. Reichswahlbezirkes: 8.8.1867; 17.7.1878
- des 2. Reichswahlbezirkes: 22.3.1871; 16.9.1884; 4.10.1884
- des 3. Reichswahlbezirkes: 8.8.1867; 22.1.1879
- des Berliner Arbeitervereins: 9.10.1884; 12.10.1884; 26.10.1884; 28.10.1884
- des Bezirksvereins „Hafenhaide“: 16.9.1884
- des Bezirksvereins der werktätigen Bevölkerung: 4.11.1884
- des fortschrittlichen Bezirksvereins der Potsdamer Vorstadt: 24.9.1884
- des freisinnigen Vereins der südlichen Friedrichstadt: 18.11.1885; 19.11.1885
- des konservativen „Deutschen Bürgervereins“: 5.11.1884
- des Louisestädtschen Vereins „Vorwärts“: 9.10.1884
- des Vereins hiesiger Schlachtermeister: 24.1.1866 →Trichinen
- des Wahlvereins im 2. Reichstagswahlkreis: 4.12.1883; 5.12.1883
- deutschfreisinniger Wahlmänner des 3. Landtagswahlkreises: 29.10.1885; 30.10.1885
- deutscher Naturforscher und Ärzte: 22.9.1867; 24.9.1867; 20.9.1868; 22.9.1868; 1.10.1869; 6.11.1869; 24.12.1871; 27.9.1873; 20.6.1874; 20.9.1874; 22.9.1874; 26.9.1874; 26.9.1875; 20.9.1876; 26.9.1876; 3.8.1877; 25.9.1877; 9.2.1878; 17.9.1878; 18.9.1885; 20.9.1885; 24.9.1885; 31.10.1885 (Vorbesprechung); 8.11.1885 (Vorbesprechung)
- im Bürgerverein Südwest-Friedrichstadt: 30.9.1884
- im 2. Reichstagswahlkreis: 8.11.1884; 10.11.1884;
- liberaler Wähler in Kiel: 8.9.1884

- liberaler Wähler des 6. Berliner Reichstagswahlkreis für die Oranienburger Vorstadt und den Wedding: 8.11.1881
- liberaler Wähler im 2. Reichstagswahlkreis: 23.10.1884
- reichstreuer Wähler: 25.10.1884
- sämtlicher Wahlmänner Berlins: 13.1.1881; 13.1.1881
- sämtlicher Vorstandsmitglieder, Gruppenvorstände und Vertrauensmänner des 5. Reichstagswahlkreises; 26.11.1881; 29.11.1881
- von Wählern der südwestlichen Friedrichstadt: 24.7.1878
- von Wählern der vereinten liberalen Parteien: 10.8.1878
- von Wählern des 5. Berliner Wahlbezirks: 20.1.1867; 31.1.1867
- von Wählern im 2. Reichstagswahlkreis: 6.11.1884; 8.11.1884; 11.11.1884
- von Wahlmännern und Urwählern des 2. Berliner Wahlbezirks: 12.5.1867

Verschiedenheit der Schutzimpfung bei Schafen und bei Menschen: 6.11.1875

Verschlechternde Lebensumstände durch fortschreitende Industrialisierung: 11.2.1868

Verschleppung des Neubaus der kgl. Bibliothek: 8.2.1879

Verschuldung des Staates: 22.12.1867

Versorgung von Militärpersonen: 23.5.1871

Vertagung der Session: 11.6.1872

Vertrag mit dem ehemaligen Kurfürsten von Hessen: 29.2.1868

Vertretung und Verwaltung der Provinzialverbände: 10.4.1875

Vertrieb geistiger Getränke: 22.1.1880

Verunreinigung des Schiffahrt-Kanals (Spülung): 31.7.1872

Verunsicherung in der Politik: 30.10.1877

Verwaltung

- auf dem Boden der Gemeindefreiheit: 5.12.1868
- der städtischen Krankenhäuser: 30.1.1874; 27.11.1875
- des Kirchenvermögens: 7.5.1874
- des Krankenhauses im Friedrichshain: 24.1.1874; 27.2.1874
- erledigter Bistümer: 5.5.1874; 6.5.1874; 7.5.1874
- von Gottes Gnaden: 23.1.1870

Verwaltungsrat

- vom Asylverein: 28.4.1870; 1.5.1877; 24.3.1880

Verwaltungsreform: 12.1.1876

Verwendung



- der Barackenreste: 5.5.1871 →Pockenranke
- der städtischen Unreinheiten: 8.2.1883 →Verein für die öffentliche Gesundheitspflege
- des Kapitals nach Aushändigung der Erwerbsschulstiftung: 25.6.1875

Verwilderung der Bevölkerung: 28.1.1874

Verwundetentransport: 2.10.1870

Virchow-Stiftung: 5.10.1881; 8.10.1881; 11.10.1881; 18.10.1881; 26.10.1881; 27.10.1881;  
30.10.1881; 14.3.1882; 1.11.1881; 8.11.1881; 20.11.1881; 22.11.1881; 12.3.1882; 14.3.1882;  
19.12.1882; 24.1.1884; 24.10.1884; 23.12.1884

Vivisektion: 1.5.1880; 27.1.1882; 6.4.1881; 24.1.1882; 1.2.1884; 2.2.1884; 3.2.1884;  
13.8.1884; 26.2.1885

Vize-Direktor: 28.2.1880 →Ausstellungskommission der Fischereiausstellung; 21.4.1880

Vizepräsident

- archäologischer Kongress Stockholm: 12.8.1874
- für den DAG-Kongress 1879: 16.8.1878

Völkerindividualität: 27.9.1871

Volksbeglückungsprojekte: 30.7.1882 →Bismarck; 1.8.1882

Volksfreiheit: 14.2.1868

Volkskindergarten: 8.1.1868; 11.1.1868; 16.2.1868; 20.2.1868

Volksküchen: 20.12.1868

Volksschulen,

- katholische: 13.3.1875
- unentgeltliche: 27.9.1870

Volksversammlung: 7.11.1869; 9.11.1869

Volksversammlung der Steuerzahler: 20.5.1868

Volksvertretung mit vollem Gesetzgebungs- und Budgetrecht: 27.9.1870

„Volkszeitung“: 29.1.1867; 7.4.1868; 22.4.1868; 7.9.1870; 7.12.1870; 14.12.1871;  
19.10.1876; 13.12.1881; 7.12.1882

Vorbildung und Anstellung von Geistlichen: 9.3.1873; 11.3.1873; 15.3.1873

Vorlagen für ständige Ausschüsse: 5.2.1875; 6.2.1875; 12.2.1875

Vorlesungsverzeichnis SS: 21.2.1885

Vorparlament ohne Rechte: 13.9.1866 →norddeutsches Parlament

Vorschuss zur Kriegsführung: 12.2.1871 →Bismarck

Vorsitz der

- Cholera-Konferenz: 7.5.1885

- deutsch-freisinnigen Partei: 2.12.1884

Vorsitzender, stellvertretender: 7.1.1876; 25.12.1878 →Zentralwahlkomitee; 3.12.1880 (SVV); 4.12.1880 → Kommission zur Vorberatung des Gesetzes über die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser; 10.12.1880 (SVV); 7.1.1881 (SVV); 28.1.1881 (SVV); 6.8.1884 (DAG)

- Ablehnung der Wahl: 11.1.1876, 14.1.1876

Vorsitzender (BAG)

- erster: 19.11.1869; 18.12.1877; 19.12.1880; 23.12.1884; 6.6.1885
- zweiter: 29.1.1876

Vorsitzender (DAG): 16.8.1881

- erster: 31.7.1880; 17.8.1882; 9.8.1885
- dritter: 8.8.1880

Vorsitzender, zweiter (Komitee zur Errichtung eines Denkmals für Schulze-Delitzsch): 3.7.1883

Vorstand

- der Berliner medizinischen Gesellschaft: 3.12.1885
- der DAG: 20.8.1875; 28.9.1877; 12.8.1879; 16.8.1879
- der Deutschen freisinnigen Partei: 18.3.1884
- der Fortschrittspartei: 17.1.1866; 19.1.1866; 10.8.1866 →Fraktionsvorstand; 29.11.1867; 25.11.1868; 22.10.1869; 18.2.1876; 3.11.1877; 4.10.1879; 16.11.1879; 3.12.1881
- der vereinigten liberalen Parteien im 2. Berliner Reichstagswahlkreis: 16.7.1878
- des Berliner Asylvereins: 26.4.1882
- des Berliner Hilfsvereins für die Armee im Felde: 30.6.1866; 9.7.1866
- 
- des Deutschen Fischereivereins: 4.5.1881
- des Vereins für Familien- und Volkserziehung: 26.1.1866
- des Wahlvereins der Fortschrittspartei in Breslau: 22.11.1881

Vorstandssitzung des 3. Landtagswahlkreises: 3.10.1876

Vorteil des Staates aber zum Nachteil der Aktionäre: 27.2.1877 →Eisenbahn, Berlin-Dresdner

Vorträge über Physiologie, Zyklus von: 16.1.1868 →Verein für Familien- und Volkserziehung

Vortrag über

- das Rückenmark: 9.5.1871 →SGWV
- die Baracken: 14.4.1871

Voruntersuchung zur Entwässerung: 16.3.1870

Vorurteilsfreies Beobachten: 24.9.1867

Vorwort: 14.4.1874 → Sir John Lubbock; 5.12.1880 →Schliemann

Votivtafel am Geburtshaus von V: 22.11.1881

## W

### Wacht

- am Rhein: 10.12.1867
- für das Recht des Volkes: 27.9.1870

Wächter des Staatsvermögens: 31.1.1871 →Staatsschuldenkommission

Wählbarkeit zum Provinziallandtag: 11.4.1875; 13.4.1875

Wählerversammlung, allgemeine: 18.1.1879; 14.10.1882

Wahlaufruf: 22.3.1873; 26.3.1873; 11.4.1876; 14.1.1877; 25.1.1877; 26.1.1877; 18.6.1878;  
1.9.1878

### Wahl

- des norddeutschen Bundes: 20.11.1866
- des Stadtschulrates: 20.2.1874
- von Bischöfen: 17.4.1875

Wahlabteilung, 3.: 24.11.1868

Wahlbeeinflussungen: 25.12.1881

Wahlbeteiligung, geringe der Arbeiterklasse: 10.5.1871

### Wahlbezirk

- 1.: 27.10.1868; 8.11.1868; 17.11.1868; 19.11.1868; 24.11.1869; 15.11.1874;  
18.11.1874; 26.10.1876; 17.10.1877
- 3.: 8.11.1867; 12.11.1867; 11.2.1868; 13.11.1868; 14.3.1869; 16.3.1869; 18.3.1869;  
21.11.1869; 24.11.1869; 26.11.1869; 30.11.1869; 4.11.1870; 5.10.1876; 22.10.1876;  
25.10.1876; 27.10.1876; 28.10.1876
- 113.: 22.10.1876; 24.10.1876; 12.10.1877
- 119: 4.10.1879

Wahlbüro der freisinnigen Partei: 29.10.1884

Wahlergebnisse: 29.10.1884; 5.11.1885; 6.11.1885

Wahlfonds: 24.4.1878; 9.6.1878

Wahlfreiheit: 7.2.1867

Wahlgesetz zum Reichstag: 14.8.1866

Wahlkampf: 22.10.1881; 30.10.1881

Wahlkomitee: 17.7.1867; 13.8.1867; 24.4.1878; 9.6.1878; 13.9.1881; 25.10.1881

Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St.Wendel: 27.3.1866; 22.1.1867; 14.5.1873; 19.10.1876; 28.10.1881

Wahlmänner des 1. Berliner Wahlkreises: 26.10.1876; 12.10.1877

Wahlmännerversammlung: 14.2.1868; 18.3.1869; 26.11.1869; 30.11.1869; 4.11.1870; 25.2.1875; 8.4.1875; 22.10.1876; 25.10.1876; 26.10.1876; 27.10.1876; 4.10.1879

Wahlmännerwahlen: 22.10.1876

Wahlmann: 24.10.1876; 24.10.1882

Wahlmannskandidat: 28.10.1873

Wahlmannsverzeichnis: 30.10.1873; 1.11.1873; 20.10.1882

Wahlmitteilungen: 28.11.1868; 29.11.1868

Wahlprüfungen: 17.1.1882; 18.1.1882; 4.3.1885

Wahlprüfungskommission: 9.12.1881; 10.12.1881; 11.12.1881; 15.12.1881

Wahlrecht, allgemeines: 6.11.1867; 4.11.1869; 11.1.1870; 23.1.1870; 30.10.1877; 7.7.1878; 26.11.1878; 23.10.1884

Wahlsieg: 28.10.1881; 30.10.1881; 17.11.1881; 26.10.1882

Wahlsitz unabänderlich behauptet: 25.6.1874

Wahlverein (geplante Gründung): 26.7.1867

Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei: 15.11.1868; 24.2.1869; 26.10.1877; 31.10.1877; 27.1.1881; 30.1.1881; 2.2.1881; 18.9.1881 21.9.1881; 5.10.1881; 15.10.1881; 15.1.1882; 18.1.1882; 24.1.1882; 26.1.1882; 11.3.1882; 12.3.1882; 13.3.1882; 16.9.1884; 19.9.1884; 26.9.1884; 27.9.1884; 2.10.1884; 4.10.1884; 5.10.1884; 9.10.1884; 10.10.1884; 14.10.1884; 16.10.1884; 18.10.1884; 25.10.1884 26.10.1884; 9.11.1884; 27.1.1885; 29.1.1885

Wahlverein der deutsch-freisinnigen Partei: 22.10.1884; 24.10.1884

Wahlversammlung: 19.6.1866; 20.6.1866; 22.6.1866; 15.12.1866; 2.10.1872; 19.9.1873; 2.11.1873; 4.11.1873; 28.2.1875; 24.1.1877; 4.10.1879; 29.10.1879; 21.3.1880; 20.10.1881; 21.10.1881

Wahlversammlungen in polnisch sprachigen Gebieten auf Polnisch: 31.5.1876

Wahlvorstand, stellvertretender: 3.2.1867; 27.10.1867; 10.9.1869

Wahlvorstand

- der Fortschrittspartei: 17.10.1877; 10.2.1880; 19.3.1880

- des 2. Berliner Reichstagswahlkreis: 13.4.1880
  - im 113. Urwahlbezirk: 6.11.1870
- Wahlvorsteher: 6.11.1870; 25.10.1873; 15.10.1876; 27.9.1879
- Wahlzettel: 26.10.1881
- Wartegelder. 15.12.1867
- Wasserleitung, städtische: 26.4.1870; 13.5.1870; 18.1.1872 →Polizeiverwaltung
- Wasserleitungsgesellschaft, englische: 10.11.1872
- Wasserverhältnisse: 30.1.1873
- Wasserversorgung Berlins: 17.11.1871
- Wasserversorgung von Charlottenburg: 21.6.1878
- Wasserwerk am Hippodrom: 24.11.1872
- Weckruf für das liberale Bürgertum: 1.5.1880
- Wedda-Schädel: 29.10.1885
- Weg ohne Krieg: 24.8.1866 →Freiheit nicht ohne Konflikte
- Weg zur wahren Religions- und Gemeindefreiheit: 8.11.1873
- Wehrpflicht, allgemeine: 25.11.1866; 27.9.1870
- Weihnachtsgaben für die Armeen: 29.11.1870; 1.12.1870
- Weihnachtsmesse, kunstgewerbliche: 31.12.1879 →Kopien von Gefäßen
- Weiterführung der Dozentur behindert: 10.12.1871
- Welfenfonds: 22.11.1877; 6.12.1877; 7.12.1877; 30.3.1882; 25.4.1882; 26.4.1882
- Weltausstellung: 15.10.1873 →Wien
- Weltausstellung in Berlin: 4.2.1881
- Werbung für Apollinaris: 4.5.1879; 7.5.1879; 11.5.1879; 4.6.1879; 11.6.1879; 6.7.1879;  
20.7.1879; 3.8.11879; 10.8.1879; 31.8.1879; 7.2.1880; 21.2.1880; 6.3.1880; 20.3.1880;  
10.4.1880; 24.4.1880; 8.5.1880; 22.5.1880; 8.8.1880; 22.8.1880
- Werk der Humanität und des Friedens: 30.9.1876
- Werke (chronol.):
- „Die Lehre von den Trichinen mit der Rücksicht auf die dadurch gebotenen Vorsichtsmaßregeln für Laien und Aerzte dargestellt“: 19.1.1866
  - „Über Hünengräber und Pfahlbauten“: 17.2.1866
  - Handbuch der speziellen Pathologie: 2.1.1867
  - „Canalisation oder Abfuhr? Eine hygieinische Studie“: 14.2.1869
  - „Juden und Hospitäler“: 15.5.1869
  - Schrift über die Gestaltung von geeigneten Schulräumen: 2.12.1869

- „Menschen- und Affenschädel“: 14.4.1870; 17.4.1870
- „Ueber Hospitäler und Lazarethe“: 31.8.1870
- „Ausbildung zur Krankenpflege“: 31.8.1870
- „Ueber Hospitäler und Lazarethe“: 31.8.1870
- „Gesundheitsregeln für die deutschen Soldaten im Felde“: 10.9.1870; 27.9.1870
- „Der erste Sanitätszug des Berliners Hilfs-Vereins für die deutsche Armeen im Felde. Bericht des Prof. Virchow an den Vereins-Vorstand“: 24.11.1870; 7.12.1870
- „Ueber gewisse, die Gesundheit benachtheiligende Einflüsse der Schulen“: 23.4.1870; 2.7.1871
- „Cellularpathologie“ (4. Auflage): 13.9.1871; 3.10.1871
- „Aufgabe der Naturwissenschaften in dem neuen nationalen Leben Deutschlands“: 24.12.1871
- Denkschrift über Kanalisation und Abfuhr: 4.12.1872
- „Über die Sterblichkeitsverhältnisse Berlins: 18.12.1872
- „Fortschritte der Kriegsheilkunde, besonders im Gebiete der Infektionskrankheiten“: 29.8.1874
- „Die Heilkräfte des Organismus“: 31.12.1875
- „Die Sections-Technik im Leichenschauhause des Charité-Krankenhauses, mit besonderer Rücksicht auf gerichtsarztliche Praxis“: 22.2.1877
- „Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medicin und der Seuchenlehre“: 30.11.1879
- „Das Gräberfeld von Koban im Lande der Osseten, Kaukasus. Eine vergleichende archäologische Studie“: 21.2.1883
- „Jahresbericht über die Leistungen und Fortschritte in der gesammten Medizin“: 9.6.1885

Wert pathologischer Experimente: 5.2.1882 →Kongress, internationaler Ärzte-

Wesen

- der falschen Selbstverwaltung: 24.2.1869
- der Krankheit: 1.10.1869
- „ultramontanes, antinationales: 2.3.1873

„Weser-Zeitung“: 12.8.1880

Wetterbeobachtung global: 7.12.1880

Wiederwahl im 1. Wahlbezirk: 18.11.1874

Wiener Vertrag: 10.1.1869

Wirkung der Aufhebung des Schulgeldes in den Gemeindeschulen: 18.3.1870

Wissen, politisches: 20.9.1868

Wissen

- der Zeit weitergeben: 16.12.1868

- ist Macht: 7.7.1869

Wissenschaft, unabhängige: 25.11.1871 →wissenschaftliche Deputation für Medizinalsachen

Wissensverwalter: 22.11.1881

Wohnungsgeldzuschüsse

- der Universitätsbeamten 31.1.1874

- für unmittelbare Staatsbeamte: 9.5.1873; 14.5.1873

Wohnungsnot: 17.10.1873

Wortmeldungen (Anzahl) im HdA: 17.3.1868

Wucher: 13.1.1880

Wuchergesetze: 11.10.1882

Würde des Arztes: 10.2.1871

Wundarzt: 28.1.1868

Wunder: 20.9.1874; 22.9.1874

„Wunderblut“: 13.4.1875

## **Z**

Zeitschrift für Ethnologie: 2.12.1870; 2.3.1874; 14.3.1875; 3.5.1876; 14.11.1877

Zellulogie: 15.8.1884

Zentralausschuss der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung: 14.6.1879

Zentralfriedhof: 10.5.1878

Zentralfriedhof frei von konfessionellen Abteilungen : 17.4.1878

Zentralheizung: 3.6.1881

Zentralkommission, statistische: 13.2.1870; 14.1.1871; 23.11.1882

Zentralviehhof: 25.3.1881

Zentralwahlkomitee: 11.11.1885

- der Fortschrittspartei: 25.12.1878; 26.2.1880; 11.9.1880; 1.3.1881; 7.3.1884

- der liberalen Partei: 7.9.1883; 7.10.1885

- zur Ausstellung auf dem Gebiet der Hygiene und des Rettungswesens: 15.5.1881

Zentralwahlverein der Konservativen: 23.10.1884

Zentrum als

- berufener Vertreter des Katholizismus: 1.2.1872
- Organ Gottes: 31.1.1873

Zersplitterung der Universität: 8.4.1876

Zerstückelung Deutschlands: 13.9.1866 →Bismarck

Ziele der modernen Anthropologie: 26.9.1876

Zikadenpuppe: 24.6.1880

Zirkularerlass des Innenministers: 28.1.1870

Zivilehe: 5.12.1873, 17.12.1873; 19.12.1873; 20.1.1874; 25.2.1874; 7.2.1880; 1.12.1881

„Zivilehe und Reichskanzler“: 25.2.1874

Zivilgesetz: 19.12.1873

Zivilstandsgesetz: 2.3.1882

Zollparlament: 19.6.1869; 18.11.1868

Zollpolitik: 9.9.1884

Zucht ausländischer Kaninchenrassen: 4.12.1873 → Projekt zur Fleischversorgung ärmer Klassen

„Zukunft“: 19.9.1867; 31.7.1868

Zulus: 13.1.1885

Zusammenberufung der Gemeindewähler (vierteljährlich): 16.2.1866

Zusammenkunft der Maschinebauer: 10.5.1871 →Kommunaleinkommenssteuer und Verdienst

Zusammenlegung von Bau- und Gewerbeakademie: 8.3.1876

Zuschlag zur Staatseinkommenssteuer: 2.2.1868

Zuschuss

- für Universitäten: 25.1.1868
- für Witwen- und Waisenkasse: 15.12.1867

Zuschüsse

- für die Universität Göttingen: 24.2.1877
- für Kunstmuseen: 14.3.1875

Zuschüttung des Königsgrabens: 4.10.1878

Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden: 28.5.1876

Zustand der Spree: 7.6.1874

Zwang auf die Gewissen der Eltern beseitigen: 1.3.1877

Zwangskirchentum: 24.7.1878

Zwerge, musikalische: 20.2.1876



Zwillinge, siamesische: 1.4.1870

## **11. Danksagung**

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Christian Andree, der genug Vertrauen in meine Zielstrebigkeit und mein Durchhaltevermögen hatte, mir eine umfangreiche Arbeit im Bereich der Medizingeschichte anzubieten, trotz paralleler Berufstätigkeit. Unsere geistreichen Gespräche und sein Humor haben mir immer wieder eine treibende Unterstützung geboten.

Als nächstes möchte ich die Gelegenheit nutzen, meinen Eltern zu danken, die zunächst erlebten, dass ihre Tochter ohne Promotion ihren zahnärztlichen Beruf ausgeübt hat. Trotz anfänglicher Skepsis, ob des Umfangs der Arbeit, haben sie mich jederzeit unterstützt und waren immer für mich da.

Zu guter Letzt danke ich meinem Mann Jörn, der mir immer Zuspruch gewährte, mich stetig unterstützte und mir den Raum gelassen hat, dieses große Projekt zu Ende zu bringen.